Daniela Gottschlich, Sarah Hackfort, Tobias Schmitt, Uta von Winterfeld (Hg.)

HANDBUCH POLITISCHE ÖKOLOGIE

Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden

[transcript] EditionPolitik

Daniela Gottschlich, Sarah Hackfort, Tobias Schmitt, Uta von Winterfeld (Hg.)
Handbuch Politische Ökologie

Edition Politik | Band 110

Für unsere Kinder und Enkelkinder Ansumana, Karlotta, Janis, Johanna, Sophie, Levin, Helena und Nio und all jenen gewidmet, die um ein gutes Leben für alle und eine nachhaltige Zukunft ringen



Daniela Gottschlich (Prof. Dr.) ist Politikwissenschaftlerin. Sie lehrt und forscht an der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung zu Feministischer Politischer Ökologie, neuen Ökonomien, Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, Ökologie und Rechtsextremismus.
Sarah Hackfort (Dr.) ist Politikwissenschaftlerin an der Humboldt-Universität zu Berlin im Fachgebiet für Agrar- und Ernährungspolitik. Ihre Schwerpunkte sind kritische Politik- und Technologieanalyse, Politische Ökologie und Feministische Ökonomie.
Tobias Schmitt (Dr.) ist Geograph und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe »Kritische Geographien Globaler Ungleichheiten« am Institut für Geographie der Universität Hamburg. Seine Schwerpunkte sind Politische Ökologie sowie post- und dekoloniale Theorien.
Uta von Winterfeld (Prof. Dr.) ist Politikwissenschaftlerin. Sie hat an der Freien Universität Berlin studiert, promoviert und sich habilitiert. Sie lehrt Politische Ökologie an der Universität Kassel und ist Projektleiterin am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Daniela Gottschlich, Sarah Hackfort, Tobias Schmitt, Uta von Winterfeld (Hg.)

Handbuch Politische Ökologie

Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden

[transcript]

Die Veröffentlichung wurde gefördert aus dem Open-Access-Publikationsfonds der Humboldt-Universität zu Berlin und von der Universität Kassel.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.



Erschienen 2022 im transcript Verlag, Bielefeld

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld
Umschlagabbildung: Baumhäuser im Hambacher Forst (Februar 2018), Marica Vitt / Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0
Korrektorat: Valerie Lana Bartusch, Niklas Gaus, Anke Hermneuwöhner, Bielefeld
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
https://doi.org/10.14361/9783839456279
Print-ISBN 978-3-8376-5627-5
PDF-ISBN 978-3-8394-5627-9
Buchreihen-ISSN: 2702-9050
Buchreihen-eISSN: 2702-9069

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *https://www.transcript-verlag.de*
Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter *www.transcript-verlag.de/vorschau-download*

Inhalt

THEORIEN, KONZEPTE UND ZUGÄNGE

HANDLUNGS- UND KONFLIKTFELDER

BEGRIFFE

METHODEN UND ARBEITSWEISEN

Was sind das für Zeiten…?
Eine Einleitung

Daniela Gottschlich, Sarah Hackfort, Tobias Schmitt und Uta von Winterfeld

> »*Was sind das für Zeiten, wo*
> *Ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist*
> *Weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt!*«
> *(Bertolt Brecht: An die Nachgeborenen)*[1]

»Wirklich, ich lebe in finsteren Zeiten!« – so beginnt Bertold Brechts Gedicht »An die Nachgeborenen«, das 1939 veröffentlicht wurde. Mit den »finsteren Zeiten« verweist Brecht auf die Zeit des Nationalsozialismus. Seine Kritik richtet sich dabei an all jene, die die »Untaten« des Nationalsozialismus verschweigen, indem sie »arglose« Wörter verwenden und belanglose Gespräche führen. Nicht ohne Grund benutzt er dabei das »Gespräch über Bäume« als Beispiel und verweist damit auf die traditionellen Themen deutscher Lyrik und Naturdichtung. Es steht somit stellvertretend für die Wahl eines explizit unpolitischen Themas, bei dem die bestehenden Verhältnisse ausgeblendet und verschwiegen werden. Die Natur erscheint dabei als Rückzugs- und Zufluchtsort jenseits der aktuellen gesellschaftlichen Situation. Gerade in »finsteren Zeiten« macht ein Bezug auf eine ›unschuldige‹ Natur jedoch schuldig.

Und heute? Natürlich können die Verhältnisse und »Untaten« des Nationalsozialismus nicht mit den heutigen Zeiten verglichen werden. Jedoch sind auch heutige Zeiten finster, wenngleich in anderer Weise. Augenscheinlich kommt nicht das Sprechen, sondern das Schweigen über Bäume fast einem Verbrechen gleich. In Anbetracht von Waldsterben und dem unaufhaltsamen Abholzen tropischer Regenwälder, dem unwiederbringlichen Verlust von Biodiversität und der Bedeutung von Wäldern für die CO_2-Speicherung, den Kämpfen rund um den Hambacher Forst und vielen weiteren Waldbesetzungen in Deutschland und weltweit dienen Bäume längst nicht mehr als Sinnbild für eine unpolitische Natur. Als uns bei den Diskussionen über das Handbuch und die aktuelle Relevanz der Politischen Ökologie die Zeilen Bertold Brechts wieder in den Sinn gekommen sind, fanden wir: In heutigen Zeiten macht ein »Gespräch über Bäume« ein Schweigen über so viele Untaten nahezu unmöglich. Denn über sie wird die Umkämpftheit der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und das Zerstörerische der »imperialen Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) geradezu augenscheinlich. Das

1 Wer sich das Gedicht von Bertold Brecht von ihm selbst vorgetragen anhören möchte, wird fündig unter https://www.lyrikline.org/de/gedichte/die-nachgeborenen-740

Bild des Hambacher Forstes, das wir als Umschlagcover gewählt haben, zeugt unter anderem von solchen Kämpfen und Widerständen[2].

Die Politische Ökologie ist in den 1970er Jahren mit dem Anspruch angetreten, ein unpolitisches Sprechen, Denken und Forschen über ökologische Fragen zu (re-)politisieren. Umweltdegradation, so eine der zentralen Thesen seit der Anfangszeit, soll nicht länger lediglich auf Bevölkerungswachstum zurückgeführt und als Governance-, Technologie- und Wissensdefizit verhandelt werden können. Vielmehr betonen die Vertreter*innen der Politischen Ökologie die Verwobenheiten von ökologischen und polit-ökonomischen Prozessen sowie das wechselseitige Verhältnis von Gesellschaft und Natur, was unter anderem auch in der vielzitierten Definition von Piers Blaikie und Harold Brookfield zum Ausdruck kommt:

> »Der Begriff ›Politische Ökologie‹ verbindet die Anliegen der Ökologie und einer weit gefassten politischen Ökonomie. Gemeinsam umfasst dies die sich ständig verändernde Dialektik zwischen der Gesellschaft und den landgebundenen Ressourcen sowie innerhalb der Klassen und Gruppen innerhalb der Gesellschaft selbst« (Blaikie/Brookfield 1987: 17, eigene Übersetzung).

Darin unterscheidet sie sich von praxis- und problemlösungsorientierten Ansätzen der Umweltforschung, die vorrangig auf kooperative, deliberative Lösungen fokussieren (kritisch dazu Gottschlich 2017: 233). Die Politische Ökologie fragt hingegen nach den Auswirkungen globaler Handelsabkommen auf lokale Ökosysteme. Oder sie untersucht, inwiefern gesellschaftliche Diskurse und Narrative über Natur und deren Inwertsetzung lokale Praktiken prägen. Darüber hinaus stehen Subjektivierungsprozesse und die darin eingebundenen intersektionalen Dimensionen (wie z.B. Klasse, Geschlecht, ›*race*‹) und ganz wesentlich die in die Naturverhältnisse eingeschriebenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Zentraler Ausgangspunkt ist dabei der Begriff der »politisierten Umwelt«, in die die ungleichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingeschrieben sind und die wiederum strukturierend auf den Diskurs- und Handlungsraum wirkt (Bryant 1998). Dabei ist es ein wesentliches Merkmal der Politischen Ökologie, von sozialen Konflikten, Kämpfen und Bewegungen auszugehen und deren emanzipatorisches Potenzial auszuloten.

Auch wenn innerhalb der Politischen Ökologie die Ablehnung der Gesellschaft-Natur-Dichotomie und der Versuch einer Politisierung der ökologischen Forschung geteilte zentrale Grundannahmen sind, so unterscheiden sich die existierenden Ansätze doch in ihren theoretischen Annahmen, methodologischen Ausrichtungen und Erkenntnisinteressen. Unterschiede bestehen nicht nur zwischen der angelsächsischen Debatte um eine *Political Ecology* und der deutschsprachigen Diskussion um eine Politische Ökologie. Innerhalb des deutschsprachigen Raums hat sich eine Reihe von Ansätzen herausgebildet, die sich mit der Analyse der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und sozial-ökologischer Transformationsfelder beschäftigen – allen voran die Soziale Ökologie rund um das Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) (vgl. stellvertretend Becker/Jahn 2006) sowie der Metabolismus-Ansatz

2 Der Hambacher Forst ist ein sehr altes und artenreiches Waldgebiet im rheinischen Braunkohlerevier, das durch den Tagebau von RWE von Rodung bedroht ist. Es wurde zum Symbol des Widerstands der Anti-Kohle-Bewegung und für die Kämpfe der Klimagerechtigkeitsbewegung.

am Institut für Soziale Ökologie in Wien (vgl. stellvertretend Fischer-Kowalski et al. 1997). Während etwa eine Stärke der Sozialen Ökologie in der Analyse der biophysikalischen Dynamiken des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur liegt, steht bei der Politischen Ökologie die Umkämpftheit und Krisenhaftigkeit sozial-ökologischer Entwicklungen im Zentrum einer macht- und herrschaftskritischen Forschungs- und Praxisperspektive. Es geht der Politischen Ökologie ganz explizit um die Kritik bestehender Verhältnisse einschließlich der hegemonialen politischen Ordnung und Institutionen sowie um Perspektiven für konkrete Alternativen (Görg et al. 2017).

Was sind das für Zeiten…?

Doch seit den Anfängen der Politischen Ökologie in den 1970er Jahren haben sich die Zeiten und Debatten weiterentwickelt und verändert. Es sind nun andere Zeiten, in denen ein Gespräch über das Klima nicht länger ohne Verweise auf Gerechtigkeit, historische Verantwortung und über »Einverleiben und Externalisieren« (Saave 2022) der kapitalistischen Produktionsweise möglich erscheint. Zeiten, in denen ein Gespräch über die wichtigsten biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse der Erde nicht ohne die Erwähnung der verheerenden Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auskommt (Anthropozän). Zeiten, in denen die brutalen Folgen der Klimakrise weltweit jährlich Tausende von Menschenleben kosten. Zeiten, in denen Unwetter auch in Deutschland aus kleinen Bächen Sturzfluten werden lassen, Häuser wegreißen, Brücken und Stromleitungen zerstören und ganze Ortschaften verwüsten. Und Zeiten, in denen ein kleines Virus weltweit Volkswirtschaften lahmlegt, soziale Verhältnisse bestimmt und offenlegt und die Wahrnehmung von Naturbeherrschung und das Selbstverständnis des Menschen als Krone der Schöpfung in Frage stellen kann.

Doch auch in diesen Zeiten ist es nach wie vor oder vielleicht sogar umso mehr nötig und wichtig, eine kritische Politische Ökologie weiterzuentwickeln und zu schärfen. Damit nicht wiederum Ausschlüsse erzeugt werden; damit nicht wieder Schweigen herrscht. Vielmehr sollte etwa ein Gespräch über das Anthropozän immer auch die spezifische Bedeutung einer kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsweise und die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden, zwischen unterschiedlichen Klassen, Gruppen und Geschlechtern mit einbeziehen. Oder es sollten Debatten über den Neuen Materialismus immer auch das Wissen zahlreicher Indigener und Schwarzer Konzepte und Autor*innen benennen und anerkennen, bei denen die Vielfältigkeit an Beziehungen zwischen der menschlichen und nicht-menschlichen Natur, der Lebendigkeit und *Agency* von Materie und Orten lange und gelebte Traditionen darstellen. Und nicht zuletzt sollte eine Politische Ökologie immer auch eine Wissenschaft und Praxis sein, die sich positioniert und Stellung bezieht, da auch ein »Gespräch über Bäume« nicht automatisch ein emanzipatorisches Gespräch sein muss. Denn es sind auch Zeiten, in denen eine Kritik an Globalisierungsprozessen und die Betonung von Regionalität und ökologischem Landbau zu erneuten Ausschlüssen, Hierarchisierungen und völkischen Siedlungen führen, in denen Naturschutz zu Heimatschutz und ›Volksschutz‹ umgedeutet werden kann und Diskurse um Bevölkerungswachstum und Klimaflüchtlinge nunmehr von rechts instrumentalisiert werden können (FARN 2018; BUKO 2020; diversu 2020).

All dies (und einiges mehr) war Anlass und Motivation für dieses Handbuch. Am Anfang stand dabei die Idee von verschiedenen ›Mitgliedern‹ des Netzwerkes Politische Ökologie, einen kollektiven Prozess zu organisieren, bei dem nicht allein das Endprodukt, sondern vielmehr der Prozess des gemeinsamen Denkens, Diskutierens und Schreibens im Vordergrund stehen sollte. Das gemeinsame Verfassen eines Handbuches sollte die Grundlage dafür bieten, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Herangehensweisen herauszuarbeiten, die Verwendung von Konzepten und Begrifflichkeiten weiter zu schärfen, über aktuelle Weiterentwicklungen und konkrete Anwendungen einer herrschaftskritischen Politischen Ökologie zu diskutieren und darüber auch einen Diskussionsraum für eine breitere Öffentlichkeit zu schaffen. In mehreren Workshops haben wir in unterschiedlichen Zusammensetzungen über den Aufbau des Handbuches und die Auswahl der Themen diskutiert, haben Konzepte geschrieben und wieder verworfen, entstanden Ideen, entwickelte sich Lust auf das Handbuch und Frust über die langjährigen Prozesse, die nicht wirklich zu einem Ergebnis zu führen schienen. Somit ist das vorliegende Handbuch auch ein Kind seiner Zeit: Zeitliche Restriktionen, Prioritätensetzungen und die neoliberalen Arbeitszusammenhänge, in die die meisten von uns eingebunden sind, haben dazu geführt, dass wir uns von dem Gedanken eines schreibenden Kollektivs verabschiedet haben. Stattdessen hat sich ein Herausgeber*innen-Team gebildet, das Verantwortung übernehmen und auch Entscheidungen treffen muss. Ursprünglich war ein Kollektivkapitel geplant. Es sollte das Handbuch rahmen und die Vielfältigkeit der Stimmen des Netzwerkes abbilden. Leider konnte dieses ›große‹ Gemeinschaftswerk nicht realisiert werden. Stattdessen wurden es zwei ›kleine‹ Gesprächsrunden, bei denen Einige aus dem Netzwerk ›erzählten‹.

Und doch gibt das Handbuch über die verschiedenen Beiträge einen Einblick in die aktuellen Debatten der Politischen Ökologie, die im Netzwerk lebhaft geführt werden. Es ist ein Abbild der im Netzwerk und dessen Umfeld vorhandenen Zugänge und Schwerpunktsetzungen und weist dabei unweigerlich auch einige Leerstellen auf. Indem das Netzwerk im deutschsprachigen Raum verankert ist, bilden die Beiträge in erster Linie die Diskussionen innerhalb einer deutschsprachigen Politischen Ökologie ab und bieten keinen Überblick über die verschiedenen Stränge der Politischen Ökologie in den unterschiedlichen Sprachräumen und geographischen Kontexten. Die Autor*innen der Beiträge sind überwiegend *weiß*, privilegiert und in einem akademischen Kontext verortet, was sich auch in den Perspektiven, die in den Texten eingenommen werden, widerspiegelt. Weder wird durch das Handbuch die aktivistische Seite der Politischen Ökologie besonders sichtbar – was auch Severin Halder in seinem Beitrag zur Aktionsforschung zu Recht anmerkt – noch kommen Stimmen aus dem Globalen Süden, von BIPoC's (*Black, Indigenous, People of Color*) und weiteren marginalisierten Positionen als Autor*innen von Beiträgen umfänglich darin vor. Lange haben wir über die Möglichkeiten und Grenzen der Repräsentation von unterschiedlichen Perspektiven diskutiert, uns aber auf Grund der Entstehungsgeschichte des Handbuches dagegen entschieden, einzelne Artikel noch hinzuzufügen, um diese auch nicht als *Tokens*, im Sinne einer rein symbolischen Mitwirkung, zu missbrauchen. Somit spiegelt das Handbuch unseren Diskussionszusammenhang wider und soll auch so gelesen und verstanden werden. Gleichzeitig ist uns aber bewusst, dass dadurch ein bestimmtes, zum Teil schon etabliertes Wissen weiter reproduziert wird, während marginalisierte Positionen einmal mehr kaum Raum eingeräumt bekommen. Viel-

leicht kann die Benennung dieser Leerstelle ja auch dazu führen, dass sich ein weiteres Team zusammenfindet, das eine Fortsetzung dieses Handbuches mit einer anderen Schwerpunktsetzung organisiert.

Darüber hinaus fallen uns zahlreiche Themen ein, die – obwohl sie innerhalb der deutschsprachigen Politischen Ökologie viel diskutiert werden – hier fehlen. Themen wie Mensch-Tier-Verhältnisse oder die Frage von Rechten Ökologien sind Leerstellen, die auf keinen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen beruhen, sondern auf Grund von zeitlichen Kapazitäten, organisatorischen Grenzen und Schwierigkeiten oder wieder abgesagten Beiträgen entstanden sind. Je mehr wir uns mit dem Handbuch beschäftigt haben, desto mehr Themenfelder, Stichwörter und methodische Zugänge sind uns eingefallen, die wir gerne auch noch aufnehmen wollten. Doch wir mussten uns schon sehr frühzeitig von dem Anspruch verabschieden, das gesamte Feld der deutschsprachigen Politischen Ökologie abzudecken und sehen das Handbuch in erster Linie als eine Momentaufnahme aktueller Debatten, das dazu einladen soll, sich mit den verschiedenen Themen kritisch auseinander zu setzen, sich inspirieren zu lassen und weiter zu denken.

Zugleich freut uns, mit diesem Buch das erste deutschsprachige Handbuch zur Politischen Ökologie vorzulegen. Während im englischen Sprachraum gleich mehrere umfassende Bände zu der Forschungsperspektive existieren (Robbins 2012; Bryant 2015; Perreault et al. 2015), stellt es sich in der deutschsprachigen Umwelt-/Nachhaltigkeitsforschung bisher anders dar – hier werden die Politische Ökologie und ihre Ansätze, Theorien und Methoden eher zurückhaltend rezipiert und weiterentwickelt (vgl. hier stellvertretend einige bisherige Arbeiten aus dem Netzwerk: Dietz/Engels 2014; Hackfort 2015; Bauriedl 2016; Gottschlich/Hackfort 2016; Brand/Wissen 2017; Görg et al. 2017; Schmitt 2017).

Unser Handbuch hat dabei nicht den Anspruch einer Enzyklopädie. Es ist auch nicht als klassisches Lehrbuch konzipiert. Das Handbuch soll Studierenden und jungen Forscher*innen exemplarisch das theoretische und methodische Handwerkszeug für eine politisch-ökologische Forschung vermitteln. Aus diesem Ziel resultiert der Versuch, komplexe theoretische Debatten einerseits so differenziert wie nötig, andererseits so verständlich wie möglich darzustellen. Das Handbuch richtet sich damit an Lehrende wie Studierende wie auch an politisch Aktive aus Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen. Es möchte ihnen eine kritische Perspektive auf sozial-ökologische Themen eröffnen. Indem es an wichtigen und aktuellen Entwicklungen ansetzt und diese aus einer macht- und herrschaftskritischen Perspektive beleuchtet, vermittelt es exemplarisch Kompetenzen für die Analyse und Kritik von gesellschaftlichen Entwicklungen, Debatten und sozialen Kämpfen um Alternativen.

Aufbau des Handbuches

Nicht nur die Themen, die in dem Handbuch repräsentiert werden, sondern auch der Aufbau und die Struktur stellen Setzungen dar. Über sie wird der Zugang zu einer Politischen Ökologie auf eine ganz bestimmte Weise vermittelt. So haben wir ganze Workshops mit Diskussionen darüber verbracht, ob die einzelnen Beiträge eher von den zentralen Konzepten und Begrifflichkeiten oder vielmehr von den Konflikten und sozialen Kämpfen – die ja den Ausgangspunkt vieler politisch-ökologischer Arbeiten darstellen – ausgehen sollen. Schließlich versucht unser Handbuch nun beides zu vereinen.

Im ersten Kapitel sollen unter dem Titel *Theorien, Konzepte und Zugänge* die intellektuellen Wurzeln einer politisch-ökologischen Forschung freigelegt und ihre unterschiedlichen und bis heute wirksamen theoretischen und konzeptionellen Entwicklungslinien nachgezeichnet werden. Viele der weiteren Beiträge im Handbuch rekurrieren auf die im ersten Teil vorgestellten Ansätze, aber auch auf andere im Buch benannte Konfliktfelder, Begriffe und Methoden. Querverweise (→) haben wir in den Beiträgen hervorgehoben. So kommunizieren die einzelnen Beiträge auch miteinander und das Handbuch muss nicht von vorne nach hinten, sondern kann auch ganz anders und quer gelesen werden.

Die Beiträge im zweiten Teil des Buches *Handlungs- und Konfliktfelder* gehen jeweils von konkreten Kämpfen und Konflikten aus und zeigen den Mehrwert einer kritischen politisch-ökologischen Perspektive – auch in Abgrenzung zu einer konventionellen Herangehensweise – auf. Dabei wird in allen Beiträgen deutlich, wie wichtig es ist, die hegemonialen Naturverständnisse und die vorherrschenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse in den Blick zu nehmen. Denn erst daraus ergeben sich Fragen danach, was überhaupt als Problem angesehen wird und was nicht, welche Lösungsansätze sich vermeintlich zwangsweise daraus ergeben und welche nicht. Ohne einen Begriff von gesellschaftlichen Naturverhältnissen kann beispielsweise der Klimawandel weiterhin als quantitatives Problem des Anteils an CO_2 in der Atmosphäre verhandelt werden, das somit technisch gelöst werden kann. Ohne ein Verständnis auf die in die Mobilitätsfrage eingeschrieben Macht- und Herrschaftsverhältnisse können grundlegende Fragen der gesellschaftlichen Organisation von Mobilität auf Fragen einer Antriebswende und des Antriebmotors reduziert werden.

So machen die Beiträge deutlich, dass eine unpolitische Bearbeitung der drängenden ökologischen Herausforderungen der heutigen Zeit zu einer ›Akzeptanz‹ vermeintlicher Lösungen – wie etwa einer ›grünen Modernisierung‹ und eines *Green New Deals* – führt und die Kritik an der hegemonialen imperialen Lebensweise ausgeblendet, wie auch Ansätze einer tiefgreifenden sozio-ökologischen Transformation unbeachtet bleiben können. Dabei wird deutlich, dass die Analysen von ökologischen Konflikten dringend ein Verständnis von den darin eingeschriebenen gesellschaftlichen Strukturen benötigen – inklusive intersektionaler Betrachtungsweisen von Machtdimensionen in Geschlechter-, Klassen- und rassistischen Verhältnissen. Gleichzeitig wird auch deutlich, wie wichtig für eine aktuelle Gesellschaftskritik wiederum ein Verständnis der in Konflikten und Kämpfen eingeschriebenen Naturverhältnisse ist.

Bei der Beschreibung der verschiedenen Konzepte der Politischen Ökologie und von politisch-ökologischen Kämpfen und Konflikten werden bestimmte Begrifflichkeiten immer wieder benannt, ohne dass in der gebotenen Kürze der Beiträge auf ihren konzeptionellen Kontext und eine spezifisch politisch-ökologische Lesart eingegangen werden kann. Wie oft verwenden wir Begriffe wie Akteure, Konflikt, Staat, Widerstand, aber auch den Begriff der Natur oder der Macht, ohne dabei auf die unterschiedlichen Dimensionen und erkenntnistheoretischen Implikationen einzugehen. Um eine zu oberflächliche und dem Gegenstand nicht gerecht werdende Begriffsverwendung zu vermeiden, widmet sich der dritte Teil des Handbuchs einigen *Schlüsselbegriffen*, die in den Arbeiten der Politischen Ökologie eine zentrale Rolle spielen und eine spezifische Sichtweise transportieren. Auch hier ist uns die Unabgeschlossenheit und Lückenhaftigkeit der bearbeiteten Begriffe durchaus bewusst, doch auch diese

Auswahl wollen wir in erster Linie als Aufforderung für eine reflexive und kritische Verwendung von Begrifflichkeiten bei der eigenen (Forschungs-)Arbeit sehen.

Darüber hinaus haben wir uns dafür entschieden – auch im Sinne eines Handbuches, das für ein Arbeiten mit und zu politisch-ökologischen Themen praktisch genutzt werden kann – in einem vierten Teil einige *Forschungs- und Arbeitsweisen* vorzustellen. Diese sind keine exklusiv für eine politisch-ökologische Forschung zugeschnittenen Methoden. Dennoch wird in allen Beiträgen auf den Mehrwert für eine Erforschung und Bearbeitung politisch-ökologischer Fragestellungen eingegangen. Dass hier auf Methoden, Arbeitsweisen und auch Haltungen verwiesen wird, die nicht unbedingt in jedem Methodenhandbuch besprochen werden, zeigt auch, in was für einem kreativen und spannenden Forschungsfeld wir uns bewegen (können).

Die einzelnen Beiträge in unserem Handbuch folgen weitgehend einer gemeinsamen inneren Struktur, sind aber zum Teil recht unterschiedlich. Bei einigen Dingen war uns Einheitlichkeit wichtig. So etwa die Großschreibung *Globaler Süden*, um auf globale Asymmetrien hinzuweisen; oder die Großschreibung von *Indigen* und *Schwarz*, um auf die soziale Position aufmerksam zu machen und nicht in die Falle einer essentialisierenden Identität zu tappen; oder die Nutzung des Gendersterns*, um auf die Vielfalt der Geschlechter zu verweisen. Bei anderen Dingen haben wir Heterogenität (etwa in Stil, Länge und Duktus) zugelassen. Sie spiegelt auch den Charakter des Netzwerks mit seinen Unterschiedlichkeiten wider. Darüber hinaus war es uns wichtig, über eine relativ einfache Sprache, die Beiträge so verständlich und zugänglich wie möglich zu gestalten. Dennoch ist uns auch bewusst, dass – je nach Vorwissen und Lesegewohnheiten – einzelne Beiträge, Absätze oder Sätze für manche viel zu akademisch verschachtelt, für andere wiederum zu sehr vereinfachend sind. Auch hier haben wir versucht, einen Weg zu finden, der Kompromisse einschließt, Unterschiedlichkeiten zulässt und dennoch ein gemeinsames Werk hat entstehen lassen. Wir hoffen, dass uns das – gemeinsam mit den Autor*innen der Beiträge – nicht nur gelungen ist, sondern auch Lust macht, weiterzuschreiben.

Dank

Dieses Buch wäre nicht ohne den intensiven Gedankenaustausch und die zahlreichen Gespräche in verschiedensten Zusammensetzungen an ganz unterschiedlichen Orten entstanden. Nach den ersten ausgiebigen Diskussionen und Treffen zum Buchprojekt innerhalb des Netzwerkes haben wir uns 2019 schließlich als Vierer-Redaktionsteam gefunden. Um die physische Distanz zwischen Berlin, Wuppertal, Lüneburg und Hamburg zu überwinden, trafen wir uns mal in einem zugigen Foyer eines Kulturzentrums in Hannover, mal in einem Seminarraum der Universität Kassel oder im Büro einer Kollegin an der Universität Frankfurt. Darüber hinaus organisierten wir auch mehrtägige Treffen in Travemünde (am Strand), Calden (bei Kassel) und Lüneburg (Wohnprojekt FLUSE), bei denen wir uns neben den organisatorischen und inhaltlichen Diskussionen zum Handbuch immer auch etwas Zeit für persönlichen Austausch, für kleinere Spaziergänge, leckeres Essen und das eine oder andere Glas Wein genommen haben. Dadurch entstand ein Zusammenhalt, der in kritischen Situationen wichtig war und der uns auch die pandemiebedingte Zwangsvirtualität der Redaktionskonferenzen leichter machte.

Ganz wesentlich für die Entstehung des Handbuches war jedoch auch der inhaltliche Austausch mit den Autor*innen der einzelnen Beiträge, sowohl mit den Herausgeber*innen, als auch zwischen den Autor*innen untereinander. Zwar mussten auch die Autor*innen-Workshops pandemiebedingt in den virtuellen Raum verlegt werden, dennoch hat sich das Format, bei dem die Autor*innen untereinander ihre Beiträge kommentieren, Nachfragen stellen und Anregungen geben konnten, als sehr fruchtbar für alle Beteiligten herausgestellt.

Somit gilt unser großer Dank all denen, die sich an dem Handbuch beteiligt haben: den Autor*innen, die den Inhalt beigesteuert haben; den Mitgliedern aus dem Netzwerk Politische Ökologie, die die Idee des Handbuches hervorgebracht und immer an die Umsetzung geglaubt haben; Sophie Wolters, die das Endlektorat aller Beiträge und die Durchsicht der Druckfahnen mit großer Sorgfalt übernommen hat und dadurch zur formalen Konsistenz des Manuskripts beigetragen hat; Marta Kifleab, die uns ebenfalls zuverlässig in der redaktionellen Arbeit unterstützt hat, sowie allen, die in der einen oder anderen Form an dem ideellen Austausch und dem materiellen Entstehen mitgewirkt haben. Dem transcript Verlag, insbesondere Dennis Schmidt, danken wir sehr herzlich für die professionelle und kooperative Begleitung.

Darüber hinaus danken wir Ulrich Brand, der AG Kritische Geographien Globaler Ungleichheiten der Universität Hamburg sowie der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung für die finanzielle Unterstützung, die Sophies Mitarbeit erst möglich gemacht hat. Herzlich danken wir auch der Humboldt Universität zu Berlin und der Universität Kassel für die Finanzierung der Open Access – Publikation, die uns besonders wichtig war, um nicht nur ein Werk für die Bibliotheken zu schaffen, sondern auch Diskussionsbeiträge, die kostenlos heruntergeladen, gelesen, geteilt und vielfach verwendet werden können.

Wir wünschen Ihnen und Euch viel Freude beim Lesen, bei der kritischen Auseinandersetzung und dem inspirierten Weiterdenken. Wir hoffen, dass das Handbuch eine Anregung in diesen unruhigen und seltsamen Zeiten darstellen kann – und womöglich mitunter auch über sie hinausweist.

Lüneburg/Koblenz, Berlin, Hamburg, Wuppertal
Daniela Gottschlich, Sarah Hackfort, Tobias Schmitt und Uta von Winterfeld

Literatur

Bauriedl, Sybille (2016): »Politische Ökologie: nicht-deterministische, globale und materielle Dimensionen von Natur/Gesellschaft-Verhältnissen«, in: Geographica Helvetica, 71. Jg., Nr. 4, S. 341-351.

Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hg.) (2006): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Frankfurt a.M./New York: Campus.

Blaikie, Piers/Brookfield, Harold (1987): Land degradation and society, London: Routledge.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus, München: oekom.

Bryant, Raymond L. (Hg.) (2015): The International Handbook of Political Ecology, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

Bryant, Raymond L. (1998): »Power, knowledge and political ecology in the third world: a review«, in: Progress in Physical Geography, 22. Jg., Nr. 1, S. 79-94.

BUKO – Bundeskoordination Internationalismus (2020): »Rinks und Lechts kann man nicht verwechseln? Rechte und linke Positionen zu Ökologie – Eine Handreichung für linke Aktivist*innen«, https://www.buko.info/arbeitsschwerpunkte/ges-natur verhaeltnisse/gesnat-publikationen (Zugriff: 02.02.2022).

Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2014): »Immer (mehr) Ärger wegen der Natur? Für eine gesellschafts- und konflikttheoretische Analyse von Konflikten um Natur«, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 43. Jg., Nr. 1, S. 73-90.

diversu e.V. (Hg.) (2020): »Rechte Landnahme. Ergebnisse einer Online-Befragung von Natur- und Umweltschutzverbänden zur Einflussnahme durch rechte Akteure und ihre Ideologien«, https://www.diversu.org/wp-content/uploads/2020/06/ReLa_Ergebnisse_Online-Befragung_Juni-2020.pdf (Zugriff: 08.05.2020).

FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hg.) (2018): Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung, Berlin: FARN.

Fischer-Kowalski, Marina/Haberl, Helmut/Hüttler, Walter/Payer, Harald/Schandl, Heinz/Winiwarter, Verena/Weisz, Helga (Hg.) (1997): Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in Sozialer Ökologie, Amsterdam: Gordon & Breach.

Görg, Christoph/Brand, Ulrich/Haberl, Helmut/Hummel, Diana/Jahn, Thomas/Liehr, Stefan (2017): »Challenges for Social-Ecological Transformations. Contributions from Social and Political Ecology«, in: Sustainability, 9. Jg., Nr. 1045, S. 1-21.

Gottschlich, Daniela (2017): Kommende Nachhaltigkeit. Nachhaltige Entwicklung aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive, Baden-Baden: Nomos.

Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah (2016): »Zur Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Warum die Perspektiven der Politischen Ökologie dafür unverzichtbar sind«, in: Politische Vierteljahresschrift, 57. Jg., Nr. 2, S. 300-322.

Hackfort, Sarah (2015): Klimawandel und Geschlecht. Zur politischen Ökologie der Anpassung in Mexiko, Baden-Baden: Nomos.

Perreault, Tom/Bridge, Gavin/McCarthy, James (2015): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge.

Robbins, Paul (2012): Political Ecology. A Critical Introduction, 2. Aufl., Malden: John Wiley & Sons Ltd.

Saave, Anna (2022): Einverleiben und Externalisieren. Zur Innen-Außen-Beziehung der kapitalistischen Produktionsweise, Bielefeld: transcript.

Schmitt, Tobias (2017): Dürre als gesellschaftliches Naturverhältnis. Die politische Ökologie des Wassers im Nordosten Brasiliens, Stuttgart: Franz Steiner.

Politische Ökologie als Netzwerk?
Ein Versuch von Karl-Heinz Simon und Uta von Winterfeld mit Christina Plank, Nicolas Schlitz und Tobias Schmitt

Die Herausgabe eines deutschsprachigen Handbuchs ›Politische Ökologie‹ ist so ganz wenig Arbeit nicht. Für die Herausgeber*innen nicht und für die Autor*innen auch nicht. Daher war die Resonanz auf die Frage, wer wohl an einem ›Kollektivkapitel‹ mitwirken könne und wolle erst gering – und dann noch geringer. Spontane Zusagen wurden wieder zurückgenommen. Der Impuls zu einem Handbuch kam jedoch aus dem Netzwerk heraus und viele seiner Mitglieder sind in diesem Buch versammelt.

Es ließ sich gleichwohl kein kollektives Subjekt ausmachen. Das liegt neben Arbeitsüberlastungen auch an einer Unklarheit darüber, was das Netzwerk ist. Gibt es überhaupt eins? Und wenn da eins ist, gibt es gleichwohl den begründeten Verdacht, dass, je nachdem wer mit welchen Perspektiven erzählt, sich die Geschichte jeweils ganz anders anhört.

Hier angekommen, gab es den Vorschlag von Bettina Köhler und Sybille Bauriedl, das Kapitel anhand einiger Fragen an das Netzwerk zu gestalten. Beispielsweise danach, was für wen das Netzwerk ist und welche Geschichte die jeweilige Person oder Personengruppe damit hat. Eine andere Frage sollte auf inhaltliche Schwerpunkte des Netzwerkes Politische Ökologie zielen. Und schließlich kamen wir darauf, dass → Herrschaft und Macht ebenso wie → Natur Schlüsselbegriffe sind.

Doch auch hier konnte von Resonanz eigentlich nicht die Rede sein.

Damit das Kollektivkapitel die Schwelle von der Idee zur Wirklichkeit dennoch zumindest ansatzweise überschreiten kann, haben wir versucht, der Sache eine andere Form zu geben und angelehnt an → Erzählungen zu arbeiten. Wirkliche Erzählungen bzw. – ganz virus- und *lockdown*-konform – Erzählungen im virtuellen Raum von zwei Videokonferenzen. Sie stellen den Rahmen dar, in dem einige Menschen aus dem Netzwerk in zwei Szenen erzählen.

Die Erzähler*innen

Uta von Winterfeld ist 64 Jahre alt. Sie ist Politikwissenschaftlerin und hat an der Universität Kassel eine Sonderprofessur »Politische Ökologie« inne. Diese beruht auf einer Kooperation der Universität und dem Wuppertal Institut, wo Uta als Projektleiterin arbeitet. Sie ›akquiriert‹ und ›koordiniert‹ Projekte. Das liegt nahe, denn die Wissen-

schaft lebt im Zeitalter ihrer Refinanzierbarkeit. Uta hat zwei Töchter und drei Enkelkinder und mag Erzählungen und Erzählen, auch in der Wissenschaft.

Christina Plank ist Kulturwirtin und Politikwissenschaftlerin. Sie arbeitet am Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung an der Universität für Bodenkultur in Wien. Sie ist 39 Jahre alt und kennt Erzählungen in der Wissenschaft bisher gar nicht. Sie soll im Rahmen ihrer Stelle auch nicht erzählen, sondern Christina soll referierte Artikel verfassen. Damit kann sie in den in der Wissenschaft wie anderswo unsicheren und befristeten Arbeitsverhältnissen besser überleben und womöglich sogar etwas werden oder noch mehr werden.

Tobias Schmitt ist gespannt, was Erzählen in diesem Rahmen genau heißt. Er arbeitet am Institut für Geographie an der Universität Hamburg und war in seinem Studium mit einer eher unkritischen Geographie konfrontiert. Die Politische Ökologie hat ihm zu einem kritischeren Blick verholfen. Er beschäftigt sich mit → postkolonialen Theorien und deren Verschneidungen mit Ansätzen der Politischen Ökologie. Auch ist er im Arbeitskreis Gesellschaftliche Naturverhältnisse innerhalb der BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) aktiv. Alter ist für ihn nur eine Konstruktion, deshalb sagt er auch nichts dazu.

Karl-Heinz Simon ist seit etwa fünf Jahren pensioniert, woraus sich sein Alter erschließe, sagt er. Er war lange im Zentrum für Umweltsystemforschung an der Universität Kassel aktiv. Disziplinär ist Karl-Heinz eine facettenreiche Angelegenheit. Erst hat er ein Ingenieursstudium absolviert, dann Philosophie – Soziologie – Politologie studiert. Er ist also irgendwie »dazwischen«, das trifft sich bei der Systemtheorie. Er versucht, einige Kontakte zu halten. Und zwar sowohl zur Deutschen Gesellschaft für Humanökologie als auch zu den Wertkritikern der Nürnberger Gruppe um Norbert Trenkle, früher auch um Robert Kurz.

Nicolas Schlitz ist 35 Jahre alt, als er bei der zweiten Videokonferenz und Szene miterzählt. Er kann damit noch als ›Nachwuchswissenschaftler‹ durchgehen. Er fragt sich, ob das Nachwachsen wirklich so reizvoll und ob die Wissenschaft wirklich so toll ist. Er findet aber immer mehr zum Erzählen, daraus könnte etwas werden. Er ist jetzt Geograph in Graz und war einmal Politikwissenschaftler und Entwicklungsforscher.

Erste Szene: Was bedeutet mir das Netzwerk und welche Geschichte verbindet mich mit ihm?

Das ist so einfach nicht, weil vor der Frage nach der Bedeutung die Frage nach der Existenz steht. Gibt es das Netzwerk? Und wenn, was ist es? Christina hat darauf bislang keine Antwort gefunden. Ihr kommen Erinnerungsstücke, Mosaiksteine. Für sie ist das Netzwerk eher Diffusion als Institution. Die von Sybille Bauriedl ins Leben gerufene Mailingliste ist für Christina stark mit diesem seltsamen Gebilde, Netzwerk genannt, verbunden.

Toby findet schon, dass es ein Netzwerk gibt, irgendwie. Aber derzeit nicht in Form konkreter Treffen und eines konkreten Wir. Daran ist womöglich das Handbuch mit schuld. Das findet auch Karl-Heinz. Im Moment arbeitet das Netzwerk auf Sparflamme. Und die vielen am Thema Interessierten treffen genau nicht zusammen. Vielleicht geht es ja nach dem Handbuch mal wieder, dass die aktuelleren Diskussionen mehr Raum bekommen. Für Uta ist das Netzwerk seltsam gleichzeitig. Einerseits ist

es Hauptnetzwerk sozusagen, weil sie die Sonderprofessur für Politische Ökologie in Kassel innehat und Mitherausgeberin des Handbuchs ist. Andererseits ist es nicht ihr ›Lieblingsnetzwerk‹. Sie arbeitet seit vielen Jahren vernetzt, eigentlich von Berufsbeginn an. Es sind vor allem Frauennetzwerke. Sie sind oft getragen von persönlichen Beziehungen, von Freundschaften und auch von so etwas wie intellektueller Nähe oder intellektuellem Zuhause. Im Netzwerk Politische Ökologie fühlt sie sich eigentlich nicht ›drinnen‹, sondern immer wieder eher ›draußen‹, nicht so zentral, und eben nicht freundschaftlich verbunden.

> »Außerdem – machen wir uns doch nichts vor – auch das Netzwerk hat herrschaftliche und hierarchische Elemente. Es ist überhaupt nicht egal, wer etwas sagt oder vorschlägt. Einmal habe ich auch so etwas wie Marginalisierung erfahren und bin mit einem Anliegen an den Rand gedrängt worden.«

Und doch… ist die Geschichte so nun auch wieder nicht gut erzählt. Kann es denn ein »Drinnen« geben, wenn nicht einmal klar ist, ob es überhaupt ein Netzwerk gibt? Das ist womöglich auch erkenntnistheoretisch eine spannende Frage.

Mit dem Netzwerk sind unterschiedliche Geschichten verbunden und Netzwerkknoten bilden sich an verschiedenen Orten heraus. Ein solcher Knoten ist Wien, netzartig verknüpft mit Innsbruck und Graz.

Christinas Geschichte mit dem Netzwerk handelt von Austausch:

> »Meine Geschichte mit dem Netzwerk – es ist ein Austausch von Personen im deutschsprachigen Raum zur Politischen Ökologie. Vor allem in Österreich und Deutschland, weniger in der Schweiz. Da ich aus Wien komme, hängt meine Verbindung auch an meiner Dissertation bei Ulrich Brand und Markus Wissen. Es gab Netzwerktreffen von verschiedenen Standorten aus. Dabei ist für mich unklar geblieben: Wann hat sich das Netzwerk institutionalisiert – und wann sind es lose Zusammentreffen gewesen?«

Neben dem Ort ist die Zeit wichtig. Vor ein paar Jahren und während ihrer Dissertation hatte Christina mehr Zeit, zu Treffen zu fahren und sich zu engagieren. Inhaltlich war es der Austausch zu → gesellschaftlichen Naturverhältnissen und die Rezeption der Debatten der englischsprachigen Politischen Ökologie und andere spannende inhaltliche Debatten. Doch weiter weiß sie nicht bzw. weiß nicht, ob oder wie sich das Netzwerk in den letzten Jahren etabliert hat.

Für Toby ist genau das mit der Geschichte ein spannender Punkt. Auf den unterschiedlichen Treffen des Netzwerkes wurden verschiedene Geschichten erzählt, keine richtigen oder falschen, wahren oder unwahren, eher sind es Parallelbewegungen, die zu einem Netzwerk werden, das nicht institutionalisiert ist.

> »In Innsbruck gab es 2008 eine Entwicklungstagung bei der ich mit Markus Wissen, Uli Brand und Bettina Köhler ins Gespräch gekommen bin. Daraus entstand die Idee, uns weiter auszutauschen, uns zu vernetzen und die Politische Ökologie zu stärken. Und daraus entstanden regelmäßige Treffen, bei denen jeweils ein Thema im Fokus stand und die in einer sehr angenehmen Atmosphäre stattfanden. Es ging nicht darum, sich zu profilieren oder eine weitere Publikation hinzubekommen, sondern es ging wirklich darum, sich inhaltlich auszutauschen. Das war unheimlich fruchtbar. Dabei waren

> unter anderem auch Martin Coy, Martina Neuburger, Markus Schermer – und eben Doktorand*innen wie ich.«

Neben Ort und Zeit spielt für einige Netzwerkmitglieder das Moment der »Qualifikation« eine Rolle. Wolf-Dieter Narr hat diese Qualifikationsphasen, hat das Arbeiten an Dissertationen und Habilitationen auch als Phasen oder doch zumindest Momente der »Zwangsisolation« bezeichnet. Deshalb ist gute Gesellschaft so wichtig.

Toby erzählt, dass nach den Wien-Innsbrucker Anfängen die Berlinerinnen Kristina Dietz und Maria Backhouse, später auch Christoph Görg und Sybille Bauriedl dazu kamen. Die Arbeit sei stabil geblieben – und das wohl auch deshalb,

> »… weil wir uns sympathisch waren und uns aufeinander gefreut haben. Bald haben dann Doktorand*innen Teile ihrer Arbeit vorgestellt. In einem sehr angenehmen, unterstützenden, wohlwollenden Setting. Wo Eine*r einfach auch mal was versuchen kann.«

Es gab zwei Summerschools in Wietow an der Ostsee, die für viele Doktorand*innen prägend und sehr intensiv waren.

Neben den österreichischen Knotenpunkten und den Intermezzi an der Ostsee ist auch Kassel immer wieder ein Ort gewesen, an dem politisch-ökologisch etwas passierte. Historisch sind sowohl Uli Brand als auch Sybille Bauriedl und Christoph Görg zeitweise in Kassel gewesen, aktuell sind Kristina Dietz und Uta von Winterfeld dort. Doch wirklich und am allermeisten in Kassel ist Karl-Heinz Simon. Er stellt fest:

> »Mit dem Netzwerk habe ich eigentlich sehr sporadische Kontakte. Ich bin ab und zu mit einzelnen Akteuren wie Sybille oder Uli zusammen gekommen. Das Netzwerk zeigte sich für mich eher als Mailingliste, deshalb weiß ich über die Geschichte wenig. Ich bin da eher mehr oder weniger zufällig mit Personen zusammengekommen, die das Netzwerk ein stückweit tragen oder repräsentieren. Über die Mailingliste habe ich mitbekommen, was so an Themen und Debatten gerade da ist.«

Teilweise und einem Netzwerk im Grunde entsprechend, war die Politische Ökologie auf Wanderschaft und ohne festen Wohnsitz. Sie konnte bei einer Konferenz in Wien aktuell werden, bei einem Workshop in Hamburg oder bei einem Treffen in Jena, und sie organisierte sich schließlich über einen Verteiler.

Christina fragt sich:

> »Ist das wenig Formalisierte generell eine Netzwerkeigenschaft? Gibt es ganz unterschiedliche Wahrnehmungen und Erzählungen, weil es keine Struktur gibt? Und … wahrscheinlich kommt es auch darauf an, wer in welche Institutionen wie eingebunden ist.«

Karl-Heinz überlegt, ob eigentlich die Geographie dominant ist – oder ob andere Stimmen und Schulen entsprechend zu Wort kommen? Toby denkt, dass im Netzwerk die Politikwissenschaft ebenso stark vertreten ist wie die Geographie. Und er mahnt, dass wir mit unserem Erzählen keinen Anspruch auf Vollständigkeit hätten…

> »… das sollten wir sowieso nicht haben. Geschichten schlagen ja auch Pflöcke ein und haben Wirkmacht.«

Eine wirkmächtige Geschichte ist gleichwohl die Idee geworden, ein deutschsprachiges Handbuch zur Politischen Ökologie herauszugeben. Allerdings haben dadurch möglicherweise andere Treffen gelitten und die Nachfrage nach inhaltlichem Austausch ist zurückgegangen. Karl-Heinz findet, dass die Netzwerkarbeit hinter der Handbucharbeit zurücksteht. Das sei schade, denn er habe viele thematische Anliegen:

> »Für mich sind Themen wichtig, die im Vorfeld der Netzwerkbildung standen. Da war die Anti-Atom-Bewegung der 1970er Jahre, die Umweltbewegung, Meadows und die Grenzen des Wachstums – und die Kritik daran, dass eigentlich das Politische zu kurz kommt. Deshalb ist wichtig, dass ein Diskussionszusammenhang aufgegriffen und weitergeführt wird. Gerade auch mit Blick auf Politik und Macht. Das finde ich mit der Vielfalt an Kompetenzen des Netzwerks wichtig fortzuführen.«

Vielleicht, meint Karl-Heinz, sei es ja doch kein richtiges Netzwerk. Ein Netzwerk lebe von Treffen und Austausch. Und z.B. das Frankfurter Treffen 2019 sei nicht gerade übermäßig stark besucht gewesen.

Uta wirft ein, dass es für sie nicht um ein bestimmtes Thema gehe, sondern eine Verbindung zum Netzwerk liege für sie in der Art des kritischen Denkens. Manchmal zu wenig konkret, manchmal akademisch gestelzt – und doch seien solche Perspektiven wichtig. Gerade in Zeiten, wo Zeitschriften eher Wert auf den Impactfaktor als auf den kritischen Gehalt der Artikel legen würden.

Christina bestätigt, dass sich seit 2008 etwas verändert habe:

> »Ich muss reviewt und mit möglichst viel *Impact* publizieren, sonst bin ich weg vom Fenster. Das ist auch für die Zukunft des Netzwerkes wichtig.«

Es gibt somit Spannungsfelder mit Blick auf das kritische Denken. Karl-Heinz fragt nach:

> »Heißt das, so ein Netzwerk hat dann mit Lebensplanung gar nicht so viel zu tun?«

Christina kann diese Frage nicht beantworten.

Toby sieht zwei Erzählungen:

> »Zum einen gibt es Druck und Zeitmangel. Zum anderen war das Netzwerk genau innerhalb des Systems der neoliberalen Universität eine kleine Insel, die wir uns herausgenommen haben. Ein Ort, der nicht funktionalistisch und nicht instrumentell ist. Das ist inmitten der Zwangskorsette angenehm, ist ein Luxus, den wir uns geleistet haben. Vielleicht ist es als Doktorand anders als als *Postdoc*.«

Thematisch, fährt Toby fort, haben sich die Treffen um Themen wie ›*Agrofuels*‹ gedreht und um Auseinandersetzungen um Begriffe wie ›Konflikt‹ oder ›Subjekt‹, um ›Scale‹ in der Politischen Ökologie und die ›Demokratisierung der Naturverhältnisse‹ und eine (neue) Materialität. Schließlich sei es um neo-marxistische Ansätze gegangen und um den Hype um Jason Moore (z.B. seine Analyse zu Entwertung und Geringschätzung ›billiger Naturen‹) wobei auch Kohei Saito mit seiner Rekonstruktion der Marx'schen ökologischen Kritik gelesen wurde.

Karl-Heinz fragt nach, ob Postwachstum ein wichtiger Themenbereich gewesen sei, auch mit Bezug auf das DFG-Kolleg in Jena von 2011 bis 2021. Es wäre doch spannend, wenn Postwachstum als Thema ein Brückenschlag zu den älteren Debatten der politisierten Umweltbewegungen sein könnte. Christina erzählt, dass es 2020 eine Degrowth-Konferenz in Wien gab. Es gebe eine Buch-Publikation zu ›*Degrowth & Strategies*‹, in die sie involviert sei. Uta weist auf den Artikel zu → Degrowth von Matthias Schmelzer und Andrea Vetter im Handbuch hin. Toby sieht hingegen ›Postwachstum‹ nicht als zentrales Thema des Netzwerks. Es könne aber wichtig werden mit Blick auf die Propagierung des ›European Green Deal‹ und die kommenden »gigantischen Förderprogramme« hierzu, meint Karl-Heinz.

Vom Netzwerk als Ganzen abgesehen gelangen wir zu der Frage nach spannenden zukünftigen Themen. Für Christina sind aktuell Degrowth und klimasoziale Politik wichtig. Dies seien jedenfalls Kontexte, in denen sie stärker breitenwirksam aktivistisch und auch wissenschaftlich in Form von Buchprojekten arbeite. Das andere, worauf sie sich wieder fokussiere, seien alternative oder wertebasierte Produktions- und Konsumweisen. Hierzu gebe es auch ein von ihr geleitetes Projekt, das sie den *Agrofood-Studies* bzw. den *Critical Agrarian Studies* zuordne (→ Ernährung).

Uta hält das Thema → Externalisierung für zentral. Sie sei gerade im Kontext ihrer Zusammenarbeit mit Adelheid Biesecker zu »Wert und Herrschaft« (erscheint 2023) an einen für sie spannenden Punkt gekommen: Womöglich ist es einfacher, die Geschichte zu Wert und Herrschaft mit Blick auf Naturumgang anders zu erzählen als mit Blick auf Sorge.

Sie habe, meint Christina mit Blick auf Sorgearbeit, nicht so im Kopf, welche Rolle eine feministische Perspektive darin gespielt habe. Sie finde es immer wichtiger und es gehe trotzdem weiterhin unter, bleibe eine Fußnote. Toby ist sich bei der Fußnote nicht so sicher. Es spiele schon eine Rolle, z.B. bei Sybille Bauriedl, bei Sarah Hackfort und bei Daniela Gottschlich (siehe auch → Care oder → Feministische Politische Ökologie) und anderen. Ja, räumt Christina ein, das seien dann Personen. Eine ganze Summer School habe es zu dem Thema aber nicht gegeben.

Toby findet spannend, konzeptionelle Ansätze wie postkoloniale Theorien und intersektionale Ansätze mit Ansätzen und Thematiken der Politischen Ökologie zu verbinden und neu zu denken. Gleichzeitig und thematisch an die siebziger Jahre anknüpfend, gehe es um Diskussionen um das Ende des Wachstums, um Rohstoffdebatten und beispielsweise um Wasserkonflikte. Klimawandel und sozial-ökologische Transformation würden aktuell auf dem Tisch liegen und müssten kritisch bearbeitet werden. Schließlich seien Rechte Ökologien wichtig: Wie werden sie gerade *geframed*, was ist die Gefahr und was ist etwa der Unterschied zu Linken Ökologien? Es sei wichtig, sich da zu positionieren, auch jenseits von akademischen Handbüchern.

Für Karl-Heinz ist noch eine andere Frage wichtig: Wie kommt Veränderung in Gang? Sind das Konsument*innen oder doch staatliche Regularien? Wo sind Handlungsmöglichkeiten und wo Initiativen mit Veränderungspotenzial?

> »Da sind sehr unterschiedliche Positionen zu sehen und es werden einflussreiche Debatten, z.B. mit Staatstheorie im Hintergrund, geführt. Doch es sollten auch Verantwortlichkeiten expliziert, sollten Forderungen aufgestellt und adressiert werden. Auch der Blick auf alternative Lebensweisen und Projekte (z.B. Ökodörfer) ist wichtig. Sys-

> temtheoretisch gedacht: Diversität ist hier gut und auch, dass etwas vorgehalten werden kann für zukünftige Herausforderungen.«

Unsere Videokonferenz-Kapazitäten neigen sich dem Ende zu. Offen bleibt die Sache mit der Staatstheorie – besonders der ›kritischen Staatstheorie‹. Und im Grunde auch die Angelegenheit mit den Wertkritiker*innen. Doch diese Geschichten sollen ein anderes Mal von Christina und Karl-Heinz erzählt werden.

Zweite Szene: Herrschaft, Macht und Natur – zentrale Schlüsselbegriffe der Politischen Ökologie?

Inzwischen sind drei Monate vergangen. Nicolas Schlitz kommt als Erzähler hinzu und die Arbeit am Handbuch hat an Intensität zugenommen. Der Artikel zu den Begriffen ›Herrschaft und Macht‹ liegt im Entwurf vor, ebenso der Artikel zum Begriff ›Natur‹. Beide sind im Vorfeld der Videokonferenz verschickt worden und beide erweisen sich als zentrale Schlüsselbegriffe – einerseits. Und doch verhält es sich andererseits anders. Wir sind dem erzählend auf der Spur und versuchen, die Geschichten einzukreisen und die Perspektiven zu schärfen.

Er sei viel in der Humanökologie unterwegs, erzählt Karl-Heinz. Herrschaft und Macht würden dort nicht oft vorkommen. Daher liege ihm sehr daran, Macht und Interessen mit Blick auf Naturumgang und Naturgestaltung zu thematisieren.

Christina schließt an und erzählt, wie sie zur Macht- und Konfliktfrau gemacht wird:

> »Kreise, die keine Politische Ökologie machen, verweisen dann immer auf mich: Christina, Du interessierst Dich ja für Macht und Konflikte. Mach‘ Du das.«

Nicolas erzählt, der Erstkontakt zum Netzwerk sei für ihn sogleich mit Macht und Herrschaft verbunden gewesen:

> »Es war komisch, das Verhältnis von Gesellschaft und Natur nicht auf Macht und Herrschaft hin zu lesen. Die Frage der Umweltgeschichte und der Geschichtsbezug waren für mich wichtig und auch das Gewordensein von Gesellschaft. Auch die Geschichte von Naturbeherrschung.«

Prägend für ihn seien Bettina Köhler, Uli Brand, Kristina Dietz und Markus Wissen gewesen, besonders wichtig war ein Einführungstext von Bettina und Markus sowie ein Text von Markus und Kristina über Grenzen und Arbeitsverhältnisse:

> »Das ist eine wichtige Frage, wie Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse die Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur (auch vermittelt über Arbeit) prägen. Und es bleibt die Frage, ob es auch anders ginge.«

Karl-Heinz findet eine begriffliche Differenzierung sinnvoll:

> »Nach meinen bisherigen Erfahrungen in der Umweltforschung wäre es spannend, den Naturbegriff auszudifferenzieren. Ist die Verwendung von Begriffen, wie Kontrolle,

Herrschaft und Gestaltung z.B. im Kontext von Klimawandel und seiner Begrenzung überhaupt sinnvoll? Oder wird da, wenn nicht genau ausdifferenziert wird, nur Machbarkeit ›illusioniert‹? Und ist es, wenn etwa über den Ressourcenzugriff gesprochen wird, nicht ganz anders und geht auch besser, weil direkt Verantwortliche benannt werden können? Natur in verschiedene Sektoren ausdifferenzieren und auch die Einflussmöglichkeiten ausloten wäre meines Erachtens notwendig.«

Toby hat häufig eine recht deskriptiv arbeitende Politische Ökologie erlebt:

»Da wird eher im Fazit darauf verwiesen, dass man auf Herrschaft und Macht schauen muss. Das war immer unbefriedigend. In meiner Dissertation habe ich mich dann viel mit Diskursen, mit Michel Foucault und seinen Überlegungen zu Machtverhältnissen beschäftigt. Das Schwierige war dann der Schritt ins Empirische. Wie verträgt sich die Theorie mit der Umsetzung – und wie das Empirische mit der Analyse? Damit hab' ich auch gestruggelt und versucht, einen gangbaren Weg zu finden.«

Uta erzählt über sich als Politikwissenschaftlerin, über ihre Habil.-Schrift zur Naturbeherrschung und der Arbeit an der »Niemands-Herrschaft« mit Wolf-Dieter Narr. Sie ist unzufrieden mit der Politischen Ökologie, weil die Herrschaftskritik eher als dauernder Anspruch formuliert wird, als dass sie den Gedanken und der Analyse richtig sitzt.

Christina erinnert sich an ihre Dissertation und findet, dass Herrschaftskritik so richtig viel Arbeit macht, gerade empirisch, wenn es z.B. darum geht, die verschiedenen Kapitalfraktionen des Agrartreibstoffprojekts inklusive deren Interessen und Strategien herauszuarbeiten.

Nicolas erzählt von einer Exkursion in ein Bergbaugebiet. Er fand extrem spannend, wie sich die Bergbauer*innen mit dem Berg in Beziehung setzen:

»Es zeigt, wie komplex Herrschaft ist. Es sind Ausbeutungsverhältnisse – gleichzeitig aber müssen die Menschen den Berg extrem gut kennen, um Erze abbauen zu können. Sie sind also zugleich krass gewaltvoll und hingewandt. Es ist eine spezielle Form von Extraktivismus – und ist zugleich, sich auf gelebte Art und Weise zum Berg in Beziehung zu setzen.«

Karl-Heinz schlägt erneut ein Differenzieren vor. Auch gelte es, vom allgemeinen Mensch-Natur-Verhältnis zum Konkreten und zu Kontexten zu kommen. Z.B. die Rolle der Verwaltung mit Blick auf Veränderungsprozesse:

»Biographisch hatte ich mit Meadows zu tun, der ja zusammen mit Donella Meadows und anderen über komplexe Modellrechnungen die ökologischen Herausforderungen perspektivisch herausgearbeitet hatte. Er hat die Entscheidung getroffen: Wir müssen nicht Modelle noch weiter verbessern, sondern mit Entscheidungsträgern arbeiten. Dann kommt Veränderung in Gang. Donella hat eher den Weg eingeschlagen, mit Kolumnen in Zeitschriften und eigener Praxis (etwa Ökodörfern) zu arbeiten. Insgesamt war aber die Haltung: Aufklärung in Gang bringen, damit Veränderung stattfinden kann, das reicht. Aber es gab keine herrschaftskritische Analyse und war vielleicht deshalb wenig wirkungsvoll. Inzwischen ist Meadows der Meinung, dass Nachhaltigkeit noch zu erreichen illusionär sei, und eher Turbulenzen (Klimawandel) in den Blick zu nehmen seien.«

Christina findet Utas Verweis auf Lena Partzsch im Artikel zu Herrschaft und Macht spannend. Offenbar gebe es das Bedürfnis, auf einem Operationalisierungsniveau mit Macht arbeiten zu können, weil das dem Wissenschaftssystem am ehesten entspricht.

Uta bekommt bei der wissenschaftskonformen Operationalisierungsakrobatik eher schlechte Laune. Die Laune ist allerdings, zugegeben, nur ein bedingt zu gebrauchender Wegweiser durch die Wissenschaftslandschaft.

Es sei aber doch die Frage, meint Nicolas, was für eine Rolle Wissenschaft habe – und welche Rolle wir hätten – und wie das herrschaftsfreier gehe. Da helfe die kritische Staatstheorie (Ideologie und Staatsapparat). Und es helfe zu fragen: Geht es darum, bestimmte Dinge einzuhegen und in Ordnungsraster zu pressen? Herrschaftskritik bewege sich im Spannungsverhältnis von Bewegung (da ist es klarer) und akademischem System.

Uta findet, dass es das Spannungsverhältnis auch in der Politischen Ökologie gebe. Einerseits sei sie nah an Bewegungen, an Solidarität, an → Widerstand und an → Konflikten – »und andererseits akademisch, dass es nur so ächzt und kracht.«

Christina erzählt von einer Masterarbeit in der Politischen Ökologie und von einem Blog-Beitrag, den die Autorin über illegalen Holzeinschlag in Rumänien geschrieben habe und dass sie den Namen des Unternehmens, das sie darin erwähnt hatte, dann rausnehmen musste. Uta wirft hier die Frage ein: »Wie mutig sind wir eigentlich?«

Und die Frage, so Christina weiter, sei auch: »Wie erreiche ich wen?« Der Blog-Beitrag wäre wirksam gewesen – jedoch nicht partizipativ und transdisziplinär. Sie finde aber wichtig, auch so zu forschen.

Nicolas denkt, dass man super abstrakt über Herrschaft, Natur und Macht sprechen könne – und es könne auch super konkret im Alltag bearbeitet werden. Von Letzterem wünsche er sich mehr bei sich selber. Die Frage sei: Wie geht man mit den Mächtigen (Akteuren) um – und wie mit dem Verhältnis von Macht und Herrschaft zur Natur? Wenn er zu Abfall (→ Müll) arbeite, habe er manchmal für einen Moment ein konkretes Gegenüber. Dann werde es greifbar. Aber auch wichtig sei, bei der Macht von Unternehmen zu intervenieren.

Uta fragt, was typisch Politische Ökologie sei in Bezug auf Macht, auf Herrschaft, auf Natur – und worin Stärken und Schwächen der Politischen Ökologie liegen würden.

Nicolas meint, da sei die Sache mit den Gesellschaft-Natur-Dichotomien – und das sei reichlich abstrakt: »Trennung steckt überall drin.«

Karl-Heinz findet, typisch für die Politische Ökologie sei der Rückbezug auf Akteure, sei das Fragen danach, wer handelt oder nicht handelt, wer entscheidet oder nicht entscheidet. Wo sind, frage Politische Ökologie weiter, überhaupt Handlungskompetenzen gegeben? All das werde zwar in vielen Arbeiten thematisiert und sei auch ein Anspruch, gehe aber seines Erachtens nicht weit genug.

Christina wünscht sich, einerseits auf die Gestaltungsdiskussion einzugehen und handlungsmächtig zu werden, ohne dabei andererseits die Kritik aus dem Blickwinkel zu verlieren. Es gebe ein Spannungsverhältnis zwischen kleinteilig und utopisch auf der einen Seite und der großen Kritik auf der anderen.

Karl-Heinz fragt nach, ob das zu sehr im Analytischen stehenbleibe. Und welche Rolle könnten Alternativprojekte dabei spielen?

Christina findet den Blick nach unten und auf die Alternativen wichtig. Auch sei wichtig, etwas voranzutreiben, etwas mit zu verändern, gemeinsam mit den »Forschungsgegenständen«.

Das findet Nicolas auch. Und dabei, also bei der Hinwendung zu den »Beforschten« und bei dem Versuch, etwas voranzutreiben, wolle er nicht als naiv abgestempelt werden.

Toby wird gleich sagen, er sei auf einem anderen Dampfer. Wobei er im Nachhinein auch nicht mehr recht weiß, was das für ein anderer Dampfer ist und was er damit gemeint hat. Zwischenzeitlich jedenfalls und das Erzählte zur Erzählung schreibend, nutze ich (Uta) die Gelegenheit, etwas zur kritischen Perspektive der Politischen Ökologie zu sagen. Sie liegt in der empirischen und Feldarbeit – die sich zunächst besonderes auf den Globalen Süden bezogen hat – mit darin, auf das eher Ausgegrenzte und die eher Ausgegrenzten zu schauen, die nicht vom Licht der Aufmerksamkeit beschienen werden. Sie liegt auch darin, auf das zu hören, was sonst im großen Geraune eher beschwiegen wird. Und sie liegt darin, den Haupterzählungen nicht einfach Glauben zu schenken, sondern sie kritisch zu hinterfragen.

Stärke und Eigenanspruch der Politischen Ökologie sei, erzählt nun endlich Toby:

> »Macht und Herrschaft ins Zentrum zu rücken, immer eine herrschaftskritische Perspektive einzunehmen. Die Schwäche ist die Umsetzung oder Operationalisierung, ist die Gefahr von Beliebigkeit. In Bewegungskontexten wird anders über Macht- und Herrschaftsverhältnisse gesprochen, da erscheinen diese oftmals (vermeintlich) viel klarer, aber auch strukturalistischer. Wenn Machtverhältnisse in allen Beziehungen stecken und über diese aktiviert werden können und nicht etwas sind, was Akteure *besitzen*, dann muss man sich eben genau diese Verhältnisse und Beziehungen anschauen, die das bewirken, die hegemoniale Schließungen bewirken. Dann wird es schwieriger und auch spannendender. Ich habe in meiner Dissertation eine Dispositiv-Analyse unternommen (Diskurs, Institutionen → Diskurstheorie) und versucht herauszufinden, wie z.B. Dürre und Dürreverhältnisse diskursiv als etwas Natürliches, von den gesellschaftlichen Verhältnissen Entkoppeltes hergestellt werden, wie Diskurse um Dürre und die darin immanenten Machtverhältnisse über Materialisierungen (z.B. Staudämme) auf Dauer gestellt werden. Auch Subjektpositionen werden diskursiv und materiell hergestellt. In dieser Perspektive sind Unternehmen anders, sie sind nicht einfach ›böse‹, sondern sie sind innerhalb von Kräfteverhältnissen positioniert und in dieser Position mit Machteffekten ausgestattet. Profit, Macht und die Herrschaft liegen bei ihnen, doch nicht nur, denn in allen Beziehungen werden Machtverhältnisse aktiviert. Herrschaftsverhältnisse bedeuten bereits verfestigte Strukturen, doch wichtig finde ich, darauf zu schauen, wo hegemoniale Schließungen stattfinden, wo bestimmte Strukturen verfestigt werden – und wo dabei Widerstände ansetzen (können).«

Christina findet, das sei super, aber extrem aufwändig. In ihrer Arbeit sei dafür kein Platz, das wäre ihr Tod, sie müsse jährlich drei referierte Artikel heraushauen. Das mit der anspruchsvollen kritischen Analyse, meint Nicolas, sei nun wirklich nicht zu trennen von den wissenschaftlichen Verhältnissen. Christina bringt es auf den Punkt:

> »(Herrschafts-)Kritik hat keinen Termin.«

Karl-Heinz bleibt gleichwohl skeptisch und fragt:

> »Werden zu wenig unterschiedliche Perspektiven zusammengeführt? Und sind es nur die Zeitkapazitäten, die so etwas verhindern, oder auch fehlende Methoden oder

> vielleicht Diskursbeschränkungen? Muss es einen theoretisch-methodischen Entwicklungsschub in der Politischen Ökologie geben?«

Christina denkt, kritische Staatstheorie und → historisch-materialistische Policy- oder Politikanalyse wären für sie Teil des kritischen Projekts. Den Staat mit Poulantzas als umkämpftes Terrain zu fassen und zu analysieren, welche Akteure und Institutionen Teil eines Hegemonieprojekts sind, liefere ein kritisches Verständnis über die herrschenden Verhältnisse. Die Bündelung in Form von Hegemonieprojekten bzw. die Konzentration auf beispielsweise die Entstehung einer Policy in der Analyse ermögliche das empirische Erarbeiten davon, wie sich die materielle Verdichtung von sozialen Kräfteverhältnissen äußere. Bob Jessops Begriff der strategischen Selektivitäten spielt dabei auch immer wieder eine zentrale Rolle, um zu verdeutlichen, wie sich der Zugang und das Durchsetzungsvermögen von Akteuren und deren Interessen zu Staatsapparaten äußert. Das in Verbindung mit einem Grundverständnis der Politischen Ökologie bzw. der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu erarbeiten, versuchen zumindest einige Masterstudierende und Doktorand*innen in Wien und wahrscheinlich darüber hinaus.

Karl-Heinz erzählt endlich etwas zum Ansatz der »Wertkritik« (s. Kurz u. Lohoff 1998).[1] Bislang hat sie im Rahmen einer Politischen Ökologie noch keine Rolle gespielt. Es geht dabei um die Grundlagen des warenproduzierenden Systems, in dem die Vergesellschaftung über den Markt stattfindet. Zentral dabei ist bekanntlich der Tauschwert, der auf der Basis einer Verrechnung eingesetzter menschlicher Arbeit Austauschprozesse ermöglicht, mit Geld als Medium der Vermittlung, aber auch als Selbstzweck des Wirtschaftens. Dabei wird von jeglicher Qualität des Geschaffenen abstrahiert. Die Wertkritik setzt dagegen, dass im Sinne von sozial-ökologischer Zukunft von Ware-Geld-Beziehungen als zentraler Grundlage von Gesellschaft notwendigerweise abzusehen sei. Stattdessen sei eine Verständigung über die gemeinschaftliche Nutzung der Ressourcen zur Grundlage zu nehmen. Zugleich thematisiert die Wertkritik auch die Ausdifferenzierung verschiedener »Subsysteme« in der modernen Gesellschaft sowie den Umgang mit ökologischen Systemen.

Neben den staats- und wertkritischen Ansätzen liegt für Toby der Fokus bei politisch-ökologischen Arbeiten stark auf Widerstand und auf Konflikten. Die Frage sei, ob es nicht eine stärkere Herrschaftskritik brauche bzw. auch eine Analyse davon, wie bestimmte Projekte, Diskurse, Praktiken hegemonial naturalisiert oder normalisiert werden. Toby fragt weiter, ob es ein ausdifferenzierteres Verständnis von Macht und Herrschaft brauche, um besser analysieren zu können?

Nicolas findet das spannend und fragt, welche anderen Begriffe und Zugänge möglich wären und wie sich Macht noch anders fassen ließe? Bei den Abfallstudien gehöre er zu den Wenigen, die einen historisch-materialistischen Zugang mitbringen. Und er frage sich, was nun mit dem *New Materialism* sei und ob der eigentlich mal den alten Materialismus treffen könne? Außerdem findet Nicolas, gut für Studierende sei eine Art herrschafts- und machtkritisches Perspektivenraster. Auch und gerade anhand von Beispielen. Hier ein Versuch zum Müllphänomen (siehe auch das Kapitel Müll – Macht – Materialität: Politische Ökologien des Abfalls von Johanna Kramm und Nicolas Schlitz).

---

1 Interview der Zeitschrift MARBURG-VIRUS mit Ernst Lohoff und Robert Kurz. Siehe krisis (1998): »Interview der Zeitschrift MARBUR-VIRUS mit Ernst Lohoff und Robert Kurz«, https://www.krisis.org/1998/was-ist-wertkritik/ (Zugriff: 17.11.2021).

Herrschafts- und Machtkritische Perspektiven einer Politischen Ökologie des Mülls

Theoretischer Zugang	Grundlegende Einsichten	Herrschafts- und machtkritische Fragen
Historisch-materialistisch	Abfälle und Müllprobleme entstehen im historischen Prozess und sind Teil kapitalistischer Wirtschaftsweise	Wer oder was strukturiert die Entstehung von Abfall und den Umgang mit Müll? Welche Akteure sind wie involviert und betroffen?
Konstruktivistisch und poststrukturalistisch	Müll und Müllprobleme sind sozialräumlich konstruiert und situiert	Wie wird das »Müllproblem« gesellschaftlich konstruiert und welche Setzungen werden dabei vorgenommen? Wer agiert mit welcher Definitions- und Deutungsmacht?
Neu materialistisch und posthumanistisch	Abfallmaterialen entfalten selbst materielle Wirksamkeit und Handlungsmacht im Zusammenspiel mit Akteuren und Aktanten	Ist Abfall unbeherrschbar? Wie erlangen Akteure und Aktanten sozial-ökologische Wirkmacht?

Einerseits gibt es verschiedene Zugänge. Pluralität ist wichtig und sie müssen sich nicht gleich ausschließen. Manches schließe sich aber doch aus, meint Toby. Es gebe erkenntnistheoretische Unterschiede, z.B. in Bezug auf das Subjekt- und Akteursverständnis und die Frage, ob es ein intentional handelndes Subjekt gebe. Und da sei es wichtig, auch die Unterschiede deutlich und sichtbar zu machen, gleichzeitig aber auch verschiedene Ansätze nebeneinander stehen zu lassen und nicht zu versuchen, eine bestimmte Definition von Macht- und Herrschaftsverhältnissen für alle Kontexte als einzig richtige (»wahre«) zu bezeichnen.

Uta sieht das mit der schon oben angesprochenen begrifflichen Differenzierung mit Bezug auf Herrschaft, Macht und Natur einerseits ein. Einzusehen ist auch, dass kritische Herrschafts- und Machtanalysen stets anhand der Kontexte zu entwickeln seien. Beispielsweise habe es sich bei ihrer naturbeherrschungskritischen Habil.-Schrift als sinnvoll erwiesen, mit den Kriterien »dualistisch«, »instrumentell« und »manipulativ« hermeneutisch zu arbeiten. Bei ihrer Dissertation über die Angst von Frauen hätte das überhaupt keinen Sinn gemacht. Hier sei es qualitativ forschend eher darum gegangen, die Herrschaftsbeziehung zwischen Forschungssubjekt und Forschungsobjekt zu verändern. Dennoch sei andererseits begriffliche Schärfung auch angebracht, beispielsweise die, endlich einmal Herrschaft und Macht voneinander zu unterscheiden.

Damit sind wir fast am Ende angelangt. Herrschaft, Macht und Natur sind tatsächlich Schlüsselbegriffe der Politischen Ökologie. Doch die kritische Perspektive erschöpft sich nicht darin. Auch Widerstand, → Hegemonie und Konflikt sind wichtig. Sie gehen nicht einfach in der Herrschaftskritik auf. Und sie gehen, teilweise sehr konkret, zu den Menschen in ihren materiellen, kulturellen und politischen Kontexten hin.

Es bleibt die Frage nach unserem Literaturverzeichnis. Brauchen Erzählungen eins? Womöglich ist naheliegender, ein ganz kleines kommentiertes Literaturverzeichnis dazu zu verfassen, welches politisch-ökologische Buch für uns in letzter Zeit wichtig gewesen ist und warum.

Kleines kommentiertes Literaturverzeichnis

Armutskonferenz/Attac/Beigewum (Hg.) (2021): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten, Wien: Bahoe books.

→ Der Sammelband, der von einem Herausgeber*innenkollektiv während der Pandemie erarbeitet wurde und dessen Teil Christina ist, beleuchtet, wie eine radikale Verbesserung der Lebensverhältnisse durch eine klimasoziale Politik aussehen kann. Von den menschlichen Grundbedürfnissen wie nach Gesundheit und einer schönen Wohnung, nach Mobilität und einem guten Einkommen ausgehend, werden die bestehenden Verhältnisse einerseits von über 30 Autor*innen kritisiert, andererseits werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, um eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gesellschaft aufzubauen.

Kaijser, Anna/Kronsell, Annica (2014): »Climate change through the lens of intersectionality«, in: Environmental Politics, 23. Jg., Nr. 3, S. 417-433.

→ Der Text ist schon etwas älter, doch Toby meint, dass er das Thema der Intersektionalität in Bezug auf Klimawandel ganz gut aufzeigt. Und er fordert heraus, mit und weiter zu denken.

Köhler, Bettina/Wissen, Markus (2010): »Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise«, in: Bettina Lösch/Andreas Thimmel (Hg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 217-227.

→ Dieser Aufsatz ist für Nicolas wichtig gewesen. Es handelt sich um einen Einführungstext, der zentrale Aspekte gesellschaftlicher Naturverhältnisse erläutert. Christina findet den Text auch sehr gut und sehr verständlich geschrieben, weshalb sie ihn in ihren Politische Ökologie Lehrveranstaltungen verwendet.

Konicz, Tomasz (2020): Klimakiller Kapital – Wie ein Wirtschaftssystem unsere Lebensgrundlagen zerstört, Wien: Mandelbaum Verlag.

→ Unter den vielen kapitalismuskritischen Veröffentlichungen zur Klimaproblematik möchte Karl-Heinz das Buch von Konicz hervorheben, weil dieser Verursachung und Konsequenzen in vielen Praxisbereichen informativ benennen und mit strukturellen Bedingungen des vorherrschenden Wirtschaftssystems verknüpfen kann, übrigens auch mit diktatorischen Politiken der Gegenwart.

Plumwood, Val (2003): »Decolonizing relationships with nature«, in: William M. Adams/Martin Mulligan (Hg.): Decolonizing nature. Strategies for conservation in a post-colonial era, London: Routledge, S. 51-78.

→ Toby findet schon, dass auch dieser (zugegebenermaßen auch nicht hoch aktuelle) Text viele Fragen nach Machtverhältnissen innerhalb der Politischen Ökologie aus einer dekolonialen Perspektive stellt. Was bedeutet das für unsere Forschung???

Schmidt, Matthias (2016): »Politische Ökologie des Postsozialismus«, in: Geographica Helvetica, 71. Jg, S. 259-270.

→ Der Artikel ist für Christina im letzten Jahr besonders relevant gewesen, weil er sich mit dem postsozialistischen Raum beschäftigt und diskutiert, warum dieser wenig er-

forscht ist bzw. welche Spezifika er aufweist. Für viele ihrer Studierenden in den Osteuropastudien war dieser Text ein Brückenschlag von der Politischen Ökologie zu ihren Fallbeispielen in den Masterarbeiten.

Tsing, Ana L. (2017): Mushroom at the End of the World. On the Possibility of Life in Capitalist Ruins, Princeton: Princeton University Press.

→ Auch dieses Buch ist für Nicolas wichtig gewesen. Ana Tsing ist Anthropologin und beschäftigt sich in diesem viel diskutierten Buch – ganz im Sinne der von Karl-Heinz erwähnten ›Turbulenzen‹ – mit der Möglichkeit des mehr-als-menschlichen Lebens in dem, was nach der Naturaneignung und -zerstörung einer kapitalistischen Moderne noch übrig ist.

Wallace, Rob (2020): Was COVID-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat, Köln: Papy Rossa.

→ Robert Wallace ist Epidemiologe und gehört zu den Vertreter*innen der ›Politischen Virologie‹. Er fragt nach den gesellschaftlichen Ursachen von Viren: Weshalb sind die Vogelgrippe und COVID-19 in China entstanden, weshalb die Schweinegrippe in Mexiko und Ebola in Afrika? Dieses Buch ist für Uta in ihrer Auseinandersetzung mit COVID-19 wichtig gewesen und hat auch in ihrer Zusammenarbeit mit Adelheid Biesecker zu »Wert und Herrschaft« eine wichtige Rolle gespielt.

THEORIEN, KONZEPTE UND ZUGÄNGE

Gesellschaftliche Naturverhältnisse

Ulrich Brand und Christoph Görg

Die globalen ökologischen Krisendynamiken erhalten, auch in Zeiten der Covid-19-Pandemie und des Krieges gegen die Ukraine, zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit. Staatliche und internationale Politiken reagieren mit ambitionierten Zielen und formulieren konkrete Strategien, um etwa die Klimakrise, den Verlust der biologischen Vielfalt oder die Abholzung der Wälder aufzuhalten.

Gleichzeitig werden diese Strategien den Krisen kaum gerecht. Viele Studien zeigen, dass die erhöhte gesellschaftspolitische Aufmerksamkeit mit einer Verschärfung der globalen ökologischen Krise einhergeht. Allenfalls kommt es zu Verbesserungen in Teilbereichen, die aber oft genug mit Verschlechterungen in anderen Bereichen einhergehen. Ein Beispiel ist die hohe Dynamik des Umstiegs auf Elektro-Automobilität, für die bestimmte metallische Ressourcen wie Lithium massiv benötigt werden und welche insgesamt das ressourcen- und platzintensive autozentrierte Mobilitätssystem aufrechterhält (Brunnengräber/Haas 2020).

Die Fragmentierung und geringe Eingriffstiefe aktueller Politiken gegen die ökologische Krise spiegeln sich in den meisten wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Beiträgen zur Nachhaltigkeitsdebatte, denen trotz der radikalen Rhetorik ein unterkomplexes Verständnis der gesellschaftlichen Ursachen und Dynamiken ökologischer Krisenphänomene zugrunde liegt. Oft werden pauschal ›die Menschheit‹ (oder gar ›Überbevölkerung‹ in Ländern des Globalen Südens), ›die Wirtschaft‹, fehlende ›Kostenwahrheit‹ oder ›der Überkonsum‹ als Ursachen ausgemacht. Mitunter wird recht allgemein von ›Treibern‹ wie Globalisierung, Urbanisierung oder Digitalisierung gesprochen. Fragen von Ungleichheit und Macht werden dabei ausgeblendet. Politisch wird an den intensiven Debatten um ein CO2-Budget, das jedem Menschen bzw. Land ›zusteht‹ (Mercator Research Institute 2021), deutlich, wie machtvergessen aktuelle Nachhaltigkeitsdiskurse und -politiken sind. Denn es werden die aktuellen sozio-ökonomischen Bedingungen und Dynamiken, unter denen ein solches Budget als Orientierung dienen sollte, nicht thematisiert.

In dieser Konstellation erweist ein Begriff seine Produktivität, der die dialektische Verknüpfung gesellschaftlicher und natürlicher Prozesse betont.

Zum Begriff gesellschaftliche Naturverhältnisse

Der Begriff der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* nimmt eine andere Perspektive auf ›Umwelt‹, → Natur oder ›Ökologie‹ ein, in der Macht- und Herrschaftsfragen (→ Herrschaft und Macht) eng mit der tiefen gesellschaftlichen Verankerung von Nicht-Nachhaltigkeit verbunden sind. Im deutschsprachigen Raum wurden darauf aufbauend in den letzten 25 Jahren viele Aspekte der ökologischen Problematik erforscht, die die Größe der Herausforderung mit Blick auf radikale Alternativen thematisierten.

Der Begriff steht in der Marx'schen Tradition – Marx selbst sprach von Metabolismus und er verwendete einen dialektischen Begriff von Gesellschaft und Natur als widersprüchlich aufeinander bezogenen Zusammenhang. In der Kritischen Theorie Horkheimers und Adornos – auch als Kritische Theorie der älteren Frankfurter Schule bezeichnet – bildet er das Zentrum der Geschichtsdiagnose der »Dialektik der Aufklärung« (vgl. Horkheimer/Adorno 1987/1989; Görg 1999, 2003). Daran anschließende Weiterentwicklungen setzen jeweils spezifische Akzente so z.B. in der feministischen Theorie (Scheich 1994; von Winterfeld 2006).

Der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wurde seit dem Ende der 1980er Jahre in der deutschsprachigen Politischen Ökologie und Sozialen Ökologie explizit als *kritische Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse* ausgearbeitet. Dies erfolgte insbesondere am Frankfurter Institut für Soziale Ökologie ISOE (Jahn 1991; Schultz/Weller 1995; Jahn/Wehling 1998; Wehling 2002; Becker/Jahn 2006; Becker et al. 2011) und in seinem erweiterten Umfeld (Demirović 1991; Weingarten 1998; Görg 2003; Brand/Görg 2003; Winterfeld 2006; Köhler/Wissen 2010). Statt, wie damals vorherrschend, von isolierten Umweltproblemen und ihrer Bearbeitung oder von Risiken technischer Großprojekte wie der Atomenergie auszugehen, wurden gesamtgesellschaftliche Ursachen einer tiefgehenden sozial-ökologischen Krise thematisiert, die eine Krise der Wissenschaften, mit denen zu diesen Problemen geforscht werden soll, einschließt.

Dem Begriff der Naturverhältnisse zufolge werden Gesellschaft und Natur als »unterscheidbare und in sich differenzierte Pole eines dynamischen, prozessierenden Vermittlungszusammenhangs« (Jahn/Wehling 1998: 82) verstanden. Die Vermittlung von Natur und Gesellschaft ist nicht nur für die eine Seite, die Gesellschaft, zentral, sondern berührt umgekehrt auch die Seite der Natur. Denn Natur

> »stellt eine Voraussetzung dar, damit gesellschaftliche Aktivitäten möglich sind, und sie umfasst ein Feld von Wirkungspotentialen und -zusammenhängen, die gesellschaftlich gestaltbar sind, sich aber vollständiger und umfassender Kontrolle entziehen« (Jahn/Wehling 1998: 83).

Aus dieser Perspektive kann Gesellschaft generell und grundsätzlich nicht den Abhängigkeiten im Verhältnis zur Natur entkommen. Das ist eine Einsicht, die gerade angesichts der vermeintlich postindustriellen Digitalisierung und ihren virtuellen globalisierten Räumen hochaktuell ist, da sie daran festhält, dass in die gesellschaftlichen Prozesse immer materiell-stoffliche Elemente eingehen und diese Prozesse damit auf den Stoffwechsel mit der Natur angewiesen sind, etwa mittels der Verfügung über spezifische Mineralien oder Energiequellen. Menschen bzw. menschliche Gesellschaften müssen sich Natur aneignen und damit ihren ›sozialen Metabolismus‹ oder ›Stoffwechsel‹ organisieren, um zu (über)leben. Diese Aneignung der Natur geschieht ver-

mittelt über Produktion und Arbeit, Wissen(schaft) und Technologie, Kultur und Politik. Zudem spielen soziale Wahrnehmungen und kulturell verankerte Deutungen – und hier wiederum oft die Wissenschaft – eine zentrale Rolle.

Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse haben eine materiell-stoffliche Seite, in der es darum geht, wie die Versorgung von Menschen und Gesellschaften in Bereichen wie Ernährung, Wohnen, Mobilität etc. konkret organisiert ist (inklusive der dazu zur Verfügung stehenden Infrastrukturen). Dabei wird Natur notwendig verändert und dies schon seit Jahrtausenden. Der Begriff der Naturverhältnisse zielt keineswegs auf eine gesellschaftlich unberührte Wildnis ab, sondern auf die biophysischen Bedingungen von Gesellschaften. Daher kann der ökologischen Problematik auch nicht mit Leitvorstellungen eines Natur-, Biodiversitäts- oder Klima*schutzes* oder einer vermeintlichen Natürlichkeit bestimmter schützenswerter Landschaften begegnet werden.

Gleichzeitig haben natürliche Gegebenheiten und gesellschaftlich hergestellte materiell-technische Artefakte auch eine kulturell-symbolische Dimension. Kulturell-symbolisch bedeutet etwa, Elemente von Natur als ›natürliche Ressourcen‹ – also als etwas zuvorderst wirtschaftlich Nutzbares – zu begreifen oder eine Fahrgastzelle mit Verbrennungsmotor und vier Rädern kulturell hochgradig aufgeladen als ›Auto‹ und verbunden mit wissenschaftlichen und technologischen Dynamiken zu sehen. Auch Theorien oder spezifische Naturverständnisse (z.B. romantische oder instrumentell-ausbeuterische) tragen zum kulturell-symbolischen Verständnis von Natur bei. Verschiedene Naturbegriffe – aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen wie auch kulturell verankert und mit Traditionen verbunden – können aufeinanderprallen. Dies wird beispielsweise im Konflikt um die → Inwertsetzung von Ökosystemleistungen deutlich, wo eine ökonomische Kalkulation, die einen Wert in Geldeinheiten ausdrückt, mit holistischen Denkweisen kollidiert, in der Gesellschaften als Teil der sie umgebenden Umwelt verstanden werden.

Zu der materiell-stofflichen und der kulturell-symbolischen kommt eine regulative Dimension hinzu (Görg 2003): Die Naturverhältnisse prägen sich räumlich und zeitlich sehr unterschiedlich aus, können sich aber über bestimmte historische Zeiträume stabilisieren und verallgemeinern, z.B. Mobilität als auto- und flugzentrierte Formen der Fortbewegung mit den entsprechenden Infrastrukturen, Produktions- und Arbeitsstätten, Eigentumsverhältnissen, Politiken und kulturellen Deutungen.

Kapitalistische Naturverhältnisse

Neben der vorgenommenen allgemeinen Bestimmung werden unter Bedingungen der dominanten kapitalistischen Produktions- und Lebensweise die entsprechenden kapitalistischen Naturverhältnisse in den Blick genommen. Es bilden sich spezifische, möglicherweise hegemoniale ökonomische, politische, wissenschaftlich-technische Verhältnisse heraus, die Gesellschaft und Natur vermitteln (zum Hegemoniebegriff siehe unten). Zentrale Merkmale der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise sind: die kapitalistischen Formen der Dominanz des Tauschwerts über den Gebrauchswert (also die konkrete Nützlichkeit der Arbeitsprodukte), die herrschaftlichen Formen sozialer und internationaler Arbeitsteilung, der Klassencharakter sozialer → (Re)Produktion und ihre Artikulation mit patriarchalen, rassifizierten und imperial-kolonialen Verhältnissen (Schmitt 2017). Zudem sind die Verfügung über Vermögen und Produk-

tionsmittel und die damit einhergehende Aneignung und Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts für die Reproduktion der historisch-spezifischen Naturverhältnisse entscheidend. Die Naturverhältnisse und ihre Krisenhaftigkeit müssen also in engem Zusammenhang mit sozialen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verstanden werden. Es sind in den Strukturen festgeschriebene Kräfteverhältnisse, sind Kommodifizierungs- und Expansionsdynamiken, die eine grundlegende Krisenhaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften mit bewirken (→ marxistische Politische Ökologie).

Eine zentrale Annahme der kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse lautet, dass der Prozess der Moderne und die Irrationalität kapitalistischer Vergesellschaftung auf einem Anwachsen der Naturbeherrschung beruhen, die nach Max Weber (1973: 317) im Glauben verankert ist, dass sich die Dinge durch Berechnen beherrschen lassen. Doch dieser Glaube an die Naturbeherrschung führt eben nicht nur zu einem ›Mehr‹ an Kontrolle, sondern schlägt in Form der Destruktion der Natur und einer größeren Abhängigkeit von Folge- und Nebenwirkungen der Naturbeherrschung zurück. Im Anschluss an die Kritische Theorie Adornos muss zudem ein Eigensinn der Natur berücksichtigt werden. Ökosysteme behalten auch in hochgradig modifizierten Kultur- oder Stadtlandschaften eine Eigenlogik, die mit Strategien der Naturbeherrschung oder der kapitalistischen Verwertung kollidiert und als Nichtidentität der Natur bezeichnet werden kann (Görg 2003 : 124f.). Wenn dieser Eigensinn verletzt wird, dann sprechen wir von ökologischen Problemen oder Krisen. Diese nehmen trotz aller wissenschaftlich-technischen »Fortschritte« nicht ab, sondern spitzen sich global betrachtet immer mehr zu.

Pluralität und Gestaltung der Naturverhältnisse

Trotz der Dominanz kapitalistischer Naturverhältnisse gibt es immer auch andere praktische Konstruktionen der Natur. Es besteht unhintergehbar eine *Pluralität gesellschaftlicher Naturverhältnisse* (Eder 1988), die jedoch von Macht- und Herrschaftsverhältnissen geprägt sind. So lassen sich auch im Zeitalter der vermeintlich vieles vereinheitlichenden Globalisierung immer noch kulturelle Interpretationen und damit verbundene Wissensformen und Praktiken ausmachen, die ein völlig anderes Verständnis und einen anderen Umgang mit der Natur pflegen. Diese Wissensformen und ihre Träger*innen sind durch die ökologische Krise sogar aufgewertet worden. So werden in bestimmten Praktiken und dem dahinterstehenden kulturell-symbolischen Naturverständnis (z.B. beim Konzept des *Buen Vivir*, gut leben) des Umgangs mit dem tropischen Regenwald oder in bestimmten landwirtschaftlichen Produktionsformen Elemente eines schonenderen Umgangs mit Natur gesehen. Dabei stellt sich die Frage, ob diese Praktiken marginalisiert bleiben und lediglich angeeignet und somit einmal mehr geraubt und ausgebeutet werden, oder ob sie eine Chance haben, die *Gestaltung der globalen Naturverhältnisse* zu beeinflussen bzw. auch nur ihre eigenen Formen zu erhalten (siehe unten).

Die dominanten oder hegemonialen Naturverhältnisse sind etwa als ›ökologische Krise‹ oder ›ökologische Probleme‹ immer Gegenstand von Kritik und Auseinandersetzungen. Dabei spielen beispielsweise wissenschaftliche Interpretationen der verschiedenen Dimensionen der sozial-ökologischen Krise eine wichtige Rolle. Die Politisierung der Naturverhältnisse erfolgt häufig in sozialen Konflikten und entlang je spezifischer sozialer Kräfteverhältnisse (Dietz/Engels 2020). Neben der mehr oder weniger starken Institutionalisierung spezifischer Naturverhältnisse wird dabei auch

ihre historische Gewordenheit, Veränderbarkeit und Umkämpftheit betont. Damit werden die existierenden Alternativen sichtbar, beispielsweise zum autozentrierten Mobilitäts- oder industrialisierten Ernährungssystem.

Viele Nachhaltigkeitspolitiken setzen auf eine reflexiv-›nachhaltige‹ Naturbeherrschung. Reflexiv sind sie, weil die negativen Nebenwirkungen nicht mehr zu leugnen sind und die Hoffnung auf vollständige Kontrolle aufgegeben wurde. Die Inwertsetzung der Natur wird zunehmend von Bemühungen begleitet, deren destruktiven Folgen präventiv abzumildern oder reaktiv zu beseitigen – eben Natur- und Umweltschutz zu betreiben. Doch das führt meist nicht dazu, den Glauben an die Berechenbarkeit oder die bestehenden Institutionen wie Staat und Markt aufzugeben. Demgegenüber betonen kritische Analysen, dass eine effektive Bearbeitung der ökologischen Krise eine grundlegende Veränderung der dominanten kapitalistischen Produktions- und Lebensweise bedeutet. Insofern geht es um eine reflexive *Gestaltung* der Naturverhältnisse.

Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Macht und Herrschaft

Der Begriff der Naturverhältnisse ermöglicht ein kritisches Verständnis gesellschaftlicher Macht- und Herrschafts*verhältnisse*. Der Machtbegriff (zur Begriffsgeschichte → Herrschaft und Macht) ist schillernd und hat Implikationen für das Verständnis der gesellschaftlichen Naturverhältnisse: Der Bogen spannt sich vom klassischen relationalen Machtbegriff im Sinne Max Webers (1985 [1921]: 28) – die Möglichkeit, »innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht« – über das ›zweite‹ und ›dritte Gesicht‹ der Macht im Sinne von Bachrach und Baratz (1962): Nämlich den Handlungsspielraum bestimmter Akteure etwa über ein bestimmtes Agenda-Setting oder das gesellschaftliche diskursive Feld und damit das als möglich und sinnvoll Erachtete einzuschränken (vgl. auch Hay 2002). Ein ›essentialistischer‹ Machtbegriff hingegen korreliert die bessere Verfügung über materielle oder diskursive Ressourcen mit mehr Macht. Susan Strange (1988) prägte den Begriff der ›strukturalen Macht‹, nämlich die Fähigkeit bestimmter Akteure, die (internationalen) politischen Spielregeln wesentlich zu bestimmen, etwa das Handels-, Sicherheits- oder Finanzregime.

Michel Foucault entwickelte unterschiedliche Machtbegriffe, wobei ihn insgesamt interessierte, auf welche unterschiedlichen Weisen das Verhalten von Subjekten beeinflusst wird. Er argumentierte, dass bestimmte Handlungsmöglichkeiten nahegelegt werden bzw. Handeln ermöglicht und erschwert wird, was spezifische Verhaltensformen wahrscheinlicher macht als andere. Die Mechanismen sind vielfältig: über Recht und Disziplin, über Führung und Normalisierung, über die Einschreibung von Machtverhältnissen in die Denkformen und Körper der Subjekte (Foucault 2002: 286; Foucault 2004).

Dieses Verständnis von Macht ist bereits eng am Begriff von Herrschaft und verweist auf – über einen gewissen Zeitraum – stabilisierte Machtverhältnisse. Herrschaft kann diktatorisch und mit dauerhafter (Androhung) physischer Gewalt ausgeübt werden. Weiterverbreitet und für die Politische Ökologie zentral ist jedoch ein Verständnis von Herrschaft, demzufolge die geronnenen Machtbeziehungen ›Geltung‹ erlangen und spezifische Anweisungen »Gehorsam« (Weber 1973) finden – also nicht unter permanenter Androhung von Gewalt reproduziert werden – und viele Elemente von passivem oder gar aktivem Konsens durch die Beherrschten enthalten. Antonio

Gramsci (1991: 101f.) bezeichnete diesen Herrschaftstypus als → Hegemonie. Herrschaftlich geprägte soziale Strukturen sind immer gleichzeitig Ermöglichung und Restriktion, wie etwa an der → imperialen Lebensweise deutlich wird.

Hegemonie im Sinne von konsensualer Herrschaft (dabei schloss Gramsci die Anwendung von Zwang nicht aus) hat eine strukturelle und eine strategische Komponente. Die ungleichen Klassen-, Geschlechter-, rassifizierten, generationellen, internationalen Verhältnisse werden durch vielfältige soziale Strukturen und Praktiken hindurch herrschaftlich und ›intersektional‹ reproduziert. Herrschaft ist auch in die Subjektivität der Individuen eingelassen, etwa über Leistungsbereitschaft und -zwang oder heteronormative Geschlechterverhältnisse. In kapitalistischen Gesellschaften werden die intersektionalen Herrschaftsverhältnisse stark über die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Orientierung an der Bildung von Mehrwert und Tauschwert organisiert.

Für die Politische Ökologie ist besonders wichtig, dass Herrschaftsverhältnisse auf spezifischen und ungleich strukturierten Formen der Aneignung von Natur bzw. auf historisch konkreten gesellschaftlichen Naturverhältnissen basieren, die wiederum eng mit sozialen Ungleichheitsverhältnissen zusammenhängen. Beispielsweise wurden durch die Europäische Expansion im kapitalistischen Weltsystem fast überall auf der Welt die darin angelegten strukturellen Macht- und Herrschaftsverhältnisse in die Naturverhältnisse in anderen Kontinenten eingeschrieben. Deren Metabolismus wurde durch ihre Position im Weltsystem überdeterminiert, z.B. durch die Umwandlung ihrer Landschaften in Zuckerrohr-, Tabak- oder Baumplantagen, heute Palmöl o.ä. und die damit einhergehende Untergrabung der Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung. Viele Gesellschaften im Globalen Süden basieren auf dem Modell des → Ressourcen-Extraktivismus.

Herrschaft im Sinne von relativ auf Dauer gestellten und breit akzeptierten Machtbeziehungen sichert, dass sich die Interessen und Werte bestimmter sozialer Kräfte auf Grund der strukturellen Bedingungen eher durchsetzen als andere. Dazu kommt eine strategische Dimension: Die dominierenden oder dominant werdenden sozialen Kräfte sind mitunter in der Lage, ihre partikularen Interessen zu verallgemeinern und entlang ihrer Interessen die Gesellschaft wesentlich zu gestalten. Gramsci sprach diesbezüglich von der Fähigkeit der herrschenden sozialen Kräfte zur politischen, moralischen und intellektuellen Führung. Gesellschaftliche Probleme werden scheinbar im Sinne der Allgemeinheit gelöst. Das schließt durchaus Kompromisse ein, die stellen aber die grundlegenden Herrschaftsverhältnisse nicht infrage. Hegemonie in diesem Sinne ist eine umfassende materielle Praxis,

> »nämlich die täglichen Initiativen vieler einzelner und sozialer Gruppen, in denen sie in der Form einer aktiven Selbstunterwerfung unter die gemeinsam geteilten Gewohnheiten großer Kollektive die Zustimmung zu Herrschaft erkennen lassen« (Demirović 1997: 257).

Herrschaftsverhältnisse sind meist stark verfestigt und daher schwer aufzulösen. Ihre Veränderung wird tendenziell insbesondere von jenen blockiert, die davon profitieren oder zumindest keine Alterative dazu haben. Das betrifft durchaus auch die Beherrschten.

Hegemonie, das ist aus politisch-ökologischer Perspektive besonders wichtig, im Sinne von Herrschaft durch Konsens hat einen »materiellen Kern« (Gramsci 1991: 1567), ist also an ein kapitalistisches materielles Wohlstandsmodell und ausbeuterische Naturverhältnisse gebunden, die die ökologische Krise verursachen.

Weiterentwicklungen

Heuristik der Transformation der Naturverhältnisse

Mit der Vorstellung von historisch kontingenten Naturverhältnissen wird deren Gewordenheit, Wandelbarkeit und Dynamik betont. Auf einer mittleren Abstraktionsebene wurde die kritische Theorie der Naturverhältnisse bereits früh und insbesondere im deutschsprachigen Raum mit einer kritischen Theorie kapitalistischer Entwicklung kombiniert, die ebenfalls in den 1980er und 1990er Jahren entstanden ist: Die Regulationstheorie (Aglietta 1979; Lipietz 1985; Hirsch/Roth 1986; Becker/Raza 2000; Görg 2003; Brand/Raza 2003; Atzmüller et al. 2013). Die zentrale Innovation der Regulationstheorie innerhalb der kritischen Gesellschaftstheorie bestand darin, dass sich kapitalistische Verhältnisse einschließlich der Naturverhältnisse über einen begrenzten historischen Zeitraum durch eine Regulationsweise stabilisieren lassen, ohne dabei aber ihre grundlegende Krisenhaftigkeit zu verlieren. Ein wichtiges Beispiel dafür ist der Fordismus, der in einigen Ländern des industrialisierten Nordens zu einer langen Wachstumsphase geführt hat, dabei aber seine Widersprüche in die Länder des Südens und als ökologische Probleme in die Zukunft, unsere heutige Gegenwart, exportierte: Die Klimakrise etc. sind Folgen der großen Beschleunigung des Ressourcenverbrauchs im Fordismus (Görg et al. 2020). Im berühmten Zitat von Alain Lipietz heißt es: »Wir nennen Regulation eines sozialen Verhältnisses die Art und Weise, in der sich dieses Verhältnis trotz und wegen seines konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters reproduziert« (Lipietz 1985: 109).

Kapitalistische Entwicklung wird dabei konzeptualisiert als historisch unterscheidbare Phasen, die auch die Naturverhältnisse wesentlich strukturieren – ohne dabei zeitliche, räumliche oder bereichsspezifische Differenzierungen innerhalb der Phasen zu vernachlässigen. Prominent wurde die Regulationstheorie mit umfassenden Analysen des Nachkriegskapitalismus, der als ›Fordismus‹ bzw. ›peripherer Fordismus‹ bezeichnet wurde. Feministische Analysen betonten die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die besondere Rolle von Hausarbeit im Modell des (männlichen) *bread winners*, also das Einkommen für die gesamte Familie erzielenden Mannes (Ruf 1990; Sauer 2013). Entsprechend wurde in politisch-ökologisch orientierten Arbeiten für die Zeit der 1950er bis 1970er Jahre der Begriff der ›fordistischen‹ und der sich daran ab den 1980er Jahren anschließenden ›postfordistischen‹ Naturverhältnisse vorgeschlagen (Brand/Görg 2003; Wissen 2011; Karathanassis 2015). Diese historische Phase des Kapitalismus und nicht die kapitalistische Produktionsweise als solche ist der Grund für die enorme Zuspitzung sozial-ökologischer Krisen. Sie wird etwa unter anderem als Fordismus oder mit dem Begriff der *Great Acceleration*, der großen Beschleunigung des Ressourcenverbrauchs und ihren Nebenwirkungen, wie vor allem dem Klimawandel, diskutiert und kritisiert (Görg et al. 2020).

Die *Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse* (Görg 2003) geschieht demzufolge in Institutionen und mittels Normen und Wertvorstellungen, durch welche die Widersprüchlichkeit über einen bestimmten Zeitraum hinweg stabilisiert wird und möglicherweise zu einer dynamischen kapitalistischen Entwicklung beiträgt (siehe oben). Dabei wird Wahrnehmung von und der Umgang mit ›Natur‹ machtförmig hergestellt und damit *notwendigerweise selektiv*. Wenn eine Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse stattfindet und das soziale Zusammenleben und wirtschaftliche Entwicklungen einigermaßen krisenfrei funktionieren, dann wird der destruktive

Charakter des gesellschaftlichen Umgangs mit Natur nicht unbedingt zum sozialen Problem – die Probleme werden in Raum und Zeit externalisiert (→ Externalisierung; Biesecker/Winterfeld 2014). Auch jüngere kritische Forschungen zum Begriff einer sich möglicherweise neu herausbildenden Formation eines ›Grünen Kapitalismus‹ (Sander 2016; Brand/Wissen 2017: Kapitel 7) bzw. Grünen Festungskapitalismus (Oberndorfer 2020) sind von der kritischen Theorie der Naturverhältnisse und der Regulationstheorie geprägt. Sie schreiben sich in die umfassenderen wissenschaftlichen Diskussionen um ›sozial-ökologische Transformationen‹ ein (Görg et al. 2017; → Transformationen). Eine der zentralen Forschungsfragen ist, inwiefern als selektive Antwort auf die ökologische Krise die Produktions- und Lebensweise durchaus stark verändert wird, die grundlegenden bestehenden Macht- und Kräfteverhältnisse jedoch nicht infrage gestellt werden. Ein Beispiel dafür ist der von der neuen EU-Kommission Ende 2019 vorgelegte Plan mit ambitionierten Zielen für einen Europäischen Grünen Deal (Europäische Kommission 2019). In keinem Regierungsprogramm fehlen weitreichende Bekenntnisse zur Nachhaltigkeit und häufig werden sogar konkrete Strategien formuliert. Unternehmen verstärken ihre ›Bio‹-Produktlinien und viele Menschen achten auf eine ökologisch angemessene Lebensweise, insbesondere im Bereich Ernährung.

Staats- und hegemonietheoretische Ausarbeitung

Die vielfältigen Implementierungsprobleme effektiver sozial-ökologischer Politiken haben weniger mit fehlender Einsicht der Politik, sondern mit gesellschaftlichen Macht- und Kräfteverhältnissen zu tun. Die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wurde, insbesondere im deutschsprachigen Raum, daher mit der kritischen Staats- und Hegemonietheorie (→ Staat und Hegemonie) verknüpft. Der Staat wird in den kritischen Analysen als politische Form der kapitalistischen (Re-)Produktionsweise verstanden, das heißt als ein spezifisches soziales Verhältnis, das zuvorderst die kapitalistischen (Re-)Produktions- und Kräfteverhältnisse reproduziert und gleichzeitig ein Terrain sozialer und politischer Kämpfe darstellt (Poulantzas 1978; Sauer 2001; Hirsch et al. 2008; Ludwig et al. 2009; Demirović et al. 2010; Brand/Görg 2018). Die aktuellen Orientierungen wie derzeit in der Klimapolitik – etwa Dekarbonisierung oder »grünes« Wachstum – werden durch die hegemonialen Produktions- und Kräfteverhältnisse sowie dominanten Orientierungen gesetzt. Das betrifft insbesondere die neue Runde kapitalistischer Globalisierung seit den 1970er Jahren, die von einer Transformation und Internationalisierung des Staates begleitet wurde. Analytisch werden dabei der räumliche Mehrebenen-Charakter sozio-ökonomischer wie auch staatlich-politischer Prozesse und wird insbesondere die internationale Dimension betont (Wissen 2011).

Gegen vorschnelle Annahmen, dass staatliche und intergouvernementale Politik zuvorderst Kooperation zur Bearbeitung von Problemen bedeutet bzw. im Fall von Marktversagen regelnd einspringt, wird aus einer kritischen Perspektive gefragt, welchen Anteil staatliche Politik überhaupt an den aktuell dominanten und häufig problematischen Entwicklungen hat. Denn bei allen umweltpolitischen Erfolgen im Einzelnen sichert die herrschende Politik die bestehenden und weitgehend nicht-nachhaltigen sozio-ökonomischen und kulturellen Verhältnisse auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ab (Brand et al. 2007; Hausknost 2020). Der kapitalistische Staat als zentrales Moment von Regulation ist eine entscheidende gesellschaftliche Form hinsichtlich der gesellschaftlichen Aneignung von Natur und fördert tendenziell deren Kommodifizierung.

Für die kapitalistischen Naturverhältnisse mit ihren problematischen bis destruktiven sozial-ökologischen Implikationen ist entscheidend, dass sie Grundlage einer Produktions- und Lebensweise sind, die gesellschaftlich weitgehend aktiv oder zumindest passiv akzeptiert und ganz praktisch gelebt wird – und gelebt werden muss. Dieser Bezug auf die Regulations- und Hegemonietheorie sowie die materialistische Staatstheorie hat weitreichende Auswirkungen auf das Verständnis von Transformation und Gestaltung: Es handelt sich um umkämpfte Prozesse, in denen Gestaltung möglich ist, häufig als Teil von Krisenreaktionsstrategien.

Subjektivierung und Alltag

Im Gegensatz zu anderen Ansätzen, die mit oft austauschbaren Begrifflichkeiten von Mensch-Umwelt- oder Mensch-Naturbeziehungen sprechen, meint der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule einen dreiseitigen dialektischen Vermittlungszusammenhang in der alle Relate, also Gesellschaft, Individuum und Natur, nur im Verhältnis zu den jeweiligen anderen Dimensionen angemessen verstanden werden können. Nicht nur ist Natur nur im historischen Kontext ihrer gesellschaftlichen Aneignung und Modifikation zu begreifen, auch das Individuum ist einzig gesellschaftlich zu begreifen, als konstitutiv vermittelt mit Gesellschaft, und dieses Verhältnis sei, wie es in den Soziologischen Exkursen (IfS 1956: 43) heißt, »nicht (zu) trennen von dem zur Natur«. Was Natur, Individuum und Gesellschaft eigentlich ausmacht, das lässt sich nur in Konstellationen mit den jeweils anderen Polen sinnvoll sagen.

Im Anschluss an die Psychoanalyse wies die Kritische Theorie auch darauf hin, dass die gesellschaftlichen Widersprüche sich in den Individuen reproduzieren (Adorno 1979). Deren Subjektivität bewegt sich in permanenter Spannung zwischen psychischen und physischen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Anforderungen und sucht eine Balance. Dauerhafte Nicht-Balance im Sinne von permanentem Leistungs- oder Statusdruck, übermäßiger Disziplinierung oder prekären Lebensverhältnissen äußert sich als psychische oder physische Krankheit. Überforderung etwa im Sinne von Kränkungen oder die Angst, gesellschaftliche Leistungen und Status nicht erbringen zu können, führt außerdem potenziell zu Konsumismus und zur Herausbildung einer autoritären Persönlichkeit. Dies kann sich als Sexismus, Rassismus oder Antisemitismus äußern, die möglicherweise gesellschaftlich unterstützt werden (Werbung, legitime und verbreitete rechtsextreme Diskurse).

Neuere Arbeiten etwa zum Begriff der ›imperialen Lebensweise‹ schließen im Kontext der Politischen Ökologie daran an und weisen auf den widersprüchlichen Alltagsverstand der Menschen hin, der nach Orientierung sucht, beispielsweise in der Leistungsfixierung oder im Konsumismus.

Explizitere Gestaltungsperspektive

Neben diesen staats- und kapitalismuskritischen Weiterentwicklungen zeichnen sich die Arbeiten des ISOE durch eine explizitere normativ-transformative Gestaltungsperspektive aus. Seit knapp zehn Jahren plädiert das Frankfurter Institut dafür, dass die kritische Nachhaltigkeitsforschung einen neuen Gestaltungsbegriff benötigt, der auf Grund der enormen Komplexität und notwendiger transdisziplinärer Arbeit weniger

auf das *Was* des zu Gestaltenden abzieht, sondern auf das *Wie* von Gestaltungsprozessen. Ein Gestaltungsbegriff sollte vor allem ernst nehmen, »dass Entwicklung ein ergebnisoffener, nur begrenzt steuerbarer Prozess ist«, der von einem »Verständnis der eigenen Möglichkeiten und Begrenzungen« getragen sein muss (Jahn et al. 2015: 95). Statt Zukunfts- und Fortschrittsorientierung wird unter Gestaltung »ein kollektives, kooperatives und experimentelles Tätigsein für ein anderes Heute« verstanden, damit unter Bedingungen der ökologischen Krise dennoch gesellschaftliche Entwicklungsalternativen ermöglicht werden (Jahn et al. 2020: 94). Es handelt sich um konkrete Utopien, die an bestehenden Erfahrungen und Möglichkeiten, Praxen und Technologien, Wünschen und Interessen sowie den bestehenden Widersprüchen ansetzen. Kritische Wissenschaft formuliert Gestaltungsprinzipen, entlang derer konkrete wissenschaftliche und andere sozial-ökologische Praxen über eine Art Reflexionsfolie verfügen, um Phantasie zu entwickeln und bestehende Machtverhältnisse zu verändern. Als Gestaltungsprinzipien werden vorgeschlagen: der relationale Charakter gesellschaftlicher Naturverhältnisse (gewendet gegen ein Naturverhältnis, das Natur als auszubeutendes Objekt versteht), die zu ermöglichende Ko-Existenz und offene Lernprozesse statt Beherrschung und Inwertsetzung, das kontextsensible Setzen von Grenzen, die Anerkennung von Komplexität, das Stärken der Widerstandsfähigkeit sozial-ökologischer Systeme gegenüber absehbaren Umweltveränderungen sowie die Gewährung breiter Teilhabe, insbesondere von jenen mit bisher wenig Gestaltungsmacht. Damit soll eine konzeptionelle und praktische Perspektive zu allumfassenden und abstrakt-utopischen Veränderungsperspektiven ermöglicht werden. Die Spannung zwischen Gestaltungsanspruch und einer (Macht-)kritischen Perspektive gilt es dabei immer zu reflektieren. Angesichts der strukturell verankerten Macht- und Herrschaftsverhältnisse weltweit erweist sich eine solche Gestaltung als Strukturproblem (Görg 1998, 2003) und damit als Herausforderung für notwendig weitreichende gesellschaftliche Transformationen.

Fazit

Konkrete gesellschaftliche Naturverhältnisse basieren nicht nur auf der konkreten Organisierung des Stoffwechsels mit der Natur durch Arbeit und Investitionsentscheidungen, Wissenschaft und Technologie und den damit verbundenen gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Sie sind auch immer wieder Gegenstand von gesellschaftspolitischen Konflikten – etwa um die konkrete Ausgestaltung des Mobilitätssystems oder der Ernährungsweise. Eine von Theorie und vom Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse angeleitete Analyse kann gesellschaftliche Akteure zu Reflexionen anregen: Ob und inwieweit nämlich Forderungen, Strategien und Konflikte sowie die daraus resultierenden politischen Ergebnisse die zentralen Merkmale kapitalistischer Vergesellschaftung und die damit einhergehenden Naturverhältnisse ganz praktisch infrage stellen. Das impliziert eine Kritik an kapitalistisch strukturierten Naturverhältnissen, denen zufolge insbesondere ›grünere‹ Märkte, die vermeintlich ›ökologische Wahrheit‹ ausdrückenden Preise und effizientere Technologien – allesamt vorangetrieben von entsprechenden staatlichen Politiken – die zentralen Mechanismen zur Bearbeitung der ökologischen Krise sind. Und es impliziert Kritik an einem ökologisch gefärbten Wohlstandsversprechen: Wenn insbesondere Konsument*innen nur angemessen ökologisch handeln, dann kann die ökologische

Krise bearbeitet und überwunden werden. Dieses Versprechen ist von einem Schweigen durchsetzt, denn es hinterfragt weder die kapitalistische Wachstumsdynamik noch die Individualisierung der Verantwortung, die mit solch einem Versprechen einhergeht.

Aus einer politisch-ökologischen Perspektive sind diese Maßnahmen völlig unzureichend. Es bedarf daher eines deutlich weitergehenden, nämlich kritischen und emanzipatorischen Verständnisses von sozial-ökologischen Transformationen. Diese implizieren die Kritik und Infragestellung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse und eine → Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1979): Soziologische Schriften 1, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Aglietta, Michel (1979): A Theory of Capitalist Regulation. The US-Experience, London: New Left Books.

Atzmüller, Roland/Becker, Joachim/Brand, Ulrich/Oberndorfer, Lukas/Redak, Vanessa /Sablowski, Thomas (Hg.) (2013): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bachrach, Peter/Baratz, Morton S. (1962): »The Two Faces of Power«, in: The American Political Science Review, 56. Jg., Nr. 4, S. 947-952.

Becker, Egon/Hummel, Diana/Jahn, Thomas (2011): »Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept«, in: Matthias Groß (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 75-96.

Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hg.) (2006): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Frankfurt a.M./New York: Campus.

Becker, Joachim/Raza, Werner (2000): »Theory of regulation and political ecology: an inevitable ?«, in: Économie et sociétés, Nr. 11, S. 55-70.

Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2013): »Alte Rationalitätsmuster und neue Beharrlichkeiten: Impulse zu blinden Flecken der Transformationsdebatte«, in: GAIA, 22 Jg., Nr. 3, S. 160-165.

Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2014): Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen, Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften Nr. 02/2014, Jena: Friedrich-Schiller-Universität.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph (Hg.) (2018): Zur Aktualität der Staatsform. Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch. Unter Mitarbeit von Benjamin Opratko, Baden-Baden: Nomos.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): »Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive«, in: PROKLA 147, 37. Jg., Nr. 2, S. 217-234.

Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.) (2003): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2013): »Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen«, in: Roland Atzmüller/Joachim Becker/Ulrich Brand/Lukas Oberndorfer/Vanessa Redak/Thomas Sablowski (Hg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 132-148.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom.

Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (Hg.) (2020): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript.

Demirović, Alex (1991): »Ökologische Krise und die Zukunft der Demokratie«, in: PROKLA 84, 21. Jg., Nr. 84, S. 443-460.

Demirović, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie (= Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Band 14), Münster: Westfälisches Dampfboot.

Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (Hg.) (2010): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis, Baden-Baden: Nomos.

Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2020): »Analysing land conflicts in times of crises«, in: Geoforum, 111. Jg., S. 208-217.

Eder, Klaus (1988): Die Vergesellschaftung der Natur. Studien zur sozialen Evolution der praktischen Vernunft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Europäische Kommission (2019): Mitteilungen der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Der europäische Grüne Deal, COM(2019) 640 final, Brüssel: Europäische Kommission.

Foucault, Michel (2002): Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band II, 1970-1975, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 166-191.

Foucault, Michel (2004): *Geschichte der Gouvernementalität. Bd. I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977/1978*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Görg, Christoph (1998): »Gestaltung als Strukturproblem. Zu einer Soziologie gesellschaftlicher Naturverhältnisse«, in: Karl-Werner Brand (Hg): Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven (= Soziologie und Ökologie, Band 2), Opladen: Leske + Budrich, S. 53-74.

Görg, Christoph (1999): Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Görg, Christoph/Brand, Ulrich/Haberl, Helmut/Hummel, Diana/Jahn, Thomas/Liehr, Stefan (2017): »Challenges for Social-Ecological Transformations: Contributions from Social and Political Ecology«, in: *Sustainability, 9. Jg., Nr.* 7, S. 1045.

Görg, Christoph/Plank, Christina/Wiedenhofer, Dominik/Mayer, Andreas/Pichler, Melanie/Schaffartzik, Anke/Krausmann, Fridolin (2020): »Scrutinizing the Great Acceleration. The Anthropocene and its Analytic Challenges for Social-Ecological Transformations«, in: The Anthropocene Review, 7. Jg., Nr. 1, S. 42-61.

Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah (2016): »Zur Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Warum Perspektiven der politischen Ökologie dafür unverzichtbar sind«, in: Politische Vierteljahresschrift, 57. Jg., Nr. 2, S. 300-323.

Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte, hg. von Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang-Fritz, Hamburg/Berlin: Argument-Verlag.

Hausknost, Daniel (2020): »The Environmental State and the Glass Ceiling of Transformation«, in: Environmental Politics, 29. Jg., Nr. 1, S. 17-37.

Hay, Colin (2002): Political Analysis. A Critical Introduction, Houndmills: Palgrave.

Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg: VSA.

Hirsch, Joachim/Kannankulam, John/Wissel, Jens (Hg.) (2008): Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx, Baden-Baden: Nomos.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1987 [1944]): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a.M.: Fischer.

IfS – Institut für Sozialforschung (Hg.) (1956): Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen, Frankfurt a.M.: EVA.

Jahn, Thomas (1991): Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform. Umrisse eines sozialökologischen Gesellschaftskonzepts, Frankfurt a.M.: Verlag für interkulturelle Kommunikation.

Jahn, Thomas/Hummel, Diana/Schramm, Engelbert (2015): »Nachhaltige Wissenschaft im Anthropozän«, in: GAIA, 24. Jg., Nr. 2, S. 92-95.

Jahn, Thomas/Hummel, Diana/Drees, Lukas/Liehr, Stefan/Lux, Alexandra/Mehring, Marion/Stieß, Immanuel/Völker, Carolin/Winker, Martina/Zimmermann, Martin (2020): »Sozial-ökologische Gestaltung im Anthropozän«, in: GAIA, 29. Jg., Nr. 2, S. 93-97.

Jahn, Thomas/Wehling, Peter (1998): »Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen eines theoretischen Konzepts«, in: Karl-Werner Brand (Hg.): Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven (= Soziologie und Ökologie, Band 2), Opladen: Leske + Budrich, S. 75-93.

Karathanassis, Anthanasios (2015): Kapitalistische Naturverhältnisse. Ursachen von Naturzerstörungen – Begründungen einer Postwachstumsökonomie, Hamburg: VSA.

Köhler, Bettina/Wissen, Markus (2010): »Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein theoretischer Zugang zur ökologischen Krise«, in: Bettina Lösch/Andreas Thimmel (Hg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 217-227.

Lipietz, Alain (1985): »Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff ›Regulation‹«, in: PROKLA 58, 15. Jg., Nr. 58, S. 109-138.

Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (2009): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie, Baden-Baden: Nomos.

Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (2021): So schnell tickt die CO_2-Uhr; https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html (Zugriff: 16.10.2021)

Oberndorfer, Lukas (2020): »Auf zum grünen Festungskapitalismus«, in: Tagebuch. Zeitschrift für Auseinandersetzung, Nr. 7/8, S. 30-33.

Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg: VSA.

Ruf, Anja (1990): Frauenarbeit und Fordismus-Theorie, Frankfurt a.M.: Selbstverlag.

Sander, Hendrik (2016): Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima, Berlin: Bertz + Fischer.

Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt a.M.: Campus.

Sauer, Birgit (2013): »Putting patriarchy in its place. Zur Analysekompetenz der Regulationstheorie für Geschlechterverhältnisse«, in: Roland Atzmüller/Joachim Becker/Ulrich Brand/Lukas Oberndorfer/Vanessa Redak/Thomas Sablowski (Hg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 111-131.

Scheich, Elvira (1994): »Naturbeherrschung und Weiblichkeit. Feministische Kritik der Naturwissenschaften«, in: Christoph Görg (Hg.): Gesellschaft im Übergang. Perspektiven kritischer Soziologie, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 202-217.

Schmitt, Tobias (2017): Dürre als gesellschaftliches Naturverhältnis. Die politische Ökologie des Wassers im Nordosten Brasiliens (= Erdkundliches Wissen, Band 162), Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Schultz, Irmgard/Weller, Ines (Hg.) (1995): Gender & Environment. Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen, Frankfurt a.M.: IKO-Verlag für interkulturelle Kommunikation.

Strange, Susan (1988): States and Markets, London: Pinter Publishers.

Winterfeld, Uta von (2006): Naturpatriarchen. Geburt und Dilemma der Naturbeherrschung bei geistigen Vätern der Neuzeit, München: oekom.

Weber, Max (1973): Soziologie – Universalgeschichtliche Analysen – Politik, Stuttgart: Kröner Verlag.

Weber, Max (1985 [1921]): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5.* Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck Verlag.

Wehling, Peter (2002): »Dynamic Constellations of the Individual, Society, and Nature: Critical Theory and Environmental Sociology«, in: Riley Dunlap/Frederick Buttel/Peter Dickens/August Gijswijt (Hg.): Sociological Theory and the Environment, Lanham/Boulder/New York/Oxford: Rowman & Littlefield, S. 144-166.

Weingarten, Michael (1998): Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik. Beiträge zur kulturalistischen Wende in der Philosophie, Bonn: Pahl-Rugenstein.

Wissen, Markus (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Marxistische Politische Ökologie

Kristina Dietz und Markus Wissen

Kapitalismus und ökologische Krise: zur Einleitung

Die marxistische Politische Ökologie widmet sich dem Zusammenhang von ökologischen Krisen und Kapitalismus. Vertreter*innen einer marxistischen Politischen Ökologie fragen unter Berücksichtigung von Klassen-, Geschlechter- und rassifizierten Verhältnissen nach den strukturellen Ursachen kapitalistischer Naturaneignung und -kontrolle und daraus resultierender ökologischer Zerstörung, der ungleichen Verteilung der Folgen dieser Zerstörung sowie der Art und Weise ihrer politischen Bearbeitung. Darüber hinaus richtet sich das Interesse der Forschung auf den Zusammenhang von → Macht, Herrschaft und → gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Das bedeutet einerseits danach zu fragen, wie gesellschaftliche → Macht- und Herrschaftsverhältnisse über die Art und Weise der Naturaneignung und die Kontrolle des Zugangs zu → Natur herausgebildet, abgesichert oder verändert werden. Andererseits bedeutet es zu fragen, wie sich bestimmte Macht- und Herrschaftsverhältnisse, etwa Klassen- oder Geschlechterverhältnisse, in Natur einschreiben und hierüber gesellschaftliche Naturverhältnisse, ökologische Krisen und Verwundbarkeit bestimmen.

Die marxistische Politische Ökologie hat ihren Ursprung in der Politischen Ökonomie. Sie war von Beginn an ein zentraler Ansatz im Forschungsfeld der Politischen Ökologie, die ihrerseits eine Antwort auf apolitische Erklärungen der ökologischen Krisen im Globalen Süden in den 1970er und 1980er Jahren darstellt. Zu dieser Zeit wurden ökologische Veränderungen wie die Erosion landwirtschaftlicher Böden, Entwaldung, Wasserverschmutzung und Ressourcenknappheit aus einer neo-malthusianischen[1] und positivistischen Sichtweise mit Armut, Unterentwicklung und Überbevölkerung erklärt. Solche Erklärungen verwiesen unter anderem auf die so genannte »Tragödie der Gemeinschaftsgüter« (*Tragedy of the commons*). Diese besteht nach An-

1 Der Ökonom Thomas Robert Malthus (1766-1834) identifizierte in seinem 1798 erschienenen Buch *Essay on the Principle of Population* (Malthus 1992 [1798]) die ›Überbevölkerung‹ als zentrales gesellschaftliches Problem. Sie resultiere daraus, dass die Bevölkerungszahl exponentiell, die Nahrungsmittelproduktion aber nur linear steige. Malthus sah hierin eine Gesetzmäßigkeit, er hatte also keinen Begriff von unterschiedlichen Produktionsweisen bzw. Gesellschaftsformationen. Die Beschreibungen der ökologischen Krise im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts folgten oft malthusianischen Argumentationsmustern, insofern sie einen sozial – das heißt durch Klassen-, Geschlechter- oder rassistische Unterdrückungsverhältnisse – nicht weiter vermittelten Zusammenhang zwischen menschlichen Aktivitäten und Umweltproblemen unterstellten.

sicht Garrett Hardins (1968) darin, dass Menschen natürliche Gemeinschaftsgüter wie Wasser, Wälder oder Wiesen tendenziell übernutzen, sofern diese nicht von privaten Eigentumsrechten oder staatlichen Regulierungen ›geschützt‹ sind. Was in solchen Erklärungen unsichtbar bleibt, sind soziale Machtverhältnisse und Hierarchien (Klasse, Geschlecht, ›*race*‹ Kaste, ungleiche Nord-Süd-Verhältnisse, epistemologische Hierarchien) und ihre Bedeutung für die Erklärung ökologischer Krisen. Im Gegensatz dazu – und beeinflusst von Marx sowie der Weltsystem- und Dependenztheorie – analysierten kritische Forscher*innen der Politischen Ökologie Umweltzerstörungen im Globalen Süden aus polit-ökonomischer Perspektive. Sie verwiesen auf die sozialen Verhältnisse kapitalistischer Produktion sowie die internationale Arbeitsteilung als ursächlich für ökologische Zerstörungen.

Frühe Autor*innen, die dieser Forschungsrichtung zugeordnet werden können, sind Michael Watts (1983), Susanna Hecht (1985), Piers Blaikie und Harold Brookfield (1987), Bina Agarwal (1992), Raymont L. Bryant und Sinéad Bailey (1997). Mit dem Ziel, den Zusammenhang zwischen Bodendegradierung im Globalen Süden und den sozialen Verhältnissen kapitalistischer Produktion in einer zunehmend globalisierten Welt zu erfassen, entwickelten Piers Blaikie und Harold Brookfield (1987: 27) einen multiskalaren Analyseansatz. Mit diesem gelang es ihnen, die ökologische Zerstörung und Übernutzung von Böden an einem Ort mit der globalen Ausweitung kapitalistischer Produktionsweisen und der Einbeziehung peripherer Regionen in die kapitalistische Weltwirtschaft zu erklären und theoretisch zu konzeptualisieren (Altvater 1987). In seinem Buch *Silent violence* zeigte Michael Watts (1983), dass Hungersnöte, Armut und Ernährungskrisen im Norden Nigerias im 19. und 20. Jahrhundert nicht primär das Ergebnis von Wetterextremen waren, sondern gesellschaftlich im Rahmen kolonialer und kapitalistischer Naturausbeutungen produziert wurden. Seither haben sich die Gegenstände, räumlichen Bezüge und Themen der marxistischen Politischen Ökologie erweitert. Sie reichen von ländlichen zu urbanen Kontexten (Heynen et al. 2006), vom Globalen Süden zum Globalen Norden, von der lokalen zur globalen Ebene (Peet et al. 2010; Wissen 2011), vom Klimawandel zur Krise der Energiesysteme im Kontext kapitalistischer Industrieproduktion (Malm 2016; Huber 2017), von allgemeinen Analysen des Zusammenhangs zwischen ökologischer Krise und Kapitalismus (Moore 2017) zu konkreten → Konflikten um Natur und Rohstoffausbeutung (Dietz/Engels 2020) und feministischen Analysen sozial-ökologischer Krisen und Proteste, die sich auf Marx beziehen (Fakier/Cock 2018).

Im Folgenden stellen wir die theoretischen Grundlagen und zentralen analytischen Konzepte der marxistischen Politischen Ökologie vor. Anschließend zeigen wir anhand von Beispielen aus der Literatur den Mehrwert einer Analyse aktueller ökologischer Krisen aus einer solchen Perspektive. Im Fazit fassen wir die zentralen Merkmale der marxistischen Politischen Ökologie zusammen, benennen erkenntnistheoretische Stärken und Grenzen und verweisen auf die aktuelle Relevanz des Ansatzes.

Politische Ökologie und Marx: theoretische Grundlagen

Im Marxismus wurde die ökologische Frage lange vernachlässigt. Der Grund dafür dürfte einerseits in der – etwa im Kommunistischen Manifest (Marx/Engels 1980 [1848]) zum Ausdruck kommenden – Bewunderung von Marx und Engels für die produktiven Kräfte liegen, die der Industriekapitalismus freigesetzt hatte und de-

ren weitere Entwicklung durch die sozialistische Bewegung nun rational zugunsten von Mensch und Natur zu gestalten wäre. Andererseits beruhte die Vernachlässigung der ökologischen Frage im Marxismus aber auch auf einer einseitigen Rezeption der Schriften von Marx und Engels sowie darauf, dass wichtige ökologische Einsichten von Marx lange unveröffentlicht blieben.

Es blieb dem Ökomarxismus vorbehalten, dies zu ändern. Neben früheren ökomarxistischen Arbeiten wie denen von Ted Benton, James O'Connor und Elmar Altvater (vgl. dazu Dietz/Wissen 2009) sind in diesem Zusammenhang vor allem die Beiträge aus dem Umfeld der US-amerikanischen sozialistischen Zeitschrift *Monthly Review* von Bedeutung. Ihr Verdienst liegt darin, die konstitutive Rolle der ökologischen Frage im Werk von Marx herausgearbeitet zu haben. Die Marx'sche Kritik der Politischen Ökonomie, so schreibt etwa John Bellamy Foster im Vorwort zu Paul Burketts Buch *Marx and Nature*, »schließe die Entfremdung der Natur als wesentliche Komponente der Kritik des Kapitals ein – so sehr, dass diese in die Tiefenstruktur der Marx'schen Wertanalyse eingelassen ist« (Burkett 2014: xi, eigene Übersetzung). Die Analyse der im Rahmen der Marx-Engels-Gesamtausgabe ($MEGA^2$) zugänglich gemachten naturwissenschaftlichen Exzerpte von Marx durch Kohei Saito (2016) hat diesen Befund unterstrichen und fundiert.

Für Marx begründen Natur und → Arbeit gemeinsam den gesellschaftlichen Wohlstand (vgl. zum Folgenden Wissen 2020: 445). Allerdings scheint der Beitrag der Natur im Wert kapitalistisch produzierter Waren nicht auf. Nur menschliche Arbeit ist wertbildend. Wenn Natur dennoch, z.B. in Form von Rohstoffen, zu einem bestimmten Preis bzw. Tauschwert gehandelt wird, dann verweist dieser nicht auf einen ihr innewohnenden Wert, sondern auf die menschliche Arbeit, die ihr hinzugefügt wurde, um sie in ein Rohmaterial für industrielle Prozesse zu verwandeln oder um sie in eine der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse unmittelbar dienliche Form zu bringen. Natur ist insofern eine ›Produktivkraft‹, die dem Kapital gratis zur Verfügung steht (Marx 1974 [1894]: 754). Und eben daraus resultiert die Tendenz zu ihrer rücksichtslosen Ausbeutung, das heißt zu einer Aneignung von Natur, die sich gegenüber den Reproduktionsbedingungen derselben als gleichgültig erweist (Burkett 2014: 5, 73; Saito 2016: 147ff.). Christoph Görg (2003) spricht in diesem Zusammenhang in Anlehnung an die ältere Kritische Theorie von ›Naturbeherrschung‹. Insofern diese auf der Ausbeutung von Arbeitskraft beruht, den einen hohe Gewinne beschert und die anderen ihrer Lebensgrundlagen beraubt, wird sie gleichzeitig zu einem konstitutiven Element sozialer Herrschaft. Hierauf verweisen auch Blaikie und Brookfield (1987: 14), wenn sie argumentieren, dass die »Bodendegradierung der einen Person, die Akkumulation einer anderen Person ist« (eigene Übersetzung).

Die marxistische Politische Ökologie hat diese grundlegenden Einsichten zu den Determinanten der gesellschaftlichen Naturverhältnisse im Kapitalismus für die Analyse ökologischer Krisen, ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und konkreter → Konflikte fruchtbar gemacht. Damit geht sie gleichzeitig über den Ökomarxismus hinaus, der sich eher den strukturellen ökologischen Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise als den Konflikten widmet, in denen die Widersprüche sich manifestieren. Die marxistische Politische Ökologie hat gezeigt, dass die Folgen (globaler) ökologischer Krisen wie des Klimawandels, des Verlusts der biologischen Vielfalt oder der Zerstörung von Wäldern in Abhängigkeit von Klassenpositionen, später dann auch Geschlechterhierarchien, sozialen Diskriminierungen basierend auf *›race‹*, ethni-

scher oder Kastenzugehörigkeit ungleich verteilt sind. Es gibt keine ökologische Krise, gegenüber der alle Menschen gleich sind. Anzunehmen, es gäbe ›die Menschheit‹, die als homogene Gesamtheit die gravierenden ökologischen Krisen der Gegenwart zu verantworten und mit ihren Folgen umzugehen hätte, bedeutet, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich in die Verursachung und die Betroffenheiten von ökologischen Krisen einschreiben, konzeptionell auszublenden.[2]

Klasse und Macht: zentrale Konzepte und ihre Anwendung in der Forschung

Wichtige und eng miteinander zusammenhängende analytisch-theoretische Konzepte marxistischer Politischer Ökologie sind Macht und Klasse. Die zentrale Rolle, die der Klassen-Antagonismus im Werk von Marx und Engels spielt, erklärt auch die Bedeutung von Klasse als Analysekategorie in der marxistischen Politischen Ökologie. Deren Anliegen ist es, zu zeigen, wie Naturbeherrschung und ökologische Krise gerade auch aus dem Klassenwiderspruch resultieren. So erklärt Andreas Malm (2016) die Durchsetzung der Dampfkraft, die mittels Verbrennung von Kohle erzeugt wird, mit der Dynamik der Klassenkämpfe im sich industrialisierenden England des (frühen) 19. Jahrhunderts, genauer mit der Disziplinierung einer widerstrebenden Arbeitskraft durch das Kapital. Im frühkapitalistischen England wurde die Energie für den Antrieb von Maschinen zunächst aus Wasserkraft gewonnen. Diese hatte jedoch den Nachteil der Raumgebundenheit: Die Fabriken mussten dort errichtet werden, wo sich die Energiequelle befand, anstatt die Energie in die bevölkerungs- und damit auch arbeitskraftreichen Gebiete zu transportieren (Williams 2018). Zudem unterlag die Nutzung der Wasserkraft den jahreszeitlichen Schwankungen. Im Sommer führten die Flüsse zu wenig Wasser, im Winter waren sie zugefroren. Wasserkraft erwies sich also als ähnlich ›undiszipliniert‹ wie die frühkapitalistische Arbeitskraft, die sich einer Unterwerfung unter die ungewohnte Fabrikdisziplin widersetzte. Die mit der Kohleverbrennung erzeugte Dampfkraft befreite die Energieversorgung der Fabriken von diesen raumzeitlichen Restriktionen. Sie war überall und jederzeit verfügbar und erlaubte damit einen stetigen Betrieb der Maschinen, an deren Rhythmus die Arbeiter*innen sich anzupassen hatten. Mehr noch: Die hohe Energiedichte der Kohle leistete technischen Neuerungen Vorschub, die mittels Wasserkraft niemals hätten realisiert werden können. Die Fabrikbesitzer machten sich dies zunutze, um auf die von den Arbeiter*innen nach und nach erkämpften Arbeitszeitverkürzungen mit Steigerungen der Arbeitsproduktivität und -intensität zu antworten (Altvater 2005; Malm 2016) (→ Arbeit).

War die *Verbrennung* von Kohle – und damit eine Form der Naturbeherrschung, die heute in eine nicht mehr kontrollierbare globale Krise umzuschlagen droht – ein Trumpf der Kapitalseite im Klassenkampf, so gilt das nicht unbedingt für ihre *Extraktion*. Wie Timothy Mitchell (2011) gezeigt hat, steigerte die Angewiesenheit der Gesellschaft auf einen Energieträger, der aus großen zentralen Lagerstätten extrahiert und über schienengebundene Infrastruktursysteme verteilt wurde, die Macht der Lohnabhängigen. Durch Streiks im Bergbau und im Transport konnte eine gut organisierte Arbeiter*innenschaft der Gesellschaft reproduktionsnotwendige Leistungen vorent-

---

2 Vgl. etwa die Konzepte »Anthropozän« (Crutzen 2002) und »planetare Grenzen« (Rockström et al. 2009).

halten. Und dies, so Mitchell, nutzte sie, um erfolgreich für die Ausweitung ihrer sozialen und politischen Rechte einzutreten. Auf der Grundlage ihrer zentralen Stellung bei der Aneignung und Transformation von Natur erkämpften sich die Arbeiter*innen eine gewisse Teilhabe am kapitalistisch produzierten Reichtum.

Eine für Klassenfragen sensible Politische Ökologie, die solche Zusammenhänge beleuchtet, kann viel zum Verständnis der Fortdauer ökologisch destruktiver Produktions- und Konsummuster in einer sich zuspitzenden Klimakrise beitragen, macht sie diese Muster doch als Resultat früherer Kämpfe und damit in ihrer ganzen sozial-ökologischen Ambivalenz begreifbar. Der Kapitalismus »hat das Überleben der Arbeiter*innenklasse mit der endlosen Expansion der Produktivkräfte verknüpft, inklusive der Produktion von Müll« (Barca 2020: 43). Die »imperiale Lebensweise« (Brand/Wissen 2017), für die vor allem die herrschenden Klassen verantwortlich zeichnen, an der aber die Subalternen bis zu einem gewissen Grad partizipieren, ist gleichzeitig Notwendigkeit und Versprechen, Zwang und Möglichkeit zu gesellschaftlicher Teilhabe (ähnlich Huber 2017: 348).

Klassenverhältnisse sind also → Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Allerdings beschränkt sich Macht im Kapitalismus nicht auf Klassen-Macht, sondern wirkt auch in anderen sozialen Verhältnissen. Dem trägt die marxistische Politische Ökologie Rechnung. Generell begreift sie Macht in einem strukturellen, polit-ökonomischen Sinne, das heißt als in den sozialen Produktions-, Besitz- und Verteilungs-, mithin in Herrschaftsverhältnissen verankert. Letztere begründen den strukturellen Charakter von Macht im Kapitalismus. Herrschaft ist gesellschaftlich tief verankert, sie ist das geronnene Resultat früherer Kämpfe, manifestiert sich in Institutionen sowie in der Ausübung von Macht und erscheint den ihr unterworfenen Individuen nicht selten als selbstverständlich. In der aktiven und passiven Zustimmung zu Herrschaft stellt sich Hegemonie her. Die Möglichkeit, Macht auszuüben, ist abhängig von der Position einer Person oder einer Gruppe innerhalb von herrschaftsförmigen Klassen-, Geschlechter-, ethnisierten und rassifizierten sozialen Verhältnissen ebenso wie vom Verhältnis zum Staat und zum kapitalistischen Weltmarkt. Diese Positionen entscheiden über die Möglichkeit, das eigene Verhältnis sowie das anderer Personen und Gruppen zur Natur zu bestimmen.

Macht etwa in Bezug auf die Aneignung und Nutzung von Land auszuüben, bedeutet, den eigenen Zugang und den Zugang anderer zu Land sowie die Bedingungen seiner Nutzung zu bestimmen und zu kontrollieren (Bryant/Bailey 1997: 39). Zugang meint hier einen Nutzen aus Land ziehen zu können, entweder in Form eigener landwirtschaftlicher Produktion oder in Form von Einkommen aus Landarbeit (Ribot/Peluso 2003). Macht ist mithin relational. Sie besteht in Verhältnissen zwischen Akteuren und wirkt zugleich auf diese zurück. Dabei spielen räumliche Maßstabsebenen eine zentrale Rolle. Wie Macht maßstabsebenen-übergreifend in der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse wirkt, lässt sich an der Ausweitung von Palmölplantagen zeigen. In seinen Arbeiten zum »Palmöl-Industriellen Komplex« analysiert Oliver Pye (2008, 2013), wie Termingeschäfte für Palmrohöl in den globalisierten Finanzmärkten in Verbindung mit (supra-)staatlichen Förderpolitiken dazu beitragen, dass Unternehmen Kapital in die Ausweitung von Palmölplantagen investieren. Kleinbäuerliche Landnutzer*innen verlieren in Folge dessen den Zugang zu Land, Wälder werden gerodet, Plantagen angelegt, aus Kleinbäuer*innen werden Plantagenarbeiter*innen, Arbeitsmigrant*innen oder Vertragslandwirt*innen für Palmöl. Wie Menschen den Zugang zu Land, Wasser und Wäldern im Kontext profitorientierter Palm-

ölproduktion organisieren und gestalten, bestimmen sie nicht (mehr) selbst. In einem zunehmend finanzialisierten Palmölsektor sind es global agierende Finanzmarktakteure und (trans-)nationale Palmölunternehmen, die auf Grund ihrer ökonomischen Macht sowie ihrer Position im Verhältnis zu staatlichen Akteuren, die die Palmölproduktion politisch fördern, den Zugang zu Land für sich und andere bestimmen.[3]

Machtpositionen entscheiden auch über den Grad der Verwundbarkeit gegenüber ökologischen Krisenphänomenen wie Wasserverschmutzung und -verknappung oder extremen Klimaereignissen sowie über die Möglichkeiten, sich an diese anzupassen (Dietz 2011). Siri Eriksen und Jeremy Lind (2009) zeigen in ihrer Analyse zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Kenia, dass die Möglichkeiten lokaler Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Wanderweidegesellschaften, ihre Lebensgrundlagen an wiederkehrende Dürren anzupassen, von machtvollen politischen Entscheidungen auf anderen Ebenen beeinflusst werden. Gemeinsam mit internationalen Entwicklungsorganisationen hat die kenianische Regierung über Jahrzehnte die Politik verfolgt, nomadische Wanderweidegesellschaften sesshaft zu machen. Infolgedessen verloren diese ihre auf Viehzucht basierenden Lebensgrundlagen, kleinbäuerliche Produktion und Fischerei konnten diese nicht ersetzen. Das hohe Maß an Verwundbarkeit dieser Gruppen gegenüber Dürren ist politisch im Kontext von Machtungleichheiten zwischen staatlichen und internationalen Akteuren auf der einen und nomadischen Gruppen auf der anderen Seite erzeugt worden (ebd.: 830f.).

Die strukturelle Machtkonzeption der marxistischen Politischen Ökologie sieht Macht in den tief sedimentierten sozialen Verhältnissen verankert, in die Individuen und Gruppen eingebunden sind und die diesen häufig als selbstverständlich erscheinen. Ähnlich argumentieren materialistische Feminist*innen, die auf den Zusammenhang von vergeschlechtlicher Arbeitsteilung und ungleichen Betroffenheiten gegenüber ökologischen Krisen hinweisen (→ Feministische Politische Ökologie). Sie betonen, dass Geschlecht als Machtkategorie immer in Wechselwirkung mit anderen Kategorien sozialer Differenz zu verstehen ist, etwa *›race‹*, Ethnizität und Klasse (Agarwal 1992; Kaijser/Kronsell 2014). Unter der Hegemonie der Lohnarbeit als der von Marx identifizierten *differentia specifica* des Kapitalismus erhalten die anderen Unterdrückungsverhältnisse eine historisch-spezifische Form. Das bedeutet nicht, dass letztere vom Klassenverhältnis dominiert und zu Nebenwidersprüchen degradiert würden, sondern dass verschiedene Unterdrückungsverhältnisse in ihrer Ko-Konstitution begriffen werden müssen. Denn auch die Reproduktion von Klassenherrschaft ist, so ein zentraler Befund der Intersektionalitätsforschung, ohne die anderen Unterdrückungsverhältnisse nicht zu begreifen:

> »[D]as für die Spaltung von Bourgeoisie und Proletariat in Europa zentrale Lohnverhältnis ist selbst gleichzeitig Ursache und Wirkung des Regimes kolonialer Heterosexualität. Anders gesagt hat sich das europäische Klassensystem durch die und in den Regime(n) rassifizierter, gegenderter und sexueller Gewalt des kapitalistischen Kolonialismus entwickelt. […] Das Schicksal der europäischen Arbeiter*innenklasse und der kolonisierten Bevölkerungen kann nicht losgelöst von der Perspektive des Kapitalismus betrachtet werden« (Bohrer 2018: 68, eigene Übersetzung; vgl. auch den ökofeministischen Klassiker von Maria Mies 2015 [1988]).

3 Die Palmöl-Problematik wird auch von Melanie Pichler (2014), Maria Backhouse (2015) und Alina Brad (2019) aus einer (marxistischen) politisch-ökologischen Perspektive untersucht.

Feminismus und Marxismus: aktuelle Relevanz und Weiterentwicklung

Deutlich wird also, dass Klasse als zentrale Kategorie der marxistischen Politischen Ökologie für ein Verständnis macht- und herrschaftsförmiger gesellschaftlicher Naturverhältnisse ebenso unabdingbar ist, wie sie zu deren Erklärung allein nicht ausreicht. Eine rein klassentheoretische und auf die Sphäre der Produktion fokussierte Perspektive liefe Gefahr, in der Sackgasse des »jobs vs. environment dilemma« (Räthzel/Uzzell 2011) zu enden. Diesem zufolge liegt die unmittelbare Bedrohung für Arbeiter*innen und ihre Familien weniger in der Umweltzerstörung und der Klimakrise selbst, »sondern in den möglichen Wirkungen, die *Maßnahmen gegen* die Umweltzerstörung auf Arbeiter*innen und ihre Jobs haben« (Räthzel/Uzzell 2019: 156, eigene Übersetzung).

Das »jobs vs. environment dilemma« markiert ein reales Spannungsfeld, gehen doch mit dem Rückbau ökologisch nicht länger haltbarer Industrien unweigerlich Arbeitsplätze in Branchen wie dem Bergbau oder der Autoindustrie verloren, in denen eine gut organisierte Arbeiter*innenschaft weitreichende soziale Rechte erkämpft hat. Ein feministisch erweiterter klassentheoretischer Zugang weist hier einen Ausweg. Er denkt die Ökonomie aus der Perspektive der Sorge und Infrastrukturversorgung, also aus der Perspektive dessen, was für ein gutes Leben, das gleichzeitig die Reproduktionsnotwendigkeiten des Körpers und der Natur beachtet, erforderlich ist (Winker 2015; Cock 2018; Wichterich 2018).

Im Kapitalismus besteht eine Hierarchie zwischen dem ›Produktiven‹ und dem ›Reproduktiven‹: Ersteres bezeichnet die Sphäre der Lohnarbeit, in der der Mehrwert geschaffen wird; letzteres ist jener Bereich, in dem – teilweise öffentlich finanziert, zum großen Teil aber unentgeltlich oder prekär und meist unsichtbar – eine »meta-industrielle« (Salleh 2017: 50, eigene Übersetzung), zum großen Teil aus → Care-Arbeiter*innen bestehende Klasse die Voraussetzungen für die Mehrwertproduktion herstellt (Razavi 2009; Biesecker/Winterfeld 2014). Aus der Perspektive einer feministisch-marxistischen Politischen Ökologie kommt es darauf an, diese Hierarchie zu überwinden und die Produktion der Logik der Sorge und des Lebenserhaltenden unterzuordnen.

Dies ist ein Gedanke, der in Klassenkämpfen jenseits der männlich dominierten Branchen praktisch wird (Artus 2017), der aber auch die Kämpfe in letzteren selbst orientieren kann. Das zeigte sich in den 1970er Jahren, als Arbeiter*innen und Ingenieur*innen des britischen Rüstungsunternehmens *Lucas Aerospace* dafür stritten, die Produktion gebrauchswertorientiert umzubauen: »Die Arbeiter selbst«, so formulierte es Mike Cooley, einer der Protagonist*innen dieses Kampfes, »werden sich jetzt allmählich darüber klar, dass es für sie selber wichtig ist, dass ihre tägliche Arbeit für die Zeiträume, in denen sie leben und verbrauchen, wirklich nützliche Produkte hervorbringt« (PROKLA-Redaktion 1980: 125). Die *Lucas*-Beschäftigten entwickelten Produkte in Bereichen wie Medizintechnik, alternative Energien oder Transportsysteme. Sie verbanden die Klassen- und Machtfrage, die sich an der Kontrolle der Produktionsmittel und des Technikeinsatzes, und damit am Wie und Was der Produktion, festmachte, mit der Frage der sozialen und ökologischen → Reproduktion. Insofern standen sie für das, was Stefania Barca (2012) als »working-class environmentalism« bezeichnet.[4] Für die marxistische Politische Ökologie sollte dieser einen zentralen Bezugspunkt bilden.

4 Aktuelle Beispiele hierfür finden sich in den unterschiedlichsten Kontexten. So haben Gewerkschaften in New York State eine ambitionierte *climate jobs agenda* entwickelt, die darauf zielt, gleichzeitig

Denaturalisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse: ein Fazit

Die Marx'sche Theorie hat mit ihrem Grundanliegen, gesellschaftliche Verhältnisse zu denaturalisieren, das heißt, sie als geschichtlich geworden und damit auch veränderbar zu begreifen, einen wesentlichen Anstoß zur Entwicklung der Politischen Ökologie geleistet. Deren Anliegen ist es, ökologische Zerstörung und soziale Ungleichheit nicht auf scheinbar unmittelbare Problemursachen wie klimatische Bedingungen, Ressourcenausstattung oder Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen und sie dadurch gleichsam zu naturalisieren. Stattdessen bohrt sie tiefer: Sie stellt ökologische Krisenphänomene in ihren gesellschaftlichen und historischen Zusammenhang und legt die gesellschaftlich produzierten, nichtsdestotrotz sedimentierten Herrschaftsverhältnisse frei, in denen sie gründen. Dabei profitiert sie von den Kategorien und analytischen Werkzeugen der Marx'schen Theorie und der marxistischen Debatte, die sie umgekehrt sensibler für ökologische Phänomene macht. Ihr spezifischer Beitrag zur marxistischen Debatte liegt darin, dass sie nicht einfach nur die Gesellschaft, sondern die gesellschaftlichen Naturverhältnisse denaturalisiert.

Die marxistische Politische Ökologie hat sich insofern weiterentwickelt, als sie Einsichten einer → feministischen sowie antirassistischen und postkolonialen Politischen Ökologie (dazu Barca 2020) aufgenommen und als konstitutive Elemente in ihren Ansatz integriert hat. Insofern bewahrt sie das wichtige Marx'sche Erbe, das am Anfang der Politischen Ökologie stand, und aktualisiert es gleichzeitig im Lichte von Ansätzen, ohne die sich die kapitalistischen Naturverhältnisse weder begreifen noch überwinden lassen.

Literatur

Agarwal, Bina (1992): »The Gender and Environment Debate: Lessons from India«, in: Feminist Studies, 18. Jg., Nr. 1, S. 119-158.

Altvater, Elmar (1987): Sachzwang Weltmarkt, Hamburg: VSA.

Altvater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Artus, Ingrid (2017): »Das ›ungewöhnlich intensive‹ Streikjahr 2015. Ursachen, Ergebnisse, Perspektiven«, in: PROKLA 186, 47. Jg., Nr. 1, S. 145-162.

Ashley, Brian (2018): »Climate jobs at two minutes to midnight«, in: Vishwas Satgar (Hg.): The Climate Crisis. South African and Global Democratic Eco-Socialist Alternatives, Johannesburg: Wits University Press, S. 272-292.

Backhouse, Maria (2015): Grüne Landnahme. Palmölexpansion und Landkonflikte in Amazonien, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Barca, Stefania (2012): »On Working-class Environmentalism: A Historical and Transnational Overview«, in: Interface, 4. Jg., Nr. 2, S. 61-80.

Treibhausgasemissionen zu reduzieren, soziale Ungleichheit zu bekämpfen und sinnvolle Arbeitsplätze zu schaffen (Cha/Skinner 2017). In Südafrika gründeten Aktivist*innen aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, NGOs und Wissenschaft 2011 die »Million Climate Jobs Campaign«, die die Schaffung von guter Arbeit mit dem Schutz der Umwelt und der Versorgung von *communities* mit zentralen Infrastrukturen verbindet (Ashley 2018). Für einen Überblick vgl. Räthzel et al. (2021).

Barca, Stefania (2020): Forces of Reproduction. Notes for a Counter-Hegemonic Anthropocene, Cambridge: Cambridge University Press.
Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2014): Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen, Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften Nr. 02/2014, Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
Blaikie, Piers/Brookfield, Harold (1987): Land Degradation and Society, London: Methuen.
Bohrer, Ashley (2018): »Intersectionality and Marxism. A Critical Historiography«, in: Historical Materialism, 26. Jg., Nr. 2, S. 46-74.
Brad, Alina (2019): Der Palmölboom in Indonesien. Zur Politischen Ökonomie einer umkämpften Ressource, Bielefeld: transcript.
Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom.
Bryant, Raymond L./Bailey, Sinéad (1997): Third World Political Ecology, London/New York: Routledge.
Burkett, Paul (2014): Marx and Nature: A Red and Green Perspective, Basingstoke: Macmillan.
Cha, J. Mijin/Skinner, Lara (2017): Reversing Inequality, Combatting Climate Change. A Climate Jobs Program for New York State, Buffalo/Ithaca/New York/Rochester: The Worker Institute at Cornell.
Cock, Jacklyn (2018): »The Climate Crisis and a ›Just Transition‹ in South Africa: An Eco-Feminist-Socialist Perspective«, in: Vishwas Satgar (Hg.): The Climate Crisis. South African and Global Democratic Eco-Socialist Alternatives, Johannesburg: Wits University Press, S. 210-230.
Crutzen, Paul (2002): »Geology of Mankind«, in: Nature, 415. Jg., Nr. 6867, S. 23.
Dietz, Kristina (2011): Der Klimawandel als Demokratiefrage. Sozial-ökologische und politische Dimensionen von Vulnerabilität in Nicaragua und Tansania, Münster: Westfälisches Dampfboot.
Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2020): »Analysing land conflicts in times of global crises«, in: Geoforum, 111. Jg., S. 208-217.
Dietz, Kristina/Wissen, Markus (2009): »Kapitalismus und »natürliche Grenzen«. Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise«, in: PROKLA 156, 39. Jg., Nr. 3, S. 351-369.
Eriksen, Siri/Lind, Jeremy (2009): »Adaptation as a Political Process: Adjusting to Drought and Conflict in Kenya's Drylands«, in: Environmental Management, 43. Jg., S. 817-835.
Fakier, Khayaat/Cock, Jacklyn (2018): »Eco-feminist Organizing in South Africa: Reflections on the Feminist Table«, in: Capitalism Nature Socialism, 29. Jg., Nr. 1, S. 40-57.
Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster: Westfälisches Dampfboot.
Hardin, Garrett (1968): »The tragedy of the commons. The population problem has no technical solution; it requires a fundamental extension in morality«, in: Science, 162. Jg., S. 1243-1248.
Hecht, Susanna B. (1985): »Environment, development and politics: Capital accumulation and the livestock sector in Eastern Amazonia«, in: World Development, 13. Jg., Nr. 6, S. 663-684.

Heynen, Nikolas/Kaika, Maria/Swyngedouw, Eric (Hg.) (2006): In the Nature of Cities. Urban Political Ecology and the Politics of Urban Metabolism, London: Routledge.
Huber, Matt (2017): »Reinvigorating Class in Political Ecology: Nitrogen Capital and the Means of Degradation«, in: Geoforum, 85. Jg., S. 345-352.
Kaijser, Anna/Kronsell, Annica (2014): »Climate change through the lens of intersectionality«, in: Environmental Politics, 23. Jg., Nr. 3, S. 417-433.
Malm, Andreas (2016): Fossil Capital. The Rise of Steam Power and the Roots of Global Warming, London/New York: Verso.
Malthus, Thomas R. (1992 [1798]): An essay on the principle of population, Cambridge: Cambridge University Press.
Marx, Karl (1974 [1894]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band (= Marx-Engels-Werke, Band 25), Berlin: Dietz.
Marx, Karl/Engels, Friedrich (1980 [1848]): Manifest der Kommunistischen Partei, in: (= Marx-Engels-Werke, Band 4), Berlin: Dietz, S. 459-493.
Mies, Maria (2015 [1988]): Patriarchat und Kapital, München: bge-Verlag.
Mitchell, Timothy (2011): Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil, London/New York: Verso.
Moore, Jason W. (2017): »The Capitalocene. Part I: on the nature and origins of our ecological crisis«, in: The Journal of Peasant Studies, 44. Jg., Nr. 3, S. 594-630.
Peet, Richard/Robbins, Paul/Watts, Michael (Hg.) (2010): Global Political Ecology, London: Routledge.
Pichler, Melanie (2014): Umkämpfte Natur. Politische Ökologie der Palmöl- und Agrartreibstoffproduktion in Südostasien, Münster: Westfälisches Dampfboot.
PROKLA-Redaktion (1980): »Roundtable-Gespräch. ›Die Arbeiter sind nicht bereit, sich einem wahnwitzigen Arbeitstempo zu unterwerfen, um Autos zu produzieren, die von vornherein reif für den Müll sind!‹«, in: PROKLA 39, 10. Jg., Nr. 2, S. 107-132.
Pye, Oliver (2008): »Nachaltige Profitmaximierung. Der Palmöl-Industrielle Komplex und die Debatte um ›nachhaltige Biotreibstoffe‹«, in: PERIPHERIE, 28. Jg., Nr. 112, S. 429-455.
Pye, Oliver (2013): »Migration, Netzwerke und Alltagswiderstand. Die umkämpften Räume der Palmölindustrie«, in: PERIPHERIE, 33. Jg., Nr. 132, S. 466-493.
Räthzel, Nora/Uzzell, David (2011): »Trade Unions and Climate Change: The Jobs versus Environment Dilemma«, in: Global Environmental Change, 21. Jg., Nr. 4, S. 1215-1223.
Räthzel, Nora/Uzzell, David (2019): »The Future of Work defines the Future of Humanity and all Living Species«, in: Journal of Labour Research, 9. Jg., Nr. 1-2, S. 145-171.
Räthzel, Nora/Stevis, Dimitris/Uzzell, David (Hg.) (2021): The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies, Houndmills: Plagrave Macmillan.
Razavi, Shahra (2009): »Engendering the political economy of agrarian change«, in: The Journal of Peasant Studies, 36. Jg., Nr. 1, S. 197-226.
Ribot, Jesse C./Peluso, Nancy Lee (2003): »A Theory of Access«, in: Rural Sociology, 68. Jg., Nr. 2, S. 153-181.
Rockström, Johan/Will, Steffen/Noone, Kevin/Persson, Åsa/Chapin lll, F. Stuart/Lambin, Eric F./Lenton, Timothy M./Scheffer, Marten/Folke, Carl/Schellnhuber, Hans Joachim/Nykvist, Björn/de Wit, Cynthia A./Hughes, Terry/van der Leeuw, Sander/Rodhe, Henning/Sörlin, Sverker/Snyder, Peter K./Costanza, Robert/Svedin, Uno/Falkenmark, Malin/Karlberg, Louise/Corell, Robert W./Fabry, Victoria J.

/Hansen, James/Walker, Brian/Liverman, Diana/Richardson, Katherine/Crutzen, Paul/Foley, Jonathan A. (2009): »A safe operating space for humanity«, in: Nature, 461. Jg., S. 472-475.

Saito, Kohei (2016): Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York: Campus.

Salleh, Ariel (2017): »Ecofeminism«, in: Clive L. Spash (Hg.): Routledge Handbook of Ecological Economics. Nature and Society, London/New York: Routledge, S. 48-56.

Watts, Michael (1983): Silent Violence. Food, Famine & Peasantry in Northern Nigeria, Berkeley: University of California Press.

Wichterich, Christa (2018): »Der prekäre Care-Kapitalismus. Sorgeextraktivismus oder die neue globale Arbeitsteilung«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2, S. 91-97.

Williams, Michelle (2018): »Energy, Labour and Democracy in South Africa«, in: Vishwas Satgar (Hg.): The Climate Crisis. South African and Global Democratic Eco-Socialist Alternatives, Johannesburg: Wits University Press, S. 231-251.

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld: transcript.

Wissen, Markus (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Wissen, Markus (2020): »Klimakrise und Klassenkampf. Zum Verhältnis von ökologischen und sozialen Konflikten«, in: PROKLA 200, 50. Jg., Nr. 3, S. 441-464.

Environmental Justice

Leonie Bellina

Environmental Justice (EJ) bezeichnet ein lebendiges, produktives Handlungsfeld an der Schnittstelle zwischen sozialen Bewegungen, Forschung und Politikgestaltung/Planung für umweltbezogene Gerechtigkeit. Es entstand in den USA der 1980er Jahre in Reaktion auf die sozial ungleiche Verteilung von toxischen Lasten umweltschädigender Produktions- und Konsumweisen und in Reaktion darauf, dass von den meisten *weißen* Umweltschutzorganisationen diese übermäßige Benachteiligung von armen Menschen und besonders *Black, Indigenous, People of Color (BIPoC)* nicht thematisiert wurde. In den gut 40 Jahren seit der Konsolidierung des Begriffs sind aus der Interaktion zwischen Bewegungen und akademischer Arbeit EJ-Theorien, Frameworks und Methoden hervorgegangen, die eine differenzierte Analyse gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Hinblick auf intersektionale, räumlich und zeitlich multi-skalare Gerechtigkeit ermöglichen. Heute sind EJ-Bewegungen und Forschende weltweit aktiv, von lokalen Gruppen bis hin zu grenzüberschreitenden Allianzen etwa zu Themen wie Klimagerechtigkeit. Charakteristisch für EJ ist die Verknüpfung von Menschenrechten und Umweltfragen sowie das Engagement für umweltbezogene Gerechtigkeit in konkreten Lebensrealitäten, an denen sich Forschung und Theorieentwicklung immer wieder messen lassen müssen. Im Folgenden wird der englische Begriff Environmental Justice beibehalten, um die menschenrechtsbezogene, intersektionale Auseinandersetzung mit Mensch-Natur-Verhältnissen, die der Begriff impliziert, zu betonen.

Genese

Als Geburtsstunde der EJ-Bewegung gilt der Konflikt um eine Mülldeponie in im Jahr 1982 in Warren County, USA. Dort formierte sich Widerstand gegen eine disproportionale Belastung von Afroamerikanischen Communities durch Toxine. Allerdings in einer besonderen historischen Konstellation: Es war die erste Zusammenarbeit des *Civil Rights Movement*, welches Rassismus und systematische Unterdrückung der Schwarzen Bevölkerung in den USA anprangerte und durch Kampagnen für gleiche Menschenrechte zu ändern suchte, und des *Anti-Toxics Movement*, eine Untergruppe der Umweltbewegung, die die Gesundheitsgefahren von menschengemachten Toxinen thematisierte. Dies erzeugte mediale und politische Aufmerksamkeit, die die langjährigen Kämpfe von *Communities of Color* gegen umweltbezogene Ungleichheit bis dahin nicht bekommen hatten. Die entstehende EJ-Bewegung erweiterte an dieser Stelle den

Umweltbegriff so, dass dieser nicht nur die nicht menschliche Natur, sondern auch »wo wir leben, arbeiten und spielen« (Alston, zit. n. UCC 2021: o.S.) einschließt. Durch die Aufhebung der Trennung Umwelt/Soziales entsteht ein neuer Interpretationsrahmen für sozial-ökologische Gerechtigkeit: EJ zeigt, dass die Kategorie Mensch in gesellschaftlichen Naturverhältnissen keineswegs monolithisch ist, sondern dass es sich vielmehr um ›*Mensch-Mensch*-Natur-Verhältnisse‹ (Gottschlich/Bellina 2017) handelt. Denn Macht- und Unterdrückungsverhältnisse zwischen Menschen produzieren nicht nur soziale, sondern auch umweltbezogene Ungleichheiten, die sich wechselseitig verstärken. Wissenschaftliche Studien machten damals sichtbar, dass die Kategorien Armut, Klasse und besonders ›*race*‹ einen signifikanten Zusammenhang mit der Verortung von Umweltlasten aufwiesen. Im Bericht »Toxic Wastes and Race in the United States« (Chavis/Lee 1987) wurden dafür die Begriffe *Environmental Justice* (umweltbezogene Gerechtigkeit) und *Umweltrassismus* (für die signifikante umweltbezogene Benachteiligung von *Communities of Color*, vgl. auch Bullard 1993) eingeführt. Auch Jahrzehnte später ist *umweltbezogene Diskriminierung* nach wie vor ein Problem (Bullard et al. 2008; Agyeman et al. 2016).

EJ als intersektionaler analytischer Ansatz zeigt die strukturellen, historisch gewachsenen Ursachen auf, die *umweltbezogene Ungerechtigkeit* produzieren – wie räumliche Segregation, Diskriminierung im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt, ungleiche Chancen auf Vermögensbildung, mangelnde politische Repräsentation von Minderheiten und andere – unabhängig von einer konkreten diskriminierenden Absicht einzelner Entscheider*innen. Durch solche Ursachen entsteht ungleiche Verteilung von Umweltlasten zwischen Orten mit unterschiedlicher Bevölkerungsstruktur zulasten von Gruppen, die struktureller Benachteiligung ausgesetzt sind, während die Betroffenen gleichzeitig weniger (politische, finanzielle o.a.) Möglichkeiten haben, die Gefährdung zu verhindern, zu verringern oder sich dieser zu entziehen. Eine Akzeptanz des Risikos in armen Communities wird oft durch ökonomische *umweltbezogene Erpressung* (*Environmental Blackmail*) erreicht, indem z.B. Arbeitsplätze in der belastenden Industrie versprochen werden. Dazu kommt schlechtere Durchsetzung und Sanktionierung von Umweltrecht/Regulation (*Unequal Protection*) in ärmeren Gegenden. Auch das Fehlen von Umweltnutzen – wie saubere Luft und Wasser, Grünflächen etc. – führt zu gesundheitlicher Belastung. Demnach ist auch die Verdrängung (z.B. durch Entwicklungsprojekte, industrielle Großlandwirtschaft (→ Land Grabbing) oder Gentrifizierung) armer Communities hin zu Orten mit unerwünschter Landnutzung (schmutziger Industrie o.ä.) und weniger Umweltnutzen eine Frage von EJ. All dies hat gravierende Folgen: Die Lebensqualität und Lebenserwartung in EJ-Communities ist deutlich niedriger, Kinder haben häufiger Entwicklungsstörungen und dadurch schlechtere Chancen im Verlauf ihres ganzen Lebens. Umweltbezogene Ungleichheit führt also zu generationenübergreifenden Nachteilen und Schäden.

Wesentlich für die Genese von EJ ist die paradigmatische Verknüpfung von Umwelt- mit Menschenrechtsfragen: Wenn Menschenrechte wirklich universal sind, dann haben alle Menschen(gruppen) gleiches Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person (Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte) sowie auf Gleichheit und Freiheit von Diskriminierung (Artikel 1 und 2). Diese Rechte werden durch die Verteilungsungerechtigkeit von Umweltlasten und -nutzen verletzt, daher der Wechsel von Umwelt*schutz* zu der Forderung nach Environmental *Justice*. Durch die Erweiterung des Umweltbegriffs sowie den dezidierten Menschenrechtsfokus

entstand ein neuer *Collective Action Frame*, der in den USA die vielen lokalen Widerstandsbewegungen zu einer nationalen EJ-Bewegung vereinte. 1991 nahmen über 1000 Menschen am *National People of Color Environmental Leadership Summit* in Washington, D.C. teil. Sie schufen die 17 Prinzipien der EJ (die konstitutiv für die Bewegung waren und nach wie vor Richtlinien der Bewegung bilden (UCC 2021)) sowie *BIPoC*-Führungsstrukturen für die politische Arbeit an umweltbezogener Gerechtigkeit. Unter diesem Dach haben sich bis heute vielfältige *Grassroots*-Bewegungen, EJ-Zentren und Netzwerke sowie akademische Standorte entwickelt (Camacho 1998; Taylor 2000). EJ ist also eine Antwort auf sozial-ökologische Ungerechtigkeit und wird über folgende Komponenten definiert: Das Recht aller Menschen, in einer sicheren und gesunden Umgebung zu leben; die faire und gleiche Behandlung bezüglich Umweltlasten, -risiken und -nutzen sowie eine ebensolche Beteiligung an Entscheidungsprozessen bezüglich ihrer Umwelt.

Abgrenzung zu anderen Ansätzen: Umweltschutz und Nachhaltige Entwicklung

In der Erweiterung des Begriffs ›Umwelt‹ wird der Kern des Unterschiedes zwischen EJ und Umweltschutz, sowohl in Konzept/Diskurs als auch in den Bewegungen, deutlich: Während Umweltschutz sich primär für den Schutz der nicht-menschlichen Natur einsetzt, setzt sich EJ für den Schutz von Menschen im Kontext ihrer Umwelt ein. Gründe für diese Unterschiede liegen in der Entstehungsgeschichte der Bewegungen: Die klassischen Umweltbewegungen des Globalen Nordens entstanden in Reaktion auf die Industrialisierung. Dabei spielte neben der Forderung nach Regulation von Toxizität und Ressourcennutzung unter anderem auch die Romantisierung von ›unberührten Natur/Wildnis‹, die es zu schützen galt (Guha 2000), eine Rolle. Die Mitglieder dieser Bewegungen gehörten und gehören überwiegend der *weißen* Mittelklasse an; die Umweltorganisationen sind hochprofessionalisiert und gut finanziert. Die EJ-Bewegung(en) dagegen entstanden als Antwort auf soziale, insbesondere rassistische Ungerechtigkeit im Zusammenhang mit Umweltschäden. Entsprechend sind deren Mitglieder überwiegend *BIPoC*, die oft in selbstfinanzierten Community-Organisationen zusammengeschlossen sind. Daraus ergeben sich eine unterschiedliche Diskursmacht (Umweltschutz ist gesellschaftlich deutlich anerkannter als EJ), unterschiedliche Strategien und Lösungsansätze. Strategien des Umweltschutzes zielen auf Regulation und Entwicklung neuer, weniger schädlicher Technologien (Öko-Effizienz oder -Modernisierung; vgl. stellvertretend Weizsäcker/Seiler-Hausmann 2013). Diese finden sich jedoch primär in reichen Ländern/Regionen; der Nutzen für Ärmere entsteht erst als ›*trickle down*‹, das heißt wenn es überall besser geworden ist. Wer am meisten unter Umweltlasten leidet, müsste also am längsten auf Erleichterung warten. Bullard stellt fest:

> »[…] die Mainstream-Umweltbewegung hat sich nicht ausreichend damit auseinandergesetzt, dass soziale Ungleichheit und ungleiche Machtverhältnisse den Kern von Umweltzerstörung, Ressourcenerschöpfung, Umweltverschmutzung […] bilden. Die Umweltkrise kann ohne soziale Gerechtigkeit einfach nicht effizient gelöst werden« (Bullard 1993: 23, eigene Übersetzung).

Deshalb stellt EJ Gerechtigkeit ins Zentrum ihrer Strategie: Gelten Menschenrechte gleich für alle, dürfen Umweltschäden und -risiken auf niemanden abgewälzt werden, weder räumlich noch zeitlich (intra- und intergenerationale Gerechtigkeit). Dies würde zu einer Priorisierung des Vorsorgeprinzips führen, statt auf politische und technische Entwicklungen zur Behebung der Schäden zu warten. EJ zielt also auch auf die grundsätzliche Vermeidung von Umweltlasten ab, nicht nur deren gerechte Verteilung. Durch die Perspektiven aus EJ-Communities und die Erweiterung des Umweltbegriffs werden vielfältige Formen von ›Umweltschutz‹ weltweit sichtbar, insbesondere der *Environmentalism of the Poor*: ein Überbegriff für Widerstände unzähliger marginalisierter Communities, die sich der Zerstörung ihres Lebensraumes entgegenstellen und für ihre Rechte kämpfen (Nixon 2011; Martinez-Alier 2014). Die Unsichtbarkeit des *Umweltschutzes der Armen* im Globalen Norden liegt vor allem an dem im Entwicklungsdiskurs verbreiteten Klischee, dass Umweltschutz(bewegung) erst nach wirtschaftlicher Entwicklung möglich sei, da Arme sich nur um die Erfüllung ihrer unmittelbaren Bedürfnisse kümmern könnten (Martinez-Alier 1995). Damit wird *Environmentalism* als der (*weißen*) Mittelklasse/›entwickelten‹ Ländern des Globalen Nordens vorbehalten angesehen, die sich damit erneut an der Spitze des Fortschritts verstehen, den andere Länder/Menschen erst noch erreichen müssten. EJ zielt stattdessen auf die Änderung der konkreten globalen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die erstens ursächlich zur Produktion von Armut und Umweltschäden beitragen und zweitens den Diskurs um Umweltschutz (und auch die Verteilung entsprechender Ressourcen) prägen.

EJ unterscheidet sich auch von *Nachhaltiger Entwicklung* in Entstehungsgeschichte, Vertreter*innen, Organisation und Prozessen sowie Diskursschwerpunkten. Als Entstehungsmoment von Nachhaltiger Entwicklung gilt gemeinhin der Brundtland Report 1987 – im gleichen zeitlichen Rahmen wie die Entstehung der EJ-Bewegung, jedoch *top down* durch die UN initiiert, im Gegensatz zum *bottom up* Bürgerrechts-Ursprung der EJ. Bis heute ist Nachhaltige Entwicklung stark politisch-institutionell geprägt, während EJ eher mit sozialen Bewegungen verbunden ist. Im Diskurs um Nachhaltige Entwicklung wird das ökologische Nachhaltigkeitsverständnis des Umweltschutzes durch soziale und ökonomische Perspektiven aus dem Entwicklungsdiskurs ergänzt. Bereits im Brundtland-Bericht wird analytisch und normativ entwickelt, dass ökologische und soziale Ziele interdependent sind; soziale Gerechtigkeit wird explizit als Teil der Nachhaltigen Entwicklung benannt. Der Bericht führt intergenerationale soziale Gerechtigkeit in den Diskurs ein, bei gleichzeitiger und gleichwertiger Beachtung intragenerationaler Gerechtigkeit (Gottschlich 2017: 88ff.). Dieses doppelte Gerechtigkeitsverständnis als inhärent in Nachhaltiger Entwicklung wird auch in einer Reihe von kritisch-emanzipatorischen Nachhaltigkeitsansätzen fortgeschrieben (ebd.: 239ff.). In gegenwärtigen Diskurssträngen und Politiken mit neoliberaler, ökonomisch-technisch fokussierter Ausrichtung jedoch tritt die intra- gegenüber der intergenerationalen Gerechtigkeit in den Hintergrund (ebd.: 193); ebenso in primär umweltfokussierten ›grünen‹ Nachhaltigkeitsdiskursen und Praktiken (Agyeman 2005: 39ff.).

Im doppelten Gerechtigkeitsverständnis überschneiden sich EJ und Nachhaltige Entwicklung. Durch den menschenrechtszentrierten Ansatz betont EJ jedoch die intragenerationale Gerechtigkeit und vor allem deren präzise, intersektionale Analyse. Sie fordert konkrete Maßnahmen zur Beseitigung gegenwärtiger Ungleichheit als Teil von Nachhaltigkeitsstrategien ein, auch als Voraussetzung für eine intergenerationale Gerechtigkeit. Durch die Erweiterung des Umweltbegriffs trägt EJ zudem zum

Verständnis der Interdependenz von sozialen und ökologischen Zielen der Nachhaltigen Entwicklung bei sowie zu ihrer Operationalisierung und Implementierung in Datenerhebung und Politikgestaltung (Holifield et al. 2017). Vor allem benennt EJ soziale Ungerechtigkeit als ursächlich für Armut wie für Nicht-Nachhaltigkeit. Dementsprechend wird Gerechtigkeit nicht nur als Ziel angesehen, sondern das aktive Streben nach Gerechtigkeit auch als Hebel/Strategie zur Nachhaltigkeitstransformation eingesetzt. EJ bietet so ein Gegengewicht zu (in politisch-institutionellen Kontexten häufig dominanten) neoliberalen Nachhaltigkeitsdiskursen, in denen ein Zuwachs an sozialer Gleichheit/Entwicklung zwar ein erwünschtes Ergebnis ist, das jedoch über Strategien ökonomischen Wachstums und technischer Innovation als Outcome erwartet wird. Macht- und Herrschaftsverhältnisse und Gerechtigkeitsfragen werden dort weder in Problemanalyse noch in Lösungsstrategien oder Prozessen priorisiert. Das mag erklären, dass, obwohl in der Brundtland-Definition den Bedürfnissen der Armen Priorität eingeräumt werden soll, dies im dominanten Nachhaltigkeitsdiskurs und (politischer) Praxis bis heute nicht der Fall ist.

Während manche Strömungen der EJ aus oben genannten Gründen eine kritische Distanz zum Nachhaltigkeitsdiskurs halten, bietet *Just Sustainability* ein Konzept, das EJ mit sozial-ökologisch ausgerichteter Nachhaltiger Entwicklung, insbesondere den kritisch-emanzipatorischen Ansätzen, verknüpft. Agyeman und andere entwickeln die Brundtland-Definition von Nachhaltiger Entwicklung (die Bedürfnisse der Gegenwart so befriedigen, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse ebenfalls befriedigen können) dafür wie folgt weiter: »die Notwendigkeit, eine bessere Lebensqualität für alle zu sichern, jetzt und in die Zukunft, auf eine gerechte und ausgleichende Art und Weise, während (wir) in den Grenzen der lebenserhaltenden Ökosysteme leben« (Agyeman et al. 2003, eigene Übersetzung). ›Lebensqualität‹ beinhaltet einen umfassenden *Capabilities*-Ansatz (Nussbaum 2011; Sen 2017) als Grundlage für das Recht auf ein selbstbestimmtes ›gutes Leben‹, gegenüber dem Bedürfnisbegriff in Brundtland, der sich an einem Mindeststandard für menschenwürdiges Leben orientiert und die Frage aufwirft, wer diesen festlegt. Intragenerationale Gerechtigkeit wird sowohl im Ergebnis als auch im Prozess betont – und damit sowohl die *Agency* und notwendige Beteiligung der Marginalisierten in der gegenwärtigen Gestaltung einer Nachhaltigen Entwicklung, als auch eine differenzierte Betrachtung der ebenfalls nicht homogenen zukünftigen ›Generationen‹. *Ausgleichende Gerechtigkeit (Equity)* wird im Transformationsprozess verankert und implizit auch im *Outcome*, das heißt Nachhaltige Entwicklung hat hier auch eine redistributive Funktion. *Just Sustainability* verbindet die Stärken von EJ und emanzipatorischer Nachhaltigkeit, sowohl auf Ebene der Problemanalyse als auch mit praktischem Fokus auf transformative Prozesse. Die Hoffnung richtet sich dabei auf eine Koalitionsbildung zwischen Nachhaltigkeits- und EJ-Bewegungen und damit auf integrative Strategien für eine gerechte gesellschaftliche Nachhaltigkeitstransformation (Agyeman 2005).

Ausdifferenzierung und Weiterentwicklung

Nach dem ursprünglichen Fokus auf Verteilungs(un)gerechtigkeit bezüglich Umweltlasten hat sich EJ über die Jahre in vier Dimensionen weiterentwickelt: die Vielfalt der Themen, die durch die Analyse umweltbezogener (Un)Gerechtigkeit in den Blick genommen wird, hat sich erweitert; die Analyse wird in verschiedene räumliche und

zeitliche Skalen ausgedehnt; das Gerechtigkeitsverständnis der EJ hat sich zunehmend differenziert und der Einsatz von EJ in verschiedenen Kontexten hat neue Perspektiven und Ansätze in EJ-Theorie und Praxis hervorgebracht.

Relativ bald nach Beginn der EJ Bewegung wurden über toxische Belastung hinaus Themen wie *Public Health*, Arbeitssicherheit, Landwirtschaft, Mobilität, Wohnen und andere zum Untersuchungsgegenstand der EJ-Bewegung. In diesem Zusammenhang wurden über die Verteilungsgerechtigkeit hinaus Fragen von Anerkennung, Beteiligung und Prozessgerechtigkeit vertieft (Bullard 2005; Sze/London 2008). Mit Intensivierung der Globalisierung und deren Metabolismus seit den 1990ern verändert sich auch das EJ-Terrain: umweltbezogene Ungerechtigkeit manifestiert sich in multidimensionalen und transnationalen Skalen. Themen wie globaler Handel und Handelsabkommen, → Ressourcen- und → Abfall-Ströme über Grenzen hinweg, Biopiraterie, Landraub, Migration u.v.m. werden unter dem Gesichtspunkt umweltbezogener Gerechtigkeit in ihren räumlichen und zeitlichen Dimensionen analysiert (Walker 2009). Entsprechend agieren auch EJ-Organisationen über verschiedene Ebenen hinweg, von lokal bis transnational. Auch akademisch hat sich das Feld verändert und erweitert: von Analysen der Verteilung von Umweltlasten und Umweltrassismus in den USA hin zu multi-perspektivischen, -skalaren und -disziplinären Analysen aus verschiedenen Ländern, die »multiple Räumlichkeiten der EJ […] in Verbindung mit sozialer Theorie […], Theorien des racial State […] und Gender Studies [erforschen]« (Carmin/Agyeman 2011: 5, eigene Übersetzung; vgl. auch Holifield et al. 2009; Walker 2009). In neueren Ansätzen werden die Interdependenz von Menschen und Ökosystemen als ein Ort von EJ untersucht sowie die Verbindungen zwischen fortlaufenden Praktiken umweltbezogener Ungerechtigkeit und den aktuellen sozial-ökologischen Krisen mit ihren lokal-globalen Dimensionen und regional spezifischen Ausprägungen (Agyeman et al. 2016; Holifield et al. 2017; Coolsaet/Bullard 2021).

Das Konzept EJ wird darüber hinaus in bestehenden Forschungsfeldern angewandt und ermöglicht dort neue Perspektiven. *Urbane EJ* beispielsweise verändert das Feld Stadtentwicklung: Zusammenhänge zwischen sozial-demographisch unterschiedlich bewohnten Vierteln und der Verteilung von Lasten/Nutzen sind umfassend nachgewiesen und erfordern eine aktiv gerechtigkeitsfördernde Stadtplanung. Themen wie Gentrifizierung und Ghettoisierung stehen der Forderung nach einem ›Recht auf Stadt‹ und ›*Community Making*‹ gegenüber. Vertreibung vom Land, die zur Urbanisierung der Bevölkerung beiträgt, und Megastädte mit extremer sozial-räumlicher Ungleichheit verlangen nach neuen Konzepten und Praktiken für sozial und ökologisch lebbare Städte für alle Bewohner*innen (Agyeman 2005; Anguelovski 2013). Im Bereich *Flucht und Migration* finden die von der Klimakrise verursachten ökologischen Katastrophen als Fluchtgrund nur schwer Eingang in internationales Asylrecht (Westra 2009), auch nach dem wegweisenden Urteils des UN-Menschenrechtsausschusses 2020[1]. Dies liegt auch am bisherigen Fokus des Asylrechts auf Bedrohung durch Menschen, in Abgrenzung zu umweltbedingten Fluchtursachen. Hier stärkt EJ die Argumentation für die Anerkennung der Klimakrise und ihrer Folgen als Asylgrund, da eine EJ-Analyse die Bedrohung durch ökologische Probleme als untrennbar von den Macht-Herrschaftsverhältnissen herausarbeitet, durch die diese Bedrohungen verursacht und in denen sie ungleich ver-

1 https://www.unhcr.org/dach/de/38641-entscheidung-des-un-menschenrechtsausschusses-zum-klimawandel-ist-ein-weckruf.html (aufgerufen 9.3.2022).

teilt werden (Bullard/Wright 2009). Daraus ergibt sich eine verantwortungsethisch argumentierte Verpflichtung der Verursacher zur Fürsorge für die Betroffenen und zum aktiven Handeln für intra- und intergenerationale → Klimagerechtigkeit).

Indigene Gemeinschaften gehören weltweit zu den am härtesten Betroffenen von umweltbezogener Ungerechtigkeit und haben disproportional wenig Macht/Repräsentation in Entscheidungsprozessen. Bewegungen für Indigene Rechte auf (Über)Leben, Land und Kultur haben sich den EJ-Frame und seine menschenrechts- und lebensweltbezogene Argumentation ebenfalls zunutze gemacht. Sie entwickeln eigene Perspektiven und Praktiken der EJ, die wiederum den EJ-Diskurs verändern und erweitern (Rodriguez/Whyte in Coolsaet/Bullard 2021: 78 und 266). *Food Justice* ist ein besonders ausgeprägter Zweig der EJ. In den dominanten, eher *weißen* Bewegungen zur Transformation des Ernährungssystems (bio, regional etc.) sind Fragen nach der Produktion von Ernährungs-Ungerechtigkeit entlang Kategorien sozialer Differenz wenig präsent. *Food Justice* als Analyserahmen macht diese sichtbar und formuliert explizite Kritik an einem ›*race*‹/Klasse-blinden Ernährungssystem. *Food Justice*-Bewegungen setzen sich für gleichen und gerechten Zugang zu gesunder, ausreichender und kulturell angemessener Ernährung ein. Dabei gibt es starke Überschneidungen und gemeinsame Entwicklungen mit nationalen und internationalen *Food-System*-Bewegungen wie beispielsweise La Vía Campesina. Ziel von *Food Justice* ist ein nachhaltiges und gerechtes Ernährungssystem, lokal bis transnational, in dem demokratische Mitbestimmung Raum hat (→ Ernährungssouveränität). Schwerpunkte sind Gerechtigkeit in Anbau und Produktion von Lebensmitteln, besonders für (oft migrantische) Arbeiter*innen, Ernährung als Zugang zu Gesundheit, Ernährungspolitik sowie neue Wege der Ernährung, durch die nicht nur Lebensmittel, sondern auch mehr Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Community-Empowerment wachsen können (Gottlieb/Joshi 2010; Holt-Giménez 2011).

Quer zu den genannten Inhalten liegt das Thema *Gender und EJ*. Durch gesellschaftliche Zuweisung von Familienarbeit sind es oft Frauen, die eine toxische Belastung bemerken und sich für den Schutz ihrer Nachbarschaft und die Gesundheit der Familie, insbesondere der Kinder, einsetzen. Frauen *of Color* stellen die Mehrheit in den EJ-Bewegungen dar und hatten von Beginn an führende Rollen (Bullard 2005). Die in den Anfangsjahren der EJ geringe Präsenz von Gender als separates EJ-Thema hat strategische Gründe: Die Kämpfe gegen Umweltrassismus betreffen das reale Überleben, wofür möglichst breite, inklusive Koalitionen mobilisiert werden müssen; dafür sind ›*race*‹ und Klasse die relevanten Kategorien. Dennoch bieten intersektionale Analysen, in denen Gender und EJ verbunden werden, wichtige Perspektiven, beispielsweise die Frage, wie EJ-Aktivistinnen durch ihre Praxis die Beziehung zwischen Frauen, ›*race*‹, Klasse und Natur neu konstruieren (Stein 2004: 6; MacGregor 2021).

Stärken des Ansatzes: Was bekommt man damit in den Blick?

Framing Environmental Justice – Narrative mobilisieren

Framing ist eine Technik, die die Hervorhebungen von Problemen, Interpretation ihrer gesellschaftlichen Bedeutung, Analyse ihrer Ursachen sowie ein Angebot von Lösungsansätzen in einem kohärenten Narrativ ermöglicht. Damit kann und soll Resonanz in der Gesellschaft erzeugt werden, die zu Mobilisation und Aktion zur Behebung des

Problems führt (Taylor 2000). Das lässt sich an einem Beispiel verdeutlichen: Warum gibt es keine vergleichbare EJ-Bewegung in Deutschland? Auch in Deutschland existiert strukturelle Ungleichheit, die zu ungleicher Verteilung von Umweltlasten und -nutzen mit den entsprechenden Konsequenzen für Gesundheit und Lebenschancen führt. Der Grund für das Fehlen einer EJ-Bewegung ist also nicht die Abwesenheit von umweltbezogener Ungerechtigkeit, sondern eine andere geschichtliche Konstellation: Es gab eine ähnlich strukturierte, auf ›Natur‹ fokussierte Umweltbewegung wie in den USA, jedoch kein menschenrechtsbezogenes, antirassistisches *Civil Rights Movement* (Schultz 2009). Die aktive Verbindung zwischen Umwelt und Menschenrechten – und damit der *Collective Action Frame* der EJ-Bewegung – ist in der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen in Deutschland schwach ausgeprägt. Einen wissenschaftlichen Diskurs zu EJ gibt es durchaus, insbesondere in Feldern wie Stadtplanung, Kritische Geographie und *Public Health* (z.B. Hornberg/Pauli 2008; Baumgart et al. 2018; Bolte et al. 2018). Das übliche Framing des Themas in Deutschland ist ein ökonomisches: Eine gute Umweltqualität im Lebens- und Arbeitsumfeld wird durch Leistung erworben (Menschen können sich die bessere, aber in der Regel teurere Wohngegend leisten), eine geringere Qualität für weniger Vermögende wird deshalb als normal angesehen. Der Frame ist also nicht menschenrechts- sondern verdienstbasiert (*merit,* nicht nur im Sinne von Einkommen). Umweltbezogene Ungleichheit wird dadurch von einer Frage der Gerechtigkeit in gesellschaftlicher Verantwortung in die individuelle Sphäre verlagert. Des Weiteren überwiegt in Deutschland nach wie vor die Trennung zwischen sozialen- und Umweltproblemen: Im wirtschaftspolitischen Diskurs werden Arbeitsplätze und (drohende) Armut gegen Umwelt- und Klimaschutz ausgespielt, statt die bestehende und sich verschärfende Belastung gerade der Ärmeren durch ein Weiter-so zu benennen. EJ und *Just Sustainability* bieten hier Inspiration, wie ein gerechtigkeitsbezogenes Framing von Nachhaltiger Entwicklung gesellschaftliche Mobilisierung und politische Handlungsfähigkeit ermöglichen kann.

Doing Environmental Justice – ein vielschichtiges Gerechtigkeitsverständnis einsetzen

Eine besondere Stärke von EJ als analytischem Ansatz ist das differenzierte und vielschichtige Verständnis von → Gerechtigkeit: »Gerechtigkeit […] wird als ein Gleichgewicht zahlreicher miteinander verbundener Elemente der Verteilung, Anerkennung, Teilhabe und Fähigkeit artikuliert und verstanden« (Schlosberg 2009: 12, eigene Übersetzung; vgl. auch Coolsaet/Bullard 2021). Die ursprüngliche Forderung der EJ nach fairer Verteilung von Umweltlasten und -nutzen bezieht sich auf *distributive Gerechtigkeit.* Eine intersektionale Analyse macht sichtbar, dass Verteilung jedoch keineswegs nach neutralen Regeln geschieht, wie es das Modell distributiver Gerechtigkeit von Rawls (1979/2020) vorsieht, sondern von struktureller Ungerechtigkeit beeinflusst wird. Hier kommen Gerechtigkeitstheorien zum Einsatz, die Produktion und Dynamik von real bestehender Ungleichheit untersuchen: *Anerkennung* (*Recognition*) bezieht sich auf soziale, kulturelle und politische Anerkennung von Individuen wie Gruppen (Fraser 2000). Diese ist Voraussetzung für die Entwicklung eines positiven Selbstverständnisses, für gesellschaftliche wie institutionelle Gleichbehandlung sowie Chancengleichheit. Durch Mangel an Anerkennung wird Ausgrenzung und Vulnerabilität produziert. In umweltbezogenen Konflikten werden Betroffene durch Nichtanerkennung (*Nonrecognition*) teils gar nicht als

Stakeholder wahrgenommen, oder durch *Mis/Malrecognition* diskreditiert, sodass ihren Forderungen weniger Gewicht beigemessen wird. In der EJ-Analyse nimmt *Anerkennung als Gerechtigkeit* (*Recognition-as-Justice*) daher eine zentrale Rolle ein, um aufzuzeigen, wer unter welchen Voraussetzungen an einem Konflikt beteiligt ist bzw. darin benachteiligt wird. Anerkennung ist Voraussetzung für die nächste Ebene, auf der Verteilung bzw. Lebensqualität geschaffen wird: *Prozessgerechtigkeit* (*Procedural Justice*). Selbst wenn formal Gleichheit vor dem Gesetz besteht, sind Beteiligungsprozesse oft ungleich zugänglich, dadurch sind EJ-Communities meist auch auf der Prozessebene benachteiligt. Ein Beispiel ist NIMBY (»*Not in my backyard*«): Gruppen mit gesellschaftlichem, ökonomischem und politischem Kapital, die Umweltlasten mit Hilfe ihrer Privilegien aus ihrem Umfeld heraushalten. Verursacher von Lasten (beispielsweise Unternehmen oder Kommunen) verorten diese deshalb auch nach dem wahrscheinlich geringsten Widerstand und damit häufiger in armen Communities. EJ-Analyse kann hier aufzeigen, wo Voraussetzungen geändert und Ressourcen gebraucht werden, um faire Prozesse und gleichwertige Beteiligung zu ermöglichen. Der *Fähigkeiten-Ansatz* sieht Gerechtigkeit auch darin, wozu uns die gesellschaftlichen Güter, die es gerecht zu verteilen gilt, befähigen: Inwieweit sind wir in der Lage, ein gutes Leben, so wie wir es selbst verstehen, zu gestalten? (Nussbaum 2011; Sen 2017). Umweltbezogene Ungerechtigkeit schränkt Fähigkeiten ein: unter anderem werden Gesundheit und Leben beeinträchtigt. Diese, sowie Fähigkeiten wie die Entfaltung von Intelligenz und Bildung, sind umgekehrt auch Voraussetzung für die Fähigkeit, sich für Gerechtigkeit einzusetzen und EJ einzufordern.

> »Ungleiche Verteilung, mangelnde Anerkennung, Zerstörung von Fähigkeiten und eingeschränkte Partizipation führen zu Ungerechtigkeit [...]. Gerechtigkeit erfordert also nicht nur ein Verständnis [dieser Kategorien], sondern vor allem davon, wie diese Kategorien in politischen und sozialen Prozessen miteinander verbunden sind. [...] In den Forderungen nach Environmental Justice sind Forderungen nach Gerechtigkeit in ein umfassendes politisches Projekt integriert« (Schlosberg 2009: 98; eigene Übersetzung).

In EJ werden die oben genannten Elemente von Gerechtigkeit als Teile der Analyse eingesetzt und mit einer intersektionalen Perspektive (Malin/Ryder 2018) kombiniert. Dadurch wird die Produktion von öko-sozialer Ungerechtigkeit, von Vulnerabilität und Nicht-Nachhaltigkeit in ihrer Komplexität systematischer analysierbar und umfassender verstehbar. EJ ist somit besonders geeignet, den Gerechtigkeitsbegriff in → Umweltkonflikten zu differenzieren und in spezifischen Konflikt- und Widerstandssituationen präzise herauszuarbeiten, welche Hindernisse fairen Voraussetzungen, Prozessen und Outcomes entgegenstehen. *Doing Environmental Justice* bezeichnet also die mehrschichtige Analyse und die daraus folgende Praxis mit dem Ziel, umweltbezogene Gerechtigkeit zu ermöglichen.

Perceiving Environmental Justice – zeitliche und räumliche Dimensionen wahrnehmen

> »Viele der Umweltprobleme [...] sind nicht über Nacht entstanden; einige gibt es schon seit Jahrhunderten. Die Ursachen vieler dieser Probleme lassen sich auf imperiale [...] Werte bezüglich Eroberung von Land und Leuten sowie die Verherrlichung des Kolonisierungsprozesses in unser Literatur zurückführen« (Bullard 1993: 9, eigene Übersetzung).

Mit der europäischen Expansion im Kolonialismus ging umweltbezogene Ungerechtigkeit durch Zerstörung traditioneller Lebensräume, Enteignung und Vertreibung der Indigenen Gemeinschaften einher. Auch epistemisch legte der Kolonialismus Grundsteine für *Environmental Injustice*: Europäische Weltbilder von ›Natur‹ als unbeseelte Ressource und Wildnis, die ›zivilisiert‹ werden muss, waren Rechtfertigung und Programm für koloniale Expansion. Entmenschlichung der Kolonisierten, ihre Gleichsetzung mit Natur als ›Wilde‹, rechtfertigte auch ihre Ausbeutung, Assimilation oder Vernichtung (→ Post- und Dekoloniale Politische Ökologie). Diese Denkmuster bestehen bis heute in hierarchischen Zuschreibungen von Wert zu Menschen/Kulturen/Orten fort und sind grundlegend für die Produktion von Umweltrisiken, umweltbezogener Ungleichheit und gefährdeten Communities. Der Landraub an Indigenen in Brasiliens Amazonas ist ein aktuelles Beispiel für diese historischen Fortschreibungen; er kann als *umweltbezogene Gewalt* bezeichnet werden. Wenn die Konsequenzen gewaltvoller *Mensch-Mensch-*Naturverhältnisse in ihrer Historizität betrachtet werden, wird *Slow Violence* (Nixon 2011) sichtbar: Seit Jahrhunderten werden Menschen(gruppen) und ihre Kulturen durch umweltbezogene Ungerechtigkeit und Gewalt dezimiert und ausgelöscht. Dies geschieht nicht plötzlich und aufmerksamkeitswirksam wie durch Kriege oder Katastrophen, sondern schleichend, zum Teil über Generationen und damit unter der Wahrnehmungsschwelle unserer Medienwelt (ebd.). Demgegenüber steht der aktuelle Diskurs vom ›Überleben der Menschheit‹, der zukunftsbezogen verwendet wird und weder die bereits ausgelöschten Menschengruppen noch die derzeit unterschiedlich starke Betroffenheit verschiedener Menschengruppen und Geschwindigkeiten ihres Nicht-Überlebens einbezieht. EJ-Analyse beleuchtet die zeitliche Dimension von Gerechtigkeit in beide Richtungen und verortet gegenwärtige sozial-ökologische Krisen dadurch auch in postkolonialen Realitäten.

Nach der Kolonialzeit folgten weitere Phasen der Globalisierung und damit auch die Globalisierung von umweltbezogener Ungleichheit: → Ressourcen für wachsende globale Märkte werden überwiegend in ärmeren Ländern des Globalen Südens ab- oder angebaut und exportiert. Dieser → Extraktivismus geht einher mit Vertreibung und massiven Umweltschäden zu Lasten der lokalen Bevölkerung. → Externalisierung bezeichnet die Verlagerung von Umweltlasten weg von den Verursacher*innen: Produktionsstätten oder Müllentsorgung werden in Länder mit geringen Umweltstandards verlegt, wo sie Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden verursachen, während die Produkte anderswo mit Gewinn verkauft und genutzt werden; ein bekanntes Beispiel ist die Textilindustrie. Die räumliche Distanz in globalen Produktionsketten zwischen den Betroffenen von *Environmental Injustice* und den Verursacher*innen/Nutznießer*innen führt zu Unsichtbarkeit der Betroffenen. Durch Rechtsformen wie transnationale Unternehmen sowie undemokratische rechtliche Regularien z.B. durch die WTO und deren Schiedsgerichte haben die Betroffenen kaum Möglichkeiten der direkten politischen Einflussnahme auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Auf Ebene der Staaten hat sich eine neue Dimension der umweltbezogenen Erpressung entwickelt: Sowohl der Schuldendienst aus Zeiten der ›Entwicklungshilfe‹ als auch Handelsabkommen und wirtschaftliche Ungleichheit gegenüber den reichen Staaten führt dazu, dass die Akzeptanz von Extraktivismus und Externalisierung in ärmeren Staaten praktisch erzwungen werden kann (Faber 2008; Carmin/Agyeman 2011). Hier ermöglicht EJ durch transnationale Bündnisse, Kooperationen zwischen Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen sowie neue multi-skalare räumliche Me-

thoden Austausch, Forschung und Sichtbarkeit (Walker 2009). EJ-Bewegungen machen sich Globalisierung aber auch zunutze: Lokale Widerstandsbewegungen gegen Extraktivismus und Externalisierung beginnen sich international zu vernetzen und dadurch sowohl voneinander zu lernen als auch sichtbarer zu werden. Der EJ-Atlas (Temper et al. 2022) bietet einen digitalen Raum für diese Bündnisse und verstärkt Aufmerksamkeit auf die ungeheure Menge an Umweltkonflikten.

Knowing Environmental Justice – Wissen und Epistemologien

EJ und wissenschaftliche → Wissensproduktion sind in einem Spannungsfeld miteinander verbunden: Einerseits ist Letztere enorm wichtig, um EJ-Themen sichtbar zu machen, empirisch zu belegen und damit politisch zu intervenieren. Andererseits werden von behördlicher Seite verlangte wissenschaftliche Methoden auch gegen EJ-Communities eingesetzt, wenn z.B. Betroffene die Kausalität zwischen einem Toxin und einer Erkrankung zweifelsfrei nachweisen müssen, bevor die*der Verursacher*in Verantwortung übernimmt; oder durch ›statistisch akzeptable Risiken‹, ohne dass kumulative Effekte multipler Belastungen einbezogen oder überhaupt erforscht sind. EJ hat hier enorm zur Entwicklung von *Citizen Science* beigetragen, durch die Validierung verschiedener Arten von gemeinschaftsbasierten Wissen (*Community-based Knowledge*) und der Entwicklung vielfältiger Methoden zu seiner Erhebung (Holifield et al. 2017). Ein nicht zu unterschätzender Effekt ist → Empowerment der EJ-Communities durch Prozesse der Wissensgenerierung. EJ erkundet epistemologische Gerechtigkeit (*Epistemological Justice*) im Kontext von Machtverhältnissen bezüglich Wissensproduktion- und Validierung und fragt: wessen und welche Art Wissen zählt, und inwieweit werden die betroffenen Communities durch diese Normen benachteiligt oder empowered? Wie können andere Epistemologien auch andere, sozial wie ökologisch gerechtere, Mensch-Naturverhältnisse vorstell- und lebbar machen? Durch kritische Fragen an epistemologische Gerechtigkeit, Wissensproduktion und Methodenrepertoire erweitert EJ den Blick für die Möglichkeiten und Bedingungen dessen, was gedacht werden kann und wie relevant der Erhalt vielfältiger Wissensweisen und ihre Beiträge zu Mensch-Naturverhältnissen heute sind.

Kritische Betrachtung – Anthropozentrismus versus Ökologische Gerechtigkeit

EJ wurde immer wieder als anthropozentrisch kritisiert. In der gegenwärtigen Debatte um Ökologische Gerechtigkeit (*Ecological Justice*) kommt dies wieder auf. Dass manche (US)EJ-Strömungen der Integration von Ökologischer Gerechtigkeit in EJ eher ablehnend gegenüberstehen, ist verständlich auf Grund der Erfahrungen mit naturfokussierten Umweltschutz-Ansätzen, in denen Umweltrassismus bis heute ein blinder Fleck ist. Es geht hier jedoch nicht um ein *Othering* von Natur (→ Post- und Dekoloniale Politische Ökologie), sondern um zwei konkrete Bedenken: Der erste Vorbehalt betrifft die historische Entmenschlichung von *BIPoC* im Kontext von Kolonisierung und Sklaverei – die diesbezügliche Ignoranz in dominanten Diskurs/Bewegungsräumen macht es problematisch, wenn neben *›race‹/ethnicity* nun ›Natur‹ (und auch Tierrechte) in eine Ebene gesetzt werden. Der Zweite richtet sich gegen eine mögliche Vereinnahmung von

EJ durch Nachhaltigkeitsdiskurse und -organisationen: Diese müssen sich heute zwar diverser aufstellen, das heißt jedoch keineswegs, dass sich Framing, Ziele und Organisationskultur ebenfalls ändern. Bei der Priorisierung des sozialen Gerechtigkeitsfokus geht es also auch um den Erhalt von Ressourcen und Räumen, die einen selbstbestimmten und expliziten Einsatz für EJ unter der Führung von *BIPoC* ermöglichen. Gleichzeitig wird Ökologische Gerechtigkeit, inklusive substantiver Rechte für Natur(einheiten), bereits seit längerem von anderen Strömungen der EJ als Teil ihres Gerechtigkeitsverständnisses vertreten. Besonders Bewegungen für Indigene Rechte haben hier eigene Perspektiven integrativer Mensch-Naturverhältnisse dargelegt (Coolsaet/Bullard 2021). Auch im akademischen EJ-Diskurs werden diesbezüglich Theorien entwickelt (Schlosberg 2009; Agyeman et al. 2016; Pellow 2017). Ökologische Gerechtigkeit ist also durchaus Teil des EJ-Ansatzes. Gerade diese Schnittstelle muss jedoch kontextsensibel und -spezifisch ausgearbeitet werden. Wo Natur/Ökologische Gerechtigkeit im Vordergrund steht, sollte ein intersektionales Gerechtigkeitsverständnis mitgedacht und praktiziert werden, um Koalitionen mit Environmental Justice-Bewegungen möglich zu machen.

Fazit und Ausblick

Vor etwa 40 Jahren entstand eine Bewegung, die bis heute weltweit lebendig, vielfältig und wirkmächtig ist. In Bewegungen für Klimagerechtigkeit zeigt sich EJ als prägende Kraft in der Gegenwart: transnationale Koalitionen von vielfältigen Akteuren, die Gerechtigkeit in gesellschaftlichen Naturverhältnissen priorisieren, räumliche wie zeitliche Externalisierung ablehnen und Mitbestimmung auf jeder Ebene von Gerechtigkeit einfordern – von Anerkennung über echte Beteiligung, gerechte Verteilung bis hin zu Fähigkeiten (*Capabilities*). Ihre Visionen von *Just Sustainabilities* eröffnen Perspektiven für eine radikale Rekonstruktion des polit-ökonomischen Systems, um die bisher inhärente Abwertung und Ausbeutung von Natur und von bestimmten Menschen(gruppen) zu beenden. Auch der Beitrag von EJ zu Wissensproduktion ist für die Bewältigung der multiplen Krisen unserer Zeit nicht zu unterschätzen. Von den ersten wissenschaftlichen Analysen des Umweltrassismus bis zur heutigen Anwendung von EJ in verschiedenen Themen, Skalen und Ländern haben sich EJ-Theorien und Methoden zu einer großen Bandbreite an ›Handwerkszeug‹ entwickelt. Dieses ermöglicht die intersektionale und multidimensionale Analyse von sozial-ökologischer Gerechtigkeit – und die Entwicklung von konkreten Pfaden zur Veränderung: in Denken und Forschung, Politikgestaltung und Recht, sozialen Bewegungen und Alltagspraxen. Damit trägt EJ bei zu den Sichtweisen der Politischen Ökologie auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse als konstitutiv für → gesellschaftliche Naturverhältnisse. Als pluralistisches Framework, das Beteiligte seit Jahrzehnten immer neu adaptieren, schärfen und erweitern, wird Environmental Justice auch weiterhin zu kritischer Paradigmenanalyse und gesellschaftlichem Gestaltungswillen, die auch die Politische Ökologie auszeichnen, beitragen.

Literaturverzeichnis

Agyeman, Julian (2005): Sustainable Communities and the Challenge of Environmental Justice, New York: New York University Press.

Agyeman, Julian/Bullard, Robert D./Evans, Bob (Hg.) (2003): Just Sustainabilities. Development in an Unequal World, Cambridge/London: The MIT Press.

Agyeman, Julian/Schlosberg, David/Craven, Luke/Matthews, Caitlin (2016): »Trends and Directions in Environmental Justice. From Inequity to Everyday Life, Community, and Just Sustainabilities«, in: Annual Review of Environment and Resources, 41. Jg., Nr. 1, S. 321-340.

Anguelovski, Isabelle (2013): »New Directions in Urban Environmental Justice. Rebuilding Community, Addressing Trauma, and Remaking Place«, in: Journal of Planning Education and Research, 33. Jg., Nr. 2, S. 160-175.

Baumgart, Sabine/Köckler, Heike/Ritzinger, Anne/Rüdiger, Andrea (Hg.) (2018): »Planung für gesundheitsfördernde«, http://hdl.handle.net/10419/180016 (Zugriff: 13.12.2021).

Bolte, Gabriele/Bunge, Christiane/Hornberg, Claudia/Köckler, Heike (2018): »Umweltgerechtigkeit als Ansatz zur Verringerung sozialer Ungleichheiten bei Umwelt und Gesundheit, in: Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz 61, Nr. 6, S. 674-683.

Bullard, Robert D. (1993): Anatomy of Environmental Racism and the Environmental Justice Movement, in: Bullard, Robert D. (Hg.) (1993): Confronting environmental racism. Voices from the grassroots, Boston: South End Press, S. 15-40.

Bullard, Robert D. (Hg.) (2005): The Quest for Environmental Justice. Human rights and the politics of pollution, San Francisco: Sierra Club Books.

Bullard, Robert D./Mohai, Paul/Saha, Robin/Wright, Beverly (2008): »Toxic wastes and race at twenty. Why race still matters after all of these years«, in: Environmental Law, 38. Jg., Nr. 2, S. 371-411.

Bullard, Robert D./Wright, Beverly (Hg.) (2009): Race, place, and environmental justice after Hurricane Katrina. Struggles to reclaim, rebuild, and revitalize New Orleans and the Gulf Coast, Boulder: Westview Press.

Camacho, David E. (Hg.) (1998): Environmental Injustices, Political Struggles. Race, Class and the Environment, Durham/London: Duke University Press.

Carmin, JoAnn/Agyeman, Julian (Hg.) (2011): Environmental Inequalities Beyond Borders. Local Perspectives on Global Injustices, Cambridge/London: The MIT Press.

Chavis, Benjamin/Lee, Charles (1987): Toxic Wastes and Race in the United States. A National Report on the Racial and Socio-Economic Characteristics of Communities with Hazardous Waste Sites, New York: United Church of Christ Commission for Racial Justice.

Coolsaet, Brendan/Bullard, Robert D. (Hg.) (2021): Environmental Justice. Key issues, London/New York: Routledge/Taylor & Francis Group.

Faber, Daniel (2008): Capitalizing on Environmental Injustice. The Polluter-Industrial Complex in the Age of Globalization, Lanham: Rowman & Littlefield.

Fraser, Nancy (2000): »Rethinking recognition«, in: New left review, Nr. 3, S. 107.

Gottlieb, Robert/Joshi, Anupama (2010): Food Justice, Cambridge: The MIT Press.

Gottschlich, Daniela (2017): Kommende Nachhaltigkeit. Nachhaltige Entwicklung aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive, Wiesbaden: Nomos Verlag.

Gottschlich, Daniela/Bellina, Leonie (2017): »Environmental justice and care. Critical emancipatory contributions to sustainability discourse«, in: Agriculture and Human Values, 34. Jg., Nr. 4, S. 941-953.

Guha, Ramachandra (2000): Environmentalism. A global history, New York: Pearson.

Hens, Luc/Nath, Bhaskar (2005): The World Summit on Sustainable Development. The Johannesburg Conference, Dordrecht: Springer.

Holifield, Ryan/Chakraborty, Jayajit/Walker, Gordon (2017): The Routledge Handbook of Environmental Justice, London: Routledge.

Holifield, Ryan/Porter, Michael/Walker, Gordon (2009): »Spaces of Environmental Justice: Frameworks for Critical Engagement«, in: Antipode 41. Jg., Nr. 4, S. 591-612.

Holt-Giménez, Eric (Hg.) (2011): Food movements unite! Strategies to transform our food system, New York: Food First Books.

Hornberg, Claudia/Pauli, Andrea (2008): Umweltgerechtigkeit – die soziale Verteilung der gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen. Dokumentation der Fachtagung vom 27. bis 28. Oktober 2008 in Berlin, Bielefeld.

MacGregor, Sherilyn (2021): »Gender matters in environmental justice«, in: Brendan Coolsaet/Robert D. Bullard (Hg.): Environmental justice. Key issues, London/New York: Routledge Taylor & Francis Group, S. 234-248.

Malin, Stephanie A./Ryder, Stacia S. (2018): »Developing deeply intersectional environmental justice scholarship«, in: Environmental Sociology, 4. Jg., Nr. 1, S. 1-7.

Martínez-Alier, Joan (1995): »The environment as a luxury good or ›too poor to be green‹?«, in: Ecological Economics, 13. Jg., Nr. 1, S. 1-10.

Martínez-Alier, Joan (2014): »The environmentalism of the poor«, in: Geoforum, 54. Jg., S. 239-241.

Nixon, Robert (2011): Slow Violence and the Environmentalism of the Poor, Cambridge: Harvard University Press.

Nussbaum, Martha Craven (2011): Creating capabilities. The human development approach. Cambridge, Massachusetts, London, England: The Belknap Press of Harvard University Press.

Pellow, David Naguib (2017): What is Critical Environmental Justice?, Oxford: John Wiley & Sons Ltd.

Pellow, David Naguib/Brulle, Robert J. (Hg.) (2005): Power, Justice, and the Environment. A Critical Appraisal of the Environmental Justice Movement, Cambridge: The MIT Press.

Rawls, John (2020): Eine Theorie der Gerechtigkeit, 22. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Schlosberg, David (2009): Defining Environmental Justice. Theories, Movements, and Nature, Oxford: Oxford University Press.

Schultz, Julia (2009): Umwelt und Gerechtigkeit in Deutschland. Ein Beitrag zu einer Systematisierung und ethischen Fundierung, Marburg: Metropolis.

Sen, Amartya (2017): Die Idee der Gerechtigkeit, München: dtv.

Stein, Rachel (Hg.) (2004): New Perspectives on Environmental Justice. Gender, Sexuality, and Activism, New Brunswick: Rutgers University Press.

Sze, Julie/London, Jonathan K. (2008): »Environmental Justice at the Crossroads«, in: Sociology Compass, 2. Jg., Nr. 4, S. 1331-1354.

Taylor, Dorceta E. (2000): »The Rise of the Environmental Justice Paradigm«, in: American Behavioral Scientist, 43. Jg., Nr. 4, S. 508-580.

Temper, Leah/Martínez Alier, Joan/DelBene, Daniela (2022): »The Global Atlas of Environmental Justice«, https://ejatlas.org/ (Zugriff: 07.03.2022).
UCC (2021): »First National People of Color Leadership Summit«, https://www.ucc.org/30th-anniversary-the-first-national-people-of-color-environmental-leadership-summit/ (Zugriff: 10.03.2022).
Walker, Gordon (2009): »Beyond Distribution and Proximity. Exploring the Multiple Spatialities of Environmental Justice«, in: Antipode, 41. Jg., Nr. 4, S. 614-636.
Weizsäcker, Ernst U. von/Seiler-Hausmann, Jan-Dirk (Hg.) (2013): Ökoeffizienz. Management der Zukunft, Basel: Springer.
Westra, Laura (2009): Environmental Justice and the Rights of Ecological Refugees, London/New York: Routledge/Taylor & Francis Group.

Post- und Dekoloniale Politische Ökologie

Tobias Schmitt und Franziska Müller

> »Es ist leicht, die Wahrheit mit einem einfachen sprachlichen Trick zu verschleiern: Beginnen Sie Ihre Geschichte mit ›zweitens‹[…]. Beginnen Sie Ihre Geschichte mit ›zweitens‹, und die Welt wird auf den Kopf gestellt. Beginnen Sie Ihre Geschichte mit ›zweitens‹, und die Pfeile der nordamerikanischen Ureinwohner sind die ursprünglichen Verbrecher und die Gewehre der Weißen sind die Opfer. Es genügt, mit ›zweitens‹ zu beginnen, damit die Wut des Schwarzen Mannes gegen den weißen [Mann] barbarisch ist« (Barghouthi 2001, eigene Übersetzung).

Die verschiedenen Ansätze der Politischen Ökologie sind besonders gut dafür geeignet, um dichotome Verständnisse von Mensch-Natur-Verhältnissen zu überwinden. Ihnen gelingt es dabei, sowohl die diskursiv-symbolischen als auch die materiellen Dimensionen von → gesellschaftlichen Naturverhältnissen in den Blick zu nehmen und die darin eingeschriebenen → Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu benennen. Doch trotz eines solch explizit herrschaftskritischen Anspruches weisen politisch-ökologische Ansätze in Bezug auf historische Strukturierungen, aber auch hinsichtlich der eigenen Verortung und der Reflexion von unausgesprochenen zugrundeliegenden Annahmen oftmals Schwachstellen und blinde Flecken auf.

So muss sich auch die Politische Ökologie die Frage gefallen lassen, ob sie nicht auch manche Erzählungen mit ›zweitens‹ beginnt. Dies äußert sich beispielsweise darin, konkrete Umweltkonflikte entlang ihrer Akteurskonstellationen, Praktiken, Machtstrukturen und polit-ökonomischen Verhältnisse zu analysieren, ohne dabei explizit nach den historischen Voraussetzungen und den kolonialen Echos der Ungleichheit zu fragen. ›Mit zweitens anzufangen‹ heißt auch, die gegenwärtige ökologische Krise als Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu rahmen, ohne sie jedoch auch als Krise moderner, westlicher Wissenssysteme (Escobar 2008: 8) zu verstehen. ›Mit zweitens anzufangen‹ heißt auch, unreflektiert von einem männlichen, *weißen*, europäischen Subjekt als Norm auszugehen und dadurch bestimmte Formen von struktureller Gewalt und Rassismus gar nicht erst wahrnehmen zu können (Sultana 2021: 156). ›Mit zweitens anzufangen‹ kann letztendlich auch heißen, von → ›Natur‹ und ›Ökologie‹ zu sprechen, ohne dies als spezifisch westliche Sichtweisen zu verorten und die eigene → Positionalität darin zu benennen.

Diese Schlaglichter zeigen, wie wichtig die Rahmung von politisch-ökologischen → Konflikten und die Reflexion der eigenen Annahmen und Positionierung sind. So sind wir, die Autor*innen dieses Beitrags, als Teil einer *weißen* Mehrheitsgesellschaft

und als Mitglieder einer Universität in Machtverhältnisse eingebunden, von denen wir profitieren und die auf koloniale Verhältnisse zurückverweisen – nicht zuletzt auch auf die koloniale Vergangenheit der Universität Hamburg. Somit setzen wir uns aus einer *weißen* Perspektive mit post- und dekolonialen Ansätzen auseinander, reflektieren eigene Privilegien, aber auch Diskriminierungserfahrungen und versuchen Wege zu ergründen, wie dekoloniale Theorien und Praktiken aussehen können. Unserer Meinung nach muss auch die Politische Ökologie hinsichtlich ihrer Funktion innerhalb der Geopolitik der → Wissensproduktion (Grosfoguel 2007: 214) kritisch hinterfragt werden. Gleichzeitig besteht dabei jedoch auch ein großes Potential, mit Hilfe post- und dekolonialer Theorien politisch-ökologische Analysen zu schärfen und zu erweitern.

Post- und dekoloniale Perspektiven auf Politische Ökologie

Post- und dekoloniale Ansätze unterscheiden sich auf Grund ihres räumlichen Kontextes (Südostasien, Lateinamerika, Subsahara-Afrika), ihrer Bezugnahmen (auf akademische Debatten, auf Indigene[1] und soziale Bewegungen) und der theoretischen Konzepte zum Teil stark voneinander (McEwan 2019: 90ff.). Trotzdem wollen wir in diesem Beitrag beide Ansätze für eine Post- und Dekoloniale Politische Ökologie fruchtbar machen.

Das Präfix ›post‹ zielt weder auf eine zeitliche Abgeschlossenheit kolonialer Strukturen, noch auf eine bestimmte räumliche Festschreibung. Vielmehr wird der Fokus auf Prozesse, Strukturen und Vorstellungen gelegt, die ihren Ursprung in der europäischen Kolonialisierung haben und bis heute in ehemalig kolonialisierten und kolonialisierenden Ländern wirkmächtig sind (Castro Varela/Dhawan 2015). Prominente Ansätze postkolonialer Theorien beziehen sich etwa auf die Konstruktion von Andersartigkeit (*Othering*) und die Herstellung binärer Oppositionen innerhalb einer hierarchisch angelegten Ordnung (Said 1978), auf die Dekonstruktion kolonialer Diskurse (Castro Varela/Dhawan 2015: 170ff.) sowie auf die Repräsentation und den Ausschluss subalterner Stimmen (Spivak 2008).

Im Zentrum dekolonialer Theorien steht das Konzept eines bis heute wirkmächtigen kolonialen Machtmusters, über das die Kolonialität der Macht, des Wissens und des Seins geregelt und reproduziert werden (Quijano 2000; Lugones 2016; Ndlovu-Gatsheni 2018).

Post- und dekoloniale Ansätze haben sich, über die Frage der Ressourcenausbeutung in den ehemaligen Kolonien hinaus, relativ wenig explizit mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen beschäftigt (DeLoughrey 2014: 321). Gründe dafür liegen nach McEwan (2021: 82f.) darin, dass ihr zentraler Bezugsrahmen – → Emanzipation, → Widerstand und Abolitionismus – anthropozentrisch überformt ist, und die Verschrän-

1 Wenn hier von Indigenen Gemeinschaften oder Indigenem Wissen die Rede ist, dann ist damit nicht eine spezifische Gruppe, eine bestimmte Lebensform oder Kosmologie gemeint. Vielmehr bezeichnet ›Indigen‹ eine bestimmte Position innerhalb postkolonialer Machtverhältnisse, die mit spezifischen historischen Erfahrungen und Marginalisierungen verbunden ist. Dabei bleibt der Begriff eine Selbstbezeichnung, die kontingent und umkämpft ist, in verschiedenen Kontexten ganz unterschiedlich konnotiert und verwendet und auch von vielen Gemeinschaften auf Grund von Zu- und Festschreibungen abgelehnt wird (Schmitt/Neuburger 2021). Analog zu dem Begriff ›Schwarz‹ schreiben wir den Begriff ›Indigen‹ als gesellschaftliche Position groß.

kungen kolonialer Herrschaft über Menschen und Natur nicht immer explizit gemacht wurden. Eine in den letzten Jahren zunehmende Fokusverschiebung hin zu settlerkolonialen Analysen legt aber zahlreiche Anknüpfungspunkte offen, entlang derer sich Themenfelder für eine Post- und Dekoloniale Politische Ökologie markieren lassen.

Dabei geht es unter anderem um

- eine *systematische Einordnung* der aktuellen gesellschaftlichen Naturverhältnisse in die historisch entstandenen, kolonialen Strukturen und die Sichtbarmachung der nach wie vor existierenden Verschränkungen kapitalistischer Aneignung, Ausbeutung und Inwertsetzung von Natur mit (post)kolonialen Verhältnissen. Zentrale Themen der Politischen Ökologie, wie beispielsweise → Land Grabbing oder → Extraktivismus, müssen somit immer auch die historischen Voraussetzungen und Kontinuitäten von Plantagenökonomien mit einbeziehen, die auf kolonialer Expansion, Versklavung von Menschen und der Ausbeutung von nicht-menschlicher Natur beruhen und eine der Grundlagen für die Herausbildung der europäischen Industrialisierung darstellten (Moore 2015; Ferdinand 2019; Murphy/Schroering 2020).
- die Einbeziehung der kolonialen Ursachen bei der Analyse von *globalen Krisen* wie dem *Klimawandel*, etwa mit Blick auf die kolonialen Hintergründe für die ungleiche Verteilung von Verantwortung, Auswirkung und Entscheidungsmacht und für die Aufrechterhaltung postkolonialer Ausbeutungsverhältnisse bei der Bearbeitung der Krise (»carbon colonialism« (Bachram 2004)). Darüber hinaus gilt es, Ansätze wie den ›*Red Deal*‹, der die Bekämpfung des Klimawandels radikal mit Kapitalismuskritik und Dekolonialisierung verbindet, aktiv einzubeziehen (The Red Nation 2021).
- die besondere *Bedeutung von → Körpern, Land und konkreten Orten* für eine Dekolonialisierung der Mensch-Natur-Verhältnisse (Naylor et al. 2018), die *Rückgabe von Land* als zentraler Aspekt von Dekolonialisierungsprozessen und die Anerkennung und Ermöglichung von Beziehungen zu Land, die über ein einseitiges Verständnis von Land als Objekt, Eigentum und Ressource hinaus gehen (Tuck/Yang 2012; Larsen/Johnson 2017).
- die *Beschäftigung mit Umweltrassismus*, durch den BIPoC[2] überproportional von den negativen Auswirkungen der Naturaneignung (giftige Mülldeponien, kontaminiertes Wasser, sog. Naturkatastrophen wie dem Hurrikan Katrina etc.) betroffen und von umweltrelevanten Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind (Bullard 1993), die Auseinandersetzung mit »racial capitalism« (Robinson 2000 [1983]: 9ff.), durch den auch die Aneignung von Natur in rassialisierter Weise erfolgt (Pulido 2016) und die Herausarbeitung einer *abolition ecology* zur Dekonstruktion der Logik *weißen* Vorherrschaftsdenkens und zur Überwindung von Mensch-Natur-Verhältnissen, die durch Kolonialismus und *racial capitalism* geprägt sind (Heynen/Ybarra 2021).
- die Herausarbeitung der *Geographien der Gewalt* und ihre kolonial-rassistische Prägung. Auch die Auswirkungen von Umweltzerstörung, die über einen längeren Zeitraum und auf spezifische Räume verteilt (*slow violence*; Nixon 2011) und somit nicht unmittelbar sichtbar sind (*silent violence*; Watts 2013), bzw. gesellschaftlich nicht anerkannt werden (*epistemic violence*; Spivak 2008), müssen benannt und in die Analyse aufgenommen werden.

2 Black, Indigenous, People of Colour

- Die Benennung von *Widerstandsstrukturen* und das Aufzeigen *dekolonialer Praktiken* (Peluso 1992; Pye 2005), die Sichtbarmachung marginalisierter Erfahrungen und Sichtweisen und die Anerkennung Indigener und Schwarzer Konzepte und Theorie (Pulido/De Lara 2018).

Neben den Anforderungen, die sich aus den Ansätzen der post- und dekolonialen Theorien für Analysen von politisch-ökologischen Krisen und Konflikten ergeben, fokussieren wir im Weiteren auf koloniale Vorstellungen, Narrative und Imaginationen, die bei der Aneignung von Natur und der Entstehung von gesellschaftlichen Naturverhältnissen und deren Legitimation eine zentrale Rolle spielten und bis heute oftmals unbemerkt spielen. Darüber hinaus fragen wir nach der Kolonialität von Wissen und nach dem eurozentrischen Gehalt der (eigenen) Wissensproduktion. Was Dekolonisierung in der Politischen Ökologie bedeutet, erläutern wir ausführlich im Beitrag zu→ Dekolonialität.

Das *Othering* von Natur

Die Integration von post- und dekolonialen Theorien in Ansätzen der Politischen Ökologie ermöglicht es, die tiefe Verwurzelung von Konzepten und theoretischen Ansätzen in ein nach wie vor wirkmächtiges koloniales Machtgefüge zu erfassen und die eigene Analyse zu schärfen. Dabei kann die cartesianische Trennung zwischen Leib und Seele sowie zwischen Geist und Natur als grundlegendes strukturierendes Prinzip westlicher Naturverhältnisse und als Grundlage für die Aneignung, Inwertsetzung und Ausbeutung von Natur entlang kolonialer Expansion verstanden werden. Anhand des von Edward Said (1978) entwickelten Konzepts des *Otherings* kann auch ein *Othering* von Natur in postkoloniale Kontexte eingebettet werden. Dabei wird Natur als das radikal ›Andere‹ konzeptionalisiert, aus der menschlichen Sphäre ausgeschlossen und ihr jegliche Handlungsmacht abgesprochen, sie als homogenes, passives und zu unterwerfendes Objekt konzeptionalisiert, das lediglich in Bezug auf den Menschen und deren Bedürfnisse eine Bedeutung erhält. Eine solche Ent-Wertung der nicht-menschlichen Natur kann als Grundlage und Legitimation für die fast grenzenlose Aneignung, Ausbeutung und Plünderung von Natur seit der Kolonialzeit verstanden werden (Plumwood 2003: 55ff.). Gleichzeitig können mit dem Konzept des *Othering* auch Prozesse der Herstellung des Eigenen in den Blick genommen werden. Indem Natur lediglich als Kulisse für menschliches Handeln und als zu nutzende Ressource, gleichzeitig aber auch als wild, unberührt und unzivilisiert imaginiert wird, wird das europäische Subjekt zum rational denkenden und handelnden Eroberer erhoben, dessen Bestimmung es geradezu ist, die Natur zu zähmen, zu beherrschen und zu kontrollieren (Adams/Mulligan 2003: 5).

Mit der Kritik an binär hierarchisierten Oppositionen (wie etwa Subjekt/Objekt, Geist/Körper, Kultur/Natur, zivilisiert/wild usw.) lenken postkoloniale Studien den Blick auch auf die Verbindungen zwischen den einzelnen Kategorien. Somit kann nicht nur danach gefragt werden, *wie* Natur als das Andere hergestellt wird, sondern auch *was* als Natur konstruiert wird. In diesem Sinne kann gezeigt werden, dass – indem die außereuropäische Natur als wild, exotisch, unzivilisiert, ungenutzt, unberührt und menschenleer (*terra nullis*) imaginiert wird, um eine Besitznahme der Territorien zu legitimieren – die dort lebenden Menschen gleichsam als unzivilisiert, wild, pri-

mitiv, animalisch und letztendlich der Natur zugehörig konstruiert werden (Adams/Mulligan 2003: 4f.; Huggan/Tiffin 2007: 5f.)[3]. Ein solcher Diskurs diente (und dient) der Rechtfertigung von Ausbeutung, Versklavung bis hin zum Genozid Indigener Gemeinschaften und wurde sowohl von kirchlichen als auch von staatlichen Institutionen in Gesetzen und Verordnungen festgeschrieben. Ein besonders eindrückliches Beispiel ist der *Australian Flora and Fauna Act*, der die Indigenen Gemeinschaften Australiens per Gesetz der Fauna zuschrieb, was erst 1967 – nach einem Referendum, bei dem lediglich die *weiße* Mehrheitsgesellschaft teilnehmen konnte – aus dem Gesetz gestrichen wurde (DeLoughrey/Handley 2011: 12). Wenn auch heute noch – auch in einem vermeintlich wohlwollenden Diskurs – vom ›edlen Wilden‹ die Rede ist, wenn Indigene Gemeinschaften als genuin naturverbunden oder als ›Hüter des Waldes‹ bezeichnet werden oder wenn sie, ähnlich wie bedrohte Arten, geschützt werden sollen, werden sie in Form eines exotisierenden Rassismus aus der Moderne ausgeschlossen und ihnen wird die Handlungsmacht als gleichwertige Akteure abgesprochen (Larsen/Johnson 2017: 40; Schmitt/Neuburger 2022).

Grüner Kolonialismus

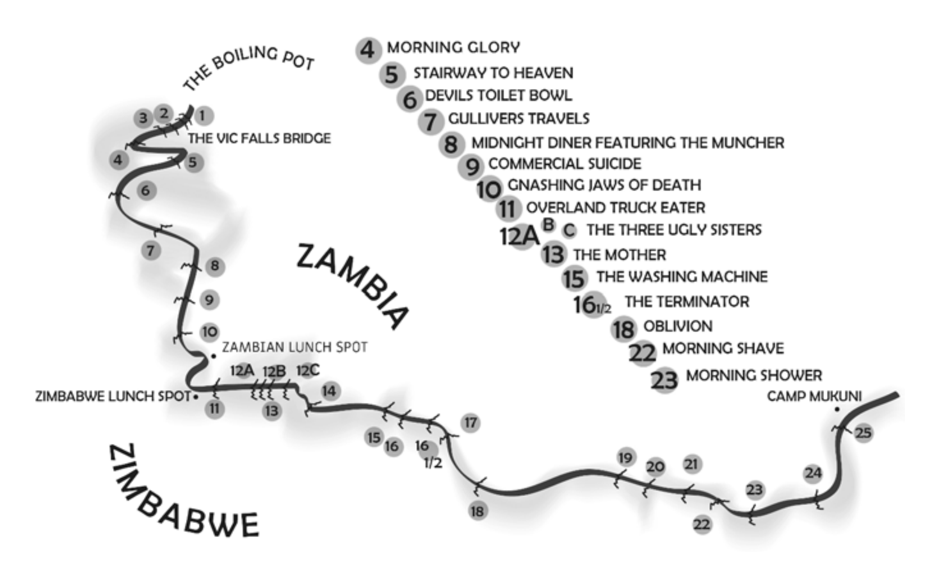
Der Mehrwert einer Post- und Dekolonialen Politischen Ökologie zeigt sich beispielsweise auch an den teilweise gewaltsam ausgetragenen Konflikten um Naturschutzgebiete. Auseinandersetzungen um verschiedene Schutzkonzepte, um die Vertreibungen lokaler Bevölkerung zum Schutz von Regenwäldern (›Lunge der Erde‹) und exotischen Tieren (›*The Big Five*‹), die Militarisierung des Naturschutzes (Grünewald 2020) zur Verhinderung von Wilderei, dem Abholzen der Wälder und der Degradierung ganzer Landschaften müssen immer auch innerhalb postkolonialer Strukturen gerahmt werden. Die sehnsuchtsvollen und nach wie vor wirkmächtigen Vorstellungen eines ›Garten Edens‹, einer wilden und unberührten Natur und eines ökologischen Gleichgewichtes lassen keinen Platz für ein Verständnis davon, dass diese Territorien seit Generationen bewohnt wurden und sie letztendlich das Produkt jahrhundertelanger Praktiken der Nutzung, Züchtung, des Feuerlegens und Gärtnerns sind (Adams 2003: 35; vgl. auch Solnit 2014: 304). Mit der Entstehung von Nationalparks und Wildtierreservaten zum Schutz imaginativer Landschaften und Jagdrevieren wurden und werden diejenigen, die zur Entstehung und Erhaltung einzigartiger Ökosysteme beigetragen haben, auf Grund von Tätigkeiten wie Wilderei, Holzeinschlag oder Brandrodung zu Kriminellen erklärt (Duffy 2014; Grünewald 2020: 702). Das Engagement westlicher Staaten und großer Umwelt-Nichtregierungsorganisationen im Namen der Natur oder der Menschheit Nationalparks einzurichten als »große Naturschutz-Lüge« (Mbaria/Ogada 2017, eigene Übersetzung) zu bezeichnen, kann nur dann nachvollzogen werden, wenn die Analyse nicht bei ›zweitens‹ anfängt, sondern die historischen Verantwortlichkeiten und Ausschlussmechanismen mit in den Blick genommen werden.

3 Um die angebliche Wildheit und Unzivilisiertheit der *terra nullius* noch zu unterstreichen, wurden auf zeitgenössischen Landkarten bevorzugt Löwen oder Drachen eingezeichnet, und mit »*hic sunt leone*»› bzw. »*here be dragons*« auf die dort drohenden Gefahren für weiße ›Entdecker‹ hingewiesen.

Kolonialität des Wissens

Das *Othering* von Natur fand und findet dabei immer auch über akademische Wissensproduktion statt. Die Beschreibung, Klassifizierung, Taxonomisierung, Kartierung und (Um)Benennung von Pflanzen und Orten waren und sind zentrale Praktiken der Ausübung kolonialer Herrschaft, mit denen eine ›geanderte‹ Natur gezähmt, angeeignet und in die bestehenden Kategorien und Sprachen europäischer Wissenssysteme überführt wird. Die vorgefundene Diversität der nicht-menschlichen Natur wurde über Taxonomien, wie vor allem die des Botanikers Carl von Linné, in binäre, gegenderte und rassialisierte Hierarchien gepresst und über die europäischen Institutionen der Wissensproduktion universalisiert (DeLoughrey 2014: 324). Dabei wurde auch lokales, Indigenes Wissen angeeignet, im Prozess der Integration in den Kanon der westlichen Wissenschaft aber entwertet und unsichtbar gemacht. Beispielsweise wurden Pflanzen, Berge, Flüsse und Landschaften nach europäischen Orten und Personen oder hinsichtlich der Vorstellung ihrer Nutzung neu benannt und dabei Bezeichnungen ersetzt, die ein spezifisches Wissen über bestimmte Orte ausdrückten, die Natur als Subjekt mit Handlungsmacht repräsentierten oder einen dialogischen Charakter zwischen menschlicher und nicht-menschlicher Natur aufwiesen (Plumwood 2003: 67ff.). Ein prägnantes Beispiel ist die Umbenennung der Wasserfälle und Stromschnellen am touristisch genutzten Teil des Sambesi in Livingstone. Die traditionellen, oft spirituellen Bezeichnungen sind im Zuge touristischer Erschließung seit den späten 1980er Jahren allesamt durch gefährlich klingende englische Bezeichnungen ersetzt worden, wodurch Macht über den Raum ausgeübt wird und er touristisch zugerichtet werden kann (S. Abb. 1).

Abb. 1: Karte der Stromschnellen für das Wildwasser-Rafting auf dem Sambesi Fluss



(Quelle: Zambezi Safari and Travel Company 2020).

Bis heute stellt die Aneignung von Natur über wissenschaftliche und westliche Wissensproduktion somit einen zentralen Mechanismus der Herrschaftsausübung dar. Wenn heute bestimmte Pflanzen und deren Wirkstoffe patentiert werden und ihre Nutzung exklusiv vermarktet wird, dabei Indigenes Wissen unsichtbar gemacht und Rechte und Profite in den Globalen Norden verfrachtet werden, manifestieren sich auch darin koloniale Praktiken der Herrschaft über Natur (vgl. Shiva 2016).

Das ›Wir‹ im Anthropozän

Paradigmen und Paradigmenwechsel sind stets Ausdruck hegemonial (bzw. brüchig) gewordener Vorstellungen darüber, wie die Welt beschaffen ist und wie wir Wissen über sie erlangen. Dies gilt auch für die neue große Erzählung eines menschengemachten Erdzeitalters – des Anthropozäns. Auch diese Krisenerzählung, ihre Begründungsfiguren sowie die damit verknüpften Universalisierungs- und Lösungsstrategien gilt es aus post- und dekolonialer Perspektive daraufhin zu befragen, wie in ihr Kämpfe um Deutungshoheit und Wahrheitsproduktion ausgetragen und welche – oft eurozentrischen – Diskurse über sie stabilisiert werden.

Dabei geht es nicht nur um die Kritik an der Unsichtbarmachung der kapitalistischen Akkumulationslogik durch das Narrativ einer allgemeinen Bedrohung der Menschheit (Moore 2016). Vielmehr wird durch die Anrufung der Menschheit als kollektiven, homogenen Akteur die 500-jährige Geschichte von Kolonialismus, Genozid und Versklavung aus der Erzählung ausgeschlossen und ausgelöscht. Darauf verweist der »Orbis Spike« (Lewis/Maslin 2015: 177). Er markiert den historischen Tiefpunkt der CO_2-Konzentration in der Erdatmosphäre im Jahre 1610, der durch den Genozid an der Indigenen Bevölkerung in beiden Amerikas bedingt ist. Die koloniale Eroberung der Amerikas brachte etwa 50 Millionen Menschen den Tod; dies hatte zur Folge, dass in weiten Teilen des Kontinents kaum mehr Landwirtschaft betrieben und entsprechend weniger CO_2 freigesetzt wurde, was sich bis heute geophysikalisch nachweisen lässt (ebd.). Der *Orbis Spike* verdeutlicht damit, wie eng im Konzept des Anthropozäns Kolonialität und Naturbeherrschung verbunden sind. Dekoloniale Perspektiven betonen daher, dass der Beginn des Anthropozäns auf Grund des geologischen Markers 1610 anzusiedeln sei (Davis/Todd 2017); Kyle Whyte argumentiert darüber hinaus aus Indigener Perspektive, dass die anthropozäne Zeitläufte eine epistemisch westliche sei, da Indigene Völker bereits im Zuge der settlerkolonialen Eroberung das Ende ihrer Weltordnung erlebt hätten (Whyte 2016).

Kathryn Yusoff bezeichnet die spezifische Sichtweise innerhalb der Anthropozändebatte in ihrem Buch »A billion black Anthropocenes or none« als »racial blindness« (Yusoff 2018: 3) des Anthropozäns, die jedoch eine bewusste Ausblendung darstellt, die die »bequemen Annahmen und Vorstellungen über den Planeten durchzieht« (ebd., eigene Übersetzung) und kommt zu dem Schluss, dass »Geologie nicht neutral« ist (ebd.: 102). In Anlehnung an Cedric Robinsons Konzept des »racial capitalism« (2000 [1983]) kritisiert auch Françoise Vergès das Konzept als dehistorisierend, universalisierend und eine spezifische Produktionsweise naturalisierend und schlägt den Begriff des »racial capitalocene« vor (Vergès 2017), um die Verschneidungen von kapitalistischer Ausbeutung, Kolonialismus und Rassismus als Ursachen für die globalen Krisen in den Blick nehmen zu können. Die Hinterfragung des Anthropozäns als *weiße* Erzählung, durch die koloniale Erfahrungen ausgeblendet und somit koloniale Kontinuitäten ermöglicht werden

und die Benennung der epistemischen Gewalt, die von solchen Konzepten ausgeht, stellt somit eine zentrale Herausforderung von post- und dekolonialen Ansätzen dar (Bauriedl 2022; McEwan 2021). Kyle Whyte entwirft daher das Konzept der »Indigenous Climate Change Studies«, welche Indigene Positionen in lokalen wie globalen Klimaschutzpolitiken zentrieren und an post-apokalyptischem Indigenen Wissen ansetzen (Whyte 2017), hierbei aber Kooptationspraxen zurückweisen (Chandler/Reid 2019; Müller 2020).

Fallstricke und Limitationen

Die Integration von post- und dekolonialen Ansätzen in die Politische Ökologie kann als Herausforderung verstanden werden, die Produktion von ungleichen (Mensch-Natur-)Verhältnissen immer auch vor dem Hintergrund von Kolonialismus und eines rassialisierten Kapitalismus zu begreifen und die Vielfältigkeit der Erzählungen und Erfahrungen in die Analyse zu integrieren. Wenn ›post- und dekolonial‹ jedoch lediglich zu angesagten Schlagwörtern einer sich als kritisch verstehenden Wissenschaft mutieren, ohne dass die *weiße* Vormachtstellung und *weiße* Privilegien angetastet und strukturelle Veränderungen angegangen werden, findet letztlich eine Aneignung von Wissen statt, bei der Indigenes Wissen zu einer Art Währung wird, durch die sich *weiße* Wissenschaftler*innen wieder ins Zentrum der Wissensproduktion rücken (Esson et al. 2017: 385). Dies haben Eve Tuck und K. Wayne Yang als eine Verschleierungstaktik »move to innocence« (Tuck/Yang 2012: 9) bezeichnet, bei dem sich diejenigen, die von kolonialen Strukturen nach wie vor profitieren, von Gefühlen wie Schuld und Komplizenschaft befreien können, ohne jedoch ihre eigenen Privilegien hinterfragen oder abgeben zu müssen. Die Wirkmächtigkeit postkolonialer Strukturen ernst zu nehmen und zu einer Dekolonialisierung auch der Politischen Ökologie beizutragen, sind zwar wichtige Schritte hin zu einer Weiterentwicklung des Ansatzes. Dennoch müssen wir uns dabei ständig fragen und fragen lassen, was die Erinnerung »Dekolonialisierung ist keine Metapher« (ebd.) für uns, unseren Kontext, unsere institutionelle Verortung und eigenen Privilegien bedeuten kann. Methodologisch bedeutet dies für uns, unsere Positionalitäten transparent zu machen und Formen partizipativen Forschens zu integrieren, etwa in Form von Partizipativer Aktionsforschung, Sichtbarmachung subalterner Stimmen, Solidarisierung mit Aktivist*innen – oder auch einfach einmal bewusst zu schweigen, um Plattformen nicht zu dominieren.

Epistemische Dekolonialisierung

Im Angesicht der globalen ökologischen Krise konstatiert Umeek, Gelehrter und Anführer der Nuu-chah-nuulth: »der Planet sieht sich einer Wahrnehmungskrise, einem Problem der Anerkennung und dem Verlust tragfähiger Erzählungen ausgesetzt« (Umeek, zit.n. Larsen/Johnson 2017: 201, eigene Übersetzung). Analog dazu lässt sich für die Politische Ökologie fragen, ob nicht auch sie in einer Krise der Wahrnehmung, der Anerkennung und der Erzählungen steckt. Ist die Politische Ökologie in der Lage, die historischen Machtverhältnisse, die den gesellschaftlichen Naturverhältnissen zugrunde liegen, adäquat wahrzunehmen, anzuerkennen und zu beschreiben? Um die tiefgreifende Krisen der Mensch-Natur-Beziehungen beschreiben und verstehen, wei-

tere Perspektiven mit einbeziehen und andere Zukünfte denken zu können, brauchen wir ein erweitertes Vokabular und multiepistemische Herangehensweisen (Singer 2019: 144ff.). Ein erster Schritt einer Dekolonialisierung der Politischen Ökologie besteht sicherlich darin, das selbstverständlich verwendete eurozentrische Wissenssystem als solches zu markieren, zu dezentralisieren und zu provinzialisieren (Chakrabarty 2000), um die vorherrschende ›epistemische Monokultur‹ (Mignolo 2012, zit.n. Pulido/De Lara 2018: 78) zu überwinden und die Vielfalt und den Reichtum unterschiedlichster Epistemologien zuzulassen. Eine epistemische Dekolonialisierung benötigt laut der Maori-Wissenschaftlerin Linda Tuhiwai Smith ein »kritischeres Verständnis der zugrunde liegenden Annahmen, Motivationen und Werte, die die Forschungspraxis prägen« (Smith 2012: 21, eigene Übersetzung). Post- und dekoloniale Theorien erinnern uns daran, danach zu fragen, welche Annahmen wir selbstverständlich benutzen, welche Narrative wir reproduzieren, welches Subjektverständnis wir als Norm setzen, wen wir wie repräsentieren und welche Macht- und Herrschaftsverhältnisse wir in den Blick nehmen – und wo unsere Forschung nach wie vor blinde Flecken aufweist. Gibt es etwa ein Problem der Wahrnehmung und Anerkennung davon, wie – auch in europäischen Kontexten – Rassismus tief in die gesellschaftlichen Naturverhältnisse eingeschrieben ist? Welche Rolle spielt ein *weißes* Überlegenheitsdenken (*white supremacy*) beispielsweise bei der Rahmung des Klimawandels als Problem für die gesamte Menschheit, das über technokratische Lösungen innerhalb der bestehenden Verhältnisse gelöst werden soll? Sind wir in der Lage, unsere eigene Kompliz*innenschaft bei der Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse zu reflektieren? Wie können wir es schaffen, bessere Verbündete im Kampf um soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit zu werden?

Fazit

Die Auseinandersetzung mit post- und dekolonialen Theorien ermöglicht der Politischen Ökologie, ihre Wissensproduktion und ihre Forschungspraxen zu reflektieren und andere, pluralere und engagiertere Forschungsstrategien zu entwerfen. Glücklicherweise gibt es keine einfachen Antworten dafür, wie eine Dekolonialisierung der eigenen Forschung und des eigenen Mindsets erreicht werden kann. Dekolonialisierung stellt kein zu erreichendes Ziel, sondern vielmehr einen ständigen Prozess dar (Naylor et al. 2018: 205), eine, oftmals auch ungemütliche und emotional herausfordernde, Aufgabe, die immer auch die Möglichkeit des Scheiterns beinhaltet (Singer 2019: 83ff.). Dabei bedarf es des → Verlernens des eigenen, tief verankerten westlichen Wissens und der kolonialen Logiken (Spivak 1990), um ein Zuhören und ein gegenseitiges Lernen zu ermöglichen und eine dem angemessene Wissenschaftssprache zu entwickeln. Nur dann eröffnen sich Möglichkeiten eines Dialoges mit Indigenem Wissen und Ansätzen Schwarzer Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen (Heynen/Ybarra 2021).

Dies ist nicht nur von entscheidender Bedeutung, um gemeinsam gegen die Zumutungen und Gewalt der herrschenden, neoliberal zugerichteten Naturverhältnisse vorzugehen, sondern auch, um ihnen Vorstellungen alternativer Zukünfte entgegen setzen zu können. Dies ist nicht nur eine schwierige Herausforderung, der wir uns auf Grund unserer Verantwortung stellen müssen, sondern kann auch zu einer sehr bereichernden Erfahrung werden, die auch den Blick auf uns selbst und unser Eingebundensein in eine mehr-als-menschliche Welt tiefgreifend verändern kann (Huggan 2004: 721).

Literatur

Adams, William M. (2003): »Nature and the colonial mind«, in: William M. Adams/Martin Mulligan (Hg.): Decolonizing Nature. Strategies for Conservation in a Post-colonial Era, London: Routledge, S. 16-50.

Adams, William M./Mulligan, Martin (2003): »Introduction«, in: William M. Adams/Martin Mulligan (Hg.): Decolonizing Nature. Strategies for Conservation in a Post-colonial Era, London: Routledge, S. 1-15.

Bachram, Heidi (2004): »Climate fraud and carbon colonialism. The new trade in greenhouse gases«, in: Capitalism Nature Socialism, 15. Jg., Nr. 4, S. 5-20.

Barghouthi, Mourid (2001): »From I Saw Ramallah«, in: Palestine-Israel Journal of Politics, Economics and Culture, 8. Jg., Nr. 3.

Bauriedl, Sybille (2022): »Karbonkolonialismus im Anthropozän: Eurozentrismus und weiße Dominanz der Klimaschutzpolitik«, in: Sybille Bauriedl/Inken Carstensen-Egwuom (Hg.): Geographien der Kolonialität. Geschichten globaler Ungleichheitsverhältnisse der Gegenwart, Bielefeld: transcript. Im Erscheinen.

Bullard, Robert D. (Hg.) (1993): Confronting environmental racism. Voices from the grassroots, Boston: South End Press.

Castro Varela, María d. M./Dhawan, Nikita (2015): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, Bielefeld: transcript.

Chakrabarty, Dipesh (2000): Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference, Princeton: Princeton University Press.

Chandler, David/Reid, Julian (2019): Becoming Indigenous. Governing Imaginaries in the Anthropocene, London/New York: Rowman & Littlefield.

Davis, Heather/Todd, Zoe (2017): »On the Importance of a Date, or, Decolonizing the Anthropocene«, in: ACME: An International Journal for Critical Geographies, 16. Jg., Nr. 4, S. 761-780.

DeLoughrey, Elizabeth M. (2014): »Postcolonialism«, in: Greg Garrard (Hg.): The Oxford Handbook of Ecocriticism, Oxford/New York/Auckland: Oxford University Press, S. 320-340.

DeLoughrey, Elizabeth/Handley, George B. (2011): »Introduction. Toward an Aesthetics of the Earth«, in: Elizabeth M. DeLoughrey/George B. Handley (Hg.): Postcolonial Ecologies. Literatures of the Environment, New York: Oxford University Press, S. 3-39.

Duffy, Rosaleen (2014): »Waging a war to save biodiversity. The rise of militarized conservation«, in: International Affairs, 90. Jg., Nr. 4, S. 819-834.

Escobar, Arturo (2008): Territories of Difference. Place, Movements, Life, Redes, Durham: Duke University Press.

Esson, James/Noxolo, Patricia/Baxter, Richard/Daley, Patricia/Byron, Margaret (2017): »The 2017 RGS-IBG chair's theme. Decolonising geographical knowledges, or reproducing coloniality?«, in: Area, 49. Jg., Nr. 3, S. 384-388.

Ferdinand, Malcom (2019): Une écologie décoloniale. Penser l'écologie depuis le monde caribéen, Paris: Éditions du Seuil.

Grosfoguel, Ramón (2007): »The epistemic decolonial turn. Beyond political-economy paradigms«, in: Cultural Studies, 21. Jg., Nr. 2-3, S. 211-223.

Grünewald, Andreas (2020): »Militarisierung des Naturschutzes«, in: PROKLA 201, 50. Jg., Nr. 4, S. 697-704.

Heynen, Nik/Ybarra, Megan (2021): »On Abolition Ecologies and Making »Freedom as a Place«, in: Antipode, 53. Jg., Nr. 1, S. 21-35.

Huggan, Graham (2004): »›Greening‹ Postcolonialism. Ecocritical Perspectives«, in: MFS. Modern Fiction Studies, 50. Jg., Nr. 3, S. 701-733.

Huggan, Graham/Tiffin, Helen (2007): »Green Postcolonialism«, in: Interventions, 9. Jg., Nr. 1, S. 1-11.

Larsen, Soren C./Johnson, Jay T. (2017): Being Together in Place. Indigenous Coexistence in a More Than Human World, Minneapolis: University of Minnesota Press.

Lewis, Simon L./Maslin, Mark A. (2015): »Defining the Anthropocene«, in: Nature, 519. Jg., Nr. 7542, S. 171-180.

Lugones, María (2016): »Die Kolonialität von Gender (2008)«, in: Lukas Schmidt/Sabine Schröder (Hg.): Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen, Wien: Mandelbaum Verlag, S. 383-385.

Mbaria, John/Ogada, Mordecai (2017): The Big Conservation Lie. The Untold Story of Wildlife Conservation in Kenya, Auburn: Lens & Pens Publishing.

McEwan, Cheryl (2019): Postcolonialism, Decoloniality and Development, London: Routledge.

McEwan, Cheryl (2021): »Decolonizing the Anthropocene«, in: David Chandler/Franziska Müller/Delf Rothe (Hg.): International Relations in the Anthropocene. New Agendas, New Agencies and New Approaches, London: Palgrave Macmillan.

Moore, Jason W. (2015): Capitalism in the web of life. Ecology and the Accumulation of Capital, London/New York: Verso.

Moore, Jason W. (Hg.) (2016): Anthropocene or Capitalocene? Nature, History, and the Crisis of Capitalism, Oakland: PM Press.

Müller, Franziska (2020): »Can the subaltern protect forests? REDD+ compliance, depoliticization and Indigenous subjectivities«, in: Journal of Political Ecology, 27. Jg., Nr. 1, S. 419-435.

Murphy, Michael W./Schroering, Caitlin (2020): »Refiguring the Plantationocene. Racial Capitalism, World-Systems Analysis, and Global Socioecological Transformation«, in: Journal of World-Systems Research, 26. Jg., Nr. 2, S. 400-415.

Naylor, Lindsay/Daigle, Michelle/Zaragocin, Sofia/Ramírez, Margaret M./Gilmartin, Mary (2018): »Interventions. Bringing the decolonial to political geography«, in: Political Geography, 66. Jg., S. 199-209.

Ndlovu-Gatsheni, Sabelo J. (2018): Epistemic freedom in Africa. Deprovincialization and Decolonization, London/New York: Routledge/Taylor & Francis Group.

Nixon, Rob (2011): Slow Violence and the Environmentalism of the Poor, Cambridge: Harvard University Press.

Peluso, Nancy L. (1992): Rich Forests, Poor People. Resource Control and Resistance in Java, Berkeley: University of California Press.

Plumwood, Val (2003): »Decolonizing relationships with nature«, in: William M. Adams /Martin Mulligan (Hg.): Decolonizing Nature. Strategies for Conservation in a Post-colonial Era, London: Routledge, S. 51-78.

Pulido, Laura (2016): »Flint, Environmental Racism, and Racial Capitalism«, in: Capitalism Nature Socialism, 27. Jg., Nr. 3, S. 1-16.

Pulido, Laura/De Lara, Juan (2018): »Reimagining ›justice‹ in environmental justice. Radical ecologies, decolonial thought, and the Black Radical Tradition«, in: Environment and Planning E: Nature and Space, 1. Jg., Nr. 1-2, S. 76-98.

Pye, Oliver (2005): Khor Jor Kor. Forest Politics in Thailand, Bangkok: White Lotus.
Quijano, Aníbal (2000): »Coloniality of Power and Eurocentrism in Latin America«, in: International Sociology, 15. Jg., Nr. 2, S. 215-232.
Robinson, Cedric J. (2000 [1983]): Black Marxism. The making of the Black radical tradition, Chapel Hill/London: The University of North Carolina Press.
Said, Edward W. (1978): Orientalism, New York: Pantheon.
Schmitt, Tobias/Neuburger, Martina (2022): »Indigenitäten und Naturen in politisch-ökologischen Debatten: Konzepte, Verwobenheiten, Fallstricke« in: Piňosová, Jana; Langer, Marcel; Hose, Susanne (Hg.): Minderheiten, Macht, Natur – Verhandlungen in der Moderne, Bautzen: Domowina-Verlag, im Erscheinen.
Shiva, Vandana (2016): Biopiracy. The Plunder of Nature and Knowledge, Berkeley: North Atlantic Books.
Singer, Katrin (2019): Confluencing Worlds. Skizzen zur Kolonialität von Kindheit, Natur und Forschung im Callejón de Huaylas, Peru. Unveröffentlichte Dissertation, Hamburg.
Smith, Linda T. (2012): Decolonizing Methodologies. Research and Indigenous Peoples, London: Zed Books.
Solnit, Rebecca (2014): Savage dreams. A journey into the hidden wars of the American West, Berkeley/London: University of California Press.
Spivak, Gayatri C. (1990): The post-colonial Critic. Interviews, Strategies, Dialogues, New York/London: Routledge.
Spivak, Gayatri C. (2008): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation, Wien: Turia + Kant.
Sultana, Farhana (2021): »Political ecology 1: From margins to center«, in: Progress in Human Geography, 45. Jg., Nr. 1, S. 156-165.
The Red Nation (2021): The Red Deal. Indigenous action to save our Earth, Brooklyn: Common Notions.
Tuck, Eve/Yang, K. Wayne (2012): »Decolonization is not a metaphor«, in: Decolonization: Indigeneity, Education & Society, 1. Jg., Nr. 1, S. 1-40.
Vergès, Françoise (2017): »Racial Capitalocene«, in: Gaye Theresa Johnson/Alex Lubin (Hg.): Futures of Black Radicalism, London/New York: Verso, S. 72-82.
Watts, Michael J. (2013): Silent Violence. Food, Famine, and Peasantry in Northern Nigeria, Athens: University of Georgia Press.
Whyte, Kyle (2016): »Is it colonial déjà vu? Indigenous peoples and climate injustice«, in: Joni Adamson/Michael Davis (Hg.): Humanities for the Environment. Integrating Knowledge, Forging New Constellations of Practice, London: Routledge, S. 88-105.
Whyte, Kyle (2017): »Indigenous Climate Change Studies. Indigenizing Futures, Decolonizing the Anthropocene«, in: English Language Notes, 55. Jg., Nr. 1-2, S. 153-162.
Yusoff, Kathryn (2018): A Billion Black Anthropocenes or None, Minneapolis: University of Minnesota Press.
Zambezi Safari & Travel Company (2020): »Zambezi River white water rafting«, https://www.zambezi.com/blog/2012/zambezi-white-water-rafting/ (Zugriff: 04.01.2022).

Feministische Politische Ökologie

Daniela Gottschlich, Sarah Hackfort und Christine Katz

Die Feministische Politische Ökologie (*Feminist Political Ecology* – FPE[1]) stellt einen zentralen theoretischen Zugang innerhalb der Politischen Ökologie dar. Nicht zuletzt als Antwort sowohl auf die (anfängliche) Geschlechterblindheit der Politischen Ökologie als auch in Auseinandersetzung mit und Abgrenzung zu essentialistischen (bzw. essentialistisch gedeuteten) Strömungen des Ökofeminismus entstand sie als Bewegung und Ansatz in den 1990er Jahren (Elmhirst 2015: 519; van den Berg 2019: 62ff.). Wie die Politische Ökologie im Allgemeinen, begreift auch die FPE ökologische Krisenphänomene als sozial vermittelt und analysiert sie in ihrem historischen, politischen und ökonomischen Kontext auf allen Ebenen in intersektionaler Weise. → Gesellschaftliche Naturverhältnisse werden als Ausdruck gesellschaftlicher → Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstanden. Die FPE fokussiert dabei explizit geschlechtsspezifische Machtverhältnisse: Sie lenkt den Blick insbesondere auf die patriarchalen Strukturen des Zugangs zu und der Kontrolle von Ressourcen (→ Rohstoffe) und untersucht in intersektionaler Weise die Geschlechterdimension von ökologischer Zerstörung, Naturschutz und Umweltverantwortung einschließlich der vergeschlechtlichten Folgen einer ökonomischen → Inwertsetzung von → Natur.

Die FPE ist gekennzeichnet durch einen theoretischen Pluralismus, durch unterschiedliche erkenntnistheoretische Ansätze, Einflüsse aus der politischen Praxis sowie durch eine Vielzahl an Arbeitsweisen (vgl. dazu auch → Positionalität, → transdisziplinäre Erzählungen, → Emotionen und Affekte). Es handelt sich um eine Forschungsperspektive und eine Praxis »of doing environmentalism, justice and feminism differently« (Harcourt/Nelson 2015: 9). Die FPE ist damit sowohl eine »feministische Perspektive« als auch »eine fortlaufende Forschungsaufgabe eines Netzwerks von Lernenden« (Rocheleau 2015: 57, eigene Übersetzung). Zum »situierten Wissen« (Haraway 1995) kommt in der FPE die »situierte empirische Praxis« (Harcourt/Nelson 2015: 40) hinzu, die Wendy Harcourt (2015: 255) von FPE als einer sich »entwickelnden Praxis« sprechen lässt. Ihre Weiterentwicklung ist gleichermaßen inspiriert durch die Kämpfe sozialer Bewegungen um Geschlechter- und → Umweltgerechtigkeit. Wenngleich also FPE nur im Plural zu denken ist, so eint die verschiedenen Ansätze sowohl das Bekenntnis zu feministischer Erkenntnistheorie als auch das Ziel der Bekämpfung

1 Wir bleiben bei der englischen Abkürzung – denn mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) hat die FPE so gar nichts gemeinsam.

geschlechtsspezifischer Diskriminierung und das → Empowerment von Frauen*[2] (und anderer marginalisierter Gruppen) als unabdingbarer Bestandteil → sozial-ökologischer Transformation.

Feminist Environmentalism und FPE

Als wegweisend für die FPE gilt die indische Ökonomin Bina Agarwal, die aus einer materialistischen Perspektive die Situation von Frauen* (vornehmlich in Indien und Südostasien), ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten unter Bedingungen anhaltender Marginalisierung und ihre Rechte z.B. in Bezug auf Landbesitz und Ressourcenkontrolle analysiert. Dabei arbeitet sie die Verflechtung globaler Prozesse und lokaler Verteilungsfragen entlang sozialer Ungleichheiten wie Geschlecht, Klasse und Kaste als zentral für einen Ansatz heraus, den sie selbst »*Feminist Environmentalism*« nennt (Agarwal 1992). In ihrem prominenten Aufsatz »*The Gender and Environment Debate*« (ebd.) kritisiert sie einen essentialistisch hergeleiteten Zusammenhang von Natur und Geschlecht und die Idee einer biologisch begründeten größeren Nähe von Frauen* zur Natur, wie sie von einigen ökofeministischen Strömungen vertreten wird. Agarwal argumentiert, dass es vielmehr die materielle Realität des sozialen Geschlechts innerhalb der polit-ökonomischen Verhältnisse sei, die das Verhältnis von Frauen* zur Natur wesentlich bestimme. Dabei weist sie auf die situative Gebundenheit hin und nennt für Indien eine Reihe von politischen Faktoren, welche dazu führten, dass vor allem Frauen* armer, ländlicher Haushalte vornehmlich negativ von Umweltveränderungen betroffen seien. So bewirkten die geschlechtsbezogene Arbeitsteilung sowie geschlechter- oder kastenspezifische Besitz- und Eigentumsverhältnisse, dass Frauen* die Verantwortlichkeit oder direkte Abhängigkeit von klimasensiblen, natürlichen Ressourcen zugeschrieben würden, die mitunter eine größere Sensibilität für sozial-ökologische Zusammenhänge mit sich brächten. Darüber hinaus gebe es indirekte oder direkte Ausschlussmechanismen, die Frauen* an der gesellschaftlichen Teilhabe über soziale oder politische Positionen ausschlössen, z.B. durch strukturelle Ungleichheiten im Zugang zu Bildungssystemen und Institutionen der Öffentlichkeit. Dabei betont sie, dass diese strukturellen Ungleichheiten stets als das Ergebnis einer gesellschaftlichen geschlechts-, klassen- bzw. kastenspezifischen und rassialisierten Organisation von Produktion, Reproduktion und Verteilung betrachtet werden müssten, die dann wiederum auf die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse Einfluss nähmen (ebd.: 127).

Unterdrückungszusammenhang Geschlecht und Natur als gemeinsamer Bezugspunkt

Der Sammelband »*Feminist Political Ecology: Global Issues and Local Experience*« (Rocheleau et al. 1996) gilt als ein wichtiger Meilenstein für die Etablierung der FPE im angelsächsischen Kontext. Ansätze des Ökofeminismus entstanden bereits früher. Der Begriff selbst geht auf Françoise d'Eaubonne (1975) zurück. Angelegt als universelle

2 Das Gendersternchen trägt der inhaltlichen Erkenntnis Rechnung, dass es weder eine homogene noch eine binäre Kategorie ›Frau‹ gibt, sondern dieser Begriff bereits intersektional gedacht werden muss.

Gesellschaftstheorie wollte der Ökofeminismus – als Philosophie und als politische Bewegung – vor allem den Natur-Kultur-Gegensatz aufbrechen, dabei zugleich »Patriarchatskritik mit einer radikalen Zivilisations- und Wissenschaftskritik […] verknüpfen« und »eine neue politische und kulturelle Praxis an der Vision einer anderen Mensch-Natur- und Mensch-Mensch-Beziehung [ausrichten]« (Wichterich 1995: 107; vgl. zudem Diamond/Orenstein 1990; Gaard 1997; Sandilands 1999; Twine 2001).

Der oben angesprochene Versuch einer scharfen Abgrenzung zu (vermeintlichen und tatsächlich) essentialistischen Strömungen des Ökofeminismus darf nicht darüber hinweg täuschen, dass – neben der feministischen Wissenschaftskritik und der feministischen Kritik an ›Entwicklungskonzepten‹ – nicht nur der *Feminist Environmentalism*, sondern auch viele Denktraditionen des Ökofeminismus ganz wesentlich zur Entstehung und Konsolidierung von FPE als Teilbereich der Politischen Ökologie beigetragen haben (Seager 2003; Salleh 2009, 2017; Sundberg 2017).

Zwar ist eine eindeutige Verhältnisbestimmung zwischen den vielfältigen ökofeministischen Arbeiten und Positionen zu solchen des *Feminist Environmentalism* und der FPE nahezu unmöglich. Sie lässt sich weder im Bereich der Theorieentwicklung noch in der Geschichte der Bewegung ziehen. Doch all diese Ansätze eint ihr Fokus auf »die Verbindung von Geschlechter- und Naturverhältnissen und die Kritik an den (Ab)Wertungen und Formen der Unterdrückung, die durch diese Verhältnisse fortgeschrieben werden« (Saave 2022a: 335, eigene Übersetzung).

Den Ursprung dieses Unterdrückungszusammenhangs von Geschlecht und Natur verortet die feministische Forschung bereits in der Antike als platonisches Erbe einer dualistischen Denkweise, die auf Ausschlüssen dessen beruht, was mit Natur/Materie in Verbindung gebracht wird (vgl. stellvertretend Plumwood 1993: 44ff.). Nach Plumwood beschreibt Rationalität versus Natur das zentrale Unterordnungsverhältnis, das der westlich-abendländischen Art und Weise, Wirklichkeit zu strukturieren, zugrunde liegt. Es wird zugleich durch weitere Dualismen spezifiziert. Mit der Herausbildung der Naturwissenschaften in der frühen Neuzeit erfuhr der Kultur-Natur-Dualismus eine weitere Dynamik. Die Historikerin Carolyn Merchant (1980) zeichnet in ihrem Werk »*Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft*« nach, dass im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit ein Wandel von einem organischen zu einem mechanistischen Weltbild stattfand, der bis heute fatale Folgen hat. Bis zum Beginn der Neuzeit sei die Erde als ein lebendiger Organismus angesehen und nur mit Bedacht genutzt worden. Mit dem naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt sei die Natur zunehmend als Störfaktor im reibungslosen Ablauf der Dinge erschienen. An die Stelle der nahrungsspendenden Mutter tritt das Bild der chaotischen und gefährlichen Natur, die unterworfen, kontrolliert und gezähmt werden müsse. Die weibliche Kodierung von Natur bleibt dabei dennoch erhalten. Naturbeherrschung mittels Technik durch ein männliches Gestaltungssubjekt wird zum Programm. Dieses gestaltende Subjekt wiederum ist charakterisiert durch Abtrennung, Abwertung und Unterdrückung all derjenigen Eigenschaften, die als ›weiblich‹ assoziiert werden (vgl. stellvertretend Keller 1986).

Der wechselseitige symbolische Verweis von Frau bzw. Weiblichkeit und Natur spielt seither sowohl bei der Naturalisierung von Geschlechterverhältnissen eine Rolle als auch bei Fragen, wie Gesellschaften Natur bewerten und ihre Beziehung zu ihr gestalten (Gloy 1995/1996).

Umstritten ist in feministischen Theorie- und Bewegungszusammenhängen also nicht, dass der Unterdrückungszusammenhang von Geschlecht und Natur existiert,

sondern wie er begründet wird und wie darauf reagiert werden sollte. Insbesondere jenen Ansätzen des Ökofeminismus, die die durch patriarchale Theorie und Praxis abgewerteten weiblichen ›Eigenschaften‹ und ›Gestaltungsprinzipien‹ gesellschaftlich aufwerten und ihre Bedeutung für eine sozial-ökologische Transformation hervorheben (vgl. stellvertretend Mies/Shiva 1995), wurde mit Skepsis begegnet. Kritisiert wurden auch Argumentationen, in denen Frauen* die Rolle von Weltretterinnen zugewiesen wurde oder wenn emphatisch (und zuweilen mit essentialistischem Rückgriff auf die Fähigkeit, Leben zu geben) das Weibliche als das natur- und lebensnahe, vermeintlich göttliche, rettende Prinzip ausgerufen wurde. Eine Reduzierung des Ökofeminismus auf seinen (vermeintlichen) Essentialismus reflektiert jedoch mitnichten die Vielfalt und Breite der unter seinem Dach versammelten Positionen (Katz 2013a; Bauhardt 2019).

In Deutschland bildete der ökofeministische Bezug Ende der 1970er Jahre laut Regina Dackweiler und Barbara Holland Cunz (1991) den zentralen Kern der feministischen Bewegung:

> »Die globale Perspektive auf Naturzerstörungen durchzog *alle* Theorie- und Praxisformen, war sogar im Kampf gegen private Gewalt gegen Frauen präsent (etwa in der Analogisierung von Vergewaltigung von Natur und Frauen oder den analogisierten Begriffen Krieg und Alltagskrieg). Keine Aktivistin konnte – und wollte! – sich diesem Argumentationsrahmen verschließen!« (ebd.: 115, Herv.i.O.).

Hier setzt eine »feministische Formulierung der Ökologiefrage« (ebd.: 114) an, die mit der feministischen Auseinandersetzung um nachhaltigkeit Jahre später wieder aufgegriffen wird.

Nachhaltigkeit und Geschlechterverhältnisse

Knapp zwanzig Jahre nach dem Erscheinen des ersten Sammelbands zur FPE verorten Diana Rocheleau und Padini Nirmal (2015) die Entstehung der FPE rückblickend mit der einsetzenden feministischen Kritik am Diskurs um nachhaltige Entwicklung und weisen die FPE als poststrukturalistische feministische Kritik und Erweiterung der Politischen Ökologie durch feministische Wissenschaftlerinnen* und Praktikerinnen* aus den Bereichen Geographie, Anthropologie, Frauen- und Geschlechterforschung, kritische Entwicklungsstudien, Umweltwissenschaften, → Environmental Justice und Agrarwissenschaften aus.

Auch wenn in den 1990er Jahren im deutschsprachigen Raum nur wenige Autor*innen die Bezeichnung FPE explizit für ihre Analyse nutzten, wurden hier sehr ähnliche Diskurse rund um die Umwelt- bzw. sozial-ökologische Forschung geführt (für einen Überblick vgl. Gottschlich 2017: 239ff.; Holland-Cunz 2014). Denn feministische Forschungsansätze und -ergebnisse wurden im Mainstream der Nachhaltigkeitsforschung und -politik zunächst kaum rezipiert, aber früh unter dem Stichwort *Gender & Environment* als wichtiger Bestandteil der Sozialen Ökologie diskutiert (Schulz/Weller 1995; Mölders 2013). Die kritische feministische Revision bestehender Nachhaltigkeitsansätze und -maßnahmen erfolgte sowohl auf der politisch-praktischen wie auf der theoretischen Ebene und führte von dort zur Erarbeitung eigener Positionen und konzeptioneller Alternativen. Von dieser Auseinandersetzung zeugen im deutsch-

sprachigen Raum zahlreiche Sammelbände (z.B. Scheich/Schultz 1987; Weller et al. 1999; Schäfer et al. 2006; Hofmeister et al. 2013; Katz et al. 2015), in denen nahezu alle Forschungs- und Handlungsfelder der Nachhaltigkeitswissenschaften und -politik aus feministischer Perspektive analysiert wurden.

Perspektiven der Feministischen Ökonomik als Bestandteil der FPE

Die FPE ist maßgeblich geprägt von der Kritik an der ›halbierten‹ Perspektive der vorherrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Lehre, die nur auf »Märkte beschränkt ist und so den ganzen Raum unbezahlt sorgenden wirtschaftlichen Handelns als nicht-ökonomisch ausschließt« (Biesecker/Gottschlich 2013: 178) sowie der darin eingeschriebenen Dichotomisierung von ›produktiv‹ und ›reproduktiv‹ (vgl. stellvertretend Gibson-Graham 1996; Ferber/Nelson 2003). Zahlreiche Arbeiten analysieren, dass und wie die gegenwärtigen, auf → Externalisierung beruhenden Formen des kapitalistischen Wirtschaftens verantwortlich sind für die weltweit zu konstatierenden Krisen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Bereits Anfang der 1980er Jahre richteten die ökofeministischen Subsistenztheoretikerinnen Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt den Fokus auf die Funktion der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft. Und sie zeigten, dass die Ausbeutung der Frauen*(arbeit und -körper) nach dem gleichen Muster erfolgt wie die Ausbeutung der Natur und der Kleinbäuer*innen in der Subsistenzproduktion (Werlhof et al. 1983). Die FPE teilt diese Herrschaftskritik an den Ausbeutungsstrukturen des Kapitalismus von kolonialisierten (Frauen-)Körpern, ›reproduktiver‹ Arbeit und Natur.

Mit anderen Worten: In der FPE mit ihrer Verbindung von Feministischer Ökonomik und der Analyse von Naturverhältnissen geht es einerseits um die Kritik an der Abspaltung und Ausbeutung der unbezahlten → Care- und Subsistenzarbeit und der Produktivität der Natur – jener Grundlagen, auf die jede weitere Form von Wirtschaften angewiesen ist und von denen individuelles Wohlergehen und gesellschaftlicher Wohlstand maßgeblich abhängen (Biesecker/Hofmeister 2006: 19; Bauhardt 2014: 66; → (Re)Produktivität). Andererseits geht es um die Suche nach Alternativen zu den kapitalistischen Vereinnahmungsprozessen von unbezahlter Care-Arbeit und Natur. Alternativen identifizieren etwa Silvia Federici (2020) oder Friederike Habermann (2016) in → commonsbasierten Wirtschaftsformen. Ausgehend von diesen erkämpften (halb-)autonomen Räumen insbesondere von und für Frauen* kann die bestehende kapitalistische Organisation des Lebens und der Arbeit herausgefordert werden.

Intersektionale und postkoloniale Zugänge

In den USA kritisierten bereits ab den 1980er Jahren vor allem Afroamerikanische Feministinnen (Hill Collins 1995; Crenshaw 1989) die universale und eurozentristische Repräsentation einer globalen Schwesternschaft von Frauen* und die Debatten des westlichen Feminismus als Interessen und Artikulationen von *weißen* (Mittelschichts) Frauen* aus westlichen Industrienationen (Mohanty 1988). → Postkoloniale Feministinnen verschiedener Strömungen setzten sich im Zuge dessen mit der Frage nach dem intersektionalen Zusammenhang von Kolonialismus, Rassismus und Feminis-

mus auseinander (Überblick bei Castro Varela/Dhawan 2009). In vielen Ländern des Globalen Südens war neben der feministischen Kritik an der Trennung von Produktion und Reproduktion früh die Gewalt gegen Frauen* ein Thema, etwa im *feminismo popular* marginalisierter Landarbeiter*innen oder Indigener Aktivist*innen in Mexiko in den 1980er Jahren (Zapata Galindo 2007). Zwar versucht der bereits zitierte Sammelband *Feminist Political Ecology* von Rocheleau et al. (1996) diesen Debatten um Postkolonialismus und Intersektionalität Rechnung zu tragen, indem er darauf verweist, neben Geschlecht auch die anderen Ungleichheitsverhältnisse nicht aus den Augen zu verlieren (ebd.: 10). Doch Sharlene Mollett und Caroline Faria (2013) konstatieren mehr als fünfzehn Jahre später, dass die FPE einen komplexeren und chaotischeren Begriff von Geschlecht theoretisieren muss – einen, der Prozesse der Rassifizierung und Rassismus expliziter berücksichtigt.

Intersektionale und postkoloniale Perspektiven der FPE hinterfragen viktimisierende Narrative und Stereotypen und unterstreichen die alltäglichen Handlungsspielräume und transformativen Fähigkeiten (*Agency*) sowie auch Widerstandspraktiken und den Aktivismus von Frauen* (MacGregor 2010; Hackfort 2015). Beispiele dafür finden sich zahlreich, z.B. die Gemeinschaftsökonomie der Kufunda aus Simbabwe (Richardson-Ngwenya/Nightingale 2019), die Ernährungsnetzwerke in Toronto (Wember 2019) oder die urbanen Gärten in Nairobi (Syhre/Brückner 2019), in denen Frauen* afrikanisches Indigenes Gemüse für ihre Familien und die Gemeinschaft anbauen und sich damit aktiv an der Lebensmittelversorgung, der kollektiven Organisation und der Entwicklung von → Wissen über → Biodiversität beteiligen (→ Ernährungssouveränität). Auch zur Klimakrise liegen einige intersektionale Analysen vor (Kaijser/Kronsell 2014; Chavez 2016), in denen herausgearbeitet wird, wie Individuen und Gruppen auf Grund ihrer Verortung in Machtstrukturen unterschiedlich von diesem sozial-ökologischen Krisenphänomen betroffen sind und mit ihm umgehen. Im deutschsprachigen Raum hat nun Sheena Anderson (2022) eine intersektional-feministische Perspektive für die Klimabewegung vorgelegt. Die von Koch und Roth (2015) kritisierte vorherrschende eurozentrische *weiße* Brille in den Forschungsansätzen und Lösungskonzepten und das geringe Maß an diesbezüglicher Selbstreflexion bestehen jedoch weiter fort. Im deutschsprachigen Diskurs über Nachhaltigkeit ist die Verbindung zu postkolonialen intersektionalen Ansätzen bisher nach wie vor schwach ausgeprägt.

Poststrukturalistische Einflüsse

Auch poststrukturalistische Diskussionen zu vergeschlechtlichten Identitäten und Subjektivierungsprozessen haben die FPE inspiriert. Vertreter*innen stellen die Annahme kollektiver Identitäten und binär-ordnender Kategorien in Frage und verweisen auf die sprachlichen und symbolischen Konstruktionsbedingungen von Wirklichkeit (West/Zimmerman 1987). Die → diskurstheoretischen Arbeiten Michel Foucaults sowie die Subjekttheorie Judith Butlers bilden wesentliche Ausgangspunkte. Butler dekonstruiert in ihren Arbeiten Begriffe der Identität wie ›Frau‹, → ›Körper‹ oder ›Geschlecht‹ mit dem erklärten Ziel, die Ontologie des Geschlechts theoretisch zu entnaturalisieren (Butler 1990). Weiterentwicklungen zum Subjektbegriff wie etwa von Seyla Benhabib (1992) begreifen das ›situierte Subjekt‹ einerseits als Effekt von Macht-Wissens-Komplexen und andererseits als gesellschaftliches, autonomes Handlungs-

subjekt im Kontext sich verändernder Identitäten, das Geschlechterverhältnisse und damit verbundene auch materielle Ungleichheiten stetig mit (re-)produziert und zugleich fähig ist, diese zu verändern und die Handlungsspielräume auszuweiten.

Für die Politische Ökologie war das insofern prägend, als dass sich Studien nun eingehender mit Fragen von Repräsentationen, Diskursen, Handlungsmacht und Subjektivierungsprozessen im Kontext sozial-ökologischer Transformationen beschäftigten. So entstanden Arbeiten, die Geschlechterverhältnisse einerseits als Ausdruck materieller und struktureller Ungleichheiten begreifen und sie andererseits mit der Theoretisierung von vergeschlechtlichten Identitäten, Repräsentationen und Diskursen in der Analyse sozial-ökologischer Krisen verbinden (z.B. Sundberg 2004; Cupples 2007; Nightingale 2011; Tuana 2013).

Neuere Entwicklungen

In jüngerer Zeit sind diese Entwicklungen geprägt von Debatten um den Neuen Feministischen Materialismus und → Queer Ecology sowie von Arbeiten, die ausgehend von einem auch auf Natur bezogenen → Care-Begriff, ein erneutes Nachdenken über Dimensionen der Relationalität in den Gesellschaft-Natur-Beziehungen anstoßen. Die Relevanz analytischer Einsichten in intersektionale Machtbeziehungen zeigt sich aktuell beispielhaft in den Kämpfen um »Reproduktive Gerechtigkeit« (Ross 2017; Ross et al. 2017) vor dem Hintergrund der Klimakrise. Da in diesem Handbuch im Teil ›Begriffe‹ sowohl Queer Ecologies als auch Care eigene Beiträge gewidmet sind, gehen wir im Folgenden nur auf den Neuen Feministischen Materialismus und Reproduktive Gerechtigkeit ein.

Neuer Feministischer Materialismus

In den Sozial- und Kulturwissenschaften gibt es seit Beginn der 2000er Jahre ein verstärktes Interesse an → Materie/Materialität. Vertreter*innen der *Material Feminisms* (z.B. Alaimo/Hekman 2008) gelten als Vorreiter*innen dieser Debatte. Ausgangspunkte sind zum einen die Kritik an der anthropozentrischen Ausrichtung des Humanismus und seines Subjektentwurfs als souverän und autonom sowie zum anderen die Kritik an der Sprachfixierung postmoderner, poststrukturalistischer Theorieansätze, die historische und gesellschaftliche Materialitäten zu wenig berücksichtigen (Braidotti 2013) und »statt einer Aufhebung der Dichotomie Natur/Kultur die Naturseite (das heißt Materialität, Körperlichkeit, Natur) einfach zurückgewiesen« (Holland-Cunz 2014: 136) haben. Das vielleicht signifikanteste Kennzeichen des Neuen Feministischen Materialismus ist ein radikal neuer Blick auf Materie und Natur als aktive und mitgestaltende Kraft der gesellschaftlichen Verhältnisse (z.B. Alaimo 2008; Bennett 2010; Barad 2017).

In der Auseinandersetzung mit dem Neuen Feministischen Materialismus lässt sich allerdings zugleich die Geschichte jener Ansätze, die die FPE prägen, nach wie vor als »Geschichte kontinuierlicher Diskontinuität« (Dackweiler/Holland-Cunz 1991: 118) nachzeichnen und die Politik der Wissensproduktion kritisch hinterfragen. Denn es existieren seit einigen Jahrzehnten bereits materialistisch-feministische Zugänge in der Beschäftigung mit Natur bzw. gesellschaftlichen Naturverhältnissen (z.B. Shi-

va 1989; Mellor 1992). Entsprechend spricht Barbara Holland-Cunz (2014: 134) von der »Rückkehr des Ökofeminismus« und von den »Wieder- bzw. Neuentdeckungen von Natur, Materie und Körperlichkeit«, kritisiert aber zugleich, dass gerade die vielzitierten Werke von Karen Barad als prominenter Vertreterin des ›*material turns*‹ keinerlei Hinweise auf die ökofeministische Theorietradition enthalten, »in der Vorstellungen von der Natur als material, aktiv und verzeitlicht geradezu klassisch sind« (ebd.: 139).[3]

Darüber hinaus gilt vor allem die mangelnde Ausarbeitung eines Gesellschaftsbegriffs bzw. das Unvermögen, soziale (Herrschafts)Verhältnisse und polit-ökonomische Strukturen in ihrer Bedeutung zu erfassen, als blinder Fleck der Ansätze (unter anderem Garske 2014; Lettow 2017). Entsprechend plädiert auch Sherilyn MacGregor in ihrer Auseinandersetzung mit dem ›Neuen‹ Materialismus dafür, die ökofeministischen Einsichten in intersektionale Machtbeziehungen, insbesondere Fragen zur Verteilung von Zeit und Arbeiten zur Reproduktion des täglichen Lebens stärker in den Diskurs um einen »nachhaltigen Materialismus« (MacGregor 2021: 41) zu integrieren.

Wichtige Inspirationen liefern dafür zudem Arbeiten aus dem Bereich der Queer Ecologies: »Der Ansatz der Queer Ecologies erweitert die ökofeministische Analyse um eine nicht-heteronormative Konzeption von Sorgeverantwortung für Menschen und Natur, die nicht an heterosexuelle Mutterschaft gebunden ist« (Bauhardt 2017: 99). Der Fokus auf die Frage nach der materiellen ReProduktivität des Frauenkörpers ermöglicht eine Verknüpfung von materialistischen ökofeministischen Positionen mit dem Neuen Feministischen Materialismus und trägt zum Zusammendenken von Materiellem und Diskursivem in der Natur-/Geschlechterdebatte bei, ohne dabei in die ›alten Fallen‹ des Essentialismus zu tappen (Katz 2013b).

Reproduktive Gerechtigkeit und Klimakrise

Wichtige Kämpfe von FPE-Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen werden angesichts der sich verschärfenden Klimakrise in den letzten zwei Jahrzehnten um die These von Bevölkerungswachstum als zentralem ökologischem Krisenfaktor geführt.

> »Die Zusammenbruchs-Szenarien nähren sich von der These, dass die Bevölkerung ohne Bevölkerungskontrolle zu schnell oder gar exponentiell wachse, und damit die Grenze der ›Tragfähigkeit der Erde‹ überschreite. Dies hatte schon der britische Theologe und Nationalökonom Thomas R. Malthus Ende des 18. Jahrhunderts behauptet, damals in Bezug auf die Grenzen der Nahrungsmittelproduktion« (Gottschlich/Schultz 2019: 25).

Feminist*innen warnen vor der Rückkehr dieser sogenannten ›neomalthusianischen‹ Argumentationsmuster, die seit Ende der 1960er Jahre immer wieder vorgebracht werden, nun in Form vermeintlich klimapolitischer Notwendigkeiten (z.B. Hartmann/Barajas-Román 2009; DifferenTakes 2019). Aus FPE-Perspektive wird kritisiert, dass gesellschaftliche → Konflikte als Fragen der Bevölkerung verhandelt werden, während

3 An dieser Stelle sei angemerkt, dass auch vor den Ökofeminist*innen ähnliche Ansätze von nicht-westlichen Theoretiker*innen und Positionen in den kulturellen Traditionen vieler Indigener Gemeinschaften zu finden sind, die häufig ebenfalls nicht genannt werden. Wir geraten hier jedoch selbst an unsere Grenzen, da wir nur die Kritik (z.B. Demos 2016; Schulz 2017) zitieren können, nicht aber die Werke und Positionen selbst ausreichend kennen.

gleichzeitig Fragen von → Verteilungsgerechtigkeit, → Land Grabbing, Geschlechter- und Naturverhältnissen sowie die sozialdarwinistische und rassistische Geschichte des Bevölkerungsdiskurses explizit ent-nannt werden. Eine solche »Demographisierung gesellschaftlicher Probleme« (Hummel 2006) gefährdet nicht nur erkämpfte Errungenschaften, wie die auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 verabschiedeten reproduktiven Rechte, sondern sie bietet auch Andockstellen für ökofaschistische Positionen (Ojeda et al. 2019), die ebenso Anlass zur Besorgnis bieten wie das derzeitige Leugnen des menschengemachten Klimawandels durch weite Teile der extremen Rechten (Schultz 2020: 27).

> »Das Sprechen über eine problematische Weltbevölkerungsentwicklung beschwört auch heute noch unmittelbar die Bilder von nichtweißen Menschenmengen im Globalen Süden hervor und von braunen oder schwarzen weiblichen Körpern, die als nicht selbstbestimmt, nicht verantwortlich und sich exzessiv vermehrend gedacht werden« (ebd.: 31).

Kontern lassen sich die technokratischen Verrechnungsvorschläge im Klimadiskurs (›weniger Menschen im Globalen Süden als effizienteste CO_2 Einsparung‹), in denen sich eine »Kontinuität kolonialer Auf- und Abwertungen von Bevölkerungen« (Gottschlich/Schultz 2019: 27) zeigt, nicht zuletzt mit dem Konzept der Reproduktiven Gerechtigkeit des *Black Feminism* von Loretta Ross (2017), das auch in den FPE-Diskurs Eingang fand.

> »Dieses intersektionale Konzept fragt danach, wessen ›Fortpflanzung‹ im Rahmen nationalökonomischer, sicherheitspolitischer oder [...] ökologischer Rationalitäten als wertvoll gilt und wessen als zu vernachlässigen oder gar als schädlich und zu verhindern. Und es trägt das schmerzhafte Wissen in sich, welche gewaltförmigen und diskriminierenden Praktiken mit diesen bio- bzw. nekropolitischen Programmatiken einhergingen und -gehen« (Schultz 2020: 24).

Fazit

Die Stärken der FPE liegen darin, blinde Flecken der herrschenden Ökonomik auszuleuchten, indem sie die Prozesse des »Einverleiben[s] und Externalisieren[s]« (Saave 2022b), auf denen die kapitalistische Produktionsweise beruht, aufzeigt. Die FPE identifiziert und analysiert intersektional verbundene herrschaftsförmige Trennungsverhältnisse in politischen Theorie- und Handlungsansätzen zur Gestaltungsmacht über, zum Zugang zu und zur Nutzung von natürlichen Ressourcen. Sie integriert dabei abgespaltene bzw. ausgeklammerte Perspektiven, sie kritisiert die Abwertung des ›Reproduktiven‹ bei gleichzeitiger Vereinnahmung und Ausbeutung durch kapitalistische Wirtschaftsprozesse und verbindet so Ansätze der feministischen Ökonomik und Queer Ecologies mit der Analyse von Naturverhältnissen. In der Verbindung von intersektionalen und postkolonialen Perspektiven beleuchtet sie auch den Zusammenhang von Kolonialismus, Kapitalismus und Natur.

Zudem regt die FPE an, Konzepte der Erkenntnisgewinnung und Theoriebildung neu zu denken. Arbeiten in der FPE dekonstruieren und rekonfigurieren Begrifflichkeiten zur Bestimmung z.B. von Natur, Materie, Gesellschaft, Subjekt. Dies führt nicht zuletzt zu Irritationen zentraler Fragen der feministischen Theorie und etablierter Kri-

tikmuster an Biologisierungen, Essentialisierungen und Universalisierungen. Und es bereichert die Debatte über die materiellen Bedingungen des Seins, von Natur und von Geschlecht und unterstreicht die Nichtabgeschlossenheit von Begrifflichkeiten und Konzepten über Beziehungsverhältnisse zwischen Gesellschaft, Kultur und Natur.

Damit liegen die Stärken der FPE in der Analyse und Kritik von Geschlecht als intersektional verschränkter, materieller und diskursiver Ungleichheitszusammenhang, der sich im strukturellen Zusammenwirken von Kapitalismus, Patriarchat, Kolonialismus und gesellschaftlichen Naturverhältnissen entfaltet. Zudem liegt ihre Stärke in der Verknüpfung verschiedener Ebenen von Ungleichheiten, um auch die symbolischen und subjektiven Wirkungsmechanismen in der Hervorbringung von Geschlechter- und Naturverhältnissen zu erfassen und dabei aufmerksam gegenüber neuen Essentialisierungen zu sein.

Wir halten die FPE für einen unerlässlichen Bestandteil der Politischen Ökologie, um die Theorieentwicklung, Inhalte und Handlungsfelder der Politischen Ökologie voranzutreiben, weil darüber grundsätzliche Perspektivwechsel in der Debatte über gesellschaftliche Naturverhältnisse möglich sind. Es geht dabei nicht darum, feministische Aspekte lediglich hinzuzufügen. Vielmehr gehen bei der Auseinandersetzung der Politischen Ökologie mit feministischen Theorien und Handlungsansätzen radikale Umorientierungen in zentralen Begriffen und Konzepten der Politischen Ökologie einher, werden Selbstverständlichkeiten und Gewissheiten irritiert, die die gesellschaftlichen Kämpfe um eine Demokratisierung und radikale zukunftsverträgliche Neuausrichtung gesellschaftlicher Naturverhältnisse widerspiegeln und dringend bearbeitet werden müssen.

Literatur

Agarwal, Bina (1992): »The Gender and Environment Debate. Lessons from India«, in: Feminist Studies, 18. Jg., Nr. 1, S. 119-158.

Alaimo, Stacy (2008): »Ecofeminism without Nature?«, in: International Feminist Journal of Politics, 10. Jg., Nr. 3, S. 299-304.

Alaimo, Stacy/Hekman, Susan (Hg.) (2008): Material Feminisms, Bloomington: Indiana University Press.

Anderson, Sheena (2021): »Eine intersektional-feministische Perspektive für die Klimabewegung: zur Anerkennung und Wertschätzung (marginalisierter) Stimmen von Black, Indigenous and Women of Color«, in: Femina Politica, 30. Jg., Nr. 2, S. 64-79.

Barad, Karen (2017): Agentieller Realismus. Über die Bedeutung materiell-diskursiver Praktiken, Berlin: Suhrkamp.

Bauhardt, Christine (2017): »Living in a Material World. Entwurf einer queer-feministischen Ökonomie«, in: GENDER, Nr. 1, S. 99-114.

Bauhardt, Christine (2014): »Solutions to the crisis? The Green New Deal, Degrowth, and the Solidarity Economy. Alternatives to the capitalist growth economy from an ecofeminist economics perspective«, in: Ecological Economics, 102. Jg., S. 60-68.

Bauhardt, Christine (2019): »Nature, care and gender: Feminist dilemmas«, in: Christine Bauhardt/Wendy Harcourt (Hg.): Feminist Political Ecology and the Economics of Care. In Search of Economic Alternatives, New York: Routledge, S. 16-35.

Benhabib, Seyla (1992): Situating the Self. Gender, Community, and Postmodernism in Contemporary Ethics, Cambridge/Malden: Polity Press.

Bennet, Jane (2010): Vibrant Matter. A political ecology of things, Durham: Dukham Press.

Biesecker, Adelheid/Gottschlich, Daniela (2013): »Wirtschaften und Arbeiten in feministischer Perspektive – geschlechtergerecht und nachhaltig?«, in: Sabine Hofmeister/Christine Katz/Tanja Mölders (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 178-189.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung, München: oekom.

Braidotti, Rosi (2013): The Posthuman, Cambridge: Polity Press.

Butler, Judith (1990): Gender trouble. Feminism and the Subversion of Identity, New York: Routledge.

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2009): »Gendering Post/Kolonialismus, Decolonizing Gender – Feministisch-Postkoloniale Perspektiven«, in: Ingrid Kurz-Scherf/Julia Lepperhoff/Alexandra Scheele (Hg.): Feminismus. Kritik und Intervention, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 64-80.

Chavez-Rodriguez, Libertad (2016): »La Importancia de la Interseccionalidad en la Vulnerabilidad Social ante Eventos Hidrometeorológicos Extremos en Yucatán, México«, in: Margarita Velázquez Gutiérrez/Verónica Vázquez García/Ana De Luca Zuria/Dulce María Sosa Capistrán (Hg.): Transformaciones ambientales e igualdad de género en América Latina: temas emergentes, estrategias y acciones, México: Universidad Nacional Autónoma de México, S. 23-45.

Crenshaw, Kimberlé (1989): »Demarginalizing the Intersection of Race and Sex. A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics«, in: University of Chicago Legal Forum, 1989. Jg., Nr. 1, S. 139-167.

Cupples, Julie (2007): »Gender and Hurricane Mitch. Reconstructing Subjectivities after Disaster«, in: Disasters, 31. Jg., Nr. 2, S. 155-175.

Dackweiler, Regina/Holland-Cunz, Barbara (1991): »Strukturwandel feministischer Öffentlichkeit«, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 14. Jg., Nr. 30/31, S. 105-122.

Demos, T. J. (2016): Decolonizing nature. Contemporary art and the politics of ecology, Berlin: Sternberg Press.

Diamond, Irene/Orenstein, Gloria Feman (Hg.) (1990): Reweaving the World. The Emergence of Ecofeminism, San Francisco: Sierra Club Books.

DifferenTakes (2019): »A Renewed Call for Feminist Resistance to Population Control«, https://sites.hampshire.edu/popdev/a-renewed-call-for-feminist-resistance-to-population-control/ (Zugriff: 15.02.2022).

Eaubonne, Francoise de (1975): Feminismus oder Tod, München: Verlag Frauenoffensive.

Elmhirst, Rebecca (2015): »Feminist Political Ecology«, in: Tom Perreault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology, Oxon/New York: Routledge, S. 519-530.

Federici, Silvia (2020): Die Welt wieder verzaubern. Feminismus, Marxismus & Commons, Wien: Mandelbaum Verlag.

Ferber, Marianne/Nelson, Julie (Hg.) (2003): Feminist Economics Today. Beyond Economic Man, Chicago/London: The University of Chicago Press.

Garske, Pia (2014): »What's the »matter«? Der Materialitätsbegriff des »New Materialism« und dessen Konsequenzen für feministisch-politische Handlungsfähigkeit«, in: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, 44. Jg., Nr. 174, S. 111-129.

Gaard, Greta (1997): »Toward a Queer Ecofeminism«, in: Hypatia, 12. Jg., Nr. 1, S. 114-137.

Gibson-Graham, J.K. (1996): The End of Capitalism (As We Knew It). A Feminist Critique of Political Economy, Oxford: Blackwell.

Gloy, Karen (1995/1996): Das Verständnis der Natur. Band 1: Die Geschichte des wissenschaftlichen Denkens, Band 2: Die Geschichte des ganzheitlichen Denkens, München: C.H. Beck.

Gottschlich, Daniela (2017): Kommende Nachhaltigkeit. Nachhaltige Entwicklung aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive, Baden-Baden: Nomos.

Gottschlich, Daniela/Schultz, Susanne (2019): »Weniger Klimawandel durch weniger Menschen? Feministische Kritik am neomalthusianischen Revival«, in: FARN - Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hg.): Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz. Eine Diskussion, Berlin: FARN, S. 24-29.

Habermann, Friederike (2016): Ecommony. UmCare zum Miteinander, Sulzbach: Ulrike Helmer.

Hackfort, Sarah (2015): Klimawandel und Geschlecht. Zur politischen Ökologie der Anpassung in Mexiko, Baden-Baden: Nomos.

Haraway, Donna (1995): »Situiertes Wissen«, in: Dies. (Hg.): Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 73-97.

Harcourt, Wendy/Nelson, Ingrid L. (2015): Practising Feminist Political Ecologies. Moving Beyond the ›Green Economy‹, London: Zed Books.

Hartmann, Betsy/Barajas- Román, Elizabeth (2009): »The Population Bomb is Back – with a Global Warming Twist«, in: Women in Action, Nr. 2, S. 70-78.

Hill Collins, Patricia (1995): »Symposium. On West and Fenstermaker's ›Doing Difference‹«, in: Gender & Society, 9. Jg., Nr. 4, S. 491-513.

Hofmeister, Sabine/Katz, Christine/Mölders, Tanja (Hg.) (2013): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Holland-Cunz, Barbara (2014): Die Natur der Neuzeit. Eine feministische Einführung, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Hummel, Diana (2006): »Demographisierung gesellschaftlicher Probleme? Der Bevölkerungsdiskurs aus feministischer Sicht«, in: Peter A. Berger/Heike Kahlert (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 27-52.

Kaijser, Anna/Kronsell, Annica (2014): »Climate change through the lens of intersectionality«, in: Environmental Politics, 23. Jg., Nr. 3, S. 417-433.

Katz, Christine (2013a): »Ökofeminismus«, in: Sabine Hofmeister/Christine Katz/Tanja Mölders (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 79-85.

Katz, Christine (2013b): »Queer Ecofeminism – Queer Ecology: Catriona Sandilands/Mortimer-Sandilands«, in: Sabine Hofmeister/Christine Katz/Tanja Mölders (Hg.):

Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 115-122.
Katz, Christine/Heilmann, Sebastian/Thiem, Anja/Koch, Lea M./Moths, Katharina/Hofmeister, Sabine (2015): Nachhaltigkeit anders denken – Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Keller, Evelyn Fox (1986): Liebe, Macht und Erkenntnis. Männliche oder weibliche Wissenschaft?, München/Wien: Carl Hanser.
Lettow, Susanne (2017): »Turning the Turn: New Materialism, Historical Materialism and Critical Theory«, in: Thesis Eleven, 140. Jg., Nr. 1, S. 106-121.
MacGregor, Sherilyn (2010): »›Gender and climate change‹. From impacts to discourses«, in: Journal of the Indian Ocean Region, 6. Jg., Nr. 2, S. 223-238.
MacGregor, Sherilyn (2021): »Making matter great again? Ecofeminism, new materialism and the everyday turn in environmental politics«, in: Environmental Politics, 30. Jg., Nr. 1-2, S. 41-60.
Merchant, Carolyn (1987): Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft, München: C.H. Beck.
Mies, Maria/Shiva, Vadana (1995): Ökofeminismus. Beiträge zur Praxis und Theorie, Zürich: Rotbuch.
Mohanty, Chandra (1988): »Under Western Eyes. Feminist Scholarship and Colonial Discourses«, in: Feminist Review, 30. Jg., Nr. 1, S. 61-88.
Mölders, Tanja (2013): »Gender & Environment«, in: Sabine Hofmeister/Christine Katz/Tanja Mölders (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 91-96.
Mollett, Sharlene/Faria, Caroline (2013): »Messing with gender in feminist political ecology«, in: Geoforum, 45. Jg., S. 116-125.
Nightingale, Andrea J. (2011): »Bounding difference. Intersectionality and the material production of gender, caste, class and environment in Nepal«, in: Geoforum, 42. Jg., Nr. 2, S. 153-162.
Ojeda, Diana/Sasser, Jade S./Lunstrum, Elizabeth (2019): »Malthus's Specter and the Anthropocene«, in: Gender, Place & Culture, 27. Jg., Nr. 3, S. 316-332.
Plumwood, Val (1993): Feminism and the Mastery of Nature, London/New York: Routledge.
Richardson-Ngwenya, Pamela/Nightingale, Andrea J. (2019): »Diverse ethics for diverse economies. Considering the ethics of embodiment, difference and inter-corporeality at Kufunda«, in: Christine Bauhardt/Wendy Harcourt (Hg.) (2019): Feminist Political Ecology and the Economics of Care. In Search of Economic Alternatives, New York: Routledge, S. 131-161.
Rocheleau, Dianne/Nirmal, Padini (2015): »Feminist Political Ecologies. Grounded, Networked and Rooted on Earth«, in: Rawwida Baksh/Wendy Harcourt (Hg.): The Oxford Handbook of Transnational Feminist Movements, Oxford: Oxford University Press, S. 793-814.
Rocheleau, Dianne/Thomas-Slayter, Barabara/Wangarai, Esther (Hg.) (1996): Feminist Political Ecology. Global Issues and Local Experiences, London: Routledge.
Ross, Loretta/Roberts, Lynn/Derkas, Erika/Peoples, Whitney/Bridgewater, Pamela (Hg.) (2017): Radical Reproductive Justice. Foundation, Theory, Practice, Critique, New York: Feminist Press at the City University of New York.

Ross, Loretta (2017): »Reproductive Justice as Intersectional Feminist Activism«, in: Souls, 19. Jg., Nr. 3, S. 286-314.

Koch, Lea M./Roth, Stephanie (2015): »›Ich sehe was, was Du nicht siehst‹ – Potenziale einer feministisch-postkolonialen Perspektive für den genderorientierten Nachhaltigkeitsdiskurs«, in: Christine Katz/Sebastian Heilmann/Anja Thiem/Lea M. Koch/Katharina Moths/Sabine Hofmeister (Hg.): Nachhaltigkeit anders denken – Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 43-60.

Saave, Anna (2022a): »Ecofeminism Now«, in: transform! europe EUPF (Hg.): transform! europe yearbook 2022. Left Strategies in the Covid Pandemic and its Aftermath, London: Merlin Press, S. 335-350.

Saave, Anna (2022b): Einverleiben und Externalisieren. Zur Innen-Außen-Beziehung der kapitalistischen Produktionsweise, Bielefeld: transcript.

Salleh, Ariel (Hg.) (2009): Eco-Sufficiency and Global Justice. Women Write Political Ecology, London/New York/Melbourne: Pluto Press/Spinifex Press.

Salleh, Ariel (2017): Ecofeminism as Politics. Nature, Marx and the Postmodern, London: Zed Books.

Sandilands, Catriona (1999): The Good-Natured Feminist. Ecofeminism and the Quest for Democracy, Minneapolis: University of Minnesota Press.

Schäfer, Martina/Schultz, Irmgard/Wendorf, Gabriele (Hg.) (2006): Gender-Perspektiven in der Sozial-ökologischen Forschung. Herausforderungen und Erfahrungen aus inter- und transdisziplinären Projekten, München: oekom.

Scheich, Elvira/Schultz, Irmgard (1987): Soziale Ökologie und Feminismus, Frankfurt a.M.: IKO-Verlag für interkulturelle Kommunikation.

Schultz, Irmgard/Weller, Ines (Hg.) (1995): Gender & Environment. Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen, Frankfurt a.M.: IKO-Verlag für interkulturelle Kommunikation.

Schultz, Susanne (2020): Der gefährliche Geist der ›Bevölkerung‹ in der Klimadebatte, in: Femina Politica, 29. Jg., Nr. 2, S. 23-36.

Schulz, Karsten A. (2017): »Decolonizing political ecology: ontology, technology and ›critical‹ enchantment«, in: Journal of Political Ecology, 24. Jg., Nr. 1, S. 125-139.

Seager, Joni (2003): »Rachel Carson Died of Breast Cancer: The Coming of Age of Feminist Environmentalism«, in: Signs: Journal of Women in Culture and Society, 28. Jg, Nr. 3, S. 945-972.

Sundberg, Juanita (2017): »Feminist Political Ecology«, in: Douglas Richardson/Noel Castree/Michael F. Goodchild/Audrey Kobayashi/Weidong Liu/Richard A. Marston (Hg.): The International Encyclopedia of Geography: People, the Earth, Environment and Technology, Chichester/Hoboken: John Wiley & Sons Ltd.

Sundberg, Juanita (2004): »Identities in the Making. Conservation, gender and race in the Maya Biosphere Reserve, Guatemala«, in: Gender, Place and Culture, 11. Jg., Nr. 1, S. 43-66.

Syhre, Joyce-Ann/Brückner, Meike (2019): »›The garden has improved my life‹. Agency and food sovereignty of women in urbane agriculture in Nairobi«, in: Christine Bauhardt/Wendy Harcourt (Hg.): Feminist Political Ecology and the Economics of Care. In Search of Economic Alternatives, New York: Routledge, S. 211-229.

Tuana, Nancy (2013): »Gendering Climate Knowledge for Justice. Catalyzing a New Research Agenda«, in: Margaret Alston/Kerri Whittenbury (Hg.): Research, Ac-

tion and Policy. Addressing the Gendered Impacts of Climate Change, Dordrecht: Springer, S. 17-31.

Twine, Richard (2001): »Ecofeminisms in Process«, http://richardtwine.com/ecofem/ecofem2001.pdf (Zugriff: 15.1.2022).

van den Berg, Karijn (2019): »Environmental feminisms. A story of different encounters«, in: Christine Bauhardt/Wendy Harcourt (Hg.): Feminist Political Ecology and the Economics of Care. In Search of Economic Alternatives, New York: Routledge, S. 55-69.

Weller, Ines/Hoffmann, Esther/Hofmeister, Sabine (Hg.) (1999): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven – alte Blockaden, Bielefeld: Kleine Verlag.

Wember, Carla (2019): »Striving towards what we do not know yet. Living Feminist Political Ecology in Toronto's food network«, in: Christine Bauhardt/Wendy Harcourt (Hg.): Feminist Political Ecology and the Economics of Care. In Search of Economic Alternatives, New York: Routledge, S. 162-188.

Werlhof, Claudie von/Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (Hg.) (1983): Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

West, Candace/Zimmermann, Jon H. (1987): »Doing Gender«, in: Gender and Society, 1. Jg., Nr. 2, S. 125-151.

Wichterich, Christa (1995): »Die Rückkehr der weisen Frauen«, in: Irmgard Schultz/Ines Weller (Hg.): Gender & Environment. Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen, Frankfurt a.M.: IKO-Verlag für interkulturelle Kommunikation, S. 106-130.

Zapata Galindo, Martha (2007): »Feminist Movements in Mexico. From Consciousness-Raising Groups to Transnational Networks«, in: María Luisa Femenías/Amy A. Oliver (Hg.): Feminist Philosophy in Latin America and Spain, Amsterdam/New York: Rodopi, S. 1-19.

Mehr-als-menschliche Ansätze für die Politische Ökologie: Relationale Theorien und Konzepte

Friederike Gesing

Wie kann die Politische Ökologie die fundamentale und krisenhafte Verwicklung von Gesellschaft und → Natur im Anthropozän zu fassen bekommen? Wie kann das Verhältnis von Menschen und nicht-menschlichen Wesen, belebten und unbelebten Umwelten in einer »postnatürlichen Welt« (van Dooeren et al. 2016: 3)[1] theoretisch beschrieben und empirisch beforscht werden? Um sich dieser Frage anzunähern, stellt der Beitrag zunächst relationale Konzepte aus dem interdisziplinären Kontext der *Science and Technology Studies* vor, die das Verhältnis von → Materialität und Sozialität neu konzeptionalisieren. Das Hauptaugenmerk liegt dann auf der Bedeutung mehr-als-menschlicher Theorien aus der Geographie und angrenzenden Feldern für die (Weiter-)Entwicklung relationaler Ansätze in der Politischen Ökologie. Eine solche »mehr-als-menschliche politische Ökologie« (Whatmore 2019) zeigt auf,

> »wie unsere sozial-ökologischen Welten aktiv durch diverse Herstellungsprozesse, Zirkulationen und Verwicklungen von Menschen mit diversen Nicht-Menschen, Ökosystemen, materiellen und immateriellen Elementen und Artefakten gemacht werden« (White/Wilbert 2009: 10f.).

Vorstellung der Zugänge

Die *materielle Wende* der Sozial- und Kulturwissenschaften rückt die grundsätzliche Eingebundenheit menschlicher Akteure in mehr-als-menschliche Welten vor dem Hintergrund tiefgreifender sozio-ökologischer Krisen neu in den Fokus. »Multinaturelle Ontologien« (Lorimer 2012) pluralisieren Natur und verorten sie nicht länger als eine stabile, universale und singuläre Kategorie außerhalb von Gesellschaft und Kultur. Natur(en) werden vielmehr als ein Ergebnis menschlicher und nicht-menschlicher, soziomaterieller Praktiken gefasst (Hinchliffe 2007).

Ein solches nicht-dualistisches Verständnis von Natur(en) und Gesellschaft bietet einen Ausweg aus dem Gegensatz von Sozialkonstruktivismus und Positivismus (Hinchliffe 2007; Lorimer 2012). Gleichzeitig stellt dieser relationale Blick auf mehr-als-

1 Übersetzungen der in diesem Beitrag verwendeten englischsprachigen Zitate erfolgten, soweit nicht anders angegeben, durch die Verfasserin.

menschliche Umwelten eine konzeptionelle Herausforderung für die Politische Ökologie dar, die, so Bruce Braun, in ihren Anfängen »zuerst die Welt in zwei getrennte Bereiche – Natur und Gesellschaft – aufteilte und dann versuchte, deren Beziehung zu verstehen« (Braun 2004: 162). Eine mehr-als-menschliche Politische Ökologie muss dagegen erst herausarbeiten, wie die relationale Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft in der Praxis immer wieder neu hergestellt wird und welche Machteffekte damit einhergehen.

Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) und Praxeographie

Bruno Latours These einer »Verfassung der Moderne« (Latour 1995: 22f.) geht davon aus, dass die westliche Moderne eine ideologische Trennung zwischen den Bereichen der nicht-menschlichen Natur und der menschlichen Kultur, Politik und Gesellschaft institutionalisiert hat. Durch sogenannte ›Praktiken der Reinigung‹ werden alle Phänomene entweder dem einen oder dem anderen dieser Bereiche zugeordnet und damit Natur und Kultur grundsätzlich voneinander unterschieden. Gleichzeitig jedoch entstehen in ›Praktiken der Übersetzung‹ ständig neue hybride Netzwerke, in denen sich Natur und Kultur vermischen. Diese heimliche Vermischung anzuerkennen ist der erste Schritt, um politische Verantwortung für solche ›Naturen-Kulturen‹ (Latour 1995, 139f.; Haraway 2008; 2016) zu übernehmen.

Die unter anderem von Bruno Latour, Michel Callon und John Law entwickelte Akteurs-Netzwerk-Theorie (ANT) untersucht, wie sich menschliche Akteure und andere ›Aktanten‹ – das heißt nicht-menschliche Lebewesen, aber auch Objekte, Artefakte und Technologien – zu Netzwerken zusammenschließen und darin Handlungsmacht entwickeln. Die ANT verfolgt einen symmetrischen Ansatz, das heißt, sie unterscheidet nicht vorgängig zwischen natürlichen und sozialen Elementen; vielmehr haben alle Netzwerkkomponenten sowohl materielle, diskursive als auch soziale Eigenschaften. ›Sozial‹ ist damit eine Art der Relation, die auch nicht-menschliche Entitäten einschließt, deren Materialität soziale Beziehungen stützt (Latour 2005). Dass diese ›flache Ontologie‹ (Latour 2005) auch das → Wissen über bestehende Hierarchien oder → Machtverhältnisse zwischen Netzwerkbestandteilen analytisch ausblendet, ist zugleich ein Hauptkritikpunkt an der ANT.

Prozesse der *Wissensproduktion* sind jedoch ein zentrales Interesse der ANT. Michel Callon (2017 [1986]) analysiert das Zusammenwirken von Muschellarven, Fischer*innen und Forscher*innen, Schlepptauen, Larvenbehältern und Meeresströmungen beim Versuch der Ansiedlung von Kamm-Muscheln in einer bretonischen Bucht als vier Phasen einer ›Übersetzung‹ zwischen den Akteuren, die sich im Erfolgsfall zu einem stabilen Netzwerk zusammenschließen[2]. Die sogenannte »Post-ANT« (Sørensen 2012) untersucht die oft widersprüchliche und instabile, immer wieder neu erfol-

2 Zunächst kommt es zur ›Problematisierung‹, bei der der Rückgang der Kamm-Muscheln durch interessierte Wissenschaftler*innen und relevante Akteure zum Thema gemacht wird. Deren grundsätzliche Übereinstimmung über das zu adressierende Problem bezeichnet Callon auch als den ›obligatorischen Passagepunkt‹. In der Phase des ›Interessement‹ stabilisieren sich die Akteure durch die Zustimmung oder Zurückweisung der ihnen zugeschriebenen Ziele und Interessen innerhalb des Problemrahmens und werden schließlich ins Netzwerk eingeschlossen (›Enrolment‹). Ist das Netzwerk gut koordiniert, erscheint es wie ein einzelner Akteur und kann ›mobilisiert‹, das heißt in neue Netzwerke eingebunden werden.

gende alltagspraktische Einbettung von Technologien. Anstatt auf der Stabilisierung machtvoller technowissenschaftlicher Netzwerke liegt der Fokus hier auf der Fluidität und Prozesshaftigkeit von Gefügen (Sørensen 2012; Law/Lien 2013). Neben das Netzwerk treten damit auch komplexere Formen relationaler Räumlichkeit (Mol/Law 1994; de Laet/Mol 2000).

Annemarie Mols praxeographischer Ansatz (1999, 2002) geht davon aus, dass Dinge in soziomateriellen Praktiken entstehen: »Realität geht den alltäglichen Praktiken, in denen wir mit ihr interagieren, nicht voraus, sondern wird vielmehr innerhalb dieser Praktiken geformt« (Mol 1999: 74f.). Durch unterschiedliche Praktiken können sich die Dinge unterschiedlich materialisieren: eine *ontologische* Verschiedenheit – nicht unterschiedliche Perspektiven auf ein und dieselbe materielle Realität. Am Beispiel der Arteriosklerose zeigt Mol, dass die Krankheit kein »universelles Objekt« ist (Mol 2017: 96), sondern verschiedene Arteriosklerosen in den Praktiken der Untersuchung, Behandlung und der Alltagspraxis der Erkrankten hervorgebracht werden. Diese Multiplizität ist nicht beliebig – es gibt »mehr als eine, aber weniger als viele« (Mol 2017: 55) Objekte, die durch koordinierte Praktiken in Kraft gesetzt (*enacted*) werden. Diese Praktiken sind politisch im Sinne eines aktiven, offenen und umkämpften Prozesses, in dem konkurrierende Ontologien miteinander in Einklang gebracht und nur bestimmte Möglichkeitsräume realisiert werden (Mol 1999). Mol verwendet hierfür den Begriff der »ontologischen Politik« (ebd.: viii).

Neuer Materialismus und Agentieller Realismus

Jane Bennets »vitalistischer Materialismus« (2010) weist wie auch die ANT den Dualismus von passiven Objekten und aktiven Subjekten zurück und überschreitet dabei zugleich die Grenze zwischen Leben und Nicht-Leben, organischer und anorganischer Materie. Die Aktivität der Materie wird auch außerhalb der Verknüpfung mit menschlichen Akteuren wirksam als

> »Fähigkeit von Dingen – Essbarem, Waren, Stürmen, Metallen –, nicht nur den Willen und die Pläne von Menschen zu behindern oder zu blockieren, sondern auch als Quasi-Akteure oder Kräfte mit eigenen Bewegungsbahnen, Neigungen und Tendenzen zu handeln« (Bennett 2010: viii, zit.n. Lemke 2017: 559).

Bennett spricht hier von einer ›Ding-Macht‹, die auch jenseits der Einbindung von Aktanten in produktive Netzwerke oder ›Assemblagen‹ (Deleuze/Guatteri 1992) vorhanden sei. Sie sieht in der Anerkennung der Materialität aller Körper eine Möglichkeit für die Gestaltung »achtsamerer Begegnungen zwischen Menschen-Materialitäten und Ding-Materialitäten« (Bennett 2010: x).

Thomas Lemke (2017) ordnet das Feld neuer Materialismen durch eine Unterscheidung zwischen diesem ›Ding-Materialismus‹, der den Dingen Handlungsmacht als Eigenschaft zuschreibt, und dem ›relationalem Materialismus‹, bei der Handlungsmacht in Netzwerken hervorgebracht wird. Die prominenteste Vertreterin des relationalen Materialismus ist die Physikerin und Wissenschaftshistorikerin Karen Barad (2012, 2017). Auch sie untersucht die Aktivität der Materie, doch versteht sie Materialität als einen Effekt, der erst durch die ›Intra-Aktivität‹ von Elementen entsteht: »Die Materie ist weder fest und gegeben noch das bloße Endprodukt verschiedener Prozes-

se. Materie wird produziert und ist produktiv, sie wird erzeugt und ist zeugungsfähig. Materie ist ein Agens und kein festes Wesen oder eine Eigenschaft von Dingen« (Barad 2017: 581). Barads »Agentieller Realismus« (2012, 2017) geht inspiriert von der Bohrschen Quantenphysik davon aus, dass sich Phänomene in Apparaten materialisieren – das heißt in erweiterbaren Sets von Praktiken oder ›Intra-Aktionen‹ zwischen nicht vorgängigen Entitäten (Barad 2012: 19). Durch Intra-Aktionen oder ›agentielle Schnitte‹ werden erst im Prozess der Wissensproduktion die Grenzen und Eigenschaften der Phänomene, Ursachen und Wirkungen bestimmt. Barads relationale Ontologie ist daher nicht von der Epistemologie zu trennen. Darüber hinaus entwickelt sie eine relationale Ethik, die sich aus der Verschränkung von Subjekten mit anderen Agentien im Prozess der Wissensproduktion und damit im Werden der Welt ergibt (ebd.: 101). Barad bezeichnet ihren Ansatz daher selbst als eine »Ethico-onto-epistemologie« (ebd.: 100).

Mehr-als-menschliche Geographie und Multispezies-Studien

Die Geographin Sarah Whatmore (2002) greift theoretische Bezüge aus der Wissenschafts- und Technikforschung für die Entwicklung einer relationalen und mehr-als-menschlichen Geographie auf, die menschliches Sein und Werden als eingebunden in ein Netz von Körpern, Affekten und Dingen versteht. Sie unterzieht die Kategorisierungspraktiken von Natur und Kultur selbst einer Analyse und arbeitet dabei unter anderem die Gemachtheit und Netzwerkhaftigkeit der Unterscheidung von ›wild‹ und ›gezähmt‹ in unterschiedlichen Kontexten heraus. Der mehr-als-menschliche Ansatz betont die immer schon dagewesene Hybridität und Verbundenheit des Menschseins: Trotz intensivierter Vermischungen von Menschen, Natur und Technik ist damit weder eine epochale Wende (White/Wilbert 2009) noch eine »Posthumanität« im zeitlichen Sinn gemeint (Castree et al. 2004).

Das neben der Geographie unter anderem auch die Kulturanthropologie umfassende Feld der Multispezies-Studien untersucht diese Verschränkungen (*entanglements*) als »multispecies relationality« (van Dooeren et al. 2016: 2). Die Wissenschaftshistorikerin Donna Haraway zeigt diese Relationalität am Beispiel von Hunden und Menschen, die durch jahrtausendealte ko-evolutionäre Beziehungen als Gefährt*innenspezies in einem wechselseitigen ›Mit-Werden‹ begriffen sind (Haraway 2008, 2016). Der Fokus der Multispezies-Studien erstreckt sich deutlich über die Untersuchung menschlicher Beziehungen mit domestizierten Tieren hinaus und nimmt die »Vielzahl lebendiger Agenten, die sich durch verschränkte Beziehungen gegenseitig ins Werden bringen« (van Dooeren et al. 2016: 3) in den Blick. Hier zeigt sich gerade die Kulturanthropologie inspiriert von Indigenen Ontologien (Kohn 2013). Dieses menschliche Eingebettetsein ist jedoch, so die Humangeographin Özge Yaka (2020), eine grundlegende, das heißt nicht kulturgebundene »Bedingung des menschlichen Lebens, und nur vorübergehend überschattet von der modernen Organisation des Natur-Gesellschaft-Dualismus« (Yaka 2020: 176). Menschsein ist also grundsätzlich bestimmt von der Eingebundenheit in die »dichten Gewebe des lebendigen/lebhaften [*lively*] Austauschs« (van Dooren et al. 2016: 14) auf unterschiedlichen Ebenen – einschließlich der Mikroorganismen im menschlichen Körper. Beziehungen fungieren dabei als »kleinste Analyseeinheit« (Haraway 2008: 165). Auch Entitäten wie Gletscher oder Flüsse werden berücksichtigt; die relevante Kategorie ist hier, wie bei Bennett (2010: 111), die Fähigkeit, Wirkung zu erfahren und zu entfalten.

Weiterentwicklungen: Mehr-als-menschliche Umwelten und Chemische Geographien

Da die Hervorbringung materiell-symbolischer Welten nicht auf menschliches Zusammenwirken mit wenigen Gefährt*innenspezies beschränkt ist, kann auch die analytische Darstellung den Menschen nicht länger grundsätzlich in den Mittelpunkt stellen. Die Kulturanthropologin Anna Tsing spricht vom Menschsein als einer »interspecies relationship« (Tsing 2012: 141), geht aber der miteinander verschränkten Wirkungsmacht von Pilzen und Bäumen auch gerade in Abwesenheit menschlicher Subjekte nach (Tsing 2018). In den Ruinen der industriellen Forstwirtschaft bringen diese nicht-menschlichen Akteure gemeinsam Landschaft als eine aktive Assemblage hervor. Damit entwickelt Tsing eine nicht-anthropozentrische Beschreibungsform für das »Machen« von Wäldern (ebd.: 138) als »Ökologien der Begegnung« (ebd.: 191), die menschliches Handeln dezentriert. Tsing begreift Pilze, Bäume und Landschaften dabei explizit auch als historische Akteure, da sie die weitere Entwicklung anderer Elemente beeinflussen. Auch Hinchliffe (2007: 1) argumentiert, dass nicht alle Praktiken des Naturmachens Menschen im Zentrum haben. Uli Beisel (2019: 468) etwa beschreibt die Reaktionen von Moskitos auf den Einsatz insektizidhaltiger Netze in Ghana als »›Logik‹ der Stechmücken«.

Mit Bezug auf chemische Verbindungen lässt sich auch die aktive Rolle abiotischer Elemente am Machen von Welten neu fassen. Unter dem Schlagwort der »Chemischen Geographien« (Barry 2017; Romero et al. 2017) erweitert Andrew Barry seinen Begriff der »materiellen Politiken« (2013), die Artefakte in Wissenskontroversen und politische Konflikte einbinden. Barry konzeptionalisiert Atmosphäre, Landschaften, Gebäude und Körper als »materielle Archive« (Barry 2017: 10) für die Zirkulation und Anlagerung chemischer Substanzen, die so relevante Ansatzpunkte für politische und Alltagspraktiken werden. Der Verweis auf chemische Verbindungen betont den Fokus auf die »Komplexitäten, Reibungen, Widerspenstigkeiten und Rätsel« von »Materie-*in-Relation*« (Abrahamsson et al. 2015: 13, Hervorhebung FG) – und nicht die Kraft der Materie an sich. Romero et al. (2017: 158) sehen in der konzeptionellen Anknüpfung an Chemie als »elementare Wissenschaft der Transformation« auch eine mögliche Basis für eine »politisch engagierte materialistische Wissenschaft« (ebd.), die sich der Frage nach einer »chemisch gerechten Zukunft« verschreibt (ebd.: 158f.). Die feministische und postkoloniale Wissenschafts- und Technikforschung hat hier bereits anschlussfähige Konzepte der Für-Sorge als verkörperte politische Alltagspraxis in mehr-als-menschlichen und toxischen Umwelten (Liboiron et al. 2018) entwickelt (→ Care) – auch im Hinblick auf das politisch-ökologische Kernthema des Bodens (Puig de la Bellacasa 2015).

Ansatzpunkte für mehr-als-menschliche Politische Ökologien

Natur als fragiles Ergebnis heterogener Praktiken zu verstehen, stellt die Politische Ökologie vor neue Fragen nach einer Politik der multiplen Naturen. Wenn Natur nicht mehr universal und eindeutig erscheint und damit, wie Steven Hinchliffe schreibt, »nicht mehr als Versammlungsort für alle und alles zu funktionieren scheint« (Hinchliffe 2007: 188), was kann dann die Grundlage politischer Kämpfe für gerechte und nachhaltige Umwelten sein? Aus der Perspektive interdisziplinärer sozialwissenschaftlicher Nachhaltigkeitsforscher*innen verweisen Lövbrand et al. (2015: 213) auf das Potential einer

»radikal post-natürlichen« Wissenschaft, die die Debatte um das Anthropozän re-politisiert und statt einem Rückbezug auf eine singuläre Natur die kritische Frage stellt, »in welcher Art Umwelten wir leben wollen und welche Gesellschaften wir erschaffen wollen« (Lövbrand et al. 2015: 216). Sie fordern angesichts der Dominanz quantitativer Daten und integrierter Modelle eine qualitative Umweltforschung, die kritisch hinterfragt, »wie etablierte Naturkonzepte und Problemrepräsentationen zustande kommen, wie sie durch einflussreiche Netzwerke aufrechterhalten werden und […] die zu bestimmten Zeitpunkten als notwendig erachteten Lösungen bedingen« (ebd.: 215). Hinchliffe (2007: 191) bezeichnet es als eine empirische, politische *und* ontologische Frage, wie welche Naturen gemacht werden und wie diese Prozesse nachhaltiger und gerechter gestaltet werden können. Dabei bieten sich vor allem zwei Ansatzpunkte für die Politische Ökologie: die Entwicklung experimenteller und kollaborativer Praxen der Wissensproduktion sowie der Fokus auf die ontologischen Politiken des Natur(en)machens.

Experimentelle und kollaborative Wissensproduktion

Bruce Braun (2015b: 103) identifiziert einen »experimental turn« in der Politischen Ökologie, der dem Modus einer reinen Kritik von Außen eine Absage erteilt. Hinchliffe (2007: 191) etwa fordert Sozialwissenschaftler*innen dazu auf, aktiv in die gesellschaftlichen Experimentierräume des Natur(en)machens einzugreifen. Selbst aktiv in das Herstellen von Realitäten eingebunden, sollen Sozialwissenschaftler*innen nicht länger allein als kritische Beobachter*innen auftreten. Whatmore (2019) entwickelt dazu eine kollaborative Forschungspraxis, die Expertise umverteilt und Situationen schafft, die die Dinge dazu ermächtigen, politisch wirksam zu werden (Stengers 2010). In einer englischen Kleinstadt wurden sogenannte ›Kompetenzgruppen‹ aus Anwohner*innen und Wissenschaftler*innen gebildet, die gemeinsam an der Bewältigung örtlicher Hochwasserrisiken arbeiten. Im Zentrum der Arbeit steht dabei die »Fähigkeit aller Arten von Dingen – menschlich und nichtmenschlich, organisch und unorganisch – […] andere zu bewegen und von ihnen bewegt zu werden« (Whatmore 2019: 89). Diese Dinge – Modelle, Landkarten, aber auch ein Stück von der Überschwemmung ruinierter Teppich – werden aktiver Teil der Arbeit. Jamie Lorimer und Clemens Driessen (2019) entwerfen am Beispiel des *Rewildings* von Heckrindern in einem suburbanen Polder in den Niederlanden einen »Umweltschutz im Anthropozän«. Natur wird hier selbst zu einem Multispezies-Experiment mit offenem Ausgang, das Unterscheidungen wie wild oder eingehegt, vorgefunden oder gemacht unterläuft. Dabei entstehen auch neue öffentliche → Konflikte über das richtige Ausmaß menschlichen Eingreifens. Das gilt umso mehr dort, wo sich Spezies als »auto-rewilders« (Tsing 2017) neue Räume erschließen, wie zuletzt etwa der Wolf in Mitteleuropa. Auch hier stellt sich die politische Frage, wer entscheidet, welche Dinge und Lebewesen Anerkennung und ›Gehör‹ finden.

Ontologische Politiken

John Law und Vicky Singleton (2014) entwickeln ein Gedankenexperiment zur Übertragung von Multiplizität auf politische Entscheidungsprozesse angesichts krisenhafter Ereignisse und mit Unsicherheit behafteter Wissensbestände. Das Beispiel des britischen Maul- und Klauenseucheausbruchs im Jahr 2001 durch die Brille multipler Praktiken betrachtend, plädieren sie für eine »fließendere Version der Politik, in der

Natur und Gesellschaft gemeinsam verhandelt und bearbeitet werden« (Law/Singleton 2014: 388). Wie von Mol (2002) vorgeschlagen, verstehen sie unterschiedliche Annahmen über die Eigenschaften des Virus aus der veterinärmedizinischen, virologischen und epidemiologischen Praxis nicht als unterschiedliche Perspektiven auf den gleichen Gegenstand, sondern als Hervorbringung ontologisch verschiedener ›Versionen‹ oder Realitäten der Seuche, die jeweils unterschiedliche politische Antworten bewirken. Nicht die Suche nach einer unterliegenden Realität steht hier im Fokus, sondern die Frage, welche der konkurrierenden Realitäten bzw. unsicheren Theorien über die Epidemie politisch bearbeitet werden sollen.

Steve Hinchliffe (2019) verbindet den Fokus auf ontologische und strukturelle Politiken in seiner ethnographischen Studie über widersprüchliche Praktiken der Biosicherheit in der Nutztierhaltung. Während sich die politische Bearbeitung auf ein ›Ausbruchsnarrativ‹ als dominante Ontologie bezieht und als Antwort eine räumliche Trennung der Tiere von Artgenossen, Krankheitserregern und Menschen durchzusetzen sucht, entstehen in den Alltagspraktiken der Tierproduktion zahlreiche prekäre Begegnungen und Kontaktzonen. So werden im Kontext einer von zunehmender Marktintegration, geringen Margen und minimalen Festanstellungen gekennzeichneten Produktionsweise mobile Keulungsteams eingesetzt. Dass diese niedrig qualifizierten und gering bezahlten Arbeitskräfte selbst kaum Zugang zu Gesundheitsleistungen haben, erhöht die Gefahr der Übertragung von Pathogenen zwischen Mensch und Tier. Hinchliffe begreift dies als eine ›Konfiguration‹ von Gesundheit und Krankheit in soziomateriellen Relationen, die auch die Produktionsverhältnisse der intensiven Tierhaltung umfassen. Er fordert ebenfalls eine Entwicklung kollaborativer Formen der Wissensproduktion, die das praktische Wissen derjenigen, die täglich mit Tieren arbeiten einschließt und Expertise aus Erfahrungswissen, also ›*experience*‹ heraus begründet.

Kritische Betrachtung der Zugänge: Wo ist das Politische im mehr-als-Menschlichen?

Um für die Politische Ökologie anschlussfähig zu sein, müssen mehr-als-menschliche Ansätze auch strukturelle Ungleichheiten, Machtverhältnisse und politische Verantwortung von Akteuren fassen können. Kritik gilt hier insbesondere der symmetrischen Analyse der ANT, deren flache Ontologie vorgängige gesellschaftliche Strukturierungen und Hierarchien bewusst ausblendet. Zugleich ist die Erweiterung des Politischen explizites Anliegen zentraler Autor*innen der ANT. Latours »Parlament der Dinge« (2001) etwa dient dem Einbezug nicht-menschlicher Aktanten in das politische Kollektiv. Dazu soll auch die Trennung zwischen der Repräsentation von Fakten und der politischen Repräsentation aufgehoben werden. Die Frage der Umsetzbarkeit – wer spricht hier wie für wen? – bleibt jedoch theoretisch weitgehend ungeklärt. Im Kontext der neuen Materialismen argumentiert Bennett (2010) ebenfalls dafür, nicht-menschliche Entitäten in zur Problembearbeitung entstehende Öffentlichkeiten einzuschließen. Letztlich fällt sie jedoch wieder auf die Trennung von Menschen und Anderen zurück und empfiehlt einen anthropomorphisierenden Blick auf das Nicht-Menschliche, der in der Materialität aller Körper Anlass zu einem nachhaltigeren Umgang mit der Welt findet. Im Bereich der Multispezies-Ansätze begründet Haraway (2008, 2016) mit ihrem Konzept des ›Antworten-Könnens‹ bzw. der ›Verantwortungsfähigkeit‹ eine re-

lationale Ethik, die sie aus der ontologischen Verbundenheit von Menschen mit ihren Gefährt*innen ableitet und die aus der gemeinsam verkörperten Alltagspraxis heraus entsteht. Barads Agentieller Realismus verortet die Ethik im Prozess der Wissensproduktion selbst. Beides greift jedoch zu kurz. So verweisen Hoppe und Lemke (2015: 273) darauf, dass Barad alle ›Intra-Aktionen‹ zu ›Verantwortungsbeziehungen‹ erhebt, diese Ausweitung des Ethischen damit aber zugleich beliebig wird und letztlich keine Anhaltspunkte für eine normative Positionierung oder Entscheidung darüber bietet, welche Beziehungen als ethisch wertvoll zu bewerten seien. Das Konzept der Intra-Aktion könne zudem weder Ausschlüsse noch Machtasymmetrien, Spannung oder Konflikthaftigkeit berücksichtigen. Dies sind aber zentrale Erkenntnisinteressen der Politischen Ökologie. Gerade durch einen Fokus auf die auch von Hoppe und Lemke (2015: 274) hervorgehobene Kontingenz und Offenheit multipler Ontologien könnten Konflikte über Natur(en) als ontologische Kämpfe neu in den Blick genommen werden, wie es etwa Daniel Münster und Julia Poerting (2016) in Bezug auf alternative Praktiken der Bodenbewirtschaftung im indischen Kontext aufzeigen. Hoppe und Lemke kommen daher zum Schluss, Barad reduziere das Politische auf ethische Fragen: »An die Stelle einer Politisierung von Ontologie(n) tritt hier die Ethisierung des Politischen« (Hoppe/Lemke 2015: 273).

Nicht zuletzt ist angesichts des geforderten Einbezugs anderer Expertisen in einen kollaborativen Erkenntnisprozess kritisch zu hinterfragen, inwiefern sehr voraussetzungsreiche theoretische Konzepte neue Ausschlüsse produzieren. Braun (2015b) weist bezüglich der im Kontext experimenteller Wissenspraktiken diskutierten »Kompetenzgruppen« (Whatmore 2019) zudem darauf hin, dass hier weder Fragen des Zugangs zu Entscheidungsforen noch die lokalen Machtverhältnisse und Vorgeschichten Eingang in die Darstellung gefunden haben. Zugleich werde hier für die experimentelle Situation ein Container-Raum konzeptionalisiert, der sich vollständig auf ein bestimmtes Wassereinzugsgebiet konzentriere, weiterreichende Prozesse wie den Klimawandel oder die Auswirkungen nationaler Agrarpolitiken ausblende und die Überflutung damit letztlich als »›lokales‹ Problem, das ›lokale‹ Lösungen erfordert« (Braun 2015b: 111) rahme. Es sei jedoch fraglich, ob angesichts solcher Ausschlüsse ein transformativer Wandel allein durch eine experimentelle, generative Praxis möglich sei (ebd.: 110f.). Angeraten sei vielmehr auch gegenüber solchen Experimenten die Beibehaltung einer kritischen politisch-ökologischen Analyse des Kontextes.

Fazit und Ausblick

Die hier vorgestellten Ansätze lassen sich auch als Versuche systematisieren, Relationalität auf unterschiedlichen Ebenen zu greifen: Die Akteur-Netzwerk-Theorie geht von einer verteilten Handlungsmacht menschlicher Akteure und nicht-menschlicher Aktanten aus, die in heterogenen Netzwerken entsteht. Der Agentielle Realismus beschreibt, wie Elemente eines Phänomens erst in der Relation hervorgebracht werden. Der Fokus auf kollaborative und experimentelle Praktiken stellt Beziehungen zwischen Menschen, nicht-menschlichen Lebewesen und Objekten ins Zentrum der Wissensproduktion. Die Multispezies-Studien fokussieren den menschlichen Körper selbst als eine »Interspezies-Beziehung« (Tsing 2012). Prekär bleibt jedoch die politische Reichweite der daraus abgeleiteten relationalen Ethiken.

Trotz berechtigter Kritik an der teils mangelnden Kontextualisierung und Ausblendung von Machtverhältnissen in den mehr-als-menschlichen Ansätzen eröffnen diese jedoch auch neue konzeptionelle Spielräume für die Politische Ökologie. Gerade mit Blick auf Fragen der → Umweltgerechtigkeit (Walker 2012) können relationale Ontologien Wege zu einer »sozio-ökologischen Gerechtigkeit« (Yaka 2020) eröffnen, die auch das Recht auf die Verbundenheit mit der mehr-als-menschlichen Welt einschließt. Angesichts der langen Geschichte ›epistemischer Gewalt‹ (Vermeylen 2019) ist die Anerkennung situierter Indigener Ontologien, die eine dualistische Trennung von Mensch und Natur ebenfalls ablehnen, hier politisch besonders relevant. Ein gutes Beispiel hierfür ist die 2017 erfolgte Anerkennung des neuseeländischen Whanganui River als Rechtssubjekt (Morris/Ruru 2010; Flitner/Gesing 2021). Diese kann nicht nur als eine Anerkennung des Flusses als eine lebendige und unteilbare Einheit (Warne 2019) verstanden werden. Sie ist zugleich eine Anerkennung der genealogischen Verbindung zwischen lokalen Maori (Ngāti Hau) und Fluss wie auch ein Signal für die Neuordnung der historisch ungerechten Verhältnisse *zwischen Menschen*, das heißt Maori und Siedler*innen.

Eine situierte Wissensproduktion beinhaltet daher schließlich auch die Analyse unnachhaltiger, ungerechter, das heißt *unerwünschter soziomaterieller Relationen*, wie es Max Liboiron (2021) exemplarisch für das Verhältnis von Kolonialismus, Umweltverschmutzung und → Müll herausarbeitet. Bislang nehmen nur wenige Arbeiten sowohl ontologische Politiken als auch sozioökonomische Fragen empirisch in den Blick. Dieses Verhältnis zwischen ›neuem‹ und ›altem‹ Materialismus (Braun 2015a; Bauriedl 2016), etwa das Zusammenspiel politischer Kämpfe um alternative Ontologien mit dem Widerstand gegen globale kapitalistische Wertschöpfungslogiken, bleibt auch für eine relationale Politische Ökologie (Münster/Poerting 2016) zentrales Anliegen. Dazu gilt es, den empirischen Fokus verstärkt auf ontologische Politiken zu legen, das heißt auf konkrete, soziomaterielle Praktiken, in denen menschliche Akteure in der Verschränkung mit mehr-als-menschlichen Lebewesen, Artefakten und Objekten um die Inkraftsetzung bestimmter Natur-Kultur-Verhältnisse ringen.

Literatur

Abrahamsson, Sebastian/Bertoni, Filippo/Mol, Annemarie/Martín, Rebeca Ibáñez (2015): »Living with Omega-3: New Materialism and Enduring Concerns«, in: Environment and Planning D: Society and Space, 33. Jg., Nr. 1, S. 4-19.

Barad, Karen (2012): Agentieller Realismus. Über die Bedeutung materiell-diskursiver Praktiken, Berlin: Suhrkamp.

Barad, Karen (2017): »Agentieller Realismus«, in: Susanne Bauer/Torsten Heinemann/Thomas Lemke (Hg.): Science and Technology Studies. Klassische Positionen und aktuelle Perspektiven, Berlin: Suhrkamp, S. 574-643.

Barry, Andrew (2013): Material politics. Disputes along the pipeline, Oxford/Chichester: John Wiley & Sons Ltd.

Barry, Andrew (2017): Manifesto for a Chemical Geography. Inaugural lecture. UCL, 24th January 2017.

Bauriedl, Sybille (2016): »Politische Ökologie: nicht-deterministische, globale und materielle Dimensionen von Natur/Gesellschaft-Verhältnissen«, in: Geographica Helvetica, 71. Jg., Nr. 4, S. 341-351.

Beisel, Uli (2019): »Märkte und Mutationen. Mückennetze, Malaria und Weltgesundheitspolitik«, in: Friederike Gesing/Michi Knecht/Michael Flitner/Katrin Amelang (Hg.): NaturenKulturen. Denkräume und Werkzeuge für neue politische Ökologien, Bielefeld: transcript, S. 447-478.

Bennett, Jane (2010): Vibrant matter. A political ecology of things, Durham/London: Duke University Press.

Braun, Bruce (2004): »Nature and Culture: on the Career of a False Problem«, in: James S. Duncan/Nuala C. Johnson/Richard H. Schein (Hg.): A Companion to Cultural Geography, Oxford: Blackwell, S. 151-179.

Braun, Bruce (2015a): »The 2013 Antipode RGS-IBG Lecture. New Materialisms and Neoliberal Natures«, in: Antipode, 47. Jg., Nr. 1, S. 1-14.

Braun, Bruce (2015b): »From Critique to Experiment? Rethinking political ecology for the Anthropocene«, in: Tom Perreault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge, S. 102-114.

Callon, Michel (2017 [1986]): »Einige Elemente einer Soziologie der Übersetzung: die Domestikation der Kammmuscheln und der Fischer der St. Brieuc-Bucht«, in: Susanne Bauer/Torsten Heinemann/Thomas Lemke (Hg.): Science and Technology Studies. Klassische Positionen und aktuelle Perspektiven, Berlin: Suhrkamp, S. 292-335.

Castree, Noel/Nash, Catherine/Badmington, Neil/Braun, Bruce (2004): »Mapping Posthumanism: An Exchange«, in: Environment and Planning A: Economy and Space, 36. Jg., Nr. 8, S. 1341-1363.

de Laet, Marianne/Mol, Annemarie (2000): »The Zimbabwe Bush Pump: Mechanics of a Fluid Technology«, in: Social Studies of Science, 30. Jg., Nr. 2, S. 225-263.

Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1992): Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie, Berlin: Merve-Verlag.

Flitner, Michael/Gesing, Friederike (2021): »Mehr als eine Natur. Aspekte der Umweltgerechtigkeit in Neuseeland«, in: Geographische Rundschau, 73. Jg., Nr. 6, S. 34-39.

Haraway, Donna (2008): When Species Meet, Minneapolis/London: University of Minnesota Press.

Haraway, Donna (2016): Das Manifest für Gefährten. Wenn Spezies sich begegnen, Berlin: Merve-Verlag.

Hinchliffe, Steve (2007): Geographies of Nature. Societies, Environments, Ecologies, Los Angeles/London/New Delhi/Singapore: Sage Publications.

Hinchliffe, Steve (2019): »Mehr als eine Welt, mehr als eine Gesundheit: Gesundheit *inter species* neu konfigurieren«, in: Friederike Gesing/Michi Knecht/Michael Flitner/Katrin Amelang (Hg.): NaturenKulturen. Denkräume und Werkzeuge für neue politische Ökologien, Bielefeld: transcript, S. 479-508.

Hoppe, Katharina/Lemke, Thomas (2015): »Die Macht der Materie«, in: Soziale Welt, 66. Jg., Nr. 3, S. 261-280.

Kohn, Eduardo (2013): How Forests Think. Toward an Anthropology Beyond the Human, Berkeley: University of California Press.

Latour, Bruno (1995): Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie, Berlin: Akademie Verlag.

Latour, Bruno (2001): Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Latour, Bruno (2005): Reassembling the Social. An Introduction to Actor-Network-Theory, Oxford/New York: Oxford University Press.

Law, John/Lien, Marianne Elisabeth (2013): »Slippery: Field notes in empirical ontology«, in: Social Studies of Science, 43. Jg., Nr. 3, S. 363-378.

Law, John/Singleton, Vicky (2014): »ANT, multiplicity and policy«, in: Critical Policy Studies, 8. Jg., Nr. 4, S. 379-396.

Lemke, Thomas (2017): »8. Neue Materialismen – Einführung«, in: Susanne Bauer/Torsten Heinemann/Thomas Lemke (Hg.): Science and Technology Studies. Klassische Positionen und aktuelle Perspektiven, Berlin: Suhrkamp, S. 551-573.

Liboiron, Max (2021): Pollution Is Colonialism, Durham: Duke University Press.

Liboiron, Max/Tironi, Manuel/Calvillo, Nerea (2018): »Toxic politics: Acting in a permanently polluted world«, in: Social Studies of Science, 48. Jg., Nr. 3, S. 331-349.

Lorimer, Jamie (2012): »Multinatural Geographies for the Anthropocene«, in: Progress in Human Geography, 36. Jg., Nr. 5, S. 593-612.

Lorimer, Jamie/Driessen, Clemens (2019): »Wilde Experimente in den Oostvaardersplassen. Zur Neubestimmung des Umweltschutzes im Anthropozän«, in: Friederike Gesing/Michi Knecht/Michael Flitner/Katrin Amelang (Hg.): NaturenKulturen. Denkräume und Werkzeuge für neue politische Ökologien, Bielefeld: transcript, S. 105-138.

Lövbrand, Eva/Beck, Silke/Chilvers, Jason/Forsyth, Tim/Hedrén, Johan/Hulme, Mike/Lidskog, Rolf/Vasileiadou, Eleftheria (2015): »Who speaks for the future of Earth? How critical social science can extend the conversation on the Anthropocene«, in: Global Environmental Change, 32. Jg., S. 211-218.

Mol, Annemarie (1999): »Ontological Politics. A Word and Some Questions«, in: John Law/John Hassard (Hg.): Actor Network Theory and After, Oxford: Blackwell, S. 74-89.

Mol, Annemarie (2002): The Body Multiple: Ontology in Medical Practice, Durham: Duke University Press.

Mol, Annemarie/Law, John (1994): »Regions, Networks and Fluids: Anaemia and Social Topology«, in: Social Studies of Science, 24. Jg., Nr. 4, S. 641-671.

Morris, James/Ruru, Jacinta (2010): »Giving Voice to Rivers: Legal Personality as a vehicle for recognising indigenous peoples' relationships to water?«, in: Australian Indigenous Law Review, 14. Jg., Nr. 2, S. 49-62.

Münster, Daniel/Poerting, Julia (2016): »Land als Ressource, Boden und Landschaft: Materialität, Relationalität und neue Agrarfragen in der Politischen Ökologie«, in: Geographica Helvetica, 71. Jg., Nr. 4, S. 245-257.

Puig de la Bellacasa, Maria (2015): »Making time for soil: Technoscientific futurity and the pace of care«, in: Social Studies of Science, 45. Jg., Nr. 5, S. 691-716.

Romero, Adam M./Guthman, Julie/Galt, Ryan E./Huber, Matt/Mansfield, Becky/Sawyer, Suzana (2017): »Chemical Geographies«, in: GeoHumanities, 3. Jg., Nr. 1, S. 158-177.

Sørensen, Estrid (2012): »Post-Akteur-Netzwerk Theorie«, in: Stefan Beck/Jörg Niewöhner/Estrid Sørensen (Hg.): Science and Technology Studies. Eine sozialanthropologische Einführung, Bielefeld: transcript, S. 327-345.

Stengers, Isabelle (2010): »Including Nonhumans in Political Theory: Opening the Pandora's Box?«, in: Bruce Braun/Sarah Whatmore (Hg.): Political Matter. Technoscience, Democracy, and Public Life, Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 3-33.

Tsing, Anna L. (2012): »Unruly Edges: Mushrooms as Companion Species«, in: Environmental Humanities, 1. Jg., Nr.1, S. 141-154.

Tsing, Anna L. (2017): »The Buck, the Bull, and the Dream of the Stag: Some unexpected weeds of the Anthropocene«, in: Suomen Antropologi, 42. Jg., Nr. 1, S. 3-21.

Tsing, Anna L. (2018): Der Pilz am Ende der Welt. Über das Leben in den Ruinen des Kapitalismus, Berlin: Matthes & Seitz.

van Dooren, Thom/Kirksey, Eben/Münster, Ursula (2016): »Multispecies Studies. Cultivating Arts of Attentiveness«, in: Environmental Humanities, 8. Jg., Nr. 1, S. 1-23.

Vermeylen, Saskia (2019): »Environmental justice and Epistemic violence«, in: Local Environment, 24. Jg., Nr. 2, S. 89-93.

Walker, Gordon (2012): Environmental Justice. Concepts, Evidence and Politics, London/New York: Routledge.

Warne, Kennedy (2019): »A Voice for Nature«, https://www.nationalgeographic.com/culture/graphics/maori-river-in-new-zealand-is-a-legal-person (Zugriff: 13.07.2021).

Whatmore, Sarah (2002): Hybrid Geographies. Natures, Cultures, Spaces, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications.

Whatmore, Sarah (2019): »Irdische Kräfte und affektive Umwelten. Eine ontologische Hochwasserpolitik«, in: Friederike Gesing/Michi Knecht/Michael Flitner/Katrin Amelang (Hg.): NaturenKulturen. Denkräume und Werkzeuge für neue politische Ökologien, Bielefeld: transcript, S. 105-138.

White, Damian F./Wilbert, Chris (2009): »Inhabiting Technonatural Time/Spaces«, in: Damian F. White/Chris Wilbert (Hg.): Technonatures. Environments, Technologies, Spaces, and Places in the Twenty-First Century, Waterloo: Wilfrid Laurier University Press, S. 1-30.

Yaka, Özge (2020): »Justice as relationality: socio-ecological justice in the context of anti-hydropower movements in Turkey«, in: Die Erde, 151. Jg., Nr., 2-3, S. 167-180.

Diskurstheoretische Ansätze in der Politischen Ökologie

Annika Mattissek

Deutungskämpfe um → Natur und Umwelt sind derzeit nahezu allgegenwärtig und sind vielfach mit den großen Herausforderungen der Menschheit verbunden: Es geht um angemessene Entscheidungen im Kampf gegen den globalen Klimawandel ebenso wie um die Ausbeutung und Verteilung natürlicher Ressourcen, Fragen des Natur- und → Biodiversitätsschutzes oder die Vermeidung und Entsorgung von → Müll. Bei all diesen Themen zeigt sich, dass zwar einerseits ein breites naturwissenschaftliches → Wissen über ökologische Zusammenhänge und Kausalbeziehungen besteht, andererseits aus diesem Wissen aber nicht ohne weiteres objektiv ›richtige‹ politische Entscheidungen und gesellschaftliche Umsetzungen abgeleitet werden können. Vielmehr ist gerade die Frage, welche Maßnahmen und Politiken angemessen, welche Einschränkungen zumutbar und welche Ausgleiche notwendig sind, Gegenstand von diskursiven Aushandlungsprozessen.

Ansätze der Diskursforschung setzen hier an und untersuchen, wie in Sprache und anderen symbolischen Verweissystemen wie Karten (→ soziale Kartographien) oder Bildern Bedeutungen konstituiert werden, die dann in → Konflikten, Entscheidungen und Praktiken rund um ökologische Fragestellungen wirksam werden. Kernthese der Diskurstheorie ist dabei, dass Wissen und Wahrheiten gesellschaftlich produziert und untrennbar mit → Machtverhältnissen verknüpft sind. Damit sind Untersuchungen umweltbezogener Diskurse auch immer mit Fragen danach verbunden, welche Sichtweisen sich als legitim oder illegitim etablieren, welchen Zielstellungen Priorität zugeschrieben wird und welche Auffassungen von Natur bzw. von Mensch-Natur-Verhältnissen dem zugrunde liegen.

Im Folgenden werden zunächst die konzeptionellen Grundlagen der Diskurstheorie kurz vorgestellt, bevor deren Anwendungsmöglichkeiten in politisch-ökologischen Analysen diskutiert werden. Der Beitrag schließt mit einem kurzen Fazit.

Konzeptionelle Grundlagen der Diskurstheorie

Diskurstheorien bauen auf der Erkenntnis auf, dass Sprache und andere Bedeutungssysteme nicht einfach eine real vorhandene, objektiv bestimmbare ›Wirklichkeit‹ abbilden, sondern dass vielmehr gesellschaftliche Realitäten in symbolischen Verweissystemen – sogenannten Diskursen – hergestellt werden. In Diskursen werden kollektiv gültige Wissensordnungen und Vorstellungen geprägt, die dann politischen

Entscheidungen, alltäglichen Praktiken und individuellen und kollektiven Identitäten zugrunde liegen (Glasze/Mattissek 2021).

Damit schließen Diskurstheorien an den linguistischen Strukturalismus nach Ferdinand de Saussure (1931) an. Dieser argumentiert, dass Konzepte und Vorstellungen nicht außerhalb von Sprache bestehen und dass die Sozialisation innerhalb sprachlicher Strukturen zwingend notwendig ist, um jegliche Form von Wirklichkeit begreifen zu können. Entsprechend können Dinge und Prozesse, die nicht sprachlich bezeichnet und eingeordnet werden können, auch nicht in alltägliche und politische Sinnzusammenhänge gestellt werden. Beispielsweise wird der globale Klimawandel nur dadurch als solcher erfahrbar und damit auch gesellschaftlich prozessierbar, dass zunächst naturwissenschaftliche Messungen, Modelle und Erkenntnisse miteinander verknüpft und in einen Kausalzusammenhang mit bestimmten menschlichen Praktiken gebracht werden. Ob und inwieweit dieser Diskurs der menschlichen Klimaveränderung dann handlungswirksam wird, hängt in einem zweiten Schritt davon ab, in welches Verhältnis von Prioritäten, möglichen Maßnahmen und gesellschaftlichen Präferenzen diese Erkenntnisse gestellt werden. Mit anderen Worten: Phänomene wie der globale Klimawandel rufen nicht einfach ›an sich‹ bestimmte gesellschaftliche Antworten hervor, sondern der Umgang mit ihnen ist immer davon abhängig, in welche Sinnzusammenhänge sie gestellt werden.

Damit wendet sich der analytische Blick den sprachlichen und anderen symbolischen Prozessen zu, in denen Bedeutungen hergestellt und permanent neu verhandelt werden. Diese werden aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven je spezifisch konzeptualisiert: Der bereits erwähnte *Strukturalismus* betont, dass Sprache und andere Symbolsysteme etablierte und über lange Zeit stabile Muster aufweisen, die sicherstellen, dass Aussagen von Personen ähnlich eingeordnet und so überhaupt erst ›verstanden‹ werden können (Saussure 1931). Diese weitgehend deterministische Rolle von Bedeutungsstrukturen wird von Ansätzen der *Sprachpragmatik* erweitert und kritisiert: Sie argumentieren, dass sprachlich-symbolische Strukturen nicht fix und unveränderlich, sondern abhängig vom kontextabhängigen Gebrauch von Sprache durch sprechende (schreibende, lesende, sich symbolisch ausdrückende) → Akteure seien (Searle 1969; Austin 1972; Grice 1975). Aus einer solchen pragmatischen Sicht wird deutlich, dass Sprache in unterschiedlichen Kontexten durchaus verschieden verwendet wird und dass bestimmte Äußerungen hier jeweils unterschiedliche Bedeutungen annehmen können. Der *Poststrukturalismus* schließlich nimmt sowohl die Idee der Entstehung von Bedeutung in sprachlich-symbolischen Strukturen, als auch die Erkenntnis, dass Deutungen fluide und kontextabhängig sind, auf (Derrida 1974; Laclau/Mouffe 1985). Poststrukturalistischen Ansätzen zufolge sind sprachlich-symbolische Strukturen nie stabil, sondern permanent im Fluss und verhandelbar. Ihre Fluidität und die Schwierigkeit, Bedeutungen eindeutig zu fixieren, ergeben sich dabei zum einen aus Veränderungen und Verschiebungen über die Zeit, zum anderen aus ihrer Abhängigkeit von ihren gesellschaftlichen Äußerungskontexten. Entsprechend sind Bedeutungen immer *überdeterminiert*, das heißt, sie docken an unterschiedliche Sinnsysteme und Auslegungen an und erlauben daher einen gewissen Auslegungsspielraum. Diese Überdeterminierung von Bedeutungen erklärt dann beispielsweise auch, warum Phänomene wie der globale Klimawandel diskursiv umkämpft sind (Hulme 2009): Dieser wird in unterschiedlichen Kontexten wie der Politik, Wirtschaft oder sozialen Bewegungen in durchaus unterschiedliche Sinnzusammenhänge gestellt, die sich wieder-

um auch zeitlich verändern können. So hat sich etwa im Zuge der Corona-Pandemie gezeigt, dass die Prioritäten des Klimaschutzes im Verhältnis zu anderen politischen Zielen wie wirtschaftlicher Stabilisierung und Gesundheitsschutz diskursiv neu verhandelt werden mussten.

Diese theoretischen Perspektiven machen deutlich, dass sprachliche Deutungsmuster zum einen sehr machtvoll sind, da sie das Sprechen und Denken strukturieren und somit auch bestimmte Handlungsweisen ermöglichen und andere verhindern. Zum anderen zeigen sie auf, dass Deutungsmuster wandelbar und teilweise widersprüchlich sind. Daraus folgt unmittelbar, dass sich um die ›richtige‹ und ›wahre‹ Auslegung von Sachverhalten permanent Aushandlungsprozesse und Konflikte entfalten. Als Diskurse werden vor diesem Hintergrund »überindividuelle Muster des Denkens, Sprechens, Sich-selbst-Begreifens und Handelns [bezeichnet] sowie die Prozesse, in denen bestimmte Vorstellungen und Handlungslogiken hergestellt und immer wieder verändert werden« (Glasze/Mattissek 2021: 13). Das heißt, Diskurse stellen die umkämpften und machtvollen Versuche der Fixierung flüchtiger Bedeutungen dar.

Ein zentrales Merkmal und eine wichtige Unterscheidung gegenüber akteurszentrierten Ansätzen stellt in Diskurstheorien die Kritik an der Idee autonom und intentional handelnder Subjekte dar. Diese wurde prominent in den Arbeiten von Michel Foucault, einem der wichtigsten Vordenker und Theoretiker der Diskursforschung, ausgeführt (Foucault 1971). Damit ist allerdings keineswegs gemeint, dass menschliche Subjektivität oder Intentionen nicht existieren würden oder unwichtig seien. Vielmehr geht es Foucault darum, zu betonen, dass diese dem Diskurs nicht vorgängig, sondern vielmehr ein Effekt diskursiver Prozesse sind. Entsprechend sind auch menschliche Identitäten immer im Fluss und durch permanente, gleichwohl letztlich erfolglose Versuche der Schließung gekennzeichnet (Laclau/Mouffe 1985). Eine zentrale Rolle spielen hierbei Prozesse des »Othering« (Said 1978), bei denen sich das ›Eigene‹ in Abgrenzung von einem als unterlegen und/oder bedrohlich konnotierten ›Anderen‹ definiert (→ Post- und Dekoloniale Politische Ökologie). Mit diesem Fokus auf Prozesse der Identitätsformierung eröffnen sich für die Forschung völlig neue Fragestellungen, die darauf abzielen zu verstehen, wie etwa Menschen bestimmte umweltbezogene Normen und Werte internalisieren (und wie diese verändert werden können), wie individuelle und kollektive Identitäten entstehen, die dann zu bestimmten Handlungsweisen führen und welche Bewertungen und Formen der In- bzw. Exklusion damit jeweils verbunden sind.

Eng mit dieser Kritik an vordiskursiv gegebenen Identitäten und Akteuren verknüpft ist das ebenfalls von Michel Foucault entwickelte Konzept der *Gouvernementalität*. Kernargument des Begriffs der Gouvernementalität ist, dass Zwang (z.B. in Form von Verboten und Verordnungen) nicht die einzige Möglichkeit ist, Macht über Menschen auszuüben. Vielmehr gewinnen Foucault zufolge in ›modernen‹ Gesellschaften Formen der Führung an Bedeutung, die über die Verinnerlichung von Normen und Handlungsmustern darauf abzielen, dass Menschen sich freiwillig und aus Überzeugung in einer bestimmten Art und Weise verhalten (Foucault 2006). Wie im nächsten Kapitel näher ausgeführt wird, wurde dieses Konzept in der Politischen Ökologie vielfach aufgegriffen, um zwischen unterschiedlichen Formen der umweltpolitischen Steuerung zu unterscheiden und auf deren Verknüpfung mit diskursiven Aushandlungsprozessen hinzuweisen (Mattissek/Sturm 2017).

Trotz dieser grundsätzlichen Konzeption von Akteuren, Subjektivitäten und Identitäten als Effekte von Diskursen unterscheiden sich diskurstheoretische Ansätze in Bezug auf die Frage, wie radikal sie die prä-diskursive Existenz von Akteuren und deren Autonomie gegenüber Diskursen konzeptualisieren und wie sie das Verhältnis von struktureller Stabilität und überdeterminierter Kontingenz auslegen. Entsprechend lassen sich innerhalb der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung[1] drei konzeptionelle Strömungen abgrenzen (vgl. Glasze/Mattissek 2021):

Strukturalistische Ansätze stehen in der Tradition marxistischer Ideologiekritik und zielen darauf ab, ideologische Sichtweisen und Weltbilder zu denaturalisieren, die sich aus der Meinungsführerschaft gesellschaftlich dominanter Gruppen ergeben (Fairclough 1995). Zentral für diese Strömung der Diskursforschung ist, dass sie davon ausgeht, dass Diskurse durch die grundlegenden sozioökonomischen Strukturen der Gesellschaft geprägt werden – der Anspruch ist es dann, quasi ›hinter‹ diese Ideologien zu blicken, um so die ›wirklichen‹ Strukturen erkennen zu können (Jørgensen/Phillips 2002). Für die Politische Ökologie ergeben sich hier Anknüpfungspunkte vor allem zu polit-ökonomischen Traditionen, die nicht nur die kapitalistische Strukturierung von Mensch-Umwelt-Verhältnissen, sondern auch deren diskursive Legitimation in den Blick nehmen.

Hiervon grenzen sich *poststrukturalistische Ansätze* ab, die soziale Strukturen nicht als Ursprung von Diskursen verstehen, sondern beide als wechselseitig konstitutiv interpretieren (Laclau/Mouffe 1985; Glynos/Howarth 2007). Entsprechend rücken in dieser Perspektive gerade die permanenten Bedeutungsverschiebungen, Kontingenzen und Widersprüche in den Blick, durch die gesellschaftliche Bedeutungskonstruktionen und die aus ihnen resultierenden sozialen Verhältnisse gekennzeichnet sind. In ähnlicher Art und Weise verstehen poststrukturalistische Ansätze auch Akteure und deren Identitäten nicht als dem Diskurs vorgängig, sondern interpretieren diese konsequent als Effekte diskursiver Prozesse. Ihr Blick richtet sich dann auf die Frage, wie (individuelle und kollektive) Identitäten immer wieder auf neue und widersprüchliche Weisen diskursiv hergestellt – und herausgefordert – werden (Glasze/Mattissek 2021).

Im Gegensatz hierzu schreiben Ansätze der *wissenssoziologischen und argumentativen Diskursforschung* Akteuren eine deutlich größere Autonomie zu und verstehen Diskurse und Akteure als dialektisch aufeinander bezogen (Hajer 1995; Keller 2011). In der Politischen Ökologie wurde hier besonders der Ansatz der Argumentativen Diskursanalyse von Maarten Hajer (2005) intensiv rezipiert. Dieser geht davon aus, dass Akteure ihre Vorstellungen und politischen Forderungen nicht unabhängig von Diskursen entwickeln, sich durchaus aber strategisch gegenüber diskursiven Argumentationen positionieren und auf diese Einfluss nehmen (Espinosa et al. 2017). Entsprechend bilden sich in umweltpolitischen Konflikten häufig sogenannte Diskurs-Koalitionen heraus, in denen Netzwerke von Akteuren gemeinsame Argumentationen und Praktiken vertreten (Hajer 2005). In der Politischen Ökologie greifen verhältnismäßig viele Arbeiten auf solche stärker akteurszentrierte Ansätze zurück (z.B. Espinosa 2014; Kurze 2018). Dies erklärt sich zum einen daraus, dass diese in Situationen mit relativ klar iden-

1 Neben den hier skizzierten gesellschaftswissenschaftlichen Positionen haben sich in den Sprachwissenschaften weitgehend eigenständige Debatten um den Diskursbegriff entwickelt. Da diese für empirische Arbeiten der Politischen Ökologie keine zentrale Rolle spielen, werden sie hier nicht weiter aufgegriffen (vgl. für eine kurze Einordnung Mattissek 2021).

tifizierbaren Konfliktparteien diskursive Aushandlungen recht unmittelbar mit den jeweils resultierenden Auswirkungen auf ›Gewinner‹ und ›Verlierer‹ umweltbezogener Aushandlungen verbinden können. Auch die spezifischen Positionen und diskursiven Strategien marginalisierter Gruppen, deren Untersuchung in der Politischen Ökologie häufig einen zentralen Stellenwert hat, lassen sich aus dieser Perspektive besonders gut erfassen. Gleichzeitig geraten damit gruppenübergreifende diskursive Trends sowie Widersprüchlichkeiten in den diskursiven Argumentationen von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen tendenziell eher aus dem Blick.

Diskurstheoretische Ansätze in Arbeiten der Politischen Ökologie

Aus den skizzierten theoretischen Überlegungen lassen sich für die Politischen Ökologie drei eng miteinander verknüpfte Anwendungsfelder ableiten, die im Folgenden kurz skizziert werden sollen. Diese umfassen erstens die Analyse und kritische Hinterfragung etablierter Epistemologien und deren Verknüpfung mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen, zweitens die Untersuchung konkurrierender Deutungsweisen und Zuschreibungen in umweltbezogenen Konflikten und drittens die Untersuchung der Verschränkung von Wissensordnungen und gouvernementaler Steuerungsformen.

Die *Untersuchung epochaler Wissenssysteme*, der Episteme, setzt an der Erkenntnis an, dass die Art und Weise, wie wir die Welt wahrnehmen, untrennbar mit der Frage verbunden ist, in welchen Kategorien wir gelernt haben, über sie nachzudenken. Für die Politische Ökologie besonders relevant ist an dieser Stelle die Bestimmung des Verhältnisses von Mensch bzw. Gesellschaft und Natur. Der Mainstream der Denktraditionen der abendländischen Moderne geht dabei von einer strikten Trennung von Kultur und Natur aus – ein Gegensatz, der in vielen Fällen mit der Unterscheidung zwischen Körper und Geist bzw. Materie und Sinn übereinstimmt (Zierhofer 2011). Diese begriffliche Trennung liegt auch Wissenschaftsverständnissen einer apolitischen Ökologie zugrunde, die davon ausgehen, dass Forschungsgegenstände der Naturwissenschaften objektiv beschreibbaren Gesetzmäßigkeiten folgen und nicht durch sozio-historisch spezifische Wissensordnungen gekennzeichnet seien. Vor allem feministische und postkoloniale Autor*innen haben in vielfältiger Weise herausgearbeitet, welche gesellschaftlichen Machteffekte etwa in Bezug auf Geschlechterverhältnisse oder koloniale Unterdrückungen mit Hilfe ihrer Beschreibung als (vermeintlich!) ›natürlich‹ legitimiert wurden (ebd.).

Umweltbezogene Konflikte um das Verhältnis von Kultur und Natur entstehen vielfach dann, wenn westlich-moderne Vorstellungen auf alternative, beispielsweise Indigene Wissenssysteme treffen und hieraus unterschiedliche Bewertungen von Politiken und Praktiken entstehen. So war etwa die Einführung von Nationalparks nach US-amerikanischem Vorbild, die auf dem Schutz der ›reinen Natur‹ vor menschlichen Einflüssen beruht, in vielen Ländern des Globalen Südens Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen mit der ansässigen Bevölkerung, die durch deren Einführung in ihren Nutzungen eingeschränkt oder vertrieben wurde (Neumann 2001; Usher 2009). Vor allem in vielen kolonial geprägten Kontexten war die diskursive Durchsetzung der Idee des Naturschutzes dabei untrennbar mit der Delegitimierung Indigener, oftmals als rückständig konnotierter Wissensordnungen verbunden. So zeigen etwa Tim Forsyth und Andrew Walker (2008) ebenso wie Pinkaew Laungaramsri (2001) am

Beispiel von Thailand, dass die Einführung von Naturschutzpolitiken hier untrennbar mit diskursiven Unterscheidungen zwischen ›unmodernen‹ ländlichen Minderheiten und ›modernen‹ urbanen Eliten verbunden war.

Dass diese in westlichen Gesellschaften häufig als selbstverständlich angenommene Trennung zwischen Mensch und Natur nicht selbstverständlich und unveränderlich ist, zeigt das Beispiel der ecuadorianischen Verfassung. Hier wurden – aufbauend auf Indigenen Denktraditionen – 2008 die ›Rechte der Natur‹ in der Verfassung verankert (Espinosa 2019). Das damit verknüpfte Prinzip von *Buen Vivir* (Gutem Leben) ist entsprechend durch eine enge Verbindung von sozialem, ökologischem und spirituellem Wohlstand gekennzeichnet. Es macht damit deutlich, dass die Stellung des Menschen im Verhältnis zu seiner natürlichen Umwelt diskursiv auch deutlich gleichberechtigter gerahmt werden kann, als in westlichen Denktraditionen üblich (Krüger 2018).

Konkurrierende *Deutungsweisen in umweltbezogenen Konflikten* stellen den zweiten großen Anwendungsbereich von Diskurstheorien in der Politischen Ökologie dar. Diese untersuchen, in welche diskursiven Kontexte ökologische Problemlagen und damit umweltpolitische Fragen jeweils gestellt werden, welche Priorität ihnen im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Zielsetzungen jeweils zugeschrieben wird und welche Maßnahmen entsprechend als angemessen bewertet werden.

So haben etwa Diskursanalysen zu den Grundannahmen von Klimapolitik herausgearbeitet, wie sich wachstums- und modernisierungsorientierte Lösungen von Postwachstumsansätzen (→ degrowth) unterscheiden. Während in ersteren vor allem technologische Innovationen und marktwirtschaftliche Mechanismen als naheliegend propagiert werden, fordern wachstumskritische Diskurse stattdessen eine grundlegende Hinterfragung des kapitalistischen Wachstumsparadigmas (Anshelm/Hultman 2015; Krüger 2015). Solche grundlegenden Unterschiede in den Problematisierungen und Bearbeitungen des globalen Klimawandels prägen dabei sehr unterschiedliche ökologische Anwendungsfelder. Diese reichen von der Debatte um Kohlenstoffspeicherung im Untergrund (*Carbon Capture and Storage* Ansätze, vgl. Krüger 2015) über die in aktuellen Protestbewegungen um Landwirtschaft produzierten konkurrierenden Argumentationsmuster (Gengenbach 2020) bis hin zu Fragen der angemessenen Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen in der Stadtentwicklung (Sturm 2019). Gemeinsam zeigen diese Analysen, dass die diskursive Rahmung des globalen Klimawandels maßgeblich darüber entscheidet, welche Politiken umgesetzt bzw. verworfen werden und in welchem Tempo Klimapolitik in unterschiedlichen Bereichen umgesetzt wird.

Dabei wird an vielen Stellen deutlich, dass durch den globalen Klimawandel und auf ihn bezogene Politiken auch bestehende Konzepte von Natur, Umwelt und Landschaft neu verhandelt werden. Ein im Rahmen der deutschen Energiewende (→ Energie) intensiv untersuchtes Thema ist beispielsweise der Ausbau von Windkraftanlagen. Hier haben Diskursanalysen herausgearbeitet, wie das Verhältnis von Windkraft und Landschaft diskursiv verhandelt wird und welche Auswirkungen dies auf politische Entscheidungen und Akzeptanzen hat (Leibenath/Otto 2012; Roßmeier et al. 2018). Die Analysen zeigen auch, dass die Konfliktlinien in solchen Aushandlungsprozessen durchaus quer zu bestehenden politischen Zuordnungen (z.B. etablierten Parteien) stehen können und sich politische Identitäten im Rahmen der diskursiven Auseinandersetzungen verschieben und neu konstituieren (Otto/Leibenath 2014).

Eng verwandt mit diskurstheoretischen Ansätzen der Politischen Ökologie sind Untersuchungen *gouvernementaler Steuerungsformen* in Mensch-Natur-Beziehungen.

Arbeiten der Politischen Ökologie haben hier anhand diverser umweltbezogener Themenfelder untersucht, wie unterschiedliche Formen der Steuerung menschlichen Handelns mit der Herstellung spezifischer Wissensordnungen und Subjektivierungen interagieren (Rutherford 2016). Wie Michael Watts (2004) eindrücklich am Beispiel von Konflikten um Ölförderung im Niger-Delta zeigt, geht es dabei keineswegs darum, staatliche bzw. polit-ökonomische Formen der Machtausübung außer Acht zu lassen. Vielmehr ist das Ziel, die vielfältigen und oft widersprüchlichen Verbindungen zwischen staatlichen Zwängen und Repressionen, kapitalistischen Logiken und diskursiv produzierten Rationalitäten und Subjektivierungen in den Blick zu nehmen.

Ein prominentes Anwendungsfeld von Ansätzen der Gouvernementalitätsforschung sind Strategien der Dezentralisierung von Ressourcenschutz und Ressourcennutzung, wie sie beispielsweise Arun Agrawal (2005) am Beispiel von Indien und Tania Li (2007a) am Beispiel von Indonesien aufzeigen. Gemeinsam machen diese Arbeiten deutlich, dass staatliche Strategien des Ressourcenmanagements zunehmend weniger auf staatliche Zwangsmaßnahmen als auf die Responsibilisierung von Individuen und lokalen Gemeinschaften abzielen. Sie setzen dabei zum einen auf die diskursive Vermittlung der Prinzipien ›richtiger‹ und ›guter‹ Formen der Ressourcennutzung, schaffen darüber hinaus aber auch diverse Anreizsysteme, um Praktiken in die gewünschte Richtung zu lenken.

Ähnliche Tendenzen zeigen sich in aktuellen urbanen Klimapolitiken in westlichen Industrieländern. Diese beruhen vielfach auf einer Verlagerung von Verantwortung auf die kommunale und individuelle Ebene und somit auf diskursiv vermittelte Formen der Selbstführung von Individuen, wie etwa bei der Mülltrennung, Ernährungsweisen oder der Nutzung klimafreundlicher Verkehrsmittel (Brand 2007; Sturm 2019). Gleichzeitig kommen hier aber auch vielfältige kommunale und staatliche Steuerungs- und Anreizsysteme zum Einsatz, etwa *best practice*-Modelle, städtische Wettbewerbe oder Informations- und Mitmach-Kampagnen (Nagorny-Koring 2019; Sturm 2019).

Mit Blick auf die eingangs skizzierte Kritik der Diskurstheorie an der Idee autonom handelnder Subjekte lässt sich festhalten, dass in Gouvernementalitäts-Ansätzen besonders deutlich das Spannungsfeld von Sprache und Praktiken, Wissen und Tun in den Vordergrund rückt und damit auch Fragen der Eigen- und Widerständigkeit von Individuen gegenüber gesellschaftlichen Diskursen aufgeworfen werden. Denn wie die bislang unzureichenden Anpassungen individueller Alltagspraktiken an die Anforderungen des Klimaschutzes und weiterhin bestehende nicht-nachhaltige Ressourcennutzungspraktiken zeigen, werden diskursive und gouvernementale Steuerungsformen durchaus kontrovers verhandelt und unterschiedlich angeeignet (Li 2007b; Sturm 2019).

Grenzen diskurstheoretischer Ansätze und Ausblick

Kritik an diskurstheoretischen Arbeiten richtet sich im Wesentlichen auf zwei Aspekte: erstens auf deren starke Fokussierung auf Sprache und symbolische Prozesse und zweitens auf die Auswirkungen der Hinterfragung absoluter Wahrheiten auf die Stellung und Interpretation von Wissenschaft.

Diskurstheoretischen Ansätzen wurde verschiedentlich vorgeworfen, mit ihrem Fokus auf Prozesse der symbolischen Bedeutungskonstitution die Einflüsse von → Materialitäten, → Körperlichkeit, Affekte und Praktiken zu vernachlässigen. Im Anschluss

an diese Kritiken hat sich in den letzten Jahren eine Reihe von Ansätzen entwickelt, die auf der Hinterfragung essentieller Wahrheiten und Identitäten des Poststrukturalismus aufbauen, gleichzeitig aber deren nicht-textliche Dimensionen wieder stärker in den Blick nehmen. Aufbauend auf feministische Arbeiten zu Körpern und Affekten (Strüver 2011), Ansätze des Neuen Materialismus und der Assemblage-Theorie (Wiertz 2021) und praktikentheoretische Überlegungen (Baumann et al. 2021) argumentieren diese Weiterentwicklungen, dass Diskurse nicht nur textlich-symbolische Dimensionen haben, sondern auch durch körperlich-materielle Einflüsse geprägt sind. Gerade in der Politischen Ökologie mit ihrer engen Vernetzung ökologischer und gesellschaftlicher Prozesse lässt sich so beispielsweise herausarbeiten, dass Formen der Neoliberalisierung von Natur sowohl auf Veränderungen von Wissensordnungen und Deutungsweisen beruhen, gleichzeitig aber auch durch die Materialität der jeweils kommodifizierten Ressourcen (→ Rohstoffe) geprägt werden (Bakker 2010).

Die zweite Ebene der Kritik an Diskurstheorien bezieht sich auf deren Konsequenzen für die eigene Positionierung (→ Positionalität) von Forschenden. Im Gegensatz zum Wissenschaftsverständnis der Moderne, welches auf die Produktion objektiv ›wahrer‹ Erkenntnisse abzielt (und welches nach wie vor die Grundlage für die überwiegende Mehrzahl naturwissenschaftlicher Arbeiten bildet), verstehen diskurstheoretische Perspektiven auch ihre eigenen Arbeiten als situiert und partiell. Dies ist einerseits hilfreich, um auch wissenschaftliche Erkenntnisse auf ihre spezifischen Ein- und Ausschlüsse und die daraus entstehenden Machteffekte zu untersuchen, wie dies etwa Arbeiten der Genderforschung und des Postkolonialismus getan haben. Gleichzeitig kann diese Form der Reflexion vor dem Hintergrund zunehmender Einflüsse ›postfaktischer‹ und verschwörungstheoretischer Argumentationen aber auch als Schwächung wissenschaftlicher Positionen in der Gesellschaft gesehen werden. So argumentiert beispielsweise McIntyre (2018), dass poststrukturalistische Ansätze ihre gesellschaftliche Machtposition gefährden würden, da diese ja quasi selbst zugeben, dass auch das von ihnen produzierte Wissen nicht absolut sei (McIntyre 2018). Aus der Sicht der Diskursforschung ist hier allerdings zentral, dass mit der Offenlegung jeglichen Wissens als diskursiv hergestellt keineswegs behauptet wird, dass alle existierenden Wissens- und Wahrheitsansprüche damit gleichwertig seien und gesellschaftlich gleichgestellt werden sollten. Vielmehr beschäftigen sich Diskursanalysen gerade mit der Frage, *wie* Wissen und Wahrheiten generiert werden. Damit können sie auch in Situationen Orientierung bieten, in denen etwa Klimaforscher*innen, deren Erkenntnisse auf hohen Standards wissenschaftlicher Qualitätskontrolle aufbauen und Klimawandelleugner*innen, deren Behauptungen nicht auf vergleichbaren Prozessen der Wissensgenerierung beruhen, um Anerkennung ringen (Glasze/Mattissek 2021).

Abschließend lässt sich festhalten, dass gerade diese aktuellen Debatten zur Stellung der Diskursforschung zeigen, dass diese sich auch und insbesondere im Kontext der Politischen Ökologie als Ansatz versteht, der neue Erkenntnisse und Perspektiven in der Analyse von Gesellschaft-Umwelt-Verhältnissen hervorbringt und damit auch gewinnbringend mit naturwissenschaftlichen Arbeitsweisen kombiniert werden kann.

Literatur

Agrawal, Arun (2005): Environmentality. Technologies of Government and the Making of Subjects, Durham: Duke University Press.
Anshelm, Jonas/Hultman, Martin (2015): Discourses of Global Climate Change. Apocalyptic framing and political antagonisms, London/New York: Routledge.
Austin, John L. (1972): Zur Theorie der Sprechakte, Stuttgart: Reclam.
Bakker, Karen (2010): »The limits of ›neoliberal natures‹: Debating green neoliberalism«, in: Progress in Human Geography, 34. Jg., Nr. 6, S. 715-735.
Baumann, Christoph/Lahr-Kurten, Matthias/Winkler, Jan (2021): »Praktiken«, in: Georg Glasze/Annika Mattissek (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 269-290.
Brand, Peter (2007): »Green Subjection. The Politics of Neoliberal Urban Environmental Management«, in: International Journal of Urban and Regional Research, 31. Jg., Nr. 3, S. 616-632.
Derrida, Jacques (1974): Grammatologie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Espinosa, Cristina (2014): »The Advocacy of the Previously Inconceivable: A Discourse Analysis of the Universal Declaration of the Rights of Mother Earth at Rio+20«, in: The Journal of Environment & Development, 23. Jg., Nr. 4, S. 391-416.
Espinosa, Cristina (2019): »Interpretive Affinities: The Constitutionalization of Rights of Nature, Pacha Mama, in Ecuador«, in: Journal of Environmental Policy & Planning, 21. Jg., Nr. 5, S. 608-622.
Espinosa, Cristina/Pregernig, Michael/Fischer, Corinna (2017): »Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik: Möglichkeiten und Grenzen ihrer strategischen Nutzung«, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-09-27_texte_86-2017_narrative_0.pdf (Zugriff: 30.06.2021).
Fairclough, Norman (1995): Critical Discourse Analysis. The Critical Study of Language, London/New York: Addison Wesley Publishing Company.
Forsyth, Tim/Walker, Andrew (2008): Forest Guardians, Forest Destroyers. The Politics of Environmental Knowledge in Northern Thailand, Seattle/London: University of Washington Press.
Foucault, Michel (1971): Die Ordnung der Dinge, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Foucault, Michel (2006): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Gengenbach, Charlotte (2020): »Wir haben es satt« versus »Land schafft Verbindung«? A Comparative Framing Analysis of Two German Agri-Food Movements. Unveröffentlichte Masterarbeit, Freiburg.
Glasze, Georg/Mattissek, Annika (2021): »Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen«, in: Georg Glasze/Annika Mattissek (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 13-62.
Glynos, Jason/Howarth, David (2007): Logics of Critical Explanation in Social and Political Theory, London/New York: Routledge.
Grice, Herbert P. (1975): »Logic and conversation«, in: Peter Cole/Jerry L. Morgan (Hg.): Syntax and Semantics 3. Speech Acts, New York: Academic Press, S. 41-58.

Hajer, Maarten A. (1995): The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process, Oxford: Clarendon Press.
Hajer, Maarten A. (2005): »Coalitions, Practices and Meaning in Environmental Politics. From Acid Rain to BSE«, in: David Howarth/Jacob Torfing (Hg.): Discourse Theory in European Politics. Identity, Politics and Governance, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 297-315.
Hulme, Mike (2009): Why We Disagree about Climate Change. Understanding Controversy, Inaction and Opportunity, Cambridge: Cambridge University Press.
Jørgensen, Marianne/Phillips, Louise J. (2002): Discourse Analysis as Theory and Method, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications.
Keller, Reiner (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, 4. Aufl., Wiesbaden: VS.
Krüger, Timmo (2015): Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung. Die Konflikte um Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik, Bielefeld: transcript.
Krüger, Timmo (2018): »Politische Strategien des buen vivir. Sozialistische Regierungspolitik, indigene Selbstbestimmung und Überwindung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells«, in: PERIPHERIE, 38. Jg., Nr. 149, S. 29-54.
Kurze, Kristina (2018): Die Etablierung der Energiepolitik für Europa. Policy-Making in der EU aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive, Wiesbaden: Springer VS.
Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London: Verso.
Laungaramsri, Pinkaew (2001): Redefining Nature. Karen Ecological Knowledge and the Challenge to the Modern Conservation Paradigm, Chennai: Earthworm Books.
Leibenath, Markus/Otto, Antje (2012): »Diskursive Konstituierung von Kulturlandschaft am Beispiel politischer Windenergiediskurse in Deutschland«, in: Raumforschung und Raumordnung, 70. Jg., Nr. 2, S. 119-131.
Li, Tania M. (2007a): The Will to Improve. Governmentality, Development, and the Practice of Politics, Durham: Duke University Press.
Li, Tania M. (2007b): »Practices of Assemblage and Community Forest Management«, in: Economy and Society, 36. Jg., Nr. 2, S. 263-293.
Mattissek, Annika (2021): »Sprachlichkeit«, in: Georg Glasze/Annika Mattissek (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 211-222.
Mattissek, Annika/Sturm, Cindy (2017): »How to make them walk the talk: governing the implementation of energy and climate policies into local practices«, in: Geographica Helvetica, 72. Jg., Nr. 1, S. 123-135.
McIntyre, Lee (2018): Post-Truth, Cambridge/London: The MIT Press.
Nagorny-Koring, Nanja C. (2019): »Leading the Way with Examples and Ideas? Governing Climate Change in German Municipalities through Best Practices«, in: Journal of Environmental Policy & Planning, 21. Jg., Nr. 1, S. 46-60.
Neumann, Roderick P. (2001): Imposing Wilderness. Struggles over Livelihood and Nature Preservation in Africa, Berkeley: University of California Press.
Otto, Antje/Leibenath, Markus (2014): »The interrelation between collective identities and place concepts in local wind energy conflicts«, in: Local Environment, 19. Jg., Nr. 6, S. 660-676.

Roßmeier, Albert/Weber, Florian/Kühne, Olaf (2018): »Wandel und gesellschaftliche Resonanz – Diskurse um Landschaft und Partizipation beim Windkraftausbau«, in: Olaf Kühne/Florian Weber (Hg.): Bausteine der Energiewende. Neue positivistische und konstruktivistische Perspektiven auf den gesellschaftlichen Kontext der Energiewende, Wiesbaden: Springer VS, S. 653-679.

Rutherford, Stephanie (2016): »Environmentality and Green Governmentality«, in: Douglas Richardson (Hg.): International Encyclopedia of Geography, John Wiley & Sons Ltd: Chichester, S. 1-5.

Said, Edward W. (1978): Orientalism, New York: Pantheon.

Saussure, Ferdinand de (1931): Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft, Berlin: De Gruyter.

Searle, John R. (1969): Speech Acts. An Essay in the Philosophy of Language, Cambridge: Cambridge University Press.

Strüver, Anke (2011): »Der Konstruktivismus lernt laufen: ›Doing more-than-representational geography‹«, in: Social Geography, 6. Jg., Nr. 1, S. 1-13.

Sturm, Cindy (2019): Klimapolitik in der Stadtentwicklung. Zwischen diskursiven Leitvorstellungen und politischer Handlungspraxis, Bielefeld: transcript.

Usher, Ann D. (2009): Thai Forestry. A Critical History, Chiang Mai: Silkworm Books.

Watts, Michael (2004): »Resource Curse? Governmentality, Oil and Power in the Niger Delta, Nigeria«, in: Geopolitics, 9. Jg., Nr. 1, S. 50-80.

Wiertz, Thilo (2021): »Materialität«, in: Georg Glasze/Annika Mattissek (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 291-307.

Zierhofer, Wolfgang (2011): »Natur und Kultur als Konstruktionen«, in: Hans Gebhardt/Rüdiger Glaser/Ulrich Radtke/Paul Reuber (Hg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie, 2. Aufl., Heidelberg: Spektrum, S. 1080-1085.

HANDLUNGS- UND KONFLIKTFELDER

Biodiversität

Miriam Boyer

Das Konzept der ›Biodiversität‹ bringt die Vielfalt der lebendigen → Natur zum Ausdruck. Indem es diese Vielfalt in engem Zusammenhang mit ihrer akuten Gefährdung betrachtet, umreißt es zugleich wichtige Dimensionen der gegenwärtigen sozial-ökologischen Krise. Dazu gehört etwa, dass von den geschätzten acht Millionen existierenden Tier- und Pflanzenarten ca. 25 Prozent vom Aussterben bedroht sind (IPBES 2019). Doch ›Biodiversität‹ benennt mehr als nur eine bestimmte Verfasstheit der lebendigen Natur. Der Begriff ist auch als Ergebnis einer spezifischen Konstellation von Ökonomie, Wissenschaft und Politik – also auch gesellschaftlichen Kämpfen – zu verstehen. Der Beitrag unterstreicht diese historisch-politische Verortung des Begriffs und diskutiert zwei daraus folgende Aspekte der Biodiversitätspolitik, Schutz und Erschließung. Er thematisiert, wie diese Politik hegemoniale Naturbilder unterstützt, die zur Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen beitragen. Dabei bleiben die mit der ›Biodiversität‹ verknüpften Bilder und Vorstellungen jedoch umkämpft. Ihre Politisierung durch soziale Bewegungen weltweit sowie deren praktischer Umgang mit der Vielfalt der lebendigen Natur prägen den Begriff der Biodiversität ebenfalls und geben Hinweise darauf, wie → gesellschaftliche Naturverhältnisse in emanzipatorischer Weise umgestaltet werden können.

Das Biodiversitätskonzept historisch verorten

›Biodiversität‹ wird gewöhnlich im Sinne der Biodiversitätskonvention der Vereinten Nationen als Diversität innerhalb und zwischen den Arten, als genetische Diversität sowie als Diversität von Ökosystemen definiert (CBD 1992: Art. 2). Die Sozialwissenschaften übernehmen diese Definition häufig, allerdings ohne sie kritisch zu hinterfragen. Kategorien wie ›Arten‹, ›Gene‹, oder ›Ökosysteme‹ basieren auf je spezifischen theoretischen und methodischen Annahmen in verschiedenen naturwissenschaftlichen Disziplinen, die auch dort umstritten sind und revidiert werden (vgl. Arbeitsgruppe Biopolitik 1998; Hertler 1999; Beurton et al. 2000). Demnach sollten ›Gene‹ usw. nicht etwa als vorfindliche Objekte, sondern vielmehr als theoretische Konstrukte der stofflichen → Materialität der Natur begriffen werden, die als historisch spezifisch zu verstehen sind.

Verschiedene naturwissenschaftliche Disziplinen haben im Verlauf der Forschung zunächst dazu beigetragen, die Vielfalt der Natur und ihren Verlust zu registrieren. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts etablierte sich beispielsweise eine

wissenschaftliche Wahrnehmung des massenhaften Aussterbens von Lebewesen als Krise. Davor war in der Biologie die Sichtweise dominant, dass das Aussterben von Lebewesen ein allmählicher Prozess sei, der durch evolutionäre Entwicklungen ausgeglichen würde (Sepkoski 2017). Hinzu kamen technische Fortschritte, welche die Komplexität der lebendigen stofflichen Natur mit Hilfe von bestimmten Parametern zugänglich und berechenbar machten (Arbeitsgruppe Biopolitik 1998; Purvis/Hector 2000), darunter mathematische Modelle zur Erfassung von Populationen als Veränderungen in Ökosystemen sowie neue Konzepte zur Erfassung von ›Vielfalt‹ oder ›Variabilität‹ in Disziplinen wie Taxonomie, Ökologie und Genetik (Arbeitsgruppe Biopolitik, 1998; Hertler 1999). Damit ging allerdings aus den Naturwissenschaften kein klar definierter Naturgegenstand hervor, den sie als ›Biodiversität‹ bezeichnet hätten. Jedoch im Maß wie die Naturwissenschaften den Naturzusammenhang und den Verlust ihrer Vielfalt immer präziser und in quantifizierbarer Weise beschreiben konnten, begann die Politik diese Vorgänge als ökonomische und strategische Probleme zu definieren (Flitner 1999).

So tauchte der Begriff ›Biodiversität‹ Anfang der 1980er Jahre, zunächst in den USA, in außenpolitischen Strategien auf, etwa bei der USAID (Behörde für Entwicklungszusammenarbeit), die den ökonomischen Wert von *biological diversity* unterstrichen (Flitner 1999). Darin manifestierten sich neben den obengenannten naturwissenschaftlichen Entwicklungen zugleich ein wachsendes Bewusstsein für ökologische Fragen auf globaler Ebene sowie die Suche nach neuen Ressourcenschutzstrategien (ebd.; Vadrot 2018: 199f.). Zwar war die ökonomische Bedeutung ›genetischer Diversität‹, etwa als Schlüsselressource im Kontext der Nutzpflanzen- und Tierzüchtung, nicht neu. In der Sicherung von strategischen Ressourcen für Nahrung, Handel oder Industrie war die Kontrolle über eine Vielfalt an Pflanzensorten und diversen Tierrassen bereits früher strategisch wichtig und führte dazu, dass vor allem seit dem späten 19. Jahrhundert mächtige Staaten durch koloniale Beziehungen oder die Errichtung von botanischen Gärten diese Vielfalt systematisch für sich beanspruchten (Flitner 1995; Kloppenburg 2004 [1988]). Doch in den 1980er Jahren begann man, die stoffliche Diversität lebendiger Natur – sei es als Pflanzen und Tiere, aber auch als Mikroben oder Pilze, als Ökosystem oder als molekulare Sequenzen in ihrer Gesamtheit – zu betrachten als »›riesig[e] biologisch[e] Kapitalanhäufung‹, deren Wert sich ›wohl kaum überschätzen‹ lasse,« wie es beispielsweise der weitverbreitete Umweltbericht »Global 2000« von 1980 beschrieb (Global 2000, zit.n. Flitner 1999: 59).

Diese Auffassung von der lebendigen Natur als Schlüsselressource spiegelte einen Interessenskonflikt zwischen den Staaten des Globalen Nordens und jenen des Südens, bei dem letztere ihr Unbehagen über die einseitige und unvergütete Aneignung ihrer ›genetischen Ressourcen‹ beklagten, während der Norden einen klaren eigentumsrechtlichen Zugang beanspruchte. So spielten bereits auf der Ebene nationaler wie internationaler Institutionen ökonomische Interessen an Zugang und Kontrolle, Verwertung und Verteilung der lebendigen Natur eine wichtige Rolle bei der Bestimmung von ›Biodiversität‹ (Überblick in Brand/Görg 2003). Diese mündeten 1992 in der politischen Aushandlung des Begriffs, vor allem im Rahmen der UN-Konvention über die biologische Vielfalt sowie in anderen internationalen Übereinkommen, in denen nicht nur der Schutz, sondern auch der internationale Handel mit Biodiversität, einschließlich Technologietransfer, Eigentumsrechte oder Nutzungsvereinbarungen geregelt werden (Überblick in Vadrot 2018). Seither ist ›Biodiversität‹ ein in Forschung,

Ökonomie, Bildung und Politik weit verbreitetes Konzept, in das diese → Konflikte eingeschrieben sind. Im Feld der institutionell verankerten Biodiversitätspolitik lassen sich zwei wesentliche Strategien ausmachen – die des Schutzes bekannter Vielfalt und die der Erschließung neuer Quellen von Biodiversität.

Biodiversitätspolitik als Schutz und Erschließung

Ein wichtiger Aspekt der institutionellen Biodiversitätspolitik ist die Etablierung verschiedener Schutzstrategien. Eine der häufigsten sind Schutzgebiete: Es existieren bereits mehr als 100.000 weltweit, sie machen 15 Prozent der Landoberfläche der Erde aus. In der internationalen Biodiversitätspolitik werden sogar 30 Prozent bis 2030 angestrebt (Shrestha et al. 2021). Es sind unterschiedliche Institutionen, die diese Schutzpolitik verfolgen, sowohl Staaten, welche Vertragswerke wie die Biodiversitätskonvention abschließen, als auch transnationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs), sowohl die Weltbank als auch Privatinitiativen großer Unternehmen. Inzwischen wird Schutz nicht nur innerhalb bestimmter Gebiete konzipiert, sondern auch spezifische ›Leistungen‹ der Natur sollen geschützt werden (Ingram et al. 2012). Diese ›Leistungen‹ werden monetär erfasst, indem z.B. der jährliche Schwund von Bestäuberinsekten in Form von Ernteausfällen beziffert wird (zurzeit auf 235-577 Milliarden US-Dollar) (IPBES 2019). Diese Monetarisierung soll zum Erhalt anregen, gleichzeitig ermöglicht und unterstützt sie die ökonomische Verwertung der lebendigen Diversität: Beispielsweise können lokale Viehhalter*innen von einem Konzern für den Erhalt von sauberem Wasser Anreize oder Zahlungen zur Bereitstellung von Ökosystemleistungen (*Payments for Ecosystem Services*) erhalten (Perrot-Maître 2006) oder eine der Erwärmung der Ozeane vorbeugende gentechnische Veränderung von Korallenriffen wird für ihren Beitrag zu einer klimaschützenden ›Ökosystemleistung‹ vergütet (Reynolds 2021). Biodiversitätsschutz ist ebenfalls in zahlreiche Kompensationsprogramme eingebettet (McKenney/Kiesecker 2010), wobei etwa ein Bergbaukonzern als ›Kompensation‹ für seine Zerstörung von Ökosystemen durch die Finanzierung von Schutzgebieten anderswo einen »net positive impact on biodiviersity« anstreben kann (Rio Tinto 2021: o.S.).

Eine andere zentrale Strategie der internationalen Biodiversitätspolitik dient der Erschließung von Biodiversität für Forschung und Industrie. Aktuell wird die rapide Erschließung von Biodiversität durch neue Technologien begünstigt, welche Zugang, Systematisierung und Monitoring erleichtern. So erlangen etwa digitale Methoden in der Molekularbiologie zur Erfassung von Diversität und die Darstellung von molekularen Prozessen in digitalen Datenbanken zunehmende Bedeutung und Verbreitung. Im Rahmen des *Earth Biogenome Project* sollen binnen zehn Jahren die DNA-Sequenzen aller Pflanzen-, Tier-, Algen- und Pilzarten beschrieben und charakterisiert werden (Lewin et al. 2018). Solche Datenbanken erlauben gleichzeitig die Erfassung von Informationen über ökologische Zusammenhänge und über die Nutzung dieser Lebewesen (Riekeberg 2019). Diese Ansätze unterstützen die Erforschung von bisher schwer zugänglichen bzw. verwertbaren Dimensionen von Biodiversität, etwa der ›blauen‹ Biodiversität der Tiefsee, als Gebiete, denen viele Industriezweige ein großes Potenzial als Feld zur Entdeckung neuer chemischer Stoffe beimessen (Costantini 2020). Ähnliches gilt für die mikrobielle Diversität, etwa von Archaeen oder Mikroalgen mit ge-

schätzten über 500.000 unentdeckten Arten, die manche Wissenschaftler*innen als »ein nahezu unerschöpfliches Potenzial für die biotechnologische Nutzung« (Griehl 2020: o.S.) für ›grüne‹ Verwertungsstrategien (z.B. in der Bioökonomie) bewerten. Einige Forscher*innen streben auch eine rückholende Erschließung von Biodiversität an, nämlich die Wiederbelebung ausgestorbener Tierarten durch Klon- und andere Verfahren. Im Visier solcher Strategien stehen vor allem ikonische Tierarten wie die Wandertaube in Nordamerika, aber auch das vor etwa 4.000 Jahren ausgestorbene Mammut (McMahon/Doyle 2020).

Biodiversität und hegemoniale Naturbilder

Der Schutz bekannter sowie die Erschließung neuer Biodiversitätsquellen als zwei zentrale Strategien im Umgang mit der Biodiversitätskrise schaffen oder stärken hegemoniale Bilder von Natur. Diese rahmen häufig unseren Alltagsverstand in Bezug auf umweltpolitische Handlungsmöglichkeiten, die als plausibel, logisch oder wünschenswert erscheinen. Aus der Perspektive der Politischen Ökologie ist es hilfreich, sich diesen Bildern zu widmen, bedienen sie doch ideologisch wirksame Vorstellungen. Das heißt: Im Namen ›der‹ Biodiversität fördern sie oft partikulare Interessen bzw. Machtverhältnisse zuungunsten anderer Naturverhältnisse.

Den oben präsentierten Biodiversitätsschutzstrategien liegt ein Naturbild zugrunde, in dem die Natur unabhängig von der Gesellschaft zu existieren scheint; es basiert also auf Annahmen, die aus politisch-ökologischer Perspektive kritisch zu betrachten sind. So beruht das Konzept von Naturschutzgebieten erstens auf einer langen kolonialen wissenschaftlichen Tradition, der die Vorstellung von ›ursprünglicher‹ Natur als menschenleere Wildnis zugrunde liegt. Um Natur zu schützen, müsse es folglich darum gehen, zu dieser ›echten‹ Wildnis zurückzukehren. Gerade die als unberührt imaginierten tropischen ›Primärwälder‹ sind beispielhaft für diese Annahme (Hecht 1998: 253). Biodiversitätsschutz zeichnet sich meistens durch eine ›ökologische‹ Schutzdefinition aus, die auf Ausgrenzung menschlicher Aktivitäten basiert (Mascia et al. 2003; Evans 2021). Das hat soziale Konsequenzen: Im Jahr 2001 wurde allein in Afrika die Zahl der auf Grund der Etablierung von Schutzgebieten geflüchteten Menschen auf mindestens 14 Millionen innerhalb von drei Jahrzehnten geschätzt (Geisler/de Sousa 2001: 163; Adams/Hutton 2007). Zwar kritisieren inzwischen manche Akteure aus Wissenschaft und Politik dieses Naturbild und sein Schutzverständnis; sie verweisen etwa auf → Umweltgerechtigkeit sowie die konstitutive Rolle menschlicher Gesellschaften in der aktiven Gestaltung von Landschaften, wie etwa die Struktur von Wäldern und Graslandschaften oder die Zusammensetzung ihrer Ökosysteme (Überblick in Hawken/Granoff: 2010). Doch die Vorstellung, es gebe eine ursprüngliche Natur, die möglichst vor der Gesellschaft zu schützen sei, ist nach wie vor weit verbreitet.

In der dominanten Biodiversitätspolitik findet sich ein zweites problematisches Naturbild, das dem soeben skizzierten Bild einer ›echten‹ Natur widerspricht. Dieses zweite, mit der Erschließungsstrategie korrespondierende Naturbild suggeriert, Natur könne dank wissenschaftlich-technischer Entwicklungen zunehmend zielgenau gesteuert werden. Es prägt sowohl Vorhaben, ausgestorbene Tierarten wiederzubeleben, als auch molekulargenetische Versuche, die Eigenschaften von Lebewesen als Antworten auf gesellschaftliche Problemlagen zu verändern. Die sogenannte Re-

naturierung des Mammuts oder die ›Editierung‹ der DNA-Sequenzen von Korallen sind unter anderem deshalb problematisch, weil sie suggerieren, mit fortschreitender Technik könne verlorengegangene »environmental time« zurückgedreht werden (Dawson 2016: 68). Doch über Jahrtausende haben sich sowohl das Umfeld von Ökosystemen (im Fall des Mammuts) als auch das der Zelle (im Fall molekularer Prozesse) in spezifischen evolutionären bzw. historischen Mustern im Verhältnis zueinander als Zusammenhänge weiterentwickelt (Commoner 2002: 46). Die Komplexität dieser zeit-räumlichen Muster lässt sich schwer berechnen; die Konsequenzen können dramatisch sein: Beispielsweise können die neuen Lebewesen wie invasive Spezies wirken oder die Ausbreitung von Zoonosen begünstigen (Überblick in Delibes-Mateos et al. 2019). Auf molekularer Ebene können die neuen DNA-Sequenzen zu unerwünschten ›Nebeneffekten‹ führen, etwa im Stoffwechselprozess der Zelle (z.B. die Produktion von Toxinen; Matthews et al.: 2005), des Organismus (Veränderungen in Wachstum oder Fruchtbarkeit) sowie ihrer Umwelt, einschließlich der Gefährdung der biologischen Vielfalt (Überblick in Bauer-Panskus et al. 2019, Then 2019). Die Materialität der Natur wird also als beliebig veränderbar dargestellt, so als könnte man von Evolution bzw. Geschichte abstrahieren.

Sowohl die Bilder einer ›reinen‹ oder menschenleeren Natur als auch die Vorstellung einer präzisen Kontrollierbarkeit der Natur sind wirksam, weil sie vielerorts reproduziert werden: So dominieren Bilder einer menschenleeren Wildnis in literarischen Erzählungen, in den Medien oder der Werbung, insbesondere wenn es um Naturgebiete geht, die weit entfernt und nicht direkt erfahrbar sind. Die Anziehungskraft dieser Bilder, die eine menschenunabhängige wie zunehmend steuerbare Natur repräsentieren, kann außerdem dazu führen, dass ihre Gegensätzlichkeit nicht unbedingt als widersprüchlich empfunden wird: Etwa, wenn lokale Gemeinden als Gefahr für Schutzgebiete dargestellt werden, diese jedoch für den internationalen Ökotourismus sowie für die wissenschaftliche Forschung offenstehen sollen. Oder wenn die Kompensationslogik darauf basiert, dass Biodiversität weiter vernichtet werden muss, damit ihr Verlust überhaupt anderswo kompensiert werden kann.

Die Politische Ökologie hinterfragt diese Naturbilder und kritisiert die damit verbundenen Praktiken: Indem sie auf den Zusammenhang von Natur- und Machtverhältnissen verweist, werden Naturbilder als Ausdruck von Macht-, Produktions- oder Wissensverhältnissen verstanden. Diese Verhältnisse können sich allerdings durchaus verschieben, beispielsweise bei dem bereits erwähnten Wandel im *Framing* des Biodiversitätsschutzes hin zur Anerkennung der Rolle von Gesellschaften in der Reproduktion von Natur (Mace 2014). Dennoch zeigt diese Veränderung im Wissenschaftsverständnis wenig Wirkung in der Umsetzung (ebd.: 1560). So erkennen inzwischen zwar immer mehr wissenschaftliche Akteure, dass die Nutzung von Pflanzen in Schutzgebieten durch lokale Gemeinden weitaus weniger schädlich für den Biodiversitätserhalt ist als der Bau großer Infrastruktur- oder Extraktionsprojekte (Naughton-Treves/Buck Holland 2019). Aber um diese alternativen Bilder durchzusetzen, und damit anstelle der lokalen Gemeinden die vorherrschende Produktionsweise und ihre strukturellen Ungleichheiten zu problematisieren, ist wiederum eine Verschiebung der Machtverhältnisse notwendig: Natur und Naturbilder als Ausdruck sich verändernder Verhältnisse zu verstehen, ist unentbehrlich, um in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die sich rund um ›Biodiversität‹ entzünden, Handlungsfähigkeit zu erlangen und eine Gegenhegemonie zu den dominanten Schutz- und Erschließungsstrategien

zu bilden. Dort liegt das Potenzial, Biodiversität von einem Gegenstand technokratischer Problemlösung zu einer Herausforderung der sozial-ökologischen Gerechtigkeit umzudefinieren. Wie das bereits heute unternommen wird, zeigen vielfältige soziale Bewegungen, die für den Erhalt und die Reproduktion der lebendigen Natur – auch im Namen der Biodiversität – aktiv sind.

Biodiversität neu politisieren

La Vía Campesina ist ein Zusammenschluss ländlicher Bewegungen, in dem sich hunderte Organisationen in 81 Ländern vernetzt haben und für die Anerkennung der kleinbäuerlichen Produktion eintreten. Ihre gemeinsame Forderung nach → Ernährungssouveränität wurde zunächst Mitte der 1990er Jahre in internationalen Foren und Protestaktionen artikuliert. Seither kämpft die Organisation zusammen mit anderen sozialen Bewegungen und bewegungsnahen NGOs international unter anderem für den Zugang zu Land, für Agrarreformen, und bezieht sich dabei explizit auf den Erhalt der ›Biodiversität‹. Dabei geht es vor allem um den Verlust der Sortenvielfalt von Nutzpflanzen und -tieren. So berichtete die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, dass in den USA bereits 1997 86 Prozent der Apfel-, 95 Prozent der Kohl-, 91 Prozent der Mais- und 81 Prozent der Tomatensorten ausgestorben sind, die Anfang des 20. Jahrhunderts noch bekannt waren (FAO 1997).

Die Politisierung dieser Krise durch bäuerliche Bewegungen schließt an andere Bereiche an, in denen die landwirtschaftliche Biodiversität als Konfliktfeld zum Ausdruck kommt. Der bereits erwähnte Konflikt um den freien Zugriff auf die landwirtschaftlichen ›genetischen Ressourcen‹ des Südens wird beispielsweise seit 2001 institutionell im Rahmen der internationalen Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen in einem eigenen Vertragswerk ausgetragen. Dessen Politisierung durch die Bewegungen redefiniert das Problem, insbesondere in Bezug auf das Verhältnis zur Natur, welches dort verhandelt wird: Im Gegensatz zur nationalstaatlich-institutionellen Regulierung von Biodiversität als »gemeinsamem Erbe der Menschheit« – auf das auch Unternehmen Anspruch erheben – insistiert die Bewegung darauf, dass diese als »Erbe der bäuerlichen Gemeinschaften für die Völker der Welt« anerkannt werden müsse (La Vía Campesina 2011: o.S.). Mit dieser Forderung verdeutlicht die Bewegung auch, dass es beim Konflikt um Biodiversität um gesellschaftliche und politische Subjekte geht. Sie verweist auf landwirtschaftliche Biodiversität als Produkt jahrtausendalter bäuerlicher Reproduktion sowie auf bäuerliche Gemeinden als ihre Subjekte. Andererseits kritisieren sie die Saatgut- und Agrarkonzerne sowie die sie unterstützenden Staaten als Akteure der Privatisierung von Saatgut, Land und → Wasser, und der direkten oder indirekten Verdrängung bäuerlicher Strukturen. Dies ist eine wichtige Grundlage im Ringen um eine Gegenhegemonie, in der Biodiversität nicht nur in Bezug auf die Natur ›da draußen‹, sondern im Verhältnis zur Gesellschaft, ihren Praktiken, Produktions- und → Lebensweisen wahrgenommen wird. Zwar ist diese gesellschaftliche Rolle in der Reproduktion landwirtschaftlicher Biodiversität unmittelbarer als bei der Biodiversität nichtkultivierter Gebiete wie unter anderem bei Wäldern. Doch Akteure wie z.B. Indigene Gruppen und ihre Bewegungen unterstreichen auch ihre Rolle als Subjekte in der Reproduktion der Biodiversität dieser Zonen (Escobar 1998).

Biodiversität sollte folglich nicht von der Menschheit abgekoppelt in Hightech *Ex-situ*-Saatgutbanken im Weltuntergangstresor (*doomsday vault*) auf arktischen Inseln konserviert werden. Sie sollte vor allem auch *in-situ* auf den landwirtschaftlichen Feldern als wesentlicher Bestandteil der bäuerlichen Produktionsweise reproduziert werden, wo sie sich einerseits der sich verändernden Materialität der Natur und dem sich wandelnden Klima, andererseits auch den gesellschaftlichen Bedürfnissen einer lokalen, kulturell diversen und ökologischen Landwirtschaft anzupassen vermag. Eine solche Reproduktion verbindet den Erhalt der Biodiversität mit anderen politischen Anliegen, etwa der Forderung nach Entprivatisierung und gerechter Verteilung von Land und Wasser, oder auch der nach einer würdigen Perspektive für junge Generationen in ländlichen Gebieten (La Vía Campesina 2011). Gleichzeitig sieht diese politisierte Sicht auf ›Biodiversität‹ letztere nicht als Anhängsel der Gesellschaft, sondern versteht ihre Materialität als essentielle Grundlage ihrer Reproduktion (ebd.).

Fazit

Das Konzept der Biodiversität hilft uns, einen wichtigen Aspekt der sozial-ökologischen Krise zu erfassen: die Mannigfaltigkeit der lebendigen Natur im Zusammenhang mit ihrer ernsten Gefährdung. Gleichzeitig ist ›Biodiversität‹ kein klar oder einheitlich definierter Naturgegenstand, sondern ein Konzept, das als Ausdruck einer bestimmten Konjunktur in Ökonomie, Politik und Wissenschaft zu verstehen ist und aus dem eine spezifisch ausgerichtete Biodiversitätsschutzpolitik hervorgegangen ist. Für diese ist bezeichnend, dass der Erhalt der Biodiversität eng an ihre ökonomische Nutzung bzw. Verwertung gekoppelt ist. Die Perspektive der Politischen Ökologie zeigt auf, dass die dominanten Strategien der institutionellen Biodiversitätspolitik, nämlich Schutz und Erschließung, bestimmte Naturbilder bedienen, mitgestalten und stärken, die konkrete Partikularinteressen sowie Macht- und Naturverhältnisse aufrechterhalten. Eine kritische Hinterfragung dieser Naturbilder kann somit Ausgangspunkt einer alternativen Biodiversitätspolitik sein. Dies zeigen unter anderem die ländlichen Bewegungen, die ebenfalls im Namen der ›Biodiversität‹ für den Erhalt biologischer Vielfalt mobilisieren, dafür jedoch auf andere Naturbilder rekurrieren, in denen das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur samt konkreter Subjekte sichtbar wird und die wir als Teil von Praktiken verstehen, die eine neue (Re-)Produktion des Lebendigen fördern können.

Literatur

Adams, William M./Hutton, Jon (2007): »People, Parks and Poverty. Political Ecology and Biodiversity Conservation«, in: Conservation & Society, 5. Jg., Nr. 2, S. 147-183.

Arbeitsgruppe Biopolitik (1998): »Vieles ist verschieden: Biodiversität in den Biowissenschaften«, in: Michael Flitner/Christoph Görg/Volker Heins (Hg.): Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik, Opladen: Leske + Budrich, S. 169-191.

Bauer-Panskus, Andreas/Hamberger, Sylvia/Kuttruff, Mario/Miyazaki, Juliana/Then, Christoph/Valenzueal, Nina (2019): Gentechnik gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Eine Streitschrift zu zehn Jahren Testbiotech, München: Testbiotech.

Beurton, Peter/Falk, Raphael/Rheinberger, Hans-Jörg (Hg.) (2000): The Concept of the Gene in Development and Evolution. Historical and Epistemological Perspectives, Cambridge: Cambridge University Press.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Commoner, Barry (2002): »Unraveling the DNA Myth. The Spurious Foundation of Genetic Engineering«, in: Harper's Magazine, Februar, S. 39-47.

CBD – Convention on Biological Diversity (1992): »UN Convention on Biological Diversity. United Nations«, https://www.cbd.int/convention/text/ (Zugriff 12.03.2021).

Costantini, Maria (2020): »Genome Mining and Synthetic Biology in Marine Natural Product Discovery«, in: Marine Drugs, 18. Jg., Nr. 12., o.S.

Dawson, Ashley (2016): Extinction. A Radical History, New York/London: OR Books.

Delibes-Mateos, Miguel/Barrio, Isabel C./Barbosa, A. Márica/Martínez-Solano, Íñigo/Fa, John E./Ferreira, Catarina C. (2019): »Rewilding and the risk of creating new, unwanted ecological interactions«, in: Nathalie Pettorelli/Sarah M. Durant/Johan T. du Toit (Hg.): Rewilding, Cambridge: Cambridge University Press, S. 355-374.

Escobar, Arturo (1998): »Whose Knowledge, Whose nature? Biodiversity, Conservation, and the Political Ecology of Social Movements«, in: Journal of Political Ecology, 5. Jg., Nr. 1, S. 53-82.

Evans, Megan C. (2021): »Re-conceptualizing the role(s) of science in biodiversity conservation«, in: Environmental Conservation, 48. Jg., Nr. 3, S. 151-160.

FAO – Food and Agriculture Organization of the United Nations (1997): The State of the World's Plant Genetic Resources for Food and Agriculture, Report, Rom: FAO.

Flitner, Michael (1995): Sammler, Räuber und Gelehrte – Die politischen Interessen an pflanzengenetischen Ressourcen 1895-1995, Frankfurt a.M.: Campus.

Flitner, Michael (1999): »Biodiversität oder: Das Öl, das Meer und die ›Tragödie der Gemeingüter‹«, in: Christoph Görg/Christine Hetler/Engelbert Schramm/Michael Weingarten (Hg.): Zugänge zur Biodiversität. Disziplinäre Thematisierungen und Möglichkeiten integrierender Ansätze, Marburg: Metropolis, S. 53-70.

Geisler, Charles/de Sousa, Ragendra (2001): »From Refuge to Refugee. The African Case«, in: Public Administration and Development, 21. Jg., Nr. 2., S. 159-170.

Griehl, Carloa (2020): »Mikroalgen. Nachwachsende Rohstoffe für die Bioökonmie«, https://www.wissenschaftsjahr.de/2020-21/aktuelles-aus-der-biooekonomie/koepfe-des-wandels/mikroalgen-nachwachsende-rohstoffe-fuer-die-biooekonomie (Zugriff: 12.03.2021).

Hawken, Iona/Granoff, Ilmi (2010): »Reimagining Park Ideals. Toward Effective Human-Inhabited Protected Areas«, in: Journal of Sustainable Forestry, 29. Jg., Nr. 2-4, S. 122-134.

Hecht, Susanna B. (1998): »Tropische Biopolitik – Wälder, Mythen, Paradigmen«, in: Michael Flitner/Christoph Görg/Volker Heins (Hg.): Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik, Opladen: Leske + Budrich, S. 247-274.

Hertler, Christine (1999): »Aspekte der historischen Entstehung von Biodiversitätskonzepten in den Biowissenschaften«, in: Christoph Görg/Christine Hertler/Engelbert

Schramm/Michael Weingarten (Hg.): Zugänge zur Biodiversität. Disziplinäre Thematisierungen und Möglichkeiten integrierender Ansätze, Marburg: Metropolis, S. 39-52.

Ingram, Jane Carter/Redford, Kent H./Watson, James E.M. (2012): »Applying Ecosystem Services Approaches for Biodiversity Conservation. Benefits and Challenges«, in: Sapiens, 5. Jg., Nr. 1., o.S.

IPBES – Intergovernmantal Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (Hg.) (2019): Global Assessment Report on Biodiversity and Ecosystem, Bonn: IPBES.

Kloppenburg, Jack Ralph (2004 [1988]): First the Seed. The Political Economy of Plant Biotechnology, 1492-2000, 2. Aufl., Madison: The University of Wisconsin Press.

La Vía Campesina (2011): »Peasant Seeds. Dignity, Culture and Life. Farmers in Resistance to Defend their Right to Peasant Seeds«, https://viacampesina.org/en/peasant-seeds-dignity-culture-and-life-farmers-in-resistance-to-defend-their-right-to-peasant-seeds/ (Zugriff: 12.03.2021).

Lewin, Harris A./Robinson, Gene E./Kress, W. John/Baker, William J./Coddington, Jonathan/Crandall, Keith A./Durbin, Richard/Edwards, Scott V./Forest, Félix/Gilbert, M. Thomas P./Goldstein, Melissa M./Grigoriev, Igor V./Hackett, Kevin J./Haussler, David/Jarvis, Erich D./Johnson, Warren E./Patrinos, Aristides/Richards, Stephen/Castilla-Rubio, Juan Carlos/van Sluys, Marie-Anne/Soltis, Pamela S./Xu, Xun/Yang, Huanming/Zhang, Guojie (2018): »Earth BioGenome Project. Sequencing life for the future of life«, in: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America, 115. Jg., Nr. 17, S. 4325-4333.

Mace, Georgina M. (2014): »Whose Conservation?«, in: Science, 345. Jg., Nr. 6204, S. 1558-1560.

Mascia, Michael B./Brosius, J. Peter/Dobson, Tracy A./Forbes, Bruce C./Horowitz, Leah/McKean, Margarte A./Turner, Nancy J. (2003): »Conservation and the Social Sciences«, in: Conservation Biology, 17. Jg., Nr. 3, S. 649-650.

Matthews, Derek/Jones, Huw/Gans, Paul/Coates, Steven/Smith, Lydia M.J. (2005): »Toxic Secondary Metabolite Production in Genetically Modified Potatoes in Response to Stress«, in: Journal of Agricultural and Food Chemistry, 53. Jg., Nr. 20, S. 7766-7776.

McKenney, Bruce A./Joseph M. Kiesecker (2010): »Policy Development for Biodiversity Offsets. A Review of Offset Frameworks«, in: Environmental Management, 45. Jg., Nr. 1, S. 165-176.

McMahon, Aisling/Doyle, David M. (2020): »Patentability and de-extinct animals in Europe. The patented woolly mammoth?«, in: Journal of Law and the Biosciences, 7. Jg., Nr. 1, S. 1-28.

Naughton-Treves, Lisa/Buck Holland, Margaret (2019): »Losing Ground in Protected Areas?«, in: Science, 364. Jg., Nr. 6443, S. 832-833.

Perrot-Maître, Danièle (2006): The Vittel payments for ecosystem services. A »perfect« PES case?, London: International Institute for Environment and Development.

Purvis, Andy/Hector, Andy (2000): »Getting the Measure of Biodiversity«, in: Nature, 405. Jg., Nr. 6783, S. 212-219.

Reynolds, Jesse L. (2021): »Engineering biological diversity. The international governance of synthetic biology, gene drives, and de-extinction for conservation«, in: Current Opinion in Environmental Sustainability, 49. Jg., S. 1-6.

Riekeberg, Andreas (2019): Biopiraterie 2.0? Digitale Sequenz-Information (DSI) und ihr Potential für neue Formen der Biopiraterie, Berlin: FDCL/Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.

Rio Tinto (2021): »Biodiversity«, https://www.riotinto.com/sustainability/environment/biodiversity (Zugriff: 12.03.2021).

Sepkoski, David (2017): »Extinction and Biodiversity. A Historical Perspective«, in: Justin Garson/Anya Plutynski/Sahotra Sarkar (Hg.): The Routledge Handbook of Philosophy of Biodiversity, London: Routledge, S. 26-39.

Shrestha, Nawal/Xu, Xiaoting/Meng, Jiahui/Wang, Zhiheng (2021): »Vulnerabilities of protected lands in the face of climate and human footprint changes«, in: Nature Communications, 12. Jg., Nr. 1, S. 1-9.

Then, Christoph (2019): Gentechnik gefährdet den Artenschutz. Warum die Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen in den natürlichen Populationen verhindert werden muss, München: Testbiotech.

Vadrot, Alice B.M. (2018): »Endangered species, biodiversity and the politics of conservation«, in: Gabriela Kütting/Kyle Herman (Hg.): Global Environmental Politics. Concepts, Theories and Case Studies, London: Routledge, S. 198-226.

Energiegerechtigkeit und Energiedemokratie
Ansätze für eine Politische Ökologie der Energieversorgung

Sören Becker und Matthias Naumann

Energiesysteme sind ein wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen → Metabolismus. Aus der Energieversorgung – verstanden als die Produktion von Strom und Wärme sowie deren Verteilung – resultiert weltweit ein erheblicher Anteil des Ressourcenverbrauchs und klimaschädlicher Emissionen. Die → Transformation des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien und einer effizienteren Nutzung von Strom und Wärme ist eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung der globalen Klimaziele. Dagegen ist die Frage, wie genau – etwa zu welchem Zeitpunkt, in welchen Schritten und durch welche Akteure – diese erfolgen soll, Gegenstand intensiver politischer Auseinandersetzungen. Seit 2015 blockiert das Bündnis *Ende Gelände* jährlich die Braunkohletagebaue und -kraftwerke im Rheinischen und im Lausitzer Revier. Während ein politischer Kompromiss zwischen Bundesregierung und Kohleunternehmen zur Begrenzung der Laufzeit der Kohlekraftwerke bis 2038 führte, erreichte im Frühjahr 2021 eine Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht eine Konkretisierung der Ziele zur Reduktion von CO_2 im bisherigen deutschen Klimaschutzgesetz. Diese Beispiele zeigen bereits, wie die politischen Fragen der Energietransition mit verschiedenen Ebenen, aber auch mit verschiedenen Interessen verbunden sind.

Die Politische Ökologie nimmt nicht nur die ökologischen Folgen der Energieversorgung in den Blick, sondern fragt nach → Machtverhältnissen und den ungleichen Auswirkungen von Energiesystemen sowie deren Transformation. Energiebezogene → Konflikte, insbesondere mit Bezug auf den Abbau fossiler → Rohstoffe wie Erdöl und Kohle, bilden seit langem einen wichtigen Gegenstand der Politischen Ökologie (→ Extraktivismus) (Watts 2008; Cardoso/Turhan 2018). In diesem Beitrag legen wir den Fokus auf → Gerechtigkeit und → Demokratie als neuere Elemente einer politisch-ökologischen Perspektive auf die Energieversorgung. Forderungen nach Energiegerechtigkeit und Energiedemokratie werden sowohl in der sozialwissenschaftlichen Energieforschung als auch von sozialen Bewegungen (→ Akteure) formuliert. Sie diskutieren die grundsätzlichen Möglichkeiten, aber auch die praktischen Ansätze für eine gerechte Verteilung der ökonomischen, sozialen sowie ökologischen Nutzen und Kosten der Energieversorgung. Demokratische Kontrolle und Mitbestimmung gelten als wichtige Instrumente, um eine sozial und ökologisch gerechtere Energieversorgung zu erreichen und dauerhaft abzusichern. Energiegerechtigkeit und Energiedemokratie stehen damit für eine analytische Perspektive auf die Energieversorgung, die Widersprüche zwischen verschiedenen

energiepolitischen Interessen aufdeckt und grundsätzliche Fragen zur Zukunft des Energiesektors stellt. Damit können Energiegerechtigkeit und Energiedemokratie eine Klammer für Energiekämpfe in verschiedenen Kontexten bilden, die ungleiche Machtverhältnisse thematisiert und zu einer nachhaltigen Gestaltung → gesellschaftlicher Naturverhältnissen beiträgt.

Dafür ist eine Abgrenzung von den bisherigen dominanten Ansätzen der Energieforschung nötig. Im Folgenden zeigen wir überblicksartig, wie in den *Transition Studies*, die für die aktuelle Debatte um nachhaltige Energietransformationen sehr prägend sind, Aspekte von Gerechtigkeit und Demokratie bislang vernachlässigt wurden. Anschließend stellen wir die Ansätze von Energiegerechtigkeit und -demokratie sowie deren Potentiale, aber auch Grenzen dar. Am Ende des Beitrags steht ein Fazit mit kurzen Schlussfolgerungen für die weitere wissenschaftliche und aktivistische Praxis. Wir zeigen damit zum einen auf, was diese Ansätze analytisch in den Blick nehmen bzw. ausblenden und beleuchten zum anderen Konfliktfelder, die entstehen, wenn politische Akteure sich auf diese Konzepte beziehen.

Gerechtigkeit und Demokratie – Leerstellen der Debatte um *Energy Transitions*

Der Ansatz der *Sustainability Transitions* bzw. *Transition Studies* (deutsch: Transitionsforschung) bildet seit einigen Jahren eine wichtige Orientierung sowohl für die wissenschaftliche Debatte als auch für politische Programme zu Transformationen der Energieversorgung (für einen kompakten Überblick vgl. Rohracher 2021).

Der Ansatz beschäftigt sich vor allem mit der Durchsetzung neuer Technologien durch das Zusammenspiel von drei analytischen Ebenen: erstens einer Landschaft, die den allgemeinen Rahmen für sozio-technischen Wandel abbildet, zweitens sozio-technische Regimes und drittens Nischen, in denen Innovation stattfinden (Geels/Schot 2007). Die *Landschaftsebene* bildet die Umwelt bzw. den Kontext, in dem sich Regime befinden und innerhalb dessen die jeweils beschriebenen Veränderungen erfolgen. Dazu zählen langfristige Wertorientierungen ebenso wie die kapitalistische Wirtschaftsweise an sich (obwohl diese in dem Ansatz nicht hinterfragt wird). Das ursprünglich eher starre Verständnis von Landschaft haben Geels und Schot (2007) korrigiert, indem sie einräumten, dass auch plötzliche Veränderungen auf der Landschaftsebene, z.B. der Ölpreisschock in den 1970er Jahren oder der Super-GAU im Atomkraftwerk Fukushima 2011, einen Einfluss auf die Entwicklung eines sozio-technischen Regimes haben können. *Sozio-technische Regime* bestehen aus einer Vielzahl von Elementen, die miteinander verknüpft sind, wie etwa institutionelle Konstellationen, Praktiken, Marktbeziehungen, technische Artefakte und → Wissen. Ein Transitionsprozess bedeutet die Ablösung eines Regimes durch ein anderes. *Nischen* werden dagegen als ›geschützte Räume‹ verstanden, in denen neue Technologien und Anwendungen erprobt werden können (Geels 2002: 1261). In Nischen sollen Lernprozesse und Innovationen durch den Schutz vor mächtigen Marktakteuren, Ausleseprozessen am Markt oder dem vorherrschenden Geschmack von Konsument*innen Lernprozesse und Innovationen ermöglicht werden (Smith/Raven 2012: 1028). Implizit wird angenommen, dass die Entwicklung oder bewusste Einrichtung solcher Nischen die Voraussetzung für eine Veränderung des Regimes bilden (Kemp et al. 1998). Innovationen können jedoch in einem Nischenstatus

verbleiben (wie bisher die Brennstoffzelle), das alte Regime ablösen (wie bei der Durchsetzung des Wechselstromprinzips) oder als neue Elemente in bestehende Strukturen aufgenommen werden (wie z.B. Offshore-Windanlagen, die von großen Energieversorgungsunternehmen betrieben werden). In der Realität überlagern sich jedoch häufig verschiedene Entwicklungen, und es ist schwer einzuschätzen, an welcher Stelle sich ein Transitionsprozess befindet. Dadurch, dass Transitionen als *evolutionär* verstanden werden, also als eine Dynamik von Anpassung und Weiterentwicklung, führen sie häufig zu marktkonformen Lösungen.

Der Ansatz der *Transition Studies* wurde von verschiedenen Seiten kritisiert: Bereits früh entwickelte sich eine Kritik an der essentialistischen Einteilung dieser Ebenen und an der fehlenden Berücksichtigung von Machtverhältnissen (Smith et al. 2005). Außerdem wird der Ansatz dafür kritisiert, technologischen Innovationen eine zu große Bedeutung beizumessen (Lawhon/Murphy 2012). Es werde nicht hinterfragt, wer diese Innovationen aus welchem Grund entwickelt, und mit welchem Ziel sie eingesetzt werden. Lawhon und Murphy kritisieren in diesem Zusammenhang den ›*elite focus*‹ der Transitionsforschung (ebd.). Durch diesen engen Fokus geraten nicht intendierte Folgen außerhalb des betrachteten sozio-technischen Systems aus dem Blick. Zu nennen sind hier sowohl mögliche Auswirkungen auf Beschäftigung und soziale Ungleichheit als auch mögliche ökologische Kosten durch neue Technologien. Zugespitzt formuliert lautet die Kritik, dass die Transitionsforschung sich zu wenig den Gewinner*innen und Verlierer*innen von Transitionen widmet (Shove/Walker 2007).

Die *Transition*-Debatte hat einige dieser Kritikpunkte aufgenommen. Dabei werden neue Gegenstände in die Debatte eingeführt, darunter die Rolle von sozialen Bewegungen und ›radikalen‹ Positionen (Avelino 2011; Elzen et al. 2011), das Entstehen von politischen Koalitionen (Hess 2014), ebenso wie die Rolle von Konsument*innen (Creutzig et al. 2018). Ein weiterer Ansatz ist die Idee der *just transitions*, die eine stärkere Beteiligung von Arbeitnehmer*innen und sozial Schwächeren in politischen Diskussionen um Transitionen fordert (Newell/Mulvaney 2013). Der Großteil der Arbeiten bleibt jedoch in einer evolutionären Perspektive verhaftet, die den gewünschten Wandel hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft als Ergebnis der Anpassung an einen gegebenen Kontext versteht. Die zentrale Frage nach Machtverhältnissen und den ungleichen Auswirkungen der Energieversorgung bleibt dagegen oft unterbelichtet. An dieser Lücke setzen die Forschungen und politischen Forderungen nach Energiegerechtigkeit und Energiedemokratie an.

Perspektive Energiegerechtigkeit und Energiedemokratie

Energiegerechtigkeit und Energiedemokratie: Ein Überblick

Die Machtverhältnisse und Entscheidungsprozesse in der Energieversorgung sowie die ungleiche Verteilung von Kosten und Nutzen werden in der sozialwissenschaftlichen Energieforschung vor allem unter den Stichworten Energiegerechtigkeit und Energiedemokratie diskutiert (Walker/Day 2012; Jenkins et al. 2016; Becker/Naumann 2017; van Veelen/van der Horst 2018; Sovacool et al. 2019). Diese Debatten sind stark transdisziplinär geprägt. Das bedeutet hier, dass Forschende und Aktivist*innen die gleichen Begriffe benutzen und in Projekten zusammenarbeiten. So sind Energie-

gerechtigkeit und Energiedemokratie einerseits energiepolitische Forderungen von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien, andererseits haben sich die Begriffe als wichtige Konzepte in der sozialwissenschaftlichen Energieforschung etabliert (Weis et al. 2015). Energiegerechtigkeit und Energiedemokratie sind nicht eindeutig voneinander abzugrenzen. Energiedemokratie legt einen Fokus auf öffentliche Beteiligung und kollektive Entscheidungen in der Energieversorgung, während Energiegerechtigkeit versucht, Energiearmut, unfaire Verteilungsmuster und Entscheidungsprozesse zu überwinden (Jenkins et al. 2020).

Der Begriff *Energiedemokratie* geht auf Diskussionen unter Aktivist*innen der internationalen Klimabewegung zurück. Er tauchte in der deutschsprachigen Debatte um das Jahr 2011 erstmalig auf. Hintergrund waren Auseinandersetzungen um den Rückkauf von privatisierten Energienetzen in deutschen Großstädten und die zeitgleich entstehenden neuen, kleineren Unternehmensformen in der Energiewirtschaft wie Genossenschaften sowie die Protestbewegung gegen Kohletagebaue (Kunze/Becker 2014). Später wurde Energiedemokratie international von Gewerkschaften, linken Parteien und in wissenschaftlichen Debatten aufgegriffen (Hess 2018). In vielen Ländern sind Forderungen nach der Kontrolle und Mitbestimmung in den Unternehmen der Energieversorgung das Kernstück der Diskussion um Energiedemokratie. Cumbers (2012: 164ff.) zufolge erhöhen demokratische Energieunternehmen die Wahrscheinlichkeit, die Energieversorgung an *Gemeinwohlzielen* wie der Verteilungsgerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit sowie Umwelt- und Klassengerechtigkeit auszurichten, indem beispielsweise stärker auf erneuerbare Energien, sozialverträgliche Tarife und gute Arbeitsbedingungen geachtet wird.

Der Ansatz der *Energiegerechtigkeit* wurde in den frühen 2010er Jahren in der sozialwissenschaftlichen Energieforschung eingeführt, allerdings vorrangig als *Energy Justice* im englischsprachigen Raum (Bickerstaff et al. 2013). Dort schloss er direkt an Debatten um Environmental Justice (→ Umweltgerechtigkeit) an. Beim Versuch, Energiegerechtigkeit zu definieren, können vier Dimensionen unterschieden werden, die in Tabelle 1 schematisch zusammengefasst werden.

Erstens steht *prozedurale Gerechtigkeit* für eine gleichberechtigte Beteiligung aller Betroffenen an energiepolitischen und -wirtschaftlichen Entscheidungen. Beispiele hierfür sind Investitions-, Standort- und Tarifentscheidungen in der

Tabelle 1 – Dimensionen und Leitfragen der Energiegerechtigkeit

Dimensionen	**Leitfragen**
Prozess und Beteiligung (prozedurale Gerechtigkeit)	Welche Gruppen sind an Entscheidungen zur Energieversorgung beteiligt, welche ausgeschlossen?
Verteilung (distributive Gerechtigkeit)	Wie werden Kosten und Gewinne zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Regionen verteilt?
Rechte und Ansprüche (systemische Gerechtigkeit)	Welche Prozesse führen zu einer ungleichen Beteiligung oder Verteilung von bestimmten Regionen oder Bevölkerungsgruppen?
Globale Dimension (kosmopolitische Gerechtigkeit)	Wie reproduzieren die Auswirkungen der Energiewirtschaft globale Ungleichheiten?

Quelle: Eigene Darstellung nach Becker/Naumann 2021, S. 108.

Energieversorgung und die Frage, wer auf diese Entscheidungen wie Einfluss ausüben kann. Die prozedurale Dimension berührt auch die Forderung nach einer Demokratisierung der Energiewirtschaft, so stellt sie Aspekte der Fairness und des klaren, geregelten Ablaufs in das Zentrum (Sovacool/Dworkin 2015).

Zweitens thematisiert *distributive Gerechtigkeit* die ungleiche Verteilung von Kosten und Nutzen in der Energieversorgung. Aktuelle Debatten um Energiearmut werfen hier die Frage nach einem gerechten Zugang zu Elektrizität und Wärme auf (Großmann 2021). Gleichzeitig geht es in dieser Dimension um die Beteiligung Betroffener an den Erträgen von Stromerzeugungsanlagen, z.B. bei Windkraftanlagen in der Nähe von Siedlungen (Bristow et al. 2012).

Drittens berücksichtigt die Dimension der *systemischen Gerechtigkeit* die Anerkennung von Rechten und Ansprüchen bislang benachteiligter Bevölkerungsgruppen an der Energieversorgung. Hier geht es darum, welche Anliegen als legitim angesehen werden, aber auch mit welchen Maßnahmen strukturellen Ungleichheiten begegnet werden kann, z.B. durch spezielle Schutzrechte von Indigener Bevölkerung bei Pipeline-Projekten oder durch geringere Energiepreise für ärmere Haushalte (Walker/Day 2012).

Viertens wird die globale Dimension unter dem Stichwort der *kosmopolitischen Energiegerechtigkeit* diskutiert (Sovacool et al. 2019). So werden Fragen nach der (globalen) → Externalisierung der Kosten der Energieversorgung und danach gestellt, wie sich globale Ungleichheiten in Energiewendeprozessen reproduzieren oder überwunden werden können. Dies stellt eine Verbindung zwischen den Zentren des Energiekonsums und damit der Produktion von Emissionen und den extraktiven Standorten her, an denen Energierohstoffe wie Kohle und Öl gewonnen werden. Letztere liegen häufig im Globalen Süden und verfügen über geringere Kapazitäten, mit den Folgen der Klimaveränderung umzugehen (Bedall 2014). Hier lässt sich auch eine Verbindung zum Konzept der → Imperialen Lebensweise ziehen. Energiegerechtigkeit thematisiert damit, ausgehend vom Konfliktfeld der Energieversorgung, grundsätzliche Fragen nach Machtverhältnissen und der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse im globalen Maßstab.

Regionaler Strukturwandel im Rheinland zwischen Transition und Energiedemokratie

Forderungen nach Energiegerechtigkeit und Energiedemokratie betreffen einen Sektor, der über lange Zeit durch intransparente, zentralisierte Strukturen in großen öffentlichen und privaten Unternehmen sowie deren enge Verbindung mit Politik, Verwaltung und Wirtschaftsverbänden geprägt war (Szulecki 2018). Die empirische Forschung zu Energiegerechtigkeit und Energiedemokratie nimmt Konflikte in den Blick, die bei der politischen Umgestaltung von Energiesystemen entstehen. Wie unterschiedlich die Vorschläge sind, die aus *Transition*-Ansätzen bzw. Forderungen nach Energiedemokratie für die politische Gestaltung von Energietransformationen abgeleitet werden, wird im Rheinischen Braunkohlerevier deutlich.

Im Rheinischen Revier waren – Stand Anfang 2021 – drei Tagebaue und vier Braunkohlekraftwerke in Betrieb, die zu den emissionsstärksten in ganz Europa gehören. Mit den Auseinandersetzungen um den Hambacher Forst fand hier einer der öffentlichkeitswirksamsten Konflikte um den Kohleausstieg statt (Oßenbrügge 2021). Im Rahmen der bundesweiten Diskussionen und Verhandlungen um den Kohleausstieg wurde be-

schlossen, dass ein Großteil der Kapazitäten im Rheinischen Revier früher abgeschaltet werden sollte als in den anderen Braunkohlerevieren (spätestens 2038). Der schrittweise Ausstieg aus der Braunkohle bedeutet in dieser Region den Startschuss für eine Neuausrichtung im Strukturwandel, bei der sich Ansätze mit einem Fokus auf technische Innovationen und Forderungen nach einer stärkeren Beteiligung der lokalen Bevölkerung und sozialer Initiativen gegenüberstehen (für einen Überblick vgl. Sander et al. 2020).

Auf der einen Seite gibt es einen Prozess mit dem Ziel, die Kohleregion des Rheinischen Reviers in eine *Innovationsregion* zu verwandeln. Die zentrale Organisation in diesem Prozess ist die *Zukunftsagentur Rheinisches Revier* (ZRR). Diese ist als GmbH mit überwiegend öffentlichen Eigner*innen organisiert und wird zu einem großen Teil von der Landesregierung Nordrhein-Westfalens finanziert. Die Agentur soll als Plattform dienen, verschiedene Akteure zusammenzubringen und Projekte für die Zukunft des Reviers entwickeln. Unter dem Dach der ZRR arbeiten Vertreter*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden in verschiedenen Arbeitsgruppen zusammen. Dabei geht es darum, im Sinne der Erschaffung von Nischen entsprechend der *Transition Studies*, innovative Projekte zu entwickeln, die nach einer Förderphase die Grundlage einer zukunftsfähigen Wirtschaft in der Region bilden sollen. Diese Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit den Themenfeldern ›Energie und Industrie‹, ›Innovation und Bildung‹, ›Ressourcen und Agrobusiness‹ sowie ›Raum und Infrastruktur‹. Die bisher diskutierten Projekte sind vor allem technologiebezogen: Unter der Überschrift ›Wasserstoffrevier‹ beispielsweise sind verschiedene Projekte vorgesehen, unter anderem der Aufbau einer regionalen Brennstoffzellenproduktion und ein Forschungscluster für die Wasserstoffwirtschaft. Weitere Aktivitäten sind das Projekt ›BioÖkonomieRevier‹ und Gründungszentren für Start-ups.

Demgegenüber sind sich soziale Bewegungen in der Region uneinig darüber, inwieweit sie sich überhaupt in die Diskussionen zum Strukturwandel einbringen oder weiter vorrangig für ein schnelleres Ende der klimaschädlichen Kohleverstromung kämpfen sollen. So sehen Gruppierungen wie *Ende Gelände, Ausgeco₂hlt,* die *Interventionistische Linke,* die Aktivist*innen um den Hambacher Forst und die lokalen Gruppen von Fridays for Future im Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke bis 2038 eine klimapolitische Katastrophe und einen klaren Bruch mit dem Pariser Klimaabkommen. Dementsprechend scharf kritisierten sie die bisherigen Vorkehrungen für einen Kohleausstieg bis 2038 und antworteten darauf mit erneuten Protestaktionen. Für die nähere Zukunft planen sie, Aktionen zivilen Ungehorsams (→ Widerstand) gegen Kraftwerke und Tagebau auszuweiten, um den Druck für einen früheren Kohleausstieg zu erhöhen (vgl. Sander et al. 2020). Um ihre Positionen für den Strukturwandel abzustimmen, haben sich verschiedene Umweltverbände, kirchliche Gruppen und Bürger*inneninitiativen der Tagebaubetroffenen im *Zivilgesellschaftlichen Koordinierungskreis Strukturwandel* zusammengeschlossen.

Die analytischen Dimensionen von Energiedemokratie und Energiegerechtigkeit spiegeln sich in ihrer regional spezifischen Ausprägung in den politischen Diskussionen im Rheinischen Revier wider. Das betrifft vor allem folgende Aspekte:

- *Prozess und Beteiligung*: Erstens kritisieren zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen, zusammen mit Vertreter*innen von Kommunen, die zentrale Rolle der Zukunftsagentur und die mangelnde Beteiligung an den Fachgesprächen. Vielen Initiativen ist die starke Rolle des Kohleunternehmens RWE und des Wirt-

schaftsministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen im Aufsichtsrat der ZRR ein Dorn im Auge. Für eine bessere Einbindung der Kommunen wurde im Oktober 2019 die *Anrainerkonferenz Rheinisches Revier* geschaffen.

- *Verteilung:* Zweitens wird darum gerungen, welche Projekte gefördert werden, also welche Interessen und Ideen von zukünftigen Fördermitteln profitieren können. Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren hier, dass die Zukunftspläne zu einseitig auf technische Innovationen zielen (ebd.). Das lässt erwarten, dass vor allem etablierte Unternehmen und Start-Ups von der Förderung profitieren werden.
- *Rechte und Ansprüche:* Drittens bestehen große Unterschiede hinsichtlich der Ziele und zukünftigen Ausrichtung der regionalen Entwicklung. So lässt sich als Ergebnis der beiden vorherigen Punkte feststellen, dass Forderungen nach einer grundsätzlicheren Umgestaltung der regionalen Wirtschaft und soziale Belange jenseits einer Fokussierung auf technische Innovationen in den bisherigen Diskussionen nicht prominent eingebracht werden konnten. Einschränkend lässt sich hier sagen, dass Gewerkschaften in den Gremien der ZRR vertreten sind, sodass zumindest die Interessen der Kernbelegschaft in den Energieunternehmen gut repräsentiert erscheinen.
- *Globale Dimension:* Viertens stellt die → Klimagerechtigkeitsbewegung globale Bezüge her, indem sie für einen möglichst schnellen Kohleausstieg und für eine radikale Reduktion von Emissionen eintritt. Dies wird in lokalen Aktionen und Camps ebenso formuliert wie auf Protesten im Rahmen internationaler Gipfel wie dem Kopenhagener Klimagipfel 2009 (Chatterton et al. 2013). Ein neues Element sind hier Klimaklagen in verschiedenen Ländern, z.B. eine Klage gegen die Aktivitäten des deutschen Energiekonzerns RWE in Peru. Außerdem wird skandalisiert, dass der vereinbarte Fahrplan für den deutschen Kohleausstieg bis 2038 dem Ziel einer schnellen Verminderung der Emissionen widerspricht, was vor allem die global vulnerabelsten Regionen zuerst betreffen wird.

Während sich im Ansatz der Zukunftsagentur Rheinisches Revier eine Nähe zu den Konzepten der *Transition Studies* erkennen lässt, spiegeln die Positionen verschiedener Gruppen von Aktivist*innen Kritikpunkte aus der Debatte um Energiedemokratie und Energiegerechtigkeit wider. Diese Gegenüberstellung zeigt nicht nur den Unterschied zwischen politisch-ökologischen und im Mainstream verhafteten Ansätzen, sondern auch die Konflikthaftigkeit des Kohleausstiegs und des anschließenden Strukturwandels.

Fazit

Eine nachhaltige Energieversorgung ist eines der wichtigsten Handlungsfelder, um der Klimakrise zu begegnen. Dass Energiesysteme nicht nur technisch zu verstehen sind, hat der sozio-technische Zugang der *Transition Studies* gezeigt. Doch die Transformationen von Energiesystemen sind politisch umstritten. Das gilt für die konkreten Maßnahmen zur Energiewende und auch für die Frage, welche Akteursgruppen von dieser profitieren. Die Bilanz der Energiewende dahingehend ist ambivalent: In vielen Ländern erhielten neue, zivilgesellschaftliche Akteure mit der Entwicklung erneuerbarer Energien einen größeren Einfluss, doch haben mittlerweile auch viele internationa-

le Energiekonzerne erneuerbare Großprojekte in ihr Portfolio aufgenommen. Aktuell sind weder die langfristigen Konsequenzen dieser Transformationen noch die Folgen der weiterhin andauernden Nutzung fossiler und nuklearer Energieträger absehbar. Das zeigen erste Auseinandersetzungen beispielsweise mit Arbeitnehmer*innen nach dem Ende der deutschen Solarindustrie oder Verbindungen von Koltanminen und Kinderarbeit sowie kriegerischen Auseinandersetzungen im Kongo (Sovacool et al. 2021).

Eine Politische Ökologie der Energieversorgung beschäftigt sich folglich mit Fragen der Mitbestimmung von Betroffenen sowie der Verteilung von Kosten und Nutzen von Energietransitionen. Die Ansätze der Energiedemokratie und Energiegerechtigkeit bieten in dieser unübersichtlichen Situation eine kritische Analyseperspektive und Orientierung, um Konflikte zu bewerten sowie um politische Forderungen abzuleiten und entsprechende Veränderungen durchzusetzen. Im Zentrum der wissenschaftlichen Debatte um Energiedemokratie stehen politische Herausforderungen, aber auch die Rolle konkreter Organisationsformen von Energieversorgungsunternehmen für mehr Mitbestimmung. Es zeigt sich, dass die Realisierung von Energiedemokratie nicht widerspruchsfrei verläuft. Gemeinschaftliches oder staatliches Eigentum allein ist keine Garantie für eine ökologischere, sozial gerechtere oder demokratisch kontrollierte Energieversorgung.

Energiedemokratie und Energiegerechtigkeit können den Blick dafür schärfen, inwiefern die Energiewende die Machtverhältnisse und Ungerechtigkeiten des fossilen Energiesystems reproduziert (Sovacool et al. 2019: 615). Eine geographische Perspektive ist hierbei von besonderer Bedeutung. Dabei geht es um die räumlichen Bedingungen für die Entwicklung neuer Formen der Energieversorgung und die adäquate räumliche Ebene ihrer Kontrolle. Lokale politische Traditionen und Machtverhältnisse spielen hier ebenso eine Rolle wie die finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, in Energieinfrastrukturen zu investieren. Insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels birgt der häufig lokale Bezug von Energiegenossenschaften und Rekommunalisierungen die Gefahr einer *Local Trap*, bei der Lösungen nur auf der lokalen Ebene gesucht, aber Fragen globaler Regulation vernachlässigt werden (Russell 2019). Daran schließt die Frage an, wie eine räumliche Verbindung zwischen weit entfernten Abbauregionen fossiler Energieträger und den Orten des Konsums konzipiert werden kann. Wissenschaftlich können Debatten um Energiedemokratie und *Energy Justice* helfen, diese Fragen zu adressieren. Politisch gibt es derzeit viele Ansätze, in lokalen Konflikten globale Fragestellungen zu thematisieren, z.B. indem Energiekonzerne auf verschiedenen Ebenen für ihr Festhalten an fossilen Energien verantwortlich gemacht werden. Inwieweit praktische Ansätze wie Energiegenossenschaften und kommunale Energieversorger tatsächlich eine Möglichkeit sind, soziale und räumliche Ungleichheiten zu überwinden, bleibt ein Gegenstand für die weitere Forschung.

Literatur

Avelino, Flor (2011): Power in Transition. Empowering Discourses on Sustainability Transitions. Dissertation, Rotterdam.

Becker, Sören/Naumann, Matthias (2017): »Energy democracy: Mapping the debate on energy alternatives«, in: Geography Compass, 11. Jg., Nr. 8, S. e12321.

Becker, Sören/Naumann, Matthias (2021): »Energiedemokratie: Beteiligung und Mitbestimmung in der Energieversorgung«, in: Sören Becker/Britta Klagge/Matthias Naumann (Hg.): Energiegeographie. Konzepte und Herausforderungen, Stuttgart: Eugen Ulmer/UTB, S. 107-117.

Bedall, Philip (2014): Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie, Bielefeld: transcript.

Bickerstaff, Karen/Walker, Gordon/Bulkeley, Harriet (Hg.) (2013): Energy Justice in a Changing Climate, London/New York: Zed Books.

Bristow, Gillian/Cowell, Richard/Munday, Max (2012): »Windfalls for whom? The evolving notion of ›community‹ in community benefit provisions from wind farms«, in: Geoforum, 43. Jg., Nr. 6, S. 1108-1120.

Cardoso, Andrea/Turhan, Ethemcan (2018): »Examining the new geographies of coal: Dissenting energyscapes in Colombia and Turkey«, in: Applied Energy, 224. Jg., S. 398-408.

Chatterton, Paul/Featherstone, David/Routledge, Paul (2013): »Articulating Climate Justice in Copenhagen: Antagonism, the Commons, and Solidarity«, in: Antipode, 45. Jg., Nr. 3, S. 602-620.

Creutzig, Felix/Roy, Joyashree/Lamb, William F./Azevedo, Inês M.L./de Bruin, Wändi Bruine/Dalkmann, Holger/Edelenbosch, Oreane Y./Geels, Frank W./Grübler, Arnulf/Hepburn, Cameron/Hertwich, Edgar/Kholsla, Radhika/Mattauch, Linus/Minx, Jan C./Ramakrishnan, Anjali/Rao, Narasimha D./Steinberger, Julia/Tavoni, Massimo/Ürge-Vorsatz, Diana/Weber, Elke U. (2018): »Towards demand-side solutions for mitigating climate change«, in: Nature Climate Change, 8. Jg., Nr. 4, S. 260-263.

Cumbers, Andrew (2012): Reclaiming Public Ownership. Making Space for Economic Democracy, London/New York: Zed Books.

Elzen, Boelie/Geels, Frank W./Leeuwis, Cees/van Mierlo, Barbara (2011): »Normative contestation in transitions ›in the making‹: Animal welfare concerns and system innovation in pig husbandry«, in: Research Policy, 40. Jg., Nr. 2, S. 263-275.

Geels, Frank W. (2002): »Technological transitions as evolutionary reconfiguration processes: A multi-level perspective and a case-study«, in: Research Policy, 31. Jg., Nr. 8-9, S. 1257-1274.

Geels, Frank W./Schot, Johan (2007): »Typology of sociotechnical transition pathways«, in: Research Policy, 36. Jg., Nr. 3, S. 399-417.

Großmann, Katrin (2021): »Energiearmut in Deutschland und Europa«, in: Sören Becker/Britta Klagge/Matthias Naumann (Hg.): Energiegeographie. Konzepte und Herausforderungen, Stuttgart: Eugen Ulmer/UTB, S. 233-245.

Hess, David (2014): »Sustainability transitions: A political coalition perspective«, in: Research Policy, 43. Jg., Nr. 2, S. 278-283.

Hess, David (2018): »Energy democracy and social movements: A multi-coalition perspective on the politics of sustainability transitions«, in: Energy Research & Social Science, 40. Jg., S. 177-189.

Jenkins, Kirsten/McCauley, Darren/Heffron, Raphael/Stephan, Hannes/Rehner, Robert (2016): »Energy justice: A conceptual review«, in: Energy Research & Social Science, 11. Jg., S. 174-182.

Jenkins, Kirsten/Stephens, Jennie/Reames, Tony/Hernández, Diana (2020): »Towards impactful energy justice research: Transforming the power of academic engagement«, in: Energy Research & Social Science, 67. Jg., S. 101510.

Kemp, René/Schot, Johan/Hoogma, Remco (1998): »Regime shifts to sustainability through processes of niche formation: The approach of strategic niche management«, in: Technology Analysis & Strategic Management, 10. Jg., Nr. 2, S. 175-198.

Kunze, Conrad/Becker, Sören (2014): Energiedemokratie in Europa. Bestandsaufnahme und Ausblick, Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Lawhon, Mary/Murphy, James (2012): »Socio-technical regimes and sustainability transitions: Insights from political ecology«, in: Progress in Human Geography, 36. Jg., Nr. 3, S. 354-378.

Newell, Peter/Mulvaney, Dustin (2013): »The political economy of the ›just transition‹«, in: The Geographical Journal, 179. Jg., Nr. 2, S. 132-140.

Oßenbrügge, Jürgen (2021): »Von der Anti-AKW-Bewegung bis Ende Gelände: soziale Bewegungen in der deutschen Energiepolitik«, in: Sören Becker/Britta Klagge/Matthias Naumann (Hg.): Energiegeographie. Konzepte und Herausforderungen, Stuttgart: Eugen Ulmer/UTB, S. 133-144.

Rohracher, Harald (2021): »Energiesysteme und Transitionen zur Nachhaltigkeit aus räumlicher Perspektive«, in: Sören Becker/Britta Klagge/Matthias Naumann (Hg.): Energiegeographie. Konzepte und Herausforderungen, Stuttgart: Eugen Ulmer/UTB, S. 45-52.

Russell, Bertie (2019): »Beyond the Local Trap: New Municipalism and the Rise of the Fearless Cities«, in: Antipode, 51. Jg., Nr. 3, S. 989-1010.

Sander, Hendrik/Siebenmorgen, Bastian/Becker, Sören (2020): Kohlausstieg und Strukturwandel. Für eine sozialökologische Transformation im Rheinischen Revier, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Shove, Elizabeth/Walker, Gordon (2007): »Caution! Transitions Ahead: Politics, Practice, and Sustainable Transition Management«, in: Environment and Planning A: Economy and Space, 39. Jg., Nr. 4, S. 763-770.

Smith, Adrian/Raven, Rob (2012): »What is protective space? Reconsidering niches in transitions to sustainability«, in: Research Policy, 41. Jg., Nr. 6, S. 1025-1036.

Smith, Adrian/Stirling, Andy/Berkhout, Frans (2005): »The governance of sustainable socio-technical transitions«, in: Research Policy, 34. Jg., Nr. 10, S. 1491-1510.

Sovacool, Benjamin/Dworkin, Michael (2015): »Energy justice: Conceptual insights and practical applications«, in: Applied Energy, 142. Jg., S. 435-444.

Sovacool, Benjamin/Martiskainen, Mari/Hook, Andrew/Baker, Lucy (2019): »Decarbonization and its discontents: a critical energy justice perspective on four low-carbon transitions«, in: Climatic Change, 155. Jg., S. 581-619.

Sovacool, Benjamin/Turnheim, Bruno/Hook, Andrew/Brock, Andrea/Martiskainen, Mari (2021): »Dispossessed by decarbonisation: Reducing vulnerability, injustice, and inequality in the lived experience of low-carbon pathways«, in: World Development, Nr. 137, S. 105116.

Szulecki, Kacpar (2018): »Conceptualizing energy democracy«, in: Environmental Politics, 27. Jg., Nr. 1, S. 21-41.

van Veelen, Bregje/van der Horst, Dan (2018): »What is energy democracy? Connecting social science energy research and political theory«, in: Energy Research & Social Science, 46. Jg., S. 19-28.

Walker, Gordon/Day, Rosie (2012): »Fuel poverty as injustice: Integrating distribution, recognition and procedure in the struggle for affordable warmth«, in: Energy Policy, 49. Jg., S. 69-75.
Watts, Michael (Hg.) (2008): Curse of the Black Gold. 50 Years of Oil in the Niger Delta, New York: Powerhouse Books.
Weis, Laura/Becker, Sören/Naumann, Matthias (2015): Energiedemokratie. Grundlage und Orientierung einer kritischen Energieforschung, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ernährungssouveränität

Louisa Prause

Im Jahr 2021 feierte die Agrarbewegung La Vía Campesina 25 Jahre Kampf und Kampagne für Ernährungssouveränität (La Vía Campesina 2021). La Vía Campesina entwickelte den Begriff Ernährungssouveränität in den 1990er Jahren und machte ihn seitdem zu einem zentralen Bezugspunkt weltweiter Agrarbewegungen. Seine Wurzeln hat er also in → sozialen Bewegungen, die ihn als politischen Leitbegriff für die zukünftige Ausrichtung der Produktion, des Konsums und der Verteilung von Nahrungsmitteln entwickelten. Ernährungssouveränität ist kein eindeutig und endgültig definiertes Konzept, sondern das Verständnis von Ernährungssouveränität entwickelt sich beständig weiter (Patel 2009). Dabei spiegelt es das sich verändernde Terrain globaler Agrar- und Ernährungspolitik wider sowie die Interessen der → Akteure, die sich des Konzeptes bedienen und die Kontexte, in denen sie agieren (Schiavoni 2016). Einige Grundideen des Konzeptes blieben über die Jahrzehnte jedoch erhalten. Ernährungssouveränität umfasst klare Vorstellungen, wie Nahrungsmittel produziert werden sollen: Gestärkt werden soll die kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft, die oftmals mit agrar-ökologischer Landwirtschaft gleichgesetzt wird. Darüber hinaus beschäftigt sich Ernährungssouveränität mit der Verteilung von Nahrungsmitteln und zieht hierbei lokale Wertschöpfungsketten dem Weltmarkt vor. Schließlich umfasst Ernährungssouveränität das Recht auf gesunden und kulturell angemessenen Konsum von Nahrungsmitteln. Als solches gibt das Konzept wichtige Antworten auf die Frage, wie die Ernährung der Weltbevölkerung und die landwirtschaftliche Produktion von Nahrungsmitteln zukünftig organisiert werden soll.

Eine mittlerweile weit verbreitete Definition von Ernährungssouveränität, die von zahlreichen sozialen Bewegungen mitgetragen wird, stammt aus der Erklärung des Forums für Ernährungssouveränität, das 2007 im malischen Sélingué stattfand (Luig 2019). Mehr als 500 Vertreter*innen von Kleinbäuer*innenorganisationen, Fischer*innen, Landarbeiter*innen, Viehzüchter*innen, Indigenen Gruppen und Konsument*innenorganisationen verabschiedeten die Erklärung, die Ernährungssouveränität so definiert:

> »Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung, nachhaltig und unter Achtung der Umwelt hergestellt. Sie ist das Recht auf Schutz vor schädlicher Ernährung. Sie ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und der transnationalen Konzerne. Sie verteidigt

das Wohlergehen kommender Generationen und bezieht sie ein in unser vorsorgendes Denken. Sie ist eine Strategie des Widerstandes und der Zerschlagung derzeitiger Handels- und Produktionssysteme, die in den Händen multinationaler Konzerne liegen. Die Produzierenden sollen in ihren Dörfern und Ländern ihre Formen der Ernährung, Landwirtschaft, Vieh- und Fischzucht selbst bestimmen können. Ernährungssouveränität stellt lokale und nationale Wirtschaft und Märkte in den Mittelpunkt. Sie fördert bäuerliche Landwirtschaft, Familienbetriebe sowie den traditionellen Fischfang und die Weidewirtschaft. Erzeugung, Verteilung und Verbrauch der Lebensmittel müssen auf sozialer, wirtschaftlicher und umweltbezogener Nachhaltigkeit beruhen. Ernährungssouveränität fördert transparenten Handel, der allen Völkern ein gerechtes Einkommen sichert und den Konsument*innen das Recht verschafft, ihre Nahrungsmittel zu kontrollieren. Sie garantiert, dass die Nutzungsrechte auf Land, auf Wälder, Wasser, Saatgut, Vieh und Biodiversität in den Händen jener liegen, die das Essen erzeugen. Ernährungssouveränität bildet und stützt neue soziale Beziehungen ohne Unterdrückung und Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, Völkern, ethnischen Gruppen, sozialen Klassen und Generationen« (Nyeleni-Deklaration 2007, zit.n. La Vía Campesina Österreich 2018: o.S.).

Diese Definition verdeutlicht, dass Ernährungssouveränität ein rechtebasierter Begriff ist und an die ökonomischen und sozialen Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Nahrung, anschließt. Ernährungssouveränität schließt jedoch auch ein Recht auf Zugang zu Land und das Recht der ländlichen Bevölkerung, ihre eigenen Nahrungsmittel zu produzieren mit ein (Rosset 2011). Mit dem Begriff der Ernährungssouveränität fordern Bewegungen ein, diese Rechte zu respektieren, zu schützen und institutionell zu verankern (Patel 2009). Von wem und wie diese Rechte eingefordert werden, hängt von den Konfliktfeldern ab, die verhandelt werden.

Ernährungssouveränität als politischer Begriff in Kämpfen um Land und Nahrung

Seit Mitte der 2000er Jahre ist Ernährungssouveränität insbesondere im Kontext von → Konflikten um Zugang zu Land und Nahrungsmitteln zu einem wichtigen Bezugspunkt für soziale Bewegungen geworden. 2007/2008 stiegen die Nahrungsmittelpreise weltweit sprunghaft an. Infolgedessen protestierten in den urbanen Zentren zahlreicher Länder des Globalen Südens tausende Menschen in so genannten *food riots* (Nahrungsmittelaufständen) gegen die hohen Preise und den fehlenden Zugang zu Grundnahrungsmitteln. Typisch für diese *food riots* waren beispielsweise die Proteste in der senegalesischen Hauptstadt Dakar, wo tausende Menschen auf die Straße gingen. Die Protestierenden, zu denen auch Konsument*innen- und Bäuer*innenorganisationen gehörten, forderten im Senegal ebenso wie in vielen anderen Ländern eine neue Nahrungsmittel- und Landwirtschaftspolitik ein und bezogen sich dabei auf das Konzept der Ernährungssouveränität (vgl. auch Patel/McMichael 2009).

Im gleichen Zeitraum wie die Nahrungsmittelpreiskrise stiegen auch die Aneignungen von Land durch nationale und internationale Investoren. Die Nahrungsmittelpreiskrise sowie weitere Krisenphänomenen, wie die Klima- und Energiekrise und die Finanzkrise, mit denen sie zusammenfiel, bedingten die Aneignungen von Land. Dieses Phänomen, von Kritiker*innen als → Land Grabbing bezeichnet, führte in vielen

Fällen dazu, dass Kleinbäuer*innen sowie semi-nomadische Viehzüchter*innen ihren Zugang zu Land verloren. Investor*innen übernahmen die Kontrolle über Land, indem sie mit staatlicher Unterstützung große Landflächen pachteten. Land Grabbing hat seit Mitte der 2000er zu einem deutlichen Anstieg von Konflikten um Land gerade in ländlichen Räumen im Globalen Süden geführt. In vielen Ländern protestierten kleinbäuerliche Kollektive und Agrarbewegungen gegen Land Grabbing. Ernährungssouveränität war dabei ein wichtiger Bezugspunkt vieler Protestbewegungen. Im Senegal beispielsweise rahmten die bäuerlichen Organisationen Land Grabbing als eine zentrale Gefahr für die Ernährungssouveränität der senegalesischen Bevölkerung (Prause/Le Billon 2020). Dieses Argument bringt auch die internationale Agrarbewegung La Vía Campesina vor. Die Beispiele zeigen, dass der Begriff der Ernährungssouveränität mittlerweile gleichermaßen für Bewegungen im urbanen sowie im ländlichen Raum, die sich mit Ernährung und Nahrungsmittelproduktion und -konsum auseinandersetzen, ein wichtiger Leitbegriff geworden ist.

Herausforderungen für Ernährungssouveränität als politischer Begriff

Als weiter Begriff ist Ernährungssouveränität für viele soziale Bewegungen und andere politische Akteure anschlussfähig. Patel (2009: 666) bezeichnet das Konzept daher als ›großes Zelt‹. Damit gehen allerdings auch einige Schwächen einher. Dass Ernährungssouveränität die Ziele und Bedürfnisse derjenigen ins Zentrum rückt, »die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren« (Nyeleni-Deklaration 2007, zit.n. La Vía Campesina Österreich 2018: o.S.), schließt de facto jede Person auf Erden mit ein. Widersprüchliche Interessen – beispielsweise von Nahrungsmittelkonsument*innen, die niedrige Preise einfordern, und Nahrungsmittelproduzent*innen, die gute Preise für ihre Ernten erzielen wollen – überspielt das Konzept dadurch. Auch widersprüchliche Beziehungen zwischen denjenigen, die landwirtschaftliche Betriebe besitzen und denjenigen, die auf diesen Betrieben arbeiten, wurden lange Zeit nicht ausreichend berücksichtigt (Patel 2009). In letzter Zeit gibt es jedoch vermehrt Bemühungen, auch ländliche Arbeiter*innen stärker in die Ernährungssouveränitäts-Bewegung einzubinden, wie die Deklaration von La Vía Campesina zu Migration und ländlichen Arbeiter*innen zeigt (La Vía Campesina 2015). Gerade in westafrikanischen Ländern wie dem Senegal sind Landarbeiter*innen jedoch kaum gewerkschaftlich organisiert und der Diskurs der Agrarbewegungen konzentriert sich dort insbesondere auf die Bedrohung von Ernährungssouveränität durch *land grabs* und damit einhergehende Enteignungen. Dadurch geraten die Interessen ländlicher Arbeiter*innen, ihr Zugang zu Nahrungsmitteln und Land sowie die teils schlechten Arbeitsbedingungen weiterhin oft aus dem Fokus (Gyapong 2020). Zentrale Akteure der Ernährungssouveränitätsdiskurse in Westafrika sind Kleinbäuer*innen, nicht ländliche Arbeiter*innen.

Ernährungssouveränität und *food democracy*

Ernährungssouveränität ist nicht das einzige Konzept, mit dem soziale Bewegungen die gegenwärtige Organisation des Agrar- und Ernährungssystem kritisieren und eine alternative Zukunftsvision entwickeln. Parallel zu der Entwicklung des Kon-

zepts der Ernährungssouveränität, das insbesondere aus politischen Debatten im Umfeld von Bäuer*innenorganisationen im Globalen Süden entstand, entwickelten Konsument*innen-, Menschenrechts- und Agrarorganisationen im Globalen Norden das Konzept *food democracy* (Tilzey 2019). Ernährungssouveränität und *food democracy* teilen die meisten ihrer Grundprinzipien. Dazu zählt insbesondere das Recht sozialer Gruppen und Gesellschaften ihre Produktion, Verteilung und ihren Konsum von Nahrungsmitteln selbst zu bestimmen. Die Bewegungen, die sich auf eines der beiden Konzepte beziehen, arbeiten in der Regel eng zusammen. Auch *food democracy* ist kein einheitlich verwendeter Begriff, sondern ein Konzept, das sich beständig weiterentwickelt und von unterschiedlichen Akteuren auf verschiedene Weise interpretiert wird. Eine Definition des *Pesticide Action Network* (PAN) *North America* beschreibt *food democracy* wie folgt:

> »[…] food democracy betont die Umsetzung des Menschenrechts auf sichere, nahrhafte Lebensmittel, die fair produziert wurden. Es meint, dass normale Menschen zusammenkommen und die Regeln etablieren, die dazu beitragen, Boden, Wasser und die Tierwelt, von denen wir alle abhängig sind, zu erhalten. Es ist auch eine Form pragmatischer Politik, die auf der wichtigen Einsicht beruht, dass Nahrung zu bedeutsam ist, um sie den Marktkräften zu überlassen. Wir alle haben das Recht und die Verantwortung an Entscheidungen teilzuhaben, die den Zugang zu sicheren und nahrhaften Lebensmitteln bestimmen« (Pesticide Action Network North America 2015: o.S., eigene Übersetzung).

Ernährungssouveränität und *food democracy* unterscheiden sich hauptsächlich hinsichtlich einiger Schwerpunktsetzungen. Wie der → Demokratiebegriff nahelegt, konzentriert sich das Konzept *food democracy* stärker auf Fragen der Partizipation und Mitbestimmung in institutionalisierten politischen Räumen. Die zentrale Idee von *food democracy* ist das Recht auf Mitbestimmung aller sozialen Gruppen bei der Organisation der landwirtschaftlichen Produktion einer Gesellschaft (Friedrich et al. 2019). Bürger*innen sollen hierbei im Rahmen demokratischer Institutionen durch deliberative Prozesse die Ausgestaltung des Ernährungssystems selbst bestimmen können, wodurch sich der Einfluss von Konzernen verringern soll. Solche Institutionen können sehr unterschiedlich sein, von Verhandlungen in lokalen oder nationalen Parlamenten, zu Nachbarschaftsinitiativen oder Bürger*innenforen. Partizipation kann aber auch in nicht-institutionalisierten Räumen wie sozialen Bewegungen stattfinden. Konsument*innen sollen zu *food citizens* werden, die selbstbestimmt darüber entscheiden können, welche Lebensmittel sie konsumieren und wie sie diese zubereiten, ohne dass ihnen dabei Informationen vorbehalten werden oder ihr Kaufverhalten durch Supermärkte manipuliert wird (Hassanein 2008).

Aspekte von Partizipation und Mitbestimmung sind in den letzten Jahren auch verstärkt von Vertreter*innen der Ernährungssouveränität betont worden. Sie fordern insbesondere die Teilhabe an Entscheidungen bezüglich der Strukturen des Agrar-Ernährungssystems (Wittman 2011). Im Allgemeinen haben Vertreter*innen der Ernährungssouveränität einen etwas stärkeren Fokus auf die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse sowie die materiellen Aspekte, die einer Transformation des Agrar- und Ernährungssystems zu Grunde liegen, als Vertreter*innen des *food democracy* Begriffs (Tilzey 2019).

Ernährungssouveränität versus Ernährungssicherheit

Die Entwicklung des Konzepts der Ernährungssouveränität fand auch als Gegenentwurf zum Konzept der Ernährungssicherheit statt. In den 1990er Jahren, als La Vía Campesina Ernährungssouveränität populär machte, verstand die *Food and Agricultural Organisation* der Vereinten Nationen (FAO) Ernährungssicherheit wie folgt:

> »Ernährungssicherheit existiert, wenn alle Menschen, zu allen Zeiten, physischen und ökonomischen Zugang zu ausreichend, sicheren und nahrhaften Lebensmitteln haben, um ihren Nahrungsmittelbedarf und ihre Nahrungsmittelpräferenzen für ein aktives und gesundes Leben zu decken« (FAO 1996: o.S., eigene Übersetzung).

Zwar hat die FAO das Konzept inzwischen – auch auf Druck von Agrarbewegungen wie La Vía Campesina – erweitert, *food security* bleibt jedoch ein Begriff, der nichts darüber aussagt, wie die Versorgung mit Lebensmitteln gewährleistet werden soll, woher die Nahrungsmittel kommen oder wie sie produziert werden sollen. Mit dem Begriff Ernährungssicherheit geht daher häufig ein technokratischer Diskurs einher, der Hunger als ein Problem definiert, das allein durch höhere Produktivität der Landwirtschaft und die Liberalisierung globaler Handelsbeziehungen gelöst werden kann (Moragues-Faus/Marsden 2017).

Große Agrar- und Nahrungsmittelunternehmen, aber auch viele staatliche Akteure vertreten daher die Ansicht, dass Ernährungssicherheit am besten durch eine Effizienz- und Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft erreicht werden kann. Dies wiederum werde durch die Industrialisierung der Landwirtschaft, den Einsatz großer Maschinen, chemisch-synthetischer Inputs und häufig genetisch verändertem Saatgut erreicht. Die großflächige Aneignung und Transformation von Land, wie im Beispiel des Senegals, sind aus dieser Perspektive Teil der Lösung, da eine agrarindustrielle Bewirtschaftung die Produktivität steigere (kritisch: Prause 2019). Diese Perspektive auf Ernährungssicherheit vertreten weiterhin viele politischen Akteure und Organisationen wie die Weltbank propagieren sie (Schiavoni 2009). Ernährungssouveränität fordert das Konzept der Ernährungssicherheit und die damit einhergehenden etablierten Annahmen und Politiken heraus und bietet neue Perspektiven darauf, wie die Welt am besten ernährt und die Klimakrise abgewendet werden kann.

Vertreter*innen des Ernährungssouveränitäts-Konzeptes verweisen darauf, dass Ernährungssicherheit immer nur die Frage des Zugangs zu Nahrungsmitteln, nie jedoch die Frage nach der Kontrolle über die Produktions- und Konsumsysteme adressiere. Aus dieser Perspektive sind Nahrungsmittel eine handelbare Ware und sind nicht an Rechte gebunden, die Menschen in Anspruch nehmen können (Wittman 2011). Anders als Ernährungssicherheit rückt Ernährungssouveränität zudem die Frage der Verteilung von Nahrungsmitteln in den Fokus. Ernährungssicherheit sagt nichts darüber aus, wie die globale Verteilung von Nahrungsmitteln gestaltet werden soll und negiert die existierenden Ungleichheiten beim Zugang zu Nahrung: Schätzungsweise hungerten im Jahr 2019 etwa 690 Millionen Menschen, knapp neun Prozent der Weltbevölkerung. Das heißt, ihre tägliche Energiezufuhr lag für einen längeren Zeitraum unter dem Bedarf, der für einen gesunden → Körper und ein aktives Leben notwendig ist. 750 Millionen Menschen waren zudem von starker Nahrungsmittelunsicherheit betroffen, hatten also keinen regelmäßigen und gesicherten Zugang zu ausreichend

Nahrungsmitteln (FAO et al. 2020). Gleichzeitig galten 2016 aber auch etwa 1,9 Milliarden Erwachsene, also fast 40 Prozent aller über 18-Jährigen als übergewichtig. Anders als der Begriff Ernährungssicherheit verweist das Konzept Ernährungssouveränität kritisch auf solche Ungleichheiten und versteht sie als dem gegenwärtigen Agrar- und Ernährungssystem inhärent.

Ernährungssouveränität als analytisches Konzept im Feld der Politischen Ökologie

Die Kritik am Begriff der Ernährungssicherheit verweist darauf, dass Ernährungssouveränität zwar als politischer Leitbegriff von sozialen Bewegungen entwickelt worden ist, mittlerweile jedoch auch Eingang in wissenschaftliche Debatten gefunden hat. Auch im wissenschaftlichen Feld der Politischen Ökologie erfährt der Begriff zunehmende Aufmerksamkeit. Ernährungssouveränität wird aus verschiedenen analytischen Perspektiven untersucht. Hier knüpft das Feld der Politischen Ökologie an eine lange Tradition der Forschung im ländlichen Raum und zu sozialen Kämpfen von Bäuer*innen an (z.B. Blaikie/Brookfield 1987). Es geht hierbei weniger darum, Ernährungssouveränität als empirisches Phänomen ›zu entdecken‹ oder als analytische Brille zu nutzen, sondern darum, den Prozess hin zu Ernährungssouveränität zu verstehen (Schiavoni 2016). Wie wird Ernährungssouveränität in bestimmten Kontexten konstruiert? Was meinen verschiedenen Akteure mit diesem Begriff, wie soll Ernährungssouveränität konzeptionell und praktisch ausgestaltet werden, wie drückt sich darin das Verhältnis von Gesellschaft und → Natur aus? Und welche → Macht- und Herrschaftsbeziehungen strukturieren diese Aushandlungsprozesse? Um solche Fragen zu beantworten, schlägt Christina Schiavoni vor, Bemühungen zur Erreichung von Ernährungssouveränität aus einer historischen, relationalen und interaktiven Perspektive zu analysieren. Eine historische Perspektive auf Ernährungssouveränität ermöglicht es, die sozialen Strukturen und Institutionen zu identifizieren, die Ernährungspolitik beeinflussen. Eine relationale Perspektive ermöglicht es, das Prozesshafte von Ernährungssouveränität in den Blick zu nehmen: die Art und Weise wie sich die Bedeutung und Praxen von Ernährungssouveränität verändern. Wie interagieren Menschen und Gesellschaften mit Natur, um Lebensmittel zu produzieren? Welchen Einfluss hat die Materialität von Nahrungsmitteln auf deren Produktion und Verteilung? Der interaktive Aspekt wiederum nimmt die Handlungen verschiedener Akteure, ihr Wissen und ihre Kosmologien sowie Macht- und Herrschaftsbeziehungen in den Blick. Eine solche Perspektive ermöglicht ein umfassendes Verständnis von Kämpfen, Narrativen und Praxen rund um Ernährungssouveränität. Analysen aus dieser Richtung beschäftigen sich beispielsweise mit der Rolle von Genderverhältnissen für die Ausgestaltung agrar-ökologischer Praxen oder untersuchen die Ernährungssouveränitätsnarrative verschiedener Bewegungen, um Ein- und Ausschlüsse bestimmter Gruppen aufzuzeigen (Bezner et al. 2019; Gyapong 2020).

In den letzten Jahren ist Ernährungssouveränität zudem elementarer Bestandteil der Debatten (a) zum *food regime* und (b) zum ökologischen Bruch (*metabolic rift*) in der Landwirtschaft geworden. (a) Der *food regime* Ansatz geht auf Harriet Friedman und Phillip McMicheal zurück. Ziel des Ansatzes ist es, die historische Entwicklung von Agrar-Ernährungssystemen und ihre Transitionen zu erklären. *Food regimes* sind

Konstellationen von Klassen und zwischenstaatlichen Machtbeziehungen, Normen und institutionellen Regeln, die die globalen Beziehungen von Nahrungsmittelproduktion und -konsum mit Phasen globaler Kapitalakkumulation verknüpfen (Friedmann/McMichael 1989). Jüngere Arbeiten haben diesen Ansatz weiterentwickelt und nutzen ihn, um die zentralen Organisationsprinzipien des kontemporären Agrar-Ernährungssystems zu identifizieren. In diesem Regime wird Nahrung möglichst profitabel als Ware produziert und auf dem Weltmarkt verkauft. Globale Agrar- und Nahrungsmittelkonzerne dominieren die Nahrungsmittelproduktion. Ihre Handlungen sind von der Entwicklung der Weltmarktpreise sowie dem finanziellen Imperativ der kurzfristigen Profitabilität getrieben. Dies geht häufig mit einer landwirtschaftlichen Produktionsweise einher, die durch Land Grabbing sowie einer klimaschädlichen Anbauweise gekennzeichnet ist, die konträr zur Idee von Agrar-Ökologie und nachhaltigen Produktionsweisen ist. Dieses System wird durch staatliche und internationale Regulierungen und Institutionen, wie beispielsweise Freihandelsverträgen oder der Welthandelsorganisation, gestützt und aufrechterhalten (Akram-Lodhi 2019). Mehrere Autor*innen sehen dieses Regime derzeit jedoch bereits wieder in einer Phase der Transition (McMichael 2019; Prause et al. 2021). Sie argumentieren, dass diese Destabilisierung des Nahrungsmittelregimes auch durch die Kämpfe sozialer Bewegungen, die sich unter dem Begriff der Ernährungssouveränität zusammengefunden haben, zustande gekommen sei (McMichael 2019). Im *food regime*-Ansatz wird Ernährungssouveränität daher als Triebkraft für den Wandel der Organisation des Agrar-Ernährungssystems verstanden und als mögliches Paradigma für ein neues Regime angesehen. Solch ein Ernährungssouveränitäts-Regime bestünde in einer radikalen Abkehr von der Idee der Ernährungssicherheit und zeichnete sich unter anderem durch lokale Produktions- und Konsumsysteme, nachhaltige landwirtschaftliche Praxen, alternative Technologien und eine enge Verzahnung von Umwelt- und Agrarpolitik aus (Wittman 2011). (b) Ausgangspunkt der Debatte um den *metabolic rift*, die Ernährungssouveränität aufgreift, ist die von Marx geprägte Idee eines durch Arbeit vermittelten gesellschaftlichen oder sozial-ökologischen Stoffwechsels (Marx 2007 [1867]). Gesellschaften benötigen für ihre Reproduktion eine kontinuierliche Versorgung mit Energie und Materialien. Hierfür werden Rohstoffe aus der Umwelt gewonnen und in Energie und Konsumgüter umgewandelt und schließlich in Form von Emissionen und Abfällen wieder an die Umwelt abgegeben. Die Reproduktion von Gesellschaften basiert also auf einem permanenten Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur. Die Entstehung des Kapitalismus und ungleicher Austauschbeziehungen haben jedoch zur Kommodifizierung von Natur und einer Trennung von urbanen Konsument*innen und ländlichen Produzent*innen geführt und traditionelle Stoffwechselkreisläufe unterbrochen. Das hat in Teilen der Welt sowohl zu Hunger als auch zu globaler ökologischer Degradation geführt. Im Anschluss an Marx hat Bellamy Foster (1999) hierfür den Begriff *metabolic rift* oder ›ökologischer Bruch‹ geprägt. Die industrielle Transformation der Landwirtschaft von einer durch geschlossene Nährstoffkreisläufe geprägten Aktivität zu einer Sphäre, wo Nahrung und Land als Ware gehandelt und Teil der kapitalistischen Expansion geworden sind, ist zentraler Bestandteil des ökologischen Bruchs. Verschiedene Beiträge zu dieser Debatte sehen Ernährungssouveränität und den damit verbundenen Anspruch, Landwirtschaft und Natur wieder miteinander zu verbinden, indem kapitalistische und industrielle Produktionspraktiken überwunden werden, als Möglichkeit, um den *metabolic rift* ›umzuarbeiten‹ (Wittman

2009) oder ›zu reparieren‹ (Schneider/McMichael 2010; Bezner et al. 2019). Zentrale Ansatzpunkte im Konzept der Ernährungssouveränität seien z.B. die Überwindung der Stadt-Land-Trennung durch lokale Produktionsnetzwerke, agrar-ökologische Anbauweisen und Biodiversität durch Bewahrung von und Zugang zu Saatgutvielfalt (Wittman 2009).

Fazit

Die Landwirtschaft spielt eine Schlüsselrolle hinsichtlich eines sozial-ökologischen Wandels. Landwirtschaft und Nahrung sind dementsprechend zentrale Themenfelder der Politischen Ökologie. Als politischer Leitbegriff macht Ernährungssouveränität die Ungleichheiten im globalen Agrar- und Ernährungssystem sichtbar und zeigt eine Alternative auf, auch wenn die konkreten Praxen der Umsetzung lokal spezifisch sind. Ernährungssouveränität ist insbesondere ein politischer Begriff, der globale Kämpfe um Land und Nahrung, Umwelt und Biodiversität, Saatgut und → Gentechnik miteinander verbindet und den Begriff der Nahrungsmittelsicherheit kritisch hinterfragt und herausfordert. Ernährungssouveränität ist dabei eng mit der Idee von *food democracy* verknüpft, auch wenn die Begriffe aus unterschiedlichen Bewegungskontexten hervorgegangen sind. Neben sozialen Bewegungen hat Ernährungssouveränität ebenfalls Eingang in wissenschaftliche Debatten gefunden. Aus politisch-ökologischer Perspektive lässt sich Ernährungssouveränität als ein Prozess und politischer Kampf hin zu einer Neuorganisation des gegenwärtigen Agrar-Ernährungssystems analysieren. Aus dieser Perspektive ist insbesondere interessant, wie es soziale Bewegungen schaffen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse im globalen Agrar- und Ernährungssystem sichtbar zu machen und wie sie Gesellschaft-Natur-Verhältnisse in der landwirtschaftlichen Produktion und im Konsum von Nahrungsmitteln transformieren. Ernährungssouveränität hat zudem Eingang in analytische Perspektiven gefunden, wie dem *food regime*-Ansatz und Ansätzen zur Überwindung des *metabolic rift* in der Landwirtschaft.

Literatur

Akram-Lodhi, A. Haroon (2019): »Food Regime«, in: Jan Brunner/Anna Dobelmann/Sarah Kirst/Louisa Prause (Hg.): Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte, Bielefeld: transcript, S. 79-87.

Bezner Kerr, Rachel/Hickey, Catherine/Lupafya, Esther/Dakishoni, Laifolo (2019): »Repairing rifts or reproducing inequalities? Agroecology, food sovereignty, and gender justice in Malawi«, in: The Journal of Peasant Studies, 46. Jg., Nr. 7, S. 1499-1518.

Blaikie, Piers/Brookfield, Harold (1987): Land Degradation and Society, London: Methuen.

FAO (1996): »World Food Summit Plan of Action«, www.fao.org/3/w3613e/w3613e00.htm (Zugriff: 07.07.2021).

FAO/IFAD/UNICEF (2020): The State of Food Security and Nutrition in the World 2020. Transforming Food Systems for affordable Healthy Diets, Rome: FAO.

Foster, John Bellamy (1999): »Marx's Theory of Metabolic Rift: Classical Foundations for Environmental Sociology«, in: American Journal of Sociology, 105. Jg., Nr. 2, S. 366-405.

Friedman, Harriet/McMichael, Philip (1989): »Agriculture and the state system: The rise and decline of national agricultures, 1870 to the present«, in: Sociologia Ruralis, 29. Jg., Nr. 2, S. 93-117.

Friedrich, Beate/Hackfort, Sarah/Boyer, Miriam/Gottschlich, Daniela (2019): »Conflicts over GMOs and their Contribution to Food Democracy«, in: Politics and Governance, 7. Jg, Nr. 4, S. 165-177.

Gyapong, Adwoa Yeboah (2020): »Land grabs, farmworkers, and rural livelihoods in West Africa: some silences in the food sovereignty discourse«, in: Globalizations, 18. Jg., Nr. 3, S. 339-354.

Hassanein, Neva (2008): »Locating Food Democracy: Theoretical and Practical Ingredients«, in: Journal of Hunger & Environmental Nutrition, 3. Jg. Nr. 2-3, S. 286-308.

La Vía Campesina (2015): »La Via Campesina Declaration on Migration and Rural Workers«, https://viacampesina.org/en/la-via-campesina-declaration-on-migration-and-rural-workers/ (Zugriff: 07.07.2021).

La Vía Campesina Österreich (2018): »Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!«, https://www.viacampesina.at/wp-content/uploads/2018/04/2018_Broschuere_Ernnaehrung_WEB.pdf (Zugriff: 07.07.2021).

La Vía Campesina (2021): »Twenty-Five Years of Envisioning Food Sovereignty: Celebrating Diversity, Resilience, and Transforming the Society«, https://viacampesina.org/en/twenty-five-years-of-envisioning-food-sovereignty-celebrating-diversity-resilience-and-transforming-the-society/ (Zugriff: 07.07.2021).

Luig, Benjamin (2019) : »Ernährungssouveränität«, in: Jan Brunner/Anna Dobelmann/Sarah Kirst/Louisa Prause (Hg.): Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte, Bielefeld: transcript, S. 58-64.

Marx, Karl (2007 [1867]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin: Dietz.

McMichael, Philip (2019): »Does China's ›going out‹ strategy prefigure a new food regime?«, in: The Journal of Peasant Studies, 47. Jg., Nr. 1, S. 116-154.

Moragues-Faus, Anna/Marsden, Terry (2017): »The political ecology of food: Carving ›spaces of possibility‹ in a new research agenda«, in: Journal of Rural Studies, 55. Jg., S. 275-288.

Pesticide Action Network North America (2015): »Food Democracy«, www.panna.org/issues/food-agriculture/food-democracy (Zugriff: 07.07.2021).

Patel, Raj (2009): »Food sovereignty«, in: The Journal of Peasant Studies, 36. Jg., Nr. 3, S. 663-706.

Patel, Raj/McMichael, Philip (2009): »A Political Economy of the Food Riot«, in: Review, 32. Jg., Nr. 1, S. 9-35.

Prause, Louisa (2019): »Success and failure of protest actors' framing strategies in conflicts over land and mining in Senegal«, in: Canadian Journal of Development, 40. Jg, Nr. 3, S. 387-403.

Prause, Louisa/Hackfort, Sarah/Lindgren, Margit (2021): »Digitalization and the third food regime«, in: Agriculture and Human Values, 38. Jg., Nr. 3, S. 641-655.

Prause, Louisa/Le Billon, Philippe (2020): »Struggles for land: comparing resistance movements against agro-industrial and mining investment projects«, in: The Journal of Peasant Studies, 48. Jg., Nr. 5, S. 1100-1123.
Rosset, Peter (2011): »Food Sovereignty and Alternative Paradigms to Confront Land Grabbing and the Food and Climate Crises«, in: Development, 54. Jg., Nr. 1, S. 21-30.
Schiavoni, Chistina M. (2009): »The global struggle for food sovereignty: from Nyeleni to New York«, in: The Journal of Peasant Studies, 36. Jg., Nr. 3, S. 682-689.
Schiavoni, Chistina M. (2016): »The contested terrain of food sovereignty construction: toward a historical, relational and interactive approach«, in: The Journal of Peasant Studies, 44. Jg., Nr. 1, S. 1-32.
Schneider, Mindi/McMichael, Philip (2010): »Deepening, and repairing, the metabolic rift«, in: Journal of Peasant Studies, 37. Jg., Nr. 3, S. 461-484.
Tilzey, Mark (2019): »Food Democracy as ›Radical‹ Food Sovereignty: Agrarian Democracy and Counter-Hegemonic Resistance to the Neo-Imperial Food Regime«, in: Politics and Governance, 7. Jg., Nr. 4, S. 202-213.
Wittman, Hannah (2009): »Reworking the metabolic rift: La Vía Campesina, agrarian citizenship, and food sovereignty«, in: The Journal of Peasant Studies, 36. Jg., Nr. 4, S. 805-826.
Wittman, Hannah (2011): »Food Sovereignty: A New Rights Framework for Food and Nature?«, in: Environment and Society, 2. Jg., Nr. 1, S. 87-105.

Industrielle Politische Ökologie und betriebliche Herrschaft – am Beispiel der Automobilität

Melanie Pichler und Markus Wissen

Mobilität und die Produktion der dafür nötigen Transportmittel sind zu einem zentralen ökologischen Konfliktfeld geworden. Das gilt vor allem für den motorisierten Individualverkehr und das Auto. 26 Prozent der CO_2-Emissionen in der EU gingen 2018 auf den Straßenverkehr zurück (verglichen mit 16 Prozent im Jahr 1990), der weitaus größte Anteil der Straßenverkehrsemissionen (62 Prozent) stammte von Pkw und Motorrädern (Destatis 2021). Stick(stoff)oxide verpesten die Luft und Parkplätze verschärfen Flächennutzungskonflikte. Der ›automobile Konsens‹ (Brand/Niedermoser 2016; Brand/Wissen 2017: Kapitel 6), dessen Kern der motorisierte Individualverkehr ist, zeigt zwar Risse, aber er ist nicht gebrochen. Im Gegenteil, der Übergang zur Elektro-Automobilität kann als Versuch begriffen werden, den automobilen Konsens mittels einer ökologischen Modernisierung zu festigen. Transformationspotenziale sind beschränkt, wenn die Produktion von schweren und teuren Autos hochprofitabel bleibt und die Autoindustrie als Herzstück eines industriell-fossilen Kapitalismus nicht in Frage gestellt wird.

Mit dem → Konflikt um Mobilität und der entsprechenden → Transformation der Autoindustrie wird die Notwendigkeit politisch-ökologischer Forschung auf Felder ausgeweitet, die nicht zu den traditionellen Gegenständen der Politischen Ökologie gehören: Zum einen geraten *industrielle und betriebliche Verhältnisse* in den Blick, wo ansonsten land-basierte und agrarische Konflikte (→ Land Grabbing) die Forschungslandschaft dominieren. Anleihen im Forschungsfeld der Industriellen Ökologie können hier hilfreich sein (Ayres/Simonis 1994; Fischer-Kowalski/Weisz 2008). Zum anderen öffnet sich der Blick auf → *Akteure, die diese industriellen Verhältnisse prägen*, insbesondere Beschäftigte, Manager*innen und Gewerkschaften. Das legt wiederum industrie- und arbeitssoziologische Anleihen nahe (Barth et al. 2016; Dörre et al. 2020).

Antriebswende, Verkehrswende oder Mobilitätswende?

In der Mobilitätsforschung wird zwischen Antriebswende, Verkehrswende und Mobilitätswende unterschieden (Manderscheid 2020). Die *Antriebswende* beschränkt den Konflikt um Mobilität auf technische Lösungen, konkret auf eine Elektrifizierung des Antriebsstrangs (kritisch dazu z.B. Brunnengräber/Haas 2020). Über Förderungen und Anreizsysteme sollen Preise und Konsument*innen die Autoindustrie zur Pro-

duktion von Elektro- und Wasserstoffautos lenken. Die *Verkehrswende* geht darüber hinaus und beinhaltet einen massiven Ausbau des öffentlichen sowie anderer Formen des umweltfreundlichen Verkehrs. Das schließt eine Reduktion des Autoverkehrs sowie eine Veränderung der entsprechenden Infrastruktur und Alltagspraktiken ein. Die Dominanz des Autos, die durch die Antriebswende perpetuiert werden soll, wird in der Verkehrswende in Frage gestellt.

Antriebs- und Verkehrswende ähneln sich aber darin, dass sie das Verkehrsaufkommen selbst nicht problematisieren. Suffizienz, das heißt, die Frage nach dem Wieviel und dem Wozu des Verkehrs, spielt keine Rolle. Ebenso wenig werden betriebliche → Herrschaftsverhältnisse hinterfragt, insbesondere die zentrale Rolle von privaten Unternehmen, die kontrollieren, *welche* Mobilitätsdienstleistungen *wie* produziert werden. Insofern verbleiben beide Ansätze im Paradigma einer ökologischen Modernisierung (Mol et al. 2009): Sie sind zwar in der Lage, wichtige Fortschritte in puncto Effizienz (Reduktion des Energie- und Materialbedarfs sowie der Umweltbelastung pro Produkteinheit) und Konsistenz (Wechsel der Energie- und Materialbasis) hervorzubringen, allerdings sehen sie keine Mechanismen vor, die eine Überkompensation von Effizienz- und Konsistenzwirkungen durch ein wachsendes Verkehrsaufkommen verhindern würden (Stichwort *Rebound*-Effekt, vgl. Santarius 2015).

Eben dem soll durch eine *Mobilitätswende* vorgebeugt werden. Diese kommt einer kritischen Perspektive der Politischen Ökologie am nächsten, weil sie das dominante Mobilitätsverhalten sowie die Produktion und die Nutzung von Autos mit den strukturellen Bedingungen des industriell-fossilen Kapitalismus in Verbindung bringt (Altvater 2005; Huber 2013). Damit geraten Produktionsverhältnisse, Wachstumszwänge (→ Degrowth) und Alltagspraktiken ebenso in den Blick wie das Auto als Symbol von Freiheit, Männlichkeit und Wohlstand. Im Unterschied zur Antriebswende rückt das autozentrierte Mobilitätsmuster mit seinen Implikationen für die Stadt- und Infrastrukturentwicklung, die industrielle Produktion, die internationale (Rohstoff-) Politik sowie die Wahrnehmungen von Raum und Zeit in den Fokus der Kritik. Die Perspektive der Verkehrswende wird um die Frage der Suffizienz erweitert (Winterfeld 2007; Spitzner 2021), die die Mobilitätsbedürfnisse sowie die Gestaltung von Infrastruktur, Produktion und Mobilitätsdienstleistungen zum Gegenstand demokratischer Aushandlung (→ Demokratie) macht.

Industrielle Ökologie und Industrielle Politische Ökologie

In Anlehnung an die politisch-ökologische Forschung kann eine solche kritische Perspektive auf die Mobilitätswende und eine damit einhergehende Transformation der Autoindustrie als *Industrielle Politische Ökologie* (Barca/Bridge 2015: 367; Huber 2017: 345) bezeichnet werden. Das heißt, klassische Fragen und Kategorien der Politischen Ökologie, wie die nach der Kontrolle von Ressourcen(flüssen), werden auf die Analyse von industriellen Sektoren übertragen. Neben den automobilen Alltagspraktiken werden die Triebkräfte der Veränderung (und Beharrung) von mobilitätsbezogenen Gütern und Infrastrukturen analysiert. Vor allem geraten die Stätten der *industriellen Produktion von Autos* selbst in den Blick, die Autofabriken und Managementbüros, die betrieblichen Herrschaftsverhältnisse, allgemein die Unternehmen, die mit der Produktion und dem Absatz von Autos den fossilen Kapitalismus am Laufen halten.

Das ist aus vier Gründen relevant:

Erstens wird deutlich, dass eine Verlagerung der Mobilität auf den öffentlichen Verkehr eine Reduktion der *Produktion* von Autos impliziert. Eine solche Reduktion ist unter aktuellen Macht- und Eigentumsverhältnissen (→ Herrschaft und Macht) schwer vorstellbar, stellt sie doch sowohl die Profitmöglichkeiten des automobilen Kapitals als auch die Existenzen von Millionen von Menschen, die weltweit direkt oder indirekt in der Autoindustrie arbeiten, in Frage.

Zweitens geraten mit dem Fokus auf die Produktion von Autos auch die ökologischen Implikationen des Produktionsprozesses in den Blick. Die Tatsache, dass sich Elektroautos im besten Fall CO_2-neutral fortbewegen, sagt noch nichts über die ökologische Qualität ihrer Herstellung aus. Eben diese gerät aber mit einer politisch-ökologischen Analyse in den Blick. Welche CO_2-Emissionen fallen etwa bei der Produktion von Autoteilen wie Batterien an? Inwieweit schreiben Elektroautos die Geschichte einer (neo-)kolonialen Aneignung (→ De/Kolonialität) von → Rohstoffen fort, weil sie im Betrieb zwar nicht mehr auf Erdöl, dafür aber in der Produktion auf Metalle angewiesen sind, deren Extraktion im Globalen Süden sozial-ökologische Verwüstungen hinterlässt (vgl. Brunnengräber/Haas 2020: Teil III)? Für eine Industrielle Politische Ökologie sind diese Fragen zentral.

Drittens werden die ökologischen Verwerfungen des automobilen Konsenses in ihrem Zusammenhang mit der privaten Kontrolle der Produktionsmittel begreifbar. Dass sich diese in den Händen weniger Kapitaleigner*innen befinden und vom Management kontrolliert werden, hat sowohl eine ökologische als auch eine soziale Dimension: Es ermöglicht die Disziplinierung der Beschäftigten, entwertet das komplexe Wissen der Produzent*innen und schreibt die Orientierung der Produktion an einer – sozial-ökologisch indifferenten – Profitmaximierung fest.

Daraus ergibt sich viertens, und positiv gewendet, dass in einer Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel (Stichwort Wirtschaftsdemokratie) ein wichtiger Schlüssel zur sozial-ökologischen Transformation, im konkreten Fall: der Automobilität liegen kann. Eine demokratisch gestaltete Produktion orientierte sich an gesellschaftlichen Mobilitätsbedürfnissen, die in partizipativen Aushandlungsprozessen zu ermitteln wären; sie beinhaltete einen Produktionsprozess, der die Beschäftigten nicht diszipliniert, sondern die Entfaltung ihrer kreativen Potenziale begünstigt; und sie erhöhte, eben weil die Betroffenen mitentscheiden würden, die Wahrscheinlichkeit einer auch ökologisch reflexiven Gestaltung des Mobilitätssystems (Wissen 2019).

Für eine Analyse industrieller Sektoren können Anleihen aus dem Forschungsfeld der Industriellen Ökologie hilfreich sein. Dieses stellt – in abstrahierter Form – den ›industriellen → Metabolismus‹ und seine Rolle für die → gesellschaftlichen Naturverhältnisse im Kapitalismus in den Mittelpunkt. Ayres und Simonis (1994: 5) verstehen unter industriellem Metabolismus alle physischen Prozesse, die → Rohstoffe und Energie in fertige Produkte und Abfälle verwandeln, wobei Menschen – sowohl durch ihre Arbeitskraft in der Produktion als auch durch ihren Konsum – diesen Mechanismus entscheidend regulieren. Ein politisch-ökologischer Zugang geht über diese Perspektive insofern hinaus, als er die *sozialen Verhältnisse*, die den industriellen Metabolismus regulieren, genauer analysiert. Er fragt, welche Kräfte und Akteure den Metabolismus zwischen Natur und Gesellschaft kontrollieren und regulieren und welche Interessen damit bedient werden (vgl. Huber 2017: 347).

Entsprechend weisen Barca und Bridge (2015: 267f.) auf zwei wesentliche Elemente des industriell-fossilen Kapitalismus hin: die maschinelle Produktion (im Gegensatz zur manuellen Produktion) und die fossile Energie, die diese maschinelle Produktion antreibt (im Gegensatz zu menschlicher oder tierischer Energie). Ihre Kombination ermöglichte einen nie dagewesenen Anstieg der Arbeitsproduktivität, der die gesamte Organisation von Gesellschaft veränderte. Wichtig ist dabei nun, dass die Kombination von Maschine und fossiler Energie im Kapitalismus nicht der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, sondern der Kapitalakkumulation dient. Sie ist deshalb strukturell expansiv: Konkurrenzvermittelt tendieren kapitalistische Unternehmen dazu, ihre Produktion auszuweiten, durch den Einsatz besserer Maschinen effizienter zu gestalten oder neue Bedürfnisse zu schaffen, sobald die Produkte und Technologien ihrer Befriedigung entwickelt worden sind. Im Ergebnis steigt der Energie- und Materialdurchsatz (*throughput*), das heißt der Verbrauch von Rohstoffen und die Belastung durch Emissionen und → Müll. Die Analyse der *physischen Materialität* der Produktion, wie sie in der Industriellen Ökologie im Vordergrund steht, wird also in der Industriellen Politischen Ökologie um die der *sozialen Verhältnisse* ergänzt, unter denen produziert wird. Erst wenn diese in Rechnung gestellt werden, können die Gründe für die ökologische Destruktivität der industriellen Produktion begriffen werden.

Der analytische Mehrwert einer Industriellen Politischen Ökologie

Der analytische Mehrwert einer solchen an Marx anschließenden Industriellen *Politischen* Ökologie liegt darin, die Grenzen von Ansätzen aufzuzeigen, die allein auf ökologische Modernisierung oder individuelle Konsumveränderungen fokussieren. Stattdessen rücken in der Perspektive der Industriellen Politischen Ökologie erstens diejenigen *Sektoren* und *Branchen* in den Fokus, die – wie die Autoproduktion – für den industriellen Metabolismus im fossilen Kapitalismus prägend sind. Zweitens werden die *Triebkräfte* des destruktiven gesellschaftlichen Metabolismus mit der Natur, die die kapitalistische Produktionsweise prägen, begreifbar. In diesem Sinn sieht Huber (2017) im *industriellen Kapital* die »zentrale metabolische Triebkraft in der gesellschaftlichen Produktion des Klimawandels, die die individuellen ›Entscheidungen‹ von Konsument*innen bei weitem überwiegt« (Huber 2017: 346, eigene Übersetzung). Die zentralen politisch-ökologischen Kategorien von *Zugang zu* und *Kontrolle über* Ressourcen (Peluso/Watts 2001: 25) werden entsprechend auf den industriellen Sektor und die Kontrolle über den industriellen Metabolismus bzw. die »Mittel zur (ökologischen) Degradation« (Huber 2017: 348, eigene Übersetzung) ausgedehnt.

Eine Industrielle Politische Ökologie öffnet zudem den Blick für betriebliche Dimensionen der ökologischen Krise. Während der Ökomarxismus meist auf der Strukturebene kapitalistischer Vergesellschaftung verbleibt, ist es die Industrielle Politische Ökologie, die der für den Kapitalismus so zentralen *betrieblichen Ebene* die nötige Aufmerksamkeit zuteilwerden lässt. Das folgt einer politisch-ökologischen Tradition, Strukturbedingungen und Triebkräfte der ökologischen Krise vor allem anhand lokaler und konkreter Konfliktkonstellationen zu analysieren und sie im Kontext grundlegender, konkurrenzvermittelter gesellschaftlicher Strukturen und Dynamiken zu begreifen. Im Betrieb gerät der Klassenkonflikt in seinen ökologischen Dimensionen

in den Blick, ohne dass einem Klassenreduktionismus bzw. Hauptwiderspruch das Wort geredet werden würde.

Die Organisation von kapitalistischen Betrieben orientiert sich an der Maßgabe, ein Maximum an Leistung aus den Beschäftigten herauszuholen. Dazu bedarf es organisatorischer Vorkehrungen, die eine entsprechende Disziplinierung und Kontrolle der Arbeitskraft gewährleisten. Auch die Produktionstechnik spielt eine wichtige Rolle. Mitunter garantiert sie erst die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital (Marx 1988 [1890]: 441ff.). Das zeigt sich etwa in fordistischen Fabriken, in denen das Fließband den Arbeitsrhythmus vorgibt. Aber auch die → Digitalisierung und Industrie 4.0 lassen sich unter dem Aspekt der Disziplinierung begreifen, insofern sie »neue Potenziale zur *Automatisierung der Arbeitskontrolle*« (Becker 2018: 58, Hervorhebung im Original) eröffnen. »Software übernimmt die Aufgaben von Vorarbeitern, Teamerinnen und Abteilungsleitern« (ebd.).

In unserem Kontext zentral ist nun, dass betriebliche Herrschaft auch eine (in der Arbeits- und Industriesoziologie eher wenig beachtete) ökologische Dimension hat. Die Einführung neuer Produktionstechnologien, mit denen die Arbeitsproduktivität gesteigert und die Beschäftigten besser kontrolliert werden sollen, impliziert einen höheren Energieeinsatz und Materialverbrauch. Menschliche Arbeit wird durch fossile Energie und Maschinen ersetzt, Arbeiter*innen werden dem Takt der Maschinen unterworfen. Zudem sind in der Vergangenheit immer wieder Kämpfe um die Art der Produktionstechnik geführt worden. So stritt etwa die oppositionelle ›Plakat-Gruppe‹ bei Daimler-Benz in den 1980er Jahren gegen das von der Werksleitung favorisierte ›Einzweck-Transfermaschinenstraßenkonzept‹ und für flexible Universalmaschinen (Adler 2019). Letztere hätten es nicht nur ermöglicht, Kooperation durch die Verbindung von planender und ausführender Arbeit zu stärken und damit den Beschäftigten mehr Kontrolle über den Arbeitsprozess zu verschaffen. Sie hätten zudem eine Option auf die Herstellung anderer Produkte als Autos eröffnet und damit die technischen Voraussetzungen für eine sozial-ökologisch sinnvolle Produktion verbessert (vgl. Löw-Beer 1981).

Der Betrieb ist insofern ein Ort, an dem sich soziale Herrschaft und Naturbeherrschung wechselseitig hervorbringen. Und die Industrielle Politische Ökologie liefert das begriffliche Instrumentarium, um dies zu begreifen. Sie hilft des Weiteren, und darin liegt ihr politisch-strategischer Gebrauchswert, die betrieblichen und überbetrieblichen Ansatzpunkte und Elemente einer sozial-ökologischen Transformation zu identifizieren. Diese liegen in der Gebrauchswertorientierung. Wie das Beispiel der Plakat-Gruppe sowie ähnliche jüngere Beispiele zeigen (vgl. Böwe et al. 2020; Wissen et al. 2020), lassen Teile der Industriearbeiter*innenschaft immer wieder die Bereitschaft erkennen, über alternative, sozial-ökologisch sinnvolle Produktion nachzudenken. Dies gilt vor allem in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem progressive soziale Akteure wie die neuen sozialen Bewegungen in den 1980er Jahren und heute die → Klimagerechtigkeitsbewegung eine Rolle spielen.

Das Reflektieren über Gebrauchswertorientierung oder gar die Thematisierung der Eigentumsverhältnisse, die diese verhindern, sind natürlich keine Selbstläufer, schon gar nicht angesichts eines gesellschaftlichen Zeitgeists, der, wie der heutige, eher von rechts weht. Umso wichtiger ist aber eine Industrielle Politische Ökologie, die die Hindernisse und Erfolgsbedingungen für progressive Ansätze zur Überwindung von betrieblicher Herrschaft analysiert. Das Aufzeigen von möglichen Schnittstellen zu anderen emanzipatorischen Kämpfen dürfte dabei von besonderer Bedeutung sein.

Das gilt neben antirassistischen und antikolonialen Kämpfen vor allem auch für solche in der Sphäre der sozialen Reproduktion. Gerade eine gebrauchswertorientierte Transformation des Mobilitätssystems, die wesentlich auch eine Konversion der Autoindustrie in Richtung nachhaltiger Transportmittel und -dienstleistungen beinhaltet, kann diese Verbindung knüpfen. Mobilitätsangebote würden auf die Bedürfnisse der Sorgearbeit (→ Care) und der Infrastrukturversorgung hin re-orientiert (Spitzner 2021). Der dennoch unausweichliche Rückbau der Autoindustrie würde durch neue, gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze im Bereich nachhaltige Mobilität kompensiert (m-five/Fraunhofer ISI 2020). Dazu kämen Arbeitszeitverkürzungen, die eine andere Verteilung von Lohn- und Sorgearbeit erleichterten.

Fazit

Das Mobilitätssystem befindet sich in einem grundlegenden Umbruch. Insofern die Autoindustrie als Kernbranche besonders betroffen ist, ergibt sich für eine Industrielle Politische Ökologie ein wichtiges Betätigungsfeld. Die Autoindustrie rückt zunehmend in den Fokus einer erstarkenden Klimagerechtigkeitsbewegung, und eine Politische Ökologie, die die automobilen Herrschaftsverhältnisse, Widersprüche und Dynamiken ausleuchtet, kann einen wichtigen Beitrag zur Orientierung von emanzipatorischen Kämpfen leisten.

Das gilt gerade auch angesichts des *job versus environment dilemma* (Räthzel/Uzzell 2011), in dem sich Gewerkschaften vielerorts befinden. Dabei geht es weniger darum, dass sich dieses Dilemma aus einer politisch-ökologischen Perspektive auflösen ließe. Vielmehr wird die Problemstellung anders formuliert. Es ist nicht mehr ›der Umweltschutz‹, der ›die Arbeitsplätze‹ gefährdet. Eher ist es das ökologisch-destruktive oder bestenfalls ökologisch modernisierte Weiter-So, dessen klassenspezifische Folgen auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler Lohnabhängiger beeinträchtigen. Umgekehrt ist es die sozial-ökologische Transformation der industriellen Produktion und des Mobilitätssystems, die den Raum öffnet; nicht nur für die Dekommodifizierung und Aufwertung gesellschaftlich notwendiger Infrastrukturleistungen, sondern auch für eine geschlechtergerechte Neudefinition und -verteilung von Arbeit generell.

Literatur

Adler, Tom (2019): »Blick zurück nach vorn. Auto, Umwelt, Verkehr – Produktionskonversion revisited«, https://www.sozonline.de/2019/10/blick-zurueck-nach-vorn/ (Zugriff: 27.10.2021).

Altvater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Ayres, Robert U./Simonis, Udo E. (Hg.) (1994): Industrial Metabolism. Restructuring for Sustainable Development, Tokyo/New York: United Nations University Press.

Barca, Stefania/Bridge, Gavin (2015): »Industrialization and Environmental Change«, in: Tom Perreault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge, S. 366-377.

Barth, Thomas/Jochum, Georg/Littig, Beate (Hg.) (2016): Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, Frankfurt a.M.: Campus.

Becker, Matthias M. (2018): Automatisierung und Ausbeutung. Was wird aus der Arbeit im digitalen Kapitalismus? Wien: Promedia.

Böwe, Jörn/Krull, Stephan/Schulten, Johannes (2020): »Kein Ding der Unmöglichkeit. Warum Belegschaften einer Neuausrichtung der Autoindustrie offener gegenüberstehen als gedacht«, in: Sozialismus, 47. Jg., Nr. 12, S. 57-61.

Brand, Ulrich/Niedermoser, Kathrin (2016): »Gewerkschaften zwischen ›ökologischer Modernisierung‹ und Einsatzpunkten sozial-ökologischer Transformation«, in: Thomas Barth/Georg Jochum/Beate Littig (Hg.): Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, Frankfurt a.M.: Campus, S. 223-243.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom.

Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (Hg.) (2020): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript.

Destatis (Statistisches Bundesamt) (2021): »Road transport: EU-wide carbon dioxide emissions have increased by 24 % since 1990. Passenger cars account for the largest share«, https://www.destatis.de/Europa/EN/Topic/Environment-energy/CarbonDioxideRoadTransport.html (Zugriff: 27.10.2021).

Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (Hg.) (2020): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a.M.: Campus.

Fischer-Kowalski, Marina/Weisz, Helga (2008): »Das industrielle sozialökologische Regime und globale Transitionen«, in: Arnim von Gleich/Stefan Gößling-Reisemann (Hg.): Industrial Ecology. Erfolgreiche Wege zu nachhaltigen industriellen Systemen, Wiesbaden: Vieweg+Teubner, S. 181-201.

Huber, Matt (2013): »Fueling Capitalism: Oil, the Regulation Approach, and the Ecology of Capital«, in: Economic Geography, 89. Jg., Nr. 2, S. 171-194.

Huber, Matt (2017): »Reinvigorating Class in Political Ecology: Nitrogen Capital and the Means of Degradation«, in: Geoforum, 85. Jg., S. 345-352.

Löw-Beer, Peter (1981): Industrie und Glück. Der Alternativplan von Lucas Aerospace. Mit einem Vorwort von Mike Cooley und einem Beitrag von Alfred Sohn-Rethel. Produktionslogik gegen Aneignungslogik, Berlin: Wagenbach.

m-five/Fraunhofer ISI (2020): »Synthese und Handlungsempfehlungen zu Beschäftigungseffekten nachhaltiger Mobilität, Karlsruhe«, https://m-five.de/wp-content/uploads/M-Five-ISI_Synthese_und_Empfehlungen_Besch%C3%A4ftigung_Nachhaltige_Mobilit%C3%A4t_200221_Final.pdf (Zugriff: 27.10.2021).

Manderscheid, Katharina (2020): »Antriebs-, Verkehrs- oder Mobilitätswende? Zur Elektrifizierung des Automobilitätsdispositivs«, in: Achim Brunnengräber/Tobias Haas (Hg.): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript, S. 37-67.

Marx, Karl (1988 [1890]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (= Marx Engels Werke Band 23), Berlin: Dietz.

Mol, Arthur P.J./Sonnenfeld, David A./Spaargaren, Gert (Hg.) (2009): The Ecological Modernisation Reader. Environmental Reform in Theory and Practice, London/New York: Routledge.

Peluso, Nancy L./Watts, Michael (Hg.) (2001): Violent environments, Ithaca/London: Cornell University Press.

Räthzel, Nora/Uzzell, David (2011): »Trade Unions and Climate Change: The Jobs versus Environment Dilemma«, in: Global Environmental Change, 21. Jg., Nr. 4, S. 1215-1223.

Santarius, Tilman (2015): Der Rebound-Effekt. Ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, Marburg: Metropolis.

Spitzner, Meike (2021): »Für emanzipative Suffizienz-Perspektiven. Green New Deal statt nachhaltiger Bewältigung der Versorgungsökonomie-Krise und Verkehrsvermeidung?«, in: PROKLA 202, 51. Jg., Nr. 1, S. 95-114.

Winterfeld, Uta von (2007): »Keine Nachhaltigkeit ohne Suffizienz. Fünf Thesen und Folgerungen«, in: Vorgänge, Nr. 3, S. 46-54.

Wissen, Markus (2019): »Der sozial-ökologische Umbau als Demokratiefrage. Dilemmata und Chancen einer gewerkschaftlichen Transformationspolitik«, in: PROKLA 196, 49. Jg., Nr. 3, S. 477-486.

Wissen, Markus/Pichler, Melanie/Maneka, Danyal/Krenmayr, Nora/Högelsberger, Heinz/Brand, Ulrich (2020): »Zwischen Modernisierung und sozial-ökologischer Konversion. Konflikte um die Zukunft der österreichischen Autoindustrie«, in: Klaus Dörre/Madeleine Holzschuh/Jakob Köster/Johanna Sittel (Hg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a.M.: Campus, S. 223-266.

Kämpfe für Klimagerechtigkeit

Tobias Kalt

Menschen ketten sich an Bulldozer, Polizeikräfte räumen Protestcamps und aufgebrachte Menschen halten Plakate, auf denen ›*Water is Life*‹ und ›*Defend the Sacred*‹ steht. Die Indigene Gemeinschaft der *Standing Rock* Sioux leistete im Jahr 2016 → Widerstand gegen den Bau der Dakota Access Pipeline (DAPL) entlang ihrer Reservatsgrenzen und sorgte damit weltweit unter dem Hashtag NoDAPL für Aufsehen. Sie befürchtete, dass durch die Öl-Pipeline Gewässer verschmutzt, kulturelle Stätten zerstört und Klimafolgen zunehmen würden. Nachdem die Obama-Regierung Ende 2016 die Pläne vorläufig auf Eis gelegt hatte, revidierte wenige Monate später der neugewählte US-Präsident Trump die Entscheidung. Im Juli 2020 wurde schließlich nach langem Rechtsstreit ein Betriebsstopp der Pipeline und eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung angeordnet.

Im → Konflikt um die DAPL geht es um Klimagerechtigkeit. Soziale Bewegungen brachten diesen Begriff zu Beginn des UN-Klimaprozesses Ende der 1990er Jahre in die Klimadebatte ein, um die Gerechtigkeitsdimension des Klimawandels hervorzuheben. Denn diejenigen, die am meisten für die globale Erhitzung verantwortlich sind, können sich am besten vor den Folgen schützen. Umgekehrt sind diejenigen, die am wenigsten Verantwortung tragen, am stärksten betroffen. Semantisch und geschichtlich knüpft Klimagerechtigkeit an Kämpfe für → Umweltgerechtigkeit an (Schlosberg/Collins 2014). Da Umweltzerstörung meist dorthin verlagert wird, wo die Kosten dafür am niedrigsten sind, sind vor allem marginalisierte soziale Gruppen davon betroffen. Der Begriff der Umweltgerechtigkeit entstand in den Kämpfen von Indigenen und *working-class communities of color* in den USA, die schon lange gegen strukturelle Umweltungerechtigkeiten kämpfen, die beispielsweise durch die Verlagerung von schmutzigen Industrien in einkommensschwache Stadtteile entstehen. Nicht nur in Nordamerika sondern weltweit gibt es eine Vielzahl an Kämpfen für Umweltgerechtigkeit und gegen Umweltzerstörung, Enteignungen und Vertreibungen durch industrielle Großprojekte (Martinez-Alier et al. 2016). Analog dazu richtet sich Klimagerechtigkeit gegen diejenigen Strukturen, die Klimawandel und Klima*un*gerechtigkeit verursachen. In den 2000er Jahren wurde Klimagerechtigkeit zum Dreh- und Angelpunkt einer globalen Bewegung, die versuchte, inter- und intragenerationale → Gerechtigkeitsfragen in der internationalen Klimapolitik zu verankern. Mit zunehmenden Misserfolgen der Klimaverhandlungen hat sich in den letzten Jahren der Fokus auf lokale Kämpfe ums Klima verschoben. #NoDAPL reiht sich ein in eine Vielzahl an Kämpfen gegen fossile Industrien und für Klimagerechtigkeit (Klein 2015). Zuletzt hat die Klimagerechtigkeitsbewegung an vielen Orten weltweit einen neuen

Aufschwung erfahren mit den von jungen Menschen organisierten Fridays For Future-Protesten.

Klimaschutz vs. Klimagerechtigkeit

Szenenwechsel von den Bulldozern und Protestcamps im *Standing Rock* Reservat zu den internationalen Klimakonferenzen. Hier spielen Gerechtigkeitsfragen eine untergeordnete Rolle. Der Kampf für Klimagerechtigkeit ist ein anderer als der Kampf gegen den Klimawandel. Bei den internationalen Klimaverhandlungen wird der Klimawandel meist auf ein biophysikalisches Phänomen reduziert, dessen Ursache eine Übermenge an Treibhausgasen in der Atmosphäre ist. Werden dadurch planetare Grenzen überschritten, so droht die Gefahr eines zivilisatorischen Kollapses (Görg 2016). Mit dem Narrativ ›Wir sitzen alle in einem Boot‹ wird suggeriert, dass die gesamte Menschheit gleich betroffen sei (Köhler 2016). Aus der Vogelperspektive der globalen Klimagovernance steht daher die globale Emissionsreduktion als internationale Gemeinschaftsaufgabe im Vordergrund (Brand/Görg 2016). Um dies zu erreichen, setzt die internationale Klimapolitik auf Investitionen in ›grüne‹ Märkte und Produkte, Marktmechanismen wie den Emissionshandel und technische Lösungen wie die Abscheidung und Speicherung von CO_2. Freiwillige Selbstverpflichtungen, inkrementelle institutionelle Anpassungen und die ökologische Modernisierung emissionsintensiver Produktions- und Konsummuster sollen bestehende Kapitalkreisläufe nicht gefährden und die → Natur für neue Runden der Kapitalverwertung → inwertsetzen (Krüger 2016). Die strukturellen Ursachen der Klimakrise, die in der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, den starken Interessen des fossilen Kapitals und verschiedenen → Macht- und Ungleichheitsverhältnissen liegen, werden hingegen ausgeklammert. Studien zeigen, dass ›grünes Wachstum‹ nicht zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Emissionen führt, die getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um das 1,5°C-Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen und darüber hinaus machtblinde Klimamaßnahmen Ungleichheitsverhältnisse reproduzieren (Hickel/Kallis 2020).

Obwohl die Klimakrise eine global koordinierte, solidarische und gerechte Antwort bräuchte, ist die internationale Klimapolitik überschattet von »ökoimperialen Spannungen« (Brand/Wissen 2017: 122ff.) zwischen wachstumsgetriebenen Staaten in der Konkurrenz um die Inanspruchnahme schrumpfender CO_2-Budgets. Gerechtigkeitsaspekte spielen eine untergeordnete Rolle und finden sich lediglich im Prinzip der ›gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung‹. Reiche Industrieländer sollen auf Grund ihrer gegenwärtig wie historisch hohen Emissionen mehr zur Reduktion beitragen als arme Länder und sich stärker an der Klimafinanzierung beteiligen. Klimagerechtigkeit wird dabei auf quantitative Aspekte der Verteilung von Emissionsrechten und Finanzierungsbeiträgen begrenzt (Brunnengräber/Dietz 2016). Klimagerechtigkeit geht jedoch darüber hinaus und beinhaltet Forderungen nach der vertraglichen Haftung für klimabedingte Schäden und Verluste, die zwar im Pariser Abkommen erwähnt, jedoch mit keinem Haftungsmechanismus versehen sind. Klimagerechtigkeit bedeutet außerdem die Begleichung von Klimaschulden. Diejenigen Länder, welche die begrenzten Senkenkapazitäten des Planeten historisch und gegenwärtig überproportional beanspruchen, haben sich gegenüber denjenigen Ländern verschuldet, die weniger emittieren und die Klimafolgen- und Anpassungskosten

übermäßig tragen (Warlenius 2017). Besonders betroffenen Menschen, insbesondere Indigenen Gruppen, soll es außerdem möglich sein, für sich selbst zu sprechen und in der Klimapolitik mitbestimmen zu können (Belfer et al. 2019). Mit den ›*People's Demands for Climate Justice*‹ (2018) fordert die globale Klimagerechtigkeitsbewegung fossile Brennstoffe im Boden zu lassen, umfangreiche Emissionsreduktionen und Finanztransfers durch Länder des globalen Nordens vorzunehmen, den Einfluss von Kapitalinteressen auf die Klimapolitik zu begrenzen, sich nicht auf markt- und technologiezentrierte Maßnahmen zu verlassen und eine sozial-ökologische → Transformation über den Kapitalismus hinaus anzustreben.

Politische Ökologie und Klimagerechtigkeit

Die Politische Ökologie mit ihrem Blick auf → gesellschaftliche Naturverhältnisse, Macht und Herrschaft ist mit einem gesellschaftskritischen Begriff von Klimagerechtigkeit eng verwandt. Im Folgenden schlage ich Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive auf Klimagerechtigkeit vor, welche Klimakrise und Klimapolitik vor dem Hintergrund von Macht- und Ungleichheitsverhältnissen analysiert, Kämpfen um Klimagerechtigkeit eine zentrale Bedeutung für eine sozial-ökologische Transformation zumisst und nach den → emanzipatorischen Potenzialen von nicht-hegemonialen (→ Hegemonie) und klimagerechten Naturverhältnissen fragt.

Macht, Herrschaft und Ungleichheit in der Klimakrise

Die Politische Ökologie versteht die Klimakrise nicht als Problem eines Ungleichgewichts in ›der Natur‹, sondern als eine Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, in die Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse eingeschrieben sind. Damit rücken nicht die klimatischen Veränderungen an sich in den Fokus, sondern deren gesellschaftliche Ursachen und Treiber wie auch die ungleichen Verantwortlichkeiten, Betroffenheiten und Anpassungsmöglichkeiten. Diese bestehen entlang von sozialen Differenzlinien wie Klasse, ›*race*‹, Ethnizität, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Herkunft, Alter, Religion und *ability*. Dies sind keine natürlichen Eigenschaften, sondern gesellschaftliche Konstruktionen, in denen sich unter anderem rassistische, klassistische und patriarchale Machtverhältnisse ausdrücken.

Damit öffnet sich ein anderer Zugang zur Klimakrise. Nicht die gesamte Menschheit, sondern große multinationale Unternehmen verbrauchen auf Grund des im Kapitalismus inhärenten Zwangs zu Wachstum und Expansion immer größere Mengen an Material und Energie und erhitzen dadurch die Erdatmosphäre. Statt der gängigen Rede vom Anthropozän, in der eine undifferenzierte Menschheit zur geologischen Kraft erhoben wird, sprechen Ökomarxist*innen (→ Marxistische Politische Ökologie) daher lieber vom ›Kapitalozän‹, um hervorzuheben, dass die kapitalistische Expansion ursächlich für die ökologische Krise ist (Moore 2016). Im Kapitalozän kommen Klassenunterschiede beispielsweise in der extremen Ungleichverteilung der Pro-Kopf-Emissionen zum Ausdruck. Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung verursachen 52 Prozent der kumulativen CO_2-Emissionen, während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung lediglich 7 Prozent auf sich vereint (Oxfam 2020). Darüber hinaus wohnen Menschen mit geringen Einkommen häufiger in vom Klimawandel gefährdeten Gebieten, haben keine finanziel-

len Rücklagen, wenn etwa Nahrungsmittelpreise auf Grund von Ernteausfällen steigen und haben weniger Ressourcen, um sich vor Klimafolgen zu schützen (Taylor 2015).

→ Postkoloniale Theoretiker*innen sprechen vom ›*Black Anthropocene*‹ (Yusoff 2019) oder vom ›*Racial Capitalocene*‹ (Vergés 2017), um zu verdeutlichen wie auch koloniale und rassistische Strukturen die Klimakrise durchziehen. Die Geschichte des fossilen Kapitalismus geht einher mit der kolonialen Unterwerfung, Versklavung und Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Süden. In der Gegenwart finden sich koloniale Kontinuitäten in klimaschädlichen Produktions- und Konsummustern einer → imperialen Lebensweise, die erst dadurch ermöglicht werden, dass in neokolonialer Manier auf → Arbeit und Ressourcen (→ Rohstoffe) im Globalen Süden zugegriffen wird (Brand/Wissen 2017; I.L.A Kollektiv 2017). Dort verschärfen sich dadurch Klimavulnerabilitäten und es fehlen Ressourcen zur Klimaanpassung. Beispielsweise verlieren durch die Ausweitung der exportorientierten Landwirtschaft im Globalen Süden Kleinbäuer*innen ihr Land oder werden vertraglich an multinationale Agrarkonzerne gebunden (Noever Castelos 2019). Klimabedingte Extremwetterereignisse können dann Nahrungsmittelknappheiten auf lokalen Märkten verschärfen, weil hauptsächlich für den Export produziert wird, und zur Verschuldung von Vertragslandwirt*innen führen, wenn Lieferverträge nicht erfüllt werden können. Koloniale Kontinuitäten kennzeichnen auch grünkapitalistische Klimaschutzvorhaben. Die im Globalen Süden stattfindende Aneignung von Land und Ressourcen für ›grüne‹ Technologien oder von tropischen Wäldern zur CO_2-Speicherung wird mitunter als ›grüner Kolonialismus‹ bezeichnet (Heuwieser 2015). Bei der Klimaanpassung kommen zuweilen auch koloniale Muster zum Vorschein, wenn etwa Anpassungsmaßnahmen den Zielgruppen Selbstbestimmungsrechte entziehen (Bordner et al. 2020). Auch im Konflikt um die DAPL-Pipeline spricht Kyle Whyte (2016) von einem »kolonialen Déjà Vu«. Nachdem der Siedlungskolonialismus im 19. Jahrhundert die Sioux aus ihren Territorien vertrieb, sind es nun Indigene Territorien, die einmal mehr für die Kapitalverwertung zugänglich gemacht werden. Während die Pipeline ursprünglich entlang der *weißen* Stadt Bismarck führen sollte, wurde diese letztendlich auf Grund der Gefährdung der städtischen Wasserversorgung durch die Indigenen Territorien umgeleitet.

Giovanna Di Chiro (2017) spricht schließlich vom ›*Manthropocene*‹, um auch auf die patriarchale Dimension der Klimakrise hinzuweisen. Beispielsweise sind männliche Konsummuster emissionsintensiver, wie sich beim Fleischkonsum und Mobilitätsverhalten zeigt, und die Schaltzentralen der Macht sind mehrheitlich männlich besetzt (Perkins 2019). Patriarchale Geschlechterrollen und eingeschränkte Zugänge zu Einkommen, Bildung und Mobilität erhöhen zudem die Vulnerabilität von Frauen und inter- und transgeschlechtlichen und nicht-binären Personen gegenüber Klimafolgen (Alston/Whittenbury 2012). Markt- und technologiezentrierte Klimamaßnahmen sind häufig geschlechtsblind und reproduzieren Geschlechterungleichheiten (Crease et al. 2019). Zudem nimmt die geschlechtsspezifische Gewalt nach klimabedingten Naturkatastrophen zu (Fisher 2010). Auch in den ›*Man Camps*‹ in den Ölfeldern in North Dakota kommt es immer wieder zu sexuellen Übergriffen auf Indigene Frauen*[1] (Sweet 2013) (vgl. → Feministische Politische Ökologie, → Queer Ecologies).

1 Die Schreibweise Frauen* verweist auf den gesellschaftlichen Konstruktionscharakter von Geschlecht und schließt cis-Frauen wie auch trans- und intergeschlechtliche Personen, die sich als Frauen identifizieren, mit ein.

All diese Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse existieren nicht unabhängig nebeneinander, sondern sind miteinander und mit dem Klimawandel je nach Kontext unterschiedlich verwoben (Kaijser/Kronsell 2014). Dies wird am Beispiel der DAPL deutlich, bei dem die koloniale Geschichte mit gegenwärtigem Umweltrassismus und sexistischen Bedrohungen zusammenwirkt. Eine intersektionale Politische Ökologie geht über eine isolierte Betrachtung von Ungleichheiten hinaus und liest Klimaungerechtigkeit als Resultat von verschränkten Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen (Malin/Ryder 2018).

Kämpfe ums Klima

Konflikte sind ein zentraler Gegenstand der Politischen Ökologie. Das macht sie anschlussfähig an einen an soziale Kämpfe rückgebundenen Begriff von Klimagerechtigkeit. Damit geht ein Perspektivwechsel von den internationalen Verhandlungen um CO_2-Budgets, Emissionsrechte und Finanzierungsbeiträge zu den Kämpfen ums Klima einher. In sozialen Konflikten und Kämpfen von der lokalen bis zur globalen Ebene kommen die der Klimakrise zugrundeliegenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse zum Vorschein, werden infrage gestellt und neu verhandelt:

> »Ob die Welt […] klimagerechter wird oder nicht, darüber entscheiden weniger die internationalen Klimaverhandlungen als soziale Kämpfe an verschiedenen Orten der Welt« (Brunnengräber/Dietz 2016: 161).

In den Debatten um Klimagovernance und in den herkömmlichen Transformationsmodellen, die Übergänge in eine CO_2-arme Wirtschaft vorzeichnen, finden soziale Kämpfe und → soziale Bewegungen jedoch kaum Beachtung. Transformation geschieht demzufolge durch das Zusammenspiel von technologischen Innovationen in der Nische, makrostrukturellen Veränderungen und progressiven politischen und wirtschaftlichen Eliten (Geels/Schot 2007). Für die Politische Ökologie bedeutet Transformation hingegen die Überwindung der die Klimakrise verursachenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Sie schaut daher auf konkrete Konflikte und Kämpfe um gesellschaftliche Naturverhältnisse und nimmt soziale Bewegungen als wichtige Transformationsakteure in den Blick (Lawhon/Murphy 2011; Temper et al. 2018).

In Kämpfen ums Klima kommt die Handlungsfähigkeit und transformative Macht von marginalisierten, häufig als ›vulnerabel‹ dargestellten Gruppen zum Vorschein. Es sind oft *Frontline Communities* und dort vor allem Frauen*, die am stärksten vom fossilen Extraktivismus und Klimakrise betroffen sind und dementsprechend Widerstand leisten. Die #NoDAPL-Bewegung wird von Indigenen Frauen* angeführt, da der Schutz des → Wassers und des kulturellen Erbes traditionell in ihren Aufgabenbereich fällt (Privott 2019). Auf transnationaler Ebene finden *Frontline Communities* und ihre Verbündeten in einer globalen Bewegung zusammen, für die Klimagerechtigkeit eine verbindende Klammer für Solidarität und Allianzen zwischen unterschiedlichen Kämpfen für eine klimagerechte Welt bildet (Almeida 2019). Widerstand leisten nicht nur diejenigen, die heute schon am stärksten von Klimakrise und Extraktivismus betroffen sind. In den letzten Jahren sind mit Fridays For Future, Ende Gelände und *Extinction Rebellion* neue, von jungen Menschen angeführte Klimabewegungen weltweit entstanden, die vor allem für intergenerationale Gerechtigkeit und eine lebenswerte

Zukunft streiten. Auch einige Gewerkschaften öffnen sich der ökologischen Frage und streben nach einer *Just Transition,* die gute Arbeit zu einem zentralen Bestandteil einer sozial-ökologischen Transformation macht (Morena et al. 2020). Gewerkschaften stehen jedoch auch öfters in der Kritik, die existenzielle Bedrohung durch die Klimakrise nicht ernst genug zu nehmen, bestehende Arbeitsplätze in Branchen mit hohen Emissionen zu verteidigen und einen falschen Gegensatz zwischen Arbeitsplätzen und Klimagerechtigkeit zu verstetigen (Kalt 2021). Demgegenüber stehen Klimabewegungen im Globalen Norden in der Kritik, die eigenen Privilegien zu wenig zu reflektieren und intersektionale Perspektiven zu sehr zu vernachlässigen (Wretched of the Earth 2019). Die Politische Ökologie kann hier Anstöße geben, um solidarische Kritik zu üben und auf dominante Sprechpositionen, verborgene Ausschlüsse und latente Eurozentrismen in sozialen Bewegungen aufmerksam machen (Görlich/Habermann 2018).

Klimagerechte Alternativen

Klimagerechtigkeit beinhaltet die Vision von alternativen Entwicklungspfaden, welche die globale Erhitzung verlangsamen und allen Menschen ein gutes Leben im Angesicht turbulenter Umweltveränderungen ermöglichen. Während die Politische Ökologie einerseits hegemoniale Naturverhältnisse analysiert und kritisiert, wendet sie sich andererseits auch nicht-hegemonialen Naturverhältnissen zu. Diese finden sich in den genannten Kämpfen und Bewegungen für Klimagerechtigkeit, in nicht-kapitalistischen Lebensweisen an den Rändern der kapitalistischen Moderne und in den Nischen und Rissen der Gesellschaften im Globalen Norden.

Beispielsweise verstehen sich die #NoDAPL-Aktivist*innen als Beschützer*innen des Wassers und erklären: »We are not protestors, we are water protectors« (Herrera 2016). Zum Vorschein kommen hier alternative Naturverhältnisse, die sich auf einen Ethos der gemeinsamen Verantwortung und des Erhalts der Lebensgrundlagen stützen (Privott 2019). Nicht-westliche und nicht-anthropozentrische Vorstellungen von Klimagerechtigkeit, in denen die dualistische Trennung von Mensch und Natur aufgehoben ist, treten in Forderungen nach der Anerkennung von Indigenen Rechten und Rechten der Natur hervor (Nuñez 2019). Alternative Entwicklungsparadigmen, die markt- und technologiefixierte Ansätze zurückweisen und den Schutz allen Lebens in seiner Verbundenheit ins Zentrum stellen, finden sich im lateinamerikanischen *Sumak Kawsay* oder *Buen Vivir*, im afrikanischen *Ubuntu*, im indischen *Swaraj* und im europäischen Degrowth (Kothari et al. 2019). Darüber hinaus zielen ökosozialistische Alternativen auf die demokratische Kontrolle und den ökologischen Umbau fossiler Industrien und Unternehmen (Satgar 2018). So kämpft etwa der globale Gewerkschaftsverband *Trade Unions for Energy Democracy* für die Vergesellschaftung von Energiesektoren, um den Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung und den Einstieg in die Erneuerbaren zu beschleunigen und gegen Klimakrise, Energiearmut und schlechte Arbeitsbedingungen vorzugehen (TUED 2013). Die Politische Ökologie kann dazu beitragen, diese Vielfalt an → Wissen, Praktiken und möglichen klimagerechten Zukünften aufzuzeigen und aufzuwerten.

Fazit und Ausblick

Die Politische Ökologie schaut auf Macht, Herrschaft, Ungleichheiten, soziale Kämpfe und klimagerechte Alternativen – allesamt Aspekte, die im klimapolitischen Mainstream ausgeblendet werden. Eine solche Perspektive auf Klimagerechtigkeit ermöglicht folgende Schlussfolgerungen:

1. Verantwortlichkeiten, Betroffenheiten und Anpassungsmöglichkeiten in der Klimakrise sind zwischen und innerhalb von Gesellschaften ungleich verteilt. Verschiedene Achsen gesellschaftlicher Differenz sind miteinander und dem Klimawandel je nach Kontext unterschiedlich verschränkt. Klimagerechtigkeit muss demnach intersektional sein.
2. Das Problem des Klimawandels ist nicht ein bloßes Zuviel an CO_2, sondern das Problem sind die kapitalistischen, kolonialen und patriarchalen Naturverhältnisse, die Klimawandel und Klimaungerechtigkeiten hervorbringen. Klimagerechtigkeit kann nur über die radikale Transformation dieser hegemonialen Naturverhältnisse erreicht werden.
3. Klimagerechte Transformationen werden durch bestehende Machtverhältnisse blockiert. Diese werden in Kämpfen für Klimagerechtigkeit infrage gestellt und verändert.
4. Nicht-hegemoniale Naturverhältnisse in Kämpfen für Klimagerechtigkeit im Globalen Süden wie auch im Globalen Norden können Bausteine für klimagerechte Zukünfte sein.

Eine politisch-ökologische Perspektive auf Klimagerechtigkeit steht vor einigen Herausforderungen. Erstens gibt es in der Politischen Ökologie die Tendenz, das Lokale als Analyseebene zu privilegieren, während es bei Klimagerechtigkeit häufig um globale Fragen geht. Eine Politische Ökologie des Klimawandels muss aufpassen, weder auf der internationalen Ebene der Klimaverhandlungen zu verharren, noch in die »lokale Falle« (Brown/Purcell 2005) zu tappen. Stattdessen sollten stärker als bisher multiskalare und ›glokale‹ Dynamiken berücksichtigt werden (Fisher 2015). Zweitens sollten post- und dekoloniale, Indigene und intersektionale Ansätze mehr Raum in einer noch immer *weiß* und angelsächsisch dominierten Politischen Ökologie einnehmen können (Sultana 2021). Drittens bedeutet zu Klimagerechtigkeit zu forschen, eine politische Rolle einzunehmen. Das kann etwa bedeuten, Aktivismus und Forschung zu verknüpfen und Klimagerechtigkeitsbewegungen solidarisch und kritisch zu begleiten, beispielsweise durch → Aktionsforschung zusammen mit sozialen Bewegungen oder die Gestaltung von Lern- und Reflexionsorten in Bewegungskontexten (Heynen/Van Sant 2015).

Literatur

Almeida, Paul (2019): »Climate justice and sustained transnational mobilization«, in: Globalizations, 16. Jg., Nr. 7, S. 973-979.

Alston, Margaret/Whittenbury, Kerri (2012): Research, Action and Policy: Addressing the Gendered Impacts of Climate Change, Berlin: Springer.

Belfer, Ella/Ford, James/Maillet, Michelle/Araos, Malcolm/Fynn, Melanie (2019): »Pursuing an Indigenous Platform: Exploring Opportunities and Constraints for Indigenous Participation in the UNFCCC«, in: Global Environmental Politics, 19. Jg., Nr. 1, S. 12-33.

Bordner, Autumn/Ferguson, Caroline/Ortolano, Leonard (2020): »Colonial dynamics limit climate adaptation in Oceania: Perspectives from the Marshall Islands«, in: Global Environmental Change, 61. Jg, Art. 102054.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2016): »Globales Umwelt-Management«, in: Sybille Bauriedl (Hg.): Wörterbuch Klimadebatte, Bielefeld: transcript, S. 103-108.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus, München: oekom.

Brown, J. Christopher/Purcell, Mark (2005): »There's nothing inherent about scale: political ecology, the local trap, and the politics of development in the Brazilian Amazon«, in: Geoforum, 36. Jg., Nr. 5, S. 607-624.

Brunnengräber, Achim/Dietz, Kristina (2016): »Klimagerechtigkeit«, in: Sybille Bauriedl (Hg.): Wörterbuch Klimadebatte, Bielefeld: transcript, S. 157-162.

Crease, Roa Petra/Parsons, Meg/Fisher, Karen Toni (2019): »›No climate justice without gender justice‹: explorations of the intersections between gender and climate injustices in climate adaptation in the Philippines«, in: Tahseen Jafry (Hg.): Routledge Handbook of Climate Justice, London: Routledge, S. 359-378.

Di Chiro, Giovanna (2017): »Welcome to the White (m)Anthropocene?: A Feminist-Environmentalist Critique«, in: Sherilyn MacGregor (Hg.): Routledge Handbook of Gender and Environment, London/New York: Routledge, S. 487-505.

Fisher, Sarah (2010): »Violence against women and natural disasters: Findings from post-tsunami Sri Lanka«, in: Violence Against Women, 16. Jg., Nr. 8, S. 902-918.

Fisher, Sarah (2015): »The emerging geographies of climate justice«, in: The Geographical Journal, 181. Jg., Nr. 1, S. 73-82.

Geels, Frank/Schot, Johan (2007): »Typology of sociotechnical transition pathways«, in: Research Policy, 36. Jg., Nr. 3, S. 399-417.

Görg, Christoph (2016): »Planetarische Grenzen«, in: Sybille Bauriedl (Hg.): Wörterbuch Klimadebatte, Bielefeld: transcript, S. 239-244.

Görlich, Wilm/Habermann, Friederike (2018): »Transnationale soziale Bewegungen: Die Reproduktion von Ungleichheit in Theorien und Praktiken globaler zivilgesellschaftlicher Politik«, in: Ilker Ataç/Albert Kraler/Wolfram Schaffar/Aram Ziai (Hg.): Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung, Wien: Mandelbaum Verlag, S. 321-333.

Herrera, Allison (2016): »Standing Rock activists: Don't call us protesters. We're water protectors«, https://theworld.org/stories/2016-10-31/standing-rock-activists-dont-call-us-protesters-were-water-protectors (Zugriff: 10.09.2022).

Heuwieser, Magdalena (2015): Grüner Kolonialismus in Honduras: Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes und die Verteidigung der Commons, Wien: Promedia.

Heynen, Nik/Van Sant, Levi (2015): »Political ecologies of activism and direct action politics«, in: Tom Perreault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge, S. 169-178.

Hickel, Jason/Kallis, Giorgos (2020): »Is Green Growth Possible?«, in: New Political Economy, 25. Jg., Nr. 4, S. 469-486.

I.L.A. Kollektiv – Imperiale Lebensweisen und solidarische Alternativen Kollektiv (2017): Auf Kosten Anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert, München: oekom.

Kaijser, Anna/Kronsell, Annica (2014): »Climate change through the lens of intersectionality«, in: Environmental Politics, 23. Jg., Nr. 3, S. 417-433.

Kalt, Tobias (2021): »Jobs vs. climate justice? Contentious narratives of labor and climate movements in the coal transition in Germany«, in: Environmental Politics, 30. Jg., Nr. 7, S. 1135-1154.

Klein, Naomi (2015): Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima, Frankfurt a.M.: Fischer.

Köhler, Bettina (2016): »Raumschiff Erde«, in: Sybille Bauriedl (Hg.): Wörterbuch Klimadebatte, Bielefeld: transcript, S. 245-252.

Kothari, Ashish/Salleh, Ariel/Escobar, Arturo/Demaria, Federico/Acosta, Alberto (Hg.) (2019): Pluriverse: A Post-Development Dictionary, New Delhi: Tulika Books.

Krüger, Timmo (2016): »Ökologische Modernisierung«, in: Sybille Bauriedl (Hg.): Wörterbuch Klimadebatte, Bielefeld: transcript, S. 225-232.

Lawhon, Mary/Murphy, James (2011): »Socio-technical regimes and sustainability transitions: Insights from political ecology«, in: Progress in Human Geography, 36. Jg., Nr. 3, S. 354-378.

Malin, Stephanie A./Ryder, Stacia S. (2018): »Developing deeply intersectional environmental justice scholarship«, in: Environmental Sociology, 4. Jg., Nr. 1, S. 1-7.

Martinez-Alier, Joan/Temper, Leah/Del Bene, Daniela/Scheidel, Arnim (2016): »Is there a global environmental justice movement?«, in: The Journal of Peasant Studies, 43. Jg., Nr. 3, S. 731-755.

Moore, Jason (2016): Anthropocene or Capitalocene? Nature, History, and the Crisis of Capitalism, Oakland: PM Press.

Morena, Edouard/Krause, Dunja/Stevis, Dimitris (2020): Just Transitions. Social Justice in the Shift Towards a Low-Carbon World, London: Pluto Press.

Noever Castelos, Carla (2019): »Vertragslandwirtschaft«, in: Jan Brunner/Anna Dobelmann/Sarah Kirst (Hg.): Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte, Bielefeld: transcript, S. 303-309.

Nuñez, Alan J. (2019): »Mother Earth and climate justice: indigenous peoples' perspectives of an alternative development paradigm«, in: Tahseen Jafry (Hg.): Routledge Handbook of Climate Justice, London: Routledge, S. 420-430.

Oxfam (2020): »Confronting Carbon Inequality. Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery«, https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621052/mb-confronting-carbon-inequality-210920-en.pdf (Zugriff: 27.05.2021).

People's Demands for Climate Justice (2018): »The People's Demands for Climate Justice«, https://www.peoplesdemands.org/ (Zugriff: 27.05.2021).

Perkins, Patricia (2019): »Climate justice, gender and intersectionality«, in: Tahseen Jafry (Hg.): Routledge Handbook of Climate Justice, London: Routledge, S. 349-358.

Privott, Meredith (2019): »An Ethos of Responsibility and Indigenous Women Water Protectors in the #NoDAPL Movement«, in: The American Indian Quarterly, 43. Jg., Nr. 1, S. 74-100.

Satgar, Vishwas (2018): The Climate Crisis: South African and Global Democratic Eco-Socialist Alternatives, Johannesburg: Wits University Press.

Schlosberg, David/Collins, Lisette B. (2014): »From environmental to climate justice: Climate change and the discourse of environmental justice«, in: Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change, 5. Jg., Nr. 3, S. 359-374.

Sultana, Farhana (2021): »Political ecology 1: From margins to center«, in: Progress in Human Geography, 45. Jg., Nr. 1, S. 156-165.

Sweet, Victoria (2013): »Extracting More than Resources: Human Security and Arctic Indigenous Women«, in: Seattle University Law Review, 37. Jg., S. 1157-1178.

Taylor, Marcus (2015): The Political Ecology of Climate Change Adaptation. Livelihoods, agrarian change and the conflicts of development, London: Routledge.

Temper, Leah/Walter, Mariana/Rodriguez, Iokiñe/Kothari, Ashish/Turhan, Ethemcan (2018): »A perspective on radical transformations to sustainability: resistances, movements and alternatives«, in: Sustainability Science, 13. Jg., Nr. 3, S. 747-764.

TUED – Trade Unions for Energy Democracy (2013): »Resist, Reclaim, Restructure: Unions and the Struggle for Energy Democracy«, http://unionsforenergydemocracy.org/wp-content/uploads/2014/05/resistreclaimrestructure_2013_english.pdf (Zugriff: 01.06.2021).

Vergés, Françoise (2017): »Racial Capitalocene«, in: Gaye Theresa Johnson/Alex Lubin (Hg.): Futures of Black Radicalism, London/New York: Verso, S. 72-82.

Warlenius, Rikard (2017): »Decolonizing the Atmosphere: The Climate Justice Movement on Climate Debt«, in: Journal of Environment & Development, 27. Jg., Nr. 2, S. 131-155.

Whyte, Kyle (2016): »Is it Colonial DéJà Vu? Indigenous Peoples and Climate Injustice«, in: Joni Adamson/Michael Davis (Hg.): Humanities for the Environment. Integrating knowledge, forging new constellations of practice, London: Routledge, S. 88-105.

Wretched of the Earth (2019): »An open letter to Extinction Rebellion«, https://www.redpepper.org.uk/an-open-letter-to-extinction-rebellion (Zugriff: 01.06.2021).

Yusoff, Kathryn (2019): A Billion Black Anthropocenes or None, Minneapolis: University of Minnesota Press.

Konflikte um (neue) Gentechnologien in der Landwirtschaft

Sarah Hackfort, Beate Friedrich und Daniela Gottschlich

Technologie ist im Unterschied zur Technik nicht nur ein Produkt, Werkzeug oder Verfahren. Der Begriff der Technologie verweist auf das gesellschaftliche Bezugssystem und die Einbettung von Technik in Ökonomie und Wissenschaft – z.B. zur Steigerung der Produktivität in der industriellen Landwirtschaft – und dient auch der Beherrschung von → Natur. Insbesondere dort, wo mittels Gentechnologien das Erbgut von Pflanzen und Tieren verändert wird, steht das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur im Zentrum. Aus einer politisch-ökologischen Perspektive setzt die kritische Betrachtung von Technologien dort an, wo Natur mit Hilfe von Technologie angeeignet und in Wert gesetzt wird. Problematisiert werden unter anderem eine Konzentration auf rein technische Lösungen und die damit einhergehende Marginalisierung anderer Strategien zur Lösung sozial-ökologischer Probleme. Gefragt wird auch nach der Verteilung von Nutzen und Belastungen durch die Anwendung von Technologien. → Akteure und Interessen, die hinter den Technologien stehen bzw. den Zugang zu ihnen kontrollieren, werden analysiert.

Biotechnologie als anwendungsorientierte Wissenschaft umfasst alle Formen der Nutzung von lebenden Organismen zur Entwicklung von Produkten und Verfahren. Bei Gentechnologien als Teilbereich der Biotechnologien geht es um die Veränderung des Erbguts von Organismen in verschiedenen Bereichen unter anderem in der Landwirtschaft, Medizin oder Chemieindustrie[1]. Der Diskurs um Gentechnologie – und insbesondere ihre Anwendung in der Landwirtschaft – wird in Deutschland kontroverser geführt als der um Biotechnologie im Allgemeinen (Hucho et al. 2005; Hucho et al. 2018). Innerhalb der Gentechnologien ist der Einsatz zu medizinischen Zwecken zwar gesellschaftlich weniger umstritten, wirft aber ebenso grundsätzliche ethische, politische und ökonomische Fragen auf – etwa nach Grenzen menschlicher Eingrif-

1 Häufig wird hierbei in *grüne*, also landwirtschaftliche, sowie *rote*, *weiße* und *graue* Gentechnologie unterschieden. Zur *roten* zählen gentechnisch hergestellte Medikamente oder Impfstoffe sowie Gentherapie; Verknüpfungen gibt es dabei mit der Fortpflanzungsmedizin, z.B. vorgeburtlichen Gen-Tests (Rausch 2017: o.S.). Unter *weißer* Gentechnologie versteht man den Einsatz von gv-Mikroorganismen oder Enzymen für die industrielle Lebensmittel- oder Energieerzeugung. Die *graue* (auch Umweltbiotechnologie genannt) umfasst alle biotechnologischen Verfahren zur Aufbereitung von Trinkwasser, Reinigung von Abwasser, Sanierung kontaminierter Böden, zum Müllrecycling oder zur Abluft- bzw. Abgasreinigung.

fe in ›natürliche‹ Prozesse, nach Patenten und Marktmacht, Optimierung und Kontrolle von → Körpern und Reproduktion. Wir konzentrieren uns in diesem Beitrag auf Anwendungen von Gentechnologie in der Landwirtschaft und sprechen von Agro-Gentechnik, wenn es um die konkrete Anwendung und gentechnisch veränderte Organismen (GVO) geht.

Kontextualisierung der Konflikte um Agro-Gentechnik

Gentechnisch veränderte (gv) Pflanzen (einschließlich Bäume) und Tiere sind in vielen Ländern verbreitet. So wächst aktuell auf fast drei Vierteln der globalen Sojaanbaufläche gv-Soja, bei Baumwolle sind es fast 80 Prozent, bei Mais und Raps jeweils ca. 30 Prozent (ISAAA 2019). Den größten Anteil machen dabei herbizid-tolerante gv-Pflanzen aus. Sie kommen weltweit auf knapp 90 Prozent der für den Anbau von gv-Pflanzen genutzten Flächen zum Einsatz (Potthof 2018: 40). Diese Anbauflächen sind unterschiedlich verteilt. In Europa liegt der Schwerpunkt in Spanien, global stehen an erster Stelle die USA und Brasilien, gefolgt von Argentinien, Kanada und Indien (ISAAA 2019).

In Europa ist es in den vergangenen Jahren ruhiger um das Thema geworden. In Deutschland liegen die intensiven → Konflikte um den kommerziellen Anbau der gv-Sorten MON810 (Mais) und Amflora (Kartoffel) über zehn Jahre zurück und endeten, als der Anbau von MON810 im Jahr 2009 verboten und die Vermarktung von Amflora ab 2012 eingestellt (und ein Jahr später auf EU-Ebene verboten) wurde. Nachdem auch der Versuchsanbau von gv-Pflanzen zu Forschungszwecken beendet wurde, blieb nur der Import von gv-Futtermitteln. Sowohl der kommerzielle Anbau als auch der Versuchsanbau waren heftig umstritten: Es gab Kampagnen, Demonstrationen und auch Feldbefreiungen, bei denen gv-Pflanzen öffentlichkeitswirksam zerstört wurden. Als MON810 im Jahr 2009 verboten wurde, gaben zwar offiziell neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse zu den Auswirkungen auf Ökosysteme den Ausschlag (BVL 2009), gentechnikkritische Bewegungen sahen das Verbot jedoch auch als ihren Erfolg (Friedrich 2015: 282) und drei Jahre später wurde die Verlagerung der Gentechniksparte von BASF in die USA in der Öffentlichkeit mit dem Widerstand gegen Gentechnik in Verbindung gebracht (z.B. Kuhr 2012).

Neue Aktualität erhält das Thema nun durch neue Techniken, wie das sogenannte *Genome Editing* (z.B. CRISPR-Cas9 oder TALEN). Diese Techniken versprechen schneller, präziser und günstiger zu sein als die älteren Verfahren und nähren bei Befürworter*innen Hoffnungen, durch ihren Einsatz in der Landwirtschaft zu Ernährungssicherheit und einer nachhaltigeren Landwirtschaft beizutragen (z.B. Qaim 2020). Kritiker*innen problematisieren, dass auch hier Risiken bestehen und nicht-intendierte Folgeeffekte weitgehend ungeklärt sind (z.B. Kawall 2021). In der Europäischen Union fallen die Techniken nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Sommer 2018 unter die Gentechnik-Gesetzgebung und müssen daher strenge Auflagen erfüllen (Europäischer Gerichtshof 2018). In den meisten anderen Ländern (z.B. USA, Argentinien und Brasilien) sind diese neuen Techniken jedoch praktisch nicht reguliert. In Bezug auf die Regulierung ist die zentrale Frage, ob es sich um gentechnische Veränderungen handelt oder um Veränderungen, die auch durch konventionelle Züchtung hätten erlangt werden können.

Weltweit gibt es im Bereich der neuen Techniken bisher nur wenige Produkte, die eine Marktreife erlangt haben, so z.B. der herbizidresistente Raps Falco der Firma Cibus und eine Sojasorte der Firma Calyxt. Eine Vielzahl weiterer Produkte ist jedoch in der Entwicklung oder steht kurz vor der Markteinführung (Testbiotech 2020: 24f.).

Agro-Gentechnik zwischen Akzeptanz und Ablehnung

Die Einführung der älteren Gentechnik in der Landwirtschaft war von Anfang an begleitet von großen Versprechen: Nahrungsmittel sollten effizienter und umweltschonender produziert werden, um Hunger zu bekämpfen. Passgenaue Antworten aus dem Labor – z.B. von salzresistenten, kälte- und trockenheitstoleranten Pflanzen – sollten die Welternährung auch bei wachsender Weltbevölkerung und sich verändernden klimatischen Bedingungen und zunehmender Bodendegradation sichern (vgl. stellvertretend Broer et al. 2011).

Die dennoch vorhandene breite Ablehnung von gv-Lebensmitteln durch die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland und in anderen europäischen Staaten wurde und wird verschiedentlich gerahmt: wahlweise als Ideologie-, Informations- und Akzeptanzproblem und neuerdings auch als Ignoranzproblem. Vielfach wird behauptet, dass die Bevölkerung nicht genügend Wissen habe und daher die Risiken der Gentechnik falsch wahrnehme (Hucho 2018: 14). Untersuchungen zu Technikeinstellungen zeigen jedoch, dass Menschen Gentechnik in der Landwirtschaft ablehnen, weil sie keinen Nutzen für sich als Verbraucher*innen erkennen können und Langzeitfolgen befürchten (z.B. Renn 2018). Zudem zielte die – insbesondere von sozialen Bewegungen – geäußerte Kritik ab den 1980er Jahren weniger auf Gesundheitsrisiken als auf die Problematisierung des Transfers artfremder Gene, das Auskreuzen von gv-Pflanzen, die Zunahme der Verwendung von Pestiziden und neue Herbizidresistenzen sowie die sich verstärkenden Abhängigkeiten der Landwirt*innen von Saatgut- und Chemieunternehmen weltweit (Gen-ethisches Netzwerk 2018). Dass der Anbau von gv-Pflanzen Umwelteffekte auf die nähere und weitere Umgebung hat, also auf die molekulare bis hin zur landschaftlichen bzw. regionalen Ebene, wurde mittlerweile durch ökologische Wirkungspfadanalysen gezeigt (z.B. Breckling et al. 2012). Die Koexistenz von gentechnikfreier und gentechniknutzender Landwirtschaft, wie sie die europäische Politik vorsieht, ist entsprechend nicht folgenlos realisierbar (Friedrich 2015; Gottschlich/Mölders 2017). Wenn man danach fragt, wer von der klassischen Gentechnik in der Landwirtschaft profitiert und wer die Lasten trägt, wird deutlich, dass die Folgen der Koexistenzpolitik kollektiviert und die Gewinne privatisiert werden. Denn die klassische Agro-Gentechnik mit ihrem Anbausystem aus herbizid-toleranten gv-Pflanzen und den komplementären Beikrautvernichtungsmitteln wie Glyphosat ist »strukturell auf die Absatzerfordernisse chemischer Großindustrie und die agronomischen Probleme industrieller Landwirtschaft zugeschnitten« (Gill/Schneider 2014: 13). Dies ist besonders problematisch, da Roundup und andere Glyphosat-Herbizide in Verdacht stehen, Krebs zu verursachen. Die Bayer AG wird nun, nach jahrelangen Rechtsstreitigkeiten um (zunächst an Monsanto gerichtete) Schadensersatzansprüche, immerhin mehr als 10 Milliarden US-Dollar für die Begleichung von US-Forderungen an Glyphosat Geschädigte zahlen (USRTK o.D.).

Die Frage, wer von den neuen *Genome Editing*-Verfahren profitiert, ist derzeit weniger eindeutig zu beantworten. Diese von vielen als revolutionär bezeichnete Technologie lässt Szenarien künstlich geschaffenen und veränderten Lebens in greifbare Nähe rücken und wirft eine Reihe von bisher unbeantworteten sozialen, rechtlichen und ethischen Fragen auf (Gießelmann/Richter-Kuhlmann 2018). Bereits die Bezeichnungen verweisen auf jeweils andere Verständnisse: Während Befürworter*innen neutrale Begriffe wie »moderne Züchtungsmethoden« (BMBF 2017: o.S.) nutzen, sprechen Kritiker*innen – bestätigt vom umstrittenen Urteil des EuGH – von »neuer Gentechnik« (AbL 2021), deren Zulassung nach dem Gerichtsurteil nur unter hohen Auflagen möglich ist (Europäischer Gerichtshof 2018). Neben den bekannten Narrativen wie der Bekämpfung des Welthungers und der Anpassung an den Klimawandel wird im Diskurs um *Genome Editing* von Befürworter*innen auf das Potenzial zur → Demokratisierung der Pflanzenzucht verwiesen. Demnach könne die bisherige Marktkonzentration aufgebrochen werden: »Während sich die klassische Gentechnik – mit ihren extrem zeit- und kostenaufwändigen Zulassungsverfahren – nur für Agrarkonzerne und große globale Märkte rechnet«, so die Argumentation, »könnten mithilfe von Genome Editing auch Pflanzen entwickelt werden, die nur von regionalem Interesse sind« (Irmer 2020: o.S.). Entsprechend wird kritisiert, dass durch das EuGH-Urteil gerade großen Konzernen der Rücken gestärkt werde, während sich kleine und mittlere Pflanzenzüchter*innen nach wie vor die aufwendigen und teuren Zulassungsverfahren kaum leisten könnten (Taupitz 2018, zitiert in Gießelmann/Richter-Kuhlmann 2018: o.S.). Insgesamt lassen sich damit in der Debatte um eine mögliche Demokratisierung vier zentrale Argumente identifizieren: *Erstens* seien die Techniken erschwinglich für diejenigen, die sie sich sonst nicht leisten können; *zweitens* seien sie auch ohne Expert*innenwissen oder große Erfahrung zugänglich und Wissensbarrieren niedriger; *drittens* ›frei‹ von Regulierung und aufwändigen Vorschriften, was kleinen Unternehmen eine größere Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen würde (wobei dies nicht für Neuseeland und die Europäische Union gilt), und *viertens* ›frei‹ von geistigen Eigentumsrechten für die nicht-kommerzielle Forschung (Bain et al. 2020; Montenegro de Wit 2020).

Konflikte um Gentechnologien aus der Perspektive der Politischen Ökologie

Technologien sind nicht neutral, sondern ihre Wirkung ist immer abhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen sie entwickelt und genutzt werden. Die Forschungsperspektive der Politischen Ökologie analysiert und problematisiert daher Technologien immer auch im Kontext sozialer Ungleichheiten und → Machtverhältnisse. Diese manifestieren sich in verschiedenen Facetten – unter anderem in der Kontrolle über die Technologien, ihre Entwicklung und Anwendung. Gentechnologien sind umkämpft. Eine politisch-ökologische Perspektive verweist erst einmal grundlegend auf diese Konflikthaftigkeit. So gerät in den Blick, dass es sich einerseits um einen → diskursiven Konflikt handelt, in dem unterschiedliche Akteure um Definitionsmacht und Deutungshoheiten ringen. Dies kommt in den unterschiedlichen Benennungen (»moderne Züchtungsmethoden« oder »Gentechniken«) zum Ausdruck, in der Bezugnahme auf die ›Natürlichkeit‹ von Produkten oder auch im Versuch, die strengere Regulierung auf Basis des Vorsorgeprinzips als

Hemmnis für gesellschaftliche Innovation zu rahmen und politisch als unwissenschaftlich zu delegitimieren (Gleich/Petschow 2017; Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina et al. 2019). Andererseits wird – etwa in den Auswirkungen politisch-institutioneller Regulierungen – ein materieller Konflikt deutlich. Ein Beispiel sind die Folgen der europäischen Koexistenzpolitik, die suggeriert, dass ein Nebeneinander von gentechnikfreien und gentechnikbasierten Anbauweisen konfliktlos möglich sei. Hier wird versucht, konträre Positionen zu vereinbaren und damit Konflikte zu neutralisieren, deren Lösung (unter anderem wegen nicht kontrollierbarer Auswirkungen der Techniken auf Ökosysteme und auf die gentechnikfreie Landwirtschaft) so aber kaum möglich ist (Friedrich et al. 2019). Aus einer politisch-ökologischen Perspektive ist die Benennung des gesellschaftlichen Konflikts als solcher und dessen produktive Bearbeitung jenseits von Individualisierung (z.B. durch eine Verantwortungszuschreibung an einzelne Landwirt*innen) und Ökonomisierung (z.B. durch Schadensersatzzahlungen, s.u.) Teil einer notwendigen Demokratisierung (ebd.). Damit unterscheidet sich die Politische Ökologie von konventionellen technokratischen Konfliktlösungsansätzen: Dort wird argumentiert, dass es stets das Ziel von Politik sein sollte, »so weit wie möglich unteilbar erscheinende Konflikte durch die Schaffung neuer Varianten in teilbare zu transformieren« (Renn 2013: 74), um die Akzeptanz der vermeintlichen Verlierer*innen für Technologien oder Lösungen zu erhöhen. Diese Akzeptanz- und Konsensorientierung wird jedoch problematisch, wenn – wie etwa im Fall der europäischen Koexistenzpolitik – der Konflikt nur vermeintlich gelöst wird. Das Beispiel zeigt, dass die Koexistenz zu Lasten einer ökologischen Landwirtschaft geht, weil ein dauerhafter, wirksamer Schutz vor Kontamination durch GVO in einem offenen System kaum möglich ist. Die Koexistenz garantiert so also nur eine Wahlfreiheit für die GVO-basierte Landwirtschaft und nicht für Alternativen. Zudem verhindert die Koexistenzpolitik die Debatte um die Kernfrage, ob GVO überhaupt eingesetzt werden sollten und bewirkt so eine Depolitisierung. Diese wird noch durch das Instrument der Schadensersatzzahlungen verstärkt, das eine Ökonomisierung des Konflikts bedeutet, da zwar Landwirt*innen für Schäden durch Kontamination der gentechnikfreien Landwirtschaft haftbar gemacht werden können, jedoch die gesamtgesellschaftliche Ebene des Konflikts ausgeklammert wird und dies neue Hindernisse für die Entwicklung von Ernährungsdemokratie schafft (Friedrich et al. 2019). Die Perspektive der Politischen Ökologie verweist zudem darauf, dass sowohl die ältere als auch die neue Gentechnik als propagierte Lösung für strukturelle ökologische und soziale Herausforderungen (wie zunehmende Trockenheit, Hunger und Mangelernährung) viel zu kurz greift. Solange die auf Rationalisierung und Produktivitätssteigerung ausgerichtete industrialisierte Landwirtschaft Probleme wie Bodendegradierung oder den Klimawandel selbst mit hervorbringt und wenig Raum für alternative, z.B. agrarökologische, Anbauweisen lässt, werden einzelne Technologien allein kaum zur → Ernährungssouveränität und einer nachhaltigeren Landwirtschaft beitragen. Im Gegenteil, schon die ältere Gentechnik hat ihre Lösungsversprechungen nicht gehalten und eine umweltschädliche Landwirtschaft, etwa mit Monokulturen, sogar noch erleichtert (ENSSER/CSS 2021).

Die materielle Dimension betreffen auch Fragen nach der Kontrolle über die Technologien und daran geknüpfte Eigentumsrechte. Erfahrungen mit der älteren Gentechnik in der Züchtung zeigen, dass Konzerne nicht zuletzt wegen der zu bewältigenden hohen Kosten die Kontrolle über Patente und damit über weite Teile der Lebensmittel-

produktion gewannen. Gegenwärtig kontrollieren Bayer und DowDuPont große Teile des Saatgutmarktes: Nur drei Unternehmen, Bayer, DowDuPont und Syngenta, haben einen Anteil von mehr als 50 Prozent am internationalen Saatgutmarkt. Eine ähnliche Machtkonzentration lässt sich auch im frühen Entwicklungsstadium der neuen Gentechnikverfahren beobachten: So hat DowDuPonts Agrarsparte Corteva mit allen wichtigen Inhaber*innen von Basispatenten auf CRISPR-Cas9 Vereinbarungen über den Zugang zu 48 Basispatenten in einem sogenannten Patentpool getroffen (Then/Tippe 2018; Then 2019). Das Unternehmen ist nun in der Lage, gebündelte, nicht-exklusive Lizenzen anzubieten, was zu einer beträchtlichen Marktmacht führt. Denn auch wenn die Patente für Forschungszwecke freigegeben sind, trifft dies nicht für kommerzielle Aktivitäten von Züchter*innen oder Landwirt*innen zu (Montenegro de Wit 2020). Ferner ist DowDuPont bei internationalen Patentanmeldungen (bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum, WIPO) im Bereich *Genome Editing* und Nutzpflanzen führend und hat rund 60 Patente angemeldet. An zweiter Stelle steht Bayer mit über 30 Patenten, gefolgt von dem Start-Up Calyxt, das die erste mit *Genome Editing* modifizierte Sojabohne mit mehr als 20 Patentanmeldungen vermarktet. Ebenfalls vorne sind Syngenta und BASF, einige wenige Patente wurden auch von traditionellen Züchtungsunternehmen wie der KWS angemeldet (Cameron 2017; Then 2019). Die Hoffnungen auf das demokratisierende Potential dieser Technologien, das von einigen Akteuren ins Feld geführt wird, stärken diese Entwicklungen immer noch wenig.

Eine politisch-ökologische Perspektive verweist darüber hinaus auf weitere Aspekte, die im Widerspruch zu einer Demokratisierung stehen: So existieren in der Praxis durchaus Unterschiede zwischen Lai*innen und Expert*innen, etwa ungleiche Zugänge zu Wissensnetzwerken, Finanzierung und Infrastruktur. Dies bedeutet letztlich einen Unterschied zwischen dem reinen Zugang zu einem Werkzeug und der Fähigkeit, davon zu profitieren. Ferner wird ein → Externalisierungsmechanismus deutlich, wenn (wie schon bei der alten Gentechnik) Risiken kollektiviert und Profite privatisiert werden. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit im Falle einer Deregulierung das Verhältnis von Innovation versus Vorsorge zugunsten der Durchsetzung von Technologien aufgelöst wird, über deren Folgen nach wie vor Unsicherheit besteht.

Hilfreich zur Bewertung von (Gen)Technologien erscheinen uns daher politisch-ökologische → Care-Perspektiven. Indem sie Vorsorge ins Zentrum stellen, können sie analytische und normative Orientierung liefern, wie Gesundheit und Nachhaltigkeit für zukünftige Generationen gewährleistet werden können. Zudem lenken sie die Aufmerksamkeit auf in der Innovationstheorie und Technikfolgenabschätzung oft vernachlässigte Themen wie Verantwortung, Relationalität, Kontextabhängigkeit oder Machtverteilung (Curry 2002; Martin et al. 2015; Preston/Wickson 2016).

Schließlich lenkt eine politisch-ökologische Perspektive den Blick auf Institutionen, die soziale oder technologische Innovationen, politische Prozesse und wirtschaftliche Praktiken regulieren und steuern. Damit entstehen nicht nur neue Impulse für die Technikfolgenabschätzung, sondern es wird deutlich, dass diese zugleich auch immer eine *Sozialfolgenabschätzung*[2] ist bzw. sein muss. Dazu zählt auch die Frage nach der Integrität von öffentlich finanzierter Wissenschaft. So verweisen die sogenannten Monsanto-Papiere (USRTK o.D.) auf die von Korruption geprägte Zusammenarbeit von Wissenschaft und »agro-industriellem Komplex« (Gill/Schneider 2014: 13).

2 Wir danken Christa Wichterich für diesen Hinweis.

Ausblick

In Deutschland entfachen die neuen Techniken den Konflikt um Gentechnologie erneut. Konfliktlinien und Akteurskonstellationen sind dabei von Kontinuitäten und Wandel gleichermaßen gekennzeichnet (Friedrich 2020). Dies zeigt sich z.B. in den Debatten um das Grundsatzprogramm der Partei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Jahr 2020. Von einigen Parteimitgliedern gab es die Forderung, sich für die Nutzung der neuen Techniken auszusprechen (Hartung et al. 2020). Wenngleich dies mehrheitlich abgelehnt wurde, so ist jetzt doch die (vor Jahrzehnten noch undenkbare) Förderung der Forschung im Bereich Gentechnologien im Grundsatzprogramm verankert. Dass gleichzeitig das Prinzip der gentechnikfreien Landwirtschaft sowie das Vorsorgeprinzip gefördert werden sollen, zeigt die Ambivalenzen und Paradoxien. In Bezug auf die weiteren internationalen Entwicklungen zur Regulierung der neuen Techniken ist die Zukunft offen. In einigen Ländern (z.B. USA) ist ein klarer Trend zur Nutzung zu beobachten. Ob und wie lange die Europäische Union in der Bewertung am Vorsorgeprinzip festhält, wird sich zeigen. Ende April 2021 hat die Europäische Kommission eine Studie zum Status der neuen Techniken veröffentlicht, in der sie für eine Reform des Gentechnikrechts plädiert (European Commission 2021). Eine solche Reform könnte dazu führen, dass nicht alle neuen Techniken unter die Gentechnikgesetzgebung fallen.

Auf die Frage, wie Natur (re)produziert werden sollte, gibt es unterschiedliche Antworten. Wir schreiben Wissenschaft nicht die Rolle zu, diese Konflikte zu lösen, aber sie kann zugrunde liegende Ungleichheiten, Interessen und Machtverhältnisse analysieren. Dazu gehört die Kritik der Politischen Ökologie an verkürzten, technologiezentrierten Lösungen für sozial-ökologische Krisen, deren Ursachen komplex sind. In unserem Beispiel sind die noch immer dominanten Strukturen und Praktiken der industrialisierten Landwirtschaft Teil des Problems und stehen im Widerspruch zu einer Vorsorgeorientierung.

Literatur

AbL – Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (2021): »CRISPR & CO. Neue Gentechnik – Regulierung oder Freifahrtsschein?«, https://www.abl-ev.de/uploads/media/AbL_CRISPR___CO_Neue_Gentechnik_-_Regulierung_oder_Freifahrtschein_WEB6_vorab.pdf (Zugriff: 31.08.2022).

Bain, Carmen/Lindberg, Sonja/Selfa, Theresa (2020): »Emerging sociotechnical imaginaries for gene edited crops for foods in the United States: implications for governance«, in: Agriculture and Human Values, 37. Jg., Nr. 2, S. 265-279.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2021): »Moderne Züchtungsmethoden für die Nutzpflanzen der Zukunft«, https://bmbf.bmbfcluster.de/de/moderne-zuechtungsmethoden-fuer-die-nutzpflanzen-der-zukunft-4083.html (Zugriff: 05.10.2021).

Breckling, Broder/Böckmann, Simone/Reuter, Hauke (2012): »Ökologische Wirkungspfadanalyse: Bt-Mais in der Umwelt«, in: Broder Breckling/Gunther Schmidt/Winfried Schröder (Hg.): GeneRisk. Systemische Risiken der Gentechnik: Analyse von Umweltwirkungen gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft, Berlin/Heidelberg: Springer, S. 21-49.

Broer, Inge/Busch, Jürgen/Jung, Christian/Ordon, Frank/Qaim, Matin/Reinhold-Hurek, Barbara/Sonnewald, Uwe/Tiedemann, Andreas von (2011): Grüne Gentechnik, Weinheim: WILEY-VCH Verlag.

BVL – Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (2009): »Bescheid an Monsanto Europe S.A.«, https://www.bvl.bund.de/SharedDocs/Downloads/09_PresseInfothek_Print/mon_810_bescheid.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (Zugriff: 01.06.2021).

Cameron, David (2017): »DuPont Pioneer and Broad Institute Join Forces to Enable Democratic CRISPR Licensing in Agriculture«, https://www.broadinstitute.org/news/dupont-pioneer-and-broad-institute-join-forces-enable-democratic-crispr-licensing-agriculture (Zugriff: 07.06.2021).

Curry, Janel M. (2002): »Care Theory and ›caring‹ systems of agriculture«, in: Agriculture and Human Values, 19. Jg., Nr. 2, S. 119-131.

ENSSER/CSS – European Network of Scientists for Social and Environmental Responsibility/Critical Scientists Switzerland (2021): »Scientific Critique of Leopoldina and EASAC Statements on Genome Edited Plants in the EU. Joint publication by the Boards of the European Network of Scientists for Social and Environmental Responsibility (ENSSER) and of Critical Scientists Switzerland (CSS)«, https://www.greens-efa.eu/de/artikel/document/genome-edited-plants-in-the-eu (Zugriff: 07.06.2021).

Europäischer Gerichtshof (2018): »Organisms obtained by mutagenesis are GMOs and are, in principle, subject to the obligations laid down by the GMO Directive«, https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-07/cp180111en.pdf (Zugriff: 07.06.2021).

European Commission (2021): »EC study on new genomic techniques«, https://ec.europa.eu/food/plant/gmo/modern_biotech/new-genomic-techniques_en (Zugriff: 07.06.2021).

Friedrich, Beate (2015): Das Konfliktfeld gesellschaftliche Naturverhältnisse am Beispiel von Agro-Gentechnik. Eine Fallstudie in den Landkreisen Kitzingen, Lüchow-Dannenberg und Oberhavel. Dissertation, Lüneburg.

Friedrich, Beate (2020): »Pathways of Conflict: Lessons from the Cultivation of MON810 in Germany in 2005-2008 for Emerging Conflicts over New Breeding Techniques«, in: Sustainability, 12. Jg., Nr. 1, S. 144.

Friedrich, Beate/Hackfort, Sarah/Boyer, Miriam/Gottschlich, Daniela (2019): »Conflicts over GMOs and their Contribution to Food Democracy«, in: Politics and Governance, 7. Jg., Nr. 4, S. 165-177.

Gen-ethisches Netzwerk (2018): »Spotlight 1: Die Vertrauenskrise der Wissenschaft«, in: Ferdinand Hucho/Julia Diekämper/Heiner Fangerau/Boris Fehse/Jürgen Hampel/Kristian Köchy/Sabine Könninger/Lilian Marx-Stölting/Bernd Müller-Röber/Jens Reich/Hannah Schickl/Jochen Taupitz/Jörn Walter/Martin Zenke/Martin Korte (Hg.): Vierter Gentechnologiebericht. Bilanzierung einer Hochtechnologie, Forschungsberichte der interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Baden-Baden: Nomos, S. 153-158.

Gießelmann, Kathrin/Richter-Kuhlmann, Eva (2018): »Genome Editing: Die Zukunft der Gentechnik«, https://www.aerzteblatt.de/archiv/200462/Genome-Editing-Die-Zukunft-der-Gentechnik (Zugriff: 07.06.2021).

Gill, Bernhard/Schneider, Michael (2014): »Grüne Gentechnik in den Fesseln der Chemischen Industrie. Oder: Ist ihr Einsatz im Rahmen einer holistischen Agrarwis-

senschaft möglich?«, in: Annette Meyer/Stephan Schleissing (Hg.): Projektion Natur. Grüne Gentechnik im Fokus der Wissenschaften, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 13-32.

Gleich, Arnim von/Petschow, Ulrich (2017): »Aktuelle Diskussion um die Einführung eines Innovationsprinzips und das Verhältnis zum Vorsorgeprinzip. Kurzstudie im Auftrag des NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V.«, https://www.ioew.de/publikation/aktuelle_diskussion_um_die_einfuehrung_eines_innovationsprinzips_und_das_verhaeltnis_zum_vorsorgepr (Zugriff: 07.06.2021).

Gottschlich, Daniela/Mölders, Tanja (Hg.) (2017): Politiken der Naturgestaltung. Ländliche Entwicklung und Agro-Gentechnik zwischen Kritik und Vision, Wiesbaden: Springer VS.

Hartung, Ulrich/Müller, Jochen/Tosun, Jale (2020): »Parteipositionierung zu umstrittenen Technologien«, in: TATuP, 29. Jg., Nr. 3, S. 43-49.

Hucho, Ferdinand (2018): »Gentechnologiebericht: Rückblick und Ausblick«, in: Martin Korte/Boris Fehse/Ferdinand Hucho/Ortwin Renn/Günter Stock (Hg.): Die Gentechnologie in der Gesellschaft: von großen Versprechungen, hohen Erwartungen und Missverständnissen. Streitgespräch in der Wissenschaftlichen Sitzung der Versammlung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 1. Dezember 2017, Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S. 11-14.

Hucho, Ferdinand/Brockhoff, Klaus/van den Daele, Wolfgang/Köchy, Kristian/Reich, Jens/Rheinberger, Hans-Jörg/Müller-Röber, Bernd/Sperling, Karl/Wobus, Anna M./Boysen, Mathias/Kölsch, Meike (2005): Gentechnologiebericht. Analyse einer Hochtechnologie in Deutschland, Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, München: Elsevier.

Hucho, Ferdinand/Diekämper, Julia/Fangerau, Heiner/Fehse, Boris/Hampel, Jürgen/Köchy, Kristian/Könninger, Sabine/Marx-Stölting, Lilian/Müller-Röber, Bernd/Reich, Jens/Schickl, Hannah/Taupitz, Jochen/Walter, Jörn/Zenke, Martin/Korte, Martin (Hg.) (2018): Vierter Gentechnologiebericht. Bilanzierung einer Hochtechnologie, Forschungsberichte der interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Baden-Baden: Nomos.

Irmer, Juliette (2020): »CRISPR/Cas bei Pflanzen: Was die Gen-Schere kann – und was (noch) nicht«, https://www.transgen.de/forschung/2590.crispr-talen-genome-editing-pflanzen.html (Zugriff: 18.05.2021).

ISAAA – International Service for the Acquisition of Agri-biotech Applications (2019): »ISAAA Brief 55-2019: Executive Summary. Biotech Crops Drive Socio-Economic Development and Sustainable Environment in the New Frontier«, https://www.isaaa.org/resources/publications/briefs/55/executivesummary/default.asp (Zugriff: 07.06.2021).

Kawall, Katharina (2021): »Genome-edited *Camelina sativa* with a unique fatty acid content and its potential impact on ecosystems«, in: Environmental Science Europe, 33. Jg., Nr. 1, S. 52.

Kuhr, Daniela (2012): »Das Ende der Gen-Kartoffel in Europa«, https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/basf-stellt-amflora-anbau-ein-das-ende-der-gen-kartoffel-in-europa-1.1259527 (Zugriff: 15.06.2021).

Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina/Deutsche Forschungsgemeinschaft/Union der deutschen Akademien des Wissenschaften (2019): »Wege zu

einer wissenschaftlich begründeten, differenzierten Regulierung genomeditierter Pflanzen in der EU/Towards a scientifically justified, differentiated regulation of genome edited plants in the EU«, https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_Stellungnahme_Genomeditierte_Pflanzen_web_02.pdf (Zugriff: 07.06.2021).

Martin, Aryn/Myers, Natasha/Viseu, Ana (2015): »The politics of care in technoscience«, in: Social Studies of Science, 45. Jg., Nr. 5, S. 625-641.

Montenegro de Wit, Maywa (2020): »Democratizing CRISPR? Stories, practices, and politics of science and governance on the agricultural gene editing frontier«, in: Elementa: Science of the Anthropocene, 8. Jg., Nr. 4, S. 461.

Potthof, Christof (2018): »Keine Revolution auf dem Acker. Über mit klassischer Gentechnik veränderte Pflanzen und deren Eigenschaften«, https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/files/1808_GeN_bericht_klass_gentechnik.pdf (Zugriff: 07.06.2021).

Preston, Christopher J./Wickson, Fern (2016): »Broadening the lens for the governance of emerging technologies: Care ethics and agricultural biotechnology«, in: Technology in Society, 45. Jg., S. 48-57.

Qaim, Matin (2020): »Role of New Plant Breeding Technologies for Food Security and Sustainable Agricultural Development«, in: Applied Economic Perspectives and Policy, 42. Jg., Nr. 2, S. 129-150.

Rausch, Annette (2017): »Rote Gentechnologie. Krankheiten diagnostizieren und therapieren, Persönlichkeitsrechte schützen«, https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/bioethik/33747/rote-gentechnik (Zugriff: 07.06.2021).

Renn, Ortwin (2013): »Technikkonflikte«, in: Armin Grunwald (Hg.): Handbuch Technikethik, Berlin/Heidelberg: J.B. Metzler/Springer, S. 72-76.

Renn, Ortwin (2018): »Gentechnik in der öffentlichen Wahrnehmung«, in: Martin Korte/Boris Fehse/Ferdinand Hucho/Ortwin Renn/Günter Stock (Hg.): Die Gentechnologie in der Gesellschaft: von großen Versprechungen, hohen Erwartungen und Missverständnissen. Streitgespräch in der Wissenschaftlichen Sitzung der Versammlung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 1. Dezember 2017, Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S. 15-19.

Testbiotech (2020): »Why ›New GE‹ needs to be regulated. Frequently Asked Questions on ›New Genetic Engineering‹ and technical backgrounds for CRISPR & Co«, https://www.testbiotech.org/sites/default/files/Frequently_asked_questions_about_CRISPR_and_Co.pdf (Zugriff: 07.06.2021).

Then, Christoph (2019): »Neue Gentechnikverfahren und Pflanzenzucht. Patente-Kartell für große Konzerne«, in: Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, 2. Jg., S. 10-11.

Then, Christoph/Tippe, Ruth (2018): »Neue Gentechnikverfahren: zunehmende Monopolisierung von Landwirtschaft und Züchtung. Auswirkungen betreffen auch konventionelle Züchtung«, https://www.testbiotech.org/sites/default/files/Hintergrund%20Patente%20%26%20Genome%20Editing.pdf (Zugriff: 15.06.2021).

USRTK – U.S. Right to know (o.D.): »Roundup (Glyphosate) Cancer Cases: Key Documents & Analysis«, https://usrtk.org/de/monsanto-papers/ (Zugriff: 09.04.2021).

Körper und Reproduktion

Christa Wichterich

Aktuelle Konflikte über Körper

Durch die Covid-19-Pandemie haben die Diskurse zu Körperlichkeit und → Konflikte über Körper eine neue Aktualität gewonnen. Das Virus hat Körper, ihre Vulnerabilität und Endlichkeit in globalem Maßstab exponiert. Es läuft dem seit der westlichen Aufklärung verbreiteten Fortschrittsglauben an die Herrschaft der Vernunft in der Gesellschaft und über die → Natur zuwider und zeigt die Grenzen der Beherrschbarkeit von Leben, Körpern und Umwelt durch Wissenschaften, Technik und Algorithmen auf. Damit stellt es den Menschen als Subjekt seines Körpers in Frage wie auch die Körperverhältnisse und -politiken der Moderne.

Gleichzeitig hat die Pandemie den Körper erneut zum umkämpften Terrain gemacht. Während angesichts steigender Infektions- und Todeszahlen der gefühlte Kontrollverlust zunahm, forderte die Politik ein hohes Maß an Selbstdisziplinierung und Einschränkungen von Bewegungs- und Berührungsfreiheiten. Die Kontrolle über Körper durch restriktive Biopolitiken, das Gesundheitssystem und Big Data versus Souveränität und Autonomie der Einzelnen wurde zur öffentlich umstrittenen Demokratie- und Freiheitsfrage. Ein treibendes Motiv der Gegner*innen solch biopolitischer Regulierungen zum Schutz der Gemeinschaft und von Impfkampagnen ist die Abwehr von Überwachungs-, Steuerungs- und Enteignungsversuchen durch den Staat oder andere Herrschaftsregime. Während Covid-19 die Angewiesenheit der Körper aufeinander und soziale Abhängigkeiten deutlich macht, begründen etliche Kritiker*innen der Corona-Politik ihren Standpunkt mit einem individuellen Verfügungs- und Eigentumsrecht gegenüber dem Körper. Die Proteste, die sowohl verkörpert und sichtbar auf der Straße als auch im körperlosen digitalen Raum artikuliert werden, politisieren das Spannungsverhältnis zwischen Selbst- und Fremdbestimmung über individuelle Körper (Frei et al. 2021).

Mainstream Debatten und Praktiken

Im Alltagsverstand ist Körper gleich Natur, eben Fleisch und Blut. Der Mensch hat einen Körper und er ist ein Leib (Jäger 2004). Der gefühlte und gelebte Körper im Hier und Jetzt ist der Leib als subjektiv gespürter materieller Organismus (Schmitz 1998; Lindemann

2017). Die Körpersoziologie stellt das Verhältnis zum eigenen Körper und der Gesellschaft zum Körper ins Zentrum. Gesellschaft formt Körper und Körper formen Gesellschaft (Gugutzer 2015). Michel Foucault (1977) sieht Körper durch → Macht und → Wissen hervorgebracht. Pierre Bourdieu (1987) spricht von der Körperlichkeit des Sozialen.

Körper und Körperverhältnisse sind immer historisch und sozial machtförmig konstruiert und vergesellschaftet. Hegemonial ist in westlichen Gesellschaften die Unterstellung des Körpers als privates Eigentum, über das die Eigner*innen autonom verfügen und es auch als Ressource in-Wert-setzen (→ Inwertsetzung) können.

Seit der westlichen Aufklärung beruhen Körperverhältnisse als Teil → gesellschaftlicher Naturverhältnisse in Kulturen des Globalen Nordens im Unterschied zu nichtwestlichen Kulturen auf der Trennung von Körper und Geist, Physis und Psyche. Das Narrativ von der Herrschaft der Vernunft über Natur und Körper ist ein Konstituens der westlichen Zivilisation und folgt einer linearen Fortschrittslogik basierend auf modernen Wissenschaften und Technik. Genau diese Rationalität treibt auch den Wachstumsimperativ an, der kapitalistischer Produktionsweise und → Akkumulation inhärent ist.

Die entsprechenden Körperbilder gehen zum einen auf Herder zurück, der den menschlichen Organismus als Mängelwesen betrachtet, das durch das Vernunftwesen Mensch korrigiert, zivilisiert und kompensiert werden kann. Medikamentöse oder operative Eingriffe sollen biologische Prozesse wie Geburten, Erkrankungen und Alterung zu kalkulierbaren Risiken machen und reduzieren die körperliche Vulnerabilität im Lebenszyklus. Zum Zweiten legt das cartesianische Bild des Körpers als Maschine nahe, dass dessen Leistungs- und Funktionsfähigkeit manipuliert, gesteigert und auch repariert werden kann (Gugutzer 2013).

Körperwahrnehmungen auf Basis des Dualismus von Körper und Geist sind durch die Logik des *Othering* geschlechts- und klassenspezifisch, aber auch rassistisch und imperialistisch konnotiert, nämlich durch die Konstruktion von ›Anderen‹, die nicht oder weniger vernunftbegabt und stärker naturbestimmt und ›unzivilisiert‹ gelesen werden: Frauen im Vergleich zu Männern, Schwarze/›Natur‹menschen im Vergleich zu *Weißen*, Handarbeiter*innen im Vergleich zu Kopfarbeiter*innen (Villa 2017). Der Kolonialismus exportierte als eine Herrschaftstechnologie eigene Körperordnungen und -moral z.B. viktorianische Körpernormen und unterwarf ›andere‹ Körperverhältnisse als unzivilisiert und wild. In die Fremd- und Selbstwahrnehmung von Körpern in ihrer real existierenden Diversität sind so hierarchische Ordnungen, Machtverhältnisse und Wertschätzungen eingeschrieben.

Das *Othering* von Körpern manifestiert sich auch in dem bis heute hegemonialen malthusianischen Diskurs zur Reproduktion. Die Fruchtbarkeit der ›Anderen‹, der Armen, der Indigenen und der Menschen in anderen Kulturen und Religionen wird als Ursache für Armut und Umweltzerstörung gedeutet. In jüngster Vergangenheit wird das Narrativ von der ungezügelten Fortpflanzung der ›Anderen‹ von rechtspopulistischen Kräften für eine Ablehnung von Zuwanderung und der Körper von Geflüchteten und Migrant*innen strategisch genutzt. Die Furcht vor dem Kinderreichtum von Zugewanderten und einer wachsenden Zahl migrantischer Bevölkerungsgruppen, im rechten Jargon ›Überfremdung‹ genannt, machen Reproduktion und Kinderfrage zu einer Kernfrage völkischer Ordnung und nationaler Sicherheit.

Die Frage der Beherrschbarkeit und Gestaltung von Körpern steht im Zentrum des modernen individualisierten Körperbewusstseins und von Körperkult/-uren in westli-

chen Gesellschaften mit einem breiten, ambivalenten Spektrum von Körperpraktiken zwischen mechanisch-kybernetischen und organisch-fürsorglichen Körperverständnissen, zwischen technischer Zurichtung des Selbst und achtsamer Selbstsorge.

Die Bilder von Körpern als Handlungsinstrumente wurden lange von den Prozessen → Arbeit und Reproduktion dominiert. Arbeit als Vergesellschaftungsmodus kokonstruiert Körper im Stoffwechsel mit der Natur, z.B. Berufskörper mit spezifischen Weiblichkeits- und Männlichkeitsmustern. Die Arbeitskraft als Ensemble physischer und geistiger Fähigkeiten besitzt ein Mensch in seiner Leiblichkeit (Marx 1969: 181ff.). Lohnarbeit gemäß den Effizienz- und Produktivitätskriterien kapitalistischer Märkte richtet Körper als Ressource zur Verwertung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit zu, verlangt ihnen ständige Anpassung ab, beschädigt und zerstört sie.

Das Thema Arbeit trat in jüngster Zeit in der öffentlichen Körperwahrnehmung wie auch in der Körpersoziologie zurück gegenüber der Arbeit am eigenen Körper. Sie beherrscht Subjektkonstruktionen und Identitätspolitiken in digitalen Räumen. Die Grundannahme von risikominimierenden und selbstermächtigenden Körpermanipulationen wurde im Neoliberalismus von einer Möglichkeit zu einem Zwang zugespitzt (McRobbie 2010). Dabei ist die Formung und Verformung von Körpern von zwei Trends geprägt: zum einen von der kapitalistischen Landnahme von Körpern, zum Zweiten von der Responsibilisierung der Einzelnen auf dem Hintergrund der Politik angeblicher Sparzwänge. Gesundheit, Wellness und Schönheit sind Konsumgüter, die höchst profitable Industrien auf nationaler Ebene wie auch im Zuge von Medizin- und Wellnesstourismus im Globalen Süden anbieten.

Während Medizin- und Technikentwicklung und Genomforschung immer mehr die Illusion von der totalen qualitativen und quantitativen Planbarkeit von Leben, Körpern und Aussehen regen, nähren die entsprechenden Industrien neue Bedürfnisse und Modelle, die die Regulierung des eigenen Körpers vorantreiben, von gesunder Ernährung und Fitness bis zur robotergeleiteten Mobilität im Alter. Dabei wurde aus der einfachen Körperertüchtigung zunehmend Körperdesign als Selbsttechnologie und Anpassung an Statusmechanismen, Arbeitserfordernisse und Schönheitsideale.

In der Gestaltung des Körpers manifestieren sich einerseits individuelle Wahlfreiheiten in Bezug auf die Repräsentation des Selbst, andererseits gehört die Optimierung des eigenen Körpers in der neoliberalen Wettbewerbsgesellschaft zur Strategie der Selbstvermarktung. Es besteht ein konsumeristisches, warenförmiges Verhältnis zum eigenen Körper, in den investiert wird, um seinen Wert sowohl auf Erwerbs- als auch auf Liebes- und Sexualitätsmärkten zu erhöhen. Mit *Body Forming*, *Body Styling*, *Tatoos* und *Tuning* wird der eigene Körper entsprechend ästhetischer oder Leistungsidealen modelliert, vom Piercing über Botox und kosmetischer Chirurgie bis zur physischen oder pharmazeutischen Stimulierung der sportlichen und sexuellen Leistungsfähigkeit (Gugutzer 2013). Eine Tracking-Uhr am Handgelenk, die als Teil des körperlichen Selbst empfunden wird, vermisst und bewertet alle Aktivitäten und Anstrengungen in Diagrammen und Leistungskurven. Die Digitalisierung macht die lückenlose Selbstüberwachung des Körpers zum Sport und treibt permanent zum Selbst-Enhancement an (Rode/Stern 2017). Menstruations-Apps, die Informationen über Zyklen und Foren zur Diskussion individueller Bedürfnisse und hormoneller Beschwerden anbieten, sammeln Körperwissen und Daten über Stimmungen. Diese werden direkt an Facebook weitergeleitet und können dort von Unternehmen zwecks Werbung und auch von staatlichen Behörden abgegriffen werden, um Informationen über Frauenkörper und

Schwangerschaften zu gewinnen. Das zeigt einmal mehr die Ambivalenz digitaler ›Hilfsmittel‹ als Instrument zum Selbst-Empowerment, aber auch zur Steuerung und Überwachung durch Markt und Politik.

Die Diskriminierung von nicht idealtypischen Körpern, Menschen mit Beschränkung und alternden Körpern und die Mobilisierung eines positiven Körperbewusstseins gegen das *Body Shaming* sind zwei Seiten der Herstellung von funktionsfähigen Körpern, die beide kommerziell überformt sind. Die Diät-Industrie konstruiert einerseits die gesellschaftliche Ablehnung von Dicken mit, andererseits werden Kampagnen gegen *Body Shaming* von der Pflegeprodukt- und Textilindustrie genutzt.

Vorbilder und Trendsetter*innen sind dabei Influencer*innen, die sich als Werbekörper für Mode, Fitness und kosmetische Chirurgie »zwischen Selbstermächtigung und Selbstunterwerfung« (Villa 2008: 245) auf Instagram, YouTube und TikTok für Millionen Follower*innen präsentieren (Nyomen/Schmitt 2021). Eingebettet in einen neuen Jugendwahn und permanente Sexyness als angebliche Spaßkultur sind dort Körpermanipulationen wie Nasenkorrekturen, Brustvergrößerungen und intimchirurgische ›Korrekturen‹ Normalität. Obwohl in den digitalen Räumen die Präsenz queerer Körper zunahm, finden auch binäre konservative Körpermuster (Götz/Becker 2019) und *Hate Speech* zur Verunglimpfung von normabweichenden Körpern Verbreitung.

Kritische Perspektiven

Foucaults (1977) Konzept von Biopolitik und Biomacht fasst Körperverhältnisse im Sinne politischer Ökologie kritisch als Machtverhältnisse. Er analysierte, wie Macht, Diskurse und Wissen Körper und Bevölkerungsgruppen konstruieren und wie Kontrolle von außen durch Selbststeuerung von innen ersetzt wird. Individuen inkorporieren die Regulierung und Disziplinierung und verinnerlichen kulturelle, religiöse, marktförmige usw. Körpernormen, Schönheitsideale und Herrschaftsprinzipien. Im Neoliberalismus sind sie entsprechend bereit, sich selbst als Humankapital zu organisieren und zu optimieren.

Foucaults analytische Konzepte dekonstruieren Herrschaftsstrukturen und -strategien. Biopolitiken verwalten Körper und das Leben und Sterben von Bevölkerungen, vermittelt über Steuerung von Hygiene, Gesundheit, Fortpflanzung, Wohnen und Migration. Aktuelle biopolitische Themen sind der Zugang zu Impfstoffen, die Anerkennung geschlechtlicher Diversität, *racial profiling* und die Legalisierung von Sterbehilfe. Gesellschaftliche Institutionen wie der Staat, Religion, Familie, Schule, Medien und Märkte setzen Normen für Geschlecht, Sexualität, Alter, Hautfarbe, Ethnizität und ›Behinderung‹. Sie schreiben Körpern soziale, kulturelle und ästhetische Wertigkeiten und Hierarchien zu und prägen damit einerseits Subjektkonstruktionen und Individualitäten, wobei Bourdieu (2005) zuallererst die Geschlechtlichkeit des Körpers als bestimmend für Identität und Habitus sieht. Andererseits veranschaulicht die Inszenierung von Körpern, von sozialer Klasse, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Beruf und Herkunft gesellschaftliche hierarchische Ordnung (Villa 2007).

Biopolitik als Herrschaftstechnik von Überwachung und Strafe (Foucault 1989) manifestiert sich paradigmatisch in Bevölkerungskontrollpolitik als Fortpflanzungsregulierung. Sie wurde seit den 1970er Jahren zu einem zentralen Kritikfeld internationaler Frauenbewegungen, weil sie auf weibliche Sexualität und Gebärfähigkeit

zugreift und sie patriarchalen, geopolitischen und neoeugenischen Normen von erwünschten und unerwünschten Körpern unterwirft. Gegenüber dem Globalen Süden wurden neomalthusianisch legitimierte, antinatalistische Zwangsmaßnahmen durch Sterilisationen, Zwangsabtreibungen oder invasive Kontrazeptiva sexistisch, rassistisch, religiös und klassistisch diskriminierend angewendet. Im Globalen Norden sollten dagegen pronatalistische Strategien die Bestandsgröße *weißer* Bevölkerungen bewahren (Hummel 2000; Wichterich 2018a). Dazu gehört auch das Abtreibungsverbot durch den Supreme Court in den USA.

Der quantitativen und qualitativen Regulierung der Reproduktion setzten Feministinnen in den 1990er Jahren das Konzept reproduktiver und sexueller Rechte entgegen, das Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit, Freiheit von Gewalt und Freiheit der sexuellen Orientierung einschließt. Gegenüber diesem Rechtsansatz als gemeinsamem Horizont formulierten Schwarze US-Feministinnen mit einem anti-essentialistischen und anti-universalistischen Tenor das Konzept von Reproduktionsgerechtigkeit (Ross 2021). Es fokussiert auf bestehende Ungleichheiten in den Reproduktionsbedingungen und -kämpfen und auf Intersektionalität. Während Abtreibungsrechte in der zweiten westlichen Frauenbewegung zentral für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um weibliche Reproduktionsautonomie waren und dies derzeit in lateinamerikanischen Frauenbewegungen immer noch sind, wehren sich Schwarze, Indigene, arme, behinderte und andere ausgegrenzte Frauen gegen Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisierungen und insistieren auf ihr Recht aufs Kinderkriegen (Kitchen Politics 2021).

Der liberale Selbstbestimmungsansatz in Bevölkerungspolitiken wurde unter neoliberalen Politikvorzeichen in eine Eigenverantwortlichkeit der Einzelnen für ihre reproduktive Gesundheit und für eine vermeintlich nachhaltige Bevölkerungsentwicklung gewendet. Ein im Marktsinne rationales Fortpflanzungsverhalten, gekennzeichnet durch die Nutzung von Reproduktionstechnologie von der Pränataldiagnostik bis zum *social freezing* (Einfrieren von Eizellen im optimalen Reproduktionsalter für spätere Nutzung), überträgt das ökonomische Effizienzprinzip auf Körper und Reproduktion. Ein solch rationales Verhalten im Sinne von Körperbeherrschung und Selbstführung soll Individuen befähigen, optimal als *homo oeconomicus*, als verantwortliche und effiziente Marktsubjekte zu agieren (Bauriedl/Wichterich 2014).

Die Kritik an Bevölkerungskontrollpolitik fand seit den 1970er Jahren im Rahmen der damals neuen Disziplin der Frauenforschung statt. Sie wollten den Körper nicht den Naturwissenschaften überlassen und stellten patriarchale Verfügungsgewalt über weibliche Körper als persönliche und strukturelle Machtverhältnisse und ihre Naturalisierung ins Zentrum ihrer kritischen Analyse. Feministische Soziolog*innen brachten Körper in die Mainstream-Soziologie ein, die bis dahin soziales Handeln als weitgehend körperlos betrachtet hatte. Das knüpfte an den jahrhundertlangen Kampf von Frauenbewegungen gegen diskursive und physische Fremdbestimmung über Frauenkörper und gegen jede Diskriminierung oder Ausgrenzung auf Grund des Geschlechts an. Die Kritik reichte von der Sexualisierung, Pornographisierung und Instrumentalisierung von Frauenkörpern von Männern und für Männer in Alltagspraktiken und Sprechakten bis zur abstrakten Kunst, in der Frauenkörper gern als Musikinstrument, z.B. als Cello, dargestellt werden.

Mit Slogans wie »Mein Bauch gehört mir«, »Biologie ist kein Schicksal« und »*Our bodies. Ourselves*« (Boston Women's Health Book Collective 1973) kämpften feministi-

sche *Body Politics* gegen die patriarchale, demographische und marktförmige Kontrolle über Körper, Sexualität und Fortpflanzung, nutzten damit aber auch das bürgerliche Eigentumsprinzip für den eigenen Körper. Sie setzten körperliche Selbsterfahrung an den Anfang ihres Widerstands gegen die Medikalisierung und Hegemonieansprüche naturwissenschaftlichen Wissens und gegen »Rohstoffisierung«, nämlich die In-Wert-Setzung von Körpern als Ressource und die Zerstückelung von Körpern in weiterverwertbare Materialien (Villa 2013). Die Aneignung des eigenen Körpers wie auch Freiheit von sexualisierter Gewalt wurden als zentrales Emanzipationsprojekt definiert.

Es ist ein Ergebnis von Frauenkämpfen um körperliche Integrität, dass sexualisierte Gewalt (auch in der Ehe), Vergewaltigung als Mittel kriegerischer Eroberung und ›traditionell‹ begründete körperliche Übergriffe wie Genitalverstümmelung oder auch ›Ehrenmorde‹ zunehmend als Menschenrechtsverletzung und Strafbestand im internationalen und nationalen Recht benannt werden.

Perspektive Feministischer Politischer Ökologie

Der Körper ist ein Dreh- und Angelpunkt feministischer Ökologiekonzepte. Der weibliche Körper als Leben produzierende Kraft war der zentrale Referenzpunkt für den Ökofeminismus der 1980er Jahre (→ Feministische Politische Ökologie). Er behauptete eine besondere Naturnähe von Frauen im Rahmen der Verwobenheit allen Lebens. Ausgehend von der Hierarchisierung und dem Dualismus von Frau/Gefühl/Natur versus Mann/Vernunft/Kultur in westlichen Philosophien und Wissenschaften stellten ökofeministische Ansätze eine Analogie zwischen der Unterwerfung von Natur und Frauenkörpern her. So wie die Natur gewaltförmig durch die experimentelle Naturwissenschaft zerlegt wurde, um ihre Geheimnisse preiszugeben, sollten Inquisition und Folter das geheime Wissen von Hexen verfügbar machen. Sie arbeiteten als Heilerinnen, Hebammen und Kräuterkundige und ihr Erfahrungswissen über den Körper galt als weibliche Magie, die sich Rationalisierungs- und Privatisierungsversuchen widersetzte (Merchant 2020). Silvia Federici betrachtet die Unterwerfung und Ausschaltung der durch Wissen und eigenwillige Geschäfte ökonomisch handlungsmächtigen Frauen als Teil der ursprünglichen Akkumulation im Frühkapitalismus und als Voraussetzung für den Aufbau einer neuen Arbeitsmoral und der Industrie als neuem Produktionsmodus (Federici 2012).

Körper machen die Gleichursprünglichkeit von Natur und Kultur, das heißt die Konstruktion gesellschaftlicher Körperverhältnisse durch Geschlecht, Alter, Ethnizität etc. unmittelbar erfahrbar (Haraway 2003). Interdependenz und Interaktion verschiedener sozialer und natürlicher Umwelten werden im Körper als untrennbar ge- und erlebt (Harcourt 2009), wobei Körper sich in vielfach vermachteten Räumen bewegen.

Feministische Wissenschaftler*innen zielten zuallererst auf eine Überwindung des Dualismus von Körper und Geist, Natur und Kultur. In Bezug auf die Selbstbestimmungsforderungen von Frauen warnen sie jedoch vor dem unauflösbaren Dilemma von antipatriarchaler Autonomie und dem Denken des Körpers als Rohstoff und Privateigentum (Mies 1992; Villa 2007; Duden 2010). Tatsächlich konvergieren feministisch-emanzipatorische und neoliberale Ziele marktkonform in Körperinszenierungen (Fraser 2009), wie sie exemplarisch im Popfeminismus z.B. von Beyoncé mit nackter Haut als Trend vermarktet wurden.

Judith Butler (1991, 1995: 317) hat mit ihrem Theorem der sozio-kulturellen Konstruktion des biologischen Geschlechts und von Körpern durch Sprechakte wie »Es ist ein Mädchen« und durch Performanz ein neues diskursives Kapitel über Körperverhältnisse und -praktiken eingeläutet. Butlers Konstruktivismus befreit Subjekte aus dem Korsett der ›natürlichen‹ Zweigeschlechtlichkeit, stellt aber Materialität und Vulnerabilität von Körpern nicht grundsätzlich in Frage. Gleichwohl hat Barbara Duden ihr Entkörperung durch die diskursive Herstellung der »Frau ohne Unterleib« vorgeworfen (Duden 1993). Dagegen fokussieren Vertreter*innen des Neuen Materialismus auf die aktive und wirkmächtige → Materialität von Körpern und Natur. Dabei steht das menschliche Subjekt nicht mehr notwendig im Zentrum, sondern menschliche und nicht-menschliche Körper interagieren. → Queer Ecologies knüpfen sowohl an poststrukturalistische als auch an neomaterialistische Ansätze an und hinterfragen die vorgebliche Natürlichkeit der biologischen Reproduktion im Kontext von Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität (Bauhardt 2012).

Auf diesem Hintergrund betont Feministische Politische Ökologie die notwendige zeit- und raumdiagnostische Kontextualisierung und Intersektionalität von Körperverhältnissen und wendet sich gegen den ökofeministischen Essentialismus. Eine Feministische Politische Ökologie des Körpers stellt das Verhältnis von menschlicher Natur und sozialer Konstruktion ins Zentrum und betrachtet Geschlecht als eine relationale Kategorie von Ungleichheit vor allem in Bezug auf Arbeit, Wissen, Rechte und Verantwortlichkeiten sowie auf Kämpfe (Hackfort 2014). Das bedeutet, dass in Krisensituationen wie Klimawandel oder der Covid-19-Pandemie ungleiche Bedingungen für die Betroffenheit von Körpern und Bevölkerungsgruppen bestehen und sie nicht gleich verwundbar sind. Genau das thematisieren auch das Paradigma der Reproduktionsgerechtigkeit, die *Black Life Matters*-Bewegung (in Indien analog *Dalit Life Matters*) und das Konzept des Körper-Territoriums lateinamerikanischer Feministinnen. Diese herrschaftskritischen Perspektiven wollen Wissenssysteme → dekolonisieren und Gewaltförmigkeit und Machtverhältnisse über weibliche, Schwarze, Indigene und sozial unterprivilegierte Körper politisieren.

Ein Forschungsfeld von Feministischer Politischer Ökonomie und Ökologie ist auch die transnationale Bioökonomie. Im ökonomischen Windschatten von Geburtenkontrolle, Kinderwunsch, Unfruchtbarkeit und Optimierung der Körper entstanden reproduktionspharmazeutische und -medizinische Märkte, die Körpersubstanzen und -prozesse in Wert setzen (Lettow 2012). Diese Kommodifizierung von Bioressourcen und körperlichen Prozessen stellt eine Landnahme von Körpern als bisher privaten, außermarktlichen Bereich dar. Abspaltung von Körpermaterial und Taylorisierung von Körperprozessen ermöglichen transnationale Wertschöpfungsketten für die Zulieferung notwendiger Ressourcen. Seit der Geburt des ersten in-vitro-fertilisierten Babys 1978 entstand eine globale Reproduktionsindustrie bis hin zur Leihmutterschaft, um die ungewollte Kinderlosigkeit von heterosexuellen Paaren, von homosexuellen und als ›genetisch riskant‹ definierten Menschen zu überwinden (Sama 2012). Sie reklamieren vor dem Hintergrund der medizintechnischen Machbarkeit von Befruchtung, Körpern und neuem Leben ein Recht auf ein genetisch eigenes und ein gesundes Kind und betrachten die Reproduktionstechnologie als Instrument der Selbstermächtigung (Wichterich 2018b).

Fazit

Körper und Gesundheit haben als Thema Politischer Ökologie durch Covid-19 Konjunktur, während in den sozialen Medien Körper erneut fetischisiert werden. Doch die Pandemie wie auch der Klimawandel oder soziale Gewalt betreffen und verletzen Körper nicht gleich. In den USA und England waren *People of Colour* infolge rassistischer Strukturen überproportional häufig von Infektionen und Tod durch Covid-19 betroffen[1]. Dies wurde von der *Black Life Matters*-Bewegung als Verletzung körperlicher Integrität und Identität durch rassistische, physische und strukturelle Gewalt skandalisiert (Taylor 2016).

Außerdem sind gesellschaftliche Körperdiskurse in der jüngeren Vergangenheit durch eine Vielzahl von körperbasierten Identitätspolitiken dynamisiert worden, die die Natur des Körpers im Sinne Butlers aus geschlechterdiverser Perspektive hinterfragen. Die von Frauenbewegungen erstrittenen Körperrechte und das Postulat der Selbstbestimmung werden durch die Identitätspolitiken von LGBTQI[2]-Personen weiterentwickelt, die sich einer binären Geschlechterordnung verweigern und sich homo- und transphobischer Diskriminierung und Gewalt widersetzen. Auch ›Krüppel‹-Organisationen wehren sich gegen Ausgrenzung und Vernichtung durch pränatale Diagnostik und körperliche Zuschreibungen (Achtelik 2015).

Gleichzeitig setzen transnationale Protestkampagnen gegen sexualisierte Gewalt und Femizide wie *Ni una menos* und Hashtags wie *#MeToo* verletzbare und verletzte Frauenkörper erneut auf die öffentliche Agenda der Straßen und sozialen Medien. Der Tanz von *One billion rising*, die Nacktheit von *femen* oder die Proteste gegen die Opfer-Täter-Verkehrung durch *Slut walks* führen den Kampf gegen sexistische Herrschaft über Frauenkörper fort und erhöhen die Sichtbarkeit und die Eigenwilligkeit feministischer *Body Politics*. Die Körpersprache dieser Bewegungen wie auch von *Black life matters* betont Körper als Subjekt von Widerstand gegen Zurichtung, Ausbeutung und Gewalt (Schmincke 2017). Dass dadurch mit Körpern Gegenmacht aufgebaut wird, zeigt eindrücklich die in Chile 2019 entstandene kraftvolle anti-patriarchale Performance ›Un violador en tu camino‹.[3]

Unter die Haut oder gar im Gehirn implantierte Elektroden, Transgenderchirurgie und robotische Prothesen markieren eine neue Stufe der Eingriffe in Körper, durch die gefühlt eine gen- und medizintechnisch oder durch künstliche Intelligenz hergestellte zweite Natur entsteht. Das bedeutet erneut einen Sprung in der Herrschaft des Menschen über die eigene, körperliche Natur, ein Sieg des Geistes über den Körper, während zeitgleich die vermeintlich entkörperte Digitalisierung voranschreitet.

Zusätzlich bleibt Covid-19 eine Zäsur im herrschaftlichen Natur- und Körperverhältnis der Moderne, die die Verletzlichkeit von Körpern schmerzlich beweist. Das Virus hat dramatisch gezeigt, dass menschliches Leben und Körper in Vielfach-Abhängigkeiten von der Umwelt und von sozialen Zusammenhängen eingehegt und auf Gesellschaftlichkeit und Konvivialität mit der Natur angewiesen sind (Hark 2020).

---

1 www.ncpolicywatch.com/2020/05/29/people-of-color-want-freedom-from-infection-freedom-from-death/

2 LGBTQI ist eine Abkürzung für die englischen Begriffe Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer und Intersex.

3 https://www.youtube.com/watch?v=mjhGYeKHkbQ

Literatur

Achtelik, Kirsten (2015): Selbstbestimmte Norm. Feminismus, Pränataldiagnostik, Abtreibung, Berlin: Verbrecher Verlag.

Bauhardt, Christine (2012): »Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse«, https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/Bauhardtfemoekonomie/Bauhardt.pdf (Zugriff: 22.06.2021).

Bauriedl, Sybille/Wichterich, Christa (2014): Ökonomisierung von Natur, Raum, Körper. Feministische Perspektiven auf sozial-ökologische Transformationen, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Boston Women's Health Book Collective (1973): Our Bodies, Ourselves. A book by and for Women, New York: Simon & Schuster.

Bourdieu, Pierre (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (2005): Die männliche Herrschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Butler, Judith (1995): Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Duden, Barbara (1993): »Die Frau ohne Unterleib. Zu Judith Butlers Entkörperung«, in: Feministische Studien, 11. Jg., Nr. 2, S. 24-33.

Duden, Barbara (2010): »Frauen-›Körper‹. Erfahrung und Diskurs (1970-2004)«, in: Ruth Becker/Beate Kortendieck (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 601-615.

Federici, Silvia (2012): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation, Wien: Mandelbaum Verlag.

Frei, Nadine/Schäfer, Robert/Nachtwey, Oliver (2021): »Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine soziologische Annäherung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 34. Jg., Nr. 2, S. 249-258.

Foucault, Michel (1977): Der Wille zum Wissen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1989): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Fraser, Nancy (2009): »Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8, S. 43-57.

Götz, Maya/Becker, Josephine (2019): »Das »zufällig« überkreuzte Bein. Selbstinszenierungsmuster von Influencerinnen auf Instagram«, https://www.br-online.de/jugend/izi/deutsch/publikation/televizion/Digital/Goetz_Becker-Ueberkreuztes_Bein.pdf (Zugriff: 21.06.2021).

Gugutzer, Robert (2013): Der Kult um den Körper. Idealtypische Körperpraktiken der Selbstoptimierung, in: Erwachsenenbildung 59. Jg, Nr. 2, S. 67-70.

Gugutzer, Robert (2015): Soziologie des Körpers, 5. Aufl., Bielefeld: transcript.

Hackfort, Sarah (2014): »Für eine Feministische Politische Ökologie des Klimawandels – Überlegungen zu einer erweiterten Analyseperspektive auf Geschlecht und Anpassung«, in: PROKLA 174, 44. Jg., Nr. 1, S. 93-110.

Haraway, Donna (2003): »The Companion Species Manifesto: Dogs, People and Significant Otherness«, http://xenopraxis.net/readings/haraway_companion.pdf (Zugriff: 21.06.2021).

Harcourt, Wendy (2009): Body Politics in Development. Critical Debates in Gender and Development, London/New York: ZED.
Hark, Sabine (2020): »Die Netzwerke des Lebens«, https://www.fr.de/wissen/netzwerke-lebens-13640296.html (Zugriff: 24.06.2021).
Hummel, Diana (2000): Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Jäger, Ulle (2004): Der Körper, der Leib und die Soziologie. Entwurf einer Theorie der Inkorporierung, Königstein: Ulrike Helmer Verlag.
Kitchen Politics (Hg.) (2021): Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für Reproduktive Gerechtigkeit, Berlin: edition assemblage
Lettow, Susanne (Hg.) (2012): Bioökonomie. Die Lebenswissenschaften und die Bewirtschaftung der Körper, Bielefeld: transcript.
Lindemann, Gesa (2017): »Leiblichkeit und Körper«, in: Robert Gugutzer/Gabriele Klein/Michael Meuser (Hg.): Handbuch Körpersoziologie, Wiesbaden: Springer VS, S. 57-66.
Marx, Karl (1969): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. MEW 23, Erster Band, Berlin: Dietz Verlag.
McRobbie, Angela (2010): Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Merchant, Carolyn (2020): Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaften, München: oekom Verlag.
Mies, Maria (1992): Wider die Industrialisierung des Lebens. Eine feministische Kritik der Gen- und Reproduktionstechnik, Pfaffenweiler: Centaurus Verlag.
Nyoemen, Ole/Schmitt, Wolfgang (2021): Influencer. Die Ideologie der Werbekörper, Berlin: Suhrkamp.
Rode, Daniel/Stern, Martin (2017): »›Oh Shit, die Uhr‹ – Zur körperlichen Dynamik des Self-Tracker-Werdens«, https://www.researchgate.net/profile/Daniel-Rode/publication/322700719_Oh_Shit_die_Uhr_-_Zur_korperlichen_Dynamik_des_Self-Tracker-Werdens/links/5a6a0d6ea6fdccf88497c28a/Oh-Shit-die-Uhr-Zur-koerperlichen-Dynamik-des-Self-Tracker-Werdens.pdf (Zugriff: 23.06.2021).
Ross, Loretta (2021): »Reproductive Justice. Ein Rahmen für eine anti-essentialistische und intersektionale Politik«, in: Kitchen Politics (Hg.): Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für Reproduktive Gerechtigkeit, Berlin: edition assemblage, S. 17-61.
Sama (2012): Birthing a Market. A Study on Commercial Surrogacy, New Delhi: Impulsive Creations.
Schmincke, Imke (2017): »Soziale Bewegungen«, in: Robert Gugutzer/Gabriele Klein/Michael Meuser (Hg.): Handbuch Körpersoziologie, Wiesbaden: Springer VS, S. 245-257.
Schmitz, Hermann (1998): Der Leib, der Raum und die Gefühle, Stuttgart: Edition Tertium.
Taylor, Keeanga-Yamahtta (2016): From #Blacklivesmatter to Black Liberation, Chicago: Haymarket.
Villa, Paula-Irene (2007): »Der Körper als kulturelle Inszenierung und Statussymbol«, https://www.bpb.de/apuz/30508/der-koerper-als-kulturelle-inszenierung-und-statussymbol (Zugriff: 21.06.2021).
Villa, Paula-Irene (2008): »Habe den Mut, Dich Deines Körpers zu bedienen! Thesen zur Körperarbeit in der Gegenwart zwischen Selbstermächtigung und Selbst-

unterwerfung«, in: Dies. (Hg.): schön normal. Manipulationen am Körper als Technologien des Selbst, Bielefeld: transcript, S. 245-273.
Villa, Paula-Irene (2013): »Rohstoffisierung. Zur De-Ontologisierung des Geschlechtskörpers«, in: Rene Kohn/Jana Rückert-John/Elena Esposito (Hg.): Ontologien der Moderne, Wiesbaden: Springer VS, S. 225-241
Villa, Paula-Irene (2017): »Feministische Theorie«, in: Robert Gugutzer/Gabriele Klein/Michael Meuser (Hg.): Handbuch Körpersoziologie, Band 1, Wiesbaden: Springer VS, S. 205-221.
Wichterich, Christa (2018a): »Kinderkriegen zwischen Bevölkerungspolitik, Reproduktionsindustrie und Rechten«, in: Ilker Ataç/Albert Kraler/Wolfram Schaffar/Aram Ziai (Hg.): Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung, Band 18, Wien: Mandelbaum Verlag, S. 364-385.
Wichterich, Christa (2018b): »Zur transnationalen Rekonfiguration von (Re-)Produktion durch Leihmutterschaft. Biopolitiken, Reproduktionsindustrie und Subjektweisen«, in: Katharina Pühl/Birgit Sauer (Hg.): Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queer-feministische Positionen, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 93-113.

Land Grabbing in der Ukraine

Christina Plank

Land hat seit den 2000er Jahren weltweit zunehmend an Bedeutung gewonnen. Vor allem seit der Wirtschafts-, Finanz- und Nahrungsmittelkrise 2007 ist eine enorm gestiegene Nachfrage nach Land zu beobachten. Wenngleich Grund und Boden bereits zu Kolonialzeiten eine begehrte natürliche Ressource darstellten, fanden Landnahmen in den letzten zwei Jahrzehnten im verstärkten Ausmaß und mit höherer Geschwindigkeit statt. So hat die Monitoring Plattform *Land Matrix* (2021) seit dem Jahr 2000 weltweit Landgeschäfte, die insgesamt über 98 Millionen Hektar umfassen, registriert.

Der Zugang zu, die Verteilung von und die Kontrolle über Land sind eines der ältesten Themen der angloamerikanischen Debatte der Politischen Ökologie, die soziale Ungleichheiten in den Mittelpunkt der Analyse stellt (Flemming et al. 2015). Gewinner*innen und Verlierer*innen in der Analyse von Landverhältnissen werden darüber hinaus auch in der agrarischen Politischen Ökonomie beleuchtet. Henry Bernstein schlägt dafür eine Untersuchung anhand folgender Fragen vor: »(i) wer besitzt was, (ii) wer macht was, (iii) wer bekommt was und (iv) was machen sie mit dem geschaffenen Überschussvermögen?« (Bernstein 2010: 22f., eigene Übersetzung). Im Anschluss daran formuliert Jun Borras gemeinsam mit Kolleg*innen im Speziellen für die Analyse von Land Grabbing folgende Ergänzungen und hebt so neben Klassenverhältnissen auch explizit die ökologische Dimension hervor: »(v) wie gehen sie [soziale Gruppen und Klassen] miteinander um, und (vi) wie werden politische Veränderungen durch dynamische Ökologien gestaltet und vice versa?« (Borras et al. 2011: 211, eigene Übersetzung).

Der Begriff Land Grabbing wurde 2008 von der Nichtregierungsorganisation GRAIN geprägt. Mit ihm wird hervorgehoben, dass Landnahmen mit sozial-ökologischen Konsequenzen verbunden und hiervon insbesondere Kleinbäuer*innen und Indigene betroffen sind. Sie werden oftmals von ihrem Lebensraum vertrieben und ihre Lebensgrundlage wird zerstört (Anseeuw et al. 2012). Indem Land Grabbing auf diese sozial-ökologischen Ungleichheiten verweist, unterscheidet er sich von dem Begriff der *large-scale land acquisitions*, des großflächigen Landerwerbs, wie ihn beispielsweise die Weltbank (Deininger/Byerlee 2011) verwendet, um vermeintlich neutrale Landnahmeprozesse zu analysieren (Hofmann/Ho 2012).

Verschiedene Gründe treiben Land Grabbing voran. Dazu zählen die Kontrolle des gesamten landwirtschaftlichen Produktionssystems wie auch der Anbau von sogenannten *flex crops* (Borras et al. 2016), das heißt von Getreide und Ölsaaten, die für verschiedene Zwecke, als Agrartreibstoffe, in der Kosmetik oder auch der Nahrungsmittelindustrie eingesetzt werden. Ein weiterer Grund ist, dass Land ein neues lukratives

Anlage- und Spekulationsfeld für Finanzmarktakteure darstellt (Fairbairn 2014). Darüber hinaus wird Land zunehmend für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen angeeignet. Indem es beispielsweise für den Anbau von Agrartreibstoffen oder für Wälder als Kohlenstoffspeicher verwendet wird, wird Land in Wert gesetzt, um → Natur oder konkret Klima und → Biodiversität vermeintlich zu schützen, was unter dem Begriff *Green Grabbing* verhandelt wird (Fairhead et al. 2012). Schließlich spielt Land auch eine wichtige Ressource für Tourismus und den Abbau von → Rohstoffen (Plank/Plank 2013).

Wichtige → Akteure in Land Grabbing Prozessen sind Nationalstaaten, Agrarunternehmen sowie private und institutionelle Investor*innen. Sie kommen vor allem aus den Industrie- und Schwellenländern und sichern sich mittels langfristiger Pacht- oder Kaufverträge große Agrarflächen. Land Grabbing ist jedoch ein Phänomen, das, obwohl Länder des Globalen Südens verstärkt davon betroffen sind (vgl. z.B. Engels/Dietz 2011 zu Äthiopien), nicht nur im Globalen Süden, sondern auch im Globalen Norden stattfindet und sich dort oftmals durch Landkonzentrationsprozesse äußert (van der Ploeg et al. 2015). Auch ist zu beobachten, dass Länder des Globalen Südens, hier vor allem Schwellenländer wie Brasilien, zunehmend als Investor*innen in anderen Ländern des Globalen Südens aktiv werden (Ferrando 2012; Huber 2017). Land Grabbing vollzieht sich demnach immer historisch und regionsspezifisch und dies gilt es aus einer politisch-ökologischen Perspektive zu berücksichtigen (Köhler/Wissen 2010).

Vor diesem Hintergrund gehe ich im Folgenden auf einen Fall von *Micro Land Grabbing* in der Ukraine ein und erläutere, wie dieser in die weiteren Land Grabbing Prozesse des Landes eingebettet ist. Unter *Micro Land Grabbing* wird verstanden, dass neben internationalen Unternehmen auch regionale und nationale Akteure die Inwertsetzung von Land vorantreiben (Universität Innsbruck 2021). Das Beispiel veranschaulicht dies anhand eines postsozialistischen Landes der ehemaligen Sowjetunion, dem auf Grund seiner fruchtbaren Schwarzerde in den letzten beiden Jahrzehnten zunehmend Interesse zuteilwurde. Dabei sind die postsozialistischen Transformationsprozesse[1] von Bedeutung, die die formalen wie auch informellen Auseinandersetzungen um Land beeinflussen.

Micro Land Grabbing in Schewtschenkowe

In dem ukrainischen Dorf Schewtschenkowe eignete sich im Jahr 2016 ein Mitarbeiter der Agroholding AgroGeneration 46 Landtitel von Dorfbewohner*innen an und akkumulierte so an die 100 Hektar Land. Schewtschenkowe hat rund 850 Einwohner*innen und liegt im Schwarzerdegebiet, in der Nähe von Charkiw im Osten der Ukraine. Die Landtitel, die den Bewohner*innen ihre Eigentumsrechte von im Schnitt zwei Hektar für den Eigengebrauch bescheinigen sollten, wurden während der postsozialistischen Transformation an diese verteilt. Im Zuge des *Micro Land Grabbing* Prozesses wurden sie jedoch Jahre später als staatliches Land ausgewiesen, um im Anschluss vom Agroholding-Mitarbeiter aufgekauft zu werden, der über das nötige Kapital, Wissen und die Kontakte zu den staatlichen Behörden verfügte, um die Transaktionen durchzuführen (Amosov 2021).

1 Unter Transformation wird in den Osteuropastudien der Wechsel von dem sozialistischen System hin zu Demokratie und Kapitalismus verstanden, der mit dem Ende der ›zweiten Welt‹ einsetzte (Kollmorgen 2015).

Wenngleich die Größe der oben genannten Landaneignung vor allem für den ukrainischen Kontext gering ist – die größten Agroholdings kontrollieren über 500.000 Hektar (Latifundist o.J.) –, verdeutlicht das Beispiel, wie Land Grabbing im postsozialistischen Land betrieben wird. Die Undurchsichtigkeit offizieller Prozesse, Schattenwirtschaft, vermeintlich unzureichend zertifizierte Dokumente oder Eigentumsrechte sind bezeichnend für die Inanspruchnahme von Land, die mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Entstehung des ukrainischen Nationalstaats begann und bis heute andauert (Plank/Plank 2014; Amosov 2019). Folgen davon sind Landkonzentrationsprozesse, wodurch heute ca. 30 Prozent Land von den 85 größten vertikal und horizontal integrierten Agroholdings kontrolliert werden. Horizontal meint hierbei die Integration mehrerer Unternehmen. Vertikal bezieht sich darauf, dass die Agroholdings nicht nur den Boden, sondern die gesamte landwirtschaftliche Wertschöpfungskette dominieren (Gagalyuk et al. 2020). Diese Praktik der Produktivitätssteigerung durch individuelle Landrechte folgt der Modernisierungstheorie. Sie ist als theoretische Perspektive im Mainstream vorherrschend. Sie wird im Folgenden skizziert und wird im Anschluss aus politisch-ökologischer Perspektive kritisiert bzw. werden deren Mängel aufgedeckt.

Modernisierungstheoretische Perspektive: Produktivitätssteigerung durch individuelle Landrechte

Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung können die Agroholdings die brach liegenden Flächen, die durch den Zerfall der Sowjetunion nicht mehr genutzt wurden, wieder in die Produktion bringen. Die postsozialistische Ukraine profitiert von deren Tätigkeiten und im Gegensatz zu Ländern des Globalen Südens sind weder Ernährungssicherheit noch das ökologische Gleichgewicht, anders als beispielsweise durch die Abholzung von Regenwäldern, in Gefahr. Denn schließlich werden in Ländern wie der Ukraine, aber auch Russland oder Kasachstan bereits bewirtschaftete Flächen lediglich wieder in Betrieb genommen. Agroholdings können auf Grund der Skaleneffekte die Flächen produktiv bearbeiten und auf diese Weise Getreide und Ölsaaten für den Weltmarkt produzieren, um so zur Ernährung der Weltbevölkerung beizutragen (FAO/EBRD 2008). Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die Privatisierung von Land und die damit verbundene Verteilung von individuellen Eigentumsrechten den Zugang zu Land und die Produktivität steigert. Zu den Grundannahmen dieser sogenannten Modernisierungstheorie gehört, dass Entwicklungsprobleme von Ländern, die unter unzureichender Produktivität und fehlendem technologischem Fortschritt leiden, so entgegengetreten werden kann. Die Erstellung von Katastern und die damit verbundene Vergabe individueller Eigentumstitel fördere die Marktintegration. Dadurch nehmen nicht nur → Konflikte um Land ab, sondern auch der Zugang zu Krediten werde überhaupt erst ermöglicht. Dies wiederum stelle den Grundstein für unternehmerisches Handeln – das Land gehe an die Person, die es am effizientesten bewirtschaften kann; die Finanzierung von notwendigen Investitionen sei dadurch gesichert und fördere so ökonomisches → Wachstum und damit auch die Reduktion von Armut (Kurylo et al. 2020; kritisch dazu: de Soto 2000; Loehr 2012).

Der Weltagrarbericht (o.J.) kritisiert hingegen, dass diesem modernisierungstheoretischen Ansatz ein teleologischer Entwicklungsbegriff zugrunde liegt, der besagt, dass es erstrebenswert und ›natürlich‹ sei, die Landwirtschaft zu industrialisieren; das heißt die Mechanisierung und den Einsatz von Kunstdünger zu stärken und gleichzeitig die Arbeitskraft der Menschen (→ Kämpfe um (Lohn-)Arbeit) in diesem Sektor zu reduzieren.

Politisch-ökologische Perspektive auf Land bzw. Land Grabbing

Aus politisch-ökologischer Perspektive ist die Konzentration von Land in den letzten 20 Jahren als Ergebnis des postsozialistischen Transformationsprozesses in der Ukraine zu analysieren (siehe 4.1.). Diese Perspektive steht in der Bewertung der Ursachen und Folgen im Kontrast zur Modernisierungstheorie und problematisiert vor allem auch deren ökologische Implikationen sowie soziale Ungleichheit. Dabei stehen Akteure, Prozesse und Fragen von → Widerstand im Zentrum der Analyse.

Mit Beginn der 2000er Jahre kann in der Ukraine ein zunehmend → finanzialisierter Inwertsetzungsprozess von Land beobachtet werden. Land und dessen Funktion als Ware anstelle von Gemeingut wird dabei in den Vordergrund gestellt. Nicht die kollektive Bewirtschaftung, sondern die Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt ist das Ziel bei der Schaffung und Öffnung des Landmarktes in der Ukraine. Mit Hilfe des Konzepts der Akkumulation durch Enteignung von David Harvey (2003) kann für dieses Länderbeispiel außerdem gezeigt werden, wie unter dem Deckmantel des Fortschritts und der Modernisierung Land nicht nur mittels struktureller Gewalt, sondern auch durch den Markt angeeignet wird. Eigentumsrechte werden durch den Staat geschaffen und die dominanten Akteure sicherten sich beispielsweise bereits vor der Öffnung des Landmarktes Vorkaufsrechte an Land.

Harveys Konzept beruht auf Karl Marx' Begriff der sogenannten → ursprünglichen Akkumulation. Marx erläuterte damit die Einhegungsprozesse von Land im frühkapitalistischen England ab dem 16. Jahrhundert, also die Trennung der Bäuer*innen von Land, der Produzent*innen von den Produktionsmitteln (MEW 23 1968). Im Gegensatz zur Konzeptualisierung von Marx, der dies als einmaligen Prozess zur Etablierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse sieht, hebt Harvey (2003) hervor, dass es sich hierbei um einen unabgeschlossenen, wiederkehrenden Prozess handelt.

Akkumulation durch Enteignung ist immer mit dem Staat verbunden, der die kapitalistische Produktionsweise absichert. Die theoretische Perspektive, die die ukrainische Oligarchie als innere Bourgeoisie fasst, beruht auf dem Verständnis, den → Staat als soziales Verhältnis bzw. als eine umkämpfte Arena zu analysieren und erlaubt so soziale Kräfteverhältnisse in den Blick zu nehmen. Der Begriff der oligarchischen Staatlichkeit (Plank 2017) veranschaulicht, wie Oligarchen direkt Zugriff auf die Staatsapparate haben und damit Land Grabbing großflächig in der Ukraine vorantreiben. Das Verständnis der inneren Bourgeoisie zeigt die Verwobenheit von internen und externen Akteuren im Nationalstaat. Damit kann verdeutlicht werden, dass auch ausländische, externe Kräfte über Interessen und Strategien verfügen und versuchen, diese über Interiorisierungsprozesse – also das Wirken von externen auf interne Kräfte – durchzusetzen und Macht auszuüben. So nimmt die Ukraine mit zunehmender West-Ausrichtung Kurs in Richtung agrarischen → Ressourcenextraktivismus auf.

Landkonzentration durch Agroholdings im Postsozialismus

Die Konzentrationsprozesse in der Ukraine bauen auf den historischen Entwicklungen von Land und Landwirtschaft in der Sowjetunion auf. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die Landwirtschaft kollektiviert, das heißt, das Land wurde enteignet und in staatliche und kollektive landwirtschaftliche Großbetriebe, den sogenannten Sowchosen und Kolchosen, konzentriert, in denen die Landbevölkerung als Arbeiter*innen beschäftigt wurde. Einher mit dem Wechsel von einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft hin zu den Großbetrieben kam es zu einer Intensivierung der Landwirtschaft. Diese zog auch ökologische Konsequenzen nach sich, die sich unter anderem in einer verstärkten Bodendegradation äußerten (Amosov 2019; Maruniak et al. 2021).

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde das fruchtbare Schwarzerde Land in den 1990er Jahren in einer ersten Phase zunächst auf die Arbeiter*innen der staatlichen und kollektiven Betriebe mit durchschnittlich vier Hektar pro Person aufgeteilt. Dieser Prozess jedoch verlief zunächst nur auf dem Papier, die Flächen am Acker selbst wurden oftmals nicht verteilt. Hinzu traten mangelnde technische wie auch finanzielle Unterstützung durch den Staat, weshalb viele der neuen Anteilseigner*innen das Land nicht selbst bewirtschaften konnten und es daher weiter verpachteten. Dies führte trotz eines Moratoriums, das 2001 erstmals in Kraft trat und den Kauf und Verkauf von Land verbot, zur Konzentration von Land über Pacht wie auch zu intransparenten Landtransaktionsprozessen (Plank/Plank 2014).

Zu Beginn der 2000er Jahre gewannen nationale wie auch internationale Akteure verstärkt Interesse am ukrainischen Boden. Die ukrainische Oligarchie, die als Finanz-Industrie-Gruppen aufgeteilt in verschiedene regionale Clans das Land politisch wie auch wirtschaftlich regiert, ist für die Landkonzentrationsprozesse von besonderer Bedeutung. Sie diversifiziert über die Kontrolle der Agroholdings ihr Geschäftsportfolio. Als innere Bourgeoisie ist sie eng verbunden mit internationalem Finanzkapital, konkret mit Investment- und Pensionsfonds, erhält aber auch Kredite der Entwicklungsbanken der Europäischen Union und der Weltbank (ebd.). Internationale Akteure wie unter anderem der Internationale Währungsfonds forcierten die Aufhebung des Moratoriums 2021 und stellten dies als Bedingung, um dem ukrainischen Staat weitere Kredittranchen auszuzahlen (Euractiv 2020).

Trotz dieser immensen Landtransaktionsprozesse sind kaum offene Konflikte und wenig direkter Widerstand im Land zu beobachten. Dies ist Teil des postsozialistischen Erbes, das sich zum einen darin äußert, dass Migrationsprozesse aus dem Land wie auch von ländlichen Gebieten in die Zentren stattfanden, die eine ländliche alternde Gesellschaft zurückließen (Maruniak et al. 2021). Zum anderen sind die zivilgesellschaftlichen Strukturen trotz der immer wieder aufkeimenden Proteste in den letzten Jahrzehnten wie der Orangenen Revolution 2004 oder dem Euromaidan 2013 und deren zunehmender Bedeutung (zu Ernährungssouveränität vgl. Mamonova 2017) weiterhin nicht stark institutionalisiert. Beide Protestereignisse waren proeuropäisch informiert und als solches mit der Hoffnung der → Demokratisierung des Landes verbunden. Sie brachten die Menschen auf die Straße, um sich gegen gefälschte Ergebnisse bei den Präsidentschaftswahlen bzw. gegen die Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU einzusetzen. Die Dominanz der Oligarchie im Staat blieb jedoch erhalten (Plank 2015).

Land Grabbing in der Ukraine wird von einzelnen Akteuren im Land und im speziellen der NGO *Ecodija (Ökoaktion)* in Kiew kritisch verfolgt, zunehmend öffentlich thematisiert und in der Wissensproduktion durch letztere erfasst. So dokumentiert die NGO in der Land Matrix Landtransaktionen für Osteuropa. Darüber hinaus ist die Organisation auf Grund ihrer Sichtbarkeit zur Anlaufstelle für Betroffene von Land Grabbing geworden und gibt Stellungnahmen zu dem Thema in der *Werchowna Rada*, dem ukrainischen Parlament, ab. Die NGO profitiert von einer sich intensivierenden internationalen Vernetzung und kann so Land Grabbing in der Ukraine auch über englischsprachige Medien wie den *Longreads the Transnational Institute* (TNI) aufzeigen (vgl. Amosov 2019). Auch durch die Teilnahme an Forschungsprojekten und Workshops findet die Problematik der Ukraine außerhalb des Landes Verbreitung (vgl. Amosov 2021). Darüber hinaus gab es beispielsweise Austausch mit einem Abgeordneten der Europäischen Grünen Partei, der so die Massenproduktion von Hühnern einer ukrainischen Agroholding und dessen Export in die EU thematisierte (Kramar 2019).

Der Fall Schewtschenkowe aus politisch-ökologischer Perspektive

Wie lässt sich nun mit diesem theoretischen Verständnis das Beispiel des ukrainischen Dorfs Schewtschenkowe eingebettet in Land Grabbing Prozesse in der Ukraine analysieren? Die Agrarstruktur der Ukraine ist dual von Agroholdings und Haus- und Hofwirtschaften bestimmt. Es sind die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe, die sogenannten Haus- und Hofwirtschaften, wie die zwei Hektar im ostukrainischen Dorf, die die Ernährung der lokalen Bevölkerung sichern. Sie sind verantwortlich für die arbeitsintensiven Produktionsprozesse und stellen so beispielsweise beinahe die gesamte Produktion von Kartoffeln her. Agroholdings produzieren hingegen *cash crops* und exportieren diese in den Weltmarkt (Plank 2017). Die Struktur der Großbetriebe in Verbindung mit den Haus- und Hofwirtschaften ist charakteristisch für das postsowjetische Land und auch die Koexistenz dieser. So erwähnt Natalia Mamonova (2015) verschiedene Strategien von Haus- und Hofwirtschaften gegenüber Agroholdings, die von Wettbewerb, Nischenproduktion, Anstellung bei diesen bis hin zur Indifferenz reichen. Der modernisierungstheoretischen Einschätzung, dass Land in der Ukraine brach liege und durch Investitionen wieder in Produktion gesetzt werde, stehen demnach empirische Forschungsergebnisse entgegen, dass es in der Ukraine keine fruchtbaren brachliegenden Flächen seit den 2000ern Jahren mehr gebe, sondern diese nach den Wirren der 1990er Jahre wieder in Betrieb genommen wurden.

Die französische Agroholding Agrogeneration ist seit 2007 in der Ukraine aktiv und verfügt über 60.000 Hektar Land, auf denen sie verschiedene *flex crops* kultiviert. Auch wenn sie mittlerweile nicht mehr im Ranking der zehn größten Agroholdings in der Ukraine Platz findet, steht sie in Konkurrenz mit den anderen Agroholdings, die weiterhin von den ukrainischen Oligarchen dominiert werden. Dazu zählen die Agroholdings von Oleg Bakhmatyuk und Rinat Achmetow, Ukrlandfarming oder Harveast, die über 500.000 bzw. 120.00 Hektar verfügen (Latifundist o.J.). Seit dem Beginn des Moratoriums, welches über die Jahre immer wieder verlängert wurde, gab es eine Diskussion über die Öffnung des Landmarktes. Dabei hatten die verschiedenen Oligarchen keine einheitliche Position zur Frage der Öffnung, sondern diese war abhängig davon, ob sie an der → Macht waren und damit potentiell besseren Zugang zu den zu

verteilenden Ressourcen hätten. Im Zuge dieser Modernisierung der Landrechte wird über persönliche Beziehungen und Wissen Land Grabbing betrieben (Plank 2017). Für das Beispiel von Schewtschenkowe zeigt sich, dass ein Netzwerk und Wissen um Landtransaktionsprozesse auch für den Fall von *Micro Land Grabbing* von Bedeutung sind.

Das Beispiel von *Micro Land Grabbing* in Schewtschenkowe verdeutlicht außerdem, dass durch die Übernahme des Bodens die »quiet food sovereignty« (Visser et al. 2015) gefährdet wird. Unter diesem Begriff verstehen Oane Visser und Kolleg*innen, dass die Produktion von kleinen Betrieben getätigt wird, allerdings die politische Dimension auf das Recht auf Nahrung nicht vorhanden ist und sie nicht zu einer Bewegung organisiert sind bzw. politisch ihre Interessen vertreten werden. Durch die Agroholdings wird darüber hinaus das postsozialistische Erbe der Ausbeutung von Natur fortgesetzt. Naturbeherrschung und -zerstörung waren schon in Form von ausgelaugten oder durch die Tschernobyl-Katastrophe radioaktiv verseuchten Böden im Realsozialismus Thema (Schmidt 2016). Durch die intensive Bewirtschaftung der Agroholdings verschärfen sich die sozial-ökologischen Auswirkungen weiter (Maruniak et al. 2021).

Fazit

Land stellt in der Ukraine eine umkämpfte Ressource dar. Auf Grund der postsozialistischen Transformation des Landes wie auch der steigenden globalen Nachfrage nach Land herrscht verstärktes Interesse am ukrainischen Boden. Die Frage von Landrechten und deren Durchsetzung bestimmt die Debatte um Land Grabbing. Aktuell dominieren Agroholdings die Flächen des Landes in der Ukraine. Für die Land Grabbing-Debatte (Borras et al. 2011) ist hiermit relevant zu zeigen, dass neben den ausländischen auch inländische Akteure Landkonzentration in unterschiedlichem Ausmaß betreiben. Die Untersuchung des Zusammenspiels nationaler mit internationalen Akteure ist gerade im postsozialistischen Kontext von Bedeutung, da die Interessen des Westens oftmals ausgeblendet werden. Damit die Öffnung des ukrainischen Landmarktes die Landkonzentrationsprozesse nicht verschärft, bräuchte es staatliche Unterstützung für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe (Maruniak et al. 2021). Zudem sollte durch eine weitere Vernetzung und Bildung von Allianzen eine Intensivierung des Widerstandes weiter unterstützt werden. Denn wie der Zugang zu Land und die Kontrolle und Verteilung ausgestaltet wird, wird entscheidend für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft wie auch des Landes generell sein.

Literatur

Amosov, Mykhailo (2019): »The Land Question. Land concentration and the agricultural land moratorium in Ukraine«, https://longreads.tni.org/the-land-question-ukraine (Zugriff: 07.04.2021).

Amosov, Mykhailo (2021): Micro Land Grabbing Project. Description of results, Innsbruck: Universität Innsbruck.

Anseeuw, Ward/Alden Wily, Liz/Cotula, Lorenzo/Taylor, Michael (2012): Land Rights and the Rush for Land. Findings of the Global Commercial Pressures on Land Research Project, Rom: International Land Coalition.

Bernstein, Henry (2010): Class dynamics of agrarian change. Agrarian Change & Peasant Studies, Halifax: Fernwood/Kumarian Press.

Borras Jr., Saturnino/Franco, Jennifer C./Isakson, Ryan/Levidow, Les/Vervest, Pietje (2016): »The rise of flex crops and commodities: implications for research«, in: The Journal of Peasant Studies, 43 Jg., Nr. 1, S. 93-115.

Borras Jr., Saturnino/Hall, Ruth/Scoones, Ian/White, Ben/Wolford, Wendy (2011): »Towards a better understanding of global Land Grabbing: an editorial introduction«, in: The Journal of Peasant Studies, 38. Jg., Nr. 2, S. 209-216.

de Soto, Hernando (2000): They Mystery of Capital. Why Capitalism Triumphs in the West and Fails Everywhere Else, New York: Basic Books.

Deininger, Klaus/Byerlee, Derek (2011): Rising Global Interst in Farmland. Can it Yield Sustainable and Equitable Benefits?, Washington D.C.: The World Bank.

Engels, Bettina/Dietz, Kristina (2011): »Land Grabbing analysieren: Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive am Beispiel Äthiopiens«, in: PERIPHERIE, 31. Jg., Nr. 124, S. 399-420.

Euractiv (2020): »Ukraine opens up land market in bid for $8 bln IMF package«, https://www.euractiv.com/section/europe-s-east/news/ukraine-opens-up-land-market-in-bid-for-8-bln-imf-package/ (Zugriff: 07.04.2021).

Fairbairn, Madeleine (2014): »›Like gold with yield‹: evolving intersections between farmland and finance«, in: The Journal of Peasant Studies, 41. Jg., Nr. 5, S. 777-795.

Fairhead, James/Leach, Melissa/Scoones, Ian (2012): »Green Grabbing: a new appropriation of nature?«, in: The Journal of Peasant Studies, 39 Jg., Nr. 2, S. 237-261.

FAO/EBRD – Food and Agriculture Organization of the United Nations/European Bank for Reconstruction and Development (2008): Fighting food inflation through sustainable investment, Rom: UN Food and Agricultural Organization.

Ferrando, Tomaso (2012): »BRICS, BITs and Land Grabbing: Are South-South Relationships really Different?«, http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2174455 (Zugriff: 28.06.2021).

Flemming, Jana/Pichler, Melanie/Plank, Christina (2015): »Alle knechtenden Verhältnisse umwerfen – und doch ein paar Bäume stehen lassen. Zum Verhältnis von marxistischer Theorie und sozial-ökologischen Fragen«, in: Alex Demirović/Sebastian Klauke/Ètienne Schneider (Hg.): Was ist der »Stand des Marxismus«? Soziale und epistemologische Bedingungen der kritischen Theorie heute, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 141-155.

Gagalyuk, Tara/Valentinov, Vladislav/Yefimenko, Liudmila (2020): »Agroholdings and Agricultural Science in Ukraine: Uneasy Bedfellows«, voxukraine.org/en/agroholdings-and-agricultural-science-in-ukraine-uneasy-bedfellows/ (Zugriff: 07.04.2021).

Harvey, David (2003): The New Imperialism, Oxford: Oxford University Press.

Hofmann, Irna/Ho, Peter (2012): »China's ›Developmental Outsourcing‹: A critical examination of Chinese global ›land grabs‹ discourse«, in: The Journal of Peasant Studies, 39. Jg., Nr. 1, S. 1-48.

Huber, Christoph (2017): »The Expansion of the Agribusiness in the Context of Land Grabbing and South-South Relations«, in: Thomas Spielbüchler/Markus Wurzer (Hg.): Afrika – Zugänge und Einordnungen. Afrikaforschung in Österreich, Linz: Gesellschaft zur Förderung wissenschaftlicher Forschung und Publikation, S. 73-83.

Köhler, Bettina/Wissen, Markus (2010): »Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise«, in: Bettina Lösch/Andreas

Thimmel (Hg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, Schwalbach: Wochenschau, S. 217-227.

Kollmorgen, Raj (2015): »Postsozialistische Transformationen des 20. und 21. Jahrhunderts«, in: Raj Kollmorgen/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagener (Hg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 421-440.

Kramar, Konrad (2019): »Hendl-Schummelimport aus der Ukraine mit EU-Hilfe«, https://kurier.at/politik/ausland/hendl-schummelimport-aus-der-ukraine-mit-eu-hilfe/400458490 (Zugriff: 28.06.2021).

Kurylo, Mykola/Kostenko, Oleksandr/Klochko, Alyona/Gatseliuk, Vitalii (2020): »Advantages and risks of opening the land market in Ukraine«, in: Problems and Perspectives in Management, 18. Jg., Nr. 4, S. 423-436.

Land Matrix (2021): »Land Matrix«, https://landmatrix.org/ (Zugriff: 07.04.2021).

Latifundist (o.J.): »Топ 100 латифундистов Украины [Top 100 latifundistov Ukrainy]«, https://latifundist.com/rating/top100#308 (Zugriff: 28.06.201).

Loehr, Dirk (2012): »Capitalization by formalization? Challenging the current paradigm of land reforms«, in: Land Use Policy, 29. Jg., Nr. 4, S. 837-845.

Mamonova, Natalia (2015) »Resistance or Adaptation? Ukrainian Peasants' Responses to Large-Scale Land Acquisitions«, in: The Journal of Peasant Studies, 42. Jg., Nr. 3-4, S. 607-634.

Mamonova, Natalia (2017): »Patriotism and Food Sovereignty: Changes in the Social Imaginary of Small-Scale Farming in Post-Euromaidan Ukraine«, in: Sociologica Ruralis, 58. Jg., Nr. 1, S. 190-212.

Maruniak, Evheniia/Lisovskyi, Serhii/Holubtsov, Oleksandr/Chekhnii, Viktor/Farion, Yurii/Amosov, Mykhailo (2021): »Research into impacts of Agricultural Land Concentration on Ukrainian Environment and Society«, https://en.ecoaction.org.ua/wp-content/uploads/2021/06/zemlia_en2021_06.pdf (Zugriff: 28.06.2021).

MEW – Marx-Engels-Werke 23 (1968): »Siebenter Abschnitt«, in: Dies. (Hg.): Das Kapital. Band 1, Berlin: Dietz, S. 741-791.

Plank, Christina (2015): »Kapitalistische und territorial-geopolitische Logiken der Macht. Die Rolle der EU im Ukraine-Konflikt«, in: PROKLA 181, 45. Jg., Nr. 4, S. 593-608.

Plank, Christina (2017): »The agrofuels project in Ukraine. How the oligarchs and the EU foster agrarian injustice«, in: Melanie Pichler/Cornelia Staritz/Karin Küblböck/Christina Plank/Werner Raza/Fernando Ruiz Peyré (Hg.): Fairness and Justice in Natural Resource Politics, London: Routledge, S. 218-236.

Plank, Christina/Plank, Leonhard (2014): »The Financialisation of Farmland in Ukraine«, in: Journal für Entwicklungspolitik, 30. Jg., Nr. 2, S. 46-68.

Plank, Leonhard/Plank, Christina (2013): »Land Grabbing – Eine kritische Perspektive auf die neue Landnahme«, in: Johann Bröthaler/Michael Getzner/Rudolf Giffinger/Alexander Hamedinger/Andreas Voigt (Hg.): Jahrbuch Raumplanung, Wien: NWV, S. 177-194.

Schmidt, Matthias (2016): »Politische Ökologie des Postsozialismus«, in: Geographica Helvetica, 71. Jg., Nr. 4, S. 259-270.

Universität Innsbruck (2021): »Micro.Land.Grabbing: A challenge for local communities worldwide«, https://www.uibk.ac.at/soziologie/forschung/agrar--und-regionalsoziologie/workshop-micro.land.grabbing.html (Zugriff: 28.06.2021).

van der Ploeg, Jan Douwe/Franco, Jennifer C./Borras Jr., Saturnino (2015): »Land concentration and Land Grabbing in Europe: a preliminary analysis«, in: Canadian Journal of Development Studies/Revue canadienne d'études du dévelopment, 36. Jg., Nr. 2, S. 147-162.

Visser, Oane/Mamonova, Natalia/Spoor, Max/Nikulin, Alexander (2015): »›Quiet Food Sovereignty‹ as Food Sovereignty without a Movement? Insights from Post-socialist Russia«, in: Globalizations, 12. Jg., Nr. 4, S. 513-528.

Weltagrarbericht (o.J.): »Bäuerliche und industrielle Landwirtschaft«, https://www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/baeuerliche-und-industrielle-landwirtschaft.html (Zugriff: 07.04.2021).

Lohnarbeit und Naturverhältnis am Beispiel der Palmölproduktion

Oliver Pye

Im Oktober 2019 sind hunderte Arbeiter*innen aus deutschen Fabriken des Nestlé Konzerns um drei Uhr nachts in Reisebusse eingestiegen, um eine siebenstündige Reise nach Vevey, in der Schweiz, anzutreten. Sie protestierten dort – an der Hauptzentrale von Nestlé am Genfer See – gegen eine neue Leitstrategie des Konzerns, die die Gewinnmarge weltweit auf 18,5 Prozent hochschrauben sollte. Einige Fabriken sollten dafür veräußert, andere geschlossen oder saniert werden. Die Arbeiter*innen, unter ihnen viele Betriebsräte und Mitglieder der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), wollten diese Sanierungspolitik und den Verlust von Arbeitsplätzen verhindern.

Ich nahm an den Protesten mit Fahmi Panimbang, einem Aktivisten aus Indonesien und zu der Zeit Koordinator des Netzwerkes *Transnational Palm Oil Labour Solidarity* (TPOLS), teil. Das TPOLS-Netzwerk besteht aus Umweltgerechtigkeitsorganisationen, feministischen Gruppen und verschiedenen Gewerkschaften, die zurzeit in den Palmöllandschaften Südostasiens neu entstehen. In seinem Grußwort an die protestierenden Nestlé-Arbeiter*innen erklärte Fahmi, dass Nestlé jährlich eine halbe Millionen Tonnen Palmöl – auch in den deutschen Werken wie Wagner Pizza oder Thomy – verarbeiten würde. Das Hochschrauben der Gewinnmarge geschehe auch auf Kosten der Arbeiter*innen der Palmölplantagen Indonesiens und auf Kosten der Umwelt dort. Einen ähnlichen Gedanken formulierte die NGG-Jugend auf einem Transparent: »Nestlé. Wir scheißen auf die Umwelt und auf das Personal, alles was uns wichtig ist, ist noch mehr Kapital«.

Die Palmölindustrie ist verantwortlich für die Zerstörung von Regenwäldern und für die Emissionen, die durch die Umwandlung von Torfwäldern und durch Waldbrände entstehen. Sie wurde sowohl in Südostasien als auch in Europa zum Gegenstand vieler umweltpolitischer Kampagnen. Auch auf Deutsch gibt es gute Analysen zur Palmölindustrie aus politisch-ökologischer Perspektive (etwa Pichler 2014; Brad 2019). Doch das Thema Arbeit spielt bisher kaum eine Rolle – weder in den Kampagnen noch in den Analysen.

Die Vernachlässigung von Lohnarbeit in der Politischen Ökologie

Im Mainstreamdiskurs über Nachhaltige Entwicklung und ökologische Modernisierung spielt Arbeit eine untergeordnete Rolle. Der qualitative Austausch mit der → Natur über Arbeitsprozesse wird darin nicht weiter problematisiert. Stattdessen wird das Soziale, insbesondere immer wieder der Erhalt von ›Arbeitsplätzen‹ als Gegenpol zur Umwelt aufgebaut. Dieser Widerspruch soll mit Hilfe eines grünen Wachstums (Dale et al. 2016) überwunden werden. Dessen Akteure liegen eindeutig bei der Kapitalseite. Ein anschauliches Beispiel dafür ist der *Global Compact* der Vereinten Nationen (UN). Mit dieser aus Großkonzernen bestehender Initiative verfolgt die UN das Ziel, »über Branchen und Grenzen hinweg über eine gerechte Ausgestaltung der Globalisierung zu diskutieren und diese Vision mit geeigneten Strategien und Aktivitäten zu verwirklichen« (Global Compact Netzwerk Deutschland o.J.: o.S.). Wirft man einen Blick auf die Liste der am Global Compact beteiligten globalen Unternehmen stellen sich hier die größten und ökologisch schmutzigsten Konzerne der Welt als Vorreiter von Nachhaltigkeit dar. Kapital wird dabei nicht als antagonistisches soziales Verhältnis – zwischen Lohnabhängigen und Kapitalist*innen, die sie ausbeuten – aufgefasst, sondern als Partnerschaft. Gewerkschaften sollen in diesem sozialpartnerschaftlichen *win-win-win* Scenario (die Vereinbarkeit von ›*Planet, People and Profit*‹) als Stakeholder für ein grünes Wachstum miteinbezogen werden.

Zwar soll die Zivilgesellschaft durch Protest und Expertise zur Entstehung einer ›ökologischen Marktwirtschaft‹ beitragen, doch der Hebel wird im veränderten Konsumverhalten, nicht in der Produktion und schon gar nicht im Klassenkampf verortet (Huber 1991). Ganz im neoliberalen Sinne wird die Produktion über die Fetischisierung (das heißt die Zuschreibung einer aktiven Macht) der Warengesellschaft als marktförmiges Ergebnis individueller Konsumentscheidungen konzipiert (Hartmann 2009). Die Palmölindustrie ist dafür ein gutes Beispiel. Im *Roundtable for Sustainable Palm Oil* (RSPO) sitzen Umweltorganisationen mit den großen Palmölproduzenten (wie auch dem UN Global Compact Mitglied Wilmar) und den großen Abnehmern (wie Nestlé) an einem Tisch, um ihr Palmöl als ›nachhaltiges Palmöl‹ (›*Sustainable Palm Oil*‹) zu zertifizieren. Den Sorgen der ethischen Konsument*innen im Globalen Norden wird damit Rechnung getragen. Die Palmölarbeiter*innen haben in diesem Gremium aber keine Stimme. An der umweltzerstörenden Produktionsweise ändert sich grundsätzlich nichts (Pye 2014).

Aber auch in der Politischen Ökologie wird das Thema (Lohn-)Arbeit vernachlässigt. Dies hat aus meiner Sicht drei wesentliche Gründe. Erstens ist der empirische Fokus der Politischen Ökologie bisher hauptsächlich auf → Konflikte an der Peripherie eines expandierenden Kapitalismus gerichtet gewesen, analysiert als »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey 2003: 144). Akteure sind vornehmlich Kleinbäuer*innen und Indigene – die berühmten *place-based actors* – die sich entlang territorialer Auseinandersetzungen und ihrer ökologischen Konsequenzen gegen Unternehmen und → Staat zur Wehr setzen (Bauriedl 2016). In diesem *Post-Development* Blick auf Umweltkonflikte spielen Arbeiter*innen keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Zweitens entstand die Politische Ökologie im Kontext einer postmodernen Abkehr vom → historischen Materialismus, die eine politische Orientierung auf die Arbeiter*innenklasse als veraltet ablehnte. Diese Orientierung wird in Teilen der postkolonialen Kritik an universalistischen Aussagen fortgesetzt, etwa wenn die Idee von Proletariat als

historischem Subjekt als fehlgeleiteter eurozentristischer Provinzialismus abgetan wird (Chibber 2013). Drittens wurde die feministische Kritik an der Vernachlässigung der sozialen Reproduktionsarbeit – in der Mainstream-Entwicklungstheorie und bei Marx – von einer Ablehnung der (Beschäftigung mit) Lohnarbeit begleitet. Zurecht betrieben Feministinnen wie Silvia Federici (2020) die Sichtbarmachung und Politisierung der unbezahlten Hausarbeit, die sie als Grundlage der Industriearbeit betrachteten, nicht zuletzt, weil Frauen damit die neuen Arbeitskräfte für das Kapital ›produzierten‹. Die Betonung der unbezahlten Subsistenz- und Vorsorgearbeit ermöglichte auch eine grundsätzliche Kritik an der → Externalisierung von Natur, die strukturell im Kapitalismus und in den Vorstellungen eines ›grünen Wachstums‹ innewohnt (Gottschlich 2019). Doch etwas zu schnell wurden sowohl die Widersprüche im Lohnarbeitsverhältnis als auch das Proletariat als männlich, *weiß* und im Globalen Norden ansässig, zur Seite geschoben. So lehnten Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies die »Lohnarbeits-Lebensweise« als »modern-patriarchales Ideologie-Instrument« (1997: 190) ab und plädierten stattdessen für eine agrarische Subsistenzwirtschaft, die im Globalen Süden noch weitverbreitet sei.

Die Vernachlässigung von Lohnarbeit sieht man auch in den politischen Kampagnen, die sich um die Umweltauswirkungen von Palmöl entwickelt haben. Transnationale Akteursnetzwerke verbanden bisher vor allem kleinbäuerliche und Indigene Akteure (meist durch Umwelt-NGOs repräsentiert) aus Indonesien mit Umweltaktivist*innen in Europa, die insbesondere den Konsum von Palmöl als Ursache für die Umweltauswirkungen problematisierten (Pye 2010). Dass die Palmölexpansion ein Ergebnis eines brutalen Klassenkampfes in Indonesien selbst war, war bisher genauso wenig Teil der Analysen und Kampagnen wie die Vorstellung, dass die ca. sieben Millionen Arbeiter*innen in den Palmölplantagen sich selbst emanzipieren (→ Emanzipation) könnten.

Arbeit, Entfremdung und ökologische Krise

Zwei Begriffe, die von Karl Marx entwickelt wurden – gesellschaftlicher Stoffwechsel und Entfremdung –, verdeutlichen die zentrale Bedeutung von Lohnarbeit in der ökologischen Krise. Mit gesellschaftlichem Stoffwechsel ist der aktive und qualitative Austausch mit Natur bzw. die Umwandlung von Natur gemeint, die in jedem Arbeitsprozess vonstattengeht. Die Vermittlung von Naturverhältnissen durch Arbeit gilt für alle Gesellschaften und für jegliche Arbeit, sei es in der Landwirtschaft, in der industriellen Produktion oder in der sozialen Reproduktion. Dies sieht Marx als bestimmend für das Gattungswesen Mensch an. Die Entfremdung der Arbeit und der Natur kommt hingegen vor allem im Kapitalismus und in der Lohnarbeit zur vollständigsten Entfaltung. Nicht nur das Produkt der Arbeit der Arbeiter*innen ist ihr entäußert (der Kapitalist eignet es an), sondern auch ihre Arbeit selbst, ihre »Lebenstätigkeit« (Marx 1968 [1844]: 517). Mit anderen Worten, das, was uns zu Menschen macht, unser »Gattungscharakter« (ebd.) wird uns entfremdet und damit auch das praktische Verhältnis zur Natur. Die Entfremdung im Arbeitsprozess führt daher zu einer »Selbstentfremdung des Menschen von sich und der Natur« (ebd.: 519).

Dies ist nicht nur eine interessante philosophische Frage, sondern hängt unmittelbar und ganz praktisch mit der ökologischen Krise zusammen. Denn die Kapitalist*innen, die sich unseren Arbeitsprozess und damit unser Verhältnis zur Natur

aneignen, produzieren nach den irrationalen und strukturell vorgegebenen Gesetzen des Kapitals. Sie produzieren Waren, bei denen der intrinsische oder soziale Wert der Natur keine Rolle spielt – und sie müssen unentwegt akkumulieren. Daraus entsteht sowohl der alles kommodifizierende Wachstumszwang als auch der Riss im gesellschaftlichen Stoffwechsel auf planetarischer Ebene (der sogenannte *metabolic rift*, Foster 2000). Die berechtigte Kritik an der Vernachlässigung der (unbezahlten) Reproduktionsarbeit sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass das problematische Verhältnis zur Natur vor allem in der Lohnarbeit und weniger in der sozialen Reproduktion hergestellt wird. Es gilt daher, beide in der Schaffung von gesellschaftlichen Naturverhältnissen in Beziehung zueinander zu setzen.

Palmöl als soziales Verhältnis

Die Bedeutung von Lohnarbeit und die Rolle der Arbeiter*innen wird deutlich, sobald man die Palmölindustrie als Prozess betrachtet – als Stoffwechsel mit der Natur, der jeden Tag (und jede Nacht) von Neuem produziert wird. Arbeiter*innen holzen die Regenwälder ab, um neue Plantagen zu errichten, und zerstören so die Artenvielfalt (→ Biodiversität). Sie graben die Kanäle, um Torfwälder zu entwässern, die zu den Waldbränden führen, die klimapolitisch so bedeutsam sind. Sie pflanzen die Setzlinge in Reih und Glied und produzieren damit die Monokulturlandschaften. Sie verteilen den Kunstdünger, versprühen die Herbizide, ernten die Früchte, transportieren sie in die Palmölmühlen, dampfen diese in den Dampfkesseln und pressen sie zu Öl. Sie tun dies alles nur, um einen geringen Lohn zu erhalten, der z.B. in Indonesien bei unter 200 Euro im Monat liegt. Für diesen geringen Lohn geben sie sowohl die Früchte ihrer Arbeit als auch die Entscheidungsmacht über den Arbeitsprozess aus der Hand. Damit ist der Stoffwechsel mit der Natur an jeder Stelle ein entfremdeter Stoffwechsel, der zwar von den Arbeiter*innen gemacht, aber aus der Logik der Kapitalakkumulation gedacht wird.

Die entfremdete Arbeit als Stoffwechsel mit der Natur schreibt sich in die ›Natur‹ der Arbeiter*innen, in ihre → Körper, ein. Die Art und Weise hängt mit der gegenderten ›Arbeitsteilung‹ in der Produktion zusammen (→ Feministische Politische Ökologie). Auf jeder Plantage in Südostasien beobachtet man Frauen, die in Gummistiefeln große Säcke von Kunstdünger durch die Palmreihen schleppen oder mit einem Sprüheimer auf dem Rücken Herbizide um die Palmen sprühen. Diese Frauen werden als Tagelöhnerinnen beschäftigt, zu einem viel geringeren Lohn als die meist männlichen Festangestellten. Die malaysische Frauenrechtsorganisation *Tenaganita* hat zusammen mit dem *Pesticide Action Network* untersucht, wie das Versprühen der Pestizide (etwa das in Europa verbotene Pestizid Paraquat) die Gesundheit dieser Frauen beeinträchtigt. Neben häufigen Symptomen wie Müdigkeit, Rückenschmerzen, Schwindel, Atemnot, Hautproblemen, Übelkeit, Augenreizungen, Kopfschmerzen, Engegefühl in der Brust und Schwellungen führten physiologische Unterschiede im Frauenkörper zu einer stärkeren Ablagerung von Giftstoffen und bei Schwangerschaft zu einer Gefährdung des Fötus (Tenaganita/PANAP 2002). Aber auch die Arbeit, die mit einer ›kraftvollen‹ hegemonialen Männlichkeit assoziiert wird, greift in die Körper der Arbeiter ein. In einer Analyse einer Notaufnahme in einem Krankenhaus in Sarawak beobachtete Sunny Sanderson (2016) eine große Zahl von Schnittwunden, die mit der Gefährlichkeit der Erntesichel zusammenhing. Junge, kräftige Arbeiter, die mehrere Jahre in Akkord-

arbeit mit dieser Sichel ernten, bekommen in der Regel Rückenprobleme und werden dann, wenn sie älter werden, gegen junge Arbeiter ausgetauscht.

Viele Arbeiter*innen im Palmölsektor sind Migrant*innen, die entweder aus Indonesien nach Malaysia oder innerhalb Indonesiens in die Expansionsgebiete auswandern. Als Migrant*innen werden sie zusätzlich politisch unterdrückt, illegalisiert und vulnerabilisiert. Sie unterwerfen sich nur, um den Lohn zu bekommen, dies wiederum nur, um ihre eigene soziale Reproduktion zu sichern. Sie schaffen sich transnationale Räume der sozialen Reproduktion, die das Überleben und die Bildung ihrer Kinder und anderer Familienangehöriger sichern. Durch die Expansion der Plantagenwirtschaft verlieren viele Kleinbäuer*innen ihr Land. Sie werden proletarisiert – z.B. als Lohnabhängige in der Palmölindustrie – und dann zu Protagonistin*innen weiterer Expansionsprozesse. Die verschiedenen Schritte des entfremdeten Stoffwechsels enden nicht am Rand der Plantage, sondern gehen weiter entlang der Wertschöpfungskette. So findet die Verbindung nach Deutschland nicht über den Konsum, sondern über die industrielle Weiterverarbeitung innerhalb globaler Produktionsketten statt. Diese Gruppen von Arbeiter*innen – die Mayonnaise, Pizzas, Kuchen oder Kosmetikartikel herstellen – gehören genauso zur Politischen Ökologie der Palmölproduktion.

Auch die Kämpfe der Arbeiter*innen, die nicht an der Expansionsgrenze, sondern innerhalb der neuen, von Monokulturen dominierten Landschaften und entlang der industriellen Landschaften der globalen Produktionsketten (López/Fütterer 2019) stattfinden, gehören dazu. Hierzu gehören beispielsweise Kämpfe für bessere Löhne, gegen Prekarisierung und für mehr Würde (*decent work*), etwa in den Mühlen und Raffinerien, in der Logistik (Alimahomed-Wilson/Ness 2018), in der Fleischindustrie (Birke/Bluhm 2020) sowie in den eingangs erwähnten Fabriken der Nahrungsmittelproduktion in Deutschland. Die Plantagen sind geprägt von vielen Alltagskämpfen – um Lohn und um das Recht und die Bedingungen der sozialen Reproduktion. In Malaysia z.B. widersetzen sich viele Arbeiter*innen dem biopolitischen Verbot, das ihnen Schwangerschaft oder das Mitbringen der Kinder untersagt (Pye 2013). Aus diesen Alltagskämpfen entstehen neue Organisationen: In Ostkalimantan führte z.B. die Auseinandersetzung um die Rückführung von Leichen von Arbeiter*innen, die auf der Arbeit starben, nach Flores, eines der Entsendegebiete, zur Gründung einer Gewerkschaft.

Ob und wie → gesellschaftliche Naturverhältnisse implizit oder explizit thematisiert werden, hängt von der Geschichte, dem Verallgemeinerungsgrad und der politischen Ausrichtung der Arbeiter*innenbewegung ab. In Indonesien organisierte die kommunistisch ausgerichtete Plantagenarbeiter*innengewerkschaft SARBUPRI[1] in den 1950er Jahren Massenstreiks und versuchte offensiv, die Fragmentierung entlang von rassistischen Linien und Genderkonstruktionen zu überwinden (Stoler 1995). Arbeiter*innen haben mit Wiederaneignungsaktionen für die Subsistenzproduktion der Logik der Monokulturen widersprochen und mit Streikkommittees auf eine Demokratisierung der Produktion hingewirkt. Viele Aktivist*innen fielen dann dem faschistischen Blutbad von 1965 zum Opfer. Die Palmölexpansion fand in Plantagenlandschaften statt, die von sogenannten ›gelben‹ Gewerkschaften, die von Managern gegründet und geführt wurden und die die Logik der Unternehmer und der kapita-

1 SARBUPRI steht für Sarekat Buruh Perkebunan Republik Indonesia, was übersetzt »Gewerkschaft der Plantagenarbeiter*innen der Republik Indonesien« heißt. Diese Gewerkschaft der Plantagenarbeiter*innen wurde 1965 vernichtet und verboten (Pye 2021).

listischen Produktion internalisierten, geprägt waren. Die ›Natur‹ der großflächigen Monokulturen ist somit verknüpft mit der brutalen Unterwerfung der Arbeiter*innenbewegung. Heute fangen Aktivist*innen und Arbeiter*innen vom neuen an, unabhängige Gewerkschaften zu bilden.

(Lohn-)Arbeit als Stoffwechsel, Klasse und Bewegung

Lohnarbeit ist die vergessene Kategorie der Politischen Ökologie. Sie ist von zentraler Bedeutung für jeden beliebigen anderen Sektor, gerade auch für diejenigen Industrien, die klima- und biodiversitätspolitisch entscheidend sind und zwar in dreifachem Sinne: (1) Arbeit als Prozess des Stoffwechsels mit der Natur; (2) Arbeit als soziale Kategorie im Sinne von Arbeiter*innenklasse und (3) Arbeit als soziale Bewegung im Sinne von Arbeiter*innenbewegung.

(1) Wenn wir Arbeit als gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur begreifen, dann sind Arbeitsverhältnisse Naturverhältnisse und umgekehrt. Die Politische Ökologie kann uns helfen, den Arbeitsprozess, der meist als gegeben oder technisch verstanden wird, politisch zu betrachten. Das fängt damit an, dass aus der »Macht-zu-tun«, wie Holloway (2005: 28) es ausdrückt, ein »Macht-über« wird. Erst dadurch, dass unsere kreative Schaffenskraft zu Lohnarbeit wird, wird sie dem Akkumulationszwang unterworfen und damit zu einem entfremdeten Vorgang der Naturzerstörung gemacht (Foster 2000). Dies gilt für fast alle Gruppen von Lohnarbeiter*innen. Arbeiter*innen in der Bekleidungsindustrie in Kambodscha z.B. verarbeiten Baumwolle, die auf umweltschädliche Weise in China oder in Indien angebaut und zu Stoffen verwebt wird. Ihre Arbeit ist ein weiterer Schritt des Stoffwechsels, ihre Körper Teil der Natur, die durch die Arbeit verformt werden. Dies gilt dann ebenso für die Kassierer*innen im deutschen Einzelhandel und für die → Care-Arbeiter*innen, die die geschundenen Körper im Rentenalter dann pflegen müssen.

(2) Arbeit als Arbeiter*innenklasse zu betrachten, sollte eigentlich zum Handwerkszeug der Politischen Ökologie, nämlich der raumdifferenzierten Akteursanalyse (Bauriedl 2016), dazugehören. Aber gerade die Lohnarbeiter*innen sind heute oft die Subalternen, deren Stimmen durch die Politische Ökologie ignoriert werden. Intersektional gedacht ist die Arbeiter*innenklasse durch die globale Verallgemeinerung des Lohnverhältnisses heute weiblich, männlich, nicht-binär, braun, schwarz und *weiß* (Davis 1981). Statt einer getrennten Klasse von »meta-industrieller« Arbeit, bestehend aus Subsistenzarbeiter*innen, Hausfrauen und Eltern, wie Barca (2019: 226) vorschlägt, ist die unbezahlte Hausarbeit und Erziehungsarbeit nach der materialistischen sozialen Reproduktionstheorie mit der Lohnarbeit systematisch verwoben (Bhattacharya 2017). Arbeiter*innen gehen arbeiten, um ihre soziale Reproduktion (und als Eltern die ihrer Kinder) zu sichern. Sonst gäbe es keinen Grund, sich natur- und köperzerstörenden Arbeitsprozessen wie dem Versprühen von giftigen Herbiziden unterzuordnen.

(3) Für eine Politische Ökologie explizit der Arbeiter*innenbewegung ist der Widerspruch zwischen Produktion und sozialer Reproduktion entscheidend. Denn während die Produktion vom Akkumulationszwang bestimmt wird, geht es bei der sozialen Reproduktion um Bedürfnisse (Bhattacharya 2017). Natur ist (für Arbeiter*innen) ein solches Bedürfnis und für die soziale Reproduktion notwendig – angefangen mit dem Körper, über ausreichend gesundes Essen bis hin zu einer atomenergiefreien Welt ohne Klimaerwärmung. Umweltbewegungen können daher als Verallgemeine-

rung einer bedürfnisorientierten Sicherung sozialer Reproduktion betrachtet werden. Gleichzeitig ist der Lohn für die Lebenssicherung von Arbeiter*innen notwendig. Kämpfe um die Lohnhöhe sind daher auch Ausdruck des Widerspruchs zwischen Produktion (Akkumulation) und sozialer Reproduktion (Bedürfnisse) (Burkett 1999).

Die Überwindung der Entfremdung mit der Natur

Gewerkschaftliche Kämpfe sind zunächst Ausdruck entfremdeter Naturverhältnisse – in dem Sinn, dass sie um den Tauschwert der Arbeitskraft geführt werden und das qualitative Verhältnis zur Natur im Arbeitsprozess selbst keine Rolle spielt. Das Lohnverhältnis wird oft als natürlich betrachtet, und über die Abhängigkeit von Arbeitgeber*innen kann eine Identifikation mit dem jeweiligen Industriesektor stattfinden. Immer wieder verteidigen Gewerkschaften ökologisch schädliche Industrien, weil sie ihre Machtbasis dort nicht verlieren wollen. Ein Beispiel wäre die Verteidigung der Kohleindustrie und die Verbalattacken gegen die Aktivist*innen des Hambacher Forstes durch die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE). In Österreich haben sich Gewerkschaften in den 1970er Jahren für den Bau des Atomkraftwerkes in Zwentendorf ausgesprochen und sich ebenfalls aktiv gegen die Umweltbewegung positioniert (Soder et al. 2018). In den USA befürworteten einige der großen Gewerkschaften das Keystone XL Projekt, das Erdöl aus den Teersanden Kanadas transportieren sollte (Sweeny 2013). Viele weitere unter anderem auch der Internationale Gewerkschaftsbund, vertreten eine Politik des grünen Wachstums, eine Position, die Barca (2019: 227) als »labour's eco-modernism« bezeichnet.

Doch die Arbeiter*innenbewegung hat auch eine lange Geschichte des pro-aktiven Umweltschutzes. Immer wieder entstanden Kämpfe gegen Umweltverschmutzung und Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz, die zu Umweltgesetzgebungen geführt haben (Montrie 2011). Die Bewegungen für Umweltgerechtigkeit in den von Umweltverschmutzung betroffenen Arbeiter*innenvierteln, z.B. in den Städten der Vereinigten Staaten, gehören ebenfalls dazu (Newell 2005; Sze 2006). Manchmal stehen militantere Gewerkschaften mit einem universalistischen Ansatz an der Spitze von Umweltbewegungen, wie im Falle der Verteidigung des Amazonischen Regenwaldes durch die Gummizapfergewerkschaft in Brasilien (Revkin 1990). Oftmals kommt es zu Allianzen zwischen Arbeiter*innen- und Umweltbewegungen, die zusammen sowohl für konkrete Verbesserungen kämpfen als auch Perspektiven sozial-ökologischer Transformation entwickeln (Silvermann 2006; Jakopovich 2009; Räthzel/Uzzel 2013).

Daraus können dann bewusste Strategien für die Überwindung von entfremdeten Naturverhältnissen (»de-alienation«, Brownhill et al. 2012) entstehen, die nach der sozialen und ökologischen Sinnhaftigkeit im Arbeitsprozess fragen. Ein berühmtes Beispiel war die *Builders Labourers' Federation* (BLF) in Australien (Burgmann/Burgmann 1998). Diese hatte sich geweigert, umweltschädliche Bauprojekte auszuführen und mit Streiks sogenannte *Green Bans* verhängt, um Stadtautobahnen zu verhindern oder Parks zu retten. Letzteres zeigt auch die Machtoption, die eine Orientierung auf Arbeit bieten kann. Naturverhältnisse werden jeden Tag von neuem durch Herrschaft und Entfremdung im Arbeitsprozess produziert. Hier können sie aber auch in Frage gestellt werden. Die assoziative und strukturelle Macht von organisierten Arbeiter*innen kann die Produktion durch Streiks aufhalten und auch transformieren. Sie bietet

eine sozial-ökologische Transformationsperspektive, die mit den radikaleren Interpretationen von *»Just Transition«* (Räthzel et al. 2018) auf eine *»de-alienation«* (Brownhill et al. 2012) von gesellschaftlichen Naturverhältnissen hinauslaufen könnte.

Fazit, Ausblick, offene Fragen

Wenngleich (Lohn-)Arbeit bisher ein blinder Fleck der Politischen Ökologie gewesen ist, so könnte das Repertoire der Politischen Ökologie dabei helfen, Arbeit in ihrer dreifachen Bedeutung als Prozess des Stoffwechsels mit der Natur, als Klasse und als Bewegung zu analysieren. Raumbezogene Akteursanalyse, Politisierung von Umwelt, Umweltkonflikte, Ökologie von Geschlechterkonstruktionen, Dekonstruktion von Diskursen, Ökologie von Körper und Gesundheit, Dynamik und Politik sozialer Bewegungen u.v.m. sind für das Thema Arbeit von Bedeutung. Dafür müsse es zunächst darum gehen, Arbeit und vor allem Lohnarbeit als Forschungsfeld der Politischen Ökologie zu etablieren und auszubauen.

Für die Politische Ökologie als politisches Projekt hilft eine Orientierung auf (Lohn-)Arbeit, über den neoliberalen Warenfetischismus des Konsumverhaltens, der auch in Teilen der Umweltbewegung einflussreich ist, hinauszugehen. Für Bewegungen wie Fridays for Future oder Ende Gelände bietet sie die Möglichkeit, eine Perspektive der gesellschaftlichen Verankerung und Radikalisierung zu entwickeln (Kaiser 2020). Dafür reicht es nicht aus, Allianzen zwischen Gewerkschaften und Umweltverbänden zu fordern. Stattdessen gilt es, mit Hilfe der Politischen Ökologie auch den Antagonismus zwischen Arbeiter*innen- und Umweltbewegung zu verstehen, die in der Entfremdung im Stoffwechsel mit der Natur verwurzelt ist (Räthzel/Uzzell 2012). Nur wenn dies als antagonistisches Verhältnis begriffen wird, ergibt es Sinn, sich mit Arbeiter*innen eines Agrobusinesskonzerns wie Nestlé zu solidarisieren.

Auch für die Perspektiven, die aus einer Subsistenzperspektive für ein »Recommoning« von Lebensbereichen argumentieren (Federici 2019) (→ Commons), ist die Hinzunahme der Perspektive von Lohnarbeiter*innen für eine dialektischere Herangehensweise wichtig. So haben beispielsweise die Millionen von Arbeiter*innen in der Palmölindustrie gerade ihre Subsistenzgrundlage verloren – eine einfache Rückkehr zu einer kleinbäuerlichen Existenz bleibt ihnen verwehrt. Wann und wie es zu einem »working class environmentalism« (Barca 2012) kommt, wie Räume der sozialen Reproduktion strategisch mit Räumen der Produktion in Beziehung gesetzt werden können (Bhattarcharya 2017; Barca 2020) und welche Arten von Klassenpolitik und Umweltpolitik zusammenkommen müssten, um eine sozial-ökologische Transformation zu erreichen – das sind offene Fragen, die nur durch Praxis beantwortet werden können. Mit anderen Worten: jede Menge Arbeit.

Literatur

Alimahomed-Wilson, Jake/Ness, Immanuel (Hg.) (2018): Choke Points. Logistics Workers Disrupting the Global Supply Chain, London: Pluto Press.
Barca, Stefania (2012): »On working-class environmentalism: a historical and transnational overview«, in: Interface: a journal for and about social movements, 4. Jg., Nr. 2, S. 61-80.
Barca, Stefania (2019): »Labour and the ecological crisis: The eco-modernist dilemma in western Marxism(s) (1970s-2000s)«, in: Geoforum, 98. Jg., S. 226-235.
Barca, Stefania (2020): Forces of Reproduction. Notes for a Counter-Hegemonic Anthropocene, Cambridge: Cambridge University Press.
Bauriedl, Sybille (2016): »Politische Ökologie: nicht-deterministische, globale und materielle Dimensionen von Natur/Gesellschaft-Verhältnissen«, in: Geographica Helvetica, 71. Jg., Nr. 4, S. 341-351.
Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria (1997): Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive, München: Frauenoffensive.
Bhattacharya, Tithi (2017): »How Not to Skip Class: Social Reproduction of Labor and the Global Working Class«, in: Tithi Bhattacharya (Hg.): Social Reproduction Theory. Remapping Class, Recentering Oppression, London: Pluto Press, S. 68-93.
Birke, Peter/Bluhm, Felix (2020): »Migrant Labour and Workers' Struggles: The German Meatpacking Industry as Contested Terrain«, in: Global Labour Journal, 11. Jg., Nr. 1, S. 34-51.
Brad, Alina (2019): Der Palmölboom in Indonesien. Zur Politischen Ökonomie einer umkämpften Ressource, Bielefeld: transcript.
Brownhill, Leigh/Turner, Terisa E./Kaara, Wahu (2012): »Degrowth? How About Some »De-Alienation«?«, in: Capitalism Nature Socialism, 23. Jg., Nr.1, S. 93-104.
Burgmann, Meredith/Burgmann, Verity (1998): Green Bans, Red Union. Environmental Activism and the New South Wales Builders Labourers' Federation, Sydney: UNSW Press.
Burkett, Paul (1999): Marx and Nature. A Red and Green Perspective, New York: St. Martin's Press.
Chibber, Vivek (2013): Postcolonial Theory and the Specter of Capital, London: Verso.
Dale, Gareth/Mathai, Manu V./de Oliveira, Jose A. Puppim (Hg.) (2016): Green Growth. Ideology, Political Economy and the Alternatives, London: Zed Books.
Davis, Angela Y. (1981): Women, Race & Class, New York: Vintage Books.
Federici, Silvia (2019): Re-enchanting The World. Feminism and the Politics of the Commons, Oakland: PM Press.
Federici, Silvia (2020): Revolution at Point Zero. Housework, Reproduction, and Feminist Struggle, Oakland: PM Press.
Foster, John Bellamy (2000): Marx's Ecology. Materialism and Nature, New York: Monthly Review Press.
Global Compact Netzwerk Deutschland (o.J.): »United Nations Global Campact«, https://www.globalcompact.de/ueber-uns/united-nations-global-compact (Zugriff: 20.12.2021).
Gottschlich, Daniela (2019): »Kommende Nachhaltigkeit. Wirtschaften und Arbeiten neu denken und gestalten«, in: Ulrike Knobloch (Hg.): Ökonomie des Versorgens.

Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 331-355.
Hartmann, Kathrin (2009): Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt, München: Karl Blessing Verlag.
Harvey, David (2003): The New Imperialism, Oxford: Oxford University Press.
Holloway, John (2005): Change the World Without Taking Power. The Meaning of Revolution Today, London/New York: Pluto Press.
Huber, Joseph (1991): Unternehmen Umwelt: Weichenstellungen für eine ökologische Marktwirtschaft, Frankfurt a.M.: Fischer.
Jakopovich, Dan (2009): »Uniting to Win: Labor-Environmental Alliances«, in: Capitalism Nature Socialism, 20. Jg., Nr. 2, S. 74-96.
Kaiser, Julia (2020): »#Wir fahren zusammen. Die Allianz von Fridays for Future und ver.di im Bereich Nahverkehr als Exempel ökologischer Klassenpolitik«, in: Klaus Dörre/Madeleine Holzschuh/Jakob Köster/Johann Sittel (Hg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 267-284.
López, Tania/Fütterer, Michael (2019): »Gewerkschaft als internationale soziale Bewegung – Das TIE-Orangensaftnetzwerk«, in: Carmen Ludwig/Hendrik Simon/Alexander Wagner (Hg.): Entgrenzte Arbeit, (un-)begrenzte Solidarität? Bedingungen und Strategien gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen Kapitalismus, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 174-190.
Marx, Karl (1968 [1844]): Ökonomisch-philosophische Manuskripte (= MEW Ergänzungsband Schriften, Manuskripte, Briefe bis 1844, Erster Teil), Berlin: Dietz.
Montrie, Chad (2011): A People's History of Environmentalism in the United States, London/New York: Continuum.
Newell, Peter (2005): »Race, Class and the Global Politics of Environmental Inequality«, in: Global Environmental Politics, 5. Jg., Nr. 3, S. 70-94.
Pichler, Melanie (2014): Umkämpfte Natur. Politische Ökologie der Palmöl- und Agrarstreibstoffproduktion in Südostasien, Münster: Westfälisches Dampfboot.
Pye, Oliver (2010): »The Biofuel Connection. Transnational Activism and the Palm Oil Boom«, in: The Journal of Peasant Studies, 37. Jg., Nr. 4, S. 851-874.
Pye, Oliver (2013): »Migration, Netzwerke und Alltagswiderstand: Die umkämpften Räume der Palmölindustrie«, in: Peripherie, 33. Jg., Nr. 132, S. 466-493.
Pye, Oliver (2014): »Wie nachhaltig ist der Roundtable on Sustainable Palmoil (RSPO)?«, in: Bernd Hirschl/Kristina Dietz/Thomas Vogelpohl/Elisa Dunkelberg/Maria Backhouse/Raoul Herrmann/Michael Brüntrup (Hg.): Biokraftstoffe zwischen Sackgasse und Energiewende. Sozial-ökologische und transnationale Perspektiven, München: oekom, S. 153-183.
Pye, Oliver (2022): »Intersektional national? Lehren aus der militanten indonesischen Plantagengewerkschaft SARBUPRI«, in: Arbeit-Bewegung-Geschichte: Zeitschrift für Historische Studien, 21. Jg., Nr. 1, S. 93-108.
Räthzel, Nora/Uzzell, David (2012): »Mending the breach between labour and nature: environmental engagements of trade unions and the North-South divide«, in: Interface: a journal for and about social movements, 4. Jg., Nr. 2, S. 81-100.
Räthzel, Nora/Uzzell, David (2013): Trade Unions in the Green Economy. Working for the Environment, London: Routledge.

Räthzel, Nora/Cock, Jacklyn/Uzzell, David (2018): »Beyond the nature–labour divide: trade union responses to climate change in South Africa«, in: Globalizations, 15. Jg., Nr. 4, S. 504-519.

Revkin, Andrew (1990): The Burning Season. The Murder of Chico Mendes and the Fight for the Amazon Rain Forest, London: HarperCollins.

Sanderson, Sunny (2016): »Malaysian Oil Palm and Indonesian Labour Migration. A Perspective from Sarawak«, in: Rob Cramb/John F. McCarthy (Hg.): The Oil Palm Complex. Smallholders, Agribusiness and the State in Indonesia and Malaysia, Singapore: NUS Press, S. 378-408.

Silverman, Victor (2006) »Green Unions in a Grey World«, in: Organization & Environment, 19. Jg., Nr. 2, S. 191-213.

Soder, Michael/Niedermoser, Kathrin/Theine, Hendrik (2018): »Beyond Growth: New Alliances for Socio-Ecological Transformation in Austria«, in: Globalizations, 15. Jg., Nr. 4, S. 520-535.

Stoler, Ann L. (1995): Capitalism and Confrontation in Sumatra's Plantation Belt, 1870-1979, Ann Arbor: University of Michigan Press.

Sweeny, Sean (2013): »US Trade Unions and the Challenge of »Extreme Energy«. The Case of the TransCanada Keystone XL Pipeline«, in: Nora Räthzel/David Uzzell (Hg.): Trade Unions in the Green Economy. Working for the Environment, London/New York: Routledge/Taylor & Francis Group, S. 196-213.

Sze, Julie (2006): Noxious New York. The Racial Politics of Urban Health and Environmental Justice, Cambridge/London: The MIT Press.

Tenaganita/PANAP (2002): Poisoned and Silenced. A Study of Pesticide Poisoning in the Plantations, Kuala Lumpur: PAN.

Mobilität, Verkehr und Automobilität in der sozial-ökologischen Transformation

Achim Brunnengräber

Die zentrale Bedeutung, die Mobilität für das gesellschaftliche Leben hat, wird deutlich, wenn sie staatlich eingeschränkt wird; wenn Spaziergehen nur noch in der nahen Umgebung erlaubt ist, wenn Busse und Bahnen nicht mehr fahren oder wenn der Flugverkehr weitgehend zum Erliegen kommt und Fernreisen somit unmöglich werden. Mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie 2020/21 waren aber nicht nur negative Entwicklungen verbunden. Zeitweise sind die verkehrsbedingten und gesundheitlichen Schadstoffe in den Städten deutlich gesunken, der weltweite Ausstoß an Treibhausgasen ist zurückgegangen und dem Fuß- und Fahrradverkehr wurde mehr städtischer Raum eingeräumt. Alle zukünftigen Transformationsprozesse im Bereich der gesellschaftlichen Mobilität werden vor diesem vielfältigen und neuartigen Erfahrungshintergrund verhandelt werden, der durch die Pandemie mit globalem Ausmaß auf spezifische Art und Weise geprägt wurde.

Allerdings war und ist die Pandemie nicht der zentrale Game Changer in der → Transformation (Agora Energiewende 2021; Haas et al. 2020). Die sozialen Kämpfe um Mobilität reichen viel weiter zurück und lassen sich entlang von drei starken Konfliktlinien strukturieren: (1) dem andauernden Kampf um den Autoverkehr und den öffentlichen Raum für alternative Formen der Mobilität, der zeitgleich mit der Durchsetzung der Automobilität eingesetzt hat (Daum 2018), (2) dem Kampf gegen die anhaltend hohen, verkehrsbedingten CO_2-Emmissionen und für Klimaschutz, der sich mit den Klimakonferenzen der Vereinten Nationen (UN) – vor allem seit dem Klimaabkommen von Paris (2016) – zugespitzt hat (SRU 2017), und (3) dem Kampf um das fossilistisch angetriebene Verkehrssystem und den batterieelektrischen Antrieb, der die Automobilität von gestern revolutionieren, sprich klimafreundlich und nachhaltig gestalten soll (Brunnengräber/Haas 2020).

Nachfolgend werde ich die drei Konfliktlinien kurz skizzieren, mich dann aber auf die dritte Konfliktlinie konzentrieren. Sie lässt sich nicht auf den Kampf zwischen Verbrennungsmotoren und batterieelektrisch angetriebenen Autos (E-Autos) reduzieren, in dem die deutsche Automobil- und ihre Zulieferindustrie regelrecht ums Überleben kämpfen (Canzler/Knie 2018). In diesem Kampf, der weit über eine Antriebswende hinausreicht (Manderscheid 2020), kumulieren die Probleme der Transformation. Er wirft die Frage auf, wie die Mobilität von morgen in der Stadt und auf dem Land ebenso wie der Ressourcen- und Materialfluss sozial gerecht, nachhaltig und klimafreundlich gestaltet werden kann (Agora Verkehrswende 2017). Da viele der benötigten

→ Rohstoffe im Globalen Süden gefördert werden, haben die Kämpfe auch eine (neue) transnationale soziale Dimension.

Drei Konfliktlinien und ihre Überschneidungen

Die Verkehrspolitik wie die autokonzentrierte Industriepolitik wurden jahrzehntelang von der Klimapolitik weitgehend getrennt und in separierten Politikfeldern verhandelt und entsprechend gestaltet; auch in der Wissenschaft wurden die Probleme eher in Einzelteile zerlegt, als dass Zusammenhänge hergestellt wurden (Schöller et al. 2007). Dies war und ist ein Resultat der staatlichen wie ökonomischen Interessen, die von der selektiven Herangehensweise profitierten. Gesellschaftliche Mobilität wurde kleingearbeitet, um sie den Interessen entsprechend handhaben und politisch regulieren zu können. In der Folge haben sich die drei nachfolgenden, spezifischen Konfliktlinien konturiert:

Die erste (älteste) Konfliktlinie wird sinnbildlich durch die autofreundliche Stadt repräsentiert, an der sich die Mobilität messen lassen musste. Sie hat sich seit der Nachkriegszeit, vor allem aber in den 1960er und 1970er Jahren herausgebildet. Mit der Durchsetzung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) (Urry 2004) hat zugleich auch der Kampf um den Autoverkehr und den öffentlichen Raum für alternative Formen der Mobilität eingesetzt. Das Auto als »liebstes Kind« der Deutschen (Sachs 1984) war stets umstritten, hat seine Vormachtstellung aber bis heute nicht verloren. Die Folge davon, neben der Zuasphaltierung der Städte: Feinstaub, Stickoxide und Todesgefahren durch Unfälle u.v.a.m.

Die zweite (mittelalte) Konfliktlinie war zunächst keine; auf sie wurde von der kritischen Wissenschaft zwar hingewiesen, politisch wurde sie aber geschickt eingehegt. In der internationalen Klimapolitik der Vereinten Nationen (UN) und den daraus abgeleiteten nationalen Klimaschutzmaßnahmen wurde die Verkehrspolitik der einzelnen Länder seit 1995 ausgespart. Dem Autoverkehr wurde überhaupt nicht und dem Flugverkehr erst spät Bedeutung als Verursacher des Klimawandels beigemessen. Das war nicht nur dem Einfluss der Organisation erdölexportierender Länder (kurz OPEC – von englisch Organization of the Petroleum Exporting Countries) auf die Klimaverhandlungen geschuldet, sondern auch den Interessen der Industrieländer, in denen der Automobilbau erheblich zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt. Die Folge davon: die verkehrsbedingten CO_2-Emmissionen sind weltweit und kontinuierlich angestiegen; mit allen negativen Auswirkungen des Klimawandels, von denen viele hinlänglich bekannt sind.

Die dritte (jüngste) Konfliktlinie verläuft industriepolitisch zwischen fossilistisch angetriebenen und batterieelektrischen Antriebssystemen. Doch der Schein trügt: Es handelt sich nicht nur um einen Kampf um die Antriebswende, sondern darum, wie unsere Mobilität von morgen aussehen soll. Die deutschen Automobilkonzerne würden auch heute fast ausschließlich Verbrenner und Sprit schluckende Sport Utility Vehicle (SUV) (bedenkenlos) bauen (Brand 2019), wenn sie nicht in den Zangengriff von ausländischer Konkurrenz und europäischen CO_2-Grenzwerten genommen worden wären. Sie mussten zum Elektroauto (E-Auto) regelrecht gezwungen werden. Automobilkonzerne wie die Geely Auto Group aus China oder Tesla aus den USA mussten erst beweisen, dass es technisch machbar, finanziell lohnenswert und für die

Kund*innen attraktiv ist, E-Autos zu bauen (Brunnengräber 2019). Die Folge davon: ein ganzer Industriezweig mit all seinen Zulieferbetrieben steht unter erheblichem Transformationsdruck, die sozialen Auswirkungen davon sind dramatisch (Strötzel 2020). Der Umbau könnte 600.000 Arbeitsplätze gefährden, insbesondere bei den Zulieferern (Bormann et al. 2018; Frauenhofer IAO 2018).

Diese drei Konfliktlinien weisen erhebliche Überschneidungen auf, auch wenn sie politisch voneinander getrennt wurden. Sie fließen spätestens seit 2015 mit der Aufdeckung des Dieselskandals ineinander und führen im Mobilitäts- und Verkehrsbereich zu rasanten Reorganisationsprozessen. Die Automobilindustrie hat durch die Nicht-Einhaltung von Grenzwerten und durch ›ihren‹ fehlenden Beitrag zum Klimawandel massiv an Legitimation eingebüßt. Auf Grund der erheblichen ausländischen Konkurrenz, die die Elektrifizierung des Verkehrs ganz wesentlich und mit Erfolg vorantreibt, musste sie ihr verbissenes, industriestrategisches Festhalten am Verbrenner aufgeben. Zudem sehen sich Automobilkonzerne weltweit gezwungen, ihren Kernbereich – die Produktion von Autos – zu erweitern. Die → Digitalisierung erschließt völlig neue Geschäftsfelder. Neue Mobilitätsdienstleistungen wie Free-Float-Car-Sharing und Peer-to-Peer-Car-Sharing oder die verschiedensten Fahrdienste werden entwickelt und vor allem in den urbanen Ballungszentren – vorwiegend von jungen Menschen – erprobt. Neue globale Großkonzerne preschen hier ebenso wie kleine Start-up-Unternehmen vor. So entstehen erhebliche Unsicherheiten darüber, wie sich der Markt der Mobilität in der Zukunft – und für die Automobilindustrie – gestalten wird (PwC 2017). Es waren und sind nicht in erster Linie die Marktakteure, die Klimaschutzmaßnahmen freiwillig ergreifen und Veränderungen Richtung Nachhaltigkeit einfordern. Und auch auf politischer Ebene werden keine grundsätzlichen Richtungsentscheidungen gefällt. Ein strategisches Projekt ähnlich der Energiewende ist im Mobilitätsbereich nicht zu erkennen (Wissen 2019).

Konkrete Kämpfe um die Mobilität von morgen

Ohne soziale Protestbewegungen, Fuß-, Rad- und andere Bürger*inneninitiativen oder Umweltverbände und Nicht-Staatliche Organisationen (NGOs; Non-Governmental-Organization) (→ Akteure) hätten die Forderungen nach einer weitreichenden Transformation im Bereich der Mobilität kein Gehör gefunden. Es gibt sie schon seit Jahrzehnten. Spätestens mit Fridays for Future (FfF) und Extinction Rebellion hat der → Konflikt darüber hinaus ein neues Gesicht bekommen und sich ausgeweitet. Über die erfrischend neuen, inhaltlichen Debatten wurden auch die Konfliktlinien zusammengeführt. Umwelt- und Klimaschützer*innen, Fußgänger*innen- und Fahrradinitiativen oder Kohlerevier- und Waldbesetzer*innen rebellieren gegen das fossilistische Energiesystem, das Aussterben der Arten, den Klimawandel oder das kapitalistische Wirtschaftssystem. Sie besetzen Brücken und Straßen, um auf den automobilen Wahnsinn der städtischen Staus, die Luftverschmutzung und die steigenden CO_2-Emissionen aufmerksam zu machen. Viele der Engagierten gehören zu den Millennials oder Digital Natives. Aber auch Beschäftigte aus den Automobilkonzernen wie den Zulieferbetrieben treibt es aus Angst vor Arbeitsplatzverlusten auf die Straße. Zeitweise werden auch Bündnisse mit den Umweltverbänden geschlossen, um auf die gemeinsamen Belange hinzuweisen (Kaiser 2020). Formen des zivilen Un-

gehorsams richten sich gegen die völlig unzureichende Verkehrs-, Umwelt- und Klimapolitik von Nationalstaaten, Städten und Kommunen, der Privatwirtschaft und Transnationalen Konzernen. Aber auch das klimaschädliche Konsumverhalten der Einzelnen wird radikal kritisiert. Kommt es dadurch aber zu einem Aufbrechen der automobilen → Hegemonie des MIV, die das Mobilitätsverhalten seit Jahrzehnten prägt (Schwedes et al. 2016)?

Gegen-Hegemonie und Post-Wachstum

Bei Gramsci sind nicht nur Arbeit und Kapital die fundamentalen Bestandteile einer kapitalistischen Produktionsweise. Cox (1987: 355ff.) erweitert dieses Verständnis auf soziale Kräfte, sodass Bürger*inneninitiativen, die Klimabewegung oder NGOs in den Blick genommen werden können. Um das analytisch genauer zu fassen, kann auf die drei Konzepte historischer Block, integraler → Staat und Hegemonie zurückgegriffen werden. Das Konzept des historischen Blocks postuliert, dass nicht der Staat als gegebene Einheit den MIV absichert. Er hat sich vielmehr sozioökonomisch konstituiert und spiegelt soziale Kräfteverhältnisse wider. Diese wurzeln im Alltagsverstand ebenso wie in gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen – hier den Automobilkonzernen – und verdichten sich in den Apparaten des Staates, weshalb auch vom integralen Staat gesprochen wird. Dazu gehört auch, dass viele Bürger*innen mehr Klimaschutz einfordern; aber möglichst ohne Einschränkungen für den MIV. Ein historischer Block bezieht sich also auf ein spezifisches Ensemble ökonomischer, sozialer und politischer Institutionen, durch die dominante soziale Kräfte ihre → Herrschaft ausüben. Demnach gehören auch der Verband der Automobilindustrie (VDA), der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) oder die Gewerkschaften zum historischen Block.

Ein solches Staatskonzept basiert auf einem spezifischen Verständnis von Hegemonie. Die Vorherrschaft einer Klasse oder Klassenfraktion mittels des Staates beruht nicht nur auf Macht und der Androhung von Gewalt und Zwang, sondern auch auf der kompromisshaften, teilweise auch exkludierenden, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Verallgemeinerung von Partikularinteressen. Auch eine intellektuelle, ethische und kulturelle Deutungshoheit gehört dazu. Herrschaft beruht auf der Fähigkeit, die bestehenden sozialen Verhältnisse konsensual abzusichern. Genau dies aber ist ganz offensichtlich nur noch mit Einschränkungen der Fall. Die Bundesregierung, so haben die Autogipfel der vergangenen Jahre gezeigt, bietet der Autoindustrie keinen unhinterfragten Rückhalt mehr. Der hegemoniale Diskurs über die Verkehrspolitik hat sich auch in der Europäischen Union teilweise bereits verschoben. Soziale Kräfte wie Protestbewegungen definieren lautstark und durch vielfältige Aktivitäten in der Zivilgesellschaft neue Gemeinwohlinteressen. Zukunftsgerichtet formuliert: Die Forderungen subalterner Gruppen[1] haben die Kraft, die Verhältnisse im herrschenden historischen Block zu verändern. Das ist – freilich bei ganz unterschiedlichen Ausprägungen – kein rein nationales, sondern ein transnationales Phänomen.

1 Der Begriff »subaltern« beschreibt in der postkolonialen Theorie die unteren sozialen Schichten und alle *anderen* sozialen Gruppen, die an den Rand einer Gesellschaft gedrängt werden.

Eine solche Perspektive erweitert das Verständnis über Mobilität, Verkehr, Staat und Automobilindustrie. Der integrale Staat und die Zivilgesellschaft werden zum Ort, an dem Hegemonie (re-)produziert oder Gegen-Hegemonie aufgebaut wird (Brand 2020). Sie sind nicht nur ein Einflussfaktor auf staatliches Handeln, sondern integraler Bestandteil von Staatlichkeit. Die vielfältigen Initiativen sind demnach an »der Transformation des Staates« (Brand et al. 2001) beteiligt. Allerdings können sie sich als kritische zivilgesellschaftliche Akteure der automobilen Hegemonie nicht einfach entziehen. Sie sind allerdings auch kein reines Herrschaftsinstrument, denn die Funktion des integralen Staates ist und bleibt umkämpft. Ein neues Konfliktterrain ist entstanden, auf dem gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Mobilität von morgen, um klimafreundliche und lebenswerte Städte, um Entschleunigung, unseren (nachhaltigen) Umgang mit der → Natur und mit Ressourcen und gegen den Fetisch von Wachstum und Wettbewerb stattfinden.

Fazit: Ausgang noch offen

Die analytische Perspektive hat gezeigt, dass Mobilität nicht nur von unterschiedlichen Konfliktlinien geprägt ist, die sich mittlerweile erheblich überlagern und transformative Ungewissheiten erzeugen. Sie hat auch verdeutlicht, dass der MIV – trotz der Brüche, die sich bereits beobachten lassen – nach wie vor von Staat, Automobilindustrie und Gesellschaft herrschaftlich abgesichert wird. Die Frage ist nun, ob die gesellschaftlichen Konflikte anhalten und eine Gegen-Hegemonie entstehen kann. Das setzt wiederum voraus, dass Mobilität, Verkehr, Klima und automobile Industriepolitik nicht als einzelne Politikfelder konstituiert werden, sondern unter dem Leitbild von Nachhaltigkeit, Entschleunigung und Post-Wachstum gesehen werden (Brand 2020). Dass die Automobilbranche unter vielfältigem Anpassungsdruck steht und sich neue Handlungskorridore – Stichwort: Konversion – eröffnen, kann dabei als Vorteil gesehen werden (Petschow et al. 2018). Sie können durchaus einen größeren Beitrag zum Aufbau eines nachhaltigen, öffentlichen Nahverkehrs leisten; bezüglich der Transportmittel, der Infrastruktur sowie der Sozialverträglichkeit (Högelsberger/Maneka 2020).

Allerdings zeigt sich die hegemoniale Absicherung der bestehenden Verkehrsverhältnisse insbesondere am Trend zum E-Auto. Fast alle negativen Folgewirkungen des MIV wie versiegelte Landschaften, Staus oder Unfälle werden dadurch in die Zukunft fortgeschrieben. Während des Betriebs des E-Fahrzeugs werden allerdings keine CO_2-Emissionen und Stickoxide produziert, sofern der dafür benötigte Strom aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Die negativen Effekte der Produktion werden vor allem in den Globalen Süden externalisiert; dorthin, wo die Rohstoffe für die Batterien gefördert werden. Die sauberen Städte und das gute Gewissen sind mit sozialen und ökologischen Verwerfungen im Globalen Süden erkauft (Brunnengräber 2020; Groneweg/Reckordt 2020; Prause/Dietz 2020). Zwischen den Konflikten um die Inwertsetzung der Rohstoffe im Globalen Süden und der Verkehrswende im Globalen Norden bestehen folglich transnationale Verflechtungen, wenn gleich sich die je nationalen Kämpfe nicht immer aufeinander beziehen (Prause/Dietz 2020).

Die Vielfältigkeit und Dynamik der nationalen und transnationalen Kämpfe sind Anzeichen dafür, dass die automobile Hegemonie zumindest Risse bekommen hat. Die Automobilindustrie wird nicht mehr wie in früheren Zeiten von staatlicher Seite

hofiert. Die Corona-Krise hat nicht nur verdeutlicht, dass der Staat Verantwortung für die Gesellschaft trägt, sondern auch zentrale Entscheidungen zu deren Wohlgefühl und Gesundheit fällen kann. Dazu gehört in der Verkehrspolitik, dass in Zeiten des Klimawandels und wachsender gesundheitlicher Gefahren Autos mit Verbrennungsmotoren aus den Innenstädten verbannt werden, dass Pop-up-Radwege[2] eingerichtet werden, Infrastrukturmaßnahmen für Fahrrad- und Fußverkehr eingeleitet werden oder Abwrackprämien nicht mehr in Frage kommen. Ein wenig gegen die hier vorgelegte Analyse optimistisch in die Zukunft gedacht: Setzten sich die Leuchtturm- und Nischenprojekte, getragen von sozialen Bewegungen und NGOs, durch, wird die Mobilität von morgen schon bald nachhaltig und lebensfreundlich sein: Städte, in denen Verbrennungsmotoren verboten sind, Radfahrer*innen, Fußgänger*innen und spielende Kinder Vorrang haben. Ein öffentliches Nah- und Fernverkehrssystem entsteht, das klimafreundlich und ganzheitlich gedacht ist.

Literatur

Agora Energiewende (2021): »Die Energiewende im Corona-Jahr: Stand der Dinge 2020. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2021«, https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2021/2020_01_Jahresauswertung_2020/200_A-EW_Jahresauswertung_2020_WEB.pdf (Zugriff: 04.10.2021).

Agora Verkehrswende (2017): »Strategien für die nachhaltige Rohstoffversorgung der Elektromobilität. Synthesepapier zum Rohstoffbedarf für Batterien und Brennstoffzellen«, https://www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2017/Nachhaltige_Rohstoffversorgung_Elektromobilitaet/Agora_Verkehrswende_Synthesenpapier_WEB.pdf (Zugriff: 03.02.2021).

Bormann, René/Fink, Philipp/Holzapfel, Helmut/Rammler, Stephan/Sauter-Servaes, Thomas/Tiemann, Heinrich/Waschke, Thomas/Weirauch, Boris (2018): »Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie. Transformation by Disaster oder by Design?«, WISO-Diskurs, Nr. 03, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, https://library.fes.de/pdf-files/wiso/14086-20180205.pdf, (Zugriff: 04.10.2021).

Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (2001): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brand, Ulrich (2019): »In der Wachstumsfalle. Die Gewerkschaften und der Klimawandel«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7, S. 79-88.

Brand, Ulrich (2020): Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie. Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise: Mit einem Beitrag zur Corona-Krise, Hamburg: VSA.

Brunnengräber, Achim (2019): »Unter Strom. Die deutsche Automobilindustrie im Strukturwandel zur E-Mobilität«, in: Sozial. Geschichte Online, Nr. 25, S. 81-101.

Brunnengräber, Achim (2020): »Die ressourcenpolitische Absicherung des E-Autos. Zur Rohstoff-Governance in Deutschland, der Europäischen Union und im Li-

2 Während der COVID19-Pandemie und wegen des durch sie reduzierten MIVs wurden in verschiedenen deutschen Städten kurzfristig Fahrbahnstreifen in (Pop-up)-Radwege umgewandelt.

thiumdreieck Argentinien, Chile und Bolivien«, in: Achim Brunnengräber/Tobias Haas (Hg.): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript, S. 279-306.

Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (Hg.) (2020): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript.

Canzler, Weert/Knie, Andreas (2018): Taumelnde Giganten. Gelingt der Autoindustrie die Neuerfindung?, München: oekom.

Cox, Robert (1987): »Production, Power and World Order: Social Forces in the Making of History«, New York: Columbia University Press.

Daum, Timo (2018): »Das Auto im digitalen Kapitalismus. Dieselskandal, Elektroantrieb, Autonomes Fahren und die Zukunft der Mobilität«, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Das_Auto_im_digitalen_Kapitalismus.pdf (Zugriff: 03.02.2021).

Frauenhofer IAO (2018): »ELAB 2.0. Wirkungen der Fahrzeugelektrifizierung auf die Beschäftigung am Standort Deutschland«, https://shop.iao.fraunhofer.de/publikationen/elab-2-0-2-auflage.html (Zugriff: 09.06.2021).

Groneweg, Merle/Reckordt, Michael (2020): »Zwischen ernsthaften Bemühungen und Greenwashing. Die Automobilindustrie als Treiber sauberer Lieferketten?«, in: Achim Brunnengräber/Tobias Haas (Hg.): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript, S. 255-278.

Haas, Tobias/Jürgens, Isabel/Brunnengräber, Achim (2020): »Die Corona-Pandemie als Transformationsbeschleuniger. Die Auswirkungen der Krise auf die Verkehrswende in Deutschland«, in: FJSB, Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 33. Jg., Nr. 4, S. 834-843.

Högelsberger, Heinz/Maneka, Danyal (2020): »Konversion der österreichischen Auto(zuliefer)industrie? Perspektiven für einen sozial-ökologischen Umbau«, in: Achim Brunnengräber/Tobias Haas (Hg.): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript, S. 409-440.

Kaiser, Julia (2020): »#Wir fahren zusammen. Die Allianz von Fridays for Future und ver.di im Bereich Nahverkehr als Exempel ökologischer Klassenpolitik«, in: Klaus Dörre/Madeleine Holzschuh/Jakob Köster (Hg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a.M., New York: Campus, S. 267-284.

Manderscheid, Katharina (2020): »Antriebs-, Verkehrs- oder Mobilitätswende? Zur Elektrifizierung des Automobilitätsdispositivs«, in: Achim Brunnengräber/Tobias Haas (Hg.): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript, S. 37-68.

Petschow, Ulrich/Uhle, Christian/Böing, Heinrich (2018): »Mobilitätswende – die deutsche Automobilindustrie im Umbruch«, https://www.denkwerk-demokratie.de/wp-content/uploads/2018/02/DD_Werkbericht_8-fin.pdf (Zugriff: 03.02.2021).

Prause, Louisa/Dietz, Kristina (2020): »Die sozial-ökologischen Folgen der E-Mobilität. Konflikte um den Rohstoffabbau im Globalen Süden«, in: Achim Brunnengräber/Tobias Haas (Hg.): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript, S. 329-351.

PwC (2017): »Five trends transforming the Automotive Industry«, https://www.pwc.com/hu/hu/kiadvanyok/assets/pdf/five_trends_transforming_the_automotive_industry.pdf (Zugriff: 02.05.2019).

Sachs, Wolfgang (1984): Die Liebe zum Automobil, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Schöller, Oliver/Canzler, Weert/Knie, Andreas (Hg.) (2007): Handbuch Verkehrspolitik, 1. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schwedes, Oliver/Canzler, Weert/Knie, Andreas (Hg.) (2016): Handbuch Verkehrspolitik, Wiesbaden: Springer VS.

SRU – Sachverständigenrat für Umweltfragen (2017): Umsteuern erforderlich: Klimaschutz im Verkehrssektor. Sondergutachten, 1. Aufl., Berlin: SRU.

Strötzel, Maximilian (2020): »(Auto-)Mobilität zwischen Zwang und Teilhabe. Gewerkschaftliche Perspektiven auf die Probleme einer sozial-ökologischen Antriebs- und Verkehrswende«, in: Achim Brunnengräber/Tobias Haas (Hg.): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript, S. 383-408.

Urry, John (2004): »The ›System‹ of Automobility«, in: Theory, Culture & Society, 21. Jg., Nr. 4-5, S. 25-39.

Wissen, Markus (2019): »Kommodifizierte Kollektivität?«, in: Klaus Dörre/Hartmut Rosa/Karina Becker/Sophie Bose/Benjamin Seyd (Hg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften, Wiesbaden: Springer VS, S. 231-243.

Müll – Macht – Materialität: Politische Ökologien des Abfalls

Johanna Kramm und Nicolas Schlitz

›Abfälle‹ sind politisch. Denn die Art und Weise wie, wo und von wem ›Müll‹[1] produziert wird, was damit gemacht wird und was Abfallmaterialien ›machen‹, ist durch soziale Macht- und Ungleichheitsverhältnisse geprägt. Dies äußert sich z.B. in Konflikten um die Platzierung einer Mülldeponie oder die soziale Stigmatisierung von Menschen, die mit Müll arbeiten.

In jeder Gesellschaft entsteht Abfall, also »Material, dessen Gebrauch wir verfehlt haben« (Gille 2007: 18). Allerdings unterscheidet sich ›moderner‹ Abfall (MacBride 2013) in Quantität und Qualität von dem Müll vorindustrieller Produktionsweisen. So lässt sich ein (exponentielles) quantitatives Wachstum des weltweiten Abfallaufkommens feststellen, das auf die Produktion von immer mehr Gütern für immer ausdifferenziertere und schneller wechselnde, globalisierte Konsumwünsche zurückgeht, die direkt mit der auf Wachstum basierenden kapitalistischen Wirtschaftsweise verbunden sind. Dies führt bis hin zur geplanten Obsoleszenz, bei der Produkte bereits so konzipiert werden, dass sie schnell kaputtgehen und durch neue ersetzt werden müssen. Des Weiteren erfordert der Einsatz zunehmend komplexerer Kombinationen und Verbindungen von insbesondere synthetischen Materialien zum einen eine anspruchsvollere Abfallbehandlung und führt zum anderen zu Umweltgefährdungen durch die Freisetzung toxischer Stoffe. Änderungen in der Qualität und Quantität des ›Inputs‹ in Produktionsprozesse bzw. in den gesellschaftlichen → Metabolismus (Stoffwechsel), der »den gesamten Material- und Energiefluss [umfasst], der für die Aufrechterhaltung der ökonomischen Aktivitäten einer Gesellschaft benötigt wird« (Haberl et al. 2011: 3), bestimmen die Menge, die Zusammensetzung und die Gefährlichkeit des Abfalls (Winiwarter 2002).

Die sozial-ökologische Krisenhaftigkeit eines stetig anwachsenden und immer komplexer werdenden Abfallaufkommens soll durch die systematische Implementierung von abfallwirtschaftlichen Konzepten der *Deponierung*, der *Verbrennung* und später des *Recyclings* in regulierte Bahnen gelenkt werden. Jedoch handelt es sich dabei oft nur um eine zeitliche oder räumliche Verschiebung des Problems. Gleichzeitig stellen Recyclingökonomien einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar – insbesondere in vielen

1 Während ›Abfall‹ der technisch-definitorisch präzisere Begriff ist, verwenden wir den Begriff ›Müll‹, um die soziale Konstruiertheit, diskursive Umkämpftheit, die begrifflich-konzeptionelle Ambivalenz, Schmutzigkeit und Unbestimmtheit des Bezeichneten hervorzuheben.

Ländern des Globalen Südens, wo sie in Zusammenspiel mit dem globalen Handel von Abfall- und Recyclingmaterialien ganze Wirtschaftssektoren mit Ressourcen versorgen (Gregson/Crang 2015).

Die negativen Auswirkungen von Müll und Verschmutzung sind sozial sehr ungleich verteilt (Laser/Schlitz 2019) und führen oft zu großer Umweltungerechtigkeit (→ Gerechtigkeit). Denn schlussendlich haben Praktiken des ›*Wastings*‹ immer etwas mit gesellschaftlichen Normen und Klassifikationen zu tun, die sich in sozial-räumliche Abstoßungs-, Verdrängungs- und Marginalisierungsprozesse übersetzen (Gille 2007). Darin spiegeln sich soziale Ordnungen, Hierarchien und Ungleichheiten wider, worin auch der politische Charakter von Müll begründet ist. Konflikte um ›Müll‹ können sich dabei um die ungleiche und ungerechte Verteilung von Umweltbelastungen durch Abfallablagerungen und Deponien (als klassische Fälle der Umweltungerechtigkeit) drehen oder um den Zugang zur und die Organisation der Abfallentsorgung und -behandlung sowie einhergehenden Arbeitsbedingungen. Solchen Konflikten kann der ungleiche und ungerechte Zugang zu Abfall als Ressource und Recyclingmaterial (z.B. für formelle und informelle Recyclingökonomien) zu Grunde liegen. Es kann sich um offen ausgetragene oder auch latent schwelende Konflikte handeln, die dabei oft sowohl städtische, als auch ländliche Problemlagen betreffen. Die Politische Ökologie des Mülls bietet unterschiedliche Perspektiven, um diese Konflikte und die darin involvierten, unterschiedlich machtvollen Akteure zu thematisieren.

Zusammengefasst rückt die Politische Ökologie des Abfalls drei Einsichten ins Zentrum, um sozial-ökologische Macht- und Ungleichheitsverhältnisse in Zusammenhang mit Müll zu analysieren: (1.) Dass die Produktion von Abfällen und daraus resultierende ›Müllprobleme‹ inhärent in das Wirtschaftssystem und den sozialen Metabolismus einer Gesellschaft eingeschrieben sind – insbesondere in die kapitalistische Produktionsweise (Winiwarter 2002); (2.) dass zudem das, »was Müll ist, oder was zu Müll wird, […] mehr vom geographischen und historischen Kontext abhängig [ist], als von den ›innewohnenden‹ Eigenschaften der Dinge« (Moore 2011: 135), wodurch Müll als sozial-räumliche Konstruktion (Douglas 2001 [1966]) kenntlich wird, in der sich soziale Ordnungen, Hierarchien und Ungleichheiten widerspiegeln; (3.) dass jedoch Abfallmaterialien nicht passiver Spielball menschlicher Aktivitäten sind, sondern selbst materielle Wirkmächtigkeit und Handlungsmacht im Zusammenspiel mit Akteuren und Dingen entfalten (Gabrys et al. 2013). Diese drei Einsichten ermöglichen alternative Zugänge zu vorherrschenden Formen der Produktion und des Managements von Abfällen als auch zum globalen Müllproblem, das in der öffentlichen Berichterstattung über Müll in Begriffen wie der ›Müllflut‹ (Klawitter 2020) oder dem ›Giftmüll‹[2] zutage tritt.

Im Folgenden wird eine Kritik an gängigen Bearbeitungsweisen des Müllproblems dargelegt und es werden zwei Zugänge der Politischen Ökologie vorgestellt. Diese zwei Zugänge werden dann jeweils anhand eines Fallbeispiels aus dem Globalen Süden expliziert. Die Auswahl der Fallbeispiele liegt in den Forschungsgebieten der Autor*innen begründet. Dabei sind wir uns einer gewissen Gefahr des ›*Othering*‹ (→ Post- und Dekoloniale Politische Ökologie) bewusst und verweisen darauf, dass ›Müllverhältnisse‹ im Globalen Norden ebenfalls konflikthaft und machtgeladen sind. Der Beitrag schließt mit einer kurzen Diskussion beider Zugänge.

2 Vergleiche die Berichterstattung auf Muellrausch.de (www.muellrausch.de/tag/giftmuell).

Kritik einer ökologischen Modernisierung

Die verschiedenen Technologien und Konzepte des Abfallmanagements – insbesondere effiziente Sammlung, kontrollierte Deponierung, Müllverbrennung (auch ›thermische Verwertung‹ genannt) und das ›Recycling‹ – können als dominante Formen der gesellschaftlichen Handhabung von Abfällen bezeichnet werden. Sie bilden wichtige Elemente des etablierten Umweltmanagements und nationaler Umweltgesetzgebungen. Sie vermitteln den Eindruck der Kontrolle über Müll – ganz nach dem Motto: Wir (als Gesellschaft) wissen an sich, wie mit der Müllflut umzugehen ist, mancherorts mangelt es nur an der Umsetzung.

Ein Effekt der dominanten Formen der gesellschaftlichen Abfallhandhabung ist, dass die öffentliche Aufmerksamkeit weg von den gesellschaftlichen Bedingungen der Abfallproduktion, der historischen Gewordenheit des Müllproblems und dessen ungerechter Verteilung und hin zu Formen der technischen Problemlösung gelenkt wird. Durch »den Imperativ und die Techniken der Entsorgung« (Gille 2007: 25) soll Abfall als gesellschaftliches, sozial-ökologisches Problem verschleiert und außer Sicht gebracht werden. Dieser Impuls der Entsorgbarkeit im Umweltmanagement führt zur Missachtung der Materialität von Abfallmaterialien, insbesondere bei so genannten *End-of-Pipe* Technologien wie Deponierung oder Müllverbrennung – Technologien, die nur die Symptome des Problems bearbeiten. Auch vorherrschende Konzepte des ›Recyclings‹ und der ›Kreislaufwirtschaft‹ setzen in der Praxis beim ›Output‹ an und nicht bei der Art und Weise des Produzierens und Konsumierens (Corvellec 2019). Dahinter verbirgt sich das Paradigma der ökologischen Modernisierung, demzufolge Umweltprobleme durch technologischen Fortschritt und effizientere Ressourcennutzung behoben werden können. Es handelt sich um ein auf ökonomisches Wachstum ausgerichtetes Paradigma, das tendenziell auf große, technologie-intensive (also ›high-tech‹) und kapital-intensive (also teure) infrastrukturelle Lösungen abzielt.

Die Politische Ökologie bietet verschiedene theoretische Zugänge für eine Kritik an der ökologischen Modernisierung an. Einerseits der ›klassische‹ Zugang der Politischen Ökologie des Abfalls, der sowohl auf den historischen Materialismus (→ marxistische Politische Ökologie) als auch auf frühe sozial-konstruktivistische und diskurstheoretische Ansätze (→ Diskurstheorie) aufbaut. Dadurch eignet sich dieser Zugang, um hervorzuheben, wie durch die Rahmung des Müllproblems im Sinne einer ökologischen Modernisierung eine ganz bestimmte Setzung der Frage vorgenommen wird, *wie* und in welcher Form mit dem produzierten Müll umgegangen werden kann und soll. Die Politische Ökologie kritisiert die technokratischen und auf Effizienz ausgerichteten dominanten Formen der gesellschaftlichen Handhabung von Abfällen und stellt sich stattdessen Fragen wie: Wie sind die vorherrschenden gesellschaftlichen Müllverhältnisse historisch entstanden? Welche Gruppen von Akteuren sind in die gesellschaftliche Handhabung von Abfall involviert oder davon betroffen und welche Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse kommen dabei zum Ausdruck? Welche Rolle spielt dabei das Wissen sowie die Definitions- und Deutungsmacht über Müll und das Müllproblem? Die Relevanz dieser Fragen wird anhand des Fallbeispiels der »Garbage Crisis« (Harris 2012) der indischen Metropole Bangalore erläutert.

Die Diskussionen eines Neuen Materialismus, der Materialität eine neue Bedeutung einräumt (Coole/Frost 2010; Bauriedl 2016; Becker/Otto 2016), haben zur Herausbildung eines weiteren – zweiten – Zugangs der Politischen Ökologie des Abfalls

geführt. Der Begriff ›Neuer Materialismus‹ wird oft als Klammer für eine Bandbreite von Ansätzen verwendet (→ More-Than Human, ANT, New Materialism), die dem Materiellen und Nicht-Menschlichen insgesamt eine bedeutendere Rolle zuweisen. Bezogen auf unser Beispiel wird ›Müll‹ nicht mehr alleinig als ein soziales Konstrukt verstanden (epistemisch), sondern als ein wirkmächtiges, widerspenstiges Material (ontologisch). Materielles hat Kapazitäten, mit anderen menschlichen Akteuren und nicht-menschlichen Aktanten zu interagieren (DeLanda 2006). Der Begriff ›Materialität‹ bezieht sich auf jene Kapazitäten des Materiellen, je nach Gefügebeziehungen, die es mit menschlichen und nicht-menschlichen Entitäten eingeht, bestimmte Wirkmächtigkeiten (Effekte) zu entfalten. Damit entzieht es sich leicht einem menschlichen Management und einer vollkommenen Kontrollierbarkeit, was wiederum auf die Grenzen eines technologischen Abfallmanagements verweist. Diese Gefüge, auch Assemblages genannt, zeichnen sich durch Komplexität, Selbstorganisation, Nicht-Wissen und Emergenz (das Entstehen neuer Qualitäten) aus (DeLanda 2006; Bennett 2010). Handlungsmacht liegt demnach nicht bei einzelnen Akteuren, sondern ist verteilt auf verschiedene Akteure und Aktanten des Gefüges. Daher fragt so eine Perspektive, welche Kapazitäten die involvierten Materialien im Zusammenspiel mit anderen gesellschaftlichen und nicht-menschlichen Akteuren und Prozessen haben, eine sozial-ökologische Wirkmächtigkeit zu erlangen. Und welche Konsequenzen dies für die gesellschaftliche Handhabung von Müll hat. Dieser Zugang wird im zweiten Fallbeispiel zu ›(Meeres-)Müll‹ auf der vietnamesischen Insel Phu Quoc diskutiert.

Die Politische Ökologie eines städtischen Müllkonflikts

Im Sommer 2012 musste Bangalore, die IT-Metropole im Süden Indiens, mitten in der Festivalsaison für Wochen ohne einen Ort zur Entsorgung des städtischen Mülls auskommen: Der Grund dafür war die Blockade von zwei großen Mülldeponien an der städtischen Peripherie durch die Bewohner*innen der anliegenden Dörfer. Das führte zu wachsenden Müllbergen in der Stadt und endlosen Reihen voll beladener Müllfahrzeuge entlang der Ausfallstraßen. Diese viel beachtete »Garbage Crisis« (Harris 2012) provozierte eine gemeinsame Stellungnahme des ›Solid Waste Management Round Table‹ (*SWMRT*), einer breiten Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sie warfen der Stadtregierung die langjährige Abladung von Bangalores ›toxischem Erbe‹ auf anliegende Dorfgemeinschaften vor und kritisierten, dass diese Müllkrise eigentlich im systematischen Versagen der Stadtregierung selbst und der »kriminellen Missachtung anzuwendender Standards, Normen und Gesetze« (ESG 2012) durch Großunternehmen in der Deponiebewirtschaftung begründet sei. Wie war es zu dieser ›Müllkrise‹ gekommen?

Mit dem Wachstum der Stadt und sich verändernden Produktions- und Konsummustern stieg auch das Abfallaufkommen und der Anteil synthetischer Abfälle seit den 1990er Jahren rasant an. Diese Veränderung des urbanen Metabolismus führte zum Erliegen der traditionellen Rücknahme organischer Abfälle durch die stadtnahe Landwirtschaft (Beukering et al. 1999). Zugleich beschränkte sich die öffentliche Abfallhandhabung in Bangalore lange Jahre auf die Sammlung und Deponierung städtischer Abfälle und das Bestreben, die Straßen sauber zu halten. Unter den Vorzeichen neoliberaler Austeritätspolitik versuchte die Stadtregierung, das kostspielige

›Müllproblem‹ über die Ausschreibung öffentlicher Entsorgungsaufträge an private Dienstleistungsunternehmen in den Griff zu bekommen – in der Annahme von Einsparungspotentialen (Roy Choudhury 2002). Die klientelistische Verstrickung dieser Unternehmen mit lokalen Politiker*innen führte jedoch zum Missbrauch öffentlicher Gelder, umweltgefährdenden Praktiken wie der illegalen Ablagerung des städtischen Abfalls entlang von Ausfallsstraßen, um Treibstoffkosten zu sparen (Afshan 2005) und beeinträchtigte die langfristige politische Steuerung des ›Müllproblems‹. Das war der Ursprung des von den lokalen Medien als ›Mafia‹ beschriebenen ›*Contractor*-Systems‹ von Dienstleistungsunternehmen in der öffentlichen Abfallentsorgung.

Aus Perspektive der ökologischen Modernisierung ist dieses korruptionsanfällige[3] *Contractor*-System in der öffentlichen Abfallhandhabung für die ›Müllkrise‹ allein verantwortlich zu machen und nur durch die weitere ›Modernisierung‹ der Abfallwirtschaft zu beheben. Aus dem Blick gerät dabei, dass es zu diesem Zeitpunkt in Bangalore bereits verschiedene, teils widersprüchliche Formen der gesellschaftlichen Abfallhandhabung gab: Informelle Recyclingnetzwerke waren neben der öffentlichen Abfallentsorgung maßgeblich daran beteiligt, die negativen Umweltauswirkungen sowie das insgesamt zu deponierende Abfallaufkommen gering zu halten. Darin tätige und oft von sozialer Marginalisierung und Stigmatisierung im öffentlichen Raum betroffene Menschen sammelten gebrauchte Gegenstände, Materialien und Wertstoffe, um die Nachfrage nach Gebrauchtwaren und leistbaren Sekundärrohstoffen zu bedienen. Dabei spiegelt die Marginalisierung von informellen Recycler*innen die Verräumlichung von sozialen Ordnungen, Hierarchien und Ungleichheiten durch Müll wider.

Die ab den 2000er Jahren einsetzende ›Modernisierung‹ von Bangalores Abfallentsorgung führte zur langsamen Verdrängung dieser informellen Recycler*innen. Die Einführung eines formellen Müllsammeldienstes auf Haushaltsebene schränkte zwei zentrale Zugänge informeller Recyclingnetzwerke zu Abfallressourcen stark ein: einerseits die getrennte Sammlung (bzw. den Ankauf) von Recyclingmaterialien direkt bei den einzelnen Haushalten sowie andererseits die Wiedergewinnung hochwertiger Abfallmaterialien aus öffentlichen Abfallsammelstellen und -behältern. Gleichzeitig war die fortschreitende Privatisierung öffentlicher Entsorgungsaufgaben durch die Durchsetzung westlicher Modelle von ›*Public-Private-Partnerships*‹ für kapital- und technologieintensive Investitionen in der Abfall- und Deponiebewirtschaftung geprägt. Beides trieb die Menge des der ›Entsorgung‹ (Deponierung) zugeführten gemischten Abfalls in die Höhe. Eine Politische Ökologie mit Blick auf Veränderungen des urbanen Metabolismus eröffnet folgendes: Angesichts eines Anteils von 32 Prozent Recyclingmaterialien und bis zu 60 Prozent biologisch abbaubarer Abfälle[4] innerhalb des städtischen Abfallaufkommens (Beukering et al. 1999) spiegelte sich in dieser Form der ›Modernisierung‹ entlang westlicher Deponiebewirtschaftungsmodelle eine folgenreiche Missachtung der Materialität des städtischen Mülls wider. Entlang der städtischen Peripherie führte die über viele Jahre völlig unkontrollierte Deponierung von täglich

3 Dass sich solche korruptionsanfälligen und umweltgefährdenden Praktiken in der Abfallhandhabung nicht auf den Globalen Süden beschränken, zeigen aktuelle Berichte über illegale Mülldeponien in Deutschland (www.muellrausch.de).

4 Insbesondere hohe Anteile organischer Abfälle beeinflussen die bio-chemische Reaktivität gemischter Abfallströme sehr stark und können dabei ernsthafte Gesundheits- und Umweltrisiken verursachen (Furedy 1994).

bis zu tausend Tonnen unbehandelten städtischen Mülls zu schwerer Kontamination lokaler Grundwasserreservoirs, der umliegenden landwirtschaftlichen Anbauflächen und der Luft (ESG 2010). Die dadurch verursachten schwerwiegenden und teils tödlichen Erkrankungen unter der lokalen Dorfbevölkerung, der mehrheitlich vom Kastenwesen diskriminierte Gruppen angehörten, gipfelten im Sommer 2012 in ihrer Blockade der Mülldeponien. Im Zuge der Politisierung dieser Müllkrise durch die breite zivilgesellschaftliche Allianz des SWMRT konnte auch auf die Situation informeller Recycler*innen aufmerksam gemacht und deren Anerkennung in Form von offiziellen ›ID-Cards‹ der Stadtverwaltung erkämpft werden (Schlitz 2014). Das verdeutlicht den politischen Charakter von Müll in Zusammenhang mit den dominanten Formen der gesellschaftlichen Abfallhandhabung sowie den auf sozial-räumlicher Ungleichheit und Umweltungerechtigkeit basierenden Marginalisierungsprozessen. Sie zeigen sich in der Verdrängung informeller Recycler*innen sowie in Bangalores ›toxischem Erbe‹ an der städtischen Peripherie. Bangalores ›*Garbage Crisis*‹ ist zum einen Ausdruck bestehender sozialer Ungleichheiten und Machtverhältnisse, zum anderen können verschiedene marginalisierte Akteure die Materialität des Mülls und dessen Sichtbarkeit in der öffentlichen Wahrnehmung auch nutzen, um Marginalisierung und Umweltungerechtigkeit zu problematisieren und gesellschaftlich zu verhandeln.

Die Politische Ökologie von (marinem) Plastikmüll aus Perspektive des Neuen Materialismus

Wie im Fall von Bangalore gezeigt, spielt die Materialität von Müll eine besondere Rolle bei der Aushandlung von Umweltgerechtigkeit. Im Folgenden wird die materielle Wirkmächtigkeit und die verteilte Handlungsmacht (Bennett 2010) von Müll – die dritte, oben genannte Einsicht – anhand eines Beispiels zum Müllproblem auf der vietnamesischen Insel Phu Quoc verdeutlicht. Die Insel gehört zu den touristischen Hauptattraktionen Vietnams. Die Gemeindeverwaltungen haben sowohl mit dem steigenden Siedlungsabfall und dem touristischen Müllaufkommen zu kämpfen, mit dem das lokale Abfallmanagement nicht Schritt halten kann, als auch mit dem Meeresmüll, der je nach Jahreszeit an die Strände der Insel gespült wird. Dieser Müll ist kein homogenes Material, sondern besteht aus organischen und nicht-organischen Stoffen – insbesondere Plastikmüll, der über marine Aktivitäten und vom Land in die Meere eingetragen wird (Kerber/Kramm 2020). Die Materialität von Plastikmüll zeichnet sich durch eine hohe Langlebigkeit aus, entfaltet im Zusammenspiel mit anderen Kräften wie Wind oder Meeresströmungen Qualitäten des Schwimmens oder Fliegens (Umherwehen) und akkumuliert auf Grund der Meeresströmungen in den sogenannten Meereswirbeln (z.B. ›*Great Pacific garbage patch*‹). Kleinste Plastikpartikel können, je nachdem von welchem Wasserorganismus sie aufgenommen werden, unterschiedliche Wirkmächtigkeiten entfalten. So haben biologische Untersuchungen gezeigt, dass Plastikpartikel für Organismen, die das Wasser filtrieren (z.B. Muscheln), ein größeres Risiko darstellen als für andere Organismen im Meer (Scherer et al. 2017). Dieses Beispiel verdeutlicht, dass Materialität unabhängig vom menschlichen Willen und gesellschaftlichen Rationalitäten Wirkungen entfaltet und Konsequenzen sowohl für menschliche als auch nicht-menschliche Entitäten hervorruft. Mit einer materiellen Betrachtung von Abfall werden auch menschlich-sinnliche Eindrücke relevant, denn Abfall unterliegt

bio-chemischen Prozessen; zersetzt sich bzw. zerfällt, riecht, ist mobil (Davies 2012) und hat bestimmte visuelle Qualitäten. Plastikmüll ist bunt und stört das touristische Erlebnis einer unberührten tropischen Natur. Daher säubern alle Ressorts ihre Strände. Strandreinigungen werden somit ein Teil der Inwertsetzung der Natur. Während auf Phu Quoc nur die touristisch erschlossenen Gebiete durch die öffentliche Müllentsorgung abgedeckt sind, wird den Bewohner*innen in den ländlichen ärmeren Gebieten die Abfallentsorgung selbst überlassen (Kerber/Kramm 2021). Gleichzeitig wurde die an der touristischen Hauptroute gelegene Mülldeponie geschlossen und die neue Deponie in eine abgelegene Region gebaut, dort jedoch unmittelbar in die Nähe eines Dorfes. Auf Grund der widerspenstigen Materialität lässt sich der Müll dort nicht ›einfach so‹ kontrollieren und managen, wie es die Gebietskörperschaften gerne hätten. Die Handlungsmacht des Mülls und damit seine Materialität sind am Werk, wenn er Praktiken und Orte des Wegsperrens und der Behandlung zuwiderläuft oder ›boykottiert‹, z.B. wenn verschmutztes Sickerwasser die Deponie verlässt. In Folge hat Müll auch die Kapazität, Räume und Menschen zu politisieren (Moore 2011): Der Gestank und das verschmutzte Sickerwasser führten zu Widerstand bei der Dorfbevölkerung.

Die Annahme einer distributiven Handlungsmacht, bei der Handlungen immer ein Resultat eines Gefüges sind, wirft jedoch Fragen nach Verantwortung und Rechenschaft auf (Bennett 2010; Barad 2012), so auch im Falle des angespülten Meeresmülls am Strand und der Müllsituation auf der Insel. Sind es die Handlungen der Touristen und der lokalen Bevölkerung oder die Persistenz der Plastik-Materialien, die zu Plastikmüll in der Umwelt führen? Sind es die ungesicherten Mülldeponien an den Küsten oder die globalen, kapitalistischen Konsum- und Produktionsweisen? Diese Fragen machen deutlich, dass Einzelzuweisungen schwer zu machen sind. Denn im Müllgefüge sind viele Komponenten und Prozesse auf verschiedenen Skalen miteinander verflochten, bedingen sich gegenseitig und bringen das Phänomen ›(Meeres-)Müll‹ hervor. Daher lehnt Bennett (2010) in ihrer Politischen Ökologie der Dinge moralische Schuldzuweisungen, die vermeintlich verantwortliche Akteure identifizieren, ab. Stattdessen plädiert sie für eine umfassende Analyse komplexer sozio-materieller Gefüge, um nicht nur Symptome eines Problems zu bearbeiten, sondern an einer Neugestaltung der Beziehungen mitzuwirken, die durch Respekt und Aufmerksamkeit für das Nicht-Menschliche geprägt ist (ebd.: ix). Inwieweit durch die Perspektive des Neuen Materialismus Fragen nach ungleichen gesellschaftlichen Machtverhältnissen aus dem Blick geraten, wird in der Politischen Ökologie noch intensiv diskutiert (Holifield 2009; Becker/Otto 2016). Die Forschung zur Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT), in der die Diskussion zur Machtfrage bereits länger geführt wird (z.B. Müller 2015), könnte Impulse für die Debatte in der Politischen Ökologie geben. Macht wird hier als Effekt verstanden, den eine bestimmte Konfiguration von Aktanten hervorbringt, was auch heißt, dass dieselben Aktanten in anderen Konstellationen machtlos sein können. Verfechter*innen der ANT argumentieren, dass durch dieses Verständnis der Gefahr entgangen werden kann, Macht(unterschiede) als per se existierend oder vorausgesetzt anzusehen (z.B. Müller 2015). Bezogen auf das Müllbeispiel heißt das, dass nicht von der Handlungsmacht und Wirkmächtigkeit des Mülls allein ausgegangen werden kann, sondern immer spezifische Gefüge betrachtet werden müssen, die z.B. Ungleichheiten als auch z.B. Umweltgerechtigkeit (re-)produzieren.

Fazit

In den zwei vorgestellten Beispielen wurden exemplarisch zwei Zugänge der Politischen Ökologie zum ›Müllproblem‹ vorgestellt. Die ›klassische‹ Politische Ökologie des Abfalls bezieht sich (teils eklektisch) sowohl auf den historischen Materialismus als auch auf frühe sozial-konstruktivistische und diskurstheoretische Ansätze. Sie verdeutlicht dabei einerseits, wie die Menge, Zusammensetzung und Gefährlichkeit von Abfällen historisch von der Produktionsweise und dem sozialen Metabolismus einer Gesellschaft bedingt sind. Andererseits erkennt diese Perspektive das Politische des Mülls in der Situiertheit von sozial-räumlichen Praktiken des ›Wastings‹ an, die immer etwas mit sozialen Normen, Ordnungen und Hierarchien zu tun haben und sich in Verdrängungs- und Marginalisierungsprozesse übersetzen. Der Zugang eines Neuen Materialismus nimmt die Wirkmächtigkeit des Materiellen und das Zusammenwirken von menschlichen und nicht-menschlichen Akteure in den Blick und zeigt, wie die Materialität von Müll menschliches Handeln beeinflusst. Eine Kombination beider Zugänge, insbesondere einen Dialog von historischem Materialismus und Neuem Materialismus halten wir für vielversprechend und fruchtbar (so auch Bauriedl 2016; Choat 2018). Denn die beiden Ansätze beinhalten sowohl Leerstellen als auch Stärken, die sich jeweils gut ergänzen: z.B. die unzureichende Konzipierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse und einer Politischen Ökonomie bei Ansätzen des Neuen Materialismus sowie der Konzipierungsbedarf von Materialität bei Ansätzen des historischen Materialismus. Daher könnten zukünftige Arbeiten verstärkt auf eine Verbindung der Perspektiven zielen, um sowohl die Machtförmigkeit und historisch-geographische Situiertheit von Müllproblemen und -konflikten als auch deren sozio-materielle Bedingtheit und mehr-als-menschliche Aushandlung zu betrachten.

Literatur

Afshan, Yasmeen (2005): »BMP invites tenders for garbage clearance«, in: The Hindu vom 17.12.2005.

Barad, Karen (2012): Agentieller Realismus, Berlin: Suhrkamp.

Bauriedl, Sybille (2016): »Politische Ökologie: nicht-deterministische, globale und materielle Dimensionen von Natur/Gesellschaft-Verhältnissen«, in: Geographica Helvetica, 71. Jg., Nr. 4, S. 341-351.

Becker, Sören/Otto, Antje (2016): »Editorial: Natur, Gesellschaft, Materialität: aktuelle Herausforderungen der Politischen Ökologie«, in: Geographica Helvetica, 71. Jg., Nr. 4, S. 221-227.

Bennett, Jane (2010): Vibrant Matter. A Political Ecology of Things, Durham: Duke University Press.

Beukering, Pieter van/Sehker, Madhushree/Gerlagh, Reyer/Kumar, Vijay (1999): Analysing Urban Solid Waste in Developing Countries: a Perspective on Bangalore, India, 24. CREED Working Paper Series, London/Amsterdam: CREED – Collaborative Research in the Economics of Environment and Development.

Choat, Simon (2018): »Science, Agency and Ontology: A Historical-Materialist Response to New Materialism«, in: Political Studies, 66. Jg., Nr. 4, S. 1027-1042.

Coole, Diana/Frost, Samantha (Hg.) (2010): New Materialisms: Ontology, Agency, and Politics, Durham: Duke University Press.

Corvellec, Hervé (2019): »Waste as scats: For an organizational engagement with waste«, in: Organization, 26. Jg., Nr. 2, S. 217-235.

Davies, Anna (2012): »Geography and the matter of waste mobilities«, in: Transactions of the Institute of British Geographers, 37. Jg., Nr. 2, S. 191-196.

DeLanda, Manuel (2006): A New Philosophy of Society. Assemblage Theory and Social Complexity, London: Bloomsbury Publishing.

Douglas, Mary (2001 [1966]): Purity and Danger. An Analysis of the Concepts of Pollution and Taboo, London: Routledge.

ESG – Environmental Support Group (2010): »Bangalore's Toxic Legacy. Investigating Mavallipura's Illegal Landfills«, http://esgindia.org/sites/default/files/education/community-outreach/legal/esg-report-bangalore-toxic-legacy-jul-20.pdf (Zugriff: 01.02.2021).

ESG – Environmental Support Group (2012): »2 more die, yet no one cares for Mavallipura's people affected by Banaglore's Waste«, www.esgindia.org/campaigns/press/2-more-die-yet-few-care-mavallipuras-peo.html (Zugriff: 01.02.2021).

Furedy, Christine (1994): »One World of Waste: Should Countries like India deal with Solid Waste Problems through Source Separation?«, in: Elliot L. Tepper/John R. Wood (Hg.): Enriched by South Asia: Celebrating 25 Years of South Asian Studies in Canada, Montreal: Canadian Asian Studies Association, S. 87-104.

Gabrys, Jennifer/Hawkins, Gay/Michael, Mike (Hg.) (2013): Accumulation. The Material Politics of Plastic, Abingdon/Oxon: Routledge.

Gille, Zsuzsa (2007): From the Cult of Waste to the Trash Heap of History: The Politics of Waste in Socialist and Postsocialist Hungary, Bloomington/Indianapolis: Indiana University Press.

Gregson, Nicky/Crang, Mike (2015): »From Waste to Resource: The Trade in Wastes and Global Recycling Economies«, in: Annual Review Environment and Resources, 40. Jg., S. 151-176.

Haberl, Helmut/Fischer-Kowalski, Marina/Krausmann, Fridolin/Martinez-Alier, Joan/Winiwarter, Verena (2011): »A socio-metabolic transition towards sustainability? Challenges for another Great Transformation«, in: Sustainable Development, 19. Jg., Nr. 1, S. 1-14.

Harris, Gardiner (2012): »India's Plague, Trash, Drowns Its Garden City During Strike«, in: The New York Times vom 27.10.2012.

Holifield, Ryan (2009): »Actor-Network Theory as a Critical Approach to Environmental Justice: A Case against Synthesis with Urban Political Ecology«, in: Antipode, 41. Jg., Nr. 4, S. 637-658.

Kerber, Heide/Kramm, Johanna (2020): »Der Müll in unseren Meeren. Ursachen, Folgen, Lösungen«, in: Geographische Rundschau, 20. Jg., Nr. 7/8, S. 16-20.

Kerber,Heide/Kramm, Johanna (2021): »On- and offstage: Encountering entangled waste-tourism relations on the Vietnamese island of Phu Quoc«, in: The Geographical Journal, 187. Jg., Nr. 2, S. 98-109.

Klawitter, Nils (2020): »Recycling-Lüge: Die neue Müllflut durch Corona«, in: Der Spiegel vom 21.08.2020.

Laser, Stefan/Schlitz, Nicolas (2019): »Facing Frictions. Waste and Globalised Inequalities«, in: Journal für Entwicklungspolitik, 35. Jg., Nr. 2/3, S. 5-32.

MacBride, Samantha (2013): Recycling Reconsidered. The Present Failure and Future Promise of Environmental Action in the United States, Cambridge/London: The MIT Press.

Moore, Sarah A. (2011): »Global garbage: waste, trash trading, and local garbage politics«, in: Richard Peet/Paul Robbins/Michael J. Watts (Hg): Global Political Ecology, London/New York: Routledge, S. 133-44.

Muellrausch.de – Recherchen im Dreck: www.muellrausch.de (Zugriff: 17.11.2021)

Müller, Martin (2015): »A half-hearted romance? A diagnosis and agenda for the relationship between economic geography and actor-network theory (ANT)«, in: Progress in Human Geography, 39. Jg., Nr. 1, S. 65-86.

Scherer, Christian/Brennholt, Nicole/Reifferscheid, Georg/Wagner, Martin (2017): »Feeding type and development drive the ingestion of microplastics by freshwater invertebrates«, in: Scientific Reports, 7. Jg., Nr. 1706.

Schlitz, Nicolas (2014): »Die Krise privatisierter ›Entsorgbarkeit‹ und die Neuverhandlung gesellschaftlicher Müllverhältnisse in Bangalore«, in: PROKLA 176, 44. Jg., Nr. 3, S. 333-352.

Roy Choudhury, Srobona (2002): »A struggle in Bangalore«, in: Frontline vom 15.03.2002.

Winiwarter, Verena (2002): »History of Waste«, in: Katy Bisson/John Proops (Hg.): Waste in Ecological Economics, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, S. 38-54.

(Neo-)Extraktivismus

Ulrich Brand und Kristina Dietz

Eine gestiegene Nachfrage nach natürlichen → Rohstoffen und steigende Preise an den Weltmärkten lösten zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen globalen Rohstoffboom aus. Zwischen 2000 und 2014 stiegen die Preise für Kupfer und Gold um über 500 Prozent. Bei Kohle, Gas und Öl lagen die Preissteigerungen bei zwischen 50 und 100 Prozent (HWWI-Rohstoffpreisindex 2021). Infolge dessen stiegen Investitionen in Bergbau, Land, Gas- und Ölförderung vor allem im Globalen Süden. Zwischen 2009 und 2013 wurden über 30 Prozent aller weltweiten Bergbauinvestitionen in Lateinamerika getätigt (SNL Metals & Mining 2014). Verursacht wurde der Boom durch den ökonomischen Aufstieg der Schwellenländer, die Aufrechterhaltung der ressourcenintensiven Produktions- und Lebensweise im Globalen Norden (→ imperiale Lebensweise) und die verstärkte Nutzung der → Natur als Anlagefeld für überakkumuliertes Kapital. Die sozialen, ökologischen und polit-ökonomischen Folgen dieser Entwicklung für rohstoffexport-orientierte Gesellschaften sind ambivalent und Gegenstand intensiver wissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Diskussionen. Länder, deren Volkswirtschaften auf der Förderung und dem Export von Primärgütern basieren, konnten durch steigende Rohstoffexporte und -preise staatliche Mehreinnahmen erzielen. Diese Mehreinnahmen nutzten einige sogenannte progressive Regierungen in Lateinamerika, um Verteilungspolitiken zu stärken sowie Armut und soziale Ungleichheiten erfolgreich zu reduzieren (CEPAL 2016). Sie sahen im Ressourcenboom eine Chance für eine erfolgreiche rohstoffbasierte Entwicklungsstrategie (CEPAL 2010; Correa 2012). Demgegenüber mobilisierten Gegner*innen dieser Strategie zunehmend Protest gegen die Ausweitung der Rohstoffausbeutung und gegen die Zerstörung von Lebensgrundlagen und Ökosystemen. Weltweit nehmen seit Mitte der 2000er Jahre → Konflikte um Bergbauprojekte und -politik und die Ausweitung agrarindustrieller Produktion zu (Bebbington/Bury 2013; Engels/Dietz 2017).

In diesem Kontext prägten kritische lateinamerikanische Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen den Begriff des »(Neo-)Extraktivismus« (Gudynas 2009; Svampa 2020). Mit ihm wird ein auf Rohstoffausbeutung und -export basierendes Entwicklungsmodell kritisch analysiert und politisiert, bei dem zuvorderst mit staatlichen Mehreinnahmen und deren Verteilung aus der Rohstoffförderungen soziale Ungleichheiten und Armut reduziert werden sollen.

Im Folgenden erläutern wir den Begriff des (Neo-)Extraktivismus. Anschließend diskutieren wir entwicklungsökonomische Perspektiven auf den Zusammenhang von Rohstoffausbeutung und Entwicklung. Diesen stellen wir eine Politische Ökologie und

die Kritik des (Neo-)Extraktivismus, wie sie sich vor allem in Lateinamerika herausgebildet hat, gegenüber und zeigen analytisch-theoretische Verbindungen zwischen der Kritik am (Neo-)Extraktivismus und der Politischen Ökologie auf. Im Fazit fassen wir zentrale Merkmale des (Neo-)Extraktivismus zusammen und benennen analytische und erkenntnistheoretische Ansatzpunkte für eine Politische Ökologie des (Neo-)Extraktivismus.

Der Begriff des (Neo-)Extraktivismus

Einige lateinamerikanischen Autor*innen unterscheiden zwischen einem neuen und einem klassischen Extraktivismus (Gudynas 2009). Der neue oder Neo-Extraktivismus bezieht sich auf jene post-neoliberale oder heterodoxe Entwicklungsstrategie progressiver Regierungen (etwa in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador und Venezuela), die während der Boomphase von 2003 bis 2014 die Ressourcenrenten auch für staatliche Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsausgaben verwendeten und stärker in die Wirtschaft intervenierten. Demgegenüber wird der ›klassische‹ Extraktivismus als durch die Perpetuierung neoliberaler Politikmuster wie Transnationalisierung, Deregulierung und Privatisierung beschrieben (z.B. Kolumbien, Peru). Diese Differenzierung betont innenpolitische Faktoren und politische Orientierungen der Regierungen als entscheidend für die Bestimmung von Entwicklungsmodellen. Gemeinsam mit anderen Autor*innen der Region (vgl. Brand/Dietz 2014; Svampa 2020) stehen wir dieser Differenzierung und Verwendung des Begriffs Neo-Extraktivismus kritisch gegenüber, denn sie geht davon aus, ein Regierungswechsel, etwa von einer progressiven zu einer konservativen Regierung oder *vice versa*, würde zu einer Neuausrichtung eines gesamten Entwicklungsmodells führen. Das unterschätzt unseres Erachtens die strukturellen, insbesondere internationalen Zwänge, denen auch progressive Regierungen unterworfen sind. Aus diesem Grund setzen wir das Präfix ›Neo‹ in Klammern. Der Begriff (Neo-)Extraktivismus betont weniger die innenpolitischen Unterschiede zwischen einzelnen Ländern, sondern die sich verändernden internationalen Konstellationen – wie den Aufstieg Chinas, die steigende Ressourcennachfrage auf Grund von Digitalisierung und Elektrifizierung – und bezieht sich auf die gesamte Phase des *commodity consensus* ab etwa 2000 mit Krise, Boom und erneuter Krise.

Eine Theorie des (Neo-)Extraktivismus existiert nicht; vielmehr handelt es sich um ein Konzept, in das unterschiedliche entwicklungs- und staatstheoretische Überlegungen (Dependenzansätze, Weltsystemtheorie, kritische Staatstheorie, Imperialismustheorien, Rententheorie) sowie Ansätze der Politischen Ökologie und des Ökomarxismus Eingang finden (Brand/Dietz 2014; Svampa 2020). Damit lässt sich der Begriff (Neo-)Extraktivismus in der kritischen Entwicklungsforschung verorten. Mit der Übersetzung von Beiträgen lateinamerikanischer Autor*innen ins Englische und Deutsche erlangte der Begriff internationale Aufmerksamkeit (vgl. Gudynas 2012; Acosta/Brand 2018; Svampa 2020).

Rohstoffbasierte Entwicklung in der Entwicklungsökonomie

Fragen rohstoffabhängiger Entwicklung werden mit Verweis auf das Paradigma des ›Rohstofffluchs‹ (*resource curse*) seit Beginn der 1990er Jahre in der Entwicklungsökonomie umfassend diskutiert (Auty 1993). Mit der These des Rohstofffluchs sollten Armut, ›fehlende Entwicklung‹ und wenig diversifizierte Ökonomien in rohstoffreichen Länden des Globalen Südens in den 1970er und 1980er Jahren erklärt werden. Vertreter*innen der These argumentieren, dass Rohstoffreichtum zu ökonomischen und politisch-institutionellen Verwerfungen führe, die ›Entwicklung‹ und Wachstum verhinderten. Grund hierfür seien eine fehlende Diversifizierung der Wirtschaft, *rent seeking*-Verhalten politischer Eliten sowie der Ausschluss marginalisierter Gruppen von der Teilhabe am durch Rohstoffausbeutung generierten Reichtum (vgl. Auty/Furlonge 2019). Nicht selten münde dies in eine als ›Holländische Krankheit‹ bezeichnete Krise rohstoffreicher Ökonomien. Der Begriff beschreibt das Phänomen, dass der Export von Rohstoffen auf wenig oder unregulierten Märkten eine Aufwertung der Währung zur Folge hat. Dadurch verteuern sich die heimischen Güter für Exporte, was ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit herabsenkt, gleichzeitig verbilligen sich Importe, was wiederum Wettbewerbsfähigkeit der Waren heimischer Industrie- und Dienstleitungssektoren auf den nationalen Märkten senkt. Es droht ein Teufelskreis, denn Devisen zur Bezahlung der Importe können nur noch aus Rohstoffexporten verdient werden. Rentenökonomien, deren Einkommen sich primär aus der Rohstoffrente speisen, sind somit hochgradig abhängig von stabilen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt. Ein gutes Beispiel hierfür ist die monostrukturelle Abhängigkeit Venezuelas von Erdölexporten und einem hohen Rohölpreis (Coronil 1997; Lander 2012).

Aus neoklassischer Sicht wird Ressourcenförderung als Wachstumsoption trotz der genannten Gefahren grundsätzlich begrüßt, da es sich bei natürlichen Ressourcen bzw. Rohstoffen um eine Kapitalsorte handelt, die – sinnvoll eingesetzt – Wachstum dauerhaft sichern kann. Damit einhergehende Umweltprobleme werden als zweitrangig und beherrschbar angenommen. Die Wachstumstheorie argumentiert, dass Wachstum gewährleistet wird und Umweltprobleme begrenzt werden können, wenn Arbeit, Boden und Ressourcen durch Kapital substituiert werden und der technische Fortschritt dauerhaft und ausreichend hoch ist (Sachs/Warner 1997; Erreygers 2009). Damit Rohstoffreichtum nicht zum Fluch, sondern zum Motor von Wirtschaftswachstum wird, empfehlen Vertreter*innen der Neoklassik die rohstoffbasierten Einnahmen nicht in Konsum zu verausgaben, sondern zu investieren, um den Kapitalstock zu erhöhen.

Politische Ökologie des (Neo-)Extraktivismus

Das Erkenntnisinteresse der neoklassischen Ressourcenökonomik besteht vor allem in den Bedingungen dauerhaften Wirtschaftswachstums. Verteilungsfragen bzw. solche einer diversifizierten Wirtschaft werden eher am Rande thematisiert. Der → Staat wird als Regelsetzer und Nutzenmaximierer gefasst, der vor allem Marktversagen vermeiden oder korrigieren soll. Dass der Staat selbst ein → Machtverhältnis darstellt sowie ein Terrain gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, dass er gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, → Diskurse und Orientierungen sowie sozioökonomische,

politische und kulturelle Praxen eher verstetigt als korrigiert, bleibt unbeachtet (vgl. dazu Brand/Dietz 2014). Zudem missachtet die Neoklassik in diesem Zusammenhang, dass Investitionen an Eigentumsrechte gebunden sind und entsprechende gesellschaftliche Macht- und Naturverhältnisse konstituieren. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass es sinnvoll sei, Ressourcen im Sinne von ›natürlichem Kapital‹ in Wert zu setzen. Sie ›im Boden zu lassen‹, ergibt aus dieser Sicht nur für einen gewissen Zeitraum Sinn, damit sie später bei steigenden Preisen oder technologischem Fortschritt mit größerem Nutzen gefördert werden können. Ausgeblendet bleiben abschließend die vielfältigen Konflikte um die lokalen, nationalen und internationalen Formen und Auswirkungen der Rohstoffausbeutung, insbesondere die zunehmenden Proteste in vielen Ländern.

Eine Politische Ökologie des (Neo-)Extraktivismus fragt demgegenüber nach den strukturellen Ursachen kapitalistischer Naturaneignung und -kontrolle und daraus resultierender ökologischer Zerstörung, der ungleichen Verteilung der Folgen dieser Zerstörung sowie der Art und Weise ihrer politischen Bearbeitung. Ihr Erkenntnisinteresse liegt in der Analyse des ebenenübergreifenden Zusammenhangs von Macht, Herrschaft und krisenhaften → gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Gefragt wird, wie sich gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse auf und zwischen verschiedenen Maßstabsebenen (Scales) – etwa der globalen, nationalen und lokalen Ebene – über die Art und Weise der Naturaneignung herausbilden, absichern oder verändern (Dietz/Engels 2014). Eine weitere zentrale Frage lautet, wie sich bestimmte Macht- und Herrschaftsverhältnisse, etwa Klassen- oder Geschlechterverhältnisse, in Natur einschreiben und hierüber gesellschaftliche Naturverhältnisse, ökologische Krisen und Verwundbarkeiten beeinflussen. Gesellschaftliche Konflikte um Naturaneignung, -kontrolle und -nutzung sowie daraus resultierender ökologischer Verwerfungen werden in der Politischen Ökologie als Verteilungskonflikte (Martínez-Alier 1997) und kulturelle Konflikte (Escobar 2006) gefasst, in denen sich antagonistische Vorstellungen von Entwicklung, Wohlstand und gutem Leben gegenüberstehen. Genau hierum wird in Lateinamerika und anderen Weltregionen im Kontext der Ausweitung extraktivistischer Formen der Naturaneignung gestritten.

Der kritische Begriff des (Neo-)Extraktivismus

Hier setzt die kritische Analyse des (Neo-)Extraktivismus an. Der Begriff nimmt wie die Politische Ökologie eine deutlich andere Perspektive ein als die eben skizzierte dominante neoklassische Entwicklungsökonomik sowie die sich daran anschließenden Entwicklungspolitiken. Für die argentinische Soziologin Maristella Svampa ist (Neo-)Extraktivismus eine in Lateinamerika entwickelte analytische und zugleich politische Kategorie, die gleichwohl nicht von den Regierungen verwendet wird, sondern eher von sozialen Bewegungen (→ Akteure), kritischen NGOs und der kritischen Wissenschaft. Der Begriff bezeichnet in kritischer Absicht ein exportorientiertes Entwicklungsmodell, »das auf einer übermäßigen Ausbeutung immer knapper werdender […] natürlicher Ressourcen beruht, sowie auf der Ausdehnung dieses Prozesses auf Territorien, die bislang als ›unproduktiv‹ galten« (Svampa 2012: 14; vgl. Svampa 2020).

Der Begriff (Neo-)Extraktivismus verweist generell auf eine Vertiefung und Ausweitung extraktivistischer Formen der Naturaneignung in unterschiedlichen Berei-

chen wie Bergbau, Öl- und Gasförderung, Land- und Forstwirtschaft (vgl. McKay 2017). Unter extraktivistischen Formen der Naturaneignung verstehen wir solche, die im Prozess der Ausbeutung die natürlichen und sozialen → Reproduktionserfordernisse missachten. Hierüber geraten sozial-räumliche → Transformationsprozesse in den Blick, die in einer Neuordnung von Landschaften, sozialen Verhältnissen und → Arbeitsbeziehungen sowie räumlichen Fragmentierungen resultieren. Kennzeichen dieser Prozesse sind neue territoriale Grenzziehungen und Einhegungen (*enclosures*), die Herausbildung von Enklavenökonomien, die Verhängung exklusiver Nutzungsrechte, die Konzentration von Landbesitz, autoritäre Entscheidungen im Hinblick auf die Naturnutzung sowie umfassende ökologische Zerstörungen (Peluso/Lund 2011; Castro-Sotomayor 2020). Im Bergbau etwa sind vor allem transnationale Konzerne mit ihrem Interesse an großen und damit rentablen Tagebau-Minen Träger des (Neo-) Extraktivismus. Deren Interessen verbinden sich mit jenen Interessen politischer Eliten, die nach einer Erhöhung der Staatseinnahmen aus Rohstoffrenten streben. Entsprechend sind staatliche Steuer- und Umweltgesetzgebung sowie Förder- und Infrastrukturpolitiken an extraktiven Sektoren ausgerichtet, eine → demokratische Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen über die Ausweitung des Bergbaus oder der Agrarindustrie in ihren Regionen ist nicht vorgesehen (Dietz 2019). Ausgehend von der Annahme, dass sich der (Neo-)Extraktivismus als ›nationales‹ Entwicklungsmodell nur aus seiner Interdependenz zu den dynamischen Entwicklungen des globalen Kapitalismus heraus erklären lässt, betont Svampa (2015) die Bedeutung des sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts herausbildenden *commodity consensus*, basierend auf der → Inwertsetzung und dem Export von Primärgütern und der Ausweitung rohstoffintensiven Konsummustern weltweit (vgl. Martín 2017).

Die Stärke der kritischen lateinamerikanischen Debatte liegt darin, dass sie den (Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsmodell begreift, das auf bestimmten sozioökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen basiert und diese absichert: Dazu gehören insbesondere die subalterne Integration in den Weltmarkt, spezifische Klassenstrukturen, herrschende Vorstellungen von ›Entwicklung‹ und eine → post-koloniale Struktur des Staates bzw. der Ausrichtung staatlicher Politiken. Zudem werden anhand der Diskussionen die dem Modell zugrunde liegenden Naturverhältnisse sowie die erheblichen sozial-ökologischen Probleme, Konsequenzen und damit einhergehenden Konflikte eines solchen Modells politisiert. Kritisiert werden der ungebrochene westliche Fortschrittsglaube der Moderne, das damit verbundene Wachstumsparadigma und ein Verständnis von Natur als auszubeutende Ressource, autoritäre und vertikale politische Herrschaftsmuster (vgl. Lang/Mokrani 2011; Svampa 2020).

Es geht bei der Kritik des (Neo-)Extraktivismus nicht um die pauschale Ablehnung jeglicher Form der gesellschaftlichen Rohstoffnutzung und -aneignung, sondern um den herrschaftlichen und Natur wie alternative Lebensformen zerstörenden Gehalt dieser Aneignung für den kapitalistischen Weltmarkt und die von politischen Eliten kontrollierten Staatshaushalte. Damit richtet sich der analytische Blick auf die Tatsache, dass unter Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise die gesellschaftliche Aneignung von Natur eine spezifische dominante Form annimmt: Elemente der Natur werden zum Zweck ihres Verkaufs auf dem Weltmarkt ausgebeutet und stellen so eine Grundbedingung des kapitalistischen Verwertungsprozesses dar. Mit dem Begriff der Inwertsetzung, der den Prozess der »Verwandlung von Ware in Geld und die

Verselbständigung von Wert und Kapital gegenüber dem Gebrauchswert der Ware« beschreibt (Görg 2004: 1501), kann die Spezifik gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Kapitalismus gefasst werden. Natur wird auf ihre Verwertbarkeit reduziert, mit dem Ziel der Inwertsetzung angeeignet und dabei irreversibel verändert.

Daraus lassen sich jedoch keine unveränderbaren, strukturellen Gesetzmäßigkeiten oder Krisendynamiken ableiten. Denn die Durchsetzung spezifischer Formen und Praktiken der Naturaneignung sowie die Verteilung von Zugangsrechten zu Natur sind stets politisch umkämpfte Prozesse. Sie sind Teil einer politisierten Umwelt (*politicised environment*, Bryant/Bailey 1997) und weisen unter Beteiligung unterschiedlicher Akteure erhebliche Kontingenzen auf. Eine der Folgen der extraktivistischen Naturaneignung in Lateinamerika ist die Zunahme von Konflikten,

> »was in der Verschärfung uralter Landkonflikte – mit indigenen und bäuerlichen Bewegungen in der Hauptrolle – sowie in der Entstehung neuer Formen der Mobilisierung und Partizipation der Bevölkerung zum Ausdruck kommt. Letztere konzentrieren sich auf die Bewahrung des Gemeinwesens, der Biodiversität und der Umwelt. Die Konfliktträchtigkeit des Neo-Extraktivismus ist dabei nicht als ein mögliches Ergebnis, sondern als inhärenter Bestandteil desselben zu verstehen, da er sich ja durch soziale Fragmentierung, Verdrängung anderer Wirtschaftsformen, vertikale Entscheidungsstrukturen und starke Auswirkungen auf die Ökosysteme auszeichnet (auch wenn neo-extraktivistische Politik nicht überall zwangsläufig zu sozialem Widerstand führt)« (Svampa 2020: 31).

Damit bietet die jüngere lateinamerikanische Debatte um (Neo-)Extraktivismus vielfältige Anknüpfungspunkte für die Politische Ökologie. Denn die Kritik am (Neo-) Extraktivismus ist eng mit einer Kritik an den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden, mittels derer sich bestimmte Formen der Naturaneignung und Naturbeherrschung durchsetzen.

Fazit

Ziel des Beitrags war es, den in Lateinamerika im Kontext gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um rohstoffbasierte Entwicklung geprägten Begriff des (Neo-)Extraktivismus vorzustellen und die Bezüge zur Politischen Ökologie herauszuarbeiten (vgl. dazu ausführlich Brand/Dietz 2014). Wir verstehen unter (Neo-)Extraktivismus ein Entwicklungsmodell, in dem die gesellschaftlichen Verhältnisse wesentlich von der, über den kapitalistischen Weltmarkt vermittelten, Inwertsetzung von Naturelementen geprägt sind. Im Anschluss an eine überaus dynamische lateinamerikanische Diskussion lässt sich der (Neo-)Extraktivismus mithin im Kontext einer sich neu herausbildenden Phase kapitalistischer Entwicklung verorten. *Erstens* beeinflussen sich verändernde Weltmarktkonstellationen und wachsende geopolitische und -ökonomische Rivalitäten die Nachfrage nach natürlichen Rohstoffen und ihre Preise. *Zweitens* ist die Herausbildung und Stabilisierung ressourcen-extraktivistischer Praktiken entscheidend von spezifischem staatlichem Handeln abhängig. In Lateinamerika geschieht dies etwa über die institutionelle und juristische Gewährung und Sicherung von Eigentums- und Nutzungsrechten (Vergabe von Konzessionen oder Eigentumstitel für Land- oder Forstflächen) und über die infrastrukturelle Ermöglichung und

Gewährleistung der Rohstoffförderung und Vermarktung (in Form von Straßen, Häfen, Pipelines). Wichtig sind auch staatlich organisierte Verteilungsmaßnahmen, von denen neben den Oberschichten auch die Unter- und vor allem die Mittelschichten profitieren. Damit gelang es bis Mitte der 2010er Jahre bei allen Widersprüchen und Konflikten eine legitimatorische Basis für den (Neo-)Extraktivismus zu schaffen, der die Grundlage für → hegemoniale Verhältnisse in Gesellschaften bildet, deren Wohlstand vor allem auf der Extraktion und dem Verkauf von Naturelementen auf dem Weltmarkt basiert. Schließlich prägen *drittens* gesellschaftliche Auseinandersetzungen den (Neo-)Extraktivismus, die sich im Spannungsfeld zwischen postulierter Dezentralisierung und Demokratisierung und tendenziell autoritärer staatlicher Politikmuster bewegen (Boos et al. 2020). Gestritten wird dabei nicht nur um den Zugang zu Natur als materieller Basis sozialer (Re)Produktion sowie um einen Anteil an den Rohstoffrenten, sondern auch um unterschiedliche Vorstellungen von Entwicklung, konkurrierende Weltsichten und Naturdeutungen, politische Verfahrensweisen und Ordnungsvorstellungen sowie kulturelle Anerkennung und territoriale Selbstbestimmung. Diese Auseinandersetzungen belegen, dass der (Neo-)Extraktivismus nicht nur eine ökonomisch-technische Form der Ressourcenaneignung und eine Renaissance eines Wirtschaftsmodells in Lateinamerika ist, wie in der Neoklassik oder in der These vom Ressourcenfluch argumentiert wird. Vielmehr muss er als ein zentraler Ausdruck von politischer Herrschaft verstanden werden, in dem sich die materiellen, kulturellen und sozio-politischen Dimensionen und Konflikte eines rohstoffbasierten Entwicklungsmodells kondensieren.

Ab Mitte der 2010er Jahre sah es so aus, als würde der (Neo-)Extraktivismus mit dem Einbruch der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten an sein Ende kommen. Diese Einschätzung bestätigte sich jedoch nicht. Der Rückgang von Preisen auf den Märkten führte in vielen Ländern Lateinamerikas zu einem Anstieg der Förder- und Exportvolumen von Rohstoffen und Agrarprodukten mit dem Ziel, die Preisschwankungen durch höhere Exporte auszugleichen. Seit 2020 verteuern sich alle in Preisindizes zusammengefassten Rohstoffarten wieder: Industriemetalle wie Kupfer, Nickel und Zinn, Edelmetalle wie Gold und Silber, Agrar- und Energierohstoffe. Die Gründe für den aktuellen Anstieg der Preise sind die Suche nach sicheren Anlagen (vor allem in Bezug auf Gold), die erneut steigende Nachfrage nach Industrierohstoffen aus China und die Erwartung eines Wachstumsbooms nach der Corona-Pandemie. Ein Grund, warum sich vor allem Metalle wie Kupfer und Nickel verteuern, sind die Konjunkturprogramme der EU-Staaten und der USA. Diese orientieren sich im Fall der EU, wenn auch nur eingeschränkt, am 2019 verabschiedeten *Green Deal* der EU-Kommission. Mit diesem verfolgt sie das Ziel, Europas Wirtschaft bis zum Jahr 2050 vollständig zu dekarbonisieren. Dafür sind Kupfer, Lithium und Nickel unerlässlich, vor allem wenn es mittels einer Elektrifizierung der Wirtschaft erreicht werden soll. Möglicherweise befördern also die Covid-Krise und der grüne, sozio-technologische Umbau der Wirtschaft nun einen neuen Superzyklus und mithin eine neue Phase der Akkumulation durch Enteignung (→ ursprüngliche Akkumulation) von Rohstoffen und Böden und der Konsolidierung des (Neo-)Extraktivismus im Globalen Süden (Dietz 2021). Diesmal vor allem mit einem Fokus auf jene ›Schmierstoffe‹, die eine grüne, elektrifizierte High-Tech Wirtschaft antreiben.

Literatur

Acosta, Alberto/Brand, Ulrich (2018): Radikale Alternative. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann, München: oekom.
Auty, Richard M. (1993): Sustaining Development in Mineral Economics. The Resource Curse Thesis, London/New York: Routledge.
Auty, Richard M./Furlonge, Haydn I. (2019): The Rent Curse. Natural Resources, Policy Choice, and Economic Development, Oxford: Oxford University Press.
Bebbington, Anthony/Bury, Jeffrey (Hg.) (2013): Subterranean Struggles. New Dynamics of Mining, Oil, and Gas in Latin America, Austin: University of Texas Press.
Boos, Tobias/Brand, Ulrich/Dietz, Kristina/Lang, Miriam (2020): »The End of the ›Progressive Cycle‹ and the New Resistance to the Right Turn: Challenges for Emancipatory Forces in Latin America«, in: Walter Baier/Eric Canepa/Haris Golemis (Hg.): Europe in the Brave New World. Transform! Yearbook 2020, London: Merlin Press, S. 101-116.
Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2014): »(Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika«, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft Nr. 48, S. 128-165.
Bryant, Ryamond L./Bailey, Sinead (1997): Third World Political Ecology, London/New York: Routledge.
Castro-Sotomayor, José (2020): »Territorialidad as environmental communication«, in: Annals of the International Communication Association, 44. Jg., Nr. 1, S. 50-66.
CEPAL – Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2010): Latin America and the Caribbean in the World Economy: A Crisis Generated in the Centre and a Recovery Driven by the Emerging Economies, Santiago de Chile: CEPAL.
CEPAL – Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2016): Panorama Social de América Latina 2015, Santiago de Chile: CEPAL.
Coronil, Fernando (1997): The Magical State. Nature, Money, and Modernity in Venezuela, Chicago: The University of Chicago Press.
Correa, Rafael (2012): »Ecuador's Path«, in: New Left Review, 77. Jg., Sept./Okt., S. 89-104.
Dietz, Kristina (2019): »Direct democracy in mining conflicts in Latin America: mobilising against the La Colosa project in Colombia«, in: Canadian Journal of Development Studies/Revue canadienne d'études du développement, 40. Jg., Nr. 2, S. 145-162.
Dietz, Kristina (2021): »Rohstoffboom und Ausbeutung. Die drohende Ausweitung des Bergbaus zerstört Lebensgrundlagen«, in: OXI Wirtschaft anders denken, Nr. 4, S. 15-16.
Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2014): »Raum, Natur und Gesellschaft«, in: Jürgen Oßenbrügge/Anne Vogelpohl (Hg.): Theorien in der Raum- und Stadtforschung, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 78-96.
Engels, Bettina/Dietz, Kristina (Hg.) (2017): Contested Extractivism, Society and the State. Struggles over Mining and Land, London: Palgrave Macmillan.
Erreygers, Guido (2009): »Hotelling, Rawls, Solow: How Exhaustible Ressources Came to be Integrated into the Neoclassical Growth Model«, in: History of Political Economy, 41. Jg., Suppl. 1, S. 263-281.

Escobar, Arturo (2006): »Difference and Conflict in the Struggle Over Natural Resources: A political ecology framework«, in: Development, 49. Jg., Nr. 3, S. 6-13.
Görg, Christoph (2004): »Stichwort: Inwertsetzung«, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.): Imperium bis Justiz (= Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band. 6.II.), Berlin: Argument-Verlag, S. 1502-1506.
Gudynas, Eduardo (2009): »Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual«, in: Jürgen Schuldt/Alberto Acosta/Mauricio Folchi Barandiarán/CEDLA-Bolivia/Anthony Bebbington/Alejandra Alayza/Eduardo Gudynas (Hg.): Extractivismo, Política y Sociedad, Quito: CAAP/CLAES, S. 187-225.
Gudynas, Edurardo (2012): »Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika«, in: FDCL/RLS (Hg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung, S. 46-62.
HWWI-Rohstoffpreisindex (2021): »HWWI-Rohstoffpreisindex«, https://www.hwwi-rohindex.de/ (Zugriff: 05.02.2021).
Lander, Edgardo (2012): »Das venezolanische Dilemma: Staatszentrismus und Personenkult oder mehr Demokratie und Partizipation?«, in: Miriam Lang (Hg.): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation (= Manuskripte, Band 96), Berlin: Dietz, S. 136-152.
Lang, Miriam/Mokrani, Dunja (Hg.) (2011): Más Allá del Desarrollo. Grupo Permanente de Trabajo sobre Alternatives al Desarrollo, Quito: Ediciones Abya Yala/Fundación Rosa Luxemburg.
Martín, Facundo (2017): »Reimaging Extractivism: Insights from Spatial Theory«, in: Bettina Engels/Kristina Dietz (Hg.): Contested Extractivism, Society and the State. Struggles over Mining and Land, London: Plagrave Macmillan, S. 21-44.
Martínez-Alier, Joan (1997): »Conflictos de distribución ecolólogica«, in: Revista Andina, 15. Jg., Nr. 1, S. 41-76.
McKay, Ben (2017): »Agrarian Extractivism in Bolivia«, in: World Development, 97. Jg., S. 199-211.
Peluso, Nancy Lee/Lund, Christian (2011): »New frontiers of land control: Introduction«, in: Journal of Peasant Studies, 38. Jg., Nr. 4, S. 667-681.
Sachs, Jeffrey D./Warner, Andrew M. (1997): Natural Resource Abundance and Economic Growth, Working Paper 5398, Cambridge: National Bureau of Economic Research.
SNL Metals & Mining (2014): World Exploration Trends 2014. Charlottesville: SNL Metals & Mining, http://miningpress.com/media/briefs/WETReportZ2014Z-cZSNLZMetalsZandZMining_611.pdf (Zugriff: 18.12.2021).
Svampa, Maristella (2012): »Bergbau und Neo-Extraktivismus in Lateinamerika«, in: FDCL/RLS (Hg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung, S. 14-21.
Svampa, Maristella (2015): »Commodities Consensus: Neoextractivism and Enclosure of the Commons in Latin America«, in: South Atlantic Quarterly, 114. Jg., Nr. 1, S. 65-82.
Svampa, Maristella (2020): Die Grenzen der Rohstoffausbeutung. Umweltkonflikte und ökoterritoriale Wende in Lateinamerika, Bielefeld: transcript.

Politische Ökologie der Digitalisierung

Tilman Santarius

Die Digitalisierung – hier allgemein verstanden als die zunehmende Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien (Hard- und Software) in unterschiedlichen Lebens- und Wirtschaftsbereichen – bietet vielfältige Möglichkeiten, um ressourcenschonende, ökologisch nachhaltigere Produktions- und Konsumweisen stärker zu verbreiten. Ebenfalls bietet sie Ansatzpunkte, um die Formen, wie heute gelebt, gearbeitet und gewirtschaftet wird, umweltfreundlicher, demokratischer und auch in sozialer Hinsicht nachhaltiger zu gestalten. So die Hoffnung. Mit Blick auf politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit existieren jedoch widerstreitende Annahmen, ob die Digitalisierung, wie sie derzeit stattfindet, tatsächlich zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt und welche neuen Risiken sie nicht auch birgt. Obwohl die Debatte hierüber nun schon seit einigen Jahren in Öffentlichkeit, Wissenschaft und Zivilgesellschaft geführt wird, stehen sich noch immer recht unterschiedliche Positionen im Ringen um diskursive Deutungshoheit gegenüber.

Widerstreitende Annahmen, widerstreitende Erwartungen

Politische Implikationen der Digitalisierung werden am stärksten diskutiert. Nach wie vor sehen viele Autor*innen Potentiale, die demokratische Mitbestimmung zu stärken (für einen Überblick vgl. z.B. Winkel 2015). Kritisch diskutiert wird jedoch unter anderem, welche Daten im Rahmen der zunehmend digitalen Kommunikation von verschiedenen → Akteuren, darunter privatwirtschaftliche Plattformen, öffentliche Institutionen, Anbieter*innen von Apps u.v.a. erhoben, gespeichert, genutzt und oft auch kommerzialisiert werden – und was dies für öffentliche Diskurse, die Ausübung von → Macht und Kontrolle und letztlich die Funktion der → Demokratie bedeutet.

An ökonomischen Implikationen der Digitalisierung werden einerseits die Chancen einer digitalen Transformation für Produktivitätssteigerungen, aber auch für neue Geschäftsmodelle und Märkte gesehen; entsprechend setzen Regierungen z.B. in Deutschland (Industrie 4.0), China und etlichen anderen Ländern darauf, mithilfe einer Digitalisierung der Wirtschaft das Wachstum anzukurbeln (z.B. Bauer et al. 2014). Zugleich wird aber das Risiko der Digitalisierung für die Rationalisierung von Arbeitsplätzen, eine Polarisierung von Einkommen sowie zunehmender Marktkonzentrationen diskutiert – die allesamt einem Wirtschaftswachstum wiederum entgegenwirken könnten (Schiller 2000; Staab 2019). Konträr zu den weit verbreiteten digitalen

Wachstumshoffnungen von unter anderem Regierungen, Unternehmen und Berater*innen diskutieren einige kritische Autor*innen daher, wie Digitalisierung zu einer Ablösung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch andere Formen der Produktion und des Konsums beitragen kann (Santarius/Lange 2021; oder auch Rifkin 2014).

Die diskutierten *sozialen* Implikationen der Digitalisierung beinhalten Themen wie Arbeitsbedingungen in der Informations- und Kommunikationstechnologieindustrie, veränderte Arbeitswelten und die Privatisierung öffentlicher Güter und Infrastrukturen (beispielsweise mit Bezug zu *Smart Cities*) (z.B. Butollo/Engel 2015). Dabei werden einerseits Vorteile im mobileren und flexibleren Arbeiten gesehen, vor allem mit Blick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie für Selbstverwirklichung und Zeitsouveränität; potentielle Nachteile werden andererseits in der ständigen Erreichbarkeit und wachsenden Tendenzen der Selbstausbeutung gesehen (z.B. Meissner et al. 2016). Zudem wird befürchtet und in der so genannten ›*Gig Economy*‹ bereits beobachtet, dass Digitalisierung zu einer Prekarisierung von Arbeitsplätzen und Einkommen führt, gar zur Herausbildung eines digitalen Proletariats, jedenfalls zur Rückkehr in eine neo-traditionalistische Dienstleistungsgesellschaft, in der die wohlhabenden Schichten der Bevölkerung sich ihr Leben, insbesondere ihre Verpflichtungen in der Sorge-Arbeit, zunehmend mit günstig entlohnten Dienstleistungen vereinfachen (z.B. Bartmann 2016; Kellermann/Obermauer 2020).

Schließlich erstrecken sich Auseinandersetzungen um die ökologischen Implikationen der Digitalisierung auf Ressourcenkonflikte bei der Produktion, dem Recycling und der Entsorgung von Hardware, Energieverbräuche beim Betrieb von IKT-Geräten und -Infrastrukturen sowie den Chancen und Risiken, die neue, digital-basierte Konsummuster für eine Transformation von Mobilitäts-, Wohn-, Ernährungs- und allgemein Konsumoptionen (*E-Commerce*) bieten (für einen Überblick vgl. Hilty/Aebischer 2015; Lange/Santarius 2018). Einige Autor*innen betonen Potentiale für Material- und Energieeffizienzsteigerungen sowie der Einsparung von → Arbeit und Kapital pro Wertschöpfungseinheit (Mickoleit 2010; OECD 2015); doch zugleich lässt sich empirisch beobachten, dass die realisierten Produktivitätssteigerungen das Wirtschaftswachstum beflügeln und *Rebound*-Effekte generieren, welche die Nachfrage steigern und dadurch die erhofften Umweltentlastungen teils oder gänzlich konterkarieren (z.B. Gossart 2015; Lange et al. 2019). Darüber hinaus zeigt sich eine wachsende Zahl von bedenklichen Auswirkungen von *E-Commerce* und Online-Shopping auf das (nachhaltige) Konsumverhalten – vor allem, dass die Digitalisierung des Konsums Konsumbedürfnisse stimuliert und das Konsumniveau steigert (z.B. Santarius 2019; Frick et al. 2020).

Perspektiven einer Politischen Ökologie auf Digitalisierung

Auch aus der Perspektive einer Politischen Ökologie können etliche dieser widerstreitenden Annahmen und Erwartungen kritisch analysiert werden. Dabei drängen sich drei Aspekte auf.

Erstens Fragen der (sozial-ökologischen) Auswirkungen von Digitalisierung auf benachteiligte, vulnerable Bevölkerungsgruppen. Diese Perspektive kann anknüpfen an die jahrzehntelangen Untersuchungen der Politischen Ökologie-Forschung zu lokalen und globalen → Konflikten rund um Ressourcenextraktion seltener Metalle

für High-Tech-Produkte (→ Extraktivismus), wie auch zur Ausbeutung von Indigenen Gruppen, Arbeiter*innen und der Zerstörung lokaler Ökosysteme durch High-Tech-Produktionsstätten. Diese Diskussion wurde bereits im Rahmen der älteren Debatte um *Green IT* geführt und könnte in der kritischen Debatte über die umstrittenen Produktionsbedingungen von digitalen Geräten, etwa in den weltgrößten Fabriken von Foxconn in China (vgl. z.B. Chan et al. 2016; Pilgrim et al. 2017), stärker aufgegriffen werden.

Zweitens kann die Perspektive der Politischen Ökologie eine mögliche Veränderung der → gesellschaftlichen Naturverhältnisse im Zuge der Digitalisierung untersuchen. Hierbei könnten sehr unterschiedliche Aspekte in Augenschein genommen werden: beispielsweise die zunehmende ›psychologische Distanz‹, bei der sich Kenntnis wie Empathie von Menschen zu ihrer Mitwelt und Umwelt verändern; sich wandelnde Mensch-Tier-Natur-Beziehungen z.B. durch das Internet der Dinge (affirmativ hierzu z.B. Pschera 2014), die einer neuen Instrumentalisierung der Natur Vorschub leisten könnten; oder eine neue ›Quantifizierung der Welt‹ durch Nullen und Einsen (z.B. Ferreboeuf 2019; Vidalenc 2019), welche die Reduktion der → Natur auf Masse und Materie (Quantität) vorantreiben könnte. Insgesamt erscheinen diese Fragen jedoch noch kaum untersucht und bieten daher spannende künftige Forschungsfelder.

Drittens Fragen der Macht und Herrschaft mit Bezug zu den ökologischen Implikationen der Digitalisierung. Zwar gibt es, wie eingangs dargestellt, ausführliche machtkritische Analysen im Zusammenhang mit den politischen Implikationen (z.B. Datenmonopole) und den ökonomischen Implikationen (z.B. Plattformkapitalismus, in dem einzelne Plattformen sogar einen ganz Markt proprietär organisieren können (Staab 2019)), weniger aber im Rahmen der Diskussionen über die ökologischen Implikationen. Im weiteren Verlauf dieses Artikels wird diese Perspektive der Politischen Ökologie vertieft und aufgezeigt, wie die unterschiedliche (diskursive) Macht zentraler Akteure bis heute die Konfliktlinien über Nachhaltigkeit und Digitalisierung beeinflusst.

Digitalisierung im Konflikt militärischer, kapitalistischer und emanzipatorischer Interessen

Bei jeder digitalen Innovation geht es immer auch um die Fragen, welchem Zweck sie dienen, wer den Nutzen (z.B. Profit, Lebensqualität und andere) aus einer Anwendung zieht und welche Interessengruppen damit ihren gesellschaftlichen oder ökonomischen Einfluss ausbauen können. Die eingangs aufgezeigten widerstreitenden Annahmen und Erwartungen können daher auch als Kampf um diskursive Deutungshoheit sowie auch – ganz praktisch – um Vorherrschaft bei der konkreten Nutzung der Digitalisierung für bestimmte Akteursgruppen und ihre Interessen betrachtet werden. Um die Hintergründe dieser Konflikte besser verstehen zu können, lohnt ein Blick auf die historische Entwicklung sowohl der konkreten digitalen Technologien wie auch der entscheidenden Triebkräfte der Digitalisierungs-Debatte(n) der letzten Jahrzehnte. Die Anliegen jener Interessengruppen, die die Entwicklung von Computern und des Internets maßgeblich aus der Taufe gehoben haben, prägen bis heute die Gestaltung, Regulierung und Nutzung verschiedenster Formen der Digitalisierung. Unzählige Wissenschaftler*innen, Ingenieur*innen und Praktiker*innen haben über Jahrzehnte daran mitgewirkt, dass Informations- und Kommunikationstechnologien und das Internet so geworden sind, wie wir sie kennen. Doch blickt man auf die An-

fänge zurück, dann sind es vor allem drei Interessengruppen: Militär, Wirtschaft, aber auch die *counterculture* (Gegenkultur).

Die ersten Anfänge der Entwicklung und Vernetzung digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien gehen auf das US-amerikanische Militär zurück. Ein Großteil der Finanzierung für die Computerwissenschaften in den 1950er bis 1970er Jahren stammte aus dem Verteidigungshaushalt (Castells 2001). Und in den 1960er Jahren wurde das so genannte *Arpanet* entwickelt, das den *blueprint* für das heutige Internet lieferte: Ein flexibles, autonom funktionierendes Informationsnetzwerk, dass im Kalten Krieg gegenüber der Sowjetunion einen entscheidenden Vorsprung verschaffte.

Wirtschaftliche Akteure begannen etwas später, digitale Technologien für ihre Zwecke zu nutzen. Ab Mitte der 1960er Jahre waren es vor allem Banken, Versicherungen und zunehmend auch große Industrien, die über die meiste Rechenkapazität verfügten (Schiller 2000), was die Privatwirtschaft zu einem wichtigen Motor der Digitalisierung machte. Die digitalen Automatisierungsschübe erlaubten es den Unternehmen, in hohem Maße Arbeitskräfte durch Maschinen zu ersetzen und so ihre Produktion auszuweiten und Profite zu erhöhen. Viele Unternehmen betrieben bereits Intranets, bevor Tim Berners-Lee 1991 das *World Wide Web* erfand. Digitalisierung lieferte die Basis dafür, dass transnationale Konzerne – z.B. IBM, Microsoft, aber auch konventionelle Konzerne wie Banken, Versicherungen, Handelsketten und andere – ihre Produktions- und Wertschöpfungsketten quer über alle Kontinente aufspannen konnten.

Scheinbar konträr zum Kontroll- und Abhörinteresse des Militärs und zum Profitinteresse der Wirtschaft wurde die Digitalisierung von früh auf jedoch auch durch die ›alternative Szene‹ der 1960er und 1970er Jahre, insbesondere der amerikanischen Hippie- und Gegenkultur (*counterculture*), geprägt und gestaltet. Diese Bewegung war nicht technikfeindlich: Kleinmaßstäbliche, »konviviale« Technologien (Illich 1979) aller Art, auch zur Informationsbeschaffung, wurden als wichtige Werkzeuge für die Emanzipation und Unabhängigkeit vom ›militärisch-industriellen Komplex‹ betrachtet. Die Digitalisierung galt als Chance, unterdrückende Hierarchien abzubauen, ausbeuterische Konzerne lahmzulegen und den destruktiven Kapitalismus durch eine menschen- und umweltgerechte Ökonomie zu ersetzen.

Die frühe Kritik der digitalen *counterculture* an den Kapitalinteressen zieht sich bis zur heutigen intensiven Kritik an den Geschäftspraktiken der so genannten GAFAM-Gruppe (Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft) durch, die historisch beispiellose Renditen realisieren. Auch die Warnungen vor einem weiteren Entwicklungssprung einer immer unmenschlicheren Kriegsführung, die auf automatisierte und Künstliche Intelligenz-gestützte Waffensysteme und Cyber-Kriege setzt, bildet einen eigenen Kritikstrang. Immer wieder geht es darum, die Interessen einer militärischen oder geheimdienstlichen Bespitzelung und Kontrolle einerseits oder Interessen an Effizienz- und Profitsteigerungen des globalisierten Kapitalismus andererseits zu enttarnen und öffentlich zu kritisieren, um stattdessen die Stärkung von Selbstbestimmung, sozialer Kooperation und einer nachhaltigen Ökonomie vorantreiben zu können.

Wird Digitalisierung in politisch-ökologischer Perspektive kritisch betrachtet, so stellen sich Fragen nach sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit, nach Interessen und Hegemonie oder nach Macht und Herrschaft. Viele Beispiele aktueller Diskussionen über Chancen und Risiken der Digitalisierung zeigen dabei, dass die divergierenden Interessen der drei genannten Gruppen bis heute konkurrieren. Mit *Smarthomes* etwa

lässt sich die Heizung im eigenen Heim intelligent steuern, was Energie und Kosten einsparen und dem Klimaschutz helfen kann – wie sowohl die Werbebroschüren der *Smarthome*-Anbieter*innen als auch wissenschaftliche Potentialanalysen versprechen (z.B. Arthur D. Little/ECO 2017; Kersken et al. 2018). Doch werden viele dieser Systeme so gestaltet, dass die Sensoren und vernetzten Geräte minutiöse Bewegungsprofile der Nutzer*innen erstellen und intimste persönliche Informationen über ihr Verhalten sammeln. Dienen *Smarthomes* also dem Klimaschutz, dem Abhörwahn von Geheimdiensten oder dem Interesse von Unternehmen, nicht nur mit neuen Elektronikprodukten, sondern auch mit dem Verkauf der Nutzer*innendaten Profite machen zu können? Oder ein anderes Beispiel: Roboter, digitale Assistent*innen und künstliche Intelligenz in der *Industrie* 4.0 sollen künftig in zahllosen Bereichen menschliche Tätigkeiten ersetzen können; dieser Prozess wird in Deutschland unter anderem von der Bundesregierung wie von Unternehmen in der Initiative Industrie 4.0 vorangetrieben. Wird dies dazu beitragen, Menschen von mühevoller Arbeit zu befreien und selbstbestimmteres, kreativeres Arbeiten für viele zu ermöglichen? Oder wird es zu massenweisen Entlassungen und einer Umverteilung des Einkommens der dann arbeitslosen Menschen hin zu jenen führen, die die Roboter programmieren und besitzen?

Die Beispiele zeigen einige aus der Perspektive einer Politischen Ökologie zentrale Konfliktlinien, die die Digitalisierung von den Anfängen bis heute prägen: dass die Tendenzen zur ausufernden staatlichen Überwachung sowie zur kommerziellen Datenhortung und -auswertung (inklusive Datenextraktivismus, Datenkontrolle sowie Kontrolle durch Daten) mit der Tendenz eines forcierten digitalen Kapitalismus – trefflich und analog zum Überwachungsstaat auch als »Überwachungskapitalismus« bezeichnet (Zuboff 2018) – die zwei wesentlichen Hindernisse sind, warum die emanzipatorischen und ökologischen Chancen der Digitalisierung nicht oder nur eingeschränkt zum Tragen kommen.

Die Macht des Diskursiven

In langen Jahren des Diskurses über Digitalisierung konnten die oben genannten kapitalistischen Interessengruppen ›weltverbessernde‹ Anliegen (z.B. Empowerment von Konsument*innen, Förderung von Demokratie) reklamieren und diese im öffentlichen Diskurs bestens in den Vordergrund stellen. Auch mit Blick auf Nachhaltigkeit wurden solche Anliegen im Laufe des letzten Jahrzehnts verstärkt kommuniziert – wobei nicht immer klar ist, ob es sich dabei um ernst gemeinte Ambitionen oder um *Greenwashing* handelt. Zahlreiche *Reports* von Unternehmensberatungen und selbst ernannten *Think Tanks* der Telekommunikationsbranche rechneten jedenfalls vor, dass Digitalisierung im großen Stil zu Dematerialisierung und Dekarbonisierung beitragen werde (z.B. GeSi/The Boston Consulting Group 2012; GeSI/Accenture 2015). Einige Digital-Konzerne legen sich Strategien zum Umstieg auf erneuerbare Energien oder gar zur Klimaneutralität zu. Und allgemein bestand weithin der Eindruck, Digitalisierung würde per se mit einem demokratie-fördernden, emanzipatorischen Wandel einhergehen.

Doch diese Debatte ist inzwischen gekippt. Der »Solutionismus« (siehe Morozov 2013) bzw. weltverbessernde Duktus der Start-up-Szene wurde von kritischen Stimmen seitens Zivilgesellschaft und Wissenschaft entlarvt – nicht nur, weil zahlreiche Tech-Konzerne in die Riege der weltgrößten Aktiengesellschaften aufgestiegen wa-

ren, sondern auch, weil sich immer mehr kleinere und mittlere Start-ups allein auf die Profitmaximierung konzentrierten und daher Wachstum gegenüber Nachhaltigkeit den Vorrang einräumen. Zudem werden die politischen und sozialen Folgen von *Social-Media*-Plattformen und allgemein der digital-ökonomischen Machtkonzentration kritisiert, die von der Manipulation von ›Konsument*innenpräferenzen‹ über personalisierte Werbung bis zur Manipulation demokratischer Wahlen reichen. Auch die wachsenden ökologischen Fußabdrücke der immer schnelleren Software-Hardware-Obsoleszenz-Zyklen, insbesondere der mobilen Endgeräte (Smartphones, *Wearables* usw.), werden verstärkt angeprangert. Und die Tatsache, dass die bereits erfolgte Digitalisierung und ›Virtualisierung‹ etlicher Dienstleistungen und Konsumgewohnheiten in aggregierter Sicht offenbar nicht zu einer Dematerialisierung und Dekarbonisierung der Weltökonomie beigetragen hat (Lange et al. 2020; Santarius et al. 2020), hat der angenommenen Vereinbarkeit von digitaler Ökologie und Ökonomie eine Absage erteilt.

Aus digitalisierungskritischer Sicht und Umweltgerechtigkeitsperspektive (→ Environmental Justice) kann dies klar als Erfolg verbucht werden. Digitalisierung wird von immer mehr Menschen inzwischen nicht mehr als Chance, sondern auch als erhebliches Risiko für eine → sozial-ökologische Transformation wahrgenommen. Mit Blick auf ökologische Fragen sind die »blinden Flecken der Digitalisierung« (Sühlmann-Faul/Rammler 2018) zunehmend auf die Agenda der öffentlichen und politischen Debatte gerutscht. Forderungen nach einer ›transformativen Digitalpolitik‹ (Santarius 2018) werden laut, bei der Technologieentwicklung und -anwendung viel stärker als bisher politisch gestaltet und an den Zielen einer sozial-ökologischen Transformation ausgerichtet wird (Lange/Santarius 2018). Für die Entwicklung politischer Maßnahmen hat diese gewachsene diskursive Macht emanzipatorischer Interessen einiges erreichen können. So wurde sich mit dem Thema Digitalisierung und Nachhaltigkeit seitens einzelner Bundestagsfraktionen beschäftigt (Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestags 2019); im Jahr 2020 hat das Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit eine umfangreiche »Umweltpolitische Digitalagenda« vorgelegt (BMU 2020). Und auf EU-Ebene wurden im selben Jahr Ratsbeschlüsse für eine korrespondierende EU-Agenda gefasst, die in den kommenden Jahren mit Politiken und Maßnahmen unterlegt werden.

Zeitgleich sind die → sozialen Bewegungen, die ihre Kritik an den kommerziellen wie auch geheimdienstlichen (militärischen) Anliegen im öffentlichen Diskurs stark machen konnten, beeindruckend gewachsen. Die Teilnehmer*innenzahlen des *Chaos Communication Congress* – der größten internationalen Versammlungen der kritischen Hacker-Zivilgesellschaft – wuchs von 4.500 im Jahr 1998 über 6.600 im Jahr 2012 auf 15.000 im Jahr 2017 an. Seit 2010 bzw. 2013 gibt es wiederkehrende weltweite Proteste gegen die Prozesse um Julian Assange (WikiLeaks) und Edward Snowden. Auch einzelne politische Maßnahmen, wie etwa die Entwicklung der EU-Datenschutzgrundverordnung oder der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt, insbesondere mit ihren Regeln zu Upload-Filtern auf *Social Media*-Plattformen, wurden von einer sehr aktiven Zivilgesellschaft und Protesten begleitet. Und in Deutschland entstand 2018 die Bewegung *Bits & Bäume*, deren Kernanliegen waren zum einen Akteure der kritischen Hacker- und netzpolitischen Szene mit Akteuren der Nachhaltigkeits-Szene zusammen zu bringen und zum anderen Analysen und Vorschläge für eine nachhaltigkeitsorientierte Gestaltung der Digitalisierung voranzubringen (Santarius/

Kurz 2018). Die aufkeimende, kritische Debatte über Digitalisierung und Nachhaltigkeit wie auch die neue *Bits & Bäume-Bewegung* haben schließlich dazu beigetragen, dass 2019 der *Chaos Communication Congress* und 2020 sogar der industrie-dominierte Digitalgipfel des Bundeswirtschaftsministeriums unter das Motto Ressourcenknappheit und Umweltschutz gestellt wurden. Zwar drängt sich bei Letzterem der Verdacht auf, dass es hier weniger um einen starken Willen zum Wandel als um eine ›*Greenwashing*-Legitimation‹ eigener Anliegen gehen könnte. Dennoch kann konstatiert werden, dass emanzipatorische und ökologische Anliegen im öffentlichen und politischen Diskurs über Digitalisierung, jedenfalls im deutschsprachigen Raum, deutlich an diskursiver Macht gewonnen haben.

Doch freilich kann diese neu gewonnene Macht des Diskursiven der auf alten wie neuen Interessen basierenden Macht des Faktischen – der laufenden Innovation neuer digitaler Geräte, Services, Geschäftsfelder – nur bedingt etwas entgegensetzen. Ungeachtet der Verbreitung von politisch-ökologisch kritischen Perspektiven und des Ringens um Hegemonie, des zivilgesellschaftlichen → Widerstands gegen den digitalen Überwachungskapitalismus und den Kämpfen gegen Macht und digitale Vorherrschaft, können Tech-Unternehmen aus dem Silicon Valley und aus anderen Start-up-Szenen ihren enormen ökonomischen und damit auch politischen Einfluss auf nach wie vor weitgehend unregulierten Telekommunikations- und digitalen Dienstleistungsmärkten ausbauen.

Fazit

Es gibt bei der Digitalisierung eine besondere Herausforderung, die in anderen Feldern eine geringere Rolle spielt: die Geschwindigkeit des Wandels. In Konflikten um Ressourcenextraktion, Klimapolitik oder Infrastrukturausbau verändern sich Argumentationsstrukturen in den Debatten wie auch reale, materielle Gefahren (beispielsweise Straßenbau, Erschließung von Minen usw.) eher langsam. Mit Blick auf Digitalisierung jedoch wird derzeit alle paar Jahre ›eine neue Sau durchs Dorf getrieben‹, sprich: ein Hype um neue digitale Geräte oder Anwendungen kreiert – mit sowohl materiellen Folgen, weil in relativ raschen Zyklen neue digitale Technologien und Konnektivität innoviert werden, als auch mit diskursiven Herausforderungen, weil sich die Argumentationslinien und teils auch Interessenkonstellationen verändern.

Erst die nächste oder gar übernächste Auflage dieses Handbuchs Politische Ökologie wird daher Aufschluss darüber geben, inwiefern die Begriffe digital und ›*smart*‹ in einer Politischen Ökologie des Digitalen zu eigenen, neuen Kategorien in den Konflikten um Teilhabe, gutes Leben und den Erhalt lokaler und planetarer Ökosysteme geworden sind. Bis dahin, und bis sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse anhaltend geändert haben, bleibt zu hoffen und durch kritische Wissenschaft zu unterstützen, dass es den emanzipatorischen Kräften sowohl im Diskurs als auch in der Technikentwicklung gelingt, immer wieder Sand ins Getriebe zu streuen und eine möglichst ›sanfte Digitalisierung‹ (siehe Lange/Santarius 2018) statt einer disruptiven Digitalisierung zu erzielen. Eine sanfte Digitalisierung würde Tempo aus der technologischen Entwicklung nehmen, um möglichst vielen Akteuren und Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten zu bieten, diese Entwicklungen demokratischer gestalten zu können.

Literatur

Arthur D. Little/ECO (2017): Der deutsche Smart-Home-Markt 2017-2022. Zahlen und Fakten, Berlin: eco -Verband der Internetwirtschaft e.V.
Bartmann, Christoph (2016): Die Rückkehr der Diener. Das neue Bürgertum und sein Personal, München: Hanser.
Bauer, Wilhelm/Schlund, Sebastian/Marrenbach, Dirk/Ganschar, Oliver (2014): »Industrie 4.0 – Volkswirtschaftliches Potenzial für Deutschland«, Berlin/Stuttgart: Bitcom/Fraunhofer IAO.
BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2020): »Umweltpolitische Digitalagenda«, https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Digitalisierung/digitalagenda_bf.pdf (Zugriff: 17.09.2021).
Butollo, Florian/Engel, Thomas (2015): »Industrie 4.0 – arbeits-und gesellschaftspolitische Perspektiven. Zwischen Dystopie und Euphorie«, in: Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 103, S. 29-41.
Castells, Manuel (2001): The Internet Galaxy. Reflections on the Internet, Business, and Society, New York: Oxford University Press.
Chan, Jenny/Pun, Ngai/Selden, Mark (2016): »Dying for an iPhone: the lives of Chinese workers«, https://www.chinadialogue.net/article/show/single/en/8826-Dying-for-an-iPhone-the-lives-of-Chinese-workers (Zugriff: 17.09.2021).
Ferreboeuf, Par Hugues (2019): »Pour une sobriété numérique«, in: Futuribles, Nr. 429, S. 15-31.
Frick, Vivian/Matthies, Ellen/Thøgersen, John/Santarius, Tilman (2020): »Do online environments promote sufficiency or overconsumption? Online advertisement and social media effects on clothing, digital devices, and air travel consumption«, in: Journal of Consumer Behaviour, 20. Jg., Nr. 2, S. 288-308.
GeSI/Accenture (2015): #SMARTer2030. ICT Solutions for 21st Century Challenges, Brüssel: GeSi.
GeSi/The Boston Consulting Group (2012): »GeSI SMARTer 2020: The Role of ICT in Driving a Sustainable Future«, https://gesi.org/research/gesi-smarter2020-the-role-of-ict-in-driving-a-sustainable-future (Zugriff: 17.09.2021).
Gossart, Cédric (2015): »Rebound effects and ICT: A Review of the Literature«, in: Lorenz M. Hilty/Bernard Aebischer (Hg.): ICT Innovations for Sustainability (= Advances in Intelligent Systems and Computing, Band 310), Cham/Heidelberg/New York/Dordrecht/London: Springer International Publishing, S. 435-448.
Hilty, Lorenz M./Aebischer, Bernard (2015): »ICT for Sustainability: An Emerging Research Field«, in: Lorenz M. Hilty/Bernard Aebischer (Hg.): ICT Innovations for Sustainability (= Advances in Intelligent Systems and Computing, Band 310), Cham/Heidelberg/New York/Dordrecht/London: Springer International Publishing, S. 3-36.
Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2014): Welche Auswirkungen hat »Industrie 4.0« auf die Arbeitswelt?, WISO-direkt, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
Illich, Ivan (1979): »Tools for conviviality«. Fontana/Colllins. Siehe auch online unter: http://eekim.com/ba/bookclub/illich/tools.pdf (Zugriff: 17.09.2021).
Kellermann, Christian/Obermauer, Ralf (2020): »Digitaler Kapitalismus. Von der Würde der Arbeit in digitaler und klimaneutraler Zukunft«, in: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 238. Jg., Nr. 3, S. 87-91.

Kersken, Matthias/Sinnesbichler, Herbert/Erhorn, Hans (2018): »Analyse der Einsparpotenziale durch Smarthome und intelligente Heizungsregelungen«, in: Bauphysik, 40. Jg., Nr. 5, S. 276-285.

Lange, Steffen/Pohl, Johanna/Santarius, Tilman (2020): »Digitalization and energy consumption. Does ICT reduce energy demand?«, in: Ecological Economics, 176. Jg., Art. 106760.

Lange, Steffen/Santarius, Tilman (2018): Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit, München: oekom.

Lange, Steffen/Santarius, Tilman/Zahrnt, Angelika (2019): »Von der Effizienz zur digitalen Suffizienz. Warum schlanke Codes und eine reflektierte Nutzung unerlässlich sind«, in: Anja Höfner/Vivian Frick (Hg.): Was Bits und Bäume verbindet. Digitalisierung nachhaltig gestalten, München: oekom, S. 112-114.

Meissner, Jens O./Weichbrodt, Johann/Hübscher, Bettina/Baumann, Sheron/Klotz, Ute/Pekruhl, Ulrich/Gisin, Leila/Gisler, Alexandra (2016): Flexible neue Arbeitswelt. Eine Bestandsaufnahme auf gesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Ebene, Zürich: vdf Hochschulverlag AG.

Mickoleit, Arthur (2010): Greener and Smarter. ICTs, the Environment and Climate Change, OECD Green Growth Papers Nr. 2010/01, Paris: OECD Publishing.

Morozov, Evgeny (2013): To save everything, click here. The Folly of Technological Solutionism, New York: PublicAffairs.

OECD (2015): »OECD Digital Economy Outlook 2015«, www.oecd-ilibrary.org/science-and-technology/oecd-digital-economy-outlook-2015_9789264232440-en (Zugriff: 17.09.2021).

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestags (2019): Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Positionspapier, Ausschussdrucksache 19(26)39, Berlin.

Pilgrim, Hannah/Groneweg, Merle/Reckordt, Michael (2017): Ressourcenfluch 4.0. Die sozialen und ökologischen Auswirkungen von Industrie 4.0 auf den Rohstoffsektor, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.

Pschera, Alexander (2014): Das Internet der Tiere. Der neue Dialog zwischen Mensch und Natur, Berlin: Matthes & Seitz.

Rifkin, Jermey (2014): Die Null Grenzkosten Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York: Campus.

Santarius, Tilman (2018): »Für eine sozial-ökologische Digitalpolitik. Nur wenn sie politisch gestaltet wird, trägt die Digitalisierung zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen bei.« Blog-Artikel auf Netzpolitik.org, 10.12.2018, https://netzpolitik.org/2018/fuer-eine-sozial-oekologische-digitalpolitik (Zugriff 17.9.2021)

Santarius, Tilman (2019): »Auf dem Weg in die vernetzte (Verbraucher-)Zukunft – Widersprüche der Digitalisierung für den nachhaltigen Konsum«, in: Birgit Blättel-Mink/Peter Kenning (Hg.): Paradoxien des Verbraucherverhaltens. Dokumentation der Jahreskonferenz 2017 des Netzwerks Verbraucherforschung, Wiesbaden: Springer Gabler, S. 101-111.

Santarius, Tilman/Kurz, Constanze (2018): »Warum Bits und Bäume zusammengehören. Vier Gründe, um zwei Communities zu vernetzen«, in: Anja Höfner/Vivian Frick (Hg.): Was Bits und Bäume verbindet. Digitalisierung nachhaltig gestalten, München: oekom, S. 8-11.

Santarius, Tilman/Lange, Steffen (2021): »Chancen und Grenzen einer ›3-D-Ökonomie‹. (Wie) Kann die digitale Ökonomie dezentral und demokratisch gestaltet werden?«, in: Sustainability Management Forum|NachhaltigkeitsManagementForum, 29. Jg., Nr. 1, S. 31-39.

Santarius, Tilman/Pohl, Johanna/Lange, Steffen (2020): »Digitalization and the Decoupling Debate: Can ICT Help to Reduce Environmental Impacts While the Economy Keeps Growing?«, in: Sustainability, 12. Jg., Nr. 18, Art. 7496.

Schiller, Dan (2000): Digital Capitalism. Networking the Global Market System, Cambridge: The MIT Press.

Staab, Philipp (2019): Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit, Berlin: Suhrkamp.

Sühlmann-Faul, Felix/Rammler, Stephan (2018): Der blinde Fleck der Digitalisierung. Wie sich Nachhaltigkeit und digitale Transformation in Einklang bringen lassen, München: oekom.

Vidalenc, Éric (2019): Pour une écologie numérique, Paris: Les Petits Matins.

Winkel, Olaf (2015): »Demokratie und Digitalisierung«, in: dms. Der moderne Staat. Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 8. Jg., Nr. 2, S. 409-434.

Zuboff, Soshana (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus, Frankfurt a.M./ New York: Campus.

Raum, Scale, Natur

Hendrik Sander und Sören Becker

Gesellschaftliche Verhältnisse und die gesellschaftliche Aneignung der → Natur sind notwendig mit der Frage des Raums verknüpft. Diese Erkenntnis ist jedoch in vielen sozialwissenschaftlichen Ansätzen nicht selbstverständlich. Oft wurde die Raumdimension theoretisch geringgeschätzt und analytisch vernachlässigt. Das hat sich mit dem *spatial turn* in den Sozialwissenschaften verändert. Raum ist allerdings nicht nur als gegebener Schauplatz sozialer Prozesse zu verstehen. Die Kritische Geographie hat gezeigt, dass Raum auch ein sich dynamisch veränderndes Produkt kapitalistischer Akkumulationsstrategien und gesellschaftlicher Kämpfe ist, die sich temporär in räumlichen Verhältnissen verdichten (Belina 2017; Belina/Michel 2019). Politische Auseinandersetzungen manifestieren sich dabei auf verschiedenen räumlichen Ebenen (Scales), die aber nicht feststehend, sondern selbst das Ergebnis von skalaren Strategien und → Konflikten sind.

Die These von der sozialen Produktion des Raums bezieht sich nicht nur auf die diskursive und institutionelle Dimension, sondern auch auf seine physisch-materielle Konstitution – und damit auf die natürlichen Raumbedingungen. Diese existieren nicht als unberührte Natur jenseits und unabhängig von Gesellschaft. Vielmehr schaffen, transformieren oder zerstören → Akteure mit ihren materiellen Praktiken Naturräume und die *»gebaute Umwelt«* (Harvey 1996). Diese materiellen Praktiken sind ihrerseits umkämpft: Sie sind Gegenstand gesellschaftlicher Konflikte und Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Die Stärke dieses Verständnisses einer umkämpften *Produktion der Natur* liegt darin, die Umwelt als zutiefst *politisiert* zu begreifen (Smith 2008). Zugleich strukturieren die entstandenen räumlichen Verhältnisse die Handlungsmöglichkeiten von Akteuren. Natürliche Prozesse und Elemente besitzen umgekehrt eine eigene Materialität, die auf das Handeln der Akteure zurückwirkt und sich einer vollständigen Kontrolle durch gesellschaftliche Strategien entziehen kann (Görg 2003).

Der vorliegende Beitrag führt in die soziale Produktion von Räumen und die *Politics of Scale* ein und zeigt deren Anwendungen für die Politische Ökologie. Räumliche Verhältnisse sind damit ein wichtiger Bestandteil politisch-ökologischer Analysen, auch wenn die Raumdimension nicht in allen Veröffentlichungen ausgearbeitet wird. Eine explizite Verbindung von Politischer Ökologie und kritischer Raumforschung ist deshalb gewinnbringend. In dem folgenden Beitrag werden wir zunächst skizzieren, wie die Kritische Geographie ein nicht-essentialistisches Raumverständnis entwickelt hat. Der Scale-Ansatz wird als eine konzeptionelle Konkretisierung dieses Verständnisses eingeführt. Darauf aufbauend arbeiten wir systematisch heraus, wie gesell-

schaftliche und physisch-materielle Raumdimension zusammenwirken und welche Wechselverhältnisse zwischen Produktion und Eigenlogik von Natur dabei entstehen. Schließlich werden beispielhaft einzelne Arbeiten vorgestellt, die den Scale-Ansatz mit der Politischen Ökologie verbinden.

Die soziale Produktion des Raums

In den Sozialwissenschaften spielte die Kategorie des Raums lange bestenfalls eine randständige Rolle. Das galt auch für kritische und marxistische Gesellschaftstheorien. So argumentiert die Geographin Doreen Massey etwa in Auseinandersetzung mit Ernesto Laclau, dass dieser wie viele andere kritische Denker*innen der Dimension *Zeit* Momente der gesellschaftlichen Offenheit und Emanzipation zuschrieb, während der *Raum* für Determiniertheit, Stillstand oder gar Reaktion stünde. Aus ihrer feministischen Perspektive fordert Massey, diesen ontologischen Dualismus zu überwinden und stattdessen Raum und Zeit als wechselseitig aufeinander bezogen zu begreifen (Massey 1992). Zwar veröffentlichte Henry Lefebvre bereits Ende der 1960er Jahre seine ersten Schriften über die soziale Bedeutung des Raums (Lefebvre 1969) – und nach ihm zahlreiche weitere kritische Köpfe. Doch erst mit dem sogenannten *spatial turn* in den Sozialwissenschaften seit den 1990er Jahren rückte der Raum ins Zentrum sozialwissenschaftlicher Debatten[1].

Allerdings zeigen sich in diesen Debatten stark divergierende theoretische Verständnisse von Raum. Auf der einen Seite stehen vulgär-materialistische Zugänge, die Raum als gegebene Bühne sozialer Prozesse und letztlich der Gesellschaft äußerlich fassen. Auf der anderen Seite finden sich idealistische Verständnisse, die dem Raum keine eigenständige Rolle jenseits der Welt der Ideen zugestehen. Einen dritten Weg geht die Kritische Geographie: Henry Lefebvre, der als einer ihrer Begründer gilt, verband marxistische Theorie, Untersuchungen von Alltagspraktiken und kritische Raumanalyse (Belina/Michel 2019). Mit seinem programmatischen Werk »Die Produktion des Raums« (1991) prägte er eine wichtige Perspektive der Kritischen Geographie.

Für diese Forschungsrichtung ist nicht eine scheinbare Essenz des Raums von Interesse, sondern die spezifische Rolle, die Räumlichkeit in konkreten sozialen Prozessen zukommt. Es sind die gesellschaftlichen Praktiken, Konflikte und Deutungen, die Raum aneignen, schaffen, transformieren und ihm damit eine soziale Bedeutung zuweisen. Zugleich ist nicht nur Raum immer sozial, sondern das Soziale ist auch notwendig räumlich: »Die sozialen Beziehungen […] haben keine echte Existenz außer im und durch den Raum. *Ihre Grundlage ist räumlich*« (ebd.: 465, Hervorh. im Original). Das heißt, die produzierten räumlichen Strukturen wirken auf die Handlungsbedingungen der Akteure zurück und können damit selbst Katalysator gesellschaftlicher Veränderungen werden (Massey 1992).

1 Bob Jessop et al. (2008) identifizieren sogar mehrere *spatial turns*, die jeweils unterschiedliche Raumkategorien in den Fokus nahmen und diese kritisch wendeten oder neu einführten: *Place*, *Territory*, *Scale* und *Network*. Die Autor*innen schlagen vor, bei der Analyse historisch-konkreter Landschaften die verschiedenen Raumaspekte zu integrieren. Eingedenk dieser sinnvollen konzeptionellen Erweiterung fokussieren wir dennoch im Folgenden auf den Scale-Ansatz, der auch Verbindungen zur Politischen Ökologie herstellt.

Die soziale Produktion des Raums nimmt im Kapitalismus eine besondere Form an, die wesentlich von der Dynamik der Kapitalakkumulation bestimmt ist (Harvey 1996; Smith 2008). So tendiert das Kapital dazu, von den konkreten Qualitäten der Orte zu abstrahieren und einen Weltmarkt zu schaffen, der alle Orte in einem einheitlichen Raum miteinander verbindet. Denn kapitalistische Unternehmen streben nach einer globalen Mobilität für Investitionen, Waren und Arbeitskräfte, um durch flexible Akkumulationsstrategien ihre Profitabilität zu optimieren. Das Kapital produziert konkrete Räume, die die materiellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen seiner Verwertung bereitstellen (Infrastrukturen, günstige Arbeitskräfte, Zugang zu natürlichen Ressourcen etc.). Zugleich ist der Kapitalismus für seine Reproduktion mehr denn je auf spezifische Raumbedingungen angewiesen.

Durch die kapitalistische Produktion des Weltmarkts werden konkrete Räume aneinander angeglichen und in einem globalen Raum homogenisiert, der universellen Prinzipien der räumlichen Vergesellschaftung unterworfen ist. Gleichzeitig ist die kapitalistische Dynamik durch eine permanente Differenzierung und Polarisierung zwischen sozialen Räumen geprägt. Neil Smith (2008: 122f.) bringt es auf den Punkt: »Ungleiche Entwicklung ist der konkrete Ausdruck der Produktion des Raums im Kapitalismus«. Abhängig von den räumlichen Verwertungsbedingungen und -strategien investieren die Unternehmen in profitabel erscheinende Orte, während sie ihr Kapital aus anderen abziehen. Strategische räumliche Rekonfigurationen, sogenannte *spatial fixes*, sind ein wesentliches Mittel, um ökonomische Krisen zu bearbeiten. Dies können etwa die Inwertsetzung bisher nicht-kapitalistischer Felder oder Investitionen in die *gebaute Umwelt* sein (Häuser, Verkehrssysteme, Kraftwerke etc.) (Harvey 1982).

So wichtig es ist, die Bedeutung von Akkumulationsdynamiken bei der Produktion von Räumen zu beachten, so muss zugleich die Rolle der Regulation dieser Dynamiken berücksichtigt werden. Für die soziale Produktion von Räumen bedeutet das, dass diese »in der grundlegend von antagonistischen Widersprüchen und Konflikten bestimmten kapitalistischen Gesellschaft *umkämpft* ist; dass in ihr Interessen und Strategien aufeinander treffen und ihr Verlauf und Ergebnis von Machtverhältnissen bestimmt ist« (Belina/Michel 2019: 18, Hervorh. im Original). Dabei verdichten sich die räumlichen Strategien und Konflikte im → Staat, der selbst immer eine räumliche Gestalt hat und aktiv an der sozialen Produktion des Raums beteiligt ist (Brenner 2004; Jessop 2010). Andrew Herod bemängelt allerdings, dass auch in der Kritischen Geographie zu wenig beleuchtet wird, wie sich Arbeiter*innen mit ihren Alltagspraktiken und Strategien in die Produktion des Raums einschreiben (Herod 1999). Somit sind nicht nur mächtige Akteure, sondern auch subalterne Gruppen in der sozialen Raumproduktion präsent – wenn auch in untergeordneter Position. Schon Lefebvre hat in subversiven räumlichen Strategien ein wesentliches Vehikel der → Emanzipation gesehen. Insbesondere am Beispiel der französischen Mairevolte 1968 argumentierte er, dass aus den räumlichen Widersprüchen von Zentrum und Peripherie, Dominanz und Marginalisierung ein widerständiges Potenzial entstehen kann. Soziale Bewegungen richten sich oft gegen Entfremdung und Abstraktion in kapitalistischen Raumverhältnissen und streben nach einer Dezentralisierung, um Selbstbestimmung in ihrem räumlichen Alltagsleben zu erlangen (Lefebvre 1991; 1969).

Der Scale-Ansatz

Um ein solches theoretisches Raumverständnis für die Analyse gegenwärtiger räumlich-sozialer Veränderungen fruchtbar zu machen, ist eine weitere Schärfung des Raumkonzepts nötig. Denn mit der Globalisierung, dem Bedeutungsgewinn der supranationalen Ebene (wie der Europäischen Union) und der subnationalen Ebene (wie etwa einzelnen Städten oder Metropolregionen) ist die analytische Frage zunehmend wichtig geworden, auf welchen Ebenen welche politischen Entscheidungen getroffen werden. Der Multi-Level-Governance-Ansatz versucht, eine Antwort auf diese Frage zu geben und interessiert sich vor allem für die Problemlösungsfähigkeit von Mehrebenensystemen wie der EU (Grande/Jachtenfuchs 2000). Er hat jedoch weder einen Begriff von den Herrschaftsverhältnissen, die sich in diesen Systemen verdichten, noch von der gesellschaftlichen Produktion der verschiedenen Maßstabsebenen (Wissen 2011).

Genau das leistet der Scale-Ansatz der Kritischen Geographie, der eher eine Forschungsperspektive denn eine kohärente Theorie ist. Neil Smith (2008) argumentierte bereits Anfang der 1980er Jahre, dass das Kapital in seiner dialektischen Bewegung aus Mobilität und Fixierung räumliche Handlungsebenen (Scales) produziert. Durch die (temporären) räumlichen Kompromisse zwischen widerstreitenden Kapitalfraktionen zur Sicherung ihrer Akkumulationsbedingungen entstehen *scalar fixes*. Dabei geht Smith – zumindest zu Anfang der Debatte – von einem hierarchischen Verhältnis zwischen räumlichen Ebenen aus: »Das gesellschaftliche Leben entfaltet sich innerhalb und konstruiert eine Art hierarchisch gegliederten Raum, statt eines Mosaiks [ohne solche Hierarchien]« (Smith 1992: 73, eigene Übersetzung).

An diesen frühen Beiträgen zur Scale-Debatte wurde von verschiedenen Seiten Kritik geübt. So stellten Sallie Marston und andere (2005) aus einer poststrukturalistischen Perspektive grundsätzlich die Konzeption vertikal hierarchisierter Scales infrage. Diese Kritik baut auf Marstons (2000) früherer feministischer Kritik auf, dass die Scale-Debatte einseitig auf der gesellschaftlichen Sphäre der Produktion basiert, Alltagspraktiken sowie Prozesse der Reproduktion und des Konsums jedoch nicht ausreichend berücksichtigt (vgl. Herod 1999). Auch spätere Konzepte, die von der Vorstellung hierarchischer Beziehungen zwischen räumlichen Ebenen Abstand genommen haben, überzeugen sie nicht. Für sie ist im Denken über Scales immer die Definition eines Maßstabs – also eine Unterscheidung zwischen »kleineren« und »größeren« räumlichen Ebenen – eingeschrieben, wobei angenommen wird, dass die »höhere« Ebene letztlich die Bedingungen der niedrigeren Ebene gestaltet. Politische Prozesse in einer Stadt oder die Einkaufsentscheidungen eines Haushalts wären damit immer durch die Bedingungen auf der nationalen oder globalen Ebene definiert. Da sich Scale nicht ohne diese Hierarchie denken ließe und damit als Konzept die soziale Wirklichkeit zu stark reduziere, plädiere sie stattdessen für eine *flat ontology*, die sich auf die horizontale Interaktion zwischen verschiedenen *social sites* konzentriert (Marston et al. 2005: 423f.). Diese können zwar in Abhängigkeit voneinander stehen, doch sollte diese Abhängigkeit nicht im Vorhinein angenommen werden.

Vertreter*innen der Scale-Debatte haben diese Anregungen aufgegriffen und den Ansatz weiterentwickelt, betrachten die Produktion von Scales aber in ihrer Mehrzahl weiter aus einer polit-ökonomischen Perspektive. So formuliert Swyngedouw: »Diese territorialen und netzwerkartig verbundenen Scales sind niemals fest, sondern sind fortwährend umkämpft, werden neu definiert, neu konstituiert und rekonstruiert […]«

(Swyngedouw 2010: 9). Implizit oder explizit fassen neuere Scale-Beiträge das Verhältnis von Handeln und Struktur in einer Weise, die auch der Lesart des strategisch-relationalen Ansatz von Bob Jessop entspricht. Strukturen (in diesem Fall Scales) erscheinen aus dieser Perspektive als materielle Verdichtungen vergangener Strategien und Kämpfe mit einer spezifischen *strategischen Selektivität* und insofern als einschränkende oder ermöglichende Handlungsbedingungen für soziale Akteure. Die Handelnden reproduzieren die Strukturen durch ihre Praxis – oder stellen sie infrage (Jessop 2010: 27ff.).

Auf der einen Seite sind es die sozialen Praktiken und Konflikte, die die Scales fortwährend neu produzieren (Belina 2008). Darin antizipieren die Akteure die strategischen Selektivitäten der unterschiedlichen Scales und verfolgen skalare Strategien, um ihre eigenen Ziele zu erreichen. Dazu wechseln sie horizontal die institutionellen Terrains (*Forum Shifting*) oder vertikal die räumlichen Handlungsebenen (*Scale Jumping*), indem sie den Schwerpunkt ihrer strategischen Praxis auf höhere Ebenen (*Upscaling*) oder niedrigere Ebenen (*Downscaling*) verlagern, die bessere Durchsetzungschancen für ihre Interessen versprechen. Bei diesen *Politcs of Scale* springen die Akteure nicht nur zwischen gegebenen Scales, sondern schaffen oder verändern selbst die Handlungsebenen (Brenner 2004, Brand et al. 2007). Allerdings verfügen die verschiedenen Akteure über sehr ungleich verteilte Ressourcen, um solche skalaren Strategien verfolgen zu können (Mayer 2008).

Die Kräfteverhältnisse, die sich in diesen Auseinandersetzungen herausbilden, schreiben sich in die spezifische Gestalt verschiedener Scales ein. Entsprechend des dynamischen, prozess-basierten Verständnisses sind die entstehenden Handlungsebenen soziale Konstruktionen, die einem kontinuierlichen Veränderungsprozess unterliegen. Diese fortwährende Neuorganisation von Scales wird unter dem Begriff *Rescaling* diskutiert: »Der Begriff Rescaling bezeichnet eine komplexe und stark umkämpfte Rekonfigurierung der interskalaren Anordnungen, einschließlich der Herausbildung neuer Ebenen von Praxis und Emanzipation« (Mahon/Keil 2008: 35). Dabei existieren die einzelnen Scales nicht unabhängig voneinander, sondern nur in ihrem Verhältnis und ihrer relativen Bedeutung und Position gegenüber anderen Scales. Ferner besteht das skalare Ensemble nicht aus einer geordneten, vertikalen Struktur, sondern entwickelt sich »aus verworrenen Hierarchien und verstreuten interskalaren Netzwerken« (Brenner 2001: 605, eigene Übersetzung).

Auf der anderen Seite haben die einmal produzierten Scales selbst einen strukturierenden Effekt und wirken auf soziale Prozesse zurück. Über ihre permanente soziale Konstruktion hinaus gewinnen sie eine eigene Materialität im Sinne verdinglichter sozialer Verhältnisse. Die skalaren Handlungsebenen sind als verräumlichte Strukturen und Formen geronnener Macht zu verstehen. Als Kristallisationspunkt der Kräfteverhältnisse zwischen sozialen Gruppen wirken sie selbst als Katalysatoren, die gesellschaftliche Machtverhältnisse organisieren und reproduzieren (Jessop 2010).

Um das Verständnis von → Macht und Herrschaft zu schärfen, haben verschiedene Autor*innen den Scale-Ansatz mit einer historisch-materialistischen Regulations-, → Hegemonie- und Staatstheorie verknüpft (→ historisch-materialistische Policy Analyse). Neue skalare Anordnungen bzw. scalar fixes sind demnach ein zentrales Medium, die widersprüchlichen kapitalistischen Verhältnisse temporär zu regulieren und ihnen einen Konsens im Sinne eines prekären Kompromissgleichgewichts zu sichern. Diese historischen räumlich-institutionellen Konfigurationen verdichten sich vor allem im Staat, der immer eine skalare Gestalt hat und selbst an der (Re-)Produktion

von Scales beteiligt ist (Brand 2008; Wissen 2011).[2] Unter Bezugnahme auf Jessop entwickelt Neil Brenner (2004) die Konzepte der *state spatial strategies* (als raumwirksame Politiken, die sich räumlich selektiv auswirken) und des *state spatial project* (als skalare Konfiguration, die dem Staat eine relative interne Kohärenz verleiht). Veränderungen der skalaren Organisation der Staatsapparate werden auch als *state rescaling* bezeichnet, das Teil der sozialen Produktion von Scales ist.

Raum und gesellschaftliche Naturverhältnisse

Nachdem wir das materialistische Verständnis von der sozialen Produktion des Raums – und insbesondere der Produktion von Scales – auf einer allgemeinen Ebene entwickelt haben, werden wir nun diesen theoretischen Zugang mit der Frage der → gesellschaftlichen Naturverhältnisse verbinden.

Aus der Perspektive der Politischen Ökologie sind Gesellschaft und Natur in einem dialektischen Wechselverhältnis miteinander verbunden. Insbesondere Neil Smith hat sich nicht nur damit beschäftigt, wie soziale Praxis den Raum produziert, sondern auch wie sie die Natur hervorbringt und gestaltet. Denn Natur ist für ihn nicht ohne gesellschaftliche Prägung vorstellbar, da sich die sozialen Verhältnisse in die Natur einschreiben:

> »Die materielle Natur wird als Einheit durch den Prozess der Arbeit produziert, der seinerseits durch die Bedürfnisse, die Logik und die Eigenheiten der gesellschaftlichen Naturverhältnisse bestimmt wird. Kein Teil der Erdoberfläche, der Erdatmosphäre, der Meere, der geologischen oder biologischen Basis ist immun gegen eine Transformation durch das Kapital« (Smith 2008: 56, eigene Übersetzung).

Für soziale Herrschaftsverhältnisse ist die Kontrolle über die Natur ein wesentliches Medium. Andersherum prägt die soziale Produktion der Natur die konkrete Gestalt der gesellschaftlichen Verhältnisse (ebd.). Kapitalistische Naturbeherrschung impliziert jedoch nicht, dass Gesellschaft und Natur zu einer Einheit werden – so wendet die kritische Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse ein. Vielmehr weist die Natur eine eigene Materialität und Nicht-Identität auf, die sich gerade im Scheitern der Naturbeherrschung zeigt und die ein für die gesellschaftliche Kontrolle unverfügbares Moment darstellt (Görg 2003).

Führen wir nun das historisch-materialistische Verständnis von Raum und Natur zusammen, wird deutlich, dass die Materialität der Natur und die materielle Dimension des Raums sich gegenseitig konstituieren, ohne in eins zu fallen[3]. Die Natur als

---

2 Nach unserem Verständnis beschränken sich institutionalisierte Scales allerdings nicht nur auf die Staatsapparate im engeren Sinne, sondern können auch zivilgesellschaftliche Foren umfassen, in bzw. auf denen um die breit anerkannte Gestaltung der Gesellschaft gerungen wird.

3 Tatsächlich existiert hier ein Unterschied zwischen der deutsch- und englischsprachigen Diskussion: Während im Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, das vor allem im deutschsprachigen Raum verwendet wird, von einer Nicht-Identität von Gesellschaft und Natur ausgegangen wird (vor allem Görg 2008), wird in der englischsprachigen Literatur häufig von einer *Hybridisierung* gesprochen (Haraway 1991; Swyngedouw 1996; Swyngewdouw/Heynen 2003).

belebte und unbelebte, produzierte und (un)verfügbare physische Materialität und der materielle Raum, der in der Lesart der Kritischen Geographie nicht einfach nur Arena sozialer Prozesse ist, sondern eine eigene Qualität besitzt, bedingen sich wechselseitig. Die Materialität der Natur ist immer *räumlich*. Wie eng der Zusammenhang zwischen Produktion von Raum und Natur ist, zeigt sich beispielsweise daran, »dass die In- und Außerwertsetzung von Natur und gebauter Umwelt ein wesentliches Moment der […] dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz der ungleichen Entwicklung ist« (Wissen 2011: 134). Es ist also die gesellschaftliche Praxis, die Raum und Natur in ihrer Materialität produziert, transformiert und versucht zu beherrschen. Dabei wirkt die physische Materialität von Natur auf das Handeln zurück und kann sich als Schranke für den uneingeschränkten gesellschaftlichen Zugriff erweisen. Soziale Prozesse können damit durch natürliche Grenzen beschränkt sein, wie Diskussionen um die Grenzen des Wachstums und planetarische Grenzen unterstreichen, die einerseits materiell gegeben, aber gleichzeitig gesellschaftlich umkämpft sind (Brand et al. 2021).

Die gesellschaftliche Produktion und Aneignung der Natur ist gleichzeitig Gegenstand von Akteursstrategien, zivilgesellschaftlichen Konflikten, → Diskursen und Identitäten, die sich in konkreten räumlich-institutionellen Konfigurationen manifestieren. Die politischen Auseinandersetzungen um Nutzung und Verteilung natürlicher Ressourcen (→ Rohstoffe) – die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse – haben unmittelbare Auswirkungen auf die soziale Produktion des materiellen Raums. Andersherum wirkt die gesellschaftliche Praxis der Raumproduktion auf die institutionellen und diskursiven Aushandlungen zurück. So hat etwa das Unternehmen RWE die Landschaft des Rheinischen Braunkohlereviers mit seiner Kohleextraktion tiefgreifend verändert. In Reaktion auf den globalen Klimawandel und diese lokalen Zerstörungen hat die Klimagerechtigkeitsbewegung Protestaktionen gestartet, die sich vor Ort und gleichzeitig überregional organisieren (→ Klimagerechtigkeit). Im Zuge dessen wurde auf nationaler Ebene ein langfristiger Kohleausstieg beschlossen. Dieser hat starke Auswirkungen auf die ökonomische Praxis vor Ort. Zugleich schafft RWE weiterhin vor Ort Fakten, indem das Unternehmen etwa weiter Teile des umkämpften Hambacher Forsts abgräbt (Sander et al. 2020, → Energiedemokratie).

Tatsächlich hat die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit umweltbezogenen Konflikten und der Nutzung natürlicher Ressourcen selbst zur konzeptionellen Entwicklung der Scale-Debatte beigetragen (Swyngedouw/Heynen 2003; Köhler 2008; Neumann 2009). Ein Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass sich mit der Einführung von Umweltpolitik auch die staatlichen Verantwortlichkeiten verschieben, also ein *State Rescaling* stattfindet (Gibbs et al. 2002; Bulkeley 2005; Reed/Bruyneel 2010). Erik Swyngedouw und Nik Heynen sehen in der »kontinuierliche[n] Reorganisation von räumlichen Handlungsebenen« einen »integrale[n] Bestandteil von sozialen Strategien, die Kontrolle über begrenzte Ressourcen anzugreifen oder zu verteidigen, und/oder [für] eine Auseinandersetzung um Ermächtigung (empowerment)« (ebd.: (2003: 913, eigene Übersetzung). In ihrem Programm einer → Urban Political Ecology ist diese Analyse jedoch kein Selbstzweck, sondern dient dem Ziel, progressive Strategien für einen gerechteren Zugang zu Ressourcen in Städten und darüber hinaus zu erreichen.

Diese Punkte wurden empirisch insbesondere bezogen auf das Thema → Wasser diskutiert. Internationale Konflikte um Staudammprojekte aber auch die Frage der Wasserversorgung von Städten zeigen, dass in diesem Zusammenhang Aktivitäten und Entscheidungen auf mehreren räumlichen Ebenen relevant sind. Zu nennen ist

hier vor allem Erik Swyngedouws (2007) historische Studie zur Modernisierung der spanischen Wasserversorgung während der faschistischen Franco-Diktatur. Der Aufbau einer großskaligen Wasserversorgung durch großtechnische Staudammprojekte war mit dem politischen Ziel verknüpft, die starke Stellung der Regionen im Feld der Wasserversorgung zu zerschlagen – und damit politischen Kräften für mehr regionale Autonomie im Wortsinn das Wasser abzugraben. Seine Studie gilt als frühes Beispiel dafür, wie der Versuch, natürliche Ressourcen zu kontrollieren, nicht nur mit politischen Programmen, sondern auch mit Auseinandersetzungen um die räumliche Ebene dieser Kontrolle verknüpft ist.

Die Einführung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie Anfang der 2000er Jahre ist ein aktuelleres Beispiel einer Reskalierung im Wassersektor. Die Richtlinie sieht vor, dass innerhalb der Europäischen Union Flüsse, Seen und andere Gewässer entsprechend ihrer Einzugsgebiete – und damit teilweise auch über nationale Grenzen hinweg – verwaltet, kontrolliert und geschützt werden sollen. Augenscheinlich sind biophysikalische und ökologische Prozesse, in diesem Fall Flusseinzugsgebiete und Wasserscheiden, nur selten mit politisch-administrativ definierten Gebieten oder der räumlichen Ausdehnung sozialer Prozesse kongruent (Bernt/Görg 2008). Aus demselben Grund unterscheiden Timothy Moss und Jens Newig (2010) zwischen *scalar dimensions* und *scalar levels*. Während Letztere die klassischen Scales, also räumliche Maßstabsebenen bezeichnen, erlauben Erstere eine analytische Differenzierung zwischen der biophysikalischen, institutionellen oder diskursiven Dimension von Scales. Doch trotz der Versuche, die politische Steuerung zu optimieren, bleibt Wasser eine ›unkooperative‹ Ware und Ressource, die sich nur bedingt kontrollieren und vermarkten lässt (Bakker 2003).

Skalare Fragen und Probleme spielen ebenfalls in aktuellen Diskussionen zum Schutz der → Biodiversität und des Klimas eine Rolle. Während Håvard Haarstad (2014) dies als Problem der Verteilung von Verantwortung über verschiedene räumliche Ebenen hinweg begreift, argumentiert Markus Wissen, »dass sozialökologische Transformationen nicht nur die physisch-materielle Raumdimension betreffen, sondern auch mit der herrschaftsförmigen Reorganisation der räumlichen Maßstäblichkeit von Gesellschaft verwoben sind« (Wissen 2011: 136). Dies wird insbesondere in Landkonflikten deutlich, bei denen der Zugang oder die Nutzung von Land durch lokale Bevölkerungsgruppen mit Entscheidungsprozessen auf verschiedenen räumlichen Ebenen verbunden sind (→ Land Grabbing).

Beispielsweise zeigt Alina Brad (2016) mit Blick auf die indonesische Palmölproduktion, wie sich die räumliche Gestalt der Anbausysteme, und damit insbesondere die Rolle von Kleinbäuer*innen, unter verschiedenen Regulationen änderte: Im Rahmen der frühen Entwicklung des Marktes wurde ein Kooperationsmodell zwischen Kleinbäuer*innen und Plantagenunternehmen etabliert, während nach der Öffnung für ausländische Direktinvestitionen der Anteil der Kleinbäuer*innen stark zurückging (ebd.: 357). Aus einer Scale-Perspektive ist dabei nicht nur die zunehmende Weltmarktorientierung relevant, sondern auch die widerstreitenden Kompetenzen zwischen nationalen, regionalen und lokalen Regierungen zu Fragen der Landnutzung. So entstand »eine erhebliche Anzahl sich überlappender politisch-gesetzlicher Konfigurationen und Verordnungen bezüglich Landnutzung und Kontrolle über Land« (ebd.: 359), die ihrerseits mit einem politischen Projekt zur Dezentralisierung des indonesischen Staates verknüpft sind. Eine Scale-Perspektive auf gesellschaftliche

Naturverhältnisse erklärt lokale Konflikte um die Nutzung und Kontrolle von Land damit nicht nur aus der lokalen Dynamik heraus, sondern macht die Verknüpfung lokaler Auseinandersetzungen mit der Verschiebung von Machtverhältnissen über verschiedene räumliche Ebenen sichtbar (vgl. auch Green 2019). Ein weiteres viel diskutiertes Beispiel in diesem Zusammenhang sind Maßnahmen zum Schutz von Wäldern im Rahmen des REDD+-Programms der internationalen Klimapolitik sowie für Kompensationen für CO_2-Emissionen in den Industriestaaten (Bumpus/Liverman 2008; Bryant et al. 2015). Ähnlich wie im zuvor ausgeführten Beispiel liegt hier der Blick auf den Auseinandersetzungen um Nutzungsrechte über verschiedene räumliche Ebenen hinweg.

Bereits Markus Wissen (2011) kommt bei seiner Analyse der inter- und supranationalen Regulation von Wasserinfrastrukturen und genetischen Ressourcen jedoch zu dem Ergebnis, dass gerade die globale Managementperspektive auf diesen großräumigen Scales dazu tendiert, von den konkreten sozial-ökologischen Besonderheiten vor Ort und der Nicht-Identität der Natur zu abstrahieren. Das kann zu Widersprüchen der räumlichen Reskalierung und mithin zu einem Scheitern der Naturbeherrschung führen. So brechen sich Versuche auf EU-Ebene, Wasserinfrastrukturen zu privatisieren und zu liberalisieren, an den physisch-materiellen Eigenschaften der unkooperativen Ware Wasser (siehe oben). Im Falle der Biodiversität können kommerzielle Praktiken ihrer Inwertsetzung im Rahmen von internationalen Institutionen ihre eigene Grundlage untergraben, »als sie eben jene nicht-kapitalistischen Nutzungsformen [durch ortsansässige Gemeinschaften] zu entwerten oder gar zu zerstören drohen, die die biologische Vielfalt in ihrer heutigen Form erst hervorgebracht haben« (ebd.: 257).

Fazit

In diesem Beitrag haben wir Debatten der Kritischen Geographie, des Scale-Ansatzes und der Politischen Ökologie nachgezeichnet, um zu erläutern, wie soziale Prozesse und Praktiken Raum produzieren und wie dieser andersherum auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zurückwirkt. Wir haben gezeigt, wie konkurrierende Akteure versuchen, ihre Strategien auf verschiedenen räumlichen Handlungsebenen durchzusetzen, und wie sie dabei die Scales mit hervorbringen und verändern. Vor allem haben wir herausgearbeitet, dass die soziale Produktion des Raums, gesellschaftliche Machtverhältnisse und die Aneignung bzw. Kontrolle der Natur systematisch zusammenhängen. Durch die Verknüpfung dieser Dimensionen kann soziale Herrschaft stabilisiert werden – sie kann aber auch Widersprüche und Konflikte hervorbringen. Ferner sind sozial-ökologische Konflikte nie ausschließlich lokal, sondern immer in größere räumliche Zusammenhänge eingebunden. Zugleich kann die Bedeutung von globalen Veränderungen der Naturverhältnisse nicht ohne die konkreten Auseinandersetzungen vor Ort verstanden werden.

Die Herausforderung für Arbeiten der Politischen Ökologie besteht darin, die soziale Produktion des Raums systematisch in ihre Analysen einzubeziehen, um der Komplexität politisch-ökologischer Konflikte gerecht zu werden. Eine räumliche Perspektive ist nicht nur für kritische Analysen, sondern auch für die Strategiebildung von emanzipatorischen Bewegungen und Akteuren wichtig, die auf eine → Demokratisierung und gerechte → Transformation der Naturverhältnisse zielen.

Literatur

Bakker, Karen (2013): Privatizing Water. Governance Failure and the World's Urban Water Crisis, Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.

Belina, Bernd (2008): »Skalare Praxis«, in: Markus Wissen/Susanne Heeg/Bernd Röttger (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und emanzipatorischer Politik, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 106-123.

Belina, Bernd (2017): Raum. 2. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot.

Belina, Bernd/Michel, Boris (2019): »Raumproduktionen. Zu diesem Band«, in: Dies., 4. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 7-34.

Bernt, Matthias/Görg, Christoph (2008): »Searching for the Scale – Skalenprobleme als Herausforderung der Stadt- und Umweltforschung«, in: Markus Wissen/Susanne Heeg/Bernd Röttger (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und emanzipatorischer Politik, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 226-250.

Brad, Alina (2014): »Politische Ökologie und Politics of Scale – Vermittlungszusammenhänge zwischen Raum, Natur und Gesellschaft«, in: Geographica Helvetica 71. Jg, Nr. 4, S. 353-363.

Brand, Ulrich (2008): »Multiskalare Hegemonie: Zum Verhältnis von Führung, Herrschaft und Staat«, in: Markus Wissen/Susanne Heeg/Bernd Röttger (Hg.): Politics of scale: Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 169-185.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus. (2007): »Verdichtungen zweiter Ordnung: Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perpsektive«, in: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 37. Jg., Nr. 2, S. 217-234.

Brand, Ulrich/Muraca, Barbara/Pineault, Éric/Sahakian, Marlyne/Schaffartzik, Anke/Novy, Andreas/Streissler, Christoph/Haberl, Helmut/Asara, Viviana/Dietz, Kristina/Lang, Miriam/Kothari, Ashish/Smith, Tone/Spash, Clive/Brad, Alina/Pichler, Melanie/Plank, Christina/Velegrakis, Giorgos/Jahn, Thomas/Carter, Angela/Huan, Qingzhi/Kallis, Giorgos/Martínez-Alier, Joan/Riva, Gabriel/Satgar, Vishwas/Teran Mantovani, Emiliano/Williams, Michelle/Wissen, Markus/Görg, Christoph (2021): »From planetary to societal boundaries. An argument for collectively defined self-limitation«, in: Sustainability: Science, Practice, Policy, 17. Jg., Nr. 1, S. 264-271.

Brenner, Neil (2001): »The limits to scale? Methodological reflections on scalar structuration, in: Progress in Human Geography«, 25. Jg., Nr. 4, S. 591-614.

Brenner, Neil (2004): New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood, Oxford: Oxford University Press.

Bryant, Gareth/Dabhi, Siddhartha/Böhm, Steffen (2015): »›Fixing‹ the climate crisis: capital, states and carbon offsetting in India«, in: Environment and Planning 47. Jg., Nr.10, S. 2047-2063.

Bulkeley, Harley (2005): »Reconfiguring environmental governance: Towards a politics of scales and networks«, in: Political Geography, 24. Jg., Nr. 2, S. 875-902.

Bumpus, Adam G./Liverman, Diana M. (2008): »Accumulation by Decarbonization and the Governance of Carbon Offsets«, in: Economic Geography. 84. Jg., Nr. 2, S. 127-155.

Gibbs, David/Jonas, Andy/While, Aidan (2002): »Changing Governance Structures and the Environment: Economy-Environment Relations at the Local and Regional Scales«, in: Journal of Environmental Policy and Planning, 4. Jg. Nr. 2, S. 123-138.

Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse: Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster: Westfälisches Dampfboot.
Grande, Edgar/Jachtenfuchs, Markus (Hg.) (2000): Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden: Nomos.
Green, Kathryn E. (2016): »A political ecology of scaling: Struggles over Power«, in: Geoforum, 74. Jg., S. 88-97.
Haarstad, Håvard (2014): »Climate Change, Environmental Governance and the Scale Problem«, in: Geography Compass, 8. Jg., Nr. 2, S 87-97.
Haraway, Donna (1991): Simians, Cyborgs and Women: The Reinvention of Nature, New York, London: Routledge.
Harvey, David (1982): Limits to Capital, London: Verso.
Harvey, David (1996): Justice, Nature and the Geography of Difference, Cambridge, Mass.: Blackwell.
Herod, Andrew (1999): »From a geography of labor to a labor geography: labor's spatial fix and the geography of capitalism«, in: Antipode, 29. Jg., Nr. 1.
Jessop, Bob (2010): State Power: A Strategic-Relational Approach, Cambridge: Polity.
Jessop, Bob/Brenner, Neil/Jones, Martin (2008): »Theorizing sociospatial relations«, in: Environment and Planning D: Society and Space, 26. Jg., Nr. 3, S. 389-401.
Köhler, Bettina (2008): »Die Materialität von Rescaling-Prozessen. Zum Verhältnis von Politics of Scale und Political Ecology«, in: Markus Wissen/Susanne Heeg/Bernd Röttger (Hg.): Politics of scale: Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 208-224.
Lefebvre, Henri (1969): Aufstand in Frankreich. Zur Theorie der Revolution in den hochindustrialisierten Ländern, Berlin: Edition Voltaire.
Lefebvre, Henri (1991): The Production of Space, Maiden, MA, Oxford, Carlton, Victoria: Wiley-Blackwell.
Mahon, Rianne/Keil, Roger (2008): »Space, Place, Scale. Zur politischen Ökonomie räumlich-gesellschaftlicher Redimensionierung – ein Überblick«, in: Markus Wissen/Susanne Heeg/Bernd Röttger (Hg.): Politics of Scale: Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik.
Marston, S./Jones III, J.P./Woodward, K. (2005): »Human geography without scale«, in: Transactions of the Institute of British Geographers 30(4), S. 416-432.
Massey, D. (1992): »Politics and Space/Time«, in: New Left Review 196.
Mayer, M. (2008): »Multiskalare Praxen städtischer sozialer Bewegungen«, in: Wissen, M.; Röttger, B.; Heeg, S. (Hg.): Politics of Scale: Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 34-56.
Marston, Sallie R. (2000): »The social construction of scale«, in: Progress in Human Geography, 24. Jg. Nr. 2, S. 219-242.
Marston, Sallie R./Jones III, John Paul/Woodward, Keith (2005): »Human geography without scale«, in: Transactions of the Institute of British Geographers, 30. Jg. Nr. 4, S. 416-432.
Massey, Doreen (1992): »Politics and Space/Time«, in: New Left Review, 1. Jg., Nr. 196.
Mayer, Margit (2008): »Multiskalare Praxen städtischer sozialer Bewegungen«, in: Markus Wissen/Susanne Heeg/Bernd Röttger (Hg.): Politics of Scale: Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 268-289.

Moss, Timothy/Newig, Jens (2010): »Multilevel Water Governance and Problems of Scale: Setting the Stage for a Broader Debate«, in: Environmental Management 46. Jg. Nr. 1, S. 1-6.

Neumann, Roderick P. (2009): »Political ecology: theorizing scale«, in: Progress in Human Geography, S. 398-406.

Reed, Maureen G./Bruyneel, Shannon (2010): »Rescaling environmental governance, rethinking the state: A three-dimensional review«, in: Progress in Human Geography, 34. Jg. Nr. 5, S. 646-653. https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/0309132509354836

Sander, Hendrik/Siebenmorgen, Bastian/Becker, Sören (2020): Kohleausstieg und Strukturwandel. Für eine sozial-ökologische Transformation im Rheinischen Revier, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 15/2020, Berlin.

Smith, Neil (1992): »Geography, difference and the politics of scale«, in: Joe Doherty/Elspeth Graham/Mo Malek (Hg.): Postmodernism and the Social Sciences, London: Palgrave Macmillan, S. 57-79.

Smith, Neil. (2008[1984]): Uneven Development. Nature, Capital, and the Production of Space, 3. Auflage, Athens: University of Georgia Press.

Swyngedouw, Erik (1996): »The city as a hybrid: on nature, society and cyborg urbanisation«, in: Capitalism Nature Socialism, 7. Jg. Nr. 2, S. 65-80.

Swyngedouw, Erik (2007): »Technonatural revolutions: the scalar politics of Franco's hydro-social dream for Spain, 1939-1975«, in: Transactions of the Institute of British Geographers, 32. Jg. Nr. 1, S. 9-28.

Swyngedouw, Erik (2010): Place, Nature and the Question of Scale: Interrogating the Production of Nature (=Diskussionspapier 5 Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften), Berlin.

Swyngedouw, Erik/Heynen, Nicolas C. (2004): »Urban Political Ecology, Justice and the Politics of Scale«, in: Antipode, 35. Jg. Nr. 5, S. 898-918.

Wissen, Markus. (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Wissen, Markus/Heeg, Susanne/Röttger, Bernd (Hg.) (2008): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und emanzipatorischer Politik, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Urbane Politische Ökologie

Sybille Bauriedl

Städte werden oft als Gegensatz von Natur, von Ökologie und von Umwelt betrachtet. Die Urbane Politische Ökologie bietet eine Betrachtungsweise, die Städte als Orte komplexer Beziehungen von Gesellschaft und Natur und als Ausdruck → gesellschaftlicher Naturverhältnisse zeigt. Weder Städte noch Natur sind statische → Materialität, beide befinden sich in permanenten Veränderungsprozessen, werden durch natürliche und gesellschaftliche Dynamiken gestaltet und haben einen enormen Materialdurchfluss. Insbesondere Großstädte tragen mit ihrem ökologischen Fußabdruck zu globalen Krisen bei und reagieren gleichzeitig vulnerabel auf Krisenfolgen. Außerdem sind gerade in Städten Problemstellungen von Ungleichheitsstrukturen und Umweltgerechtigkeit stark ausgeprägt. Dennoch ist die Urbane Politische Ökologie bisher ein relativ kleiner Teilbereich sowohl der Politischen Ökologie als auch der kritischen Stadtforschung.

Die Urbane Politische Ökologie beschäftigt sich damit, in welcher Weise Städte Ausdruck spezifischer gesellschaftlicher Naturverhältnisse sind, wie Städte mit ihrem immensen Materialdurchfluss Naturverhältnisse im planetarischen Maßstab prägen und welche Kämpfe um Naturbeanspruchung und Umweltgerechtigkeit von Städten ausgehen, die die Stadtbevölkerung in unterschiedlicher Weise betreffen. Anders als eine problemlösungsorientierte Forschung, die primär die Nachhaltigkeitspotentiale technologischer und planerischer Maßnahmen unterstützt, konzentriert sich Urbane Politische Ökologie auf Ursachen von Nicht-Nachhaltigkeit, indem sie soziale Dimensionen städtischer Umweltprobleme im Kontext lokaler und historisch-produzierter Machtstrukturen untersucht (Keil 2003: 724). Sie versteht das Urbane weder allein materiell als gebaute Welt noch allein sozial als Gefüge autonom handelnder Menschen, sondern betrachtet komplexe Wechselwirkungen gesellschaftlicher Naturverhältnisse in Städten. Die Verflechtungen von Gesellschaft und Natur, von Menschlichem und Nicht-Menschlichem sind hier besonders vielfältig ausgeprägt und zeigen sich unter anderem in den Formen urbaner Ernährung, Mobilität, Grün- und Wohnraumnutzung, Energie- und Gesundheitsversorgung.

Die Urbane Politische Ökologie betrachtet die Stadt sowohl als einen konkreten Ort (Angelo/Wachsmuth 2015) als auch eine spezifische Maßstabsebene zwischen lokalen und globalen Transformationen (Debbané/Keil 2004). Sie untersucht sozial-ökologische Ungleichheiten und Gerechtigkeit *innerhalb* der Stadt, *zwischen* Städten und *im Bezug* der Stadt zu ihrem regionalen Umland bis hin zum planetarischen Maßstab. Dafür werden nicht nur Studien in einzelnen Städten durchgeführt, sondern

auch vergleichende Fallstudien, die die vielfältigen gesellschaftlichen und räumlichen Ausprägungen der Urbanisierung von Natur nachvollziehbar machen (Kaïka/Swyngedouw 2013; Cousins/Newell 2019). In diesem Beitrag werden daher drei Dimensionen gesellschaftlicher Naturverhältnisse von Städten diskutiert, die diese unterschiedlichen sozial-räumlichen Verflechtungen und Ungleichheitsdimensionen nachvollziehbar machen. Daran schließt eine Darstellung neuer Perspektiven Urbaner Politischer Ökologie im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung und Plattformisierung urbaner Infrastrukturen an, die als ein Ausdruck aktueller Dynamiken urbaner Transformationsprozesse und gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu verstehen sind und spezifische Formen von Ungleichheit und Gerechtigkeit hervorbringen.

Urbane Dimensionen gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Im Folgenden werden drei Perspektiven einer Auseinandersetzung mit Städten unterschieden, die die analytischen Potentiale der Urbanen Politischen Ökologie nachvollziehbar machen. Diese untersucht gesellschaftliche Naturverhältnisse, die (a) *in* Städten zu erkennen sind und sich auf Fragen lokaler Umweltgerechtigkeit konzentrieren, die (b) *von* Städten produziert werden und Fragen zu urbanen Materialflüssen relevant machen und die (c) *durch* Städte erfolgen und Fragen zu den externalisierten Kosten dieses ressourcenintensiven Stadtlebens stellen. Diese Perspektiven auf materielle und diskursive Verflechtungen von Städten werden in drei Abschnitten anhand von zentralen konzeptionellen Zugängen und Debatten der Urbanen Politischen Ökologie sowie beispielhaften Studien dargestellt. Die Struktur folgt der zeitlichen Genese der Forschungsansätze und Schwerpunktthemen. Die ersten beiden Perspektiven prägen die Urbane Politische Ökologie seit den 1980er Jahren und folgen der Argumentation historisch-materialistischer bzw. marxistischer Ansätze (→ marxistische Politische Ökologie). Die dritte Perspektive hat im letzten Jahrzehnt an Bedeutung gewonnen und steht in engerer Verbindung zu postkolonialen und dekolonialen Ansätzen (→ Post- und Dekoloniale Politische Ökologie) sowie einer kritischen Stadtforschung.

Gesellschaftliche Naturverhältnisse in Städten: Verteilung von urbanen Grünräumen und Gesundheitsbelastungen

Städte sind nicht nur dichte Siedlungsräume, sondern auch Standorte für Gewerbe, Industriebetriebe und Entsorgungsinfrastrukturen sowie überregionale Verkehrsachsen. Städte wie Frankfurt a.M., London oder Istanbul beherbergen außerdem internationale Transitflughäfen. Hafenstädte wie Hamburg umfassen Logistikflächen, die fast ein Zehntel der Stadtfläche einnehmen. Diese Funktionsmischung der Stadt führt zu Nutzungskonflikten und zu enormen Gesundheitsbelastungen für bestimmte Teile der Stadtbevölkerung durch Lärm und Emissionen sowie Grundwasser- und Bodenkontamination. Jährlich sterben laut Weltgesundheitsorganisation mehr als vier Millionen Menschen weltweit allein an den Folgen von Luftverschmutzung (WHO 2021). Insbesondere in Städten ist die gesundheitsschädliche Feinstaubbelastung, verursacht durch motorisierten Verkehr und fossile Industrien, extrem hoch. Die Gesundheitskosten der Nutzung fossiler Energieträger für Strom, Wärme und Mobilität bezahlen arme Menschen, die in den belasteten Stadtteilen und den Hauptverkehrsachsen wohnen müssen,

mit einem verkürzten Leben. Diese sozialräumliche Segregation entlang von gesunden und belasteten Orten zeigt sich genauso in indischen wie in deutschen Großstädten. Die durchschnittliche Lebenserwartung im einkommensschwachen Dortmunder Norden ist im Vergleich zum wohlhabenden Dortmunder Süden um zehn Jahre kürzer. Dafür ist nicht allein, aber im relevanten Ausmaß die Umweltqualität des Wohnstandortes verantwortlich (Sieber 2017: 124). Mit dem Klimawandel potenziert sich diese ungerechte Gesundheitsbelastung, da die globale Erwärmung zu starker Hitzebelastung in Städten führt, die durch die Bebauungsdichte und den hohen Versiegelungsgrad mit Asphalt- und Betonflächen insbesondere in Innenstädten und Quartieren ohne Grünraum steigt, was oft auf Arbeiterquartiere zutrifft. Die Kühlungseffekte von Freiflächen, Straßenbäumen, Park- und Wasseranlagen sowie die Frischluftzufuhr durch Grünzüge haben eine fundamentale Bedeutung für die Vermeidung gesundheitlicher Risiken und für die Lebensqualität in Städten.

Die Gesundheitsbelastung in Städten ist extrem ungerecht verteilt. In Quartieren mit höherer Lärmbelastung, schlechterer Luftqualität und größeren Hitze- und Hochwasserrisiken leben mehrheitlich einkommensschwache Stadtbewohner*innen, die gleichzeitig auf Grund eingeschränkter Konsummöglichkeit viel weniger zur lokalen – und auch globalen – Umweltbelastung beitragen. Diese ungerechte Diskrepanz zwischen Verursachung und Betroffenheit von Umweltbelastungen im Stadtraum ist Ausdruck von Klassenverhältnissen. Sie sind das Ergebnis sozialer Segregation, die über Wohnungskosten und andere Ausschlussmechanismen entlang soziokultureller Identität und sozialem Status gesteuert wird. Die teuersten Grundstücke sowie die höchsten Mieten und Immobilienpreise finden sich in Stadtteilen, in denen frischer Wind auf die Stadt trifft (in europäischen Städten sind reiche Stadtteile daher fast immer im Westen zu finden) sowie in Frischluftschneisen (an Stadtparks, Seen, Flüssen). Wohngebiete mit sehr hoher Umweltqualität werden von Bewohner*innen mit höherem Einkommen beansprucht, die entsprechend hohe Wohnkosten zahlen können (Cole/Foster 2001, Bolte et al. 2012).

Gesundheitsbelastende Industrien und Infrastrukturen (Kläranlagen, Mülldeponien und Ähnliche) finden sich in Stadtteilen mit hohem Anteil an armer und Migrationsbevölkerung, deren Interessen nicht in Parlamenten repräsentiert sind, deren politische Teilhabemöglichkeit sehr schwach ist und deren Protest gegen schlechte Lebensbedingungen nur schwer organisiert werden kann. Diese Form der Segregation ist in US-amerikanischen Großstädten besonders sichtbar. Die Nachbarschaften Schwarzer Ghettos in Chicago und New York wurden von Stadtregierungen über Jahrzehnte als Standorte für Giftmülllager und andere extrem gesundheitsbelastende Infrastrukturen gewählt. Die Urbane Politische Ökologie untersucht diese Ungleichheitsverhältnisse und die Kämpfe für Umweltgerechtigkeit in den betroffenen Nachbarschaften seit den 1970er Jahren. David Harvey hat schon 1973 in seinem Buch »*Social Justice and the City*« Einkommensungleichheit zwischen armen und reichen Nachbarschaften und dessen Folge für die Stadtgestalt am Beispiel nordamerikanischer Städte untersucht und darin Probleme sozialer Gerechtigkeit als Ergebnis sozialräumlicher Arbeitsteilung und des ungleichen Zugangs zu gesunder Umwelt in Städten betrachtet (Harvey 1973). Der große Umfang an Studien zu Umweltgerechtigkeit in US-Städten ist auch auf das aktivistische Engagement von Wissenschaftler*innen nordamerikanischer Universitäten zurückzuführen, die die Urbane Politische Ökologie geprägt haben (Cronon 1991; Desfor/Keil 2004; Heynen et al. 2006a). Untersuchungen über den

ungleichen Zugang zu gesunder Stadtumwelt haben einen wichtigen Ansatzpunkt für die Urbane Politische Ökologie geliefert, um die sozial-ökologischen Prozesse des städtischen Umweltwandels zu verstehen.

Die Urbane Politische Ökologie betrachtet Städte jedoch nicht nur als Orte von Ungleichheitsstrukturen und Ungerechtigkeit, sondern als Ermöglichungsräume urbaner Praxis und alternativer gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Zahlreiche Studien beschreiben urbane Grünräume auch als Orte emanzipatorischer Kämpfe. Prägnante Beispiele sind innerstädtische Brachflächen, die für temporäre gärtnerische Nutzungen nachbarschaftlich genutzt und gestaltet wurden. Diese Form der Aneignung des Stadtraums verfolgt in erster Linie das Ziel einer Selbstermächtigung marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Die ersten Gemeinschaftsgärten sind in den 1980er Jahren in New York City entstanden. Sie dienen bis heute in erster Linie als interkulturelle Begegnungsorte und Kontrapunkt zur Vertreibungspolitik und rasanten Gentrifizierung in den zuvor sozial und kulturell gemischten Stadtvierteln. Sie fördern in vielen Städten den Austausch von Naturerfahrungen und -erlebnissen im direkten Wohnumfeld sowie die soziale Interaktion, und sie schaffen öffentliche urbane Räume, um alternative Lebens-, Ernährungs-, Produktions- und Wirtschaftsweisen zu erproben (z.B. Subsistenzproduktion und Tauschwirtschaft) (Gandy 2002; Kumnig et al. 2017).

Paradoxerweise zeigt sich in vielen Städten, dass gerade diese Nachbarschaftsprojekte des gemeinsamen Gärtnerns und andere Begrünungsprojekte im öffentlichen Raum zu einer weiteren Form der Gentrifizierung führen können, die als ökologische, grüne oder Umweltgentrifizierung bezeichnet wird. Grünraumaufwertung in Städten ist oft mit der Verdrängung armer Bevölkerungsgruppen verbunden. Dies geschieht zum einen als *direkte Vertreibung* von Wohnungslosen im Rahmen von Stadtentwicklungsstrategien der Grünraumgestaltung, da die Attraktivität von städtischem Grünraum mit Sicherheit und Sauberkeit verbunden wird, diese aber wohnungslosen Bevölkerungsgruppen abgesprochen wird, um eine normierte Vorstellung von Stadtnaturnutzung – teilweise mit Gewalt – durchzusetzen (Dooling 2009). Zum anderen findet eine *indirekte Vertreibung* statt, wenn Aufwertungsmaßnahmen der Umweltqualität in Quartieren mit einkommensschwachen Bewohner*innen nicht mit einem Mietpreisdeckel verbunden werden und infolge günstige Mietwohnungen in diesen nun attraktiven Quartieren in hochpreisige Eigentumswohnungen umgewandelt werden (Holm 2011). Hier wird sowohl die Bedeutung des Zugangs zu Stadtnatur als ökonomisch begründetem Privileg sichtbar als auch die Produktion von Ungerechtigkeit mittels ›grüner‹ Stadtentwicklung, losgelöst von sozialen Implikationen.

Gesellschaftliche Naturverhältnisse von Städten: Urbaner Metabolismus von Luft, Wasser, Energie, Rohstoffen und Fertigprodukten

Den meisten Stadtbewohner*innen ist kaum bewusst, wo sie überall von Naturressourcen umgeben sind und welche Ressourcenströme ihr alltägliches Leben begleiten. In Städten sind große Mengen an Holz, Stahl, Sand, Asphalt und Zement aus verschiedenen Regionen der Welt gebunden. Zusätzlich zu diesem langfristigen Naturverbrauch verursachen insbesondere Industriestädte einen enormen Material- und Energiedurchfluss. Rohstoffe werden für und in Städten zu Energie, Nahrung und anderen Produkten verarbeitet und als Abfälle und Emissionen in das Umland, in globale Verwertungsströme oder die Atmosphäre zurückgegeben. Umweltökonom*innen

nennen diesen Prozess einen ›urbanen Metabolismus‹. Und die anhaltende Urbanisierung – immer mehr Menschen leben in immer größeren Städten weltweit – hat globale Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Ressourcen eines begrenzten Planeten. Besonders in Großstädten haben sich gesellschaftliche Naturverhältnisse immer mehr globalisiert (Keil 2003). Urbane Lebensweisen verursachen globale Rohstoff- und Warenströme, Produktionsnetzwerke und Infrastruktursysteme, die alltägliche Konsum- und Produktionsweisen unterschiedlicher Städte der Welt verbinden. Die Metapher der Stadt als Metabolismus ist nützlich, um zwei wichtige Aspekte der Urbanisierung hervorzuheben: *einerseits* der Durchfluss von Waren, Ressourcen, Kapital und Gütern in und aus der Stadt und *andererseits* die permanenten Austausch- und Transformationsprozesse zwischen einer Stadt und ihrem Umland (Cronon 1991). Diese Perspektive vermeidet eine Trennung zwischen Stadt und Land und versucht, vielfältige räumliche Gegebenheiten zu verbinden. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang Studien der Urbanen Politischen Ökologie zu materiellen Infrastrukturen (Wasserversorgung, Verkehrssysteme, Grünräume, Siedlungsformen und Ähnliche), da hierbei erkennbar wird, in welcher Weise Ressourcenflüsse gestaltet werden und damit Urbanisierungsdynamiken prägen (Flitner et al. 2017).

Den bis heute grundlegenden Sammelband dieser Perspektive auf urbane Stoffströme und die urbane Produktion von Natur haben Nik Heynen, Maria Kaïka und Erik Swyngedouw mit dem Titel *»In the Nature of Cities: Urban Political Ecology and the Politics of Urban Metabolism«* veröffentlicht. Darin entwerfen sie einen Ansatz zur Analyse alltäglicher Erfahrungen mit urbaner Natur. Sie betonen die notwendige Aufmerksamkeit für Machtverhältnisse, die urbane Stoffkreisläufe prägen, aus einer historischen Perspektive und regen an, Städte als sozio-ökologische Verflechtungen, bzw. als Sozionaturen zu betrachten (2006b: 22). Diese Perspektive hat viele Fallstudien etwa zu Müll, Gemeinschaftsgärten und Wasserinfrastrukturen angeregt.

Städte sind nicht nur urbaner Metabolismus, sie sind auch Standort materieller Infrastrukturen und Institutionen, die aus hierarchischen Gesellschaftsverhältnissen hervorgegangen sind und diese reglementieren. Urbane Welten werden immer multi-situierter und vernetzter. Mary Lawhon, Henrik Ernstson und Jonathon Silver schlagen vor, dass eine Urbane Politische Ökologie sich stärker mit der Verteilung und Situiertheit von Macht beschäftigt, die in alltäglichen Praktiken verwurzelt ist, um zu verstehen, wie urbane Umgebungen geformt werden und in welcher Weise sie umkämpft sind (2014). Die Theoretisierung der Urbanen Politischen Ökologie war lange von zentralen Referenzen der britischen und nordamerikanischen neo-marxistischen Geographie geprägt. Daher haben nordamerikanische Städte schon immer eine beispielhafte Rolle bei der Entwicklung der Urbanen Politischen Ökologie gespielt. Erst später fanden auch andere Regionen Beachtung, wie die Diskussionen über Wasserfragen in Städten Südafrikas (Loftus 2007), Nepals und Mexiko-Stadt (Delgado-Ramos 2015) zeigen, ebenso wie diejenigen zur Abfallpolitik in Oaxaca (Moore 2009), zu Plastiktütenmüll und urbaner Forstwirtschaft in Nairobi (Njeru 2006) und Luftverschmutzung in Delhi (Véron 2006).

Gesellschaftliche Naturverhältnisse durch Städte: Externalisierte Kosten urbaner Lebensweise

Die immer umfangreichere Ressourcenbeanspruchung und der wachsende Stoffdurchfluss führen nicht nur zu spezifischen gesellschaftlichen Naturverhältnissen in Städten und ihrem Umland, sondern dieser Prozess prägt in Folge globalisierter Ressourcenströme und globalisierter Produktionsketten auch die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in anderen Städten der Welt, in denen Exportrohstoffe abgebaut oder zu Zwischen- und Endprodukten verarbeitet werden oder die am Ende der Verwertungskette stehen und Müll und Altlasten anderer Städte aufnehmen. Die nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit (Blühdorn et al. 2020) insbesondere von Großstädten des Globalen Nordens zeigt sich an Industrien, die auf einem Ressourcenextraktivismus aus dem Süden beruhen und gleichzeitig die sozialen und ökologischen Kosten und Risiken ihrer Produktionsweise zurück in den Süden externalisieren. Diese über Jahrhunderte entwickelte globale Ungleichheitsstruktur einer extraktivistischen und externalisierenden Wirtschaftsweise ist nur möglich in einer Welt, die durch eine rassistische Gesellschaftsordnung geprägt ist. Die sozial-räumlichen Ungleichheitsstrukturen dieser Stoffströme zeigen sich nicht nur in einem Nord-Süd-Verhältnis (Peet et al. 2010), sondern auch innerhalb regionaler Machtgeometrien zwischen urbanen Zentren und Peripherien (Massey 1993).

Diese Struktur zeigt sich aus historisch-materialistischer Perspektive sehr deutlich. Die meisten europäischen Städte, insbesondere Hafenstädte, gründen ihren Wohlstand auf einer kolonialen Verflechtungsgeschichte. Städte wie London, Amsterdam und Flensburg sind zentrale Orte der imperialen Plantagenökonomie, deren Reichtum auf dem Anbau von Zucker, Tabak und Tee durch versklavte Menschen im 17./18. Jahrhundert beruht. Städte wie Manchester, Hamburg und Leipzig profitieren bis heute von Industrien, die die mit Gewaltherrschaft in Kolonien produzierten Rohstoffe wie Baumwolle, Kautschuk und Kupfer verarbeitet haben (McKittrick 2013). Die implizite Gewaltgeschichte dieser Ökonomie wird heute von den Profiteuren entinnert und in der Selbstdarstellung europäischer Hafenstädte mit dem hegemonialen Narrativ einer ›Blütezeit des Überseehandels‹ romantisiert oder gar als ›goldenes Zeitalter‹ gefeiert.

Diese globalen Ungleichheitsstrukturen prägen auch die Privilegierung innerhalb dieser Städte und ihrer städtischen Umwelt bis in die Gegenwart. Die Nachwirkung kolonialer Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse zeigt sich sowohl in den Siedlungs- und Infrastrukturen der kolonisierten und europäischen Städte (Bauriedl/Carstensen-Egwuom 2022) als auch der → imperialen Lebensweise der Wohlstandsbevölkerung.

Die global sehr ungleiche Ressourcenbeanspruchung, die globale Arbeitsteilung und die Entsorgung von Wohlstandsmüll sind mit einem dichotomen Narrativ von Stadttypen verbunden: Große Städte des Globalen Nordens verstehen sich als ›*Global Cities*‹ oder ›Weltstädte‹ und sehen sich im Wettbewerb der erfolgreichsten Wirtschafts-, Kultur- und Lebensorte; Städte des Globalen Südens werden hingegen als wuchernde ›*Megacities*‹ mit extremen sozialen und ökonomischen Problemlagen kategorisiert (Robinson 2002). Für eine kritische Auseinandersetzung mit Leitbildern der Stadtentwicklung, städtischen Repräsentationen und urbanen Erfahrungen jenseits dieser Dichotomie global kapitalistischer Entwicklungen schlagen die Stadtforscher*innen Aihwa Ong und Ananya Roy den Begriff der *Worlding Cities* vor (Roy/Ong 2011), mit dem sie basierend auf Erfahrungen aus asiatischen Städten die Prozesshaftigkeit und Fragmentiertheit

urbaner Entwicklungen und deren räumliche Relationalität im Kontext globaler Entwicklungsprozesse betonen. In einer zunehmend multipolaren Welt haben Städte wie Mumbai, Shanghai, São Paulo und Lagos die europäischen ›Weltstädte‹ an Größe, Wirtschaftskraft, kultureller und gesellschaftlicher Dynamik schon übertroffen.

Erik Swyngedouw und Maria Kaïka bringen mit dem Begriff »planetarische Urbanisierung« von Natur diese global verflochtenen gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die Bedeutung von Städten darin auf den Punkt: »Willkommen in der Cyborg-Stadt, in der menschliche und nicht-menschliche Bewohner*innen global verbunden sind durch die Zirkulation von Wasser, Energy, Chemikalien, Viren und anderen« (2014: 1, eigene Übersetzung). Und diese Zirkulation intensiviert sich einerseits durch die steigende absolute Zahl von Stadtbewohner*innen (rund 70 Prozent von bald 8 Mrd. Menschen leben weltweit in Städten), sondern auch und vor allem für die Menschen, die nicht in Städten leben und direkt oder indirekt an der Aufrechterhaltung des globalen Verstädterungsprozesses mitwirken (müssen).

Fazit und Ausblick: Urbane Transformationen

Sozialen Wandel und Umweltveränderungen als räumliches und dialektisches Verhältnis zu betrachten, ist und bleibt relevant, um Formen von Umwelt(un)gerechtigkeit verstehen zu können. In Städten zeigt sich dieses Verhältnis besonders deutlich und wird auch vor der Haustür von Wissenschafter*innen, Politiker*innen und allen Menschen sichtbar, die gegenwärtige und zukünftige Umweltkrisen begegnen wollen. Nichtsdestotrotz beschäftigt sich die Mehrheit der Studien der Politischen Ökologie vor allem mit Mensch-Natur-Verhältnissen im ländlichen Raum, obwohl wir uns in einem Jahrhundert mit starker Urbanisierungsdynamik befinden (Heynen 2014). Ressourcenkonflikte und Umweltkatastrophen werden immer stärker von urbanen Wirtschafts- und Lebensweisen angetrieben. In Zukunft werden drei dominante Politiken diesen Prozess intensivieren, die das Ziel verfolgen, urbane Lebensstile der Gegenwart fortzuführen: marktwirtschaftlicher Klimaschutz, Digitalisierung der Versorgungsinfrastruktur und Elektrifizierung von Industrie und Mobilität.

Mit der von vielen Kommunen, der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Kommission geplanten Klimaneutralität bis 2050 ist eine territoriale Verlagerung von sozialen und ökologischen Kosten dieser Transformation verbunden, die die etablierten Ungleichheitsstrukturen einer globalisierten Arbeits- und Lastenteilung nutzt und verstärken wird. Anstatt eine absolute Reduktion von Ressourcenverbrauch und Emissionen, das heißt eine konsequente Suffizienzstrategie urbaner Lebensweisen in europäischen Städten durchzusetzen, werden die notwendigen Klimaschutzleistungen weiter räumlich externalisiert. Unternehmen, Kommunen und Nationalstaaten des Globalen Nordens wollen Kohlenstoffemissionen lediglich kompensieren und gleichen z.B. durch die Finanzierung von Windparks in Kenia, von Wasserkraftwerken in der Demokratischen Republik Kongo oder Aufforstungsprojekten in Brasilien ihre Klimabilanz aus. Diese Strategie folgt einer buchhalterischen Logik, die globale Klimawandelungerechtigkeit qualitativ nicht verbessert (Bauriedl et al. 2021).

Gleichzeitig propagieren viele Stadtregierungen und die internationalen Unternehmen der Digitalwirtschaft mit dem Label ›*Smart City*‹ die Hoffnung auf eine Dematerialisierung und Dekarbonisierung der Wohlstandssicherung, die auf digital

vernetzten Infrastrukturen basiert. Ein Großteil des sozialen und kulturellen Lebens in Städten findet schon heute über digitale Medien statt und beansprucht permanent und überall verfügbare IT-Netze, digital vernetzte Infrastrukturen und plattformvermittelte Versorgungsdienstleistungen. Die affektiven Ökonomien sozialer Medien (Twitter, Instagram, Facebook etc.) und Plattformökonomien von Mobilitätsdienstleistern (Uber, ShareNow etc.), Sorgedienstleistern (Helpling, nebenan.de etc.), Wohnungsvermittlungen (Airbnb, booking.com etc.) und Lieferdiensten (lieferando, Deliveroo, Amazon etc.) sind angebots- und wachstumsgetrieben. Damit produzieren sie ökologische Kosten (Bauriedl/Strüver 2018). Einerseits verursachen Serverleistungen für die Datenspeicherung und -verarbeitung einen enormen Energiebedarf (Marvin et al. 2016; → Politische Ökologie der Digitalisierung), andererseits generieren digitale Plattformen Daten, die entweder genutzt werden können, um nachhaltige Prozesse und Verhaltensweisen zu befördern oder die Nachfrage nach immer mehr Produkten und Dienstleistungen und damit einem wachsenden ökologischen Fußabdruck anzuheizen. Eine digitalisierte urbane Transformation bleibt materialintensiv: Permanent verfügbare Endgeräte mit kurzer Nutzungslaufzeit treiben den Extraktivismus von Mineralien an Orten mit sensiblen Ökosystemen und oft unter ausbeuterischen, gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingen voran.

Auch die Strategie einer Elektrifizierung von Mobilität und Industrien wird die planetarischen Grenzen in einem ungerechten Maße für urbane Lebensweisen ausreizen. Allein das in vielen Städten immer noch präferierte Leitbild einer autogerechten Stadt, die durch eine Antriebswende klimaverträglich gemacht werden soll, wird bisher ungewisse Mengen an Rohstoffen für die Batterien und permanent verfügbaren Strom aus erneuerbaren Energien benötigen (Brunnengräber/Haas 2020). Dieser Bedarf für eine elektrifizierte motorisierte Mobilität befriedigt im großen Umfang den Freizeitverkehr (BMVI 2021: 225) und bestätigt die Beobachtung der Urbanen Politischen Ökologie, dass Lebensweisen in Städten gesellschaftliche Naturverhältnisse im globalen Maßstab bestimmen.

Literatur

Angelo, Hillary/Wachsmuth, David (2015): »Urbanizing Urban Political Ecology: A Critique of Methodological Cityism«, in: International Journal of Urban and Regional Research, 39. Jg., Nr. 1, S. 16-27.

Bauriedl, Sybille/Carstensen-Egwuom, Inken (Hg.) (2022): Geographien der Kolonialität. Geschichten globaler Ungleichheitsverhältnisse der Gegenwart, Bielefeld: transcript.

Bauriedl, Sybille/Held, Martin/Kropp, Cordula (2021): »Große Transformation zur Nachhaltigkeit. Konzeptionelle Grundlagen und Herausforderungen«, in: Sabine Hofmeister/Barbara Warner/Zora Ott (Hg.): Nachhaltige Raumentwicklung für die große Transformation. Herausforderungen, Barrieren und Perspektiven für Raumwissenschaften und Raumplanung, Hannover: ARL, S. 22-44.

Bauriedl, Sybille/Strüver, Anke (Hg.) (2018): Smart City. Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten, Bielefeld: transcript.

Blühdorn, Ingolfur/Butzlaff, Felix/Deflorian, Michael/Hausknost, Daniel/Mock, Mirijam (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet, Bielefeld. Transcript.

BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hg.) (2021): Verkehr in Zahlen 2020/2021, Bonn: BMVI.

Bolte, Gabriele/Bunge, Christiane/Hornberg, Claudia/Köckler, Heike/Mielck, Andreas (Hg.) (2012): Umweltgerechtigkeit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven, Bern: Verlag Hans Huber.

Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (Hg.) (2020): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript.

Cole, Luke W./Foster, Sheila (2001): From the ground up. Environmental racism and the rise of the environmental justice movement, New York: New York University Press.

Cousins, Joshua/Newell, Joshua (2019): »Urban political ecologies of and in the city«, in: Tim Schwanen/Ronald van Kempen (Hg.): Handbook of Urban Geography, Cheltenham: Edward Elgar, S. 33-46.

Cronon, William (1991): Nature's Metropolis. Chicago and the Great West, New York/London: W.W. Norton & Company.

Debbané, Anne-Marie/Keil, Roger (2004): »Multiple disconnections. Environmental justice and Uurban water in Canada and South Africa«, in: Space and Polity, 8. Jg., Nr. 2, S. 209-225.

Delgado-Ramos, Gian C. (2015): »Water and the political ecology of urban metabolism. The case of Mexico City«, in: Journal of Political Ecology, 22. Jg., Nr. 1, S. 98-114.

Desfor, Gene/Keil, Roger (2004): Nature and the City. Making Environmental Policy in Toronto and Los Angeles, 3. Aufl., Tucson: The University of Arizona Press.

Dooling, Sarah (2009): »Ecological Gentrification. A Research Agenda Exploring Justice in the City«, in: International Journal of Urban and Regional Research, 33. Jg., Nr. 3, S. 621-639.

Flitner, Michael/Lossau, Julia/Müller, Anna-Lisa (Hg.) (2017): Infrastrukturen der Stadt, Wiesbaden: Springer VS.

Gandy, Matthew (2002): Concrete and Clay. Reworking Nature in New York City, Cambridge: The MIT Press.

Harvey, David (1973): Social Justice and the City, Athens: The University of Georgia Press.

Heynen, Nik (2014): »Urban political ecology I. The urban century«, in: Progress in Human Geography, 38. Jg., Nr. 4, S. 598-604.

Heynen, Nik/Kaïka, Maria/Swyngedouw, Erik (2006b): In the Nature of Cities. Urban Political Ecology and the Politics of Urban Metabolism, London: Routledge.

Heynen, Nik/Perkins, Harold A./Roy, Parama (2006a): »The Political Ecology of Uneven Urban Green Space. The Impact of Political Economy on Race and Ethnicity in Producing Environmental Inequality in Milwaukee«, in: Urban Affairs Review, 42. Jg., Nr. 1, S. 3-25.

Holm, Andrej (2011): »Ein ökosoziales Paradoxon. Stadtumbau und Gentrifizierung«, in: Politische Ökologie, 29. Jg., Nr. 124, S. 45-52.

Kaïka, Maria/Swyngedouw, Erik (2013): »The Urbanization of Nature. Great Promises, Impasse, and New Beginnings«, in: Gary Bridge/Sophie Watson (Hg): The New Blackwell Companion to the City, Chichester: John Wiley & Sons Ltd., S. 96-107.

Keil, Roger (2003): »Urban Political Ecology«, in: Urban Geography, 24. Jg., Nr. 8, S. 723-738.

Kumnig, Sarah/Rosol, Marit/Exner, Andreas (Hg.) (2017): Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten, Bielefeld: transcript.

Lawhon, Mary/Ernstson, Henrik/Silver, Jonathan (2014): »Provincializing Urban Political Ecology. Towards a Situated UPE Through African Urbanism«, in: Antipode, 46. Jg., Nr. 2, S. 497-516.

Loftus, Alex (2007): »Working the Socio-Natural Relations of the Urban Waterscape in South Africa«, in: International Journal of Urban and Regional Research, 31. Jg., Nr. 1, S. 41-59.

Marvin, Simon/Luque-Ayala, Andrés/McFarlane, Colin (Hg.) (2016): Smart Urbanism. Utopian Vision or False Dawn?, New York: Routledge.

Massey, Doreen (1993): »Power-geometry and a progressive sense of place«, in: John Bird/Barry Curtis/Tim Putnam/George Robertson/Lisa Tickner (Hg.): Mapping the Futures. Local Cultures, Global Change, London: Routledge, S. 59-69.

McKittrick, Katherine (2013): »Plantation Futures«, in: Small Axe, 17. Jg., Nr. 3, S. 1-15.

Moore, Sarah A. (2009): »The Excess of Modernity. Garbage Politics in Oaxaca, Mexico«, in: The Professional Geographer, 61. Jg., Nr. 4, S. 426-437.

Njeru, Jeremia (2006): »The urban political ecology of plastic bag waste problem in Nairobi, Kenya«, in: Geoforum, 37. Jg., Nr. 6, S. 1046-1058.

Peet, Richard/Robbins, Paul/Watts, Michael (Hg.) (2010): Global Political Ecology, London: Routledge.

Robinson, Jennifer (2002): »Global and World Cities. A View from off the Map«, in: International Journal of Urban and Regional Research, 26. Jg, Nr. 3, S. 531-554.

Roy, Ananya/Ong, Aihwa (Hg.) (2011): Worlding Cities. Asian Experiments and The Art of Being Global, Chichester: Wiley-Blackwell.

Sieber, Raphael (2017): »Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung. Eine Untersuchung stadtplanerischer Instrumente unter Einbeziehung des Setting-Ansatzes der Gesundheitsförderung«, https://eldorado.tu-dortmund.de/bitstream/2003/36776/1/Dissertation_Sieber.pdf (Zugriff: 10.10.2021).

Swyngedouw, Erik/Kaïka, Maria (2014): »Radical urban political-ecology imaginaries. Planetary urbanization and politicizing nature«, in: erive, Nr. 55, S. 1-9.

Véron, René (2006): »Remaking Urban Environments. The Political Ecology of Air Pollution in Delhi«, in: Environment and Planning A, 38. Jg., Nr. 11, S. 2093-2109.

WHO – World Health Organisation (2021): »Air Pollution«, https://www.who.int/health-topics/air-pollution#tab=tab_2 (Zugriff: 10.10.2021).

Umkämpfte(s) Wasser[1]

Tobias Schmitt

Der Nordosten Brasiliens wird als semiaride Region beschrieben, die – in der modernen Erzählung des Landes – mit Hunger, Armut und Rückständigkeit assoziiert wird. Dürre und Trockenheit gelten dabei als ›natürliche‹ Ursachen für die Unterentwicklung der Region, sodass es auf den ersten Blick verwunderte, dass sich gegen das Projekt der Umleitung eines Teils des Rio São Francisco, des größten und wasserreichsten Flusses des Nordostens in niederschlagsärmere Regionen, seit Mitte der 2000er Jahre eine breite Widerstandsallianz aus Kleinbäuer*innen, Indigenen Gemeinschaften, sozialen Bewegungen, kirchlichen Organisationen, Wissenschaftler*innen und weiteren → Akteuren formierte. Diskurse um Wasserknappheit, Wassersicherheit und Nutzungseffizienz wurden von den Befürworter*innen als Begründungszusammenhänge bemüht, während sich die Gegner*innen des Projektes hinter Diskurselementen wie ›Wasser ist Leben‹ und ›Wasser ist keine Ware‹ versammelten. Die Kritik Indigener Gemeinschaften, einen Fluss nicht lediglich als (Wasser-)Ressource, die beliebig entnommen und umgeleitet werden kann, sondern in seiner Gesamtheit der menschlichen und nicht-menschlichen Beziehungen zu begreifen, wurde mit ingenieurstechnischen Berechnungen der maximal möglichen und ökologisch vertretbaren Ableitungsmenge beantwortet. Mit der Umsetzung des Flussableitungs-Projektes, dem Bau riesiger Staudammmauern und hunderten von Kanalkilometern, der Installation von Wasserzählern und der Ausweitung und Einzäunung großer Obstplantagen für den Export schrieben sich Vorstellungen von Entwicklung und Fortschritt und die seit der Kolonialzeit bestehenden Ungleichheits- und Machtverhältnisse physisch-materiell in die Natur ein und wurden über sie auf Dauer gestellt. Dadurch erschwerte sich der Zugang zu Wasser und Land für die Kleinbäuer*innen der Region, während gleichzeitig Konzepte des Lebens im Einklang mit den semiariden Bedingungen (*Convivência com o Semiárido*) von den Vorstellungen einer kapitalistischen → Inwertsetzung der → Natur weiter delegitimiert und verdrängt wurden (Schmitt 2017).

Auch wenn der langjährige → Konflikt um die Flussableitung mittlerweile weitgehend aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden ist, so können an diesem Beispiel dennoch die unterschiedlichsten Facetten einer Politischen Ökologie des Wassers deutlich gemacht werden. So kann Wasser als Ausgangspunkt fungieren, um

1 Bedanken möchte ich mich vor allem bei Bettina Köhler und Katrin Singer für das intensive Lesen, produktive Mitdenken und die vielen hilfereichen Kommentare, die diesen Beitrag sicherlich um einiges verbessert haben.

Beziehungen, Praktiken, → Diskurse und die Machtverhältnisse, die → gesellschaftliche Naturverhältnisse durchströmen, zu analysieren. Eine Politische Ökologie des Wassers fragt dabei nicht nur danach, wie → Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Wasserbeziehungen eingeschrieben sind und sich über diese reproduzieren und verfestigen. Es werden auch Fragen danach gestellt, wie und über welche spezifischen → Wissenssysteme Wasser verstanden (epistemische Fragen) und von welchem Verständnis von Wasser überhaupt ausgegangen werden kann (ontologische Fragen). Dabei geht es jedoch gerade nicht darum, die unterschiedlichen Verständnisse von Wasser gegeneinander auszuspielen und nach dem einen richtigen Verständnis zu suchen. Vielmehr geht es darum anzuerkennen, dass multiple Ontologien und multiple Wasser und Wasserwelten (Yates et al. 2017) gleichzeitig nebeneinander existieren können, und es geht darum, die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu reflektieren.

›Modernes Wasser‹

Aufbauend auf den Überlegungen von Ivan Illich, der Wasser als wissenschaftliche Abstraktion und H_2O als soziales Konstrukt der Moderne beschrieben hat (Illich 1985), prägte Jamie Linton den Begriff des ›modernen Wassers‹ als bis heute hegemoniales Verständnis von Wasser, das in Europa und Nordamerika entstanden ist und sich im Laufe des 20. Jahrhunderts weltweit ausbreitete. Wasser wird dabei als »abstrakte, isomorphe, messbare Größe verstanden, die auf ihre elementare Einheit – ein H_2O-Molekül – reduziert und als Substanz dargestellt werden kann, die in einem hydrologischen Kreislauf fließt« (Linton 2010: 14, eigene Übersetzung). Der Wasserkreislauf, durch den die Zirkulation des Wassers bei wechselnden Aggregatszuständen von der Atmosphäre über die Lithosphäre, die Biosphäre und Hydrosphäre und schließlich wieder zurück in die Atmosphäre beschrieben wird und der bis heute in keinem Schulbuch fehlen darf, stellt dabei eine der wirkmächtigsten Repräsentationen des ›modernen Wassers‹ dar. Eine solche Abstraktion, durch welche die scheinbar isolierbare physikalische Größe Wasser als natürlich, geschichtslos und außerhalb von gesellschaftlichen Verhältnissen gerahmt wird, ist gleichzeitig auch die Grundlage dafür, Wasser als Ressource zu verstehen, die über ein spezifisches (natur)wissenschaftliches Wissen identifiziert, über staatliche und private Institutionen gemanaged und mit Hilfe von ingenieurswissenschaftlichen Techniken kontrolliert werden kann (ebd.).

So beruht die fortschreitende → Kommodifizierung, Inwertsetzung und Privatisierung von Wasser innerhalb einer kapitalistischen Produktionsweise auf der Konzeption von Wasser als eine aus der Natur herauslösbare und abgrenzbare Einheit, die gemessen, besessen, bewertet und verkauft werden kann (Köhler 2008: 20ff.). Aber auch Ansätze, die den zunehmenden Kommodifizierungsprozessen etwas entgegensetzen sollen – wie etwa das Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Wasser – basieren oftmals auf solch einem modernen Verständnis. Die alarmierenden Berichte über eine globale Wasserkrise, über Wasserknappheit und Wasserkonflikte benutzen ganz explizit die Vorstellung von Wasser als abgrenzbare und quantifizierbare Ressource,

um die katastrophale Situation anhand von konkreten Zahlen benenn- und vorstellbar machen zu können[2].

Analyseansätze, die hauptsächlich auf einem solch quantifizierbaren Ansatz beruhen, sind beispielsweise Kosten-Nutzen-Analysen und Umweltverträglichkeitsprüfungen, wie sie oft bei der Evaluation von großen Wasserinfrastrukturprojekten wie Staudämmen zum Einsatz kommen. Für die Errechnung von Ökosystemdienstleistungen muss die Bereitstellung von qualitativ hochwertigem Frischwasser durch bestimmte Ökosysteme errechnet werden, während mit Hilfe des *Water Footprints* die Menge an Wasser, die eine Person, ein Unternehmen oder ein Land für die genutzten Güter und Dienstleistungen verbraucht, ermittelt wird, um so ein Bewusstsein über den Wasserverbrauch und die Möglichkeiten des Wassersparens zu erzeugen (Rodríguez-Labajos/Martínez-Alier 2015: 539f.). Darüber hinaus kann mit dem Ansatz des virtuellen Wassers berechnet werden, wie viel Wasser für die Produktion von Obst, Garnelen oder Stahl verbraucht und wie durch deren Export einer Region – wie etwa dem Nordosten Brasiliens – Wasser entzogen und somit Dürre erst hergestellt wird (Schmitt 2017: 318). Große Aneignungsprozesse können über einen quantitativen Ansatz als *Water Grabbing* benannt, problematisiert und auch politisiert werden (Schmitt 2019). Solche Ansätze können somit wichtige Instrumente in politischen Auseinandersetzungen sein. Problematisch wird es jedoch dann, wenn die darin transportierte Vorstellung von Wasser nicht als eine spezifische Repräsentation, sondern als konkretes und vor allem einziges Abbild von Wirklichkeit angesehen und in konkreten Auseinandersetzungen andere existierende Verständnisse ausgegrenzt werden.

Neben quantitativen Ansätzen wurden sowohl in der Forschung als auch in politischen Auseinandersetzungen Fragen nach Verfügungs- und Zugangsrechten, nach der Kontrolle und den Regulationsweisen von Wasser immer bedeutender. Die Internationale Konferenz zu Wasser und Umwelt, die im Vorfeld des Rio Gipfels im Januar 1992 in Dublin stattfand, kann als zentrales Ereignis für einen Paradigmenwechsel der internationalen Wasserpolitik angesehen werden. Mit der Einführung eines Integrierten Wasser Ressourcen Management (IWRM) wird das Ziel verfolgt, sowohl ökonomische, ökologische und kulturelle Aspekte, aber auch die verschiedenen Interessen und Stakeholder in ein neu ausgerichtetes Wassermanagement zu integrieren. Zwar wurde über die Benennung von Wasser als endliches Gut mit wirtschaftlichem Wert der quantitative Ansatz gestärkt und einer weiteren Kommodifizierung Vorschub geleistet. Gleichzeitig wurden aber auch genderspezifische Partizipations- und Rollenmechanismen verankert und mitbedacht (Franco et al. 2013: 1662). Solche konzeptionellen Erweiterungen wurden von der Erkenntnis geleitet, dass Wassermanagement nicht allein eine technische Aufgabe darstellt, die über hydrologisches Wissen und den Ausbau von Infrastruktur gelöst werden kann, sondern dass es sich hierbei auch um ein politisches Spannungsfeld handelt (Linton/Budds 2014: 170). In der Folge kam es zu einer weiteren diskursiven Verschiebung vom Wassermanagement zur Wassergovernance, womit sich der Fokus von der Regulierung durch staatliche Behörden und

2 In den Berichten internationaler Organisationen wird beispielsweise. davon gesprochen, dass vier Milliarden Menschen in Regionen leben, die mindestens einen Monat pro Jahr von schwerer physischer Wasserknappheit betroffen sind (UNESCO 2021: 13), dass die Welt im Jahr 2030 ein globales Wasserdefizit von 40 Prozent verzeichnen wird (ebd.: 12) und deswegen bis zu 700 Millionen Menschen gezwungen sein werden, ihre Heimat zu verlassen (UN Water 2018: 2).

Ingenieurstechniken noch weiter auf die Steuerung und Einbeziehung der beteiligten Akteure verlagerte (ebd.: 172).

Dialektische Gesellschaft-Natur-Verhältnisse

So wichtig quantitative Erhebung für diverse Wassernutzungen und insbesondere die Darstellung von konkreten Notsituationen auch sein mögen, so bleiben sie doch meist in der Vorstellung des ›modernen Wassers‹ verhaftet und betrachten Wasser als Ressource, auf die zugegriffen werden kann. Dabei nehmen die meisten Darstellungen von Wasserkonflikten eine einseitig ausgerichtete Beziehung zwischen Gesellschaft auf der einen und Natur auf der anderen Seite an. Es wird davon ausgegangen, dass Natur anhand bestehender Entwicklungsvorstellungen und Produktionsverhältnisse genutzt, in Wert gesetzt und angeeignet wird. Inwiefern sich jedoch auch gesellschaftliche Strukturen über eine bestimmte Art der Nutzung und Aneignung von Natur herauskristallisieren und in einem ständigen Prozess der gegenseitigen Herstellung transformieren, wird dabei nicht in den Blick genommen.

Eine der – zumindest in westlichen Kontexten – wohl am kontroversesten diskutierten Studien über das dialektische Verhältnis zwischen der Aneignung von Natur und gesellschaftlichen Strukturen stellt das 1957 erschienene Buch »*Oriental Despotism*« von Karl August Wittfogel[3] dar (Wittfogel 1977). Angelehnt an ein marxistisch dialektisches Verständnis des Metabolismus zwischen Mensch und Natur (Linton/Budds 2014: 173) entwickelt Wittfogel darin die These, dass sich die von ihm ausgemachten ›despotischen Gesellschaften‹ Asiens auch auf der Basis der von ihnen entwickelten zentralisierten Bewässerungssysteme herausbildeten. Diese ›hydraulischen Agrarkulturen‹ bedingen, so seine These, eine bestimmte Form der Arbeitsteilung, zentrale und effiziente Organisationsstrukturen und eine strikt hierarchisch organisierte Gesellschaftsordnung, was wiederum die Form der Naturaneignung beeinflusst. Natur und Gesellschaft befinden sich demnach in einem ständigen Prozess des Wandels und der gegenseitigen Herstellung (ebd.; vgl. auch Schmitt 2017: 115f.).

In diese Richtung kann auch der Wasserkreislauf als hydro-sozialer Kreislauf weitergedacht werden. Die Idee dabei ist, dass Wasser nicht nur durch die physische Umwelt fließt, sickert, gespeichert wird und verdunstet, sondern gleichzeitig auch durch ein komplexes Netzwerk von materiellen Artefakten (Dämme, Leitungen oder Brunnen etc.), durch institutionelle Arrangements (bestimmte Arten des Wassermanagements, Wassergesetze, Qualitätsstandards, Besitzverhältnisse etc.) und durch Diskurse und Bedeutungszuschreibungen gestaltet und verändert wird (Bakker 2002: 774). Dabei kann beispielsweise auch analysiert werden, wie der Fluss des Wassers eng mit dem Kapitalfluss verbunden ist und wie »abstrakte Kapitalströme den materiellen Fluss des Wassers durch den Raum angetrieben haben« (Gandy 2006: 118, eigene Übersetzung).

3 Nachdem Karl Wittfogel als Mitglied der Kommunistischen Partei von den Nazis verfolgt wurde und in die USA emigriert war, wandelte er sich dort zu einem überzeugten Antikommunisten, der auch nicht davor zurückschreckte, kommunistische Kolleg*innen zu denunzieren. Sein berühmtes Werk muss somit immer auch im Kontext des Kalten Krieges gelesen und die explizit antikommunistische Stoßrichtung der Überlegungen mitbedacht werden (Schmitt 2017: 115).

Wasser als gesellschaftliches Naturverhältnis

Der Ansatz von Wasser als gesellschaftliches Naturverhältnis knüpft an einem Verständnis der gegenseitigen Beeinflussung an und geht zugleich darüber hinaus. Anstelle eines Verhältnisses, bei dem Wasser und Gesellschaft als bereits bestehende Einheiten gedacht werden, die unabhängig voneinander existieren und als solche dann miteinander in Beziehung treten, wird davon ausgegangen, dass Wasser und Gesellschaften erst aus den wechselseitigen Beziehungen hervorgehen – über diese Beziehungen erst hergestellt werden. Gesellschaften konstituieren sich über ihre Beziehungen zu Wasser, wobei Wasser nicht lediglich durch die Straßen, Fabriken, Wohnhäuser und Körper hindurchfließt, sondern eine konstituierende Rolle bei der Organisation und Strukturierung von sozialen Beziehungen, Imaginationen und Kulturen einnimmt. Der jahreszeitliche Rhythmus von Niederschlagsregimen und Flüssen kann beispielsweise den Rhythmus von (land)wirtschaftlichen Tätigkeiten und Essgewohnheiten, von Transportmöglichkeiten und Erreichbarkeiten, von Festen und Jahrestagen vorgeben und dabei Identitäten und gesellschaftliche Formationen hervorbringen (Bear/Bull 2011).

Gleichzeitig geht die jeweilige Konzeption von Wasser, dessen materielle und diskursive Konstitution, aus den gesellschaftlichen Beziehungen hervor (Linton/Budds 2014: 174; Krause/Strang 2016: 634). So wird Wasser und werden dessen spezifische physikalischen und chemischen Eigenschaften erst im Verhältnis zu einem bestimmten Wissen, zu bestimmten Technologien, zu kulturellen, spirituellen, wirtschaftlichen und politischen Arrangements und in Beziehung mit den speziellen Bedürfnissen menschlicher Körper als etwas hergestellt, was als H_2O, als eines von vier Elementen, als Trinkwasser, als Quelle des Lebens, als Fluss, als Schlange, als begrenzte Einheit, als ganzheitliches System, als Flut, als Strafe Gottes usw. ›erkannt‹ wird und als solches in Erscheinung tritt (Boelens 2014). Eine solche Ko-Konstitution von hydro-sozialen Verbindungen (Linton/Budds 2014: 179) findet dabei nicht jenseits der spezifischen historischen sozio-materiellen Bedingungen statt. In Wüstengegenden entstehen andere Wasser-Arrangements als in tropischen Regenwäldern, auf Inseln im Ozean andere als in Gebirgsregionen und in agrarisch geprägten, spirituellen Gesellschaften andere als in urbanen, modernen und säkularisierten Gesellschaften (Linton 2010: 38f.).

Das Verständnis einer Ko-Konstitution bedeutet jedoch auch, dass Wasser nicht beliebig und ohne Berücksichtigung der materiellen Bedingungen über diskursive und soziale Praktiken in hydro-soziale Verbindungen eingebunden werden kann. Wasser folgt der Gravitationskraft, löst Stoffe, verändert seinen Aggregatszustand in Abhängigkeit von der Temperatur, vermischt sich und verändert seine ›Qualität‹, weist eine besondere Oberflächenspannung, Dichteanomalie und Leitfähigkeit auf. Die physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften des Wassers strukturieren die verschiedenen (möglichen) Formen der sozio-technischen Vermittlung, des wissenschaftlichen Verständnisses und der diskursiven Repräsentation von Wasser (Swyngedouw 2015: 28). Die Materialität des Wassers ermöglicht eine ganz bestimmte Art und Weise mit menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren in Beziehung zu treten und darüber Verbindungen zu konstituieren.

In und durch solche hydro-sozialen Verbindungen hat Wasser eine eigene Handlungsfähigkeit (*Agency*). So kann Wasser beispielsweise in Verbindung mit Bewässerungs- oder Trinkwassersystemen, mit Staudämmen oder Anlagen des Küstenschut-

zes gesellschaftliche Strukturen festigen oder auch zerstören. Veränderungen der Wasserquantität (Dürren, Fluten etc.) oder der Wasserqualität (Verunreinigungen) können stabile hydro-soziale Verbindungen ins Wanken bringen und zu tiefgreifenden Veränderungen führen. Die Prozesse der Ko-Konstitution sind dabei niemals linear, völlig vorherseh- und kontrollierbar (ebd.). Vielmehr sind in der Unbeherrschbarkeit der hydro-sozialen Verbindungen die Möglichkeiten der Veränderung immer schon angelegt.

Dabei werden über die spezifische Einbindung von Wasser in sozio-technische Konstellationen Macht- und Herrschaftsbeziehungen, Zugänge und Ausschlüsse, Möglichkeiten der Unterdrückung und der → Emanzipation (re-)produziert. Wasser ist somit nicht bloß ein Objekt sozialer Beziehungen, dessen Zugang und Kontrolle entlang von Machtverhältnissen geregelt ist. Vielmehr schreiben sich Macht- und Herrschaftsbeziehungen in die Repräsentationen von Wasser, in ein spezifisches Wasserwissen, in bestimmte Wasserpraktiken und in die gebaute Umwelt (Harvey 2006: 232) ein und werden über sie auf Dauer gestellt. Somit drehen sich die Kämpfe um Wasser nicht alleine um Zugangs- und Nutzungsrechte, sondern immer auch um die epistemologische und kulturell-politische Rahmung von Wasser. Über die Denkweisen und Handlungslogiken, über Identitäten und soziale Verhältnisse werden sie in sozio-hydrologische Verbindungen ein- und in ihnen fortgeschrieben (Kaika 2004; Swyngedouw 2015; Schmitt 2017).

Intersektionale Verflechtungen

Wenn sich Herrschaftsverhältnisse und Subjektpositionen in den Praktiken des Umgangs mit Natur – respektive Wasser – konstituieren und verfestigen, dann sind auch Geschlechterverhältnisse in Wasserpraktiken eingeschrieben. Beispielsweise wirken in Bezug auf Bewässerungsprojekte gesellschaftlich tradierte Geschlechterverhältnisse und werden gleichzeitig über diese stabilisiert (Bauhardt 2012) (→ Feministische Politische Ökologie). Ansätze des Gender-Mainstreaming in Bezug auf Wasser werden jedoch dahingegen kritisiert, dass über sie oftmals das Bild von (Schwarzen) Frauen als Opfer vermittelt wird und diese nicht als selbstbestimmte Subjekte, die eine eigene Meinung und Stimme haben, wahrgenommen und verstanden werden (Rüegger 2013: 142). Darüber hinaus besteht die Gefahr eines einseitigen Verständnisses davon, wie über Geschlechterrollen der Zugang zu Wasser und die Aufteilung von Wasserpraktiken festgelegt werden. Geschlechterrollen sind weder fixiert noch den Naturverhältnissen vorgängig, sondern werden immer auch über diese hergestellt und reproduziert. So werden unterschiedliche gesellschaftliche Positionen von Geschlechtern eben auch über tägliche materielle Praktiken wie Bewässern oder Wasserholen (als ›natürlich‹) hergestellt und immer wieder neu verhandelt. Leila Harris hat beispielsweise nachgezeichnet, wie über die Einführung eines neuen Bewässerungsregimes im Südosten der Türkei Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit neu definiert und verhandelt wurden, und dabei die neu eingeführte Kategorie des ›Bewässerers‹ eine entscheidende Rolle spielte (Harris 2006: 206). Gleichzeitig analysiert sie aus einer intersektionalen Perspektive, wie nicht nur Geschlechterrollen, sondern auch andere sozialen Differenzen, wie etwa die Frage, was Kurdisch- oder Arabisch-Sein bedeutet, dabei neu mit Bedeutung versehen wurden (ebd.: 188, 194). Bei der Analyse von hydro-

sozialen Beziehungen geht es somit nicht nur um die Frage, wie machtvoll aufgeladene soziale Differenzen in Wasserverhältnissen eingeschrieben sind, sondern immer auch darum, wie über sie gesellschaftliche (Ungleichheits-)Strukturen hergestellt, aufrechterhalten, aber auch aufgebrochen und verändert werden können.

Bodies of Water

Da der menschliche Körper selbst zu einem Großteil aus Wasser besteht, kann der Mensch dem Wasser nicht als unabhängiges, souveränes Subjekt gegenübertreten. Die »unaufhebbare Angewiesenheit des Menschen auf Wasser« (Böhme 1988: 11) löst die dichotome Gegenüberstellung von Mensch und Wasser (Natur) auf und offenbart ein existenzielles, intimes und verkörpertes Verhältnis, in dem es kein klar definiertes Innen und Außen (mehr) gibt: »Wir sind in der Welt und die Welt ist in uns« (Whitehead, zit.n. Linton 2010: 224, eigene Übersetzung). Wasser ist immer schon gleichzeitig materieller und ideeller Bestandteil der Prozesse des Denkens, Benennens und Imaginierens. So ist Wasser an allen physischen (etwa der Versorgung mit Nährstoffen und Sauerstoff, Verdauung, Regelung der Körpertemperatur, Funktion von Gelenken und Organen etc.) und geistigen Prozessen (wie der Übertragung von Neurotransmittern) der menschlichen Existenz beteiligt und stellt gleichzeitig die Vorstellung für ein Denken in Bewegung und Fluidität zur Verfügung (Strang 2014: 134). Den menschlichen Körper als »body of water« (Wasserkörper) (Neimanis 2013) zu verstehen, bedeutet gleichzeitig auch, auf eine sehr materielle Art und Weise das Eingebettetsein in eine (natürliche) Welt zu begreifen. Das Wasser, das wir aufnehmen und wieder ausscheiden, das uns durchströmt und uns am Leben erhält, verbindet uns über unsere Körpergrenzen hinweg mit anderen menschlichen, tierischen, pflanzlichen, geophysikalischen und meteorologischen Wasserkörpern (ebd.: 24, 31). Wasser lässt die als stabil und absolut vorgestellten Grenzen verschwimmen und vermittelt zwischen unterschiedlichen skalaren und zeitlichen Ebenen: Es spielt sowohl bei der Zellosmose als auch bei der planetaren Zirkulation eine entscheidende Rolle, verbindet frisch gefallenes Regenwasser mit jahrhundertealten Grundwasserspeichern (Köhler 2008: 16f.; Strang 2014: 133f.) und kann ständig zwischen den unterschiedlichen Aggregatzuständen hin und her wechseln.

Indigene Wasser

Das Verständnis von Wasser als verbindendes Element, das Grenzen zwischen menschlichen Körpern, Flüssen, Fischen, Bäumen und Wolken, zwischen der materiellen und der sozialen Dimension überschreitet, mag für ein ›aufgeklärtes‹, ›modernes‹ Denken herausfordernd erscheinen. In vielen Indigenen Ontologien ist ein Denken in Beziehungen und gegenseitiger Verantwortung hingegen tief verwurzelt. Die beiden feministischen Indigenen Wissenschaftlerinnen Melanie K. Yazzie und Cutcha Risling Baldy (2018) haben ein solches Denken als »radikale Relationalität« (ebd.: 1) bezeichnet, wobei das Selbst immer nur als Teil des Anderen und das Andere immer schon als Teil des Selbst gedacht und erfahren werden kann. In diesem Sinne wird das Verhältnis zu Wasser als eine Art Verwandtschaftsverhältnis verstanden, das auf Verantwortung, Gegenseitigkeit und Respekt beruht.

> »Wir verstehen radikale Relationalität als einen Begriff, der die vielfältigen Stränge von Materialität, Verwandtschaft, Körperlichkeit, Affekt, Land/Körper-Verbindung und multidimensionaler Konnektivität zusammenbringt, die vor allem von indigenen Feminist*innen stammen« (Yazzie/Risling Baldy 2018: 2, eigene Übersetzung).

Radikal deutet dabei nicht nur auf die tiefe Verwurzelung solch relationaler Verhältnisse hin, sondern auch darauf, dass ein solches Denken eine »dramatische und revolutionäre Veränderung gegenüber unserer gegenwärtigen Epoche der Macht, wie bei einer radikalen Verschiebung in Richtung Dekolonisierung« (ebd., eigene Übersetzung) herausfordert. Wasser tritt dabei als eine Art Lehrer*in oder Wegweiser*in auf und leitet und vereint die Kämpfe für eine Dekolonialisierung. So war etwa der Ruf ›*Mni Wiconi* – Wasser ist Leben‹ zentral für den Widerstand gegen die *Dakota Access Pipeline* im Norden der USA, hinter dem sich mehrere hundert Indigene Gruppen zusammenschlossen und ihre unterschiedlichen Kämpfe, Herkünfte und Ausrichtungen dahinter vereinen konnten. In Aotearoa (Neuseeland) wurde 2017, nach 140-jährigen Kämpfen der Maori um die Anerkennung ihrer Beziehungen zum Whanganui-Fluss, dem Fluss der Status einer juristischen Person zuerkannt (Hawke/Pálsson 2017: 241; Wilson/Inkster 2018: 531) (→ Gerechtigkeit). Eine solche Anerkennung von Flüssen als Subjekte mit eigenen Werten, Rechten und einer eigenen Stimme, die auch in Indien, Ecuador oder Kolumbien erkämpft wurde, nimmt Indigene Ontologien und Beziehungen der Gegenseitigkeit, der Verantwortung und des Respektes ernst und stellt ein westliches anthropozentrisches (Besitz-)Denken grundsätzlich in Frage.

> »Indigene Freiheitskämpfer haben Wasser, Land und indigene Körper innerhalb eines Netzwerkes des Lebens zurückerobert, das sich einfach weigert, zu verschwinden und seine eingebetteten Beziehungen zu den Räumen und Orten aufzugeben, aus denen indigene Völker hervorgegangen sind und zu denen wir gehören« (Yazzie/Risling Baldy 2018: 1, eigene Übersetzung).

Gleichzeitig weisen Indigene Wissenschaftler*innen wie Sarah Hunt auf die Gefahren und Fallstricke einer einfachen Übernahme und Aneignung von Indigenen Epistemologien und Ontologien hin. Wenn Indigene Konzepte lediglich als Inspirationsquelle genutzt werden, ohne die komplexen Wissenssysteme, die darin eingebetteten gelebten Praktiken und Erfahrungen Indigener Völker anzuerkennen und ohne die Hegemonie westlicher Strukturen und Wissenssystem in Frage zu stellen, stellt die Bezugnahme auf Indigene Ontologien letztendlich eine Form von ›epistemischer Gewalt‹ dar (Hunt 2014: 29; Wilson/Inkster 2018: 519). Auch Katrin Singer weist in ihrer Arbeit »*Confluencing Worlds*« auf die Gefahren hin, aus einer westlichen Perspektive heraus Indigene (Wasser-)Ontologien zu exotisieren und sich anzueignen und verbindet ihre Analyse mit Reflexionen zu ihrer eigenen → Positionalität, den Gefahren der Komplizenschaft mit der → Kolonialität des Wissens und mit Fragen nach der (Un-)Möglichkeit des → Verlernens von dominanten westlichen Denk- und Deutungsweisen (Singer 2019).

Fazit

Die Konzeption von Wasser als ›modernes Wasser‹ (Linton 2010), das als abstrakte Ressource aus der Umgebung abgetrennt, gemessen, besessen und in Wert gesetzt werden kann, hat sich als hegemoniales Verständnis von Wasser etabliert. Gleichwohl existieren auch andere Verständnisse von Wasser. Das heißt die Art und Weise, wie Konflikte um Wasser verstanden und gerahmt und über spezifische Praktiken bearbeitet werden, beruht immer auch auf einem bestimmten Verständnis von Wasser, das es transparent zu machen gilt. Eine Politische Ökologie des Wassers sollte somit mehr sein als die bloße Darstellung von Wasserkonflikten, mehr als die Politisierung von Wasserkrisen und die Analyse von Zugangsrechten und Partizipationsmöglichkeiten. Wasser ist nicht nur ein Objekt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, vielmehr können über das Wasser Zusammenhänge und Verbindungen in den Blick genommen werden, die ein tiefer gehendes Verständnis der Relationalität gesellschaftlicher Naturverhältnisse eröffnen: »Die Fokussierung auf Wasser eröffnet den Raum politischer und relationaler Aufmerksamkeit gegenüber Körpern, Wesen, Erzählungen und der Geschichte, die diese durchströmen« (Hallenbeck, zit.n. Stevenson 2018: 102, eigene Übersetzung). Die Anerkennung der existentiellen Bedeutung von Wasser für alles Leben und der generierenden und regenerierenden Kraft des Wassers (Hastrup 2014: 23) lassen Vorstellung einer *Agency* von Wasser nicht länger bloß als erkenntnistheoretische Überlegungen, sondern als ernst zu nehmender Teil der Wasserbeziehungen erscheinen. Wasser fordert unser Denken von klar bestimmbaren, fixierten, getrennten und konstanten Einheiten heraus und eröffnet Räume für Fluidität, Zirkulation, für Unbestimmbares und Grenzenloses. »Thinking relationships through water« (Krause/Strang 2016) kann uns dabei helfen, Dichotomien zu überwinden und Verbindungen in den Blick zu nehmen, die ansonsten verborgen geblieben wären.

Literatur

Bakker, Karen (2002): »From state to Market?: Water Mercantilización in Spain«, in: Environment and Planning A: Economy and Space, 34. Jg., Nr. 5, S. 767-790.

Bauhardt, Christine (2012): »Klimawandel und Infrastrukturpolitiken im Widerstreit. Die Politikfelder Wasser und Mobilität aus einer kritischen Genderperspektive«, in: Gülay Çağlar/María do Mar Castro Varela/Helen Schwenken (Hg.): Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit, Opladen: Barbara Budrich, S. 97-114.

Bear, Christopher/Bull, Jacob (2011): »Guest Editorial«, in: Environment and Planning A: Economy and Space, 43. Jg., Nr. 10, S. 2261-2266.

Boelens, Rutgerd (2014): »Cultural politics and the hydrosocial cycle. Water, power and identity in the Andean highlands«, in: Geoforum, 57. Jg., S. 234-247.

Böhme, Hartmut (1988): »Umriß einer Kulturgeschichte des Wassers. Eine Einleitung«, in: Hartmut Böhme (Hg.): Kulturgeschichte des Wassers, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 7-42.

Franco, Jennifer/Metha, Lyla/Veldwisch, Gert J. (2013): »The Global Politics of Water Grabbing«, in: Third World Quarterly, 34. Jg., Nr. 9, S. 1651-1675.

Gandy, Matthew (2006): »Editorial. Water and Landscape«, in: Landscape Research, 31. Jg., Nr. 2, S. 117-119.
Harris, Leila M. (2006): »Irrigation, Gender, and Social Geographies of the Changing Waterscapes of Southeastern Anatolia«, in: Environment and Planning D: Society and Space, 24. Jg., Nr. 2, S. 187-213.
Harvey, David (2006): »The Limits to Capital«, London/New York: Verso.
Hastrup, Kirsten (2014): »Introduction«, in: Kirsten Hastrup (Hg.): Living with Environmental Change. Waterworlds, London: Taylor & Francis Group, S. 20-27.
Hawke, Shé/Pálsson, Gísli (2017): »Water futures, biosociality, and other-wise agency. An exploratory essay«, in: Anuac, 6. Jg., Nr. 1, S. 233-252.
Hunt, Sarah (2014): »Ontologies of Indigeneity. The politics of embodying a concept«, in: cultural geographies, 21. Jg., Nr. 1, S. 27-32.
Illich, Ivan (1985): H2O and the waters of forgetfulness. Reflections on the historicity of ›stuff‹, Dallas: Dallas Institute of Humanities and Culture.
Kaika, Maria (2004): »Interrogating the Geographies of the Familiar. Domesticating Nature and Constructing the Autonomy of the Modern Home«, in: International Journal of Urban Regional Research, 28. Jg., Nr. 2, S. 265-286.
Köhler, Bettina (2008): »Wasserwirtschaft im Kontext der Debatten um öffentliche Güter und gesellschaftliche Naturverhältnisse«, in: Wasserkolloquium (Hg.): Wasser. Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes, Berlin: Karl Dietz, S. 14-25.
Krause, Franz/Strang, Veronica (2016): »Thinking Relationships Through Water«, in: Society & Natural Resources, 29. Jg., Nr. 6, S. 633-638.
Linton, Jamie (2010): What is water? The History of a Modern Abstraction, Vancouver: UBC Press.
Linton, Jamie/Budds, Jessica (2014): »The hydrosocial cycle. Defining and mobilizing a relational-dialectical approach to water«, in: Geoforum, 57. Jg., S. 170-180.
Neimanis, Astrida (2013): »Feminist Subjectivity, Watered«, in: Feminist Review, 103. Jg., Nr. 1, S. 23-41.
Rodríguez-Labajos, Beatriz/Martínez-Alier, Joan (2015): »Political ecology of water conflicts«, in: Wiley Interdisciplinary Reviews, 2. Jg., Nr. 5, S. 537-558.
Rüegger, Vanessa (2013): »Through the Eyes of the Beholder – In Quest of Queer Approaches to Legal Writing on Water and Gender«, in: Feminist Review, 103. Jg., Nr. 1, S. 140-150.
Schmitt, Tobias (2017): Dürre als gesellschaftliches Naturverhältnis. Die politische Ökologie des Wassers im Nordosten Brasiliens, Stuttgart: Franz Steiner.
Schmitt, Tobias (2019): »Water Grabbing«, in: Jan Brunner/Anna Dobelmann/Sarah Kirst/Louisa Prause (Hg.): Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte, Bielefeld: transcript, S. 310-316.
Singer, Katrin (2019): Confluencing Worlds. Skizzen zur Kolonialität von Kindheit, Natur und Forschung im Callejón de Huaylas, Peru. Dissertation, Hamburg.
Stevenson, Shaun A. (2018): »Decolonizing Hydrosocial Relations. The River as a Site of Ethical Encounter in Alan Michelson's TwoRow II«, in: Decolonization. Indigeneity, Education & Society, 7. Jg., Nr. 1, S. 94-113.
Strang, Veronica (2014): »Fluid consistencies. Material relationality in human engagements with water«, in: Archaeological Dialogues, 21. Jg., Nr. 2, S. 133-150.
Swyngedouw, Erik (2015): Liquid power. Contested Hydro-Modernities in Twentieth-Century Spain, Cambridge: The MIT Press.

UN Water (2018): »Water Scarcity«, https://www.unwater.org/app/uploads/2018/10/WaterFacts_water-scarcity_sep2018.pdf (Zugriff: 20.12.2021).

UNESCO – United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (2021): The United Nations world water development report 2021. Valuing water, Paris: UNESCO.

Wilson, Nicole J./Inkster, Jody (2018): »Respecting water. Indigenous water governance, ontologies, and the politics of kinship on the ground«, in: Environment and Planning E: Nature and Space, 1. Jg., Nr. 4, S. 516-538.

Wittfogel, Karl A. (1977): Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, Frankfurt a.M.: Ullstein.

Yates, Julian S./Harris, Leila M./Wilson, Nicole J. (2017): »Multiple ontologies of water: Politics, conflict and implications for governance«, in: Environment and Planning D: Society and Space, 35. Jg., Nr. 5, S. 797-815.

Yazzie, Melanie K./Risling Baldy, Cutcha (2018): »Introduction. Indigenous Peoples and the Politics of Water«, in: Decolonization: Indigeneity, Education & Society, 7. Jg., Nr. 1, S. 1-18.

BEGRIFFE

Akteure und Soziale Bewegungen

Martin Coy

Politische Ökologie fokussiert insbesondere die Kämpfe sozialer Bewegungen in verschiedensten Konfliktfeldern. Politische Ökologie ist daher ohne eine akteursorientierte Perspektive gar nicht denkbar. Allerdings ist, anders als beispielsweise in der Soziologie (vgl. Lüdtke/Matsuzaki 2011), eine grundsätzliche Debatte über den Akteursbegriff kein zentraler Gegenstand der Politischen Ökologie. Allenfalls in älteren Darstellungen (z.B. Bryant/Bailey 1997) wird die Notwendigkeit eines akteurszentrierten Ansatzes der Politischen Ökologie explizit thematisiert und propagiert.

Das Akteursverständnis in der Politischen Ökologie

Generell stehen Akteure immer im Zentrum politisch-ökologischer Analysen. Ausgangspunkte sind ihre Interessen, ihre (interessengeleiteten) Handlungslogiken bzw. -spielräume, die von Durchsetzungspotenzialen oder -restriktionen bestimmt werden. Dieser akteursorientierte Ansatz ergänzt eine eher strukturorientierte Perspektive der Politischen Ökologie, die dem Verständnis von historisch-politisch entstandenen Gesellschaftsstrukturen und → Machtverhältnissen dient. Dabei ist der in der Politischen Ökologie üblicherweise verwendete Akteursbegriff sehr weit verstanden, denn er beschränkt sich nicht auf das einzelne, handelnde Individuum, sondern schließt ausdrücklich ›überindividuelle‹ Akteure mit ein, seien es privatwirtschaftliche Unternehmen bzw. staatliche oder zivilgesellschaftliche Organisationen. In diesem Sinne folgt die Politische Ökologie eher einem breiteren Konzept des Akteurs, wie es beispielsweise in der Bourdieu'schen Praxistheorie angelegt ist (vgl. generell Reckwitz 2003). In jüngeren Jahren setzt sich auch die Politische Ökologie vermehrt damit auseinander, wie klassischen soziologischen Ansätzen verpflichtete Akteursverständnisse im Gefolge der Debatten um die sogenannte Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) (vgl. Latour 2007) und genereller im Kontext der *Science and Technology Studies* (STS) bzw. der *Environmental Humanities* zu erweitern sind (vgl. Schmidt et al. 2020). Dabei geht es um das → ›Mehr-als-Menschliche‹, also um die Frage, inwieweit beispielsweise nicht-menschliche → ›Natur‹ als Akteur (bzw. in Latour'scher Terminologie als Aktant) Handlungsmacht bzw. Wirkmacht (*Agency*) entfalten kann und insofern nicht nur als Projektionsfläche, sondern auch als aktiver Part im politisch-ökologischen Denken zu berücksichtigen ist (vgl. ausführlicher Robbins 2012: 231ff.).

Im ›Aufdecken‹ oftmals komplexer Akteurskonstellationen sowohl in konkreten → Konfliktsituationen als auch, gewissermaßen ›latent‹, als Bestimmungsfaktor → gesellschaftlicher Naturverhältnisse liegt eine besondere Stärke des politisch-ökologischen Ansatzes. So lässt sich das seit den Frühzeiten der Politischen Ökologie geradezu schon sprichwörtliche *battlefield of interests* einer politisierten Umwelt auch in konkrete ›Akteursarenen‹ übersetzen, für die ungleiche Machtverhältnisse, unterschiedliche ›Reichweiten‹, verfügungsrechtliche Regelungen, genauso aber auch → diskursive Rechtfertigungen die (formellen und informellen) institutionellen Rahmungen darstellen. Kategorien, die zur Strukturierung solcher ›Akteursarenen‹ Verwendung finden (können), beziehen sich vorrangig auf Macht bzw. Ohnmacht der Akteure, zeigen Gemeinsamkeiten bzw. Divergenzen der vorherrschenden Interessen auf und unterscheiden häufig zwischen ›Gewinner*innen‹ und ›Verlierer*innen‹. Eine Differenzierung zwischen *place-based-actors* einerseits (z.B. Kleinbäuer*innen vor Ort) und *non-place-based-actors* andererseits (z.B. transnationale Konzerne des Agrobusiness) soll unterschiedlichen Graden und Maßstäblichkeiten des Involviertseins in, vor allem aber der Betroffenheit von, konkreten Konfliktsituationen Rechnung tragen. Allerdings ist in der empirischen Realität eine eindeutige Zuordnung der Akteure zu einem der genannten Typen nicht immer einfach, denn Handeln und Wirkung desselben Akteurs sind zunehmend auf unterschiedlichen Maßstabsebenen zu beobachten. Grundsätzlich ist auch deshalb der politisch-ökologische Analyserahmen multiskalar angelegt, weil aus Sicht der Politischen Ökologie Begründungszusammenhänge auf der Mikroebene multiskalarer Argumentationsräume bedürfen, um beispielsweise ein lokalisiertes Gesellschaft-Umwelt-Problem in seiner Mehrdimensionalität und Mehrskaligkeit verstehen und strukturell einordnen zu können. In diesem Sinne ist auch der ›klassische‹ Ansatz der *explanation chains* zu verstehen, über den solche multiskalaren Analyse- und Argumentationsräume erschlossen werden sollen (vgl. hierzu ausführlicher Robbins 2012: 143ff.).

Akteurskonstellationen im Konflikt um Land

Von jeher fokussieren zahlreiche politisch-ökologische Analysen, insbesondere solche, die sich auf ländliche Räume im Globalen Süden beziehen, auf Fragen des Landzugangs, der Landaneignung und -nutzung sowie auf ihre sozialen und ökologischen Konsequenzen. Dabei stehen in einer akteurszentrierten Perspektive zunächst unterschiedliche *land manager,* seien es kleinbäuerliche Gruppen, Großfarmer*innen oder Landspekulant*innen, ihre Landnutzungsstrategien und -techniken zwischen Anpassung einerseits und degradierendem Raubbau andererseits, ihre Motivationen und ihre ›Einbettung‹ in soziale und ökonomische ›Rationalitäten‹ zwischen Überlebenssicherung und Gewinnmaximierung im Vordergrund des Interesses. Darüber hinaus sind sowohl ihre jeweiligen Grade von Verwundbarkeit bzw. Resilienz als auch die sich diskursiv manifestierende gesellschaftliche Anerkennung oder Ablehnung und die damit in Zusammenhang stehende politische Unterstützung bzw. Behinderung ihres Tuns politisch-ökologisch von Bedeutung. Allerdings ist es über die unmittelbaren *land manager* hinausgehend mindestens ebenso der → Staat, der über seine unterschiedlichen Instanzen, mit seiner jeweiligen politischen Prioritätensetzung und den sich daraus ergebenden Regulierungen in der Landfrage (wie auch in allen anderen

politisch-ökologisch relevanten Themenbereichen) zum wirkmächtigen Akteur wird. Besonders bei dem im Gefolge der globalen Finanzkrise von 2007/2008 verstärkt kommentierten und politisch-ökologisch analysierten Phänomen des → Land Grabbing lässt sich beobachten, wie sich mit der Finanzialisierung der Landfrage das Spektrum um global agierende, oftmals anonym bleibende und eher verdeckt handelnde Akteure erweitert (vgl. hierzu ausführlicher Edelman et al. 2013 sowie Hall et al. 2015). Ebenso haben sich im Rahmen des sogenannten *super cycle* der *commodities* in den letzten Jahrzehnten sowohl bei der Extraktion mineralischer Rohstoffe (→ (Neo-)Extraktivismus) als auch im internationalen Agrobusiness, das zu einem wesentlichen Treiber eines WTO-basierten Nahrungsregimes *(corporate food regime)* geworden ist, in globalen Produktionsnetzwerken organisierte transnationale Unternehmen als mächtige Akteure durchgesetzt (vgl. am Beispiel des Sojaanbaus in Brasilien Coy/Huber 2020). Vor diesem Hintergrund bietet sich die Kombination entsprechender akteursorientierter Analysekonzepte *(Global Production Network Approach)* mit einer politisch-ökologischen Perspektive für ein tiefer reichendes Verständnis sowohl wirtschaftlicher und politisch-institutioneller als auch sozialökologischer Verursachungs- und Wirkungszusammenhänge an[1].

Soziale Bewegungen und Politische Ökologie

Soziale Bewegungen spielen in Gesellschaft-Umwelt-Kontexten von jeher eine entscheidende Rolle. Sind es heute Bewegungen wie Fridays for Future, die die großen Herausforderungen des Anthropozän mit Nachdruck in der öffentlichen Debatte halten, so waren es vor einigen Jahrzehnten die Anti-Atomkraft-Bewegung und andere, die die weitreichenden gesellschaftlichen und ökologischen Kosten eines auf kompromisslosem Wachstum und fortschrittsgläubiger Modernisierung basierenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells auf die politische Agenda brachten (vgl. zur Geschichte der Umweltbewegungen Radkau 2011). Generell umfasst der Begriff der sozialen Bewegung ein sehr heterogenes Feld von lokal bis global organisierten, vernetzten und in unterschiedlichsten Handlungsfeldern agierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen (vgl. zur Analyse der sozialen Bewegungen am Beispiel Deutschlands z.B. Rucht 2018). Entsprechend setzt sich die Politische Ökologie bereits seit ihrer Formierung als Forschungsfeld und Analyseansatz mit den Entstehungszusammenhängen, den Zielsetzungen, der politischen Positionierung, den Handlungsstrategien, Aktionsreichweiten und Vernetzungen sozialer Bewegungen intensiv auseinander (vgl. z.B. Peet/Watts 1996). Dies vor allem auch deshalb, weil soziale Bewegungen in der Regel wichtige Protagonisten in den (Konflikt-)Arenen politisierter Umwelten sind und oftmals aus dem → Widerstand gegenüber der machtvollen Durchsetzung unterschiedlichster Formen der Raumaneignung und Naturverwertung (Bergbauprojekte, Industrieanlagen, Staudämme, Straßen und andere → Infrastrukturvorhaben, agroindustrielle Projekte etc.) entstehen. Sie schöpfen aus dem Kampf um Selbstbestimmung und lebenswerte Verhältnisse ihre Kraft und werden somit zu ›Orten‹ nicht nur

1 Dorn und Huber diskutieren dies einerseits am Beispiel des ›strategischen Rohstoffs‹ Lithium und andererseits im Zusammenhang des für Entstehung und Durchsetzung des *corporate food regime* entscheidenden Globalen Produktionsnetzwerks Soja (2020).

der Herrschaftskritik, sondern auch der Gegenentwürfe. Dies trifft für viele oftmals ›holistischer‹ argumentierende und agierende soziale Bewegungen des Globalen Südens in besonderem Maße zu, die Umweltfragen als alltägliche Konsequenz ungerechter Macht- und Herrschaftsverhältnisse, sozialer Ungleichheit, von Zerstörung der Lebensgrundlagen und Vertreibung erleben (vgl. hierzu Beiträge in Brand 2020). Dies findet im Konzept der → Environmental Justice-Bewegung ebenso seinen Niederschlag wie im Gedanken eines *environmentalism of the poor* (Martínez-Alier 2002), für den soziale Bewegungen wie La Vía Campesina, Organisationen Indigener Völker oder auch Zusammenschlüsse der von Staudamm- und anderen Großprojekten Vertriebenen beispielhaft stehen. Allerdings lässt sich auch im Globalen Norden beobachten, wie soziale Bewegungen über klassische ›sektorale‹ Perspektiven (beispielsweise im Naturschutz) hinausgehend zunehmend ›ganzheitliche‹ (radikale) Alternativen zu den vorherrschenden Praktiken kapitalistischer Naturverwertung entwerfen (Postwachstums-Initiativen (→ Degrowth), *transition*-Bewegungen, Ernährungsräte etc.) und dabei – unter anderem im Sinne → postkolonialer Perspektiven auf die ›Epistemologien des Südens‹ nach dem portugiesischen Sozialwissenschaftler Boaventura de Sousa Santos (2018) – weltweite Dialoge und Vernetzungen verfolgen (z.B. Diskussionen um die andinen Entwürfe eines *Buen Vivir*, vgl. ausführlicher Acosta/Brand 2018).

Soziale Bewegungen und der Kampf um sozialökologische Transformation

Ein aus politisch-ökologischer Sicht sowohl klassisches als auch hoch aktuelles Beispiel für die Art und Weise wie sich soziale Bewegungen in umkämpfte politisierte Umwelten einschreiben, ist das brasilianische Amazonasgebiet in der Auseinandersetzung um Regenwald, Klima und Überlebensinteressen der Völker des Waldes einerseits und Infrastrukturausbau, Landaneignung, Ressourcenextraktion sowie Inkorporation in globale Verwertungsinteressen andererseits (vgl. Hecht/Cockburn 2010 als politisch-ökologischen ›Klassiker‹ sowie zu aktuellsten Entwicklungen Backhouse 2020). Emblematisch geworden ist der Fall der Kautschukzapfer-Bewegung um den wegen seines Engagements 1988 ermordeten Chico Mendes. Ausgehend vom lokalisierten Überlebenskampf einer ›traditionellen‹ Lebensform hat diese Bewegung nationale und internationale Vorreiterfunktion im Widerstand gegen spekulationsorientierte Naturzerstörung einerseits und im Kampf für die Rechte angestammter Nutzer*innengruppen andererseits erlangt. Nachdem man eine gewisse Zeit lang den Eindruck gewinnen konnte, dass sich nach Chico Mendes' Tod die Stimme der Indigenen Völker, Flussanrainer*innen, Landlosen und Kleinbäuer*innen immer mehr Gehör verschafft hat, ist mit der ultra-neoliberalen und die Interessen des globalisierten Agrobusiness und der regionalen Modernisierungseliten einseitig begünstigenden Kehrtwende unter dem rechtsradikalen Präsidenten Jair Bolsonaro die Region hinsichtlich der Perspektiven einer sozial gerechteren und nachhaltigeren Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen worden. Erneut wird es vor allem auf die sozialen Bewegungen ankommen, ob es gelingt, die vielleicht noch glimmende Glut einer von unten kommenden → sozial-ökologischen Transformation zu erhalten und im richtigen Moment erneut zu entfachen (vgl. in diesem Zusammenhang zum Selbstfindungsprozess der brasilianischen Landlosenbewegung als ›Pionier gesellschaftlichen Wandels‹ Sauer 2020).

Fazit

Zusammenfassend ist also eine akteurszentrierte Perspektive für die Politische Ökologie in all ihren ›Schattierungen‹ von zentraler Bedeutung. Sie bietet an, was unter ›Akteuren‹ zu verstehen ist, wie sie ›typisiert‹ werden können und welche Rolle ihnen in jeweiligen gesellschaftlichen Naturverhältnissen zukommt. In diesem Sinne gilt auch den sozialen Bewegungen das besondere Augenmerk der Politischen Ökologie, um zu verstehen, wo und wie sie sich in Gesellschafts-Umwelt-Beziehungen positionieren, wie sie in die Austragung von Konflikten involviert sind und welche Bedeutung sie für eine sozialökologische Transformation der Gesellschaften sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden spielen können.

Literatur

Acosta, Alberto/Brand, Ulrich (2018): Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann, München: oekom.

Backhouse, Maria (2020): »Landnahmen, lokale Wissensordnungen und Widerständigkeiten in Amazonien«, in: Soziale Passagen, 12. Jg., Nr. 2, S. 237-253.

Brand, Ulrich (2020): Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie. Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise: Mit einem Beitrag zur Corona-Krise, Hamburg: VSA.

Bryant, Raymond L./Bailey, Sinead (1997): Third World Political Ecology, London/New York: Routledge.

Coy, Martin/Huber, Christoph (2020): »Der Sojakomplex in Nord-Mato Grosso (Brasilien). Eine politisch-ökologische Perspektive«, in: GeoÖko, 41. Jg., Nr. 1-2, S. 128-155.

Dorn, Felix Malte/Huber, Christoph (2020): »Global production networks and natural resource extraction: adding a political ecology perspective«, in: Geographica Helvetica, 75. Jg., Nr. 2, S. 183-193.

Edelman, Marc/Oya, Carlos/Borras Jr., Saturnino M. (2013): »Global Land Grabs: historical processes, theoretical and methodological implications and current trajectories«, in: Third World Quarterly, 34. Jg., Nr. 9, S. 1517-1531.

Hall, Ruth/Edelman, Marc/Borras Jr., Saturnino M./Scoones, Ian/White, Ben/Wolford, Wendy (2015): »Resistance, acquiescence or incorporation? An introduction to Land Grabbing and political reactions ›from below‹«, in: The Journal of Peasant Studies, 42. Jg., Nr. 3-4, S. 467-488.

Hecht, Susanna/Cockburn, Alexander (2010): The Fate of the Forest. Developers, Destroyers and Defenders of the Amazon, Chicago/London: The University of Chicago Press.

Latour, Bruno (2007): Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Lüdtke, Nico/Matsuzaki, Hironori (Hg.) (2011): Akteur – Individuum – Subjekt. Fragen zu ›Personalität‹ und ›Sozialität‹, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Martínez-Alier, Joan (2002): The Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

Peet, Richard/Watts, Michael (Hg.) (1996): Liberation ecologies. Environment, development, social movements, London/New York: Routledge.

Radkau, Joachim (2011): Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München: C.H. Beck.
Reckwitz, Andreas (2003): »Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive«, in: Zeitschrift für Soziologie, 32. Jg., Nr. 4, S. 282-301.
Robbins, Paul (2012): Political Ecology. A Critical Introduction, 2. Aufl., Malden: John Wiley & Sons Ltd.
Rucht, Dieter (2018): »Demokratisierung durch Bewegungen? Demokratisierung der Bewegungen?«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 31. Jg., Nr. 1-2, S. 40-51.
Santos, Boaventura de Sousa (2018): Epistemologien des Südens. Gegen die Hegemonie des westlichen Denkens, Münster: Unrast.
Sauer, Sérgio (2020): »Covid-19, right-wing populism and agrarian struggles in Brazil. Interview with João Pedro Stédile, national leader of the MST«, in: The Journal of Peasant Studies, 47. Jg., Nr. 5, S. 927-943.
Schmidt, Matthias/Soentgen, Jens/Zapf, Hubert (2020): »Environmental Humanities. An Emerging Field of Transdisciplinary Research«, in: GAIA, 29. Jg., Nr. 4, S. 225-229.

Care

Daniela Gottschlich und Sarah Hackfort

Care ist eine anthropologische Konstante. »Menschen können – in jedem Alter – ohne Care nicht (über-)leben« (Thiessen et al. 2020: o.S.). Es existiert ein ganzes Bündel an Übersetzungen für Care bzw. Care-Arbeit im Deutschen: Sorgen, Fürsorgen, Versorgen, Betreuen, Pflegen, Kümmern, Behüten, Zuwenden. Sowohl im englischen Begriff Care-Work als auch im Begriff der Versorgungsarbeit ist das Sorgen als (semantischer) Kern enthalten – das Sorgen für uns selbst, für andere Erwachsene, insbesondere aber für Menschen, die nicht oder nur bedingt für sich sorgen können: Kinder/Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, kranke und pflegebedürftige Menschen. Neben Pflegearbeit gehören auch Erziehungs- und Bildungsarbeiten dazu. Nicht alle Autor*innen verstehen jedoch Care und Sorge als deckungsgleich; in Begriffen wie Fürsorge schwingt auch die Konnotation des stellvertretenden Handelns und damit auch eine mögliche Übergriffigkeit mit. Deshalb wird auch im Deutschen häufig der englischsprachige Begriff *Care* verwendet. Doch auch der englische Begriff Care ist keine »unschuldige Kategorie«, wie Maria Puig de la Bellacasa, die den Diskurs um Care aus politisch-ökologischer Perspektive geprägt hat, anmerkt: »[Care] ist politisch, chaotisch und schmutzig, keine unschuldige Kategorie […] Care ist notwendiges alltägliches Tun, kann aber auch zu einem moralistischen Macht- und Kontrollregime werden« (Puig de la Bellacasa 2015: 707, eigene Übersetzung).

Seit den 1980er Jahren hat der Diskurs um Care an Breite und Dynamik gewonnen. Care wird in wachsendem Maße in feministischen Diskursen genutzt, um die Relevanz eines für- und vorsorgenden gesellschaftlichen Handelns als Ausweg aus der Krise der Reproduktion zu verdeutlichen. Der Begriff ist zum einen zentral für die feministische Ökonomik und Ethik: Neben den Arbeitsinhalten und dem Sichtbarmachen gerade auch von unbezahlten Sorgetätigkeiten stehen vor allem die besondere Qualität dieser Arbeiten, die dafür notwendigen Kompetenzen sowie die Orientierung an einer Care-Ethik im Mittelpunkt (Gilligan 1982; Conradi/Vosman 2016). Zum anderen werden mit Care »Fragen der Lebenssorge« (Gerhard/Klinger 2013: 269) ins Zentrum von demokratietheoretischen Arbeiten gerückt (Tronto 2013, 2015, 2016; Winker 2015; Tecklenburg 2020). Als »interaktive transformative Praxis« (Gottschlich/Katz 2018: 84) richtet sich Care damit auf den Umbau von »Externalisierungsdemokratien« (Massarrat 2006; Gottschlich 2017), die auf Kosten von zukünftigen Generationen, Ländern des Globalen Südens und → Natur leben, hin zu Vor_Sorgenden Demokratien, zu »caring democrac[ies]« (Tronto 2013), die → gesellschaftliche Naturverhältnisse (vor)sorgend gestalten.

Von Reproduktion zu Care

Der Begriff Care entstand im Verlauf einer feministischen Kritik an der ökonomistischen Verengung des Reproduktionsbegriffs zur Bezeichnung von Haus- und Familienarbeit. Care betont im Unterschied zum Reproduktionsbegriff die Andersartigkeit von Beziehungsarbeit gegenüber produktiven Tätigkeiten. Care schließt nicht nur die unbezahlte Hausarbeit, sondern auch bezahlte Sorge- und Pflegearbeiten, das Sorgen für sich selbst und für andere ein und betont dabei die emotionale Dimension dieser Tätigkeiten (Heck 2011). Care lässt sich als ein *traveling concept* (Gerhard/Klinger 2013: 267) begreifen, als ein Konzept, das zwischen unterschiedlichen Disziplinen hin und her reist und Anschlussstellen zwischen unterschiedlichen Forschungskulturen herstellt. Nicht zuletzt über die Bezugnahmen auf Care haben für- und vorsorgende Perspektiven mittlerweile auch Eingang in nachhaltigkeits- und technikbezogene Debatten gefunden (Groves 2015; Martin et al. 2015; Wickson et al. 2017). Mit jeder neuen Begriffsfüllung sind allerdings auch umstrittene diskursive Verschiebungen und neue Schwerpunktsetzungen verbunden. Kritische Stimmen befürchten, dass sich die Care-Debatte damit zu sehr entfernt von der Problematisierung ökonomischer Produktionsverhältnisse, in die Sorge und → (Re)Produktion doch letztlich eingebunden seien (Haug 2011).

Von der Care-Krise zur Care-Gerechtigkeit

Soziale Zusammenschlüsse wie das Netzwerk Care Revolution[1] oder die Autor*innen des Care-Manifests (Brückner et al. 2013) haben öffentlich gemacht, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der ganz maßgeblich über wechselseitige Sorge gewährleistet wird, gefährdet sehen. Private und professionelle Care-Arbeit finden vielfach unter prekären Bedingungen, die Niedriglöhne einschließen, statt. Zahlreiche Streiks in Kindertagesstätten, in Krankenhäusern oder Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die unmenschliche Behandlung in Altenheimen spiegeln beispielhaft die umfassende Krise, in der sich Care-Arbeiten befinden. Insbesondere in der Covid-19-Pandemie sehen wir deutlich, wie die gesellschaftliche Systemrelevanz dieser Tätigkeiten einerseits und ihre mangelnde Anerkennung als wenig wertschöpfend und wirtschaftlich unproduktiv andererseits (insbesondere im Vergleich mit der industriellen Produktion) auseinanderfallen. Christa Wichterich hat analog zum → Ressourcenextraktivismus den Begriff vom »Sorgeextraktivismus« geprägt. Damit problematisiert sie »die ausgedehnte und intensivierte Extraktion von Sorge als politökonomische Antwort auf die Reproduktionskrisen […] und die Komplexität der Dynamik in diesem intersektional vermachteten, neoliberalen Sektor« (Wichterich 2019: 533). Aufbauend auf dieser Analyse sind Antworten auf die Krise nur zu finden, wenn Care, Geschlechterverhältnisse, Ökonomie, Arbeitsorganisation, Zeitstrukturen und soziale Gerechtigkeit zusammengedacht werden. Menschen haben ein Recht darauf, gut versorgt zu werden und für andere zu sorgen. Care stellt eine grundlegende gesellschaftliche Aufgabe dar, für die es gute Modelle und Infrastrukturen zu entwickeln gilt.

---

1 https://care-revolution.org

Von Caring Democracy zu Caring with Natures

Nicht zuletzt die Rehabilitation ökofeministischer Ansätze (→ Feministische Politische Ökologie) als auch die Anerkennung der → Materialität von Natur und die Arbeiten zu *more-than-human-worlds* (→ mehr-als-menschliche Ansätze) haben auch dazu geführt, Care-Prinzipien (wie Fürsorgerationalität, Langfristperspektive, Berücksichtigung von Eigenzeiten) zum Ausgangspunkt von sozial-ökologischen Transformationsüberlegungen zu machen. Care-Prinzipien scheinen sowohl für eine nachhaltige Gestaltung von Natur/en als auch für Widerstand gegen die umfassende Vernichtung von Pflanzen, Tieren und Ökosystemen geeignet.

Dieser neuere Diskursstrang der Feministischen Politischen Ökologie eines »Caring with Nature/s« (Gottschlich/Katz 2018, 2020) bezieht sich auf den Care-Begriff als interaktive, transformative politische, weltgestaltende Aktivität (Tronto 2013). Mit Blick auf Entwicklungen von → Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt argumentiert die Politikwissenschaftlerin Joan Tronto (2013) dafür, Care ins Zentrum allen politischen Handelns zu stellen. Denn Care sei keine private, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe, die auch politisch geregelt werden müsste. Entsprechend gehe es in der Politik zentral um die Verteilung von Care-Verantwortung und darum, dass alle Care-Beziehungen und die Menschen, die an ihnen beteiligt sind, zum Gegenstand der laufenden politischen Diskurse werden (ebd.: xiii). Damit wird Care basierend auf der Idee von *caring with* zur Demokratiefrage. Denn im Unterschied zu *caring for* – im Sinne einer klassischen Sorgearbeit für Pflegebedürftige oder Kinder – meint *caring with* eine öffentliche und politische Praxis, die Sorge, das Kümmern und die Beziehung von Bürger*innen um »die Demokratie an sich« miteinschließt (Gottschlich/Bellina 2017). Was bei Tronto in Grundzügen schon angelegt ist, wenn sie Care auch auf die außermenschliche Natur bezieht, wurde an anderer Stelle weiter ausgearbeitet. In konzeptionellen und empirischen Ausarbeitungen zum relational verstandenen *»Caring with Nature/s«* (Gottschlich/Katz 2018) schließt der Begriff die Sorgearbeiten für zukünftige Generationen, für Natur, für Tiere und Pflanzen sowie deren jeweilige Eigenzeiten und Eigenheiten ein und ist eingebettet in eine Kritik an ökonomischen Verhältnissen, die Wachstums- und Verwertungslogiken gegenüber Reproduktionsnotwendigkeiten und Bedürfnisbefriedigung priorisieren (Puig de la Bellacasa 2011; Braidotti 2013; Gottschlich/Bellina 2016; Wichterich 2016; Bauhardt/Harcourt 2019; Gottschlich/Katz 2018, 2020).

Care als Ansatz für die Politische Ökologie

Daniela Gottschlich und Christine Katz begreifen Care als mögliche politische Transformationspraxis, die sich auch auf die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bezieht (Gottschlich/Katz 2018). Diese politische Praxis basiert auf der Anerkennung von »ontologischer Relationalität« (Braidotti 2013): Damit wird betont, dass Menschen mit der Welt, in der sie leben, grundsätzlich verbunden und unabänderlich aufeinander angewiesen sind – und zwar sowohl emotional als auch materiell (Gottschlich/Katz 2020: 9f.).

> »Ontologische Relationalität anzuerkennen, bedeutet, sich der damit einhergehenden Interdependenzen, des aufeinander Angewiesenseins und der grundsätzlichen Verletz-

> lichkeit allen Daseins deutlich bewusst zu werden. Es bedeutet, *Caring* für sich und andere als essentialistische Notwendigkeit zu begreifen, als etwas, das wir alle lebensphasenabhängig und unterschiedlich intensiv ausüben aber auch annehmen müssen« (ebd.: 17).

Mit der Anerkennung dieser Relationalität verbindet sich zugleich ein anderes Verständnis von Subjekt: An die Stelle des autonomen Subjekts, das frei von Sorgeverantwortung ist, tritt ein relationales Subjekt, ein Selbst im sozial-ökologischen Kontext (Plumwood 1991). Damit verschiebt sich der Fokus zum einen »auf ein ›In-Beziehung-setzen‹ als neue Selbstverständlichkeit, das in dauernder Praxis geübt werden muss und für deren Qualität ethische Regeln aufgestellt werden müssen« (Gottschlich/Katz 2020: 20). Denn eine relationale Subjektkonzeptualisierung bedeutet nicht automatisch Machtfreiheit. Zum anderen richtet sich der Blick »auf die Verletzlichkeit allen Daseins und die damit einhergehenden Emotionalitäten, die bei der Frage nach einer Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bislang erheblich unterbelichtet sind« (ebd.).

Im Diskurs um die Ausweitung des Konzepts Care auf außermenschliche Naturen wird von anderen Autor*innen kritisiert, dass darüber die (schon am Ökofeminismus kritisierte) Analogie von Weiblichkeit und Natürlichkeit und damit problematische essentialistische Zuschreibungen verstärkt würden. Zudem bestünde die Gefahr, einen paternalistischen Naturbegriff zu reproduzieren, indem die Natur mitunter als besonders schutzbedürftig und empfindlich konzeptualisiert werde (Hofmeister et al. 2019).

Care verstanden als Transformationspraxis verweist aber eben genau auf die Notwendigkeit der Abkopplung sorgender Tätigkeiten vom Geschlecht. Wie auch die → Queer Ecology unterstreicht der Ansatz, dass die Übernahme von Care-Verantwortung und eine transformative Care-Praxis nicht an Weiblichkeit oder biologische Mutterschaft gebunden sind. Vielmehr geht es darum, Sorge als soziale Praxis zu verstehen, mit der das Leben und die Ökonomie anders organisiert werden sollen und zwar »von einem Denken in Kategorien der Produktion hin zu einem Denken in Kategorien der Erhaltung von Leben und seines Beziehungskomplexes« (Tronto 2016: 841). Die damit verbundene Kritik von gesellschaftlichen Macht-, Produktions- und Naturverhältnissen greift ein Kernanliegen der Politischen Ökologie auf.

Eine politisch-ökologische Care-Perspektive zur Analyse und → Transformation der herrschenden Verhältnisse erkennt aus dieser Perspektive dann nicht nur die relationale Beschaffenheit von Mensch-Natur-Verhältnissen an[2], sondern auch die doppelte Herrschaftsförmigkeit dieser Relationalität: Zum einen sind zwischenmenschliche Verhältnisse, die den Umgang mit Natur strukturieren, häufig herrschaftsförmig und von sozialen Ungleichheiten gekennzeichnet. So existieren etwa in der (konventionellen als auch in der ökologischen) Landwirtschaft unwürdige und prekäre Arbeitsbedingungen und Ausbeutungsverhältnisse mit schlecht bezahlten und prekär beschäftigten

2 Ein relationales Verständnis gesellschaftlicher Naturverhältnisse findet sich schon bei Karl Marx: »Indem er [der Mensch] durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur« (Marx 1962: 192). Marx thematisierte auch die Naturausbeutung, problematisierte jedoch nicht die mangelnde Anerkennung reproduktiver (sozialer und natürlicher) Prozesse in ihrer Bedeutung für die Produktion. Feministische Theoretiker*innen entwickelten deshalb Perspektiven, die den Blick auf die (Re)Produktion, also Erhaltung und Regeneration, der sozialen und ökologischen Grundlagen von Gesellschaften lenken (Biesecker/Hofmeister 2010; Bauhardt/Harcourt 2019; Friedrich 2020; Biesecker/Winterfeld 2020).

Saisonarbeiter*innen. Sie sind Ausdruck eines für die Landwirtschaft kennzeichnenden Preis- und Konkurrenzdrucks und das Resultat einer gegenüber Care-Logik dominierenden Profit- und Wachstumslogik (Arvay 2013). Zum anderen existiert ein Herrschaftsverhältnis von Menschen über nicht-menschliche Naturen. Die Beziehungen zu anderen Spezies sind keine gleichwertigen, sondern gekennzeichnet von menschlicher Naturaneignung und Naturausbeutung. Ein Beispiel dafür ist die produktivistische Bewirtschaftung von Böden, die auf maximalen Ertrag, Beschleunigung und Effizienz ausgerichtet ist und so die Materialitäten und Eigenzeiten des Bodens und von Organismen ignoriert. Diese Form landwirtschaftlicher Praxis ist durch die Ausrichtung an kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungslogiken nicht vorsorgend und zukunftsfähig, sondern ausbeutend und instrumentell (Puig de la Bellacasa 2015).

Die Covid-19-Pandemie dient derzeit in doppelter Hinsicht als Brennglas für die »strukturelle Sorglosigkeit« (Aulenbacher/Dammayr 2014: 68) des kapitalistischen Systems im Umgang mit sozialen und natürlichen Ressourcen. So zeigt sich ein Mangel an Care nicht nur in erschöpftem, überlasteten und unterbezahlten Krankenhaus- und häuslichem Pflegepersonal im Versuch die Krise zu bewältigen (Lichtenberger/Wöhl 2020; Wichterich 2020). Sie zeigt sich auch in den extraktivistischen und produktivistischen Praktiken der Naturnutzung, die als Treiber in der Entstehung von Pandemien gelten: Der Verlust an Artenvielfalt und natürlichen Lebensräumen auch als Resultat industrieller Massentierhaltung und der Ausbreitung von Monokulturen bedeuten eine drastische Reduktion natürlicher Pufferzonen für Zoonosen[3] und sind so Teil der Problemursache (Wallace 2020). Entsprechend argumentiert Rob Wallace für eine politische Virologie, die über epidemiologische Fragen hinaus neben der Eigensinnigkeit von Viren (→ Materialität von Natur) auch polit-ökonomische Betrachtungen in die Reflexion der Krisenursprünge und zur Problemlösung einbezieht.

Fazit

Eine politisch-ökologische Care-Perspektive lenkt den Blick auf die Herrschaftsförmigkeit in gesellschaftlichen (Natur)Verhältnissen und ihre Akteure und Institutionen: »Es geht darum aufzudecken, was tatsächlich im Namen von Care getan wird« (Puig de la Bellacasa 2015: 707, eigene Übersetzung). Entsprechend schreiben Martin et al. (2015: 634) von »critical care«, kritisch im Sinne einer (selbstreflektierenden) Herangehensweise, die dabei auch privilegierte Positionen, sexistische, rassistische, koloniale sowie kapitalistische Strukturen und paternalistische (Care-)Praktiken aufzeigt und in Frage stellt (ebd.).

Eine politisch-ökologische Care-Perspektive geht über die individuelle Ebene hinaus. Care ist damit nicht nur ethisches Prinzip für individuelles Handeln, sondern auch demokratische (Transformations-)Praxis und polit-ökonomische Strukturkritik. Eine politisch-ökologische Care-Perspektive zielt auf ein größeres Bewusstsein für unsere Relationalität mit Natur sowie auf eine stärker an Vorsorge orientierte Ökonomie- und Technologiepolitik. Erst ein Verständnis für diese Zusammenhänge ermöglicht es, dem krisenhaften menschlichen Umgang mit Natur auf den Grund zu ge-

3 Zoonosen sind Erkrankungen, die vom Tier auf den Menschen oder auch andersherum übertragen werden, ein Beispiel ist das Virus SARS-CoV-2, das die Covid-19-Pandemie ausgelöst hat.

hen, das Verhältnis neu zu denken und die Folgen ökonomischer Produktionsweisen für die natürliche Lebenswelt zu transformieren. Diese Transformation sollte gesellschaftliche Naturverhältnisse demokratisieren, und zwar im Sinne eines vorsorgenden Umganges mit dem jeweiligen Gegenüber, mit dem ›Anderen‹ (seien es Menschen oder die *more-than-human-worlds*).

Dieser ›alte‹ ökofeministische Anspruch, die Relation zwischen menschlicher und nicht-menschlicher Natur nicht hierarchisch oder herrschaftlich zu denken (Holland-Cunz 2014: 116), geht ebenfalls einher mit Prozessen des → Verlernens sowie einer emphatischen, poetisch(er)en Sprache, die dem Denken in Relationen entspricht: »Verlernen wir also die Erzählung ›vom Überleben des Stärkeren‹, beenden wir unser Selbstverständnis als singuläre, geschlossene Wesen und beginnen wir, in vielfältigen, artenübergreifenden Symbiosen, Kooperationen und Verbündungen zu denken« (Lüring 2021: 59; vgl. auch Haraway 2016).

Literatur

Arvay, Clemens (2013): Friss oder stirb. Wie wir den Machthunger der Lebensmittelkonzerne brechen und uns besser ernähren können, Salzburg: Ecowin.

Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (2014): »Krisen des Sorgens. Zur herrschaftsförmigen und widerständigen Rationalisierung und Neuverteilung von Sorgearbeit«, in: Brigitte Aulenbacher/Maria Dammayr (Hg.): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 65-76.

Bauhardt, Christine/Harcourt, Wendy (Hg.) (2019): Feminist political ecology and the economics of care. In search of economic alternatives, London/New York: Routledge.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2010): »Focus: (Re)productivity. Sustainable relations both between society and nature and between the genders«, in: Ecological Economics, 69. Jg., Nr. 8, S. 1703-1711.

Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2020): Das Kapitalverhältnis als Herrschaftsverhältnis in der Theorie von Karl Marx, https://www.gender-blog.de/beitrag/kapitalverhaeltnis-als-herrschaftsverhaeltnis (Zugriff: 07.06.2021).

Braidotti, Rosi (2013): The Posthuman, Cambridge: Polity.

Brückner, Margit/Fleischer, Eva/Gather, Claudia/Jurczyk, Karin/Luck, Frank/Pühl, Katharina/Rerrich, Maria/Thiessen, Barbara/Weicht, Bernhard (2013): »Manifest 2013: Von der Care-Krise zur Care-Gerechtigkeit«, https://care-macht-mehr.com/manifest-2013-2/ (Zugriff: 19.05.2021).

Care Revolution Netzwerk (o.J.): »Care Revolution. Her mit dem guten Leben! Für alle weltweit!«, https://care-revolution.org/ (Zugriff: 19.05.2021).

Conradi, Elisabeth/Vosman, Frans (Hg.) (2016): Praxis der Achtsamkeit. Schlüsselbegriffe der Care-Ethik, Frankfurt a.M.: Campus.

Friedrich, Beate (2020): »(Re)Produktivität marxistisch denken: Von (Re)Produktionsverhältnissen, (Re)Produktivkräften und (Re)Produktionsweisen«, in: Tanja Mölders/Anja Thiem/Christine Katz (Hg.): Nachhaltigkeit (re)produktiv denken. Pfade kritischer sozial-ökologischer Wissenschaft, Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 142-150.

Gerhard, Ute/Klinger, Cornelia (2013): »Im Gespräch: Interview mit Ute Gerhard und Cornelia Klinger über Care/Fürsorgliche Praxis und Lebenssorge«, in: Feministi-

sche Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, 31. Jg., Nr. 2, S. 267-277.

Gilligan, Carol (1982): In a Different Voice. Psychological Theory and Women's Development, Cambridge (Mass.): Harvard University Press.

Gottschlich, Daniela (2017): Kommende Nachhaltigkeit. Nachhaltige Entwicklung aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive, Baden-Baden: Nomos.

Gottschlich, Daniela/Bellina, Leonie (2016): »Environmental justice and care: critical emancipatory contributions to sustainability discourse«, in: Agriculture and Human Values, 34. Jg., Nr. 4, S. 941-953.

Gottschlich, Daniela/Katz, Christine (2018): »Caring with Nature/s. Care als Transformationspraxis für die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse«, in: Waltraud Waidelich/Margit Baumgarten (Hg.): Um-Care zum Leben. Ökonomische, theologische, ethische und ökologische Aspekte von Sorgearbeit, Hamburg: VSA, S. 83-105.

Gottschlich, Daniela/Katz, Christine (2020): »Caring with Nature/s. Zur transformativen Bedeutung von Care in More Than Human Worlds«, in: gender<ed> thoughts. New Perspectives in Gender Research. 1. Jg., S. 7-29.

Groves, Christopher (2015): »Logic of Choice or Logic of Care? Uncertainty, Technological Mediation and Responsible Innovation«, in: Nanoethics, 9. Jg., Nr. 3, S. 321-333.

Haraway, Donna (2016): Staying with the Trouble. Making Kin in the Chthulucene. Duke University Press.

Haug, Frigga (2011): »Das Care-Syndrom. Ohne Geschichte hat die Frauenbewegung keine Perspektive«, in: Das Argument, 53. Jg., Nr. 3, S. 345-364.

Heck, Stefanie (2011): »Von Reproduktion zu Care – Zentrale Verschiebung in der feministischen Ökonomie-Debatte?«, in: Das Argument, 53. Jg., Nr. 3, S. 408-411.

Hofmeister, Sabine/Mölders, Tanja/Deininger, Michaela/Kapitza, Katharina (2019): »Für welche ›Natur/en‹ sorgen wir? Kritisch feministische Perspektiven auf aktuelle Care-Debatten im sozial-ökologischen Kontext«, in: GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Nr. 1, S. 125-139.

Holland-Cunz, Barbara (2014): Die Natur der Neuzeit. Eine feministische Einführung, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Lichtenberger, Hanna/Wöhl, Stefanie (2020): »Strukturelle Sorglosigkeit: die 24-Stunden-Betreuung in der Covid-19-Krise«, in: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, 29. Jg., Nr. 2, S. 133-134.

Lürig, Pauline (2021): »Gegenhegemoniale Perspektiven zur Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Eine feministische politische Ökologie des Bodens«, https://paulineluerig.de/luerig-eine-feministische-oekologie-des-bodens.pdf (Zugriff: 25.02.2022).

Martin, Aryn/Myers, Natasha/Viseu, Ana (2015): »The politics of care in technoscience«, in: Social studies of science, 45. Jg., Nr. 5, S. 625-641.

Marx, Karl (1962): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin: Dietz.

Massarrat, Mohssen (2006): Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit. Perspektiven Revolutionärer Reformen, Hamburg: VSA.

Plumwood, Val (1991): »Nature, Self and Gender: Feminism, Environmental Philosophy, and the Critique of Rationalism«, in: Hypatia. Special Issue: Ecological Feminism, 6. Jg., Nr. 1, S. 3-27.

Puig de la Bellacasa, Maria (2011): »Matters of care in technoscience: assembling neglected things«, in: Social studies of science, 41. Jg., Nr. 1, S. 85-106.

Puig de la Bellacasa, Maria (2015): »Making time for soil: Technoscientific futurity and the pace of care«, in: Social studies of science, 45. Jg., Nr. 5, S. 691-716.

Tecklenburg, Feline (2020): »Es geht ums Ganze: Wirtschaft ist Care ist Politik«, in: Neue Wege, 4. September 2020, https://www.neuewege.ch/es-geht-ums-ganze-wirtschaft-ist-care-ist-politik (Zugriff: 07.06.2021).

Thiessen, Barbara/Weicht, Bernhard/Rerrich, Maria S./Luck, Frank/Jurczyk, Karin/Gather, Claudia/Fleischer, Eva/Brückner, Margit (2020): »Großputz! Care nach Corona neu gestalten. Ein Positionspapier zur Care-Krise aus Deutschland, Österreich, Schweiz«, https://care-macht-mehr.com/manifest-2020/ (Zugriff: 07.06.2021).

Tronto, Joan (2016): »Kann ›sorgende Demokratie‹ eine politische Theorie der Transformation sein?«, in: Das Argument, 53. Jg., Nr. 6, S. 839-848.

Tronto, Joan C. (2013): Caring democracy. Markets, Equality, and Justice, New York: New York University Press.

Tronto, Joan C. (2015): Who cares? How to reshape a democratic politics, Ithaca: Cornell University Press.

Wallace, Rob (2020): Was COVID-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat, Köln: PapyRossa Verlag.

Wichterich, Christa (2016): »Feministische internationale politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus«, in: Ulrich Brand/Helen Schwenken/Joscha Wullweber (Hg.): Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt Kritische Wissenschaft, Hamburg: VSA, S. 54-71.

Wichterich, Christa (2019): »Reproduktionskrisen, Sorgeextraktivismus und Sorgekämpfe in Indien. Sozialarbeiter*innen auf dem Land und Pflegekräfte in Krankenhäusern«, in: PROKLA, 49. Jg., Heft 197, Nr. 4, S. 533-549.

Wichterich, Christa (2020): »Covid-Kapitalismus, Körper und Care«, in: Femina Politica, 29. Jg., Nr. 2, S. 143-145.

Wickson, Fern/Preston, Christopher/Binimelis, Rosa/Herrero, Amaranta/Hartley, Sarah/Wynberg, Rachel/Wynne, Brian (2017): »Addressing Socio-Economic and Ethical Considerations in Biotechnology Governance: The Potential of a New Politics of Care«, in: Food Ethics, 1. Jg., Nr. 2, S. 193-199.

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld: transcript.

Commons

Friederike Habermann

»Z.B. Luft – es sollten noch viel mehr Sachen Commons sein!«, schreibt Ronan Winter (2019: 482) im »Lexikon des Widerstandes«, wie er das Glossar seines Romans *Ökoterroristin* nennt. Seine Definition von Commons lautet: »Ressourcen, die allen gehören und von allen nutzbar sind, ohne dafür bezahlen zu müssen« (ebd.). Diese für ein intuitives Verständnis hilfreiche Kurzdefinition zeigt gleichzeitig auf, wie schwer Commons mit unseren heutigen Vorstellungen in einem Satz zu definieren sind, ohne dass es zu Missverständnissen kommt. Im Grunde braucht es hinter jedem Begriff oder zumindest Satzteil Erklärungen. Genau dies soll im Folgenden geschehen.

»Commons«: Gabe und Aufgabe zugleich

Es beginnt mit dem Ausdruck ›Commons‹ selbst und der Frage, warum er nicht übersetzt wird. Zumal es sich eigentlich um den englischen Begriff für das deutsche Wort ›Allmende‹ handelt. Doch hierunter wird überwiegend verkürzt eine einzelne Weide in einem mittelalterlichen Dorf verstanden, die von allen genutzt werden konnte. Ein ebenfalls althergebrachtes deutsches Wort für Commons ist ›Gemeinheit‹ – in diesem Sinne ist das 1982 veröffentlichte Buch des Philosophen und Degrowth-Vordenkers Ivan Illich, *Vom Recht auf Gemeinheit,* zu verstehen. Doch sein Versuch, diesem Begriff wieder zu seiner alten Bedeutung als Commons zu verhelfen, schlug fehl. Der jüngere Übersetzungsversuch in ›Gemeingut‹[1] erwies sich als zu unspezifisch und häufig nur auf den Aspekt der allgemeinen Nutzung begrenzt, ohne jenen des Eigentums zu thematisieren, was, wie später gezeigt wird, fundamental für ein Commons ist.

Durch eine Verkürzung auf die Form der Nutzung kommt es auch zu Verwechslungen mit bestimmten Güterarten, konkret jenen ohne oder mit wenig Konkurrenz im Konsum. Wirtschaftswissenschaftlich ausgedrückt handelt es sich um ›öffentliche‹ oder ›unreine öffentliche‹ Gütern bzw. um nicht ›rivale‹ oder beschränkt ›rivale‹. Die klassischen Beispiele sind Leuchttürme für ersteres und Straßen für zweiteres: Der Konsum des Nutzens eines Leuchtturms mindert nicht den Nutzen anderer; bei Straßen ist dies beschränkt der Fall, irgendwann kann es zu voll werden. Solche Güter sind vielfach in staatlicher Hand, da sie nicht parzelliert verkauft werden können. Teilweise greifen bei ihnen Reste alter Commons-Rechte; z.B. Wegerechte oder im Wald

1 Vgl. dazu beispielsweise den Wikipedia-Eintrag »Gemeingut« (Zugriff: 25.07.2021).

spazieren gehen und Pilze sammeln dürfen. In diesen Fällen bestehen Nutzungsrechte für die Öffentlichkeit sogar im Fall von Privateigentum. Allerdings machen diese Spuren alter Commons-Rechte aus den heutigen Wäldern noch keine Commons. Dazu gehört ebenso die gemeinschaftliche Verwaltung.

Darauf komme ich im Folgenden noch einmal zurück. Zunächst ist festzuhalten: Das englische ›Commons‹ erwies sich als unbelasteter von all diesen Missverständnissen. Zudem ist die lateinische Wortherkunft aussagekräftiger. Sie enthält *cum* für ›mit‹ und *munus* für sowohl ›Gabe‹ als auch ›Aufgabe‹. Der entsprechende Wikipedia-Eintrag (der wesentlich vom Commons-Institut[2] konzipiert wurde, dem die Autorin angehört) verbindet diese beiden Aspekte, indem dort formuliert ist, Commons gingen hervor »aus selbstorganisierten Prozessen des gemeinsamen bedürfnisorientierten Produzierens, Verwaltens, Pflegens und/oder Nutzens (Commoning)« (Wikipedia, Stand 15.07.2021).

»Z.B. Luft«? Es fehlt das Commoning

Aus dieser Definition ergibt sich, dass weder heutige Wälder noch Luft Beispiele für Commons darstellen. Die Commons-Expertin Silke Helfrich argumentiert, dass jedes Commons auf natürlichen Ressourcen beruht, dass aber jedes Commons auch ein sozialer Prozess ist. Früher habe sie selbst unsere Lebensgrundlagen als Commons bezeichnet:

> »›Wasser ist Gemeingut‹, sagte ich bisweilen. ›Das ist Unsinn!‹, begreife ich heute. Wasser ist, was es ist. H_2O. Aber es wird zu dem, was wir daraus machen: Entweder Ware – Privatgut – oder öffentliches Gut oder Gemeingut. Es kommt darauf an, wie wir mit dem Wasser umgehen« (Helfrich 2013).

Nicht das Weidegras machte die mittelalterliche (Klischee-)Allmende zu einem Commons, sondern dass Bäuer*innen sich Regeln gaben. Dieses Verständnis wird zusammengefasst als: *There is no commons without commoning*[3] (vgl. auch Helfrich/Heinrich-Böll-Stiftung 2012; Helfrich/Bollier 2015 sowie 2019: 29).

Doch ist es kein Zufall, dass Luft von Ronan Winter als Beispiel für ein Commons benannt wird. Die Wirtschaftswissenschaften verstehen unter Commons in der Regel Bereiche der Natur: Land, Wälder, das Klima oder die Weltmeere. Entscheidendes Kriterium hierfür ist allerdings, wie schwierig sich etwas in Eigentum verwandeln lässt, denn Eigentum stellt die Grundbedingung für Marktwirtschaft dar. In diesem Sinne widmet sich unter anderem die Weltbank unter dem Stichwort ›*global commons*‹ seit den 1990er Jahren dem Problem, wie diese zu schützen seien. Lösungen werden insbesondere in Zuteilungen gesehen, wie dies bei den Weltmeeren teilweise geschehen ist, oder in multilateralen Vertragswerken, worin Schutzmaßnahmen vereinbart werden (vgl. World Bank 1999). Solche Maßnahmen, wie auch der Handel mit Emissionen, entspricht allerdings häufig gleichzeitig dem Recht auf Ausbeutung, was in der

---

2 Das Commons Institut ist ein Zusammenschluss von Menschen, die in Forschung, Lehre und aktivistischer Praxis zu Commons aktiv sind; https://commons-institut.org.

3 Dieses dem Historiker Peter Linebaugh zugeschriebene Zitat lässt sich nicht belegen; anders als häufig angegeben enthält sein Werk »The Magna Carta Manifesto: Liberties and Commons for All« nur den Gedanken (2008: 278), nicht jedoch das wörtliche Zitat.

Regel auch die teilweise Zerstörung mit sich bringt. Beim Beispiel Luft bedeutet dies deren Verschmutzung. Mit jeder dieser Privatisierungen werden diese Ressourcen weniger Gemeingut im Sinne von: von allen nutzbar. Doch auch hier gilt: Commons durch Commoning sind sie auch vorher nicht.

Das größte Missverständnis: »von allen nutzbar«

Was heißt ›von allen nutzbar‹? Sofern es sich um rivale Güter handelt, geht es bei Commons nicht um *Open Access*, also um den unbedingten Zugriff durch jede*n. Doch genau dieses Missverständnis unterliegt dem fast zum geflügelten Wort gewordenen Ausdruck »Die Tragik der Allmende«. Unter diesem Titel verfasste der Ökologe Garret Hardin 1968 anhand des Beispiels der gemeinschaftlich genutzten Weide im mittelalterlichen Dorf einen Aufsatz, dessen verkürzte Rezeption zur herrschenden Doktrin der Wirtschaftswissenschaften hinsichtlich der Commons wurde. Danach müsse ein Commons durch das individuelle Streben nach maximalem Nutzen zwangsläufig übernutzt und somit letztlich zerstört werden. Tatsächlich schrieb Hardin in diesem Essay jedoch:

> »Therein is the tragedy. Each man is locked into a system that compels him to increase his herd without limit – in a world that is limited. Ruin is the destination toward which all men rush, each pursuing his own best interest in a society that believes in the freedom of the commons. Freedom in a commons brings ruin to all« (Hardin 1968: 1244).

Hardin benennt in diesem Artikel damit letztlich nicht die Commons, sondern den strukturellen Zwang zur Vermehrung in der Marktwirtschaft als Grund für die Tragik (wobei diese allerdings für ihn unhintergehbar scheint). Dies wird noch klarer in dem in den Wirtschaftswissenschaften kaum jemals erwähnten Folgeaufsatz »The Tragedy of the Unmanaged Commons« von 1994, wo er explizit darauf verweist, dass der vom liberalen Laissez Faire geprägte Wirtschaftsdiskurs nicht wahrgenommen habe, dass sich sein Artikel auf ›unmanaged commons‹ bezog. Von ›unmanaged commons‹ zu sprechen ist aber nicht nur für heutige Commons-Forscher*innen ein Widerspruch in sich, da eine nicht verwaltete Ressource kein Commons wäre. Hardin verweist selbst auf die Managementsysteme in traditionellen Commons-Gesellschaften. Diese seien ebenfalls von westlichen Wissenschaftler*innen in der Regel übersehen worden.

Dasselbe gilt für sein eigenes Beispiel: Auch in einer mittelalterlichen mitteleuropäischen Dorfgemeinschaft wäre eine solche Weide in ein System von Commoning eingebunden gewesen – Dorfversammlungen waren die Regel, demokratische Verwaltungen unterhalb der Feudalherrschaft völlig normal. Teilweise wurde sogar gemeinschaftlich über die rotierende Landverteilung entschieden, ebenso über Anbau, Fruchtwechsel oder die Nutzung von Wald und Wasserressourcen sowie kooperative Aktivitäten – und gegebenenfalls über die Zahl der Tiere, die jede*r auf die gemeinschaftlichen Weiden trieb.

»… allen gehören«? Besitz statt Eigentum!

Unter ›gehören‹ können zudem völlig unterschiedliche Verhältnisse verstanden werden. Die wohl kürzeste Definition von Commons könnte lauten: Es ist das Gegenteil von Eigentum. Oder genauer: das Andere von Eigentum. Das, was war bevor Eigentum eingeführt wurde. Denn Eigentum als etwas, von dem Andere rechtlich ausgeschlossen werden können, obwohl der*die Eigentümer*in es selbst gar nicht gebraucht, ist ein junges Konzept, welches erst beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit – sprich: der Marktwirtschaft – Commons verdrängte. Entscheidend dafür war, Besitzrechte für nichtig zu erklären. Zunächst vor allem an dem Land, das die Menschen bebauten. Für Europa ging dies in die Geschichte ein als der ›Raub der Allmende‹: Der Landadel erklärte das Land zu seinem Eigentum, vertrieb dessen bäuerlichen Bewohner- und Bebauer*innen, zäunte es ein und stellte Schafe darauf, deren Wolle in den Fernhandel ging. Die Bäuer*innen mussten in die Stadt migrieren und wurden dort zum Proletariat. Wer dagegen frei umherzog, wurde vielfach für ›vogelfrei‹ erklärt – von der entstehenden staatlichen Rechtsprechung ebenso wenig geschützt, wie es vorher das Land gewesen war. Erst die Einbindung in die Verwertungsstrukturen machte Land und Leute rechtlich schützenswert (→ ursprüngliche Akkumulation).[4]

Besitz ist an Gebrauch gebunden, dieser Zusammenhang entfällt bei Eigentum. Die im Deutschen mögliche und in der hiesigen Rechtsprechung juristisch korrekte Unterscheidung von ›Eigentum‹ und ›Besitz‹ erweist sich für das Verständnis von Commons als sehr hilfreich. So ist eine Vermieterin die Eigentümerin, der Mieter der Besitzer einer Wohnung. Während Besitz sich durch das faktische Gebrauchen kennzeichnet, wäre Eigentum, das nicht auch Besitz ist, etwas, was rechtlich einer Person gehört, aber von ihr gar nicht gebraucht wird. Der einzige Grund, warum es nicht Ballast ist, ist, dass andere es brauchen, aber nicht haben – weshalb von ihnen Miete, Pacht oder ein Kaufpreis genommen werden kann.

Ebenfalls zeichnet Eigentum aus, dass es kaputt gemacht werden darf. Selbst eine mittelalterliche Burg durfte von ihren Besitzer*innen nicht zerstört werden, da die Burg ebenso wie alles andere als von Gott zum ›Nießbrauch‹ zur Verfügung gestellt galt.[5] Erst durch die Rezeption des römischen Rechts in Kontinentaleuropa, beginnend vor rund tausend Jahren und sich bis ins 19. Jahrhundert hinziehend, kam es zur Übernahme eines Eigentumsverständnisses. Juristen des Alten Roms hatten mit dem Begriff *dominium* das Verhältnis zwischen einem *pater familias* und den von ihm versklavt gehaltenen Menschen zu fassen versucht – wobei die juristische Notwendigkeit für den neu geschaffenen Ausdruck sich nicht zuletzt aus der Tatsache erklären lässt, dass der *pater familias* diese töten durfte (vgl. Graeber 2011: 210ff.).

Die theoretische Legitimation von Eigentum erfolgte erstaunlich spät. Erst die *Zweite Abhandlung über die Regierung über den wahren Ursprung, Umfang und Zweck des staatlichen Gemeinwesens* von John Locke aus dem Jahr 1690[6] gilt als solche. Der entscheidende Absatz beginnt aber auch noch bei ihm mit »Obwohl die Erde und alle

4 Dieser Gedanken geht zurück auf Horst Göllnitz vom Commons-Institut bei einer internen Diskussion.

5 Nießbrauch stellt ein unveräußerbares Nutzungsrecht dar.

6 »Two Treatises« wurde erstmals im Dezember 1689 anonym veröffentlicht, den damaligen Druckkonventionen folgend, wurde das Titelblatt jedoch mit 1690 gekennzeichnet.

niedrigeren Geschöpfe den Menschen gemeinschaftlich gehören« (Locke 1690: II § 27). Dies wird mit einer Aussage weitergeführt, die heute als entscheidend gilt:

> »[S]o hat doch jeder Mensch ein Eigentum an seiner eigenen Person […]. Die Arbeit seines Körpers und das Werk seiner Hände, können wir sagen, sind im eigentlichen Sinn sein Eigentum. Alles also, was er dem Zustand, den die Natur vorgesehen, und in dem sie es gelassen hat, entrückt, hat er mit seiner Arbeit gemischt […] und macht es dadurch zu seinem Eigentum« (Locke 1690: II § 27).

Allerdings endet dieser Absatz mit »wenigstens da, wo genug und ebenso gutes für den gemeinschaftlichen Besitz anderer vorhanden ist« (ebd.). Selbst Locke hält es also für notwendig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass dieses Recht auf Ausschluss kein unbedingtes ist, sondern damit ins Verhältnis zu setzen, ob andere hierdurch Mangel erleiden oder nicht. Das hat erstmal nichts mit einem Verständnis zu tun, wonach, wie heute der Fall, wenigen Einzelpersonen so viel wie der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung gehört, von denen ein bis zwei Milliarden Menschen durch Unterernährung in ihrem Recht auf Leben bedroht sind.

Zudem: Was Theoretiker*innen in all den unzähligen Artikeln und Diskussionen der vergangenen Jahrhunderte über die Lockesche Legitimation von Eigentum nicht auffiel, führen Adelheid Biesecker, Christa Wichterich und Uta von Winterfeld aus:

> »Bei John Locke, dem ›geistigen Vater‹ bürgerlichen Eigentums, ist es eine bestimmte menschliche Arbeit, die mit den Objekten der Natur gemischt das Eigentum hervorbringt: Das Wasser gehört demjenigen, der es schöpft – und nicht derjenigen, die die Quelle hegt und pflegt. Die Birnen gehören derjenigen, die sie sammelt oder pflückt – nicht demjenigen, der für das Gedeihen des Baumes sorgt« (Biesecker et al. 2012: 14).

Es ist also nicht die pflegende Tätigkeit, die zu Eigentum berechtigt, sondern die erobernde. Zudem wird aber auch »der Torf, den mein Knecht gestochen« (Locke 1690: II § 28) zum Eigentum des Herrn. In Lockes vertragstheoretischer Konzeption sind die Individuen zwar gleich in ihrem Recht auf Freiheit und Eigentum, doch macht sich diese Gleichheit wiederum an der Freiheit fest, Eigentum zu erwerben. Entsprechend ist dieses Recht verwirkt, wenn jemand gezwungen ist, gegen Lohn seine Dienste zu verkaufen, »sich dadurch zum Knecht eines anderen« (Locke 1690: II § 28) macht und ihn dies »in die Familie des Herrn und unter die dort übliche Zucht stellt« (Locke 1690: II § 28). In Bezug auf versklavte Menschen – das sind für Locke »Menschen, die in einem gerechten Krieg gefangengenommen wurden und somit nach dem Recht der Natur unter der absoluten Herrschaft und willkürlichen Gewalt ihrer Herren stehen« (Locke 1690: II § 28) – formuliert er: »Wer zu keinerlei Eigentum fähig ist, kann nicht als Teil der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet werden, da deren Endzweck die Erhaltung des Eigentums ist« (II § 85). Der zunehmend binären Geschlechtervorstellung der Aufklärung entsprechend kommen auch Frauen als Partnerinnen des Gesellschaftsvertrages nicht mehr in Betracht (vgl. Habermann 2008: 176ff.).

Locke ist nicht der erste, der postulierte, unbesetztes Land könne von jenen beansprucht werden, die es fruchtbar machen können – im Gegenteil, dies war bereits 1217 in der *Charter of the Forest* als 12. Artikel festgehalten worden. Lockes Theorie des Eigentums führte jedoch eine bedeutende Neuerung ein: Sein Argument für das Recht

auf Eigentum war letztlich nicht die Anstrengung, die ein Mensch aufwendet, sondern die Nutzung der Früchte der Arbeit für den Handel. Erst die Möglichkeit, Geld anzuhäufen ergebe einen Anreiz wirklich produktiver Nutzung und erfülle das Gebot von Gott und der Vernunft, sich die Erde zu unterwerfen; eine weniger produktive Nutzung lediglich zur eigenen Bedürfnisbefriedigung verstoße gegen das Naturrecht. Daraus ergibt sich: Wodurch sich seine Theorie wirklich unterscheidet vom vorherigen Verständnis, ist die Ableitung von Eigentum aus der Schaffung von Tauschwert.

»…ohne dafür bezahlen zu müssen«: Geld torpediert die Commonslogik

Tauschwert ergibt sich durch Marktkonkurrenz, und behaupten kann sich nur, unter sonst gleichen Bedingungen, das billigere Angebot. Gleichzeitig kann sich auf der Konsumseite mehr von einem gewünschten Produkt geleistet werden, wenn an anderer Stelle gespart werden kann. Dies impliziert einen doppelten strukturellen Zwang in der Marktwirtschaft, möglichst viele Güter und Tätigkeiten der menschlichen und der mehr-als-menschlichen Mitwelt un- oder unterbezahlt zu vernutzen (Habermann 2018). Neben offen patriarchalen und kolonialistischen Bestrebungen ist dies der Grund für die historische, aber auch heute noch anhaltende Vernutzung unbewerteter Elemente.[7]

Ein einzelnes Gut, das an sich noch kein Commons darstellt, jedoch in einem von Commoning geprägten Umfeld existiert, kann nicht vermietet oder verkauft werden. Wird es nicht mehr genutzt, so fällt es aus dem Besitz und steht anderen zur Verfügung – freier Wohnraum in einem als Commons belebten Haus beispielsweise.

Umsonstläden sind dementsprechend tauschlogikfreie Umverteilungsstationen für Gegenstände. Doch entnimmt eine Person Dinge, nicht um sie in Besitz zu nehmen, sondern um sie zu verkaufen, kommt es zur oben genannten ›Tragik der Allmende‹, die eigentlich ›Tragik der Marktwirtschaft‹ heißen müsste: Es gibt keine Begrenzung durch Bedürfnisbefriedigung, Geld lässt sich scheinbar unendlich anhäufen. Es braucht also eine geteilte oder zumindest respektierte Commons-Rationalität für das Gelingen.

Bei der Kolonialisierung Nordamerikas gab es diese nicht: Das von Indigenen als Commons verstandene Land wurde Meile für Meile privatisiert und, Lockes Logik folgend, die Nicht-Privatisierung und Nicht-Monetarisierung als Versagen dargestellt. So erklärt sich auch die Argumentation eines kanadischen Kolonialbeamten noch 1885: Da die Indigenen »nicht das göttliche Gebot erfüllt haben, sich die Erde untertan zu machen, sind ihre Ansprüche auf Eigentum unhaltbar« (zit.n. Usher 1992: 45).

»Ressourcen«? Mitwelt!

»One does not sell the Earth the people walk upon«[8], so ein überliefertes Statement von Tashunka Witko alias Crazy Horse, das in seiner Ethnie, den Lakota, noch Mitte des 19. Jahrhunderts anzutreffende Verständnis beschreibt. Auch heute gibt es rege Diskussionen zum → Naturbegriff und Naturverständnis; in Lateinamerika auch be-

7 Eine Bewertung kann kurzzeitig sinnvoll sein, vertieft diese Logik jedoch gleichzeitig und kann keine Lösung sein (vgl. Habermann 2016).

8 https://www.youtube.com/watch?v=q4Wfy9cPLmI

sonders darum, nicht von ›Ressourcen‹ zu sprechen, um nicht schon in den Begriffen für unsere Mitwelt nichts anderes als ihre Verwertbarkeit auszudrücken.

Mit Blick auf den lateinamerikanischen Begriff ›*Pachamama*‹ (ins Deutsche oft übersetzt mit ›Mutter Erde‹), betont Ruby Hembrom, Begründerin des indischen Verlags *Adivaani* und selbst Adivasi, die bei ihnen herrschende Grundvoraussetzung sei die gleiche; Indigene verstünden sich als mit der Umwelt verbunden, als Teil von ihr. Commons sei ein Konzept, mit dem sie sich völlig identifizieren könnten. Entsprechend sei es kein Zufall, dass man plötzlich auf Indigene schaue, um die Erde und die Menschheit vor der Klimakrise zu retten (vgl. Hembrom 2021a, 2021b).

> »Unser Umgang mit dem Land ist Schutz; es ist Hüterschaft, Obhut, die dem westlichen oder Mainstream-Verständnis von Eigentum, Reichtum und Akkumulation entgegengesetzt ist. Aber warum sollte die Verantwortung für eine Auslöschung, die die Adivasi nicht verursacht haben, auf ihnen liegen? Uns aus unseren Lebensräumen zu vertreiben, hindert uns daran, Nachhaltigkeit zu praktizieren, und verursacht den Verlust von Wissenssystemen. Wie können Indigene mit fragilen oder gar keinen Beziehungen zum Land und ihrem traditionellen Wissen zur Wiederherstellung des Ökosystems beitragen, wenn Kapitalismus und Extraktivismus wie gewohnt weitergehen? Diese Erwartung ist fehl am Platze und paternalistisch« (Hembrom 2021a: 19).

Literatur

Biesecker, Adelheid/Wichterich, Christa/Winterfeld, Uta von (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität, Bremen/Bonn/Wuppertal: Rosa Luxemburg Stiftung.

Graeber, David (2011): Schulden. Die ersten 5000 Jahre, Stuttgart: Klett-Cotta.

Charter of the Forest of King Henry III (1217): http://info.sjc.ox.ac.uk/forests/Carta.

Hardin, Garrett (1968): »The Tragedy of the Commons«, in: Science, 162. Jg., Nr. 3859, S. 1243-1248.

Hardin, Garrett (1994): »The Tragedy of the Unmanaged Commons«, in: Trends in Ecology & Evolution, 9. Jg., Nr. 5, S. 199.

Habermann, Friederike (2008): Der Homo Oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation, Baden-Baden: Nomos.

Habermann, Friederike (2016): Ecommony. UmCARE zum Miteinander, Sulzbach: Ulrike Helmer Verlag.

Habermann, Friederike (2018): Ausgetauscht! Warum gutes Leben für alle tauschlogikfrei sein muss, Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.

Helfrich, Silke (2013): »Commons fallen nicht vom Himmel«, www.oya-online.de/article/read/972-commons_fallen_nicht_vom_himmel.html (Zugriff: 31.08.2021).

Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2012): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld: transcript.

Helfrich, Silke/Bollier, David/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2015): Die Welt der Commons. Muster gemeinsamen Handelns, Bielefeld: transcript.

Helfrich, Silke/Bollier, David (2019): Frei, fair und lebendig. Die Macht der Commons, Bielefeld: transcript.

Hembrom, Ruby (2021a): »›Land ist seit Jahrtausenden Teil unseres soziokulturellen Erbes‹. Ein Gespräch von Friederike Habermann mit Ruby Hembrom über das soziokulturelle Erbe der Adivasi in Indien und ihren Bezug zum Boden«, in: OXI, Nr. 4, S. 19.

Hembrom, Ruby (2021b): Interview durch Lennart Haneklaus für ein Videoprojekt zum Thema Commons (i.E.).

Illich, Ivan (1982): Vom Recht auf Gemeinheit, Reinbek: Rowohlt.

Linebaugh, Peter (2008): The Magna Carta Manifesto. Liberties and Commons for All, Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.

Locke, John (1690): »Zwei Abhandlungen über die Regierung«, in: Walter Euchner (Hg.) (1977): Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Usher, Peter J. (1992): »Property as the Basis of Inuit Hunting Rights«, in: Terry L. Anderson (Hg.): Property Rights and Indian Economies, Boston: Rowman & Littlefield, S. 41-65.

Winter, Ronan (2019): Ökoterroristin. Der Klimawandel wartet nicht, bis du die Schule fertig hast, o.O.: Ronan Winter.

World Bank (1999): »Protecting the Global Commons«, https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/5982/9780195211245_ch04.pdf?sequence=8&isAllowed=y (Zugriff: 31.08.2021).

De/Kolonialität

Franziska Müller und Tobias Schmitt

Postkoloniale Studien und postkoloniale Kritik haben – ursprünglich aus der englischen Literaturwissenschaft stammend – ihre kritischen Perspektiven in zahlreiche wissenschaftliche Disziplinen einspeisen können. Ihre Kritik an hochfunktionalen Dichotomien, die zwischen »the west and the rest« (Hall 1992) unterscheiden, ihr Fokus auf die Entwertung subalterner Sprechpositionen und ihre Sensibilität für das Weiterwirken kolonialer Denkweisen und Strukturen sind seither in den Sozial- und Geisteswissenschaften präsent. Verbunden mit dieser Integration ist aber auch ein gewisses ›Mainstreaming‹, das die Schärfe der Kritik bis hin zur Unkenntlichkeit abmildert, wenn etwa eine Dekolonisierung (der Akademie, der Entwicklungszusammenarbeit oder der globalen Klimapolitik) nur auf diskursiver, nicht jedoch auf einer strukturellen oder materiellen Ebene eingefordert wird. Im Kontrast dazu betont das zunächst durch lateinamerikanische Autor*innenkollektive formulierte Konzept der Dekolonisierung/Dekolonialität aufs Neue eine radikale politische Kritik, die sich stärker als die postkoloniale Kritik ganz direkt auf materielle Ungleichheiten bezieht und ihren Ausgangspunkt in der kolonialen Eroberung der Amerikas ab 1492 sieht. Dekolonisierung und Dekolonialität knüpfen an die Erfahrungen von Befreiungsbewegungen aus dem Globalen Süden an. Damit eng verbunden ist eine epistemologische Kritik an kolonialen Wissensordnungen (→ Wissen), die sich auf das Gedankengut der Aufklärung stützen. Diese werden mit alternativen Indigenen[1] Wissensordnungen und Kosmovisionen kontrastiert (Bhambra 2014). De/Kolonialität verweist somit auf »Bemühungen um eine Re-Humanisierung der Welt, um Hierarchien der Differenz, die Subjekte und Gemeinschaften entmenschlichen und Natur zerstören, aufzubrechen« (Maldonado-Torres 2016: 10, eigene Übersetzung). Gleichzeitig betont De/Kolonialität das Fortwirken kolonialer Verhältnisse und hebt emanzipatorische Perspektiven und Praxen hervor, die auch für die Politische Ökologie von hoher Relevanz sind und beispielsweise im Konzept des *Buen Vivir* Ausdruck finden. Ziel dieses Beitrages ist es, sich den Debatten um De/Kolonialität sowie dem daran anknüpfenden Prozess der Dekolonisierung anzunähern und ihren Gehalt für die Politische Ökologie auszuloten. Hierfür erläutern wir zunächst die Begriffsgeschichte und Rezeption, um dann entlang von

1 Analog zur Großschreibung von ›Schwarz‹ in der Critical Race Theory schreiben wir auch das Adjektiv ›Indigen‹ groß und orientieren uns hierbei an Leitlinien für Indigene Terminologie (First Nations Studies Program 2009).

Themenfeldern der Politischen Ökologie zu zeigen, wie und wodurch ein dekolonialer Blick die Politische Ökologie bereichert (→ Post- und Dekoloniale Politische Ökologie).

De/Kolonialität: Begriffsgeschichte

Für das Konzept der De/Kolonialität waren lateinamerikanische Diskussionszusammenhänge prägend, insbesondere ein Forschungskollektiv, das sich in den 1990er Jahren um Walter Mignolo, Arturo Escobar, Enrique Dussel, Ramón Grosfoguel, Silvia Rivera Cusicanqui, Catherine Walsh, María Lugones und Aníbal Quijano formierte. Die *Grupo modernidad/colonialidad*, so die Selbstbezeichnung, veröffentlichte eine Vielzahl gemeinsamer Publikationen (Escobar 2007; für einen Überblick auf Deutsch vgl. Quintero/Garbe 2013), organisierte internationale Konferenzen und gestaltete Studiengänge an lateinamerikanischen Universitäten. Ziel ihrer Arbeiten war es, sozialwissenschaftliche Theorien der Moderne und der Modernisierung als eurozentrische Projektionen zu entlarven und die Verbindungen zwischen Kolonisierung und gewaltvollen europäischen Modernisierungsversuchen in den Amerikas offenzulegen. Ein wesentlicher Bezugspunkt für ihre Arbeiten besteht in den Praxen antikolonialer Widerstands- und Befreiungsbewegungen (→ Widerstand) – seien es Indigene Aufständen gegen die Conquista, die haitianische Revolution 1791, der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika von 1905-1907, der Algerienkrieg von 1954-1962 oder der zapatistische Aufstand seit 1994 – sowie deren Reflexion in den Arbeiten von Aimé Césaire, Frantz Fanon oder Che Guevara (vgl. dazu z.B. Boatcă 2015).

Grundlegende Kritik richtet sich dabei auf Vorstellungen linearer Entwicklungsprozesse, die die Genese der politischen und sozioökonomischen Strukturen in Westeuropa oder den USA als Maß aller Dinge ansehen. Mit dem Begriffspaar Moderne/Kolonialität bzw. modern/kolonial weisen Mignolo (2012) und Quijano (2000) auf die Verquickungen hin, die zwischen dem universalistischen Propagieren einer Moderne nach europäischem Vorbild und der gewaltvollen Umsetzung von Modernisierungsprozessen im Zuge der Kolonisierung bestehen. Quijano argumentiert, dass die Kolonisierung der Amerikas eine neue Weltordnung hervorbrachte, die Europa zentrierte und andere Räume zur Verfügungsmasse erklärte. Wesentlich dafür ist die Herstellung einer Dichotomie, die der Moderne die Tradition gegenüberstellt und letztere als rückständig und unterentwickelt klassifiziert. Eine solche Dichotomie ist auch nach dem formalen Ende des Kolonialzeitalters noch in vielerlei Hinsicht als Kolonialität wirkmächtig (Maldonado-Torres 2016). Sie manifestiert sich ökonomisch in einer ungleichen Arbeitsteilung zwischen ›Zentren‹ und ›Peripherien‹, politisch in einer Bevorzugung westlicher parlamentarischer Staatlichkeit, epistemisch entlang von Wissenshierarchien und geschlechterbezogen als Hierarchie unterschiedlicher Geschlechterverhältnisse und Feminismen (Mohanty 1984; Lugones 2007; Boatcă 2015; D'Arcangelis 2020). Abstrahierend unterscheidet Aníbal Quijano zwischen drei Dimensionen: die Kolonialität der → Macht, die Kolonialität des Wissens und die Kolonialität der Seinsweisen (2000). Kolonialität der Macht beschreibt, wie rassifizierte Dichotomien zwischen Gesellschaften, Ökonomien und Personen europäischer und nicht-europäischer Herkunft hergestellt werden und einer Errichtung von Machtstrukturen entlang solcher Dichotomien dienen. In außereuropäischen Räumen bedient sich die Kolonialität der Macht westlicher Konzeptionen des Nationalstaats, des juridischen Systems oder des gesellschaftlichen Naturverhält-

nisses mit dem Ziel, koloniale Ökonomien zu errichten, Produktivkräfte im Globalen Süden auszubeuten und Ressourcen (→ Rohstoffe) anzueignen. Dabei gelten westliche Vorstellungen von → Staatlichkeit, Wirtschaftsweise oder Rechtsstaatlichkeit als universal wünschenswert, während nicht-westlichen Staatskonzeptionen, Wirtschaftspraxen oder Rechtssystemen nur lokal begrenzte Bedeutung zukommt. Bezogen auf die Politische Ökologie ist hier die Dichotomie zwischen wilder → Natur (›grüne Hölle‹) und gezähmter, bereits unterworfener Natur maßgeblich[2]. Kolonialität des Wissens bezieht sich auf die Errichtung epistemischer Hierarchien zwischen verschiedenen Wissenssystemen (im Bereich der Politischen Ökologie beispielsweise Umwelt- oder Klimawissen oder unterschiedliche Naturverständnisse), wobei auch hier aufklärerisch-rationalistische Wissensformen über traditionelles, oft mündlich, narrativ oder symbolisch überliefertes Wissen dominieren (vgl. Singer 2019). Kolonialität der Seinsweisen verweist darauf, wie Kolonialität individuell erlebt und erlitten und zu einer traumatischen Subjektivierungspraxis wird, die sich tief und teilweise intergenerationell in Leiblichkeit (→ Körper) und Identität einschreibt und die »Verdammten dieser Erde« (Fanon 1963) hervorbringt. Dies ist eng verknüpft mit der von María Lugones (2007) beschriebenen ›Kolonialität von Geschlecht‹, entlang derer Indigene Frauen mehrfachen dichotomen Abwertungen unterworfen werden (vgl. auch D'Arcangelis 2020). In ihrer Summe beschreibt Kolonialität damit all jene herrschaftsförmigen Praxen, die im Zuge kolonisierender Unterwerfung wirkmächtig sind (Maldonado-Torres 2016).

De/Kolonialität als Analysewerkzeug für die Politische Ökologie

Für die Politische Ökologie ermöglicht das Konzept der De/Kolonialität sich intensiver mit der Vorherrschaft kolonialer Denkweisen, mit politischen Praxen oder mit der Konstruktion von Subjektivitäten auch in Bezug auf gesellschaftliche Naturverhältnisse zu befassen. Dekolonisierung entwickelt darüber hinaus Strategien, mit denen bestimmte Konzepte, Denkweisen oder Identitäten einer kolonialen Matrix entrissen und antikolonial rekonzeptualisiert werden können. Das kann beispielsweise bedeuten, Forschungsprojekte auf koloniale Muster zu überprüfen, die eigene Rolle als westliche*r Wissenschaftler*in zu reflektieren und zu überlegen, wie eine sensible und herrschaftskritische Wissensproduktion gelingen kann – oder, nicht zuletzt, bestimmte Forschungsprojekte bewusst nicht durchzuführen (Datta 2018). Auch die Integration Indigener Wissensarchive und Methodologien in die Politische Ökologie bildet einen zentralen Aspekt und kann eine Ko-Produktion von Wissen ermöglichen[3] (Middleton 2015; Zanotti et al. 2020). De/Kolonialität und Dekolonisierung sind so-

2 Diese Unterscheidung ist allerdings keine nur westliche Idee, wie die etymologische Reise des Begriffs ›Dschungel‹ zeigt, der im Persischen (jangal/جنگل) ebenfalls Wald oder Dickicht bezeichnet, auch im Sanskrit und Bengali gebraucht wird und von den britischen Kolonisatoren als Bezeichnung für dichte Wälder in den Tropen übernommen wurde.

3 Als Beispiel sei Caitlyn Ryans kollaborative Forschung in Sierra Leone genannt. Ausgehend von einer Studie zu Landnutzungspraktiken internationaler Agrarkonzerne begann Ryan gemeinsam mit Bäuerinnen Landkarten zu zeichnen, um so nachzuvollziehen, welche Bedeutung Land aus deren Perspektive hat (Ryan 2021). In ähnlicher Weise befasst sich Harshavardhan Bhat mit alternativen Ontologien, indem er die Kolonialität von Hungersnöten in Bengalen untersucht und dabei bewusst die Perspektiven und Zeitläuften seiner Großmutter sowie des großmütterlichen Reisfelds in Bezug zur kolonialen

mit in Anlehnung an Eve Tuck und K. Wayne Yang (2012) »keine Metapher«, das heißt, sie dürfen nicht als rein diskursiver oder nur symbolischer Prozess missverstanden werden, da sonst die radikale und materielle Kritik an kolonialen Wissenssystemen und Institutionen ihre Schärfe verliert. Vielmehr sollten dekoloniale Perspektiven forschungspraktische Realität erlangen, auch (oder gerade), wenn dies eurozentrische Forschungspraxis stört. Damit Dekolonisierung nicht nur als weiterer Aspekt akademischer Wissensproduktion betrieben wird, gilt es, die damit einhergehenden Forderungen etwa nach der Rückgabe von enteigneten Ländereien oder nach strukturellen Veränderungen – insbesondere auch innerhalb der Universitäten – ernst zu nehmen, selbst wenn Forschungsprozesse dann grundlegend anders verlaufen: etwa in Form von Forschungspartnerschaften und Partizipativer → Aktionsforschung, gemeinsamen transdisziplinären Produkten und einer intensiven Reflexion der eigenen Rolle (Datta 2018; Keikelam/Swartz 2019) (→ Positionalität).

Quijanos dreifache Konzeption von Kolonialität gestattet es, auch für die Politische Ökologie zu prüfen, wie sich in verschiedenen Themenfeldern Kolonialität manifestiert und wie deren Dekolonisierung gelingen kann: Die Kolonialität der Macht vermag etwa Auskunft darüber zu geben, welche Naturverhältnisse in der globalen Umweltgovernance propagiert werden und inwieweit durch die Universalisierung rationalistisch-nutzenmaximierender Konzeptionen von Natur (sichtbar etwa im Konzept der ökosystemaren Dienstleistungen oder in der klimapolitischen Klassifizierung von Wäldern als CO_2-Senken) autochthone Naturverhältnisse negiert oder gar abgewertet werden. So treffen beispielsweise in klimapolitischen Konzepten wie dem REDD+ (*Reducing Emissions from Deforestation and Degradation*) verschiedene Interessen und Akteure aufeinander, die ganz unterschiedlich in Machtverhältnisse eingebunden sind, was zu bestimmten Konflikten und spezifischen Aushandlungsprozessen führt. Mit dem Konzept der Kolonialität können auch die unterschiedlichen Naturverhältnisse und die (konflikthafte) Verschmelzung westlicher und Indigener Wald-Natur-Verhältnisse in den Blick genommen werden (Müller 2017, 2020). Wenn Wälder primär als CO_2-Senken klassifiziert und Indigene Waldschutzpraktiken im Rahmen von REDD+-Programmen honoriert werden, findet eine Aneignung Indigenen Wissens statt.

Auf epistemischer Ebene sensibilisiert die Kolonialität des Wissens für die Wirkmächtigkeit westlicher Wissenssysteme. Beispiele dafür bestehen in der Produktion von Klimawissen im Rahmen des *Intergouvernmental Panel on Climate Change* (IPCC) oder in der Entwicklung von universalen Indikatorensystemen wie den *planetary boundaries*, mit deren Hilfe ökologische Kipppunkte identifiziert werden sollen. Eine dekoloniale Perspektive prüft hierbei, ob und inwieweit sich eine Zentrierung westlichen Klimawissens in Politiken manifestiert, in denen Indigenes (Problemlösungs)-Wissen ausgeblendet wird. Dadurch kann wiederum Indigenes Wissen zentriert werden und beispielsweise bei der Entwicklung Indigener Klimaschutzpolitiken politische Tragweite erlangen (Whyte 2016, 2017).

Die Kolonialität der Seinsweisen macht darüber hinaus darauf aufmerksam, inwieweit bestimmte Rollen, soziale Praktiken oder Geschlechterverhältnisse von kolonialen Mustern durchzogen sind. Im Bereich der Politischen Ökologie wird dies z.B. in der Konstruktion klimapolitisch erwünschter Subjektivitäten im Rahmen globaler

Ökonomie des Reishandels und des »late Victorian Holocausts« (Davis 2000) des britischen Kolonialregimes setzt (Bhat 2021).

Waldschutzpolitiken sichtbar. Bildungsmaterialien, die Indigene Akteure über die Waldschutzprogramme globaler grüner Fonds informieren, entwerfen etwa die Rolle des »ecological steward« (Müller 2020: 421), der lokales Waldmonitoring betreibt, mit Indigenem Waldwissen globale Klimaschutzziele unterstützt und gleichzeitig einen Broterwerb erhält – vermeintlich eine Win-Win-Win-Lösung. Hierbei wird eine Indigene Subjektposition imaginiert, welche mit Stereotypen operiert und Indigene Akteure für REDD+-Vorhaben zu vereinnahmen sucht (Müller 2020).

Dekoloniale Perspektiven ermöglichen es darüber hinaus, bei Konzepten wie dem der → Umweltgerechtigkeit (Environmental Justice) bzw. der oft an westlich-liberaler Gerechtigkeitstheorie orientierten → Klima- oder → Energiegerechtigkeit einerseits auf epistemologische Ausblendungen und Eurozentrismen hinzuweisen und andererseits diese Konzepte um nicht-westliche Verständnisse von Gerechtigkeit, Natur oder Staatlichkeit anzureichern bzw. die entsprechenden, oftmals verschütteten Wurzeln wieder sichtbar zu machen (Álvarez/Coolsaet 2020 sowie Svarstad/Benjaminsen 2020 zur Verzahnung beider Konzepte). Beispielsweise geht das Konzept der Umweltgerechtigkeit auf Schwarze Bürgerrechtstraditionen zurück (Pulido/De Lara 2018) und knüpft an die Arbeiten von Robert D. Bullard an. Bullard führte in den späten 1970ern gemeinsam mit seinen Studierenden sozialgeographische Studien in Houston/Texas durch und stellte fest, dass Müllkippen und Müllverbrennungsanlagen sich ausschließlich in von Schwarzen bzw. Hispanics bewohnten Stadtvierteln befanden (Bullard 2014). Bullard bezeichnete dieses Phänomen als Umweltrassismus und zeigte in seinen späteren Arbeiten, mit welcher Permanenz Umweltungerechtigkeiten, die teils bis zu den Zeiten der Sklaverei zurückverweisen, fortbestehen (Bullard/Wright 2008)[4]. Aktuelle Debatten um Klima- und Energiegerechtigkeit streben ebenfalls an, Umweltgerechtigkeit als plurales Konzept zu formulieren, das liberale und nicht-westliche Gerechtigkeitsvorstellungen, die beispielsweise aus dem Konfuzianismus, Buddhismus oder dem südafrikanischen Verständnis von *Ubuntu* (*I am because you are*) entstammen (Sovacool et al. 2017), zusammenführt.

So wird im Konzept des *Buen Vivir* eine alternative Konzeption von Lebensentwürfen, Gerechtigkeitsvorstellungen und Kosmovisionen sichtbar, die als lokale Ausformung von Umweltgerechtigkeit verstanden und Projekten einer *Green Economy* entgegensetzen werden können (Kothari et al. 2014). Auch die Kritik am Universalismusanspruch von Konzepten wie dem Anthropozän, den *planetary boundaries* oder den *Sustainable Development Goals* verweist auf immanente Kolonialitäten, die sich in Gestalt von Wissenshierarchien, universal gültigen Regelsystemen oder dem Ausblenden Indigener Krisenerzählungen äußern. Gleichzeitig ermöglicht eine solche Kritik, Indigene (Klimaschutz)Konzepte zu formulieren (Whyte 2016, 2017).

Fazit

Dekolonisierung bleibt ein (widerständiger) Prozess, der oft quer zu den Erfordernissen und Normen des westlichen Wissen(schafts)systems steht und – ernst genommen – die Logiken des Elfenbeinturms radikal in Frage stellt. Für uns als Forschende ist die Auseinandersetzung damit nicht nur produktiv, sondern auch irritierend, weil typische For-

4 Vgl. hierzu die Geschichte der ›*Cancer Alley*‹ in Louisiana (Laughland/Lartey 2019).

schungspraxen wie etwa Expert*inneninterviews, Nutzung universal gültiger Indikatorensysteme, Durchführung kurzfristiger Forschungsaufenthalte im Globalen Süden o.a. mit den Ansprüchen an eine dekoloniale Wissenschaft nicht unbedingt vereinbar sind. Die Konsequenz daraus bedeutet, unbequeme Fragen an den Wissenschaftsbetrieb zu stellen und seine Eigendynamiken und Eigenlogiken nicht bedingungslos zu akzeptieren, sondern systemisch zu verändern zu suchen (Bendix et al. 2020). Für die Politische Ökologie bedeutet dies einerseits, permanent zu prüfen, inwieweit eigene Forschungspraxen auch Ausdruck von Kolonialität sind. Andererseits bedeutet es, gezielt Raum für nicht-eurozentrische Wissensarchive und Methodologien zu schaffen und eine Ko-Produktion von Wissen zu ermöglichen. Dilemmata und Irritationen sind und bleiben wegweisend.

Literatur

Àlvarez, Lina/Coolsaet, Brendan (2020): »Decolonizing Environmental Justice Studies. A Latin American Perspective«, in: Capitalism Nature Socialism, 31. Jg., Nr. 2, S. 50-69.

Bendix, Daniel/Müller, Franziska/Ziai, Aram (2020) (Hg.): Beyond the Master's Tools? Decolonizing Knowledge Orders, Research Methods and Teaching, Lanham: Rowman & Littlefield.

Bhambra, Gurminder K. (2014): »Postcolonial and decolonial dialogues«, in: Postcolonial Studies, 17. Jg., Nr. 2, S. 115-121.

Bhat, Harshavardhan (2021): »The Weather is Always a Method«, in: David Chandler/ Franziska Müller/Delf Rothe (Hg.): International Relations in the Anthropocene. New Agendas, New Agencies and New Approaches, London: Palgrave Macmillan, S. 407-423.

Boatcă, Manuela (2015): »Postkolonialismus und Dekolonialität«, in: Manuela Boatcă/ Karin Fischer/Gerhard Hauck (Hg.): Handbuch Entwicklungsforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 1-10.

Bullard, Robert D./Wright, Beverley (2008): »Disastrous Response to Natural and Man-Made Disasters. An Environmental Justice Analysis Twenty-Five Years after Warren County«, in: UCLA Journal of Environmental Law and Policy, 26. Jg., Nr. 2, S. 217-254.

Bullard, Robert D. (2014): »The mountains of Houston. Environmental justice and the politics of garbage«, in: CITE, 93. Jg., S. 28-33.

D'Arcangelis, Carol-Lynne (2020): »Feministische Aufrufe des Dekolonialen. Widerstand und Wiederaufleben in den Arbeiten von María Lugones und Leanne Betasamosake Simpson«, in: PERIPHERIE, 40. Jg., Nr. 157/158, S. 34-67.

Datta, Ranjan (2018): »Decolonizing both researcher and research and its effectiveness in Indigenous research«, in: Research Ethics, 14. Jg., Nr. 2, S. 1-24.

Davis, Mike (2000): Late Victorian Holocausts. El Niño Famines and the Making of the Third World. London: Verso.

Escobar, Arturo (2007): »Worlds and Knowledges Otherwise. The Latin American Modernity/Coloniality Research Program«, in: Cultural Studies, 21. Jg., Nr. 2-3, S. 179-210.

Fanon, Frantz (1963): The Wretched of the Earth, New York: Grove Press.

First Nations Studies Program (2009): »Terminology«, https://indigenousfoundations.arts.ubc.ca/terminology/ (Zugriff: 04.01.2022).

Hall, Stuart (1992): »The West and the Rest: Discourse and Power«, in: Stuart Hall/Bram Gieben (Hg.): Formations of Modernity, Cambridge: Polity, S. 275-320.

Keikelame, Mpoe Johannah/Swartz, Leslie (2019): »Decolonising research methodologies. Lessons from a qualitative research project, Cape Town, South Africa«, in: Global Health Action, 12. Jg., Nr. 1, Art. 1561175.

Kothari, Ashish/Demaria, Federico/Acosta, Alberto (2014): »Buen Vivir, Degrowth and Ecological Swaraj. Alternatives to sustainable development and the Green Economy«, in: Development, 57. Jg., Nr. 3-4, S. 362-375.

Laughland, Oliver/Lartey, Jamiles (2019): »Cancer town Louisiana. First slavery, then a chemical plant and cancer deaths: one town's brutal history«, https://www.theguardian.com/us-news/2019/may/06/cancertown-louisiana-reserve-history-slavery (Zugriff: 04.01.2022).

Lugones, María (2007): »Heterosexualism and the Colonial/Modern Gender System«, in: Hypatia, 22. Jg., Nr. 1, S. 186-209.

Maldonado-Torres, Nelson (2016): Outline of Ten Theses on Coloniality and Decoloniality, Paris: Fondation Frantz Fanon.

Middleton, Beth Rose (2015): »Jahát Jat'totòdom: toward an indigenous political ecology«, in: Raymond L. Bryant (Hg.): The International Handbook of Political Ecology, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, S. 561-576.

Mignolo, Walter (2012): Local Histories/Global Designs. Coloniality, Subaltern Knowledges, and Border Thinking, Princeton: Princeton University Press.

Mohanty, Chandra Talpade (1984): »Under Western Eyes. Feminist Scholarship and Colonial Discourses«, in: Boundary, 12. Jg., Nr. 3, S. 333-358.

Müller, Franziska (2017): »Produktive Wälder. Diffusionsmuster klimapolitischer Verantwortung am Beispiel von REDD+-Projekten«, in: Politische Vierteljahresschrift, 52. Jg., S. 334-357.

Müller, Franziska (2020): »Can the subaltern protect forests? REDD+ compliance, depoliticization and Indigenous subjectivities«, in: Journal of Political Ecology, 27. Jg., Nr. 1, S. 419-435.

Pulido, Laura/De Lara, Juan (2018): »Reimagining ›justice‹ in environmental justice. Radical ecologies, decolonial thought, and the Black Radical Tradition«, in: Environment and Planning E: Nature and Space, 1. Jg., Nr. 1-2, S. 76-98.

Quijano, Aníbal (2000): »Coloniality of Power and Eurocentrism in Latin America«, in: International Sociology, 15. Jg., Nr. 2, S. 215-232.

Quintero, Pablo/Garbe, Sebastian (Hg.) (2013): Kolonialität der Macht. De/Koloniale Konflikte: zwischen Theorie und Praxis, Münster: Unrast.

Ryan, Caitlin (2021): »Knowing of Ontologies. Map-Making to ›See‹ Worlds of Relations«, in: David Chandler/Franziska Müller/Delf Rothe (Hg.): International Relations in the Anthropocene. New Agendas, New Agencies and New Approaches, London: Palgrave Macmillan, S. 373-388.

Singer, Katrin (2019): Confluencing Worlds. Skizzen zur Kolonialität von Kindheit, Natur und Forschung im Callejón de Huaylas, Peru. Unveröffentlichte Dissertation, Hamburg, S. 496.

Sovacool, Benjamin K./Burke, Matthew/Baker, Lucy/Kumar Kotikalapudi, Chaitanya/Wlokas, Holle (2017): »New frontiers and conceptual frameworks for energy justice«, in: Energy Policy, 105. Jg., S. 677-691.

Svarstad, Hanne/Benjaminsen, Tor A. (2020): »Reading radical environmental justice through a political ecology lens«, in: Geoforum, 108. Jg., S. 1-11.

Tuck, Eve/Yang, K. Wayne (2012): »Decolonization is not a metaphor«, in: Decolonization: Indigeneity, Education & Society, 1. Jg., Nr. 1, S. 1-40.

Whyte, Kyle (2016): »Is it colonial déjà vu? Indigenous peoples and climate injustice«, in: Joni Adamson/Michael Davis (Hg.): Humanities for the Environment. Integrating Knowledges, Forging New Constellations of Practice, London: Routledge, S. 88-105.

Whyte, Kyle (2017): »Indigenous Climate Change Studies: Indigenizing Futures, Decolonizing the Anthropocene«, in: English Language Notes, 55. Jg., Nr. 1-2, S. 153-162.

Zanotti, Laura/Carothers, Courtney/Apok, Charlene Aqpik/Huang, Sarah/Coleman, Jesse/Ambrozek, Charlotte (2020): »Political ecology and decolonial research: co-production with the Iñupiat in Utqiaġvik«, in: Journal of Political Ecology, 27. Jg., Nr. 1, S. 43-66.

Degrowth

Andrea Vetter und Matthias Schmelzer

Unter dem Stichwort ›Degrowth‹ oder ›Postwachstum‹ hat sich seit 2008 ein neues internationales Feld wissenschaftlicher Debatten und Forschungen etabliert, das sich mit den Fragen nach einer Transformation von Gesellschaften hin zu einer sozial-ökologischen Lebensweise beschäftigt. Seither wurden hunderte von wissenschaftlichen Artikeln und eine Vielzahl an Themenheften und Sammelbänden publiziert.[1] Wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Debatten sind in diesem Feld eng verzahnt, wissenschaftliche Beiträge beziehen sich direkt auf gesellschaftspolitische Kontroversen. Daher zeichnen sich auch die großen internationalen Konferenzen zu Degrowth, bei denen seit 2008 alle zwei Jahre die Debatte sichtbar wird, durch starke aktivistische Elemente und eine enge Verbindung zu sozialen Bewegungen und praktischen Projekten aus[2]. Die wissenschaftliche Diskussion selbst ist darüber hinaus sehr interdisziplinär aufgestellt – wichtige Argumente und Debatten kommen neben vielen anderen aus der Ökologischen Ökonomik, den Umwelt-, Sozial- und Geisteswissenschaften – und auch aus der Politischen Ökologie (Weiss/Cattaneo 2017; Kallis et al. 2018).

Das ursprünglich französische ›*Décroissance*‹, wie auch die Übersetzungsversuche ›Degrowth‹ oder ›Postwachstum‹, ist zugleich ein provokanter politischer Slogan. Er stellt die Selbstverständlichkeit von Wachstum als politischem Ziel in Frage und stellt theoretische und praktische Alternativen in den Raum. Postwachstum führt dabei vielfältige und teils widersprüchliche Strömungen und Positionen zusammen. Es ist ein begrifflicher Rahmen, der in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen hat, Nachhaltigkeits- und Entwicklungsdiskussionen zu politisieren sowie wachstums- und technikfokussierte Zukunftsnarrative zu hinterfragen, die Suche nach grundlegenden und systemischen Alternativen zu stärken und vielfältige Akteure aus sozialen Bewegungen und alternativ-ökonomischen Strömungen zusammenzuführen (Muraca/Schmelzer 2017).

1 Die bisher erschienene Literatur ist kaum noch zu überblicken. Einige wichtige Arbeiten sind Seidl/Zahrnt (2010); Paech (2012); D'Alisa et al. (2014); Kallis (2018); Chertkovskaya et al. (2019); Burkhart et al. (2020); Hickel (2020); Kallis et al. (2020). Für einen wissenschaftlichen Überblick vgl. Kallis et al. (2018).

2 Die bisherigen internationalen Degrowth-Konferenzen für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit waren die folgenden: 2008 in Paris, 2010 in Barcelona (2011 in Berlin und 2012 in Montreal), 2012 in Venedig, 2014 in Leipzig, 2016 in Budapest, 2018 in Malmö, Mexiko und Brüssel, 2020 in Vienna, 2021 in Manchester und Den Haag. Vgl. degrowth.info/en/conferences.

Postwachstum bzw. Degrowth – so unsere Argumentation – ist zum einen eine grundlegende Kritik an der Hegemonie des Wirtschaftswachstums, in der sich auf produktive Art und Weise unterschiedliche Stränge der Wachstums- und Gesellschaftskritik verbinden. Zum anderen ist Postwachstum ein Vorschlag – eine Vision oder Utopie – für eine andere Gesellschaft und die dafür notwendige systemische Transformation. Es gibt dabei enge Verbindungen zwischen Konzepten, Perspektiven und Diskursen der Postwachstumsdiskussionen, der Politischen Ökologie sowie marxistischen und ökofeministischen Debatten. Postwachstum bzw. Degrowth versucht so, soziale, kulturelle und ökologische Fragen zusammen zu denken und auf diese Weise zu neuen Gesellschaftsvorstellungen zu kommen, die Antworten auf die drängenden Fragen des 21. Jahrhunderts geben könnten.

Postwachstum und Degrowth sind keine deskriptiven Konzepte, die einfach nur Gesellschaften beschreiben, die nicht (mehr) wachsen. Sie sind nicht dazu da, die Stagnationstendenzen in spätkapitalistischen Industrieländern zu beschreiben. Postwachstum, wie es in der internationalen und deutschsprachigen Degrowth- bzw. Postwachstumsdiskussion eingeführt wurde, ist ein explizit normatives Konzept – es geht um die Konturen eines wünschenswerten, demokratischen Transformationsprozesses. Um einen kleinen Einblick in dieses vielschichtige Konzept zu geben, umreißen wir kurz verschiedene Formen der Wachstumskritik und skizzieren die Vision einer Postwachstumsgesellschaft entlang zentraler Zieldimensionen (für eine ausführliche Version dieser Argumente vgl. Schmelzer/Vetter 2019).

Ausbruch aus ›der Wirtschaft‹: Durch die Kritik zur Vision

Postwachstum lässt sich verstehen als der Versuch, unterschiedliche Stränge der Wachstums- und Gesellschaftskritik zusammen zu denken und nach Alternativen zu suchen, die sich hieraus ergeben. Gemeinsame Grundlage der Wachstumskritiken ist die Dekonstruktion des hegemonialen Glaubens daran, dass Wirtschaftswachstum per se etwas Gutes sei (Schmelzer 2016). Dafür werden mit verschiedenen Argumenten die Logik und zentrale Grundannahmen der orthodoxen neoklassischen Wirtschaftswissenschaften angegriffen. Ziel ist es, ihnen die Grundlage zu entziehen, weiterhin als Leitwissenschaft für politische Entscheidungen und konstruierte ›Sachzwänge‹ akzeptiert zu werden. Die vielfältigen wachstumskritischen Argumente, die in der Postwachstumsdiskussion eine Rolle spielen, lassen sich analytisch als *sieben Stränge der Gesellschafts- und Wachstumskritik* unterscheiden: 1. Ökologische Kritik, 2. sozialökonomische Kritik, 3. kulturelle Kritik, 4. Kapitalismuskritik, 5. Feministische Kritik, 6. Industrialismuskritik sowie 7. Süd-Nord-Kritik (vgl. auch Schmelzer/Vetter 2019: Kapitel 3). Alle Kritikformen weisen darauf hin, dass menschliche und nicht-menschliche Lebewesen sich in komplexen, vermachteten Beziehungsgeflechten bewegen. Diese würden durch eine rein ökonomische Beschreibung nicht adäquat erfasst und die tatsächlichen Logiken sozialer und sozio-ökologischer Beziehungen würden eher verschleiert als erklärt. Postwachstum kritisiert damit grundlegend die Verabsolutierung und die abstrakte Rationalität des Ökonomischen in Begriff und Realität von Wachstum und Wachstumsorientierung – also die Ersetzung der komplexen Beziehungsgeflechte und Interessenlagen durch eine alles bestimmende Zahl: Anstieg oder Fall des Bruttoinlandprodukts (BIP).

Tabelle 1: Idealtypische Charakterisierung der sieben Stränge der Wachstums- und Gesellschaftskritik (Schmelzer 2021)

Wachstumskritik	**Wirtschaftswachstum...**
Ökologische Kritik	... zerstört menschliche Lebensgrundlagen und kann nicht nachhaltig gestaltet werden.
Sozial-ökonomische Kritik	... misst unsere Leben falsch und steht daher dem Wohlergehen und der Gleichheit aller entgegen.
Kulturelle Kritik	... erzwingt entfremdete Arbeits- und Lebens- und Beziehungsweisen.
Kapitalismuskritik	... hängt von kapitalistischer Ausbeutung und Akkumulation ab und wird von diesen angetrieben.
Feministische Kritik	... basiert auf vergeschlechtlichter Ausbeutung und entwertet Reproduktion.
Industrialismuskritik	... gründet in herrschaftsförmigen Produktionskräften und Techniken.
Süd-Nord Kritik	... geht notwendig mit ungerechten, extraktiven und herrschaftsförmigen Beziehungen zwischen Globalem Norden und Süden einher und reproduziert diese.

Auch wenn die verschiedenen Formen der Wachstumskritik eine zentrale Basis der Postwachstumsdiskussion darstellen, geht diese deutlich über sie hinaus. Es geht jenseits der Kritik um den Versuch, ›konkrete Utopien‹ (Muraca 2014) zu entwerfen und diese mit widerständigen Praktiken und alternativen Lebensweisen im Hier und Jetzt zu verbinden. Postwachstum ist dabei ein Dachbegriff, der einen Rahmen bietet für Menschen, die sich mit dem Zusammenspiel der oben vorgestellten sieben Kritikformen und möglichen Antworten darauf auseinandersetzen – sowohl theoretisch als auch praktisch (Demaria et al. 2013).

Im Kern geht es bei Postwachstumsvorschlägen um das Zurückdrängen der dominanten ökonomischen Logik innerhalb der Gesellschaft und des ökonomischen Kalküls – also der Frage, ob es sich in Geld rechnet – als in vielen Kontexten oftmals alleiniger Entscheidungsgrundlage. Ziel ist damit ebenso die Repolitisierung und Demokratisierung von gesellschaftlichen Institutionen wie von Macht- und Eigentumsverhältnissen wie auch das Erkämpfen von selbstbestimmten Freiräumen, um dadurch die gesellschaftliche Dominanz und Logik ›der Ökonomie‹ zu verlassen. Dabei bezieht sich Postwachstum ausdrücklich auf die frühindustrialisierten Länder des Globalen Nordens – und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist dort der Umweltverbrauch – der stark von Vermögen und Einkommen abhängt – mit Abstand am größten. Zweitens haben die früh industrialisierten Länder auch historisch am meisten von der ökologischen Zerstörung zu verantworten und gleichzeitig am meisten von Wirtschaftswachstum profitiert. Soziale Bewegungen, Wissenschaftler*innen oder Nichtregierungsorganisationen aus dem Globalen Süden, die zu verschiedenen ›Alternativen zu Entwicklung‹ wie *Buen Vivir* in Südamerika, *Ubuntu* im südlichen Afrika oder *Radical Ecological Democracy* in Indien sind dabei jedoch wichtige Bündnispartner*innen im ›Pluriversum‹ (Kothari et al. 2019; Burkhart et al. 2020).

Wie geht ein gutes Leben für alle – jenseits von Externalisierung, Steigerungszwang und Konsumfixierung?

Trotz verschiedener Ausrichtungen unterschiedlicher Vorschläge gibt es zentrale Gemeinsamkeiten, die so etwas wie den Kern der Postwachstumsperspektive darstellen. Diese fassen wir als drei *Zieldimensionen* von Postwachstum, die es in einem demokratischen Transformationsprozess zu erreichen gilt:

1. *Globale ökologische → Gerechtigkeit*: Eine Postwachstumsgesellschaft erhält langfristig weltweit die ökologischen Grundlagen für ein gutes Leben. Sie externalisiert nicht ihre Kosten in Raum und Zeit (→ Externalisierung) – sie ist nachhaltig und global verallgemeinerbar (Biesecker/Winterfeld 2014; Lessenich 2016; Brand/Wissen 2017). Dabei wird in der Postwachstumsdebatte davon ausgegangen, dass die dafür notwendige radikale Verringerung des Durchsatzes an Materie, Energie und Emissionen in Gesellschaften des Globalen Nordens nur durch eine Reduktion der Wirtschaftsleistung und einen tiefgreifenden Umbau von Produktion und Konsum möglich ist. Auch wenn es oft so verstanden wird: Wirtschaftliche Schrumpfung ist nicht das Ziel von Postwachstum, und ebenso wenig ist Postwachstum das Gegenteil von Wachstum. Die Reduktion von Produktion und Konsum sind vielmehr eine notwendige Konsequenz der Tatsache, dass es unmöglich ist, Wirtschaftswachstum von Materialdurchsatz – also dem Verbrauch von → Rohstoffen und Energie – ausreichend zu entkoppeln. Die Wachstumsrücknahme muss dabei differenziert geschehen: Es geht um das selektive Wachstum – einige sagen lieber das Prosperieren oder ›Blühen‹ – bestimmter zukunftsfähiger, sozialer und ökologischer Sektoren und Aktivitäten und den gleichzeitigen Rückbau der Bereiche gesellschaftlicher Aktivität, die dies nicht sind (D'Alisa et al. 2014). Insgesamt zielt Postwachstum damit auf eine Deprivilegierung derjenigen ab, die auf Grund ihrer imperialen und nicht verallgemeinerbaren Lebensweise (→ Imperiale Lebensweise) aktuell auf Kosten anderer leben und diese Kosten auf andere Lebewesen anderswo oder in ferner Zukunft auslagern, sei dies im Globalen Norden oder bei den zunehmend auch daran teilnehmenden Eliten des Globalen Südens (vgl. hierzu Lessenich 2016; Brand/Wissen 2017; Hickel 2020; Wiedenhofer et al. 2020).
2. *Gutes Leben*: Ziel einer Postwachstumsgesellschaft ist es, soziale Gerechtigkeit, → Demokratie und Selbstbestimmung zu stärken und unter Bedingungen eines veränderten Stoffwechsels ein gutes Leben für alle Menschen zu ermöglichen. Unter welchen Bedingungen kann Reduktion so gelingen, dass die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, die in den letzten Jahrhunderten erkämpft worden sind, erhalten und ausgebaut werden? Dass diese Frage nach den Möglichkeiten einer ›reduktiven Moderne‹ (Sommer/Welzer 2014: Kapitel 2) ausgesprochen komplex ist und weitreichende Auswirkungen hat, liegt auf der Hand. Dies gilt vor allem, wenn man berücksichtigt, wie umfassend die Produktions- und Lebensweise, die derzeit in den Industrieländern auch den sozialen Errungenschaften von der Demokratie bis hin zum Sozialstaat zugrunde liegt, mit Wirtschaftswachstum, mit gewaltförmiger Expansion, → Herrschaft und Naturzerstörung verwoben und daher strukturell nicht-nachhaltig ist. Postwachstumsvorschläge beschäftigen sich daher zum einen damit, wie ohne Wachstum soziale Gerechtigkeit gestärkt werden kann – durch Politiken der radikalen Umverteilung von Ein-

kommen, Vermögen und Arbeit und durch eine für alle zugängliche umfassende Daseinsvorsorge. Beispielsweise gehören zu den Kernforderungen von Degrowth ein Schuldenerlass, eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung bei gleichzeitig geschlechtergerechter Verteilung der Sorgetätigkeiten, ein Grund- aber vor allem auch ein Maximaleinkommen, progressive Steuern auf Einkommen und Vermögen (auch Erbe), Obergrenzen für Ressourcenverbrauch – sowie auf der globalen Ebene Reparationen zum Ausgleich der Klimaschuld an Gemeinschaften im Globalen Süden. Zum anderen wird die Vertiefung demokratischer Prozesse angestrebt und die Ausweitung des Raumes demokratischer Mitbestimmung in Richtung Vergesellschaftung zentraler Wirtschaftsbereiche und Wirtschaftsdemokratie angesprochen – das reicht von Formen umfassender Wirtschaftsdemokratie über Autonomie als das kollektive Setzen selbstbestimmter gesellschaftlicher Grenzen (*›societal boundaries‹)* bis hin zu Rätedemokratischen Vorschlägen und der Stärkung von Commoning-Prozessen (Helfrich/Bollier 2019; Kuhnhenn et al. 2020; Brand et al. 2021). Und schließlich geht es um die Suche nach einem umfassenden Verständnis eines guten und gelingenden Lebens, bei dem das materielle Wohlbefinden nur eine Dimension ist. Konzepte aus Postwachstumsdiskussionen dazu sind Zeitwohlstand (Konzeptwerk Neue Ökonomie 2013), Konvivialität als geselliges Miteinander und positives Aufeinander-bezogen-Sein (Vetter 2018; Adloff 2018) sowie Resonanz als ›antwortende‹ Selbst- und Weltbeziehung (Rosa 2016).

3. *Wachstumsunabhängigkeit*: Die Institutionen und Infrastrukturen einer Postwachstumsgesellschaft werden so umgestaltet, dass sie nicht auf Wirtschaftswachstum und Steigerung angewiesen sind und diese auch nicht erzeugen. Denn Wachstumsgesellschaften sind strukturell wachstumsabhängig. Innerhalb von Wachstumsgesellschaften führt die Reduktion der Wirtschaftsaktivität – diskutiert als Rezession, Stagnation oder Depression – zu sozialen Kürzungen, Verarmung und den anderen Begleiterscheinungen kapitalistischer Krisen. Noch umfassender – moderne Gesellschaften stabilisieren sich dynamisch durch Prozesse der Ausdehnung, Steigerung und Beschleunigung – Mechanismen, die dazu führen, dass zentrale gesellschaftliche Strukturen ohne Wachstum nicht mehr stabil funktionieren (Dörre et al. 2009; Jackson 2017). Daher geht es bei Degrowth ganz zentral auch um solche strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen, die umfassend alle Wachstumsabhängigkeit überwinden. Wachstumsabhängigkeiten wurden dabei in der Postwachstumsdiskussion der letzten Jahre vor allem auf vier Ebenen identifiziert und entsprechende Vorschläge zu deren Überwindung diskutiert: materielle Infrastrukturen und technische Systeme, gesellschaftliche Institutionen, mentale Infrastrukturen und schließlich das Wirtschaftssystem als Ganzes. Wachstumsunabhängigkeit heißt, dass die Gesellschaft nicht auf Wachstum und Steigerung angewiesen ist, um ihre zentralen Strukturen und ihre Funktionsweise zu reproduzieren. Wachstumsunabhängigkeit ist damit eine grundlegende Bedingung für gesellschaftliche Autonomie, die auch gesellschaftliche Selbstbegrenzung im Sinne globaler ökologischer Gerechtigkeit miteinschließt (vgl. hierzu Gorz 1989; Seidl/Zahrnt 2010; Schmelzer/Passadakis 2011; Kallis 2018; Petschow et al. 2018; Brand et al. 2021).

Mit nicht-reformistischen Reformen Hegemonie verschieben und Kämpfe gewinnen

Zahlreiche politische Vorschläge beschäftigen sich mit den vielfältigen Fragen, die sich aus diesen drei Zieldimensionen ergeben. Neben abstrakteren Zielbestimmungen zeichnet sich die Postwachstumsdiskussion durch vielfältige konkrete Vorschläge für »nicht-reformistische Reformen« (Gorz 1967: 181) oder eine »revolutionären Realpolitik« (Luxemburg 2000: 373) aus. Das heißt Politiken, die zwar an bereits bestehende Strukturen, Instrumente und Regelungen anknüpfen, aber besonders in ihrem Zusammenspiel über die kapitalistische, wachstumsorientierte Produktionsweise hinausweisen und Räume für deren Überwindung verteidigen und erweitern. Dabei geht es erstens um Abwicklung – das heißt um Vorschläge zur gerechten Gestaltung des notwendigen Rück- und Umbaus weiter Bereiche von Produktion und Konsum, die kaum Gebrauchswerte herstellen oder nicht für eine sozial-ökologische Zukunft transformiert werden können. Im Vordergrund stehen hier beispielsweise fossil getriebene Sektoren wie Individualmobilität (→ Mobilität), Energieerzeugung und Baugewerbe, aber auch geplante Obsoleszenz, so genannte ›*Bullshit-Jobs*‹ (Graeber 2018) oder Werbung – die durch Politiken wie beispielsweise Obergrenzen für Ressourcenverbrauch, Moratorien und Konversionsprozesse gerecht zurückgebaut werden sollen. Zweitens zielen weitere Postwachstumspolitiken auf eine Demokratisierung der Wirtschaft ab: Formen des solidarischen Wirtschaftens, die schon heute als Kooperativen, als Gemeingüter bzw. → Commons oder als kleine solidarische Unternehmen wirtschaften, zu verteidigen, auszubauen und politisch-rechtlich zu stärken. Drittens steht konviviale Technik und demokratische Technikentwicklung im Fokus. Sie soll erreicht werden durch öffentliche Finanzierung von offenen, sozialen und ökologisch verträglichen Technologien, der Förderung von dezentralen und verteilten Produktionsweisen sowie politische Moratorien auf Risikotechnologien. In Anlehnung an Ivan Illich (1998) geht es dabei um Formen von Technik, die zentrale Ziele einer Postwachstumsgesellschaft wie Verbundenheit, Zugänglichkeit, Anpassungsfähigkeit, Bio-Interaktion und Angemessenheit fördern (Vetter 2022). Viertens geht es um eine Neubewertung und -verteilung von Arbeit: um eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit für alle, eine Abkehr vom verengten Lohnarbeitsbegriff hin zu einer Einbeziehung der vielfältigen Sorgetätigkeiten, um geschlechtergerechte Verteilung aller Tätigkeiten und um die Stärkung arbeitsunabhängiger Daseinsvorsorge. Fünftens thematisieren Vorschläge zu sozialer Sicherung, Umverteilung und Maximaleinkommen Verteilungsfragen wie die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, sowohl global als auch national. Die Transformation der sozialen Sicherung gehört zu den Kernforderungen der Postwachstumsdiskussion (Schmelzer/Passadakis 2011; Kallis 2018).

Für all dies gibt es konkrete Politikvorschläge und hier hat sich ein produktives Feld wissenschaftlicher Forschung und bewegungspolitischer Praxis entwickelt. Degrowth ist ein expliziter Begriff zur Politisierung von Nachhaltigkeitsdebatten unter Berücksichtigung verschiedener Macht- und Herrschaftsverhältnisse hin zur Transformation bestehender Gesellschaft-Natur-Verhältnisse (→ Gesellschaftliche Naturverhältnisse). Degrowth als Begriff an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Bewegungen und Politik ermöglicht dabei auch die Übersetzung und Vermittlung komplexer theoretischer Debatten hin zu konkreten Politikvorschlägen. Und Degrowth ist schließlich ein Dachbegriff, um verschiedene Transformationsstrategien in alternativökonomischen

Freiräumen, in Institutionen bzw. gesellschaftlichen Strukturen und im politischen Aktivismus als aufeinander bezogen zu denken (zu bewegungspolitischen Kooperationen vgl. Burkhart et al. 2020; Kuhnhenn et al. 2020; netzwerk-oekonomischer-wandel.org).

Literatur

Adloff, Frank (2018): Politik der Gabe. Für ein anderes Zusammenleben, Hamburg: Edition Nautilus.

Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2014): Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen, Working Paper der DFG-Kollegforscher*innengruppe Postwachstumsgesellschaften Nr. 2/2014, Jena: Friedrich-Schiller-Universität.

Brand, Ulrich/Muraca, Barbara/Pineault, Éric/Sahakian, Marlyne/Schaffartzik, Anke/Novy, Andreas/Streissler, Christoph/Haberl, Helmut/Asara, Viviana/Dietz, Kristina/Lang, Miriam/Kothari, Ashish/Smith, Tone/Spash, Clive/Brad, Alina/Pichler, Melanie/Plank, Christina/Velegrakis, Giorgos/Jahn, Thomas/Carter, Angela/Huan, Qingzhi/Kallis, Giorgos/Martínez-Alier, Joan/Riva, Gabriel/Satgar, Vishwas/Mantovani, Emilian Terán/Williams, Michelle/Wissen, Markus/Görg, Christoph (2021): »From planetary to societal boundaries. An argument for collectively defined self-limitation«, in: Sustainability: Science, Practice and Policy, 17. Jg., Nr. 1, S. 264-291.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus, München: oekom.

Burkhart, Corinna/Schmelzer, Matthias/Treu, Nina (Hg.) (2020): Degrowth in Movement(s). Exploring Pathways for Transformation, Winchester: Zero.

Chertkovskaya, Ekaterina/Paulsson, Alexander/Barca, Stefania (Hg.) (2019): Towards a Political Economy of Degrowth, London/New York: Rowman & Littlefield.

D'Alisa, Giacomo/Demaria, Federico/Kallis, Giorgos (Hg.) (2014): Degrowth. A Vocabulary for a New Era, Oxon/New York: Routledge.

Demaria, Federico/Schneider, François/Sekulova, Filka/Martínez-Allier, Joan (2013): »What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement«, in: Environmental Values, 22. Jg., Nr. 2, S. 191-215.

Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Gorz, André (1967): Strategy for Labor. A Radical Proposal, New York: Beacon Press.

Gorz, André (1989): Critique of Economic Reason, London: Verso.

Graeber, David (2018): Bullshit Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit, Stuttgart: Klett-Cotta.

Helfrich, Silke/Bollier, David (2019): Frei, fair und lebendig. Die Macht der Commons, Bielefeld: transcript.

Hickel, Jason (2020): Less Is More. How Degrowth Will Save the World, London: Windmill.

Illich, Ivan (1998): Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik, München: C.H. Beck.

Jackson, Tim (2017): Wohlstand ohne Wachstum. Das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, München: oekom.

Kallis, Giorgos (2018): Degrowth, Newcastle upon Tyne: Agenda.

Kallis, Giorgos/Kostakis, Vasilis/Lange, Steffen/Muraca, Barbara/Paulson, Susan/Schmelzer, Matthias (2018): »Research on Degrowth«, in: Annual Review of Environment and Resources, 43. Jg., S. 291-316.

Kallis, Giorgos/Paulson, Susan/D'Alisa, Giacomo/Demaria, Federico (2020): The Case for Degrowth, Cambridge: Polity.

Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hg.) (2013): Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben, München: oekom.

Kothari, Ashish/Salleh, Ariel/Escobar, Arturo/Demaria, Federico/Acosta, Alberto (Hg.) (2019): Pluriverse. A Post-Development Dictionary, New Delhi: Tulika Books.

Kuhnhenn, Kai/Pinnow, Anne/Schmelzer, Matthias/Treu, Nina (2020): Zukunft für alle. Eine Vision für 2048: gerecht. ökologisch. machbar, München: oekom.

Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin: Hanser.

Luxemburg, Rosa (2000): »Karl Marx«, in: Annelies Laschitza/Günter Radczun (Hg.): Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke, Bd. 1.2, Berlin: Dietz, S. 369-377.

Muraca, Barbara (2014): Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums, Berlin: Wagenbach.

Muraca, Barbara/Schmelzer, Matthias (2017): »Sustainable degrowth. Historical roots of the search for alternatives to growth in three regions«, in: Iris Borowy/Matthias Schmelzer (Hg.): History of the Future of Economic Growth. Historical Roots of Current Debates on Sustainable Degrowth, London/New York: Routledge, S. 174-197.

Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München: oekom.

Petschow, Ulrich/aus dem Mooren, Nils/Pissarskoi, Eugen/Korfhage, Thorben/Lange, Steffen/Schoofs, Annekathrin/Hofmanmn, David (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen. Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition, Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.

Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin: Suhrkamp.

Schmelzer, Matthias (2016): The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm, Cambridge: Cambridge University Press.

Schmelzer, Matthias (2021): »The Critique of Growth in Historical Context«, Aufsatz präsentiert auf dem Workshop »The Ecology of Economic Thought« am Weatherhead Center, Harvard University, 03.02 2021.

Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis (2011): Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen, soziale Reche, Hamburg: VSA.

Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg: Junius.

Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg: Metropolis.

Sommer, Bernd/Welzer, Harald (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München: oekom.

Vetter, Andrea (2018): »The Matrix of Convivial Technology. Assessing technologies for degrowth«, in: Journal of Cleaner Production, 179. Jg., Nr. 2, S. 1778-1786.

Vetter, Andrea (2022): Konviviale Technik. Empirische Technikethik für eine Postwachstumsgesellschaft, Bielefeld: transcript.

Weiss, Martin/Cattaneo, Claudio (2017): »Degrowth. Taking Stock and Reviewing an Emerging Academic Paradigm«, in: Ecological Economics, 137. Jg., S. 220-230.

Wiedenhofer, Dominik/Virág, Doris/Kalt, Gerald/Plank, Barbara/Streeck, Jan/Pichler, Melanie/Mayer, Andreas/Krausmann, Fridolin/Brockway, Paul/Schaffartzik, Anke/Fishman, Tomer/Hausknost, Daniel/Leo-Gruchalski, Bartholomäus/Sousa, Tânia/Creutzig, Felix/Haberl, Helmut (2020): »A Systematic Review of the Evidence on Decoupling of GDP, Resource Use and GHG Emissions, Part II. Synthesizing the Insights«, in: Environmental Research Letters, 15. Jg., Nr. 6, S. 065003.

Demokratie

Daniela Gottschlich und Melanie Pichler

Weder existiert die *eine* Begriffsdefinition von Demokratie, noch lässt sich angesichts der vielfältigen Varianten Demokratie im Singular denken (Offe 2003: 9). Demokratie war und ist umkämpft – sowohl auf begrifflicher und damit normativ theoretischer Ebene als auch als konkreter historischer Prozess. Das heißt, die Kontroverse um das, was Demokratie(n) ausmacht, ist nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch eine politische (Salzborn 2012: 7; vgl. auch Maus 1986). Seit der Antike hat sich das Verständnis von Demokratie verändert: Im antiken Griechenland als Herrschaft des Volkes entstanden (wobei das Recht auf politische Teilhabe damals nur freien Männern zugestanden wurde), entwickelte sich die idealtypische direkte Demokratie im Zuge der industriellen Revolution und der Entstehung des Kapitalismus zu einer repräsentativen Demokratie – mit freien und gleichen Wahlen als bestimmendem Element. Neoliberale Globalisierung, Autoritarismus und Populismus haben in den letzten Jahrzehnten zu strukturellen Veränderungen der repräsentativen Demokratie bis hin zu einer Erosion einiger demokratischer Institutionen geführt (wie beispielsweise die Einschränkung der Gewaltenteilung oder die zunehmende Bedeutung von Finanzmärkten). In der sozialwissenschaftlichen Debatte werden diese Entwicklungen mit dem Begriff der »Postdemokratie« beschrieben (z.B. Rancière 1996; Crouch 2008, 2021; APUZ 2011; Streek 2015). In der feministischen Forschung spricht Birgit Sauer (2011) hingegen von einer »Prädemokratie«, weil das Partizipationsversprechen von Demokratien – z.B. für Frauen – bisher nur unzureichend eingelöst wurde. Ähnliches gilt auch für den Umgang mit → Natur. Die Zuspitzung der ökologischen Krise in Form von sich überlagernden und verstärkenden Krisenphänomenen (wie etwa Klimakrise, Biodiversitätsverlust und Bodendegradation) führt zu neuen Fragen hinsichtlich der Möglichkeit einer demokratischen Bearbeitung dieser Krise und der allgemeinen Zukunftsfähigkeit von Demokratie(n) insgesamt (Stein 2011). Wie kann also eine »Demokratisierung der Demokratie« (Offe 2003) bzw. eine »Transformation der Demokratie« (Pelluchon 2021: 182) gelingen, die Natur und ökologische Krisen-phänomene ernst nimmt?

Wir konzentrieren uns in diesem Beitrag auf Demokratieverständnisse, die Fragen von Natur, → gesellschaftlichen Naturverhältnissen und ökologischer Krise aufnehmen, und arbeiten daran anschließend sowie aufbauend auf unseren Vorarbeiten ein politisch-ökologisches Verständnis von Demokratie heraus (Gottschlich/Hackfort 2016; Pichler 2017; Friedrich et al. 2019; Pichler et al. 2020). Dieses, so argumentieren wir, beschreibt Demokratie als umkämpfte Erweiterung des Öffentlichen. Ein solches Verständnis umfasst zum einen Umweltkonflikte und Kämpfe um die Integration von

Natur und ökologischer Krise als wichtige *prozesshafte Dimension* von Demokratie. Zum anderen impliziert Demokratie eine *substanzielle Dimension* durch ein normatives Ringen darum, wer oder was Teil des Öffentlichen ist und woran es normativ ausgerichtet sein soll – z.B. weg von einer Externalisierungsdemokratie (Massarrat 2006) hin zu einer Caring-Democracy (Tronto 2013) und einer Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse (Gottschlich/Hackfort 2016; Gottschlich 2017). Wir illustrieren ein solches Demokratieverständnis abschließend anhand konkreter Kämpfe um Energiedemokratie. Wesentlich für ein politisch-ökologisches Verständnis von Demokratie sind damit Verständnisse von → Konflikt, → Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie Fragen von Umweltgerechtigkeit (→ environmental justice) und ökologischer → Gerechtigkeit.

Zum Verhältnis von Demokratie und Natur

Die krisenbewältigende Bearbeitung von sozial-ökologischen Problemen gehört – trotz institutionalisierter Umweltpolitik und trotz aller Dringlichkeit – zu den bisher uneingelösten demokratischen Versprechen. Bevor wir ein explizit politisch-ökologisches Verständnis von Demokratie herausarbeiten, stellen wir in diesem Abschnitt Demokratieverständnisse vor, die in unterschiedlicher Weise Antworten auf die Frage der Krisenbearbeitung und der demokratischen Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse geben.

Ein erstes Demokratieverständnis, das wir als *partizipative Umweltgovernance* beschreiben, basiert im Wesentlichen auf bestehenden Institutionen der repräsentativen Demokratie (wie Wahlen, Parlament, einschließlich auch direktdemokratischer Instrumente der Bürger*innenbeteiligung), die durch partizipative Verfahren erweitert werden sollen. Denn Ausgangspunkt ist die Einsicht, dass die bestehenden Instrumente nicht ausreichen, der ökologischen Krise zu begegnen, sondern dass es neue und andere demokratische Instrumente braucht (Walk 2008). Die breitere direkte Beteiligung von Menschen durch partizipative Instrumente wie Stakeholder-Dialoge, Runde Tische, Transparenzinitiativen oder Bürger*innenforen wird als Schlüssel für eine effektivere und legitimere Bearbeitung von Umweltproblemen angesehen (Leggewie/Welzer 2009). Diese Initiativen und Instrumente sollen außerdem helfen, nationalstaatliche demokratische Strukturen zu modernisieren und auf lokale und supranationale Ebenen auszudehnen, auch wenn sie oft freiwillig und ohne bindenden Charakter bleiben.

Ein zweites Demokratieverständnis, das versucht Natur selbst in demokratische Prozesse aufzunehmen, bezeichnen wir als *ökologische Demokratie*. Dieses befasst sich insbesondere mit der Frage nach der Repräsentanz von Natur in einem grundsätzlich anthropozentrischen Demokratieverständnis. Neben der Repräsentanz von Natur im Allgemeinen spielen auch die Repräsentation zukünftiger Generationen sowie von Menschen jenseits nationalstaatlicher Grenzen eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt der öffentliche Diskurs über die Fragen der Repräsentanz (*Deliberation*) soll zu einer kontinuierlichen Erneuerung von (repräsentativer) Demokratie beitragen (Dryzek 2000; Eckersley 2004). Um die Repräsentanz von zukünftigen Generationen zu gewährleisten und der Gegenwartszentrierung heutiger Demokratien entgegenzuwirken, werden z.B. Ombudspersonen für zukünftige Generationen diskutiert (vgl. stellvertretend Göpel 2014: 96ff.). Andere konkrete Vorschläge sehen z.B. die Anerkennung von Natur oder bestimmten natürlichen Elementen (wie z.B. Flüsse oder Gletscher) als Rechtssubjekte

und die Festschreibung ihrer Rechte in den jeweiligen nationalen Verfassungen (z.B. in Ecuador) vor (Knauß 2018). Während in der Diskussion um partizipative Umweltgovernance eine Demokratisierung vor allem effektivere Lösungen bringen soll (und damit die *Output-Legitimität* von Demokratie gestärkt werden soll), stellt sich die ökologische Demokratie der Frage, wie der bisher unvollständigen Repräsentation von Natur (*Input-Legitimität* von Demokratie) begegnet werden kann (Eckersley 2004).

Im Gegensatz zu diesen beiden Demokratieverständnissen, die weiterhin auf repräsentativen Vorstellungen aufbauen, unterscheiden wir ein drittes Demokratieverständnis, das wir als *direkte Umweltdemokratie* bezeichnen. ›Tatsächliche‹ Demokratie ist in dieser Vorstellung nur in dezentralen Einheiten möglich, wo aktive Bürger*innen direkt über ihre politischen und ökonomischen Anliegen bestimmen. Im Gegensatz zu öffentlichen Diskursen und Institutionen, in denen um eine Demokratisierung durch Repräsentation gerungen wird, gelten hier Versammlungen als zentraler Ort und Basisdemokratie als Idealvorstellung von Demokratie, wo Menschen informierte Entscheidungen über ihre Umwelt und die Nutzung natürlicher Ressourcen treffen (Bookchin 1990, 2004). Diese und ähnliche Ideen, wie die der »präsentischen Demokratie« (Lorey 2016), die auf Sorge, Verbundenheit und Verantwortung beruhen, finden auch in der aktuellen Degrowth-Bewegung viel Zuspruch und Verbreitung (Cattaneo et al. 2012). In sozialen Bewegungen wie »Ende Gelände« oder auch »Hambi bleibt« (siehe Einleitung) zielt Demokratisierung nicht nur auf die Ausweitung politischer Teilhabe, sondern gleichermaßen auf die Transformation der (fossilen) Demokratie (Wissen 2016) und damit auf die Überwindung fossilistischer Verhältnisse, die maßgeblich für die ökologische Krise sind.

Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Im Dialog mit den dargestellten Demokratieverständnissen, die in unterschiedlicher Weise Natur, sozial-ökologische Probleme bzw. die Kontrolle über natürliche Ressourcen integrieren, arbeiten wir in diesem Abschnitt Grundzüge eines politisch-ökologischen Demokratieverständnisses heraus. Eine solche Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse »zielt auf die (Wieder-)Aneignung von Politik, die Ausweitung politischer Teilnahme sowie den Abbau von Herrschafts-, Ausgrenzungs- und Unterdrückungsverhältnissen« (Lösch 2012: 62). Demokratie bedeutet demnach *die Erweiterung des Öffentlichen*. Mit diesem Argument schließen wir an (öko-)feministische und wirtschaftsdemokratische Beiträge an: Diese haben in den letzten Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass die Beschränkung des Öffentlichen in liberal-repräsentativen Demokratien zentrale Bereiche der Gesellschaft von demokratischer Kontrolle ausschließt – mit entsprechenden Folgen für Mensch und Natur (z.B. Biesecker et al. 2007; Gottschlich 2017; Demirović 2018). Demnach werden zwei zentrale Bereiche mit besonderem Zugriff und Einfluss auf Natur und Ressourcen zum größten Teil der privaten Sphäre zugeordnet: die *Wirtschaft* (das heißt Produktionsprozess und technologischer Fortschritt) und der *Haushalt* (das heißt die Gesamtheit des individuellen ›Konsums‹ und der dafür notwendigen und darüberhinausgehenden → (re)produktiven und sorgenden Tätigkeiten). Wie die Ökofeministin Val Plumwood bereits 1995 herausgearbeitet hat, wird diese private Sphäre, die in liberalen Demokratien mit ökonomischer Notwendigkeit und individueller Freiheit assoziiert ist, weitgehend demokratischer Kontrolle entzogen.

Eine demokratische Erweiterung des Öffentlichen auf bisher als privat geltende Bereiche wie die ›Wirtschaft‹ oder den ›Haushalt‹ impliziert sowohl eine substanzielle als auch eine prozesshafte Dimension von Demokratie: *Substanziell*, weil eine solche Erweiterung das inhaltliche Ringen, was denn das Öffentliche ist und sein soll, umfasst. Dazu gehört auch, welchen normativen Zwecken demokratisches Handeln dient und an welchen normativen Prinzipien demokratische Gesellschaftsgestaltung orientiert wird (Friedrich et al. 2019). *Prozesshaft*, weil Gesellschaften von konkreten Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die beispielsweise die Aneignung und Kontrolle von Natur und natürlichen Ressourcen prägen, durchzogen sind, und eine Demokratisierung dieser gesellschaftlichen Naturverhältnisse *konflikthaft* durchgesetzt werden muss. Eine politisch-ökologische Perspektive fokussiert entsprechend auf Konflikte und Kämpfe als wesentliche demokratiepolitische Bestandteile, die eine Erweiterung des Öffentlichen erst möglich machen.

Zur substanziellen Dimension von politisch-ökologischer Demokratie

Von feministischer Seite wird nicht nur argumentiert, dass Natur und Care-Arbeiten aus dem Schatten ins Licht geholt werden müssten, sondern auch dass sie ins Zentrum des politischen Gemeinwesens gehören. Ausgehend von der konstatierten »Krise des Reproduktiven« (Biesecker/Hofmeister 2006) wird eine Erweiterung des Öffentlichen reklamiert: Dafür zu sorgen, dass die Reproduktionsfähigkeit von Natur erhalten bleibt, wird zur öffentlichen Aufgabe. Ebenso werden unbezahlte Care-Arbeiten in Form von Fürsorge-, Erziehungs-, Pflege- und Unterstützungstätigkeiten, die in der Familie, für Freund*innen und Nachbar*innen geleistet werden, nicht länger als Privatsache deklariert. Der ›Haushalt‹ erscheint damit nicht mehr als *black box* (Stiefel 2014). Nun können analytisch die vergeschlechtlichten und ethnisierten Verhältnisse von Care-Arbeit und Prozesse der → Externalisierung von Sorgeverantwortung ausgeleuchtet werden: Wer trägt die Hauptlast für die Arbeiten, auf denen unsere Gesellschaft beruht? Zugleich gerät durch diese Fragen der Zusammenhang von Demokratie, Geschlechterverhältnissen und Arbeit in den Blick: »Welche ökonomischen Ressourcen, welche Formen der Verteilung sozialer Güter, welche Organisation von Erwerbs- und Sorgearbeit braucht demokratische Teilhabe?« (Sauer 2016: 157). Ein politisch-ökologisches Verständnis von Demokratie, das auf Demokratisierung abzielt, braucht daher nicht nur »geschlechtergerechte […] Partizipation, Artikulation und Repräsentation« (Sauer 2009: 116). Es müssen auch »Formen des Arbeitens und Tätigseins sowie politische Entscheidungsprozesse über Arbeiten und Leben als Gesamtzusammenhang betrachtet werden« (Sauer 2016: 158). Denn nicht nur die kapitalistisch organisierte Ökonomie beruht auf Externalisierung als Prinzip (vgl. Biesecker et al. 2012), sondern auch der moderne Wohlfahrtsstaat lagert im Zuge neoliberaler Umbaumaßnahmen ›reproduktive‹ Tätigkeiten in die private Sphäre aus. Es sind vor allem Frauen*, die unentgeltlich »den versorgenden Part des ›unsichtbaren Wohlfahrtsstaates‹ [konstituieren]« (Neyer 1998: 94).

Eine Erweiterung des Öffentlichen ermöglicht damit nicht nur eine Kritik an diesen krisenverursachenden Externalisierungen von Natur und Sorgearbeiten, sondern auch eine Debatte über die Transformation von gesellschaftlichen Natur- und Sorgeverhältnissen. Wenn das Sorgen für sich, für andere, für das Gemeinweisen als öffentlich und politisch aufgefasst wird, dann lässt sich diskutieren, was für neue bzw. andere politische Rahmenbedingungen es braucht, damit die Reproduktionsfähigkeit

der gesamten Gesellschaft gesichert, für alle Menschen des Gemeinwesens gut gesorgt ist und alle, die dazu in der Lage sind, ihrer Sorgeverantwortung gerecht werden können. Von Tronto (2013) und in Anlehnung an sie wird dafür der grundsätzliche Umbau von Demokratie hin zu einer »Caring-Democracy« (ebd.) bzw. einer »vor_sorgenden Demokratie« (Gottschlich 2017) gefordert, in der das Sorgen für Mensch und Natur im Mittelpunkt steht und ökologische und soziale einschließlich intersektionale → Gerechtigkeit gleichermaßen angestrebt werden. Die substanzielle Dimension von Demokratie in einem politisch-ökologischen Verständnis ist daher als permanenter Versuch zu verstehen, den → Staat, verstanden als gesellschaftliches Kräfteverhältnis, auf Handlungsprinzipien wie Gemeinwohl, Gerechtigkeit, sowie → Care und Vorsorge zu orientieren.

Zur prozesshaften Dimension von politisch-ökologischer Demokratie

Auch wenn die Trennung in eine öffentliche und eine private Sphäre das Spannungsfeld zwischen (repräsentativer) Demokratie und Kapitalismus prägt, hängt das tatsächliche Ausmaß dieser Trennung immer von politischen Kämpfen und konkreten Machtverhältnissen ab (Buckel 2017). Wichtige Demokratietheoretiker*innen konzeptualisieren Demokratie demnach weniger als Regierungs- oder Gesellschaftsform, sondern als *Prozess* der Auseinandersetzung (Rancière 2011; Mouffe 2013) – ein Verständnis, das uns für die Politische Ökologie fruchtbar erscheint. Für den Demokratietheoretiker Jacques Rancière ist Demokratie dementsprechend mit der Störung der existierenden Ordnung und den Kämpfen derjenigen Menschen und Orte verbunden, die ihren Anteil in der ›Ordnung der Dinge‹ verlangen:

> »In diesem Sinne bezeichnet die Demokratie gerade nicht die Lebensform von Individuen, die sich um ihr privates Glück sorgen, sondern im Gegenteil den Kampf gegen diese Privatisierung; sie bezeichnet, anders gesagt, den Erweiterungsprozess der Öffentlichkeit« (Rancière 2011: 68).

Ein solches konfliktorientiertes Demokratieverständnis verfolgt auch Erik Swyngedouw, der Demokratie explizit mit sozial-ökologischen Konflikten verbindet. Demokratie verortet er dort, wo

> »jene, die nicht gleichberechtigt in die existierende sozio-politische Ordnung eingebunden sind, ihr ›Recht auf Gleichheit‹ verlangen, die existierende Ordnung gesellschaftlicher Naturverhältnisse unterbrechen und ihren Anteil im Anordnen der Dinge einfordern« (Swyngedouw 2009: 606, eigene Übersetzung).

Aus politisch-ökologischer Perspektive fokussiert Demokratie also auf Kämpfe und Konflikte von marginalisierten Gruppen (z.B. Indigene, Kleinbäuer*innen, Landlose, Erntehelfer*innen, undokumentiert Arbeitende), die die bestehende Aneignung, Kontrolle und Verteilung von Natur und natürlichen Ressourcen in Frage stellen und damit sowohl die Gruppe an Menschen als auch die Räume für demokratische Auseinandersetzung erweitern (Pichler 2017: 40). Anders als bei deliberativen Demokratieverständnissen geht es dabei nicht nur um eine diskursive, sondern immer auch um eine materielle Sphäre, das heißt, wer bestimmt über den *Zugang*, die *Kontrolle* und die *Verteilung* von Natur.

Dieses politisch-ökologische Verständnis von Demokratie als konflikthafte Erweiterung des Öffentlichen ist aktuell in zahlreichen Konflikten zu beobachten. Eine bemerkenswerte Zusammenstellung solcher Konflikte bietet z.B. der *Atlas of Environmental Justice*[1], der mehr als 3300 »ökologische Verteilungskonflikte« (Martínez-Alier 2021, eigene Übersetzung) dokumentiert und dabei versucht, aktivistische und wissenschaftliche Wissensproduktion zu verbinden (Temper/Del Bene 2016). Der Atlas hebt insbesondere Konflikte an den »Grenzen der Rohstoffextraktion und Abfallentsorgung« hervor (z.B. Bergbau, monokulturelle Landwirtschaft, Ölbohrungen, Mülldeponien), wo marginalisierte Gruppen um alternative Formen der Naturaneignung kämpfen (Martínez-Alier 2021). Während Demokratie nicht in allen Konflikten einen expliziten Bezugspunkt darstellt, möchten wir ein politisch-ökologisches Demokratieverständnis abschließend am Beispiel der Energiedemokratie illustrieren.

Das Beispiel Energiedemokratie

Ein konkretes Beispiel für die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bilden Kämpfe im Energiebereich, wie etwa für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung oder die Transformation der Energieproduktion (z.B. Kalt 2021; Moss et al. 2015). Rekommunalisierung richtet sich gegen die private Kontrolle der *Energieversorgung* und tritt für eine öffentliche Gestaltung ebendieser ein. Im Jahr 2011 initiierte z.B. die Plattform Berliner Energietisch ein Konzept für ein kommunales Energieunternehmen, das auf drei Säulen beruht: eine ökologische Orientierung, ein soziales Bepreisungssystem, um Energiearmut zu verhindern, und eine demokratische Verfassung, um die direkte Beteiligung der Bürger*innen in Entscheidungsprozessen zu ermöglichen (Moss et al. 2015: 1556). In einem Referendum sprachen sich 83 Prozent für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung aus, das Quorum von 625.000 Stimmen wurde allerdings um 21.000 Stimmen verfehlt (Kunze/Becker 2015: 431). Der Fall zeigt somit exemplarisch, dass eine Demokratisierung gegen Widerstände und in Konflikten durchgesetzt werden muss – und dass diese oft auch scheitern (prozesshafte Dimension). Gleichzeitig wird mit der Gestaltung der drei Säulen das normative Ringen um das Öffentliche deutlich: Nicht mehr »nur« soziale und partizipative Elemente sind bedeutsam, sondern auch die ökologische Orientierung wird prominent in die Gestaltung der Energieversorgung integriert (substanzielle Dimension). In ähnlicher Weise zeigen auch die Kämpfe um die *Energieproduktion* (konkret die Extraktion von Kohle) im Rahmen von »Ende Gelände«, dass die Bearbeitung der ökologischen Krise gegen Widerstand durchgesetzt werden muss (Scherhaufer et al. 2021). Weil sowohl Regierung als auch privatwirtschaftliche Unternehmen nur zögerlich den Kohleausstieg planen bzw. diesen immer wieder hinausschieben, versuchen soziale Bewegungen durch direkte Blockaden den Handlungsspielraum für Alternativen zu erhöhen und damit ein Ringen über nachhaltige Formen der Energieproduktion überhaupt erst zu ermöglichen.

1 Siehe www.ejatlas.org

Fazit

Demokratietheoretische Arbeiten, die sich in der Politischen Ökologie verorten, begreifen Demokratie stärker als Prozess denn als Zustand, indem sie aktuell krisenhafte gesellschaftliche Naturverhältnisse analysieren, verstehen und verändern wollen. Sie sind getragen von dem Interesse, die Krise der Demokratie durch eine Demokratisierung und Transformation der Demokratie zu überwinden. Wir haben im Anschluss an (öko-)feministische und demokratietheoretische Arbeiten argumentiert, dass Demokratie die substanzielle und konflikthafte Erweiterung des Öffentlichen markiert. Das heißt, es geht sowohl um eine andere Art des Umgangs mit den (re)produktiven Grundlagen von Gesellschaft (Care-Arbeiten und Natur) als auch um eine andere Form ihrer Repräsentation im demokratischen System – weg von einer extraktiven hin zu einer vorsorgenden Demokratie –, die in konflikthaften Prozessen durchgesetzt werden muss. Konflikte sind und bleiben damit wesentliche Treiber für die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Literatur

APUZ – Aus Politik und Zeitgeschichte (2011): »Themenheft Demokratie und Beteiligung«, Nr. 44-45, https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/59699/demokratie-und-beteiligung/ (Zugriff: 01.05.2022).

Biesecker, Adelheid/Braunmühl, Claudia von/Wichterich, Christa/Winterfeld, Uta von (2007): »Die Privatisierung des Politischen. Zu den Auswirkungen der doppelten Privatisierung«, in: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, 16. Jg., Nr. 2, S. 28-40.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung, München: oekom.

Bookchin, Murray (1990): »The meaning of confederalism«, in: Green Perspectives, 20. Jg., S. 1-7.

Bookchin, Murray (2004): Post-Scarcity Anarchism, Edinburgh: AK Press.

Buckel, Sonja (2017): »Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute«, in: Oliver Eberl/David Salomon (Hg.): Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie, Wiesbaden: Springer VS, S. 19-41.

Cattaneo, Claudio/D'Alisa, Giacomo/Kallis, Giorgos/Zografos, Christos (2012): »Degrowth futures and democracy«, in: Futures, 44. Jg., Nr. 6, S. 515-523.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Crouch, Colin (2021): Postdemokratie revisted, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Demirović, Alex (Hg.) (2018): Wirtschaftsdemokratie neu denken, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Dryzek, John S. (2000): Deliberative Democracy and Beyond. Liberals, Critics, Contestations, New York: Oxford University Press.

Eckersley, Robyn (2004): The Green State. Rethinking Democracy and Sovereignty, Cambridge: MIT Press.

EJatlas (2022): »The Global Atlas of Environmental Justice«, www.ejatlas.org (Zugriff: 01.05.2022).

Friedrich, Beate/Hackfort, Sarah/Boyer, Miriam/Gottschlich, Daniela (2019): »Conflicts over GMOs and their Contribution to Food Democracy«, in: Politics and Governance, 7. Jg., Nr. 4, S. 165-177.

Göpel, Maja (2014): »Ombudspersonen für zu zukünftige Generationen: Diktatoren oder Bürgervertreter?«, in: Bernward Gesang (Hg.): Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Wiesbaden: Springer VS, 89-108.

Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah (2016): »Zur Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Warum die Perspektiven der Politischen Ökologie dafür unverzichtbar sind«, in: Politische Vierteljahresschrift, 57. Jg., Nr. 2, S. 300-323.

Gottschlich, Daniela (2017): Kommende Nachhaltigkeit. Nachhaltige Entwicklung aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive, Baden-Baden: Nomos.

Kalt, Tobias (2021): »Jobs vs. climate justice? Contentious narratives of labor and climate movements in the coal transition in Germany«, in: Environmental Politics, 30. Jg., Nr. 7, 1135-1154.

Knauß, Stefan (2018): »Conceptualizing Human Stewardship in the Anthropocene: The Rights of Nature in Ecuador, New Zealand and India«, in: Journal of Agricultural and Environmental Ethics, 31. Jg., S. 703-772.

Kunze, Conrad/Becker, Sören (2015): »Collective ownership in renewable energy and opportunities for sustainable degrowth«, in: Sustainability Science, 10. Jg., Nr. 3, S. 425-437.

Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt a.M.: Fischer.

Lösch, Bettina (2012): »Demokratisierung«, in: Ulrich Brand/Bettina Lösch/Benjamin Opratko/Stefan Thimmel (Hg.): ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft, Hamburg: VSA, S. 62-63.

Lorey, Isabell (2016): »Präsentische Demokratie. Radikale Inklusion – Jetztzeit – konstituierender Prozess«, in: Alex Demirović (Hg.): Transformation der Demokratie. Demokratische Transformation, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 265-277.

Martínez-Alier, Joan (2021): »Mapping ecological distribution conflicts. The EJAtlas«, in: The Extractive Industries and Society, 8. Jg., Nr. 4, S. 100883.

Massarrat, Mohssen (2006): Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit: Perspektiven Revolutionärer Reformen, Hamburg: VSA.

Maus, Ingeborg (1986): Rechtstheorie und politische Theorie im Industriekapitalismus, München: Fink.

Moss, Timothy/Becker, Sören/Naumann, Matthias (2015): »Whose energy transition is it, anyway? Organisation and ownership of the Energiewende in villages, cities and regions«, in: Local Environment, 20. Jg., Nr. 12, S. 1547-1563.

Mouffe, Chantal (2013): Agonistics. Thinking the world politically, London: Verso.

Neyer, Gerda (1998): »Dilemmas der Sozialpolitik«, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): Geschlecht und Eigensinn. Feministische Recherchen in der Politikwissenschaft, Wien: Böhlau, S. 90-100.

Offe, Claus (2003): »Einleitung: Reformbedarf und Reformoptionen der Demokratie«, in: Claus Offe (Hg.): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt/New York: Campus, S. 9-23.

Pelluchon, Corine (2021): Das Zeitalter des Lebendigen. Eine neue Philosophie der Aufklärung, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Pichler, Melanie (2017): »What's democracy got to do with it? A political ecology perspective on socio-ecological justice«, in: Melanie Pichler/Cornelia Staritz/Karin Küblböck/Christina Plank/Werner Raza/Fernando Ruiz Peyré (Hg.): Fairness and Justice in Natural Resource Politics, Oxon: Routledge, S. 34-52.

Pichler, Melanie/Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2020): »The double materiality of democracy in capitalist societies. Challenges for social-ecological transformations«, in: Environmental Politics, 29. Jg., Nr. 2, S. 193-213.

Plumwood, Val (1995): »Has democracy failed ecology? An Ecofeminist perspective«, in: Environmental Politics, 4. Jg, Nr. 4, S. 134-168.

Rancière, Jacques (1996): »Demokratie und Postdemokratie«, in: Alain Badiou/Jacques Rancière (Hg.): Politik der Wahrheit, Wien: Turia + Kant, S. 119-156.

Rancière, Jacques (2011): Der Hass der Demokratie, Berlin: August.

Sauer, Birgit (2009): »Transformation von Staatlichkeit: Chancen für Geschlechterdemokratie?«, in: Gundula Ludwig/Birigit Sauer/Stefanie Wöhl (Hg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie, Baden-Baden: Nomos, S. 105-118.

Sauer, Birgit (2011): »Die Allgegenwart der ›Androkratie‹: feministische Anmerkungen zur ›Postdemokratie‹«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 1/2, S. 32-36.

Sauer, Birgit (2016): »Demokratie, Geschlecht und Arbeitsteilung«, in: Alex Demirović (Hg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 156-173.

Salzborn, Samuel (2012): Demokratie. Theorien, Formen, Entwicklungen, Baden-Baden: Nomos/UTB.

Scherhaufer, Patrick/Klittich, Philipp/Buzogány, Aron (2021): »Between illegal protests and legitimate resistance. Civil disobedience against energy infrastructures«, in: Utilities Policy, 72. Jg., Nr. 101249 https://doi.org/10.1016/j.jup.2021.101249 (Zugriff: 12.05.2022).

Stein, Tine (2011): »Sustainability of Democracy. A consideration on the basis of its leading differences«, in: Kolja Raube/Annika Sattler (Hg.): Difference and Democracy, Frankfurt/New York: Campus, S. 83-98.

Stiefel, Elisabeth (2014): »Thinking outside the box«, https://elisabeth-stiefel.de/wp_Jet1MOgm/wp-content/uploads/2016/08/Thinking-outside-the-box.pdf (Zugriff: 12.05.2022).

Streek, Wolfgang (2015): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Swyngedouw, Erik (2009): »The Antinomies of the Postpolitical City. In Search of a Democratic Politics of Environmental Production«, in: International Journal of Urban and Regional Research, 33. Jg., Nr. 3, S. 601-620.

Temper, Leah/Del Bene, Daniela (2016): »Transforming knowledge creation for environmental and epistemic justice«, in: Current Opinion in Environmental Sustainability, 20. Jg., S. 41-49.

Tronto, Joan C. (2013): Caring Democracy. Markets, Equality, and Justice, New York: New York University Press.

Walk, Heike (2008): Partizipative Governance. Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wissen, Markus (2016): »Jenseits der carbon democracy. Zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse«, in: Alex Demirović (Hg.): Transformation der Demokratie. Demokratische Transformation. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 48-66.

Emanzipation und Empowerment

Fernando Ruiz Peyré und Tobias Schmitt

Emanzipation und *Empowerment* sind zwei Begriffe, die eine wichtige Rolle innerhalb der Politischen Ökologie spielen, insbesondere – aber nicht nur – in Ländern des Globalen Südens. Sie sind stark miteinander verbunden, auch wenn sie meistens unabhängig voneinander benutzt werden. Ursprünglich wurden beide Begriffe nur auf individueller oder persönlicher Ebene verwendet. Mit der Zeit, und vor allem aus einer kritischeren Perspektive heraus, fanden sie zunehmend auch in Bezug auf gesellschaftliche Verhältnisse Verwendung.

Emanzipation stammt ursprünglich aus dem römischen Recht und »bezeichnet jenen Rechtsakt, in dem der Eigentümer etwas aus seiner Verfügungsgewalt entlässt« (Grümme/Schlag 2019: o.S.). Das kann sich auf ein Objekt, aber auch auf Personen beziehen und wurde insbesondere auf die Befreiung versklavter Menschen angewandt. Später wurde der Begriff juristisch auch in Bezug auf die Unabhängigkeit eines Kindes von der elterlichen Sorge durch Erlangung der Selbständigkeit verwendet (Kaindl 2012). Bezog sich der Begriff der Emanzipation zunächst lediglich auf einen einzelnen Rechtsakt, so wurde er später auch auf gesellschaftliche Prozesse ausgeweitet. Nicht zuletzt mit der Aufklärung wurde der passive Charakter (emanzipiert werden) in einen aktiven umgewandelt, bei dem sich Subjekte ihre Befreiung auch gegen Widerstände erkämpfen. So kann der von Immanuel Kant formulierte »Wahlspruch der Aufklärung« als eine Art Leitspruch der Emanzipation angehsehen werden (Grümme/Schlag 2019), da Aufklärung für ihn den »Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit« (Kant 1977: 452) bedeutet. Die Aufforderung dazu lautete: »Habe den Mut, dich deines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen!« (ebd.). Für Karl Marx bedeutet Emanzipation wiederum die Überwindung der »schlechten, korrumpierten Zustände« (Honneth 2009: 16) und eine Befreiung von der »Gewalt der Materie« (ebd.) als kollektiver Prozess.

Ab dem 19. Jahrhundert wird Emanzipation zum »normativen Orientierungshorizont aller Befreiungsbewegungen« (Grümme/Schlag 2019: o.S.), sei es die Abschaffung der Sklaverei, die Emanzipation der Frauen oder die Befreiung von jeglicher kirchlichen oder staatlichen Bevormundung und Unterdrückung. Doch erst in den 1960er Jahren wird der Emanzipationsbegriff zu einem »gesellschaftlichen Leitbild einer ganzen Epoche« (ebd.). So kann eine Reihe von ›emanzipatorischen Bewegungen‹ (→ Akteure und soziale Bewegungen) genannt werden, wie die Student*innenbewegung, die Schwarze Bürger*innenrechtsbewegung, die feministische Bewegung, die Friedensbewegungen oder auch die Befreiungstheologie/-pädagogik. Sie alle haben gemeinsam, dass sie sich

gegen kapitalistische, patriarchale, rassistische und koloniale Unterdrückungsverhältnisse wenden und sind Ausdruck einer Kombination aus sozialen und kollektiven emanzipatorischen Kämpfen mit dem Ziel der (gesellschaftlichen) Befreiung. Emanzipatorische Bewegungen setzen sich für den Abbau sozialer, klassen- oder geschlechtsspezifischer Diskriminierung ein und zielen auf die Ermächtigung der Unterdrückten hin. Dabei geht es nicht nur um die Befreiung einzelner Individuen, sondern auch um die Beseitigung von gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnissen.

Empowerment – oft auch als ›Selbstbefähigung‹ oder ›Selbstermächtigung‹ übersetzt – bezog sich ursprünglich auf den persönlichen Erwerb von Kompetenzen, Fähigkeiten und Ressourcen, hauptsächlich für sozial benachteiligte Menschen (Pettit/McGee, 2020). Jedoch besteht keine einheitliche Definition des Begriffes, sodass er auf Grund der Aura der »Fortschrittlichkeit und der Zukunftsoffenheit« (Herriger 2020: 13), die ihn umgibt, von »höchst unterschiedlichen normativen Lagern« (ebd.) angeeignet und genutzt wird. Der Soziologe Norbert Herriger nimmt eine begriffliche Präzisierung vor, indem er mehrere Zugänge unterscheidet: Erstens beschreibt er Empowerment als einen »konflikthaften Prozeß [sic!] der Umverteilung von politischer Macht« (ebd.: 14) und bezieht sich dabei auf Bürger*innenrechtsbewegungen (insbesondere in den USA ab den 1950er Jahren), Alphabetisierungs- und Befreiungsbewegungen im Globalen Süden (insb. die Pädagogik der Unterdrückten von Paulo Freire), auf Feministische Bewegungen und die *Community Organization-Bewegung* (ebd.: 22ff.). Zweitens stellt Empowerment ein Vermögen dar, die Unwägbarkeiten des Alltags aus eigener Kraft zu bewältigen (ebd.: 15). Diese Verwendungsweise stammt insbesondere aus dem Bereich der Sozialen Arbeit und der Gemeindepsychologie und bezieht sich auf die mikropolitische Ebene von (Entscheidungs)Macht. Drittens unterscheidet Norbert Herriger zwischen einem reflexiven Verständnis (Prozesse der Selbstbemächtigung) und einem transitiven Verständnis von Empowerment, bei dem Prozesse der Selbstbestimmung von Dritten ermöglicht, unterstützt und gefördert werden (ebd.: 16f.).

Auch im Bereich der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit wird der Begriff Empowerment häufig verwendet. Hierbei wird er zumeist als Prozess verstanden, durch den eine Person die Fähigkeit erlangt, ihr Leben, sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer und sozialer Hinsicht selbst zu bestimmen (OEZA 2006: 3). Es geht dabei um die Erweiterung der Möglichkeiten und Fähigkeiten armer oder benachteiligter Menschen, sich an den Institutionen, die ihr Leben beeinflussen, zu beteiligen, mit ihnen zu verhandeln, sie zu beeinflussen, zu kontrollieren oder zur Rechenschaft zu ziehen (Narayan 2002: 14). Empowerment wird dabei häufig mit einer Stärkung der Beteiligung marginalisierter Positionen an Entscheidungsprozessen verbunden, was – im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit – zumeist durch eine externe Intervention erreicht werden soll. Und genau aus diesem Grund ist das Konzept und dessen Einbindung in neoliberale Entwicklungskonzepte häufig kritisiert worden. So bemerkt etwa Majid Rahnema an einem transitiven Empowerment-Verständnis:

> »Wenn einer beschließt, den anderen zu stärken, dann unterstelle er nicht nur, dass der andere schwach ist (oder seine Stärken nicht geltend machen kann), sondern auch, dass er, der eine, das Geheimnis der Macht besitzt, das er dem anderen eröffnen kann. Im Kontext der Partizipationsideologie erweist sich diese Idee als eine neue Fassung des altbekannten Prinzips der staatlichen Macht – das man auch als das Prinzip der Einschüchterung begreifen kann« (1993: 260).

→ Post- oder dekoloniale Strömungen distanzieren sich hingegen von einem Konzept der Ermächtigung von außen. Vielmehr verstehen sie Empowerment als Machtzuwachs, der mit dem Erwerb eines kritischen Bewusstseins für strukturelle Ungleichheiten verbunden ist, und der gleichzeitig darauf abzielt, die Fähigkeit zu entwickeln, auf kollektiver Macht beruhende Alternativen zu entwerfen und umzusetzen (→ Herrschaft und Macht).

Bezug zur Politischen Ökologie

Sowohl der Begriff der Emanzipation als auch der des Empowerments haben einen starken Bezug zur Politischen Ökologie. Dabei wird insbesondere darauf verwiesen, dass zwischen der Beherrschung der Natur und der Beherrschung der Menschen ein unaufhebbarer Zusammenhang besteht (→ Gesellschaftliche Naturverhältnisse). Unterdrückung und Ohnmacht führen zu ungleichem Zugang zu Naturressourcen, ungerechter Verteilungen von Umweltkosten, Umweltrassismen gegenüber benachteiligten Gruppen sowie Geschlechterungerechtigkeiten (Svampa 2013). Die Vernachlässigung der politischen Dimensionen der Naturausbeutung hat zur Folge, dass sich machtvolle Interessen durchsetzen (Gaventa 2020: 121) und bestehende (Ungleichheits)Verhältnisse fortgeschrieben werden.

Um eine Wende im Kampf um Naturressourcen zu erreichen, sind für Nederveen Pieterse zwei Schritte notwendig: Zum einen geht es darum, vom → Widerstand zur Emanzipation zu gelangen, zum anderen vom lokalen Empowerment zum breiteren Engagement (1997: 82). Der erste Schritt besteht darin, von der bloßen Kritik zur Konstruktion einer gewünschten Zukunft überzugehen. Der zweite liegt darin, über den konkreten und lokalen Kampf hinauszugehen und in einer organisierten und kooperativen Weise voranzukommen, um breitere Horizonte zu erreichen (ebd.). Im Kontext des Globalen Südens sind soziale Kämpfe um den Zugang zu Naturressourcen und den Schutz von Natur stark von Diskursen über Emanzipation und Empowerment geprägt, die vor allem von feministischen und Indigenen Bewegungen, Graswurzelbewegungen und marginalisierten Gruppen geführt werden. Emanzipation und Empowerment stellen dabei wichtige Bezugspunkte für die → Feministische Politische Ökologie dar, die unter anderem auf die Zusammenhänge zwischen der Unterdrückung und Entmachtung von Frauen und der Ausbeutung der Natur hinweist (Scheyvens 2019). Aber auch für die → Umweltgerechtigkeitsbewegung, die sich mit den ungleichen Folgen von Umweltbelastungen für verschiedene soziale Gruppen befasst (Cutter 1995; Hafner 2020; Ulloa 2017), stellen die Begriffe wichtige Pfeiler für eine Selbstermächtigung im Kampf gegen Ungerechtigkeiten dar.

Beispiele aus Lateinamerika

In den letzten Jahrzehnten wird eine »öko-territoriale Wende« der sozialen Kämpfe in Lateinamerika konstatiert (Svampa 2013: 83). Dabei wird betont, dass nicht nur die Menschen und die sozialen Beziehungen seit fünf Jahrhunderten unter der Kolonialherrschaft leiden, sondern auch die Natur selbst (Alimonda 2011: 22). Als Ursprung der ökologischen und biopolitischen Krise wird dabei das modernisistische Entwicklungs-

modell ausgemacht, das auf ständigem Wachstum und einer ungebremsten Naturausbeutung beruht. Der Kampf gegen dieses Entwicklungsmodell bezieht sich positiv auf einen Emanzipationsdiskurs, bei dem Konzepte wie → Commons, Umweltgerechtigkeit oder *Buen Vivir* eine wichtige Rolle spielen (Svampa 2012: 22). Für Enrique Leff hat die Umweltbewegung in Lateinamerika zur Entstehung einer ermächtigten Zivilgesellschaft geführt, die das Recht aller Völker und Personen zum Ausdruck bringt, sich individuell und kollektiv an den ihre Existenz betreffenden Entscheidungen zu beteiligen und »sich von der Macht des Staates und des Marktes als Organisatoren ihrer Lebenswelt zu emanzipieren« (2021: 38, eigene Übersetzung).

Die Macht der emanzipatorischen Bewegungen – wie die der Indigenen Gemeinschaften für Autonomie oder der Kampf um die natürlichen Ressourcen – beruht auf Prinzipien, die mit der kolonialen Logik von Individualismus, Privateigentum und Autoritarismus unvereinbar sind (Leff 2021).

So sind auf dem gesamten Kontinent in den letzten Jahrzehnten zahlreiche sozialökologische Bewegungen entstanden. Beispiele sind die EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) in Chiapas, Mexico, *No a la mina* (Argentinien) sowie lokale Gruppe von *Autoconvocados* (Selbstorganisierte Nachbarschaften) und *Asambleas por el Agua* (Bürgerversammlungen für das Wasser) etc. Sie haben einen neuen Organisationsgrad und in unterschiedlicher Weise eine Gegenmacht aufgebaut. Die Menschen, die diese Erfahrungen machen, erlangen durch die Kämpfe ein politisches Selbstbewusstsein, das sie in die Lage versetzt, Widerstand zu leisten und für ihr Recht zu kämpfen, nach ihren eigenen Prinzipien zu leben. Über eine Bewusstwerdung der bestehenden ausbeuterischen Verhältnisse und eine Infragestellung des herrschenden politischen Systems entstehen durch die Kämpfe Prozesse der Selbstermächtigung.

›No a la mina‹: Empowerment durch emanzipatorischen Widerstand in Argentinien

Eine emanzipatorische Bewegung dieser Art begann 2002 in Esquel, einer kleinen Stadt im argentinischen Patagonien, als die Pläne des US-amerikanischen Unternehmens Meridian Gold bekannt wurden, nur etwa sieben Kilometer von der Stadt entfernt eine Gold- und Silbermine errichten zu wollen. Da die Provinzregierung die Absicht hatte das Bergbauprojekt zu genehmigen, bildete sich die Gruppe *Autoconvocados por el No a la Mina de Esquel* (Selbstorganisierte Nachbarschaften für das Nein zum Bergwerk von Esquel), um eine Volksbefragung durchzuführen[1], die zum klaren Sieg des ›Nein‹ und zur Einstellung des Projekts geführt hat. Der Grad der Mobilisierung und Organisation überraschten die lokale Regierung und das Unternehmen, die die Bewegung unterschätzt hatten. Besonders beachtlich ist dabei, dass sie in einer Zeit schwerer politischer und sozioökonomischer Krisen entstanden ist, als ein Großteil der Bevölkerung von staatlichen Gehältern und Subventionen abhängig war (Wagner 2019). Der → Konflikt in Esquel brachte die Debatte über den Bergbau – seine ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen – bis auf die nationale politische Agenda (Walter/Martínez Alier 2010). Von da an, und ›ermächtigt‹ durch den Erfolg in Esquel, begannen eine Reihe von *Autoconvocados* und *Asambleas* mit einer großen

1 Die erste Volksbefragung zu einem Bergbauprojekt in Lateinamerika hatte ein Jahr zuvor in Tambogrande, Peru, stattgefunden (Walter/Urkidi 2015).

Beteiligung lokaler Akteure, sich gegen Mega-Bergbauprojekte im ganzen Land aufzulehnen. Der Grad der Mobilisierung, der in Argentinien erreicht wurde, strahlte sogar auf andere Länder Lateinamerikas aus. An solchen Beispielen kann aufgezeigt werden, wie kleine Bewegungen, die als Widerstand gegen einzelne Projekte begannen, über Selbstorganisation, Selbstermächtigung und Vernetzung zu einem politischen Empowerment und einer sozialen Emanzipation führen können, was auch für die globale Umweltbewegung beispielgebend wirken kann (Walter/Wagner 2021).

Schluss

Der Konflikt in Esquel und die sich ausbreitenden Kämpfe in Lateinamerika gegen eine ungebremste Fortführung des → (neo-)extraktivistischen Entwicklungsmodells, das auf der Ausbeutung von Menschen und Natur beruht, haben gezeigt, wie sich aus einer lokalen Widerstandsbewegung eine gesellschaftliche Emanzipationsbewegung entwickeln kann. Ausgehendend von den konkreten lokalen Kämpfen können dabei über kollektive Prozesse der Bewusstwerdung und der Selbstermächtigung Vorstellungen für eine gesellschaftliche → sozial-ökologische Transformation entstehen, wodurch die bestehenden Verhältnisse zunehmend in Frage gestellt und die vorgeschlagenen Lösungsansätze nicht länger akzeptieren werden.

Gleichzeitig kann die Verbindung von Widerstand gegen Naturbeherrschung und sozialer Emanzipation neben ihrer praktischen Bedeutung auch eine Wirkung auf der theoretischen Ebene entfalten. Denn immer noch herrscht ein ›Emanzipationsdilemma‹ vor: Historisch ist die Emanzipation aus der Abhängigkeit von Natur in deren Beherrschung umgeschlagen. Daher bleibt immer danach zu fragen, wie eine Emanzipation gelingen kann, »die Herrschaft über das Andere der Natur und über andere Menschen nicht braucht« (Winterfeld 2020: 76).

Literatur

Alimonda, Héctor (2011): »La colonialidad de la naturaleza. Una aproximación a la Ecología Política latinoamericana«, in: Héctor Alimonda (Hg.): La naturaleza colonizada. Ecología política y minería en América Latina, Buenos Aires: CLACSO/CICCUS, S. 21-60.

Cutter, Susan (1995): »Race, class and environmental justice«, in: Progress in Human Geography, 19. Jg., Nr. 1, S. 111-122.

Gaventa, John (2020): »Applying power analysis: using the ›powercube‹ to explore forms, levels and spaces«, in: Rosemary McGee/Jethro Pettit (Hg.): Power, empowerment and social change. London/New York: Routledge, S. 117-138.

Grümme, Bernhard/Schlag, Thomas (2019): »Emanzipation«, https://www.bibelwissenschaft.de/stichwort/200375 (Zugriff: 14.01.2022).

Hafner, Robert (2020): »Environmental Justice Incommensurabilities Framework: monitoring and evaluating environmental justice concepts, thought styles and humanenvironment relations«, in: Die Erde, 151. Jg., Nr. 2-3, S. 67-76.

Herriger, Norbert (2020): »Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung«, Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag.

Honneth, Axel (2009): »Geschichtsphilosophie, Anthropologie und Marxismus« in: Hauke Brunkhorst/Regina Kreide/Cristina Lafont (Hg.): Habermas-Handbuch, Stuttgart/Weimar: J.B. Metzler, S. 15-17.

Kaindl, Christina (2012): »Emanzipation«, in: Ulrich Brand/Bettina Lösch/Benjamin Opratko/Stefan Thimmel (Hg.): ABC der Alternativen 2.0: Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft, Hamburg: VSA, S. 68-69.

Kant, Immanuel (1977): »Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung (1783)« in: Norbert Hinske (Hg.): Was ist Aufklärung? Beiträge aus der Berlinischen Monatsschrift, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 452-465.

Leff, Enrique (2021): »El Manifiesto por la Vida ante la Crisis Civilizatoria y la transición hacia un mundo sustentable«, in: Senti-pensarnos Tierra, Nr. 1, S. 28-46.

Pettit, Jethro/McGee, Rosemary (2020): »Introduction: power, empowerment and social change«, in: Rosemary McGee/Jethro Pettit (Hg.): Power, empowerment and social change, London/New York: Routledge, S. 3-15.

Narayan, Deepa (2002): »Empowerment and Poverty Reduction: A Sourcebook«. Washington, DC: World Bank.

Nederveen Pieterse, Jan (1997): »Globalisation and emancipation: From local empowerment to global reform«, in: New Political Economy, 2. Jg., Nr. 1, S. 79-92.

OEZA – Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (2006): »Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen. Leitlinien der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit«, Wien: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten.

Rahnema, Majid (1993): »Partizipation«, in: Wolfgang Sachs (Hg.): Wie im Westen so auf Erden: ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 248-273.

Scheyvens, Regina (2019): »Empowerment«, in: International Encyclopedia of Human Geography, Elsevier, 2019, ProQuest Ebook Central, S. 115-122.

Svampa, Maristella (2012): »Consenso de los commodities, giro ecoterritorial y pensamiento crítico en América Latina«, in: Observatorio Social de América Latina (OSAL), 13. Jg., Nr. 32, S. 15-38.

Svampa, Maristella (2013): »Neo-desarrollistischer Extraktivismus und soziale Bewegungen: Eine öko-territoriale Wende in Richtung neuer Alternativen?«, in: Hans-Jürgen Burchardt et al. (Hg.): Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika, Baden-Baden: Nomos, S. 79-92.

Ulloa, Astrid (2017): »Perspectives of Environmental Justice from Indigenous Peoples of Latin America: A Relational Indigenous Environmental Justice«, in: Environmental Justice, 10. Jg., Nr. 6, S. 175-181.

Wagner, Lucrecia (2019): »Consultas comunitarias en Argentina: respuestas participativas frente a mega-proyectos«, in: Tempo e Argumento, 11. Jg., Nr. 28, S. 181-211.

Walter, Mariana/Martinez-Alier, Joan (2010): »How to Be Heard When Nobody Wants to Listen: Community Action against Mining in Argentina«, in: Canadian Journal of Development Studies/Revue canadienne d'études du développement, 30. Jg., Nr. 1-2, S. 281-301.

Walter, Mariana/Urkidi, Leire (2015): »Consultas comunitarias y vecinales contra la minería metalífera en América Latina (2002-2012)«, in: Ecología Política, Nr. 48, S. 48-53.

Walter, Mariana/Wagner, Lucrecia (2021): »Mining struggles in Argentina. The keys of a successful story of mobilisation«, in: The Extractive Industries and Society, 8. Jg., Nr. 4, S. 1-13.
Winterfeld, Uta von (2020): »Vom Emanzipationsdilemma. Nachdenken mit und über Friedrich Engels«, in: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 5. Jg., S. 72-76.

Externalisierung

Adelheid Biesecker und Uta von Winterfeld

Viele Begriffe werden im ökonomischen Raum gebildet. So gewann etwa ›Governance‹ keinesfalls zuerst in der Politikwissenschaft, sondern im Kontext der ökonomischen Transaktionskostentheorie an Verbreitung (vgl. dazu auch Mayntz 2009). Hier stellt Governance ein Kostenoptimierungsinstrument dar: Je besser die Governance, desto geringer die Transaktionskosten.

Auch ein kleiner Ausflug in die Begriffsgeschichte der ›Externalisierung‹ zeigt, dass sie zunächst in der ökonomischen Theorie und auf Kosten bezogen erwähnt wird. Diesen Strang skizzieren wir im ersten Teil und erläutern dann, welche Ansätze den Externalisierungsbegriff aus der ökonomischen Engführung lösen.

Unsere These ist: Externalisierung bezieht sich nicht allein und auch nicht vor allem auf Kosten, sondern es handelt sich um ein Prinzip kapitalistischer Vergesellschaftung. Hier liegen auch zentrale Bezüge zur Politischen Ökologie, die wir im zweiten Teil darlegen.

Von externalisierten Kosten zu Externalisierung als Prinzip – Herkunft und Entwicklung des Begriffs

Externalisierung als Auslagerungen von Kosten beschäftigt die ökonomische Theorie seit 1920, als Arthur C. Pigou den Begriff der ›externen Kosten‹ einführte (Pigou 1962 [1920]). Er wollte damit zeigen, dass das Marktgleichgewicht, bestimmt durch den Ausgleich von Angebot und Nachfrage, auf zu niedrigen Kosten beruhe, da ein Teil der bei privaten Unternehmen anfallenden Kosten (wie die Erwärmung eines Flusses durch das Abwasser einer Stahlfabrik) in die Gesellschaft ausgelagert und daher nicht berechnet werde. Das Marktgleichgewicht stelle daher, so Pigou, im Gegensatz zur damals herrschenden volkswirtschaftlichen Lehre, kein gesellschaftliches Wohlfahrtsoptimum dar. Denn dieses unterstellt, dass im Marktgleichgewicht alle Marktteilnehmer*innen unter Abwägung aller Kosten und Nutzen ihre Pläne bestmöglich realisieren. Nicht eingerechnete Kosten führen dazu, dass das Marktgleichgewicht die gesellschaftliche Wohlfahrt als zu hoch ausweist. Um das Wohlfahrtsoptimum zu erreichen, schlug Pigou eine Unternehmenssteuer zur Internalisierung der ausgelagerten Kosten vor.

Das Konzept der externen Kosten wurde von K. William Kapp zu einem umfassenden Konzept der Sozialkosten weiterentwickelt (Kapp 1950). Theoretisch und em-

pirisch behandelte er die Sozialkosten als Kosten der Zerstörung der natürlichen und sozialen menschlichen Umwelt und kritisierte damit auch die herkömmliche ökonomische Theorie, die diese Kosten nicht zur Kenntnis nahm. Der Kapp-Schüler Christian Leipert erweiterte das Sozialkostenkonzept zu einer Theorie der externen Effekte (Leipert 1991). Er entwickelte auf dieser Grundlage eine umfassende Kritik der Messung der gesellschaftlichen Wohlfahrt mithilfe des Sozialproduktes.

Die Entdeckung der externen Effekte als systematischer Bestandteil kapitalistischer Produktions-, Konsumtions- und Marktprozesse führte sowohl zu Forderungen nach Internalisierung, das heißt nach Rückverlagerung der Kosten auf die privaten Verursacher*innen, als auch nach Änderung der Sozialproduktberechnung. Dieses drückt die Summe aller in einem Jahr hergestellten bewerteten Güter und Dienstleistungen aus. Werden dabei Kosten der Natur- oder Gesellschaftsbeschädigung (wie die oben genannte Erwärmung des Flusswassers oder Krankheitskosten infolge von Luftverschmutzung) nicht berücksichtigt, so werden das Sozialprodukt und seine Wachstumsrate zu hoch ausgewiesen. Sowohl die Forderung nach Internalisierung als auch die nach einer veränderten Sozialproduktberechnung zielen auf Beseitigung der externen Effekte durch deren Berücksichtigung in der privaten und gesellschaftlichen Kostenrechnung.

Die im Folgenden vorgestellten Theorien sprengen den engen Kostenrahmen und verstehen Externalisierung als Strukturprinzip kapitalistischer Gesellschaften.

Adelheid Biesecker und Uta von Winterfeld (2004, 2014) setzen an den feministischen Debatten um Dualismen an, untersuchen die Geschichte politischer und ökonomischer Theorien und kommen zu dem Schluss, dass die modernen bürgerlichen Gesellschaften durch eine Externalisierungsstruktur gekennzeichnet sind. Diese ist sowohl eine Ausbeutungsstruktur als auch eine Herrschaftsstruktur. Eine Ausbeutungsstruktur ist sie, weil das von der Ökonomie als Nicht-Ökonomie Abgespaltene – konkret die unbezahlte, zumeist von Frauen verrichtete Arbeit und die Natur – kostenlos angeeignet wird. Die Herrschaftsstruktur wird in der feministischen Herrschaftskritik von Carole Pateman derart herausgearbeitet, dass Gesellschaftsverträge im Grunde Geschlechterverträge sind. Sie basieren auf einer halbierten Gesellschaftsperspektive. Das Individuum der bürgerlichen Gesellschaft (*civil society*) wird in der klassischen Vertragstheorie so konzipiert, dass es all das in sich vereint, was Frauen nicht sind (Pateman 1988). Sie werden deshalb jedoch nicht im ›Naturzustand‹ zurückgelassen, sondern vielmehr als genau das Abgespaltene gebraucht und in den neuen Gesellschaftsvertrag einbezogen. Halbierung und Externalisierung spielen also derart zusammen, dass die abgespaltene Hälfte dem Ganzen angehört und dennoch ›draußen‹ bleibt, als dieses ›Draußen‹ gebraucht wird. Externalisierung als Prinzip bedeutet unserem Ansatz zufolge, dass etwas zum ›Außen‹ gemacht werden muss, damit es als Abgespaltenes und nicht Bewertetes angeeignet werden kann. Die Trennlinie ist dabei nicht fix, sondern wird immer wieder neu gezogen.

Stephan Lessenich legt 2016 eine Untersuchung der Stabilisierung und Reproduktion der modernen Gesellschaft mithilfe der systematischen Auslagerung von negativen Effekten auf Länder des Globalen Südens vor. Der Reichtum dieser »Externalisierungsgesellschaft« (Lessenich 2016) kann nur existieren, weil die anderen arm sind. Lessenich analysiert diesen Mechanismus als Struktur, Prozess und Praxis und ordnet den Analyseebenen die Wirkmechanismen Macht, Ausbeutung und Habitus zu. Als zentralen Ausbeutungsprozess sieht er das Verhältnis von sozial-weiblicher ›reproduktiver‹ und sozial-männlicher ›produktiver‹ Arbeit an.

Eine Vertiefung erhält der Ansatz über den auf Bourdieu zurückgehenden, ab 1967 systematisch entwickelten, Begriff des Habitus: Der Habitus, der von den Mitgliedern der reichen Gesellschaften wie selbstverständlich an den Tag gelegt wird, ist alltägliche Externalisierung. Zu diesem Habitus gehört ein Nicht-Wissen-Wollen der Zusammenhänge, verbunden mit dem Gefühl der Überlegenheit. Man sei eben besser als die Anderen, die selbst Schuld seien an ihrem Elend.

Lessenich bleibt mit seinem Konzept, das auf der Auslagerung negativer Effekte beruht, zwar dem engen Kostenrahmen verhaftet, weitet aber insgesamt die Externalisierungsdebatte zu einer globalen Gesellschaftsanalyse, die alle Mitglieder der reichen Gesellschaften einbezieht: Alle leben auf Kosten anderer, wenngleich auch in reichen Gesellschaften gravierende Unterschiede und soziale Ungleichheiten bestehen, sodass von keinem einheitlichen Externalisierungshabitus ausgegangen werden kann. Der Unterschied zwischen dem Ansatz von Stephan Lessenich und unserem Ansatz liegt darin, dass Externalisierung als Prinzip den Analysedimensionen von Lessenich vorgelagert ist – als Herrschaftsprinzip, über das Machtasymmetrien gerade auch durch Trennungen immer wieder hergestellt werden. Etwas oder eine Person wird zum Anderen gemacht – unsichtbar, wertlos und rücksichtslos ausbeutbar.

Ungerecht, ungleich, unsichtbar – Bezüge zur Politischen Ökologie

Teile der ökologischen Debatte sind von abstrakten, ökosystemtheoretisch basierten Modellen und Szenarien geprägt, etwa der Ansatz der planetaren Grenzen (Steffen et al. 2015). Im Kontext Politischer Ökologie wird kritisiert, dass es eben keine abstrakte Menschheit ist, die abstrakte Grenzen der Belastbarkeit überschreitet. Vielmehr sind Anteil an den Ursachen und Betroffenheit von den Folgen ökologischer Krisen ungleich verteilt. Damit einhergehend werden in macht- und herrschaftskritischer Perspektive Fragen von → Gerechtigkeit und sozialer Ungleichheit aufgeworfen.

Ungerecht

Es kann im engeren Verständnis von Externalisierung nicht gerecht sein, wenn die Einen auf Kosten der Anderen, auf Kosten von Menschen aus dem Globalen Süden oder auf Kosten zukünftiger Generationen, leben (→ imperiale Lebensweise). Für ein weiteres Verständnis ist zentral, dass Externalisierung eine Ursache von Ungerechtigkeit ist und selbst Ungerechtigkeit erzeugt.

So ist mit der corona-bedingten Ausgangssperre (*lockdown* genannt) eine Einsperrung (*lock in*) verbunden gewesen. Öffentliche Leistungen insbesondere der Bildung und Kinderbetreuung wurden externalisiert und in den Bereich privater Haushalts- und Sorgeleistungen verlagert. Damit wurde ein gesellschaftliches ›Draußen‹ erzeugt, in dem die sonst erwerblich verrichteten Tätigkeiten nicht vergütet wurden und in dem ökonomische wie auch sozialpolitische Regelungen (z.B. Kurzarbeit oder Erstattung von Arbeitsausfallzeiten) nicht galten.

Ungleich

Der Gleichheitsanspruch ist mit Gerechtigkeit innig und ethisch verbunden. Externalisierung aber basiert auf Ungleichheit. Stephan Lessenich hat machtkritisch herausgearbeitet, dass es auf der einen Seite Menschen gibt, die externalisieren können (und müssen, weil es die gesellschaftlichen Strukturen und das westliche Wohlstandsmodell gebieten oder zumindest nahelegen) und auf der anderen Seite Menschen stehen, die diesen Externalisierungen ausgeliefert sind und ihrer Externalisierung nichts entgegensetzen können.

Doch als Prinzip beruht Externalisierung nicht nur auf Ungleichheit, sondern sie ist zugleich ein Mechanismus, der Ungleichheit erzeugt und Gleichheitsbestrebungen entgegenwirkt.

So sollen im Zuge der Gleichstellung Frauen an die Spitze und in Führungspositionen kommen. Da die Ungleichstellung von Pflege- und Sorgearbeiten jedoch bestehen bleibt, bilden sich globale Sorgeketten, und die von den ›Spitzenfrauen‹ wie auch von vielen erwerbstätigen ›Mittelschichtsfrauen‹ vormals verrichteten Tätigkeiten werden von Menschen – oft Frauen – aus Osteuropa oder aus dem Globalen Süden übernommen. Im Schatten der Höherbewertung weiblicher Tätigkeiten stehen somit gering bewertete migrantische Tätigkeiten wie auch nicht bewertete Sorgeleistungen. Denn wer sorgt für den alten Vater und für die Kinder, die die migrierte Pflegeperson in ihrer Heimat zurückgelassen hat?

Hier wird erstens deutlich, dass kapitalistische In-Wert-Setzung Externalisierung braucht, und zweitens zeigt sich, dass ein zentrales Merkmal von Externalisierung die Verschattung bis hin zum unsichtbar Machen ist.

Unsichtbar

Dies hat in herrschaftskritischer Perspektive damit zu tun, dass sich Herrschaft, auch und besonders als Regierungsherrschaft, legitimieren muss. Dieses Legitimitätsgebot entfällt jedoch, wenn da nichts (Sichtbares) ist. Auf das im Schatten Liegende, auf das unsichtbar Gemachte, muss ebenso wenig sich legitimierende Rücksicht genommen werden wie auf das Abgespaltene, das zum Anderen von Gesellschaft Gemachte. Zu diesem Anderen gehört Natur.

Unsere obigen Darlegungen haben gezeigt, dass sich der Externalisierungsbegriff anfänglich auf Kosten bezog und auf die damit einhergehenden Zerstörungen ökologischer und sozialer Regenerationsfähigkeiten hinwies. Doch ähnlich wie bei den Sorgearbeiten zeigt sich auch hier, dass Internalisierung nur um den Preis erneuter und weiterer Externalisierung gelingen kann.

So hat die internationale Initiative *The Economics of Ecosystems and Biodiversity* (TEEB, von 2007 bis 2010, vgl. auch Naturkapital Deutschland – TEEB DE 2018) die herausragende Bedeutung von ›Ökosystemleistungen‹ (auch ›Ökosystem*dienst*leistungen‹ genannt) hervorgehoben und daran gearbeitet, Natur als ›Naturkapital‹ bewertbar zu machen. Es ist aber nicht die ganze Natur, die nun kapitalisiert und bewertet wird, sondern es sind nur jene Teile von Natur, die in das kapitalistische Verwertungssystem integrierbar sind. Die Mücke oder gar das Federgeistchen gehören nicht dazu. So entsteht am Rande der neu bewerteten Natur ein diffuses und womöglich noch diffuser werdendes, externalisiertes, unsichtbares Draußen.

Schluss

Um der Externalisierung als Prinzip zu entkommen, reichen *Internalisierungsstrategien* nicht aus, weil der Mechanismus bestehen bleibt und das neu Internalisierte stets neue Externalisierungen hervorbringt. Daher geht es darum, die Gesellschaft derart zu transformieren, dass sie *Externalisierung* nicht mehr braucht. Das aber heißt auch, dass es der → Herrschaft an den Kragen gehen muss, denn das Urprinzip von Herrschaft liegt gerade in der identifizierenden Spaltung: zwischen dem, was drinnen ist und dem, was draußen ist, dem, was dazu gehört und beispielsweise politisch und ökonomisch ist und dem, was nicht dazu gehört. Für den Anfang könnten ein Externalisierungsverbot und das Nachdenken darüber hilfreich sein, wie denn eine Gesellschaft aussehen würde, in der Externalisierung verboten wäre?

Literatur

Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2004): Wertlos? Zur Ausgrenzung natürlicher Produktivität und weiblicher Arbeit bei John Locke und Adam Smith, Bremer Diskussionspapiere Nr. 58, Bremen: Universität Bremen.

Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2014): Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen, Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften Nr. 02/2014, Jena: Friedrich-Schiller-Universität.

Kapp, K. William (1950): The Social Costs of Private Enterprise, Cambridge: Harvard University Press.

Leipert, Christian (1991): Die heimlichen Kosten des Fortschritts. Wie Umweltzerstörung das Wirtschaftswachstum fördert, Frankfurt a.M.: Fischer.

Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin: Hanser.

Mayntz, Renate (2009): Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung, Frankfurt a.M./New York: Campus.

Naturkapital Deutschland – TEEB DE (2018): »Ökosystemleistungen: Was die Natur uns gibt«, https://www.ufz.de/teebde/ (Zugriff: 16.07.2020).

Pateman, Carole (1988): The Sexual Contract, Cambridge: Polity Press.

Pigou, Arthur C. (1962 [1920]): The Economics of Welfare, 4. Aufl., London: Macmillan.

Steffen, Will/Richardson, Katherine/Rockström, Johan/Cornell, Sarah E./Fetzer, Ingo/Bennett, Elena M./Biggs, Reinette/Carpenter, Stephen R./de Vries, Wim/de Wit, Cynthia A./Folke, Carl/Gerten, Dieter/Heinke, Jens/Mace, Georgina M./Persson, Linn M./Ramanathan, Veerabhadran/Reyers, Belinda/Sörlin, Sverker (2015): »Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet«, http://science.sciencemag.org/content/347/6223/1259855.full (Zugriff: 16.07.2020).

Gerechtigkeit

Daniela Gottschlich

> »Für mich war die Politische Ökologie [...] eine völlig neue Art, Umweltprobleme zu betrachten [...] und zu verstehen, dass Umweltprobleme ihrem Wesen nach Verteilungsprobleme und Probleme politischer und wirtschaftlicher Macht sind. Bei Umweltveränderungen gibt es immer Gewinner*innen und Verlierer*innen, und die Frage ist, wer die Macht hat, von Umweltveränderungen zu profitieren, und wer die Macht hat, die Kosten der Umweltveränderung auf andere abzuwälzen« (Kallis 2014: o.S.; eigene Übersetzung).

Zweifelsfrei gehört Gerechtigkeit[1] – neben → Natur, → Herrschaft, Macht und → Konflikt – zu den zentralen Schlüsselbegriffen der Politischen Ökologie. Bilden doch ökologische Krisen und ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse, die durch soziale Kämpfe zu verändern versucht werden, den Ausgangspunkt politisch-ökologischer Analysen. In Einführungsseminaren zur Politischen Ökologie fange ich häufig mit einer kurzen Videosequenz an, aus der das vorangestellte Zitat von Gorgios Kallis stammt. Mir gefällt die Eindrücklichkeit, mit der Kallis sein Aha-Erlebnis schildert, dass Umweltprobleme immer auch mit Gerechtigkeitsfragen verbunden sind. Die Perspektive der Politischen Ökologie macht deutlich, dass es keine → sozial-ökologische Transformation geben kann, solange nicht Ursachen und Folgen von Ungerechtigkeit in ihren diversen Formen verstanden, benannt und bearbeitet werden. Für Wissenschaft mit transformativem Anspruch eröffnen sich damit zahlreiche Untersuchungspotenziale: Denn nicht nur der Zugang zu Umweltgütern und die Last von Umweltrisiken sind ungerecht verteilt. Umweltveränderungen wie die Erderwärmung tragen auch dazu bei, neue Ungerechtigkeiten zu produzieren und sie verschärfen vielerorts bereits bestehende Ungerechtigkeiten (Ituen/Hey 2021: 10f.). Wie verheerend es ist, wenn im Umgang mit Umweltrisiken die unterschiedliche Schutzbedürftigkeit von verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht in der Planung etwa von Evakuierungen berücksichtigt wird, zeigte sich z.B. beim Hochwasser im Juli 2021 als in einem Wohnheim in Sinzig zwölf von 36 Bewohner*innen mit körperlicher und geistiger Behinderung in der Ahr ertranken (Seggern 2021: o.S.).

→ De- und postkoloniale politisch-ökologische Arbeiten zeigen, dass durch den europäischen Kolonialismus und Neokolonialismus sowohl auf der diskursiv-symbolischen als auch auf der materiellen Ebene Strukturen geschaffen wurden, die bis heute *globale soziale, umweltbezogene* und *ökologische Ungerechtigkeiten* aufrechterhalten. »In diesem System tragen die Menschen und Länder des Globalen Südens eine unverhältnismäßi-

1 Ich danke Leonie Bellina für vielfältige Impulse in Gesprächen über Gerechtigkeit.

ge Last an Umweltrisiken im Vergleich zur Verantwortung für selbige« (Hey/Anderson 2022: o.S.; vgl. auch Nakate 2022). Wichtige → Akteure im Feld der Politischen Ökologie – wie beispielsweise die Bewegung für → Klimagerechtigkeit – tragen daher den Begriff der Gerechtigkeit im Namen und geben damit vor, dass sich klimapolitische Maßnahmen daran messen lassen müssen, ob sie gerecht oder ungerecht sind.

Gerechtigkeit ist also zunächst ein Bewertungsmaßstab, den wir unter anderem auf Normen, Handlungen, Zustände und Institutionen beziehen können (Ehemann 2020: 40f. in Anlehnung an Mittelstraß 2008: 97). Doch der Bewertungsmaßstab, was wir in einer bestimmten Situation als gerecht oder ungerecht erachten, unterliegt selbst dem Wandel: Gerechtigkeit hat eine zeitliche Dimension. Als Zustand ist sie nicht von Dauer, sie lässt sich auch nicht ein für alle Mal herstellen, sondern nur für konkrete Zeitpunkte erreichen (Schmücker/Siep 2020: 7).

Gerechtigkeit kann innerhalb eines bestehenden Rahmens hergestellt werden, sie kann diesen aber auch selbst herausfordern und zum Gegenstand der Veränderung machen. Nancy Fraser (2001) hat dafür die Begriffe der *affirmativen* und *transformativen Gerechtigkeit* geprägt. Affirmative Maßnahmen sind nach Fraser jene Maßnahmen, »die darauf abstellen, ungerechte Folgewirkungen gesellschaftlicher Verhältnisse auszugleichen, ohne den zugrunde liegenden Rahmen anzutasten, der diese hervorbringt« (ebd.: 47). Transformative Maßnahmen hingegen versteht Fraser als »Mittel, die beabsichtigen, ungerechte Folgewirkungen zu beheben, indem man gerade die zugrundeliegenden Voraussetzungen dieser Verhältnisse neu strukturiert« (ebd.).

Schon diese kurze Einführung verdeutlicht: Wir haben es bei Gerechtigkeit mit einem philosophischen Großbegriff zu tun, der sich in eine Pluralität von Gerechtigkeitstypen und -konzeptionen auffächert, die in eigenen Handbüchern (z.B. Goppel et al. 2016; Sabbagh/Schmitt 2016; Brooks 2020) systematisiert wird. Diese Pluralität von Gerechtigkeitskonzeptionen und Anwendungsfragen prägt auch das Feld der Politischen Ökologie. Forderungen nach globaler sozialer und ökologischer Gerechtigkeit, nach ausgleichender und wiedergutmachender Gerechtigkeit finden sich daher in diesem Handbuch genauso wieder wie die Kämpfe für Gerechtigkeit in den verschiedensten Themenfeldern, die sich vielfach als Kämpfe um *Umweltgerechtigkeit*[2] (→ Environmental Justice) fassen lassen können. Environmental Justice als einem zentralen Element von Politische Ökologie wurde ein eigenes Kapitel gewidmet. Bereits das Gerechtigkeitsverständnis des Umweltgerechtigkeitskonzepts ist plural und in den letzten Jahrzehnten breiter geworden – insbesondere durch die Bezüge zu feministisch geprägten Ansätzen (vor allem von Nancy Fraser und Iris Marion Young). Gerechtigkeit erfordert neben materieller Verteilungsgerechtigkeit (*distributive justice*), sowohl die prozessuale Einbindung (*procedural justice*) als auch Anerkennung der besonderen Lage von Minderheiten (*justice as recognition*) (Schlosberg 2009: 11ff.). Wesentlich aus Umweltgerechtigkeitsperspektive ist in Anlehnung an Fraser nicht, das beste Modell für eine gerechte Verteilung zu entwerfen, sondern zu klären, wie es zu der ungerechten Fehlverteilung gekommen ist und auf welche Weise dabei ökonomische Benachteiligung, mangelnde Anerkennung von Differenz sowie fehlende Einbeziehung der Betroffenen miteinander verwoben sind (ebd.: 15f.).

2 In der deutschen Übersetzung von Environmental Justice herrscht keine Einigkeit. Es scheint sich zunehmend der Begriff der *Umweltgerechtigkeit* durchzusetzen, den ich im Text synonym verwende. Er ist zu unterscheiden vom Begriff der *Ökologischen Gerechtigkeit* als Übersetzung von Ecological Justice.

Neueste Arbeiten zu Wasserstoffgerechtigkeit (Müller et al. im Erscheinen) erweitern aus de- und postkolonialer Perspektive die drei Gerechtigkeitsdimensionen auf insgesamt sechs und ergänzen Verfahrens-, Verteilungs-, Anerkennungsgerechtigkeit um *Wiederherstellungsgerechtigkeit* (*restorative justice*) sowie *epistemische* und *relationale Gerechtigkeit*.

Zudem sind in den letzten Jahren im Kontext der Politischen Ökologie einige wissenschaftliche Arbeiten im Bereich Klimagerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit (z.B. Winterfeld 2008), Smart City-Kritik und städtische soziale Gerechtigkeit Recht auf Stadt (Rosol et al. 2018) sowie zu → Energiegerechtigkeit (Amri-Henkel 2021) entstanden, die sich von Frasers Unterscheidung zwischen *affirmativer* und *transformativer Gerechtigkeit* haben inspirieren lassen. Auch und gerade in der aktivistischen Praxis wird mit dem Konzept der transformativen Gerechtigkeit gearbeitet und das Konzept wird weiterentwickelt – etwa vom TJ-Kollektiv, dem Transformative Gerechtigkeits-Praktizierenden-Netzwerk[3].

Anliegen der Politischen Ökologie ist es darüber hinaus, Gerechtigkeit auch auf ›Natur‹, auf die → mehr-als-menschlichen-Welten zu beziehen. Auf diese in den letzten Jahren erstarkende Debatte um *Ökologische Gerechtigkeit* lege ich im Folgenden den Schwerpunkt. Sie bietet die Möglichkeit, die Grenzen des anthropozentrischen Ansatzes von (Umwelt-)Gerechtigkeit in den Blick zu nehmen. Dabei spielt die Anerkennung Indigener Ontologien und ihre Ablehnung des Kultur-Natur-Dualismus eine wichtige Rolle – auch für die Ausgestaltung einer sich als relational verstehenden Politischen Ökologie.

Ökologische Gerechtigkeit (Ecological Justice)

Die imperiale Lebensweise verursacht Zerstörungen existenziellen Ausmaßes auch für die mehr-als-menschlichen Welten: Sie setzt inzwischen so viele synthetische Substanzen frei, dass dies die Stabilität des Erdsystems insgesamt gefährdet. Neben verschiedenen Chemikalien bedroht insbesondere die immense Plastikverschmutzung vor allem marine Ökosysteme. Praktiken der industriellen Landwirtschaft wie Monokulturen, Pestizid- und Kunstdüngereinsatz reduzieren → Artenvielfalt und Bodenfruchtbarkeit. Die Folgen der Klimaerwärmung treffen neben Menschen auch Tiere, Pflanzen und ganze Ökosysteme: Gletscher überall auf der Welt verschwinden, Riffe, die Inseln geschützt haben, zerbröseln, Wüsten breiten sich aus. Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht.

Angesichts dieser ökologischen Zerstörungen und des Leids, das die derzeitige Produktions- und Lebensweise verursacht, wird unter dem Stichwort ›Ökologische Gerechtigkeit‹ (*Ecological Justice*) von einigen Aktivist*innen, Politiker*innen und Wissenschaftler*innen seit Jahren dafür plädiert, Tiere und Pflanzen als Subjekte von Gerechtigkeit anzuerkennen und diesen bisher »vergessenen ›Anderen‹ der Gesellschaft« (Gutjahr/Sebastian 2013) auch eine eigene Rechtsposition zuzusprechen. Doch die Idee, Tiere und Pflanzen als Subjekte und Akteure in die Gerechtigkeitsgemeinschaft einzuschließen, der bisher nur Menschen angehörten, ist genauso umstritten wie die Zuerkennung konkreter autonomer Rechte. Insbesondere in jenen Teilen der Welt, deren Naturverständnis und Philosophie zum einen vom Kultur-Natur-Dualismus der Mo-

3 https://www.transformativejustice.eu/de/

derne und zum anderen von der alttestamentarischen Vorstellung, die den Menschen zum Herrscher über Tiere und Pflanzen bestimmt, geprägt wurden, ist die Idee, dass natürlichen Entitäten ein ethischer (Subjekt)Status zukommen könnte, wenig verbreitet.

→ Widerstand, Gegenhegemonie und Alternativen sind in den letzten Jahren erwachsen aus der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung, aus der Indigenen Kosmologie und Konzepten wie dem *Buen Vivir*, aus politischen und juristischen Initiativen für autonome Rechte der Natur sowie aus wissenschaftlichen Forschungsrichtungen wie den Multispezies-Studien, den *Human-Animal-Studies*, den *Critical Plant Studies* und der feministischen sowie posthumanen kritischen Theorie, die allesamt die Perspektive der Politischen Ökologie ausdifferenzieren und anreichern. Sie alle eint sowohl die Kritik am anthropozentrischen Weltverständnis, in der nicht-menschliche Naturwesen selbstverständlich und herrschaftlich dem Menschen untergeordnet werden, als auch das Plädoyer, die wechselseitige Verbundenheit von Mensch und Natur anzuerkennen und damit Abstand zu nehmen von der Vorstellung eines Subjekts Mensch als frei, autonom und unabhängig, demgegenüber alles andere an »Mitwelt« (Meyer-Abicht 1990) objektiviert wird.

Kritik an den herrschenden Mensch-Tier-Verhältnissen

> »Tiere nicht zu quälen und zu töten, obwohl wir es können, […] ist […] auch eine Sache der Gerechtigkeit. Die Ausbeutung der Tiere steht in einem größeren Kontext – unsere heutige Gesellschaft ist auch für uns Menschen zutiefst ungerecht« (Schmitz, zit.n. Krex 2017: o.S.).

Besonders die *Human-Animal-Studies* haben die vielfältigen ambivalenten Mensch-Tier-Beziehungen beleuchtet und die Verhältnisse, in denen eine Vielzahl nicht-menschlicher Tiere lebt, als Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse analysiert (vgl. stellvertretend Chimaira Arbeitskreis 2011). In Anlehnung an andere Bezeichnungen von Diskriminierungsformen wie Sexismus oder Rassismus prägte Richard Ryder 1970 dafür den Begriff »Speziesismus«[4]. Die Funktion des Speziesismus liegt unter anderem darin, »sich nicht durch den Gedanken an die Leiden der Tiere hindern zu lassen bei deren *Ausbeutung*« (Schwantje 1976, zit.n. Caffo et al. 2015: 321, Herv. im Original). Die antispeziesistische Kritik richtet sich gegen die Verdinglichung, → Kommodifizierung und Kommerzialisierung von Tieren: Die kapitalistische Verwertungslogik, die die jetzige Massentierhaltung prägt, reduziert Tiere auf ›Wirtschaftsgüter‹ und weist ihnen den Status einer ›Sache‹ zu. Statt als lebendige Organismen werden sie als namenlose Objekte behandelt, ihre Haltung wird gemanagt wie eine Fabrik mit hochmechanisierten, automatisierten Abläufen. Jede Perspektive auf Individualität und der Anerkennung von autonomen Rechten wird im Keim erstickt. So wird es leichter, den Wert der nicht-menschlichen Tiere an Leistungs- und Nützlichkeitsparametern fest zu machen (Petrus 2015; Gottschlich/Katz 2018). Doch insgesamt betreiben wir als Gesellschaft einen hohen Aufwand, um die Gewaltausübung an Tieren zu verbergen: Ihr Leben und Sterben in Tierfabriken, Mastanlagen und Schlachthöfen findet nicht öffentlich statt. Wir verschleiern den dest-

4 Ryder verwendete den Begriff »Speziesismus« erstmals in einem privat gedruckten Flugblatt, das er 1970 in Oxford aus Protest gegen Tierversuche verteilte (vgl. dazu Ryder 2010).

ruktiven Umgang mit ihnen mittels Sprache – sprechen von ›Nutztieren‹[5], deren Tötung im Gegensatz zu ›Haustieren‹ als nicht verwerflich gilt, von ›Schlachtreife‹, als ob diese einen geeigneten Todeszeitpunkt als naturgegebene Eigenschaft bestimmter Tiere umfasst, dabei handelt es sich um eine rein ökonomische Setzung, wann die Tötung am rentabelsten für den Menschen erscheint (Gall 2020). Und wir sind aktiv damit befasst, unsere Verbundenheit unsichtbar und unerfahrbar zu machen, um Mitleid, Wut und Verzweiflung über das Leid der Tiere, denen ein würdevolles Leben vorenthalten wird, fernzuhalten und abzuspalten (vgl. stellvertretend Sezgin 2016).

Der Fähigkeitenansatz – Gerechtigkeit auch für nicht-menschliche Tiere

Ein gutes, ein würdevolles Leben sollen auch nicht-menschliche Tiere führen können. Diese Position vertritt unter anderem die Philosophin Martha Nussbaum, die ihren Fähigkeitenansatz, auf den sich auch Environmental Justice- und → Feminist Political Ecology-Vertreter*innen beziehen, auf Tiere erweitert hat (Nussbaum 2010). Nussbaum schlägt vor, »daß jeder → Staat Tiere im Rahmen seiner Verfassung oder eines entsprechenden Grundsatzdokuments als Subjekte der Gerechtigkeit anerkennt und sich dazu verpflichtet, sie als Wesen mit Anspruch auf ein würdevolles Leben zu behandeln« (ebd.: 539).

Mit diesem Vorschlag bricht der Fähigkeitenansatz sowohl mit dem Gerechtigkeitsverständnis der klassischen Vertragstheorien als auch dem des Utilitarismus, der Tieren Rechte zugesteht, weil sie Leid verspüren (vgl. auch Schmetkamp 2015: 101). In der kantianisch geprägten Vertragstheorie sind Tiere keine Wesen mit Anspruch auf eine Existenz in Würde. Denn die Würde wird nach Kant begründet über die Fähigkeit zur Vernunft und zum moralischen Urteil (Kant, zit.n. und kritisiert von Nussbaum 2010: 446f.). »Wesen ohne diese die Würde begründenden Eigenschaften sind somit […] aus der ethischen Gemeinschaft ausgeschlossen« (Nussbaum 2010: 447). Mit anderen Worten: Menschen haben nach Kant keine Gerechtigkeitspflichten gegenüber Tieren. Auch John Rawls, aktuell einflussreichster Vertreter eines egalitären Liberalismus, bezieht Tiere (und Pflanzen) nicht in seine Gerechtigkeitstheorie ein. Die Vertragstheorie ließe sich nicht auf sie »ausdehnen« (Rawls 1975 [1971]: 556). Allerdings führen für ihn »[d]ie Fähigkeit der Tiere zu Lust und Schmerz […] eindeutig zur Pflicht des Mitleids und der Menschlichkeit ihnen gegenüber« (ebd.). Nussbaum kritisiert in ihrer Auseinandersetzung mit Kant und Rawls, dass es beiden Theorien an einem Verständnis »für das Tier als Akteur und als Subjekt, als Wesen, dem etwas zusteht und das selbst ein Zweck ist« (Nussbaum 2010: 458), fehle. Mitleid mit ihnen reiche nicht aus und bleibe »zu unbestimmt, um unseren Intuitionen darüber, was am Umgang mit Tieren falsch ist, zur Gänze Rechnung zu tragen« (ebd.: 459). Tiere hätten jedoch einen Anspruch darauf, ein Recht, nicht misshandelt zu werden. Nussbaum begreift

> »Gerechtigkeit nicht als einen reziproken Vertrag zwischen vernünftigen und […] autonomen Gleichen, sondern als konkret-rücksichtsvolle Kooperation zwischen und für Wesen mit artspezifischen subjektorientierten Ansprüchen […]. Tiere auf Vernunftlo-

5 »Der menschliche Nutzen erscheint hier als zentrale Wesenseigenschaft der Tiere und blendet ihren tierlichen Eigenwert aus« – so Philipp von Gall (2020: 80).

> sigkeit und Empfindungen zu reduzieren ist nach Nussbaum falsch: Tiere haben eine bestimmte Form der Vernunft, eine Fähigkeit des praktischen Nachdenkens und neben Empfindungen benötigen sie etwa Geselligkeit und Spiel« (Schmetkamp 2015: 100f.).

Zwischen der Spezies Mensch und der Spezies Tier verläuft für Nussbaum moraltheoretisch damit keine scharfe Grenze. Die Ansprüche für ein gutes Leben in Würde fallen jedoch artspezifisch unterschiedlich aus (ebd.). Zu einem guten Leben für nicht-menschliche Subjekte gehört auch, sie als Rechtspersönlichkeiten anzuerkennen – mit eigenen Rechten, die vor Gericht geltend gemacht werden können.

Eigenrechte für Natur

Die Geschichte der Anerkennung von ›eigenen‹ (›autonomen‹ oder ›subjektiven‹) Rechten der Natur auf Existenz, Unversehrtheit und Reproduktion ist eine Geschichte eines bemerkenswerten Wandels von einem durch anthropozentrische Umweltethik geprägten Recht, das nur für menschliche Individuen gilt, hin zu einem Recht, dem eine nicht-anthropozentrischen Ethik zugrunde liegt.

Als Christopher D. Stone 1972 die Frage stellte, »Sollten Bäume Rechtsansprüche haben?«, wurde Natur in den westlichen Gesellschaften allenfalls als Objekt des Umweltschutzes verstanden. Umweltgesetze zielten eher auf Schadensbegrenzung denn auf Schadensvermeidung (Kersten 2020). Doch seit den 1970er Jahren hat sich das Konzept der eigenen Rechte für Natur stark verbreitet. Die Dynamik dieser Entwicklung ist nicht zuletzt auf Verfassungsänderungen in Staaten Lateinamerikas zurückzuführen, die Indigene Konzepte integrierten. Doch auch in anderen Staaten entwickelten sich parallel Ansätze zu Eigenrechten von Natur (Kauffmann/Martin 2018; Tanasescu 2022). In mehr als 20 Rechtsordnungen weltweit wird Natur mittlerweile als eigenständiges Rechtssubjekt anerkannt – teilweise auf lokaler, teilweise regionaler oder nationaler Ebene (u.a. Fitz-Henry 2018; O'Donnell/Macpherson 2018). Personen oder Organisationen können vor dem Gericht die Rechte von Natur stellvertretend geltend machen. Auch die Vereinten Nationen haben mehrere Resolutionen verabschiedet, in denen sie die Eigenrechte der Natur anerkennen und auf ihre Bedeutung für die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele hinweisen. Neben die ökologischen Rechte als Menschenrechte der dritten Generation für heutige und zukünftig lebende Menschen, die im Verlauf des politisch-institutionellen Diskurses im Völkerrecht an Bedeutung gewonnen haben, sind nun die Rechte der Natur getreten (Gottschlich 2017: 511).

Beispielsweise besitzt der Wald des kolumbianischen Amazonasgebiet seit 2018 eigene Rechte. Das Oberste Verfassungsgericht Kolumbiens erkannte den Regenwald als ein lebenswichtiges Ökosystem an, dessen Erhalt für die Zukunft des gesamten Planeten existenziell ist, und reagierte damit auf eine Klage von 25 Kindern und Jugendlichen im Alter von sieben bis 26 Jahren, die durch die Abholzung des Waldes ihre Zukunft bedroht sahen (Prinz 2021: 25).

Entscheidenden Einfluss auf die Praxis der ökologischen Gerechtigkeit und die Debatte um Eigenrechte von Natur hatte vor allem die Verabschiedung der ecuadorianischen Verfassung von 2008. Ecuador erklärt in Art. 71 »Natur oder Pachamama« zum Rechtssubjekt:

»Die Natur oder Pachamama, in der sich alles Leben reproduziert und realisiert, hat ein Recht darauf, dass ihre Existenz sowie die Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Entwicklungsprozesse vollständig respektiert werden« (República del Ecuador 2008, eigene Übersetzung).

Im Anschluss wird in der Verfassung festgelegt, dass »jede Person, jede Gemeinschaft [...] von der zuständigen öffentlichen Autorität die Einhaltung der Rechte der Natur verlangen kann« (ebd.). Indigene Gemeinschaften berufen sich seitdem immer wieder in Ressourcenkonflikten auf die Eigenrechte der Naturrechte und versuchen, sich dem → Neo-Extraktivismus entgegenzustellen (z.B. Weydt 2022).

Umkämpftes Gutes Leben und relationale Gerechtigkeit

Die Praxis der Durchsetzung der Rechte von Natur verläuft nicht ohne Paradoxien. So klagen nicht nur Indigene Gemeinschaften im Namen von Natur und für den Erhalt der Ökosysteme, von denen sie abhängig sind, sondern auch staatliche Institutionen und große Minen-Unternehmen versuchen, das ›Gute Leben‹ für ihre Extraktionsvorhaben in Anschlag zu bringen. In Rechtsstreitigkeiten um Rohstoffabbau kommt es vor, dass sich beide Seiten gleichermaßen auf die Eigenrechte von Natur berufen. In Positionen, die die Rechte der Natur zur Förderung des Mega-Bergbaus heranziehen, zeigen sich die neoliberalen Machtverhältnisse, in deren Kontext um die Durchsetzung sozialer und ökologischer Rechte gerungen wird (Valladares/Boelens 2019).

Kämpfe gegen riesige Bergbauprojekte oder Flußbegradigungen machen jedoch zugleich das Werte- und Wirtschaftsverständnis, das der Auseinandersetzung über die Rechte der Natur zugrunde liegt, sichtbar und eröffnen so Räume für grundsätzliche gesellschaftspolitische Debatten um die Mensch/Gesellschaft-Natur-Beziehung und ihre Gestaltung. »Im Grundsatz geht es weniger um Juristisches [...] als darum, den Schutz der Tiere [und der Pflanzen, D.G.] von den Zwängen einer Instrumentalisierung zu befreien« (Schröter/Bosselmann 2018: 201). Mit anderen Worten: Woraus rechtfertigt es sich, Natur »immer nur soweit zu schützen, dass sie den gerade vorherrschenden Nutzungs- und Wirtschaftsinteressen nicht [entgegensteht]?« (ebd.).

Eine zweite Paradoxie kann darin gesehen werden, dass durch die Integration des Indigenen Konzepts der *Pachamama*, in dem die Welt gerade »nicht vom Subjekt, sondern von den vielfältigen Beziehungen her gedacht« (Gutmann 2019: 614) wird, die Anerkennung subjektiver Rechte (nun für Natur) gestärkt wird. Zugleich ermöglicht so die Debatte um die Eigenrechte von Natur aber auch eine Kritik an der Fixierung auf subjektive Rechte und eröffnet die Möglichkeit über ein »relationales Modell der Rechte« (ebd.: 616) nachzudenken.

Das andine Denken in Beziehungen, das Verständnis der Welt als lebendigem Netz, resoniert mit Positionen relationaler Gerechtigkeit, die in der Feministischen Politischen Ökologie vertreten werden. Das Erkennen von aufeinander Angewiesensein und Verletzlichkeit der menschlichen und nicht-menschlichen Subjekte wird als zentral für eine zukunftsfähige Umgestaltung der Mensch/Gesellschaft-Natur-Verhältnisse angesehen (z.B. Gottschlich/Katz 2018). Beziehungs- bzw. relationale Gerechtigkeit fragt z.B. danach, wie sich eine ressourcenintensive Produktion auf die Beziehungen zwi-

schen Mensch und Natur auswirkt (vgl. auch Müller im Erscheinen). Damit steht nicht jede menschliche Naturnutzung im Konflikt mit den Rechten von Natur. Menschen gestalten die nicht-menschliche Natur durch ihr Tätigsein. Im Konzept der Pachamama wird diese explizit »nicht als unberührte Natur« verstanden, sondern sie wird gerade auch durch menschliche Nutzung geformt, »die freilich wiederum die Integrität der Umwelt achten muss [...]. Konsequenterweise fordern die Art. 71 ff. CRE daher den Erhalt der Ökosysteme und untersagen nicht jede Nutzung« (Gutmann 2019: 615). Das Konzept der Eigenrechte von Natur rückt damit die umkämpfte Frage nach der konkreten Ausgestaltung der Naturnutzung ins Zentrum.

Fazit

Im Feld der Politischen Ökologie ist Gerechtigkeit nicht nur ein Maßstab zur Kritik an den bestehenden ungerechten Verhältnissen, sondern auch eine Praxis zu ihrer Veränderung. Die Kämpfe um Gerechtigkeit finden in spezifischen kulturellen und politischen Kontexten statt, in denen sich Menschen mit bestehenden Normen, Vorstellungen oder auch konkreten Gesetzen auseinandersetzen – einschließlich jener, die sich auf nicht-menschliche Wesen und Ökosysteme beziehen. Diese Kontexte für ›*doing justice*‹, das hat auch Leonie Bellina in ihrem Beitrag zu Environmental Justice deutlich gemacht, sind dabei nicht neutral oder universell, sondern selbst historisch gewachsen.

Soziale, umweltbezogene und ökologische Gerechtigkeitsanliegen zusammenzudenken und ungerechte Verhältnisse sowohl für Menschen als auch für die mehr-als-menschlichen-Welten zu transformieren, bleibt Kernanliegen und zentrale Aufgabe der Politischen Ökologie in Theorie und Praxis.

Literatur

Amri-Henkel, Andrea (2021): Die Energiewende im Bundestag: ein politisches Transformationsprojekt? Eine Diskursanalyse aus feministischer und sozial-ökologischer Perspektive, Bielefeld: transcript.

Brooks, Thom (Hg.) (2020): The Oxford handbook of global justice, Oxford: Oxford University Press.

Caffo, Leonardo/Horta, Osca/Ruder, Matthias (2015): »Speziesismus«, in: Arianna Ferrari/Klaus Petrus (Hg.): Lexikon der Mensch-Tier-Beziehungen, Bielefeld: transcript, S. 318-323.

Chimaira – Arbeitskreis für Human-Animal Studies (Hg.) (2011): Human-Animal Studies. Über die gesellschaftliche Natur von Mensch-Tier-Verhältnissen, Bielefeld: transcript.

Ehemann, Eva-Maria Isabell (2020): Umweltgerechtigkeit. Ein Leitkonzept sozio-ökologischer gerechter Entscheidungsfindung, Tübingen: Mohr Siebeck.

Fitz-Henry, Erin (2018): »Challenging Corporate ›Personhood‹: Energy Companies and the ›Rights‹ of Non-Humans«, in: PoLAR: Political and Legal Anthropology Review, 41. Jg., Nr. 1, S. 85-102.

Fraser, Nancy (2001): Die halbierte Gerechtigkeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Gall, Philipp von (2020): Tiere nutzen – ein kritisches Wörterbuch, Frankfurt a.M.: Animals' Angels.

Goppel, Anna/Mieth, Corinna/Neuhäuser, Christian (Hg.) (2016): Handbuch Gerechtigkeit, Stuttgart: J.B. Metzler.
Gottschlich, Daniela (2017): Kommende Nachhaltigkeit. Bausteine für ein kritisch-emanzipatorisches Konzept nachhaltiger Entwicklung aus diskurstheoretischer, feministischer Perspektive, Baden-Baden: Nomos.
Gottschlich, Daniela/Katz, Christine (2018): »Caring with Nature/s. Care als Transformationspraxis für die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse«, in: Waltraud Waidelich/Margit Baumgarten (Hg.): Um-Care zum Leben. Ökonomische, theologische, ethische und ökologische Aspekte von Sorgearbeit, Hamburg: VSA, S. 83-105.
Gudynas, Eduardo (2009): »Politische Ökologie: Natur in den Verfassungen von Boliven und Ecador«, in: juridikum, Nr. 4, S. 214-218.
Gutjahr, Julia/Sebastian, Marcel (2013): »Die vergessenen ›Anderen‹ der Gesellschaft. Zur (Nicht-)Anwesenheit der Mensch-Tier-Beziehung in der Soziologie«, in: Birgit Pfau-Effinger/Sonja Buschka (Hg.): Gesellschaft und Tiere. Soziologische Analyse zu einem ambivalenten Verhältnis, Wiesbaden: Springer VS, S. 57-72.
Gutmann, Andreas (2019): »Pachamama als Rechtssubjekt? Rechte der Natur und indigenes Denken in Ecuador«, in: ZUR, 11. Jg., S. 611-617.
Hey, Lisa Tatu/Anderson, Sheena (2022): »Eine anhaltende Ungerechtigkeit«, https://www.boell.de/de/2022/06/02/eine-anhaltende-ungerechtigkeit (Zugriff: 14.09.2022).
IPPC – International Panel on Climate Change (2014): »Summary for Policymakers«, in: Dies.: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge/New York: Cambridge University Press, S. 1-32.
Ituen, Imeh/Hey, Lisa Tatu (2021): »Der Elefant im Raum – Umweltrassismus in Deutschland«, https://www.boell.de/sites/default/files/2021-12/E-Paper%20Der%20Elefant%20im%20Raum%20-%20Umweltrassismus%20in%20Deutschland%20Endf.pdf (Zugriff: 14.09.2022).
Kallis, Giorgos (2014): »What is Political Ecology?«, https://www.youtube.com/watch?v=HLVE69QZt5w (Zugriff: 12.09.2022).
Kauffmann, Craig M./Martin, Pamela L. (2018): »Constructing Rights of Nature Norms in the US, Ecuador, and New Zealand«, http://files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload921.pdf (Zugriff: 15.09.2022).
Kersten, Jens (2020): »Natur als Rechtssubjekt«, in: APuZ, Nr. 11, S. 27-32.
Krex, Aleander (2017): »Veganismus: ›Man darf sich nicht für Grausamkeit entscheiden können‹. Ein Streitgespräch zwischen Sebastian Joy und Friederike Schmitz«, in: ZEIT online, https://www.zeit.de/entdecken/2016-12/veganismus-vegetarische-ernaehrung-lobby-tierrechte-tierhaltung/komplettansicht (Zugriff: 12.09.2022).
Meyer-Abich, Klaus Michael (1990): Aufstand für die Natur. Von der Umwelt zur Mitwelt, München: Carl Hanser.
Mittelstraß, Jürgen (Hg.) (2008): Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie, Stuttgart: J.B. Metzler.
Müller, Franziska/Kalt, Tobias/Tunn, Johanna (im Erscheinen): »Hydrogen Justice«, in: Environmental Research Letters.
Nakate, Vanessa (2022): »Was ist Ihr Vermächtnis, Herr Scholz?«, in: ZEIT online, https://www.zeit.de/2022/28/vanessa-nakate-helmut-schmidt-zukunftspreis-rede (Zugriff: 24.08.2022).

Nussbaum, Martha C. (2010): Die Grenzen der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
O'Donnell, Erin/Macpherson, Elizabeth (2018): »Voice, power and legitimacy: the role of the legal person in river management in New Zealand, Chile and Australia«, in: Australasian Journal of Water Resources, 23. Jg., Nr. 1, S. 35-44.
Petrus, Klaus (2015): »Verdinglichung«, in: Arianna Ferrari/Klaus Petrus (Hg.): Lexikon der Mensch-Tier-Beziehungen, Bielefeld: transcript, S. 408-410.
Prinz, Ulrike (2021): »Die Rechte der Natur«, in: Ronald Grätz/Maike Weißpflug (Hg.): NaturKultur, Göttingen: Steidl, S. 25-30.
Rawls, John (1975 [1971]): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
República del Ecuador (2008): Constitución de la República del Ecuador, Quito.
Rosol, Marit/Blue, Gwendolyn/Fast, Victoria (2018): »›Smart‹, aber ungerecht? Die Smart-City-Kritik mit Nancy Fraser denken«, in: Sybille Bauriedl/Anke Strüver (Hg.): Smart City. Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten, Bielefeld: transcript, S. 87-98.
Ryder, Richard (2010): »Speciesism Again: the original leaflet«, in: Critical Society, Nr. 2, https://web.archive.org/web/20121114004403/http://www.criticalsocietyjournal.org.uk/Archives_files/1.%20Speciesism%20Again.pdf (Zugriff: 11.09.2022).
Sabbagh, Clara/Schmitt, Manfred/ (2016): Handbook of social justice theory and research, Heidelberg: Springer.
Schlosberg, David (2009): Defining Environmental Justice. Theories, Movements, and Nature, Oxford: Oxford University Press.
Schmetkamp, Susanne (2015): »Fähigkeitenansatz«, in: Arianna Ferrari/Klaus Petrus (Hg.): Lexikon der Mensch-Tier-Beziehungen, Bielefeld: transcript, S. 100-102.
Schmücker, Reinold/Siep, Ludwig (2020): »Die zeitliche Dimension der Gerechtigkeit. Zu diesem Buch«, in: Reinhold Schmücker/Ludwig Siep (Hg.): Die zeitliche Dimension der Gerechtigkeit, Paderborn: Mentis, S. 7-10.
Schröter, Michael W./Bosselmann, Klaus (2018): »Die Robbenklage im Lichte der Nachhaltigkeit«, in: Zeitschrift für Umweltrecht, 29. Jg., Nr. 4, S. 195-205.
Seggern, Lena von (2021): »Ertrunkene Menschen mit Behinderung. Wie konnte das passieren?«, in: taz.de, https://taz.de/Ertrunkene-Menschen-mit-Behinderung/!5785903/ (Zugriff: 10.09.2022).
Sezgin, Hilal (2016): »Die Verwandtschaft der Fürsorge – Unsere Verbindung mit nicht-menschlichen Tieren«, in: Elisabeth Conradi/Frans Vosman (Hg.): Praxis der Achtsamkeit. Schlüsselbegriffe der Care-Ethik, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 429-450.
Stone, Christopher D. (1972): »Should Trees Have Standing? – Towards Legal Rights for Natural Objects«, in: Southern California Law Review, 45. Jg, S. 450-501.
Tanasescu, Mihnea (2022): Understanding the Rights of Nature, Bielefeld: transcript.
Valladares, Carolina/Boelens, Rutgerd (2019): »Mining for Mother Earth. Governmentalities, sacred waters and nature's rights in Ecuador«, in: Geoforum, 100. Jg, S. 68-79.
Weydt, Elisabeth (2022): »Im Namen der Natur. Ecuador: Die Rechte der Natur«, https://chrismon.evangelisch.de/artikel/2022/52818/ecuador-die-rechte-der-na tur, (Zugriff: 15.09.2022).
Winterfeld, Uta von (2008): »Was heißt hier Gerechtigkeit?«, in: Ulrike Röhr/Meike Spitzner/Elisabeth Stiefel/Uta von Winterfeld (Hg.): Geschlechtergerechtigkeit als

Basis für nachhaltige Klimapolitik. Feministisches Hintergrundpapier, Bonn: genanet/Forum Umwelt und Entwicklung, S. 4-8.

Hegemonie

Timmo Krüger

Der Begriff der Hegemonie spielt in der Politischen Ökologie eine zunehmend wichtige Rolle, weil er eine vielversprechende Analyseperspektive bietet für die Bearbeitung virulenter Fragen zu (ausbleibenden) sozial-ökologischen Transformationsprozessen: Worauf kann die Stabilität von Macht- und Herrschaftsverhältnissen zurückgeführt werden? Wieso bleibt eine weitreichende sozial-ökologische Transformation bislang aus, obwohl sie angesichts von Klimakrise, rasantem Verlust der Biodiversität und steigender Ungleichheit notwendiger denn je erscheint? Wie ist die Beharrungskraft von Wachstumsgesellschaften – ihre Attraktivität und Normalität trotz sich zuspitzender Probleme und Krisen – zu erklären?

Gramsci und Hegemonie

Der Begriff der Hegemonie geht auf Antonio Gramsci zurück, der als kommunistischer Aktivist vom italienischen faschistischen Regime wegen Hochverrat verurteilt wurde. Bis zu seinem Tod im Jahre 1937 arbeitete er im Gefängnis an einer marxistisch inspirierten Analyse des Scheiterns der Arbeiter*innenbewegung (Gramsci 1971; zur Einführung vgl. Opratko 2012a). In diesen fragmentarisch gebliebenen ›Gefängnishefte‹ untersucht Gramsci, wie kapitalistische Verhältnisse über Krisen und Widerstände hinweg reproduziert werden. Das analytische Erkenntnisinteresse verknüpft er mit der strategischen Frage, wie eine sozialistische Hegemonie erreicht werden könnte. Gramsci entwickelt die These, dass in modern-kapitalistischen Gesellschaften die Machtausübung nicht allein – und in der Regel auch nicht in erster Linie – auf Zwang und Repression basiert, sondern vor allem auf moralisch-ethisch-kultureller Führung (Opratko 2012b: 63). Hegemonie im gramscianischen Sinne zeichnet sich durch eine Kombination aus Konsens und Zwang aus, wobei ein Überwiegen von Letzterem bereits eine Krise der Herrschaftsausübung anzeigt. Gramsci geht von einer Grundkonstellation aus, in der verschiedene Klassen um die Vorherrschaft kämpfen. Die führende Klasse sichert sich laut Gramsci ihre Hegemonie, indem sie einerseits Zugeständnisse an andere Klassen macht und andererseits ihre Partikularinteressen universalisiert, das heißt erfolgreich als Interessen der Allgemeinheit definiert und somit den gesellschaftlichen Konsens prägt (ebd.). Konsens meint im Anschluss an Gramsci somit immer einen aktiv hergestellten Konsens, der das Ergebnis von Kämpfen um Hegemonie ist. Insofern sind in einem Konsens stets bestimmte Partikularin-

teressen privilegiert eingeschrieben und andere wiederum ausgeschlossen (Wullweber 2010: 83).

Hegemonieanalysen im Anschluss an Gramsci gehen davon aus, dass sich soziale Ordnungen durch Kämpfe um Hegemonie entwickeln, in denen bestimmte Deutungs- und Handlungsmuster als gesellschaftlicher Konsens durchgesetzt werden. Alternativen werden marginalisiert und geraten tendenziell in Vergessenheit (ebd.). Durch Prozesse der Entpolitisierung – das heißt der Verstetigung, Normalisierung und Routinisierung – entwickeln sich institutionelle Arrangements, die eine gewisse Festigkeit erlangen (ebd.: 115). Trotz der damit einhergehenden Strukturierung der Gesellschaft, die bestimmte Praktiken und Identitäten privilegiert und andere benachteiligt, ist die Stabilität hegemonialer Ordnungen konstitutiv prekär. Hegemoniale Ordnungen sind stets fragmentiert, hybrid und in sich widersprüchlich. Sie enthalten Risse, die Ansatzpunkte für gegenhegemoniale Praktiken bieten. Durch die Bewusstmachung des grundsätzlich offenen Charakters der sozialen Ordnung können auch Alternativen wieder an Bedeutung gewinnen und verfestigte Deutungs- und Handlungsmuster in den politisierten Bereich der Auseinandersetzungen um Hegemonie zurückgeholt werden. Konkret äußern sich politisierende Prozesse in der Hinterfragung einer vermeintlichen Alternativlosigkeit etablierter Praktiken und Vorstellungen sowie in der Artikulation[1] von möglichen Alternativen.

Der *Alltagsverstand* ist das zentrale Terrain, in dem die Auseinandersetzungen um Hegemonie geführt werden (Opratko 2012a: 44ff.). Auch der Begriff des Alltagsverstandes geht auf Gramsci zurück und umfasst Alltagswissen und -praktiken sowie internalisierte Annahmen, Normen, Werte und Leitbilder. Der Alltagsverstand stellt einen Deutungsrahmen zur Verfügung, durch den die alltägliche Lebenswelt ihren Sinn erhält (Gramsci 1971: 325f., 419). Er bietet alltagspraktische Orientierung, die so wirkt, als resultiere sie »direkt aus der Erfahrung und reflektiere lediglich die Realitäten des täglichen Lebens« (Sutter 2016: 55). In dieser Unmittelbarkeit definiert der Alltagsverstand die Grenzen dessen, was als normal gilt (Sutter 2016: 58). Dabei nehmen der Alltagsverstand und die durch ihn definierte Normalität unterschiedliche gruppenspezifische Formen an (Gramsci 1971: 419; Sutter 2016: 56). Auch wenn der Alltagsverstand auf bestehende Erfahrungen und Traditionen aufbaut, unterliegt er einem permanenten Wandel (Gramsci 1971: 325f.; Sutter 2016: 57). Individuen orientieren sich einerseits am geltenden Alltagsverstand und versuchen, sich zu ›normalisieren‹. Andererseits gibt es stets auch individuelle und kollektive gegenhegemoniale Praktiken, die auf eine (Re-)Politisierung verstetigter Strukturen zielen (Sutter 2016: 58; D'Alisa/Kallis 2020: 6).

Die Prozesse der Ent- und Re-Politisierung werden in vielen hegemonieanalytischen Arbeiten als ein Ringen zwischen verschiedenen Hegemonieprojekten analy-

1 Artikulation hat hier eine zweifache Bedeutung. Erstens verweist der Begriff darauf, dass jede soziale Praxis bedeutungsgenerierend ist, eine Bedeutung ausdrückt (die selbstverständlich unterschiedlich interpretiert werden kann). Zweitens steht Artikulation für eine Verbindung von zwei Elementen, die gelöst werden kann (im Deutschen bezeichnet es im Bereich der Anatomie die Verbindung von zwei Knochenstücken zu einem Gelenk, im Englischen gibt es vielfältigere Verwendungen des Wortes). Der Begriff der Artikulation bezieht sich somit auf den bedeutungsgenerierenden Aspekt, der allen sozialen Praktiken inhärent ist, weil sie kontingente (weder determinierte noch irreversible) Verknüpfungen von Inhalten produzieren (Grossberg 2016: 55; Sutter 2016: 67).

siert. Als Hegemonieprojekte gelten Arrangements bestimmter Forderungen, Praktiken, Identitätsangebote, Deutungsrahmen und Gemeinwohlvorstellungen, die über einen gewissen Zeitraum miteinander verknüpft und wiederholt artikuliert werden (Wullweber 2010: 105f.). Ein Projekt hat dann Hegemonie erreicht, wenn es den gesellschaftlichen Konsens prägt und die in ihm eingeschriebenen Partikularinteressen als Allgemeininteresse der Gesellschaft gelten (ebd.: 83). In einem solchen Fall wird ein Hegemonieprojekt, das Hegemonie anstrebt, zu einem hegemonialen Projekt, das Hegemonie erlangt hat. Als gegenhegemoniale Projekte können solche Hegemonieprojekte bezeichnet werden, die sich auf marginalisierte Deutungs- und Handlungsmuster positiv beziehen und auf die (Re-)Politisierung verstetigter Strukturen drängen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich konkrete Einzelpersonen oder Organisationen in ihrer Selbstwahrnehmung als Träger*innen eines Hegemonieprojekts verstehen, wobei dies in Einzelfällen auch zutreffen mag. Die Identifizierung eines Hegemonieprojekts (und die Zuordnung bestimmter Praktiken oder Akteuren zu diesem Projekt) ist das Ergebnis von analytischer Interpretationsarbeit (Krüger 2015: 35). Durch die Interpretation (von Äußerungen, Dokumenten, Unternehmensentscheidungen, Verwaltungshandeln usw.) können Zusammenhänge zwischen Artikulationen rekonstruiert werden. Auf diese Weise können beispielsweise Strategien zur Durchsetzung von Hegemonieprojekten und damit verknüpfte Identitätsangebote herausgearbeitet werden. Dabei ist wiederum zu beachten, dass Strategie im hegemonietheoretischen Sinne nicht allein das intentionale Vorgehen einzelner Akteure bezeichnet, sondern sich im umfassenden Sinn auf die Muster der Anordnung von Handlungen und Aussagen im Zeitverlauf bezieht (Nonhoff 2007: 184f.).

Neogramscianische Ansätze

Ab Ende der 1970er Jahre entwickelten zunächst Robert Cox und Stephen Gill neogramscianische Perspektiven im Bereich der Internationalen Politischen Ökonomie (Opratko 2012a: 65ff.). Darauf aufbauend analysierte die sogenannte *Amsterdamer Schule* die Herausbildung transnationaler Elitennetzwerke und Kapitalfraktionen als Kern von Hegemonieprojekten (van der Pijl 1984) und die *Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa* (2014) entwickelte ein differenziertes Verständnis der Akteurskonstellationen und Strategien von Hegemonieprojekten. Diese konzeptionellen Vorarbeiten aufgreifend, wurde der neogramscianische Ansatz auch in der Politischen Ökologie empirisch angewendet und weiterentwickelt. Exemplarisch gehe ich auf die Energiewendeforschung von Tobias Haas (2017) und Hendrik Sander (2015) ein, die sich in ihren Arbeiten der übergeordneten Frage widmen, inwieweit sich im Kontext einer multiplen Krisenkonstellation eine Transition hin zu einem grünen Kapitalismus abzeichnet. Als grüner Kapitalismus gilt hier ein Arrangement, das sowohl gegenüber einem *business as usual* als auch gegenüber einer weitreichenden Transformation, beispielsweise in Richtung Postwachstumsgesellschaft oder ökologischen Sozialismus, abgegrenzt werden kann.

Sander kommt in seiner Analyse der deutschen Energiepolitik zu dem Schluss, dass nach dem Super-GAU von Fukushima im Jahre 2011 zwar ein Konsens über das Ziel einer vollständigen Umstellung auf erneuerbare Energien in der Stromversorgung hergestellt wurde. Allerdings gibt es laut Sander keine wirkungsmächtigen Akteure,

welche die Führung einer ökologischen Modernisierung übernehmen, indem sie die Strategien der grünen Kapitalfraktionen universalisieren und erfolgreich als Gemeinwohl durchsetzen. Er konstatiert eine ›passive Revolution‹, in der die Regierungsspitze kleinschrittige Veränderungsprozesse einleitet, um eine tiefgreifende Verschiebung der Machtverhältnisse zu vermeiden.

Haas untersucht den Zusammenhang von politökonomischen Kontextbedingungen und Transformationsbestrebungen in der deutschen, spanischen und europäischen Energiewende. Dabei unterscheidet er zwar zwischen einem »grauen« (das auf die Stabilisierung der fossilen Energieversorgung zielt) und einem »grünen« Hegemonieprojekt (das eine Energieversorgung mit erneuerbaren Energien anstrebt), betont jedoch ihren fluiden Charakter. Laut Haas stehen die modernisierungsaffinen Teile des grauen Akteurspektrums dem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht mehr ablehnend gegenüber, sondern überführen ihn in eine stärker zentralistische Ausrichtung, die mit ihren Akkumulationsstrategien kompatibel ist. Umgekehrt übernehmen die transitionsaffinen Teile des grünen Akteursspektrums die Forderungen nach einer wettbewerblichen Förderung der erneuerbaren Energien und einer verstärkten Marktintegration. In Bezug auf die allgemeine Forschungsfrage teilt Haas Sanders These der Energiewende als kompromissvermitteltes Arrangement: Die Energiewende wird zwar weitergetrieben, allerdings wird sie in ihrer Dynamik gebremst und an die Interessen des grauen Projekts angepasst.

Diskurstheoretische Hegemonieanalysen

Ernesto Laclau und Chantal Mouffe legen in den 1980er Jahren eine diskurstheoretische Reformulierung des Hegemoniebegriffs vor. Dabei schließen sie einerseits an Gramsci an, verwerfen allerdings die Annahme, dass soziale Identitäten auf objektiv existierenden Klassenlagen aufbaue und dass Antagonismen stets zwischen Klassen ausgetragen werden (Laclau/Mouffe 2001: 114ff.). Dagegen betonen sie, dass (kollektive) Identitäten in sozialen Praktiken konstruiert werden und jede verworfene Position(ierung) zum Ort eines neuen Antagonismus werden kann. In der diskurstheoretischen Perspektive sind es somit nicht bestimmte Klassen, die hegemonial werden, sondern bestimmte Diskurse, das heißt Deutungs- und Handlungsmuster sowie die damit verbundenen Subjektpositionen (Identitätsangebote) (Bedall 2014: 48ff.). In Arbeiten zur Politischen Ökologie wurde die diskurstheoretische Hegemonieanalyse aufgegriffen, um die Prozesse der permanenten Produktion und Reproduktion von Hegemonie in den Mittelpunkt zu rücken. Ich präsentiere exemplarisch die Dissertationen von Philip Bedall (2014) und von mir selbst (Krüger 2015), die sowohl ausführliche theoretische und methodische Passagen zur Forschungsperspektive enthalten als auch detaillierte Empirie-Kapitel.

Bedall analysiert die Herausbildung und Verbreitung eines gegenhegemonialen Projektes, das sich als antagonistisch gegenüber der internationalen Klimapolitik in seiner neoliberalen Prägung positioniert und für Klimagerechtigkeit einsetzt. Er fokussiert auf die politischen Prozesse rund um die 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 15), die 2009 in Kopenhagen stattfand. Bedall arbeitet heraus, wie radikalere Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Bewegungsaktivist*innen hybride Netzwerkstrukturen entwickeln und sich für antagonistische

Forderungen einsetzen – beispielsweise für einen Stopp der Förderung fossiler Brennstoffe, für die Begleichung der ökologischen Schulden des Globalen Nordens an den Süden, für die Abkehr von marktbasierten Lösungen sowie für Energie-, Ressourcen- und Ernährungssouveränität. Sein Fazit lautet, dass sich mit den Klimaverhandlungen und Klimaprotesten in Kopenhagen das gegenhegemoniale Projekt zur Einforderung von Klimagerechtigkeit etabliert hat, sich allerdings die Diskurskoalition, die dieses Projekt vorantreibt, kaum erweitert hat.

In meiner eigenen Forschung rekonstruiere ich die Entwicklung und Durchsetzung des Hegemonieprojekts der ökologischen Modernisierung. Im Zentrum des ökomodernen Projekts steht die Überzeugung, dass sich wirtschaftliches Wachstum und Ökologie nicht widersprechen müssen, sondern sich auch gegenseitig positiv beeinflussen können. Dazu bedürfe es marktkonformer Anreizstrukturen, Effizienzsteigerungen und der Entwicklung neuer Technologien. Dem ökomodernen Projekt ist es gelungen, ökologische Forderungen in den eigenen Diskurs zu integrieren, ohne deren systemkritische Stoßrichtungen zu übernehmen. Die ökomodernen Hegemoniestrategien erzeugen einen passiven Konsens, das heißt, einflussreiche gesellschaftliche Kräfte etablieren das ökomoderne Projekt, während weite Teile der Bevölkerung das zwar nicht aktiv unterstützen, sich jedoch auch nicht dagegen positionieren, weil sie in der vermeintlich komplexen Klimafrage den Expert*innen vertrauen.

Hegemonie, imperiale Lebensweise und Degrowth

Der Begriff der → imperialen Lebensweise von Ulrich Brand und Markus Wissen (2017) bietet für viele Arbeiten in der Politischen Ökologie einen konzeptionellen Rahmen. Brand und Wissen knüpfen an Gramscis These an, dass sich eine widersprüchliche Gesellschaftsformation nur reproduzieren kann, wenn sie in den Alltagspraxen und im Alltagsverstand verankert ist. Die von ihnen in den Blick genommene imperiale Lebensweise zeichnet sich durch ein Primat des Wirtschaftswachstums und ein hohes Konsumniveau aus. Eine solche Lebensweise ist nicht verallgemeinerbar, sondern beruht auf Exklusivität. Auch wenn die Ober- und Mittelschichten in den Schwellenländern diesen Lebensstil tendenziell übernehmen (soweit sie es sich finanziell leisten können), geschieht der Zugriff auf Arbeitskraft und Ressourcen weiterhin entlang unterschiedlicher Ungleichheitslinien, insbesondere entlang neokolonialer Nord-Süd-Verhältnisse. Brand und Wissen konstatieren auf der einen Seite einen strukturellen Zwang zur imperialen Lebensweise, der sich aus der Notwendigkeit, die eigene Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen, aus den geltenden Produktions- und Konsumnormen sowie aus den gesellschaftlichen Institutionen und Infrastrukturen speist. Auf der anderen Seite wird der strukturelle Zwang nicht notwendigerweise als solcher empfunden, sondern oftmals schlicht als Erweiterung von Handlungsoptionen. Dementsprechend korrespondieren in der imperialen Lebensweise die Wachstumsstrategien aus Wirtschaft und Politik mit den Orientierungen und Alltagspraktiken vieler Menschen.

Dieser Fokus auf die Ko-Konstitution von alltäglichen Praktiken und gesellschaftlichen Strukturen (als Erklärung für die Beharrungskräfte von kapitalistischen Wachstumsgesellschaften) findet sich auch in anderen gramscianisch inspirierten Arbeiten der Degrowth-Debatte. Aus hegemonietheoretischer Perspektive kann eine sozial-ökologische Transformation nur gleichzeitig als Veränderung gesellschaftli-

cher Strukturen sowie als Veränderung von Identitäten und Alltagspraxen vollzogen werden (D'Alisa/Kallis 2020). Dementsprechend können politische Kampagnen und gelebte Alternativen im Kleinen eine wichtige Rolle spielen, sofern sie sich nicht mit der Einrichtung einer Nische begnügen, sondern sich in politischen Auseinandersetzungen positionieren, um zur Transformation gesellschaftlicher Leitbilder, Normen und Institutionen beizutragen (Calvário/Kallis 2017: 599ff.). Sie haben eine re-politisierende Wirkung, wenn sie gegenhegemoniale Vorstellungen in konkretes Alltagshandeln übersetzen und Prozesse kollektiver Selbstermächtigung in Gang setzen (García López et al. 2017: 103). Um die Spielräume von Postwachstumspraktiken auszuweiten, bedarf es aber auch der Veränderung bestehender und des Aufbaus neuer Institutionen und Infrastrukturen.

Fazit

Hegemonieanalysen teilen mit der Politischen Ökologie die Annahme, dass die Analyse von Konflikten und Machtfragen zentral ist für die Erforschung von Transformationsprozessen (Krüger 2020: 259). Dabei betonen hegemonieanalytische Arbeiten, dass wesentliche Teile der Bevölkerung nicht von der Notwendigkeit sozial-ökologischer Transformationsbestrebungen überzeugt werden können, sondern politisch besiegt werden müssen (Eversberg 2020). Eine umfassende Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann in der Regel nicht im Einvernehmen mit den Profiteur*innen des Status quo, sondern nur gegen deren Widerstand durchgesetzt werden. Hegemonietheoretisch inspirierte Arbeiten können Orientierungspunkte dafür liefern, wie sich Prozesse der (Ent-)Politisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse sowohl auf der Ebene des professionellen Handelns (in Politik, Wirtschaft, Bildung, Kultur usw.) als auch auf der Ebene von Alltagspraktiken entfalten und welche strategischen Schlüsse für Transformationsbestrebungen daraus gezogen werden können (Krüger 2020).

Literatur

Bedall, Philip (2014): Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie, Bielefeld: transcript.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom.

Calvário, Rita/Kallis, Giorgos (2017): »Alternative Food Economies and Transformative Politics in Times of Crisis: Insights from the Basque Country and Greece«, in: Antipode, 49. Jg., Nr. 3, S. 597-616.

D'Alisa, Giacomo/Kallis, Giorgos (2020): »Degrowth and the State«, in: Ecological Economics, 169. Jg., S. 106486.

Eversberg, Dennis (2020): »Who can challenge the imperial mode of Living? The terrain of struggles for social-ecological transformation in the German population«, in: Innovation: The European Journal of Social Science Research, 33. Jg., Nr. 2, S. 233-256.

Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.) (2014): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld: transcript.

García López, Gustavo A./Velicu, Irina/D'Alisa, Giacomo (2017): »Performing Counter-Hegemonic Common(s) Senses. Rearticulating Democracy, Community and Forests in Puerto Rico«, in: Capitalism Nature Socialism, 28. Jg., Nr. 3, S. 88-107.

Gramsci, Antonio (1971): Selections from the prison notebooks of Antonio Gramsci. Herausgegeben und übersetzt von Quintin Hoare und Geoffrey Nowell Smith, London/New York: Lawrence & Wishart/International Publishers.

Grossberg, Lawrence (2016): »On Postmodernism and Articulation. An Interview with Stuart Hall«, in: Journal of Communication Inquiry, 10. Jg., Nr. 2, S. 45-60.

Haas, Tobias (2017): Die politische Ökonomie der Energiewende. Deutschland und Spanien im Kontext multipler Krisendynamiken in Europa, Wiesbaden: Springer VS.

Krüger, Timmo (2015): Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung. Die Konflikte um Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik, Bielefeld: transcript.

Krüger, Timmo (2020): »Identifying Strategic Entry Points for Transformative Politics Towards a Degrowth Society. How to Operationalize the Concept of ›the Imperial Mode of Living‹ for Empirical Research«, in: Innovation: The European Journal of Social Science Research, 33. Jg., Nr. 2, S. 257-275.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London/New York: Verso.

Nonhoff, Martin (2007): »Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse«, in: ders. (Hg.): Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, S. 173-193.

Opratko, Benjamin (2012a): Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Opratko, Benjamin (2012b): »Ein theoretischer Universalschlüssel? Zur Ontologisierung des Hegemoniebegriffs bei Laclau und Mouffe«, in: Iris Dzudzek/Caren Kunze/Joscha Wullweber (Hg.): Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven, Bielefeld: transcript, S. 59-83.

Sander, Hendrik (2015): Die deutsche Energiepolitik nach Fukushima. Zum Potenzial eines grünen Kapitalismus in der multiplen Krise. Dissertationsschrift, Kassel.

Sutter, Ove (2016): »Alltagsverstand. Zu einem hegemonietheoretischen Verständnis alltäglicher Sichtweisen und Deutungen«, in: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde, 119. Jg., Nr. 1+2, S. 41-70.

van der Pijl, Kees (1984): The making of an Atlantic ruling class, London: Verso.

Wullweber, Joscha (2010): Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt, Baden-Baden: Nomos.

Herrschaft und Macht

Uta von Winterfeld

Zwei Großbegriffe wie Herrschaft und Macht in einem Artikel fassen zu wollen, ist eine arge Herausforderung. Doch es liegt nahe, beide Begriffe aufeinander zu beziehen und voneinander zu unterscheiden. Sie sind nicht einfach zu erhellen und werden oft synonym verwandt. Erschwerend kommt hinzu, dass begriffliche Großlandschaften in verschiedenen Sprachen unterschiedlich ausgeprägt sind. Im Englischen wird beispielsweise oft ›power‹ anstelle von ›Herrschaft‹ benutzt (etwa ›critique of power‹ für ›Herrschaftskritik‹).

Im ersten Abschnitt folge ich zunächst etymologischen Spuren in der deutschen Sprache und zeige dabei zugleich, dass beide Begriffe patriarchal eingefärbt sind. Sprache ist lebendig. Sie verändert sich – und sie ist selbst herrschaftlich. Anschließend skizziere ich begriffliche Unterscheidungen und Ausprägungen, insbesondere bei Max Weber (in seiner Herrschaftssoziologie), bei Michel Foucault und bei Hannah Arendt. Derart ausgestattet lege ich im zweiten Abschnitt dar, wie und anhand von was die Begriffe in der Politischen Ökologie verwandt werden oder verwandt werden könnten. Im Ausblick münden meine Darlegungen in den Versuch einer Anwendung kritischer Herrschafts- und Machtanalyse ein.

Herkunft und Entwicklung der Begriffe

›Herrschaft‹ geht auf das althochdeutsche ›hêr-scaft‹ zurück, wobei ›hêr‹ zunächst alt, ehrwürdig bedeutet. Herrschaft bezeichnet in dieser älteren Bedeutung »das, was an Rechten und Eigentum dem Höheren, Überlegenen zugehört« (Historisches Wörterbuch der Philosophie 1974: 1984).

Die Autoren des Grimm'schen Wörterbuches weisen darauf hin, dass der Begriff »Herrschaft« am Beginn der Neuzeit einen Bedeutungswandel erfahren hat. Während mit dem Wort zunächst »gebildet, würdig vornehm« gemeint gewesen sei, werde es später an »dominus« (der aus dem Haus – domus – abgeleitete »Herr«) angelehnt, was sich auch äußerlich in der seit dem sechzehnten Jahrhundert allgemein gewordenen Schreibung »herrschaft« kundtäte. Dies ließe den Akzent weniger auf Vornehmheit als auf das Gebieten fallen (Deutsches Wörterbuch 1877: 1152). Damit gehe es nun bei der Herrschaft weniger um Würde, als vielmehr um »Herrsein«. Die ältere Sprache gebrauche dafür häufiger das Wort »herrschung« (ebd.).

Während bei der ›Herr-schaft‹ der geschlechtliche Aspekt nicht verdeckt wird, sondern dem Begriff schon innewohnt, ist er bei der ›Macht‹ zunächst nicht offenkundig, zeigt sich aber sogleich bei einem Blick auf die Herkunft und Geschichte des Wortes.

»Macht«, aus dem gotischen »mahts« kommend, ist einerseits ein allen germanischen Sprachen angehörendes Substantiv, zum anderen hat es eine Verbindung zum gotischen Verb »magan«, dessen eigentliche Bedeutung es ist, Kraft, zumal Zeugungskraft zu haben (Deutsches Wörterbuch 1885: 1397). Dieser Aspekt findet sich noch heute im – allerdings seltenen – Ausdruck »Gemächt« (Knaurs Grosses Wörterbuch der deutschen Sprache 1985: 416). Ähnlich wird in Zedlers Universallexikon Macht in ihrer Bedeutung als »Zeugungsglied« bzw. als Bezeichnung für das männliche Geschlecht erwähnt (Grosses vollständiges Universallexikon von Johann Heinrich Zedler 1961 [1731]: 87). Eine weitere Bedeutung spiegelt die in den Begriff eingeschriebene Geschlechterbeziehung wider: »Macht wird eine Haube oder Schleyer genannt« (ebd.). Erörtert wird »Macht« als Kopfbedeckung für Frauen, wobei das noch heute vorhandene ›unter die Haube kommen‹ wohl hier wurzelt. Eine Haube oder einen Schleier soll das Weib tragen, damit es zum einen in der Kirche um der Engel willen bescheiden und züchtig gekleidet auftrete, zum anderen soll diese Kopfbedeckung »andeuten die Macht, so der Mann über sie habe« (ebd.).

›Macht‹ wird, besonders in älteren Schriften, auch als ›Vermögen‹ bezeichnet. Entsprechend heißt es über »Macht«, sie sei »eine Kraft oder Vermögen, das Mögliche wirklich zu machen« (ebd.: 86f.).

Eine begriffliche Unterscheidung von Macht und Herrschaft findet sich in der Herrschaftssoziologie Max Webers (Wirtschaft und Gesellschaft 1972 [1921]: 28f.). »Macht« bedeutet ihm zufolge »jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht« (ebd.: 28). »Herrschaft« heißt nach ihm »die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden« (ebd.). Der Begriff »Macht«, so fährt Max Weber fort, sei »soziologisch amorph« und könne durch alle denkbaren Qualitäten eines Menschen und alle denkbaren Konstellationen entstehen (ebd.). Hingegen müsse der soziologische Begriff »Herrschaft« präziser sein und könne nur die Chance bedeuten: Für einen »Befehl Fügsamkeit zu finden« (ebd.: 29).

Im dritten Kapitel über »Die Typen der Herrschaft« wird der Begriff noch einmal und etwas ausführlicher definiert:

> »Herrschaft soll, definitionsgemäß (Kap. I, § 16) die Chance heißen, für spezifische (oder: für alle) Befehle bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam zu finden. Nicht also jede Art von Chance, Macht und Einfluß auf andere Menschen auszuüben. Herrschaft (Autorität) in diesem Sinne kann im Einzelfall auf den verschiedensten Motiven der Fügsamkeit: von dumpfer Gewöhnung angefangen bis zu rein zweckrationalen Erwägungen, beruhen. Ein bestimmtes Minimum an Gehorchenwollen, also Interesse (äußerem oder innerem) am Gehorchen, gehört zu jedem echten Herrschaftsverhältnis« (ebd.: 122).

Max Weber zufolge ist der Begriff Macht der allgemeinere und auch der offenere bzw. ungestaltetere. Macht ist prozessualer und wohnt eher am Tun, am Können und am Vermögen. Sie geschieht in ganz unterschiedlichen Situationen und in ganz unter-

schiedlichen Formen immer wieder neu. Daher ist Macht zugleich der aktuellere, der dynamischere und auch der unbestimmtere Begriff.

Hingegen ist Herrschaft, so heißt es im 9. Kapitel zur »Soziologie der Herrschaft« »ein Sonderfall von Macht« (ebd.: 541). Herrschaft findet in einem auf Autorität oder Besitz gründenden, festen hierarchischen Sozialgefüge statt. Zugleich ist sie auf Dauer eingerichtet und bestimmt eine Beziehung noch da, wo nicht von ihr Gebrauch gemacht wird, weil sie beständig aktualisiert werden kann (Handbuch philosophischer Grundbegriffe 1973: 686).

Somit lässt sich Herrschaft von Macht auch dahingehend unterscheiden, dass sie der strukturellere Begriff ist und zu Strukturen erstarrte Machtförmigkeit bezeichnet. Herrschaft ist, Max Weber gemäß und allein so sinnvoll von Macht abzugrenzen, spezifisch institutionalisierte Macht, also auf Dauer gesetzte, eigenartig legitimierte Macht. Damit ist Herrschaft der speziellere und geschlossenere Begriff. Daraus folgt weiter, dass Herrschaft Macht voraussetzt, umgekehrt jedoch ist nicht jede Macht zugleich Herrschaft.

Michel Foucault betont, dass sich im achtzehnten Jahrhundert eine Form der Machtausübung entwickelt, die nicht über den Gesellschaftskörper wirkt, sondern ganz in ihm. Macht liegt also nicht über der Gesellschaft, wird ihr nicht von oben übergestülpt, sondern entwickelt sich von innen und aus der Gesellschaft heraus. Damit werde der Gesellschaftskörper auch dazu getrieben, Elemente wie den Hof oder die Person des Königs abzuwerfen (Foucault 1976: 27). Voraussetzung hierfür ist eine Technologie der Macht, die Michel Foucault »Disziplin« nennt. Sie sei ein Machtmechanismus, durch den es gelänge, im sozialen Körper auch die winzigsten Elemente, die sozialen Atome, die Individuen zu kontrollieren (Foucault 1999: 182).

Zugespitzt ist es die Tendenz zur Geschlossenheit, zur Verfestigung in durch Regeln, Prinzipien und Mechanismen erzeugten Strukturen, die Herrschaft von Macht unterscheidet. Herrschaft besteht gleichsam aus eingefrorenen, erstarrten und blockierten Machtbeziehungen (Foucault 1988: 46). Zugleich gründet Herrschaft auf Recht und Eigentum (siehe oben).

Die letzten Herrschafts- und Machtworte sollen Hannah Arendt gehören, weil sie zu beiden Begriffen eine weitere und zentrale Facette benennt. Sie ist die erste gewesen, die Herrschaft einem ›Niemand‹, einer Als-ob-Person zuordnete. Sie treibt damit einerseits die Kälte und leidenschaftslose Grausamkeit bürokratischer Herrschaft auf die Spitze. Sie zeigt andererseits das Abstrakte einer von ihr ohne weitere Ausführungen so genannten »Niemandsherrschaft«. Niemand ist da, niemand ist verantwortlich, niemand herrscht (siehe auch Arendt 1970).

In ihrem Essay über »Macht und Gewalt« weist Hannah Arendt auch darauf hin, dass die Essenz der Macht nicht in der Wirksamkeit von Befehlen bestehe. Denn dann gebe es keine größere Macht als die, welche aus einem Gewehrlauf hervorgehe. Das aber sei »Gewalt«. Hannah Arendt unterscheidet zwischen Macht über etwas und Macht *für* etwas. Letztere hat mit Gestaltenkönnen zu tun und mit der Fähigkeit, gemeinsam zu handeln.

Bezüge zur Politischen Ökologie

Wird die oben vorgenommene begriffliche Unterscheidung auf aktuelle Problemlagen bezogen, so hat dies Auswirkungen auf die Forschungsperspektiven und Fragestellungen. Beispielsweise fragt eine herrschaftskritische Strukturanalyse mit Bezug auf → Land Grabbing, welche Rolle die jeweilige nationale Regierungsgewalt und die Rechts- und Eigentumsordnung spielen. Eine machtkritische Handlungs- oder Akteursanalyse schaut insbesondere auf Positionen, Interessen und Durchsetzungsfähigkeit in den jeweiligen Aushandlungs- bzw. Aneignungsprozessen.

Politische Ökologie ist als Forschungsfeld multidisziplinär angelegt und hat teilweise unterschiedliche und ungleichzeitige Entstehungskontexte (→ Politische Ökologie als Netzwerk?). Gleichwohl lassen sich Gemeinsamkeiten ausmachen, eine der zentralen ist der theoretische Bezug zur kritischen Gesellschaftstheorie und ›Herrschaftskritik‹ als erkenntnisleitende Perspektive auf Umweltkrisen und Umweltgerechtigkeit. Denn erstens geht Politische Ökologie *nicht* von einem allgemeinen und abstrakten Menschen oder von einer Menschheit aus, die → Natur behandelt, gestaltet, unterwirft, verändert. Vielmehr sind Mensch-Natur-Verhältnisse gesellschaftlich vermittelt. Daraus folgt, dass Natur auch sozial konstruiert wird und dass soziale Verhältnisse für Mensch-Natur-Beziehungen entscheidend sind. Diese Vermittlung macht zugleich die relationale Perspektive der Politischen Ökologie aus. Sie untersucht und analysiert Beziehungen und Bezogenheiten. Zweitens betrachtet Politische Ökologie die Ökologische Krise *nicht* als Übernutzung von Ressourcen und Senken durch diese abstrakte Menschheit und spricht *nicht* von einer allgemeinen Bedrohung der natürlichen Prozesse, auf die menschliches Leben angewiesen ist. Vielmehr wird diese als Krise der → gesellschaftlichen Naturverhältnisse angesehen, als ungleiche Naturaneignung und als Ausdruck einer → imperialen Lebensweise des globalen Nordens.

Somit geht es in der Politischen Ökologie herrschafts- und machtkritisch auch darum, sowohl strukturelle Ursachen für konkrete Ungleichheitsverhältnisse als auch das Handeln und die Narrative der daran beteiligten Akteure zu analysieren und zu kritisieren. Beides spielt mit Blick auf gesellschaftliche Naturverhältnisse eine zentrale Rolle.

Allerdings lassen diese Ansätze der Politischen Ökologie insofern zu wünschen übrig, als dass auch hier zumeist wenig konkret wird, was genau herrschaftskritisch gemeint ist und welchen Kriterien – im Sinne von entscheidenden Merkmalen – und Kategorien – im Sinne der Denk- und Anschauungsweisen – dabei zu folgen sei. Daher wäre auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene angezeigt, herrschafts- und machtkritische Ansätze zu schärfen. Aktuell lässt sich in einigen aktuellen Debatten beobachten, dass kritische Zugänge weichgespült werden. Beispielsweise argumentiert Lena Partzsch, dass Nachhaltigkeitsforschung ein mehrdimensionales Machtverständnis brauche. Sie wendet den Machtbegriff kenntnisreich hin und her (Power with, Power to, Power over, Macht zum Wandel), doch ihre Ausführungen bleiben analytisch ohne Biss. Vielmehr sollen unterschiedliche Formen der Machtausübung in konsensualer Eintracht und gestützt durch »Experimente deliberativer Demokratie« zur Schwächung oder Überwindung »gegebener Machtasymmetrien« führen (Partzsch 2015: 54). Ein Grund dieser analytischen Schwäche liegt darin, dass Macht und Herrschaft nicht unterschieden werden und damit die ›harten‹, die strukturellen und herrschaftsförmigen Ungleichheitsbeziehungen aus dem Blick geraten. Der

Artikel von Lena Partzsch hat in der Zeitschrift GAIA eine Debatte ausgelöst. In einer Entgegnung legt Achim Brunnengräber dar, dass sich Klimaforschung mit »harten Machtverhältnissen« beschäftigen muss (Brunnengräber 2017: 13). Er hebt hervor, dass die konsensualen Bestrebungen hegemonialer Gruppen kein Interesse daran hätten, die für das Grundproblem (Klimawandel) verantwortlichen Herrschaftsverhältnisse zu beseitigen. Die Schwäche dieser Kritik liegt darin, dass ›Herrschaftsverhältnisse‹ nur allgemein benannt werden und keine explizite Herrschaftskritik formuliert wird.

Veränderungen – auch hin zu Nachhaltigkeit – sind jedoch auf die Bearbeitung aktueller Probleme von Herrschaft und Ungleichheit, sind auf Herrschaftskritik angewiesen. Eine herrschaftskritische Argumentation in der deutschsprachigen Politischen Ökologie lehnt sich an die Kritische Theorie an. Bezogen auf Natur und gesellschaftliche Naturverhältnisse ist zentral, dass Natur insbesondere von Theodor W. Adorno als Nicht-Identisches gefasst wird. Sie geht nicht auf im Objektsein politisch-technischer Naturbeherrschung und Kontrolle. Sie erschöpft sich nicht im instrumentellen Zugang kapitalistischer Verwertungsinteressen. Sie hat etwas Eigenes und Widerständiges.

Wolf-Dieter Narr (2015 und 2017) zufolge ist das Identifizierende – teils nennt er es das Identifikatorische – das Urprinzip von Herrschaft. Es ist das herrschaftliche Scheiteln in das, was dazu gehört und das, was nicht dazu gehört. Das, was politisch ist und das, was nicht politisch bzw. privat ist. Beispielsweise wird Natur bis heute oft als das der Gesellschaft Andere gedacht und behandelt. Beispielsweise werden für Natur sorgende, sie pflegende und schonende Wirtschafts- und Lebensweisen als das Andere des Fortschritts gedacht und behandelt. Daher fragt eine herrschaftskritische Analyse danach, wer oder was wie und von wem ausgeschlossen und oder zum Anderen gemacht worden ist. Zugleich ist es eine Art des Fragens, die beispielsweise der Rhetorik des dem Fortschritt Anderen oder des Rückständigen nicht auf den Leim geht. In diesem Zusammenhang sind in der englischsprachigen Politischen Ökologie von Paul Robbins kritische »Tools« entwickelt worden. Es handelt sich um eine Art Leitfaden für politisch-ökologisch kritisches Fragen. Beispielsweise danach, weshalb die Entwicklungsautoritäten diese und keine anderen Entscheidungen getroffen haben oder wie unabhängige Landbesitzer*innen zu landlosen Arbeiter*innen geworden sind oder:

Warum ist der Rückgang der Habitate und der wild lebenden Tiere in Kenia so viel höher als in Tansania? In Tansania führen eine weniger entwickelte Landwirtschaft und weniger Privatisierung zu weniger Druck (Robbins 2012: 12).

Das Identifikatorische als Urprinzip von Herrschaft hat zugleich einen Bezug zur → Post- und Dekolonialen Politischen Ökologie. Als einer der Klassiker gilt die Schrift »Orientalismus« von Edward Said (Said 1994). Er zeigt, dass das Schreiben über den Orient ein kolonialer Akt ist, der Herrschaft des einen Teils der Erde über einen anderen rechtfertigt. Daher stellt die orientalistische Schule, indem sie Differenz annimmt, dieselbe im Forschungsprozess erst her. Der orientalische Andere, ein Objekt des Geheimnisses und der Faszination, muss erklärt werden und seine Mängel erleuchten die Macht und den Fortschritt der eigenen Kultur des Orientalisten. Indem also der westliche Okzident seine eigene Identität als rational und fortschrittlich bestimmt, bestimmt er den Schatten des östlichen Orients als irrational und rückständig gleich mit.

Ausblick – oder: Versuch der Anwendung

Die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse manifestiert sich aktuell auch in der COVID-19-Krise. Eine an die politische Virologie (siehe unter anderem Wallace 2020; Winterfeld 2021; Biesecker/Winterfeld 2023) angelehnte, herrschaftskritische politisch-ökologische Perspektive fragt zunächst nach gesellschaftlichen Ursachen für die Entstehung von Viren: Weshalb brechen die Vogelgrippe 1997 und das SARS-Virus COVID-19 2019 in China aus? Warum tritt 2009 in Mexiko eine neue, Schweinegrippe genannte Virusvariante auf? Was sind Ursachen des Ebolafiebers in Westafrika (Guinea, Liberia und Sierra Leone) ab 2013?

Antworten können nicht in Richtung einer einzigen Ursache, die alles erklärt, ausfallen. Doch gibt es Indizien und Spuren. Sie verweisen auf eine Flächen- und Landnutzung, in der sich Städte ausbreiten und die Wildnis schrumpft (COVID-19). Sie verweisen auf industrielle Massenproduktionen von Lebensmitteln, so die Massentierhaltung (Vogelgrippe und Schweinegrippe) und die Monokulturen der Palmölgewinnung (Ebola). Sie verweisen auf eine Wertakkumulation, bei der die Gewinne bei den privaten Produzent*innen bleiben und die Folgen und Verluste von der öffentlichen All-Gemeinheit getragen werden müssen (→ Externalisierung). Es zeigen sich also strukturelle Elemente von Herrschaft, Elemente einer Naturbeherrschung, die sich für Natur wie für Gesellschaften als zerstörerisch erweisen. Gleichzeitig zeigt sich, dass Regierungsherrschaft in Krisenzeiten zunimmt. Im Notfall herrscht die Exekutive.

Während aber die Regierungen das öffentliche Leben lahmlegen, müssen sie zugleich die Wirtschaft am Laufen halten. Hier schlägt die Stunde der Macht und der kritischen Machtanalyse. Privatwirtschaftliche Akteure werden mit Blick auf Hygieneanforderungen und Kontaktverbote vergleichsweise geschont (wenn nicht gerade bei einem Fleischfabrikanten Virulenzen auftreten); bei den Erlaubnissen der intensiven Stadionnutzung der Fußball-EM 2021 reiben sich die stets zur Vor- und Um- und Rücksicht gemahnten Staatsbürger*innen erstaunt die Augen. Wer kann da eigentlich mit welchen Mitteln den eigenen Interessen auch gegen den gesunden Menschenverstand und gegen den Widerstand anderer zur Wirklichkeit verhelfen?

Zugleich sagt der politische Umgang mit COVID-19 etwas über gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse aus. Schließlich hat niemand die sorgenden Eltern gefragt, ob sie die Schließung des Öffentlichen und insbesondere der öffentlichen Kinderbetreuung per unbezahlter Haus- und Sorgearbeit im familiären Privatraum auffangen möchten (→ Care).

Hier führt also die Geschichte von Macht und Ohnmacht zurück zur Herrschaft und zurück zum Anfang. Patriarchale und Männerherrschaft spiegelt sich trefflich in politischen Verhältnissen, wenn alle Gleichstellungsversprechen im Krisenfall zurückgenommen und Sorgearbeiten alsdann den im Privatraum zumeist vor allem sorgenden Müttern aufgebürdet werden. Ohne Gegenleistung (siehe auch Biesecker/Winterfeld 2023).

Literatur

Arendt, Hannah (1970): Macht und Gewalt. München/Zürich: Piper.

Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2023): Wert und Herrschaft – Wert ohne Herrschaft?, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, (im Erscheinen).

Brunnengräber, Achim (2017): »Warum sich Klimaforschung mit harten Machtverhältnissen beschäftigen muss«, in: GAIA 26. Jg., Nr.1, S. 13-15.

Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm (1877): Vierten Bandes Zweite Abteilung. Bearbeitet von Moritz Heyne. Leipzig: S. Hirzel.

Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm (1885): Sechster Band. Bearbeitet von Moritz Heyne. Leipzig: S. Hirzel.

Foucault, Michel (1976): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1988): Das Wahrsprechen des Anderen. Zwei Vorlesungen von 1983/84, Frankfurt a.M.: Materialis.

Foucault, Michel (1999): Botschaften der Macht. Reader, Diskurs und Medien, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Grosses Vollständiges Universallexikon (1961 [1731]): Band 19. Herausgegeben von Johann Heinrich Zedler, Graz: Akademische Druck- und Verlagsanstalt.

Handbuch philosophischer Grundbegriffe (1973): Herausgegeben von Hermann Krings, Hans Michael Baumgartner und Christoph Wild. Studienausgabe Band 3, München: Kösel.

Historisches Wörterbuch der Philosophie (1974): Band 3. Herausgegeben von Joachim Ritter. Basel und Stuttgart: Schwabe & Co.

Knaurs Grosses Wörterbuch der Deutschen Sprache (1985): Der Grosse Störig. Erarbeitet von Ursula Hermann unter Mitarbeit von Horst Leisering und Heinz Hellerer, München: Droemer Knaur.

Narr, Wolf-Dieter (2017): »Niemands-Herrschaft. Mit Uta v. Winterfeld, Frigga Haug (Einleitung) und Sarah Breitenbach (Ausleitung)«, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Radikale Kritik und emanzipatorische Praxis. Ausgewählte Schriften, kommentiert von Wegbegleiter*innen, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 53-60.

Narr, Wolf-Dieter (2015): Niemands-Herrschaft. Eine Einführung in Schwierigkeiten, Herrschaft zu begreifen, Hamburg: VSA.

Partzsch, Lena (2015): »Kein Wandel ohne Macht – Nachhaltigkeitsforschung braucht ein mehrdimensionales Machtverständnis«, in: GAIA, 24. Jg., Nr. 1, S. 48-56.

Robbins, Paul (2012): Political Ecology. A Critical Introduction, Malden: John Wiley & Sons Ltd.

Said, Edward (1994): Orientalismus, Frankfurt a.M.: Fischer.

Weber, Max (1972 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. Aufl., Tübingen: J.C.B. Mohr.

Wallace, Rob (2020): Was COVID-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat, Köln: PapyRossa.

Winterfeld, Uta von (2021): »distanzlos. Was haben Stadt-Land-Beziehungen mit der Entstehung von Viren zu tun?«, https://vorab.online/wp-content/uploads/2021/09/distanzlos-VorAB-Impuls-1-final-2.pdf (Zugriff: 23.10.2021).

Imperiale Lebensweise

Ulrich Brand und Markus Wissen

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 hat ein Paradox offenbart oder zumindest unterstrichen: Einerseits gibt es ein breit geteiltes, vom Stern-Report 2006 und vom vierten Sachstandsbericht des IPCC 2007 noch untermauertes gesellschaftliches Wissen um die ökologische Krise sowie um innergesellschaftliche und globale Spaltungsprozesse. Andererseits sind die staatlichen Krisenpolitiken und öffentlichen Diskussionen stark daran ausgerichtet, das dominante Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zu stützen. ›Zurück zur Normalität‹ ist ein weitverbreiteter Wunsch, der auch die Corona-Krise dominiert, obwohl eben die (frühere) Normalität aus sozialen und ökologischen Gründen alles andere als erstrebenswert ist. Emblematisch war in der Krise nach 2008 das Beispiel der ›Abwrackprämie‹, mit der – ökologisch unsinnig – noch nutzbare Autos vorzeitig verschrottet wurden, um mit einem Bonus von 2.500 Euro ein neues erwerben zu können.

Das Konzept der imperialen Lebensweise (Brand/Wissen 2011, 2017a) ist ein Versuch, diese Konstellation zu begreifen, sie zu kritisieren und Ansatzpunkte einer grundlegenden Transformation zu identifizieren. Seine theoretischen Bezüge sind die kritische Politische Ökonomie in der Tradition von Marx und ihre Weiterentwicklung durch die feministische Politische Ökonomie, die Regulationstheorie, die Hegemonietheorie Gramscis, die Subjektivierungstheorie von Foucault, die Praxistheorie von Bourdieu und die kritische Staatstheorie (ausführlich Brand/Wissen 2017b). Zentrale Referenz ist die Politische Ökologie, da die imperiale Lebensweise auf einer herrschaftlichen Aneignung von → Natur und entsprechenden Naturverhältnissen basiert und diese verstärkt. Die Studien zur imperialen Lebensweise schreiben sich ausdrücklich in die Debatten um sozial-ökologische Transformationen ein und warnen vor den falschen Versprechen einer ›grünen Ökonomie‹ (Brand/Wissen 2017a: Kapitel 7).

Das Kernargument der ›imperialen Lebensweise‹ – die immer auch eine Produktionsweise ist – lautet, dass sich die herrschaftsförmige globale Ausbreitung des Kapitalismus durchaus mittels militärischer Gewalt, ökonomischen Zwangs und politischer Macht vollzieht, dass sie ihre Kontinuität und relative Stabilität aber erst in dem Maße erhält, wie sie sich in den Alltag der Menschen einschreibt, dort ganz praktisch gelebt und vielfach auch gewollt wird – oder zumindest alternativlos erscheint. Das betrifft auch den Arbeitsalltag bzw. das Lohnverhältnis und die jeweils spezifisch sich ausprägenden → gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Wissen/Brand 2019).

Alltagsverhältnisse im Globalen Norden reproduzieren sich wesentlich darüber, dass Menschen auf Güter und Dienstleistungen zurückgreifen, die oder deren Vorprodukte

von billiger Arbeitskraft ›andernorts‹ hergestellt bzw. erbracht werden. Sie setzen zudem einen prinzipiell unbegrenzten Zugriff auf natürliche Ressourcen und ökologische Senken wie Wälder (vor allem zur Aufnahme von CO_2) in einem globalen Maßstab voraus. An den Orten der Produktion, Extraktion und Absorption entstehen nicht selten enorme sozial-ökologische Kosten: Durch den Abbau metallischer Ressourcen in Afrika oder Lateinamerika, die Anlage und den Betrieb von Palmölplantagen in Indonesien oder die Herstellung von Schuhen und Handys in China leiden Menschen ebenso wie Ökosysteme. Das ›Andernorts‹ betrifft auch die Produktion, die Distribution und den Konsum in den kapitalistischen Zentren selbst. In Fleischfabriken, in der Landwirtschaft, bei Lieferdiensten oder in der Pflege werden (migrantische) Arbeitskräfte ausgebeutet. Und nach wie vor beruht die kapitalistische Produktion auf unentgeltlicher Arbeit, wie sie überwiegend von Frauen in der ›Reproduktion‹ geleistet wird (Wichterich 2021).

Die imperiale Lebensweise ist ebenso attraktiv wie ambivalent. Es werden zwar Konsum- und Beschäftigungsmöglichkeiten für viele verbessert, Menschen erleben die imperiale Lebensweise subjektiv als Wohlstand. Doch geht dieser eben zu Lasten anderer und der biophysischen Lebensgrundlagen. In Krisenzeiten zeigt sich diese Ambivalenz am deutlichsten: Dort, wo sich ihr Nutzen konzentriert, wirkt die imperiale Lebensweise stabilisierend, die relativ billigen Rohstoffe und Lebensmittel werden über den Weltmarkt weiterhin in die Metropolen befördert. Gleichzeitig verschärfen sich andernorts die politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen und damit die Ursachen von Konflikten und Flucht. Schließlich erschwert die tiefe gesellschaftliche Verankerung imperialer Produktions- und Konsummuster das Nachdenken und Entwickeln von grundlegenden Alternativen, denn es hängen an ihnen Kapitalmacht, staatliche Steuereinnahmen und Legitimität sowie Arbeitsplätze.

Das bedeutet nicht, dass alle Menschen im Globalen Norden gleich leben. Auch hier hängt die Größe des ökologischen Fußabdrucks tendenziell von der sozialen Position ab. Wer ein höheres Einkommen oder Vermögen hat, kann vermehrt auf jene Produkte und Dienstleistungen zurückgreifen, die unter sozial und ökologisch problematischen Bedingungen produziert werden. Zudem ist die imperiale Lebensweise statusorientiert. Sie zerstört nicht nur die Umwelt, sondern basiert auch auf sozialer Ungleichheit und verschärft diese. Die Mittelschichten grenzen sich gegen die unteren Schichten ab, indem sie zeigen, dass sie sich auf Grund ihres hohen Einkommens ein (größeres) Auto und viel Konsum leisten können (Laidley 2013). Auch ökologischer Konsum ist vielfach orientiert an Status und Distinktion. Das führt dazu, dass Menschen mit weniger Geld umso mehr ausgeschlossen werden und sich auch ausgeschlossen und isoliert fühlen.

Doch der Begriff der imperialen Lebensweise zielt nicht auf eine Kritik von Konsummustern und eine Individualisierung von Verantwortung, die insbesondere von Arbeiten der Politischen Ökologie kritisiert werden. Vielmehr geht es um die enge Verwobenheit machtförmig gesetzter und problematischer Produktions-, Distributions- und Konsummuster. Schließlich ist die imperiale Lebensweise in die Klassenstruktur kapitalistischer Gesellschaften eingelassen: Subalterne haben oft keine andere Wahl, als ihre Arbeitskraft auch für Zwecke zu verkaufen, die andernorts zerstörerische Auswirkungen haben (etwa die Autoproduktion, der Bergbau oder die industrielle Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion sowie -distribution). Gleichzeitig ermöglicht es die imperiale Lebensweise, den Klassenwiderspruch im Globalen Norden zu bearbeiten, indem Subalterne – als Resultat sozialer Kämpfe und Kompromisse – an den Wohlstandssteigerungen partizipieren, die die kapitalistische Produktionsweise ermöglicht.

Für die einen entstehen auf diese Weise Handlungsfähigkeit und materieller Wohlstand, aber auch – so politisch erkämpft und gewollt – eine funktionierende öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Für die anderen bedeutet es eine fortschreitende Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und eine enorme Verfestigung von Abhängigkeitsverhältnissen. Mit einem an der Politischen Ökologie geschulten Blick wird deutlich: Entscheidend für die Reproduktion der imperialen Lebensweise ist eine global und jeweils innergesellschaftlich ungleiche Konstellation – entlang von Klassen, Geschlechtern, rassifizierten Verhältnissen, aber eben auch verallgemeinerten Produktions- und Konsummustern. Allerdings werden die der imperialen Lebensweise innewohnende Ungleichheit und Destruktivität in einer Vielzahl von Praktiken des Produzierens und Konsumierens unsichtbar gemacht: Man sieht den Autos die sozialökologischen Zerstörungen nicht an, die ihre Produktion und Nutzung verursacht; und die Darbietung des Billigfleisches im Supermarkt verrät nichts über das Leid der Tiere, die Arbeitsbedingungen in der Fleischproduktion und die Treibhausgasemissionen der Massentierhaltung. Insofern normalisiert die imperiale Lebensweise den Imperialismus, sie verbindet Alltagspraktiken mit einer ungleichen Gesellschafts- und Weltordnung und strukturell nicht-nachhaltigen Naturverhältnissen, deren Herrschafts- und Gewaltförmigkeit sie gleichzeitig zum Verschwinden bringt.

In jüngerer Zeit lässt sich beobachten, dass sich die imperiale Lebensweise über den Aufstieg von Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien dynamisch und konkurrenzvermittelt in den Gesellschaften des Globalen Südens ausbreitet. Sie macht die Expansion des Kapitalismus für immer mehr Menschen attraktiv. Es bedarf deshalb auch der Kritik an der imperialen Lebensweise der Ober- und oberen Mittelschichten in den Ländern des Globalen Südens (Lang 2017; Krams/Preiser 2021; Massuh et al. 2021). Die räumliche Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise beinhaltet eine Verschärfung der ökologischen Krise. Auch früher gab es immer wieder Regionen, die in bestimmten Konstellationen ökologisch kollabierten. Doch heute hat die ökologische Gefahr eine globale Dimension. Die imperiale Lebensweise bedarf eines ›Außen‹, auf das sie ihre sozial-ökologischen Kosten verlagern kann (vgl. auch Biesecker/Winterfeld 2014; → Externalisierung, Lessenich 2016). In dem Maße, wie dieses Außen mit dem ökonomischen Aufstieg der (ehemaligen) Schwellenländer schrumpft und zunehmend umkämpft ist, verschärfen sich aber die Widersprüche. In gewisser Weise siegt sich die imperiale Lebensweise ›zu Tode‹. Öko-imperiale Spannungen nehmen zu.

Das Erstarken rechtskonservativer und rechtsextremer Politiken in Europa und den USA ist auch vor diesem Hintergrund zu sehen. In Zeiten sozialer Spaltung, Verunsicherung und wachsender internationaler Spannungen reüssieren rechte Politiker*innen mit dem Versprechen, durch restriktive Migrations- sowie nationalistische Handels- und Außenpolitiken zuvorderst die Interessen derer zu verteidigen, die in den kapitalistischen Zentren leben. Die anderen Weltregionen sollen in ihrer Rolle als Zulieferer von billigen Waren verbleiben, Hilfe suchende Menschen werden abgewiesen.

Bei der ›imperialen Lebensweise‹ handelt es sich nicht nur um einen hegemonietheoretischen und zeitdiagnostischen Begriff im Paradigma der Politischen Ökologie, sondern auch um eine Art Forschungsprogramm (vgl. bereits I.L.A. Kollektiv 2017, 2019; Brand/Wissen 2019; Periskop/I.L.A. Kollektiv 2019; Mühlbauer/Gabriel 2022). Als solches könnte sich das Konzept in weiteren theoretischen und empirischen Studien realisieren, etwa in der kritischen Analyse der kapitalistischen Globalisierung und ihrer sozio-ökonomischen, politischen wie ökologischen Voraussetzungen und Krisen.

In der politischen Bildung verspricht der Begriff, die problematischen bis desaströsen Implikationen gesellschaftlicher Dynamiken mit den Alltagserfahrungen der Menschen zusammenzubringen und damit Orientierung zu stiften (Falkinger et al. 2022). Insbesondere die systematische Nicht-Universalisierbarkeit der imperialen Lebensweise und das strukturell bedingte Leben ›auf Kosten anderer und der Natur‹ sind wichtige Elemente politischen Lernens. Es sind historische Studien aus der Perspektive der imperialen Lebensweise denkbar, etwa zur Lebensweise der Lohnabhängigen oder zum Lebenszyklus einzelner Waren.

Die Analyse aktueller Dynamiken impliziert, nach Widersprüchen, Widerständen und Alternativen zur imperialen Lebensweise zu suchen und sie zu stärken. Im Buch von Brand/Wissen 2017 schlagen wir dafür den Begriff der »solidarischen Lebensweise« vor. Er bezeichnet erstens soziale Praktiken, die die imperiale Lebensweise zurückdrängen, wie den Kampf der »Ende Gelände«-Bewegung um den Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung in Deutschland oder die Proteste gegen die Automobilität im Rahmen von »Sand im Getriebe« oder »*Changing Cities*«. »Solidarische Lebensweise« meint zweitens die vielen Ansätze, um emanzipatorische Errungenschaften in Institutionen, Infrastrukturen und Projekten der solidarischen Ökonomie, der Commons-Bewegung und der Care-Ökonomie durch geeignete Rahmenbedingungen abzusichern und zu verstetigen. Drittens geht es um strategische Orientierungen und verbindende Erzählungen, die es den vielfältigen Ansätzen ermöglichen, sich als Teil einer übergreifenden sozial-ökologischen Transformationsdynamik zu begreifen und auch daraus ihre Stärke zu ziehen. Dazu gehören etwa die Postwachstums-Debatte (Schmelzer/Vetter 2019 → Degrowth), die progressiven Varianten eines *Green New Deal* (Riexinger 2020) oder das Konzept der »Care Revolution« (Winker 2015; → Care).

Die Politische Ökologie allgemein und der Begriff der imperialen Lebensweise im Besonderen schärfen in diesen Diskussionen den Blick für die jeweils zu berücksichtigenden und zu verändernden herrschaftlichen und zerstörerischen Formen, mit denen Natur angeeignet wird. Nicht zuletzt betonen sie, dass Alternativen immer auch eine internationale Dimension haben und entsprechend formuliert und realisiert werden müssen.

Literatur

Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2014): Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen, Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 02/2014, Jena: Friedrich-Schiller-Universität.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): »Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse«, in: Alex Demirović/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader (Hg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA, S. 78-93.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017a): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017b): »The Imperial Mode of Living«, in: Clive L. Spash (Hg.): Routledge Handbook of Ecological Economics. Nature and Society, London/New York: Routledge, S. 152-161.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2019): »Gesellschaftsanalyse im globalen Kapitalismus. »Imperiale Lebensweise« als Forschungsprogramm«, in: Carina Book/Nikolai Huke/Sebastian Klauke/Olaf Tietje (Hg.): Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der »imperialen Lebensweise«, Externalisierung und exklusive Solidarität, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 13-26.

Falkinger, Barbara/Gabriel, Leo Xavier/Sertl, Michael (Hg.) (2022): Imperiale Lebensweise und Bildung. Schulheft 186, Innsbruck: Studienverlag.

I.L.A. Kollektiv – Imperiale Lebensweisen und solidarische Alternativen Kollektiv (2017): Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert, München: oekom.

I.L.A. Kollektiv – Imperiale Lebensweisen und solidarische Alternativen Kollektiv (2019): Das Gute Leben für Alle. Wege in eine solidarische Lebensweise, München: oekom.

IPPC – Intergovernmental Panel on Climate Change (Hg.) (2007): Vierter Sachstandsbericht (AR4) des IPPC (2007) über Klimaänderungen, o.O.: IPPC.

Krams, Mathias/Preiser, Anna (2021): »Intro: Die imperiale Lebensweise ›at work‹ in Lateinamerika. Zur Wirkungsweise eines ausbeuterischen Verhältnisses«, in: Journal für Entwicklungspolitik, 37. Jg., Nr. 4, S. 4-26.

Laidley, Thomas (2013): »Climate, Class and Culture: Political Issues as Cultural Signifiers in the US«, in: The Sociological Review, 61. Jg., Nr. 1, S. 153-171.

Lang, Miriam (2017): »Den globalen Süden mitdenken! Was Migration mit imperialer Lebensweise, Degrowth und neuem Internationalismus zu tun hat«, in: Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies, 3. Jg., Nr. 1, S. 179-190.

Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin: Hanser.

Massuh, Gabriela/Fornillo, Bruno/Moreno, Camila/Brand, Ulrich (2021): »The Imperial Mode of Living wins until its own death. On green capitalism and the struggles of social movements at its margins«, in: Journal für Entwicklungspolitik, 37. Jg., Nr. 4, S. 27-43.

Mühlbauer, Josef/Gabriel, Leo Xavier (Hg.) (2022): Zur Imperialen Lebensweise, Wien: Mandelbaum Verlag.

Periskop/I.L.A. Kollektiv/Imperiale Lebensweisen und solidarische Alternativen Kollektiv (Hg.) (2019): Von A wie Arbeit bis Z wie Zukunft. Arbeiten und Wirtschaften in der Klimakrise, Wien/Berlin: Selbstverlag.

Riexinger, Bernd (2020): System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal – Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können, Hamburg: VSA.

Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg: Junius Verlag.

Stern, Nicolas H./Britische Regierung (2006): Stern-Report, Cambridge: Cambridge University Press.

Wichterich, Christa (2021): »Covid-19, Care und die Krise als Chance. Zur Aktualisierung des Konzepts der imperialen Lebensweise«, in: PROKLA 205, 51. Jg., Nr. 4, S. 755-766.

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld: transcript Verlag.

Wissen, Markus/Brand, Ulrich (2019): »*Working-class environmentalism* und sozial-ökologische Transformation. Widersprüche der imperialen Lebensweise«, in: WSI-Mitteilungen, 72. Jg., Nr. 1, S. 39-47.

Inwertsetzung, Kommodifizierung und Finanzialisierung

Anne Tittor

Inwertsetzung, Kommodifizierung und Finanzialisierung sind Schlüsselbegriffe, um aus einer politökonomisch informierten Perspektive die Veränderungen und → Konflikte rund um → gesellschaftliche Naturverhältnisse zu verstehen. Folglich basieren auch innerhalb des politökonomischen Strangs der Politischen Ökologie viele Analysen auf ihnen. Inwertsetzung und Kommodifizierung beschreiben den Prozess, wie (Teile von) → Natur eingehegt, als Ressource definiert und zur Ware werden, um sie schließlich (meist) auf dem Weltmarkt zu veräußern. Finanzialisierung fasst eine bestimmte Unterform dieser Zurichtung auf den Weltmarkt: eine, die auf Finanzmärkte ausgerichtet ist. An diesen werden aber nicht nur Waren an sich, sondern vor allem als Waren kodifizierte Anrechte auf (zukünftige) Produkte und Gewinne gehandelt, mitunter wird also mit Objekten spekuliert, die es noch nicht gibt. Alle drei Begriffe werden nicht immer trennscharf verwendet und außerdem uneinheitlich übersetzt. Im Folgenden wird zunächst die Begriffsgeschichte beleuchtet, um dann in Anlehnung an die beiden Politikwissenschaftler*innen Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf (1996) ein anschauliches Stufenmodell der Inwertsetzung von Natur vorzustellen, das sowohl den Prozesscharakter gut beschreibt und das Kommodifizierung und Finanzialisierung als Unterformen bzw. Stufen der Inwertsetzung fasst. Abschließend werden Beispiele wie Emissionshandel und Ökosystemdienstleistungen als Sonderformen der Inwertsetzung diskutiert und zusammengefasst, weshalb die Begriffe zentral für die (insbesondere politökonomische und neomarxistische Strömung innerhalb der) Politische Ökologie sind.

Zur Begriffsgeschichte von Inwertsetzung und Kommodifizierung

Inwertsetzung beschreibt die »Unterordnung von Gegenständen unter die Gesetze der Wertform und deren spezifische gesellschaftliche Gegenständlichkeit unter kapitalistischen Bedingungen« durch den Prozess des Zur-Ware-Werdens (Görg 2004: 1501). Der Begriff der Inwertsetzung ist im Prinzip dem der Kommodifizierung sehr ähnlich und wird immer wieder synonym mit Kommerzialisierung, Monetarisierung und bisweilen auch Ökonomisierung gebraucht. Mal wird das englische *commodification* mit Inwertsetzung, mal mit Kommodifizierung, einmal mit Zur-Ware-Werden übersetzt.

Insofern liegt der Unterschied zwischen den Begriffen erst mal in der Wortherkunft: Wortbestandteil von Inwertsetzung ist der Wert und folglich ist eine gewisse

Nähe zur Wertform-Debatte[1] nicht zu leugnen, während der der Kommodifizierung die Ware (commodity) enthält. Der Begriff *Kommodifizierung* beschreibt den Prozess, wie Dinge Zur-Ware-Werden und damit Kapitalverwertungsinteressen unterworfen werden können. Kommodifizierung entstand vermutlich durch Übernahme einer englischen Neubildung, die in den 1970er Jahren in Umlauf gesetzt wurde, um den von Marx geprägten Begriff des Zur-Ware-Werdens zu übersetzen (Haug 2010: 1243). Als Rückimport legte sich nach und nach Kommodifizierung über das deutsche Original. Dabei wird die analytische Verwendung des Begriffs Kommodifizierung oft dem österreichisch-ungarischen Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi zugeschrieben, der damit den politischen Akt der ›Entbettung‹ (Polanyi 1977 [1944]) bestimmter gesellschaftlicher Bereiche aus der Gesellschaft und ihrer Überantwortung an den Markt beschrieb (bei ihm vor allem die Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital)[2]. Historisch bildete sich eine gesellschaftliche Gegenbewegung, die versucht, die zerstörerische Wirkung des Marktes auf die Gesellschaft abzuschwächen und sie damit zu ›dekommodifizieren‹. Gesellschaftliche Entwicklungen lassen sich dann als Pendelbewegung zwischen Kommodifizierung und Dekommodifizierung analysieren, so beispielsweise auf dem Feld der Sozialpolitik (Esping-Andersen 1990) oder der Gesundheitspolitik (Tittor 2012). Während Dekommodifizierung ein (vor allem in der Wohlfahrtsstaatsforschung) verbreitetes Konzept ist, ist der Gegenbegriff zu Inwertsetzung, die Außerwertsetzung (Godt 2004: 207; Haug 2010: 1245), eher selten anzutreffen.

Finanzialisierung hingegen ist ein junger Begriff. Ganz allgemein beschreibt er einen der zentralen Trends in der aktuellen Entwicklung des globalen Kapitalismus: »die zunehmende Rolle von Finanzmotiven, Finanzmärkten, Finanzakteuren und Finanzinstitutionen in der Funktionsweise der nationalen und internationalen Wirtschaft« (Epstein 2005: 3). Seit 2008 haben Finanzialisierungsprozesse von Nahrung (→ Ernährungssouveränität), Land und Natur immer mehr Aufmerksamkeit auf sich gezogen (Simon/Tittor 2014): Von der Spekulation mit Nahrungsmitteln über die Beteiligung institutioneller Investor*innen an exorbitanten Landgeschäften (→ Landkonflikte) bis hin zum Handel mit Verschmutzungsrechten auf den Finanzmärkten hat die zunehmende Einbindung der Finanzwelt eine neue Dynamik entfacht. In Bezug auf Lebensmittel führt Finanzialisierung zu Prozessen der Verbriefung und neuen Anlagevehikeln, die die Grenzen zwischen Finanz- und Agrarsektoren verschwimmen lassen. Wichtige → Akteure des Feldes sind neben den großen Agrarunternehmen zunehmend auch Hedge- und Pensionsfonds, Investmentbanken und die Immobilienwirtschaft (Clapp et al. 2017: 180ff.). Zugleich boomen aber auch (Rück-)Versicherungsgeschäfte auf Grund von klimawandelinduzierten Extremwetterereignissen (Mauelshagen 2013: 264; Collier et al. 2021). Eine Handvoll international

1 Die Wertform-Debatte geht auf Karl Marx Analyse des Verhältnisses zwischen Waren und Geld zurück. Dabei arbeitete Marx heraus, dass Dinge nicht nur einen Gebrauchswert haben, sondern als Waren einen Tauschwert entwickeln, der in der kapitalistischen Gesellschaft in einem komplexen Prozess einen spezifischen Wert und Preis annimmt. Wie dieser Prozess sich historisch und abstrakt logisch vollzieht, davon handelt die Wertform-Debatte (vgl. dazu Heinrich 2004: 104ff.).

2 Allerdings ist im Polanyis Hauptwerk *The Great Transformation* in der Fassung von 1944 von »*commercialization*« die Rede, und in der deutschen Übersetzung (1977) von »Kommerzialisierung« (Haug 2010: 1243).

agierender Konzerne versichert Haushalte, Konzerne und Staaten gegen bestimmte Extremwetterereignisse und drängt darauf, den Zahlungsfall eng zu definieren. Erneut zeigt sich hier die Wirkkraft ungleicher → Machtverhältnisse: Transnationale Konzerne verdienen Milliarden mit dem Abschluss von Versicherungen gegen Extremwetterereignisse, so genannten Wetterfutures und verkaufen Entwicklungsländern, die nahezu nichts zur Klimakrise beigetragen haben, jetzt Zertifikate, um ihre vulnerablen Infrastrukturen zu versichern (Klein 2015: 18).

Stufen der Inwertsetzung von Natur

In Verbindung mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen wird Inwertsetzung häufiger verwendet als Kommodifizierung bzw. wird Kommodifizierung als ein Zwischenschritt der Inwertsetzung verstanden (Altvater 1987; Altvater/Mahnkopf 1996; Brand/Görg 2003; Görg 2004). Bezogen wird der Begriff dabei meist auf zuvor wenig intensiv genutzte Räume und Flächen. Inwertgesetzt werden beispielsweise der Regenwald in Amazonien (Altvater 1987), Biodiversität (Kehl/Sauter 2014) oder die Art der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern des Globalen Südens im Rahmen von REDD+ (*Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation*)[3] (Hackfort 2012).

> »Kommodifizierung und Monetarisierung sind notwendige Begleiterscheinungen, wo die Warenförmigkeit von Natur und ihre Bewertung in Geldeinheiten einen notwendigen Teilschritt zur Inwertsetzung darstellen. Inwertsetzung selbst geht darüber hinaus, insofern sie erst durch die Konstitution der Waren für den kapitalistischen Weltmarkt und ihre Subsumtion unter die Bedingungen der Kapitalverwertung einen Abschluss findet« (Görg 2004: 1504).

Inwertsetzung ist sowohl bei Altvater und Mahnkopf als auch bei Brand und Görg stets damit verbunden, dass die Waren nicht nur auf lokalen Märkten, sondern auf dem Weltmarkt gehandelt werden. Damit ist eine so verstandene Inwertsetzung eine Variante der fortgesetzten → ursprünglichen Akkumulation. Altvater und Mahnkopf (1996: 376ff.) haben ein Stufenmodell der Inwertsetzung erstellt, das sich sehr gut eignet, um den Prozess und seine Verwobenheit mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu verstehen – und damit ein zentrales Anliegen der Politischen Ökologie:

1. Zunächst muss ein Teil von Natur als inwertzusetzende ›Ressource‹ betrachtet und als solche identifiziert werden. Dabei prallen oft unterschiedliche Naturverständnisse aufeinander: Während Unternehmen und Regierungen Natur als ausbeutbare Ressource, die ›Entwicklung‹ bzw. Profite verspricht, wahrnehmen, sehen Indigene Gruppen darin oft in erster Linie ihr Territorium, das sie seit Generationen versorgt (konfligierenden Naturverständnisse sind ein Kernthema der Politischen Ökologie, vgl. dazu beispielsweise Berghöfer et al. 2010; Cremers/Dueholm Rasch 2016).

3 Bei REDD+ handelt es sich um ein internationales Programm, das die Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern anstrebt (vgl. zu Zielen, Konflikten und Auswirkungen Hackfort 2012).

2. Die Identifizierung der Ressourcen geht oft mit deren Exploration und der Abschätzung ihres ökonomischen Potentials einher. Hierbei kommen oft wissenschaftliche Techniken wie Probebohrungen oder Satellitenaufnahmen zum Einsatz, aber auch die Mobilisierung bzw. Aneignung Indigenen Wissens beispielsweise über Heilpflanzen.
3. Um die Ressourcen aneignen zu können, ist deren Herauslösung bzw. Herauslösbarkeit aus dem Umfeld notwendig; ein wesentlicher Schritt ist die Definition und Fixierung von Eigentumsrechten, z.B. Landtiteln sowie deren staatliche Verifizierung oder Vergabe von Konzessionen (z.B. zur Holzextraktion). Dies erzeugt bzw. verstärkt oftmals Landkonflikte, die mitunter Ausdruck kolonialer Kontinuitäten sind (auch dies ist ein Kernthema Politischer Ökologie; vgl. z.B. Wainwright/Zempel 2018).
4. Die Ressourcen müssen aus dem Umfeld extrahiert werden, zum Teil durch eine (Zer)Störung der Umwelt, beispielsweise durch Herausholen des ›wertvollen‹ Gesteins aus der Mine unter anderem mit Hilfe von Chemikalien. Dies erzeugt oder verstärkt Konflikte um Land- und Ressourcennutzung und schränkt konkurrierende Nutzungen ein bzw. verunmöglicht sie, wie beispielsweise kleinbäuerliche Landwirtschaft rund um die Mine, weil diese zu viel Wasser extrahiert oder kontaminiert (→ Extraktivismus).
5. Der nächste Schritt umfasst die Kommodifizierung, das heißt, etwaige Hindernisse für den rein ökonomischen Gebrauch der Ressource werden beseitigt und die Infrastruktur bereitgesellt, um die Ressource handelbar zu machen, zu transportieren und auf dem nationalen oder globalen Markt zu veräußern. Dazu kann eine Weiterverarbeitung erfolgen. Konflikte können in diesem Zuge um Infrastrukturprojekte, um Arbeitsbedingungen oder auch um die Bedingungen des Verkaufs erfolgen.
6. Der letzte Schritt bedeutet eine Monetarisierung, die nach den Regeln des Weltmarktes verläuft. Sie findet entweder auf dem nationalen oder dem internationalen Markt statt (Altvater/Mahnkopf 1996: 379). Dabei kann zusätzlich auch eine Finanzialisierung der Ressource erfolgen.

Stärken und Schwächen des Stufenmodells der Inwertsetzung aus Sicht der Politischen Ökologie

Insgesamt verdeutlicht dieses Stufenmodell, dass die Inwertsetzung von Natur stets auch ein politisches Projekt ist. Damit nimmt es ein Kernanliegen der Politischen Ökologie auf, nämlich zu zeigen, dass sich ökologischer Wandel nicht einfach vollzieht, sondern dass konkrete Akteure auf Grund ihrer Interessen diesen Wandel einleiten und prägen und dazu spezifische Narrative entwickeln. Darum entwickeln sich meist Konflikte, oftmals formiert sich Widerstand. Der Prozess wäre ohne staatlichen Eingriff, der die Interessen privater Akteure absichert, nicht durchsetzbar. Zudem hat Inwertsetzung hohe wissenschaftlich-technische Voraussetzungen; auch die kulturelle Akzeptanz schrankenloser Ausbeutung der Natur ist genauso wenig gegeben wie die Möglichkeit der Patentierung von Lebensformen. Beide sind vielmehr Kristallisationspunkte von Konflikten und Widerständen, durch die hindurch sich der Prozess der Inwertsetzung erst durchsetzt (Görg 2004: 1506).

Allerdings kann das Stufenmodell die Tatsache nicht fassen, dass beispielsweise bei Waren-Termingeschäften mit einer Ernte gehandelt wird, bevor sie überhaupt

ausgesät ist. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass Finanzialisierung nicht immer der letzte Schritt der Inwertsetzung ist, sondern diese kann selbst zum Treiber werden, der die Erzeugung von Waren beeinflusst und weitere Inwertsetzungen nach sich zieht.

Das vorgestellte Stufenmodell eignet sich gut, um die Inwertsetzung von (Teilen von) Natur zu verstehen, insbesondere in den Fällen, in denen es um Extraktion von Ressourcen im klassischen Sinne geht. Nun werden aber im Rahmen internationaler Klimapolitik in den letzten Jahren auch eine Reihe von Aspekten von Natur inwertgesetzt, wo Nebenprodukte aus der Produktion, z.B. CO_2, in handelbare Emissionszertifikate umdefiniert werden oder im Rahmen des Programms REDD+ Wälder als CO_2-Senke inwertgesetzt werden (Seiwald/Zeller 2011). Aus einer kritischen Perspektive lässt sich REDD+ als eine Strategie kapitalistischer Inwertsetzung von Natur interpretieren, die unmittelbar verändernden Einfluss auf die Bereitstellung und den Zugang zu der Ressource Natur hat und mit der Durchsetzung neuer Rechts- und Eigentumsverhältnisse verbunden ist (Hackfort 2012: 2). Demzufolge sind heftige Konflikte um REDD+ entbrannt und der Mechanismus wird von vielen Akteuren im Globalen Süden zurückgewiesen.

Auch die konzeptionelle Grundlage der (umstrittenen) Idee von Ökosystemdienstleistungen, wie beispielsweise die Bepreisung des Beitrags einzelner Insektenarten für spezifische Ökosysteme, ist eine Inwertsetzung von Natur. Hier wird angestrebt, die gesellschaftliche ›Kostenblindheit‹ (→ Externalisierung) gegenüber der biologischen Vielfalt zu überwinden, indem der ökonomische Wert von Natur mithilfe geeigneter Bewertungsverfahren möglichst präzise beziffert, das heißt in monetäre Werte übersetzt wird (Kehl/Sauter 2014: 13). Vom oben genannten Stufenmodell weichen Ökosystemdienstleistungen vor allem in Punkt 4 ab, weil sie nicht physikalisch aus der sie umgebenen Umwelt herausgenommen werden; dennoch werden die einzelnen Elemente im abstrakten Sinne aus ihrer Umwelt entfernt und im Prozess und zum Zwecke der Inwertsetzung wird ihre komplexe Einbettung in Ökosysteme und biophysikalische Prozesse dabei ausgeblendet und hierarchisiert – es geht nicht mehr um Emissionen als solche, sondern die Debatte wird auf einen Stoff, z.B. $CO_{2,}$ verengt, bzw. Bienen werden auf Grund ihrer ›Dienstleistung‹ der Bestäubung einer bestimmten gewünschten Pflanzensorte, das heißt hinsichtlich des Nutzens für den Menschen, bewertet. Dennoch stoßen diese Versuche einerseits auf massive Kritik, die infrage stellt, ob Natur oder Teile von Ökosystemen überhaupt Kapitalverwertungsinteressen unterworfen werden sollten, andererseits auch auf Probleme wie bislang unbekannte Ökosystemdienstleistungen quantifiziert werden können (Görg 2016: 110).

Fazit

Zusammenfassend zeigt sich, dass Inwertsetzung, Kommodifizierung und Finanzialisierung wichtige Konzepte sind, um zu analysieren, wie gesellschaftliche Naturverhältnisse sich ändern, genauer, wie Aspekte von Natur Prozessen von Zur-Ware-Werden und Kapitalverwertungsinteressen unterworfen werden. Aus der Perspektive der Politischen Ökologie wird dabei insbesondere das Augenmerk darauf gerichtet, dass diese Prozesse meist umkämpft sind und verschiedene Akteure, eingebettet in ungleiche Macht- und Herrschaftsverhältnisse, um diese Prozesse, ihre Ausgestaltung, ihre Formen und Grenzen ringen.

Literatur

Altvater, Elmar (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien, Hamburg: VSA.

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Berghöfer, Uta/Rozzi, Ricardo/Jax, Kurt (2010): »Many Eyes on Nature: Diverse Perspectives in the Cape Horn Biosphere Reserve and Their Relevance for Conservation«, in: Ecology and Society, 15. Jg., Nr. 1, Artikelnr 18.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Clapp, Jennifer/Isakson, Ryan S./Visser, Oane (2017): »The complex dynamics of agriculture as a financial asset: introduction to symposium«, in: Agriculture and Human Values, 34. Jg., S. 179-183.

Collier, Stephen J./Elliott, Rebecca/Lehtonen, Turo-Kimmo (2021): »Climate change and insurance«, in: Economy and Society, 50. Jg., Nr. 2, S. 158-172.

Cremers, Gijis/Dueholm Rasch, Elisabet (2016): »›El dios dinero es el que manda: Nature as a Field of Force in the Western Highlands of Guatemala«, in: fiar. forum of inter-american research, 9. Jg., Nr. 2, S. 72-93.

Epstein, Gerald (2005): Financialization and the World Economy, Cheltenham: Edward Elgar.

Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton/New York: Princeton University Press.

Godt, Christine (2004): »Von der Biopiraterie zum Biodiversitätsregime – Die sog. Bonner Leitlinien als Zwischenschritt zu einem CBD-Regime über Zugang und Vorteilsausgleich«, in: Zeitschrift für Umweltrecht, 15. Jg., Nr. 4, S. 202-212.

Görg, Christoph (2004): »Stichwort: Inwertsetzung«, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.): Imperium bis Justiz, Berlin: Argument-Verlag, S. 1502-1506.

Görg, Christoph (2016): »Inwertsetzung von Natur«, in: Sybille Bauriedl (Hg.): Wörterbuch Klimadebatte, Bielefeld: transcript, S. 109-115.

Hackfort, Sarah (2012): »Machtkämpfe im Paradies – Mit REDD+ zwischen Klimaschutz und Landkonflikten in Chiapas, Mexiko«, https://www.uni-kassel.de/forschung/clima/publikationen/clima-buchreihe (Zugriff 04.06.2021).

Haug, Wolfgang (2010): »Stichwort: Kommodifizierung«, in: Wolfgang Fritz Haug/Frigga Haug/Peter Jehle (Hg.): Knechtschaft bis Krise des Marxismus, Berlin: Argument-Verlag, S. 1243-1255.

Heinrich, Michael (2004): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. 2. Aufl., Stuttgart: Schmetterling.

Kehl, Christoph/Sauter, Arnold (2014): »Inwertsetzung von Biodiversität«, in: TAB/Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (Hg.): TAB-Arbeitsbericht Nr. 161, Berlin: TAB.

Klein, Naomi (2015): Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima, Frankfurt a.M.: Fischer.

Mauelshagen, Franz (2013): »Ungewissheit in der Soziosphäre: Risiko und Versicherung im Klimawandel«, in: Roderich von Detten/Fenn Faber/Martin Bemmann

(Hg.): Unberechenbare Umwelt. Zum Umgang mit Unsicherheit und Nicht-Wissen, Wiesbaden: Springer VS, S. 253-269.

Polanyi, Karl (1977 [1944]): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Wien: Europaverlag.

Seiwald, Markus/Zeller, Christian (2011): »Die finanzielle Inwertsetzung des Waldes als CO_2-Senke: Nutzungsrechte und Nutzungskonflikte im Rahmen der nationalen Entwicklungsstrategie in Ecuador«, in: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, 31. Jg., Nr. 124, S. 421-446.

Simon, Jenny/Tittor, Anne (2014): »The Financialisation of Food, Land, and Nature«, in: Journal für Entwicklungspolitik, 30. Jg., Nr. 2, S. 4-15.

Tittor, Anne (2012): Gesundheitspolitik in Lateinamerika. Konflikte um Privatisierung des Gesundheitswesens in Argentinien und El Salvador, Baden-Baden: Nomos.

Wainwright, Joel D./Zempel, Christopher L. (2018): »The Colonial Roots of Forest Extraction: Rosewood Exploitation in Southern Belize«, in: Development and Change, 49. Jg., Nr. 1, S. 37-62.

Konflikt

Kristina Dietz und Bettina Engels

Konflikte sind in allen sozialen Beziehungen und Gesellschaften allgegenwärtig. Konflikte sind Ausdruck von Antagonismen, die den Produktionsverhältnissen und sozialen Hierarchie- und Ungleichheitsverhältnissen (Geschlecht, Klasse, ›*race*‹ und andere) inhärent sind (Laclau/Mouffe 1985). Sie lassen sich als eine durch Macht strukturierte soziale Beziehung zwischen mindestens zwei individuellen oder kollektiven Akteuren mit widersprüchlichen Interessen, Zielen oder Bedürfnissen verstehen. Das Vorhandensein einer sozialen Beziehung zwischen den Akteuren setzt nicht notwendigerweise voraus, dass die Beteiligten sich gegenseitig persönlich kennen: Die wenigsten Landlosen und Kleinbäuer*innen kennen die Führungskräfte eines multinationalen Bergbauunternehmens, das Landflächen aufkauft, um eine Goldmine zu errichten – und andersherum.

Widersprüchliche Interessen, Ziele oder Bedürfnisse konstituieren latente Konflikte. Diese resultieren potenziell, jedoch nicht notwendigerweise, in sozialem Handeln: das heißt, nicht alle Konflikte werden manifest. Denn nicht immer nehmen Akteure politische Entscheidungen, die ihren eigenen Zielen und Bedürfnissen entgegenstehen, als solche wahr, und asymmetrische Machtverhältnisse bedingen vielfach, dass Akteure nicht über geeignete Mittel für individuelles oder kollektives Handeln verfügen. Wenn widersprüchliche gesellschaftliche Verhältnisse, politische Entscheidungen und ihre Wahrnehmung durch die Akteure in Handeln resultieren, besteht ein manifester Konflikt (Dietz/Engels 2014). Manifeste Konflikte sind Akte sozialen Handelns, in denen es zu einer Interaktion kommt. Das unterscheidet Konflikte von Widerstand, der nicht notwendigerweise Interaktion voraussetzt (Hollander/Einwohner 2004). Die Entstehung manifester Konflikte etwa zwischen einem Bergbauunternehmen und lokalen Landnutzer*innen ist abhängig davon, wie die von der Ausweitung des Bergbaus betroffenen Landnutzer*innen die Öffnung einer Mine wahrnehmen und bewerten, z.B. als ungerecht, ihre Lebensgrundlagen zerstörend oder in einer anderen Form benachteiligend. Wahrnehmungen, Interpretationen und Bedeutungszuschreibungen gehen sozialem Handeln in Konflikten voraus. Dieses schließt eine Vielfalt an Handlungsweisen ein, auch physische Gewalt, ist aber nicht auf diese beschränkt. Welche Handlungsoptionen und -mittel den Akteuren zur Verfügung stehen, ist abhängig von ihren sozialen Positionen und Machtressourcen sowie historischen und politisch-institutionellen Bedingungen, die den Konfliktkontext prägen. Wie Akteure tatsächlich handeln, ist abhängig von ihren durch Interessen geleiteten Zielen, auf welche Erfahrungen sie zurückgreifen sowie davon, welche Mittel sie für adäquat erachten und ihnen zur Ver-

fügung stehen, um ihre Ziele zu erreichen. Konflikte sind als solche keineswegs negativ, sondern zunächst einfach Ausdruck ubiquitärer gesellschaftlicher Antagonismen. Sie können ursächliches Moment für gesellschaftlichen Wandel sein, auch wenn sie nicht immer darin resultieren (Turner 1975).

Konflikt in der Politischen Ökologie

Das Feld der Politischen Ökologie zeichnet sich durch seine Vielfalt an Themen und theoretischen Perspektiven aus. Quer zu allen epistemologischen und analytischen Ansätzen stellen Konflikte einen thematischen Schwerpunkt politisch-ökologischer Analysen dar. Paul Robbins (2004: 14) nennt Konflikte als einen von fünf zentralen Gegenständen der Politischen Ökologie neben Degradierung und Marginalisierung, Naturschutz und Kontrolle, umweltbezogenen Subjekten und Identität sowie politischen Objekten und Akteuren (vgl. Le Billon 2015). Joan Martínez-Alier (2002) beschreibt Politische Ökologie als die Erforschung von ökologischen Verteilungskonflikten. Politisch-ökologische Konfliktanalysen richten den Blick auf die Verteilung des Zugangs zu und der Kontrolle über natürliche Ressourcen, die Verteilung ökologischer Risiken, auf gesellschaftliche Formen der Aneignung von Natur (Markt vs. Staat vs. kommunitär), auf Naturschutz, die Repräsentation und Deutung von Natur sowie auf die Anerkennung und Bewertung unterschiedlichen Wissens (Peluso/Watts 2001; Escobar 2006). Natur und ökologische Krisen wie der Klimawandel, der Verlust der biologischen Vielfalt, die Kontamination von Flüssen oder Meeren werden nicht als ›Umweltprobleme‹ verstanden und einer dem Gesellschaftlichen äußerlichen Sphäre zugeschrieben, sondern als in soziale Verhältnisse eingeschrieben und notwendigerweise politisch verstanden (Bailey/Bryant 1997). Damit richtet sich das Erkenntnisinteresse auf die von Macht strukturierten politischen Prozesse, in denen die Aneignung von, der Zugang zu und die Zerstörung von Natur verhandelt werden.

Konflikte um den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen wie Land, → Wasser, Wälder und → Rohstoffe sind im Kontext globaler polit-ökonomischer und geopolitischer Transformationen zu einem zentralen Forschungsgegenstand innerhalb der Politischen Ökologie geworden. Aneignungen der Kontrolle über große Flächen von Land (→ Land Grabbing) mit dem Ziel der Spekulation oder der Ausweitung agrarindustrieller Produktion sowie des Bergbaus führen weltweit zu Konflikten auf unterschiedlichen Ebenen (Bebbington et al. 2008; Bebbington/Bury 2013; Engels/Dietz 2017; Rodríguez-Labajos/Özkaynak 2017). Beispiele sind zahlreiche Proteste unterschiedlicher sozialer Gruppen und kollektiver, überwiegend nichtstaatlicher und nicht privatwirtschaftlicher Akteure (→ Akteure, soziale Bewegungen) gegen den Verlust des Zugangs zu natürlichen Ressourcen, die wachsende Konzentration des Besitzes von und der Kontrolle über Land in den Händen landbesitzender Eliten und transnationaler Unternehmen, die ungleiche Verteilung der Einnahmen aus der Rohstoffausbeutung sowie die ökologischen Folgen einer profitgetriebenen Naturausbeutung. Analysen aus politisch-ökologischer Perspektive arbeiten die unterschiedlichen Dimensionen von Macht, die Handlungsmöglichkeiten und -strategien unterschiedlicher Akteure sowie die multiskalaren Verflechtungen in Konflikten um Natur heraus. Nancy Peluso und Michael Watts (2001: 5) verstehen Konflikt in diesem Sinne als ein kontingentes, in der Geschichte und in Machtverhältnissen verankertes soziales Phänomen, das in

Beziehung zu übergeordneten materiellen Transformationen und Machtverhältnissen steht und nur durch die Analyse dieser Beziehung verstanden werden kann (vgl. auch Dietz/Engels 2020).

Über die materiellen Grundlagen von Natur und ihre gesellschaftliche Aneignung hinaus spielen sich widersprechende Ideen über das Verhältnis von Gesellschaft und Natur und damit verbundene Repräsentationen von Natur eine wichtige Rolle in Konflikten (Escobar 2008; Ulloa 2018). Dies zeigt sich etwa in Konflikten um klimapolitische Programme wie REDD+ (*Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation in Developing Countries*), bei denen die Fähigkeit von Wäldern CO_2 zu binden als Ökosystemleistung bewertet und monetarisiert wird (Kill 2014). Dieser neoklassischen Vorstellung von Natur als Kapital stehen feministische, Indigene und agrarökologische Perspektiven (→ Feministische Politische Ökologie) gegenüber, die auf Reziprozität, Sorgeprinzipien und der Anerkennung der Reproduktionsbedingungen der Natur (→ (Re)Produktivität) basieren.

Politische Ökologie ist ein normatives Forschungsfeld mit dem Ziel, die den ökologischen Krisen zugrundeliegenden Machtverhältnisse zu analysieren und zu verändern. Die Veränderung von Institutionen, ihre Zerstörung und Neugestaltung muss sich aus dieser Sicht auch auf die institutionellen Formen der Ausbeutung, Aneignung und Nutzung von Natur richten. Eine Strategie hierbei ist die Politisierung ökologischer Krisen, das heißt ihre Rückbindung an gesellschaftliche und polit-ökonomische Verhältnisse.

Hieran anknüpfend fragen Forscher*innen im Feld der Politischen Ökologie in empirischen Analysen danach, inwiefern Konflikte um Natur zu darüberhinausgehenden Veränderungen der gesellschaftlichen Institutionen führen können und wie weitreichend diese gegebenenfalls sein können (Dietz 2017; Scoones et al. 2017; Temper et al. 2018). Einige argumentieren, dass etwa Proteste gegen die Fortsetzung der Kohleverstromung, den Ausbau einer Autobahn oder den Abbau von Lithium zum Ausbau der E-Mobilität (→ Mobilität; → Industrielle Politische Ökologie) bewusst oder unbewusst institutionelle Veränderungen auslösen, die über den eigentlichen Konfliktgegenstand hinausweisen (Conde 2017; Scheidel et al. 2018). Andere halten dagegen, dass solche Proteste keineswegs notwendigerweise zu einem Wandel der bestehenden → gesellschaftlichen Naturverhältnisse führen. Hinzu kommt, dass auch in Konflikten um Bergbau oder die Ausweitung von Windparks vielfach ›*Not in my backyard*‹ (NIMBY)-Positionen bestehen, die darauf zielen, herrschende Muster der (Re)Produktion und Naturaneignung zu erhalten, nicht sie zu verändern (Avcı 2017; Rodríguez-Labajos/Özkaynak 2017).

Fazit

Die Analyse von Konflikten ist ein konstitutiver Bestandteil der Politischen Ökologie. Mit der Politisierung ökologischer Krisen durch die Thematisierung von Konflikten um Natur wenden sich Autor*innen aus dem Bereich der Politischen Ökologie gegen Positionen, die einen als den Gesellschaften vermeintlich externen Umweltwandel und damit verbundene Ressourcenverknappung als ursächlich von Konflikten darstellen (z.B. Homer-Dixon 1999). Demgegenüber stellen politisch-ökologische Forschungen strukturelle Ungleichheiten, die Widersprüche und Machtverhältnisse, die

Gesellschaften prägen, in den Mittelpunkt von Analysen von Konflikten um Natur. Ökologische Krisen und Knappheit sind aus ihrer Sicht durch die bestehenden sozialen Verhältnisse bedingt und werden durch Ebenen übergreifende politische Entscheidungen forciert. Forscher*innen und Aktivist*innen im Feld der Politischen Ökologie verwenden Begriffe wie Umwelt- oder (sozial-)ökologische Konflikte, um damit den Bezug dieser Konflikte zu Umwelt, Ökologie oder natürlichen Ressourcen zu betonen (Martínez-Alier 2002; Nims 2005; Zhouri 2014; Calvário et al. 2017). Dabei besteht jedoch ein Risiko, dass diese Begriffe in einer naturalistischen Weise, die Umwelt als extern von Gesellschaften konzeptualisiert, missverstanden werden können. Uns erscheint es deshalb präziser, von sozialen Konflikten um Natur, ökologische Krisen und deren politische Bearbeitung zu sprechen. Denn schließlich besteht das Kernanliegen der Politischen Ökologie darin, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse theoretisch zu denaturalisieren – dies gilt für die politisch-ökologische Forschung zu Konflikten gleichermaßen.

Literatur

Avcı, Duygu (2017): »Mining conflicts and transformative politics: A comparison of Intag (Ecuador) and Mount Ida (Turkey) environmental struggles«, in: Geoforum, 84. Jg., S. 316-325.

Bebbington, Anthony/Abramovay, Ricardo/Chiriboga, Manuel (2008): »Social Movements and the Dynamics of Rural Territorial Development in Latin America«, in: World Development, 36. Jg., Nr. 12, S. 2874-2887.

Bebbington, Anthony/Bury, Jeffrey (2013): Subterranean Struggles. New Dynamics of Mining, Oil, and Gas in Latin America, Austin: University of Texas Press.

Bailey, Sinéad/Bryant, Raymond L. (1997): Third World Political Ecology, London/New York: Routledge.

Calvário, Rita/Velegrakis, Giorgos/Kaika, Maria (2017): »The Political Ecology of Austerity: An Analysis of Socio-environmental Conflict under Crisis in Greece«, in: Capitalism Nature Socialism, 28. Jg., Nr. 3, S. 69-87.

Conde, Marta (2017): »Resistance to Mining. A Review«, in: Ecological Economics, 132. Jg., S. 80-90.

Dietz, Kristina (2017): »Kämpfe um Bergbau und die Möglichkeiten demokratischer Transformation. Der Fall La Colosa in Kolumbien«, in: PROKLA 189, 47. Jg., Nr. 4, S. 535-551.

Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2014): »Immer (mehr) Ärger wegen der Natur? – Für eine gesellschafts- und konflikttheoretische Analyse von Konflikten um Natur«, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 43. Jg., Nr. 1, S. 73-90.

Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2020): »Analysing land conflicts in times of global crises«, in: Geoforum, 111. Jg., S. 208-217.

Engels, Bettina/Dietz, Kristina (Hg.) (2017): Contested Extractivism, Society and the State. Struggles over Mining and Land, London: Palgrave Macmillan.

Escobar, Arturo (2006): »Difference and Conflict in the Struggle Over Natural Resources: A political ecology framework«, in: Development, 49. Jg., Nr. 3, S. 6-13.

Escobar, Arturo (2008): Territories of Difference. Place, Movements, Life, Redes, Durham/London: Duke University Press.

Hollander, Jocelyn A./Einwohner, Rachel L. (2004): »Conceptualizing Resistance«, in: Sociological Forum, 19. Jg., Nr. 4, S. 533-554.
Homer-Dixon, Thomas F. (1999): Environment, Scarcity, and Violence, Princeton: Princeton University Press.
Kill, Jutta (2014): Economic Valuation of Nature. The Price to Pay for Conservation?, Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London: Verso.
Le Billon, Philippe (2015): »Environmental conflict«, in: Tom Perreault/Gavin Bridge/James McCharthy (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge, S. 598-608.
Martínez-Alier, Joan (2002): The Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.
Nims, Salma (2005): The Dynamics of Socio-Environmental Conflict of Land Reform in Jordan: A Political Ecology Perspective, EUI Working Paper RSCAS No. 2005/23, San Domenico de Fiesole: European University Institute.
Peluso, Nancy L./Watts, Michael (Hg.) (2001): Violent Environments, Ithaca/London: Cornell University Press.
Robbins, Paul (2004): Political Ecology. A Critical Introduction, Malden/Oxford/Carlton: Blackwell.
Rodríguez-Labajos, Beatriz/Özkaynak, Begüm (2017): »Environmental justice through the lens of mining conflicts«, in: Geoforum, 84. Jg., S. 245-250.
Scheidel, Arnim/Temper, Leah/Demaria, Federico/Martínez-Alier, Joan (2018): »Ecological distribution conflicts as forces for sustainability: an overview and conceptual framework«, in: Sustainability Science, 13. Jg., Nr. 3, S. 585-598.
Scoones, Ian/Edelman, Marc/Borras, Saturnino M./Hall, Ruth/Wolford, Wendy/White, Ben (2017): »Emancipatory rural politics: confronting authoritarian populism«, in: The Journal of Peasant Studies, 45. Jg., Nr. 1, S. 1-20.
Temper, Leah/Walter, Mariana/Rodriguez, Iokiñe/Kothari, Ashish/Turhan, Ethemcan (2018): »A perspective on radical transformations to sustainability: resistances, movements and alternatives«, in: Sustainability Science, 13. Jg., Nr. 3, S. 747-764.
Turner, Jonathan H. (1975): »Marx and Simmel Revisited: Reassessing the Foundations of Conflict Theory«, in: Social Forces, 53. Jg., Nr. 4, S. 618-627.
Ulloa, Astrid (2018): »Reconfiguring climate change adaptation policy: indigenous peoples' strategies and policies for managing environmental transformations in Colombia«, in: Silja Klepp/Libertad Chavez-Rodriguez (Hg.): A Critical Approach to Climate Change Adaptation. Discourses, Policies, and Practices, Oxon/New York: Routledge/Taylor & Francis Group, S. 222-237.
Zhouri, Andréa (2014): Mapping Environmental Inequalities in Brazil: Mining, Environmental Conflicts and Impasses of Mediation, Working Paper 75, Berlin: Desigualdades/International Research Network on Interdependent Inequalities in Latin America.

Materialität der Natur

Miriam Boyer und Sarah Hackfort

Der Begriff *Materialität der Natur* bezeichnet die stoffliche, physische Beschaffenheit der → Natur. Beispiele sind die Veränderungen der Durchschnittstemperaturen der Erde, die Mutation von Viren oder die Eigenschaft von Böden Kohlenstoff zu binden. Damit geht es um Phänomene, die heute in den modernen Wissenschaften fast ausschließlich von den Naturwissenschaften untersucht und theoretisiert werden. Die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit der stofflichen Materialität der Natur ist jedoch in Zeiten sich zuspitzender sozial-ökologischer Krisen sowohl politisch als auch analytisch von zunehmender Bedeutung. Die Entwicklung neuer Technologien, darunter neue Gentechniken, Geoengineering oder Kohlenstoffrecycling, erweitern die Möglichkeiten zur Veränderung und Inwertsetzung dieser Materialität für eine Vielzahl von Anwendungsfällen vom menschlichen Körper bis zur Biosphäre. Auch angesichts der Klima- und → Biodiversitätskrisen ergeben sich Fragen nach dem Verhältnis von stofflicher Natur zu sozialen Prozessen sowie der Möglichkeit und Reichweite gewollter und ungewollter menschlicher Eingriffe in natürliche Systeme. Die Beschäftigung mit der Materialität von Natur ist also wichtig, um sozial-ökologische Prozesse und Krisen in ihrer stofflichen Materialität zu erfassen und zum anderen die Wissensgrundlage zu schaffen für gesellschaftliche Suchprozesse und politisches Handeln. In diesem Beitrag stellen wir einige zentrale Konzepte in sozialwissenschaftlichen Debatten zur Materialität von Natur vor und kommentieren sie in ihrer Bedeutung für eine herrschaftskritische Politische Ökologie.

Sozialwissenschaftliche Verortungen

Der *material turn* bezeichnet in den Sozial- und Geisteswissenschaften eine Reaktion auf sozialkonstruktivistische Perspektiven auf Natur. In der semantischen Anlehnung an *matter* (Stoff) nehmen Vertreter*innen des Neuen Materialismus dabei weniger Bezug auf eine bestimmte philosophische Tradition des Materialismus als auf einen Begriff des Materiellen als Substanz. Dafür entwickeln sie Konzepte, die Materialität von Natur nicht als präexistent und universell fassen, sondern als Ergebnis menschlicher und nicht-menschlicher Praktiken und Interaktionen (→ mehr-als-menschliche Ansätze). Diese Debatten sind einflussreiche Strömungen z.B. für die feministische Theoriebildung, in der die Frage nach dem Stellenwert der ›Natürlichkeit‹ von Geschlecht und Körper jenseits dekonstruktivistischer Annahmen (repräsentiert etwa durch Ju-

dith Butler) nun wieder neu diskutiert wird (Alaimo/Hekman 2008; Löw et al. 2017). Einfluss haben diese Debatten auch für einige Strömungen der kritischen Humangeographie, in der sie rezipiert werden als »posthuman geographies« (Castree/Nash 2006).

Parallel dazu gibt es ältere Ansätze, die die stoffliche Beschaffenheit der Natur zu erfassen versuchen, wenn auch nicht unbedingt mit dem Begriff der Materialität. Im deutschen Sprachraum etwa das an die Kritische Theorie anknüpfende Konzept der → »gesellschaftlichen Naturverhältnisse« (Jahn/Wehling 1998; Görg 1999) oder im englischen Sprachraum einige andere Strömungen der kritischen Humangeographie, z.B. durch Konzepte wie ›ökologisch ungleicher Tausch‹ (Hornborg 2019). Im Gegensatz zum Neuen Materialismus ist diesen älteren Ansätzen gemeinsam, dass sie sich in unterschiedlichen Lesarten direkt oder indirekt auf den Materialismus von Karl Marx beziehen. Dieser geht erkenntnistheoretisch von der Existenz einer gesellschaftsunabhängigen Natur aus und begreift dabei zugleich das Verhältnis zur Natur als durch soziale Praktiken konstruiert (Marx 1990 [1845]: 533). Die stoffliche Natur wird hier im Verhältnis zur menschlichen → Arbeit immer wieder mitreflektiert: In der Produktion kann der Mensch »nur verfahren wie die Natur selbst, das heißt nur die Formen der Stoffe ändern« und wird dabei »beständig unterstützt von Naturkräften« (Marx 1975 [1867]: 57f.), wie etwa die »Fähigkeit des Wassers […] in Dampf überzugehen« (Marx 1971 [1894]: 656). Wurden in der Marxrezeption die stofflichen Dimensionen lange wenig anerkannt, hat die kontemporäre Forschung die Rolle der stofflichen Natur bei Marx ausführlich herausgearbeitet (Foster 2000; Moore 2015; Saito 2017). Allerdings wird immer noch darüber gestritten, wie das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft mit Marx konkret konzeptionell und methodisch zu fassen ist. So wird einerseits argumentiert, dass Mensch und Natur sich als unzertrennliche Einheit ›ko-produzieren‹ (Smith 2008; Moore 2015). Hier wird zudem die Aneignung der stofflichen Natur als kostenlose Kraft als entscheidend für die Schaffung von Mehrwert im Kapitalismus hervorgehoben. Andererseits wird verwiesen auf Marx' methodische Trennung zwischen gesellschaftlicher Form und der Natur, die aus einer Abstraktion von der stofflichen Natur im Zuge der Wertgleichsetzung im kapitalistischen Warentausch entspringt, sich im Kapital fortschreibt und als Bruch bzw. als »Riss im Stoffwechsel« zwischen der kapitalistischen Gesellschaft und der Natur interpretiert wird (Foster 2000: 155ff.; Saito 2017).

Zudem gibt es auch nicht-westliche akademische Konzeptionen der Materialität von Natur. Etwa das Konzept des *Territorio*, das aus den Praktiken und Kämpfen Indigener Gruppen und ihrer Bewegungen in Lateinamerika stammt und eine wichtige Rolle spielt in den dortigen Debatten zur Politischen Ökologie (Ulloa 2015). *Territorio* hat zunächst eine räumliche Dimension, die auf die Wiederaneignung eines Territoriums verweist (Porto-Gonçalves/Leff 2015: 72). Doch das Konzept geht darüber hinaus, indem es den gesamten Zusammenhang der Reproduktion lebendiger Natur mit einbezieht, etwa »das Land, das Wasser, die Wälder« (Colectivo Coa et al. 2014: 80f.) und indem es verschiedene stoffliche Dimensionen von Natur gleichzeitig und auch soziale Verhältnisse einschließt, darunter das kollektive Wissen, wie im *Territorio* gelebt und reproduziert wird (Colectivo Coa et al. 2014; Ulloa 2015). Dies steht im Kontrast zu den meisten westlichen wissenschaftlichen Annahmen über die Beschaffenheit von Natur, die das materiell-stoffliche der Natur vor allem als eine Vielzahl voneinander getrennter Elemente oder Qualitäten erfassen (z.B. durch Kategorisierungen wie ›Organismen‹ und ›Arten‹ oder mit Zuordnungen wie lebendige und nicht-lebendige Natur). Wie andere Begriffe, die aus sozialen Bewegungen stammen (etwa → Ernährungssouveräni-

tät), fungiert *Territorio* gleichzeitig auch als politische Kategorie, die explizit ein anderes, emanzipatorisches Verhältnis zur Natur zum Ausdruck bringen soll.

Diskussion zentraler Konzepte aus Perspektive der Politischen Ökologie

Trotz der oben genannten Zugänge zur Materialität von Natur gibt es nur wenig systematische begriffliche Beschäftigung damit in den Sozialwissenschaften. Eine Ausnahme ist z.B. der Ansatz des → sozialen Metabolismus (Fischer-Kowalski 1998). Insgesamt haben diese Diskussionen vielmehr einige metaphorische Konzepte hervorgebracht, die jeweils unterschiedliche disziplinäre wie erkenntnistheoretische Perspektiven einnehmen. Dazu gehören die Konzepte *Grenze* (1), *Hybride* (2) und *Agency* (3).

(1) Mit dem Begriff der natürlichen *Grenze* wird z.B. in der Agrarforschung auf eine Unveränderbarkeit der Natur verwiesen bzw. auf die Schwierigkeit, im Zuge der Industrialisierung der Landwirtschaft durch Züchtung die Lebenszyklen der Reproduktion von Nutztieren und Pflanzen den agrarindustriellen Erfordernissen anzupassen (Goodman 2001). Ferner wird das Konzept in der Umweltforschung genutzt, um ein ›Umschlagen‹ von Natur, also (negative) Veränderungen von stofflichen Qualitäten, aufzuzeigen. So etwa in den Debatten um die »Grenzen des Wachstums« (Meadows et al. 1972), die die Endlichkeit natürlicher Ressourcen als Beschränkung für wirtschaftliches Wachstum thematisieren. Oder im Konzept der »planetaren Grenzen« (Rockström et al. 2009), das biophysikalische und ökologische Schwellenwerte und Kipppunkte modelliert und deren Überschreiten problematisiert und zum Ausgangspunkt politischen Handelns macht. Eine ältere Generation ökomarxistischer Vertreter*innen verweist mit dem Konzept darauf, dass die Missachtung natürlicher Grenzen auch für den Kapitalismus eine systemische Grenze bedeuten könnte, indem dieser sich durch die Überschreitung seiner eigenen Grundlagen beraubt (O'Connor 1988; Überblick bei Dietz/Wissen 2009).

Gegen solch ein relativ statisches oder strukturtheoretisches Verständnis von Grenzen positionieren sich Arbeiten, die auf spezifische Praktiken verweisen, durch die Materialität der Natur reproduziert und ihre Grenzen rekonfiguriert werden. Dazu gehören Studien, die etwa die Grenzen zwischen ›wilder‹ und menschlich-beeinflusster Artenvielfalt im tropischen Urwald hinterfragen (Hecht 1998) oder die Rolle wissenschaftlich-technischer Praktiken in der stofflichen Veränderung von Nutzpflanzen hervorheben (Kloppenburg 2004 [1988]). Weitere kritische Auseinandersetzungen mit der Grenzmetapher sind z.B. Arbeiten zur Kritik einer dualistischen Konzeption von Gesellschaft und Natur. Zu nennen sind hier Neil Smiths Arbeiten zur kapitalistischen »Produktion von Natur« (Smith 2008), in denen die soziale Vermittlung von Natur betont wird – im Sinne einer den gesellschaftlichen Verhältnissen tendenziell intern gewordenen Natur. Eine Schwerpunktsetzung auf die soziale Vermittlung ist jedoch problematisch, wenn dadurch die gesellschaftliche Macht über Natur unsichtbar wird: »Die These der Produktion von Natur [lässt] radikal offen, ob und wie die gesellschaftliche Produktion unbeabsichtigte oder gar kontraproduktive Folgen für die Natur hat« (ebd.: 875). Die konzeptionelle Verschiebung hin zu einem sozial vermittelten Begriff von Materialität der Natur bewirkte eine stärkere Gewichtung der Analyse von Machtstrukturen in Form von Klassen-, Gender-, Raum- oder Eigentumsverhältnissen in der politisch-ökologischen Forschung. Infolgedessen wurden die stofflichen

Dimensionen von Natur kaum noch explizit reflektiert und ökologische Prozesse gerieten aus dem Blick (Walker 2005; Nygren/Rikoon 2008).

(2) Das Konzept der *Hybride* ist kennzeichnend für Ansätze, die nicht zwischen gesellschaftlicher und stofflicher Materialität unterscheiden. Phänomene wie die Erderwärmung oder die Züchtung gentechnisch veränderter Organismen sind mit Bruno Latour als ›Hybride‹ zu begreifen und weder eindeutig Natur noch Gesellschaft zuzuordnen, sondern als Teil eines »Kollektivs« (Latour 2008: 11). Im Gegensatz zur *Grenze*, die auf die stoffliche Qualität der Natur als Hindernis oder als qualitative Veränderung hinweist, zielt das Hybridkonzept darauf, die Natur in ihrer Verflechtung mit Technik, Kultur und Wissenschaft zu konzeptualisieren und Natur im Sinne des Nichtmenschlichen sichtbar zu machen (Haraway 2016).

Kritiker*innen der Hybrid-Ansätze verweisen dabei auf deren Unvermögen, die konstitutiven sozialen Verhältnisse und Strukturen erfassen zu können (Wissen 2008; Lettow 2017). Würden Mensch und Natur, Subjekt und Objekt nicht unterschieden, fehlten zentrale Anforderungen an eine sozialwissenschaftliche Analyse und Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse (Winterfeld 2017). Obwohl damit die Materialität von Natur als wirkmächtig sichtbar gemacht werden soll, wird es mit dem Verlust dieser grundlegenden Begrifflichkeiten paradoxerweise unmöglich, auf ihre besonderen Qualitäten (und auch auf die von Gesellschaft) aufmerksam zu machen. Am Anspruch einer ›Symmetrie‹ zwischen Menschen und nicht-menschlichen Wesen (Latour 2008) ist zudem kritisch anzumerken, dass so politische und normative Annahmen und Asymmetrien in wissenschaftlichen Definitions- oder politischen Entscheidungsprozessen über Natur sowie innerhalb von ökonomischen Aneignungs- und Inwertsetzungsprozessen von Natur verborgen bleiben. Damit führt die angestrebte Dezentrierung des Menschen in eine Entpolitisierung, weil Verantwortung nicht mehr zugeordnet werden kann (Malm 2015).

(3) *Agency* ist ein weiterer prominenter Begriff in den Arbeiten zum Neuen Materialismus, etwa bei Karen Barad, deren Überlegungen zur Materialität von der Quantenphysik inspiriert sind. Barad versteht *Agency* als »Inszenierung«, die nicht notwendigerweise nur von Menschen ausgeübt wird, sondern als eine Dynamik von Kräften, als fortdauernde Rekonfigurierung der Welt (Barad 2003: 817; Barad 2007: 141). Auch Jane Bennett in ihrer *»political ecology of things«* entkoppelt *Agency* von menschlichem Handeln und verortet es überall und im Prozess an sich (Bennett 2010: 33). Diese Infragestellung eines *»human exceptionalism«* (Barad 2007: 136) ist verschiedenen Ansätzen des Neuen Materialismus gemeinsam, die das Tätigsein der Natur betonen und das Nicht-Menschliche als handlungsfähig konzipieren. Jane Bennett spricht in diesem Zusammenhang von einer *»Thing Power«* (Bennett 2010). Beide stehen stellvertretend für das Anliegen des Neuen Materialismus, Natur und Materie als aktiv an der (Re-)Produktion der Welt beteiligt zu konzipieren. Wirkmächtigkeit wird hier sowohl Menschen als auch dem Nicht-menschlichen zugebilligt, der Mensch als Akteur wird dezentriert und eine relationale Handlungsmacht von Natur und Dingen postuliert.

Kritiker*innen einer solchen Lesart von *Agency* problematisieren diese Ausweitung des Begriffs. Ihrer Meinung nach ist *Agency* gebunden an intentionales menschliches Handeln. Eine Übertragung auf alles andere einschließlich der Natur ignoriert die Andersartigkeit dieser menschlichen Handlungsmacht im Vergleich mit den Effekten, die Dinge auf Menschen haben können. Nicht zuletzt im Prozess der Arbeit als Form des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur offenbart sich die menschliche *Agency*

als »*differentia specifica*, jene ewige Bedingung der Existenz unserer Spezies« (Malm 2018: 70, Herv.i.O., eigene Übersetzung). Werden die Formen der *Agency* von Mikroben, Metall und Menschen gleichgesetzt, ignoriert dies die ungleichen Machtverhältnisse in der Beziehung der Menschen zur Natur (Lettow 2017: 111). Auch in Arbeiten des materialistischen Feminismus wird aus einer emanzipatorischen Perspektive immer wieder auf die Bedeutung menschlicher *Agency* hingewiesen. So stellt *Agency* als Handlungsmacht in der → Feministischen Politischen Ökologie ein zentrales Konzept dar, das etwa darauf zielt, der z.B. in der Klimaforschung weit verbreiteten Viktimisierung von Frauen etwas entgegen zu setzen und geschlechtsspezifische Handlungsspielräume in sozial-ökologischen Krisensituationen hervorzuheben (Hackfort/Burchardt 2018).

Ausblick

In den Sozialwissenschaften gibt es verschiedene Ansätze und Konzepte, die sich mit der Materialität von Natur, also ihrer stofflichen Beschaffenheit, beschäftigen. Allerdings sind die meisten von ihnen begrifflich wenig ausgearbeitet und implizieren unterschiedliche analytische sowie politische Annahmen in Bezug auf das Verhältnis von Natur und Gesellschaft. In diesem Beitrag wurden einige vorhandene Konzepte kritisch reflektiert und zwei Tendenzen festgehalten: Bei einigen, wie der ›Produktion von Natur‹ oder auch ›Hybride‹, führt die Betonung auf die gesellschaftliche Vermittlung dazu, dass die stoffliche Materialität der Natur in ihrer Verschiedenheit von Gesellschaft schwer zu erfassen ist. Zudem laufen Konzepte wie *›Thing Power‹* Gefahr, die Wirkmächtigkeit sozialer Verhältnisse, unter anderem als Macht und Herrschaft über Natur, unsichtbar zu machen. Ansätze, die das Verhältnis zwischen der stofflichen Beschaffenheit von Natur und Gesellschaft erfassen wollen, brauchen konstruktivistische als auch realistisch-materialistische Zugänge. Denn die begriffliche Annährung an die Materialität von Natur ist notwendigerweise ein sozialer Prozess, in dem diskursive Konstruktionen in Form von Zuschreibungen und Definitionen sowie technologische Entwicklungen bedeutsam sind. Gleichzeitig leistet der realistische Materialismus die notwendige Anerkennung der Existenz materieller, natürlicher und vom Menschen unabhängiger Prozesse als »eigenständige[n] Zusammenhang, der von sich aus Prozesse in Gang setzt, welche die Lebensgrundlage menschlicher Gesellschaften betreffen und gravierend verändern können« (Wolf 2008: 867). Aus der Perspektive einer Politischen Ökologie, die Macht- und Herrschaftsstrukturen in sozial-ökologischen Prozessen und in der Veränderung und Verwertung von Natur sichtbar machen will, sind beide erkenntnistheoretischen Dimensionen unabdingbar. So sind etwa die Kämpfe gegen den Verlust von fruchtbarem Boden und Biodiversität als Kämpfe um materiell-stoffliche Verhältnisse (wie etwa die Bewahrung von bäuerlichem Saatgut) sowie auch um kulturell-symbolische Verhältnisse (wie die kulturelle Bedeutung von Pflanzen oder die Konstruktion von Wissen darüber) voneinander nicht zu trennen. Wichtige konzeptuelle Vorarbeiten wurden dafür bereits geleistet. Um die Materialität von Natur differenzierter und auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung erfassen und durchdringen zu können, bedarf es aber noch weiterer begrifflicher und methodischer Ausarbeitungen.

Literatur

Alaimo, Stacy/Hekman, Susan (2008): Material Feminisms, Bloomington: Indiana University Press.

Barad, Karen (2003): »Posthumanist Performativity. Toward an Understanding of How Matter Comes to Matter«, in: Signs. Journal of Women in Culture and Society, 28. Jg., Nr. 3, S. 801-831.

Barad, Karen (2007): Meeting the Universe Halfway. Quantum Physics and the Entanglement of Matter and Meaning, Durham/London: Duke University Press.

Bennett, Jane (2010): Vibrant Matter. A Political Ecology of Things, Durham: Duke University Press.

Castree, Noel/Nash, Catherine (2006): »Posthuman geographies«, in: Social & Cultural Geography, 7. Jg., Nr. 4, S. 501-504.

Colectivo Coa/Grupo ETC/GRAIN (2014): »Territorialidad, Substistencea y Vida Digna«, in: GRAIN (Hg.): ¡No Toquen Nuestro Maíz! El Sistema Agroalimentario Industrial Devasta y Los Pueblos en México Resisten!, Mexiko-Stadt: Editorial Itaca.

Dietz, Kristina/Wissen, Markus (2009): »Kapitalismus und »natürliche Grenzen«. Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise«, in: PROKLA 156, 39. Jg., Nr. 3, S. 351-369.

Fischer-Kowalski, Marina (1998): »Society's Metabolism. The Intellectual History of Material Flow Analysis, Part I: 1860-1970«, in: Journal of Industrial Ecology, 2. Jg., Nr. 1, S. 61-78.

Foster, John Bellamy (2000): Marx's Ecology. Materialism and Nature, New York: Monthly Review Press.

Goodman, David (2001): »Ontology Matters. The Relational Materiality of Nature and Agro-Food Studies«, in: Sociologia Ruralis, 41. Jg, Nr. 2, S. 182-200.

Görg, Christoph (1999): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Einstiege, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Hackfort, Sarah/Burchardt, Hans-Jürgen (2018): »Analyzing socio-ecological transformations – a relational approach to gender and climate adaptation«, in: Critical Policy Studies, 12. Jg., Nr. 2, S. 169-186.

Haraway, Donna (2016): Das Manifest für Gefährten. Wenn Spezies sich begegnen, Berlin: Merve.

Hecht, Susanna B. (1998): »Tropische Biopolitik – Wälder, Mythen, Paradigmen«, in: Michael Flitner/Christoph Görg/Volker Heins (Hg.): Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik, Opladen: Leske+Budrich, S. 247-274.

Hornborg, Alf (2019): Nature, Society, and Justice in the Anthropocene. Unraveling the Money-Energy-Technology Complex, Cambridge: Cambridge University Press.

Jahn, Thomas/Wehling, Peter (1998): »Gesellschaftliche Naturverhältnisse — Konturen eines theoretischen Konzepts«, in: Karl-Werner Brand (Hg.): Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 75-96.

Kloppenburg, Jack Ralph (2004 [1988]): First the Seed. The Political Economy of Plant Biotechnology, 1492-2000, 2. Aufl., Madison: The University of Wisconsin Press.

Latour, Bruno (2008): Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Lettow, Susanne (2017): »Turning the turn«, in: Thesis Eleven, 140. Jg., Nr. 1, S. 106-121.

Löw, Christine/Volk, Katharina/Leicht, Imke/Meisterhans, Nadja (Hg.) (2017): Material turn: Feministische Perspektiven auf Materialität und Materialismus, Leverkusen/Opladen: Barbara Budrich.

Malm, Andreas (2015): »The Anthropocene Myth«, https://www.jacobinmag.com/2015/03/anthropocene-capitalism-climate-change/ (Zugriff: 14.09.2021).

Malm, Andreas (2018): The Progress of This Storm. Nature and Society in a Warming World, London: Verso.

Marx, Karl (Hg.) (1971 [1894]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, Berlin: Dietz.

Marx, Karl (Hg.) (1975 [1867]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin: Dietz.

Marx, Karl (Hg.) (1990 [1845]): Thesen über Feuerbach, Berlin: Dietz.

Meadows, Donella H./Randers, Jorgen/Meadows, Dennis L. (1972): »The Limits to Growth«, in: Libby Robin/Sverker Sörlin/Paul Warde (Hg.): The Future of Nature. Documents of Global Change, New Haven: Yale University Press, S. 101-116.

Moore, Jason W. (2015): Capitalism in the Web of Life. Ecology and the Accumulation of Capital, London/New York: Verso.

Nygren, Anja/Rikoon, Sandy (2008): »Political Ecology Revisited. Integration of Politics and Ecology Does Matter«, in: Society & Natural Resources, 21. Jg., Nr. 9, S. 767-782.

O'Connor, James (1988): »Capitalism, Nature, Socialism. A Theoretical Introduction«, in: Capitalism Nature Socialism, 1. Jg., Nr. 1, S. 11-38.

Porto-Gonçalves, Carlos Walter/Leff, Enrique (2015): »Political Ecology in Latin America. The Social Re-Appropriation of Nature, the Reinvention of Territories and the Construction of an Environmental Rationality«, in: Desenvolvimento e Meio Ambiente, 35. Jg., S. 65-88.

Rockström, Johan/Will, Steffen/Noone, Kevin/Persson, Åsa/Chapin lll, F. Stuart/Lambin, Eric F./Lenton, Timothy M./Scheffer, Marten/Folke, Carl/Schellnhuber, Hans Joachim/Nykvist, Björn/de Wit, Cynthia A./Hughes, Terry/van der Leeuw, Sander/Rodhe, Henning/Sörlin, Sverker/Snyder, Peter K./Costanza, Robert/Svedin, Uno/Falkenmark, Malin/Karlberg, Louise/Corell, Robert W./Fabry, Victoria J./Hansen, James/Walker, Brian/Liverman, Diana/Richardson, Katherine/Crutzen, Paul/Foley, Jonathan A. (2009): »A Safe Operating Space for Humanity«, in: Nature, 461. Jg., Nr. 1, S. 472-475.

Saito, Kohei (2017): »Marx in the Anthropocene. Value, Metabolic Rift, and the Non-Cartesian Dualism«, in: Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie, 4. Jg., Nr. 1-2, S. 276-295.

Smith, Neil (2008): »Zur kapitalistischen Produktion von Natur«, in: Das Argument, 50. Jg., Nr. 6, S. 873-878.

Ulloa, Astrid (2015): »Environment and Development. Reflections from Latin America«, in: Tom Perrault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge, S. 320-331.

Winterfeld, Uta von (2017): »Nachdenken über Materie. Drei herrschaftskritische Annäherungen«, in: Christine Löw/Katharina Volk/Imke Leicht/Nadja Meisterhans (Hg.): Material turn: Feministische Perspektiven auf Materialität und Materialismus, Leverkusen/Opladen: Barbara Budrich.

Walker, Peter A. (2005): »Political ecology: where is the ecology?«, in: Progress in Human Geography, 29. Jg., Nr. 1, S. 73-82.
Wissen, Markus (2008): »Die Materialität von Natur und gebauter Umwelt«, in: Alex Demirović (Hg.): Kritik und Materialität, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 73-88.
Wolf, Frieder Otto (2008): »Wider die Kategorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse«, in: Das Argument, 50. Jg., Nr. 6, S. 867-872.

Natur

Uta von Winterfeld

Natur (aus dem Lateinischen, griechisch ›Physis‹) gilt als einer der umfassendsten Begriffe überhaupt. Daher scheint von vornherein aussichtslos, sie begrifflich definierend zu einem positiven Ende führen zu wollen. Gleichwohl bleiben Verständnisse von Natur und Vorschläge für eine Definition spannend, gerade auch mit Blick auf Mehrdeutigkeiten und Ambivalenzen.

Zum Naturbegriff – Herkunft und Kontroversen

In den Zeiten vorpatriarchaler Hochkulturen ist es die ›Große Mutter‹ gewesen, welche erste Namen und Symbolisierungen um das geheimnisvolle Werden und Vergehen von Leben in sich vereint hat. Zugleich hat sie als Schöpferin allen Lebens gegolten. Den Spuren matriarchaler Kulturen zu folgen bedeutet auch, die ganze Geschichte anders zu erzählen. Es ist eher keine Geschichte von Frauen- oder Mütterherrschaft, sondern eine Geschichte herrschaftsfreier oder herrschaftsarmer Gesellschaften (Göttner-Abendroth/Derungs 1997). Es ist eine »nächtliche Geschichte« (Ginzburg 1997), die meist gegen den Strom der großen Haupterzählungen gelesen werden muss und wird. Der italienische Historiker Carlo Ginzburg liest sie zwischen den Zeilen der Hexenverfolger und prüft die Protokolle der Hexenprozesse auf ihr Ungesagtes oder nicht direkt Gesagtes hin. Was sich zeigt, sind die »Frauen von draußen«, seien es Feenvölker in den Dolomiten oder in Schottland oder seien es die »Donne di fuori« auf Sizilien (Ginzburg 1997: 318). Diese Frauen werden nicht eindeutig wahrgenommen, vielmehr werden sie gleichzeitig als wohltätig wie auch als bedrohlich erlebt und erscheinen fremd. Oft sind sie Beschützerinnen der Gebärenden und arbeiten mit einem anderen, heilkundlichen Wissen als die heraufziehende und schließlich ›siegende‹ Schulmedizin. Dabei arbeiten sie zugleich auch mit den Naturkräften und nicht gegen sie.

Viele dieser Frauen sind als Hexen verfolgt und vernichtet worden. Ihr Wissen und ihr Naturumgang werden als ›magisch‹, ›böse‹ oder als ›Zauber‹ dargestellt und scharf von den zeitgleich sich formierenden Natur-Wissenschaften abgegrenzt. Diese Vernichtung hat zur Folge, dass die Geschichte menschlichen Naturumgangs oft patriarchal erzählt wird und als einzige als nahezu unausweichlich erscheint (Winterfeld 2006).

In der europäischen Antike ist ›Physis‹ einerseits als Wesen, als inneres Prinzip einer Sache gedacht worden. Andererseits ist mit Physis das gemeint gewesen, was von sich aus wird und vergeht, was sich selbst Form gibt, was in sich selbst die Anlage zu einer

werdenden und vergehenden Gestalt birgt. Im Kontext philosophischer Lehrmeinungen ist – etwa bei Aristoteles – über Physis und später über *natura* als Hervorgebrachte spekuliert worden. Hervorgebracht entweder von einem männlichen Prinzip oder von einem Gott, der als männlich gedacht worden ist. Damit wird aus der umfassenden eine umfasste – wird aus der hervorbringenden eine hervorgebrachte Natur.

Zugleich existieren Vorstellungen der Großen Mutter weiter. Eine als weiblich vorgestellte Natur gilt lange noch als heilig, ist mit Tabus belegt, wird verehrt – und wird auch gefürchtet (ebd.).

Die Debatte zu Natur als Hervorbringende (*natura naturans*) und Natur als Hervorgebrachte (*natura naturata*) zieht sich seit Mitte des 5. Jahrhunderts v. Chr. in der Antike durch die Philosophiegeschichte hindurch. Im 1. Jahrhundert v. Chr. schreibt Marcus Tullius Cicero erstmals von einer ›ersten‹ und einer ›zweiten‹ Natur (Cicero 1988 [45 v. Chr.]). Letztere wird durch die menschlichen Hände, durch menschliche Arbeit hergestellt. Insbesondere in der Physik ist jedoch lange schon strittig, ob es eine erste, sich selbst hervorbringende Natur überhaupt noch gibt bzw. geben kann. Hierzu Werner Heisenberg 1955 in seinem kleinen Buch über »Das Naturbild der heutigen Physik«:

> »[…], daß zum erstenmal im Laufe der Geschichte der Mensch auf dieser Erde nur noch sich selbst gegenübersteht, daß er keinen anderen Partner oder Gegner mehr findet […]. Wir stoßen immer wieder auf die von Menschen hervorgerufenen Strukturen, so daß wir gewissermaßen nur noch uns selbst begegnen. Sicher gibt es Teile der Erde, wo dieser Prozeß noch lange nicht zum Abschluß gekommen ist, aber früher oder später dürfte in dieser Hinsicht die Herrschaft des Menschen vollständig sein« (Heisenberg 1955: 17f.).

Wird der Gedanke einer an sich existierenden und sich selbst hervorbringenden Natur zugunsten der gesellschaftlich geformten und gemachten Natur gänzlich aufgegeben, so geht damit Werner Heisenberg folgend die vollständige Herrschaft des Menschen einher (→ Herrschaft und Macht).

Verbunden mit der Kontroverse um Sein oder Nichtsein von Natur ist ein auf das Mittelalter zurück gehender Erkenntnisstreit – zwischen ›Realismus‹ und ›Nominalismus‹, heute zwischen ›Essentialismus‹ und ›Konstruktivismus‹. Wird ›Natur‹ durch ein ihr selbst innewohnendes Prinzip oder Wesen bestimmt – oder ist sie das, was von ihr gesagt, was ihr zugesprochen wird? Dieser erkenntnistheoretische Streit findet sich auch in feministischen Diskursen. Nach dem Ökofeminismus der 1980er Jahre (Vandana Shiva, Maria Mies und Ariel Salleh und andere) gab es einen so genannten ›*linguistic turn*‹ in den 1990er Jahren (u.a. Judith Butler) und später einen ›*material turn*‹ in den 2000er Jahren (u.a. Karen Barad). Diese im jeweiligen feministischen Mainstream spielenden Diskurse sind kritisch zu begleiten. Beispielsweise ist mit Blick auf den ›Posthumanismus‹ die Entthronung des männlich, weiß und rational konnotierten humanen Subjekts einerseits anzuerkennen. Doch wie kann andererseits ›posthuman‹ ein Ort des Politischen und der politischen Aushandlung bestimmt werden? Auch das gegenwärtig debattierte ›Anthropozän‹ ist kritisch zu hinterfragen. Nicht nur wegen der zugrunde gelegten ›abstrakten Menschheit‹, sondern auch wegen deren Absolutsetzung. Sie gemahnt zwar an die Verantwortung der Natur zurichtenden Menschheit, doch sie geht zugleich mit der oben skizzierten vollständigen Herrschaft einher. Die absolute Setzung kennt keine anderen Naturen jenseits menschlichen Handelns mehr.

Verbunden mit dem Ringen um den Naturbegriff sind zum einen Versuche, das Spannungsverhältnis Mensch-Natur entweder zugunsten der anthropozentrischen (zum Menschen hin) oder der physiozentrischen Seite (zur Natur hin) aufzuheben. Zum anderen gibt es Versuche, die dem Begriff innewohnenden Spannungen und Ambivalenzen in einem Ganzen zu vereinen (holistisch) oder hierarchisch angeordnete Gegensatzpaare im Hybriden zu verschmelzen (etwa NaturKultur, vgl. u.a. Straube 2004: 130f.). Demgegenüber lösen vermittlungstheoretische Ansätze diese Spannungen nicht auf, sondern untersuchen, wie Natur und Kultur, Natur und Gesellschaft vermittelt und aufeinander bezogen sind (z.B. Kropp 2013).

Ein explizit herrschaftskritischer Diskussionsstrang wird von Christine Hauskeller aufgespannt. Sie schlägt auf dem von der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft im Jahre 1997 veranstalteten Kongress zu »Der Naturbegriff in der politischen und wissenschaftlichen Kontroverse« vor, Natur als ›das Unbeherrschbare‹ zu definieren. Sie fasst Natur als Grenzbegriff auf, um die Unbestimmtheit des mit ›Natur‹ Bezeichneten zu betonen. Aus dieser Unbestimmtheit und Unbestimmbarkeit folge, dass nicht ohne nicht genau absehbare Folgen in Natur eingegriffen werden kann. Christine Hauskeller (2003) betont, dass dies nicht bedeute, Natur essentiell zu fassen. Vielmehr wird Natur als das Unbeherrschbare begrifflich gefasst, als Widerstand gegen und Grenze der Machbarkeit.

Zur ›Natur‹ der Politischen Ökologie

Ein eindeutiges und einheitliches Naturverständnis lässt sich in der Politischen Ökologie weder ausmachen, noch wird es angestrebt. Es wäre auch ein aussichtsloses Unterfangen. Selbst in einer Veranstaltung zum Naturbegriff, zu der das Bundesamt für Naturschutz 2019 eingeladen hatte, konnten sich die anwesenden Expert*innen nicht annäherungsweise an ein gemeinsames Verständnis herantasten. Daher liegt nahe, sich mit dem Naturbegriff immer wieder neu und kontextbezogen auseinanderzusetzen.

Nahezu Einigkeit gibt es dahingehend, dass Natur nicht positiv zu bestimmen sei. Sie sei nicht einfach da, sei kein gegebenes, natur- und ingenieurswissenschaftlich katalogisier- und messbares Faktum. Beispielsweise ließen sich weder die Ursachen von Ressourcenknappheit noch die von Naturkatastrophen allein mit natürlichen Prozessen erklären. Beide Phänomene würden erst durch gesellschaftliche Verhältnisse relevant (vgl. u.a. Walker 2005; Bauriedl 2016). Auch Grenzen (des Wachstums) seien eher sozial als natürlich (Wissen 2021) (→ Materialität von Natur).

Gleichwohl bleibt ein Spannungsverhältnis und zieht sich ein Widerspruch zwischen in Gesellschaft aufgelöster und an sich vorhandener Natur auch durch die Politische Ökologie hindurch. Während einerseits Natur nur in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft bestimmbar ist und keinesfalls zu Legitimationszwecken (›naturgegeben …‹) projektiv vereinnahmt werden darf, stellt sie anderseits etwas Widerständiges dar, ist Herausforderung.

In der älteren kritischen Theorie haben Max Horkheimer und Theodor W. Adorno den Begriff der ›Nichtidentität von Natur‹ geprägt. Natur als Nicht-Identisches zu fassen, bedeutet, dass sie als Eigenes für sich und auch außerhalb kapitalistischer Verwertungszusammenhänge und Verwertungslogiken existiert (Horkheimer/Adorno

1969 [1944]: 23f.). Die Kritische Theorie hat am Beginn der deutschen Debatte zur Politischen Ökologie eine prägende Rolle gespielt und ist später vom Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) aufgegriffen worden und in das Konzept der → gesellschaftlichen Naturverhältnisse eingeflossen.

Ausblick

Mit einer an die ältere Kritische Theorie anknüpfenden »Kritik der Naturbeherrschung« (vgl. auch Görg 1999) sind zwei bis heute aktuelle, wenn nicht virulente Themenstränge verknüpft. Der eine umfasst die von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer so genannte ›falsche Alternative‹ zwischen Unterwerfung von oder Unterworfenheit unter Natur.

Eines der großen und die menschliche Geschichte durchziehenden Spannungsfelder ist das zwischen Naturgebundenheit und → Emanzipation. Zumindest die europäische Geschichte wird seit der griechischen Antike als ›Emanzipationsgeschichte‹ von ›natürlichen‹ Bindungen und Zwängen erzählt. Hier ist zu fragen, wie Emanzipation anders als naturbeherrschend gedacht werden kann? Welche Rolle spielt Emanzipation in feministischen Ansätzen zu → Queer Ecology und zu → Care? Und wie wird Emanzipation im Kontext von → Widerstand und Widerstandsbewegungen gedacht und praktiziert?

Ein Beispiel dafür, dass auch emanzipatorisch angelegte Strategien ambivalent bleiben, ist der ›*Energy Deal*‹[1]. Er besagt, dass sozialpolitische Fortschritte (von der Errichtung global nördlicher Wohlfahrtsstaaten bis hin zu global südlichen Strategien der Armutsbekämpfung) auf einer Ausbeutung fossiler Ressourcen basieren. Dies zeigt oder zeigte sich aktuell in Norwegen ebenso wie in Venezuela: Fortschrittliche Sozialprogramme sind oder waren an Erdölreichtum gebunden (→ Extraktivismus). Daher bleibt eine virulente Frage, was eine individuelle und gesellschaftliche Emanzipation sein kann, die nicht mehr an Naturbeherrschung gebunden ist.

Der zweite Themenstrang umfasst Reflexionen auf die Erfahrung von Nichtidentität: Natur geht in den sprachlichen wie technisch praktischen Konstruktionen nicht auf. Sie macht in einer spezifischen Weise widerständige Motive geltend, die als Einspruch gegen ihre Behandlung als beliebiges Substrat menschlichen Handelns zu verstehen sind (ebd.). Darin liegt eine fast ungeheuerliche Herausforderung – für Haltungen gegenüber und Umgangsweisen mit Natur, die diese als Nichtidentisches anerkennen –, etwas Eigenes Anderes. Darin liegt auch so etwas wie eine Kunst der Gleichzeitigkeit. Ute Guzzoni beschreibt sie so:

> »[...] daß wir sie als etwas Eigenes und Fremdes sehen lernen, das uns weder als ein Beherrschbares und Beherrschtes noch als ein uns Beherrschendes gegenüberstünde, mit dem wir vielmehr einen sinnvollen Dialog führen könnten, der durch das erwähnte Zugleich von Vertrautheit und Fremdheit gekennzeichnet wäre« (Guzzoni 1995: 16).

---

1 Dieser Begriff ist von Miranda Schreurs bei der Eröffnungsveranstaltung eines Transformationsprojektes in Berlin im Juli 2015 verwandt worden.

Literatur

Bauriedl, Sybille (2016): »Politische Ökologie: nicht-deterministische, globale und materielle Dimensionen von Natur/Gesellschaft-Verhältnissen«, in: Geographica Helvetica, 71. Jg., Nr. 4, S. 341-351.

Cicero, Marcus Tullius (1988 [45 v. Chr.]): Über die Ziele des menschlichen Handelns/ De finibus bonorum et malorum, München/Zürich: Artemis, S. 382f.

Ginzburg, Carlo (1997): Hexensabbat. Entzifferung einer nächtlichen Geschichte, Frankfurt a.M.: Fischer.

Görg, Christoph (1999): »Kritik der Naturbeherrschung«, in: Zeitschrift für kritische Theorie, 5. Jg., Nr. 9, S. 73-88.

Göttner-Abendroth, Heide/Derungs, Kurt (Hg.) (1997): Matriarchate als herrschaftsfreie Gesellschaften, Bern: edition amalia.

Guzzoni, Ute (1995): Über Natur. Aufzeichnungen unterwegs. Zu einem anderen Naturverhältnis, Freiburg/München: Alber.

Heisenberg, Werner (1955): Das Naturbild der heutigen Physik, Hamburg: Rowohlt.

Hauskeller, Christine (2003): »Natur als Grenzbegriff kultureller Machbarkeit«, in: Margarete Maurer/Otmar Höll (Hg.): Natur als Politikum, Wien: RLI, S. 175-194.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1969 [1944]): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a.M.: S. Fischer.

Kropp, Cordula (2013): »Natur«. Soziologische Konzepte. Politische Konsequenzen, Berlin/Heidelberg: Springer.

Straube, Gregor (2004): »Handlungsfähigkeit, Materialität und Politik: Die Politischen Theorien von Judith Butler und Donna Haraway«, in: Therese Frey Steffen/Caroline Rosenthal/Anke Väth (Hg.): Gender Studies. Wissenschaftstheorien und Gesellschaftskritik, Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 123-138.

Winterfeld, Uta von (2006): Naturpatriarchen. Geburt und Dilemma der Naturbeherrschung bei geistigen Vätern der Neuzeit, München: oekom.

Walker, Peter A. (2005): »Political ecology: where is the ecology?«, in: Progress in Human Geography, 29. Jg., Nr. 1, S. 73-82.

Wissen, Markus (2021): »An den Grenzen des Kapitalismus. Krise und Transformation aus politisch-ökologischer und intersektionaler Perspektive«, https://www.ethikjournal.de/fileadmin/user_upload/ethikjournal/Texte_Ausgabe_6_2021/Wissen_Ethikjournal_1.2021.pdf (Zugriff: 05.07.2021).

Queer Ecologies

Christine Bauhardt

Queer Ecologies analysieren die herrschaftsförmigen Mensch-Umwelt-Beziehungen auf die ihnen unterlegte heteronormative Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit. Das Konzept der Queer Ecologies beschreibt den schwierigen Spagat zwischen einem emanzipatorischen, nicht auf quasi-natürlichen Geschlechterkonstruktionen beruhenden Mensch-Natur-Verhältnis und der Anerkennung der Wirkmächtigkeit der materiellen und symbolischen Geschlechterhierarchie. Mit der Begriffsneuschöpfung ›Queer Ecologies‹ geht eine Durchkreuzung von Denk- und Erwartungsmustern einher, die mit ›Ökologie‹ eine ontologische Natürlichkeit der Binarität von Geschlecht und heteronormativem Begehren assoziieren. Das Konzept wurde vor allem durch den von Catriona Mortimer-Sandilands und Bruce Erickson herausgegebenen Sammelband »Queer Ecologies: Sex, Nature, Politics, Desire« (Mortimer-Sandilands/Erickson 2010) populär. Der Untertitel des Buches verweist auf die Breite der damit angesprochenen Themenfelder: Sexualität, Natur, Politik und Begehren sollen in diesem analytischen Ansatz zusammengedacht und auf ihren heteronormativen Gehalt überprüft und im besten Falle dekonstruiert werden. Zuerst aber taucht die Perspektive queerer Naturverhältnisse im Zusammenhang mit dem Ökofeminismus auf. Greta Gaard denkt in einem zunächst wenig beachteten Aufsatz schon 1997 in Richtung eines queeren Ökofeminismus (Gaard 1997).

Einordnung: Feministische Politische Ökologie, Ökofeminismus, Queer Ecologies

Das Forschungsfeld der Queer Ecologies leistet einen Beitrag zur a) Dekonstruktion des Kultur-Natur-Dualismus, b) zur Debatte um Sorgeverantwortung (→ Care) und ihrer Feminisierung sowie c) zur Weiterentwicklung der → Feministischen Politischen Ökologie (FPE für *Feminist Political Ecology*). Für die FPE ist die Frage der Organisation der Care-Ökonomie im Zusammenhang mit dem Zugang zu, der Nutzung von und der Entscheidungsmacht über natürliche Ressourcen (→ Rohstoffe) zentral (Bauhardt/Harcourt 2019). Damit spitzt die FPE die Politische Ökologie und deren Analyse der Interaktionen zwischen menschlichen Gesellschaften und ihren biophysischen Umwelten auf die Perspektiven der asymmetrischen Geschlechterverhältnisse zu. Dabei tragen unterschiedliche feministische Perspektiven und Maßstabsebenen zur Debatte um → gesellschaftliche Naturverhältnisse bei.

Während im Ökofeminismus sowohl die Vernutzung der Arbeitskraft von Frauen im Industriekapitalismus als auch die Ausbeutung der Kleinbäuer*innen im Globalen Süden und ihrer Ressourcen durch die post-/koloniale Herrschaft aus einer strukturalistischen Perspektive kritisiert werden (Mies/Shiva 1993; Salleh 1997), stehen in der FPE die Handlungsebene und die Subjektpositionen von Akteuren in ihrer intersektionalen Verschränkung im Vordergrund (Elmhirst 2011; Sundberg 2017). Andrea Nightingale, die sich selbst der FPE zurechnet, grenzt sich deutlich ab von ökofeministischen Ansätzen, die sie als essentialistisch ablehnt (wie dies im Übrigen viele Autor*innen innerhalb der FPE tun), und sie betont in Anlehnung an Judith Butler ihr Verständnis von Gender als Prozess und Performance (Nightingale 2006). Meistens wird dabei Strukturalismus fälschlich mit Essenzialismus gleichgesetzt: Die strukturalistische Perspektive nimmt globale Ausbeutungs- und Herrschaftszusammenhänge auf einer Makroebene in den Blick. Dies ist nicht zu verwechseln mit einer akteurszentrierten, handlungstheoretischen Perspektive, die sich auf Subjektivität/en und Identität/en richtet, die ihrerseits in Makrostrukturen von → Macht und Herrschaft eingebettet sind. Es ist der Fokus, der hier jeweils den Unterschied macht.

Im Unterschied zu der strukturtheoretischen Analyse des Ökofeminismus, der auf globaler Herrschafts- und Kapitalismuskritik basiert, fokussiert FPE auf Ungleichheitsbeziehungen in kontingenten, vielschichtigen Machtverhältnissen in konkreten Analysekontexten. Die Analysekategorie Geschlecht wird hier als ebenso situativ-kontextspezifisch konstruiert verstanden wie andere Kategorisierungen sozialer Differenzierung und nicht als strukturierende Verhältnisbestimmung sozialer und ökonomischer Ungleichheit. In diesem Diskurskontext nimmt der Ansatz der Queer Ecologies eine Zwischenposition ein.

Schon früh intervenierte Greta Gaard (1997) in die feministische Ökologiedebatte mit ihrer Analyseperspektive eines queeren Ökofeminismus. Sie erweitert die zuerst von Val Plumwood (1993) formulierte Auflistung und Kritik der hierarchischen Oppositionen von Kultur/Natur, Geist/Materie, Intellekt/Gefühl, Männlichkeit/Weiblichkeit um den Dualismus Heterosexualität/queere Sexualität. Die Lustfeindlichkeit (*erotophobia*) der westlichen Gesellschaften hat danach wesentlich dazu beigetragen, legitime Sexualität auf die biologische Reproduktion zu reduzieren und so nicht-reproduktive, homosexuelle und damit abwertend mit ›queer‹ bezeichnete Sexualität als ›widernatürlich‹ aus der gesellschaftlichen und nationalen Ordnung auszuschließen (auch Gosine 2010). Die grundlegende Frage der Sozialen ReProduktion von Gesellschaften durch → Arbeit und Sexualität ist doppelt bestimmt durch die heteronormativ strukturierte soziale Ordnung und durch die heteronormative Diskursformation über die Natur der Geschlechterordnung. Mit Bezug auf Biesecker/Hofmeister (2006) und ihren Begriff der → (Re)Produktivität bevorzuge ich die Schreibweise ReProduktivität/ReProduktion, da die Klammer die Minderbewertung des als natürlich gesetzten Pols nicht wirklich aufhebt (Bauhardt 2013a).

Die Perspektive der Queer Ecologies auf gesellschaftliche Naturverhältnisse richtet sich auf die Vermittlung von heteronormativen ReProduktionsverhältnissen mit der Kultur-Natur-Hierarchie. Die Kultur-Natur-Hierarchie ruht traditionell betrachtet auf der biologischen ReProduktivität, also der potenziellen Gebärfähigkeit des Frauenkörpers, auf und verweist die Soziale ReProduktion über die binäre Opposition der Geschlechterordnung normativ an Frauen. Diesen herrschaftlichen Konstruktionsprozess beschreibt das Konzept der Naturalisierung von Frauenarbeit sowie

umgekehrt die Feminisierung von Care: Naturalisierung bedeutet in diesem Zusammenhang die Annahme, dass die Qualitäten der Care-Arbeit, für deren Gelingen zwischenmenschliche Zuwendung, Empathie und Emotionalität zentral sind, ›natürlicherweise‹ Frauen zugeschrieben werden. Anders gesagt heißt die Feminisierung von Care: Auf Grund der materiellen ReProduktivität des Frauenkörpers werden auch auf symbolischer und normativer Ebene von Frauen genau diese Kompetenzen erwartet (Bauhardt 2013b).

Aus einer feministischen Perspektive ist damit eine tiefgreifende Kritik sowohl an den ökonomischen Fundamenten der kapitalistischen ReProduktionsweise als auch an der Jahrhunderte alten epistemologischen Dichotomisierung und Hierarchisierung von Gesellschaft und Natur, von Geist und Materie, von Rationalität und Begehren mit ihren gegenderten Konnotationen verbunden. Die queere Perspektive erweitert die feministische Kritik um die Dekonstruktion der unterstellten ›Natur‹ des Geschlechts(körpers) und der ›Natürlichkeit‹ heterosexuellen Begehrens und den damit verbundenen heteronormativen ReProduktionsverhältnissen.

Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gender: Arbeit, Sexualität, Soziale ReProduktion

Gesellschaftliche ReProduktionsverhältnisse beschreiben die Organisation der materiellen ReProduktion mit der marktförmig organisierten, Mehrwert produzierenden Arbeit und der nicht marktvermittelten, Gebrauchswerte produzierenden Arbeit einerseits und die Organisation von Sexualität und Begehren andererseits. Die Kultur-Natur-Dichotomie strukturiert diese Sphären gesellschaftlicher Verhältnisse und verweist sie hierarchisch an die zweigeschlechtliche symbolische Ordnung. So verschränkt sich die Frauen zugeschriebene Arbeit der Sozialen ReProduktion, also die alltägliche Haus- und Sorgearbeit sowie das Gebären und Aufziehen der nachfolgenden Generation, mit der symbolischen Ordnung von Weiblichkeitsnormen und Sorgeverantwortung. Für Noël Sturgeon (2010) ist die Gestaltung und Organisation von Sozialer ReProduktion auch eine Frage globaler ökologischer Gerechtigkeit:

> »Es ist wichtig, die Fortpflanzung in einem Kontext planetarischer Umweltgerechtigkeit zu sehen, indem man die Fortpflanzung als ein Umweltproblem begreift, das entscheidend auf Realitäten beruht, die man normalerweise nicht in Betracht zieht. Ein wesentlicher Aspekt der menschlichen Natur, den wir anerkennen und ernsthaft in Betracht ziehen müssen, ist meiner Meinung nach, dass wir in der Lage sind, unsere Biologie[1] zu verändern, unsere irdische Umwelt zu gestalten und kollektiv zu wählen (hoffentlich nicht unter Zwang), welche Art von sozialen Arrangements am produktivsten, nachhaltigsten und angenehmsten sind« (Sturgeon 2010: 128, eigene Übersetzung).

1 Mit diesen Eingriffen in die menschliche Biologie können sowohl die hormonelle Steuerung des Geschlechtskörpers zur Geburtenkontrolle als auch die hormonelle Veränderung der biologischen Geschlechtsidentität gemeint sein. Beides sind tiefgreifende Maßnahmen zur Beeinflussung des Hormonhaushalts des sexualisierten Körpers. Allerdings ist die Manipulation der ›Natur‹ durch hormonelle Kontrazeptiva gesellschaftlich wesentlich breiter akzeptiert als die Eingriffe in den Hormonhaushalt trans*identischer Menschen (vgl zur Transphobie in der Ökologiedebatte Seymour 2017).

Queer Ecologies dekonstruieren die Verquickung von potenzieller ReProduktivität des Frauenkörpers – mancher Körper zu bestimmten biologischen Lebensphasen, also potenzieller Mutterschaft – mit symbolischer Mütterlichkeit. Symbolische Mütterlichkeit impliziert die Fähigkeit zur Versorgung von, Empathie mit und Verantwortlichkeit für Menschen, die noch nicht oder nicht mehr selbst für sich sorgen können und unterscheidet sich von empirischer Mutterschaft. Es geht also bei Queer Ecologies nicht um Diskriminierungserfahrungen oder »Lebensrealitäten von Menschen, die Aus- und Abgrenzung erfahren« (Katz 2013: 122). Kernelement der queeren Ökologiekritik an heteronormativ unterlegten Deutungen des Mensch-Natur-Verhältnisses ist die unhinterfragte Annahme von zweigeschlechtlich organisiertem Begehren und Heterosexualität und den damit einhergehenden gesellschaftlichen ReProduktionsverhältnissen (Bauhardt 2013b, 2019). Damit steht auch die quasi selbstverständliche Annahme von biologischer ReProduktion und der politischen und umweltethischen Rhetorik ›Für die Zukunft unserer Kinder‹ in der Kritik (Butler 2017). Diese Kritik entzündet sich an der rhetorischen Anrufung einer ökologisch und sozial gerechten Welt im Namen noch nicht geborener Generationen, die aktuell ungerechte Verteilungsfragen und Verantwortlichkeiten an den Rand drängt und quasi selbstverständlich vom ReProduktionsimperativ ausgeht.

Queer Ecologies greifen in ihrer Analyse unter anderem auf Erkenntnisse der Zoologie zurück, die die ›Natürlichkeit‹ zweigeschlechtlichen Begehrens und heteronormativer Sexualität in Frage stellen (Bagemihl 2000; Roughgarden 2004). Besonderes Gewicht kommt dabei der nicht-reproduktiven Sexualität in der Tierwelt zu. Damit wird die Annahme widerlegt, Sexualität sei ›natürlicherweise‹ an der Zeugung von Nachkommen orientiert. Reproduktion ist danach auch bei nicht-menschlichen Tieren nur eine von mehreren Funktionen der Sexualität. Aber auch die Aufzucht der Nachkommen ist nicht zwingend an ein Geschlecht gebunden und geschlechtsspezifisch organisiert. Was für Verhaltensforscher*innen und Evolutionsbiolog*innen keine völlig neue Erkenntnis darstellt, wurde vom Naturkundemuseum Oslo für eine breite Öffentlichkeit populärwissenschaftlich aufbereitet. Es widmete 2006 der Homo- und Bisexualität bei Tieren eine Ausstellung mit dem Titel »*Against Nature? – An exhibition on animal homosexuality*«.

Aus queer-theoretischer Perspektive gilt es darüber hinaus, erneut die unhinterfragte ökonomische Basiseinheit des Haushalts kritisch zu betrachten. Als Haushalt wird nach wie vor auch in der feministischen Ökonomiekritik häufig das heterosexuelle Kleinfamilienarrangement als Versorgungseinheit unterstellt: Familie und Haushalt bilden eine Einheit, die zwar nicht harmonisch nach gemeinsamer Nutzenmaximierung strebt, sondern wo gegenderte Machtverhältnisse für Interessendivergenz sorgen (z.B. Folbre 1994). Aber dennoch gilt als Haushalt die Konstellation aus Vater-Mutter-Kind(ern). Im Unterschied dazu eröffnet die queere Perspektive neue Blicke auf die Soziale ReProduktion, indem sie queere Sorgeverhältnisse fokussiert. Darunter sind alle Formen der Organisation von Care-Verantwortung zu verstehen, die die Grenzen der heterosexuellen Kleinfamilie und des heteronormativen Haushalts überschreiten.

Queer Ecologies weiten dieses Verständnis von Care aus auf Beziehungen zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Tieren und alle Formen des *entanglements* von lebendiger Materie (Haraway 2016). Dies ermöglicht dann auch einen neuen Blick auf die machtvollen Interaktionen von Gesellschaft und Umwelt, von Menschen und Natur, die den Kern der Politischen Ökologie darstellen.

Literatur

Bagemihl, Bruce (2000): Biological Exuberance: Animal Homosexuality and Natural Diversity, New York: St. Martin's Press.

Bauhardt, Christine (2013a): »Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse«, in: Ilona Ebbers/Brigitte Halbfas/Daniela Rastetter (Hg.): Gender und ökonomischer Wandel, Marburg: Metropolis, S. 11-46.

Bauhardt, Christine (2013b): »Rethinking Gender and Nature from a Material(ist) Perspective: Feminist Economics, Queer Ecologies, and Resource Politics«, in: European Journal of Women's Studies, 20. Jg, Nr. 4, S. 361-375.

Bauhardt, Christine/Harcourt, Wendy (Hg.) (2019): Feminist Political Ecology and the Economics of Care. In Search of Economic Alternatives, New York: Routledge.

Bauhardt, Christine (2019): »Nature, Care and Gender. Feminist Dilemmas«, in: Christine Bauhardt/Wendy Harcourt (Hg.): Feminist Political Ecology and the Economics of Care. In Search of Economic Alternatives, New York: Routledge, S. 16-35.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozialen Ökologie, München: oekom.

Butler, Cameron (2017): »A Fruitless Endeavor. Confronting the heteronormativity of environmentalism«, in: Sherilyn MacGregor (Hg.): Routledge Handbook of Gender and Environment, London/New York: Routledge, S. 270-286.

Elmhirst, Rebecca (2011): »Introducing New Feminist Political Ecologies«, in: Geoforum, 42. Jg., Nr. 2, S. 129-132.

Folbre, Nancy (1994): Who Pays for the Kids?, New York: Routledge.

Gaard, Greta (1997): »Toward a Queer Ecofeminism«, in: Hypatia, 12. Jg, Nr. 1, S. 114-137.

Gosine, Andil (2010): »Non-White Reproduction and Same-Sex Eroticism: Queer Acts against Nature«, in: Catriona Mortimer-Sandilands/Bruce Erickson (Hg.): Queer Ecologies: Sex, Nature, Politics, Desire, Bloomington: Indiana University Press, S. 149-172.

Haraway, Donna Jeanne (2016): Staying with the trouble. Making kin in the Chthulucene, Durham/London: Duke University Press.

Katz, Christine (2013): »Orientierungen im Themenfeld Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit«, in: Sabine Hofmeister/Christine Katz/Tanja Mölders (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit: Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften, Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 77-150.

Mies, Maria/Shiva, Vandana (2016[1993]): Ökofeminismus, 2.Aufl., Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.

Mortimer-Sandilands, Catriona/Erickson, Bruce (Hg.) (2010): Queer Ecologies: Sex, Nature, Politics, Desire, Bloomington: Indiana University Press.

Nightingale, Andrea (2006): »The Nature of Gender: Work, Gender, and Environment«, in: Environment and Planning D: Society and Space, 24. Jg., Nr. 2, S. 165-185.

Plumwood, Val (1993): Feminism and the Mastery of Nature, London: Routledge/Taylor & Francis Group.

Roughgarden, Joan (2004): Evolution's Rainbow. Diversity, Gender, and Sexuality in Nature and People, Berkeley: University of California Press.

Salleh, Ariel (2017[1997]): Ecofeminism as Politics. Nature, Marx and the Postmodern, 2. Aufl., London: Zed Books.

Seymour, Nicole (2017): »Transgender Environments«, in: Sherilyn MacGregor (Hg.): Routledge Handbook of Gender and Environment, London: Routledge, S. 253-269.
Sturgeon, Noël (2010): »Penguin Family Values: The Nature of Planetary Environmental Reproductive Justice«, in: Catriona Mortimer-Sandilands/Bruce Erickson (Hg.): Queer Ecologies: Sex, Nature, Politics, Desire, Bloomington: Indiana University Press, S. 102-133.
Sundberg, Juanita (2017): »Feminist Political Ecology«, in: Douglas Richardson/Noel Castree/Michael F. Goodchild/Audrey Kobayashi/Weidong Liu/Richard A. Marston (Hg.): International Encyclopedia of Geography: People, the Earth, Environment and Technology, Oxford: John Wiley & Sons Ltd, S. 1-12.

(Re)Produktivität

Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister

> »Aus der Krise des ›Reproduktiven‹ drängt sich auch in der Praxis eine Ahnung vom Zusammenhang aller produktiven Prozesse, eine Ahnung vom ›Ganzen‹ der Produktivität auf. In dieser Ahnung scheint die Notwendigkeit einer neuen, dieses Ganze umfassenden Kategorie auf – der Kategorie (Re)Produktivität als prozessuale, nicht durch Abwertungen getrennte Einheit aller produktiven Prozesse in Natur und Gesellschaft, bei gleichzeitiger Unterschiedenheit« (Biesecker/Hofmeister 2006: 19).

Anlass, Hintergrund und Ziel der Kategorienentwicklung

Zum einen war es die Wahrnehmung einer sich zuspitzenden, umfassenden sozial-ökologischen Krise, die den Alltag der Menschen global prägt und sich in den kapitalistisch verfassten Industriestaaten im Globalen Norden in spezifischer Weise ausdrückt. Und zum anderen war es die auf ihren gemeinsamen Forschungserfahrungen in der Sozialen Ökologie beruhende Gewissheit, dass sozial lebensweltliche und ökologische Krisenphänomene gleichursprünglich sind, die zwei Nachhaltigkeitsforscherinnen veranlasste, sich der Aufgabe einer interdisziplinären Kategorienentwicklung zu stellen. ›(Re)Produktivität‹ stand in der Zusammenarbeit zwischen der Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaftlerin, Sabine Hofmeister (Leuphana Universität Lüneburg), und der Wirtschaftswissenschaftlerin, Adelheid Biesecker (Universität Bremen), von Anbeginn für das Anliegen, die Fragen nach den → gesellschaftlichen Naturverhältnissen mit jenen nach den Geschlechterverhältnissen analytisch zu verknüpfen. Damit leistet diese Kategorie Neues: Sie vermittelt zwischen bisher Getrenntem und ersetzt die bisher üblichen Trennungskategorien durch eine Vermittlungskategorie. Die Grundlage dafür bot die Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen als theoretisch-konzeptioneller Rahmen der sozial-ökologischen Forschung (Becker/Jahn 2006a; Biesecker/Hofmeister 2006, 2010). Die Kategorie (Re)Produktivität stand und steht daher für eine doppelte Macht- und Herrschaftskritik (→ Herrschaft und Macht) – dafür, dass das Verstehen des Zusammenhangs zwischen sozialen Ungleichheitslagen und Geschlechterhierarchien einerseits und den systemischen Ursachen von Naturbeherrschung und ökologischer Krisenerzeugung andererseits die Voraussetzung für eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise ist.

Genese der Kategorie (Re)Produktivität, Kernaussagen sowie Kritik- und Gestaltungspotential

Mit der besonderen Schreibweise der Kategorie (Re)Produktivität weisen Biesecker und Hofmeister auf die Kernaussage ihrer kritischen Analyse hin: Die alle kapitalistischen Gesellschafts- und Lebensformen prägende und gestaltende hierarchische Trennungsstruktur zwischen vermeintlich produktiven und reproduktiven Prozessen ist verankert in einer paradoxen Struktur des Ökonomischen. Dieses ökonomische System reißt in seiner Bewertung auseinander, was es im physisch materiellen und sozialen Prozess der Verwertung miteinander verbindet: Was einerseits durch die ökonomische Rationalität verleugnet und damit externalisiert wird, wird andererseits zugleich im ökonomischen Handeln physisch und sozial vereinnahmt und in diesem Sinne internalisiert (Hofmeister 1995, 2004; → Externalisierung). Gesellschaft und → Natur werden durch wirtschaftliches Handeln physisch zu einer hybriden Einheit verbunden. Zugleich werden sie symbolisch und kulturell auf jeweils spezifische Weise – historisch an die Existenz kapitalistischer Ökonomien gebunden – kontinuierlich durch jeden einzelnen Bewertungsakt hindurch voneinander getrennt und abgespalten (Biesecker/Hofmeister 2006: 143ff.; vgl. Jahn/Wehling 1998: 83). Analog zur ökonomischen Abspaltung ›ökologischer‹ Leistungen werden auch die sozial weiblich zugewiesenen unbezahlten Tätigkeiten als ›Reproduktionsarbeit‹ ökonomisch geleugnet und externalisiert sowie zugleich als Voraussetzung der Warenproduktion unbegrenzt angeeignet und dementsprechend physisch-materiell wie sozial internalisiert (Biesecker/Hofmeister 2006: 131ff.). Kernaussage des Konzepts ist also, dass alle lebendigen Tätigkeiten und Prozesse (von Menschen und Natur) produktiv sind – dass also die Produktions-Reproduktions-Differenz ausschließlich in der Sphäre des (Markt-)Ökonomischen existiert (ebd.: 33). Die Kritik der feministischen Ökonomik seit den 1970/80er Jahren an der Differenz zwischen Produktion und ›Reproduktion‹ (für einen Überblick vgl. Becker-Schmidt 2019) wird daher in sozial-ökologischer Perspektive erweitert zu einer Kritik an der kapitalistischen Ökonomie, die die sozial weibliche ›Reproduktivität‹ ebenso als gegeben voraussetzt wie die ›natürliche Reproduktivität‹ auch. Was entlang dieser Bewertungslogik nicht in Wert gesetzt wird, wird auf grenzen- und maßlose Weise angeeignet, ausgebeutet, untergraben – weder erhalten noch erneuert und durch ökonomisches Handeln nicht bewusst wiederhergestellt. Die als Krise des ›Reproduktiven‹ (Biesecker/Hofmeister 2006: 17ff.) zum Ausdruck kommende Nicht-Nachhaltigkeit des Wirtschaftens und Lebens ist der kapitalistischen Gesellschaftsform also systemimmanent. Es ist ein vielfacher Zerstörungsprozess von lebendiger Produktivität. Es ist gleichzeitig ein Produktionsprozess von nicht bewerteten sozialen und ökologischen Produkten, wie z.B. die Klimaveränderungen oder die Corona-Pandemie. Würden all diese Produkte als Kosten in das gesellschaftliche Gesamtprodukt eingerechnet, gäbe es schon lange kein → Wachstum mehr, keinen steigenden Wohlstand in den kapitalistischen Gesellschaften des Globalen Nordens (→ Feministische Politische Ökologie).

Auf Basis dieser Kritik entfalten Biesecker und Hofmeister ihre visionäre gestalterische Perspektive auf eine nachhaltige Entwicklung mit dem Ziel einer (re)produktiven Wirtschafts- und Lebensform – der Orientierung aller Wirtschaftsprozesse an der Erneuerung und (wo möglich) Erhaltung seiner sozial-ökologischen Grundlagen, den produktiven Fähigkeiten von menschlicher Arbeit und Natur. Nachhaltige Entwicklung beschreibt in diesem Sinne »die Qualität eines Entwicklungsprozesses, der seine eige-

nen natürlichen und sozialen Voraussetzungen aufrechterhält und ständig erneuert« (Becker/Jahn 2006b: 238). Mithilfe des den ›Reproduktionsring‹ von Immler und Hofmeister (1998) aufnehmenden und erweiternden Phasenmodells des gesellschaftlichen (Re)Produktionsprozesses – der naturalen Produktion, der sogenannten menschlichen Produktion und Konsumtion sowie der Reduktion – skizzieren Biesecker und Hofmeister (2006: 158ff.) ihre Idee von einer Ökonomie der Nachhaltigkeit, ein Wirtschaften im Modus seiner sozial-ökologischen Selbsterneuerung. Deren Ziel ist es, durch eine auf die Produktivität des ›Reproduktiven‹ gerichtete, um Daseinsvorsorge erweiterte und am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsweise ein ›gutes Leben‹ – sowohl mit Blick auf Gesellschaft als auch mit Blick auf ›Natur‹ – zu ermöglichen und dauerhaft zu sichern (Hofmeister 2013: 131). Produktion und ›Reproduktion‹ gehen hier in eins, gestaltet durch vielfältige Vermittlungsprozesse zwischen menschlicher Arbeit und Natur. Die Trennung von Produktion und Konsumtion ist genauso aufgehoben wie die Verengung des Arbeitsbegriffs auf warenproduzierende Erwerbsarbeit (→ Kämpfe um Lohnarbeit). Auch Arbeit ist jetzt gleichwertig vielfältig wie die produzierende Natur. Die Kategorie (Re)Produktivität fordert zur theoretischen Neubestimmung vieler anderer Kategorien auf.

Erweiterungen der kategorialen Entwicklung – Anwendung der Kategorie auf sozial-ökologische Problem- und Krisenlagen in der empirischen Forschung

Hintergrund der Entwicklung der Kategorie (Re)Produktivität ist die langjährige Zusammenarbeit von Biesecker und Hofmeister im Netzwerk ›Vorsorgendes Wirtschaften‹. Dessen Anliegen ist es, die ökonomische Theorie und Praxis in Hinblick auf ein ›gutes Leben‹ für alle Menschen zu erweitern. In diesem Verständnis fragt ›gutes Leben‹ nach den zukünftigen sozial-ökologischen Folgen des gegenwärtigen Denkens und Handelns und folgt somit einer Rationalität der Vorsorge (Biesecker/Hofmeister 2013a).

Ausgehend von dieser Kontextualisierung der Kategorie (Re)Produktivität, die von Biesecker und Hofmeister von Anbeginn produktionstheoretisch zur Fundierung des Konzepts Vorsorgendes Wirtschaften angelegt war (ebd.), lag der Schwerpunkt ihrer kategorialen Arbeit nach der Buchveröffentlichung von 2006 insbesondere auf der Frage nach den temporalen Voraussetzungen und Implikationen des (re)produktionsanalytischen Konzeptes.

Dabei standen drei Aspekte im Vordergrund der gemeinsamen Forschungsarbeiten:

- die Frage nach der Bedeutung von ›Naturproduktivität‹ als Kernelement (re)produktionsanalytischen Denkens, das im Unterschied zu ›Naturkapital‹ die Prozessorientierung (starker) Nachhaltigkeit unterstreicht (Biesecker/Hofmeister 2009) und sich mithin kritisch gegenüber statischen und restriktiv angelegten Naturauffassungen, wie sie partiell auch in Nachhaltigkeitsdebatten eingeschrieben sind, positioniert (vgl. auch Hofmeister et al. 2019);
- aufbauend auf Barbara Adams zeit- und insbesondere zukunftstheoretische Arbeiten (Adam 2013) gilt es, vor dem Hintergrund der feministischen Debatten um ›Sorge‹ (→ Care) die zeitliche Perspektive (re)produktiven Handelns herauszuarbeiten: Gefragt wird, was eine Rationalität der ›Vorsorge‹ genau auszeichnet (Biesecker/Hofmeister 2013b).

Und schließlich gaben die Überlegungen zu den temporalen Implikationen der Kategorie auch Anlass für

- die Reflexion der Kategorie in Hinblick auf ihre Bedeutung als Vermittlungskategorie, wissenschaftshistorisch und -theoretisch zwischen ökologischer und feministischer Ökonomik, zwischen den Debatten um Arbeit und Natur im Blick auf eine nachhaltige Entwicklung sowie um das Verhältnis von Gestalten einerseits und Wiederherstellen, Erneuern und Erhalten andererseits (Biesecker/Hofmeister 2015).

Hinzu kamen zahlreiche Vorträge und Lehrveranstaltungen, in denen das ökonomietheoretische Kritikpotential der Kategorie für eine detaillierte Kritik der vorherrschenden kapitalistischen Wirtschaftsweise sowie ihr Gestaltungspotential zur Kriterienentwicklung für die Beurteilung von ›alternativen‹ ökonomischen Projekten bezüglich ihres Beitrags zur Nachhaltigkeit genutzt wurden. Dabei bezog und bezieht sich die Kritik nicht nur auf die o.g. Trennungsstruktur und die ausbeuterische Praxis kapitalistischen Wirtschaftens, sondern auch auf die herkömmliche ökonomische Theorie, die sich einseitig nur auf die Marktökonomie bezieht und in ihren Kategorien daher nur Teile des ganzen Wirtschaftens abbildet. Die Kategorie (Re)Produktivität fordert dagegen ein umfassendes Arbeitskonzept – Arbeit als Vermittlungs-, nicht als Trennungskategorie (vgl. Biesecker 2009).

Doch waren die theoretisch konzeptionellen Erweiterungen und Ausarbeitungen der Kategorie durch Biesecker und Hofmeister von Anbeginn eingebunden in Forschungskontexte, an denen eine Vielzahl von Wissenschaftler*innen beteiligt waren (für eine Übersicht vgl. Mölders et al. 2020): So hatte maßgeblich Beate Friedrich (2011, 2020) die kategoriale Arbeit zu ›(Re)Produktivität‹ mit dem Ziel vorangebracht, die marxistisch theoretischen Hintergründe der Kategorie zu verdeutlichen und sie auf ihre Anschlussfähigkeit zu Konzepten insbesondere marxistisch-feministischer Kritik auszuarbeiten. Christine Bauhardt hat die Kategorie ReProduktivität als Analysekonzept einer kritischen feministisch-ökologischen Forschung weiter ausgearbeitet und ihre Bedeutung in einer globalen Forschungsperspektive hervorgehoben (u.a. Bauhardt 2015a); in dieser Konkretion liegt sie dem Konzept ›Ressourcenpolitik‹ fundamental zugrunde (u.a. Bauhardt 2015b). Eine weitere theoretische Entwicklung im Blick auf das theoretische Anwendungsfeld erfolgte auch durch Tanja Mölders (u.a. 2017), die durch eine raumwissenschaftliche Erweiterung des Konzepts gesellschaftliche Naturverhältnisse einen wichtigen Beitrag zur (re)produktionstheoretischen Fundierung der Debatten um nachhaltige Raumentwicklung geleistet hat.

Die stärksten Impulse zur kategorialen Weiterentwicklung gingen und gehen jedoch von Forschungsarbeiten aus, die sich in (re)produktionsanalytischer Perspektive empirisch besonderen sozial-ökologischen Problemen und Krisenlagen widmen: Durch verschiedene Autorinnen wurde die Kategorie (Re)Produktivität in der empirischen Forschung angewendet und damit als ein Forschungsansatz, z.B. für die Analyse landwirtschaftlicher Praktiken (Szumelda 2019), der Bedeutung von Agrobiodiversität (Burandt 2018), Nutzung und Akzeptanz von Gentechnik in der Landwirtschaft (Friedrich 2015), zu Fragen des Naturschutzes (Mölders 2010; Kapitza 2020) sowie der Landschaftsentwicklung (Brüll 2015) und im Blick auf Landnutzungspraktiken und Bodeneigentumsverhältnisse in den Philippinen (Dannenberg 2021) fruchtbar gemacht.

Fazit und Ausblick

Insbesondere solche empirischen Forschungen haben eine Stärke der Kategorie (Re)Produktivität hervorgehoben, die darin besteht, macht- und herrschaftskritische Perspektiven auf die Verbindung von Geschlechter- und Naturverhältnissen für die kritische Nachhaltigkeitsforschung aufzudecken und zu operationalisieren – und zwar sowohl in kritischer als auch in gestalterischer Absicht. Standen dabei bislang vor allem Fragen der (agrarischen) Landnutzung, der Raum- und Landschaftsentwicklung sowie partiell auch Fragen nach den sozial-ökologischen Voraussetzungen für den Umbau des Energiesystems (Biesecker et al. 2011; Amri-Henkel et al. 2017) im Vordergrund (re)produktionstheoretisch inspirierter Forschungen, so könnte die Kategorie für die Analyse zahlreicher – für den Transformationsprozess zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – relevanter Handlungsfelder weiter nutzbar gemacht werden. Im Blick auf die Transformation kapitalistisch verfasster Industriegesellschaften bietet die Kategorie weiteres Potential für machtkritische Analysen industrieller Formen der Natur- und Ressourcennutzung, insbesondere auch der Infrastrukturentwicklung zur nachhaltigen Gestaltung von materiell energetischen Ver- und Entsorgungsprozessen. Dieses Potential könnte durch künftige empirisch basierte Forschungen erschlossen werden – in Hinblick auf die theoretisch konzeptuelle Weiterentwicklung (re)produktiven, vorsorgenden Wirtschaftens und Lebens.

Literatur

Adam, Barbara (2013): »Sustainability and Gender from a Time-ecological Perspective«, in: Sabine Hofmeister/Christine Katz/Tanja Mölders (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 304-312.

Amri-Henkel, Andrea/Biesecker, Adelheid/Breitenbach, Sarah/Hofmeister, Sabine/Lenz, Christoph/Moths, Katharina (2017): »Nachhaltig transformativ? Wie Geschlechterperspektiven die Transformationsdebatte/n zu transformieren vermögen …«, https://www.wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/projects/TraVo_Nachhaltig_transformativ.pdf (Zugriff: 29.11.2021).

Bauhardt, Christine (2015a): »Feministische Kapitalismuskritik und postkapitalistische Alternativen«, in: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte, 65. Jg., Nr. 35-37, S. 32-39.

Bauhardt, Christine (2015b): »Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Ressourcenpolitik – Eine globale Perspektive«, in: Christine Katz/Sebastian Heilmann/Anja Thiem/Katharina Moths/Lea M. Koch/Sabine Hofmeister (Hg): Nachhaltigkeit anders denken. Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven, Wiesbaden: Springer VS, S. 115-125.

Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hg.) (2006a): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Frankfurt a.M./New York: Campus.

Becker, Egon/Jahn, Thomas (2006b): »Dynamik gesellschaftlicher Naturverhältnisse«, in: Dies. (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 237-239.

Becker-Schmidt, Regina (2019): »Produktion – Reproduktion: kontroverse Zugänge in der Geschlechterforschung zu einem verwickelten Begriffspaar«, in: Beate Kortendiek/Birgit Riegraf/Katja Sabisch (Hg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 65-75.

Biesecker, Adelheid (2009): »Kürzer arbeiten – besser für die Umwelt. Arbeitszeitverkürzung und Ökologie«, in: Beate Zimpelmann/Hans-L. Endl (Hg.): Zeit ist Geld. Ökonomische, ökologische und soziale Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung, Hamburg: VSA, S. 55-75.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung, München: oekom.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2009): »Starke Nachhaltigkeit fordert eine Ökonomie der (Re)Produktivität. Der Beitrag des Schlüsselbegriffs Naturproduktivität zur Fundierung einer Theorie der Nachhaltigkeit«, in: Tanja von Egan-Krieger/Julia Schultz/Philipp P. Thapa/Lieske Voget (Hg.): Die Greifswalder Theorie starker Nachhaltigkeit. Ausbau, Anwendung, Kritik, Marburg: Metropolis, S. 169-192.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2010): »Focus: (Re)Productivity. Sustainable relations both between society and nature and between the genders«, in: Ecological Economics, 69. Jg., Nr. 8, S. 1703-1711.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2013a): »(Re)Produktivität als Kategorie des Vorsorgenden Wirtschaftens«, in: Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hg.): Wege vorsorgenden Wirtschaftens, Marburg: Metropolis, S. 137-158.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2013b): »Zur Produktivität des ›Reproduktiven‹. Fürsorgliche Praxis als Element einer Ökonomie der Vorsorge«, in: Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, 31. Jg., Nr. 2, S. 240-252.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2015): »(Re)Produktivität als ein sozial-ökologisches ›Brückenkonzept‹«, in: Christine Katz/Sebastian Heilmann/Anja Thiem/Katharina Moths/Lea M. Koch/Sabine Hofmeister (Hg.): Nachhaltigkeit anders denken. Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven, Wiesbaden: Springer VS, S. 77-91.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine/Seidl, Irmi (2011): »Ökonomie und Naturnutzung: Erneuerbare Energien – Produktivität und Reproduktivität von Natur und Ökonomie«, in: Martin Held/Gisela Kubon-Gilke/Richard Stum (Hg.): Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik. Institutionen ökologischer Nachhaltigkeit, Marburg: Metropolis, S. 201-226.

Brüll, Anja (2015): Biomass – a renewable energy source? Sustainable complementary biomas (re)production through Landscape Quality Management, Aachen: Shaker.

Burandt, Annemarie (2018): Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse in der ländlichen Entwicklung am Beispiel von Agrobiodiversität. Dissertation, Lüneburg.

Dannenberg, Janina (2021): Sozial-ökologische Krise und kollektives Landeigentum. Eine (re)produktionstheoretische Analyse in Bukidnon, Philippinen, Bielefeld: transcript.

Friedrich, Beate (2011): »Gesellschaftliche Natur- und Geschlechterverhältnisse. Die Ansätze von Adelheid Biesecker/Sabine Hofmeister und Frigga Haug«, in: Das Argument, 53. Jg., Nr. 292, S. 413-420.

Friedrich, Beate (2015): Das Konfliktfeld gesellschaftliche Naturverhältnisse am Beispiel von Agro-Gentechnik. Eine Fallstudie in den Landkreisen Kitzingen, Lüchow-Dannenberg und Oberhavel. Dissertation, Lüneburg.

Friedrich, Beate (2020): »(Re)Produktivität marxistisch denken: Von (Re)Produktionsverhältnissen, (Re)Produktivkräften und (Re)Produktionsweisen«, in: Tanja Mölders/Anja Thiem/Christine Katz (Hg.): Nachhaltigkeit (re)produktiv denken. Pfade kritischer sozial-ökologischer Wissenschaft, unter Mitarbeit von Charlotte Muhl und Daniel Schulz, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 142-150.

Hofmeister, Sabine (1995): »Der ›blinde Fleck‹ ist das Ganze. Anmerkungen zur Bedeutung der Reproduktion in der Ökonomie«, in: Adelheid Biesecker/Klaus Grenzdörffer/Holger Heide/Sabine Wolf (Hg.): Neue Bewertungen in der Ökonomie, Pfaffenweiler: Centaurus, S. 51-65.

Hofmeister, Sabine (2004): »Erhalten durch Gestalten. Plädoyer für eine Neuerfindung des Ökonomischen«, in: Adelheid Biesecker/Wolfram Elsner (Hg.): Erhalten durch Gestalten: Nachdenken über eine (re)produktive Ökonomie, Frankfurt a.M./New York: Peter Lang, S. 13-34.

Hofmeister, Sabine (2013): »(Re)Produktivität«, in: Sabine Hofmeister/Christine Katz/Tanja Mölders (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 129-136.

Hofmeister, Sabine/Kanning, Helga/Mölders, Tanja (2019): »›Natur‹ im Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens. Feministisch ökologische Perspektiven auf gesellschaftliche Natur- und Geschlechterverhältnisse«, in: Ulrike Knobloch (Hg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 222-249.

Immler, Hans/Hofmeister, Sabine (1998): Natur als Grundlage und Ziel der Wirtschaft. Grundzüge einer Ökonomie der Reproduktion, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher.

Jahn, Thomas/Wehling, Peter (1998): »Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen eines theoretischen Konzepts«, in: Karl-Werner Brand (Hg.): Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich, S. 75-93.

Kapitza, Katharina (2020): »Neobiota, Neonazis und die Angst vor ›Überfremdung‹: (Re)Produktionstheoretische Überlegungen zu Rechtsextremismus und Naturschutz«, in: Tanja Mölders/Anja Thiem/Christine Katz (Hg.): Nachhaltigkeit (re)produktiv denken. Pfade kritischer sozial-ökologischer Wissenschaft, unter Mitarbeit von Charlotte Muhl und Daniel Schulz, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 117-125.

Mölders, Tanja (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse zwischen Krise und Vision. Eine Fallstudie im Biosphärenreservat Mittelelbe, München: oekom.

Mölders, Tanja (2017): »Gesellschaftliche Raumverhältnisse. Ein Forschungsprogramm zu den Verbindungen von ›Natur‹, ›Raum‹ und ›Geschlecht‹«, in: Corinna Onnen/Susanne Rode-Breymann (Hg.): Zum Selbstverständnis der Gender Studies. Methoden – Methodologien – theoretische Diskussionen und empirische Übersetzungen, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 85-105.

Mölders, Tanja/Thiem, Anja/Katz, Christine (Hg.) unter Mitarbeit von Charlotte Muhl und Daniel Schulz (2020): Nachhaltigkeit (re)produktiv denken. Pfade kritischer sozial-ökologischer Wissenschaft, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Szumelda, Anna (2019): Der Beitrag kleiner landwirtschaftlicher Betriebe zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume. Eine Untersuchung in ausgewählten Regionen Polens. Dissertation, Lüneburg.

Rohstoffe

Tobias Haas

Im Lexikon der internationalen Politik werden Rohstoffe definiert als

> »ein unbearbeitetes Erzeugnis mineralischer, pflanzlicher oder tierischer Herkunft, das einer gewerblichen Be- oder Verarbeitung dient. Üblicherweise werden Rohstoffe darüber hinaus nach Verwendung und Gewinnung kategorisiert. Bezüglich ihrer Verwendung werden sog. Ernährungsgüter von Industrierohstoffen unterschieden, desgleichen werden sie hinsichtlich ihrer Gewinnung, also nach Gütern der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei bzw. als Lagerstättenabbau (metallische Rohstoffe, sonstige mineralische Rohstoffe) unterschieden« (Chahoud 1997: 252).

Was mit dieser und ähnlichen formalen Definitionen von Rohstoffen jedoch unsichtbar bleibt, ist zunächst die soziale Konstruktion von Rohstoffen. Denn was als Rohstoff verstanden wird, wird gesellschaftlich ausgehandelt und ist dementsprechend historisch veränderbar. Für Rohstoffe gilt das, was auch für den breiter gefassten Begriff der Ressource gilt: »Ressourcen sind nicht; sie werden« (Zimmermann 1951: 15, eigene Übersetzung). Darüber hinaus ist der Prozess der symbolischen und materiellen Aneignung von Rohstoffen, darauf verweisen Ansätze aus der Politischen Ökologie, immer vermittelt mit gesellschaftlichen → Macht- und Herrschaftsverhältnissen und damit auch mit den → gesellschaftlichen Naturverhältnissen:

> »Ob eine mit Bäumen bewachsene Fläche als Hindernis für den Ackerbau, als Rohstoffquelle, ›deutscher Wald‹, Erholungsgebiet oder CO_2-Senke angesehen wird, ist abhängig von hegemonialen Diskursen, Interessenskonstellationen und Prioritätensetzungen« (Schmitt 2017: 105).

Insofern sind Rohstoffe aus einer Perspektive der Politischen Ökologie nichts vorgesellschaftliches, sondern werden als solche über soziale Prozesse definiert und gegebenenfalls in Wert gesetzt.

Zugleich ist die Extraktion von Rohstoffen zentral für jede Form des Wirtschaftens. Sie stellt den Ausgangspunkt für die gesellschaftliche Aneignung von → Natur dar. In kapitalistischen Gesellschaften ist dieser Stoffwechsel mit der Natur wesentlich über die Form der Lohnarbeit vermittelt (Görg 2003). Je nach historischem und sozial-räumlichem Kontext lassen sich sehr unterschiedliche Formen der Aneignung und Extraktion von Rohstoffen finden. Eduardo Galeano beschreibt in seinem Buch

»Die offenen Adern Lateinamerikas« (Galeano 1972) die Ausrichtung des Kontinents auf die Gewinnung und den Export von Rohstoffen (etwa Silber in Bolivien oder Zuckerrohr in der Karibik) im Zuge des Kolonialismus. An der starken Fixierung zahlreicher Länder Lateinamerikas an solchen extraktivistischen Wirtschaftsmodellen hat sich bis heute wenig geändert (→ Extraktivismus). Häufig wird in Anbetracht der geringen Diversifizierung der Ökonomien und der mit der Rohstoffextraktion verbundenen sozial-ökologischen Konflikte von einem »Ressourcenfluch« (Auty 1993) gesprochen. Dies gilt nicht nur für Lateinamerika, sondern für den Globalen Süden insgesamt, also auch für weite Teile Afrikas und Asiens.

Die Kehrseite der in (semi-)peripheren Ländern verfolgten extraktivistischen Entwicklungsmodelle sind die Importabhängigkeiten von Ländern des kapitalistischen Zentrums. Der Exportweltmeister Deutschland ist beispielsweise bei metallischen Rohstoffen zu 100 Prozent auf Importe angewiesen. Die monetären Exportüberschüsse, die vorwiegend über den Industriesektor generiert werden, basieren auf diesem stetigen Zufluss von Rohstoffen (Haas 2021). Die → imperiale Produktions- und Lebensweise im Globalen Norden basiert also auf der stetigen Aneignung und dem Zugriff auf Arbeitskraft und Rohstoffe im Globalen Süden (Brand/Wissen 2017). Ohne den globalen Handel mit Rohstoffen wäre eine globalisierte und stark arbeitsteilige kapitalistische Ökonomie nicht möglich. Die Rohstoffexporte der Länder des Globalen Südens sind die Grundlage für die Industrieproduktion und den Massenkonsum des Globalen Nordens.

Mit der weitgehenden Dekolonialisierung der Länder des Globalen Südens haben sich zwar die Abhängigkeitsverhältnisse rekonfiguriert, sie bestehen jedoch unter geänderten Vorzeichen fort. An der Ausrichtung auf den Rohstoffexport im Globalen Süden hat sich mit Ausnahme von einigen Staaten der Semiperipherie wenig geändert. Doch die Rohstoffpreise unterliegen teils sehr starken Schwankungen. Diese gehen auf Änderungen von Angebot und Nachfrage, aber auch Spekulationen oder Schwankungen der Währungskurse zurück. Insbesondere in Ländern, deren Ökonomie kaum diversifiziert ist, kann das zu massiven Problemen führen. Ein Beispiel dafür ist etwa Venezuela, dessen extraktivistisches Entwicklungsmodell auf Öl beruht. Im Zuge des Preisverfalls ab Ende 2014 geriet das linke, chavistische Regierungsprojekt in erhebliche Bedrängnis, denn die Staatseinnahmen brachen erheblich ein und damit die Finanzierungsgrundlage für öffentliche Infrastrukturen und Sozialprogramme (Tauss 2016). Hier zeigen sich die Vermittlungszusammenhänge von Rohstoffextraktion, globalen Finanzströmen und den gesellschaftlichen Verhältnissen im Allgemeinen.

Rohstoffe sind also ein zentraler und umkämpfter Baustein in der Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. In der Definition von Rohstoffen, der Form der Extraktion und dem ungleichen Zugang zu Rohstoffen, um die in der Geschichte auch vielfach Kriege geführt wurden, bilden sich globale Macht- und Herrschaftsverhältnisse ab. Denn die stetige Steigerung des Rohstoffabbaus ist die Grundlage für die globalisierte kapitalistische Wachstumsökonomie, die mit massiven Ungleichheiten verbunden ist. In den letzten Jahren hat die Rohstoffpolitik eine wachsende Aufmerksamkeit erfahren, hervorgerufen durch Entwicklungen und Verschiebungen in der globalen Ökonomie, aber auch durch konzeptionelle Entwicklungen wie die Debatten um die imperiale Lebensweise oder die Externalisierungsgesellschaft (→ Externalisierung), die wiederum anknüpfen an die neu entfachten politischen Kontroversen um Rohstoffe. Insofern stellt die Rohstoffpolitik ein zentrales Feld für die Politische Ökologie dar, denn sie führt rohstoffpolitische Debatten nicht auf Fragen der Effizienz-

steigerungen eng, sondern versteht Rohstoffpolitik als umkämpftes, vermachtetes Terrain, in dem um die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse gerungen wird (Kalt/Lage 2019).

Zur Politischen Ökologie von Rohstoffen und Rohstoffpolitik

Es gibt unterschiedliche Forschungsstränge, die sich mit rohstoffpolitischen Fragen beschäftigen. Ein Ansatz, der für die Adressierung der Rohstoffpolitik eigentlich prädestiniert wäre, ist der *Global Value Chain* Ansatz (GVC). Dieser beschäftigt sich mit globalen Lieferketten, also der Verknüpfung von unterschiedlichen, aber aufeinander aufbauenden Produktionsprozessen. Der GVC wurde von Gary Gereffi aus der Weltsystemtheorie heraus entwickelt und fokussiert darauf, welche Ungleichheiten entlang der globalen Wertschöpfungskette existieren (Gereffi 1994). Der *Global Production Network* Ansatz (GPN) wiederum kritisiert die Engführung auf die betriebliche Ebene im Rahmen des GVC und berücksichtigt stärker die Einbettung der Wertschöpfungsprozesse in den gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang (Sablowski 2019). Was jedoch in beiden Ansätzen kaum reflektiert wird, so die Kritik von Isabella Radhuber (2015), ist die Rohstoffextraktion, die am Beginn jeglicher Form von Wertschöpfung steht und zu einem erheblichen Teil die gesellschaftlichen Naturverhältnisse prägt.

Ein jüngerer Debattenstrang, der den Aspekt der Rohstoffextraktion explizit thematisiert, ist die Diskussion um die imperiale Lebensweise (Brand/Wissen 2017) beziehungsweise die Externalisierungsgesellschaft (Lessenich 2016). Das Kernargument der Autoren lautet, dass die im Globalen Norden fest verankerte Lebensweise nur über den Zugriff auf Natur bzw. Rohstoffe und Arbeitskraft im Globalen Süden möglich ist. Gleichwohl ist es wichtig anzumerken, dass sowohl die Gesellschaften des Globalen Nordens als auch des Globalen Südens intern durch starke Ungleichheiten geprägt sind und sich im Weltsystem zudem durchaus Verschiebungen beobachten lassen, die sich im Zuge der Corona-Pandemie voraussichtlich weiter verschärfen werden (Schmalz 2020).

Vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Umbrüche und der Zuspitzung der ökologischen Krise hat die Rohstoffpolitik in den letzten Jahren an Aufmerksamkeit hinzugewonnen (Kalt/Lage 2019). Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die → Digitalisierung als zentraler Ansatz propagiert wird, um ökologische Probleme wie den Klimawandel zu adressieren. Wenngleich das Potential der Digitalisierung im Hinblick auf die Eindämmung der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Klimaerwärmung, → Biodiversitätsverlust etc.) zweifelhaft ist (Mahnkopf 2019), so ist unstrittig, dass dadurch neue und veränderte Rohstoffbedarfe geschaffen werden. Gleiches gilt etwa für die Elektrifizierung des Verkehrs mittels batterieelektrischer Antriebe, die eine enorme Ausweitung des Abbaus von Rohstoffen wie Kobalt, Nickel oder Lithium erforderlich machen. Zwar gibt es in der Erdkruste noch extrem große Mengen an potentiell förderbaren Rohstoffen, allerdings steigen die Preise je schlechter die Qualität der Lagerstätten ist, wie auch das sozial-ökologische Konfliktpotential (Groneweg/Reckordt 2020). Einige Rohstoffe werden deshalb auch als Konfliktrohstoffe klassifiziert, nämlich dann, wenn »deren Abbau und Handel bewaffnete Konfliktparteien finanzieren« (Reckordt 2019: 197). Gleichwohl sind Gewaltverhältnisse für die Rohstoffextraktion eher der Normalfall als die Ausnahme, zumal diese

immer eingebunden ist in globale Ungleichheitsverhältnisse und auf die Erneuerung der imperialen Lebensweise abzielt.

In den letzten Jahren wurden auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen diverse Regulierungen erlassen, die die Rohstoffextraktion und den -handel betreffen. In Deutschland wurde unter der Großen Koalition zwischen 2017 und 2021 lange um ein Lieferkettengesetz gerungen, das die Unternehmen zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten entlang ihrer Lieferkette verpflichten soll. Während das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) das Gesetz forcierten, bremste das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Verabschiedung des Gesetzes aus. Der BDI argumentierte, dass es den Unternehmen nicht möglich sei, die gesamte Lieferkette zu kontrollieren und plädierte für freiwillige und unverbindliche Selbstverpflichtungen. Im Endeffekt wurde ein Lieferkettengesetz ohne zivilrechtliche Haftungsgrundlage geschaffen, ein »zahnloser Tiger« (Fratzscher 2021). Dieses Gesetz wird also die etablierten Macht- und Herrschaftsverhältnisse entlang der Lieferkette in keiner Weise abbauen und in dieser Form auch keine Impulse für eine sozial-ökologische Wende in der Rohstoffpolitik setzen.

Die zumindest diskursive Aufwertung der Relevanz von Rohstoffpolitik in Verbindung mit der sich abzeichnenden Veränderung der Rohstoffbedarfe und den wachsenden Konflikten darum führt zu einer Intensivierung der Debatte um die Möglichkeiten des Recyclings beziehungsweise des Konzepts der Kreislaufwirtschaft. Bisher werden etwa in der Europäischen Union die wenig ambitionierten Recyclingquoten zumeist nicht erreicht. Damit wird die Möglichkeit vergeben, durch die Nutzung von Sekundärrohstoffen (also durch Recycling gewonnene Rohstoffe) den Bedarf an Primärrohstoffen (also direkt aus der Natur extrahierte Rohstoffe) zu senken. Im Rahmen des *European Green Deal* (EGD), der im November 2019 vorgestellt wurde, fokussiert die Europäische Kommission stark auf das Konzept der Kreislaufwirtschaft. Sie strebt die Erhöhung der Recyclingquoten an, die gerade vor dem Hintergrund der zu erwartenden Etablierung von Elektroautos (und damit stark ansteigenden Bedarfe nach metallischen Rohstoffen) an Bedeutung gewinnt. Gleichwohl ist es keineswegs ausgemacht, dass die EU auf dem Weg zu einer Kreislaufwirtschaft ist, denn der EGD ist ein Wachstumsprojekt, Recycling erfordert immer einen gewissen energetischen Aufwand und Rohstoffe lassen sich meist nur zu einem bestimmten Grad recyclen (Haas/Jürgens 2021).

Fazit

Rohstoffe sind also stark umkämpft und auf komplexe Art und Weise mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die symbolische und materielle Aneignung von Natur vermittelt. Die Perspektiven der Politischen Ökologie eignen sich als Ansatzpunkt, um diese Konflikte und damit verbundene Ungleichheitsverhältnisse analytisch zu durchdringen und zugleich Perspektiven für eine Überwindung der imperialen Lebensweise zu entwickeln, die sich auch wesentlich über den ungleichen Zugriff auf Rohstoffe konstituiert (Kalt/Lage 2019).

Literatur

Auty, Richard M. (1993): Sustaining Development in Mineral Economies. The Resource Curse Thesis, London/New York: Routledge.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus, München: oekom.

Chahoud, Tatjana (1997): »Internationale Rohstoffpolitik«, in: Ulrich Albrecht/Helmut Volger (Hg.): Lexikon der Internationalen Politik, München/Wien: Oldenbourg, S. 252-254.

Fratzscher, Marcel (2021): »Der faule Kompromiss beim Lieferkettengesetz«, in: DIW Wochenbericht, 88. Jg., Nr. 8, S. 128.

Galeano, Eduardo (1972): Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents, Wuppertal: Peter Hammer Verlag.

Gereffi, Gary (1994): »The Organization of Buyer-Driven Global Commodity Chains: How U.S. Retailers Shape Overseas Production Networks«, in: Gary Gereffi/Miguel Korzeniewicz (Hg.): Commodity Chains and Global Capitalism, Westport/London: Praeger, S. 95-122.

Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Groneweg, Merle/Reckordt, Michael (2020): »Zwischen ernsthaften Bemühungen und Greenwashing. Die Automobilindustrie als Treiber sauberer Lieferketten?«, in: Achim Brunnengräber/Tobias Haas (Hg.): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript, S. 255-278.

Haas, Tobias (2021): »Die Mobilitätswende als Auslöser einer tief greifenden Transformation des »Modell Deutschland«?«, in: Politische Vierteljahresschrift, 62. Jg., Nr. 1, S. 149-170.

Haas, Tobias/Jürgens, Isabel (2021): »Die europäische Landung auf dem Mond? Der European Green Deal als Projekt ökologischer Modernisierung«, in: PROKLA 202, 51. Jg., Nr. 1, S. 133-140.

Kalt, Tobias/Lage, Jonas (2019): »Die Ressourcenfrage (re)politisieren! Suffizienz, Gerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation«, in: GAIA, 28. Jg., Nr. 3, S. 256-259.

Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, München: Hanser.

Mahnkopf, Birgit (2019): »Produktiver, grüner, friedlicher? Die falschen Versprechen des digitalen Kapitalismus«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 64. Jg., Nr. 10, S. 89-98.

Radhuber, Isabella M. (2015): »Extractive Processes, Global Production Networks and Inequalities«, https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/19830/WP_89_Radhuber_Online.pdf?sequence=1&isAllowed=y (Zugriff am: 26.11.2020).

Reckordt, Michael (2019): »Konfliktrohstoffe«, in: Jan Brunner/Anna Dobelmann/Sarah Kirst/Louisa Prause (Hg.): Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte, Bielefeld: transcript, S. 197-204.

Sablowski, Thomas (2019): »Weltmarkt, Nationalstaat und ungleiche Entwicklung. Zur Analyse der Internationalisierung des Kapitals (Teil 1)«, in: PROKLA 194, 49. Jg., Nr. 1, S. 7-34.

Schmalz, Stefan (2020): »Der Corona-Crash in China«, in: PROKLA 199, 50. Jg., Nr. 2, S. 355-362.

Schmitt, Tobias (2017): Dürre als gesellschaftliches Naturverhältnis. Die politische Ökologie des Wassers im Nordosten Brasiliens, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Tauss, Aaron (2016): »Venezuela: Die »bolivarianische Revolution« in der Krise«, in: PROKLA 183, 46. Jg., Nr. 2, S. 325-330.

Zimmermann, Erich (1951): World Resources and Industries, überarb. Aufl., New York: Harper & Brothers.

Sozialer Metabolismus

Melanie Pichler und Martin Thalhammer

Ursprünglich als biologisches Konzept entwickelt, wurde der Begriff des Metabolismus (auch: Stoffwechsel) ab dem Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend auch auf soziale Systeme angewandt. Analog zu Individuen müssen auch Gesellschaften ihren Stoffwechsel mit der Natur organisieren und aufrechterhalten, um funktionieren und sich reproduzieren zu können (Fischer-Kowalski 1998: 63). Sozialer Metabolismus beschreibt demnach den komplexen Prozess des Austausches zwischen Natur und Gesellschaft, das heißt die »Energie- und Materialflüsse [...], die mit den Funktionen und der Reproduktion der Strukturen menschlicher Gesellschaften zusammenhängen« (Şorman 2016: 54). Wichtige Elemente des gesellschaftlichen Stoffwechsels sind – je nach Gesellschaftsform und Produktionsweise – Biomasse, fossile Energieträger, Metalle und Mineralien. Aufbauend auf einer kurzen Geschichte des Begriffs – beginnend bei Marx – und seiner Weiterentwicklung in der Industriellen und Sozialen Ökologie diskutieren wir die Bedeutung des Konzepts des sozialen Metabolismus für die Politische Ökologie. Diese liegt – so argumentieren wir – vor allem in der Darstellung der materiellen Basis einer Gesellschaft und der damit verbundenen Frage, durch welche Mechanismen Gesellschaften ihren Stoffwechsel mit der Natur regulieren. Aus politisch-ökologischer Perspektive gerät dadurch in den Blick, wie sich diese Mechanismen machtvoll und konfliktreich historisch verändert haben und welche Ansatzpunkte für einen nachhaltigeren sozialen Metabolismus sich daraus ableiten lassen.

Herkunft, Verwendung und Weiterentwicklung des Begriffs

Karl Marx war der erste, der das biologische Konzept des Stoffwechsels auf die Gesellschaft anwandte. Er beschreibt den Stoffwechsel als »Prozess zwischen Mensch und Natur« (Marx 1890: 198) und die Arbeit als zentralen transformativen Prozess, der es ermöglicht, Material und Energie in gesellschaftlich nützliche Produkte und Dienstleistungen zu verwandeln. Marx erkannte, dass der Mensch bei dieser Arbeit durch Naturkräfte unterstützt wird und weist explizit auf die Rolle der Sonnenenergie für die Reproduktion der Arbeitskraft hin (Burkett/Foster 2010a: 226). Durch die Auseinandersetzung mit dem Chemiker Justus von Liebig beschäftigte sich Marx auch mit den ökologischen Auswirkungen der sich industrialisierenden Landwirtschaft (Saito 2016). Er analysierte, wie durch die Landwirtschaft aus dem Boden extrahierte Nährstoffe aus ländlichen Regionen in die städtischen Zentren transportiert werden.

Sind diese aber einmal in menschliche und tierische Abfallstoffe umgewandelt, gelangen sie nicht wieder in die ›Heimatböden‹ und damit in den natürlichen Kreislauf zurück. Marx spricht in diesem Zusammenhang von einem ›Riss‹, der sich durch den Stoffwechsel zwischen Land und Stadt, zwischen Natur und Gesellschaft zieht. Diese Überlegung arbeiteten die Ökomarxisten Paul Burkett und John Bellamy Foster (2010b) im Konzept des *metabolic rift* weiter aus.

Im Anschluss an diese theoretischen Überlegungen kam es bereits um 1900 zu zaghaften Versuchen, die Wirtschaft und den Energiehaushalt einzelner Staaten in physischen Kategorien – und nicht in Geldwerten – darzustellen. Diese Versuche, z.B. des schottischen Biologen und Soziologen Patrick Geddes (1997 [1884]), des Chemikers Wilhelm Ostwald (1909) oder des Philosophen Otto Neurath (1925) können als Vorläufer heutiger empirischer und makroökonomischer Beschreibungen des gesellschaftlichen Stoffwechsels sowie der Kritik an grenzenlosem Wachstum verstanden werden (Fischer-Kowalski 1998: 65). Erst ab den 1960er Jahren wurde das Konzept des sozialen Metabolismus – mit oder ohne Bezug zur historischen Verwendung bei Marx – in systematischer Weise für die empirische Analyse fruchtbar gemacht. Insbesondere die Forschungsfelder der Industriellen Ökologie und der Sozialen Ökologie entwickelten das Konzept weiter, um die materiellen und energetischen Flüsse, durch die Gesellschaften mit der Natur interagieren, theoretisch und empirisch zu beschreiben (ebd.: 61).

Als Wegbereiter der Industriellen Ökologie entwickelte der Physiker Robert Ayres das Konzept des industriellen Metabolismus. Ein solcher umfasst alle »physischen Prozesse, die Rohstoffe und Energie, sowie Arbeit, in fertige Produkte und Abfälle verwandeln« (Ayres 1994: 23, eigene Übersetzung). Durch diese umfassende Analyse aller physischen In- und Outputs einer definierten Einheit (z.B. einer Stadt, eines Staates oder eines Produkts) werden auch sogenannte Externalitäten, also natürliche Ressourcen, die vermeintlich kostenlos zur Verfügung stehen, sowie alle Abfälle und deren Schäden (*disservices*) einbezogen (Ayres/Kneese 1969). Diese Betrachtung liefert damit auch eine Grundlage für die Wachstumskritik der Umweltbewegung. Es wird anerkannt, dass eine Reduktion von Rest- und Schadstoffen (z.B. Emissionen) auf Grund physikalischer Gesetze (Zweiter Hauptsatz der Thermodynamik, Entropie)[1] nur durch eine Reduktion der Inputs – und nicht etwa rein durch höhere Effizienz – erreicht werden kann. Einfluss auf eine solche biophysische Betrachtung der Wirtschaft hatten auch die Arbeiten des rumänischen Mathematikers Nicholas Georgescu-Roegen (1971), der mit seinem Magnum Opus *The Entropy Law and the Economic Process* als einer der Gründerfiguren der Ökologischen Ökonomie und als Wegbereiter der Degrowth-Bewegung gilt.

Die Wiener Schule der Sozialen Ökologie baute ab dem Ende der 1980er Jahre auf den Analysen von Ayres auf und entwickelte sie zu einem eigenständigen Forschungsprogramm weiter. Im Zentrum steht auch hier der gesellschaftliche Stoffwechsel, der die biophysischen Bestände und Flüsse (*stocks and flows*) von unterschiedlichen sozia-

1 Der Zweite Hauptsatz der Thermodynamik besagt vereinfacht gesagt, dass thermische Energie sich in abgeschlossenen Systemen nur in eine Richtung überträgt und demnach nicht zurückgewonnen werden kann, das heißt der Prozess ist irreversibel, weil die Energie danach nicht mehr nutzbar ist. Ein Beispiel: Zwar kann durch die Verbrennung von Benzin ein Auto angetrieben werden, dieser Prozess kann aber nur in eine Richtung verlaufen, auch weil entlang des Prozesses, z.B. durch Reibung, beständig weniger nutzbare Energie zur Verfügung steht.

len Systemen (z.B. Haushalt, Dorf, Stadt, Staat) sowie die Mechanismen, die diese regulieren, umfasst (Fischer-Kowalski/Erb 2016: 36). Wichtige *Bestände* sind im Fall von industriellen Gesellschaften gebaute Infrastruktur (z.B. Gebäude, Straßen, Fabriken, Kraftwerke). Deren (Re-)Produktion benötigt enorme Mengen an Material, Energie und Arbeitskraft. Wichtige *Flüsse*, die aus der Natur entnommen, gesellschaftlich transformiert und deren Reststoffe wiederum in diese abgegeben werden, beinhalten Biomasse, Baumaterialien, fossile Energieträger oder Metalle (Fischer-Kowalski/Erb 2016). Für die konkrete Analyse entwickelte das Institut für Soziale Ökologie die Methode der Material- und Energieflussanalyse (MEFA), die eine biophysische Bilanzierung von Gesellschaften ermöglicht (ebd.: 43ff.).

Auf Basis dieser empirischen Beschreibungen unterscheidet die Soziale Ökologie historisch drei idealtypische sozial-metabolische Regime, die sich in ihrem gesellschaftlichen Austausch mit der Natur – und insbesondere in der Größenordnung des Metabolismus – stark unterscheiden: ein ›Jäger-Sammler‹-, ein agrarisches und ein industrielles Regime (Krausmann et al. 2016). Ein entscheidendes Unterscheidungsmerkmal liegt in der hauptsächlichen Energiequelle dieser Gesellschaften. Das sozial-metabolische Profil von ›Jäger-Sammler-Gesellschaften‹ basiert zu 99 Prozent auf Biomasse, mit Holz und Nahrung als wesentliche Energielieferanten. Auch Agrargesellschaften nutzen hauptsächlich Sonnenenergie in Form von Biomasse, bearbeiten aber im Gegensatz zu ›Jäger-Sammler-Gesellschaften‹ aktiv terrestrische Ökosysteme. Dieses landbasierte Energiesystem ermöglicht es, deutlich mehr Energie pro Landeinheit zu nutzen und damit auch eine höhere Bevölkerungsdichte zu realisieren. Erst das industrielle Regime unterscheidet sich wesentlich von den vorhergehenden, weil erstmals fossile Energieträger eingesetzt werden, um den gesellschaftlichen Energiebedarf zu decken. Die enorme Energiedichte von fossilen Energieträgern ermöglicht – gemeinsam mit der kapitalistischen Arbeitsteilung – beispiellose Produktivitätssprünge und eine enorme Konzentration von sozialen Systemen (z.B. Urbanisierung, Industrialisierung) (ebd.; Altvater 2005).

Sozialer Metabolismus in der Politischen Ökologie: Ansatzpunkte für die Analyse und Transformation von Machtverhältnissen

Die aktuelle Metabolismus-Forschung fokussiert auf die Quantifizierung von Ressourcenflüssen sowie auf deren ökologische Folgen (z.B. Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Müll und Altlasten). Die materielle Basis von Gesellschaften wird dadurch greif- und darstellbar, was zahlreiche aktuelle Forschungsfelder und Ansätze inspiriert (z.B. Degrowth, Kritik am Konzept der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch, Kreislaufwirtschaft; Kallis 2011; Şorman/Giampietro 2013; Mayer et al. 2019; Haberl et al. 2020). Aus politisch-ökologischer Perspektive ist vor allem interessant, durch welche Triebkräfte und Mechanismen Gesellschaften ihren Stoffwechsel mit der Natur regulieren – und wie sich diese Mechanismen machtvoll und konfliktreich verändern. Im Folgenden stellen wir beispielhaft Forschungsfelder vor, die eine sozial-metabolische Perspektive mit politisch-ökologischen Fragen nach Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie der gesellschaftlichen Regulation des Stoffwechsels verbinden. Diese Verbindung stellt für beide Perspektiven eine fruchtbare Weiterentwicklung dar. Aus Sicht der Politischen Ökologie macht ein Fokus auf

den sozialen Metabolismus den Bezug zur Produktions- und Lebensweise einer Gesellschaft (z.B. agrarischer vs. industrieller Metabolismus) und damit zu einer zentralen polit-ökonomischen und marxistischen Analysekategorie explizit und ergänzt die oft kleinteilige, auf lokale Verhältnisse ausgerichtete politisch-ökologische Forschung. Umgekehrt zeichnen sich viele sozial-metabolische Arbeiten dadurch aus, dass sie zwar quantitative Trends in der Ressourcennutzung im zeitlichen Verlauf darstellen, dabei aber keine systematische Analyse der zugrunde liegenden gesellschaftlichen Dynamiken vornehmen. Die politisch-ökologische Frage ist, welche Akteursgruppen durch welche Mechanismen über die Ressourcennutzung, das heißt den sozialen Metabolismus, entscheiden und welche Konflikte dadurch entstehen (Martinez-Alier 2009; Pichler et al. 2017).

Auf *lokaler* Ebene sind Arbeiten interessant, die die ungleiche Aneignung und Verteilung des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit lokalen Konflikten um Umweltgerechtigkeit (→ Gerechtigkeit) entlang von ›*race*‹, Klasse oder Gender verbinden. Diese Forschungen zeigen, dass der gesellschaftliche Metabolismus keine bloße Abstraktion von Ressourcenflüssen, sondern ein umkämpfter Prozess ist. Von Konflikten um eine zunehmend intensive Landnutzung und deren Auswirkung auf Indigene Viehhalter*innen in Kenia (Temper 2016), über den Kampf um eine partizipative Wasserversorgung in Mexiko (Fuente-Carrasco et al. 2019) bis hin zu Widerstand gegen die Einhegung öffentlichen Raums im Rahmen der Gezi-Proteste in der Türkei (Özkaynak et al. 2015) – ein sozialer Metabolismus entfaltet seine Form und Wirkung immer in Zeit und Raum und immer vor dem Hintergrund konkreter Machtverhältnisse. Auch das Forschungsfeld der → Urbanen Politischen Ökologie ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie eine politisch-ökologische und sozial-metabolische Perspektive verbunden werden können (Demaria/Schindler 2016).

Analysen auf *nationaler* Ebene bieten sich insofern an, als hier entsprechend umfassend quantitative Daten zu Energie- und Ressourcenverbrauch in Form von Statistiken zur Verfügung stehen und deshalb gut mit Fragen nach staatlichen Triebkräften, insbesondere Gesetzen, Investitionen sowie den zugrundeliegenden Interessen verbunden werden können. Beispiele für solche Arbeiten sind die Analyse der biophysischen Expansion der Palmölproduktion in Indonesien und deren Verbindung mit der historischen Entwicklung der Landnutzungspolitik (Brad et al. 2015) oder die Analyse der Extraktion von Ölsanden im Kontext kapitalistischer Dynamiken in Kanada (Pineault 2018). Eine produktive Weiterentwicklung stellt auch die Verbindung zwischen dem Konzept des sozialen Metabolismus und der französischen Regulationstheorie dar. Die regulationstheoretischen Kategorien des ›Akkumulationsregimes‹ und der ›Regulationsweise‹ ermöglichen eine geographische und historische Differenzierung des industriellen metabolischen Regimes und damit wichtige Einsichten für notwendige Transformationsprozesse und ihre institutionellen und polit-ökonomischen Voraussetzungen (Görg et al. 2019). Auch wenn dieses Potenzial sowohl theoretisch als auch empirisch erst voll ausgeschöpft werden muss, gibt es erste Arbeiten, die eine solche Periodisierung, z.B. des französischen Metabolismus in der Nachkriegszeit, versuchen (Cahen-Fourot/Magalhães 2020).

Auf *globaler* Ebene sind besonders solche Arbeiten zu nennen, die weltsystemtheoretische Perspektiven mit der Analyse von Veränderungen im globalen sozialen Metabolismus in Zusammenhang bringen (Muradian et al. 2012). Das Konzept des ökologisch ungleichen Tausches wird z.B. für die Analyse von globaler Ungleichheit in

Bezug auf die Extraktion und Nutzung von Ressourcen fruchtbar gemacht (Dorninger et al. 2021). Interessante Bezüge gibt es auch zwischen der regulationstheoretisch inspirierten *food regime analysis* und der Metabolismus-Forschung. Dadurch kann z.B. nachgezeichnet werden, dass Veränderungen im energetischen Metabolismus mit Veränderungen in den Machtverhältnissen zwischen Zentren und Peripherien einhergehen (Krausmann/Langthaler 2019).

Ausblick

Ausgehend von der historischen Verwendung bei Marx – und insbesondere der Weiterentwicklung durch die Soziale Ökologie – entwickelten sich in den letzten beiden Jahrzehnten interessante wechselseitige Bezüge zwischen der Metabolismus-Forschung und der Politischen Ökologie. Auch wenn Material- und Energieflüsse zunehmend in Wechselwirkung mit ökonomischen und politischen Prozessen, mit Konflikten und Ungleichheit gebracht werden, so wird in vielen Analysen einer der wichtigsten Flüsse, nämlich der Fluss von Kapital, weiterhin eher vernachlässigt (Huber 2013; Demaria/Schindler 2016: 296). Neben vielen anderen hier genannten ist das ein wichtiger Anknüpfungspunkt für weitere Forschungen – vor allem dann, wenn es um die notwendige Transformation des kapitalistischen Stoffwechsels mit der Natur geht.

Literatur

Altvater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Ayres, Robert U. (1994): »Industrial Metabolism. Theory and Policy«, in: National Academy of Engineering (Hg.): The Greening of Industrial Ecosystems, Washington: The National Academies Press, S. 23-37.

Ayres, Robert U./Kneese, Allen V. (1969): »Production, Consumption, and Externalities«, in: The American Economic Review, 59. Jg., Nr. 3, S. 282-297.

Brad, Alina/Schaffartzik, Anke/Pichler, Melanie/Plank, Christina (2015): »Contested Territorialization and Biophysical Expansion of Oil Palm Plantations in Indonesia«, in: Geoforum, 64. Jg., S. 100-111.

Burkett, Paul/Foster, John B. (2010a): »Stoffwechsel, Energie und Entropie in Marx' Kritik der Politischen Ökonomie. Jenseits des Podolinsky-Mythos (Teil 1)«, in: PROKLA 159, 40. Jg., Nr. 159, S. 217-240.

Burkett, Paul/Foster, John B. (2010b): »Stoffwechsel, Energie und Entropie in Marx' Kritik der Politischen Ökonomie. Jenseits des Podolinsky-Mythos (Teil 2)«, in: PROKLA 160, 40. Jg., Nr. 160, S. 417-435.

Cahen-Fourot, Louison/Magalhães, Nelo (2020): Matter and Regulation. Socio-Metabolic and Accumulation Regimes of French Capitalism since 1948, Working Paper Series 34/2020, Wien: Institute for Ecological Economics.

Demaria, Federico/Schindler, Seth (2016): »Contesting Urban Metabolism. Struggles over Waste-to-Energy in Delhi, India«, in: Antipode, 48. Jg., Nr. 2, S. 293-313.

Dorninger, Christian/Hornborg, Alf/Abson, David J./Wehrden, Henrik von/Schaffartzik, Anke/Giljum, Stefan/Engler, John-Oliver/Feller, Robert L./Hubacek, Klaus/

Wieland, Hanspeter (2021): »Global Patterns of Ecologically Unequal Exchange. Implications for Sustainability in the 21st Century«, in: Ecological Economics, 179. Jg., S. 106824.

Fischer-Kowalski, Marina (1998): »Society's Metabolism. The Intellectual History of Material Flow Analysis, Part I: 1860-1970«, in: Journal of Industrial Ecology, 2. Jg., Nr. 1, S. 61-78.

Fischer-Kowalski, Marina/Erb, Karl-Heinz (2016): »Core Concepts and Heuristics«, in: Helmut Haberl/Marina Fischer-Kowalski/Fridolin Krausmann/Verena Winiwarter (Hg.): Social Ecology. Society-Nature Relations Across Time and Space, Cham: Springer International Publishing, S. 29-61.

Fuente-Carrasco, Mario E./Barkin, David/Clark-Tapia, Ricardo (2019): »Governance from Below and Environmental Justice. Community Water Management from the Perspective of Social Metabolism«, in: Ecological Economics, 160. Jg., S. 52-61.

Geddes, Patrick (1997 [1884]): Civics as Applied Sociology, Leicester, UK: Leicester University Press.

Georgescu-Roegen, Nicholas (1971): The Entropy Law and the Economic Process, Cambridge, MA: Harvard University Press.

Görg, Christoph/Plank, Christina/Wiedenhofer, Dominik/Mayer, Andreas/Pichler, Melanie/Schaffartzik, Anke/Krausmann, Fridolin (2019): »Scrutinizing the Great Acceleration. The Anthropocene and its Analytic Challenges for Social-Ecological Transformations«, in: The Anthropocene Review, 7. Jg., Nr. 1, S. 42-61.

Haberl, Helmut/Wiedenhofer, Dominik/Virág, Doris/Kalt, Gerald/Plank, Barbara/Brockway, Paul/Fishman, Tomer/Hausknsot, Daniel/Krausmann, Fridolin/Leon-Gruchalski, Bartholomäus/Mayer, Andreas/Pichler, Melanie/Schaffartzik, Anke/Sousa, Tânia/Streeck, Jan/Creutzig, Felix (2020): »A Systematic Review of the Evidence on Decoupling of GDP, Resource Use and GHG Emissions. Part II: Synthesizing the Insights«, in: Environmental Research Letters, 15. Jg., Nr. 6, S. 065003.

Huber, Matt (2013): »Fueling Capitalism. Oil, the Regulation Approach, and the Ecology of Capital«, in: Economic Geography, 89. Jg., Nr. 2, S. 171-194.

Kallis, Giorgos (2011): »In Defence of Degrowth«, in: Ecological Economics, 70. Jg., Nr. 5, S. 873-880.

Krausmann, Fridolin/Langthaler, Ernst (2019): »Food Regimes and their Trade Links. A Socio-Ecological Perspective«, in: Ecological Economics, 160. Jg., S. 87-95.

Krausmann, Fridolin/Weisz, Helga/Eisenmenger, Nina (2016): »Transitions in Sociometabolic Regimes Throughout Human History«, in: Helmut Haberl/Marina Fischer-Kowalkski/Fridolin Krausmann/verena Winiwarter (Hg.): Social Ecology. Society-Nature Relations across Time and Space, Cham: Springer International Publishing, S. 63-92.

Martinez-Alier, Joan (2009): »Social Metabolism, Ecological Distribution Conflicts, and Languages of Valuation«, in: Capitalism Nature Socialism, 20. Jg., Nr. 1, S. 58-87.

Marx, Karl (1890): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin: Dietz.

Mayer, Andreas/Haas, Willi/Wiedenhofer, Dominik/Krausmann, Fridolin/Nuss, Philip/Blengini, Gian A. (2019): »Measuring Progress towards a Circular Economy. A Monitoring Framework for Economy-Wide Material Loop Closing in the EU28«, in: Journal of Industrial Ecology, 23. Jg., Nr. 1, S. 62-76.

Muradian, Roldan/Walter, Mariana/Martinez-Alier, Joan (2012): »Hegemonic Transitions and Global Shifts in Social Metabolism. Implications for Resource-Rich Countries. Introduction to the Special Section«, in: Global Environmental Change, 22. Jg., Nr. 3, S. 559-567.

Neurath, Otto (1925): Wirtschaftsplan und Naturalrechnung. Von der sozialistischen Lebensordnung und vom kommenden Menschen, Berlin: E. Laub.

Ostwald, Wilhelm (1909): Energetische Grundlagen der Kulturwissenschaften, Leipzig: Dr. Werner Klinkhardt Verlag.

Özkaynak, Begüm/Aydın, Cem İskender/Ertör-Akyazı, Pınar/Ertör, Irmak (2015): »The Gezi Park Resistance from an Environmental Justice and Social Metabolism Perspective«, in: Capitalism Nature Socialism, 26. Jg., Nr. 1, S. 99-114.

Pichler, Melanie/Schaffartzik, Anke/Haberl, Helmut/Görg, Christoph (2017): »Drivers of Society-Nature Relations in the Anthropocene and their Implications for Sustainability Transformations«, in: Current Opinion in Environmental Sustainability, 26.-27. Jg., S. 32-36.

Pineault, Éric (2018): »The Capitalist Pressure to Extract. The Ecological and Political Economy of Extreme Oil in Canada«, in: Studies in Political Economy, 99. Jg., Nr. 2, S. 130-150.

Saito, Kohei (2016): Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York: Campus.

Şorman, Alevgül (2016): »Metabolismus, Gesellschaftlicher«, in: Giacomo D'Alisa/Federico Demaria/Giorgios Kallis (Hg.): Degrowth. Handbuch für eine neue Ära, München: oekom, S. 54-58.

Şorman, Alevgül/Giampietro, Mario (2013): »The Energetic Metabolism of Societies and the Degrowth Paradigm. Analyzing Biophysical Constraints and Realities«, in: Journal of Cleaner Production, 38. Jg., S. 80-93.

Temper, Leah (2016): »Who Gets the HANPP (Human Appropriation of Net Primary Production)? Biomass Distribution and the Bio-Economy in the Tana Delta, Kenya«, in: Journal of Political Ecology, 23. Jg., Nr. 1, S. 410-433.

Staat

Alina Brad

Der Staat nimmt eine zentrale Rolle im Vermittlungsverhältnis zwischen Gesellschaft und → Natur ein. Auf vielfältige Weise – etwa durch Gesetze, Verordnungen oder Infrastrukturentscheidungen sowie als Produzent und Verwalter von → Wissen – greift er in das Gesellschaft-Natur-Verhältnis ein und gestaltet es zugleich. Besonders relevant für die Politische Ökologie ist, dass Zugangs- und Nutzungsrechte über natürliche Ressourcen (→ Rohstoffe) mithilfe staatlicher Institutionen und Regulierungen durchgesetzt, Bevölkerungsgruppen kontrolliert und in bestimmte Räume einbezogen oder von diesen ausgegrenzt werden. Gleichzeitig stellen unterschiedliche → Akteure die territorialen Ordnungs- und Kontrollstrategien des Staates infrage, indem beispielsweise Landansprüche von privaten Akteuren, sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen (NGO) oder Kleinbäuer*innen erhoben werden.

Der Staatsbegriff in der Politischen Ökologie

In politisch-ökologischen Arbeiten spielen Fragen nach den → Macht- und Herrschaftsverhältnissen in Bezug auf Umweltveränderungen, auf die Nutzung von, des Zugangs zu und die Kontrolle über Land und Ressourcen eine zentrale Rolle. Das bedeutet, die strukturellen Bedingungen, gesellschaftlichen Widersprüche sowie die Kämpfe um Kontrolle über natürliche Ressourcen und die damit verbundenen Strategien von Akteuren mit ihren jeweiligen unterschiedlichen Machtressourcen zu untersuchen. Diese Kämpfe werden durch staatliche Kontrollmechanismen strukturiert. Die Politiken und Strategien der in diesen Konflikten involvierten staatlichen Organisationen spiegeln unterschiedliche gesellschaftliche Interessen wider. → Landkonflikte gehen beispielsweise meist auf überlappende Landtitel, auf Diskrepanzen zwischen der formalen Rechtsprechung und dem auf lokaler Ebene relevanten Gewohnheitsrecht oder auf Konzessionsvergabe zurück.

Obwohl die Rolle des Staates zentral für die Analyse dieser Problematiken ist, wurde ein fundiertes Verständnis davon, was der Staat ist, in der Politischen Ökologie lange Zeit nicht entwickelt. In der ersten Generation politisch-ökologischer Forschungsarbeiten, die stark von Anthropologie und Entwicklungsforschung beeinflusst waren, wurde der Staat oft vereinfacht als ein Akteur unter anderen verstanden und im Allgemeinen wenig betrachtet (Robertson 2015). Ab dem Ende der 1990er Jahre veränderte sich dies, nachdem institutionelle Fragen und das Verhältnis von

staatlicher Macht und der Kontrolle über natürliche Ressourcen zunehmend stärker in den Fokus rückten (Bryant/Bailey 1997). Politisch-ökologische Analysen der zweiten Generation wandten sich der Beforschung des Verhältnisses von Produktionsweisen, Machtverhältnissen und globalen → Arbeitsverhältnissen hinsichtlich lokaler Prozesse der Ressourcennutzung und damit verbundener Inklusion oder Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen zu (Watts/Peet 2004). Trotz dieser Hinwendung zu übergeordneten gesellschaftlichen Verhältnissen wurde der Staat selbst kaum zum Gegenstand der Analyse. Dies änderte sich durch den zunehmenden Fokus politisch-ökologischer Analysen auf den Globalen Norden. So führte beispielsweise Matthew Huber (2013) einen umfassenden Staatsbegriff in der Politischen Ökologie mithilfe der Regulationstheorie ein. Demzufolge wird die tendenziell krisenhafte kapitalistische Akkumulation durch verschiedene institutionelle bzw. strukturelle Formen staatlicher Politiken reguliert und abgesichert (Robertson 2015). Dazu beigetragen hat zudem die Entwicklung einer Ethnographie des Staates, die dem Grundansatz der Politischen Ökologie folgend die Wirkungsweise globaler Kräfte in lokalen Zusammenhängen ins Zentrum der Analyse stellte. Die Ethnographie des Staates untersucht einzelne staatliche Institutionen als Mikrokosmen – analog etwa zu lokalen Konstellationen wie der Dorfebene im Globalen Süden: Welche Praktiken, Logiken und Diskurse prägen das Agieren einzelner nationaler und internationaler Organisationen oder staatlicher Apparate, die in lokale Konflikte eingreifen und diese strukturieren? (Robbins 2002, 2008). Darüber hinaus haben politisch-ökologische Arbeiten mit dem Konzept der Gouvernementalität herausgearbeitet, wie staatliche Strategien und Subjektivierungsprozesse zusammenhängen (Luke 1999; Agrawal 2005). So kann mithilfe des Begriffs der Gouvernementalität untersucht werden, wie Regierungstechniken von Subjekten internalisiert werden und wie sie sich selbst und ihre Rolle im Verhältnis zu Land und Natur begreifen.

Die Ausübung von Kontrolle über Territorium und Natur sind Prozesse, über die sich Staaten selbst auch konstituieren (Neumann 2004). Dies haben beispielsweise Whitehead, Jones und Jones (2007) analysiert. Mit dem Begriff *Framing* zeigen sie, wie sich die symbolische und materielle Herauslösung bestimmter Teile von Natur durch den Staat vollzieht (Goffman 1974), insbesondere mittels der Erhebung von Landnutzungsformen und Zentralisierung von lokalem Wissen als Voraussetzung für staatliche Intervention in Raumordnung und Landnutzung.

In der deutschsprachigen Debatte zu → gesellschaftlichen Naturverhältnissen haben insbesondere Ulrich Brand und Christoph Görg (2003) sowie Markus Wissen (2011) einen umfassenden Staatsbegriff in der vor allem durch Nicos Poulantzas geprägten Tradition der materialistischen Staatstheorie eingeführt. Die materialistische Staatstheorie grenzt sich von der westlich modernen Tradition von Thomas Hobbes bis Max Weber ab, welche die Ausübung eines Gewaltmonopols über ein Territorium und die Souveränität nach außen als Hauptmerkmale des Staates betrachtet und den Staat als eigenständig handelndes Subjekt versteht. Dem Staatsverständnis von Poulantzas folgend wird der Staat demgegenüber nicht primär als Subjekt oder als handelnder Akteur, sondern als gesellschaftliches Verhältnis verstanden. Das bedeutet auch, dass der Staat kein neutrales Instrument ist, das von der herrschenden Klasse für seine Interessen instrumentalisiert wird. Poulantzas bestimmt den Staat vielmehr als eine »materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen zwischen Klassen und Klassenfraktionen« (2002 [1978]: 159). Mit dem Begriff der materiellen Verdichtung meint Pou-

lantzas, dass sich die Kämpfe bzw. Auseinandersetzungen zwischen den Klassen und Klassenfraktionen – und anderen gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen wie etwa Geschlechterverhältnisse (Ludwig/Sauer 2010) – über längere Zeiträume in die institutionelle Struktur des Staates einschreiben. Der Staat ist insofern eine spezifische Ebene der Gesellschaft, auf der sich soziale Kämpfe um politische Macht abspielen und verdichten (vgl. auch Demirović et al. 2010). Die jeweilig aktuelle staatliche Politik selbst sowie die Verfahren und Mechanismen in den Institutionen, die der Ausarbeitung und Umsetzung dieser Politik zugrunde liegen, sind Ausdruck dieser Kämpfe und Kräfteverhältnisse.

Der Staat ist somit Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, Konfliktterrain und zugleich Akteur, der in diese Auseinandersetzungen eingreift. Indem der Staat als »materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen zwischen Klassen und Klassenfraktionen« (Poulantzas 2002 [1978]: 159) konzipiert wird, wird deutlich, dass sich bestimmte Problemdefinitionen und Interessen dominanter Akteure gegenüber anderen durchsetzen. Das mag abstrakt klingen, ist aber ganz entscheidend für das Verständnis politisch-ökologischer Prozesse und Krisen. So ermöglicht diese Perspektive beispielsweise, ökologische Krisen wie die Klimakrise nicht nur als Folge des Scheiterns der Klimapolitik oder als ›Versagen der Politik‹ zu verstehen. Vielmehr lässt sich die Klimakrise und das Scheitern der Klimapolitik viel tiefgreifender und umfassender im Kontext gesellschaftlicher Strukturen und damit verbundenen Interessenlagen um Problemdefinitionen begreifen.

Wie Bob Jessop (2009) in seiner Weiterentwicklung von Poulantzas' Staatstheorie betont, ist das Verhältnis zwischen Staat und Akteuren von Strategien bestimmt. Auch die unterschiedlichen Staatsapparate (Ministerien, Zentralbanken etc.) sind von verschiedenen Strategien geprägt, die zudem jeweils eine historisch begründete strategische Selektivität aufweisen. Strategische Selektivität bedeutet, dass der Staat – weil sich in ihm, wie oben beschrieben, Kräfteverhältnisse über längere Zeiträume materiell verdichtet bzw. in ihm eingeschrieben haben – wie ein Filter bestimmte Forderungen durchlässt, während andere nur schwer oder gar nicht Zugang zum Prozess der Politikformulierung im Staat finden. So betrachtet, verfügt der Staat auf Grund dieser historisch gewachsenen Materialität über eine gewisse relative Autonomie gegenüber der Gesellschaft und ihren Kräften. Dies ermöglicht es dem Staat, die Rahmenbedingungen herzustellen, welche für die kapitalistische Produktion und Reproduktion der Gesellschaft sowie die Kommodifizierung der Natur notwendig sind.

Gesellschaftliche Naturverhältnisse werden nicht ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene reguliert. Insbesondere in den letzten Jahrzehnten haben neben der lokalen auch die internationale und transnationale Ebene zunehmend an Bedeutung gewonnen. Im Zuge dessen haben sich die Regierungsformen weiterentwickelt. In der materialistischen Staatstheorie werden diese Veränderungen von Staatlichkeit als ›Transnationalisierung‹ bzw. ›Internationalisierung des Staates‹ diskutiert (vgl. Brand et al. 2007; Demirović 2011), wobei zugleich private Regulierungsformen wie Zertifizierungssysteme an Bedeutung gewannen (Cashore 2002). Dies ging einher mit der Transformation des Nationalstaates zum »nationalen Wettbewerbsstaat« (Hirsch 1995), der die internationale Wettbewerbsfähigkeit als übergeordnetes Ziel verfolgt.

Beispiel Palmölboom in Indonesien – ein staatstheoretischer Zugang

Exemplarisch lassen sich die hier skizzierten Entwicklungen am Beispiel des indonesischen Palmölsektors und den damit verbundenen Veränderungen des Zugangs zu und der Kontrolle über Land nachvollziehen (Brad 2019). Ausschlaggebend für die massive Expansion von Plantageflächen seit den 1990er Jahren war ein Umbruch in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, der sich in der territorialen Organisation des Staates und der Regulierung des Zugangs zu Land und Ressourcen niederschlug und verdichtete. So wurde der → Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozess der 2000er Jahre maßgeblich von der Weltbank und den Interessen des exportorientierten Agrarkapitals sowie transnationaler Palmölkonzerne geprägt. Im Zuge dessen wurde nicht nur ein export- und weltmarktorientiertes Entwicklungsmodell forciert, sondern es wurden auch die regionale und lokale Ebene in ihrer Kompetenz mit Blick auf die Regulierung des Landzugangs gestärkt. Dies veränderte maßgeblich die Selektivität des Staates, indem die Konkurrenz zwischen den regionalen und lokalen Verwaltungseinheiten um Investitionen einer massiven Expansion von Plantageflächen Vorschub leistete. Diese Entwicklungen riefen gleichzeitig auch Proteste hervor. Doch transnationale Konzerne, die die globale Palmölproduktion kontrollieren, konnten ihre Interessen nicht nur auf nationalstaatlicher, sondern auch auf transnationaler Ebene durchsetzen. In der Folge sind neue Machtknotenpunkte wie der *Roundtable of Sustainable Palm Oil* (RSPO) entstanden, während gleichzeitig bestehende trans- und internationale Organisationen und Regulierungsformen an Bedeutung gewonnen haben. Dementsprechend wird das Konfliktmanagement nicht ausschließlich von nationalen Regeln und Akteuren bestimmt, sondern zunehmend auch von sowohl freiwilligen als auch verbindlichen Regeln inter- und transnationaler Staatsapparate wie dem RSPO. Der RSPO gilt zwar als stark von den Interessen der Palmölindustrie beeinflusst (Pye 2010, 2013; Brad et al. 2018), weist aber dennoch ein gewisses Maß an relativer Autonomie gegenüber diesen Interessen auf, was es NGOs und der lokalen Landbevölkerung ermöglicht, die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards einzufordern. So verfolgten Kleinbäuer*innen sowie NGOs auf Grund der ungünstigen Selektivität der lokalen und nationalstaatlichen Ebene zunehmend die Strategie, über transnationale Netzwerke und Regulierungsformen wie den RSPO Einfluss auf die Bearbeitung lokaler Konflikte zu gewinnen.

Fazit

Wie im Rahmen dieses kurz skizzierten Beispiels angedeutet werden konnte, lässt sich aus einer materialistischen staatstheoretischen Perspektive (→ historisch-materialistische Policy-Analyse) analysieren, wie sich unterschiedliche Interessen in die Strukturen des Staates auf verschiedenen Ebenen einschreiben. Dort begründen sie strategische Selektivitäten, welche sich wiederrum auf die Bearbeitung spezifischer Landkonflikte insofern auswirken, als sie bestimmte Interessen und Forderungen privilegieren und andere marginalisieren. Diese Perspektive erlaubt es zu untersuchen, warum und wie die Interessen bestimmter Akteure stärker berücksichtigt werden als die von Kleinbäuer*innen und Indigenen Gruppen. Land Grabbing durch transnationale Konzerne ist nicht einfach ein Prozess willkürlicher Aneignung, sondern Ausdruck und Folge gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und ihrer materiellen Ver-

dichtung auf verschiedenen Ebenen der Staatlichkeit. Im Kontext des indonesischen Palmölsektors werden die strategischen Selektivitäten und das selektive Handeln des Staates besonders deutlich im Konzessionssystem, das die Verteilung des als Staatswald eingestuften Landes verwaltet. Durch die Missachtung von Gewohnheitsrechten erhalten agroindustrielle Unternehmen Zugang zu Land, während der indonesische Staat gleichzeitig die territoriale Kontrolle über seine Peripherie festigt. Ergänzt wird dies durch die Bereitstellung von Arbeitskräften und die ›Sicherung‹ der Plantagen durch den Einsatz von Polizei und Militär. Zentral ist hierbei die Frage, wie sich diese Selektivitäten durch die räumliche Reorganisation des Staates verändern und wie sich dadurch die Bedeutung unterschiedlicher Ebenen in Landkonflikten wandelt. Davon ausgehend kann eine materialistische staatstheoretische Perspektive auch dazu beitragen, strategische Ansatzpunkte für → Widerstand subalterner Gruppen und NGOs gegen die Durchsetzung dominanter Interessen genauer zu bestimmen.

Literatur

Agrawal, Arun (2005): Environmentality. Technologies of Government and the Making of Subjects, Durham: Duke University Press.

Brad, Alina (2019): Der Palmölboom in Indonesien. Zur Politischen Ökonomie einer umkämpften Ressource, Bielefeld: transcript.

Brad, Alina/Delemare, Alice/Hurley, Natasha/Lenikus, Valerie/Mulrenan, Rachel/Nemes, Noemi/Trunk, Urska/Urbancic, Nusa (2018): The false promise of certification. How certification is hindering sustainability in the textiles, palm oil and fisheries industries, o.O.: Changing Markets Foundation.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): »Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive«, in: PROKLA 147, 37. Jg., Nr. 2, S. 217-234.

Bryant, Raymond/Bailey, Sinead (1997): Third World Political Ecology, New York: Routledge.

Cashore, Benjamin (2002). Legitimacy and the Privatisation of Environmental Governance: How Non-State Market-Driven (NSMD) Governance Systems Gain Rule-Making Authority. Governance 15(4), 503-529.

Demirović, Alex (2011): »Materialist State Theory and the Transnationalization of the Capitalist State«, in: Antipode, 43. Jg., Nr. 1, S. 38-59.

Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (Hg.) (2010): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis, Baden-Baden: Nomos.

Goffman, Erving (1974): Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience, Cambridge: Harvard University Press.

Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv.

Huber, Matt (2013): »Fueling Capitalism. Oil, the Regulation Approach, and the Ecology of Capital«, in: Economic Geography, 89. Jg., Nr. 2, S. 171-194.

Jessop, Bob (2009): »Avoiding Traps, Rescaling States, Governing Europe«, in: Roger Keil/Rianne Mahon (Hg.): Leviathan Undone? Towards a Political Economy of Scale, Vancouver: University of British Columbia Press, S. 87-104.

Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (2010): »Engendering Poulantzas oder: Sinn und Zweck feministischer Anrufung materialistischer Staatstheorie«, in: Alex Demirović/Stephan Adolphs/Serhat Karakayali (Hg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis, Baden-Baden: Nomos, S. 173-188.

Luke, Thimothy W. (1999): Capitalism, Democracy, and Ecology. Departing from Marx, Chicago: University of Illinois Press.

Neumann, Roderick P. (2004): »Nature – State – Territory. Toward a critical theorization of conservation enclosures«, in: Richard Peet/Michael Watts (Hg.): Liberation Ecologies. Environment, development, social movements, 2. Aufl., London: Routledge, S. 179-199.

Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg: VSA.

Pye, Oliver (2010): »The biofuel connection – transnational activism and the palm oil boom«, in: The Journal of Peasant Studies, 37. Jg., Nr. 4, S. 851-874.

Robbins, Paul (2002): »Obstacles to a First World Political Ecology? Looking near without looking up«, in: Environment and Planning A, 34. Jg., Nr. 8, S. 1509-1513.

Robbins, Paul (2008): »The State in Political Ecology. A Postcard to Political Geography from the Field«, in: Kevin R. Cox/Murray Low/Jennifer Robinson (Hg.): The Sage Handbook of Political Geography, London: Sage, S. 205-218.

Robertson, Morgan (2015): »Environmental Governance. Political Ecology and the State«, in: Tom Perreault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge, S. 457-466.

Watts, Michael/Peet, Richard (2004): »Liberating political ecology«, in: Dies. (Hg.): Liberation Ecologies. Environment, development, social movements, 2. Aufl., London: Routledge, S. 3-43.

Whitehead, Mark/Jones, Rhys/Jones, Martin (2007): The Nature of the State. Excavating the Political Ecologies of the Modern State, Oxford/New York: Oxford University Press.

Wissen, Markus (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Transformation (sozial-ökologische)

Michaela Christ und Bernd Sommer

Klimakrise und strukturelle Nicht-Nachhaltigkeit als Ausgangspunkt des Transformationsdiskurses

Corona-Pandemie, Biodiversitätsverluste, Dürren, Überflutungen und andere Extremwetterereignisse als Folge der Klimakrise auf allen Kontinenten: Sich verschärfende und in rascherer Folge auftretende sozial-ökologische Krisen werfen immer dringlicher die Frage auf, wie und in welche Richtung sich Gesellschaften verändern können, sollen oder müssen. Soziale Bewegungen wie Fridays For Future oder Extinction Rebellion, politische und wissenschaftliche Akteure setzen sich mit Nachdruck für einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit ein (Wuppertal Institut 2020; IPCC 2021). Sie führen Krisenphänomene wie die eben genannten auf die strukturelle Nicht-Nachhaltigkeit gegenwärtiger → gesellschaftlicher Naturverhältnisse zurück. Das heißt, sie gehen davon aus, dass die Ressourcen und Senken, die für den Erhalt der Lebensgrundlagen von Gesellschaften notwendig sind (Rockström et al. 2009; Steffen et al. 2018), kontinuierlich und systematisch übernutzt und zerstört werden.

Unter dem Begriff der Transformation werden die umfassenden Veränderungsprozesse verstanden, derer es in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bedarf, um zu einer nachhaltig(er)en Gesellschaft zu kommen. Anders als die gleichnamige politikwissenschaftlichen Transformationsforschung, die der Beschreibung und Analyse von Systemwechseln und gesellschaftlichen Umbrüchen gewidmet ist – Demokratiserungsprozesse gehören dazu genauso wie die Entwicklung autoritärer Regime –, wird mit dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation ein dezidiert normatives Anliegen verfolgt, das im Brundtland-Bericht von 1987 niedergelegt wurde. Die Bedürfnisbefriedung der Gegenwartsgesellschaften, so wurde damals formuliert, darf nicht zu Lasten der Befriedung der Bedürfnisse kommender Generationen realisiert werden (Hauff 1987).

An dieses normative Leitbild anschließend sind wissenschaftliche und politische Diskurse entstanden, die um die Frage kreisen, wie zeitgenössische Gesellschaften, die sich in einem Zustand struktureller Nicht-Nachhaltigkeit befinden, unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit transformiert werden können. Ein prominentes Beispiel hierfür sind die *Sustainable Development Goals* (SDGs) der Vereinten Nationen (VN). Die SDGs umfassen für die Zeitspanne von 15 Jahren 17 Ziele aus den Bereichen der menschlichen Entwicklung (wie die Reduktion von Armut und Hunger) und der ökologischen Nachhaltigkeit (wie Klimaschutz). Die entsprechende Resolution der VN-Generalversammlung versteht sich als Aktionsplan und trägt den Titel »Transformation unserer Welt: die Agenda

2030 für nachhaltige Entwicklung« (VN 2015). Im deutschsprachigen Raum verschaffte das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) aus dem Jahr 2011 »Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« dem Transformations-Begriff verstärkt Aufmerksamkeit. In dem Gutachten wurde anhand des Beispiels des Klimaschutzes beschrieben, wie eine globale Transformation in Richtung Nachhaltigkeit technisch machbar und ökonomisch möglich wäre (WBGU 2011: 117f.). Allein mit der Umsetzung hapere es. Daher käme in einem solchen Transformationsprozess den Staaten und der Politik eine zentrale Rolle zu, die aber durch erweiterte Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung zu legitimieren sei (WBGU 2011: 251f.).

Der WBGU pointierte mit seinem Gutachten eine Debatte, die in der interdisziplinären Nachhaltigkeits- und Umweltforschung seit längerer Zeit an Bedeutung gewann. Ausgangspunkt dafür war der zunehmend geteilte Befund, dass die vielfältigen ökologischen Missstände und ihre Ursachen hinlänglich durch die Forschung beschrieben seien und daher nun Fragen des Übergangs zu einem nachhaltigeren Umgang mit den natürlichen Ressourcen im Zentrum stehen sollten. Vor dem Hintergrund der Endlichkeit bzw. Übernutzung natürlicher Ressourcen und Senken sei nicht die Frage, ob eine Transformation des aktuellen sozial-metabolischen Regimes erfolgen wird, sondern ob diese stärker von den Verhältnissen erzwungen oder zumindest noch in Grenzen politisch gestaltet werden kann; kurz, ob »Transformation by design« oder »by disaster« erfolgt (Sommer/Welzer 2014: 24).

Transformation oder Transition? Kein einheitliches Konzept und Verständnis

Bereits Anfang der 2000er Jahre beschäftigte sich etwa die *Great Transition Initiative* der *Global Scenario Group* aus Boston und Stockholm mit den Anforderungen für den Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft (Raskin et al. 2002; Feola/Jaworska 2019: 1645). Im Jahr 2009 veröffentlichte die *New Economics Foundation*, ein britischer *Think Tank* mit Verbindungen zu dem britischen Postwachstumsökonomen Tim Jackson, den Bericht »The Great Transition«, der sich als das erste umfassende Konzept für den Aufbau einer auf Stabilität, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit basierenden Wirtschaft verstand (NEF 2009). Und 2010 publizierte das *World Watch Institute* seinen jährlichen *State of the World*-Report unter den Titel »Transforming Cultures« (WWI 2010). Besondere Prominenz erlangte in den vergangenen 20 Jahren die aus den Niederlanden stammende sogenannte *Sustainabilty Transitions Forschung*, deren *Multi-Level-Perspektive* (MLP) zum Wandel sozio-technischer Regime (Grin et al. 2010) zum dominanten Paradigma in der Nachhaltigkeitsforschung avancierte.

All diesen Ansätzen ist das Ausloten der Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen unter dem normativen Leitbild der Nachhaltigkeit gemein. Dabei werden die beiden Begriffe Transformation und Transition mitunter synonym verwendet. Bei genauerem Hinsehen zeigen sich aber ontologische und epistemologische Unterschiede: Während Vertreter*innen des Transitions-Konzeptes häufig von relativ stabilen Systemen oder Regimen ausgehen und die Transition dann die Phase des Übergangs zwischen diesen Systemen bezeichnet, wird der Transformationsbegriff eher in Kontexten verwendet, in denen auf anhaltende und tiefgreifende gesellschaftliche Wandlungsprozesse rekurriert wird (Sieferle 2010; WBGU 2011).

Transformation als umkämpftes Konzept

Ähnlich wie beim Konzept der → Nachhaltigkeit bzw. nachhaltigen Entwicklung handelt es sich bei Transformation also um ein »essentially contested concept« (Gallie 1955). Darunter verstand der Gesellschaftstheoretiker Walter B. Gallie abstrakte Vorstellungen, die zwar allgemein geteilt werden, abhängig von der Perpektive und den normativen Orientierungen der Akteure, die sie verwenden, aber etwas sehr Unterschiedliches bedeuten können. Daher sollen im Folgenden einige der zentralen Intensionen des Begriffs sowie die jeweilige Kritik daran kurz rekonstruiert werden.

Um die Dimension des gesellschaftlichen Veränderungsbedarf zu verdeutlichen, wird in Anlehnung an Karl Polanyi (1973 [1944]) häufig auch von »Großer Transformation« (WBGU 2011) bzw. »Great Transition« (Raskin et al. 2002; NEF 2009) gesprochen. Rolf Peter Sieferle (2010) sowie der WBGU (2011) sehen im historischen Vergleich in Bezug auf die Größenordnung und Radikalität, die eine Nachhaltigkeitstransformation erfordere, sogar eine Analogie zur neolithischen und industriellen Revolution. Wolfgang Sachs (2013: 18) kritisierte die Bezugnahme auf Karl Polanyi als oberflächlich bzw. »missdeutet«. Karl Polanyi zeigte in »The Great Transformation« (1973 [1944]) wie ein uneingeschränktes Wirken der Marktkräfte auf die → Natur, die menschliche Arbeit oder auch Währungen zwangläufig zu ihrer Zerstörung führt und entsprechende Entwicklungen über kurz oder lang eine gesellschaftliche Gegenbewegung provozierten. Nicht nur fehlt diese Analyse in den meisten Publikationen zu einer ›Großen Transformation‹ im Kontext der Nachhaltigkeit; mitunter wird die → Inwertsetzung der Natur sogar als ›Antwort‹ auf die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse diskutiert. So setzt sich etwa der WBGU (2011) in seinem Transformationsgutachten für einen globalen Emissionshandel ein.

Eine weitere Kritik am Transformationsdiskurs in der interdisziplinären Nachhaltigkeits- und Umweltforschung formulierte Ulrich Brand, indem er darauf hinwies, dass das Konzept Gefahr laufe, zu einer »neuen kritischen Orthodoxie« (Brand 2016) zu avancieren. Damit ist gemeint, dass die Debatten um eine gesellschaftliche Transformation im Kontext der Nachhaltigkeit einerseits die Notwendigkeit eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels suggerieren (»alles muss anders werden«), andererseits gerade die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse und damit die Politische Ökonomie, sprich der Gegenwartskapitalismus, in der Regel nicht oder nur am Rande thematisiert werden.

Brands Kritik verweist damit auch auf ein zentrales Defizit des dominanten Transformationsdiskurses, nämlich seine Technikzentriertheit (Sommer/Welzer 2014: 72ff.). Zu Erreichung von Klima- und anderen Nachhaltigkeitszielen – so die immer noch dominante Vorstellung – bedürfe es vor allem der Entwicklung und Diffusion technischer Lösungen, wie radikal gesteigerter Effizienz durch → Digitalisierung, Erneuerbare Energien, Elektro- oder Wasserstoffmobilität (→ Mobilität) oder auch biologische Ersatzstoffe für Plastik (um nur einige wenige Beispiele zu nennen). Die gesellschaftliche Dimension einer solchen Transformation wird dann vor allem darin gesehen, Akzeptanz für solche technischen Lösungen zu schaffen. Ansonsten könne aber alles mehr oder weniger so bleiben, wie es ist.

Gleichursprünglichkeit von Klima- und Reproduktionskrise?

Autor*innen, die die Notwendigkeit einer umfassenden systemischen Transformation in den Fokus rücken, sprechen oft von sozial-ökologischer Transformation. Die multiplen Krisen der Gegenwart (Altvater 2009; Brand 2009) – Finanzkrise, Care-Krise (→ Care) oder Klimakrise – werden hier als miteinander verbundene Krisen verstanden. Und zwar insofern, als ihr Ursprung verortet wird in der, auf immerwährendem Wachstum und Steigerungslogik angewiesenen, kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise, die zu ihrem Erhalt nach der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und menschlicher Arbeitskraft (→ Kämpfe um (Lohn-)Arbeit) verlangt. Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister (2013: 241) etwa schreiben mit Blick auf die Krise des ›Reproduktiven‹, soziale und ökologischen Krisen seien »gleichursprünglich« (Biesecker/Hofmeister 2013: 241). Sie kritisieren die in der kapitalistischen Ökonomie angelegte Trennung zwischen sogenannter reproduktiver Tätigkeit und produktiver Erwerbsarbeit. Das (Re)Produktive – in der Regel weiblich konnotierte unbezahlte Sorgetätigkeiten und Naturproduktivität – wird von den für den Markt in Erwerbsarbeit hervorgebrachten Gütern und Dienstleistungen unterschieden und zugleich abgewertet oder unsichtbar gemacht. Diese Trennung und Abwertung wird als eine wesentliche Voraussetzung für den sorglosen, ausbeuterischen und zerstörerischen Umgang mit Menschen und außermenschlicher Natur benannt (ebd.) (→ (Re)Produktivität), → Feministische Politische Ökologie). Der Mechanismus der Aus- oder Verlagerung von Kosten, nicht allein ökonomischer sondern auch sozialer und ökologischer Kosten, ist verschiedentlich als → Externalisierung beschrieben worden. Gemeint ist damit, dass der Preis für ein Leben in (relativem) Wohlstand und Sicherheit mehrheitlich nicht im Globalen Norden gezahlt wird, sondern im Globalen Süden (Biesecker et al. 2013; Biesecker/Winterfeld 2014; Lessenich 2016; Brand/Wissen 2017).

Die Regionen der Welt und ärmere Bevölkerungsgruppen, die mit dem Begriff Globaler Süden beschrieben werden, haben nur einen geringen Anteil an der Genese sozial-ökologischer Krisenprozesse, sind aber weitaus stärker von deren Auswirkungen betroffen. Die Anerkennung dieser Verflechtungszusammenhänge hat auch Auswirkungen auf die Maßstabsebenen der Transformation. »Denn«, wie Antje Bruns schreibt,

> »die sozialökologischen Systeme zwischen Nord und Süd sind so eng verwoben, dass sozialökologische Transformationsprozesse im Globalen Norden neue Geographien der Ungleichheit im Globalen Süden reproduzieren können. Gerade also weil es um ein Gutes Leben für alle geht, sollten wir diese Beziehungsmuster mitdenken« (Bruns 2020: 242).

Von sozial-ökologischen Krisen zu sprechen, unterstreicht den Umstand, dass die Krisen in ihren Ursachen als auch in ihren Folgen soziale *und* ökologische Dimensionen aufweisen, die kaum voneinander getrennt betrachtet werden können. Wenn, salopp formuliert, Klimawandel und Artenvielfaltsverlust nicht nur als ökologische Herausforderungen, Finanzkrisen nicht allein als ökonomisches oder die Corona-Pandemie nicht als bloßes Gesundheitsproblem gefasst wird, sondern wenn diese Phänomene als sozial-ökologische Krisen verstanden werden, bedarf es zu ihrer Bearbeitung und Bewältigung mehr als nur einer sektoralen oder lokal begrenzten Optimierung. Mit anderen Worten, das Adjektiv ›sozial-ökologisch‹ ist Ausdruck einer spezifischen Krisendefinition und einer darauf abgestimmten Vorstellung über die Bearbeitungsweise eben dieser Krise.

Mit dem Zusatz ›sozial-ökologisch‹ wird also genauer benannt, was in den Studien zur Transformation mit dem Adjektiv ›groß‹ im besten Fall unscharf angedeutet wird. Und gleichzeitig orientieren sich die Autor*innen, die von einer sozial-ökologischen Transformation sprechen, damit sehr viel stärker an der ursprünglichen Analyse Polanyis als die meisten derjenigen, die dies *expressis verbis* tun.

Literatur

Altvater, Elmar (2009): »Die kapitalistischen Plagen. Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzchaos«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 54. Jg., Nr. 3, S. 45-59.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2013): »Zur Produktivität des »Reproduktiven«. Fürsorgliche Praxis als Element einer Ökonomie der Vorsorge«, in: Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, 31. Jg., Nr. 2, S. 240-252.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine/Winterfeld, Uta von (2013): »Draußen? Zur Dialektik von Enteignung und Aneignung und zu ihren aktuellen Erscheinungsformen«, in: Das Argument, 55. Jg., Nr. 4, S. 522-538.

Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2014): Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen, Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften Nr. 02/2014, Jena: Friedrich-Schiller-Universität.

Brand, Ulrich (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Brand, Ulrich (2016): »›Transformation‹ as a New Critical Orthodoxy. The Strategic Use of the Term ›Transformation‹ Does Not Prevent Multiple Crises«, in: GAIA, 25. Jg., Nr. 1, S. 23-27.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom.

Bruns, Antje (2020): »Provincializing Degrowth. Alternativen zu Entwicklung und der Globale Süden«, in: Bastian Lange/Martina Hülz/Benedikt Schmid/Christian Schulz (Hg.): Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien, Bielefeld: transcript, S. 241-256.

Feola, Giuseppe/Jaworska, Sylvia (2019): »One transition, many transitions? A corpus-based study of societal sustainability transition discourses in four civil society's proposals«, in: Sustainability Science, 14. Jg., S. 1643-1656.

Gallie, Walter Bryce (1955): »Essentially Contested Concepts«, in: Proceedings of the Aristotelian Society, 56. Jg., S. 167-198.

Grin, John/Rotmans, Jan/Schot, Johan (2010): Transitions to Sustainable Development. New Directions in the Study of Long Term Transformative Change, New York/London: Routledge.

Hauff, Volker (Hg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven: Eggenkamp.

IPCC – Intergovernmanetal Panel on Climate Change (2021): Climate Change 2021. The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment

Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Valérie Masson-Delmotte/Panmao Zhai/Anna Pirani/Sarah L. Connors/C. Péan/Sophie Berger/N. Caud/Y. Chen/Leah Goldfarb/Melissa I. Gomis/M. Huang/K. Leitzell/E. Lonnoy/J.B.R. Matthews/Thomas K. Maycock/T. Waterfield/O. Yelekçi/R. Yu/B. Zhou (eds.)], Cambridge: Cambridge University Press.

Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin: Hanser.

NEF – New Economics Foundation (2009): The Great Transition, London: NEF.

Polanyi, Karl (1973 [1944]): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Raskin, Paul/Banuri, Tariq/Gallopín, Gilberto/Gutman, Pablo/Hammond, Al/Kates, Robert/Swart, Rob (2002): Great Transition. The Promise and Lure of the Times Ahead, Boston: Stockholm Environment Institute.

Rockström, Johan/Steffen, Will/Noone, Kevin/Persson, Åsa/Chapin III, F. Stuart/Lambin, Eric F./Lenton, Timothy M./Scheffer, Marten/Folke, Carl/Schellnhuber, Hans Joachim/Nykvist, Björn/de Wit, Cynthia A./Hughes, Terry/van der Leeuw, Sander/Rodhe, Henning/Sörlin, Sverker/Snyder, Peter K./Costanza, Robert/Svedin, Uno/Falkenmark, Malin/Karlberg, Louise/Corell, Robert W./Fabry, Victoria J./Hansen, James/Walker, Brian/Liverman, Diana/Richardson, Katherine/Crutzen, Paul/Foley, Jonathan A. (2009): »A safe operating space for humanity«, in: Nature, 461, Nr. 1, S. 472-475.

Sachs, Wolfgang (2013): »Karl Polanyi und seine »Great Transformation«. Missdeuteter Vordenker«, in: Politische Ökologie, 31. Jg., Nr. 133, S. 18-23.

Sieferle, Rolf Peter (2010): Lehren aus der Vergangenheit. Expertise für das WBGU-Hauptgutachten »Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation«, Berlin: WBGU.

Sommer, Bernd/Welzer, Harald (2014): Transformationsdesgin. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München: oekom.

Steffen, Will/Rockström, Johan/Richardson, Katherine/Lenton, Timothy M./Folke, Carl/Liverman, Diana/Summerhayes, Colin P./Barnosky, Anthony D./Cornell, Sarah E./Crucifix, Michel/Donges, Jonathan F./Fetzer, Ingo/Lade, Steven J./Scheffer, Marten/Winkelmann, Ricarda/Schellnhuber, Hans Joachim (2018): »Trajectories of the Earth System in the Anthropocene«, in: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America, 115. Jg., Nr. 33, S. 8252-8259.

VN – Vereinte Nationen (2015): »Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung«, https://www.un.org/depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf (Zugriff: 20.09.2021).

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin: WBGU.

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Engergie gGmbh (Hg.) (2020): CO_2-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. Diskussionsbeitrag für Fridays for Future Deutschland mit finanzieller Unterstützung durch die GLS Bank, Wuppertal: Wuppertal Institut.

WWI – World Watch Institute (2010): State of the World 2010. Transforming Cultures from Consumerism to Sustainability, Washington D.C.: Routledge.

Ursprüngliche Akkumulation und Subsistenz

Maria Backhouse

Phänomene wie Landraub (→ Landkonflikte) und die Vertreibung Indigener und kleinbäuerlicher Gruppen, die Ausbeutung von Sorgearbeit (→ Care) oder die Privatisierung öffentlicher Güter wie → Wasser werden von einigen → (neo-)marxistischen Vertreter*innen der Politischen Ökologie als Ausdruck einer fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation interpretiert. Dabei ist aber unklar, was diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Konfliktfelder gemeinsam haben und was die Spezifik der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation ist. Wie im vorliegenden Beitrag gezeigt wird, hängt dies davon ab, wie das Theorem von den jeweiligen Autor*innen interpretiert wird. In Anschluss an Jim Glassman argumentiere ich in diesem Beitrag, dass es sich um ein hilfreiches, flexibles Analysekonzept handelt, um die gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbrüche und → Transformationsprozesse des globalen Kapitalismus zu verstehen und mit einer Zeitdiagnose zu verbinden (Glassman 2006: 609). Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation mit einer Krisentheorie verknüpft wird und der Analysefokus auf die Restrukturierung → gesellschaftlicher Naturverhältnisse gesetzt wird. Im Zusammenhang mit der sozialökologischen Krise des Kapitalismus können die unterschiedlichen Formen der ursprünglichen Akkumulation als eine Strategie der Krisenbewältigung (Kalmring 2013) interpretiert werden. Nach einer kurzen Zusammenfassung des berühmten Kapitels bei Karl Marx werde ich einen groben Überblick über verschiedene Interpretationen der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation geben, wie sie für Fragestellungen der Politischen Ökologie relevant sind. Zum Schluss fasse ich die zentralen Ergebnisse zusammen und skizziere weiteren Forschungsbedarf.

Die *sogenannte* ursprüngliche Akkumulation bei Karl Marx

Im 24. Kapitel aus dem ersten Band des Kapitals mit dem Titel »Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation« analysiert Marx die Entstehung des Kapitalismus (vgl. MEW 23 1967: 741ff.). Mit dem Zusatz ›sogenannt‹ distanziert sich Marx ausdrücklich von Adam Smiths Theorie einer ursprünglichen Akkumulation als Anhäufung eines Kapitalstocks (vgl. Smith 1975). Stattdessen zeigt Marx, dass eben nicht der Fleiß Einzelner oder eine natürliche Neigung der Menschen zum Handel den Kapitalismus hervorgebracht haben. Vielmehr handelt es sich beim Kapitalismus um ein *soziales Verhältnis*, das erst gewaltsam im Kontext einer spezifischen historischen Konstellation

hergestellt worden ist. Im Mittelpunkt der ursprünglichen Akkumulation steht bei Marx die gewaltsame Trennung der Bäuer*innen von ihren Landrechten und damit verbundenen Produktions- und Lebensmitteln (vgl. de Angelis 2001: 5; Kößler 2013). Mit diesem Trennungsprozess wird die historisch-spezifische kapitalistische Klassenstruktur erst geschaffen, die das kapitalistische Verhältnis kennzeichnet: Kapital und doppelt freie Lohnarbeit. Die historische Spezifik, die die kapitalistische Produktionsweise von allen anderen unterscheidet, ist diese doppelte Freiheit der Lohnarbeiter*innen: Sie *können* ihre Arbeitskraft anders als etwa Zunftarbeiter*innen frei am Markt verkaufen, weil sie rechtlich frei sind. Gleichzeitig *müssen* sie ihre Arbeitskraft verkaufen, weil sie auch frei von Produktionsmitteln sind und sich ihre Lebensmittel auf dem Markt kaufen müssen (Kößler 2013: 22f.; Kalmring 2013: 80). Einmal hergestellt, reproduziert sich diese Trennung im normalen Gang der kapitalistischen Produktionsweise. Neben der individualisierten Gewalt – wie z.B. der Vertreibung der Landbevölkerung – kommt vor allem dem → Staat als »organisierte und konzentrierte Gewalt der Gesellschaft« (MEW 23 1967: 779) bei dieser Herstellung der kapitalistischen Verhältnisse – etwa über Gesetzgebungen – eine zentrale Rolle zu. Die ursprüngliche Akkumulation ist ausdrücklich kein ökonomisches Gesetz, sondern muss erst über außer-ökonomische Mittel in Gang gesetzt werden.

Diese Proletarisierungsprozesse als Ergebnis der Trennung zwischen Kapital und Arbeit sind jedoch nur die eine Seite bei der Herausbildung des Kapitalismus. Marx nennt vier weitere »Momente der ursprünglichen Akkumulation«, nämlich das »Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, modernes Steuersystem und Protektionssystem«, die zur Anhäufung großer Reichtümer für künftige Investitionen führen (MEW 23 1967: 779).

Die *fortgesetzte* ursprüngliche Akkumulation

Die Rezeptionslinien der sogenannten ursprünglichen Akkumulation spalten sich zunächst entlang der Frage auf, inwieweit es sich um ein einmaliges historisches Moment beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus[1] handelt oder um einen dem Kapitalismus inhärenten Mechanismus (Alnasseri 2003: 133). Im vorliegenden Beitrag wird der Fokus auf letztere Interpretationslinie gesetzt, da diese zentral für die zeitdiagnostische Einordnung der oben genannten Phänomene ist. Anknüpfend an die Interpretation Rosa Luxemburgs (1923) gehen verschiedene Autor*innen davon aus, dass der Kapitalismus ein nicht-kapitalistisches Außen benötigt, um sich reproduzieren oder in Krisenphasen neu erfinden zu können. Bei dem nicht-kapitalistischen Außen handelt es sich nicht zwingend um physisch-geografische Regionen, sondern auch um nicht-kapitalistische soziale Verhältnisse, die (noch) nicht von der kapitalistischen Logik durchdrungen sind (vgl. Görg 2004a: 727). Vor diesem Hintergrund wenden unterschiedliche Autor*innen dieses Konzept auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche auch innerhalb der kapitalistischen Zentren an und verknüpfen ihre jeweiligen Interpretationen mit neuen Begriffen. So interpretieren folgende Kon-

1 Einen Überblick über dieses Debattenfeld gibt Thomas Hurtienne (1991).

zepte[2] die fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation als Durchsetzung oder Restrukturierung kapitalistischer Produktions- und Besitzverhältnisse:

Vertreter*innen der Dependenzdebatte und der Weltsystemanalyse heben die Bedeutung der Eroberung der Amerikas und der späteren Kolonialismen auf den anderen Kontinenten für die Herausbildung und später für die Abstützung des Kapitalismus hervor (etwa Frank 1982; Wallerstein 1986). Die ursprüngliche Akkumulation besteht in diesem Fall darin, dass ein *Werttransfer* von den Peripherien in die Zentren des kapitalistischen Weltsystems stattfindet (ebd.). Es handelt sich um eine wichtige globale Perspektiveinnahme, die die Bedeutung des Kolonialismus und seiner postkolonialen Kontinuitäten in den Fokus der Debatte rücken. Sklaverei und Schuldknechtschaft sind demzufolge keine Überbleibsel einer vorkapitalistischen Zeit, die irgendwann von industriellen Lohnverhältnissen verdrängt werden. Vielmehr haben sie im Kapitalismus eine Funktion zur besseren Mehrwertabschöpfung. Eine zentrale Kritik an dieser Interpretation der ursprünglichen Akkumulation ist, dass nicht die Herstellung kapitalistischer Klassenverhältnisse im Fokus steht, sondern Staaten und ihre Handelsbeziehungen. Insbesondere Immanuel Wallerstein würde deshalb eher wie Adam Smith als Marx argumentieren (vgl. Brenner 1977).

Die *Akkumulation durch Enteignung* (AdE) von David Harvey (2005) setzt im Zusammenhang mit ungelösten Überakkumulationskrisen ein, um neue Akkumulationsfelder zu erschließen. Die AdE begreift Harvey in erster Linie als ein außer-ökonomisches Umverteilungsinstrument des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben (vgl. Harvey 2007: 197). Als außer-ökonomische Mittel der AdE zählt Harvey neben Gewalt und Krieg auch die Privatisierung öffentlicher Güter, die Ausweitung des Finanzsektors (z.B. Hedgefonds) und Spekulation, manipulatives Krisenmanagement der Industrieländer auf Kosten der sogenannten Entwicklungsländer und staatliche Umverteilung durch Abschaffung des Wohlfahrtsstaates (vgl. ebd.: 198ff.). Harvey verbindet in seinem Konzept der AdE die fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation mit einer Krisentheorie. Er bietet mit der AdE Anknüpfungspunkte für Untersuchungen globaler Phänomene wie des Landraubs (→ Land Grabbing) oder der kapitalistischen Aneignung von Land oder anderer natürlicher Ressourcen (→ Rohstoffe) im Rahmen von neoliberalen Umweltschutzmaßnahmen (*Green Grabbing*) (vgl. Fairhead et al. 2012). Ein zentraler Kritikpunkt am Konzept der AdE ist, dass der Fokus der Interpretation zu stark auf die außer-ökonomischen Mittel und die Umverteilung von unten nach oben gesetzt wird und weniger auf die Restrukturierung der (Klassen-) Verhältnisse selbst. Dadurch bleibt unklar, was die verschiedenen Dynamiken der AdE verbindet (vgl. Görg 2004a; Wood 2006; Nowak 2013). So scheint jeglicher Landraub Ausdruck einer ursprünglichen Akkumulation zu sein.

Massimo de Angelis (2001) setzt in seiner Analyse der *Einhegung (Enclosure) öffentlicher Güter* (→ Commons) wie Gemeinschaftsbesitz (Allmende) oder nicht-kapitalistischer Milieus dicht an Marx an und fokussiert entsprechend auf Trennungsprozesse, die die kapitalistischen (Arbeits-)Verhältnisse erst hervorbringen oder diese tiefgrei-

2 Die Auflistung der Ansätze ist keineswegs vollständig. Eine wichtige Weiterentwicklung der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation, wie sie hier nicht vertieft werden kann, ist im deutschsprachigen Raum das Konzept der Landnahme von Klaus Dörre (2009), mit dem er in Anknüpfung an Rosa Luxemburg (1923) und Burkart Lutz (1984) die Prekarisierung von Arbeit als innere kapitalistische Landnahme analysiert.

fend restrukturieren. Dabei nimmt er eine politische Perspektive ein, das heißt, er fasst die Trennungsprozesse grundsätzlich als umkämpft und umkehrbar auf. Widerständigkeiten können somit diese Formen der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation aufhalten, indem soziale Barrieren errichtet werden. Umgekehrt können soziale Barrieren erneut unter Druck geraten. Kritisiert wird an dieser Interpretation das fehlende Krisenverständnis und die Verallgemeinerung von Trennungsdynamiken, wodurch die Grenzen zwischen Prozessen der ursprünglichen Akkumulation und normalen kapitalistischen Marktgeschehen verschwimmen (vgl. Kalmring 2013: 89f.).

Dennoch bietet de Angelis eine hilfreiche → akteursbezogene Perspektive auf Trennungsprozesse bzw. die Restrukturierungen von sozialen Verhältnissen an. In der Politischen Ökologie wird sie von einer Reinterpretation von *Green Grabbing* (siehe oben) aufgegriffen (Backhouse 2015). *Green Grabbing* als Variante der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation wird demzufolge nicht zwingend von marktbasierten Strategien der globalen Umweltpolitik zur Bearbeitung der sozial-ökologischen Krise ausgelöst. Vielmehr muss in der Analyse der Nachweis erbracht werden, dass im Fall von Landraub oder -käufen im großen Stil Landzugang und -nutzung tiefgreifend restrukturiert werden. Darüber hinaus wird dieser politische Ansatz um eine symbolisch-sprachliche Analyseebene erweitert, um sowohl die Legitimierungsnarrative von *Green Grabbing* (etwa als alternativlose grüne Entwicklungsstrategie) sowie die Konstruktion von scheinbar objektiven Umweltproblemen (wie das Narrativ der degradierten Flächen) in die Analyse von umkämpften Trennungsprozessen einbeziehen zu können (ebd.).

Christoph Görg entwickelt mit seinem Begriff der → *Inwertsetzung* natürlicher Ressourcen (2004b) einen wegweisenden Ansatz, um die Restrukturierung von gesellschaftlichen Naturverhältnissen im Prozess der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation analysieren zu können. Im Fokus steht das mehrstufige Zur-Ware-Werden von natürlichen Ressourcen wie neuerdings genetischen Ressourcen (→ Gentechnologie), über das gleichzeitig die gesellschaftlichen Naturverhältnisse tiefgreifend für eine bessere Mehrwertabschöpfung restrukturiert werden. Entscheidend ist dabei die Restrukturierung sozialer Verhältnisse: Nicht ein abstrakter Raum oder eine natürliche Ressource werden aus dieser Sicht in Wert gesetzt, sondern damit untrennbar verbunden erstmals oder wiederholt soziale Verhältnisse.

Einen entscheidenden Beitrag für die Politische Ökologie leistet der feministische *Subsistenzansatz* mit seiner Interpretation der kapitalistischen Vereinnahmung des nicht-kapitalistischen Außens. Dieser geht auf marxistisch inspirierte Feminist*innen zurück, die seit den 1970er Jahren auf zwei blinde Flecken der marxistischen Theoriebildung verweisen: Die Sorge- oder Hausarbeit (z.B. Kinderversorgung oder Pflege) wird in ihrer Zentralität für die billige → Reproduktion der (männlichen) Arbeitskraft verkannt (→ Kämpfe um Arbeit). Außerdem wird das Modell des westlichen Industrieproletariats, das aber im globalen Vergleich eher die Ausnahme als die Regel darstellt, fälschlicherweise verallgemeinert (Werlhof et al. 1988). Der Kapitalismus basiert somit nicht nur auf Lohnarbeit, sondern auch auf unbezahlter Arbeit in den unterschiedlichen, meist weiblichen Reproduktionsbereichen (Dalla Costa 2004). Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation hat aus dieser Perspektive nicht nur den ›Industrieproletarier‹ hervorgebracht, sondern auch die Figur der modernen ›Hausfrau‹ (Werlhof et al. 1988) und damit verbunden eine neue geschlechtliche Arbeitsteilung. Dieser Prozess war nicht minder gewalttätig, wie Silvia Federici (2012) an-

hand der Hexenverfolgungen und die ›Bielefelderinnen‹ bzw. Ökofeminist*innen mit Verweis auf den Kolonialismus und die dreifache Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen, der → Natur und der Subsistenzsektoren in den Kolonien und späteren Peripherien (Werlhof et al. 1988) verdeutlichen. Kennzeichnend für die ökofeministische Interpretation der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation ist, dass diese auf der Ausbeutung von unbezahlter Arbeit und der *Subsistenz*produktion beruht und eben nicht auf ihrer vollständigen kapitalistischen Erschließung. Plantagenarbeiter*innen können unter dem Existenzminimum bezahlt werden, weil sie sich über die Subsistenzarbeit (z.B. eigener Gemüsegarten) reproduzieren bzw. ernähren. Die ursprüngliche Akkumulation zeigt sich in dieser *Neukombination* von bezahlter und unbezahlter Arbeit zur besseren Mehrwertabschöpfung (Werlhof 1991). Im feministischen Debattenfeld (→ Feministische Politische Ökologie) steht vor allem der Differenzfeminismus der Ökofeminist*innen in der Kritik, da sie teilweise die Essentialisierung und Naturalisierung der Frau – etwa über die Betonung einer biologisch begründeten vermeintlichen weiblichen Naturverbundenheit – fortschreiben (vgl. Agarwal 1998). Damit bleiben sie hinter ihrer eigenen Analyseperspektive zurück, in der durchaus angelegt ist, dass die patriarchale Herrschaft auf gesellschaftlichen Zuschreibungen und ungleichem Ressourcenzugang basiert (Haubner 2015). Trotz berechtigter Kritik haben die Subsistenztheoretiker*innen einen wichtigen Beitrag zur Interpretation und Weiterentwicklung der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation geleistet, der gegenwärtig in den weit verästelten Forschungs- und Debattenfeldern zu *Care Work* und einer marxistisch-feministischen Intersektionalitätsperspektive (Bohrer 2018) weitergedacht wird. Für eine nicht-essentialistische feministische Perspektive in der Politischen Ökologie ist der Hinweis von Bina Agarwal wegweisend, dass die besondere Betroffenheit von Frauen durch Umweltdegradierungen nicht mit einer biologisch begründeten Naturverbundenheit zusammenhängt, sondern mit ihrer Position innerhalb der spezifischen geschlechtlichen und klassenbezogenen Arbeitsteilung im Kapitalismus (Agarwal 1998).

Die marxistischen *Frontier*-Ansätze von José de Souza Martins (2009) über Neil Smith (1996) bis zu Jason Moore (2000, 2015) setzen den Fokus auf die räumliche Ausweitung kapitalistischer Verhältnisse in nicht-kapitalistischen Räumen, wie sie seit der Eroberung der Amerikas weltweit stattgefunden haben und weiterhin stattfinden. Die *Frontier* wird in Abgrenzung zur US-amerikanischen Geschichtsschreibung nicht als die Durchsetzung von Zivilisation durch die Siedlungsbewegungen gegen die sogenannte unzivilisierte Wildnis konzipiert, sondern als dynamischer Konfliktraum um die Durchsetzung kapitalistischer Waren- und Eigentumsverhältnisse. Während Martins (2009) auf das Gewaltmoment des Aufeinandertreffens Indigener, Siedler*innen und Landspekulant*innen bei der erstmaligen kapitalistischen Vereinnahmung des brasilianischen Amazonasgebiets fokussiert, konzentriert sich Smith (1996) auf Gentrifizierungsprozesse in den kapitalistischen Metropolen. Moore analysiert mit der *Frontier* zunächst (2000) historisch die erstmalige räumliche Durchsetzung kapitalistischer Warenverhältnisse (*Commodity Frontier*) etwa über die Ausweitung der Zuckerrohrproduktion in den Amerikas. Später (2015) nimmt er in seinem Weltökologie-Ansatz im Anschluss an die Weltsystemtheorie, insbesondere mit dem feministischen Subsistenzansatz (siehe oben), eine Erweiterung vor: Die *Frontiers* befinden sich sowohl an den Rändern als auch in den Zentren des Kapitalismus und sind für die Herstellung und Aneignung von *Cheap Nature* zuständig. Bei *Cheap Nature* handelt es sich

um Außenarenen des Kapitalismus, die sowohl die Reproduktions- und Subsistenzarbeit als auch die Umsonstleistungen der Natur wie die sogenannten Ökosystemleistungen von Bienen umfassen. Auf diese Bereiche ist der Kapitalismus angewiesen, um sich weiterhin gewinnbringend reproduzieren zu können. Es handelt sich um ›billige‹ Natur und Arbeit, weil ihre eigenen Reproduktionskosten in die nicht-kapitalistischen Räume und Milieus → externalisiert werden. Die ursprüngliche Akkumulation besteht somit in der aktiven Herstellung und der Aneignung von *Cheap Nature.* Es handelt sich um einen wichtigen konzeptionellen Beitrag für die politisch-ökologische Weiterentwicklung der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation, weil dabei nicht nur die Restrukturierung sozialer Verhältnisse im Vordergrund steht, sondern damit untrennbar verflochten auch nicht-menschliche Bereiche und Prozesse mitgedacht werden (Anlauf/Backhouse 2022).

Fazit

Um die unterschiedlichen Interpretationen und Weiterentwicklungen der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation als Analysekonzept für die Politische Ökologie fruchtbar zu machen, plädiere ich dafür, die ursprüngliche Akkumulation als Mechanismus zu interpretieren, mit dem im Kontext von Krisenbearbeitungsstrategien neue Akkumulationsfelder geschaffen werden, indem für eine bessere Mehrwertabschöpfung nicht-kapitalistische gesellschaftliche Naturverhältnisse kapitalistisch vereinnahmt, bereits vorhandene kapitalistische gesellschaftliche Naturverhältnisse umfassend restrukturiert oder kapitalistische und nicht-kapitalistische Naturverhältnissen neu miteinander kombiniert werden. Entscheidend ist, dass diese Prozesse einer fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation über außer-ökonomische Mittel wie Gewalt oder Gesetzesänderungen durchgesetzt werden.

Um den analytischen Gehalt und zeitdiagnostischen Anspruch dieses Theorems zu stärken, gibt es noch Forschungsbedarf: *Erstens* müsste es krisentheoretisch unterfüttert werden (vgl. Kalmring 2013). *Zweitens* müsste das Verhältnis zwischen Innen und Außen bzw. kapitalistischen und nicht-kapitalistischen (Lohn-)Arbeitsverhältnissen und Milieus noch stärker im Anschluss an den Subsistenzansatz durchdacht werden. *Drittens* müsste der Ansatz der gesellschaftlichen Naturverhältnisse bzw. das untrennbare dialektische Wechselverhältnis zwischen Gesellschaft und Natur noch stärker in die konzeptionelle und empirische Arbeit einbezogen werden. Erste Impulse, wie die untrennbaren Verflechtungen zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Bereichen im Anschluss an die Ansätze der Subsistenz und des ökologisch ungleichen Tausches konzeptualisiert werden könnten, liefert Moore. *Viertens* müssten noch stärker historisch sensibilisierte globale Analysen in Anknüpfung an die verschiedenen Weltsystem- und Subsistenzansätze durchgeführt werden, in denen auch postkoloniale Kontinuitäten sozialer Ungleichheiten systematisch berücksichtigt werden. Schließlich tragen sie dazu bei, dass soziale (Arbeits-)Verhältnisse im Zusammenhang mit Krisenbearbeitungsstrategien im globalen Maßstab sehr unterschiedlich und ungleich rekonfiguriert werden.

Literatur

Agarwal, Bina (1998): »The Gender and Environment Debate«, in: Roger Keil/David V.J. Bell/Peter Penz/Leesa Fawcett (Hg.): Political Ecology. Global and Local, London/New York: Routledge, S. 193-219.

Alnasseri, Sabah (2003): »Ursprüngliche Akkumulation, Artikulation und Regulation. Aspekte einer globalen Theorie der Regulation«, in: Ulrich Brand/Werner Raza (Hg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 131-157.

Anlauf, Axel/Backhouse, Maria (2022): »Weltökologie«, in: Karin Fischer/Gerhard Hauck/Manuela Boatcă (Hg.): Handbuch Entwicklungsforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS https://doi.org/10.1007/978-3-658-05675-9_41-1.

Backhouse, Maria (2015): Grüne Landnahme. Palmölexpansion und Landkonflikte in Amazonien, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bohrer, Ashley J. (2018): »Intersectionality and Marxism. A critical Historiography«, https://www.historicalmaterialism.org/articles/intersectionality-and-marxism (Zugriff: 22.2.2019).

Brenner, Robert (1977): »The origins of Capitalist Development: a Critique of Neo-Smithian Marxism«, in: New Left Review, 104. Jg., Juli/August, S. 25-92.

Dalla Costa, Mariarosa (2004): »Capitalism and Reproduction«, https://thecommoner.org/wp-content/uploads/2020/06/Mariarosa-Dalla-Costa-Capitalism-and-Reproduction.pdf (Zugriff: 11.5.2021).

de Angelis, Massimo (2001): »Marx and primitive accumulation: The continuous character of capital's ›enclosures‹«, https://thecommoner.org/wp-content/uploads/2019/10/Marx-and-primitive-accumulation-deAngelis.pdf (Zugriff: 11.5.2021).

Dörre, Klaus (2009): »Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus«, in: Klaus Dörre/Stephan Lessenich/Hartmut Rosa (Hg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 21-86.

Fairhead, James/Leach, Melissa/Scoones, Ian (2012): »Green Grabbing: a new appropriation of nature?«, in: The Journal of Peasant Studies, 39. Jg., Nr. 2, S. 237-261.

Federici, Silvia (2012): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation, Wien: Mandelbaum Verlag.

Federici, Silvia (2014): Caliban and the Witch. Women, the Body and Primitive Accumulation, New York: Autonomedia.

Frank, André G. (1982): »Über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation«, in: Dieter Senghaas (Hg.): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 68-102.

Glassman, Jim (2006): »Primitive accumulation, accumulation by dispossession, accumulation by ›extra-economic‹ means«, in: Progress in Human Geography, 30. Jg., Nr. 5, S. 608-625.

Görg, Christoph (2004a): »Enteignung oder Inwertsetzung? Zur Aktualität der ursprünglichen Akkumulation«, in: Das Argument, 46. Jg., Nr. 257, S. 721-731.

Görg, Christoph (2004b): »Inwertsetzung«, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Imperium bis Justiz, Berlin: Argument-Verlag, S. 1502-1506.

Harvey, David (2005): The New Imperialism, Oxford/New York: Oxford University Press.

Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich: Rotpunktverlag.
Haubner, Tine (2015): »Der Proletarier ist tot, es lebe die Hausfrau?«, https://www.kritisch-lesen.de/rezension/der-proletarier-ist-tot-es-lebe-die-hausfrau (Zugriff: 21.7.2021).
Hurtienne, Thomas (1991): »Die europäische Expansion nach Übersee und ihre Folgen für den innereuropäischen Transformationsprozess zum Kapitalismus«, in: PERIPHERIE, 43. Jg., Nr. 44, S. 59-92.
Kalmring, Stefan (2013): »Die Krise als Labor gesellschaftlicher Entwicklung. Fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation und die großen Krisen der Kapitalakkumulation«, in: Maria Backhouse/Olaf Gerlach/Stefan Kalmring/Andreas Nowak (Hg.): Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 72-111.
Kößler, Reinhart (2013): »Prozesse der Trennung – Gewalt im Ursprung und fortgesetztes Prozessieren des Kapitals«, in: Maria Backhouse/Olaf Gerlach/Stefan Kalmring/Andeas Nowak (Hg.): Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 20-39.
Lutz, Burkart (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriellkapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a.M./New York: Campus.
Luxemburg, Rosa (1923): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin: Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten.
Martins, José de Souza (2009): Fronteira. A Degradação do Outro nos Confins do Humano, São Paulo: Editora Contexto.
MEW – Marx-Engels-Werke 23 (1967): Das Kapital. Band 1, Berlin: Dietz.
Moore, Jason W. (2000): »Sugar and the Expansion of the Early Modern World-Economy. Commodity Frontiers, Ecological Transformation, and Industrialization«, in: Review (Fernand Braudel Center), 23. Jg., Nr. 3, S. 409-433.
Moore, Jason W. (2015): Capitalism in the Web of Life. Ecology and the Accumulation of Capital, London/New York: Verso.
Nowak, Andreas (2013): »Es grünt so grün. Green Grabbing und Akkumulation durch Enteignung«, in: Maria Backhouse/Olaf Gerlach/Stefan Kalmring/Andreas Nowak (Hg.): Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 247-262.
Smith, Adam (1975): Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Berlin: Akademie-Verlag.
Smith, Neil (1996): The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City, London/New York: Routledge.
Wallerstein, Immanuel (1986): Das moderne Weltsystem. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert, Frankfurt a.M.: Syndikat.
Werlhof, Claudia von(1991): Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Frauen und Ökonomie, München: Frauenoffensive.
Werlhof, Claudia von/Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (1988): Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
Wood, Ellen M. (2006): »Logics of Power. A Conversation with David Harvey«, in: Historical Materialism, 14. Jg., Nr. 4, S. 9-34.

Widerstand

Mathias Krams

> »Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand. Und doch oder vielmehr deswegen liegt der Widerstand niemals außerhalb der Macht« (Foucault 1983: 96).

Widerstand ist ein zentraler Bestandteil von → Ressourcenkonflikten, die für die Politische Ökologie forschungsleitend sind. Widerstand bezeichnet ein »Sichwidersetzen«, etwas, das »entgegenwirkt, hinderlich ist« (Duden 2020: 817), »ein politisches Verhalten, das sich gegen eine als bedrohlich und nicht legitim empfundene Herrschaft richtet« (Bpb o.J.). Inspiriert durch Arbeiten zu bäuerlichem Widerstand (Moore 1966) und zur ›*moral economy*‹ (Thompsons 1971) rückte die Perspektive auf Widerstand früh in den Fokus der Politischen Ökologie (Wolfoord/Keene 2015: 575). Ein eindrückliches Beispiel dafür ist etwa Ramachandra Guhas (1989) Arbeit zur »ecological landscape of resistance« und Formen der Rebellion im Falle der Chipko-Bewegung im indischen Himalaya (ebd.: 6; Shiva 1991). Doch bevor näher auf die Bedeutung von Widerstand für die Politische Ökologie eingegangen wird, soll zunächst ein Blick auf das Feld der Widerstandsforschung an sich geworfen werden.

Widerstand als Forschungsfeld

Widerstand ist vielfältig und – wie Michel Foucaults Zitat nahelegt – unweigerlich mit der Ausübung von → Macht und Herrschaft verknüpft. Diese Vielfältigkeit spiegeln auch zentrale theoretische Arbeiten um Widerstand wider: Während Antonio Gramsci in seiner Auseinandersetzung mit dem Konzept der Gegenhegemonie die Strategien von Stellungs- und Bewegungskrieg hervorhob (→ Hegemonie) und Karl Polanyi sich mit Gegenbewegungen zur Marktausweitung und der Kommerzialisierung von Natur und Arbeit auseinandersetzte, prägte James Scott durch seine Arbeiten zu bäuerlichem Widerstand in Südostasien das für viele Forschungsansätze in der Politischen Ökologie besonders anschlussfähige Konzept des ›*everyday resistance*‹ (Scott 1985; Chin/Mittelman 1997: 34; Johannson/Vintahgen 2019: 20). Es erfasst »die gewöhnlichen Waffen relativ machtloser Gruppen: Bummelei, Verstellung, vorgetäuschte Leistungen, Diebstahl, vorgebliche Unwissenheit, Verleumdung, Brandstiftung, Sabotage und so weiter« (Scott 1985: 29, eigene Übersetzung). Scott verweist darauf, dass sich Widerstandsstrategien an den historisch konkreten Formen der Herrschaft ausrichten und dass Widerstand weiter gefasst werden muss als etwa manifeste Streiks oder

Aufstände (ebd.: 32ff.). Trotz unterschiedlicher Forschungszugänge hat sich die Auseinandersetzung mit dem vieldimensionalen Phänomen des Widerstandes zu einem eigenständigen Forschungsfeld herausgebildet. Institutionalisiert hat sich dieses etwa über das 2006 ins Leben gerufene *Resistance Studies Network* (mit Anbindung an die Universitäten Gothenburg (SE), Sussex (UK) und Massachusetts (Amherst, USA)) und dessen *Journal of Resistance Studies*. Doch auch weit über das Netzwerk hinaus hat sich die Erforschung von Widerstand als Perspektive in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen etabliert.

Eine einheitliche Definition von Widerstand gibt es dennoch nicht. Jocelyn A. Hollander und Rachel L. Einwohner (2004) identifizieren in der Forschungsdebatte drei jeweils für sich stehende Kriterien, um von Widerstand zu sprechen (ebd.: 544): (1) Ist die Handlung als Widerstand intendiert?; (2) nehmen diejenigen, gegen die sich der Widerstand richtet, diesen wahr?; (3) ist die Handlung auch für Außenstehende als Widerstand erfassbar? Doch es herrscht Uneinigkeit darüber, ob diese Aspekte jeweils hinreichend sind, um von Widerstand zu sprechen. Somit bleibt es lediglich bei dem Minimalkonsens, dass Widerstand Handlungen bezeichnet, die sich gegen etwas richten (Johannson/Vinthagen 2019: 19) – woraus sich die Notwendigkeit ergibt, in eigenen Arbeiten genau zu definieren, welches Verständnis von Widerstand der Analyse jeweils zugrunde liegt.

Die Rolle von Widerstand in der Politischen Ökologie

Das breite Verständnis von Widerstand in der Widerstandsforschung, das über das Handeln sozialer Bewegungen (Bewegungsforschung) oder bewaffneten Widerstand (Bürgerkriegsforschung) hinausgeht, deckt sich mit dem Fokus der Politischen Ökologie auf »die alltäglichen, unsauberen Praktiken von Herrschaft und Widerstand gegenüber formaler, organisierter Politik und Institutionen« (Wolfoord/Keene 2015: 580, eigene Übersetzung). Die Perspektive des Widerstands hat daher das Potential, zu zwei Kernanliegen der Politischen Ökologie einen Beitrag zu leisten: die Analyse und → Transformation von (1) → gesellschaftlichen Naturverhältnissen sowie von (2) Macht- und Herrschaftsstrukturen.

Die Umkämpftheit gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Zentraler Analysegegenstand der Politischen Ökologie sind à Konflikte um den Zugang zu und die Kontrolle über natürliche Ressourcen (Peluso/Watts 2001: 25; Martínez-Alier 2002: 73). Immer wieder resultieren diese Konflikte in Widerstandshandlungen, die sich meist – abstrakt gesprochen – gegen konkrete Formen der Ausgestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse richten. Gemeint ist damit

> »ein durch die gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsprozesse (Bearbeitung oder ›Stoffwechsel‹) strukturierter und durch soziale Wahrnehmungen und Deutungen hegemonial definierter, aber nicht beliebig konstruierbarer materiell-stofflicher Zusammenhang« (Brand/Wissen 2011: 15).

Politisch-ökologische Forschung zeigt unterschiedliche Formen auf, wie Naturverhältnisse ausgestaltet und Ressourcennutzung (→ Rohstoffe) organisiert sein können (Martínez-Alier 2002: 72, 74). Das heute global vorherrschende Prinzip ist jedoch das staatszentrierter herrschaftlicher Gesellschaft-Natur-Verhältnisse. Darin offenbart sich der enge »Zusammenhang zwischen Naturbeherrschung und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen« (Wissen 2008: 82). Der maßgeblich durch die Strategie der Steigerung der Mehrwertproduktion geprägte → Staat konstituiert seine soziale Herrschaft über »die gewaltförmige und rechtlich sanktionierte Privatisierung der Verfügung über Natur« (ebd.: 82f.). Während die expansive Naturaneignung – auch auf Grund der zeitlichen und räumlichen → Externalisierung ihrer Folgen – zunächst zur Absicherung von Staatsmacht und sozialer Kontrolle beiträgt, untergraben Nationalstaaten damit langfristig die materiell-stofflichen Grundlagen ihrer Reproduktion (Peluso 1993: 201; Brand/Wissen 2011: 17). Für lokale Bevölkerungen bedeuten diese herrschaftlichen Naturverhältnisse hingegen in vielen Fällen unmittelbar eine Einschränkung ihrer Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten natürlicher Ressourcen bis hin zu Vertreibungen (Hall et al. 2011). Reagiert wird darauf oftmals mit diversen Formen widerständigen Handelns. Diese reichen von alltäglichem, individuellem Widerstand bis hin zum manifesten Agieren sozialer Bewegungen.

Eine Analyse dieses Widerstandes gegen die Ausweitung staatlichen Ressourcenzugriffs hat das Potential, die umkämpfte Gewordenheit gesellschaftlicher Naturverhältnisse und damit auch ihre Veränderbarkeit aufzuzeigen. Greifbar wird der transformatorische Anspruch von Widerstand gegen herrschaftliche Strukturen insbesondere anhand der Forderung nach einer → Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die in diesen Auseinandersetzungen immer wieder artikuliert wird. Allgemein gesprochen wird damit »die Schaffung, Ausweitung und Verteidigung von Strukturen und Prozessen, Voraussetzungen und Praktiken der Selbstregierung« (Brand 2014, zit.n. Gottschlich 2017: 199) bezeichnet (vgl. auch Demirović 2012; Pichler et al. 2020). In den von Louisa Prause und Kristina Dietz (2020) analysierten Konflikten um die Rohstoffgewinnung für E-Autos in Lateinamerika konkretisiert sich dieses Postulat etwa in Forderungen nach einer größeren Gewinnbeteiligung lokaler Gemeinden und einem Vetorecht bei industriellen Bergbauprojekten (ebd.: 346). Daniela Gottschlich (2017) zeigt durch ihre Analyse von Auseinandersetzungen um → Gentechnik in Deutschland, wie »über vielfältige Widerstandsformen und -praktiken politische Aushandlungsräume über die Fragen, welche Natur und welche Formen von Landwirtschaft gesellschaftlich gewollt sind, überhaupt erst eröffnet werden« (ebd.: 195). Diese Form der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse wurde dabei insbesondere durch konfrontative, Herrschaftsverhältnisse infrage stellende Politikformen ermöglicht: Sie führten zu einer Politisierung gesellschaftlicher Naturaneignungspraxen, schafften dadurch neue Aushandlungsräume und eröffneten Perspektiven auf eine Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse (ebd.: 197, 216).

Ein weiterer Katalysator für transformatorische Prozesse können Krisen sein, die bisherige Praxen der herrschaftlichen Naturaneignung in Frage stellen, indem sie die Widersprüchlichkeit der Reproduktion von Staatlichkeit über exzessive Naturaneignung offenlegen. So hat sich beispielsweise durch die Corona-Krise ein diskursiver Raum geöffnet, in dem ungebremste Naturaneignung und Massentierhaltung als Ursachen von Epidemien herausgestellt und hinterfragt wurden (Brad et al. 2020: 5; IPBES 2020; Wallace 2020). Der notwendigen bedürfnisorientierten Neugestaltung

und Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse stehen jedoch die vorherrschenden Macht- und Herrschaftsstrukturen im Wege, deren Zusammenspiel mit widerständigen Praxen der nächste Abschnitt gewidmet ist.

Das Verhältnis von Widerstand und Herrschaft

Der Herrschaftskontext von Ressourcenkonflikten setzt sich unter anderem aus hegemonialen Deutungsmustern, polit-ökonomischen Strukturzusammenhängen sowie darin verankerten diskriminierenden Machtungleichheiten wie Rassismus, Patriarchat oder Klassenverhältnis zusammen (Peluso/Watts 2001: 31; Krams 2018). Um diesen Kontext offenzulegen und zugleich seine Wirkung auf die Konfliktaustragung sowie mögliche Ansatzpunkte für eine Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu erfassen, ist die Perspektive auf Widerstand ein wichtiges heuristisches Mittel.

Denn zum einen können Widerstandshandlungen Einblicke in ansonsten womöglich verdeckte Ungleichheitsstrukturen, Interessenskonstellationen und Kräfteverhältnisse rund um herrschaftsförmige Naturaneignung gewähren. Sowohl die Motive der Widerständigen, Legitimationsdiskurse hinter staatlicher Ressourcenkontrolle als auch repressive Reaktionen auf Widerstandshandlungen können dafür Ansatzpunkte sein. So zeigt Nancy L. Peluso (1993), wie das Lobbying internationaler Naturschutzinitiativen für Nationalparks in Kenia und Forstprogramme in Indonesien gewaltsame staatliche Reaktionen auf Widerstand gegen diese Projekte legitimierte.

Der koloniale kenianische Staat eignete sich ab 1904 Indigenes Land an, um es Europäer*innen für Landwirtschaft und Großwildjagd zur Verfügung zu stellen. Ab den 1960er Jahren setzte sich dann zunehmend die Nutzung für den lukrativen Wildtiertourismus durch (ebd.: 203f.). Der Hirtennomadismus der Massai wurde dadurch drastisch eingeschränkt: Es kam zu Zwangsumsiedlungen, Versuchen der Sesshaftmachung sowie Einschränkungen der Weiderechte und des Zugangs zu Wasserquellen. Widerstand gegen diese existenzielle Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen brachten Massai durch die illegalisierte Ausweitung von Weideflächen sowie das Töten von Nashörnern und Elefanten zum Ausdruck (ebd.: 205). Auch wenn all dies kein wesentlicher Faktor für den Wildtierverlust in der Region war, stellten internationale Naturschutzorganisationen das Bevölkerungswachstum der Massai als Gefahr für Wildtiere dar und legitimierten darüber die Zwangsmaßnahmen und zum Teil Gewalt, mit denen die kenianische Regierung ihre Naturschutzstrategie durchsetzte (ebd.: 206, 208f.).

Andere Arbeiten setzen sich mit der Verstrickung von Staat und privaten Unternehmen auseinander. Alina Brad (2019) geht dem anhand von Widerstand gegen Palmölplantagen in Indonesien nach, wo unklare staatliche Regulierungen des Ressourcenzugriffs dazu beitragen, private Kapitalakkumulation staatlich abzusichern (ebd.: 160). Anknüpfend an Foucaults Gedanken zur neoliberalen Art des Regierens zeigen Andrea Brock und Alexander Dunlap (2018), wie sich ›*Public-private-Partnerships*‹ nicht auf die rechtliche Ermöglichung des Ressourcenzugriffs beschränken, sondern auch die Verschmelzung staatlicher und unternehmerischer (Sicherheits-)Apparate in der Aufstandsbekämpfung umfassen. Sie illustrieren dies am Beispiel des Widerstands gegen Braunkohleabbau in Deutschland, welcher unter anderem durch ungehorsame Massenaktionen mit dem Ziel der Erstürmung und Besetzung von Kohleinfrastruktur zum Ausdruck kam.

Zum anderen lassen sich über eine Analyse des Macht- und Herrschaftskontexts Erkenntnisse über den Charakter von Widerstandshandlungen gewinnen. So setzt sich Christian A. Kull (2002) mit dem vielschichtigen Kontext von Konflikten um Brandrodung in Madagaskar auseinander. Er zeigt auf, dass die meisten Bäuer*innen auf Grund begrenzter Machtressourcen als Form des Widerstandes auf die Fortsetzung der kriminalisierten Brandrodung zurückgreifen (ebd.: 940f.). Anhand von Konflikten um industrielle Baumpflanzungsprojekte in Kamerun und Ecuador thematisieren Julien-François Gerber, Sandra Veuthey und Joan Martinez-Alier (2009) als zentrale Aspekte des Herrschaftskontexts die kapitalistische Weltwirtschaft sowie Ressourcenflüsse ermöglichende staatliche Institutionen. Dadurch wird deutlich, wie der repressivere Kontext in Kamerun in vereinzelten, individuellen und wenig effektiven Widerstandshandlungen gegen die Monokulturen resultiert: etwa vereinzeltes in Brand setzen von Plantagenwachhäusern, oder – als Form des ›versteckten Alltagswiderstandes‹ (eigene Übersetzung) – das Entwenden von Gütern aus der Latexproduktion. Ein vom Militär niedergeschlagener Angriff auf Felder zerstörende Plantagen-Bulldozer oder offene Protestbriefe stellen hingegen die Ausnahmen im lokalen Widerstandsrepertoire dar (ebd.: 2888). Der demokratischere Kontext in Ecuador ermöglicht hingegen die Formierung kollektiver Organisationsformen, die dazu im Stande sind, politische Forderungen zu äußern und Unterstützung von NGOs in Anspruch zu nehmen (ebd.: 2888f.).

Fazit

Die Politische Ökologie hat ihren Fokus auf Konflikten um Ressourcenzugang und -kontrolle. Widerstand gegen herrschaftsförmige Naturaneignung spielt darin eine zentrale Rolle und ermöglicht wichtige Einblicke in die Ausgestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Denn Widerstand geht oftmals mit Repressionen einher, worüber die Gewaltförmigkeit, die der Naturaneignung zugrunde liegt sowie wirkmächtige Herrschaftsstrukturen offenbart werden. Insbesondere konfrontative, sichtbare Widerstandsformen haben daher das Potential, eine Politisierung von Formen des Ressourcenmanagements anzustoßen. Darüber können sich Perspektiven auf eine Demokratisierung und Transformation vorherrschender gesellschaftlicher Naturverhältnisse eröffnen und neue Handlungsspielräume geschaffen werden.

Entsprechend dem normativen Anspruch der Politischen Ökologie (Heynen/Van Sant 2015) stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der Rolle und → Positionalität des*r Forschenden, die wie in der Bewegungsforschung einer sorgfältigen Reflexion bedarf (Gukelberger/Gerharz 2019). Eine solidarische Erforschung von Widerstand kann jedoch zur Politisierung von Ressourcenkonflikten beitragen, indem sie Formen der Unterdrückung und die Handlungsmotive der Widerständigen sichtbar und für ein breiteres Publikum verständlich macht (Hollander/Einwohner 2004: 550).

Literatur

Bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.): »Widerstand«, https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18481/widerstand (Zugriff: 23.04.2021).

Brad, Alina (2019): Der Palmölboom in Indonesien. Zur Politischen Ökonomie einer umkämpften Ressource, Bielefeld: transcript.

Brad, Alina/Brand, Ulrich/Krams, Mathias (2020): »Zur politischen Ökologie von Klima- und Corona-Krise«, in: Forum Wissenschaft, Nr. 3, S. 4-7.

Brand, Ulrich (2014): Postwachstum, Demokratie und Naturverhältnisse. Einleitende Bemerkungen vor dem Hintergrund der Thesenpapiere. Thesenpapier und Impuls im Rahmen des Workshops des DFG-Kollegs »Postwachstumsgesellschaften« in Jena am 17./18. November 2014, unveröffentlicht.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): »Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse«, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 36. Jg., Nr. 2, S. 12-34.

Brock, Andrea/Dunlap, Alexander (2018): »Normalising corporate counterinsurgency: Engineering consent, managing resistance and greening destruction around the Hambach coal mine and beyond«, in: Political Geography, 62. Jg., S. 33-47.

Chin, Christine B. N./Mittelman, James H. (1997): »Conceptualising Resistance to Globalisation«, in: New Political Economy, 2. Jg., Nr. 1, S. 25-37.

Demirović, Alex (2012): »Marx Grün«, www.zeitschrift-luxemburg.de/marx-gruen/ (Zugriff: 15.05.2021).

Duden (2020): Das Herkunftswörterbuch. Etymologie der deutschen Sprache, 6. Aufl., Berlin: Duden.

Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Gerber, Julien-François/Veuthey, Sandra/Martínez-Alier, Joan (2009): »Linking Political Ecology with Ecological Economics in Tree Plantation Conflicts in Cameroon and Ecuador«, in: Ecological Economics, 68. Jg., Nr. 12, S. 2885-2889.

Gottschlich, Daniela (2017): »Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse durch Widerstand und Gegenmacht«, in: Daniela Gottschlich/Tanja Mölders (Hg.): Politiken der Naturgestaltung. Ländliche Entwicklung und Agro-Gentechnik zwischen Kritik und Vision, Wiesbaden: Springer VS, S. 193-216.

Guha, Ramachandra (1989): The Unquiet Woods. Ecological Change and Peasant Resistance in the Himalaya, Delhi: Oxford University Press.

Gukelberger, Sandrine/Gerharz, Eva (2019): »Qualitative Protest- und Bewegungsforschung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 32. Jg., Nr. 1, S. 19-28.

Hall, Derek/Hirsch, Philip/Ly, Tania M. (2011): Powers of Exclusion. Land Dilemmas in Southeast Asia, Honolulu: University of Hawai'i Press.

Heynen, Nik/Van Sant, Levi (2015): »Political Ecologies of Activism and Direct Action Politics«, in: Tom Perreault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge, S. 169-178.

Hollander, Jocelyn A./Einwohner, Rachel L. (2004): »Conceptualizing Resistance«, in: Sociological Forum, 19. Jg., Nr. 4, S. 533-554.

IPBES – Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (2020): »IPBES Workshop on Biodiversity and Pandemics«, https://ipbes.net/sites/default/files/2020-12/IPBES%20Workshop%20on%20Biodiversity%20and%20Pandemics%20Report_0.pdf (Zugriff: 02.06.2021).

Johansson, Anna/Vinthagen, Stellan (2019): Conceptualizing ›Everyday Resistance‹. A Transdisciplinary Approach, New York: Routledge.

Krams, Mathias (2018): »Die Klima- und Vielfachkrise der letzten Dekade. Dynamiken, Wechselwirkungen und Interventionsfelder«, in: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Nr. 4, S. 67-77.

Kull, Christian A. (2002): »Madagascar aflame: landscape burning as peasant protest, resistance, or a resource management tool?«, in: Political Geography, 21. Jg., Nr. 7, S. 927-953.

Martínez-Alier, Joan (2002): The Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

Moore, Barrington (1966): Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World, Boston: Beacon Press.

Peluso, Nancy L. (1993): »Coercing conservation? The politics of state resource control«, in: Global Environmental Change, 3. Jg., Nr. 2, S. 199-217.

Peluso, Nancy L./Watts, Michael (2001): »Violent Environments«, in: Nancy L. Peluso/Michael Watts (Hg.): Violent Environments, Ithaca/London: Cornell University Press, S. 3-38.

Pichler, Melanie/Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2020): »The double materiality of democracy in capitalist societies. Challenges for social-ecological transformations«, in: Environmental Politics, 29. Jg., Nr. 2, S. 193-213.

Prause, Louisa/Dietz, Kristina (2020): »Die sozial-ökologischen Folgen der E-Mobilität. Konflikte um den Rohstoffabbau im Globalen Süden«, in: Achim Brunnengräber/Tobias Haas (Hg.): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld: transcript, S. 329-351.

Scott, James C. (1985): Weapons of the Weak. Everyday Forms of Peasant Resistance, New Haven/London: Yale University Press.

Shiva, Vandana (1991): Ecology and the Politics of Survival. Conflicts over Natural Resources in India, New Delhi/Newbury Park/London: Sage Publications.

Thompson, Edward P. (1971): »The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century«, in: Past & Present, Nr. 50, S. 76-136.

Wallace, Rob (2020): Was COVID-19 mit der ökologischen Krise, mit dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat, Köln: PapyRossa Verlag.

Wissen, Markus (2008): »Die Materialität von Natur und gebauter Umwelt«, in: Alex Demirović (Hg.): Kritik und Materialität, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 73-88.

Wolford, Wendy/Keene, Sara (2015): »Social Movements«, in: Tom Perreault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge, S. 573-584.

Wissen(schaft) und lokales ökologisches Wissen

Maria Backhouse

Anknüpfend an die verschiedenen Spielarten des Konstruktivismus sowie die Wissenschaftskritik der *Science and Technology Studies* (STS) und der → *Post-/Decolonial Studies*[1] zielen verschiedene Teile der Politischen Ökologie auf die Dekonstruktion des universalistischen Anspruchs westlicher Wissenschaft ab. Dabei spiegeln diese Rezeptionsstränge – bis auf wenige Ausnahmen (etwa Escobar 1999; Harding 2008) – die weitgehende Trennung der Debattenfelder der *Post-/Decolonial Studies* und der STS wider: Die post- und dekolonialen Ansätze konzentrieren sich eher auf die Geistes- und die STS eher auf die Naturwissenschaften. Im vorliegenden Beitrag werden diese verschiedenen Debattenstränge, ausgehend von der gemeinsamen Annahme, dass jegliche Wissensproduktion gesellschaftlich situiert ist (vgl. Haraway 1988), zusammengedacht. Die Kontextualisierung des modernen Wissen(schafts)verständnisses in seiner kolonialen Entstehungsgeschichte sowie in seinen fortdauernden postkolonialen → Machtasymmetrien hat, wie im vorliegenden Beitrag herausgearbeitet wird, weitreichende epistemologische, politische und praktische Implikationen. Denn es verkompliziert den Rückgriff auf (natur-)wissenschaftliche Zugänge zur Erklärung der ökologischen Krise und ihrer Bearbeitung. Gleichzeitig rückt das marginalisierte Umweltwissen lokaler → Akteure in den Fokus, das im Fall des ›Indigenen Wissens‹ wiederum im Spannungsfeld zwischen abwertenden und romantisierenden Zuschreibungen sowie neuen → Inwertsetzungsstrategien unter anderem im Zusammenhang mit neuen → biotechnologischen Verfahren steht.

Wissen(-schaft) und epistemische Gewalt

Ein zentrales Anliegen der Politischen Ökologie ist es, Umweltprobleme zu repolitisieren, indem diese gesellschaftlich verortet werden (vgl. Robbins 2012). Ein wichtiger Ausgangspunkt ist die Kritik an der grünen Modernisierungserzählung, die die Umweltpolitik seit ihrer globalen Etablierung ab den 1970er Jahren durchdringt (vgl. ebd. 2012: 14). Die ökologische Modernisierungserzählung kennzeichnet *erstens*, dass Umweltpolitik über marktbasierte Instrumente gesteuert werden soll (Bemmann et al. 2014: 12). *Zweitens* basiert sie auf einem großen Technikoptimismus, nämlich, dass Umweltprobleme über ihre Quantifizierung und technologische Innovationen be-

1 Zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der post- und dekolonialen Ansätze vgl. Boatcă (2016); Garbe (2020).

arbeitet werden können (ebd.). Die Kombination von Innovationen und marktbasierten Instrumenten soll ein grünes Wachstum ermöglichen. *Drittens* fußt sie auf dem Entwicklungsdenken der klassischen Modernisierungstheorie, demzufolge Westeuropa und Nordamerika die erstrebenswerte Zielsetzung für die Entwicklung aller Gesellschaften weltweit darstellen (vgl. Kößler 1998). *Viertens* ist dieses Entwicklungs- und Technikverständnis mit einem eurozentrischen Wissenschaftsverständnis verbunden. Dieses basiert seit Kolonialzeiten auf der dichotomen Abgrenzung vom »Rest der Welt« (Hall 1992), der als traditionell (vs. modern), unterentwickelt (vs. entwickelt) oder irrational (vs. rational) abgewertet wird. Das europäische Verständnis von Rationalität, Wissenschaft und technischem Fortschritt stellt in diesem allgegenwärtigen Denken »die Juwelen in der Krone der Modernität« dar (Harding 2011: 2, eigene Übersetzung). Negative sozial-ökologische Auswirkungen technologischer Entwicklungen sind demzufolge nur entstanden, wenn diese nicht richtig eingesetzt worden sind (vgl. ebd.: 5). Indem Wissenschaft und Technologien in der grünen Modernisierungserzählung von ihrer gesellschaftlichen Verortung abgetrennt und universalisiert werden, wird nicht nur die Produziertheit des (natur-)wissenschaftlichen Wissens, sondern werden auch globale Ungleichheits- und Machtverhältnisse, die dieses Wissen durchdringen, unsichtbar gemacht und naturalisiert (vgl. ebd.). Nur vor diesem Hintergrund ist verständlich, warum es für Vertreter*innen der ökologischen Modernisierung kein Widerspruch ist, dass die alten kapitalistischen Zentren sich selbst als Vorreiter beim technischen Umwelt- und Klimaschutz betrachten, obwohl sie nachweislich überproportional für die globale Krise verantwortlich sind – wie etwa vergleichende Hochrechnungen des Ausstoßes von Kohlenstoffdioxid (CO_2) über einen Zeitraum von 200 Jahren eindrücklich verdeutlichen (vgl. Chancel/Piketty 2015).

Mit dieser Depolitisierung wissenschaftlichen Wissens wird aber die »dunkle Seite der Moderne« bzw. die »Kolonialität der Macht« (Quijano 2016), die auch die wissenschaftliche Wissensproduktion durchdringt, unsichtbar gemacht (→ De/Kolonialität). Mit der Kolonialität der Macht beschreibt Aníbal Quijano eine Machtmatrix, die sich mit der Eroberung der Amerikas 1492 herausgebildet hat und bis heute global wirkt. Sie wird geprägt von einer rassistischen Hierarchisierung und gleichzeitig ungleichen Einbindung der Menschen in die kapitalistische Arbeitsteilung (vgl. ebd.). Entscheidend ist, dass diese Matrix seit Kolonialzeiten die kapitalistischen Zentren und Peripherien von den Ausbeutungsverhältnissen über die Wissensproduktion bis zu den subjektiven Selbstverständnissen der Kolonisierenden und Kolonisierten durchdringt. Die Amerikas lieferten nicht nur die agrarischen und mineralischen → Rohstoffe für die entstehenden kapitalistischen Zentren, sondern waren für die Konstituierung und Abgrenzung des westeuropäischen Selbstverständnisses vom nicht-westlichen Anderen eine zentrale Projektionsfläche. Die koloniale Eroberung der Amerikas war somit nicht nur die Vorbedingung für die Herausbildung des Kapitalismus, sondern auch der Moderne und die mit ihr entstandenen Wissenschaftsdisziplinen (vgl. Escobar 2007). Eine wichtige intersektionale Erweiterung nimmt María Lugones mit ihrem Konzept der »Kolonialität von Gender« vor, indem sie verdeutlicht, dass nicht nur die geschlechtliche Arbeitsteilung, sondern dass sich das dualistische, heterosexuelle Geschlechtskonstrukt selbst erst mit dem Kolonialismus und der Entstehung des Kapitalismus und der Moderne gewaltsam herausgebildet hat (vgl. Lugones 2007). Die eurozentrische Konstruktion von Wissen ist somit gleichermaßen kolonial, rassifiziert und vergeschlechtlicht. Wissenschaft kann aus dieser Sicht nicht die rationale

Seite der Moderne sein, sondern ist seit der Eroberung der Amerikas tiefgreifend mit globalen Macht-, Ungleichheits- und Gewaltverhältnissen verwoben, was mit dem Begriff der »epistemischen Gewalt« betont wird.

Der Begriff der epistemischen Gewalt geht auf Michel Foucault zurück und wird in zahlreichen herrschaftskritischen Debattenfeldern aufgegriffen (vgl. Said 2003 [1978]; Spivak 1988, zit.n. Brunner 2020: 12). Deren gemeinsames Anliegen ist es, den Dualismus des westlichen Denkens zu überwinden, der unter anderem auf den Philosophen René Descartes zurückgeführt wird. Descartes hatte mit seiner berühmten Trennung von Geist und Körper ein bis heute fortwirkendes mechanistisches Weltbild erschaffen, das Menschen, → Natur oder Ideen zu Entitäten machte und voneinander abtrennte wie beispielsweise Mann/Frau, Gesellschaft/Natur oder Europa/›Rest der Welt‹. Damit entstand ein Begründungszusammenhang für die Eroberung und Unterdrückung aller, die keine europäischen, *weißen* und heterosexuellen Männer waren. Wie Claudia Brunner herausarbeitet, liegt aus

> »post- und dekolonialer Sicht [...] Gewalt im engen wie im weiten Sinne in den eurozentrischen Praktiken und Paradigmen der Moderne selbst begründet, die nach Ordnung und Klassifikation strebt, um unterwerfen und regieren zu können. Epistemische Gewalt ist also nicht einfach eine unter vielen, nebeneinander existierenden, Formen von Gewalt. Sie ist jener immer noch imperialen Weltordnung, in der sich Gewalt auch heute ereignet, zugrunde gelegt« (Brunner 2020: 17).

Die epistemische Gewalt drückt sich somit nicht nur in der Komplizenschaft von (Natur-)Wissenschaften bei der Ausübung von physischer Gewalt z.B. über die Entwicklung von Überwachungsmethoden oder Waffen aus. Vielmehr rücken in dieser relationalen Untersuchungsperspektive auf den Zusammenhang zwischen Wissensproduktion und Wissensobjekt (Brunner 2020: 14) auch die scheinbar neutralen Forschungsmethoden und ihre zugrundeliegenden Annahmen über den sogenannten ›Rest der Welt‹ in den Blick, wie sie alle modernen Wissenschaften durchdringen. Schließlich wird mit dem Begriff auch der Ausschluss anderer Wissensformen und Kosmologien bzw. die androzentrische »Monokultur des Wissens« (Santos et al. 2007, zit.n. Brunner 2020: 14) thematisiert.

Für die Politische Ökologie hat diese Kritik weitreichende Folgen für die Konzeptualisierung des Wechselverhältnisses von Gesellschaft und Natur (vgl. Escobar 1999; Alimonda 2011), aber auch für das eigene (natur-)wissenschaftliche Verständnis der ökologischen Krise und ihrer Bearbeitung. Ein Beispiel sind Naturschutzansätze wie Naturschutzgebiete und Nationalparks, die mit (post-)kolonialen Landnahmen verstrickt sein können, wie historische Analysen (vgl. etwa Kaltmeier 2020) ebenso wie Untersuchungen zu aktuellen → Konflikten um die Einrichtung solcher Gebiete verdeutlichen (vgl. etwa Domínguez/Luoma 2020).

Ambivalenzen des lokalen Umweltwissen

Das politische Ziel des Projekts Modernität/Kolonialität und der postkolonialen Kritik ist es, die epistemische Gewalt zu überwinden, indem ein völlig anderes, nicht-eurozentrisches Paradigma entwickelt wird. Dafür soll das eurozentrische Wissen provinzialisiert

(Chakrabarty 2010) und dekolonisiert (Quijano 2016) werden, was für die Natur- genauso wie für die Geisteswissenschaften impliziert, die kulturelle, historische und polit-ökonomische Verortung der eigenen Disziplin und Methode anzuerkennen und zu situieren. Das kritische westliche Denken wird damit aber nicht ad acta gelegt, sondern vor dem Hintergrund der meist unterrepräsentierten (post-)kolonialen Zusammenhänge weitergedacht (vgl. Escobar 2007). Gleichzeitig werden das lokale, subalterne Wissen und alternative epistemologische Kosmologien – etwa von Indigenen oder sozialen Bewegungen – zum Ausgangspunkt dieses emanzipatorischen Projekts (vgl. Escobar 1998, 2007).

Diese emanzipatorische Aufwertung von lokalem Wissen ist auch ein Anliegen der Politischen Ökologie, die sich seit Jahrzehnten mit lokalem Umweltwissen (*local environmental knowledge*) auseinandersetzt (vgl. Robbins 2012: 131ff.). Lokales Umweltwissen umfasst so unterschiedliche Aspekte wie beispielsweise Wissen zu Pflanzen, Tieren, Böden, Umweltmanagementsystemen oder konzeptionellen Systemen und Weltsichten (vgl. ebd.: 132f.). Begrifflich werden lokales, informelles, Indigenes oder traditionelles Wissen oft synonym verwendet oder nicht trennscharf voneinander abgegrenzt. Eine breite Definition fasst darunter Wissen lokaler Milieus im Globalen Norden und Globalen Süden, das klar vom formalen, spezialisierten, kanonischen wissenschaftlichen Wissen abgegrenzt wird (vgl. Brush 2011: 228). Im Gegensatz zum wissenschaftlichen Wissen ist es meist nicht verschriftlicht, wird mündlich überliefert und ist stark kontextbasiert. Außerdem ist es kulturell spezifisch (konkret), während formalisiertes Wissen scheinbar neutral über jeglicher kulturellen Ordnung steht (abstrakt) (vgl. ebd.). Mit dieser Unterscheidung werden auch Machtasymmetrien beschrieben, denn lokales Wissen wird häufig marginalisiert und subalternisiert (*subalternization*) bzw. als nicht vollwertiges Anderes dem modernen (wissenschaftlichen) Wissen untergeordnet (Escobar 2007: 184).

In einer engen Definition wird zwischen Indigenem Wissen und anderen lokalen Wissensformen unterschieden (vgl. Brush 2011: 228). Indigenes Wissen ist mit der kolonialen Geschichte insbesondere mit der der Amerikas und mit dem Begriff der Indigenen Völker verbunden (vgl. Escobar 2007: 229). Es geht dabei somit ausdrücklich um Wissen, das in Kulturen verortet ist, die seit Jahrhunderten der europäischen Invasion widerstehen und gleichzeitig einer dominanten Nationalkultur kulturell und ökonomisch untergeordnet werden (vgl. ebd.).

Die klare Abgrenzung zwischen lokalem oder Indigenem Wissen einerseits und wissenschaftlichem Wissen andererseits wird jedoch spätestens seit den 1990er Jahren von kritischen Politischen Ökolog*innen problematisiert (vgl. Agrawal 1995, zit.n. Robbins 2012: 132). Denn diese Grenzziehung macht die Wechselverhältnisse zwischen lokalem/Indigenem und wissenschaftlichem Wissen unsichtbar (vgl. ebd.). Auch in wohlmeinenden Projekten für eine nachhaltige Entwicklung von unten kann dies dazu führen, dass nicht-wissenschaftliches (Umwelt-)Wissen nur bezüglich seines Beitrags für eine nachhaltige Entwicklung bewertet wird (Fairhead/Scoones 2005: 34). Die epistemologische Verortung der Bewertenden sowie ihre Vorstellungen einer nachhaltigen Entwicklung bleiben dabei weiterhin unsichtbar. Das Hinterfragen eigener Vorannahmen wird dadurch ebenso wie ein wirklicher Dialog verunmöglicht (ebd.). Zusätzlich wird eine partielle Aufwertung des Indigenen Wissens im Bereich der neoliberalen Umweltpolitik mit Inwertsetzungsstrategien verbunden. Ein Beispiel ist die Vermarktung von Indigenem und traditionellem Wissen zu Saatgut oder Heilpflanzen durch Saatgut-, Pharmazie- oder Kosmetikindustrien (vgl. Brand/Görg 2003; Shiva 2004).

Auch aus dekolonialer Sicht soll der Dualismus der Modernisierungstheorie nicht reproduziert werden, indem das lokale und/oder Indigene Wissen als ontologisches Außen der Moderne gegenübergestellt bzw. auf einen statischen traditionellen Kern festgeschrieben wird. Schließlich sind auch die meisten Indigenen Kulturen und Wissensformen in einem Austausch mit und entsprechend Teil der Moderne (Escobar 2007: 186). Allerdings wird dieses Wissen von dem → hegemonialen eurozentrischen Denken zu einem Anderen gemacht, an den Rand gedrängt und unterdrückt. Aus dekolonialer Sicht ist dieses Wissen Ausgangspunkt für ein → emanzipatorisches dekoloniales Projekt, weil es in dieser Erfahrung der »kolonialen Differenz« (ebd.) seit Beginn der Eroberung der Amerikas mit → Widerständigkeiten verbunden ist und somit als die subversive Kehrseite der Moderne epistemologischer Ausgangspunkt seiner Überwindung sein kann. Ein solches »*Border thinking*« wird unter anderem von Walter Mignolo (2012) anknüpfend an Gloria Anzaldúa (2012) entwickelt.

Fazit

Die post-/dekoloniale Wissenschaftskritik innerhalb des Debattenfeldes der Politischen Ökologie problematisiert den eurozentrischen Dualismus zwischen dem Westen und dem ›Rest der Welt‹, der jegliche Wissensproduktion durchdringt und sich auch in der Gegenüberstellung zwischen wissenschaftlichem und lokalem Wissen manifestiert. Entsprechend betonen unterschiedliche Autor*innen die Wechselwirkungen und Verflechtungsgeschichten der Wissensproduktion, ohne aber die großen Machtasymmetrien dieses Austauschs zu relativieren. Das Projekt einer Dekolonisierung des hegemonialen Wissens erfordert die Situierung und Provinzialisierung jeglichen Wissens. Gleichzeitig setzt es auf widerständiges, subalternisiertes Wissen als Ausgangspunkt für die Entwicklung eines anderen, emanzipatorischen Wissens.

Diese Perspektiveinnahme hat weitreichende Implikationen für den Umgang mit wissenschaftlichen Wahrheiten zu ökologischen Krisen wie dem Klimawandel. Schließlich verkompliziert sie nicht nur das geisteswissenschaftliche Selbstbild des Westens, sondern auch den Rückgriff auf vermeintlich objektive, technische Krisendiagnosen und Lösungsstrategien etwa im Zusammenhang mit dem Klimawandel und dem Rückgang von → Biodiversität. Die Forderung, Wissenschaft zu dekolonisieren, bedeutet aber nicht im Umkehrschluss, wissenschaftliche Kenntnisse etwa zum anthropogenen Klimawandel zu leugnen. Vielmehr geht es darum, jegliche Wissensproduktion zum Klimawandel und seiner Bearbeitung in seiner historischen und gesellschaftlichen Verortung zu reflektieren und gleichzeitig zu demokratisieren. Ein erster Ansatzpunkt für ein solches Projekt wäre etwa die Reflexion und Überwindung problematischer Zuschreibungen über den ›Rest der Welt‹. Ein Beispiel ist etwa das neomalthusianische Narrativ der Überbevölkerung der Menschen im Globalen Süden als Ursache für den Klimawandel, das Problemanalysen und Lösungsansätze nach wie vor durchdringt – obwohl schon längst anerkannt ist, dass der Globale Norden seit der Industrialisierung der größte Emittent von Treibhausgasen ist. Ein zweiter Ansatzpunkt wäre, die globalen Macht- und Ungleichheitsverhältnisse zu reflektieren und anzugehen, die die Definitionshoheit über den Klimawandel und seine Bearbeitung durchdringen. Dabei geht es nicht nur darum, sichtbar zu machen, dass die Wissenszentren nach wie vor hauptsächlich im Globalen Norden verortet sind und eine pro-

vinzielle, meist männliche und *weiße* Perspektive auf ein komplexes globales Problem einnehmen. Vielmehr müssen auch die polit-ökonomischen Zusammenhänge dieser globalen Ungleichheiten der Wissensproduktion im Fokus stehen. Gleichzeitig müssen Ansätze für eine → Demokratisierung des Wissens entwickelt werden, die die oben beschriebenen Hierarchisierungen aufbrechen. Wichtige Impulse dafür geben weltweite soziale Bewegungen, die lokale Kämpfe um Land- und Ressourcenzugang mit Fragen der → Klimagerechtigkeit und das damit verbundene widerständige Wissen mit einem demokratischen → Transformationsprozess verbinden.

Literatur

Agrawal, Arun (1995): »Dismantling the Divide Between Indigenous and Scientific Knowledge«, in: Development and Change, 26. Jg., Nr. 3, S. 413-439.

Alimonda, Héctor (2011): »La colonialidade de la naturaleza. Una aproximación a la ecolgía política latinoamericana«, in: Héctor Alimonda (Hg.): La naturaleza colonizada. Ecología política y minería en América Latina, Buenos Aires: CLACSO, S. 21-58.

Anzaldúa, Gloria (2012): Borderlands/La Frontera: The New Mestiza, San Francisco: Aunt Lute Books.

Bemmann, Martin/Metzger, Birgit/Detten, Roderich von(2014): »Einleitung«, in: Martin Bemmann/Birgit Metzger/Roderich von Detten (Hg.): Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 7-32.

Boatcă, Manuela (2016): »Postkolonialismus und Dekolonialität«, in: Karin Fischer/Gerhard Hauck/Manuela Boatcă (Hg.): Handbuch Entwicklungsforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 113-123.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brunner, Claudia (2020): Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne (= Edition Politik, Band 94), Bielefeld: transcript.

Brush, Stephen (2011): »Whose Knowledge, Whose Genes, Whose Rights?«, in: Sandra Harding (Hg.): The Postcolonial Science and Technology Studies Reader, Durham: Duke University Press, S. 225-246.

Chakrabarty, Dipesh (2010): Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung, Frankfurt a.M./New York: Campus.

Chancel, Lucas/Piketty, Thomas (2015): »Carbon and Inequality: From Kyoto to Paris. Trends in Global Inequality of Carbon Emissions (1998-2013) & Prospects for an Equitable Adaption Fund«, http://piketty.pse.ens.fr/files/ChancelPiketty2015.pdf (Zugriff: 11.6.2021).

Domínguez, Lara/Luoma, Colin (2020): »Decolonising Conservation Policy: How Colonial Land and Conservation Ideologies Persist and Perpetuate Indigenous Injustices at the Expense of the Environment«, in: Land, 9. Jg., Nr. 3, S. 65.

Escobar, Arturo (1998): »Whose Knowledge, Whose nature? Biodiversity, Conservation, and the Political Ecology of Social Movements«, in: Journal of Political Ecology, 5. Jg., Nr. 1, S. 53-82.

Escobar, Arturo (1999): »After Nature. Steps to an Antiessentialist Political Ecology«, in: Current Anthropology, 40. Jg., Nr. 1, S. 1-30.
Escobar, Arturo (2007): »Worlds and Knowledges otherwise. The Latin American Modernity/Coloniality Research Program«, in: Cultural Studies, 21. Jg., Nr. 2-3, S. 179-210.
Fairhead, James/Scoones, Ian (2005): »Local Knowledge and the Social Shaping of Soil Investments: Critical Perspectives on the Assessment of Soil Degradation in Africa«, in: Land Use Policy, 22. Jg., Nr. 1, S. 33-41.
Garbe, Sebastian (2020): »Dekolonial – Dekolonisierung«, in: PERIPHERIE, 40. Jg., Nr. 157/158, S. 151-154.
Hall, Stuart (1992): »The West and the Rest: Discourse and Power«, in: Stuart Hall/Bram Gieben (Hg.): Formations of Modernity, Cambridge: Polity, S. 276-320.
Haraway, Donna (1988): »Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective«, in: Feminist Studies, 14. Jg., Nr. 3, S. 575-599.
Harding, Sandra (2008): Sciences from Below. Feminisms, Postcolonialities, and Modernities, Durham: Duke University Press.
Harding, Sandra (2011): »Introduction. Beyond Postcolonial Theory: Two Undertheorized Perspectives on Science and Technology«, in: Sandra Harding (Hg.): The Postcolonial Science and Technology Studies Reader, Durham: Duke University Press, S. 1-31.
Kaltmeier, Olaf (2020): Nationalparks von Nord bis Süd. Eine transnationale Verflechtungsgeschichte von Naturschutz und Kolonialisierung in Argentinien (= Ensayos InterAmericanos, Band 2), Bielefeld: Kipu-Verlag.
Kößler, Reinhart (1998): Entwicklung, Münster: Westfälisches Dampfboot.
Lugones, María (2007): »Heterosexualism and the Colonial/Modern Gender System«, in: Hypatia, 22. Jg., Nr. 1, S. 186-209.
Mignolo, Walter (2012): Local Histories/Global Designs. Coloniality, Subaltern Knowledges, and Border Thinking, Princeton: Princeton University Press.
Quijano, Aníbal (Hg.) (2016): Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika, Wien/Berlin: Turia + Kant Verlag.
Robbins, Paul (2012): Political Ecology. A Critical Introduction, 2. Aufl., Malden: John Wiley & Sons Ltd.
Said, Edward W. (2003 [1978]): Orientalism, London: Penguin Books.
Santos, Boaventura de Sousa/Nunes, João Arriscado/Meneses, Maria Paulas (2007): »Introduction: Opening Up the Canon of Knowledge and Recognition of Difference«, in: Santos, Boaventura de Sousa (Hg.): Another Knowledge is Possible. Beyond Northern Epistemologies, London: Verso, S. xix-lxii.
Shiva, Vandana (2004): Biopiracy. The Plunder of Nature and Knowledge, Boston: South End Press.
Spivak, Gayatri C. (1988): »Can the Subaltern Speak?«, in: Cary Nelson/Lawrence Grossberg (Hg.): Marxism and the Interpretation of Culture, Urbana/Chicago: University of Illinois Press, S. 271-313.

METHODEN UND ARBEITSWEISEN

Aktionsforschung(en)

Severin Halder

Im Zentrum einer jeden Aktionsforschung steht die Frage nach einem fruchtbaren Verhältnis von Praxis und Theorie. Politisch-ökologische Aktionsforschungen erörtern, wie verschiedene Beziehungen zwischen (nicht-)menschlichen → Akteuren im Forschungsprozess gestaltet werden können: Was bedeutet es konkret, Politische Ökologie zu ›machen‹? Kann Politische Ökologie nützlich sein (Blaikie 2012)? Welche Prinzipien und Elemente der Aktionsforschung lassen sich im Rahmen der Politischen Ökologie anwenden? Was können Aktivist*innen und Politische Ökolog*innen voneinander lernen? Wie kann ein respektvolles und symbiotisches Verhältnis zu nicht-akademischen Akteuren gepflegt werden?

Aktionsforschung – Eine Orientierung für einen Prozess des kollaborativen Forschens

Aktionsforschung ist keine einheitliche Methodik, sondern eine Ausrichtung der Forschung, die darauf abzielt, Forschungsgemeinschaften von akademischen und nicht-akademischen Forschenden zu bilden. Sie beschreibt einen Stil des Forschens, der sich nicht darum bemüht, Andere ›da draußen‹ zu ändern, sondern gemeinsam mit Anderen konkret etwas zu verändern (Reason/Bradbury 2008: 1). Mithilfe der Aktionsforschung sollen persönliche Beziehungen und methodische Anpassungen an den Kontext so gestaltet werden, dass die notwendigen Voraussetzungen für einen gemeinschaftlichen Forschungsprozess gegeben sind (Kindon et al. 2007: 13). Doch in der Brust der Aktionsforschung schlagen zwei Herzen: Theorie und Praxis. Als Keimzellen der Aktionsforschung gelten die Arbeiten von Karl Marx, seine Feuerbachthesen (Cunningham 2016) und seine Arbeiterbefragungen (Segebart 2007: 109). Die Erkenntnis, dass es nicht reicht, die Welt nur zu interpretieren, sondern es notwendig ist, sie zu verändern (Marx/Engels 1978: 5ff.), reifte auch im Umfeld von Arbeiter*innenkämpfen und sozialen Bewegungen in Lateinamerika und Europa (Herr/Anderson 2005: 12). Sie begannen damit, den Sinn und Zweck von Forschung grundlegend in Frage zu stellen und im Sinne Gramscis ›organische Intellektuelle‹ herauszubilden. So entstand aus dem Zusammenspiel von theoretischer Kritik an den dominanten Formen der akademischen Wissensproduktion und einer alternativen Praxis der Wissensproduktion die Grundlage für eine aktionsorientierte Form des gemeinsamen Forschens.

Genese und Weiterentwicklungen

Der Begriff *action research* wurde in den 1940er Jahren von dem Psychologen Kurt Lewin geprägt (Lewin 1946; Adelman 1993). Sein Ausgangspunkt ist die »Überschneidung von Subjekt und Objekt im Handlungsraum« (Fitzek 2011: 171) und die Abwendung vom Ideal der Objektivität. Das bedeutet, dass teilweise die Verhältnisse in der Beziehung Forscher*innen und ›Beforschte‹ umgedreht werden. Dadurch werden die Forscher*innen zu einflussreichen Akteuren, die der Beobachtung und Bewertung durch die ›Beforschten‹ ausgesetzt sind. Dieser Wandel ähnelt dem des Klabautermanns Pumuckl, der urplötzlich nach dem Klebenbleiben an einem Leimtopf nicht mehr unsichtbar ist, sondern von nun an vom Meister Eder als einflussreicher Akteur in dessen Werkstatt wahrgenommen wird und somit seinen Schabernack nicht mehr unkommentiert treiben kann. Lewins *action research* bedeutet eine Verschiebung von Macht und Kontrolle im Forschungsprozess hin zu den ›Beforschten‹, im Sinne einer höheren Teilhabe, und ist gleichzeitig ein Appell für eine aktive, mutige, kollaborative und selbstreflexive Wissenschaft.

Wichtig für die Weiterentwicklung und Politisierung der Aktionsforschung ist zum einen die sogenannte *conricera* (Mituntersuchung), die im Kontext des Operaismus in den 1960er Jahre in norditalienischen Autofabriken entstand. Dabei handelt es sich um eine experimentelle soziologische Praxis mit dem Ziel der autonomen Organisation an der Basis, die auf der »politischen Beziehung zum kollektiven Arbeiter« (Alquati 1985: 19) aufbaut. Zum anderen ist insbesondere die *Investigación-Acción-Partizipativa* (partizipative Aktions-Forschung) des Mitbegründers der kolumbianischen Soziologie Orlando Fals Borda von zentraler Bedeutung für die methodische Weiterentwicklung der Aktionsforschung und ihre Konsolidierung ab den 1960er Jahren. Fals Bordas Ziel war eine *ciencia popular,* eine sozio-politische Wissenschaft ›von unten‹, die angetrieben wird von den Interessen der Ausgebeuteten (Fals Borda 2009: 270) und die in einer Wissensproduktion ›von unten‹ und in konkrete Kämpfe unter anderem von Indigenen oder Kleinbäuer*innen münden soll (ebd.: 254). Das Panorama der Aktionsforschung hat sich darauf aufbauend verbreitert und reicht heutzutage unter anderem von anarchistischer, agrarökologischer Basisarbeit in den Favelas von Rio de Janeiro (Bartholl 2018), über aktivistische Lobbyarbeit für nachhaltige Wohnformen und ein Recht auf Stadt in Göttingen oder Leeds (Chatterton et al. 2010; Mießner 2020) bis hin zum weltweiten Kampf unzähliger sozialer Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und Akademiker*innen für → Umweltgerechtigkeit. Trotz aller Diversität gibt es zentrale methodische Elemente, die viele Spielarten der Aktionsforschung beinhalten und sie somit vereinen (vgl. Abb. 1, Halder 2018: 73ff.). Hervorzuheben sind hierbei Lewins Zyklus von Aktion und Reflexion, kritische Lern- und (Selbst-)Reflexionsprozesse (vgl. Abb. 2, Unger 2014: 100) sowie an den Kontext angepasste kollektive bzw. partizipative Methoden (Kindon et al. 2007: 17). Dabei bildet das Bewusstsein für die Stufen und Grenzen der Partizipation (vgl. Abb. 3, Arnstein 1969) das Fundament für jegliche Form der forschenden Kooperation mit Nicht-Akademiker*innen, wobei die Grenze zur angewandten oder transdiziplinären Forschung vor allem in der (Un-)Vorhersehbarkeit liegt. Denn je mehr Kontrolle über den Forschungsprozess abgegeben wird (z.B. an aktivistische Nicht-Akademiker*innen), desto unwägbarer ist die Entwicklung des Forschungsprozesses, da die Aktions- und Partizipationsgrade im Laufe der Forschung stark schwanken können und partiell losgelöst von akademischen Logiken funktionieren (Herr/Anderson 2005: 42).

Abb. 1: Bestandteile der Aktionsforschung (Halder 2018: 73).



Abb. 2: Der Zyklus der Aktionsforschung beschreibt ein spiralförmiges und konstruktives sich im Kreis drehen (Halder/Jahnke 2014: 23).

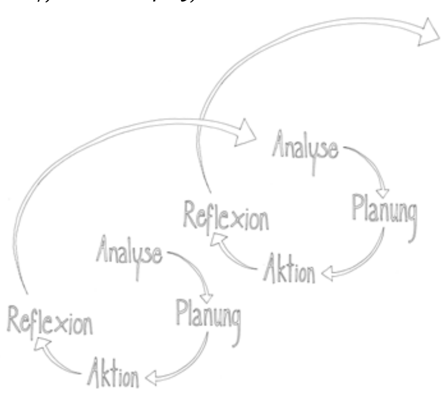


Abb. 3: Das Stufenmodell der Partizipation verdeutlicht die Herausforderung, wahrhaft gemeinschaftlich zu forschen (Halder 2018: 84, angelehnt an Unger 2014: 40 bzw. Arnstein 1969).

Kollektives & selbstbestimmtes Handeln
Selbstorganisation
Partizipation
Entscheidungsmacht
teilweise Entscheidungsmacht
Mitbestimmung
Vorstufen der Partizipation
Einbeziehung
Anhörung
Information
Anweisung
Instrumentalisierung
keine Partizipation

Um Vereinnahmung und Missbrauch der Aktionsforschung – z.B. zur Legitimierung von dominanten Machtverhältnissen – vorzubeugen, gibt es eine dezidiert herrschaftskritische und selbstreflexive Strömung innerhalb der Aktionsforschung, die sich im Überschneidungsbereich von Aktivismus und Wissenschaft verortet. Dieser scholar activism bewegt sich am Rande des akademischen Kanons und verfolgt meist einen emanzipatorischen Anspruch im Sinne Paulo Freires. In marxistischer Tradition will Freire Menschen bemächtigen, aus ihrer (neokolonialen) Unterdrückung auszubrechen, um die Welt in ihrem Sinne zu verändern. Freires Bildung von unten ist essentiell für eine solche emanzipatorische Form der Aktionsforschung, denn sie beschreibt einen politisierenden Reflexionsprozess, der im lebensweltlichen alltäglichen Umfeld beginnt und sich über den Dialog entfaltet: »Für Freire ist Forschen kein Privileg weniger Wissender, sondern eine Grundeigenschaft aller Menschen und Voraussetzung dafür, Klarheit über sich und die Welt zu erlangen« (Novy 2005: 5). Ihm zufolge drängen sich Forscher*innen »niemals auf, sondern handeln als einfühlsame Beobachter« (Freire 1993: 92). Die Kombination von Aktivismus und Forschung bezieht sich meist explizit auf Vorgänger*innen wie die conricerca, Fals Borda oder Freire und wird auch participatory action research, militant research oder activist geographies gennannt. Das Ziel dieser Ansätze ist es, dass das politische Handeln und die Forschung einer gemeinsamen Strategie und kohärenten Methodologie folgen, die in einer aktionsorientierten, solidarischen, reflexiven und emanzipatorischen Zusammenarbeit unter anderem mit sozialen Bewegungen erarbeitet werden (Chatterton et al. 2010: 248).

Mit Hacke und Saatgut – Politische Ökologie als (aktivistische) Praxis

Seit jeher widmen sich Politische Ökolog*innen verschiedenen Formen des → Widerstands im Kampf gegen die dominanten → gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Heynen/Van Sant 2015: 169). Zusätzlich wird eine Vielzahl von politisch-ökologischen Untersuchungen abseits des akademischen Kanons von Aktivist*innen durchgeführt (Martínez-Alier 2007: 113). So lässt sich die Politische Ökologie auch als das gemeinsame sozio-ökologische Feld von sozialen und ökologischen Bewegungen, Aktivist*innen, NGOs sowie Akademiker*innen charakterisieren. Paul Robbins bezeichnet sie unter anderem »als etwas was Menschen tun« (2012: 4) und als die Arbeit von »communities of practice« (ebd.: 85). Er umschreibt die Politische Ökologie als das Zusammenspiel von (theoretischer) Hacke und (praktischem) Saatgut. Während die Hacke dazu dient, die dominanten sowie herrschaftsförmigen sozial-ökologischen Diskurse, Narrative und Mythen offenzulegen, bilden die Samen im Sinne von Keimzellen konkrete Ausgangspunkte für die Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

Das Verhältnis zur Praxis hat sich im Laufe der Zeit jedoch gewandelt. Historisch ist die Politische Ökologie im ländlichen Raum des Globalen Südens und in den versteckten und individuellen Formen der »everyday resistance« verortet (Heynen/Van Sant 2015: 177). Seit einigen Jahren gibt es jedoch nicht nur eine wachsende Anzahl von Arbeiten, die sich im städtischen Raum und im Globalen Norden, sondern auch noch stärker in der unmittelbaren Nähe von Aktivismus, direkten Aktionen und sozialen Bewegungen verorten (Heynen/Van Sant 2015; Loftus 2015). Das Feld ›*doing political ecologies*‹ ist daher von zunehmender Bedeutung (Perreault et al. 2015).

Ausgangspunkt einer politisch-ökologischen Aktionsforschung bildet die Überzeugung, dass Politische Ökolog*innen von nicht-akademischen Akteuren lernen können. Es bedarf dabei einer (eigenen) aktivistischen Praxis oder zumindest eines engen Austauschs mit Praxisakteuren wie etwa *community* Aktivist*innen aus den Townships, um den Kern der Politischen Ökologie überhaupt zu verstehen (Loftus 2015: 183). Dies betont die Bedeutung einer einfühlsamen beobachtenden Kultur des Forschens (siehe oben) und kann im Kern als ein Aufruf zum ›*deep listening*‹ und ›*deep mapping*‹ (Bloom 2018) verstanden werden.

Zentraler Bestandteil einer fruchtbaren Aktionsforschung ist daher eine dialogische, ehrliche und respektvolle Gesprächskultur. Sie bildet die Grundlage für den Aufbau einer idealerweise symbiotischen Beziehung zwischen Forschung und Praxis (Loftus 2015: 179). Voraussetzung hierfür sind Klarheit über die eigene Rolle im Forschungsprozess (Wittmayer/Schäpke 2014; → Positionalität) sowie über die Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren von Partizipation (Arnstein 1969; Cooke/Kothari 2001). Dabei sollte die Bedeutung der → emotionalen Ebene im Dialog und Tugenden wie Geduld, Vertrauen und Humor auf keinen Fall unterschätzt werden.

Im Kern der Aktionsforschung stehen – ausgehend von praktischen Interventionen – zyklische Prozesse des wechselseitigen Lernens. Kritische Lern- und (Selbst-) Reflexionsprozesse der Beteiligten sind essentieller Bestandteil und Ergebnis einer jeden Aktionsforschung. Politisch-ökologische Aktionsforscher*innen können im Forschungsprozess ihren konzeptionellen, theoretischen und epistemologischen Horizont erweitern[1]. Zur Horizonterweiterung zählt nach Fals Bordas auch ein Verschwimmen von Denken und Fühlen im Sinne des »*sentipensamiento*« (Robles Lomeli/ Rappaport 2018: 608). Ein Konzept, das seiner langjährigen Arbeit mit widerständigen Kleinbäuer*innen und Indigenen bzw. deren *cosmovision* entspringt:

> »Die Flussbewohner*innen haben z.B. das Konzept des ›sentipensante‹ erfunden. Der ›sentipensante‹, der in meinen Büchern auftaucht, den habe nicht ich erfunden. [...] Ein Fischer, mit dem ich einmal unterwegs war, sagte: ›Schau mal, wir glauben wirklich, dass wir mit dem Herzen agieren, aber wir benutzen auch den Kopf. Und wenn wir die zwei Dinge kombinieren, dann sind wir sentipensantes.‹ Ein so einfaches und richtiges Konzept, das man versteht, ist wunderbar« (Fals Borda 2009, zit.n. Bartholl 2018: 99).

Die Nähe zu ökologischen Kämpfen kann den Boden bilden, um eine geeignetere, da erfahrungsbasierte und bildreichere Sprache für das widersprüchliche Mensch-Natur-Verhältnis zu finden (Heynen/Van Sant 2015: 173)[2]. Im Rahmen einer dialektischen Pädagogik entsteht im Dialog mit Politischen Ökolog*innen eine neue Beziehungsebe-

1 Heynen und Van Sant (2015: 170) verweisen beispielsweise darauf, dass Politische Ökolog*innen im Lichte direkter Aktionen ihre historisch gewachsene, analytische Abhängigkeit vom Staat hinterfragen sollten.

2 So findet die Soziologin Christa Müller in der DIY-Ästhetik eines Bildungshandbuchs der urbanen Gartenbewegungen eine Antwort auf die vermeintlich irritierende Trennung von Stadt und Land bzw. Natur und Gesellschaft: »[...] Maispflanzen umwuchern eine Hochhauslandschaft, Tomaten sprießen auf Dächern und eine überdimensionierte Maiskolben-Heuschrecke schaut sich in aller Ruhe im urbanen Biotop um. Im Buchinnern treffen wir auf eine Gießkanne mit Vogelbeinen und einen Menschen mit Zwiebelkörper: Bruno Latours ›Parlament der Dinge‹ lässt grüßen: Hier sind Pflanzen und Tiere keine Ressourcen, sondern selbst Akteuren, die ein Recht auf ihnen gemäße Umwelten in der Stadtgesell-

ne zwischen den Aktivist*innen, ihren nicht-menschlichen Akteuren, ihren Kämpfen, ihren Aktionen und ihrem Umfeld. Sie lernen einen Schritt zurückzutreten. In der Draufsicht und der Auseinandersetzung mit einer kritischen, historischen oder internationalen Perspektive eröffnet sich ihnen die Möglichkeit eines reflexiveren Umgangs mit den eigenen Bemühungen, die Mensch-Natur-Verhältnisse zu verändern (Loftus 2015: 184; Heynen/Van Sant 2015: 175ff.).

Damit ein wechselseitiger Prozess des Lernens angestoßen und am Laufen gehalten wird, ist es notwendig, die Grundannahmen und Erkenntnisse der Politischen Ökologie zugänglich zu machen. Konkret bedeutet das nicht nur das eigene Denken und die eigene Forschung offen darzulegen, sondern den eigenen Lernprozess gegenüber den Menschen, die ihn befruchten, transparent zu gestalten. Die Anwendung von partizipativen Methoden kann dabei äußerst hilfreich sein. Es sind konkrete Werkzeuge des Dialogs, wie Visualisierungs- und Workshopformate, die Partizipation und Selbstorganisation ermöglichen. Die Vielfalt der partizipativen Methoden ist groß und ihre Anwendung inzwischen weit verbreitet und doch kein Kinderspiel. Die Kunst liegt in der Wahl der passenden Methode sowie ihrer kontextabhängigen Interpretation und Verbindung mit spielerisch-kreativen Elementen.

Die Ergebnisse einer Aktionsforschung können neben reflexiven und dialogischen Elementen der gemeinsamen Diskussion und Textproduktion[3], direkte Aktionen, Interventionen, Workshops, Diskussionsforen, Videos, Karten (→ soziale Kartographien), Ausstellungen, Theaterstücke und andere nicht-akademische ›Produkte‹ sein. Ein praktisches Ergebnis kann dabei auch die Umverteilung von akademischen Ressourcen an Aktivist*innen sein (vgl. Moten/Harney 2004).

Die Grenzen und Zukunft der politisch-ökologischen Aktionsforschung

So vielfältig der Entstehungskontext und die daraus abgeleiteten Überzeugungen der Aktionsforschung sind, so herausfordernd ist ihre Umsetzung. Dies gilt auch für die Politische Ökologie, wenngleich sie ein besonders prädestiniertes Feld der Anwendung darstellt. Gerade der Einstieg in eine Aktionsforschung gleicht einem Sprung ins kalte Wasser, da ein Verständnis dafür, was es bedeutet, aktionsorientiert zu forschen, erst in der Praxis selbst entstehen kann. Und auch wenn der Anfang gemacht ist, gestaltet sich die Durchführung selten einfach. Sollte es jedoch gelingen, die verschiedenen Hürden zu überwinden, dann können im Forschungsprozess wertvolle Erfahrungen und Erkenntnisse gewonnen werden sowie besondere Beziehungen und sinnvolle Aktionen oder Dinge entstehen. Insbesondere die Freund*innenschaften, die Momente der Freude und Erfüllung sowie die Gewissheit, einen kleinen, jedoch konkreten Beitrag zu sozial-ökologischen Transformationsprozessen zu leisten, sind unbezahlbar und bewegen sich außerhalb dessen, was der akademische Mainstream zu bieten hat. Doch um in den Genuss solcher Früchte der Forschung zu kommen ist es wichtig, die Stolpersteine der Aktionsforschung deutlich vor Augen zu behalten. Aktionsforschung

schaft haben. […] Im Gewusel des Miteinanders entsteht freier Raum, um das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur neu auszuhandeln« (Müller 2017: 400).

3 Beispiele für nicht-akademische Textproduktion sind neben Gedichten oder Theaterstücken auch Manifeste wie z.B. das Urban Gardening Manifest (vgl. www.urban-gardening-manifest.de).

ist meist sehr aufwendig, chaotisch und voraussetzungsvoll. Es bedarf viel Zeit und Energie, bestimmter Fähigkeiten, gegenseitigen Vertrauens und ständiger Kommunikation, um in einem Dialog die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

> »Wissenschaftler und Praktiker handeln nicht nur in unterschiedlichen Referenzsystemen, sondern auch nach unterschiedlichen zeitlichen Rhythmen. Akteure der Praxis haben häufig wenig Verständnis für den Zeitbedarf theoretischer Reflexion wie umgekehrt Wissenschaftler oft Schwierigkeiten haben mit dem Bedürfnis und den Zwängen der Praktiker […]« (Fricke 2014: 218).

Aktionsforscher*innen bewegen sich auf wenig bewanderten und chaotischen Pfaden, auf denen sich zwei Sphären ständig überschneiden, befruchten und behindern. Das ist eine herausfordernde Doppelbelastung, denn es bedeutet, ununterbrochen mit unterschiedlichen oder sogar sich widersprechenden Realitäten und Erwartungen konfrontiert zu werden, verschiedene Sprachen sprechen zu müssen und immer auf der vermeintlichen Suche nach der Balance zu sein. Dabei droht die Gefahr, in beiden Bereichen wenig Nützliches zu fabrizieren. So besteht eine zentrale Herausforderung darin, sozialen Bewegungen respektvoll und aufmerksam zu lauschen und gleichzeitig den kritischen Blick nicht zu verlieren (Peet/Watts 2004: xiv).

Aktionsforschung läuft Gefahr, in der Wissenschaftslogik verhaftet zu bleiben, wenn sie die aktivistische Praxis nur dazu nutzt, akademisches Wissen zu produzieren und die (Re-)Autorisierung von Hierarchien und herrschaftsförmigen Forschungspraktiken durch vermeintlich partizipative Wissensproduktion zu legitimieren (Kesby et al. 2007: 21). Gleichzeitig kann der eigene Aktivismus eine willkommene Ausrede sein, den akademischen Herausforderungen zu entfliehen.

Die Liste der potenziellen Fettnäpfchen und Fallstricke ist noch länger und so überrascht es nicht, dass sowohl ein Begründer der militanten Untersuchung (Alquati 1985) wie auch ein aktueller Vertreter der Politischen Ökologie (Loftus 2015) Aktionsforschung als einen Prozess des Scheiterns an den eigenen (zu hohen) Erwartungen beschreibt. Doch die Bedeutung der Aktionsforschung liegt wohl eben genau darin, trotz aller Widerstände neue Wege zu gehen und Widersprüche auszuhalten, um Wandel zu ermöglichen. Gerade im deutschsprachigen Raum hat die Aktionsforschung einen besonders schweren Stand (Fricke 2014) und gleicht einer ›Fremden im Entwicklungsland‹[4]. Deshalb ist es immens wichtig, an dieser Stelle die Zeichen des Wandels zu betonen und anzuerkennen, dass das Interesse an der Aktionsforschung im deutschsprachigen Raum nach Jahrzehnten wieder wächst (Unger 2014; Kuge et al. 2020). Damit keimt auch die Hoffnung, die Lücke zwischen traditionellem und organischem Intellektuellen möge sich insbesondere in der Politischen Ökologie langsam schließen.

4 Die seit dem Ende der 1970er Jahre traditionell geringe Bedeutung, die der Aktionsforschung im deutschsprachigen Raum beigemessen wird (Halder 2018: 66), spiegelt sich auch in diesem Handbuch wider, wenn mensch sich im Vergleich z.B. die Seitenanzahl und Positionierung des Kapitels »Doing Political Ecology« im »Routledge Handbook of Political Ecology« (Perreault et al. 2015) vor Augen führt.

Fazit

Schlussendlich geht für die Politische Ökologie erstens kein Weg daran vorbei anzuerkennen, dass Theorie und Praxis zwei Seiten derselben Medaille sind, und zweitens dieser Tatsache entsprechend Politische Ökologie zu ›machen‹. Die Politische Ökologie sitzt im selben Boot[5] mit all den Transformationsprozessen ›von unten‹, die für eine demokratische Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse kämpfen. Im Kern bildet die Vielfalt emanzipatorischer ökologischer Praktiken die Keimzelle nicht-hegemonialer gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Daher würde die Politische Ökologie gut daran tun, die radikal-demokratische aktivistische Praxis als Existenzberechtigung für ihre Forschung und im Zuge des ›*experimental turn*‹ als zentrale Inspirationsquelle anzuerkennen (vgl. Braun 2015). Das sollte Grund genug sein, aus Überzeugung eine respektvolle und innovative Beziehung weiter wuchern zu lassen, die dem Ideal einer symbiotischen Praxis folgt.

Literatur

Adelman, Clem (1993): »Kurt Lewin and the Origins of Action Research«, in: Educational Action Research, 1. Jg., Nr. 1, S. 7-24.
Alquati, Romano (1985): »Einführung zur »Sulla FIAT e altri scritti«, in: Thekla, 6. Jg., S. 15-27.
Arnstein, Sherry R. (1969): »A Ladder Of Citizen Participation«, in: Journal of the American Institute of Planners, 35 Jg., Nr. 4, S. 216-224.
Bartholl, Timo (2018): Por uma geografia em movimento. A ciência como ferramenta de luta, Rio de Janeiro: Consequência.
Blaikie, Piers (2012): »Should some political ecology be useful? The Inaugural Lecture for the Cultural and Political Ecology Specialty Group, Annual Meeting of the Association of American Geographers, April 2010«, in: Geoforum, 43. Jg., Nr. 2, S. 231-239.
Bloom, Brett (2018): »Deep Maps«, in: kollektiv orangotango+ (Hg.): This Is Not an Atlas. A Global Collection of Counter-Cartographies, Bielefeld: transcript, S. 300-305.
Braun, Bruce (2015): »From Critique to Experiment? Rethinking political ecology for the Anthropocene«, in: Thomas Perreault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge, S. 102-114.
Chatterton, Paul/Hodkinson, Stuart/Pickerill, Jenny (2010): »Beyond Scholar Activism. Making Strategic Interventions Inside and Outside the Neoliberal University«, in: ACME: An International Journal for Critical Geographies, 9. Jg., Nr. 2, S. 245-274.
Cooke, Bill/Kothari, Uma (Hg.) (2001): Participation. The New Tyranny?, London: Zed Books.
Cunningham, Joseph (2016): »Methodological implications of Marxian praxis in action research«, in: Action Research, 15. Jg., Nr. 3, S. 294-309.
Fals Borda, Orlando (2009): Una sociología sentipensante para América Latina, Bogotá: CLACSO.

5 Oder sollte es in Zeiten von Waldbesetzungen nicht eher Baumhaus heißen?

Fitzek, Herbert (2011): »Kurt Lewin und die Aktionsforschung. Die Selbstentdeckung des Forschers im Forschungsfeld«, in: Gestalt Theory, 33. Jg., Nr. 2, S. 163-174.

Freire, Paulo (1993): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Fricke, Werner (2014): »Aktionsforschung in schwierigen Zeiten«, in: Milena Jostmeier/Arno Georg/Heike Jacobsen (Hg.): Sozialen Wandel gestalten. Zum gesellschaftlichen Innovationspotenzial von Arbeits- und Organisationsforschung, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Halder, Severin (2018): Gemeinsam die Hände dreckig machen. Aktionsforschungen im aktivistischen Kontext urbaner Gärten und kollektiver Kartierungen, Bielefeld: transcript.

Halder, Severin/Jahnke, Julia (2014): »Gemeinsam gärtnern und forschen. Eine partizipative Aktionsforschung«, in: Severin Halder/Dörte Martens/Gerda Münnich/Andrea Lassalle/Eckhard Schäfer (Hg.): Wissen wuchern lassen. Ein Handbuch zum Lernen in urbanen Gärten, Neu-Ulm: AG Spak, S. 223-276.

Herr, Kathryn/Anderson, Gary L. (2005): The Action Research Dissertation. A Guide for Students and Faculty, London: Sage.

Heynen, Nik/Van Sant, Levi (2015): »Political Ecologies of Activism and Direct Action Politics«, in: Tom Perreault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge, S. 169-178.

Kesby, Mike/Kindon, Sara/Pain, Rachel (2007): »Participation as a form of power. Retheorising empowerment and spatializing Participatory Action Research«, in: Sara Kindon/Rache Pain/Mike Kesby (Hg.): Participatory Action Research Approaches and Methods. Connecting People, Participation and Place, London: Routledge, S. 9-25.

Kindon, Sara/Pain, Rachel/Kesby, Mike (2007): »Participatory action research. Origins, approaches, methods«, in: Sara Kindon/Rachel Pain/Mike Kesby (Hg.): Participatory Action Research Approaches and Methods. Connecting People, Participation and Place, London: Routledge, S. 9-18.

Kuge, Janika/Naumann, Matthias/Nuissl, Henning/Sebastian Schipper (2020): »Angewandte und Kritische Geographie. Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Perspektiven?«, in: Standort. Zeitschrift für Angewandte Geographie, 44. Jg., S. 219-225.

Lewin, Kurt (1946): »Action Research and Minority Problems«, in: Journal of Social Issues, 2. Jg., Nr. 4, S. 34-46.

Loftus, Alex (2015): »Political Ecology as Praxis«, in: Tom Perreault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge, S. 179-187.

Martínez-Alier, Joan (2007): O Ecologismo dos Pobres, São Paulo: Contexto.

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1978): Marx-Engels-Werke, Band 3, Berlin: Dietz.

Mießner, Michael (2020): »Angewandte Kritische Geographie am Beispiel der Wohnungsmarktforschung in Göttingen«, in: Standort, 44. Jg., S. 239-247.

Moten, Fred/Harney, Stefano (2004): »The University and the Undercommons. Seven Theses«, in: Social Text 79, 22. Jg., Nr. 2, S. 101-115.

Müller, Christa (2017): »Urban-Gardening-Bewegung. Auf der Suche nach einem neuen Natur-Kultur-Verhältnis«, in: Konzept Neue Ökonomie e.V./DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation, München: oekom, S. 392-401.

Novy, Andreas (2005): »Didaktische Anregungen der Befreiungspädagogik Paulo Freires für die Entwicklungsforschung«, in: SRE-Discussion Papers, 1. Jg., S. 1-16.
Peet, Richard/Watts, Michael (2004): Liberation Ecologies, London: Routledge.
Perreault, Tom/Bridge, Gavin/McCarthy, James (2015): The Routledge Handbook of Political Ecology, London: Routledge.
Reason, Peter/Bradbury, Hillary (Hg.) (2008): The Sage Handbook of Action Research. Participative Inquiry and Practice, London: Sage Publications.
Robbins, Paul (2012): Political Ecology. A Critical Introduction, Malden: John Wiley & Sons Ltd.
Robles Lomeli, Jafte Dilean/Rappaport, Joanne (2018): »Imagining Latin American Social Science from the Global South. Orlando Fals Borda and Participatory Action Research«, in: Latin American Research Review, 53. Jg., Nr. 3, S. 597-612.
Segebart, Dörte (2007): Partizipatives Monitoring als Instrument zur Umsetzung von Good Local Governance. Eine Aktionsforschung im östlichen Amazonien/Brasilien. Doktorarbeit, Tübingen.
Unger, Hella von (2014): Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis, Wiesbaden: Springer VS.
Wittmayer, Julia M./Schäpke, Niko (2014): »Action, research and participation. Roles of researchers in sustainability transitions«, in: Sustainability Science, 9. Jg., Nr. 4, S. 483-496.

Diskursanalyse

Annika Mattissek

Diskursanalytische Methoden der Politischen Ökologie bauen konzeptionell auf Perspektiven der → Diskurstheorie auf. Knapp auf den Punkt gebracht geht es darum, die Entstehung von Wissensordnungen (→ Wissen), vermeintlich objektiven ›Wahrheiten‹ und umkämpften Deutungsweisen in Bezug auf ökologische Fragen und Probleme zu analysieren und zu hinterfragen und die Verknüpfung spezifischer Bedeutungskonstruktionen mit gesellschaftlichen → Machtbeziehungen offenzulegen. Eine Kernthese der Diskursforschung ist dabei, dass Sprache und andere Bedeutungssysteme wie beispielsweise Karten (→ soziale Kartographien) oder Bilder nicht einfach ein Abbild – eine Repräsentation – prädiskursiv gegebener sozialer und ökologischer Realitäten sind. Vielmehr werden in solchen Symbolsystemen Wissensordnungen und unsere Vorstellungen von der Welt und ›richtigen‹ oder ›falschen‹ sozial-ökologischen Entscheidungen und Handlungsweisen maßgeblich geprägt.

Vor diesem Hintergrund setzen diskursanalytische Methoden bei der Untersuchung eben solcher Symbolsysteme an und fragen danach, welche diskursiven Muster der Aussagenproduktion hier erkennbar sind, welche Ein- und Ausschlüsse dadurch etabliert werden und wie sich diese über die Zeit verändern (Foucault 1973). Jenseits dieser recht breit formulierten Grundausrichtung entwickelte sich in den Sozialwissenschaften einerseits eine konzeptionelle Ausdifferenzierung theoretischer Debattenstränge (→ Diskurstheorie), andererseits eine lebhafte Diskussion um die Frage, wie diese Theorien methodisch umgesetzt werden können. Die daraus resultierenden empirischen Ansätze lassen sich grob in konzeptionell-erkenntnistheoretische, methodologische und methodische Strategien unterscheiden.

Stärker *konzeptionell und erkenntnistheoretisch* ausgerichtete Adaptionen nutzen diskurstheoretische Perspektiven und Konzepte in erster Linie, um vermeintlich natürliche soziale Kategorien wie beispielsweise Ethnizität und Geschlecht oder etwa gesellschaftliche Naturverständnisse zu hinterfragen. Diese Verwendungsweisen von Diskurstheorien haben in der Politischen Ökologie beispielsweise → postkoloniale und → feministische Ansätze maßgeblich (mit-)geprägt. Sie werden hier jedoch nicht weiter ausgeführt, da deren Anwendung stärker in der Formulierung spezifischer Fragestellungen und einer grundlegenden Verschiebung des akademischen Blicks liegt und weniger in der Suche nach konkreten methodologischen und methodischen Umsetzungen.

Jenseits solcher allgemein erkenntnistheoretischen Implikationen diskursanalytischen Arbeitens werden im Folgenden zunächst eine Reihe methodologischer Stra-

tegien und möglicher Anwendungen in der Politischen Ökologie kurz vorgestellt und darauf aufbauend einige konkrete methodische Vorgehensweisen skizziert.

Methodologische Strategien

Im Gegensatz zu methodischen ›Werkzeugen‹ der Datenerhebung und Datenauswertung beziehen sich methodologische Strategien darauf, welche Fragen aus einer diskursanalytischen Perspektive an den Untersuchungsgegenstand gerichtet, und durch welche theoretischen Überlegungen diese Fragen gerahmt werden. Die hier aufgeführten methodologischen Strategien erheben dabei weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Ausschließlichkeit, sondern sollten als Anregungen verstanden werden, wie in diskursanalytischen Arbeiten gearbeitet und wonach gesucht werden kann.

Problematisierung und politische Positionierung

Mit ihrem empirischen Fokus auf das Verhältnis zwischen der Konstitution von Wissen und Wahrheiten einerseits und gesellschaftlichen Machtverhältnissen andererseits, weisen diskursanalytische Ansätze auch eine besondere Sensibilität für die Situiertheit und die politischen Implikationen der eigenen wissenschaftlichen Entscheidungen auf. Es gilt daher zu reflektieren, dass auch die Wahl eines bestimmten Untersuchungsgegenstandes immer bereits eine Intervention der Forschenden in den Untersuchungskontext darstellt, die häufig davon getragen wird, dass ein bestimmtes Phänomen als erklärungswürdig oder problematisch angesehen wird (Glynos/Howarth 2007). Diese Problematisierung beruht dabei immer auf einer (expliziten oder impliziten) Positionierung der Forschenden (→ Positionalität). So liegen etwa der Beschreibung und Analyse neoliberaler Handlungslogiken, der Privatisierung von → Wasser (Robbins 2003) oder der Nutzung des Konzepts der Ökosystemleistungen (Leibenath 2017) häufig auch eine Kritik der diese hervorbringenden diskursiven Logiken zugrunde. Umgekehrt zielen Analysen marginalisierter, Indigener Praktiken häufig darauf ab, diese gesellschaftlich zu stärken.

Von Deduktion und Induktion zur Retroduktion

In Anlehnung an Charles Sanders Peirce (1960) und Norwood Russell Hanson (1972) und in Abgrenzung zu Deduktion und Induktion entwickeln Jason Glynos und David Howarth die Retroduktion als Grundprinzip von Diskursanalysen. Während Deduktion das Schließen von allgemeinen Regeln auf den Einzelfall beschreibt und Induktion das Schließen vom Einzelfall auf die Allgemeinheit, bezeichnet Retroduktion die Ableitung von (vorläufigen und oftmals kontextbezogen spezifischen) Hypothesen und Regeln aus einem gegebenen Fall (vgl. Glynos/Howarth 2007: 25). Zentral am Prinzip der Retroduktion ist es, dass – in einer Bewegung zwischen Problematisierung, Interpretation und ontologischer Projektion – Strukturen und Ordnungsprinzipien der beobachteten Praktiken originär artikuliert werden. Im Gegensatz zu induktiven und deduktiven Verfahren ist das Ziel also, Theorien und Gesetze neu zu formulieren (vgl. Glynos/Howarth 2007: 25f.). Entsprechend geht eine retroduktive Erklärung dann über das bloße Auffinden bereits bekannter Diskursmuster im empirischen

Material, wie beispielsweise neoliberalen Logiken oder postkolonialen Identitäten, hinaus und arbeitet die spezifischen Aneignungen, Überformungen und damit auch Widersprüche und Brüche solcher allgemeinen Muster heraus. In politisch-ökologischen Analysen kann damit beispielsweise untersucht werden, wie für europäische oder nordamerikanische Kontexte beschriebene Prozesse der Neoliberalisierung von Naturverhältnissen in Ländern des Globalen Südens auf kontextspezifische Art und Weise adaptiert, aber auch herausgefordert und transformiert werden.

Identifikation von Diskurskoalitionen und Konstitution neuer (kollektiver) Identitäten

Unterschiedliche Diskurstheorien schreiben → Akteuren mehr oder weniger hohe Autonomie gegenüber Diskursen zu (vgl. → Diskurstheorien). Während etwa Maarten Hajer (2006) die Brücke zu akteurszentrierten Ansätzen schlägt und die strategische Positionierung von Individuen gegenüber Diskursen in den Blick nimmt, konzipieren poststrukturalistische Theorien Subjektivität als Effekt (und nicht als Ursprung) von Diskursen (Glasze/Mattissek 2021). Einigkeit besteht jedoch darüber, dass in Konflikten und diskursiven Aushandlungsprozessen neue Konstellationen zwischen Akteuren und deren jeweiligen Positionen entstehen. In der Lesart Hajers äußern sich diese in Form von Diskurskoalitionen – Gruppen von Akteuren, die für eine gewisse Zeit und durchaus strategisch gemeinsame diskursive Argumentationsweisen verwenden, um so ihre eigene Position zu stärken. Wie Hajer am Beispiel der Debatten um sauren Regen in Großbritannien zeigt, sind diese Diskurskoalitionen aber nicht unbedingt an bestimmte Personen gebunden, da Individuen keineswegs immer kohärente Sichtweisen vertreten, sondern sich kontextabhängig unterschiedlich positionieren können (Hajer 2005). Ähnlich argumentieren auch Antje Otto und Markus Leibenath (2014) aus einer poststrukturalistischen Perspektive am Beispiel von Konflikten über die Installation von Windkraftanlagen und machen hier deutlich, dass sich in den darauf bezogenen diskursiven Aushandlungsprozessen durchaus neue politische Identitäten (Koalitionen in der Terminologie Hajers) bilden können, die nicht unbedingt bereits bestehende politische ›Lager‹ abbilden.

Kontextualisierung von Aussagen

Sozialwissenschaftliche und insbesondere politisch-ökologische Diskursanalysen gehen (im Gegensatz zu rein sprachwissenschaftlichen Ansätzen) über sprachliche Merkmale von Texten hinaus und untersuchen auch die sozialen Zusammenhänge des Sprach- und Zeichengebrauchs (Keller 2011). Im Zentrum stehen dabei Fragen nach den situativen, institutionell-organisatorischen und gesellschaftlichen Kontexten der Aussageproduktion. So kann etwa untersucht werden, mit welchen Eigenschaften bestimmte Sprecher*innenpositionen verknüpft sind und wem das Recht und die Legitimität zugesprochen wird, sich in einem bestimmten Kontext zu einem Thema zu äußern. Das Ringen um die Privilegierung spezifischer Sichtweisen und Themen im öffentlichen Diskurs ist daher eng mit Auseinandersetzungen über den Zugang zu machtvollen Sprecher*innenpositionen verknüpft. Dies zeigt sich etwa in den (bislang vergeblichen) Versuchen des Projekts KLIMA° vor acht, die seit 2020 über Unterschriftenkampagnen und Lobbyarbeit bei großen Fernsehsendern versuchen zu erreichen,

dass hier ein Kurz-Format etabliert wird, welches, ähnlich dem seit zwei Jahrzehnten bestehenden Format ›Börse vor Acht‹, Informationen zur globalen Klimakrise und deren Bekämpfung sendet (KLIMA° vor acht e.V. 2021).

Methodische Ansätze der Diskursforschung in der Politischen Ökologie

Seit den ersten Rezeptionen diskurstheoretischer Ansätze im deutschsprachigen Raum hat sich eine breite Debatte um die Möglichkeiten der methodischen Umsetzung entfaltet (für einen Überblick vgl. Glasze/Mattissek 2021). Die aktuell diskutierten Herangehensweisen lassen sich dabei grob in zwei Kategorien einteilen: erstens Verfahren, die Konzepte und Analysemethoden der Linguistik für sozialwissenschaftlich-diskursanalytische Fragestellungen adaptieren, zweitens Ansätze, die qualitativ-interpretative Methoden für die spezifisch diskursanalytischen Fragestellungen anpassen. Beide Vorgehensweisen werden im Folgenden kurz in ihren Grundcharakteristika umrissen.

Linguistisch-sprachwissenschaftliche Verfahren der Diskursanalyse

Sprachwissenschaftliche Methoden der Diskursanalyse setzen bei den beobachtbaren Merkmalen von Texten an und arbeiten hier im Kontext der jeweiligen Fragestellungen relevante Aspekte heraus. Unterscheiden lassen sich auf der Makroebene großer Textkorpora ansetzende quantitativ-korpuslinguistische Zugänge und auf der Mikroebene einzelner Textpassagen arbeitende Verfahren der Aussagenanalyse.

Quantitativ-korpuslinguistische Ansätze zielen darauf ab, überindividuelle Muster des Sprachgebrauchs aufzudecken, die Rückschlüsse darüber erlauben, durch welche Regelhaftigkeiten die Aussagenproduktion in bestimmten gesellschaftlichen Kontexten gekennzeichnet ist (Dammann et al. 2021). Als empirisches Material dienen hier üblicherweise natürliche Daten, das heißt Texte, die nicht im Rahmen von Interviews für die Untersuchung generiert werden, sondern die in Form von Zeitungsartikeln, Blogeinträgen oder politischen Dokumenten bereits vorliegen. Diese Daten werden der jeweiligen Fragestellung entsprechend zu sogenannten Textkorpora zusammengestellt und dann mit Hilfe spezialisierter Software-Programme analysiert (z.B. Corpus Workbench, Wiertz 2018). Im Kern geht es dabei immer um die Frage, welche Wörter in welchen Kontexten besonders häufig oder selten verwendet werden. Zu den wichtigsten korpuslinguistischen Methoden gehören die Bestimmung der *spezifischen Charakteristika eines Teilkorpus* und die Berechnung von Kookkurrenzen. Im erstgenannten Fall geht es darum zu ermitteln, welche Wörter in Teilkorpora statistisch signifikant über- oder unterrepräsentiert sind. Beispielsweise lässt sich so in über die Zeit segmentierten Korpora aufzeigen, welche umweltpolitischen Themen im Zeitverlauf jeweils prominent oder untergeordnet auftauchen (Sturm 2019). *Kookkurrenzanalysen* (auch als Kollokationsanalysen bezeichnet) untersuchen in ähnlicher Weise auf der Ebene einzelner Wörter und Wortfolgen (N-Gramme), welche anderen Wörter in der Umgebung eines bestimmten Wortes überzufällig häufig auftauchen. Damit kann beispielsweise bestimmt werden, welche politischen Maßnahmen mit umweltbezogenen Themen verknüpft werden.

Aussagenanalytische Verfahren setzen an der poststrukturalistischen Annahme an, dass die Bedeutung von Texten nicht eindeutig ist, sondern abhängig von den jeweils hergestellten Verknüpfungen und Verweisen variieren kann. Entsprechend nehmen diese Ansätze die im Text angelegten Verknüpfungen zwischen Text und Kontext in den Blick. Zentrale Verfahren sind beispielsweise die Analyse von Deiktika (›Zeigewörtern‹) und von Polyphonie (Mattissek 2021): *Deiktika* verweisen auf den personellen, temporalen und lokalen Kontext einer Äußerung, also wer, wo, wann eine bestimmte Aussage trifft (z.B. ›wir‹, ›hier‹ oder ›gestern‹). Insbesondere Verweise auf ›wir hier‹ vs. ›ihr dort‹ (in unterschiedlichen sprachlichen Ausprägungen) lassen dabei auch Formen der sprachlichen Identifikation und Abgrenzung erkennen. Analysen der polyphonen Struktur von Aussagen nehmen mit einem Fokus auf Verbindungswörter wie ›jedoch‹, ›aber‹ oder ›sondern‹ die Mehrdeutigkeit, Widersprüchlichkeit und Kontextabhängigkeit von Texten in den Blick (Angermüller 2007; Mattissek 2021). Diese verdeutlichen, dass innerhalb des Diskurses unterschiedliche Positionierungen bestehen, die sich in einzelnen Aussagen widerspiegeln und – je nach Kontext – auf unterschiedliche Sprecher*innenpositionen und Diskurskoalitionen verweisen. Aussagenanalytische Verfahren lassen sich sowohl mit quantitativ-korpuslinguistischen Ansätzen kombinieren, als auch mit den stärker interpretativ angelegten Vorgehensweisen, die im nächsten Absatz skizziert werden.

Qualitativ-interpretative Methoden der Diskursforschung

In sehr vielen Arbeiten der Politischen Ökologie werden Daten im Forschungsprozess selbst generiert, wobei wiederum die Durchführung (und anschließende Transkription) qualitativer Interviews den wahrscheinlich häufigsten Fall ausmacht. Der grundsätzliche Ablauf der Interviews unterscheidet sich bei diskursanalytischen Forschungen dabei nicht grundlegend von denen in anderen theoretischen Paradigmen, aber die gestellten Fragen werden an die Annahmen und spezifischen Perspektiven der Diskurstheorie angepasst. So können Interviewpartner*innen etwa gebeten werden, ihre Interpretationen umweltbezogener Verhältnisse und Konflikte, ihre Sichtweisen auf Konfliktparteien und Koalitionen und ihre Wahrnehmung von sowie ihre Umgangsweisen mit unterschiedlichen Formen der Steuerung und Einflussnahme zu schildern, um so Rückschlüsse auf diskursive Naturkonstruktionen, Diskurskoalitionen und gouvernementale Regierungstechnologien zu ermöglichen (vgl. → Diskurstheorie).

Der zentrale Unterschied zwischen interpretativ-hermeneutischen Verfahren und diskursanalytischen Interpretationen besteht dann darin, dass in der Diskursanalyse die jeweiligen Aussagen nicht als individuelle subjektive Standpunkte verstanden werden, sondern als Ausdruck überindividueller, wenngleich kontextualisierter Deutungsweisen (Glynos/Howarth 2007). Entsprechend arbeitet die *Kodierung* der selbst erhobenen (oder in Form bestehender Dokumente herangezogenen) Daten mit einer Kombination aus Deduktion und Induktion, wobei die deduktiv abgeleiteten Hauptkategorien der Kodierung aus der Diskurstheorie abgeleitet werden. Beispielsweise können hier Kategorien angelegt werden, die der theoretischen Beschreibung von Prozessen des *Othering* folgend, Aussagen zur Unterscheidung zwischen ›Eigenem‹ und ›Anderem‹ identifizieren. Diese theoretisch gebildeten Hauptkategorien werden dann anhand des empirischen Datenmaterials induktiv ausdifferenziert. Ziel der Analyse ist es dabei insgesamt zu untersuchen, welche diskursiven Deutungsweisen und Re-

geln der Aussageproduktion sich überindividuell im Textmaterial identifizieren lassen und dabei gleichzeitig in den Blick zu nehmen, wie diese durch unterschiedliche Positionierungen von Akteuren permanent ausgehandelt und verändert werden (Glasze et al. 2021).

Fazit und Ausblick

Diskurstheoretische Ansätze verstehen umweltbezogene Konflikte und Praktiken als Ausdruck von Deutungsweisen, die in Diskursen hergestellt werden. Diskursanalytische Methoden nehmen entsprechend die Konstitution von Bedeutungen in den Blick und analysieren hierfür sowohl ›natürliche‹ Daten, als auch selbst, insbesondere in Interviews, generierte Texte. Wie gezeigt wurde, lassen sich dabei methodologische Strategien und konkrete methodische Umsetzungen unterscheiden. Deren jeweilige Anwendungsbereiche unterscheiden sich unter anderem auch danach, welche Formen der Datenerhebung im jeweiligen Forschungskontext möglich und sinnvoll sind. Beiden ist aber gemein, dass sie Naturverständnisse und normative Positionierungen in Konflikten um Umwelt und natürliche Ressourcen nicht als absolut ›richtig‹ oder ›falsch‹ verstehen, sondern vielmehr in den Blick nehmen, wie gesellschaftliche Normen im Umweltbereich geschaffen, aber auch herausgefordert und verändert werden.

Literatur

Angermüller, Johannes (2007): Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich, Bielefeld: transcript.

Dammann, Finn/Dzudzek, Iris/Glasze, Georg/Mattissek, Annika/Schirmel, Henning (2021): »Verfahren der lexikometrisch-computerlinguistischen Analyse von Textkorpora«, in: Georg Glasze/Annika Mattissek (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 313-344.

Foucault, Michel (1973): Archäologie des Wissens, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Glasze, Georg/Husseini de Araújo, Shadia/Mose, Jörg (2021): »Kodierende Verfahren in der Diskursforschung«, in: Georg Glasze/Annika Mattissek (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 379-404.

Glasze, Georg/Mattissek, Annika (Hg.) (2021): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, 3. Aufl., Bielefeld: transcript.

Glynos, Jason/Howarth, David (2007): Logics of Critical Explanation in Social and Political Theory, London/New York: Routledge.

Hajer, Maarten A. (2005): »Coalitions, Practices and Meaning in Environmental Politics. From Acid Rain to BSE«, in: David Howarth/Jacob Torfing (Hg.): Discourse Theory in European Politics. Identity, Politics and Governance, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 297-315.

Hajer, Maarten A. (2006): »Doing Discourse Analysis: Coalitions, Practices, Meaning«, in: Margo van den Brink/Tamara Metze (Hg.): Words Matter in Policy and Planning. Discourse Theory and Method in the Social Sciences, Utrecht: Koninklijk Nederlands Aardrijkskundig Genootschap, S. 65-74.

Hanson, Norwood Russell (1972): Observation and Explanation, London: George Allen & Unwin.

Keller, Reiner (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, 4. Aufl., Wiesbaden: VS.

KLIMA° vor acht e.V. (2021): »Über das Projekt »Klima° vor acht«, https://klimavoracht.de/projekt/ (Zugriff 23.7.2021).

Leibenath, Markus (2017): »Ecosystem services and neoliberal governmentality – German style«, in: Land Use Policy, 64. Jg., S. 307-316.

Mattissek, Annika (2021): »Die Aussagenanalyse als Mikromethode der Diskursforschung«, in: Georg Glasze/Annika Mattissek (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 279-292.

Otto, Antje/Leibenath, Markus (2014): »The interrelation between collective identities and place concepts in local wind energy conflicts«, in: Local Environment, 19. Jg., Nr. 6, S. 660-676.

Peirce, Charles Sanders (1960): Collected Papers of Charles Sanders Pierce. Volumes 1 and 2, Cambridge: The Belknap Press of Harvard University Press.

Robbins, Peter (2003): »Transnational Corporations and the Discourse of Water Privatization«, in: Journal of International Development, 15. Jg., Nr. 8, S. 1073-1082.

Sturm, Cindy (2019): Klimapolitik in der Stadtentwicklung. Zwischen diskursiven Leitvorstellungen und politischer Handlungspraxis, Bielefeld: transcript.

Wiertz, Thilo (2018): »Quantitative Text Analysis in Geography. Facilitating Access and Fostering Collaboration«, in: Die Erde, 149. Jg., Nr. 1, S. 52-56.

Emotionen und Affekte

Katrin Singer

>»[...] later that night/i held an atlas in my lap/ran my fingers across the whole world/and whispered/where does it hurt?/it answered/everywhere/everywhere/everywhere«[1] (Warsan Shire).

Warsan Shire beschreibt in dem Gedicht »What They Did Yesterday Afternoon« den lokal manifestierten und global empfundenen menschlichen Schmerz, der durch (menschlich initiierte) ökologische Katastrophen und den damit verbundenen Verlusten entsteht. Es kann schmerzen, mit den Fingern über die in Atlasform komprimierte Welt zu streichen. Es kann auf unterschiedlichste individuellste Weise schmerzen und ist dennoch geprägt und hervorgebracht durch politisch-gesellschaftliche Dimensionen. In diesem poetischen Bild wirken Kräfte zwischen Mensch (›das erzählende Ich‹) und Objekt (›der Atlas‹), die eine temporär dynamische und sozio-materielle Beziehungsebene erschaffen. Durch das Lesen der Buchstaben löst Shires poetische Ausdrucksweise bei den davon berührten Leser*innen verkörperte Reaktionen aus, die als Gänsehaut, Magengrummeln oder als ein beschleunigter Herzschlag wahrnehmbar werden. Schmerz kann sich hier weiter verweben und zusammen mit Trauer, Ängsten und Hass in Resonanz gehen und sich auch durch Verbundenheit, Hoffnung und Mut in andere Richtungen bewegen. Körperlich gefühltes Erleben, ob alleine oder in (mehr-als-)menschlicher Gemeinschaft, vermag sich zu erinnern, zu verstetigen, kann in → Körpern zentriert oder durchbrochen werden und wird innerhalb gesellschaftlicher Diskurse machtvoll bewertet und etikettiert. Shires lyrisches Gesamtwerk ist dieser Argumentation zufolge als eine hybride Form der Vermittlung von → Wissen, Emotionen und Affekten zu verstehen, die einer ›Vereindeutigung‹ der Welt durch rein rationale Zugänge widerständig begegnet (Shire 2011, 2022). Dadurch eröffnet Shire einen vielfältigen Raum des Ausdrucks, indem Sinn über ein ratio-affektiv-emotionales Gewebe erzeugt wird. Durch das Medium der lyrischen Sprache wird dieses Gewebe übersetz- und vermittelbar.

Für sozialwissenschaftliche Arbeiten und ihrem konstanten Ringen nach einem präzisen Umgang mit der politischen Bedeutung und gesellschaftlichen Wirksam-

1 Mein Dank gilt an dieser Stelle meiner Kollegin Emma Monama, die den Ausschnitt des Gedichtes »What They Did Yesterday Afternoon« teilte. Das Gedicht wurde online verbreitet, eine originäre Quelle oder Abdruck des Gedichtes wurden in der Recherche für diesen Beitrag nicht gefunden. Die in diesem Artikel abgedruckte Version geht auf Gazing (2015) zurück.

keit von Phänomenen stellt die Auseinandersetzung mit Emotionen und Affekten eine Herausforderung dar. Wie kann etwas methodisch erhoben, später analysiert werden und überhaupt politische Wirkmacht entfalten, wenn es mit, in und durch Körper(n) entsteht? Wer fühlt wie und in welcher Form? Welche sozio-ökologischen Beziehungen werden darüber hergestellt? Welche Formen von Gesellschaften? Dieses kleine Fragenbündel zeigt, dass sowohl die theoretische, als auch methodische Auseinandersetzung mit dieser Thematik lohnenswert und zugleich herausfordernd ist, denn Emotionen und Affekte gestalten diverse Welten mit. Auch für eine Politische Ökologie spielt die Auseinandersetzung um Emotionen und Affekte eine nicht mehr zu vernachlässigende Rolle. Emotional sehr stark aufgeladenen Debatten um Klimawandel, Umweltkrisen, neoliberale → Inwertsetzungen von Natur, romantisierte und verklärte Naturzugänge oder affektive Beziehungen und Handlungsmächte zwischen Mensch und Materialität zeigen beispielhaft auf, wie wichtig eine Theoretisierung und empirische Methodenentwicklung für Emotionale Politische Ökologien ist.

Emotionen

Verschiedene theoretische Denkschulen setzen sich mit der Thematik rund um Emotionen unterschiedlich auseinander. Dabei ist festzuhalten, dass theoretisches Denken nicht so leicht in einzelne Schulen zerlegbar ist und der dialogische Moment von Theoretisierung, verstanden als das Fließen von Sinn jenseits von Schulen, die aktuelle Debatte und die Möglichkeiten des Denkens sowohl von Emotionen, als auch Affekten, besser abbildet.

Nichtsdestotrotz nehmen bestimmte Strömungen unterschiedliche Fragestellungen, Methoden, Analysen und Schwerpunkte emotionaler Erfahrungen und Beziehungen in den Blick (wie die Psychoanalytik, feministische Theorie, Politische Ökologie etc.). Gesellschaftliche Relationen kritisch nach Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnissen zu befragen war und ist schon immer ein wichtiges Selbstverständnis innerhalb der feministischen Theorie. Eine zentrale Referenz bilden hierfür die Arbeiten von Sara Ahmed. In ihren Arbeiten stehen die machtvollen Verhandlungen um Emotionen im Vordergrund und weniger die genaue Beschreibung von körperinternen Vorgängen. So ist Ahmeds zentrales Erkenntnisinteresse von der Frage geleitet, was Emotionen machen und weniger davon was Emotionen sind (Ahmed 2004: 4). Eine Ahmed'sche Denkkonfiguration des Emotionalen führt weg von einem Verständnis, in dem ›emotional sein‹ als eine spezifische und essentialistische Charakteristik von singulären Körpern angesehen wird (Schmitz/Ahmed 2014). Durch die allgemein sozialwissenschaftliche Hinwendung zu Mikropolitiken des Alltäglichen eröffnet sich eine Analyseebene von Verkörperungen des Seins und des Fühlens, die durch poststrukturalistische und postkoloniale Ideen der Macht- und Subjektivierungsformen ergänzt werden (Anzaldúa 2012; Bondi 2014) (→ Dekolonialität; → Herrschaft und Macht). Dadurch dekonstruieren diese Analysen die Praxis der gewaltvollen Andersmachung bestimmter, sowohl menschlicher als auch mehr-als-menschlicher Gruppen, die unter anderem über eine spezifische Zuschreibung sogenannter emotionaler Wesensmerkmale funktioniert. Nuancierte und kleinräumige Wirkungsspektren werden dabei in Dialog mit multiskalaren Machtbeziehungen gebracht.

Exemplarisch ist die Wirkmächtigkeit von emotionalen Aushandlungen im Kontext empirischer Feldforschungen (Bennett 2004; Caretta/Jokinen 2016; Laliberté/Schurr 2016). Das Emotionale spielt hier eine Rolle, da unterschiedlichstes »fühldenkendes« Wissen (im Original »sentipensar«; Escobar 2016) im Prozess generiert wird, jedoch findet dieses Wissen selten bis nie Eingang in Textproduktionen, in Konferenzsäle oder in die akademische Hochschullehre (Katz 2013: 762). Akademische Räume sind als rationale, distanzierte und objektive Räume gesellschaftlich codiert und stellen damit eine Herrschaftsordnung her über das, was artikuliert und sichtbar verkörpert werden kann oder auch nicht. Intersektionale Zuschreibungen wirken auf diese Körper ein und strukturieren mit, wie Emotionen in solchen Momenten ge- und erlebt werden. Diese spezifischen emotionalen Körpermomente sind (Bestand-)Teile von Machtverhältnissen, die sich entlang der Norm, bestehend aus kolonialen und monohumanistischen[2] Wissens(chafts)produktionen (McKittrick/Wynter 2015), seit Jahrhunderten immer wieder herstellen. Sie erlaubt einigen, und zugleich anderen nicht, an bestimmten Orten unter bestimmten Bedingungen zu sein, zu fühlen und zu wissen. Emotionen wirken jedoch nicht nur in akademischen Räumen der Hochschulen, sondern in diversen Forschungskontexten und darauffolgenden Analysen. Katy Bennett (2004: 416) erklärt, dass eine bewusste Auseinandersetzung und ein empathischer Umgang mit Emotionen im Forschungsprozess erlauben, einen anderen Weg des Sehens und des Wahrnehmens in der eigenen Forschung zu ermöglichen.

Ein Einbezug von Emotionen in die Analysen der Politischen Ökologie ermöglicht komplexe und vielschichtige Analysen herrschender Verhältnisse, die sowohl das Forschungsfeld als konkreten Ort der Begegnung, als auch das Forschungsthema facettenreich beleuchten. → Gesellschaftliche Naturverhältnisse als emotionsbezogen zu denken, als machtvolle Dimension des politischen Handelns anzuerkennen und als solche zu analysieren, ist dabei zentral (ebd.: 142). Diese Argumentationslinie für mehr Forschung in der Politischen Ökologie, die Emotionen mitbedenkt, richtet sich nicht gegen die Vernunft, sondern »gegen eine Inflation der Vernunft zu Ungunsten von Emotion« (Barbalet 2002: 2). Ratio-Emotion, Sinnerzeugung-Affekt werden in dieser Lesart nicht als konträre Paare verstanden, sondern als dynamische, hybride Phänomene, die komplexe Weltverständnisse erzeugen.

Farhana Sultana bringt unter dem Label ›emotional political ecology‹ Fragestellungen in die anglophone Politische Ökologie und Geographie ein, die die emotionalen und vergeschlechtlichten Machtverhältnisse im Zugang zu → Wasser genauer betrachten (Sultana 2011, 2017). Sultanas Analyse, empirisch verortet im ländlichen Bangladesch, eröffnet eine Perspektive auf die Verhandlung von Leid in Bezug auf Wasserzugangsrechte, dabei geht es um unbedenkliche und arsenverseuchte Wasserquellen (Sultana 2011). Emotionen in Relation zu (nicht) toxischem Wasserzugang wirken in dem von Sultana beschriebenen Kontinuum von Subjekt-Gesellschaft machtvoll, hybrid und multiskalar. Sultanas Arbeiten sind beispielhaft für die oben beschriebene Intersektion von Macht und Emotion, die Kräfteverhältnisse und Zugänge zu Wasser mitstrukturieren und hervorbringen. Emotionales Erleben ist immer auch durch Wissens- und Erkenntnisformen, intersektionale und kapitalistische (Macht-)Verhältnisse und Raum-Zeit-Dynamiken strukturiert. Eine Emotionale Politische Ökologie befragt

2 Für Ausführungen zur monohumanistischen Wissensproduktion vgl. auch den Artikel zur → Positionalität.

diese Rahmungen danach, wem (individuell als auch kollektiv) es auf welche Weise, unter welchen Subjektivierungspraktiken erlaubt ist, in diesen materiell-diskursiven Konstellationen sichtbar zu fühlen oder auch nicht. Zudem macht es einen Unterschied, wer diese Emotionen von wo aus fühlt und übersetzt, wie diese Person situiert und sozialisiert ist, in welche Kämpfe sie involviert ist oder nicht bzw. von welcher Positionalität aus und mit welchen Interessen sie dieses emotionale Wissen artikuliert.

Die Arbeiten, die in letzter Zeit auf diese Fragen eingehen, analysieren die multidimensionalen Ebenen des Emotionalen und deren Wirkmächtigkeit beispielsweise auf der Ebene von Körper-Territorien (Zaragocin 2019), Widerständen (Poma/Gravante 2015) oder in (fehlenden) Relationalitäten (Moore et al. 2015) und → Care-Praktiken (Gottschlich/Katz 2020). Diese Arbeiten geben damit eine kritische Antwort auf die immer noch wirksame Ansicht, Emotionen seien im Kontext von ökologischer Konfliktforschung irrelevant und zeigen Gegenteiliges auf (González-Hidalgo/Zografos 2020).

Affekte

Die Arbeiten zu Affektiven Politischen Ökologien sind im Hinblick zur bereits beschriebenen Emotionalität dadurch abgrenzbar, dass hier vermehrt die Beziehungsebenen zwischen menschlichen und mehr-als-menschlichen Körpern analysiert werden (Bertram 2016; Singh 2018). Diese Diskussionen ziehen oftmals theoretische Bezüge zu einem → Neuen Materialismus und Posthumanismus. Hierbei rücken grundlegende Fragen nach einer Verflechtung von Ontologie (Sein), Epistemologie (Wissen) und Ethik (Moral) in den Vordergrund, worin eine dynamische Kraft von Materie anerkannt und ethisch-onto-epistem-ologisch mitbedacht wird (Barad 2020). Menschen befinden sich demnach in stetiger körperlicher Aushandlung mit der sie umgebenden materialisierten Welt. Durch diesen affektiven Austausch werden dynamisch Welten hergestellt und Bedeutungszuweisungen generiert.

Mit der Denkfigur des Mehr-als-Menschlichen erweitern Wissenschaftsdiskussionen konsequenterweise die Vorstellung von In-Beziehung-treten, beispielsweise in Assemblagen mit Tieren (Jones 2019), Pilzen (Tsing 2018), Pflanzen (Kimmerer 2013) oder auch Geister und Ahn*innen (Simpson 2014). Diese Netzwerke werden durch affektive Beziehungen bzw. ihr Fehlen, geprägt, die in Momenten der Begegnung ausgehandelt werden. Diese »materiell-affektive Dimension« (Bargetz 2016: 204), die aus einem dynamischen Zusammentreffen von Materialität, menschlichen und mehr-als-menschlichen Körpern entsteht, erhält in diesen posthumanistischen Forschungen eine besondere Rolle. Sarah Whatmore (2019: 94) illustriert die Wirkung von Affekten bespielhaft an den menschlichen Erfahrungen und Beziehungen mit Hochwasser. Wissenschaftler*innen und Forschungsteilnehmende rekonstruierten ihr Verhältnis zum Affektiven in Bezug zu Hochwasserereignissen, indem sie verschiedene Objekte (Karten, schimmliges Teppichstück, Fotos etc.) jeweils zu einem Treffen mitbrachten und austauschten. Dabei entstand nicht nur emotionales Wissen, sondern auch affektives Wissen, das in Bezug zu den Objekten, der Erinnerung an Hochwasser und der eigenen Verkörperung entstand. Die affektiven Charakteristika des Hochwassers blieben in den menschlichen Körpern in Form eines Bauchgefühls präsent. Dieses Magengrummeln wurde bei den Teilnehmenden über die Erinnerung an das Geräusch

von tosendem Wasser, den modrigen Geruch des Teppichs, der an einst überflutete Häuser erinnerte, oder den angsteinflößenden Anblick von Hochwasser in der Nacht, welches sich leise, aber bedrohlich bewegt, ausgelöst (ebd.). Whatmore betont, dass durch Hochwasserereignisse die gesellschaftliche Trennung zwischen Sozialem und Natürlichem aufgebrochen wird und Affekte hier mitunter eine zentrale Rolle spielen. Neben den Analysen von gesellschaftlichen Diskursen war es in dieser Forschung von Relevanz, Affektivität, Körpern, Dingen, Akteuren, Menschen und Mehr-als-Menschlichem einen Raum in der Forschung zu geben, der Zugang zu kollektivem Erinnern, Praktiken und gefühltem Wissen eröffnet und einen wichtigen Bestandteil in der Produktion von Wissen in gesellschaftlichen Naturverhältnissen darstellt.

Emotionen und Affekt – ein verwickeltes Gewebe

Zugänge zu mehr-als-menschlichen und verkörperten Verständnissen zu Land sind für viele Indigene und dekoloniale Wissenschaftler*innen grundlegend. Emotionalität und Affekt sind hierin verbindende Teile, die zugleich je nach ontologischer und epistemologischer Verortung unterschiedlich definiert, gelebt und praktiziert werden.

Darin geht es um die verbindende Wirkung komplexer Realitäten, in denen Emotionalität/Affekt eine Rolle in einem bestimmten Kontext zu einer bestimmten Zeit spielen (Million 2009; Anzaldúa 2012; Simpson 2014). Indigene und dekoloniale Perspektiven eröffnen vielfältige Zugänge zur gefühlten Welt, um dieser anscheinenden Unübersetzbarkeit methodologisches Werkzeug der Übersetzung entgegenzuhalten. Weder ›highlighten‹ noch verschatten sie Emotionen und Affekte, sondern sie konzipieren diese als substantielle Bestandteile in der machtvollen Erzeugung von Wissen, Sein und Beziehungen mit und können inspirierend für die weitere Entwicklung Emotionaler Politischer Ökologien sein. So ist das Wissen um die Bedeutung und Wichtigkeit von Emotionen und Affekte nichts Neues, sondern wichtiger Bestandteil oftmals marginalisierter Ontologien (Sundberg 2014).

Die Verwobenheit und die Bereicherung eines gemeinsamen ›Fühldenkens‹ von Welt zeigt sich an einem kollaborativen Projekt der Michi Saagiig Nishnaabeg Wissenschaftler*in, Künstler*in und Musiker*in Leanne Betasamosake Simpson mit der Michif Stop Motion Animationskünstler*in Amanada Strong, die ihre Kämpfe um kreative Indigene Souveränität im Gebiet, das formal bekannt ist als Kanada, ansiedeln. Aus dieser Kollaboration heraus entstand im Jahr 2017 der animierte Kurzfilm »Biidaaban« (»die Morgendämmerung kommt«, eigene Übersetzung), der in einem städtischen kanadischen Kontext spielt (CBC Arts 2019). Hierin wird die Geschichte einer jungen gender-fluiden Person namens Biidaaban und des Gestaltwandlers Sabe erzählt. Gemeinsam machen sie sich auf den Weg, um in einer privaten Wohnanlage den Ahornsirup zu ernten. Die Ernte des Sirups folgt einer alten Indigenen Praxis. Biidaabans Wahrnehmung und praktische Umsetzung der Ernte steht im Vordergrund der Erzählung. Die Praktik der Ernte wird gerahmt durch die historisch kolonialen und gegenwärtig neoliberalen Strukturen, die die Erfahrungen der Enteignung und Verdrängung in diesem Moment der Erzählung bündeln und die Ernte auf einer emotionalen Ebene für Biidaaban zu einer Herausforderung machen. Durch die mehr-als-menschliche Interaktion mit dem Ahornbaum und dem zum Sirup ernten notwendigen Werkzeug geht Biidaaban eine Begegnung ein. Dadurch wird eine spezi-

fische Verkörperung und Beziehungsebene möglich, die in einer kapitalistischen und rassialisierten Welt konsequent negiert und trivialisiert wird. Durch die Interaktion mit mehr-als-menschlichen Körpern erinnert sich Biidaaban zum einen der generations- und artenübergreifenden Verbundenheit zu Mensch, Tier, Baum und Ahn*innen. Zugleich praktiziert Biidaaban Fürsorgearbeit, indem Biidaaban die aufwendige, anstrengende und herausfordernde Arbeit leistet, im öffentlichen Raum, der innerhalb einer monohumanistischen Logik (McKittrick/Wynter 2015) strukturiert und hervorgebracht ist, den Sirup zu ernten.

Der Kurzfilm eröffnet Einblicke in diverse Beziehungsebenen, die gegen einen dualistischen Zugang von Welt ankämpfen. In diesem Kurzfilm wird sehr deutlich, welche Formen von Materialität welcher ethisch-onto-epistem-ologischen Perspektive (Barad 2020) auf Welt entspringen und welche Formen von Beziehungen und Selbstverständnissen daraus hervorgehen. Durch Musik, Licht, Objekte, Farben, Berührungen, Bewegungen und Gesichtsausdrücke werden affektive Reaktionen bei den Zuschauer*innen ausgelöst. Die Geschichte vermittelt ein komplexes politisch ambitioniertes Verständnis von Wissen und Fühlen und kann je nach epistemologischer und ontologischer Verortung (nicht) interpretiert werden. Allem voran ist es eine Geschichte über die Rückgewinnung Indigener Zeremonien und Praktiken, indem kollektives Erfahrungswissen geteilt und zugleich auch mehr-als-menschliche Kollektivität über Affekt und Emotion immer wieder hergestellt wird.

Emotionale Politische Ökologien: eine theoretisch-konzeptionelle Suche

Marien González-Hidalgo und Christos Zografos (2020) haben ein mehrdimensionales konzeptuelles Rahmenwerk für Emotionale Politische Ökologien erarbeitet, in dem sie fünf verschiedene Dimensionen definieren, die darin wirken und analytisch bearbeitet werden können: (1) das Persönlich-Politische, (2) das Geographische, (3) das Mehr-als-Menschliche, (4) das Psychologische und (5) das Kollektive. Der Film Biidaaban zeigt all diese Elemente auf und lässt die Komplexität und Vielschichtigkeit von Indigenem Storytelling erkennen. Die von den Autor*innen beschriebenen Dimensionen bilden zugleich auch Forschungsrichtungen ab, in denen, wie in diesem Beitrag skizziert, aktuelle Diskussionen rund um Emotionen und Affekte eine bedeutende Rolle einnehmen. Hier stehen Emotionale Politische Ökologien aktuell vor neuen Herausforderungen, vor allem auch in der methodischen Erhebung und Durchführbarkeit[3]. Sie können dafür viel mittels Indigener Perspektiven ver/lernen.

Das Politische im Wortkonstrukt der Emotionalen Politischen Ökologien zu unterstreichen, ist sowohl in der konzeptionellen, empirischen als auch methodischen Auseinandersetzung zentral. So auch die Fragen nach Macht, Widerstand und Veränderung. Und so ende ich, wie ich begonnen habe, mit den Worten von Warsan Shire: »where does it hurt?/it answered/everywhere/everywhere/everywhere«.

3 Im Bereich der C/Artography sind es die Karten zu Cuerpo Territorio, Storytelling oder auch Relief Maps, die Raum für emotionales und affektives Wissen schaffen und eine methodische Bereicherung für die Weiterentwicklung Emotionaler Politischer Ökologien darstellen können.

Literatur

Ahmed, Sara (2004): The Cultural Politics of Emotion, Edinburgh: Edinburgh University Press.

Anzaldúa, Gloria (2012): Borderlands. La Frontera. The New Mestiza, San Francisco: Aunt Lute Books.

Barad, Karen (2020): »Agentieller Realismus«, in: Susanne Bauer/Torsten Heinemann/Thomas Lemke (Hg.): Science and Technology Studies. Klassische Positionen und aktuelle Perspektiven, 2. Aufl., Berlin: Suhrkamp, S. 574-643.

Barbalet, Jack (2002): »Introduction: Why Emotions are Crucial«, in: The Sociological Review, 50. Jg., Nr. 2, S. 1-9.

Bargetz, Brigitte (2016): Ambivalenzen des Alltags. Neuorientierungen für eine Theorie des Politischen, Bielefeld: transcript.

Bennett, Katy (2004): »Emotionally intelligent research«, in: Area, 36. Jg., Nr. 4, S. 414-422.

Bertram, Erik (2016): »Non-representational thinking: Methodologische Überlegungen anhand des Bonner Sperrmüllassemblages«, in: Geographica Helvetica, 71. Jg., Nr. 4, S. 283-301.

Bondi, Liz (2014): »Understanding feelings. Engaging with unconscious communication and embodied knowledge«, in: Emotion, Space and Society, 10. Jg., S. 44-54.

Caretta, Martina A./Jokinen, Johanna C. (2016): »Conflating Privilege and Vulnerability. A Reflexive Analysis of Emotions and Positionality in Postgraduate Fieldwork«, in: The Professional Geographer, 69. Jg., Nr. 2, S. 275-283.

CBC Arts (2019): »Biidaaban (The Dawn Comes) I Full Film«, Video, https://www.youtube.com/watch?v=vWjnYKyiUB8 (Zugriff: 06.01.2022).

Escobar, Arturo (2016): »Sentipensar con la Tierra. Las Luchas Territoriales y la Dimensión Ontológica de las Epistemologías del Sur«, in: AIBR. Revista de Antropología Iberoamericana, 11. Jg., Nr. 1, S. 11-32.

Gazing, Navel (2015): »A poem by Warsan Shire: What They Did Yesterday Afternoon«, https://amberjkeyser.com/2015/11/warsan-shire/ (Zugriff: 03.12.2021).

González-Hidalgo, Marien/Zografos, Christos (2020): »Emotions, power, and environmental conflict. Expanding the ›emotional turn‹ in political ecology«, in: Progress in Human Geography, 44. Jg., Nr. 2, S. 235-255.

Gottschlich, Daniela/Katz, Christine (2020): »Caring with Nature/s. Zur transformativen Bedeutung von Care in More Than Human Worlds«, in: gender<ed> thoughts. New Perspectives in Gender Research, Working Paper Series 2020, 1. Jg., S. 7-29.

Jones, Owain (2019): »›Wer melkt die Kühe in Maesgwyn?‹ Animalische Landschaften und Affekte«, in: Friederike Gesing/Michi Knecht/Michael Flitner/Katrin Amelang (Hg.): NaturenKulturen. Denkräume und Werkzeuge für neue politische Ökologien, Bielefeld: transcript, S. 321-351.

Katz, Cindi (2013): »Playing with fieldwork«, in: Social & Cultural Geography, 14. Jg., Nr. 7, S. 762-772.

Kimmerer, Robin W. (2013): Braiding Sweetgrass. Indigenous Wisdom, Scientific Knowledge and the Teachings of Plants, New York: Milkweed Editions.

Laliberté, Nicole/Schurr, Carolin (2016): »Introduction«, in: Gender, Place & Culture, 23. Jg., Nr. 1, S. 72-78.

McKittrick, Katherine/Wynter, Sylvia (Hg.) (2015): Sylvia Wynter. On Being Human as Praxis, Durham: Duke University Press.
Million, Dian (2009): »Felt Theory: An Indigenous Approach to Affect and History«, in: Wicazo Sa Review, 24. Jg., Nr. 2, S. 53-76.
Moore, Sarah A./Wilson, Jeffrey/Kelly-Richards, Sarah/Marston, Sallie A. (2015): »School Gardens as Sites for Forging Progressive Socioecological Futures«, in: Annals of the Association of American Geographers, 105. Jg., Nr. 2, S. 407-415.
Poma, Alice/Gravante, Tommaso (2015): »Analyzing Resistance from below. A Proposal of Analysis Based on Three Struggles against Dams in Spain and Mexico«, in: Capitalism Nature Socialism, 26. Jg., Nr. 1, S. 59-76.
Schmitz, Sigrid/Ahmed, Sara (2014): »Affect/Emotion. Orientation Matters. A Conversation between Sigrid Schmitz and Sara Ahmed«, in: FZG. Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien, 20. Jg., S. 97-108.
Shire, Warsan (2011): Teaching My Mother How To Give Birth, London: Mouthmark.
Shire, Warsan (2022): Bless the Daughter. Raised by a Voice in Her Head, New York: Penguin Random House.
Simpson, Leanne (2014): »Land as pedagogy. Nishnaabeg intelligence and rebellious transformation«, in: Decolonization. Indigeneity, Education & Society, 3. Jg., Nr. 3, S. 1-25.
Singh, Neera M. (2018): »Introduction. Affective Ecologies and Conservation«, in: Conservation & Society, 16. Jg., Nr. 1, S. 1-7.
Sultana, Farhana (2011): »Suffering *for* water, suffering *from* water. Emotional geographies of resource access, control and conflict«, in: Geoforum, 42. Jg., Nr. 2, S. 163-172.
Sultana, Farhana (2017): »Emotional political ecology«, in: Raymond L. Bryant (Hg.): The International Handbook of Political Ecology, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, S. 633-645.
Sundberg, Juanita (2014): »Decolonizing posthumanist geographies«, in: cultural geographies, 21. Jg., Nr. 1, S. 33-47.
Tsing, Anna L. (2018): Der Pilz am Ende der Welt. Über das Leben in den Ruinen des Kapitalismus, Berlin: Matthes & Seitz.
Whatmore, Sarah (2019): »Irdische Kräfte und affektive Umwelten. Eine ontologische Hochwasserpolitik«, in: Friederike Gesing/Michi Knecht/Michael Flitner/Katrin Amelang (Hg.): NaturenKulturen. Denkräume und Werkzeuge für neue politische Ökologien, Bielefeld: transcript, S. 83-104.
Zaragocin, Sofia (2019): »Gendered Geographies of Elimination. Decolonial Feminist Geographies in Latin American Settler Contexts«, in: Antipode, 51. Jg., Nr. 1, S. 373-392.

Erzählungen

Uta von Winterfeld

Die Sache mit den Methoden ist so einfach nicht. Besonders dann, wenn vor lauter methodischer oder gar methodologischer Begeisterung die Problem- und Fragestellung abhandenkommt. Wenn solcherart Begeisterung an ›meinem‹ Wuppertal Institut besondere Wogen schlug, habe ich stets darauf hinzuweisen versucht, dass die eingesetzte Methode doch davon abhänge, was herausgefunden werden soll. Wolf-Dieter Narr hat dies in einem kleinen Ratgeber zum Konzipieren und Schreiben kleinerer und größerer wissenschaftlicher Arbeiten wie folgt formuliert:

> »Außerdem sollte man in aller Regel nicht kurz- oder langatmig methodische Probleme erörtern, wenn sie nicht allzuviel mit dem zu tun haben, was man hinterher selbst betreibt und darlegt. Also keine Übungen am mittelhohen Reck der Methodologie allgemein und kein Versuch einer GIENGER-Schraube (für Nicht-Turnerinnen und Nicht-Turner ein mit dem Namen des Turners Eberhard GIENGER benannter Salto mit Kehre verbindender Abgang vom Hochreck – atemberaubend!)« (Narr 1992: 4f.).

Doch mitunter gibt es Stolpersteine interessanter Art, die mindestens eine Darlegung der Vorgehensweise erfordern: Sie seien die Abteilung Wissenschaft und für Belletristik nicht zuständig – so die Rückmeldung der VG Wort (die deutsche Verwertungsgesellschaft für Wörter). Anlass war meine Meldung der »Erzählungen aus der Landwirtschaft« aus dem Jahr 1998 (Winterfeld 1998). Eine solche Rückmeldung wäre heute unwahrscheinlich. Inzwischen sind ›Erzählungen‹, ›Narrationen‹ und ›Narrative‹ in der Wissenschaft präsent, besonders seit den 2010er Jahren haben sie sich als komplexes, fast unübersichtliches Methodenbündel ausgebreitet (kritisch reflektiert beispielsweise von Biegón/Nullmeier 2014). Dies ist zum einen ein Indiz dafür, dass Teile der Wissenschaft in ihrem Vorgehen kreativer und methodisch auch unorthodoxer und innovativer geworden sind. Zum anderen steht es im Kontext einer konstruktivistischen Welle postmoderner Theoriebildung, in der Erzählungen dekonstruiert, in Kontexte eingeordnet und auf ihre Motiv- und Interessenlagen hin gelesen und befragt werden. So gesehen ist der Umgang mit Erzählungen bis hin zum Herausarbeiten von dominanten Erzählmustern und Narrativen als analytische Methode anzusehen und der → Diskursanalyse verwandt.

Die »Erzählungen aus der Landwirtschaft« haben einen anderen Charakter. Damals habe ich der VG Wort geantwortet, es handele sich um eine qualitative Untersuchung. Zugrunde liegen würden fünf Intensivinterviews, deren Ergebnisse in Form von Erzählungen präsentiert würden. Das hat die Abteilung Wissenschaft akzeptiert.

Zur Genese

Die Geschichte beginnt mit meiner Doktorarbeit im Bereich der Politischen Psychologie. Sie handelt von der Angst von Frauen in ihrer biographischen, alltäglichen und sozialen Dimension (Winterfeld 1995). Das empirische Herzstück bilden siebzehn Intensivinterviews mit Frauenhausmitarbeiterinnen. Zwei Momente haben die den späteren Erzählungen zugrunde liegende Haltung beeinflusst. Erstens hat mein ›Doktorvater‹ Wolf-Dieter Narr (der sich gegen eine solch patriarchale Bezeichnung stets wehrte) eingegriffen, als ich ihm meine methodische Absicht dargelegt habe: Ich bilde vorab Hypothesen und überprüfe dann anhand meines empirischen Materials, ob sie stimmen. Ein solches Vorgehen sei instrumentell und würde meine Interviewpartnerinnen auf das reduzieren, was sie zu meinen Hypothesen zu sagen hätten. Der Trichter müsse aber gerade umgekehrt angelegt werden und die Hypothesen seien aus dem Material heraus zu verändern oder auch zu verwerfen. Derart belehrt merke ich zweitens später, dass sich das ›Material‹ nicht in Daten erschöpft, die in einer ›Queranalyse‹ vergleichend interpretiert werden können. Vielmehr zeigen sich mir Perlen oder kleine Goldkörnchen, Kostbarkeiten jedenfalls, die einen Raum brauchen und gewürdigt werden wollen. Daher habe ich zunächst Längsschnitte aus den Interviews angefertigt, Angstportraits oder auch Angsterzählungen.

Aus diesen Erfahrungen heraus ist eine herrschaftskritische empirische Haltung entstanden. Ausgangspunkt ist das Anliegen, die herrschaftsförmige Beziehung zwischen ›Forschungssubjekt‹ und ›Forschungsobjekt‹ zu verändern. Das schreibt sich so – und ist so einfach nicht (siehe unten). Es ist allerdings ein Anliegen, dass ich mit anderen teile und das zumeist in der feministischen Forschung oft thematisiert und debattiert wird, beispielsweise von Maria Mies (1984).

Veränderungsansätze auf der Subjektseite orientieren sich an Georges Devereux. Er kritisiert eben jenes Vorgehen in der Feldforschung, bei dem die beobachtende forschende Person ängstlich versucht, bei ihrem Beobachten nicht gesehen zu werden. Doch das Forschen sei umso ›objektiver‹, je ›subjektiver‹ bewusst das eigene Vorgehen sei (Devereux 1973). Daraus folgt für Erzählungen, als forschende Person in den Erzählungen anwesend zu bleiben, das eigene Anliegen und Vorgehen transparent zu machen und nicht im objektiv wissenschaftlich Geschriebenen zu verschwinden bzw. un(er)kenntlich zu werden.

Veränderungsansätze auf der Objektseite haben es schwerer. Im Grunde müsste hierzu die gesamte Subjekt-Objekt-Geschichte innehalten. Dies ist bei den Erzählungen noch nicht der Fall. Sie rücken zwar diesem herrschaftlich aufeinander bezogenen Gespann subversiv zu Leibe, aber sie verbleiben noch – wenn auch versuchsweise dialektisch – in der Subjekt-Objekt-Beziehung. Diese ganz aufzulösen birgt allerdings ein erkenntnistheoretisches Problem größeren Ausmaßes. Denn Analyse und Kritik leben auch von Unterscheidungen. Für Veränderungen auf der Objektseite gibt es zwei Anhaltspunkte. Einer liegt bei dem dänischen Religionsphilosophen Søren Kierkegaard. Er schreibt 1844 in seinem »Begriff Angst« – und ohne dass es die Psychologie als eigene Disziplin schon gegeben hätte: Der psychologische Beobachter müsse einen Augenblick der Vertraulichkeit schaffen, »damit das Verborgene Gefallen daran findet, in dieser künstlich zuwege gebrachten Unbemerktheit und Stille herauszuschlüpfen und mit sich selber einen kleinen Schwatz zu halten« (Kierkegaard 1964 [1844]: 52).

Mit dem Verborgenen und besonders mit dem zum verborgenen Gemachten geht ein zweiter Anhaltspunkt einher, die »vergessenen Wirklichkeiten« (Brauckmann 1984). Die feministische Forschung setzt sich stets auch mit dem Nicht-Erzählten, mit dem Beschwiegenen, mit dem aus den großen Erzählungen Verdrängten auseinander. Anliegen von Erzählungen ist daher auch, den Spuren des Verborgenen zu folgen, etwas aufzuspüren, womöglich subversiv und Subversives entdeckend. Dies führt eher zu leisen Erzählungen als lauten, eher zu kleinen Erzählungen als großen, eher zu Erzählungen einer ›*local grandmother*‹ als zu denen eines in der internationalen und der Entwicklungsforschung so oft umworbenen ›*local leaders*‹ (vgl. auch Harcourt 2019).

Schließlich haben Erzählungen mit Theorie-Praxis-Verhältnissen und mit transdisziplinärer Forschung zu tun. In Verbindung mit qualitativer Forschung handelt es sich um transdisziplinäre Dialoge – als Interviewform – und transdisziplinäre Erzählungen – als Präsentationsform (vgl. auch Biesecker et al. 2016).

Stolpersteine und Ambivalenzen

Bei allem herrschaftskritischen Anspruch bleibt doch häufig ›Tatsache‹, dass die ›Forschungsobjekte‹ nicht gerade erfreut sind, wenn die ›Forschungssubjekte‹ an ihre Tür klopfen. Erstere sind oft mit einem Anliegen konfrontiert, das nicht ihr eigenes ist. Auch fällt die ›Erzählsituation‹ nicht in ihre ›Arbeitszeit‹ (was gerade in der transdisziplinären Forschung ein bislang noch häufig ungelöstes Problem darstellt), im Gegenteil, die Forscher*innen stehlen ihnen die Zeit und dabei haben sie doch genug oder auch zu viel zu tun. Eine Möglichkeit, dies zu relativieren, ist, das Erforschen in gemeinsames Arbeiten einzubetten (eine Art Abwandlung ›teilnehmender Beobachtung‹). Beispielsweise habe ich einen Bauern bei seiner Vermarktungstour begleitet und das Erzählen lag zwischen den einzelnen Stationen. Weil der alte Diesel damals sehr laut war, hat sich eine Tonbandaufnahme gar nicht erst angeboten, vielmehr ist eine Art protokollierendes Mitschreiben entstanden. Dieses Protokoll stellt das ›Rohmaterial‹ für die Erzählung dar, die später vom ›Erzählsubjekt‹ autorisiert wird.

Ein weiterer Stolperstein kann darin liegen, dass eine verführerische Erzählsituation entsteht, in der ein*e Erzähler*in unverhofft viel mehr von sich preisgibt, als sie eigentlich möchte. Dies ist in einem Gruppeninterview im Kontext der »Goitzsche-Erzählung« (Winterfeld 2006, die Erzählung spielt in einer Bergbaufolgelandschaft in Sachsen-Anhalt) passiert. Die ›Kräuterfrau‹ ist in eine Art gruppendynamischen Sog geraten und hat ihre ›persönliche Wendegeschichte‹ sprudelnd wie ein Wasserfall erzählt. Hinterher ist sie darüber selber sehr erschrocken und meint, dies habe sie wohl auch gemacht, um der von ihr sehr geschätzten lokalen Mitinitiatorin zu gefallen und ihr einen Gefallen zu tun. Wir haben ihre Erzählung beiseitegelegt und uns noch einmal zu zweit getroffen. Wir sind zur Goitzsche spaziert, haben uns ans Wasser gesetzt, gepicknickt und noch einmal und ganz anders angesetzt. Auch die ›Bürgermeisterin‹ der Goitzsche-Erzählung ist nicht begeistert von meiner geschriebenen Rohfassung ihrer Erzählung. Sie verschließt ihre Türe und steht sozusagen nicht mehr zur Verfügung. Ihr Motiv ist, wie sich später herausstellt, ein ganz anderes. Sie will lieber ihre eigene Erzählung schreiben und hat die neue Methode zum Anlass genommen, um selber zu einer Erzählung einzuladen.

Es bleibt das Anliegen von ›Erzählungen‹, einen Raum zu finden, in der das sonst eher nicht Erzählte Lust bekommt, sich auszubreiten. Es bleibt gleichwohl schwer, die asymmetrische Forschungssituation zu verändern. Und auch dann, wenn das Forschungssubjekt in der Erzählung anwesend bleibt, ist es nicht seine eigene. Dies kann seltsame Züge annehmen, bis hin zur Gefahr des Voyeurismus. Es kann aber auch dazu führen, dass gemeinsame Räume des Nachdenkens entstehen. Seien es Reflexionsräume, die neben dem Fluss und beim Innehalten der Alltagsbewältigung entstehen. Oder seien es Resonanzräume, weil der*die Forscher*in bei ihrer Suche auf antwortende Erzähler*innen trifft oder umgekehrt suchende Erzähler*innen eine*n Forscher*in treffen.

Erzählungen sind Ausdruck methodischer Suchbewegungen. Diese Suche ist herrschaftskritisch und von einem emanzipatorischen Anliegen inspiriert. Erzählungen sind auch der Versuch, dem Erstarren von Daten zu leblosen Faktizitätsreihen entgegenzuwirken.

Und die Politische Ökologie?

Nun wird zu fragen höchste Zeit, was eigentlich diese von mir skizzierten Erzählungen mit Politischer Ökologie zu tun haben. Und – auch, um meinem möglichen Handbuchopportunismus einen Riegel vorzuschieben – es soll sogleich zugegeben werden: möglicherweise gar nicht viel. Denn ›meine‹ oder ›unsere‹ Erzählungen sind wie skizziert oft in einem anderen Kontext entstanden. Es würde ihnen nicht gut bekommen, wenn ihnen nun nachträglich die Politische Ökologie aufgepfropft würde. Beispielsweise sind die jüngsten »Unerwünschten Erzählungen« nicht im Kontext Politischer Ökologie, sondern im Kontext des Engelsjahres, das 2020 insbesondere in Wuppertal gefeiert wurde, entstanden. Gemeinsam mit den Erzählungen der Politischen Ökologie und der feministischen Forschung haben sie allerdings, dass sie auf das Schweigen, auf das vom gerade vorherrschenden Hauptstrom Beschwiegene verweisen. Dermaßen vom Hauptstrom an den Rand gedrängt, ist es einer sehr großen Beharrlichkeit zu verdanken, dass diese »Unerwünschten Erzählungen« überhaupt das Licht der öffentlichen Welt erblickt haben.

Die Erzählungen ›spielen‹ mit der Dialektik von Erzählen und Nicht-Erzählen. Sie greifen auf, was im Engelsjahr nicht erzählt wird, und sie gehen einer Spur nach, von der Friedrich Engels nicht erzählt: den vielen kleinen handwerklichen Textilproduktionen von Frauen (Winterfeld et al. 2020). Im Unterschied zu den anderen hier erwähnten Erzählungen spielen → gesellschaftliche Naturverhältnisse kaum eine Rolle. Möglicherweise gibt es gleichwohl weitere Bezüge und Anknüpfungspunkte zur Politischen Ökologie. Sie liegen in der Erforschung unterdrückter und/oder widerständiger Wirklichkeiten. Diese haben von Beginn an in den empirischen Arbeiten und besonders in den ›*Peasant Studies*‹ eine Rolle gespielt. Das Anliegen der Politischen Ökologie ist hier, die hegemoniale Vorurteilskruste aufzusprengen. Denn sie verbirgt eine Wissenschaft, die Menschen in ländlichen Regionen des Globalen Südens einschließt und sie zu ›traditionellen‹, ja fast ›dumpfen‹ Landarbeiter*innen macht. Zum Aufsprengen dieser Kruste gehört mit, sie auch als widerständige Akteure der Geschichte sehen zu lernen und darzustellen (vgl. auch Robbins 2012: 59ff.). Oft setzen solche Studien an

Konflikten, beispielsweise um → Wasser oder um Landrechte, an. Später sind zunehmend auch Stadt-Land-Konflikte aufgegriffen worden[1].

Schluss

Der womöglich größte Stolperstein für Erzählungen, auch im Kontext der Politischen Ökologie, liegt allerdings darin, dass die Asymmetrie von ›Forschungssubjekt‹ und ›Forschungsobjekt‹ mit Blick auf Positionen und Ressourcen dem ›wissenschaftlichen Normalbetrieb‹ einerseits innewohnt und andererseits kaum bewusst ist. Besonders deutlich weist die postkoloniale Feministin Gayatri Chakravorty Spivak darauf hin, dass solcherart Asymmetrien nicht einfach aufgelöst werden können. Dies ändere sich auch und gerade bei wohlmeinenden nördlichen und westlichen Forscher*innen nicht, die womöglich gar dem Unterdrückten eine ›Stimme geben‹ oder eine ›Stimme verleihen‹ wollen. Daraus kann Spivak zufolge nichts werden, weil ›das Subalterne‹ nicht sprechen kann (Spivak 2008). Sie kritisiert die Arroganz nördlicher und westlicher Wissenschaftler*innen massiv.

Hier ist viel zu tun. Und mit Blick auf gesellschaftliche Naturverhältnisse wird die Geschichte im Grunde noch schwieriger zu erzählen, denn die Natur kann noch weniger ›sprechen‹. Sozusagen schon ein doppeltes Dilemma.

Das ist kein Grund, gebannt auf eine zweiköpfige Schlange zu starren. Denn die Geschichte ruft danach, anders erzählt zu werden. Ich schließe mit einer theoretischen und mit einer praktischen Anregung zum anders Erzählen.

Eine theoretische Perspektive eröffnet Theodor W. Adorno in seiner Negativen Dialektik: Die herrschaftliche Trennung führe dazu, dass das forschende Subjekt blind und taub gegenüber seinem zu beforschenden Objekt wird. Damit die Geschichte anders erzählt werden kann, bedarf es der Fähigkeit, sich dem Objekt zuzuneigen, seine Stimme zu hören (Adorno 1997 [1966]: 24, 36, 56).

Eine andere Erzählperspektive hat der Fachpromotor für Entwicklungspolitik und Migration, Abdou Rahime Diallo, auf der Tagung »Was heißt hier gerecht?« an der Evangelischen Akademie Tutzing 2018 eröffnet: Wissenschaftler*innen wie auch Praktiker*innen, ›Forschungssubjekte‹ und ganz ebenso ›Forschungsobjekte‹ sind von unterdrückenden Wirklichkeiten betroffen – also wäre es doch sinnvoll, gemeinsam andere Geschichten zu erzählen.

Aber wie? Womöglich eher sprachlich eigen-sinnig als mit den jeweils nationalen Rechtschreibungskonventionen konform. Womöglich der Subjekt-Objekt-Falle vergnügt ein Schnippchen schlagend und aufdeckend, dass in dieser Falle alle beide eingesperrt sind. Womöglich immer wieder und angelehnt an Ernst Bloch das aktuell schlecht Vorhandene in frechen Zukunftsphantasien überspringend.

1 Beispielsweise thematisiert Manuel Rivera Konflikte um Wasser, Abfall (→ Müll) und → Landnutzung in Bogotá. Interessant an seiner Studie ist methodisch, dass er die große traditionelle Methode der Verifizierung und Falsifizierung relativiert und das bogotánische Geschehen gleichsam als Mini-Narrative (auch zwischen den Zeilen) liest, aus denen gelernt werden kann (Rivera 2014).

Literatur

Adorno, Theodor W. (1997 [1966]): Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Biegón, Dominika/Nullmeier, Frank (2014): »Narrationen über Narrationen. Stellenwert und Methodologie der Narrationsanalyse«, in: Frank Gadinger/Sebastian Jarzebski/Taylan Yildiz (Hg.): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis, Wiesbaden: Springer VS, S. 39-65.

Biesecker, Adelheid/Breitenbach, Sarah/Winterfeld, Uta von (2016): »Transformative Erzählungen. Diskussionspapier im Rahmen des Forschungsprojekts Vorsorgendes Wirtschaften. Transformationen in Ökonomie und Politik«, http://wupperinst.org/p/wi/p/s/pd/560/ (Zugriff: 20.11.2021).

Brauckmann, Jutta (1984): Die vergessene Wirklichkeit. Männer und Frauen im weiblichen Leben, Münster: LIT.

Devereux, Georges (1973): Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften, 2. Aufl., München: Hanser.

Harcourt, Wendy (2019): »White Settler Colonial Scientific Fabulations on otherwise Narratives of Care«, in: Christine Bauhardt/Wendy Harcourt (Hg.): Feminist Political Ecology and the Economics of Care. In Search of Economic Alternatives, London: Routledge, S. 36-54.

Kierkegaard, Søren (1964 [1844]): Der Begriff Angst, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Mies, Maria (1984): »Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen«, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 11. Jg., Nr. 7, S. 7-25.

Narr, Wolf-Dieter (1992): Einige Gesichtspunkte, die beim Konzipieren und Schreiben von Referaten (Hausarbeiten) berücksichtigt werden sollten, und die auch bei Diplomarbeiten, Dissertationen und anderen wissenschaftlichen Arbeiten überlegenswert erscheinen. Unveröffentlichtes Manuskript.

Rivera, Manuel (2014): »Bogotá Humana – die Stadt, der Müll und der Frieden«, in: Hans-Jürgen Burchardt/Olaf Kaltmeier/Rainer Öhlschläger (Hg.): Urbane (T)Räume. Städte zwischen Kultur, Kommerz und Konflikt, Baden-Baden: Nomos, S. 152-163.

Robbins, Paul (2012): Political Ecology. A Critical Introduction, 2. Aufl., Malden: John Wiley & Sons Ltd.

Spivak, Gayatri C. (2008): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation, Wien: Turia + Kant.

Winterfeld, Uta von (1995): Auf den Spuren der Angst. Über die Angst von Frauen in ihrer biographischen, alltäglichen und sozialen Dimension. Dissertation, Bielefeld.

Winterfeld, Uta von (1998): Erzählungen aus der Landwirtschaft, Wuppertal: Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH.

Winterfeld, Uta von (2006): Gottes Aue ist ausgekohlt. Natur- und Arbeitswirklichkeiten im Umbruch. Eine transdisziplinäre Erzählung mit Heidrun Heidecke, Regina Metzner, Reinhard Metzner und Christel Möbius, Bremer Diskussionspapier zur Institutionellen Ökonomie und Sozial-Ökonomie, Orange Reihe Nr. 63.

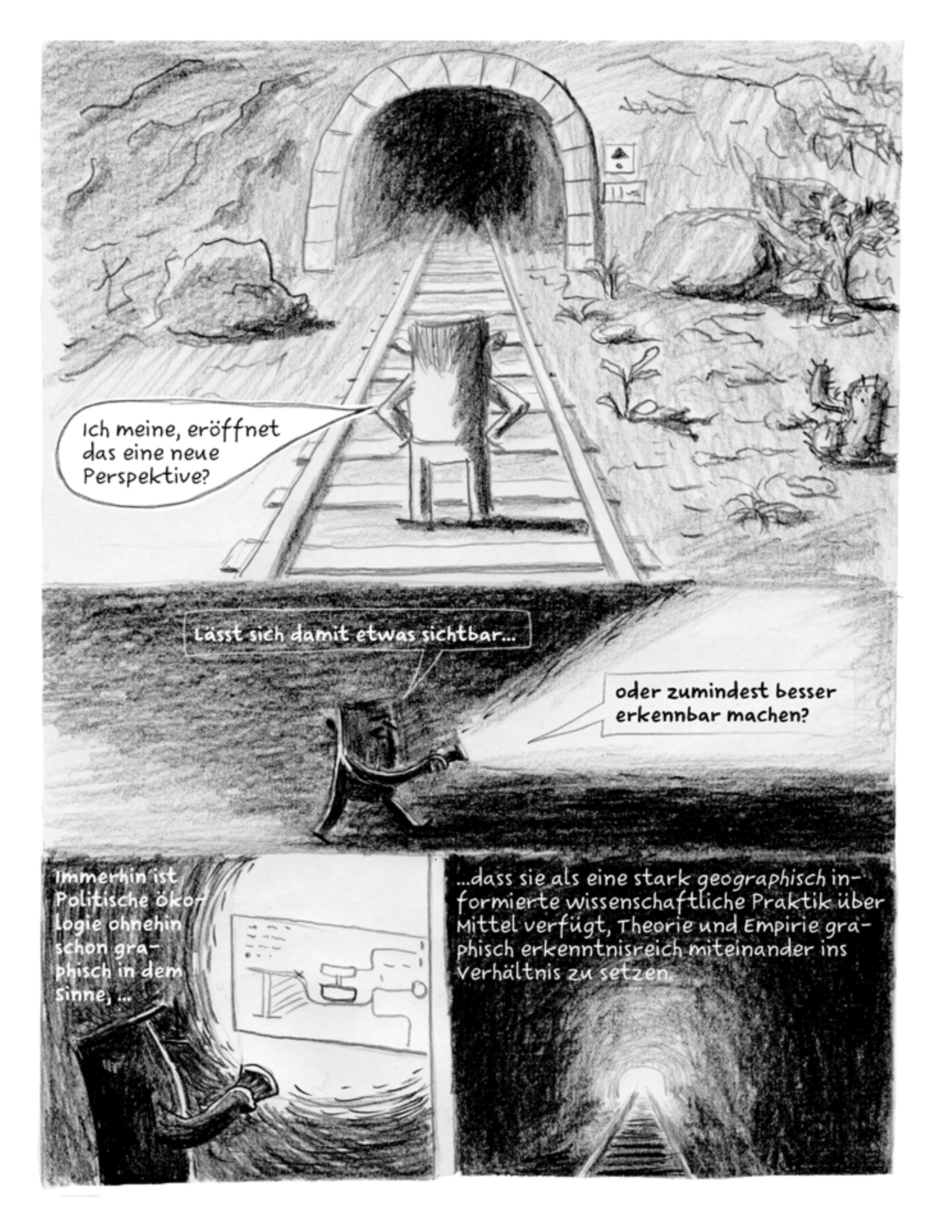
Winterfeld, Uta von/Breitenbach, Sarah/Nacif, Fernanda (2020): »Unerwünschte Erzählungen. Zur Dialektik des Erzählens und Nicht-Erzählens im Engelsjahr«, https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/4982/ (Zugriff: 24.03.2022).

Graphisches Erzählen. Andeutungen zu einer Form der Parallelpoesie der Wissenschaften in drei Akten

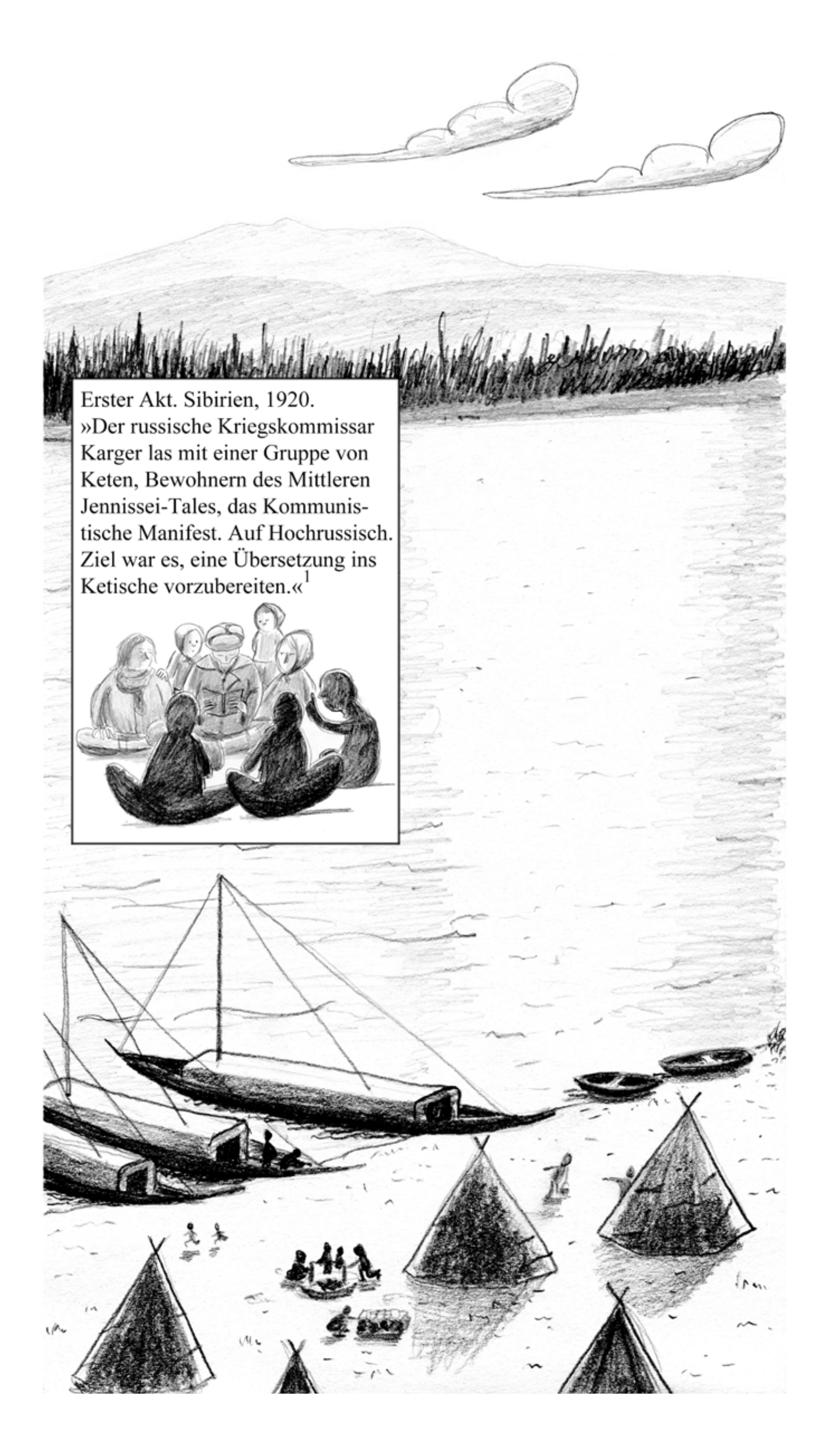
Yen Sulmowski

Politische Ökologie wird – wie jede Form von Wissenschaft – erzählt. Hierfür stehen ihr verschiedene Elemente zur Verfügung, wie Begriffe, Metaphern, Beispiele, Diagramme, Unterscheidungen, Karten, Bilder usw. Welche dieser Elemente wie miteinander narrativ verknüpft werden, hängt davon ab, wie die gegenwärtige Praktik des (wissenschaftsdisziplinären) Erzählens ausgestaltet ist. Diese kann sich beispielsweise durch zahlenbasierte Beweisführung oder durch die Erwartung, dass abstrakte theoretische Konzepte anhand konkreter Situationsbeschreibungen veranschaulicht werden, auszeichnen. Was bisher zu dieser Praktik – in der Politischen Ökologie sowie in anderen Disziplinen – nicht gehört, ist graphisches Erzählen. Dafür gibt es gute Gründe: Erzählen in graphischer Form ist zeitaufwändig und der Nutzen fragwürdig.





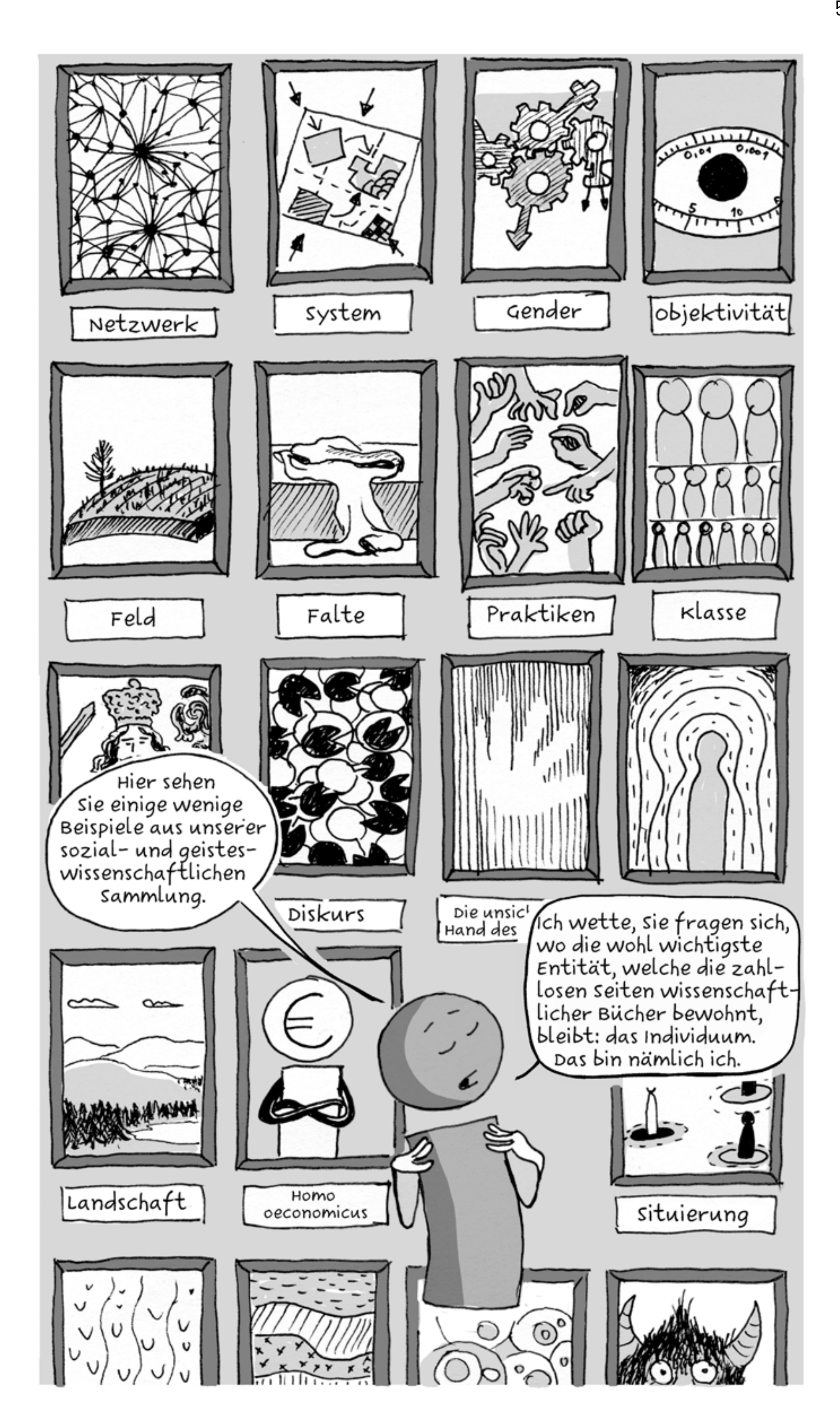
Ihre engen Bezüge zum Raum und ihre materialistische Auffassung der Welt bieten viel Stoff zum Zeichnen. Sie ist also ein guter Ausgangspunkt, um Möglichkeiten graphischen Erzählens zu erforschen. Auch wenn klar ist, dass diese Form des Erzählens eine Randerscheinung ist und bleibt, muss das kein Grund sein, ihre Erkundung zu unterlassen. Ich weiß nicht, ob eine solche Erkundung überhaupt eine sinnvolle Unternehmung ist, aber sollte ich jemals auf die Idee kommen, mich damit zu befassen, würde ich mit den folgenden drei Akten anfangen:


Erster Akt. Sibirien, 1920.
»Der russische Kriegskommissar Karger las mit einer Gruppe von Keten, Bewohnern des Mittleren Jennissei-Tales, das Kommunistische Manifest. Auf Hochrussisch. Ziel war es, eine Übersetzung ins Ketische vorzubereiten.«[1]



Gespenster, mit denen sich die Welt verstehen und erklären lässt, bevölkern auch Seiten wissenschaftlicher Abhandlungen. Die größte Sammlung kann im Museum wissenschaftlicher Kuriositäten besichtigt werden.




Netzwerk
System
Gender
objektivität
Feld
Falte
Praktiken
Klasse
Hier sehen Sie einige wenige Beispiele aus unserer sozial- und geisteswissenschaftlichen Sammlung.
Diskurs
Die unsic Hand des
Ich wette, Sie fragen sich, wo die wohl wichtigste Entität, welche die zahllosen Seiten wissenschaftlicher Bücher bewohnt, bleibt: das Individuum. Das bin nämlich ich.
Landschaft
Homo oeconomicus
Situierung

Vielen Dank für die Führung. Diese wissenschaftlichen Entitäten können als theoretische Artefakte oder als »Quasi-Aktanten«[3] verstanden werden. Die Agency solcher Quasi-Aktanten ist nicht auf die rein text-semiotische Dimension beschränkt. Zum Beispiel sind ›Netzwerk‹, ›Lebensstil‹, ›Nation‹, ›race‹ oder ›Gender‹ nicht nur textliche Zeichen in einem Narrativ, auf die viele andere Wörter verweisen und die dadurch einen Text maßgeblich strukturieren. Vielmehr führen Quasi-Aktanten eine über den Text hinausgehende soziale Existenz,[4] indem in ihren Namen Mauern und Grenzen errichtet werden...



Äh, ja danke für die Ergänzung. Durch die Gespenster, die Quasi-Aktanten, werden gesellschaftliche Verhältnisse gerechtfertigt, institutionalisiert oder verurteilt...

z.B. durch Wachstum, soziale Teilhabe, Verantwortung.

...und mit ihnen werden bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse überhaupt erst benennbar und erklärbar, z.B. Kapitalismus, Patriarchiat, funktionale Differenzierung.

Ähnlich wie die Gespenster der Keten Auskunft über ihre Kosmologie geben, offenbaren die genannten Entitäten die Kosmologien der Wissenschaften. Viele dieser Begriffe weisen einen metaphorischen Gehalt auf, der durch die Arbeit der Abstraktion in der historischen Sprachentwicklung noch nicht getilgt wurde und der bildlich aufgegriffen werden kann.

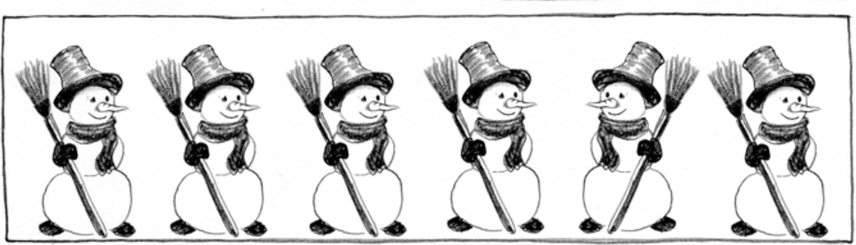
Hier kann graphisches Erzählen ansetzen. Aber wie genau? Zum Beispiel orientiert an der Topologie...

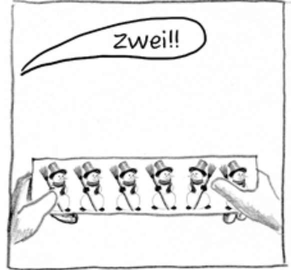

Zweiter Akt. Einschulungstest. Irgendwo in Deutschland.[5]


...bla bla bla
bla bla bla...

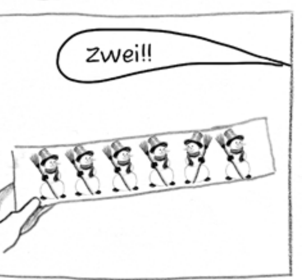

...so, meine liebe Irene und jetzt kannst du ein Rätsel lösen.


Schau dir das Bild an und sag mir, wie viele Schneemänner anders sind als der Rest.




Zwei!!


Sieh genau hin.


Zwei!!


Sieh nochmal genau hin – ist es vielleicht nicht doch nur einer?

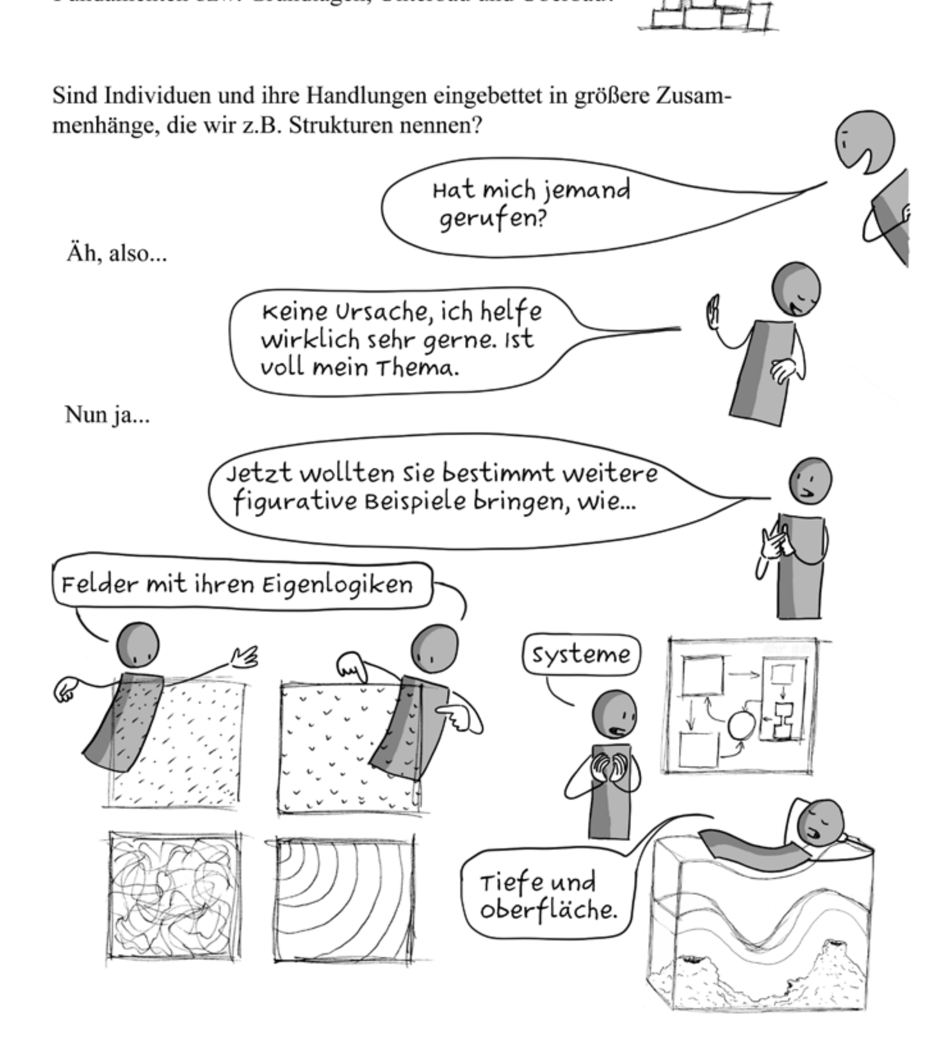

Nein – zwei! Weil die gucken sich an!

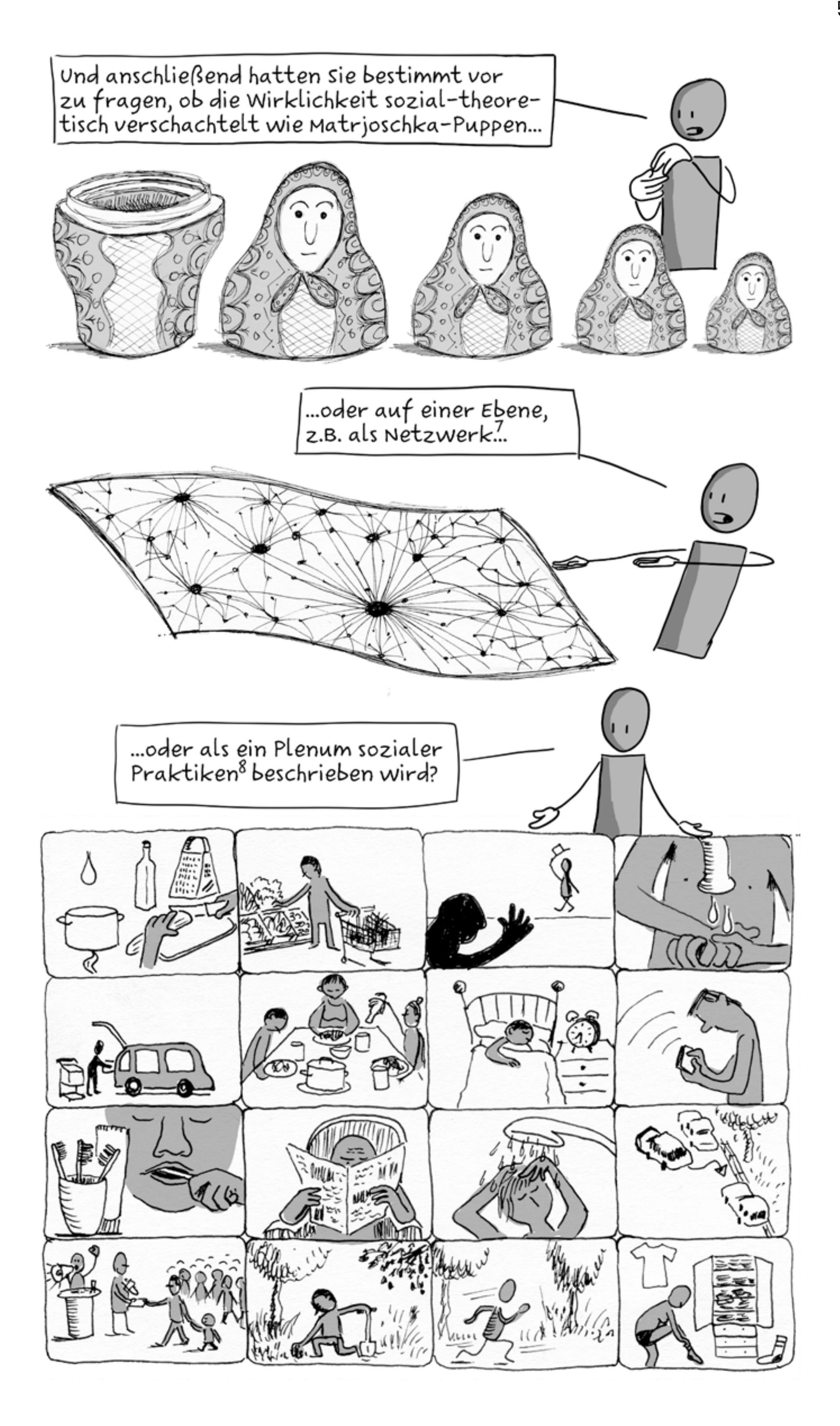
Der Sichtweise dieses Kindes folgend werden Schneemänner selbst weniger relevant als die Relation zwischen ihnen. Analog dazu lassen sich die Relationen fokussieren und graphisch darstellen, welche die theoretischen Entitäten eingehen oder implizieren. Diese Relationen werden nicht selten topologisch bestimmt: In einem virtuellen Raum ohne absolute Koordinaten, ohne Anfang und Ende. Die Suche nach topologisch geordneten Relationen ist das, was Michel Serres die »Philosophie der Präpositionen« nennt.[6] Nicht Substantive, Verben oder Adjektive, sondern Präpositionen - die unveränderbar sind, aber alles um sich verändern - sind der Ausgangspunkt zur Erkundung der Art und Weise, wie wir die Welt begreifen und gestalten.

Zum Beispiel: Verstehen wir unsere Wirklichkeit als aus verschiedenen ineinander verschachtelten Elementen gebaut?

Oder hängen sie wie ein Bauwerk zusammen, mit Fundamenten bzw. Grundlagen, Unterbau und Überbau?

Sind Individuen und ihre Handlungen eingebettet in größere Zusammenhänge, die wir z.B. Strukturen nennen?




Und anschließend hatten sie bestimmt vor
zu fragen, ob die Wirklichkeit sozial-theore-
tisch verschachtelt wie Matrjoschka-Puppen...
...oder auf einer Ebene,
z.B. als Netzwerk[7]...
...oder als ein Plenum sozialer
Praktiken[8] beschrieben wird?



Ja, so ähnlich...

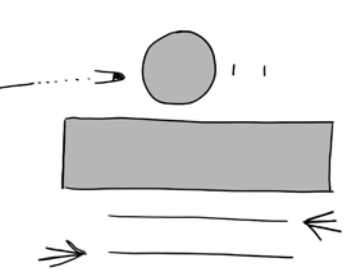
Ich verstehe. Sie haben wohl eine Vorliebe zu Theorien, die sich einer figurativen Sprache bedienen, wie z.B. die Akteur-Netzwerk-Theorie oder Philosophien von Serres und Deleuze.

Wohl wahr, aber kommen Sie mir jetzt nicht mit der Gegenüberstellung von Begriff und Metapher. Auch in scheinbar abstrakten Begriffen wie ›System‹ lassen sich Spuren der Körper- bzw. der Organismus-Metaphorik feststellen. Es wäre doch produktiver, nicht nur nach dem Trennenden, sondern auch nach dem Verbindenden der Beiden zu fragen.

Nein, keine Gegenüberstellung! Aber wenn Sie hier schon Serres zitieren, wäre es angebracht, seine räumliche Metaphorik nicht auf schematische Anschauung zu reduzieren.

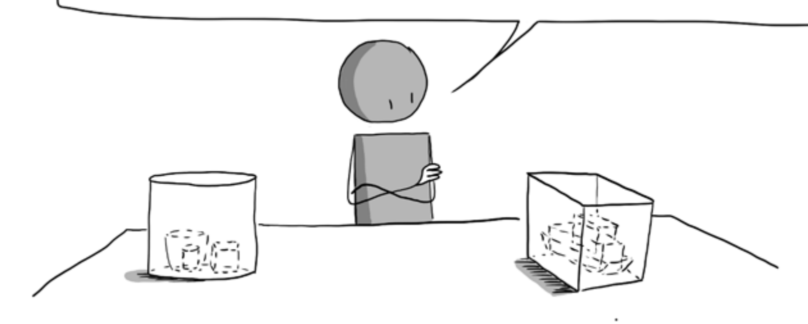
Sie haben also Serres auch gelesen, ja?! Schön, aber...

Denn Serres geht es doch gerade darum, die Relationen nicht nach dem Vorbild algebraischer Geometrie – d.h. in Form standardisierter, messbarer Figuren – zu bestimmen.




Er wendet sich gegen diese vereinfachende Anschaulichkeit und findet »zwischen der strengen Härte des geometrisch geordneten Kristalls und der fließenden Beschaffenheit weicher, gleitender Moleküle ein materielles Zwischenreich (...)«[10] der Stoffe, Gewebe, Tücher, Haut und des Papiers, in dem sich eine ausreichende Vielfalt der Verknüpfungsmöglichkeiten entdecken lässt.

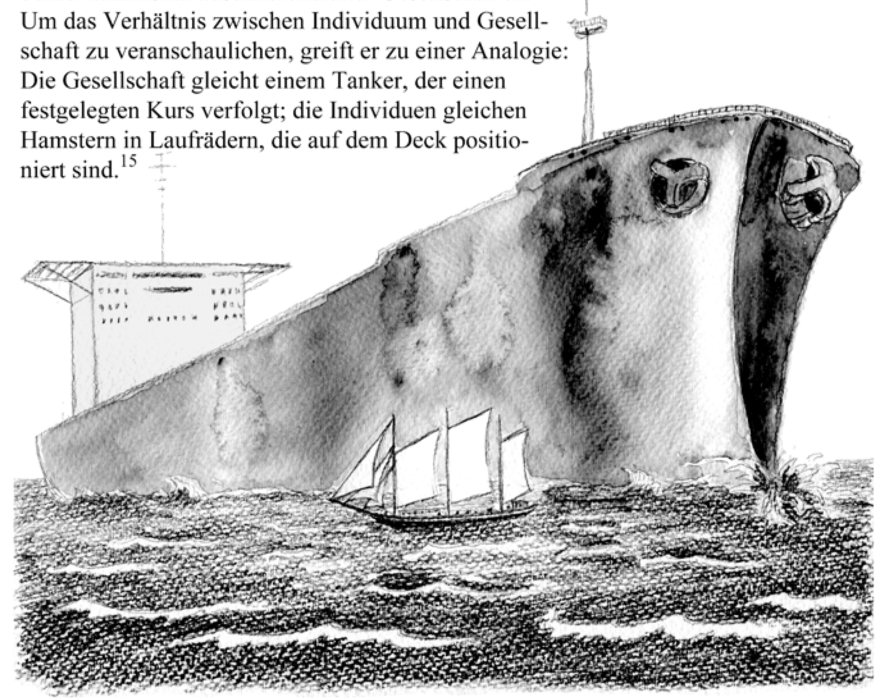

Um den Unterschied zu erklären, schlägt er eine Übung vor: Zehn Schachteln unterschiedlicher Form und Größe möglichst optimal in einander stecken.


»Für eine gegebene Menge kann es zwei oder drei Lösungen für das Problem der Verschachtelung oder Implikation geben, aber meistens gibt es nur eine, nämlich die einfachste. (...) Raten Sie einmal, was die Schachtel enthält. Die minimale Antwort lautet: eine oder mehrere kleinere Schachteln, eine absteigende Folge«, schreibt er.[11]

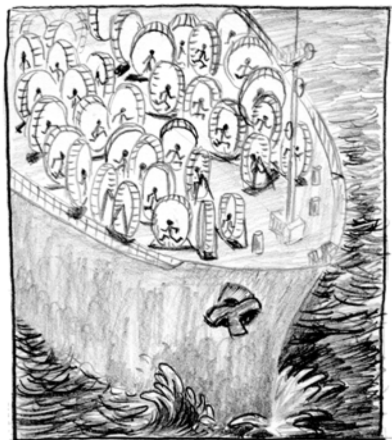


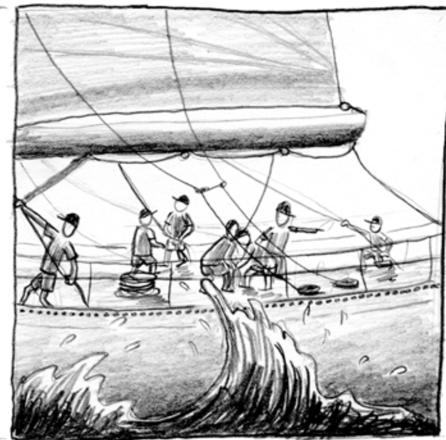
Ja! Deswegen finde ich, dass die Topologie eine Denkweise ist, die für graphische Narrativierung besonders gut geeignet ist – selbstverständlich, wenn die bildliche Darstellung der Komplexität der Topologie gerecht wird. Wobei ich denke, dass sie das eigentlich auch gar nicht muss. Denn es reicht, wenn ein Bild oder eine Sequenz von Bildern und Texten eine topologische Anordnung impliziert. Ha, da haben wir wieder die Implikation, die Ein-Faltung. Ihre Ent-Faltung ist aber voraussetzungsvoll. Über diese Voraussetzungen möchte ich nun im Folgenden sprechen.

Dritter Akt. 2010er Jahre. Forum der Zeitschrift GAIA.
Mehrere Wissenschaftler*innen streiten über Verantwortung für Nachhaltigkeit. Armin Grunwald sieht einen Trend zur Privatisierung der Nachhaltigkeit: Zunehmend würden Individuen in ihrem Alltag als verantwortliche Subjekte der gesellschaftlichen Transformation adressiert. Problematisch sei daran nicht nur die Moralisierung privaten Handelns, sondern auch die Verkennung der grundlegenden Spezifik moderner funktional ausdifferenzierter Gesellschaften.
Um das Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft zu veranschaulichen, greift er zu einer Analogie: Die Gesellschaft gleicht einem Tanker, der einen festgelegten Kurs verfolgt; die Individuen gleichen Hamstern in Laufrädern, die auf dem Deck positioniert sind.[15]



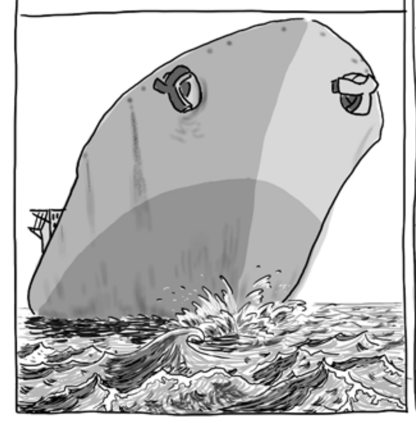
Michal Bilharz, Vera Fricke und Ulf Schrader kontern dies mit dem Bild eines Segelschiffs, dessen Besatzungsmitglieder unter einer demokratischen Flagge nicht nur die Kursrichtung diskutieren, sondern mit ihren Handlungen dazu beitragen, den gewünschten Kurs einzuschlagen und aufrechtzuerhalten. Die Einzelnen und ihr privater Alltag seien doch relevant für die gesellschaftliche Transformation.[16]



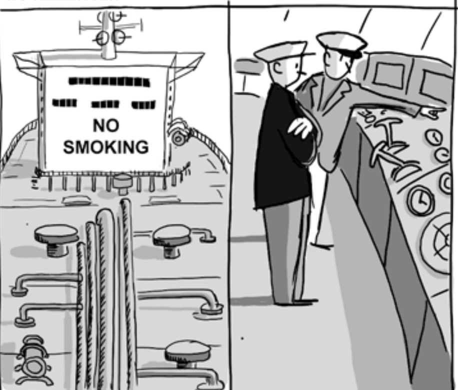


Die Debatte macht deutlich, dass die jeweiligen Transformationskonzepte mehr oder weniger explizite gesellschaftstheoretische Bezüge aufweisen (hier: Systemtheorie und Governance-Theorie). Diese Theorien zeichnen sich nicht nur durch ihre Logik, Begriffe, Gegenstandsbereiche und Grenzen aus, sondern auch – was gerade in ihrer metaphorischen Zuspitzung augenfällig wird – durch eine spezifische Ästhetik und ein spezifisches Imaginäres.

Der Tanker ist ein Moloch, der sich unbeirrt durch die gewaltigen Wassermassen pflügt.



Die Steuerung ist zentral und hierarchisch organisiert. Informationen über die Umwelt werden durch die eingerichtete Apparatur übermittelt.



Hingegen ist das Segelschiff unter demokratischer Flagge wendig und flexibel. Die Handgriffe im Team werden fortdauernd aufeinander abgestimmt. Die Steuerung ist zwar hierarchisch organisiert, doch die...

...Steuernden sind mitten im Geschehen. Sie erleben das Gemenge der Körper, das Knacken der Takelage, das Pfeifen des Windes und die Ohrfeigen der Gischt.

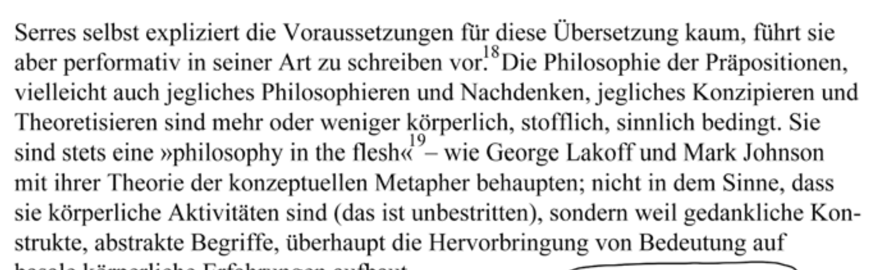


Solche Bilder bringen mögliche Zukünfte hervor und lassen sinnliche Ordnungen erahnen. Von diesen Fluchtpunkten aus lassen sie die Gegenwart als so oder anders beeinflussbar erscheinen, z.B. als ein zäher Gang durch Institutionen und Organisierung von Mehrheiten oder als unmittelbar erfahrbarer kreativer Kraftakt, der vom Teamgeist getragen wird.[17]

Diese nautischen Bild-Metaphern sprechen eine topologische Sprache: Durch zeiträumliche Bezüge und Bewegungen werden hier Objekte, Subjekte, Kollektive, Individuen, nicht menschliche Akteure, Umwelten usw. miteinander in ein wechselseitiges Verhältnis gesetzt - eine topologische Bestimmung der sozialen Ordnung.



Na ja, um beides, sie sind ineinander verwoben, sie sind aufeinander angewiesen.



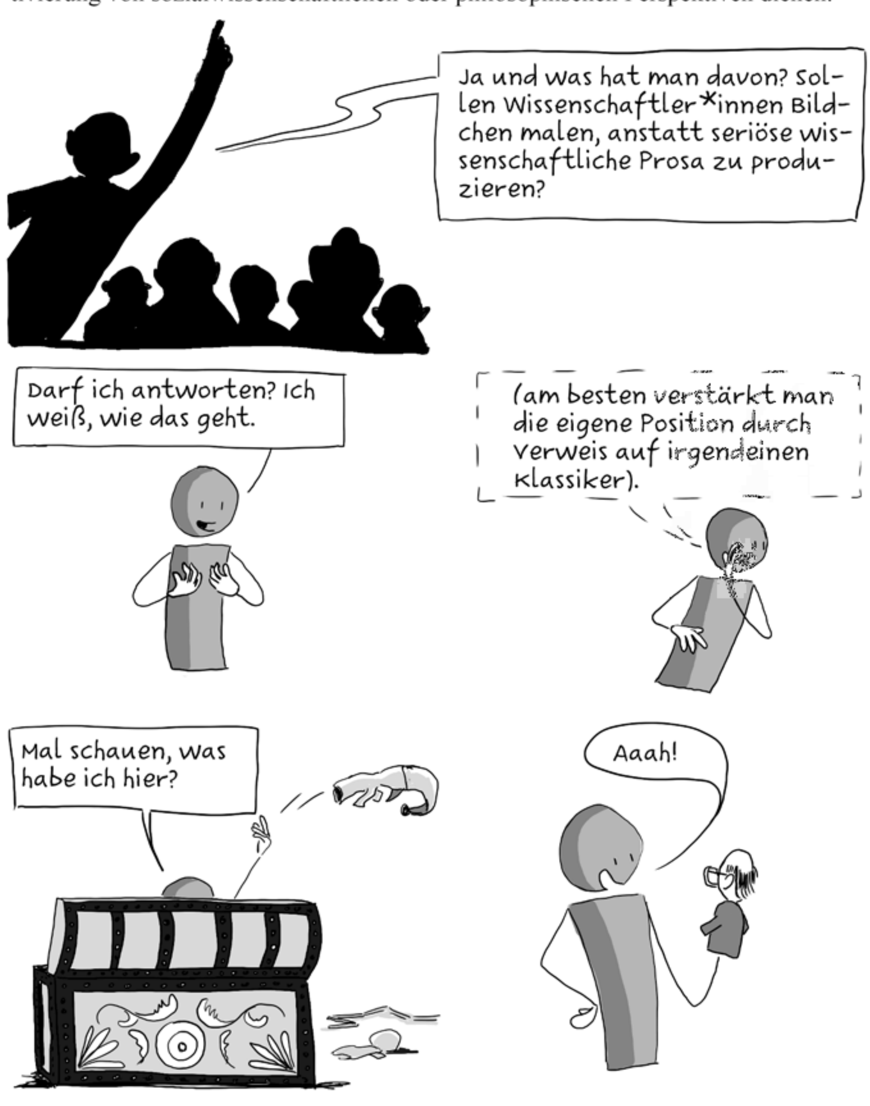
Serres selbst expliziert die Voraussetzungen für diese Übersetzung kaum, führt sie aber performativ in seiner Art zu schreiben vor.[18] Die Philosophie der Präpositionen, vielleicht auch jegliches Philosophieren und Nachdenken, jegliches Konzipieren und Theoretisieren sind mehr oder weniger körperlich, stofflich, sinnlich bedingt. Sie sind stets eine »philosophy in the flesh«[19] – wie George Lakoff und Mark Johnson mit ihrer Theorie der konzeptuellen Metapher behaupten; nicht in dem Sinne, dass sie körperliche Aktivitäten sind (das ist unbestritten), sondern weil gedankliche Konstrukte, abstrakte Begriffe, überhaupt die Hervorbringung von Bedeutung auf basale körperliche Erfahrungen aufbaut.



Demnach können beispielsweise »(…) Geschlossenes (in), Offenes (außerhalb), Zwischenräume (zwischen), Richtung und Ausrichtung (zu, vor, hinter), Nachbarschaft und Angrenzendes (bei, auf, an, unter, über), Eintauchen (inmitten)«,[20] die graphisch (textlich oder bildlich) dargestellt sind, verstanden werden, weil wir die Erfahrung des In, Außerhalb, Zwischen, Zu, Vor, Hinter usw. gemacht haben.

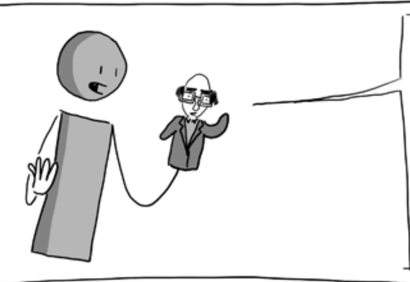
Erst recht ist dieses körperliche Erfahrungswissen notwendig, wenn komplexe topologische Relationen beschrieben werden, wie Serres sie anhand weicher, falt-, dehn- und reißbarer Stoffe vorführt. Dank dieser impliziten Körperlichkeit und Materialität der Bedeutung können symbolische (ikonische wie textliche) Darstellungen dekodiert werden. Diese Darstellung selbst ist allerdings nicht abgeschlossen, sie ist unfertig und wird induktiv erschlossen. So lässt sich nicht nur die Verstehbarkeit von Theorien, Begriffen und Konzepten erläutern, sondern auch ihre Affiziertheit, z.B. die Trägheit, Stabilität und maschinelle Kühle eines fossil betriebenen Tankers im Unterschied zu der Wendigkeit und Fragilität eines windbetriebenen Segelschiffs.

Diese gegenständliche, räumliche Metaphorik, die auf die Körperlichkeit der Bedeutung zurückgeht, kann als ein weiterer Anknüpfungspunkt für eine graphische Narrativierung von sozialwissenschaftlichen oder philosophischen Perspektiven dienen.



»Ich denke manchmal, es fehlt uns nicht an gelehrter Prosa, sondern an gelehrter Poesie. Wissenschaftliche Theorien haben einen eigentümlichen Weltstimmungsgehalt, den sie selbst (bei allem Einbau von Selbstreferenzialität) nicht formulieren, vielleicht nicht einmal wahrnehmen können.«





»Die so unzulänglichen Versuche einer politischen Interpretation der ›eigentlichen‹ Aussage von Theorien zeigen diesen Bedarf nach einer Zweitfassung an, ohne ihn angemessen befriedigen zu können.«

»Vielleicht sollte es stattdessen für anspruchsvolle Theorieleistungen eine Art Parallelpoesie geben, die alles noch einmal anders sagt und damit die Wissenschaftssprache in die Grenzen ihres Funktionssystems zurückweist.«[21]



Vielleicht. Vielleicht könnte graphisches Erzählen ein Versuch sein, der wissenschaftlichen Prosa eine solche Parallelpoesie zur Seite zu stellen. »Rationalität und Ästhetik sind unterschiedliche Erkenntnisformen, die als ergänzend und nur graduell verschieden verstanden werden müssen.«[22]



Endnoten

1. Kluge, Alexander (2019): »Die poetische Kraft der Theorie«, in: Richard Langston/Leslie A. Adelson/N.D. Jones/Leonie Wilms (Hg.): The Poetic Power of Theory, Göttingen: V & R unipress, S. 29-44. Seite 36
2. Ebd.: 36
3. Krarup, Troels Magelund/Blok, Anders (2011): »Unfolding the Social. Quasi-Actants, Virtual Theory, and the New Empiricism of Bruno Latour«, in: The Sociological Review, 59. Jg., Nr. 1, S. 42-63.
4. Ebd: 51
5. Schneider, Werner (2014): »Sterbewelten. Ethnographische (und dispositivanalytische) Forschung zum Lebensende«, in: Martin W. Schnell/Werner Schneider/Harald Kolbe (Hg.): Sterbewelten. Eine Ethnographie, Wiesbaden: Springer VS, S. 51-138. Seite 51
6. Serres, Michel (2008): Aufklärungen. Fünf Gespräche mit Bruno Latour, Berlin: Merve. Seite 187
7. Latour, Bruno (2007): Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp. Seiten 304, 310
8. Schatzki, Theodore R. (2019): Social Change in a Material World, London: Routledge.
9. Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1997): Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie, Berlin: Merve. Seite 14ff.
10. Serres, Michel (2005): Atlas, Berlin: Merve. Seite 38
11. Ebd.: 37
12. Ebd.: 37
13. Ebd.: 37
14. Ebd.: 65
15. Grunwald, Armin (2010): »Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann«, in: GAIA, 19. Jg., Nr. 3, S. 178-182.
16. Bilharz, Michael/Fricke, Vera/Schrader, Ulf (2011): »Wider die Bagatellisierung der Konsumentenverantwortung«, in: GAIA, 20. Jg., Nr. 1, S. 9-13.
17. Zur Verwendung nautischer Metaphern in Debatten um politische und soziale Ordnungen siehe Heidenreich, Felix (2020): Politische Metaphorologie. Hans Blumenberg heute, Stuttgart: J.B. Metzler. Seite 85ff.
18. Güsken, Jessica (2020): »Knoten: lösen, knüpfen, mit der Haut denken. Michel Serres' tangible Philosophie der Gemenge und Gemische«, in: Reinhold Clausjürgens/Kurt Röttgers (Hg.): Michel Serres. Das vielfältige Denken, Paderborn: Wilhelm Fink, S. 37-57. Seite 38

19. Lakoff, George/Johnson, Mark (1999): Philosophy in the flesh. The embodied mind and its challenge to western thought, New York: Basic Books.
20. Siehe Seite 10 in diesem Essay und Serres, Michel (2005): Atlas, Berlin: Merve. Seite 65
21. Luhmann, Niklas (2009): Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation, 5. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 200f.
22. Huss, Till Julian (2019): Ästhetik der Metapher. Philosophische und kunstwissenschaftliche Grundlagen visueller Metaphorik, Bielefeld: transcript. Seite 261

Historisch-materialistische Policy-Analyse

Valerie Lenikus, Ulrich Brand, Mathias Krams und Etienne Schneider

Die globale ökologische Krise und damit einhergehende Herausforderungen lassen sich ohne ein fundiertes Verständnis von Staatlichkeit und der Rolle des Staates nicht hinreichend erklären. In der Politischen Ökologie wird dafür oftmals auf Ansätze aus den kritischen Staats- und Gesellschaftstheorien, die insbesondere die Herrschaftsförmigkeit staatlicher Politik in den Blick nehmen, zurückgegriffen (Sauer 2001; Poulantzas 2002[1978]; Hirsch 2005; Hausknost 2020). Die *historisch-materialistische Policy-Analyse (HMPA)* schließt daran an und entwickelt einen Forschungsansatz, um staatliche *Policies* und ihre Rolle in der Reproduktion hegemonialer Verhältnisse genauer zu untersuchen. Erstmals vorgestellt wurde die HMPA in einem Aufsatz von Brand (2013), der eine rege Debatte bezüglich des Ansatzes und seiner Operationalisierung entfachte. Dieser Beitrag stellt die Kerngedanken der HMPA vor, skizziert eine methodische Vorgehensweise für konkrete Untersuchungen und verweist auf Ansatzpunkte für die Politische Ökologie und ihre Themen [1].

Das Ziel der HMPA ist eine Analyse dessen, wie und warum spezifische staatliche *Policies* formuliert und implementiert werden oder auch nicht, und inwiefern sie zur Aufrechterhaltung bzw. Reproduktion herrschaftlicher Verhältnisse beitragen oder diese herausfordern. Dabei wird angenommen, dass *Policies* vor dem Hintergrund miteinander konkurrierender und entgegengesetzter Interessen unterschiedlicher sozialer Kräfte entstehen. Darauf basierend wird untersucht, inwiefern diese *Policies* zur Aufrechterhaltung bzw. Reproduktion widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse und Krisentendenzen beitragen und welche Formen bzw. Modi der Reproduktion daraus entstehen. Dies schließt auch die der kapitalistischen Produktionsweise zugrunde liegenden → gesellschaftlichen Naturverhältnisse mit ein. In der Analyse wird der *Policy*-Prozess als in politische Strukturen und dynamische polit-ökonomische und ökologische Kontexte eingebettet betrachtet.

Gesellschaftstheoretische Grundannahmen

Die HMPA ist *materialistisch*, weil sie materielle gesellschaftliche Strukturen und Interessen im Kontext vielfältiger sozialer Verhältnisse wie Klassenverhältnisse, Naturverhältnisse oder Nord-Süd-Verhältnisse betont. Diese Verhältnisse werden als

1 Wir danken Fabian Georgi, Uta von Winterfeld und Tobias Schmitt für sehr hilfreiche Anmerkungen.

spannungsreich und widersprüchlich verstanden und sind immer wieder krisenhaft und konfliktiv. Mit Blick auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse etwa untergräbt der kapitalistische → Staat durch die Absicherung einer ständigen Ausweitung der Naturaneignung für die wachstumsabhängige Produktion seine eigenen Reproduktionsbedingungen. Das zeigt sich etwa im Politikfeld → Mobilität, in dem oftmals die Ermöglichung eines Umstiegs auf mitunter ressourcenintensive E-Mobilität im Vordergrund steht, anstatt Individualverkehr, Verkehrswachstum und seine sozialen und ökologischen Voraussetzungen als solche zu hinterfragen. Zugleich ist die HMPA *historisch*, weil sie konkrete *Policies* innerhalb historisch gewachsener sozialer (Natur-)Verhältnisse situiert, die auf frühere *Policy*-Kompromisse zurückgehen. Insgesamt versteht die HMPA soziale Verhältnisse insofern als eine Art Kontext oder ›Korridor‹ von formulierten bzw. implementierten Politiken.

Hierbei sind vor allem drei theoretische Überlegungen relevant. *Erstens* sind die jeweils historisch spezifischen Ausprägungen der grundlegenden sozio-ökonomischen, kulturellen und politischen Verhältnisse bedeutsam für das Verständnis des Kontextes oder des ›Korridors‹ der *Policy*-Formulierung und -Implementierung. Die Theorie der kapitalistischen Produktionsweise nach Marx und ihre vielfältigen Weiterentwicklungen (z.B. durch die Regulationstheorie, Atzmüller et al. 2013; und als kritische Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse, Jahn 1991; Görg 2003) sind dafür wichtige Bezugspunkte. So sind die ›fordistisch‹ geprägten Klassen- und Geschlechterverhältnisse des Globalen Nordens mit der Norm eines Normalarbeitsverhältnisses, der Kleinfamilie und mit Öl und Kohle als breit akzeptierte energetische Basis ein anderer Kontext als die neoliberale Zurückdrängung des Normalarbeitsverhältnisses, die relative Auflösung der Kleinfamilie und eine partielle Infragestellung der fossilistischen Energiebasis (Karathanassis 2015; Brand/Wissen 2017).

Die dynamischen kapitalistischen Verhältnisse werden *zweitens* von der HMPA als strukturell widersprüchlich und krisenhaft verstanden. Spezifische *Policies* reagieren oft zunächst nur auf einzelne gesellschaftspolitische Probleme und ihre Politisierung, bearbeiten einzelne Krisenaspekte und verlagern dadurch Krisentendenzen in andere Bereiche. Ein prominentes Beispiel ist die ökologische Krise bzw. die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse, auf die der Staat mit seinen Umweltpolitiken nur sehr punktuell und unzureichend reagiert. Beispielsweise werden technologische Innovationen gefördert, jedoch wird auf das grundlegende Problem der übermäßigen Ressourcennutzung wenig eingegangen, wodurch Krisendynamiken teils nur verschoben werden. Die HMPA nimmt an, dass diese Politiken durchaus kontingent sind, das heißt, es gilt immer jeweils konkret zu untersuchen, inwieweit und wodurch die grundlegenden Reproduktionsmodi sowie die damit verbundenen Interessen und Kräfteverhältnissen stabilisiert – oder eben auch partiell infrage gestellt – werden.

Drittens geht es um ein kritisches Verständnis des Staates selbst und seiner ›Erweiterung‹ in die bzw. in Verbindung zur Gesellschaft. Normalerweise konzentrieren sich *Policy*-Analysen auf Staatshandeln (*decision-making*) und die damit verbundenen, teils auch über den Staat im engeren Sinne hinausreichenden institutionellen Arrangements, die in der institutionalistischen Literatur oft als Governance bezeichnet werden. Die kritische, relationale Staatstheorie stellt Staat und Politik in ihren konkreten gesellschaftlichen und bio-physischen Kontext. Sie berücksichtigt die vielfältigen Verbindungen und – mit Nicos Poulantzas gesprochen – »materiellen Verdichtungen« sozialer Kräfteverhältnisse (auch Jessop 1990; Poulantzas 2002[1978]). Zudem

ist der Staat ein asymmetrisches strategisches Terrain, auf dem soziale Kräfte und ihre politischen Repräsentant*innen um die Durchsetzung ihrer teils gegensätzlichen Interessen ringen. Sie versuchen dies durch Formulierung und Implementierung spezifischer *Policies* oder umgekehrt durch die Verhinderung von *Policies* zu erreichen. Da der Staat eine materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse darstellt, sind die strukturellen gesellschaftlichen Asymmetrien, etwa zwischen Klassen und Geschlechtern, selbst in die Struktur und Orientierung der staatlichen Apparatur eingelagert. Daher wird der Staat nicht als homogener Apparat, sondern als selbst von Widersprüchen durchzogen verstanden, was für die Formulierung und Implementierung bzw. für die Nicht-Implementierung von *Policies* entscheidend ist. Schließlich: Die Kämpfe um spezifische *Policies* finden auch innerhalb der Gesellschaft statt, doch sie verdichten sich immer wieder in der Formulierung und Implementierung von *Policies* durch den Staat (Lenhard/Offe 1977; Poulantzas 2002[1978]; Sum/Jessop 2013; Álvarez Huwiler/Bonnet 2018; Brand et al. 2021).

Auf Basis dieser gesellschaftstheoretischen Überlegungen umfasst ein kritischer *Policy*-Begriff vier Merkmale: Erstens sind staatliche *Policies* unbeständige Kompromisse zwischen sozialen Kräften. Diese werden zweitens durch spezifische Staatsapparate formuliert, die konkurrierende und teils widersprüchliche Strategien verfolgen. Die Heterogenität der Staatsapparate ist daher ein zentrales Merkmal des *Policy*-Prozesses. Folglich existieren jeweils spezifische Strukturen und Machtverhältnisse in unterschiedlichen Politikfeldern, was zu Spannungen zwischen verschiedenen Staatsapparaten und politischen Institutionen führt. In diesem Zusammenhang kann also die HMPA drittens die Widersprüche herausarbeiten zwischen dem Anspruch des Staates auf Zuständigkeit zur Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte und der Aufteilung dieser Bearbeitung in verschiedene Politikfelder, in denen gesellschaftliche Akteure je spezifisch Forderungen, Interessen und Werte artikulieren. *Viertens* lässt sich nachvollziehen, wie sich → Hegemonie in bestimmte Formen der Politikgestaltung selbst einschreibt; etwa die Bearbeitung der globalen Klimakrise über Handelssysteme, Marktmechanismen und die Fokussierung auf die Förderung technischer Innovationen.

Mit der HMPA forschen

Der hier vorgestellte Forschungsansatz geht auf die begrifflich-theoretische Auseinandersetzung von Brand (2013) mit den Erfordernissen der Herstellung von Korrespondenz zwischen gesellschaftlicher Reproduktion und staatlichen *Policies* zurück. Der durch das DFG-Projekt »Staatsprojekt Europa« ausgearbeitete Ansatz entwickelte zeitgleich die Operationalisierung einer historisch-materialistischen Politikanalyse weiter, bei der konkrete *Policies* weniger stark im Zentrum stehen (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa«; Kannankulam/Georgi 2014; Wissel 2015). Aufbauend auf diesen Arbeiten zeigen Brand et al. (2021) den Mehrwert der Überlegungen für die *Policy*-Forschung auf.

Der Forschungsansatz der HMPA hat den Anspruch, eine grundlegende wissenschaftliche Vorgehensweise zur Erforschung von Politikprozessen zu skizzieren, die es ermöglicht, abstrakte Begriffe kritischer Gesellschaftstheorie mit den konkreten Untersuchungsgegenständen durch das methodische Prinzip der Retroduktion zusammenzubringen. Dies geschieht mittels einer »permanenten, spiralförmigen Be-

wegung zwischen dem Abstrakten und dem Konkreten, zwischen theoretischer und empirischer Arbeit, die eine interpretierende und eine kausale Erklärungsdimension einschließt« (Belfrage/Hauf 2017: 260, eigene Übersetzung). Konkret werden theoretische Annahmen in empirische Hypothesen übertragen (Sum/Jessop 2013) und diese durch Rückgriff auf einen Methodenpluralismus überprüft, verfeinert und adaptiert (O'Mahoney/Vincent 2014; Belfrage/Hauf 2017).

Der im »Staatsprojekt Europa« (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014: 43ff.) entwickelte analytische Dreischritt, der nicht zwingend aufeinanderfolgend zu verstehen ist, wird auch für eine *Policy*-Analyse vorgeschlagen (im Detail vgl. Brand et al. 2021). Dieser Dreischritt besteht aus Kontextanalyse, Akteursanalyse und Prozessanalyse, wobei es in der Regel sinnvoll ist, je nach Forschungsinteresse auf jeweils einen Bereich den Fokus zu setzen.

Die Kontextanalyse hat zum Ziel, eine Konfliktsituation als spezifische historische Situation, in der soziale und politische Kräfte entgegengesetzt agieren, zu rekonstruieren. Es soll also dargestellt werden, wie sich die Konfliktsituation zu spezifischen grundlegenden Widersprüchen und Krisentendenzen verhält oder diese offenlegt. Dafür werden die relevanten Aspekte und Dynamiken der jeweiligen historischen Situation vor dem Hintergrund grundlegender, strukturell-dynamischer Konstellationen dargestellt, z.B. die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Die Akteursanalyse geht zunächst von der Identifizierung relevanter Akteure aus (vgl. Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014). Sie fragt dabei, welche spezifischen Akteure wie und warum unterschiedlich in einer Konfliktsituation agieren, wie sie die Situation problematisieren und warum sie überhaupt aktiv werden. In einem zweiten Schritt wird herausgearbeitet, wie sich die Akteure zu Bündnissen und umfassenderen sozialen Kräften formieren, was deren grundlegende strategische Orientierungen und konkrete politische Initiativen sind und über welche Machtressourcen sie verfügen. Eine Zusammenfassung von sozialen Kräften mit ähnlichen Interessen kann durch den Begriff der »Hegemonieprojekte« vorgenommen werden (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014). Dabei ist es wichtig, zwischen den allgemeinen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und jenen in einem spezifischen Politikfeld zu unterscheiden (vgl. auch Wissel 2015: 67; Caterina 2018: 216). Insofern sollte der Begriff der Hegemonieprojekte nicht überstrapaziert werden. Denn konkrete Konflikte um die Bearbeitung von Krisen oder Problemen durch spezifische *Policies* sind oft kurzfristiger und taktischer Natur (ausführlich Brand et al. 2021).

Die Prozessanalyse geht unmittelbar auf den *Policy*-Prozess, Schlüsselereignisse und konkrete Entscheidungen ein: Etwa Parlamentsdebatten oder relevante öffentliche Auseinandersetzungen, in denen sich Akteure positionieren und auf die politische Entscheidungsfindung Einfluss nehmen. Besonderes Augenmerk sollte dabei darauf gerichtet werden, welche wichtigen Wendepunkte es im analysierten Konflikt gibt, welche (asymmetrischen) Kompromisse entstehen, wie sich Akteursgruppen oder -koalitionen neu zusammenfügen und welche Interessen sich dabei wie Geltung verschaffen können. Basierend auf einem kritischen Verständnis des Staates (siehe oben) können staatliche und nicht-staatliche Selektivitäten (Filtermechanismen) ausgemacht werden. Diese kommen durch ungleiche Zugriffs- und Zugangsmöglichkeiten von Strategien, Interessen, *Framings* und Handlungsformen unterschiedlicher politischer Akteure auf Staat und Politikgestaltung zum Ausdruck (dazu Sum/Jessop 2013; Caterina 2018; Krams 2019). Beispielsweise kann so mit der HMPA untersucht

werden, wie sich in der internationalen Klimapolitik ein spezifischer *Policy*-Rahmen durchsetzen konnte, der primär auf marktbasierten Strategien aufbaut und anstrebt, Wirtschaftswachstum zu fördern anstatt Entkoppelungsannahmen, die sogenanntes grünes Wachstum ermöglichen sollen, zu hinterfragen.

Herausforderungen und Ausblick

Die HMPA ermöglicht wichtige Erkenntnisse zur Beantwortung von Fragestellungen im Kontext der globalen sozial-ökologischen Krise aus der Perspektive der Politischen Ökologie, etwa zu Themenbereichen wie Umwelt-, Mobilitäts-, Industrie-, Ernährungs- und Ressourcenpolitiken. Sie bietet neue Perspektiven auf die institutionalisierte Dimension der Politikgestaltung – beispielsweise wie und warum sich bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels durchsetzen, welche Akteurskonstellationen und Interessen dafür ausschlaggebend sind und welche Macht- und Herrschaftsverhältnisse (→ Herrschaft und Macht) hierin zum Vorschein kommen. Durch ihren gesellschaftstheoretisch informierten Blick vermag es die HMPA, Erkenntnisse zu liefern, die über einzelne Politikfelder, etwa die Umweltpolitik, hinausweisen.

Die HMPA ist ein recht junger Forschungsansatz, der sich in Weiterentwicklung befindet. Auf ihrer Grundlage entstanden einige spannende Forschungsarbeiten (Haas 2016; Sander 2016; Syrovatka 2016; Holzner 2017; Caterina 2018; für Spanisch-Lesende Álvarez Huwiler/Bonnet 2022). Der Fokus liegt je nach Forschungsinteresse stärker auf den Prozessen, dem Kontext oder den Akteuren, wobei auch die Reihenfolge der Analyseschritte variieren kann (vgl. Brand et al. 2021).

Betont werden soll an dieser Stelle, dass die HMPA keine Analyseanweisung im engeren Sinne ist und je nach Erkenntnisinteressen, Fragestellungen und Untersuchungsdesigns weiter angepasst werden muss. Dafür möchten wir zu methodologischer Kreativität und dem Einlassen auf Untiefen und Uneindeutigkeiten in der Analyse konkreter *Policies* ermuntern (vgl. ausführlich Brand et al. 2021).

Literatur

Álvarez Huwiler, Laura/Bonnet, Alberto (2018): »Ensayo y error. Un análisis marxista de las políticas públicas«, in: Revista Mexicana de Ciencias Políticas y Sociales, 63. Jg., Nr. 233, S. 169-192.

Álvarez Huwiler, Laura/Bonnet, Alberto (Hg.) (2022): Crítica de las políticas públicas. Propuesta teórica y análisis de casos, Buenos Aires: Prometeo.

Atzmüller, Roland/Becker, Joachim/Brand, Ulrich/Oberndorfer, Lukas/Redak, Vanessa/Sablowski, Thomas (Hg.) (2013): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Belfrage, Claes/Hauf, Felix (2017): »The Gentle Art of Retroduction: Critical Realism, Cultural Political Economy and Critical Grounded Theory«, in: Organization Studies, 38. Jg., Nr. 2, S. 251-271.

Brand, Ulrich (2013): »State, context and correspondence. Contours of a historical-materialist policy analysis«, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 42. Jg., Nr. 4, S. 425-442.

Brand, Ulrich/Krams, Mathias/Lenikus, Valerie/Schneider, Etienne (2021): »Contours of historical-materialist policy analysis«, in: Critical Policy Studies. DOI: 10.1080/19460171.2021.1947864

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom.

Caterina, Daniela (2018): »Investigating hegemony struggles: transdisciplinary considerations on the role of a critical discourse analysis of practical argumentation«, in: Critical Discourse Studies, 15. Jg., Nr. 3, S. 211-227.

Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.) (2014): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld: transcript.

Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Haas, Tobias (2016): »Die Energiewende unter dem Druck (skalarer) Kräfteverschiebungen. Eine Analyse des EEG 2.0«, in: PROKLA 184, 46. Jg., Nr. 3, S. 365-381.

Hausknost, Daniel (2020): »The Environmental State and the Glass Ceiling of Transformation«, in: Environmental Politics, 29 Jg., Nr. 1, S. 17-37.

Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg: VSA.

Holzner, Elisabeth (2017): Anpassung an den Klimawandel in Chile: Eine historisch-materialistische Policy-Analyse der Umwelt- und Klimapolitik, Wien: Mandelbaum Verlag.

Jahn, Thomas (1991): Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform. Umrisse eines sozial-ökologischen Gesellschaftskonzepts, Frankfurt a.M.: Verlag für Interkulturelle Kommunikation.

Jessop, Bob (1990): State Theory. Putting the Capitalist State in its Place, Cambridge: Polity.

Kannankulam, John/Georgi, Fabian (2014): »Varieties of Capitalism or Varieties of Relationships of Forces? Outlines of a Historical Materialist Policy Analysis«, in: Capital & Class, 38. Jg., Nr. 1, S. 59-71.

Karathanassis, Anthanasios (2015): Kapitalistische Naturverhältnisse. Ursachen von Naturzerstörungen – Begründungen einer Postwachstumsökonomie, Hamburg: VSA.

Krams, Mathias (2019): »Macht und Selektivität in diskursiven Feldern. Die Cultural Political Economy als Ansatz zur Herrschaftsanalyse von Deutungskämpfen um die Bearbeitung der Klimakrise«, in: Judith Vey/Johanna Leinius/Ingmar Hagemann (Hg.): Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen. Ansätze, Methoden und Forschungspraxis, Bielefeld: transcript, S. 54-69.

Lenhard, Gero/Offe, Claus (1977): »Staatstheorie und Sozialpolitik«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 19. Jg., S. 98-127.

O'Mahoney, Joe/Vincent, Steve (2014): »Critical Realism as an Empirical Project. A Beginner's Guide«, in: Paul K. Edwards/Joe O'Mahoney/Steve Vincent (Hg.): Studying Organizations Using Critical Realism. A Practical Guide, Oxford: Oxford University Press, S. 1-20.

Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg: VSA.

Sander, Hendrik (2016): »Die Bewegung für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie in Deutschland. Eine historisch-materialistische Bewegungsanalyse«, in: PROKLA 184, 46. Jg., Nr. 3, S. 403-421.
Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte, Frankfurt a.M./New York: Campus.
Sum, Ngai-Ling/Jessop, Bob (2013): Towards a Cultural Political Economy. Putting Culture in its Place in Political Economy, Cheltenhem/Northhampton: Edward Elgar.
Syrovatka, Felix (2016): Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik vor dem Hintergrund europäischer Krisenbearbeitung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Wissel, Jens (2015): Staatsprojekt Europa. Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Positionalität

Katrin Singer und Michel Keding

Über Politische Ökologien zu schreiben, heißt über die Welt zu schreiben und über die großen Fragen, die sich damit auftun. Tun wir dies von einem machtkritischen Standpunkt aus, interpretieren wir die Welt als von → Machtverhältnissen durchsetzt. Doch auch dieses Interpretieren läuft Gefahr, eine vermeintliche Draufsicht vorzunehmen – was bei einer westlich-objektivistischen Prägung nicht weiter verwunderlich wäre. Es ist aber essentiell, sich der eigenen Perspektivität bewusst zu werden: Alles Wissen, alles Deuten und Schreiben ist immer auch verkörpert, perspektivisch, hat einen spezifischen Ursprung und Sprechort. Was bedeutet es, situiertes Wissen zu produzieren? Wie kann Positionierung gelingen, ohne dass wir uns als Schreibende selbst darin verheddern? Im folgenden Dialog versuchen wir eine Annäherung.

Anmerkung zur Lesbarkeit: Da ein Dialog normalerweise über die gesprochene Sprache funktioniert und wir uns auf eine solche komplexe Art und Weise, wie es in diesem Text erfolgt, nie unterhalten würden, haben wir uns zur besseren Lesbarkeit eine Art Untertitel überlegt, die wir nach unseren Vornamen jeweils in eckigen Klammern aufführen.

Katrin:
[Postionalität und feministische Epistemologien]

Die Auseinandersetzung mit Positionalität ist für mich keine einfache, denn sie zieht Fragen nach sich, unter welchen Konditionen meine Position geformt wird und wie sich diese zu Herrschaftspraktiken verhält. Sie fordert mich dazu auf, fühlend nachzudenken, wer ich bin und wie ein Abbild meines ›akademischen Ichs‹ , das Wissenschaft betreibt, sich darstellen lässt (Facio/Lara 2014). Mein Köper-Geist-Wissen zu situieren bzw. diesem einen Ort zuzuweisen, ist *katrinverändernde* Arbeit, die mich blockiert, hemmt, fordert und zum Zweifeln bringt – jedes Mal aufs Neue werde ich dadurch umgewühlt, durchgewühlt und jedes Mal fragmentarischer zusammengesetzt. Das ist gut und wichtig; da es für mich das Chaos und die Orientierungslosigkeit darin braucht, um mich neu orientieren und damit positionieren zu können und zugleich ist es ein sehr individueller Weg.

Nun sitze ich hier, Michel, schau auf unsere Positionalität und frage mich, wie diese und all die unzähligen weiteren Möglichkeiten der Positionierung auf dieser Welt sich wissenschaftlich übersetzen und verorten lassen, ohne diese zu universalisieren, zu ›entkörpern‹ und dadurch zu reduzieren. Es ist kein neuer Zugang für uns, den wir

beide hier diskutieren. Unser beider Blick auf Positionalität, auf → Körper, auf Wissen und Wissenschaft verortet sich in einer plural zu lesenden feministischen Epistemologie. Zu diesem doch etwas sperrig anmutenden Konzept teilt Mona Singer (2008: 285) einen relativ gut zugänglichen Erklärungsversuch. Dabei wird die Kant'sche Frage der Erkenntnis »Was können wir wissen« exemplarisch analysiert und das darin vorhandene ›Wir‹ auf den Prüfstand gestellt. Wen umfasst dieses ›*Wir*‹ und wer wird davon exkludiert? Von welcher Position aus (geografisch, körperlich, intersektional, wissenschaftstheoretisch, historisch) artikuliert sich dieses ›Wir‹? Wie stellt dieses ›Wir‹ zugleich auch eine Ordnung des Wissens selbst her und ist, sowohl in der Praktik des Erkennens als auch im Produkt des Wissens, durchdrungen von Macht? Die geschichtliche Genese der Erkenntnistheorie wird selbst zum Umstand der Untersuchung und durch machtkritische Formen feministischer Epistemologie erweitertet. Oder wie es Patricia Hill Collins formuliert:

> »Sie [feministische Epistemologie] untersucht die Standards, die verwendet werden, um Wissen zu bewerten oder warum wir glauben, was wir für wahr halten. Weit davon entfernt eine unpolitische Studie der Wahrheit zu sein, weist Epistemologie daraufhin, wie Machtverhältnisse formen wem geglaubt wird und warum […]. Die Ebene der Epistemologie ist wichtig, weil sie bestimmt, welche Fragen untersucht werden sollten, welche Interpretationsrahmen für die Analyse der Ergebnisse verwendet werden und welchen Nutzen das daraus resultierende Wissen hat« (Hill Collins 2000: 252, eigene Übersetzung).

Michel:
[Monohumanismus]

Das sind spannende Überlegungen, die du da anstellst, Katrin, und ich kann dein Unwohlsein gut nachempfinden – zumal darin ja auch ein Widerspruch liegt: Denn uns bewegt ja die Erkenntnis, dass wir auf vielen Ebenen privilegierte Leben führen, wodurch wir viele leidvolle Erfahrungen nie machen mussten. Das eigene Unwohlsein ist vor dem Hintergrund quasi nicht der Rede wert und könnte gar als Hohn verstanden werden, als weitere Zentrierung einer *weißen* Perspektive – was mein Unwohlsein wiederum verstärkt, denn das ist nicht meine Absicht. Die erste erschreckende Einsicht, dass meine Privilegien nur bestehen können, weil Andere Ausgrenzung und Benachteiligung erfahren, dass ich also Anteil an den diversen Ungleichheitsstrukturen habe, ist mir lebhaft in Erinnerung. Es macht unwohl, weil ich erstmal denke, ja eigentlich ›nichts falsch gemacht‹ zu haben und nur gute Absichten zu hegen. Es macht auch unwohl, weil es mir das Gefühl gibt, einer hinterlistigen Falscherzählung aufgesessen zu sein. Trotzdem fühlt es sich auch befreiend und richtig an, in diese Auseinandersetzung zu gehen.

Lass uns doch im Sinne feministischer Epistemologie noch einmal untersuchen, warum wir gelernt haben, was wir für wahr halten und was wir als Wissen anerkennen. Dabei können wir noch ein wenig mit diesem Kant'schen ›*Wir*‹ kritisch verweilen und es mithilfe von Sylvia Wynters Konzept des »Monohumanismus« (Wynter/McKittrick 2015) und Donna Haraways Ausdruck eines »skandalösen Dings namens weißes kapitalistisches Patriarchat« (Haraway 1995: 92) genauer betrachten. Katherine McKittrick beschreibt Wynters Konzept des Monohumanismus als einen hegemonialen

Raum, der von einer Logik durchdrungen ist, die ein Verständnis von Sein favorisiert und privilegiert, das durch westlich-bürgerliche Lehren konzeptualisiert und entlang dieser Vorstellungen praktiziert wird. Das Wort, die Idee, die Erkenntnis selbst wird darin disambiguiert, sprich vereindeutigt und seiner Mehrdeutigkeit beraubt (Wynter/McKittrick 2015: 9f).

So konstruiert sich stetig ein überrepräsentiertes Abbild von »Mann« (ebd.: 9ff., eigene Übersetzung), das auf *weißen*, kolonialen, heteropatriarchalen und kapitalistischen Strukturen aufbaut und damit systematisch jene menschlichen und nicht-menschlichen Spezies abwertet, die diesem Abbild nicht entsprechen. Monohumanismus meint demnach eine machtvolle Form von Wissensproduktion, eine materialisierte institutionalisierte Struktur, eine gelebte Realität, die systematisch die am stärksten Marginalisierten ausgrenzt. Grundideen von ›meins‹ und ›deins‹ beispielsweise, der Gedanke von ›wir‹ und ›die da‹ oder das Urteil von ›besser‹ und ›schlechter‹ verbleiben gemäß diesem Verständnis eben nicht in ihrer schlichten, binären Form, sondern erwachsen zu sehr mächtigen und ungleichen Gebilden.

Besonders tückisch ist, dass die sogenannten Vertreter [sic!] der Moderne es geschafft haben, Worte, Gedanken und Ideen von den jeweils Artikulierenden abzuspalten, das Gesagte also zum Gegenstand als solchem zu machen, der in den Augen aller derselbe bliebe. Denn einerseits wurde Erkenntnis neuerdings als vorgeblich neutrales, objektives Wissen verstanden, frei von subjektiven Trübungen. Damit erlangte dieses Wissen und seine Produzierenden eine ähnliche Deutungshoheit wie zuvor die Kirche, von deren Bevormundung man sich endlich befreien konnte. Andererseits wurde dieser neue Geist der Wahrheitsfindung auch dazu genutzt, um ›die Anderen‹ am künstlichen Maßstab des *weißen*, heterosexuellen, gebildeten Mannes zu messen, abzuwerten, willkürlich zu beschreiben, und so in ein gewaltvolles System der Unterdrückung und → Herrschaft einzubinden. Da Erkenntnis nun aber vergegenständlicht war, also aus sich heraus bestehen durfte, etablierte sich dieses System als vermeintliche Wahrheit an sich, die um ihre Perspektivität und Partikularität beschnitten wurde.

Hier deutet sich an, wie Monohumanismus der jeweiligen Normgesellschaft, diesem Kant'schen ›Wir‹, das Privileg eröffnet, alltäglich unmarkiert und unpositioniert wissen, leben und praktizieren zu können. Ein Privileg, das es erlaubt, in der Masse nicht herauszustechen, da diese monohumanistisch, sprich normativ konstruierten Körper nicht als ›unvollständig‹, ›fehlerhaft‹ oder ›fremd‹ gelesen werden.

Somit ist Monohumanismus und das ihm zugrunde liegende Abbild des ›Mannes‹ eine zentrale Kraft in der Herstellung von → Hegemonie, Herrschaft und unmarkiertem Wissen. Zugleich entbindet das Prinzip der Objektivität die unmarkierten Sprechorte ihrer Verantwortung für diese Epistemologie.

Doch allmählich erleben wir Auflösungserscheinungen in diesem Gefüge; es fallen die Groschen, dass Gedanken so nicht funktionieren, dass Wirklichkeit nicht einfach *ist*, dass wir überhaupt ein problematisches Verhältnis zum *Sein* haben – sowohl als Grammatik, als auch als Erfahrung.

Hier ist es hilfreich, Kapitalismus, Patriarchat, Moderne und Kolonialität sowie ihre trennende Wirkung zu verstehen. Es geht auch darum, die Vielfalt an Marginalisierungsformen bzw. Privilegien zu verstehen, und wie diese sich überlagern – hier sprechen wir von Intersektionalität (Crenshaw 2019). Es ist eine Folge dieser Systeme, die Patricia Hill Collins mit »Matrix der Vorherrschaft« (ebd.: 299, eigene Übersetzung) markiert, dass diejenigen, die auf der ›falschen‹ Seite stehen, diese häufig als

schmerzliche Erfahrung zur Genüge kennen (und dazu keinen Abschluss in Soziologie oder Geschichte brauchen) und diejenigen, die durch solche Brüche privilegiert sind, diese übersehen, ausblenden oder (teilweise sehr aufwendig) umdeuten. Umso wichtiger ist es, dass wir eine Auseinandersetzung mit unserer Stellung in diesen Systemen kultivieren.

Katrin:
[Wirkung institutioneller Ökologien auf Sein]

Genau, denn auch die Produktion von wissenschaftlichem Wissen ist nicht frei davon! Akademisches Schreiben, Forschen und Lehren findet in einem universitären Umfeld statt, das oftmals zentral für die Aufrechterhaltung der Idee und der Materialisierung des Monohumanismus ist. Dabei werden Wissensproduktionen der Entkörperung, der Optimierung und Vereinheitlichung aufrechterhalten, die mit den erkenntnistheoretischen Werkzeugen Objektivität und Neutralität immer wieder zusammengeflickt werden. Denn Wissen, Körper und Dinge sind weder neutral noch objektiv, müssen diesem Anspruch jedoch immer wieder aufs Neue innerhalb akademischer Realitäten genügen. Der Energieverbrauch, der aufgewendet werden muss, um nicht zu empfinden, nicht zu fühlen, sprich nicht im Ganzen zu Sein, erfordert einen hohen Tribut.

Für die Politische Ökologie ist hier von besonderem Interesse, wie dieses Wissen und ihre Träger*innen Teil einer institutionellen Ökologie der Universitäten sind, zu der Schulen (Zugang zu Uni), Banken (Zugang zu Studienkrediten), Kohlekraftwerke (Heizung und Strom der Gebäude) und Schlachthöfe (Mensaessen) zählen, die zwar als eigene Entitäten angesehen werden, aber doch durch vielfältige Beziehungen ineinander verwoben sind. Das universitäre Gefüge im Speziellen, und das institutionelle im Allgemeinen, besteht dabei nicht nur aus Wissenschaftler*innen und Studierenden, sondern auch aus Sicherheitskräften, Mensamitarbeiter*innen, Reinigungskräften, Pflanzen, Viren, einer Sprache der Verdinglichung und Räumen voller Barrieren (Snaza/Singh 2021: 2). All diesen Materien werden, in einem Gefüge des Erkennens von Welt, Rollen des Seins zugeteilt, die durch die dynamische Wirkung intersektionaler Kategorien extreme Ungleichheiten ausbilden.

In dieser Ökologie versuchen feministische Epistemologien Wissen zu situieren. Also sichtbar zu machen, aus welchem Machtgefüge heraus Wissen artikuliert wird, um dabei auszuloten, wie Wissen gerechter, solidarischer und intersektional bewusster formuliert werden kann. Bekannt geworden sind diese Diskussionen unter dem Deckmantel der Standpunkttheorien und werden heute um den Terminus *Positionalität* erweitert. Michel, vielleicht können wir auf zwei Zugänge näher eingehen, für einen guten und profunden Überblick der Diskussion lohnt indes die Lektüre des »The Feminist Standpoint Theory Reader« (Harding 2004).

Michel:
[Marginalisierte Epistemologien]

Gerade hier lohnt es sich, bei der Auswahl der Lektüre auf Positionalität zu achten und Perspektiven kennenzulernen, die eben nicht mehrfach privilegierte Autor*innen sind. Auch hier können wir wieder von Patricia Hill Collins (2000: 206) lernen. Sie formuliert einen *black feminist standpoint*, in dessen Zentrum das Wissen Schwarzer Frauen

steht und deren Empowerment darin vorrangiges Ziel ist. Die Erfahrungen und das Wissen Schwarzer Frauen sind mitunter zentral, um die »Matrix der Vorherrschaft« (ebd.: 227) und die Hegemonie eines Monohumanismus zu verstehen, kritisierend aufzubrechen und zu dezentrieren.

bell hooks artikuliert ebenfalls die Wichtigkeit des Sichtbarmachens Schwarzer Positionen in der Wissensproduktion, welche nicht von Erfahrungswissen abgespaltet, sondern dadurch maßgeblich bereichert wird:

> »Ich habe daran gearbeitet, die Art und Weise, wie ich spreche und schreibe, zu ändern, um in die Art und Weise des Erzählens einen Sinn für den Ort einzubauen, nicht nur dafür, wer ich in der Gegenwart bin, sondern woher ich komme, die vielen Stimmen in mir. Ich habe mich der Stille, der Unartikuliertheit gestellt. Wenn ich also sage, dass diese Worte aus dem Leiden heraus entstehen, beziehe ich mich auf diesen persönlichen Kampf, den Ort zu benennen, von dem aus ich zu Wort komme – den Raum meines Theoretisierens« (hooks 1989: 16, eigene Übersetzung).

Damit würdigt hooks die Ganzheitlichkeit ihres Schreibens, zu dem eben auch ihre spezifischen Erfahrungen von Schmerz und Auseinandersetzung gehören, Erfahrungen, die gewissermaßen sowohl spezifisch für bell hooks sind als auch spezifisch für ihre intersektionale Erfahrungswelt als Schwarze Frau. Es geht also immer auch um die Anerkennung der Spezifizität von Perspektiven und um die Anerkennung der Asymmetrien, die zwischen verschiedenen sozialen Positionen bestehen.

Übersetzt auf unsere Positionen, stellen wir einmal mehr fest:

Es gibt ungeheuerliche Schieflagen in der Welt, in unserer beiden Erfahrungswelten und in der Glaubwürdigkeit unserer Gedanken und Worte. Es ist eben nicht egal, dass ich mit männlicher Sozialisierung schreibe, dass wir als *weiße* Personen schreiben, als bildungsbürgerliche Personen, als Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft und Prägung; als Menschen, die ein Vermächtnis beerben, mit dem sie sich unwohl fühlen und das ihnen doch zum Wohle ist. Wo wir stehen, ist nicht egal, was (bzw. dass!) wir schreiben, nicht neutral und dieser Text ist ein Versuch der Markierung und involviert ein Scheitern im selben Zuge. Wir können *Weißsein* und dessen vielfältige Mechanismen nur verstehen, wenn wir von marginalisierten Epistemologien lernen.

Katrin:
[Wissen situieren]

An dieser Stelle möchte ich mithilfe einer weiteren Standpunkttheorie vom ›Wir‹ nochmal auf das ›Ich‹ zu sprechen kommen, welches mich eingangs beschäftigt hat; hierzu eröffnet uns Donna Haraway einige spannende Gedanken. Denn wie diese Auseinandersetzung uns einmal mehr zeigt, ist ›Ich‹ eigentlich nie richtig greifbar, es ist fragmentiert, es entsteht partiell im Austausch mit Gefährt*innen und gleicht einem Cyborg, wie Haraway (1985) schreibt.

Haraway schafft mit der Figur des Cyborgs eine radikale Infragestellung aller binären Grenzziehungen der westlich bürgerlichen Lehren, dessen was z.B. als Mensch und Technik gilt oder als Subjekt oder Objekt. Diese Figur hilft auch, die Grenze bzw. das Verhältnis zwischen Wissen und Produzent*in neu zu denken. Haraway war es auch, die mich das Situieren von Wissen gelehrt hat:

> »Ich möchte die Körperlichkeit aller Vision hervorheben und auf diese Weise das sensorische System reformulieren, das zur Bezeichnung des Sprungs aus dem markierten Körper hinein in den erobernden Blick von nirgendwo benutzt worden ist. Dieser Blick schreibt sich auf mythische Weise in alle markierten Körper ein und verleiht der unmarkierten Kategorie die Macht zu sehen, ohne gesehen zu werden sowie zu repräsentieren und zugleich der Repräsentation zu entgehen. Dieser Blick bezeichnet die unmarkierte Position des Mannes und des Weißen, in feministischen Ohren ist dies einer der vielen häßlichen Anklänge […] [des Wortes Objektivität, eigene Übersetzung][1] in wissenschaftlichen und technologischen, spätindustriellen, militarisierten, rassistischen und von Männern dominierten Gesellschaften, genau hier, im Bauch des Monsters, in den USA Ende der achtziger Jahre. Mir würde eine Lehre verkörperter Objektivität zusagen, die paradoxen und kritisch-feministischen Wissenschaftsprojekten Raum böte: Feministische Objektivität bedeutete dann ganz einfach situiertes Wissen« (Haraway 1995: 80).

Einer situierten Positionierung und Forschung ist es wichtig, gerade die eigene Position des forschenden, lehrenden oder studierenden Subjekts als niemals unschuldig offenzulegen, auch mit einer radikalen widerständigen Offenheit (hooks 1989) klarzumachen, woher die forschende Person (räumlich, historisch, theoretisch etc.) kommt und welche Interessen diese mit ihrer Arbeit verfolgt – kurz: Warum wird diese Forschung gemacht und wozu und vor allem wem dient sie? Wissenschaftler*innen treten als handelnde und wissensproduzierende Subjekte in Erscheinung, die an der Co-Konstruktion von Wissen im Forschungsprozess oder in der Lehre maßgeblich und machtvoll beteiligt sind. Die Stärke einer situierten Forschung liegt in der Möglichkeit begründet, Geschichten der eigenen Positionierung (AG KGGU 2018; Keding 2018: 2ff.; Singer 2019: 63ff.) zu erzählen und dafür eine ›*response-ability*‹ (Haraway 2018) zu entwickeln. Sie bietet eine Form von Befähigung an, für sich selbst und die eigene Forschung Position zu beziehen, Verantwortung dafür zu übernehmen und das Netz der Machtverhältnisse, in die sie verwoben sind, zu analysieren, zu dechiffrieren und aufzubrechen. Persönliche Lebens- und Forschungsgeschichten als besondere, einzigartige und oft minorisierte oder eben auch privilegierte Erfahrungen zu lesen und im akademischen Schreiben zu betonen, sensibilisiert gegenüber einer Totalisierung hegemonialer Erzählungen, eines alles erkennenden Blicks (Schmidt 2020: 71) und ist eine klare Absage an den einzig wahren Standpunkt zu forschen, zu lernen, zu lehren und zu sein. Dafür lohnt sich das Umpflügen des Standortes, an dem wir zu einer spezifischen Zeit, an einem spezifischen Ort stehen, allemal. So fällt, um in der Analogie zu bleiben, diese Arbeit bei mir auf fruchtbaren Boden. Denn wenngleich diese Arbeit des sich Positionierens immer auch diverse Formen des Unwohlseins auslöst, bin ich als Wissensproduzentin einem Erkenntnisinteresse verpflichtet, das jenseits von Objektivität und starrer Richtigkeit, ungleiche Machtverhältnisse kritisiert, analysiert und aufbricht. Ohne die Situierung meiner Erkenntnisse kann ich diesem Anspruch nicht genügen.

1 Anm.: die offizielle deutsche Übersetzung ist falsch, im Original heißt es »*the word Objectivity*« und nicht »*world-objectivity*«.

Literatur

AG KGGU – Arbeitsgruppe »Kritische Geographien Globaler Ungleichheiten« (2018): »C/Artographies of Positionality. Or how we try to situate ourselves as a Working Group in Academia«, in: Kritische Karten Kollektiv (Hg.): This is not an Atlas. A Global Collection of Counter-Cartographies, Bielefeld: transcript, S. 294-299.

Crenshaw, Kimberly (2019): »Das Zusammenwirken von Race und Gender ins Zentrum rücken. Eine Schwarze feministische Kritik des Antidiskriminierungsdogmas, der feministischen Theorie und antirassistischer Politiken (1989)«, in: Natasha A. Kelly, Natasha (Hg.): Schwarzer Feminismus. Grundlagentexte, Münster: Unrast, S. 145-187.

Facio, Elisa/Lara, Irene (Hg.) (2014): Fleshing the Spirit. Spirituality and Activism in Chicana, Latina, and Indigenous Women's Lives, Tucson: The University of Arizona Press.

Haraway, Donna (1985): »Manifesto for Cyborgs: Science, Technology, and Socialist Feminism in the 1980s«, in: Socialist Review, 80. Jg., S. 65-108.

Haraway, Donna (1995): »Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive«, in: Donna Haraway (Hg.): Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 73-97.

Haraway, Donna (2018): Unruhig bleiben. Die Verwandtschaft der Arten im Chthuluzän, Frankfurt a.M./New York: Campus.

Harding, Sandra (Hg.) (2004): The Feminist Standpoint Theory Reader. Intellectual and Political Controversies, New York/London: Routledge.

Hill Collins, Patricia (2000): Black Feminist Thought. Knowledge, consciousness, and the politics of empowerment, New York/London: Routledge.

hooks, bell (1989): »Choosing the Margin as a Space of Radical Openness«, in: Framework: The Journal of Cinema and Media, Nr. 36, S. 15-23.

Keding, Michel (2018): Selbstverständnisse im Spiegel kolonial-missionarischer Narrative. Identitätskonstruktionen *weißer* Farmer*innen in Südafrika. Unveröffentlichte Bachelorarbeit, Hamburg.

Schmidt, Katharina (2020): »A visual reminder on positionality and the limits of reflection«, https://ak-feministische-geographien.org/rundmail/ (Zugriff: 12.05.2022).

Singer, Katrin (2019): »Confluencing Worlds. Skizzen zur Kolonialität von Kindheit, Natur und Forschung im Callejón de Huaylas, Peru«, https://ediss.sub.uni-hamburg.de/bitstream/ediss/6315/1/Dissertation.pdf (Zugriff: 12.05.2022).

Singer, Mona (2008): »Feministische Wissenschaftskritik und Epistemologie: Voraussetzungen, Positionen, Perspektiven«, in: Ruth Becker/Beate Kortendiek (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 285-294.

Snaza, Nathan/Singh, Julietta (2021): »Introduction. Dehumanist Education and the Colonial University«, in: Social Text 146, 39. Jg., Nr. 1, S. 1-19.

Wynter, Sylvia/McKittrick, Katherine (2015): »Unparalleled Catastrophe for Our Species? Or, to Give Humanness a Different Future: Conversations«, in: Katherine McKittrick/Sylvia Wynter (Hg.): Sylvia Wynter. On Being Human as Praxis, Durham: Duke University Press, S. 9-89.

Soziale Kartographien

Martina Neuburger

Karten sind bildliche bzw. symbolische Darstellungsformen, mit deren Hilfe Informationen über Beziehungen – Lage, Entfernung, Hierarchie, Abhängigkeit etc. – zwischen Orten und Regionen, aber auch – im Sinne der englisch-sprachigen Begriffe *(mind-, road-, model-* etc.*) map* (Wood/Krygier 2009) – zwischen Objekten und Themen festgehalten und vermittelt werden (Monmonier 2019). Insbesondere geographische Karten, in denen konkrete Räume und Orte abgebildet werden, haben eine große politische, geostrategische und militärische Bedeutung, da Informationen und damit auch Orten, die in Karten benannt und dokumentiert werden, Bedeutung zugewiesen wird. Sie werden damit als existent und relevant anerkannt (Pickles 2004). In diesem Sinne (er)schaffen Karten Welt(bilder), machen sie sichtbar und füllen sie mit Bedeutungen. Durch diese ›Macht der Karten‹ war die Herstellung von Karten – also die Kartographie – immer schon ein herrschaftliches Instrument, um Territorien abzustecken oder ›neue‹ Gebiete zu erschließen und zu besetzen (Cosgrove 2008; Gräbel 2015).

Der machtvolle Prozess des Karten-Machens sowie die vermeintliche Objektivität von Karten allgemein werden spätestens seit den 1980er Jahren von kritischen Wissenschaftler*innen unter die Lupe genommen (Harley 1989; Wood 1992; Monmonier 1996; kollektiv orangotango+ 2019). Kritische Kartograph*innen beleuchten dabei die in Karten eingeschriebenen Machtverhältnisse und stellen vor allem Fragen nach der Autor*innenschaft einer Karte, nach dem gesellschaftlichen Kontext, nach zugrundeliegenden Interessen sowie nach impliziten und expliziten Hierarchien und Wertungen. Um das sogenannte kartographische Schweigen – die bewusste oder unbewusste Auslassung von Informationen in einer Karte (Glasze 2009) – zu brechen, verfolgen kritische Kartograph*innen die Idee, über partizipative und kollektive Kartenerstellungsprozesse eben diese fehlenden, marginalisierten Inhalte, Positionen und Interessen sichtbar zu machen und Karten als ein Instrument emanzipatorischer und sozialer Bewegungen zu nutzen, um deren Wissensbestände und Bedeutungszusammenhänge zur Geltung zu bringen (Monmonier 1996; Dodge/Perkins 2008). Aus diesen Überlegungen heraus ist die Methode der sozialen Kartographie entstanden, die Karten als politisches Instrument im Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung und für Gerechtigkeit nutzt.

Von den Ursprüngen …

Die Ursprünge sozialer Kartographien lassen sich nur schwer datieren, da sie als fundamentale Kritik an der ›klassischen‹, von → Staat, politischen und wirtschaftlichen Eliten dominierten Kartographie vor allem aus Indigenen und künstlerischen Kontexten entstanden, die nicht unbedingt in einer nach außen kommunizierten oder kommunizierbaren Form dokumentiert sind (Herlihy/Knapp 2003). Schriftlich niedergelegt und damit für die *scientific community* wahrnehmbar finden sich in den späten 1970er Jahren erste Nachweise in Form von sogenannten *Counter-Maps*, die *First Nations* Bewegungen in Alaska und Kanada erstellt hatten (Nietschmann 1994; Mesquita 2019), von wo aus sich die Kunst des *Counter-Mappings* weltweit ausgebreitet haben soll. Anzunehmen ist, dass Karten in einem gemeinschaftlichen, kollektiven Prozess in sehr unterschiedlichen räumlichen, gesellschaftlichen und historischen Kontexten – also auch weit in der (Vor-)Geschichte zurückliegend – gezeichnet und erstellt wurden, da sie mitunter einen essentiellen Bestandteil identitätsstiftender und nach innen oder außen gerichteter politischer Praxis bildeten.

In den Sozialwissenschaften etablierten sich partizipativ erstellte Karten und kollektive Kartierungsprozesse in den 1970er Jahren, um – in Abkehr von einem positivistischen Weltbild – einer postmodernen Gesellschaft Rechnung zu tragen und bestehende multiple Narrative abbilden zu können (Downs/Stea 1973; Cosgrove 2008). Poststrukturalistische und konstruktivistische Ansätze erforderten darüber hinaus neue methodologische Zugänge zum Forschungsfeld, sodass die kollektive und partizipative Kartierung bis heute immer weiter an Bedeutung gewinnt. Dabei besteht die große Herausforderung darin, einen Forschungsprozess so zu gestalten, dass die emanzipatorische Dimension kollektiver Kartierungen nicht verloren geht, auch wenn die Initiative zur gemeinschaftlichen Erstellung von Karten von ›außen‹, also von einem*r Wissenschaftler*in, angestoßen und definiert wird (Acselrad 2008; kollektiv orangotango+ 2019). Deshalb wird in der Regel zwischen kollektiven und partizipativen Kartierungen unterschieden, wobei ersteres ausschließlich für eine Kartographie verwendet wird, die als Instrument des → Widerstandes und der → Emanzipation von *grass roots* Bewegungen und Organisationen genutzt wird, während letzteres Karten bezeichnet, die durch Kartierungsprozesse entstanden sind, deren Initiative ›von außen‹ – von Wissenschaft, Politik, Wirtschaft etc. – an entsprechende Gruppen herangetragen wird. Auch wenn letztere gelegentlich emanzipatorische Wirkungen erzielen, bleiben Impuls, thematische Setzung, Verlauf und spätere Verwendung immer in Hierarchien zwischen Kartierenden und Initiator*innen eingebunden, die es im Kartierungsprozess zu reflektieren gilt.

Als politisches Instrument im Kampf um territoriale Selbstbestimmung sowie um den Zugang zu Land und zu den damit verbundenen natürlichen Ressourcen (→ Rohstoffe) sind kollektive Kartierungen vor allem seit den 1980er und frühen 1990er Jahren aus Amazonien bekannt (Herlihy/Knapp 2003; Almeida 2008). Insbesondere das Team um den brasilianischen Ethnologen Alfredo Wagner Berno de Almeida entwickelte die Methodik der *Cartografia Social*, der sozialen Kartographie (Almeida et al. 2009). Spätestens seit den 1990er Jahren bilden partizipative Kartierungen und *community mappings* in verschiedensten Programmen der Entwicklungszusammenarbeit einen festen Bestandteil. Damit soll die lokale Bevölkerung in staatlich institutionalisierte Planungsprozesse involviert und die Stimmen bislang marginalisierter Gruppen

hörbar bzw. sichtbar gemacht werden (Chambers 1994, 1997; Parker 2006; IFAD 2009; Unger 2014). Die Anwendung partizipativer Kartierungsmethoden im Rahmen der institutionalisierten Entwicklungszusammenarbeit stieß jedoch und stößt noch heute auf scharfe Kritik seitens aktivistischer Gruppen, da bei meist fehlender Macht- und Gesellschaftskritik die scheinbare Beteiligung der lokalen Bevölkerung lediglich bestehende Machtverhältnisse reproduziert und vorgefertigte Planungsziele legitimiert (Parker 2006; Wagner 2013; Kim 2015).

Mit den vielfältigen kartographischen Praktiken in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft werden immer mehr Initiativen bekannt, die im Bereich der sozialen Kartographie aktiv sind. Neben dem Team um Almeida, das die *Nova Cartografia Social da Amazônia*[1] gegründet hat, stellt eine der bekanntesten Gruppen weltweit das Duo der *Iconoclasistas* dar, das die Soziologin Julia Risler und der Künstler Pablo Ares 2006 in Buenos Aires (Argentinien) als Büro für Öffentlichkeitsarbeit, grafische Gestaltung und städtische Interventionen gegründet haben[2]. Im deutschen Kontext ist das kollektiv orangotango[3] besonders bekannt. Entstanden aus aktivistischen und wissenschaftlichen Netzwerken baut die Arbeit des Kollektivs vor allem auf einem Erfahrungsschatz partizipativer Kartierungen für politisch-kulturelle Arbeit auf. Neben diesen zumindest im deutschsprachigen Raum inzwischen sehr bekannten Initiativen werden auch das *Bureau d'Études* in Frankreich[4] und die US-amerikanischen Kollektive *Counter-Cartographies Collective*[5] und *Guerilla Cartography*[6] häufig genannt.

Es sei an dieser Stelle jedoch (selbst)kritisch angemerkt, dass diese eine Erzählung über Entstehung und aktuelle Dynamiken kritischer und vor allem kollektiver Kartographien die Gefahr der Kanonisierung in sich birgt, die immer wieder dieselben Autor*innen zitiert und damit selbst ein kartographisches Schweigen produziert, das in unzähligen Kontexten existierende, jedoch für die Öffentlichkeit nicht zugängliche und sichtbare kartographische Praktiken übersieht.

… und Dynamiken sozialer Kartographien

Unabhängig davon, wie die Entstehungsgeschichte sozialer Kartographien erzählt wird und ungeachtet der zweifellos unüberblickbaren und un›entdeckten‹ Vielfalt an Kontexten, Zielsetzungen, Methoden und Ergebnissen, besteht die Grundidee sozialer Kartierungen darin, den machtvollen Prozess der Kartenerstellung zu dezentrieren und ihn zu einem emanzipatorischen Lernprozess zu machen, in dem nicht-dominante, marginalisierte Formen der Wissensproduktion und gesellschaftskritische Inhalte im Vordergrund stehen. Dies impliziert, dass Karten nicht primär als eine Sammlung und bildliche Darstellung von Informationen betrachtet werden, sondern vielmehr als Ergebnis eines gemeinschaftlichen Schaffensprozesses, in dem ein gleichberechtigter, hierarchiesensibler und diskriminierungsfreier Austausch von Erfahrungen, Wis-

1 http://novacartografiasocial.com.br
2 https://iconoclasistas.net
3 https://orangotango.info
4 https://bureaudetudes.org
5 https://www.countercartographies.org
6 https://www.guerrillacartography.org

sen und Perspektiven möglich ist (Risler/Ares 2014; Mesquita 2019). Marginalisierte Gruppen können sich dadurch kartographisch ermächtigen, sozial-ökologische und politische Missstände visualisieren und damit gesellschaftlich wirkmächtig auf sie aufmerksam machen. Damit geht einher, dass kollektive Kartierungen nicht so sehr die Karte als Endprodukt im Blick haben, sondern vielmehr der Prozess der gemeinschaftlichen Erstellung einer Karte, also der Austausch von Erfahrungen, die Auseinandersetzung mit Bewertungen und Aushandlungen von Positionen zu einer kollektiv bestimmten Thematik, im Fokus steht (Crampton 2009; Risler/Ares 2014).

Soziale Kartographien verweigern sich damit grundlegend der Privatisierung von Wissen und richten sich gegen eine dominante kapitalistische Logik der Spezialisierung, die ausschließlich ausgebildeten Kartograph*innen die Autorität zugesteht, als ›wahr‹ anerkannte Karten zu erstellen. Alltägliche Techniken der Gestaltung von Karten, einfache und kostengünstige Materialien, eigenständig vom Kollektiv entwickelte Ästhetiken und künstlerisch-kreative Methoden tragen dazu bei, den Prozess der Kartenerstellung weitestgehend zu demokratisieren. Die soziale Kartierung verschließt sich jedoch nicht neuen Technologien wie Fernerkundung und Geographische Informationssysteme GIS – im Gegenteil: Ein Ziel entsprechender Projekte kann es sein, gerade marginalisierten Gruppen den Zugang zu gesellschaftlich bzw. staatlich anerkannten Techniken zur Erstellung z.B. georeferenzierter Karten zu ermöglichen (Johnson et al. 2006) oder diese technologischen Tools in einer Form weiterzuentwickeln, dass Diversität und Fluidität von Territorialitäten darstellbar werden (vgl. dazu beispielsweise die Ansätze des *Critical GIS*, Thatcher et al. 2018). Unabhängig von der angewendeten Technik des Kartenerstellens wird in der Regel darauf geachtet, dass die Karten leicht reproduzierbar sind, keine intellektuellen Eigentumsrechte definiert werden und die Karten damit als *creative commons* verbreitet werden können, um die Zirkulation und Vervielfältigung der Karten zu erleichtern und damit die politischen Kämpfe durch die Vernetzung von Widerstandsgruppen und -bewegungen zu unterstützen.

… in der Politischen Ökologie

Soziale Kartographien erlangen ihre Bedeutung in den politisch-ökologischen Debatten durch ihre Funktion als Analysewerkzeug und Interventionsform. Sie sollen Herrschaft und Dominanz, Macht- und Ausbeutungsverhältnisse sichtbar machen, dominante polit-ökonomische Logiken dekonstruieren, Hierarchien und Widersprüche aufdecken und strukturelle Gewalt in den Blick nehmen sowie Netzwerke, Orte und Wege des sozialen Wandels aufzeigen und dadurch eine emanzipatorische Wirkung erzielen. Damit werden sie zu einem wichtigen politischen Instrument nicht nur, aber auch in politisch-ökologischen Themen- und Konfliktfeldern.

Die breiteste Anwendung findet die soziale Kartographie in Umweltkonflikten. Aushandlungen und Auseinandersetzungen um den Zugang zu natürlichen Ressourcen wie → Wasser, Wald und seine Produkte, Land, Bodenschätze etc., aber auch um Umweltzerstörung und -verschmutzung stehen häufig im Zentrum solcher Konflikte. Dabei können Kartierungsprozesse auf lokaler Ebene die Perspektiven von Betroffenen auf und Positionierungen zu Umweltproblemen sichtbar machen. Die bekanntesten Beispiele solcher Kartierungsprozesse finden sich im lateinamerikanischen

Kontext, wenn es beispielsweise darum geht, die Land- und Wassernutzungsrechte marginalisierter Gruppen gegen die Expansion einer modernisierten, marktorientierten, technisierten Landwirtschaft oder gegen die Einrichtung von Megainfrastrukturprojekten (Bergbau, Fernstraßen, Staudämme, Stromtrassen etc.) zu verteidigen[7] (vgl. Box). Dabei erfüllen die erarbeiteten Karten im Wesentlichen die Funktion, die nicht oder nur unzureichend formalisierten Eigentums- und Besitzrechte der von Verdrängung bedrohten Bevölkerungsgruppen zu dokumentieren, zu visualisieren und gegebenenfalls in formal anerkennungsfähige Form zu überführen, sodass sie als Instrument des Widerstandes bei politischen Verhandlungen und in Gerichtsverfahren nutzbar sind. Auch die Dokumentation von Umweltzerstörungen in Karten kann diese Kämpfe unterstützen.

Ähnlich gelagert und teilweise eng damit verwoben sind soziale Kartierungen, die dem kapitalistischen, neoliberalen Modell der → Inwertsetzung von → Natur alternative Konzepte entgegenstellen wollen. Sie können als Werkzeug zur Stärkung lokaler Identitäten und territorialer Verankerungen eingesetzt werden, indem gemeinsame Geschicht(sschreibung)en und Identitätsanker in eine räumliche Beziehung zueinander gesetzt werden, sodass daraus Territorien angeeignet und in politischen Aushandlungsprozessen beansprucht werden können. In städtischen Kontexten nutzen beispielsweise Gemeinschaftsgärten kollektive Kartierungen, um naturnahe bzw. nutzbare Freiflächen im Stadtgebiet zu identifizieren und gegen eine kapitalistisch-spekulative Nutzung zu verteidigen[8]. Bei der Ausweisung von Wald- und Naturschutzgebieten, die eine menschliche Nutzung ausschließen, können kollektive Karten dazu dienen, extraktive, häufig lange tradierte Nutzungsformen – Sammeln, Jagen, Fischfang etc. – sichtbar zu machen und ihre Bedeutung für die *livelihoods* lokaler Bevölkerungsgruppen zu dokumentieren[9]. Kartierungen mit diesen Zielsetzungen haben die Funktion, dass lokale, meist marginalisierte Bevölkerungsgruppen die Deutungshoheit darüber, was als Natur zu betrachten und wie diese (nicht) zu nutzen sei, für sich beanspruchen und ihre Perspektiven in politische Aushandlungsprozesse machtvoll einbringen können (Hazen/Harris 2006; Almeida 2008).

Die genannten Kontexte sind sicherlich nur einige wenige der insgesamt möglichen Bedeutungen von sozialen, partizipativen und kollektiven Kartierungen in politisch-ökologischen Themenfeldern. Zentrales Augenmerk liegt dabei immer auf der Sichtbarmachung marginalisierter Perspektiven auf Natur und Naturaneignung, Umweltveränderung und -zerstörung, um Gewalt, Ungleichheiten und Machtverhältnisse aufzudecken, zu benennen und – im Idealfall – marginalisierte Gruppen in ihren Kämpfen um mehr → Umweltgerechtigkeit, Autonomie und Identitäten zu unterstützen (Rose-Redwood et al. 2020).

---

7 Vgl. Beispiele in https://iconoclasistas.net/cartografias/; https://conflitosambientaismg.lcc.ufmg.br/observatorio-de-conflitos-ambientais/mapa-dos-conflitos-ambientais/und https://ejatlas.org.

8 Vgl. Beispiele von Kartierungsprojekten des Kollektivs orangotango in https://orangotango.info/de/kategorie/kritische-karten/.

9 Vgl. als Beispiel https://conflitosambientaismg.lcc.ufmg.br/conflito/?id=564

Fallstricke und Herausforderungen

Auch wenn soziale Kartierungen – und hier besonders kollektive Kartierungen – ein machtvolles Instrument in widerständigen und emanzipatorischen Prozessen sein können, so lassen sich doch Grenzen und Gefahren identifizieren, die im Eifer des Kartierungsprozesses oftmals übersehen werden. Einige Kritiker*innen sehen beispielsweise eine Schwierigkeit darin, dass nicht alle Inhalte widerständiger Kämpfe in kartographische ›Bilder‹ und Modelle überführt werden können (Pink 2013; Singer 2019). Insbesondere (Indigene) Kosmovisionen und Weltvorstellungen, die sich nicht in zweidimensionale Darstellungen bringen lassen oder die sich einer eindeutigen Anordnung verweigern, erfahren gegebenenfalls durch eine Darstellung in einer Karte eine essentielle Reduzierung. Auch verleiten bildliche Darstellungen dazu, Kollektive zu personifizieren, zu homogenisieren und damit Aussagen über die gesamte Gruppe zu machen, anstatt ihre innere Heterogenität anzuerkennen. Ein sensibler Umgang mit und Einsatz von graphischen Elementen, die sich einer eindeutigen Interpretation entziehen, oder die Erstellung von Broschüren mit multiplen Autor*innenschaften, die vielfältige Darstellungsformen beinhalten, können mögliche Strategien zur Umgehung solcher Fallstricke sein.

Eine sehr grundsätzliche Kritik bezieht sich auf die bereits erwähnte Instrumentalisierung der Methodik für Zwecke, die – mit dem Label der ›Partizipation‹ versehen – einer Legitimation politischer Positionierungen und Entscheidungen dienen, die Machtverhältnisse verfestigen und marginalisierte Stimmen eher verdecken als hörbar machen. Dasselbe gilt auch für die Anwendung in wissenschaftlichen Projekten, wenn Initiative, Themenstellung und Zielsetzung nicht von den in die Kartierung involvierten Personen und Gruppen ausgehen, sondern einer wissenschaftlichen Logik folgen bzw. der akademischen Karriere einzelner Personen dienen. Soziale und partizipative Kartierungen für wissenschaftliche Zwecke zu verwenden, erfordert also einerseits eine kontinuierliche und intensive Auseinandersetzung mit der eigenen → Positionalität. Andererseits verhindert eine partizipative oder auch eine kollektive Kartierung nicht, dass während des Kartierungsprozesses bereits zuvor, innerhalb der involvierten Gruppe, bestehende Ungleichheiten und Hierarchien reproduziert oder verstärkt werden, wenn wortgewandte oder als *opinion leader* positionierte Personen stärker ihre Perspektiven einbringen als andere. Auch deshalb ist eine intensive, kontinuierliche Reflexion der einzelnen Arbeitsschritte und der jeweiligen Ergebnisse einer Kartierung von zentraler Bedeutung, um der Methode nicht ihre emanzipatorische Kraft zu nehmen.

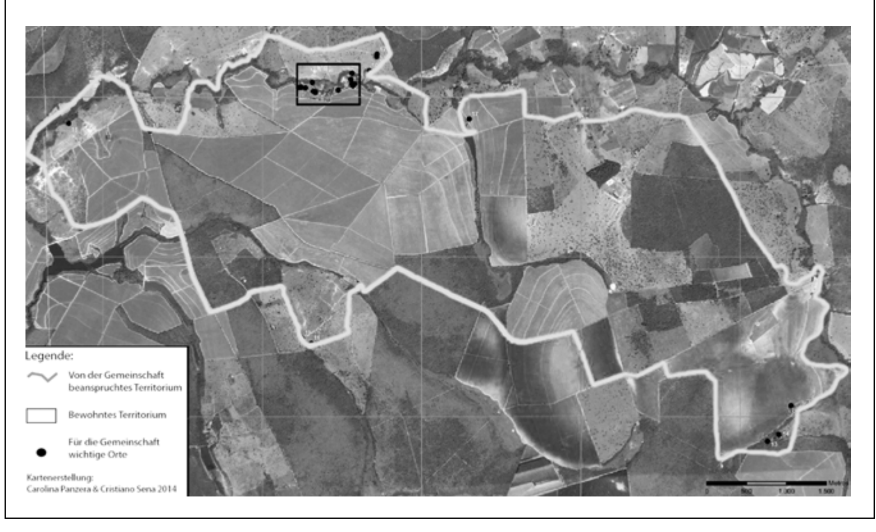
Karten gegen Verdrängung und Marginalisierung: kollektive Kartierung der *Comunidade Quilombola de Saco Barreiro* (Minas Gerais, Brasilien)

Die *Comunidade Quilombola de Saco Barreiro* liegt im brasilianischen Munizip Pompéu (Minas Gerais). Zur Zeit ihrer Gründung im 18. Jh. noch in einem unzugänglichen Waldgebiet gelegen, wird die *comunidade* inzwischen von expandierendem großbetrieblichen Zuckerrohranbau und Rinderweidewirtschaft umzingelt. Um ihre territorialen Ansprüche auf der Basis tradierter, meist extraktiver Nutzungsformen zu legitimieren und die heutigen Bedrohungen zu dokumentieren, wurden in einem kollektiven Diskussionsprozess frühere und aktuelle Nutzungen kartiert und durch eine GPS-Kartierung ergänzt. (Weitere Informationen vgl. Neuburger/Rau 2019).

Abb. 1: Kollektive Kartierung vergangener Nutzungen (eigene Darstellung).



Abb. 2: GPS-gestützte Kartierung des Territoriums (eigene Darstellung).



Literatur

Almeida, Alfredo Wagner Berno de (2008): Terras de quilombos, terra indígenas, »babaçuais livres«, »castanhais do povo«, faxinais e fundos de pastos. Terras tradicionalmente ocupadas, Manaus: Projeto Nova Cartografia Social da Amazônia.

Almeida, Alfredo Wagner Berno de/Souza, Roberto Martins de/Shiraishi Neto, Joaquim (Hg.) (2009): Terras de Faxinais, Manaus: Edições da Universidade do Estado do Amazonas.

Acselrad, Henri (Hg.) (2008): Cartografias Sociais e Território, Rio de Janeiro: UFRJ/IPPUR.

Chambers, Robert (1994): »The Origins and Practice of Participatory Rural Appraisal«, in: World Development, 22. Jg., Nr. 7, S. 953-969.

Chambers, Robert (1997): Whose reality counts? Putting the first last, London: Practical Action Publishing.

Cosgrove, Denis (2008): »Cultural cartography. Maps and mapping in cultural geography«, in: Annales de géographie, 2-3. Jg., Nr. 660-661, S. 159-178.

Crampton, Jeremy W. (2009): »Cartography. Performative, participatory, political«, in: Progress in Human Geography, 33. Jg., Nr. 6, S. 840-848.

Dodge, Martin/Perkins, Chris (2008): »Reclaiming the Map. British Geography and Ambivalent Cartographic Practice«, in: Environment and Planning A: Economy and Space, 40. Jg., Nr. 6, S. 1271-1276.

Downs, Roger M./Stea, David (Hg.) (1973): Image and Environment. Cognitive Mapping and Spatial Behavior, New York: Routledge.

Glasze, Georg (2009): »Kritische Kartographie«, in: Geographische Zeitschrift, 97. Jg., Nr. 4, S. 181-191.

Gräbel, Carsten (2015): Die Erforschung der Kolonien. Expeditionen und koloniale Wissenskultur deutscher Geographen, 1884-1919, Bielefeld: transcript.

Harley, John B. (1989): »Deconstructing The Map«, in: Cartographica: The International Journal for Geographic Information and Geovisualization, 26. Jg., Nr. 2, S. 1-20.

Hazen, Helen D./Harris, Leila M. (2006): »Power of Maps. (Counter) Mapping for Conservation«, in: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies, 4. Jg., Nr. 1, S. 99-130.

Herlihy, Peter H./Knapp, Gregory (2003): »Maps of, by, and for the Peoples of Latin America«, in: Human Organization, 62. Jg., Nr. 4, S. 303-314.

IFAD – International Fund for Agricultural Development (2009): »Good practices in participatory mapping. A review prepared for the International Fund for Agricultural Development (IFAD)«, https://www.ifad.org/documents/38714170/39144386/PM_web.pdf/7c1eda69-8205-4c31-8912-3c25d6f90055 (Zugriff: 14.01.2022).

Johnson, Jay T./Louis, Renee P./Pramono, Albertus H. (2006): »Facing the Future. Encouraging Critical Cartographic Literacies In Indigenous Communities«, in: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies, 4. Jg., Nr. 1, S. 80-98.

Kim, Annette M. (2015): »Critical cartography 2.0. From »participatory mapping« to authored visualizations of power and people«, in: Landscape and Urban Planning, 142. Jg., Nr. 22, S. 215-225.

kollektiv orangotango+ (Hg.) (2019): This is not an atlas. A global collection of counter-cartographies, Bielefeld: transcript.

Mesquita, André (2019): »Counter-Cartographies. The Insurrection of Maps«, in: kollektiv orangotango+ (Hg.): This is not an atlas. A global collection of counter-cartographies, Bielefeld: transcript, S. 26-37.
Monmonier, Mark (1996): How to lie with maps, Chicago: University of Chicago Press.
Monmonier, Mark (2019): Connections and Content. Reflections on Networks and the History of Cartography, Redlands, California: Esri Press.
Neuburger, Martina/Rau, Rafalea (2019): »Die Kolonialität der brasilianischen Energielandschaft«, in: Karsten Berr/Corinna Jenal (Hg.): Landschaftskonflikte, Wiesbaden/Heidelberg: Springer VS, S. 487-504.
Nietschmann, Bernard (1994): »Defending the Miskito Reefs with Maps and GIS. Mapping with Sail, Scuba, and Satellite«, in: Cultural Survival Quarterly, 18. Jg., Nr. 4, S. 34-37.
Parker, Brenda (2006): »Constructing Community Through Maps? Power and Praxis in Community Mapping«, in: The Professional Geographer, 58. Jg., Nr. 4, S. 470-484.
Pickles, John (2004): A History of Spaces. Cartographic Reason, Mapping and the Geo-Coded World, London: Routledge.
Pink, Sarah (2013): Doing Visual Ethnography. Images, Media and Representation in Research, London: Sage Publications.
Risler, Julia/Ares, Pablo (2014): »Talleres de mapeo. Recursos lúdicos y visuales para la construcción de conocimiento colectivo«, in: Ecología Política, Nr. 48, S. 28-32.
Rose-Redwood, Reuben/Blu Barnd, Natchee/Lucchesi, Annita Hetoevéhotohke'e/Dias, Sharon/Patrick, Wil (2020): »Decolonizing the Map. Recentering Indigenous Mappings«, in: Cartographica: The International Journal for Geographic Information and Geovisualization, 55. Jg., Nr. 3, S. 151-162.
Singer, Katrin (2019): Confluencing Worlds. Skizzen zur Kolonialiät von Kindheit, Natur und Forschung im Callejón de Huaylas, Peru. Dissertation, Hamburg, S. 496.
Thatcher, Jason B./Wright, Ryan T./Sun, Heshan/Zagenczyk, Thomas J./Klein, Richard (2018): »Mindfulness in Information Technology Use. Definitions, Distinctions, and a New Measure«, in: MIS Quarterly, 42. Jg., Nr. 3, S. 831-847.
Unger, Hella von (2014): »Forschungsethik in der qualitativen Forschung. Grundsätze, Debatten und offene Fragen« in: Hella von Unger/Petra Narimani/Rosaline M´Bayo (Hg.): Forschungsethik in der qualitativen Forschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 15-39.
Wagner, Thomas (2013): Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument, Köln: PapyRossa.
Wood, Denis (1992): The Power of Maps, New York/London: The Guilford Press.
Wood, Denis/Krygier, John B. (2009): »Map Types«, in: International Encyclopedia of Human Geography, S. 339-343.

Verlernen lernen – eine intervenierende Forschungs- und Arbeitsweise in der Politischen Ökologie

Antje Bruns

Die Forschungspraxis der Politischen Ökologie ist durch einen reflexiven, → macht- und herrschaftskritischen Umgang mit → Wissen geprägt und hat in den letzten Jahren erhebliche Impulse durch → post- und dekoloniale Denkansätze sowie die *Science and Technology Studies* (STS) erfahren. Die Relevanz und Aktualität dieser Forschungspraxis kann kaum überschätzt werden, denn angesichts der sich immer weiter zuspitzenden sozial-ökologischen Krisen (z.B. → Klimakrise, → Biodiversitätskrise, → Wasserkrise) und den damit verwobenen Kämpfen steigt die Dringlichkeit ihrer Lösung. Die Politische Ökologie zeichnet sich nun aber dadurch aus, dass sie sich den einfachen und glatten Lösungen verweigert. Stattdessen deckt sie auf, inwiefern die unterbreiteten Lösungsversprechen selbst Teil der → hegemonialen Verhältnisse sind. Daher fordert sie nicht nur eine Reflexion des Wissens über → gesellschaftliche Naturverhältnisse und ihre Krisen, sondern interveniert auch in die Wissensproduktion.

Politisch-ökologische Arbeiten der letzten zwei Dekaden legen offen, welches Wissen in die Rahmung sozial-ökologischer Krisenphänomene und wessen Expertise in Lösungsversuche eingehen (z.B. Forsyth 2003; Jazeel 2014). Sie zeigen, dass die Bearbeitung der Krisen vorwiegend innerhalb jener naturalisierender, de-politisierender und universalisierender Zugänge und westlich-eurozentrischer Epistemologien stattfindet, die sie überhaupt erst hervorbrachten (Loftus 2019). Entlang eines solchen Verständnisses ist beispielsweise Wasserknappheit nicht allein das Ergebnis hydrologischer Faktoren, sondern wird immer auch in sozialen Praktiken hergestellt. Mit dieser Abwendung von naturalisierenden Deutungen der Wasserknappheit, wendet sie sich jenen Machtverhältnissen zu, die für die Verteilung von und dem Zugang zu Wasser konstitutiv sind. Infolgedessen rückt die Politische Ökologie das Politische in den Analysefokus, fragt nach den Folgen für unterschiedliche soziale Gruppen und zeigt, dass Wasserknappheit nicht alle Menschen einer Stadt, Region oder eines Landes gleichermaßen betrifft. Stattdessen ist Wasser, und der Nutzen der daraus gezogen wird, höchst ungleich verteilt; diese Ungleichheiten manifestieren sich auf verschiedenen Maßstabsebenen, bleiben aber in universalisierenden Zugängen verborgen. Eine durch post- und dekoloniale Ansätze inspirierte Politische Ökologie deckt diese Ungleichheiten des Zugangs zu und Kontrolle über Ressourcen auf und zeigt, dass sie Bedingung und Folge kolonialer Denkmuster und Praktiken sind und durch ein spezifisches, historisch etabliertes Verständnis legitimen Wissens stabilisiert und reproduziert werden (Escobar 2007; Radcliffe 2017).

Vor diesem Hintergrund fordern Politische Ökolog*innen eine Abkehr von kolonialen und imperialen Wissensbeständen und Praktiken der Wissensproduktion (→ De/Kolonialität). Diese Abkehr konkretisiert sich auch in einer Praxis des Verlernens. Verlernen verfolgt das Ziel, sich jener hegemonial gewordener Wissensbestände zu entledigen, die anderes Wissen abwerten oder nicht anerkennen[1]. Insofern ist Verlernen eine Voraussetzung, um ausgeschlossenes anderes Wissen erfahrbar zu machen (Spivak 2008; Castro Varela 2017).

Die dunkle Seite des Wissens: Nichtwissen

Welches Wissen (z.B. über die Wasserkrise) wissen wir und welches wissen wir nicht? Post- und dekoloniale Theoretiker*innen verweisen darauf, dass der Referenzpunkt des Wissens der Westen/Europa ist. Sie stellen dar, dass das hegemonial gewordene eurozentrische Wissen (Chakrabarty 2009) anderes Wissen überdeckt, verdrängt, ausblendet und geradezu nicht-existent werden lässt. Daher beschreibt Boaventura de Sousa Santos westliches Denken als ein Denken voller Trennlinien, mithilfe derer »soziale Realität in zwei Bereiche geteilt wird« (Sousa Santos 2007: 45, eigene Übersetzung). Von dieser Realität wird nur ein Teil gewusst, der andere Teil ist nicht-existent. Diese Form des Nichtwissens ist intendiert produziert, kann daher auch als »Nicht-Wissen-Sollen« (Ötsch/Steffestun 2021: 9) verstanden werden[2].

Intendiert produziertes Nichtwissen dient dazu, Macht und Herrschaft zu stabilisieren. Denn Nichtwissen ist eine Möglichkeit, nicht gewollte Wirklichkeiten auszublenden, zu leugnen oder in ihrer Bedeutung und Relevanz abzuschwächen (Castro Varela 2007). Und so ist Wissen – und dessen dunkle Kehrseite das Nichtwissen – in epistemische Gewalt gebunden und damit »Möglichkeitsbedingung, Bestandteil und Produkt der kolonialen Moderne« (Brunner 2020: 274). Wie ich später anhand der Wasserversorgung in Accra noch ausführlicher zeige, ist dieses gewaltvoll hervorgebrachte Nichtwissen folgenreich für die Lebensrealität vieler Menschen.

Nichtwissen kann »durch Reflexion auf die blinden Flecken der involvierten Erkenntnispraktiken erschlossen werden« (Wehling 2018: 212). Jedoch findet sich diese reflexive Praxis nicht in allen epistemischen Kulturen gleichermaßen. Insbesondere in der apolitischen Umweltforschung wird Nichtwissen vorrangig als Noch-Nicht-Wissen konzeptualisiert. Eine zweite Art des Nichtwissens tritt als Unsicherheit in Erscheinung, die sich z.B. aus reduktionistischen Modellannahmen oder der eingeschränkten Datenqualität ergibt (McMillan et al. 2018). Beide Formen dieses Nichtwissens können aber, so die verbreitete Annahme, durch die kontinuierliche Akkumulation von Wissen zurückgedrängt werden. Jedoch bietet ein solcher Zugang zu Nichtwissen keine Möglichkeit zur Überwindung epistemischer *Lock-Ins*. Selbst wenn unter Einsatz von immer präziseren Messgeräten, neuer Satelliten zur Erdbeobachtung oder höher aufgelöster hydrologischer Modelle mehr Daten bereitgestellt werden,

1 Dieser Prozess wird auch als epistemische Gewalt bezeichnet (Spivak 2008).

2 Nichtwissen, Un-Wissen und Ignoranz werden in meinem Beitrag als Synonyme gesehen. Eine generelle wissenschaftstheoretische Fundierung von Nichtwissen bietet Wehling (2018). Ötsch/Steffestun (2021) diskutieren Nichtwissen in der Politischen Ökonomie. Die postkoloniale Theoretikerin Castro Varela (2017) spricht von Un-Wissen, Spivak (2008) nutzt den Begriff der Ignoranz.

so bleibt dieses Wissen dekontextualisiert, apolitisch und blind gegenüber sozialer Differenz (Forsyth 2003 für Umweltpolitik; Nightingale et al. 2020 für Klimapolitik). Nun geht aber dieses universalisierte und zunehmend datengetriebene Wissen (Barnes 2013) bevorzugt in Politikberatung ein. Es trägt dazu bei, die herrschaftlichen Produktions-, Konsum- und Verteilungsmuster zu stabilisieren, die Ulrich Brand und Markus Wissen (2011) als → »imperiale Lebensweise« bezeichnen, und es hilft, »das implizite Versprechen, dass sich nichts ändern müsse« (Kropp 2015: 10), immer wieder zu erneuern. Innerhalb dieser Logik reichen Lernprozesse (in Form von Innovationen), um vieles besser, ressourceneffizienter und emissionsärmer zu machen.

In dieses System der wechselseitigen Stabilisierung von Wissen und Macht interveniert die Politische Ökologie. Denn ohne Intervention reproduziert sich Wissenschaft unter dem Primat wissenschaftlicher Objektivität fortlaufend selbst, da sie sich »jeweils auf einen vorangegangenen Stand der Erkenntnis« (Lenzen 2021: 455) bezieht. Nicht-existentes Wissen und abwesend gemachte Wirklichkeiten sind aber nicht Teil dieses Wissensstandes westlich-eurozentrischer Erkenntnis. Daher kann eine Dezentrierung des eurozentrischen Wissens nur über die reflexive Grundhaltung des Verlernens stattfinden.

Wissen neu ordnen: Verlernen

Der Begriff des Verlernens wird auf Gayatri Chakravorty Spivak zurückgeführt und bedeutet, »sich kritisch mit der eigenen Geschichte, den eigenen Vorurteilen und dem Gelernten auseinander zu setzen« (Landry/MacLean 1996: 4, eigene Übersetzung). Spivak versteht Bildung als Lernen und Verlernen gleichermaßen und verweist damit auf die notwendige Neuordnung von Wissen im Prozess der Dekolonisierung (Spivak 2008; Castro Varela 2017).

Lernen ist ein situations- und kontextgebundener Prozess, der an zuvor gemachten Erfahrungen, erworbenen Fertigkeiten und vorhandenem Wissen ansetzt. Lernen erfolgt also kumulativ und ist auf das zuvor Gewusste bezogen. Hingegen ist Verlernen eine Praxis mit der hegemonial gewordene Wissensregime offengelegt und in Frage gestellt werden, um zu ihrer Abschaffung und Überwindung beizutragen (Tlostanova/Mignolo 2012). Die Praxis des Verlernens wendet sich von jenem wissenschaftlichen Wissen ab, das Macht und Herrschaft stabilisiert und wird als epistemischer Ungehorsam verstanden (Mignolo 2011). Ähnlich argumentiert auch Castro Varela (2017), wenn sie schreibt, dass »die Praxis des Verlernens aufs Engste mit der Praxis des Regelbrechens verwoben [ist]« (ebd.: o.S.).

In übereinstimmender Weise verstehen auch Forscher*innen der Politischen Ökologie unter Verlernen einen reflexiven Prozess, der in die hegemoniale Wissensproduktion interveniert (Jazeel 2014; Lawhon et al. 2016; Radcliffe 2017; Harcourt 2021). In Ergänzung zu post- und dekolonialen Denker*innen (Heinemann/Castro Varela 2016), die zwar betonen, dass Verlernen ein aktiver Prozess ist, geben Lawhon et al. (2016) oder auch Jazeel (2014) Einblicke in ihre verlernende Forschungsweise. Sie stellen heraus, dass der Prozess des Verlernens selten absichtsvoll beginnt, sondern sich einstellt. Zwar passiert Verlernen nicht vollkommen zufällig oder nebenbei, aber nicht selten bildet sich erst im Forschungsprozess das Bedürfnis zu verlernen heraus.

Folgende Elemente einer auf Verlernen ausgerichteten Forschungsweise lassen sich identifizieren (vgl. Tab. 1): Grundsätzlich ist Verlernen, wie oben bereits angedeutet, an eine kritisch-reflexive Grundhaltung gebunden; auch epistemische Zugänge, die offen für Irritation, Zweifel und Überraschung sind, bieten einen besonderen Anstoß für Verlernen. Sich mit der mangelnden Eignung und Erklärungskraft hegemonial etablierter Theorien und Konzepte zu befassen, Normalitätsannahmen zu hinterfragen und nach verborgenem Wissen zu suchen, kann Ausgangspunkt für Verlernen sein. Und schließlich sind Methoden, die Raum für Entdeckungen und unkonventionelles, kreatives Forschen lassen, wichtig. So ermöglichen beispielsweise *Storytelling* (→ transdisziplinäre Erzählungen) oder auch visuelle Techniken wie das partizipative → Kartieren einen Zugang zu gelebten Realitäten und alltäglichen Erfahrungen (Singer 2019). Gerade die so erfassten alltäglichen Geschichten und Geographien stehen oft in Widerspruch zu hegemonialen Narrativen und können dazu beitragen, koloniale Verstrickungen Stück für Stück zu enttarnen und Nichtwissen aufzudecken. Verlernen erstreckt sich also über epistemische, theoretische, empirische und methodische Dimensionen der Forschungspraxis (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Dimensionen und Praktiken einer reflexiven, auf Verlernen ausgerichteten Forschungsweise (eigene Zusammenstellung).

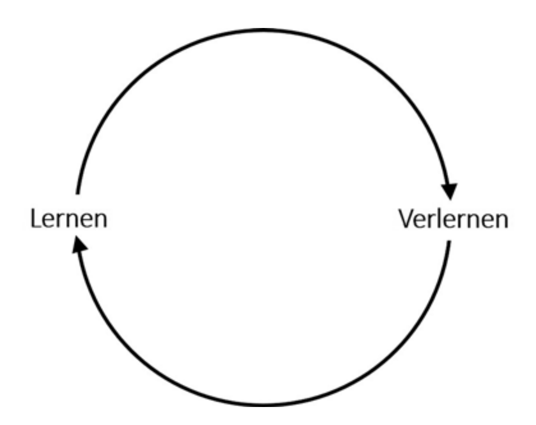
Dimensionen einer verlernenden Forschungspraxis
Epistemische Dimension und die Legitimität von Wissen: Vielfalt zulassen und fördern
Räumliche Dimension: Reflexion der Orte und Räume für die/der Wissensgenerierung
Historische, politische und kulturelle Dimensionen einbeziehen und bearbeiten
Methodische Dimension: Offenheit im Forschungsprozess bewahren; Überraschungen, Widersprüche, Scheitern und Zweifel produktiv aufnehmen
Methodologische Dimension: Reflexion und die explizite Bearbeitung von Nichtwissen

Verlernen findet folglich auf verschiedenen Ebenen statt und ist weniger eine konkrete Methode als vielmehr eine Forschungspraxis. Dabei ist Verlernen als unabgeschlossener Prozess zu verstehen, der die Reflexion und Analyse sowie ein sich Abwenden von kolonialen und imperialen Wissensbeständen und ihren Regierungstechniken umfasst und so ein Neu-Lernen ermöglicht (Tlostanova/Mignolo 2012). In diesem nie endenden Prozess des Verlernens und Lernens sind Lernende selbst in die kolonialen Wissensregime verstrickt und versuchen zugleich ihnen zu entfliehen (vgl. Abb. 1).

Verlernen lernen

Wie herausfordernd es ist, kolonial etabliertes Wissen zu verlernen, spiegelt die eigene Forschung vielleicht am besten wider. (Wie) kann es gelingen, die urbane Wasserkrise in Accra zu verstehen, kritisch zu analysieren und sich dabei von kolonial etablierten Wissensordnungen abzuwenden, sie also nicht zu reproduzieren? Diese Frage hat unsere Forschung im Rahmen des Forschungsprojektes WaterPower über mehrere Jahre ge-

Abbildung 1: Verlernen und Lernen – ein unabgeschlossener, reflexiver Prozess (eigene Darstellung).



leitet und uns immer wieder auf uns selbst zurückgeworfen – etwa, wenn wir unsere eigene → Positionalität reflektierten oder diskutierten, welche Machtverhältnisse unser Forschungsfeld durchziehen (Schulz/Bruns 2016).

Bereits die Tatsache, dass Theorie überwiegend den Metropolen des Westens entspringt und wir – die Forschenden – nicht außerhalb dieses Wissens stehen, zwingt uns zur beständigen Reflexion. In einem naheliegenden ersten Schritt spürten wir den kolonialen Kontinuitäten – auf Ebene der Hauptstadt Accra (Ghana) und in unserem Wissen – nach. Wenig überraschend zeigte sich, dass die Wasserversorgung in Accra eng an die koloniale Geschichte des Landes gebunden ist (Bohman 2012). Das erste kleinräumige Wasserversorgungsnetz wurde ab dem Jahr 1885 von der britischen Kolonialherrschaft erbaut und versorgte insbesondere die Kolonialbeamten, um sie vor wasserbezogenen Krankheiten zu schützen und die koloniale Expansion nicht zu gefährden (Fält 2020). Mit dieser ersten Infrastruktur wurde das Fundament für ein fragmentiertes, höchst ungleiches Wasserversorgungsnetz gelegt. So hatten Europäer*innen nicht nur einen Wasseranschluss auf dem Grundstück oder im Haus, sondern ihnen wurde auch deutlich mehr Wasser für den täglichen Verbrauch zugestanden. Koloniale Macht und Zugang zu Wasser waren mithin eng gekoppelt. Allerdings wurde dies lange Zeit weder gesellschaftlich diskutiert noch wissenschaftlich erforscht. Stattdessen wurde mit der Wasserungleichheit die ungleiche Infrastruktur und Ressourcennutzung normalisiert, wie unter anderem Anna Bohman in ihren Arbeiten zeigt (2012).

Unser eigener Lernprozess bestand, erstens, darin zu erkennen, wie eng die Planung und Ausgestaltung der Wasserinfrastrukturen mit eurozentrischen Vorstellungen und rassistischen Praktiken gekoppelt war (vgl. Njoh 2010). Zweitens veränderte sich infolgedessen grundlegend, wie wir über Infrastrukturen und ihre Planung nachdachten: Wir verstanden sie fortan als machtvolle Regierungtechnik, nicht aber als neutrales Instrument zur Versorgung der Menschen im Raum. Entlang dieser Perspektive blickten wir fortan auf Infrastrukturen, die eine Schlüsselrolle im Verständnis von Accras Wasserkrise einnehmen.

Ein Kennzeichen der Wasserkrise in Accra ist, dass nur ungefähr 10-20 Prozent der Menschen eine gesicherte Wasserversorgung haben. Obwohl sie an das städtische Wasserversorgungsnetz angeschlossen sind, müssen sie zusätzlich auf weitere Strategien der Versorgung mit Trinkwasser zurückgreifen[3] (Bruns/Frick 2014). In der akademischen und politischen Diskussion wird die krisenhafte Wasserversorgungssituation allerdings oft einseitig auf die binäre Logik des Vorhandenseins oder Fehlens einer zentralen, netzgebundenen Wasserversorgungsstruktur zurückgeführt. Dadurch erhält diese Form der Infrastruktur eine hervorgehobene Bedeutung (bei gleichzeitiger Abwertung möglicher anderer Formen von Infrastruktur).

Wissenschaftler*innen der Technikwissenschaften verstehen Infrastrukturen als materialisierte Vorstellungswelten (Jasanoff/Kim 2015), in denen sich der Mythos der modernen Fortschrittserzählung ausdrückt. Insbesondere netzgebundene Wasserinfrastrukturen verkörpern das westliche Ideal von Stadt, Fortschritt und Modernität (Jaglin 2014). Dieses Infrastrukturideal hat sich mit der Entwicklung der Städte im Globalen Norden herausgebildet und gilt seitdem als weitgehend unhinterfragte Referenz für die Entwicklung von Städten und Metropolen (Kooy/Bakker 2008; Alba et al. 2020). Verglichen mit dieser Norm erscheinen Städte wie Accra als defizitär, denn – wie oben gezeigt – ist ihre Infrastruktur in kolonialen und rassistischen Kontexten entstanden und war nie darauf ausgelegt, allen Menschen gleichermaßen Zugang zu bieten.

Aber welche anderen Infrastrukturen und Versorgungspraktiken existieren, von wem werden sie erschaffen und gewusst? Auf der Suche nach Antworten stießen wir im westlichen Wissenskanon auf umfangreiches Nichtwissen. Wichtige Impulse für unser Weiterdenken fanden wir mit AbdouMaliq Simone, dessen Schriften theoretische und methodische Ansatzpunkte eröffnen (Simone 2004). Er stellt dar, wie z.B. ethnographische Methoden, heterogene urbane Realitäten sichtbar machen und zur epistemischen Offenheit ermutigen: Erst wenn das Nebeneinander von staatlich geplanten und selbst erschaffenen Infrastrukturen kenntlich wird, so Simone, kann auch eine Auseinandersetzung darüber erfolgen, in welchen Machtkontexten sie entstehen und welche sozialen Folgen sie haben (ebd.).

Diese neuen Perspektiven halfen uns bei unserem eigenen Ver/Lernprozess. Wir begannen zu sehen, dass Infrastrukturen in Accra kleinräumig organisiert, inkrementell gebaut und oft nur provisorischer Art sind. Wir begannen zu sehen, dass mit den Wasserverkäufer*innen und Tankwagen mobile Infrastrukturen durch die Stadt mäandrieren und einen gewissen, wenn auch unzureichenden Grad an Versorgungssicherheit bieten (die Details und Nuancen aber weitgehend unverstanden sind). Wir begannen zu sehen, dass diese Formen der alltäglichen Wasserversorgung vom zuständigen städtischen Wasserversorger als illegitime Versorgungspraxen stigmatisiert werden, weil sie nicht dem Ideal einer modernen Stadt entsprechen (Alba et al. 2020). Und allmählich begannen wir wahrzunehmen, dass diese Erkenntnisse nicht nur unser Verständnis von Infrastrukturen und (Infrastruktur-)Planung grundlegend verändert haben, sondern auch die Art und Weise wie wir über die absichtsvolle Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse nachdenken. Denn die zentral organisierten netzgebundenen Infrastrukturen verlaufen überwiegend unsichtbar unter den Straßen und Gebäuden.

3 Dazu gehören z.B. sogenannte Polytanks, die auf Dächern montiert der Speicherung von Wasser dienen und von Tanklastern beliefert werden oder das Bohren privater Grundwasserbrunnen auf dem eigenen Grundstück.

Damit wurden sie dem Einfluss- und Handlungsbereich der Menschen entzogen und es wird der Blick darauf verstellt, wie sie von unten verändert werden können.

Fazit und Ausblick

In der westlich-eurozentrischen Wissenschaft erfolgt Erkenntnisfortschritt weitgehend selbstreferentiell, orientiert sich an Wissen, welches vorrangig im Globalen Norden produziert wurde und wird und macht die gelebten Wirklichkeiten der ausgeschlossenen Anderen weitestgehend unkenntlich. Die Forschungspraxis des Verlernens interveniert in diese Produktion von Wissen, einschließlich der absichtsvollen Produktion von Nichtwissen und greift Forderungen von post- und dekolonialen Wissenschaftler*innen nach einer Dezentrierung und Provinzialisierung von Wissen auf (Chakrabarty 2009). Dabei geht es nicht nur um eine Analyse der Macht- und Herrschaftsverhältnisse, sondern um ihre Veränderung, indem emanzipatorische und transformative Potenziale freigelegt werden. Dies geschieht z.B. in der kritischen Stadt- und Infrastrukturforschung und bietet zahlreiche Impulse für ein Lernen aus dem Süden und ein Lernen, das an heterogenen Realitäten ansetzt.

Diese anfänglichen Schritte sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die mit der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse einhergehenden Aufgaben immens sind und sowohl die Wissensebene als auch konkrete sozio-materielle Praktiken und Strukturen umfassen. Daher möchte ich mit zwei kurzen Anregungen schließen. Erstens scheint es mir lohnend, die Arbeits- und Forschungsweisen der Politischen Ökologie einer noch systematischer ausgeführten methodologischen Selbstreflexion zu unterziehen und dabei offenzulegen, wie Theoriearbeit und Feldforschung konkret verlaufen. Dies ist wichtig, um schließlich auch die Forschungspraxis des Verlernens näher bestimmen zu können. Zweitens gilt es, konkrete, auf Ungleichheit, Externalisierung und Ausbeutung beruhende gesellschaftliche Naturverhältnisse zu verändern. Daher möchte ich den Vorschlag unterbreiten, Verlernen als zentrales Element und Voraussetzung für das Abschaffen und zielgerichtete Beenden nicht-nachhaltiger Praktiken und Strukturen zu sehen. Dieser als Exnovation bezeichnete Prozess (Kropp 2015) ist mit der Politischen Ökologie noch weitgehend unverbunden, würde aber zweifellos von einer macht- und herrschaftskritischen Arbeits- und Forschungsweise profitieren.

Literatur

Alba, Rossella/Kooy, Michelle/Bruns, Antje (2020): »Conflicts, cooperation and experimentation. Analysing the politics of urban water through Accra's heterogeneous water supply infrastructure«, in: Environment and Planning E: Nature and Space, 5. Jg., Nr. 1, S. 250-271.

Barnes, Trevor J. (2013): »Big data, little history«, in: Dialogues in Human Geography, 3. Jg., Nr. 3, S. 297-302.

Bohman, Anna (2012): »The presence of the past. A retrospective view of the politics of urban water management in Accra, Ghana«, in: Water History, 4. Jg., Nr. 2, S. 137-154.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): »Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse«, in: Alex Demirović/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader (Hg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA, S. 79-94.

Brunner, Claudia (2020): Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne, Bielefeld: transcript.

Bruns, Antje/Frick, Fanny (2014): »The Notion of the Global Water Crisis and Urban Water Realities«, in: Anik Bhaduri/Janos Bogardi/Jan Leentvaar/Sina Marx (Hg.): The Global Water System in the Anthropocene. Challenges for Science and Governance, Cham: Springer International Publishing, S. 415-426.

Castro Varela, María do Mar (2007): »Verlernen und die Strategie des unsichtbaren Ausbesserns«, in: Bildpunkt. Zeitschrift der IG Bildende Kunst, Herbst, S. 4-7.

Castro Varela, María do Mar (2017): »(Un-)Wissen. Verlernen als komplexer Lernprozess«, in: MigraZine, 1. Jg., o.S.

Chakrabarty, Dipesh (2009): Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference, Princeton/Oxford: Princeton University Press.

Escobar, Arturo (2007): »Worlds and Knowledges otherwise. The Latin American modernity/coloniality research program«, in: Cultural Studies, 21. Jg., Nr. 2-3, S. 179-210.

Fält, Lena (2020): New urban horizons in Africa. A critical analysis of changing land uses in the Greater Accra Region, Ghana. Dissertation, Stockholm.

Forsyth, Timothy (2003): Critical Political Ecology. The Politics of Environmental Science, Oxon/New York: Routledge.

Harcourt, Wendy (2021): »Rethinking life-in-common in the Australian landscape«, in: Environment and Planning E: Nature and Space, 4. Jg., Nr. 4, S. 1330-1345.

Heinemann, Alisha M.B./Castro Varela, María do Mar (2016): Ambivalente Erbschaften. Verlernen erlernen!, Wien: trafo.K.

Jaglin, Sylvy (2014): »Regulating service delivery in southern cities. Rethinking urban heterogeneity«, in: Susan Parnell/Sophie Oldfield (Hg.): The Routledge Handbook on Cities of the Global South, London: Routledge, S. 456-469.

Jasanoff, Sheila/Kim, Sang-Hyun (Hg.) (2015): Dreamscapes of Modernity. Sociotechnical Imaginaries and the Fabrication of Power, Chicago/London: The University of Chicago Press.

Jazeel, Tariq (2014): »Subaltern geographies. Geographical knowledge and postcolonial strategy«, in: Singapore Journal of Tropical Geography, 35. Jg., Nr. 1, S. 88-103.

Kooy, Michelle/Bakker, Karen (2008): »Technologies of Government. Constituting Subjectivities, Spaces, and Infrastructures in Colonial and Contemporary Jakarta«, in: International Journal of Urban and Regional Research, 32. Jg., Nr. 2, S. 375-391.

Kropp, Cordula (2015): »Exnovation. Nachhaltige Innovationen als Prozesse der Abschaffung«, in: Annika Arnold/Martin David/Gerolf Hanke/Marco Sonnberger (Hg.): Innovation-Exnovation. Über Prozesse des Abschaffens und Erneuerns in der Nachhaltigkeitstransformation, Marburg: Metropolis, S. 13-34.

Landry, Donna/MacLean, Gerald (Hg.) (1996): The Spivak Reader. Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak, New York/London: Routledge.

Lawhon, Mary/Silver, Jonathan/Ernstson, Henrik/Pierce, Joseph (2016): »Unlearning (Un)located Ideas in the Provincialization of Urban Theory«, in: Regional Studies, 50. Jg., Nr. 9, S. 1611-1622.

Lenzen, Dieter (2021): »Interventionswissenschaft. Darf Wissenschaft sich noch länger als reiner Wissenslieferant verstehen?«, in: Forschung und Lehre, 6. Jg., S. 454-456.

Loftus, Alex (2019): »Political ecology I. Where is political ecology?«, in: Progress in Human Geography, 43. Jg., Nr. 1, S. 172-182.

McMillan, Hilary K./Westerberg, Ida K./Krueger, Tobias (2018): »Hydrological data uncertainty and its implications«, in: WIREs Water, 5. Jg., Nr. 6, S. e1319.

Mignolo, Walter (2011): »Epistemic Disobedience and the Decolonial Option. A Manifesto«, in: Journal of Peripheral Cultural Production of the Luso-Hispanic World, 1. Jg., Nr. 2, S. 44-66.

Nightingale, Andrea J./Eriksen, Siri/Taylor, Marcus/Forsyth, Timothy/Pelling, Mark/Newsham, Andrew/Boyd, Emily/Brown, Katrina/Harvey, Blane/Jones, Lindsey/Bezner Kerr, Rachel/Mehta, Lyla/Naess, Lars O./Ockwell, David/Scoones, Ian/Tanner, Thomas/Whitfield, Stephen (2020): »Beyond Technical Fixes. Climate solutions and the great derangement«, in: Climate and Development, 12. Jg., Nr. 4, S. 343-352.

Njoh, Ambe J. (2010): »Europeans, modern urban planning and the acculturation of ›racial others‹«, in: Planning Theory, 9. Jg., Nr. 4, S. 369-378.

Ötsch, Walter O./Steffestun, Theresa (Hg.) (2021): Wissen und Nichtwissen der ökonomisierten Gesellschaft. Aufgaben einer neuen Politischen Ökonomie, Marburg: Metropolis.

Pieterse, Edgar (2014): Epistemological Practices of Southern Urbanism, Draft Paper for ACC Academic Seminar, Cape Town: ACC.

Radcliffe, Sarah A. (2017): »Decolonising geographical knowledges«, in: Transactions of the Institute of British Geographers, 42. Jg., Nr. 3, S. 329-333.

Schulz, Karsten/Bruns, Antje (2016): Toward a Political Ecology of Biosocial Relations. Rethinking the Urban Metabolism beyond the City, WaterPower Working Paper 11, Trier: Universität Trier.

Simone, AbdouMaliq (2004): »People as Infrastructure. Intersecting Fragments in Johannesburg«, in: Public Culture, 16. Jg., Nr. 3, S. 407-429.

Singer, Katrin (2019): Confluencing Worlds Skizzen zur Kolonialität von Kindheit, Natur und Forschung im Callejón de Huaylas, Peru. Dissertation, Hamburg, S. 496.

Sousa Santos, Boaventura de (2007): »Beyond abyssal thinking: From global lines to ecologies of knowledges«, in: Review (Fernand Braudel Center), S. 45-89.

Spivak, Gayatri C. (2008): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation, Wien: Turia + Kant.

Tlostanova, Madina V./Mignolo, Walter D. (2012): Learning to Unlearn. Decolonial Reflections from Eurasia and the Americas, Columbus: The Ohio State University Press.

Wehling, Peter (2018): »Verantwortung für das Unvermeidliche. Wissenschaftliches Nichtwissen als Gegenstand epistemischer Selbstreflexion und politischer Gestaltung«, in: Nina Janich/Lisa Rhein (Hg.): Unsicherheit als Herausforderung für die Wissenschaft. Reflexionen aus Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, Berlin: Peter Lang, S. 207-229.

Biographien

Backhouse, Maria – ist Professorin für Umweltsoziologie an der Universität Augsburg. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Umweltsoziologie, Wissenssoziologie, Politische Ökologie, Bioökonomie, sozial-ökologische Ungleichheitsforschung, Grüne Landnahme, Klimapassung, Entwicklungstheorie und postkoloniale Kritik.

Bauhardt, Christine – ist Professorin an der Humboldt-Universität zu Berlin, wo sie das Fachgebiet Gender und Globalisierung leitet. Sie ist promovierte Politikwissenschaftlerin und erhielt die *Venia legendi* für das Fach Theorie und Politik räumlicher Planung. Ihre Forschungen umfassen feministische Ökonomik, Ökofeminismus, Queer Ecologies und Umweltpolitik mit einem besonderen Interesse für technische Infrastrukturen. Aktuelle empirische Projekte fokussieren auf nachhaltige Ernährungspolitiken.

Bauriedl, Sybille – ist Professorin für Integrative Geographie an der Europa-Universität Flensburg. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Klimagerechtigkeit, dezentrale Energiewende, Politische Ökologie, Kolonialität, Feministische Geographie und Plattformurbanismus. Sie ist aktiv im Netzwerk Flensburg postkolonial und betreibt den Blog klimadebatte.wordpress.com.

Becker, Sören – hat die Qualifikationsprofessur für Humangeographie, Schwerpunkt Nachhaltige Transformationsforschung an der Philipps-Universität Marburg inne. Seine Forschung entwickelt eine kritische Analyse aktueller Transformationsprozesse wie der Energiewende und des sozialökologischen Umbaus der Wirtschaft. Dabei beschäftigt er sich mit Akteursstrategien, Konflikten und Fragen räumlicher Entwicklung.

Bellina, Leonie – ist assoziierte Wissenschaftlerin am Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften der Universität Tübingen. Sie forscht und lehrt im Feld der kritischen Nachhaltigkeitsforschung mit Schwerpunkten auf Environmental- und Food Justice, gesellschaftliche Transformation sowie emanzipatorische Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). Als Referentin und Consultant ist sie in der Weiterbildung von Hochschullehrenden und in der systemischen Hochschulentwicklung tätig.

Biesecker, Adelheid – ist Professorin für Ökonomische Theorie am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Ge-

schichte ökonomischer Theorie, Mikroökonomik aus sozial-ökologischer Perspektive, Ökologische Ökonomik, Feministische Ökonomik und Zukunft der Arbeit. In diesen Forschungsfeldern hat sie zahlreiche Publikationen und Vorträge vorgelegt. Viele dieser Arbeiten sind im Rahmen des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften entstanden, dem sie angehört. Seit 2004 ist Adelheid Biesecker dienstrechtlich im Ruhestand.

Boyer, Miriam – leitet die Nachwuchsgruppe »BioMaterialities« am Fachgebiet Agrar- und Ernährungspolitik der Humboldt-Universität zu Berlin. Dort untersucht sie die Inwertsetzung von Natur mit Fokus auf Hochtechnologien und stoffliche Materialität. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Politische Ökonomie, Politische Ökologie, Reproduktionstechnologien, sowie historische und raumtheoretische Fragen in Bezug auf lebendige Natur.

Brad, Alina – ist Senior Scientist am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und beschäftigt sich mit internationaler Klima-, Umwelt- und Ressourcenpolitik sowie sozial-ökologischen Transformationen. In ihrer aktuellen Forschung untersucht sie die umstrittene Integration von Negative-Emissionen-Technologien in die EU-Klimapolitik.

Brand, Ulrich – ist Politikwissenschaftler und seit 2007 Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Er promovierte zur Rolle von Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Umweltpolitik, habilitierte sich mit einer Arbeit zur Internationalisierung des Staates. Seine Forschungsschwerpunkte sind Globalisierung und ihre Steuerung, internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik, Regulations- und kritische Staatstheorie, imperiale Lebensweise, sozial-ökologische Transformationen und Lateinamerika.

Brunnengräber, Achim – ist Politikwissenschaftler und Privatdozent am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin. Er promovierte dort zu Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen in der internationalen Klimapolitik. Am Forschungszentrum für Nachhaltigkeit (FFN) arbeitet er zur Umwelt-, Klima- und Energiepolitik. Sein Forschungsfokus liegt auf der Atompolitik und der Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortsuchverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle.

Bruns, Antje – ist Geographin, Professorin und leitet des Governance & Sustainability Lab an der Universität Trier. Sie forscht und lehrt zu Geographien sozial-ökologischer Krisen und den Leerstellen bisheriger Lösungsansätze. Sie verortet sich in der (urbanen) Politischen Ökologie und ist zunehmend an alltäglichen Praktiken der Transformation und des Zukunft-Machens interessiert.

Christ, Michaela – ist Soziologin und verantwortet am Norbert Elias Center for Transformation Design & Research der Europa-Universität Flensburg (EUF) den Forschungsbereich Diachrone Transformationsforschung. Zu ihren Schwerpunkten in Forschung und Lehre zählen sozial-ökologische Transformationen, Soziologie des Sozialen Wandels sowie soziologische Gewaltforschung.

Coy, Martin – ist Professor für Angewandte Geographie und Nachhaltigkeitsforschung am Institut für Geographie der Universität Innsbruck; zahlreiche Forschungsaufenthalte in Lateinamerika, vor allem in Brasilien und Argentinien. Forschungsgebiete: Mensch-Umwelt-Beziehungen, Politische Ökologie, regionale Folgen der Globalisierung in Brasilien (das Beispiel des Sojakomplexes), Perspektiven nachhaltiger Entwicklung in Amazonien, Stadtentwicklung in Brasilien (vor allem São Paulo).

Dietz, Kristina – ist Politikwissenschaftlerin, forscht und lehrt am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien. Sie promovierte zu politischen und sozialökologischen Dimensionen von Vulnerabilität und Klimawandel an der Universität Kassel. Gemeinsam mit Bettina Engels hat sie die Nachwuchsgruppe »*Global Change – Local Conflicts*?« an der FU Berlin geleitet. Ihre Forschungsschwerpunkte sind internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik, Politische Ökologie, Konflikte um Rohstoffe, sozial-ökologische Transformationen, Demokratiewandel und soziale Bewegungen, Lateinamerika.

Engels, Bettina – ist Politikwissenschaftlerin, arbeitet am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Gemeinsam mit Kristina Dietz hat sie die Nachwuchsgruppe »*Global Change – Local Conflicts*?« an der FU Berlin geleitet. Sie ist u.a. Redakteurin von Review of African Political Economy und Canadian Journal of Development Studies. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Internationale Politische Ökonomie mit regionalem Schwerpunkt Afrika, *agrarian change*, soziale Bewegungen, politische Konflikte.

Friedrich, Beate – ist Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaftlerin. Sie forscht an der Schnittstelle von Nachhaltigkeits- und Geschlechterforschung und arbeitet als Referentin für die Förderung von Frauen in den Bereichen Mentoring und Internationalisierung im Gleichstellungsbüro der Leuphana Universität Lüneburg. Ihre Forschungsinteressen sind gesellschaftliche Natur- und Geschlechterverhältnisse, Konflikte um landwirtschaftliche Bio- und Gentechnologien, nachhaltige Mobilität, Konflikt- und Agrarsoziologie und Soziale Bewegungen.

Gesing, Friederike – ist derzeit Assistenzprofessorin für Humangeographie mit Schwerpunkt Posthuman Studies am Institut für Geographie und Raumforschung der Universität Graz. Ihre Schwerpunkte liegen in der ethnographischen Umweltforschung und Politischen Ökologie, der Wissenschafts- und Technikforschung (STS) sowie der mehr-als-menschlichen und relationalen Geographie. Ihr derzeitiges Forschungsinteresse gilt der Entwicklung stickstoffbezogener Politiken und Praktiken auf unterschiedlichen Maßstabsebenen.

Görg, Christoph – hat Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie studiert, arbeitete am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung-UFZ in Leipzig und war Professor für politikwissenschaftliche Umweltforschung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel. Seit April 2015 ist er Professor für Soziale Ökologie am Institut für Soziale Ökologie an der Universität für Bodenkultur (BOKU) in Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Soziale und Politische Ökologie, Theorien gesellschaftlicher Naturverhältnisse, Transformation von Staatlichkeit, Biodiversitäts- und Klimapolitik, Forschungen zur Schnittstelle Wissenschaft/Politik.

Gottschlich, Daniela – hat Politikwissenschaft und Germanistik studiert und arbeitet als Professorin für Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung an der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung. Sie forscht und lehrt zu nachhaltiger Entwicklung aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive, zu Widerständen gegen eine sozial-ökologische Transformation und Möglichkeiten einer Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Ihre transdisziplinäre Arbeit ist geprägt von feministischer Ökonomik und Politischer Ökologie. Sie ist u.a. Mitglied bei diversu e.V. und im Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften.

Haas, Tobias – ist Politikwissenschaftler, arbeitet am Institut für transformative Nachhaltigkeitswissenschaften (IASS) in Potsdam. Er ist Mitglied der Redaktion der PROKLA. Er promovierte zur politischen Ökonomie der Energiewende an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. An der Freien Universität Berlin arbeitete er an einem Projekt zu den Auseinandersetzungen um die Mobilitätswende in Deutschland und Europa, am IASS beschäftigte er sich mit dem Strukturwandel in der Lausitz und momentan mit negativen Emissionen (Carbon Dioxide Removal). Seine Forschungsschwerpunkte liegen an der Schnittstelle von Politischer Ökonomie und Politischer Ökologie.

Habermann, Friederike – ist Ökonomin und Historikerin, tätig als Autorin, Aktivistin und freie Akademikerin. Seit Jahrzehnten erforscht sie in Theorie und Praxis, wie eine solidarische Gesellschaft Wirklichkeit werden kann. Manchmal nennt sie diese Ecommony. Wichtig dabei ist für sie das Verstehen vom Verwobensein von Ökonomie und Intersektionalität, von bewusster und unbewusster Privilegiensicherung und dem Verfangensein in Strukturen. Sie ist Mitglied im Commons-Institut.

Hackfort, Sarah – ist Politikwissenschaftlerin an der Humboldt-Universität zu Berlin im Fachgebiet für Agrar- und Ernährungspolitik. Dort erforscht sie polit-ökonomische Transformationsprozesse und die Inwertsetzung von Natur in der Bioökonomie mit Fokus auf neue Technologien und Digitalisierung in der Landwirtschaft und damit verbundene Fragen von Macht, Ungleichheiten und Demokratisierung. In ihrer Forschung verbindet sie kritische Politik- und Technologieanalyse mit Politischer Ökonomie, Politischer Ökologie und Feministischer Theorie.

Halder, Severin – verbindet Geographie, Bildungsarbeit, Aktivismus, Gartenarbeit und Kunst. Aktuell ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am StadtLabor Münster und Kurator des Kompost Festivals. Er ist Mitbegründer des Allmende-Kontor Gemeinschaftsgartens auf dem Tempelhofer Feld und von kollektiv orangotango (u.a. Hg. von »This is Not an Atlas«). Seine Aktionsforschungen entspringen den Erfahrungen mit alltäglichem Widerstand, kritischen Kartographien und Politischer (Agrar-) Ökologie u.a. in Rio de Janeiro, Berlin, Bogotá, Maputo und Valparaíso. Er liebt Kompostwürmer.

Hofmeister, Sabine – ist Professorin für Umweltplanung in der Fakultät Nachhaltigkeit der Leuphana Universität Lüneburg. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Soziale Ökologie, Nachhaltige Raumentwicklung sowie Nachhaltigkeit und Geschlechterverhältnisse. Zu diesen Forschungsfeldern hat sie durch zahlreiche Publikationen (u.a. gemeinsam mit Adelheid Biesecker) sowie diverse Vortrags- und Kongressaktivitäten

beigetragen. Sie ist Mitglied u.a. im Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften sowie in der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz Gemeinschaft (ARL). Seit 2020 ist Sabine Hofmeister dienstrechtlich im Ruhestand.

Kalt, Tobias – arbeitet am Fachbereich Globale Klimapolitik an der Universität Hamburg. Er befasst sich mit Energiewendeprozessen und grünen Wasserstoffprojekten auf dem afrikanischen Kontinent aus einer globalen Gerechtigkeitsperspektive. Außerdem promoviert er zum angespannten Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Klima(gerechtigkeits)bewegungen in Konflikten um den Kohleausstieg in Deutschland und Südafrika. Seine Forschungsschwerpunkte sind Energie- und Klimagerechtigkeit, sozial-ökologische Transformation, Gewerkschaften und soziale Bewegungen.

Katz, Christine – ist Geschäftsführender Vorstand beim Institut für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit (diversu e.V.). Als Nachhaltigkeitswissenschaftlerin untersucht sie Fragen der Diskriminierung und Ausgrenzung in der sozial-ökologischen Transformation. Sie verbindet dabei Wissenschaft, Praxis und Politik, forscht mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und ist zugleich politisch engagiert. Ihre thematischen Schwerpunkte sind Diversity/ Gender und Nachhaltigkeit; avantgardistische Landnutzungsansätze (insbesondere Wald); rechte Interventionen in Ökologie/ Umwelt; urbane Wildnis.

Keding, Michel – Tischlergeselle und Geograph in der Arbeitsgruppe »Kritische Geographien Globaler Ungleichheiten« am Institut für Geographie der Universität Hamburg, arbeitet als freier wissenschaftlicher Mitarbeiter, selbstständiger Handwerker und betätigt sich im Umwelt- und Nachhaltigkeitsaktivismus. Seine Masterarbeit behandelt Ressourcen- und Dingverhältnisse in der Gegenwart und das politische Potential von Materialvermittlungsprojekten. Lehrerfahrungen konnte er bisher zu den Themen Dekoloniale Geographien und Kritische Männlichkeit sammeln und interessiert sich darüber hinaus für intersektionelle und machtkritische Perspektiven, Wissensproduktion sowie praktische, niedrigschwellige Ansätze eines alternativen Dingumgangs.

Kramm, Johanna – Humangeographin, arbeitet am ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt. Sie promovierte zu Aushandlungsprozessen und Verteilungsfragen von Land und Wasser in Kenia. Sie leitete die Nachwuchsgruppe PlastX, die sich mit Plastik in der Umwelt aus einer interdisziplinäreren Perspektive beschäftigte. Ihre Schwerpunkte sind Soziale und Politische Ökologie, neue Materialismen und geographische Entwicklungsforschung. Zurzeit arbeitet sie zu neuen Umweltrisiken wie Mikroplastik, der Materialität von Plastik und der Governance von Meeresmüll und Abfall im Globalen Süden.

Krams, Mathias – ist Politikwissenschaftler und Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. In seiner Forschung beschäftigt er sich aus Perspektive einer kritischen Policyanalyse mit Strategien auf europäischer Ebene für eine sozial-ökologische Transformation des urbanen Mobilitätssektors und Formen der Metagovernance zu dessen Regulierung.

Krüger, Timmo – arbeitet am Institut für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar. Er promovierte in der Politikwissenschaft zum Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung und den Konflikten um Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik. Seine Forschungsinteressen sind Degrowth, Energie- und Klimapolitik, gesellschaftliche Naturverhältnisse, Hegemonie, Poststrukturalismus, radikale Demokratie und sozial-ökologische Transformation.

Lenikus, Valerie – ist Politikwissenschaftlerin, Doktorandin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Stipendiatin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit (Agrar-)Extraktivismus in der Lebensmittelproduktion und sozial-ökologischen Konflikten in Ecuador und Bolivien, internationaler Umwelt- und Ressourcenpolitik und Politischer Ökologie.

Mattissek, Annika – Humangeographin, ist Professorin für Wirtschaftsgeographie und Nachhaltige Entwicklung an der Universität Freiburg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Gesellschaft-Umwelt-Forschung, Politische Geographie und interdisziplinäre Diskursforschung. Empirisch interessiert sie sich insbesondere für Fragen der Ressourcennutzung sowie Land- und Forstwirtschaft mit regionalen Schwerpunkten in Deutschland und Südostasien. Konzeptionell arbeitet sie an der Weiterentwicklung von Theorien und Methoden der Diskursforschung und deren Bezügen zu Ansätzen des Neuen Materialismus.

Müller, Franziska – ist Juniorprofessorin für Globale Klimapolitik an der Universität Hamburg. Ihre Forschung befasst sich mit Energietransitionen aus polit-ökonomischer und postkolonialer Perspektive sowie mit politischer Theorie (und Praxis) im Anthropozän. Sie ist aktiv in der Klimagerechtigkeitsbewegung und bei kassel postkolonial.

Naumann, Matthias – Geograph, ist Universitätsprofessor für Geographie und Regionalforschung an der Universität Klagenfurt (Österreich). Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Stadtgeographie, die Geographie ländlicher Räume und die Transformation von Infrastrukturen. Er ist einer der Herausgeber*innen vom »Handbuch Kritische Stadtgeographie« (Westfälisches Dampfboot) und der Buchreihe »Kritische Landforschung. Umkämpfte Ressourcen, Transformationen des Ländlichen und politische Alternativen« (transcript).

Neuburger, Martina – ist Professorin am Institut für Geographie der Universität Hamburg und arbeitet in der Arbeitsgruppe »Kritische Geographien Globaler Ungleichheiten«. Sie beschäftigt sich vor allem mit Themen der Ungleichheitsforschung vor allem im Globalen Süden, mit Postkolonialen Studien sowie mit Rural Studies und politisch-ökologischen Ansätzen vor allem in lateinamerikanischen Kontexten. Nach Studium und Promotion in Tübingen verbrachte sie rund vier Jahre als Postdoc an der Universität Innsbruck, um 2011 an die Universität Hamburg zu wechseln.

Pichler, Melanie – ist Politikwissenschafterin, lehrt und forscht am Institut für Soziale Ökologie an der Universität für Bodenkultur Wien zu Umwelt- und Klimapolitik und politischen Dimensionen sozial-ökologischer Transformationsprozesse (Konflikte,

Machtverhältnisse, staatliche Strategien). Aktuelle Forschungen untersuchen z.B. die Möglichkeiten und Hindernisse einer sozial-ökologischen Transformation der Autoindustrie in Europa (vor allem in Österreich), Konflikte um Wiederbewaldung in Südostasien (vor allem in Laos) oder Politiken zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern im Rahmen des European Green Deal. Aktuelle Lehrveranstaltungen umfassen Umwelt- und Klimagerechtigkeit, Politische Ökologie sowie sozial-ökologische Konflikte.

Plank, Christina – studierte Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien mit Fokus auf Zentral- und Osteuropa an der Universität Passau und ist promovierte Politikwissenschaftlerin. Sie forscht und lehrt zu Staatstheorie, Politischer Ökologie und sozial-ökologischer Transformation mit einem Schwerpunkt auf Agrar- und Ernährungsfragen. Sie war Vertretungsprofessorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und ist aktuell wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Entwicklungsforschung an der Universität für Bodenkultur Wien, wo sie u.a. das FWF Zukunftskolleg-Projekt zu wertebasierten Produktions- und Konsumweisen im WTO-zentrierten Nahrungsregime leitet.

Prause, Louisa – ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe BioMaterialities am Thaer Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie promovierte zu Protesten gegen die Ausweitung des Bergbaus und der agrarindustriellen Produktion in Westafrika an der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Rohstoffkonflikte sozial-ökologische Transformationen, soziale Bewegungen, die Digitalisierung der Landwirtschaft und Arbeitsbeziehungen im Agrar-Ernährungssystem.

Pye, Oliver – Forstwissenschaftler, lehrt Südostasienwissenschaften an der Universität Bonn. Er promovierte an der TU-Dresden über Forstpolitik in Thailand und habilitiert im Fach Development Studies zum Thema »Labour, Nature and Development. The Social Relations of Palm Oil in Southeast Asia«.

Ruiz Peyré, Fernando – ist Wissenschaftler am Institut für Interdisziplinäre Gebirgsforschung (IGF) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und Lektor an der Universität Innsbruck. Er studierte Geographie in Mendoza (Argentinien) und Tübingen und promovierte in Innsbruck. In seiner Dissertation befasste er sich mit Land-Stadt-Migration und Lebensqualität in peripheren ländlichen Räumen in Argentinien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sozialgeographie, Ressourcengeographie, Mensch-Umwelt-Beziehungen sowie sozial-ökologische Konflikte, vor allem in Bezug auf Bergbau in Gebirgsregionen Südamerikas.

Sander, Hendrik – ist Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar zum Thema »Spatial and Environmental Justice«. Sein Forschungsinteresse liegt in sozial-ökologischen Transformationsprozessen in urbanen und ländlichen Räumen in Deutschland. Er forscht insbesondere zu politischen Konflikten und gerechten Alternativen in der Wärme-, Mobilitäts- und Agrarwende.

Santarius, Tilman – Soziologe und Volkswirt, forscht und publiziert zu den Themen Klimapolitik, Handelspolitik, nachhaltiges Wirtschaften, globale Gerechtigkeit und digitale Transformation. Er lehrt an der Technischen Universität Berlin und am Einstein Centre Digital Futures und leitet eine Forschungsgruppe zum Thema »Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation«. Tilman ist Aufsichtsratsmitglied bei Greenpeace Deutschland und hat die Bewegung Bits & Bäume gegründet.

Schlitz, Nicolas – ist Geograph, Universität Graz. Er arbeitet an der Schnittstelle von Urbaner Politischer Ökologie und umweltorientierter Wirtschaftsgeographie zur gesellschaftlichen Handhabung und Verwertung von Abfall – insbesondere am Beispiel des städtischen Abfall-Managements und informeller Recyclingökonomien in Indien. Er promovierte an der Universität Osnabrück zur räumlichen Ökonomie des Abfalls und Recycling und arbeitet seit 2019 an der Universität Graz.

Schmelzer, Matthias – ist Postdoc am Institut für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Arbeitsschwerpunkte sind Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, transnationale Geschichte, Politische Ökonomie, Neoliberalismus, soziale Bewegungen und Utopien. Daneben arbeitet er beim Konzeptwerk Neue Ökonomie. Schmelzer ist Autor zahlreicher Bücher und Artikel, u.a. The Hegemony of Growth (2016) und Degrowth/Postwachstum zur Einführung (2019, mit Andrea Vetter).

Schmitt, Tobias – arbeitet in der Arbeitsgruppe »Kritische Geographien Globaler Ungleichheiten« am Institut für Geographie der Uni Hamburg. Seine thematischen Schwerpunkte sind Politische Ökologie und Postkoloniale Theorien, wobei er versucht, beide Ansätze zusammenzudenken. Lange arbeitete er zu politisch-ökologischen Konflikten in Lateinamerika (vor allem Brasilien und Kolumbien), wobei er nun – nicht nur pandemiebedingt – verstärkt zu Kämpfen um Klimagerechtigkeit, Kohle- und Wasserkonflikte in Deutschland forscht. Darüber hinaus ist er beim Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse innerhalb der BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) aktiv.

Schneider, Etienne – ist Politikwissenschaftler und Lektor an der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Internationale und Vergleichende Politische Ökonomie, europäische Wirtschaftsintegration, internationale Klimapolitik und die Entwicklung des deutschen Kapitalismus. In seiner aktuellen Forschung untersucht er die Verschiebungen der Interessenkonstellation in Deutschland gegenüber der Weiterentwicklung der europäischen Währungsunion und der europäischen Industrie- und Wettbewerbspolitik aus der Perspektive einer historisch-materialistischen Politikanalyse.

Simon, Karl-Heinz – ist Systemwissenschaftler, war bis zu seiner Pensionierung an der Universität Kassel am Center for Environmental Systems Research und dessen Vorläufereinrichtungen tätig. Promotion in Planungswissenschaften. Forschungsschwerpunkte waren Energiekonzepte, Umweltinformatik und Systemmodellierung und sind Humanökologie und Alternative Lebensweisen.

Singer, Katrin – ist Geographin, arbeitet am Hamburger Institut für Geographie in der Arbeitsgruppe »Kritische Geographien Globaler Ungleichheiten«. Sie promovierte zur Kolonialität von Natur, Kindheit und Forschung in den peruanischen Anden. Ihre geografische Arbeit ist inspiriert von theoretischem Denken wie Feminismus, Mehr-als-Menschliche Geographien und post- und dekolonialen Theorien. Mit einem Spektrum an künstlerischen, narrativen und kartografischen Methoden (C/Artografie) folgt sie (auto)ethnografischen Spuren und landbasierter Forschung, um Formen von sozio-ökologischen Alternativen zu erkunden.

Sommer, Bernd – ist Professor für Umweltsoziologie mit Schwerpunkt Transformationsforschung an der Technischen Universität Dortmund. Zuvor leitete er am Norbert Elias Center der Europa-Universität Flensburg den Forschungsbereich »Klima, Kultur und Nachhaltigkeit« sowie, gemeinsam mit Michaela Christ, den M.A. Transformationsstudien. Zu seinen Forschungs- und Lehrschwerpunkten zählen sozial-ökologische Transformationen und Nachhaltigkeit, Postwachstum, Soziologische Theorie (insbesondere Prozesssoziologie) sowie die Rechtsextremismus- und Rassismusforschung.

Sulmowski, Yen – ist Umweltwissenschaftler und Soziologe, arbeitet als wissenschaftlicher Referent beim DLR Projektträger. In seinem Dissertationsprojekt befasste er sich mit der öffentlichen Kontroverse um Agro-Gentechnik in Polen und widmete sich danach der Erforschung des Themenkomplexes Nachhaltigkeit, Alltag und Subjektivierung. In seiner publizistischen Arbeit versucht er ethnographische und praxissoziologische Transformationsforschung, Science and Technology Studies sowie graphisches Erzählen miteinander zu verbinden.

Thalhammer, Martin – ist Sozialanthropologe und Sozialökologe, promoviert im Fach Environmental Sciences and Policy an der Central European University und arbeitet als Lektor an der Universität Wien. In seiner Dissertation setzt er sich aus einer mehr-als-menschlichen-politisch-ökologischen Perspektive mit Mensch-Borkenkäfer-Beziehungen in Oberösterreich auseinander. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Politische Ökologie, sozial-ökologische Konflikte und kritische politische Ökonomie.

Tittor, Anne – ist Soziologin, arbeitet in der BMBF-geförderten Nachwuchsgruppe »Bioökonomie und soziale Ungleichheiten. Verflechtungen und Wechselbeziehungen im Bioenergie-Sektor aus transnationaler Perspektive« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie promovierte zur Privatisierung des Gesundheitswesens in Argentinien und El Salvador. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Politische Ökologie, Bioökonomie, Extraktivismus und sozial-ökologische Konflikte in Lateinamerika sowie globale soziale Ungleichheiten und Globalisierung.

Vetter, Andrea – ist Transformationsforscherin. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist die Verbindung transformativer Theorie und Praxis, u.a. als Gründerin und Mitgestalterin des Haus des Wandels (Ostbrandenburg), als Redakteurin der Zeitschrift »Oya: enkeltauglich leben« und im Beirat des Konzeptwerk Neue Ökonomie (Leipzig). Sie promovierte zu konvivialer Technik im Fach Europäische Ethnologie an der Humboldt Universität Berlin. Sie schreibt über, lehrt, forscht und hält Vorträge zu Commoning, Degrowth und kritischem Ökofeminismus.

Wichterich, Christa – ist Entwicklungs- und Gendersoziologin. Sie war Gastprofessorin für Geschlechterpolitik an den Universitäten in Kassel, Wien und Basel. Sie arbeitet als Publizistin und ist ehrenamtlich tätig bei WIDE+, attac Deutschland, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Aktion Solidarische Welt. Ihre Forschungsschwerpunkte sind feministische politische Ökonomie mit dem Schwerpunkt Care Arbeit, Feministische Politische Ökologie und internationale Frauenbewegungen, der geographische Schwerpunkt ist Südasien.

Winterfeld, Uta von – ist Politikwissenschaftlerin, arbeitet als Projektleiterin am Wuppertal Institut und ist Sonderprofessorin für Politische Ökologie an der Universität Kassel. Sie habilitierte (zu Geburt und Dilemma der Naturbeherrschung bei geistigen Vätern der Neuzeit) und promovierte (zur Angst von Frauen in ihrer biographischen, alltäglichen und sozialen Dimension) an der Freien Universität Berlin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Herrschaftskritik, Suffizienz, Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Ihre Forschungsweisen sind sowohl theoretisch-analytisch als auch empirisch; besonders gerne gestaltet sie empirische Räume mit, in denen Erzählungen entstehen können.

Wissen, Markus – ist Politikwissenschaftler, Professor für Sozialwissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er promovierte zur Regulation sozial-räumlicher Polarisierung, arbeitete in verschiedenen sozial-ökologischen Forschungsprojekten zu nachhaltiger Stadtentwicklung, Biodiversität und Wasser-Infrastrukturen und habilitierte sich an der Universität Wien mit einer Arbeit zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen in der Internationalisierung des Staates. Seine Forschungsschwerpunkte sind sozial-ökologische Transformationsprozesse, Arbeit und Ökologie, imperiale Lebensweise und Mobilität.

Geographie



Finn Dammann, Boris Michel (Hg.)
Handbuch Kritisches Kartieren

Februar 2022, 336 S., kart.,
4 SW-Abbildungen, 77 Farbabbildungen
32,00 € (DE), 978-3-8376-5958-0
E-Book:
PDF: 31,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5958-4



Stefan Heinig
Integrierte Stadtentwicklungsplanung
Konzepte – Methoden – Beispiele

2021, 206 S., kart., 66 SW-Abbildungen
49,00 € (DE), 978-3-8376-5839-2
E-Book:
PDF: 48,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5839-6



Johanna Betz, Svenja Keitzel, Jürgen Schardt,
Sebastian Schipper, Sara Schmitt Pacífico, Felix Wiegand (Hg.)
Frankfurt am Main – eine Stadt für alle?
Konfliktfelder, Orte und soziale Kämpfe

2021, 450 S., kart., durchgängig vierfarbig
25,00 € (DE), 978-3-8376-5477-6
E-Book:
PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5477-0

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de